Willy Klages

Glanz und Elend der deutschen Geschichte

Historische Schlüsselereignisse von 1870 bis 1945 in zwei Bänden Band 8/2

Das Märchen von Einigkeit, Recht und Freiheit ...



Glanz und Elend der deutschen Geschichte
Schlüsselereignisse von 1939 bis 1945
Band 8/2

Das Märchen von Einigkeit, Recht und Freiheit ...

Inhaltsverzeichnis Band 8/2	**Seite**
Der Zweite Weltkrieg (1939-1941) Kriegsvorbereitungen für den deutsch-polnischen Krieg Beginn des Zweiten Weltkrieges Der Bromberger Blutsonntag SD- und SS-Greuel sowie sowjetische "Säuberungsaktionen" in Polen (1939-1941) NS-Euthanasie Roosevelts Außenpolitik und US-Hilfslieferungen Zusammenfassung des Zweiten Weltkrieges (1939-1941)	4-64
Der Ostkrieg (1941) Kriegsvorbereitungen für den deutsch-sowjetischen Ostkrieg Angriff gegen die Sowjetunion Hitlers Kriegsziele in Osteuropa Stalins Kriegsziele und Kriegsführung Sowjetische Kriegspropaganda, Politkommissare, Politleiter und Komsomolzen Ermordung von deutschen Kriegsgefangenen Hungertod von sowjetischen Kriegsgefangenen Sowjetischer Partisanenkrieg und Taktik der "verbrannten Erde" SS- und SD-Einsatzgruppen: "Einsatz hinter der Front" Deutsche Wehrmachtsjustiz im Zweiten Weltkrieg Unternehmen: "Taifun" Zusammenfassung des Ostkrieges (1941)	64-116
Die Endlösung: Ermordung der europäischen Juden während des Zweiten Weltkrieges Das Ende der "NS-Auswanderungspolitik" Geheimhaltung der "Endlösung" NS-Vernichtungslager: "Fabriken des Todes" Opfer der Endlösung Kollektivschuld oder historische Mitverantwortung? Ausländische Berichte über die Verfolgung der europäischen Juden und unterlassene Hilfeleistungen der Anti-Hitler-Koalition Zusammenfassung der Endlösung: Ermordung der europäischen Juden während des Zweiten Weltkrieges	116-161
Kriegskonferenzen und Besatzungspolitik der Alliierten Gebietsforderungen, "Bevölkerungsumsiedlungen" und Aufteilungspläne Deutschlands Antideutsche Berichte, Kriegskonferenzen der Alliierten und Ziele der Besatzungspolitik Konferenz von Jalta Zusammenfassung der Kriegskonferenzen und Besatzungspolitik der Alliierten	161-203

Der Luftkrieg (1940-1945) Beginn des Luftkrieges Luftkrieg gegen England Der britisch-nordamerikanische Luftkrieg (1941-1943) Kinderlandverschickungen Bombenevakuierte und Dienstverpflichtete Anglo-amerikanischer Luftkrieg 1944/45 Zusammenfassung des Luftkrieges (1940-1945)	204-233
Der fluchtartige Rückzug des deutschen Ostheeres Militärische Lage östlich der Oder-Neiße-Linie (Anfang 1944 bis Dezember 1944) Das Hitler-Attentat vom 20. Juli 1944 Keine Unterstützung für die demokratische Widerstandsbewegung Hitlers Vernichtungsstrategie Zusammenfassung des fluchtartigen Rückzuges des deutschen Ostheeres	233-246
Einmarsch der Roten Armee in Ost-Mitteleuropa (1944/1945) Der sowjetische Einmarsch und das Schicksal der Deutschen in Polen Der sowjetische Einmarsch und das Schicksal der Deutschen in Rumänien Der sowjetische Einmarsch und das Schicksal der Deutschen in Jugoslawien Der sowjetische Einmarsch und das Schicksal der Deutschen in Ungarn Die sowjetische Winteroffensive im Januar 1945 Die Flucht vor der Roten Armee Sowjetische Kriegspropaganda Einmarsch der sowjetischen Truppen östlich der Oder-Neiße-Linie Sexualverbrechen der Roten Armee Tötung von deutschen Zivilisten und Selbstmorde Systematische Plünderungen und Zerstörungsaktionen Die Zwangsverschleppung der Volks- und Ostdeutschen Stalins Liquidationspolitik Zusammenfassung des Einmarsches der Roten Armee in Ost-Mitteleuropa (1944/1945)	246-281
Der Zusammenbruch des NS-Regimes Befreiung der KZ-Häftlinge Hitlers Ende Der Prager Aufstand Kapitulation der Deutschen Wehrmacht Sieger und Verlierer des Zweiten Weltkrieges Die Berliner Deklaration Die Nachkriegsziele der Siegermächte Zusammenfassung des Zusammenbruches des NS-Regimes	281-301
Das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen (1945-1955) Zusammenfassung des Schicksals der deutschen Kriegsgefangenen (1945-1955)	301-365
Das Schicksal der Ost- und Volksdeutschen in Ost-Mitteleuropa nach dem militärischen Zusammenbruch Rückkehr und Rückkehrbewegungen der deutschen Bevölkerung bis Mai/Juni 1945 in Ost-Mitteleuropa Die Lebensverhältnisse der deutschen Bevölkerung in den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges "Wilde Austreibungen" der Deutschen aus Ostdeutschland, der Tschechoslowa-	365-392

kei und Jugoslawien Zerstörung der Lebensgrundlagen der deutschen Bevölkerung in Ost-Mitteleuropa nach Beendigung der sowjetischen Militärverwaltung Massenverhaftungen, Zwangsarbeit und Internierungslager in Ost-Mitteleuropa Zusammenfassung des Schicksals der Ost- und Volksdeutschen in Ost-Mitteleuropa nach dem militärischen Zusammenbruch	
Felix Austria (glückliches Österreich): Die "Befreiung" Österreichs Zusammenfassung der "Befreiung" Österreichs	392-400
Das Potsdamer Abkommen Zusammenfassung des Potsdamer Abkommens	400-419
Schlußfolgerungen für den Zeitraum von 1870 bis 1945	419-442
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis Bildnachweis	443-452

Der Zweite Weltkrieg (1939-1941)

> Nach der Bedrängnis jener Zeit wird die Sonne sich verfinstern und der Mond seinen Schein verlieren, und die Sterne werden vom Himmel fallen, und die Kräfte der Himmel werden ins Wanken kommen.
> *Matthäus 24, 29*

Kriegsvorbereitungen für den deutsch-polnischen Krieg

Am 15. März 1939 wurde die Tschechoslowakei nach der Zustimmung des tschechoslowakischen Staatspräsidenten Hácha kampflos besetzt ("Prager Coup"), weil die gutausgerüstete tschechoslowakische Armee keinen Widerstand leistete und sofort bedingungslos kapitulierte.

Der deutsche Historiker Bernd-Jürgen Wendt schrieb später über die Zerschlagung der "Tschechoslowakei" (x051/588-589): >>(Tschechoslowakei) ... Erst die Weltwirtschaftskrise mit ihren verheerenden Auswirkungen v.a. auf die exportabhängige Klein- und Mittelindustrie im Sudetenland und besonders die offenkundigen Ermunterungen für die deutschen und ungarischen Minderheiten durch die nationalsozialistische Propaganda nach 1933 (u.a. Sudetendeutsche Partei) führten zu wachsenden innerstaatlichen Spannungen.

Als Mittel zur "Zerschlagung" der Tschechoslowakei von Berlin aus seit Mai 38 ständig geschürt und von Prag nicht durch rechtzeitige Zugeständnisse aufgefangen, eskalierten sie in der Sudetenkrise und fanden eine vorläufige Lösung im Münchener Abkommen.

Obwohl sich die sogenannte 2. Republik der nunmehrigen Tschechoslowakei (Oktober 38/14.3.39) nach erheblichen Gebiets- (rund 42.000 km²) und Bevölkerungsverlusten (rund fünf Millionen) und Autonomie für die Slowakei und die Karpato-Ukraine vollständig dem Willen Berlins unterwarf (Vorgehen gegen die Juden, Umbildung der Parteien, Sonderrecht für deutsche Emigranten), mußte Staatspräsident Hácha am 14.3.39 den Erpressungen Hitlers weichen:

Unter dem Vorwand der Selbstauflösung des Staates (14.3.39 in Berlin diktierte Unabhängigkeitserklärungen der Slowakei und der Karpato-Ukraine) besetzte die Wehrmacht am 15.3. die "Resttschechei"; am 16.3. unterzeichnete Hitler auf der Prager Burg den "Erlaß über das Protektorat Böhmen und Mähren".

Völkerrechtlich existierte die Tschechoslowakei in der von Großbritannien, den USA, der UdSSR und de Gaulle anerkannten Exilregierung in London unter Beneš weiter. Sie betrieb mit Erfolg und in enger Zusammenarbeit mit Moskau (12.12.43 Freundschafts- und Beistandsvertrag) die Ungültigkeitserklärung des Münchener Abkommens, die Vorbereitung der

Vertreibung der Sudetendeutschen 1945/46 (2,3 Millionen) und die Pläne für eine politisch-gesellschaftlichen Neuordnung nach dem Krieg.
Nach einem Aufstand in Prag kurz vor dem deutschen Zusammenbruch (5.-7.5.45) kehrte Beneš in die wiedererstehende Tschechoslowakei zurück. Die folgende kommunistische Machtergreifung und damit das Ende des tschechoslowakischen "Mittelweges" vermochte er nicht abzuwenden.<<
Nach der kampflosen Besetzung der "Rest-CSR" erwarteten die Westmächte weitere "NS-Raubzüge". England und Frankreich, die während der "Sudetenkrise" (September 1938) noch nicht "kriegsbereit" waren, bereiteten sich jetzt in fieberhafter Eile auf den drohenden Krieg vor.
Hitler bot den Polen am 21. März 1939 langfristige Grenzgarantien und forderte nochmals die Rückgabe Danzigs und exterritoriale Verkehrswege (x041/97).
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über die "Danzigfrage" (x051/108):
>>Danzigfrage, seit 1919 schwelender Konflikt zwischen dem Deutschen Reich und Polen um Danzig, das ohne vorherige Abstimmung (ca. 380.000 Einwohner, darunter 12.000 Polen) am 15.11.20 zum Freistaat erklärt und dem Völkerbund unterstellt worden war; als Hoher Kommissar fungierte der Schweizer Historiker C. J. Burckhardt.
Zollhoheit und außenpolitische Vertretung des Territoriums wurden von Polen wahrgenommen, der Hafen unterstand paritätischer Verwaltung. 1933 kamen die Nationalsozialisten auch in Danzig an die Macht, die Lösung der Danzigfrage wurde indes zurückgestellt, um die innere Konsolidierung des Dritten Reiches nicht zu gefährden (Deutsch-Polnischer Nichtangriffspakt vom 26.1.34).
1939 spielte die Danzigfrage dann die Schlüsselrolle als Vorwand für die Entfesselung des Krieges mit Polen. Im April 39 schlug Hitler einen umfassenden deutsch-polnischen Ausgleich vor, der sich gegen die UdSSR richten sollte (Rückgabe Danzigs bei Wahrung der wirtschaftlichen Interessen Polens, Bau einer exterritorialen Autobahn durch den polnischen Korridor, Beitritt Polens zum Antikominternpakt u.a.), und erließ gleichzeitig die Führerweisung "Fall Weiß" (Polenfeldzug).
Warschau wies das Angebot brüsk zurück, nicht nur aus chauvinistischen Gründen; die Politik gleicher Distanz zu den beiden großen Nachbarn galt als "überlebensnotwendig". Hitler betrieb nun die Isolierung Polens (Deutsch-Sowjetischer Nichtangriffsvertrag), am 10.8. gab Danzigs Gauleiter A. Forster die "Heim-ins-Reich"-Parole aus, am 1.9. begann mit der Beschießung der Westerplatte durch das Linienschiff "Schleswig-Holstein" der Krieg mit Polen. Danzig wurde umgehend zum Reichsgebiet erklärt.
Nach der polnischen Niederlage versuchte die NS-Propaganda nicht ohne Erfolg, der französischen Öffentlichkeit unter dem Schlagwort "Mourir pour Danzig – Sterben für Danzig?" die Sinnlosigkeit der französischen Kriegserklärung vom 3.9.39 zu suggerieren. Im Potsdamer Abkommen wurde Danzig als Gdansk polnischer Verwaltung unterstellt.<<
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über den "Korridor" (x051/327):
>>Korridor (Polnischer Korridor), im Sinne der Vierzehn Punkte im Versailler Vertrag festgelegter Gebietsstreifen in Westpreußen zwischen Weichsel bzw. Danzig und Pommern, den das Deutsche Reich ohne Volksabstimmung an das neu geschaffene Polen abtreten mußte.
Der Korridor umfaßte 15.865 km² mit 330.600 Einwohnern, die zu über 50 % deutschsprachig waren. Er sollte Polen eine Seeverbindung mit dem Hafen Gdingen schaffen, schnitt Ostpreußen vom Reich ab und wurde zum Dauerkrisenherd trotz Verkehrsfreiheit für deutsche Transportmittel (plombierte Züge ohne Zollkontrolle).
Eine friedliche Revision kam nicht zustande, die Ausweisung zahlreicher deutscher Einwohner (1939 noch 10 %) schuf zusätzlichen Zündstoff, den Hitler am 21.3.39 zu ultimativer Forderung nach exterritorialen Verkehrswegen durch den Korridor und nach Volksabstimmung

nutzte, in Verbindung mit einem 25-jährigen Nichtangriffsvertrag. Polen lehnte am 26.3 ab. Korridor- und Danzigfrage wurden so Vorwände zur Entfesselung des Polenfeldzuges und damit des Zweiten Weltkrieges. 1939-45 gehörte das Korridor-Gebiet zum Reichsgau Danzig-Westpreußen.<<

Am 22. März 1939 stimmte Litauen der Rückgabe des Memellandes an das Deutsche Reich zu. Das Memelland wurde bereits am nächsten Tag in die deutsche Provinz Ostpreußen (Regierungsbezirk Gumbinnen) eingegliedert.

Die polnische Regierung, die nach der englisch-französischen Garantieerklärung ihre eigenen militärischen Kräfte maßlos überschätzte, ordnete am 23. März 1939 im "Korridor" die polnische Teilmobilmachung an und lehnte am 26.03.1939 endgültig alle deutschen Forderungen ab (x041/97).

Neville Chamberlain (1869-1940, britischer Ministerpräsident) gab der polnischen Regierung am 31. März 1939 die Zusicherung, England werde Polen sofort Waffenhilfe gewähren, wenn Polen sich genötigt sehen sollte, die polnischen Streitkräfte gegen eine äußere Bedrohung einzusetzen (x041/97, x069/175).

Am 6. April 1939 schloß der polnische Außenminister Beck mit der englischen Regierung einen Beistandspakt.

Der sowjetische Botschafter leitete am 17. April 1939 weitere sowjetisch-deutsche Annäherungsversuche ein.

In Moskau führte Stalin am 18. April 1939 Bündnisverhandlungen mit den Briten und Franzosen (britisch-französisch-sowjetischer "Dreibund"). Stalin stellte jedoch bewußt unannehmbare Forderungen (z.B. Übernahme der baltischen Staaten und das sowjetische Durchmarschrecht für Polen und Rumänien), so daß die Verhandlungen später ergebnislos abgebrochen wurden (x069/176). Stalin setzte das "geheime Doppelspiel" danach jedoch noch monatelang fort (x041/97).

Außenminister Beck führte am 24. April 1939 in Warschau vertrauliche Verhandlungen mit einer französischen Regierungsdelegation.

Das britische Parlament ordnete am 27. April 1939 die Einführung der Wehrpflicht und die Erhöhung der britischen Streitkräfte an.

Hitler kündigte am 28. April 1939 den deutsch-polnischen Nichtangriffspakt und das deutsch-britische Flottenabkommen von 1935.

Ab Mai 1939 verschlechterten sich die Lebensbedingungen der Volksdeutschen in Polen zusehends.

Nach der antideutschen Rede des polnischen Außenministers Beck vom 3. Mai 1939 wurde klar, daß die polnische Regierung einen deutsch-polnischen Krieg erwartete und Kriegsvorbereitungen traf (x104/277).

In Danzig forderte die polnische Volksgruppe am 4. Mai 1939 während einer Kundgebung einen freien Zugang zur Ostsee und nationale Rechte für die Polen in Danzig (x032/528).

Das polnische Innenministerium erteilte am 8. Mai 1939 weitere geheime Anweisungen zur Behandlung der deutschen Minderheit.

Aufgrund dieser geheimen Anweisungen sollten das Schulwesen, die Kirchen, der Wohlfahrtsdienst, die Landwirtschaft, die Industrie, die Genossenschaften und das Kreditwesen der Volksdeutschen (x104/271): >>... mit allen Mitteln bekämpft ... verboten ... aufgelöst ... rigoros abgelehnt ... scharf überwacht ... rücksichtslos liquidiert werden.<<

Am 13./14. Mai 1939 verursachte ein "Deutschenpogrom" in Tomaschow bei Lodz eine Massenflucht von Volksdeutschen in die deutschen Reichsgebiete (x104/272).

Nachdem Hitler die Oberbefehlshaber der Wehrmacht zur strengsten Geheimhaltung verpflichtet hatte, kündigte er am 23. Mai 1939 den Krieg gegen Polen an (x256/155, x023/238): >>... Weitere Erfolge können ohne Blutvergießen nicht mehr errungen werden. Danzig ist

nicht das Objekt, um das es geht. Es handelt sich um die Erweiterung des Lebensraumes im Osten und Sicherstellung der Ernährung, sowie um die Lösung des Baltikum-Problems. Zwingt uns das Schicksal zur Auseinandersetzung mit dem Westen, ist es gut, einen größeren Ostraum zu besitzen. ...
Es bleibt der Entschluß, bei erster passender Gelegenheit Polen anzugreifen. An eine Wiederholung der Tschechei ist nicht zu glauben. Es wird zum Kampf kommen. Aufgabe ist es, Polen zu isolieren. Das Gelingen der Isolierung ist entscheidend. ...<<
>>... Wir müssen, wenn bei polnischem Krieg England angreifen will, blitzartig Holland angreifen. Erstrebenswert ist es, eine neue Verteidigungslinie mit holländischem Gebiet bis Zuidersee zu gewinnen. ... Es handelt sicht nicht mehr um Recht oder Unrecht, sondern um Sein oder Nichtsein von 80 Millionen Deutschen.<<
Am 31. Mai 1939 erläuterte der sowjetische Außenminister Molotow vor dem Obersten Sowjet die politischen Verhandlungen mit England und Frankreich und berichtete über die geplante Wiederaufnahme deutsch-sowjetischer Wirtschaftsverhandlungen (x032/537).
Die französisch-britischen Garantieerklärungen (vom 31. März 1939) förderten den polnischen Nationalismus und die nationale Begeisterung, so daß sich in Polen im Juni 1939 eine gefährliche Kriegsstimmung entwickelte. Nicht wenige Polen feierten bereits ihr polnisches Großreich. Die polnischen Nationalisten schätzten das polnisch-deutsche Kräfteverhältnis oftmals völlig falsch ein. Sie hielten die deutsche Wehrmacht für einen großen Bluff und sprachen vom "Marsch auf Berlin" (x025/183).
Ein Propagandist des polnischen Heeres verkündete am 20. Juni 1939 in Bromberg (x104/-277): >>Der polnische Soldat weiß, daß er mit dem Marsch auf Berlin die Mission eines Befreiers der von dem Joch des barbarischen Hakenkreuzes Unterdrückten erfüllt. ...<<
Am 15. Juli 1939 propagierten polnische Politiker während der polnischen Siegesfeiern (529. Jahrestag der Schlacht von Tannenberg) schon die Übernahme der deutschen Ostgebiete. Die Deutschen sollten ein zweites Tannenberg (polnisch = "Grunwald") erleben und schon bald würden die polnischen Fahnen über Danzig, Königsberg, Elbing und anderen ostdeutschen Städten wehen (x104/278).
Am 24. Juli 1939 wurde ein sowjetisch-französisch-britischer Beistandsvertrag abgeschlossen. Dieser Vertrag trat jedoch nicht in Kraft, weil Stalin später entschied, Hitler wirtschaftlich zu unterstützen (x041/98).
Im Juli 1939 steigerten gewalttätige Ausschreitungen gegen die Volksdeutschen in Polen, an denen sich vielerorts auch polnische Priester beteiligten, die antipolnische Stimmung. Die NS-Propaganda nutzte die Gelegenheit und verstärkte ihre antipolnische Hetzkampagne.
Die polnische Zeitung "Dziennik Poznanski" (Posener Tageblatt) veröffentlichte im Juli 1939 eine Landkarte, in der Polen sämtliche "slawischen Gebiete" zwischen Oder und Elbe beanspruchte (x025/178).
Der deutsche Theologe Prof. Dr. Georg May berichtete später (im Oktober 1989) in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 10 - 1989 (x853/...): >>**Die Wunde gegenüber Polen**
(Bökmann) Das folgende Polen-Kapitel ist dem bedeutenden Werk von Professor Georg May entnommen:
Ludwig Kaas. Der Priester, der Politiker und der Gelehrte aus der Schule von Ulrich Stutz, Band I, S. 664-677, Verlag B. R. Grüner, Amsterdam 1981. …
1. Die knappe, ausgewogen-objektive Darstellung ist um so besser geeignet, treffend die bis zum verhängnisvollen, schändlichen Diktatvertrag von Versailles zurückreichende, dort vorprogrammierte Geschichte der mit Hilfe des deutschen Kaiserreiches und Österreich-Ungarn wiederentstandenen polnischen Staatlichkeit zu verstehen.
Versailles und seine Folgen traten die so hehr und feierlich von Präsident Wilson als Kriegs-

ziel proklamierten Selbstbestimmungsrechte der Völker mit Füßen. Polen und die Tschechoslowakei, Begünstigte und Nutznießer solcher Zerstückelungspolitik, entwickelten – sich sofort militärisch hoch aufrüstend - daher eine Unterdrückungspraxis gegenüber den ihnen zugeschlagenen Minderheiten. Polen verfolgte darüber hinaus von Anfang an eine Gewalt-, Kriegs- und Blutpolitik, die auf Eroberungen im imperialistischen Stil aus war. Man denke an den Krieg gegen Rußland (Vorstoß bis etwa Kiew) 1920/1921, als dies durch Revolution und Weltkriegsniederlage geschwächt war (das "Wunder an der Weichsel" wurde v.a. durch die Hilfe der Franzosen gemacht).
Man beachte die mehrfachen Kriegsdrohungen und Kriegsvorbereitungen gegen Deutschland in den Jahren 1930 bis 1933, zu einer Zeit, da Deutschland militärisch ganz schwach und unterlegen war. Die "Provozierende Arroganz" jener Politik steigerte sich in und durch Außenminister Oberst Beck.
Die geschichtliche Wahrheit gebietet, die Haltung Hitlers gegenüber Polen zu erinnern. "Trotz der am 6. März 1933 von den Polen mit dem Kriegsschiff "Wilja" in Danzig durchgeführten Provokation und obwohl ihm Sachverständige des Auswärtigen Amtes und der Reichswehr davon abrieten, entschloß sich Hitler zu einer polenfreundlichen Politik ...
Die Bemühungen Hitlers zeitigten schon im nächsten Monat den ersten, wenn auch bescheidenen Erfolg. Pilsudski berief am 30. Mai l933 Jozef Lipski zum polnischen Botschafter in Berlin ... Lipski war in Deutschland aufgewachsen und begünstigte die Politik einer polnisch-deutschen Zusammenarbeit" (aus dem außerordentlich instruktiven, sehr um Objektivität bemühten 2-bändigen Werk des führenden deutschen Offiziers der Abwehr Oskar Reile: Der deutsche Geheimdienst im II. Weltkrieg, Bd. I Ostfront. Die Abwehr im Kampf mit den Geheimdiensten im Osten, Weltbild Verlag Augsburg, 1989, hier S. 116 ff. "Kriegsgefahr im Jahre 1933").
2. Als Hitler am 19. Oktober 1933 aus dem Völkerbund austrat, weil man Deutschland auf der Abrüstungskonferenz in Genf die Gleichberechtigung verweigerte (die polnischen und französischen Vertreter stimmten gegen die Gleichberechtigung Deutschlands) kam es erneut zur Krise. Marschall Pilsudski plante einen Krieg gegen das Reich, solange es noch schwach war. Er bemühte sich, Frankreich für eine aktive Beteiligung zu gewinnen. "Die im Zusammenhange damit von der deutschen Abwehr in Polen durchgeführte Erkundung führte zum Ergebnis, daß die Lage sehr ernst sei und mit der Möglichkeit eines polnischen Angriffs auf Deutschland gerechnet werden müsse."(0. Reile, a.a.0., S. 117).
Hitler bemühte sich erneut um Ausgleich. Nach längerem Zögern von polnischer Seite wurde am 26. Januar 1934 ein deutsch-polnischer Nichtangriffsvertrag unterzeichnet.
Dennoch: "Die Deutsche Militärische Abwehr konnte im Sommer 1933 an Hand beschaffter Geheimdokumente melden, daß der polnische Aufmarschplan gegen Deutschland aufgestellt sei und Pilsudski seit dem Frühjahr nur auf die Zustimmung Frankreichs warte, um losschlagen zu können. Im Dezember 1933 wies die Abwehr die Berliner Ministerien ferner daraufhin, daß Polen im Begriff war, seine Beziehungen zur Sowjetunion zu festigen." (0. Reile, a.a.0., S. 118).
3. Jozef Beck spielte die entscheidende kriegstreibende, verhängnisvolle Rolle als polnischer Außenminister, insbesondere nach dem Tode von Marschall Pilsudski 1935. "Unter seiner Leitung kam es zur Entwicklung einer außenpolitischen Konzeption Polens gegenüber Deutschland, die geradezu als teuflisch bezeichnet werden muß." (Reile, S. 102). "Mehr und mehr entschied sich Beck für die Thesen des Historikers Adolf Bochenski, der eine Politik des Blutvergießens als die einzig richtige für Polen verkündete.
Ihm schwebte vor, mit Hilfe der Westmächte Europa erneut in einen großen Krieg zu stürzen. Da der Erste Weltkrieg Polen die Selbständigkeit und einen Teil der ursprünglich polnischen Gebiete gebracht habe, sei zu hoffen, daß ein zweiter großer Krieg Polen auch noch die restli-

chen Gebiete bescheren werde, auf die es Anspruch erheben könne." (0. Reile, S. 213).
Winston Churchill schreibt in: Der Zweite Weltkrieg (Hamburg 1949-1952), I, 5.193: "Es bleibt eine geheimnisvolle Tragödie in der europäischen Geschichte, daß ein Volk, das jede heroische Tugend besaß, dessen Individuen begabt, tapfer und liebenswert sind, wiederholt und hartnäckig Fehler in fast jedem Teil seines Staatslebens beging."
Und der Danziger Völkerbundshochkommissar Carl J. Burckhardt schrieb in einem Bericht vom 20.12.1938 über die Polen:
"Die Polen haben ein Gran Narrheit. Sie zerbrechen die Gläser um Mitternacht. Sie sind das einzige unglückliche Volk in Europa, das Sehnsucht nach dem Schlachtfeld hat. Sie sind ruhmsüchtig und kennen darin kein Maß." (Freund, Michael: Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten 1938-1939, Bd. 1, Freiburg 1954-1956, S. 394).
Über die Stimmung bei den Polen, die einer zum Krieg und zur Gewalt treibenden Hysterie gleichkam (auf deutscher Seite gab es nichts Vergleichbares, vielmehr Ernst, Besorgnis, große konzentrierte Ruhe), schrieb derselbe Burckhardt am 5.7.1939 an Roger Makius, einen britischen Völkerbundsdelegierten in Basel:
"Bei den Polen setzte sich eine gefährliche Stimmung durch. Man gab vielfach zu, oder was schlimmer ist, man erklärte sogar, daß ein allgemeiner Krieg das letzte Heil für die Republik bedeuten würde. Man begann, was besonders gefährlich ist, sich mit dem Gedanken einer unvermeidlichen Katastrophe vertraut zu machen; maßlose Aussprüche fielen, und das Ergebnis von alldem war eine Art von psychischer Vergiftung in dieser unglückseligen Stadt ..." (Burckhardt, Carl J.: Meine Danziger Mission 1937-1939, München 1960, S. 318).
4. In seiner lesenswerten Dokumentation "Das Jahrhundert der Lüge - Von der Reichsgründung bis Potsdam 1871-1945, mit einem Vorwort von Prof. Hellmut Diwald", Arndt- Verlag Kiel 1989 (dem Buch sind die o.a. Zitate entnommen), schreibt Hugo Wellems:
"Seit der polnischen Teilmobilmachung am 23.3.1939 sowie dem Erhalt der einseitigen britischen Garantieerklärung vom 31.3.1939 war Polen gegenüber dem Deutschen Reich betreffs Regelung des Korridor- und Danzig-Problems nicht mehr wirklich verhandlungsbereit.
Der Völkerbundskommissar für Danzig, Burckhardt, schrieb: "April 1939 sind für Polen die Würfel gefallen". Bestärkt durch Großbritannien und die USA glaubten die Polen, zwischen den "Riesen" Deutschland und Sowjetunion selbständige Großmachtpolitik betreiben zu können." (S. 124)
Der Historiker Michael Freund schrieb über die Intransigenz der Polen in den entscheidenden Wochen vor dem 1.9.1939: "Ihre (die polnische) Diplomatie war wie die Angriffe ihrer Reiterei auf deutsche Panzer. Sie verweigerten jede Verhandlung mit selbstmörderischer Großspurigkeit. Sie lehnten es ab, einen deutschen Vorschlag auch nur entgegenzunehmen, als ob man nicht hätte nein sagen können, nachdem man die Vorschläge gelesen hat." (Deutsche Geschichte, München 1979, S. 1.296).
5. Kurz: die gängige Rede vom unprovozierten Überfall der Deutschen auf ein (was der Ausdruck ja impliziert) friedlich-argloses Polen entspricht nicht der geschichtlichen Wahrheit. Das Kalkül der Briten (balance of power), hinter denen - antreibend und unterstützend - die Roosevelt-Administration (aus ideologischen und Machtgründen) stand, begleitet von den Franzosen, ließ die Polen hoffen, nach einem Weltkrieg, den sie deshalb bewußt riskierten, Vorteile im Sinne neuerlichen Landgewinns kassieren zu können.
Das Ziel war keineswegs Verteidigung sondern Angriff Sieg und Eroberung zum Zwecke imperialistischer Machterweiterung. Aber diese ziemlich zynische Rechnung ging nicht auf. Als Hitler - nach Erschöpfung aller Verhandlungs- und Vermittlungsmöglichkeiten - am 1. September 1939 die Wehrmacht einmarschieren ließ und deswegen die Westfront fast völlig entblößte, hielt Frankreich (mit einer Streitmacht von 6 Millionen Soldaten) völlig still. Ein Angriff in diesen Tagen hätte das Ende des Krieges bedeutet. Aber die Franzosen wollten in

Wahrheit nicht "für Danzig sterben".
Der spätere General Nikolaus von Vormann schreibt in seinen lebendig die entscheidenden Tage schildernden Erinnerungen "So begann der Zweite Weltkrieg. Zeitzeuge der Entscheidungen - Als Offizier bei Hitler 22.8.1939 - 1.10.1939", Druffel-Verlag Leoni 1988, S. 104: "Die Lage im Westen war grotesk, ohne jeden Vorgang in der Kriegsgeschichte. Die französische Regierung hatte den Krieg erklärt und augenscheinlich verweigert das Heer, also das Volk, die Gefolgschaft. Es war noch kein scharfer Schuß gefallen ... Bei Saarbrücken zeigten die Franzosen große Spruchbänder "Von uns fällt der erste Schuß in diesem Krieg nicht".
Mit englischen Truppen bestand keine Berührung ... Französische Überläufer erklärten, daß die vordersten Postierungen nicht scharf geladen hätten und auch nicht laden dürften."
6. Über Frankreichs ziemlich unrühmliche, die Polen täuschende und im Stich lassende Taktik schreibt er: "In erstaunlichem Widerspruch zu diesem Zustand standen die französischen Heeresberichte. Sie meldeten schwere Kämpfe und ließen zwischen den Zeilen diese als Einleitung baldiger großer Operationen durchschimmern. Für dieses merkwürdige Verhalten schien mir eine einzige Erklärung möglich zu sein: Frankreich war bemüht, den Anschein zu erwekken, daß es getreulich seinen Vertragsverpflichtungen nachkam, es war aber nicht gewillt, wirklich zu kämpfen. ...
Es war durchaus zu erwarten, daß Polen voller Vertrauen auf seinen Verbündeten bis zum Verbluten kämpfte. Das entsprach durchaus polnischer Mentalität. Die Sowjets haben noch 1944 dasselbe Spiel wiederholt und in kluger Berechnung dieser geistigen Einstellung im August den großen Aufstand in Warschau inszeniert. Sie haben ihren Vormarsch dann gestoppt und abgewartet, bis wir für sie die Nationalisten erledigt hatten." (S. 115). "Es müssen bei der polnischen Führung weitgehende Versprechungen und eine wahrheitswidrige Orientierung über die Entwicklung im Westen vorgelegen haben."
Wie die Polen also die Briten/Franzosen für ihre Großmachtträume benutzen wollten, so haben die Franzosen sie bluten lassen, bis sie als Vertragspartner verschwunden waren. Und die Engländer haben sie später bei Monte Cassino für sich und die Amerikaner verbluten lassen. Hitlers Kriegswille war wiederum Stalin willkommen, der anstrebte, als Letzter auf den Plan zu treten, um die Hauptbeute einstreichen zu können. Am Ende hatten sich alle blutreich getäuscht.
Man sollte meinen, daß die Rachesaat von Versailles und das chauvinistische Kalkül mit seinem furchtbaren Scheitern die Mitschuldigen endlich zur Besinnung brächten. Aber davon kann keine Rede sein.
7. Die haßerfüllten brutalen Vertreibungen vor und nach Ende des Krieges - Deutsche durch Polen - hat die Wunde Polen erneut blutend aufgerissen. "Im Zuge von Flucht, Vertreibung sowie Verschleppung in die Sowjetunion sind 2,8-3 Millionen Menschen teils durch Verbrechen, teils durch Hunger, Seuche und Erschöpfung zu Tode gekommen." (Heinz Nawratil: Die deutschen Nachkriegsverluste unter Vertriebenen, Gefangenen und Verschleppten, Herbig Materialien zur Zeitgeschichte, herausgegeben von der Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt, Herbig Verlagsbuchhandlung München-Berlin 1986, S. 66). Der Autor schreibt S. 34 ff.:
"Der Tod bei Flucht und Vertreibung wurde billigend in Kauf genommen - rechtlich gesehen ein Fall des bedingten Vorsatzes (dolus ventualis), der dem dolus directus gleichgestellt ist. Auch bei den NS-Verbrechen haben Wissenschaftler untersucht, welcher Prozentsatz der Opfer gezielt getötet wurde und wie viele "an Überarbeitung, Seuche, Hunger und Elend" zugrunde gingen, ohne daß deswegen die Gesamtzahl der Opfer relativiert worden wäre.
Nicht zu übersehen ist ferner, daß Vertreibungen als solche auch nach Auffassung der Alliierten Verbrechen darstellten. Schon am 17. Oktober 1942 hatte das polnische Exilkabinett in London ein Dekret gebilligt, das im Hinblick auf die Umsiedlungsaktionen Hitlers und Stalins

in Polen für Deportation die Todesstrafe vorsah. Tatsächlich erklärte dann am 8. August 1945 der Londoner Vertrag über die "Verfolgung und Bestrafung der Hauptkriegsverbrecher der europäischen Achse" Deportationen aller Art zu Kriegsverbrechen bzw. Verbrechen gegen die Menschlichkeit (Titel II, Art. 6, Buchst. b und c des Status zu Art. 2 des Vertrages). Eine Verfolgung alliierter Täter war in dem Vertrag allerdings nicht vorgesehen.
Am 30. September und 1. Oktober1946 verurteilte das Internationale Militärtribunal von Nürnberg mehrere führende Nationalsozialisten zum Tode. Einige von ihnen waren u.a. des Versuchs für schuldig befunden worden, in gewissen annektierten Gebieten "den bisherigen Volkscharakter dieser Gebiete zum Verschwinden zu bringen".
Zu diesem Zweck - so hatte schon die Anklageschrift ausgeführt - "deportierten die Angeklagten gewaltsam Einwohner ... und brachten dafür Tausende von deutschen Siedlern in die betreffenden Gebiete". Dazu stellt das Urteil ergänzend fest: "Die Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung ... waren Teil eines Planes, sie zu beseitigen und ihr Gebiet für deutsche Siedlungszwecke frei zu machen." –
Als Völkermord betrachtet die UNO-Resolution über den Genozid vom 9. Dezember 1948 ebenso wie das deutsche Strafrecht (§ 220 a des Strafgesetzbuches) nicht nur die physische Vernichtung bestimmter Gruppen, sondern auch andere Formen der Verfolgung, die zur Zerstörung der Identität dieser Gruppen führen. Die Stämme der Schlesier, Ostpreußen, Wolgadeutschen usw. haben praktisch zu existieren aufgehört; das Geschehen in den Vertreibungsgebieten - die größte Völkervertreibung der Weltgeschichte - müßte als Genozid eingestuft werden, selbst wenn es nicht so viele Menschenleben gekostet hätte.
Unter diesen Aspekten dürfte es kaum zu vermeiden sein, sämtliche Menschenopfer im Rahmen der Vertreibung als Verbrechensopfer zu betrachten."
8. Man kann nicht umhin, sich klarzumachen, daß die nun seit Jahrzehnten hartnäckig, barbarisch, gewalttätig und blutig durchgesetzte polnische Minderheitenpolitik, insbesondere gegenüber den Deutschen, eine Schande ist. Auch auf diesem Hintergrund ist der, selbst von hohen kirchlichen Personen Polens gepflegte polnische Unschuldswahn (auf seine mehr messianisch-katholisch-politische Weise ähnlich der Hitler'schen Devise: gut ist, was dem Volke nützt) entweder reiner Macht-Zynismus oder - viel wahrscheinlicher - eine bis zum Wirklichkeitsverlust gehende echte (tiefenpsychologisch aufzufassende) Verdrängung.
Wir Deutsche haben gelernt, das Verhängnis der nationalsozialistischen Ideologie zu erkennen. Die deutschen Katholiken haben ihm - geführt von ihren Bischöfen, bestärkt von Papst Pius XI. - widerstanden. Auch unsere Mitschuld am Kriege, insbesondere das unverantwortliche Hasardspiel Hitlers mit seinem Volk; erst recht seine verbrecherischen neodarwinistischen Rassenwahn-Aktionen lasten auf uns, die wir zu haften haben. Kann aber Versöhnung reifen durch ein interessiertes dauerndes Alleinschuld, Anerkenntnis fordern, um dann von daher endlose Milliardenforderungen zu erpressen? Noch dazu in ein "Faß ohne Boden"?
"So wird die angebliche Alleinschuld Deutschlands instrumentalisiert, um alle etwaigen Forderungen nach Wiedergutmachung des entsetzlichen Unrechts, das dem deutschen Volk nach 1945 widerfahren ist, im Keime zu ersticken. Das Argument von der deutschen Alleinschuld muß dazu herhalten, den Fortbestand der völkerrechtswidrigen Fremdbesetzung deutschen Staatsgebietes und die Mauer quer durch die deutsche Hauptstadt zu rechtfertigen.
Das Argument von der deutschen Alleinschuld wird angeführt, um ... sogar das System von Jalta und Potsdam, also die Fremdbestimmung eines ganzen Kontinents, mit dem Schein des Rechts zu versehen." (Helwig, Adolph – Auffenberg - Komarow in seinem Vorwort zu der von Prof. Berthold Rubin herausgegebenen Dokumentation: War Deutschland allein schuld? Der Weg zum Zweiten Weltkrieg, DSZ-Verlag München 60, 1988).
9. Monsignore Ulrich Paul Lange bezieht sich in einer Besinnung aus gegebenem Anlaß auf "Das Apostolische Schreiben des Papstes zum fünfzigsten Jahrestag des Kriegsbeginns"

(Deutsche Tagespost Nr. 103, Seite 4, Dienstag, den 29. August 1989).
Er schreibt: "Natürlich gibt es da nur einen Schuldigen, die Deutschen und ihre Verbündeten. Natürlich haben die Deutschen auch hier die Polen "überfallen". Natürlich wird nur die Zeit von 1939 bis 1945 berücksichtigt. Für den Papst gibt es nur "sechs furchtbare Jahre"; daß noch 1946 und1947 viele Millionen deutsche Menschen gequält, gepeinigt, unterdrückt, vertrieben und ermordet wurden, scheint ihm entgangen zu sein.
Nur mit Beklemmung kann man lesen: "Nach 1945 sind wir (der Papst und die Staatsmänner, an die er sich wendet) Zeugen und Teilnehmer an lobenswerten und erfolgreichen Anstrengungen geworden, um Europa in materieller wie geistiger Hinsicht wieder aufzubauen" (DT, S. 5).
Die Vertreibung und die damit verbundenen Verbrechen werden vom Papst mit einem Satz als "gewaltsame Umsiedlung von Volksgruppen" erwähnt, wobei man nicht einmal weiß, ob damit die fast 12 Millionen Deutschen, 6.944.000 aus den Ostgebieten des Deutschen Reiches, 2.921.000 aus dem Sudetenland und der Tschechoslowakei und die anderen aus den übrigen Ländern gemeint sind (vgl. "Ostdeutschland", herausgegeben vom Ständigen Rat der Ostdeutschen Landsmannschaften ... Königswinter,1982, S. 56).
Wenn der Papst gleichzeitig die Menschen einlädt "Vorurteile zu überwinden", weiß man eigentlich nicht, was dies bei seiner eigenen einseitigen Betrachtungsweise bedeuten soll. Mit Recht nennt der Papst "die organisierte Barbarei, die gegen das jüdische Volk gewütet hat" beim Namen. Der fürchterliche Antisemitismus in Polen bleibt unerwähnt.
Der "nucleare Holocaust von zwei japanischen Städten" wird nicht verschwiegen, der Holocaust der sich zu Hunderttausenden in Dresden drängenden Flüchtlinge, "als britische und amerikanische Bomber am 13. und 14. Februar 1945 ihre tödliche Fracht über der Stadt entluden und mehr als 250.000 Menschen töteten - soviel wie die Vereinigten Staaten insgesamt im Zweiten Weltkrieg verloren und mehr als der Atombombenangriff auf Hiroshima an Menschenleben kostete", (Wilfried Ahrens, Verbrechen an Deutschen, … Arget, S. 14), wird nicht erwähnt.
Bei allem Respekt vor dem Amt des Papstes muß man doch feststellen: Diese Schwarz-Weiß-Malerei ist seines Amtes nicht würdig! Er liegt ganz offensichtlich immer noch auf der Linie des Hirtenschreibens der polnischen Bischöfe vom 10. Februar 1966 an die Gläubigen in Polen, wo sie ihre angebliche Versöhnungsbereitschaft mehr als relativierten. Wörtlich heißt es da: "Wir sagten: Wir bitten um Vergebung. Hat die polnische Nation einen Grund, unsere Nachbarn um Vergebung zu bitten? Sicherlich nicht." (0. Golombek, Die katholische Kirche und die Völkervertreibung, Köln 1966, S. 230-237.)
"Was sollen auf diesem Hintergrund Mahnungen und fromme Floskeln für die jeweils anderen? Ein Papst sollte eigentlich, ganz egal woher er kommt, über den Parteien stehen." Soweit Monsignore Lange.
10. Es hat schon sehr befremdet, daß der Papst den polnischen Insurgenten Korfanty, der mit seinen Banden mitten im Frieden in Oberschlesien Terrorangriffe mit brutalen Morden anzettelte, auf dem Annaberg wie einen Nationalheiligen feierte. Was indes bei einer großen Jugendkundgebung auf der Danziger Westernplatte zu hören war, erscheint wie das Zeichen eines völlig unabgeschwächten katholisch-polnischen Chauvinismus.
Man erinnere sich, daß auf der dem Danziger Hafen vorgelagerten Halbinsel Westernplatte provokativ von den Polen ein Munitionslager eingerichtet und schwer befestigt wurde. Dort beschoß zu Beginn des Krieges (1.9.1939) ein deutsches Kriegsschiff die polnischen Geschützstellungen. Die Polen wehrten sich tapfer, aber sinnlos.
Am 12. Juni 1987 nun wird hier dem Papst ein martialischer Empfang gegeben. Ein Kriegsschiff feuert 21 Schuß Salut, General Jaruzelski hatte Befehl gegeben ("als Oberbefehlshaber der Streitkräfte"), daß die Fahne gehißt wird und alle Kriegsschiffe ihre Sirene ertönen lassen.

Und dann sagte der Papst der polnischen Jugend: "Auch jeder von euch, junge Freunde, findet in seinem Leben seine Westernplatte: Eine Dimension der Aufgaben, die er übernehmen muß, eine gerechte Sache, für die er kämpfen muß ..." (Die Welt vom 13.6.87).
In einer seltsam imperialen Geographie sprach er von der Ostsee als dem "polnischen Meer" und vor dem Westernplatte-Ehrenmal mahnte er, "sich stets der Herausforderung dieses Symbols zu stellen".
Nun: drei Tage später, am15. Juni 1987, wurde der Tender "Nekkar" der Bundesmarine bei der samländischen Küste, in der Höhe von Pillau, ohne jede Warnung von sechs Einheiten der polnischen Marine mit den verfügbaren Rohrwaffen (30 mm-Revolver-Kanonen und 76 mm-Geschütze) scharf an Bug und Heck beschossen. Acht Treffer zählte die Besatzung und über 200 Splitter-Einschläge. Es gab drei Verletzte. Nach allen Umständen fiel es schwer, an ein "Versehen", an einen "Zufall" zu glauben. Also auch heute noch, mit anheizend-patriotischen Reden möglicherweise Spiel mit dem Feuer!
11. Wir sind der Meinung, daß nur die volle ganze Wahrheit, ohne Verschweigen, Aufbauschen, Verharmlosen Grundlage einer Versöhnung sein kann. Auschwitz wird schon fast routinemäßig seit Jahrzehnten besucht und zwecks Anklage der Deutschen genutzt. Wie wäre es, wenn auch mal eines der polnischen KZs, z.B. Lamsdorf wo tausende Deutsche umgebracht wurden, nur weil sie Deutsche waren, eine viel und regelmäßig von Polen besuchte Stätte des Gedenkens und der Erschütterung über soviel kriminelle Energie eines doch frommen Volkes würde?
Am 22. April 1947 richteten die bayerischen Bischöfe einen Aufruf "an alle, welche die natürlichen, gottgegebenen Menschenrechte heilig halten wollen." Darin heißt es: "Die katholischen Bischöfe der Vereinigten Staaten Amerikas haben in dem Rundschreiben vom 17. November 1946 mit Recht betont:
"Wir halten es für eine selbstverständliche Wahrheit, daß alle Menschen gleich geschaffen sind, daß sie vom Schöpfer mit gewissen unveräußerlichen Rechten ausgestattet wurden, wie mit dem Recht auf Leben, Freiheit und Streben nach Wohlstand. Daher ist unseres Erachtens die Hochachtung vor den Rechten und Pflichten des Menschen, als Einzelmensch und als Glied der häuslichen und bürgerlichen Gemeinschaft, die erste Pflicht jeder Regierung gegenüber ihren Bürgern.
Der Staat fordert mit Recht von seinen Bürgern Mitarbeit am Gemeinwohl, aber das berechtigt ihn nicht zur Zwangsherrschaft mit Unterdrückung der persönlichen, politischen, sozialen und religiösen Grundrechte. Was jedoch eine Regierung beim Gebrauch ihrer eigenen Hoheitsrechte nicht tun darf, das darf sie auch nicht genehmigen oder gar in versteckter Form begünstigen, wenn es um eine andere Regierung sich handelt bei Abmachungen, die wie Friedensschluß und Friedensschutz die Nationen betreffen."
In Anwendung dieser Grundsätze auf das Flüchtlingselend sagen die Bischöfe Amerikas mit großem Ernst: "In Europa ist etwas geschehen, was die Geschichte noch nicht kannte. Auf Grund eines Abkommens zwischen den Siegerstaaten wurden Millionen von deutschen Menschen, die seit Jahrhunderten in Osteuropa ansässig waren, von ihrer Heimatscholle vertrieben und mittellos ins Herz Deutschlands gestoßen. Die Leiden dieser Menschen auf ihren harten Wanderwegen, ihre Heimatlosigkeit und Hoffnungslosigkeit erzählen uns eine traurige Geschichte von der Unmenschlichkeit solcher Vertreibung.
Wäre bei den Besprechungen der Sieger die rechte Wertung von menschlicher Würde vorherrschend gewesen, so würde man sicher ein anderes Abkommen gefunden haben, um diese Bevölkerung in menschenwürdiger Weise umzusiedeln. Wir rühmen uns unserer Demokratie. Aber bei diesen Menschenverschiebungen haben wir uns, ohne es zu merken, in das Schlepptau der grausamen Theorien einer herzlosen totalen Staatsauffassung zerren lassen ..."
12. Die überaus gerechtdenkende, faire, auf naturrechtlichen Prinzipien aufgebaute Polenpoli-

tik des Zentrums, repräsentiert von Prälat Kaas, über die hier Prof. May berichtet, hat also - nach wie vor - exemplarische Bedeutung. Sie könnte, in Kirche und Politik, bewahren vor wirklichkeits- und wahrheitsenthobenem, einseitigem oder gar interessiertem Moralismus, vor Leicht- und Gutgläubigkeit aus Ignoranz und falschem "schlechten Gewissen", aber auch vor mangelnder Unterscheidung zwischen Tätern, Ideologen und Opfern.
Weder Polen-Euphorie noch abschätzige Gleichgültigkeit sind angemessen. Aber auch nicht jene polnische Naivität, die meint, alle Welt müsse jetzt Milliarden schenken, weil Polen angeblich am meisten gelitten habe. Die genannten Zahlen sind oft Phantasie-(symbolische) Zahlen, nicht selten von Stalin übernommen. Auch wird die Eigenverantwortung für den Bankrott der "polnischen Wirtschaft", trotz verschleuderter Milliarden, nicht zurückgezahlter Schulden und Zinsen, übersehen. Uns allen ziemt immer erneute Selbstreinigung und faires wechselseitiges Gelten lassen.
Kaas war kein einseitig nach Westen blickender Politiker; er beobachtete auch den Osten. Allerdings war der Fachmann für Fragen des deutschen Ostens, vor allem Oberschlesiens, in der Zentrumsfraktion Karl Ulitzkal. Bei ihm lag die Ostpolitik in guten Händen. Dennoch hat sich auch Kaas deutlich dazu geäußert und einen eigenen Beitrag geleistet. …<<
Herbert Ludwig berichtete später (am 15. Mai 2015) in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die Instrumentalisierung Hitlers durch britische Machteliten (x962/…): >>**Das britische Schachspiel - Die Instrumentalisierung Hitlers für die westliche Kriegs-Strategie**
Weltpolitik ist weitgehend ein Intrigenspiel im Gewande der Diplomatie, in dem Machtsüchtige durch Täuschen und Lügen die Ausdehnung ihrer Herrschaft vorbereiten, um sie dann mit militärischen Mitteln zu vollenden. Von Friedrich Nietzsche ist der Ausspruch überliefert: "*Ein Politiker teilt die Menschheit in zwei Klassen ein: Werkzeuge und Feinde. Das bedeutet, daß er nur eine Klasse kennt: Feinde."* ("Wille zur Macht")
Die größten Imperialisten und begabtesten Politiker, die ihre "Feinde" als Werkzeuge einzusetzen verstehen, sind die britischen Machteliten und ihre amerikanischen Zöglinge und Nachfolger. Sie haben zur Politik eine instinktive Veranlagung. Aus einem überschauenden Bewußtsein, gleichsam aus einer Metaebene operieren sie nach weiträumigen und langfristigen strategischen Plänen, schieben andere Staaten wie Schachfiguren in die gewünschten Positionen, um sie dann kaltblütig ihren Zielen zu opfern.
"Vergessen Sie niemals", warnte der Militärattaché der japanischen Botschaft in London den Deutschen Joachim von Ribbentrop, "*daß die Briten die schlausten Menschen auf Erden sind, die es in der Verhandlungskunst ebenso wie bei der Manipulation der Presse und der öffentlichen Meinung zur absoluten Meisterschaft gebracht haben."*
Die britische Deutschland-Politik im Vorfeld des Zweiten Weltkrieges bietet für die Künste der britischen Schachspieler ein makabres Beispiel, dem hier nachgegangen werden soll.
Die britische Fassade
Die britische Sieger-Geschichtsschreibung und im gehorsamen Gefolge auch die deutsche bezeichnen die Appeasement- (Beschwichtigungs-) Politik Großbritanniens gegenüber Hitler als einen bedauerlichen Irrtum, eine schwere Fehleinschätzung. Man habe das Hitler-Regime unterschätzt und sich in Illusionen bewegt zu glauben, man könne es mit Wohlwollen, Zugeständnissen und Entgegenkommen beschwichtigen und befrieden.
Es wird also, wie der amerikanische Wirtschaftshistoriker Guido G. Preparata in einer Untersuchung schreibt, der *Mythos* vermittelt, "*Großbritannien, das wohlgesinnt war, (wäre) nicht in der Lage gewesen, die Absichten der Nazis zu erkennen, und habe sich infolgedessen etwas Schuld an dem nachfolgenden Desaster aufgeladen. Diese Kurzsichtigkeit sei daher gekommen, daß seine Elite sich ... tiefgehend über außenpolitische Fragen in verschiedene einander widerstreitende Strömungen zerrissen vorfand. ... Hitler habe, so lautet die Entschuldigung,*

aus dieser politischen Zwietracht vollen Nutzen für seine wahnsinnigen Ambitionen gezogen." Preparata fügt lapidar an: "*Die Wahrheit sieht anders aus."*

Die britische Strategie

Die britische Führungsschicht hatte und hat im Großen und Ganzen eine einheitliche Struktur und Zielsetzung. Meinungsunterschiede gab es nur über das politische Vorgehen, nicht über Prinzipien und Ziele. *"Die Briten waren niemals geteilter Ansicht in der Frage, was mit Hitler geschehen solle. Das war ganz offensichtlich: zerstört ihn zu gegebener Zeit und richtet Deutschland zugrunde! Das verlangte die Logik des Empires."*

Die angloamerikanische imperialistische Logik lag ja bereits dem Ersten Weltkrieg zugrunde: Deutschland als wirtschaftlichen Konkurrenten auszuschalten und insbesondere ein Bündnis zwischen Deutschland und Rußland zu verhindern. Und da man die Ziele noch nicht ganz erreicht hatte, wurden im Versailler "Vertrag" die Keime für den zweiten Teil des neuen "Dreißigjährigen Krieges gegen Mitteleuropa" (Churchill) gelegt, von denen das reaktionär nationalistische Hitlerregime bereits - mit Hilfe angloamerikanischer Finanzkreise - als eine Frucht emporgewachsen war.

Über diese Strategie waren sich die britischen Eliten alle einig. *"Strittig war eher eine pragmatische Frage. Wie konnte man die Nazis am besten irreleiten, damit sie wieder in die Falle eines Zweifrontenkrieges tappten? Die Antwort lautete: indem man mit ihnen tanzte. Und tanzen taten die Briten, sie hatten beim Walzer durch die diplomatischen Ballsäle immer geführt und hinterließen beim Herumwirbeln ein Muster, das in der Tat einem voraussagbaren Ablauf entsprach."*

Die Taktik der Briten

In der Tat gab es nach außen hin verschiedene einander widerstreitende Gruppierungen in der britischen Politik:

1) die Antibolschewisten, die für die Wiederaufrüstung Deutschlands eintraten, um es als Bollwerk gegen den Kommunismus aufzubauen, den es zu zerstören gelte (und damit natürlich auch Deutschland);

2) die Vertreter einer "Drei-Blöcke-Welt", die Deutschland auch aufbauen, aber zwischen einen westlichen Block der englisch sprechenden Völker und einen bolschewistischen Ostblock einbinden und den letzteren dadurch eher in Schach halten als zerstören wollten und

3) die Anhänger eines "Appeasements". (Man kann auch noch eine "Frieden-um-jeden-Preis-Fraktion" ausmachen.)

Waren das ernsthafte unterschiedliche politische Strömungen aus der Bevölkerung, oder handelte es sich um ein Schauspiel einer sich weitgehend einigen Elite des Empires für die Öffentlichkeit, um mit aufgefächerten, sich widersprechenden Politik-Konzepten Verwirrung zu stiften und dahinter ganz andere Ziele zu verfolgen? Der die Zeitereignisse aufmerksam verfolgende Rudolf Steiner machte bereits 1916 aus seiner genauen Kenntnis der britischen Verhältnisse, insbesondere der hinter und in der Politik wirkenden Geheimgesellschaften, auf solche Methoden aufmerksam:

"*Da haben die Menschen in der Regel überhaupt keinen Begriff davon, daß Dinge, die nebeneinander auftreten, eigentlich zusammen gedacht sind und gewissermaßen zusammen veranstaltet sind. In solchen weitumfassenden und in tonangebende Kreise hinaufreichenden okkulten Verbrüderungen wie diejenigen im Britischen Reiche ... weiß man, was der eine zu tun hat, was der andere zu tun hat, und wie man wirkt im Leben.*

Da weiß man ganz gut, was es bedeutet - ich will Ihnen einen konkreten Fall erwähnen - wenn man auf der einen Seite versucht, daß Staatsmänner Englands nach und nach befreundet werden mit gewissen Staatsmännern eines kleinen Donaustaates, der ein Teil Österreichs ist. ... Aber das macht man nicht bloß für sich; sondern daneben macht man das andere, daß man z.B. ein wirksames Buch erscheinen läßt, in dem man ganz besonders schimpft über das Volk,

das in diesem Staate lebt, so daß man das, was man auf der einen Seite hinstellt, auf der anderen Seite aus den Angeln hebt. So etwas hat eine Bedeutung, wenn es methodisch gemacht wird ... So wird es gemacht, mit allen diesen Dingen, die scheinbar nebeneinander einhergehen."

Preparata deckt die gleiche Methode zwischen den beiden Weltkriegen auf. Die Briten tanzten, wie oben von Preparata bereits zitiert, mit den Nazis. *"Dabei wandten sie die Taktik an, eine Vielzahl politischer Formationen so zu aktivieren, wie man sich Werkzeuge für die verschiedenen Aufgaben, die anfallen werden, passend zurechtlegt. ... Somit verfügte das Empire ... über mindestens drei zur Verfügung stehende Masken."*

Ausgangslage

Von 1919 bis 1926 beherrschte die erste Gruppe, die Antibolschewisten, Regierung und Politik. Zu ihnen gehörten Lord Curzon, der führende außenpolitische Experte Sir Eric Simon, Lord D'Abernon, General Smuts und H. A. L. Fisher. "*Sie taten alles ihnen Mögliche, um die Reparationsregelungen zunichte zu machen, die deutsche Wiederaufrüstung zu erlauben und um das niederzureißen, was sie 'französischen Militarismus' nannten."*

D'Abernon trat "*für ein geheimes Bündnis Großbritanniens 'mit den militärischen Führern Deutschlands zur Kooperation gegen die Sowjetunion' ein."* Als Botschafter in Berlin von 1920-1926 blockierte er "*alle Bemühungen der Entwaffnungskommission, Deutschland zu entwaffnen oder auch nur Inspektionen durchzuführen."*

Diesen Blickwinkel unterstützte, wenn auch aus etwas anderen Gründen, die zweite Gruppe, die als Milner- oder Round-Table-Gruppe bekannt war und den eigentlichen Kern des englischen Imperialismus bildete.

Zu ihr gehörten Lord Milner, Leopold Amery, Edward Grigg, Lord Lothian (Philip Kerr), Lord Astor, Lord Brand, Lionel Curtis, Geoffrey Dawson (Herausgeber der Times) und ihre Freunde, sowie Lord Halifax. Diese Gruppe hatte großen Einfluß, weil sie den Rhodes Trust kontrollierte, den *Beit Trust, The Times aus London, The Observer,* das einflußreiche und völlig anonyme Magazin, das als The Round Table bekannt war."

Sie beherrschte das Royal Institute of International Affairs, genannt Chatham House, das sie 1920 als Teil eines gemeinsamen anglo-amerikanischen *"Zentrums der maßgebenden Meinung"* gegründet hatten, zu dem auf amerikanischer Seite das 1921 gebildete *Council on Foreign Relations* gehörte.

Beide Gruppen waren sehr eng und freundschaftlich miteinander verbunden; Simon und Smuts waren sogar Mitglieder in beiden Gruppen, was darauf hindeutet, daß es sich im Grunde um taktische Varianten eines geschlossenen Vorgehens handelte.

"Zu den Appeasern gehörte schließlich noch eine bunte Ansammlung von Hinterbänklern wie Churchill und Lloyd George, die einen 'ehrenhaften Frieden' vorgeschlagen hatten. Hinzu kamen parteiungebundene Technokraten wie Norman und Teile der Intelligenz - Publizisten und Schriftsteller wie Keynes. Alle waren darauf bedacht, dem früheren Feind ein freundliches Gesicht zu zeigen und im Namen 'sportlicher Fairneß' neue Verbindungen mit ihm zu knüpfen."

Gegen Ende der Weimarer Zeit rückten die Antibolschewisten mehr in den Hintergrund, und die Appeaser traten stärker in Aktion. Dahinter hielten die Strategen des Round-Table das Heft in der Hand. *Sogar eine von Rolf Gardiner geführte deutsch-freundliche Randgruppe ... mit Sinn für das gemeinsame Erbe der nordischen Folklore war entstanden. Dies war allerdings eine Bewegung am Rande, ohne eine breitere Unterstützung und politischen Einfluß. Es gab keine echten deutschfreundlichen Gefühle in England, nur einen aufkeimenden Dschungel von so Tun als ob."*

Das Vorgehen

Bald nach Hitlers Machtergreifung, die ohne Hilfe angloamerikanischer Finanzkreise nicht

möglich gewesen wäre, begann die britische "Maskerade" (Preparata) erst richtig. Als Hitler am 9. April 1934 öffentlich ankündigte, daß Deutschland entgegen der Versailler Bestimmungen wieder aufrüsten werde, war Frankreich besorgt.
Aber von England reiste ein bekennender Nazi-Verehrer und Appeaser, Hauptmann Winterbotham, nebenbei Agent des britischen Auslandgeheimdienstes M16 und des Nachrichtendienstes des Luftfahrtministeriums, nach Deutschland zum führenden Nazi-Ideologen Alfred Rosenberg, den er 1931 während dessen Herbstreise nach England durch die Londoner Clubs geführt hatte. Er wurde auch vom Führer empfangen und gewann das volle Vertrauen seiner Gastgeber, die mit ihm ihre Überlegungen besprachen, wie sie zusammen mit England den Kommunismus vernichten würden.
Auf den Putschversuch österreichischer Nazis in Wien am 25. Juli 1934 wandten sich Italien und Frankreich besorgt wegen einer fälligen Strafaktion gegen Hitler an England. Doch England lehnte eine militärische Züchtigung ab; es zahle sich nicht aus. Die Franzosen mußten konstatieren, England schreibe Österreich ab und ermuntere die Nazis zu mehr. Im gleichen Monat verteidigte der Führer der britischen Konservativen Stanley Baldwin (der Fuchs), der von Juni 1935 bis Mai 1937 als Premierminister fungieren sollte, Deutschlands Recht auf eine Luftwaffe. "*Es hat aufgrund seiner wehrlosen Stellung in der Luft alle Argumente, um sich zu schützen, auf seiner Seite."*
Nun war ein Gegenmanöver fällig. Bald darauf tauchte der bisherige Appeaser Winston Churchill von den hinteren Bänken des Parlaments auf und umwarb den sowjetischen Botschafter Maisky, um den Russen ein Militärbündnis mit England gegen Hitler schmackhaft zu machen. Unmittelbar danach eilte Churchill ins Parlament, um eine Reihe alarmierender Reden zu halten, in denen er vor der Gefahr deutscher Luftangriffe auf London warnte, bei denen binnen sieben Tagen 30.000 Menschen getötet oder verstümmelt werden würden. Premier Baldwin dagegen forderte Lloyd George auf, Churchill zurechtzuweisen. Dieser übersehe, wie wichtig Deutschland für England als Bollwerk gegen den Kommunismus sei.
"Hinter Churchill sammelte sich nun ein prorussischer Anti-Nazi-Kern, während die Friedensfreunde hinter Lloyd George an Einfluß gewannen. Großbritannien zeigte jetzt der Welt ein strahlendes, demokratisches Gesicht - ein Gesicht, auf dem die Züge des zynischen Pragmatismus (des Appeasements) durch die Gemäßigten der Milner-Gruppe und die offene Gegenstimme Churchills etwas abgemildert wurden. Es war das erfrischende Antlitz des Pluralismus."
Die Pro-Nazi-Friedenspartei wurde noch publikumswirksam durch einen königlichen Kandidaten, Prinz Eduard, gekrönt, der fließend Deutsch sprach und die schönsten Sommer seiner Kindheit bei seinem Lieblingsonkel Willi, dem früheren Kaiser Wilhelm II., dem Vetter seines Vaters, verbracht hatte.
Nachdem Frankreich am 6. März 1935 die allgemeine Wehrpflicht wieder eingeführt hatte, zog Hitler zehn Tage später nach. England "protestierte" gegen den neuen Bruch des Versailler Vertrages, trotzdem statteten Sir Eric Simon und Anthony Eden vom Auswärtigen Amt am 25. März den vorgesehenen Besuch in Berlin ab. Hitlers erneute Ausführungen über die Notwendigkeit, eine gemeinsame Front gegen den Bolschewismus zu errichten, stießen ebenso auf freundliches Wohlwollen wie sein Vorschlag, der deutschen Marine eine Tonnage von 35 % der Royal Navy zu erlauben.
Die Gespräche "*endeten mit einem Frühstücksempfang in der britischen Botschaft, bei dem der Botschafter Sir Eric Phipps seine Kinder antreten ließ, um Hitler und sein Gefolge mit dem Naziruf 'Sieg Heil` zu begrüßen."* Doch Eden reiste anschließend direkt zum Nazi-Feind nach Moskau weiter - ein frühes Beispiel für das Doppelspiel des britischen Außenministeriums. Am 18. Juni 1935 wurde das Flottenabkommen nach Hitlers Vorschlag unterzeichnet.
Am 19. Juni 1935 gab Prinz Eduard, ab Januar 1936 König Eduard VIII., sein Debüt als Pro-

Nazi-Kandidat. In einer Rede forderte er die Veteranen-Legion auf, die Feindseligkeiten des großen Krieges zwischen England und Deutschland für immer zu begraben. Standing Ovations überschütteten ihn, "*während sich ringsherum die Union Jacks mit den Hakenkreuzstandarten der deutschen Veteranen mischten."*
Einen Monat später empfing Hitler britische Veteranen und schwelgte mit ihnen in der Erinnerung an die alten Tage in den Schützengräben, "*und das taten sie mit so viel Leidenschaft, als seien sie Waffenbrüder, die aus dem gleichen Unterstand geschossen hätten."*
Am 7. März 1936 wagte es Hitler im Vertrauen auf das englische Wohlwollen mit einer Frankreich noch weit unterlegener Wehrmacht die entmilitarisierte Zone des Rheinlandes zu besetzen. Nach dem Versailler Vertrag bedeutete das Krieg. England, Italien und Belgien sollten Frankreich sofort zu Hilfe eilen.
Doch die Zeitungen *Daily Express* und *Daily Mail* spendeten Hitler Beifall. Philipp Kerr, einer der Architekten des Versailler Vertrages, und Lord Astor erinnerten an die notwendige deutsche Rolle als Damm gegen den Bolschewismus und hielten den erbosten Franzosen vor, sich wegen des verständlichen Wunsches Deutschlands, "seinen eigenen Hinterhof zu betreten", nicht streitsüchtig zu zeigen. Anthony Eden und Lord Halifax flogen nach Paris und mahnten.
"*Unterlassen Sie jeden Akt, der zum Krieg führen könnte. England will Frieden."* Auf einer Sitzung des Völkerbundes am 14. März "*verkündete Eden, mit einer perfekt doppelzüngigen Phrase des außenministeriellen Jargons zum Vergnügen der Nazis, daß die Besetzung des Rheinlandes ein Verstoß gegen den Vertrag von Versailles sei, aber keine Bedrohung des Friedens darstelle. Sie gefährde die Macht Frankreichs, aber nicht seine Sicherheit. Die Franzosen waren verblüfft."*
Im Rahmen der britischen Taktik mußte der Vorstoß der Appeaser auch eine entgegengesetzte Reaktion auslösen. "*Nach dem Rheinlandkomplott wurde die Anti-Nazi-Fraktion unter Churchills Führung und mit jüdischem Geld in eine schnellere, entschlossenere und streng geheim agierende Einrichtung, die als The Focus bekannt wurde, umgewandelt. ... Doch Hitler machte sich nicht die geringsten Sorgen wegen Churchills Partei. In seinen Augen war sie nur eine Belästigung, die zu nichts als leeren Worten fähig war."*
Hitler strebte nach einem Zusammentreffen von hohem Symbolwert und lud Premierminister Baldwin ein. Doch dieser lehnte höflich ab und schickte aus den Rängen der Appeaser Lloyd George aus, den Führer in seinem Adlerhorst in den Alpen aufzusuchen. So schüttelte Hitler nicht seinem amtierenden Amtskollegen, sondern dem früheren Premierminister die Hand, einem der erfolgreichsten Hebammen des Nazismus, der den Versailler Vertrag ausgehandelt hatte. Hitler war von ihm mehr als beeindruckt, nannte ihn ein "Genie" und wollte ihn auf dem Parteitag in ein paar Tagen zur Schau stellen.
Doch Lloyd George "*lehnte vorsichtig ab, hielt sich aber nicht dabei zurück, schlecht über die Tschechen zu sprechen. - Auch das ein Hinweis. In einem Wort: Das Treffen war ein weiterer Erfolg, und Lloyd George sollte danach den Führer in der Presse loben und ihn als den 'größten Deutschen dieses Zeitalters' würdigen."*
Schließlich kam nach all diesen Freundlichkeiten im November 1937 die Zeit, "*den Führer weiter in Richtung Krieg zu stoßen. Die Entsendung von Lord Halifax am 19. November zu Hitlers Alpenresidenz brachte die Wende in der Dynamik, die zum Zweiten Weltkrieg führte."*
Halifax sagte zu Hitler zusammengefaßt: England hält Deutschland für die Bastion gegen den Kommunismus. Es hat keinen Einwand gegen den Anschluß Österreichs und der Tschechoslowakei. Deutschland solle keine Gewalt anwenden, um seine Ziele in Europa zu erreichen, wohl wissend, daß Hitler dies angesichts der westlichen Waffenlieferungen kaum als ernst gemeint betrachten werde.
Im Februar 1938 *"erklärten Premierminister Chamberlain und Schatzkammersekretär Sir*

Eric Simon im Unterhaus, man könne nicht erwarten, daß Großbritannien die österreichische Unabhängigkeit unterstütze. Das war das Signal. Am 12. März marschierte Hitler in Österreich ein."
Das in Versailles gebildete Konstrukt Tschechoslowakei, in das 3,4 Mio. Sudetendeutsche (22 % der Bevölkerung) eingeschlossen wurden, gab Hitler den nächsten vorgezeichneten Ansatzpunkt, im Namen der "ethnischen Selbstbestimmung" einzugreifen. Die britische Presse gab Feuerschutz. Die britische Regierung verweigerte den aufständischen deutschen Militärs um General Beck die Zusammenarbeit, spielte die Kampfstärke der gut trainierten tschechoslowakischen Armee herunter, beruhigte über geheime Boten Hitler, demnächst erfolgende scharfe offizielle Stellungnahmen Englands und Frankreichs zu ignorieren und sorgte dafür, daß im Münchner Abkommen vom September 1938 die Tschechoslowakei aufgeteilt und Hitler der Weg freigemacht wurde.
Die englische Öffentlichkeit wurde durch eine geschürte Kriegshysterie stillgehalten: "*England sei durch Luftangriffe mit Giftgaseinsätzen seitens der* (deutschen) *Luftwaffe bedroht. In den ersten Septemberwochen wurden Gasmasken an die Londoner ausgegeben und Luftschutzübungen durchgeführt."* Gegen die Annexion der Rest-Tschechoslowakei durch Hitler am 14. März 1939 protestierten die Alliierten, aber dabei blieb es.
"*Um Versailles endgültig abzuwickeln, blieb jetzt nur noch Polen übrig."* Mit der Abtrennung Posens und Westpreußens an Polen, der Unterstellung Danzigs unter den Völkerbund und der damit verbundenen Trennung Restdeutschlands von Ostpreußen waren 1919 weitere Konflikte bewußt veranlagt worden.
Hitler hatte am 21.10.1938 Gespräche mit Polen begonnen, in denen er *"die Rückgabe Danzigs und einen Streifen von einem km Breite durch den polnischen Korridor für eine Autobahn und eine vierspurige Eisenbahnlinie unter deutscher Souveränität forderte. Diese ziemlich bescheidene Anfrage wurde dem polnischen Verbündeten in einer so freundlichen Atmosphäre wie möglich unterbreitet. ... Hitler wollte Polen nicht überrennen, sondern es viel lieber in den bevorstehenden Angriff auf Rußland einbinden."*
Doch Ende März 1939 wurde Polen plötzlich streitsüchtig. Er wußte nicht, daß England Polen heimlich Angebote gemacht hatte.
Nach dem Einmarsch der deutschen Wehrmacht in der Tschechoslowakei konnten die Briten vor der Öffentlichkeit die Politik des Appeasements nicht mehr vertreten. Die Pro-Nazi-Friedenspartei rückte auf die hinteren Bänke, und die Round-Table-Gruppe verschmolz mit den Antibolschewisten. *"Dabei täuschte die sichtbare Front unter Führung von Halifax ein unnachgiebiges Vorgehen gegen die Nazis vor, während die geheime Front, die mit der Chamberlain-Gruppe besetzt war, Hitler weiterhin Zugeständnisse machte und 'freundliche' Zusicherungen abgab, daß England nicht in den Krieg eintreten werde.*
Hitler war genau so weit gegangen, wie man ihm erlaubt hatte. Nun war es für Großbritannien Zeit, ihn an der Westfront hereinzulegen, um den Krieg voranzubringen. Am 31. März 1939 ... informierte Chamberlain das Unterhaus, daß 'im Fall irgendeines Vorgehens, das die Unabhängigkeit Polens deutlich bedroht, die Regierung Seiner Majestät sich verpflichtet fühle, der polnischen Regierung sofort jede Unterstützung zu gewähren, die in ihrer Macht steht."
Das war ein ungewöhnlicher Blankoscheck.
Andererseits versprach Chamberlain den Nazis bis in den August hinein als Gegenleistung für Frieden eine "allumfassende politische Partnerschaft", während die Round-Table-Gruppe die Polen weiterhin bedrängte, in den Verhandlungen mit Hitler nicht nachzugeben.
"*Egal, wie raffiniert die Strategie Großbritanniens ... auch war, sie war immer die gleiche gewesen, nämlich einen Feind gegen einen anderen auszuspielen und die eigene Verwicklung dadurch abzusichern, daß es zuvor Satellitenländer förderte und den ausgewählten Feind damit wie mit Landminen umgab, in diesem Fall die Deutschen. Was England vor dem Ersten*

Weltkrieg mit den Garantien für Belgien getan hatte, wiederholte es nun mit Polen."
Das Wichtige war, daß Deutschland gezwungen wurde, mit dem Krieg zu beginnen. Das gelang auch mit Hitler. Polen weigerte sich, mit Englands Bündnis im Rücken, zu verhandeln, und Deutschland marschierte nach einem halben Jahr fruchtloser Verhandlungsversuche am 1. September 1939 in Polen ein. Großbritannien erklärte Deutschland am 3. September den Krieg, kam aber den Polen trotz aller Versprechungen nicht zu Hilfe. "*Die Royal Air Force erhielt strikte Order, ja keine deutschen Landstreitkräfte zu bombardieren."*<<
Am 14. August 1939 scheiterten die sowjetisch-britisch-französischen Militärverhandlungen über ein gemeinsames Vorgehen gegen das NS-Regime, weil die polnische Regierung ein sowjetisches Durchmarschrecht durch Polen ablehnte (x125/172).
Am 15. August 1939, um 4.40 Uhr, wurde die deutsche Botschaft in Moskau per Telegramm über die deutsch-sowjetischen Nichtangriffsverhandlungen und den Besuch des deutschen Außenministers informiert (x125/172).
Der sowjetische Außenminister Molotow schlug Hitler am 16. August 1939 den Abschluß eines Nichtangriffspaktes vor. Hitler stimmte daraufhin Verhandlungen in Moskau zu.
Am 18. August 1939 scheiterten die polnisch-französischen Verhandlungen über die sowjetischen Forderungen nach einem Durchmarschrecht.
Außenminister Beck lehnte am 19. August 1939 die sowjetischen Forderungen nach einem Durchmarschrecht ab (x032/559): >>... Ich lasse nicht zu, daß man in irgendeiner Weise über die Benutzung eines Teils unseres Gebietes durch ausländische Truppen diskutiert. Wir haben keine Militärkonvention mit der Sowjetunion; wir wollen keine haben.<<
Am 19. August 1939 gewährte die französische Regierung Polen einen Rüstungskredit.
Die Sowjetunion und das NS-Regime schlossen am 19. August 1939 in Moskau einen Wirtschaftsvertrag. Infolge des deutsch-sowjetischen Wirtschaftsvertrages vom 19. August 1939 wurden die deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen erheblich verstärkt, so daß die spätere britische Blockade zunächst weitgehend wirkungslos blieb (x051/125).
In den Kriegsjahren 1939/40 verlief die wirtschaftliche deutsch-sowjetische Zusammenarbeit reibungslos. Die Sowjets erhielten Kredite, Waffen und deutsche Industriegüter, während man den Deutschen wichtige Rohstoffe, Getreide etc. über die sowjetischen Fernost-Häfen und Eisenbahnlinien lieferte, die wegen der britischen Seeblockade sonst nirgends zu bekommen waren.
Stalin erteilte damals Befehle, das NS-Reich mit allen Mitteln zu begünstigen, denn Hitlers Entschluß, Polen und die europäischen Westmächte anzugreifen, sollte durch die sowjetischen Rohstofflieferungen erleichtert und beschleunigt werden. Stalin rechnete fest mit einem Krieg gegen "Hitler-Deutschland" und hielt einen Krieg gegen das NS-Regime für unvermeidlich. Der sowjetische Diktator bereitete sich deshalb frühzeitig auf diesen Krieg gegen Hitler vor.
Die polnische Regierung erläuterte am 20. August 1939 nochmals gegenüber den französischen Diplomaten die Verweigerung des sowjetischen Durchmarschrechts (x032/559): >>... Mit den Deutschen laufen wir Gefahr, unsere Freiheit zu verlieren. Mit den Russen verlieren wir unsere Seele.<<
Am 23. August 1939 unterzeichnete Reichsaußenminister von Ribbentrop in Moskau den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt. Obwohl die Sowjetunion bereits monatelang Geheimverhandlungen mit den Westmächten geführt hatte, schlossen die vermeintlichen Todfeinde Hitler und Stalin am 23. August 1939 "völlig überraschend" einen deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt ab ("die übrige Welt reagierte damals völlig sprachlos").
Dieser "Hitler-Stalin-Pakt" ermöglichte eigentlich erst den Angriff auf Polen, denn der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt gab Hitler endlich die erforderliche Rückendeckung, um seine Kriegspläne zu verwirklichen.
Japan reagierte nach dem deutsch-sowjetischen Bündnis verunsichert und rückte vom NS-

Regime ab, so daß Stalin die angestrebte zusätzliche Zeit gewann, um die radikale Neuorganisation der Roten Armee zu beenden.
Hitler und Stalin legten in einem geheimen Zusatzprotokoll die "neuen Grenzen" Osteuropas fest (x041/98). Estland, Lettland, Bessarabien und Polen (östlich der Flüsse Pissa, Narew, San und Weichsel) wurden der UdSSR zugeschanzt, während Litauen und Westpolen an das Deutsche Reich fallen sollten.
Aufgrund der Tatsache, daß der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt keine üblichen "Angriffsklauseln" enthielt, deutete manches darauf hin, daß beide Vertragspartner Aggressionen erwarteten (x051/125).
Bei der anschließenden Feier brachte Stalin folgenden Trinkspruch auf Hitler aus (x073/177): >>Ich weiß, wie sehr das deutsche Volk seinen Führer liebt, und möchte deshalb auf seine Gesundheit trinken ...<<
Als sich Ribbentrop verabschiedet hatte, sagte Stalin zum sowjetischen Außenminister Molotow (x069/176): >>Das war die Kriegserklärung Hitlers an die Sowjetunion! ...<<
Der britische Historiker Robert Conquest (1917-2015) schrieb später über den Hitler-Stalin-Pakt (x080/281-284): >>... Ein Abkommen mit Deutschland sicherte zumindest vorläufig den Frieden und ermöglichte die gefahrlose Ausdehnung sowjetischen Territoriums. ...
Ein Pakt mit Hitler bot Stalin ... die Aussicht auf einen beträchtlichen territorialen Zugewinn und Frieden. Außerdem bestand in diesem Fall die Chance, daß Deutschland und die Westmächte sich in einem langwierigen und zermürbenden Krieg gegenseitig schwächen würden, so daß die Sowjetunion als der lachende Dritte übrigbleiben würde.
... Stalin gab Ribbentrop sein persönliches Ehrenwort, daß die Sowjetunion ihren Teil des Vertrages uneingeschränkt erfüllen werde. Er fügte sogar das wenig überzeugende Versprechen hinzu, falls Deutschland in die Knie gezwungen würde, werde er hundert Divisionen zur Unterstützung seines Bundesgenossen an den Rhein entsenden. ...
Stalin stand dem Pakt mit Hitler und den Absichten des Deutschen natürlich keineswegs naiv und unbefangen gegenüber. So äußerte er vor dem Politbüro: >>Hitler will uns überlisten, aber am Ende werden wir die Klügeren sein.<<
Der deutsche Historiker Karl Dietrich Erdmann (1910-1990) schrieb später über den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt vom 23. August 1939 (x243/69): >>Der Pakt bedeutete das Todesurteil für Polen. ... Für Stalin bedeutete der Pakt, daß dem Bolschewismus nun das Tor in das ... östliche Mitteleuropa geöffnet wurde. ...
Stalin hätte es in der Hand gehabt, den Krieg zu verhindern. ... Wenn er sich trotz der polnischen Bedenken (Ablehnung des russischen Durchmarschrechts durch Polen) mit den Westmächten verbündet hätte, wäre der deutsche Angriff auf Polen unterblieben. ...<<
Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete später (im Jahre 1999) über den Hitler-Stalin-Pakt (x887/...): >>**Präventivschlag: Was Stalin vor 60 Jahren wirklich im Schilde führte**
"Ich habe Hitler überlistet"
Am 23. August 1999 jährt sich zum sechzigsten Mal der Abschluß des Pakts der beiden Diktatoren in Berlin und Moskau im Jahr 1939, der das Tor öffnete für die Katastrophe des Zweiten Weltkrieges und des deutsch-sowjetischen Krieges ab 1941.
Die Motive beider Seiten zu diesem Pakt sind heute deutlich: Hitler suchte die sowjetische Rückendeckung für seinen Angriff auf Polen und zugleich dessen Begrenzung ohne ein Eingreifen Englands und Frankreichs. Stalin wollte zunächst einmal Zeitgewinn zur Aufrüstung der Roten Armee, deren Führung er zwei Jahre zuvor brutal dezimiert hatte. Das geheime Zusatzprotokoll des Paktes ermöglichte ihm auch beachtlichen Raumgewinn nach Westen durch die Annexion Ostpolens und der baltischen Staaten.
Der Mann im Kreml kalkulierte jedoch überlegener als sein Gegenspieler in Berlin. Er war

überzeugt, daß sich der Angriff Hitlers auf Polen nicht lokalisieren lassen werde, daß vielmehr durch den Kriegseintritt der beiden Westmächte jener "zweite imperialistische Krieg" entstehen würde, auf den er schon seit zwanzig Jahren gehofft hatte und der seine potentiellen Gegner dann derart schwächen sollte, daß die Partie schließlich durch das Eingreifen der Sowjetunion im Sinne eines neuen Schubs für die Weltrevolution entschieden werde.
Beide Diktatoren schlossen diesen Pakt aus der Perspektive ihrer jeweiligen weitgreifenden politisch-ideologischen Ziele: Hitler mit der Perspektive seines "eigentlichen Krieges" zur Gewinnung deutschen "Lebensraums im Osten", wie er schon in "Mein Kampf" angekündigt hatte. Stalin verstand ihn als Vorbereitung des nächsten Stadiums des "revolutionären Weltprozesses", der 1923 zum vorläufigen Stillstand gekommen sei und dem ein zweiter Weltkrieg der "imperialistischen" Mächte den Weg bereiten sollte.
Mit Recht konnte Stalin am Abend des 23. August, wie Chruschtschow in seinen Memoiren berichtet, im engen Kreis sagen: "Ich habe Hitler überlistet." Seine Meisterleistung bestand darin, Hitler als "Eisbrecher" (Viktor Suworow) des Status quo von 1919 die Eröffnung des Krieges zuzuschieben und der Sowjetunion die schon von Lenin entworfene Rolle des "lachenden Dritten" zuzuweisen. ...<<
Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtete später über den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt (x046/27-28): >>... Russische Historiker erblicken heute längst auch einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen dem 23. August 1939 und dem 22. Juni 1941. Durch den Pakt mit Hitler vom 23. August 1939 hatte Stalin sein erstes Ziel erreicht, und er war, wie Marschall der Sowjetunion Zkukov sich erinnert, "überzeugt, er würde aufgrund des Paktes Hitler um den kleinen Finger wickeln".
"Nun, für das erste haben wir Hitler getäuscht", so die Meinung Stalins nach Nikita Chruscev. Der Pakt vom 23. August 1939 hatte Hitler dazu ermutigt, Polen anzugreifen und als Folge hiervon, wie erwartet, einen europäischen Krieg entstehen lassen, an dem die Sowjetunion vom 17. September 1939 an als Aggressor teilnahm, ohne daß sie damit freilich die Kriegserklärung der Westmächte auf sich gezogen hätte.
"Ein einziger Schlag gegen Polen", so der verantwortliche Leiter der sowjetischen Politik, der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare Molotow am 31. Oktober 1939 vor dem Obersten Sowjet, "erst seitens der deutschen, dann seitens der Roten Armee, und nichts blieb übrig von dieser Mißgeburt des Versailler Vertrages**,** die ihre Existenz der Unterdrückung nichtpolnischer Nationalitäten verdankt hatte." Auf ausdrücklichen Wunsch Stalins hin sollten nicht einmal Reste der staatlichen Existenz Polens bestehen bleiben.
Durch die Angriffskriege gegen Polen und Finnland, durch die erpresserische Annexion der souveränen Republiken Estland, Lettland und Litauen und die Androhung des Krieges gegen Rumänien vermochte die Sowjetunion im Gefolge der Verträge mit Hitler ihr Gebiet um ein Territorium zu vergrößern, das mit 426.000 qkm etwa der Ausdehnung des Deutschen Reiches von 1919 entsprach.
Damit hatte Stalin die auch ihn schützende Staatenbarriere an seiner Westgrenze niedergerissen und seine Aufmarschbasis nach Westen bedeutend verbessert. Für ihn kam es nun auf den nächsten Schritt an, und die Voraussetzungen hierzu waren günstig. Denn die politisch strategische Lage Deutschlands wurde, seiner Anfangserfolge ungeachtet, in Moskau als kritisch eingeschätzt.
Die Entscheidung im Krieg mit England rückte in immer weitere Ferne. Hinter Großbritannien aber standen mit wachsender Entschiedenheit die Vereinigten Staaten von Amerika. Die Streitkräfte Deutschlands waren jetzt überall in Europa verzettelt und von Norwegen bis zu den Pyrenäen Großbritannien gegenüber in einer Front gebunden. Zum anderen aber war die Unfähigkeit Deutschlands, einen langen Krieg wirtschaftlich durchzustehen, in Moskau sehr wohl bekannt. Und wie verletzbar war das Deutsche Reich erst im Hinblick auf die Möglich-

keit, es von den lebenswichtigen Erdölzufuhren aus Rumänien abzuschneiden! …<<
Der deutsche Historiker Walter Post berichtete später in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 7/8 - 2001 über den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt vom 23. August 1939 (x853/...): >>... Seine Motive für den Abschluß eines Nichtangriffspaktes mit Deutschland legte Stalin am 7. September 1939, also eine Woche nach Beginn des europäischen Krieges, in einem Gespräch mit dem Vorsitzenden der Komintern, Georgi Dimitroff, dar. Dimitroff hielt die Äußerungen Stalins in seinem Tagebuch wie folgt fest:
"- Der Krieg wird zwischen zwei Gruppen von kapitalistischen Staaten geführt - (arme und reiche im Hinblick auf Kolonien, Rohstoffe usw.) um die Neuaufteilung der Welt, um die Weltherrschaft!
- Wir haben nichts dagegen, daß sie kräftig aufeinander einschlagen und sich schwächen.
- Nicht schlecht, wenn Deutschland die Lage der reichsten kapitalistischen Länder (vor allem Englands) ins Wanken brächte.
- Hitler selber zerrüttet und untergräbt, ohne es zu verstehen und zu wollen, das kapitalistische System ...
Wir können manövrieren, eine Seite gegen die andere aufbringen, damit sie sich noch stärker in die Haare kriegen.
- Der Nichtangriffspakt hilft Deutschland in gewissem Maße.
- Der nächste Schritt ist der, die andere Seite anzuspornen ...
- Der polnische Staat war früher (in der Geschichte) ein Nationalstaat. Deshalb haben ihn die Revolutionäre gegen Teilung und Versklavung verteidigt.
- Heute ist er - ein faschistischer Staat, der Ukrainer, Weißrussen usw. knechtet.
- Die Vernichtung dieses Staates unter den gegenwärtigen Bedingungen würde einen bourgeoisen faschistischen Staat weniger bedeuten!
- Was wäre schlechtes daran, wenn wir im Ergebnis der Zerschlagung Polens das sozialistische System auf neue Territorien und die Bevölkerung ausdehnen." ...
Ohne die Sowjetunion waren Großbritannien und Frankreich aufgrund der Geographie, der militärischen Schwäche Englands und des defensiven Denkens der französischen militärischen Führung nicht in der Lage, Polen wirksam zu unterstützen. Aber trotz der prekären strategischen Lage weigerte sich die polnische Regierung hartnäckig, der Deutschen Reichsregierung im Streit um Danzig in irgendeiner Weise entgegenzukommen. Von entscheidender Bedeutung dürfte dabei der Einfluß Washingtons gewesen sein, das die Regierung in Warschau in ihrer Widerstandshaltung bestärkte.
Somit waren die diplomatischen Bemühungen zur Erhaltung des Friedens zum Scheitern verurteilt ...<<
Gerd Schultze-Rhonhof (von 1959-1996 Angehöriger der deutschen Bundeswehr, seit 1991 Generalmajor, Autor des 2003 erschienen Sachbuch-Bestsellers "1939 - Der Krieg, der viele Väter hatte") berichtete später über den Hitler-Stalin-Pakt (x320/64-66): >>**Der Hitler-Stalin-Pakt**
Der Coup vom 23. August 1939
Ein Schock für die westliche Welt: Die Erzfeinde verständigen sich zu Lasten der Polen. Beide Diktatoren ziehen Nutzen aus dem Deal.
Im Sommer 1939 laufen französisch-britisch-polnisch-sowjetische Sondierungen zu einem Kriegsbündnis gegen Deutschland. Als Warschau den antideutschen Kriegspakt zwischen London, Moskau und Paris aus Angst vor der Sowjetunion verhindert, nutzt Berlin die Chance und bietet seinerseits Moskau Gespräche zur Verständigung an. Am 4. August 1939 gewährt der sowjetische Außenminister Wjatscheslaw Molotow dem deutschen Botschafter Friedrich-Werner Graf von der Schulenburg daraufhin eine Audienz. …
Am 19. August teilen die englische und die französische Regierung der sowjetischen mit, daß

sie ihren schon ausgehandelten Vertrag aufgrund des Einspruchs der polnischen Regierung nicht unterzeichnen werden. Damit steht Rußlands Seitenwechsel nichts mehr im Weg. Der deutsche Botschafter wird erneut zu Molotow bestellt. Der überreicht ihm einen Textentwurf für den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt. Der Vertragstext enthält noch nicht das Zusatzprotokoll, doch er endet mit dem Satz:
"Der gegenwärtige Pakt ist nur bei gleichzeitiger Unterzeichnung eines besonderen Protokolls über die Punkte, an denen die vertragsschließenden Teile auf dem Gebiet der auswärtigen Politik interessiert sind, gültig."
Die sprichwörtliche Katze ist damit nach wie vor nicht aus dem Sack: das Schicksal der Baltenländer.
Nun folgt Zug auf Zug. Hitler - in der Danzig-Krise unter Zeitdruck - schaut nur auf den Nichtangriffspakt mit Stalin, von dem er hofft, daß er die Polen, Briten und Franzosen zum Nachgeben beim Danzig-Korridor-Problem bewegt. Er schaut nicht auf das Zusatzprotokoll, von dem er immer noch nicht weiß, was die Sowjets damit verbinden werden. Hitler telegraphiert am 20. August an Josef Stalin und teilt mit, daß er den Entwurf des Nichtangriffspaktes akzeptiert. Am 21. August dankt Stalin wiederum Hitler für das Telegramm und lädt von Ribbentrop für den 23. August nach Moskau ein. …
Hitler, vor die Wahl gestellt, mit Stalins Rückendeckung seine Handlungsfreiheit in der Danzig-Frage zu erhalten, oder ohne Stalin auf Danzig, die exterritorialen Transitwege und den Schutz der deutschen Minderheit in Polen zu verzichten, akzeptiert die Interessensphären-Grenzen, die die Russen fordern. Der deutsche Staatschef, der Stalins Forderungen vorher nicht gekannt hat, entscheidet offensichtlich ohne langes Zögern. Kurz nach Mitternacht, am 24. August, werden der Nichtangriffspakt und das geheime Zusatzprotokoll von Molotow und Ribbentrop unterschrieben. …
Die Einigung zwischen Hitler und Stalin, so schnell nach dem Scheitern der französisch-englisch-sowjetischen Verhandlungen, ist ein Schock für London und Paris - und dennoch für Warschau kein Anlaß, in der Danzig-Frage auf Deutschland zuzugehen. …
Das geheime Zusatzprotokoll spricht nur von Interessensphären. Es bringt nicht zum Ausdruck, daß die Sowjetunion nun Finnland und die Baltenstaaten einkassieren dürfe. So harsch dieses deutsch-sowjetische Geheimabkommen auch später kritisiert wird, es entspricht den Gepflogenheiten jener Zeit. So schließt beispielsweise auch Großbritannien 1938 mit Italien und mit Spanien derartige Abkommen. Das geheime Zusatzprotokoll ist zudem kein Produkt von Hitlers Strategie, sondern stammt aus der Feder Stalins beziehungsweise Molotows.<<
Am 25. August 1939 wiederholte Hitler nochmals die bisherigen Forderungen gegenüber Polen.
Die britische Regierung schloßt am 25. August 1939 mit Polen einen 5jährigen militärischen Beistandspakt.
Nach Abschluß des britisch-polnischen Beistandsvertrages zog Hitler den deutschen Angriffsbefehl (26.08.1939) zurück, um weitere deutsch-britische Verhandlungen zu führen (x041/98).
US-Präsident Roosevelt forderte Deutschland und Polen am 25. August 1939 zur Mäßigung auf, um weitere politische Verhandlungen zu ermöglichen.
Der britische Botschafter Henderson versuchte den deutsch-polnischen Krieg ebenfalls zu verhindern und bot vom 28. bis zum 29. August 1939 Vermittlungsgespräche an. Hitler stimmte direkten Verhandlungen zu und bat Henderson, daß am 30. August 1939 ein polnischer Vertreter in Berlin erscheinen sollte (Ultimatum).
Am späten Nachmittag (30. August 1939) stand der Wortlaut des sogenannten 16-Punkte-Planes endlich fest.
Dem polnischen Unterhändler sollten folgende Bedingungen ausgehändigt werden (x311/304-306): >>**Deutsch-polnisches Abkommen**

1. Die Freie Stadt Danzig kehrt aufgrund ihres rein deutschen Charakters sowie des einmütigen Willens ihrer Bevölkerung sofort in das Deutsche Reich zurück.
2. Das Gebiet des sogenannten Korridors, das von der Ostsee bis zu der Linie Marienwerder – Graudenz – Kulm - Bromberg (diese Städte einschließlich) und dann etwa westlich nach Schönlanke reicht, wird über seine Zugehörigkeit zu Deutschland oder zu Polen selbst entscheiden.
3. Zu diesem Zweck wird dieses Gebiet eine Abstimmung vornehmen. Abstimmungsberechtigt sind alle Deutschen, die am 1. Januar 1918 in diesem Gebiete wohnhaft waren oder bis zu diesem Tage dort geboren wurden, und desgleichen alle an diesem Tage und in diesem Gebiet wohnhaft gewesenen oder bis zu diesem Tage dort geborenen Polen, Kaschuben usw. Die aus diesem Gebiet vertriebenen Deutschen kehren zur Erfüllung ihrer Abstimmung zurück.
Zur Sicherung einer objektiven Abstimmung sowie zur Gewährleistung der dafür notwendigen umfangreichen Vorarbeiten wird dieses erwähnte Gebiet ähnlich dem Saargebiet einer sofort zu bildenden internationalen Kommission unterstellt, die von den vier Großmächten Italien, Sowjetunion, Frankreich, England gebildet wird. Diese Kommission übt alle Hoheitsrechte in diesem Gebiet aus. Zu diesem Zweck ist dieses Gebiet in einer zu vereinbarenden kürzesten Frist von den polnischen Militärs, der polnischen Polizei und den polnischen Behörden zu räumen.
4. Von diesem Gebiet bleibt ausgenommen der polnische Hafen Gdingen, der grundsätzlich polnisches Hoheitsgebiet ist, soweit er sich territorial auf die polnische Siedlung beschränkt.
Die näheren Grenzen dieser polnischen Hafenstadt wären zwischen Deutschland und Polen festzulegen und nötigenfalls durch ein internationales Schiedsgericht festzusetzen.
5. Um die notwenige Zeit für die erforderlichen umfangreichen Arbeiten zur Durchführung einer gerechten Abstimmung sicherzustellen, wird diese Abstimmung nicht vor Ablauf von 12 Monaten stattfinden.
6. Um während dieser Zeit Deutschland seine Verbindung mit Ostpreußen und Polen seine Verbindung mit dem Meere unbeschränkt zu garantieren, werden Straßen und Eisenbahnen festgelegt, die einen freien Transitverkehr ermöglichen. Hierbei dürfen nur jene Abgaben erhoben werden, die für die Erhaltung der Verkehrswege bzw. für die Durchführung der Transporte erforderlich sind.
7. Über die Zugehörigkeit des Gebietes entscheidet die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen.
8. Um nach erfolgter Abstimmung - ganz gleich, wie diese ausgehen möge - die Sicherheit des freien Verkehrs Deutschlands mit seiner Provinz Danzig-Ostpreußen und Polen seine Verbindung mit dem Meere zu garantieren, wird, falls das Abstimmungsgebiet an Polen fällt, Deutschland eine exterritoriale Verkehrszone, etwa in Richtung von Bütow - Danzig bzw. Dirschau, gegeben zur Anlage einer Reichsautobahn sowie einer viergleisigen Eisenbahnlinie. Der Bau der Straße und der Eisenbahn wird so durchgeführt, daß die polnischen Kommunikationswege dadurch nicht berührt, d.h. entweder über- oder unterfahren werden. Die Breite dieser Zone wird auf einen Kilometer festgesetzt und ist deutsches Hoheitsgebiet.
Fällt die Abstimmung zugunsten Deutschlands aus, erhält Polen zum freien und uneingeschränkten Verkehr nach seinem Hafen Gdingen die gleichen Rechte einer ebenso exterritorialen Straßen- bzw. Bahnverbindung, wie sie Deutschland zustehen würden.
9. Im Falle des Zurückfallens des Korridors an das Deutsche Reich erklärt sich dieses bereit, einen Bevölkerungsaustausch mit Polen in dem Ausmaß vorzunehmen, als der Korridor hierfür geeignet ist.
10. Die etwa von Polen gewünschten Sonderrechte im Hafen von Danzig würden paritätisch ausgehandelt werden mit gleichen Rechten Deutschlands im Hafen von Gdingen.
11. Um in diesem Gebiet jedes Gefühl einer Bedrohung auf beiden Seiten zu beseitigen, wür-

den Danzig und Gdingen den Charakter einer Handelsstätte erhalten, d.h. ohne militärische Anlagen und militärische Befestigungen.
12. Die Halbinsel Hela, die entsprechend der Abstimmung entweder zu Polen oder zu Deutschland käme, würde in jedem Fall ebenfalls zu demilitarisieren sein.
13. Da die Deutsche Reichsregierung heftigste Beschwerden gegen die polnische Minderheitenbehandlung vorzubringen hat, die Polnische Regierung ihrerseits glaubt, auch Beschwerden gegen Deutschland vorbringen zu müssen, erklären sich beide Parteien damit einverstanden, daß diese Beschwerden einer international zusammengesetzten Untersuchungskommission unterbreitet werden, die die Aufgabe hat, alle Beschwerden über wirtschaftliche und physische Schädigungen sowie sonstige terroristische Akte zu untersuchen.
Deutschland und Polen verpflichten sich, alle seit dem Jahre 1918 etwa vorkommenden wirtschaftlichen und sonstigen Schädigungen der beiderseitigen Minoritäten wiedergutzumachen, bzw. alle Enteignungen aufzuheben oder für diese und sonstige Eingriffe in das wirtschaftliche Leben eine vollständige Entschädigung den Betroffenen zu leisten.
14. Um den in Polen verbleibenden Deutschen sowie den in Deutschland verbleibenden Polen das Gefühl der internationalen Rechtlosigkeit zu nehmen und ihnen vor allem die Sicherheit zu gewähren, nicht zu Handlungen bzw. zu Diensten herangezogen werden zu können, die mit ihrem nationalen Gefühl unvereinbar sind, kommen Deutschland und Polen überein, die Rechte der beiderseitigen Minderheiten durch umfassendste und bindende Vereinbarungen zu sichern, um diesen Minderheiten die Erhaltung, freie Entwicklung und Betätigung ihres Volkstums zu gewährleisten, ihnen insbesondere zu diesem Zweck die von ihnen für erforderlich gehaltene Organisierung zu gestatten. Beide Teile verpflichten sich, die Angehörigen der Minderheit nicht zum Wehrdienst heranzuziehen.
15. Im Falle einer Vereinbarung auf der Grundlage dieser Vorschläge erklären sich Deutschland und Polen bereit, die sofortige Demobilisierung ihrer Streitkräfte anzuordnen und durchzuführen.
16. Die zur Beschleunigung der obigen Abmachungen erforderlichen weiteren Maßnahmen werden zwischen Deutschland und Polen gemeinsam vereinbart.<<
Bis Mitternacht (30. August 1939) traf jedoch kein polnischer Unterhändler in Berlin ein.
Am 30. August 1939 erfolgte in Polen die Mobilmachung (x041/98).
Gerd Schultze-Rhonhof (von 1959-1996 Angehöriger der deutschen Bundeswehr, seit 1991 Generalmajor, Autor des 2003 erschienen Sachbuch-Bestsellers "1939 - Der Krieg, der viele Väter hatte") berichtete später über Hitlers Kriegspläne (x320/80-82): >>**Vom Polenfeldzug zum Weltkrieg**
Strategie, Improvisation und Chaos
Folgte Hitler 1939 einem Generalplan zur Eroberung der Weltherrschaft? War der Angriff am 1. September für ihn nur der erste Schritt zur Besetzung des gesamten eurasischen Kontinents? Viele Indizien sprechen dagegen.
Ein vieldiskutiertes Thema sind Hitlers Kriegspläne zu Beginn des Polenfeldzugs 1939. Die vorherrschende Historikermeinung in Deutschland geht davon aus, daß Hitler einen lang gehegten und seit 1933 vorbereiteten Langzeitplan für einen Eroberungs- und Vernichtungskrieg um den "Lebensraum im Osten" hatte. …
Hitler hatte 1924 zwar in seinem Buch Mein Kampf geschrieben, und später mehrfach wiederholt, daß Deutschland "Lebensraum im Osten" gewinnen und mit deutschen Bauern besiedeln müsse, und er hatte 1941 mit der Eroberung der Ukraine und Weißrußlands auch so gehandelt, aber er hatte diese Absicht in seinen ersten Amtsjahren wohl aufgegeben und selbst zu Kriegsbeginn 1939 nicht mehr verfolgt. Für diese These steht eine Zahl schwerwiegender Indizien. …
5. Hitler hatte im August 1939, nachdem er den Nichtangriffspakt mit der Sowjetunion in der

Tasche hatte, den schon angesetzten Angriffsbeginn der Wehrmacht auf Polen drei Mal verschieben lassen - jedes Mal mit der Begründung vor der Wehrmachtsführung: "Ich brauche noch Zeit zum Verhandeln." Wenn Hitler unbedingt seinen Krieg um den Lebensraum im Osten hätte haben wollen, hätte er die Wehrmacht zum Angriff antreten lassen, nachdem sie ja bereits voll aufmarschiert war und ihm Stalin die erforderliche Rückendeckung dazu vertraglich zugesichert hatte. …

7. Am zweiten Tag des Polenfeldzugs hat Hitler der englischen Regierung den Rückzug der deutschen Truppen aus Polen und Entschädigung für alle bis dahin entstandenen Kriegsschäden an Polen angeboten, wenn London dafür in Warschau die Rückkehr Danzigs in das Deutsche Reich und eine exterritoriale Verkehrsverbindung vom Reichsgebiet nach Ostpreußen vermitteln würde. Hätte Hitler ganz Polen als deutschen Lebensraum erobern wollen, hätte er ein solches Angebot während des überaus erfolgreichen Feldzugbeginns nicht übermitteln lassen.

8. Nach dem siegreichen Polenfeldzug hat Hitler der englischen und der französischen Regierung Frieden angeboten. Zum Angebot gehörte die Räumung Polens durch die Wehrmacht, bis auf Danzig und den Korridor. Hätte Hitler Polen als Lebensraum im Osten haben wollen, hätte er dieses Angebot nicht gemacht.

9. Hitler hatte 1939 kein Konzept für die Eroberung eines Lebensraums im Osten. Er wußte - das geht aus Gesprächsaufzeichnungen hervor - während des Polenfeldzugs noch nicht, was er nach einem Sieg mit Polen anfangen sollte. Hätte er 1939 noch immer vorgehabt, Lebensraum im Osten zu erobern, dann hätte er ein Konzept für das besiegte Polen parat gehabt. …

13. Im Jahr 1945 erbeuteten die Sieger alle deutschen Akten und Archive und werteten sie unverzüglich nach Belastungsmaterial gegen die Reichsregierung und die Wehrmachtsführung aus. Im Nürnberger Prozeß konnte trotzdem kein einziges Dokument vorgelegt werden, das auf einen deutschen Vorkriegsplan zur Eroberung Polens, der Ukraine oder Rußlands hingewiesen hat. Hätte Hitler vor Kriegsausbruch geplant, Polen als Erweiterung des Lebensraums für Deutschland zu erobern, so hätten die Sieger nach dem Kriege sicherlich Akten hierzu präsentieren können. …<<

Am Mittag des 31. August 1939 erteilte Hitler (oberster Befehlshaber der Wehrmacht) mit der "Weisung Nr. 1" den Angriffsbefehl gegen Polen (x105/245):

>>Geheime Kommandosache

Nachdem alle politischen Möglichkeiten erschöpft sind, um auf friedlichem Wege eine für Deutschland unerträgliche Lage an seiner Ostgrenze zu beseitigen, habe ich mich zur gewaltsamen Lösung entschlossen.

Der Angriff gegen Polen ist nach den für den Fall Weiß getroffenen Vorbereitungen zu führen mit den Abänderungen, die sich beim Heer durch den inzwischen fast vollendeten Aufmarsch ergeben.

Aufgabenverteilung und Operationsziel bleiben unverändert.

Angriffstag: 1.9.1939

Angriffszeit: 4.45

Im Westen kommt es darauf an, die Verantwortung für die Eröffnung von Feindseligkeit eindeutig England und Frankreich zu überlassen. Geringfügigen Grenzverletzungen ist zunächst rein örtlich entgegen zu treten. Die von uns Holland, Belgien, Luxemburg und der Schweiz zugesicherte Neutralität ist peinlich zu achten ...<<

Der französische Historiker und Politiker Jacques Benoist-Méchin (1901-1983) berichtete später in seinem Buch "Sommerkrise und Kriegsausbruch 1939. Das Deutsche Reich und die Geheimpolitik der europäischen Großmächte" über den 31. August 1939 (x311/353): >>... Um 21.15 Uhr, bzw. um 21.25 Uhr wurden Sir Nevile Henderson (britischer Botschafter) und Robert Coulondre (französischer Botschafter) in die Reichskanzlei gebeten. Staatssekretär von

Weizsäcker übergab ihnen "zu ihrer Information" den Wortlaut der 16 Punkte des deutschen Angebots. Eine Viertelstunde zuvor (um 21 Uhr) hatte der deutsche Rundfunk sie bekanntgegeben und mit einem recht langen Kommentar versehen, der mit der Feststellung endete:
"... Somit haben der Führer und die Deutsche Reichsregierung nun zwei Tage vergeblich auf das Eintreffen eines bevollmächtigten polnischen Unterhändlers gewartet. Unter diesen Umständen sieht die Deutsche Regierung auch dieses Mal ihre Vorschläge praktisch als abgelehnt an, obwohl sie der Meinung ist, daß diese in der Form, in der sie auch der Englischen Regierung bekanntgegeben worden sind, mehr als loyal, fair und erfüllbar gewesen wären."<<
Der polnische Botschafter in Berlin, Lipski, lehnte am 31. August 1939 Hendersons Vermittlungsversuche ab.
Lipski erklärte am 31. August (x041/98): >>... nicht daran interessiert zu sein, mit Deutschland auf dieser Basis zu verhandeln. ...<<
Der französische Historiker und Politiker Jacques Benoist-Méchin (1901-1983) berichtete später in seinem Buch "Sommerkrise und Kriegsausbruch 1939. Das Deutsche Reich und die Geheimpolitik der europäischen Großmächte" über die polnische Reaktion nach der Bekanntmachung des deutschen 16-Punkte-Plans am 31. August 1939 (x311/353): >>... Kurz darauf brachte Radio Warschau eine heftige Erwiderung:
"Die heutige Bekanntmachung des deutschen offiziellen Kommuniqués hat die Ziele und Absichten der deutschen Politik klar gezeigt. Es beweist die offenen Aggressionsabsichten Deutschlands gegenüber Polen. ...
Deutschland habe vergeblich auf einen Abgesandten Polens gewartet. Die Antwort seien die militärischen Anordnungen der polnischen Regierung gewesen. Keine Worte können jetzt mehr die Aggressionspläne der neuen Hunnen verschleiern." ...<<

Beginn des Zweiten Weltkrieges
Nach einem blutigen Grenzzwischenfall, der von deutschen SS-Sondereinheiten inszeniert wurde (vorgetäuschter polnischer Überfall auf den deutschen Rundfunksender Gleiwitz in Oberschlesien), begann am 1. September 1939, um 4.45 Uhr (Beschießung der Westerplatte), ohne vorherige Kriegserklärung der überfallartige deutsche Angriff gegen Polen ("Fall Weiß").
Nach dem deutschen Angriff (die deutschen Angreifer trafen auf eine kampfbereite polnische Armee) verkündete der polnische Staatspräsident Moscicki am 1. September 1939 (x064/136-137): >>Bürger!
Diese Nacht hat unser Erbfeind Angriffshandlungen gegen den polnischen Staat begonnen. Ich stelle das vor Gott und der Geschichte fest.<<
Das NS-Regime erließ im Rahmen des Kriegssonderstrafrechts am 1. September 1939 die "Verordnung über außerordentliche Rundfunkmaßnahmen" (x149/100): >>Das Abhören ausländischer Sender wird verboten. Wer die Meldungen ausländischer Sender verbreitet, kann mit dem Tod bestraft werden. ...<<
Der britische Premierminister Chamberlain erklärte am 1. September 1939 vor dem Unterhaus (x300/152): >>... Was uns betrifft, so müssen wir nun die Zähne zusammenbeißen und in den Kampf ziehen, den abzuwenden wir ernst und aufrichtig bemüht waren. Wir müssen den Kampf bis zu Ende durchhalten. Wir gehen reinen Gewissens in den Kampf, Schulter an Schulter mit den britischen Dominien und den übrigen Teilen des britischen Imperiums, moralisch unterstützt vom größeren Teil der Erdkugel.
Wir haben keinen Konflikt und keinen Kampf mit dem deutschen Volk, sondern mit seinen Machthabern. Solange diese Regierung am Ruder ist und sich der Methoden bedient, die sie unaufhörlich in den letzten Jahren angewendet hat, gibt es keinen Frieden in Europa. Wir sind fest entschlossen, dazu beizutragen, daß diesen Methoden ein Ende gemacht werde.

Wenn wir durch unseren Kampf das internationale Vertrauen und den Glauben an das Recht wiederherstellen können, wenn wir dadurch erreichen können, daß man der Gewaltanwendung entsagt, dann werden auch die größten Opfer, die wir vielleicht bringen müssen, nicht umsonst gebracht sein.<<
Viele Deutsche, besonders die älteren Generationen, die bereits den katastrophalen Ersten Weltkrieg erlebt hatten, wirkten nach dem Kriegsbeginn wie gelähmt. Allenthalben herrschte große Betroffenheit und Ratlosigkeit.
Botschafter Henderson überreichte am 3. September 1939, um 9 Uhr, das "letzte britische Ultimatum" (x059/92): >>Wenn nicht bis 11 Uhr vormittags das Feuer gegen Polen eingestellt worden ist, befindet sich England mit Deutschland im Kriegszustand.<<
Als Hitler diese Nachricht erhielt, reagierte er völlig überrascht, denn Außenminister Ribbentrop hatte eine britische Kriegserklärung stets ausgeschlossen (x069/177).
Der deutsche Chefdolmetscher des Auswärtigen Amtes, Dr. Schmidt, berichtete am 3. September 1939 über die Reaktion der NS-Führung nach Übergabe des britischen Ultimatums (x243/68): >>... Ich blieb in einiger Entfernung vor Hitlers Tisch stehen und übersetzte ihm dann langsam (das soeben übergebene) Ultimatum der britischen Regierung. Als ich geendigt hatte, herrschte völlige Stille. ...
Wie versteinert saß Hitler da und blickte vor sich hin. (Dann) wandte er sich Ribbentrop zu, der wie erstarrt am Fenster stehen geblieben war.
"Was nun?" fragte Hitler seinen Außenminister mit einem wütenden Blick. ...
Im Vorraum herrschte Totenstille. Göring drehte sich zu mir um und sagte: "Wenn wir diesen Krieg verlieren, dann möge uns der Himmel gnädig sein!"
Goebbels stand (im Vorraum und wirkte) ... niedergeschlagen. ...<<
Um 11.30 Uhr lehnte Hitler per Memorandum das britische Ultimatum ab. Nach Ablauf des Ultimatums überreichte Frankreich um 12.30 Uhr die Kriegserklärung. Australien, Neuseeland und Indien gaben ebenfalls noch am selben Tag ihre Kriegserklärung ab, während der Irische Freistaat seine Neutralität erklärte (x033/11).
Um 14.30 Uhr informierte Hitler die Bevölkerung in einer Rundfunkansprache über den Kriegszustand des Reiches mit Großbritannien und Frankreich.
Hitlers Ansprache an die NSDAP vom 3. September 1939 endete mit den Worten (x033/11): >>... Wir haben nichts zu verlieren, wir haben alles zu gewinnen!<<
Der Chef der deutschen Sicherheitspolizei formulierte am 3. September 1939 "Grundsätze der inneren Staatssicherung während des Krieges" (x033/11): >>... Jeder Versuch, die Geschlossenheit und den Kampfeswillen des deutschen Volkes zu zersetzen, ist rücksichtslos zu unterdrücken.<<
Der britische Premierminister Chamberlain gab am 3. September 1939 vor dem Unterhaus den Kriegszustand bekannt (x243/68): >>... Für uns ist dies ein Trauertag und für niemanden mehr als für mich.
Alles, wofür ich gearbeitet habe, alles, was ich hoffte, alles, woran ich in meinem öffentlichen Leben geglaubt habe, ist zertrümmert und zerbrochen. ...<<
Sir Winston S. Churchill (1874-1965, Nachkomme des ersten Herzogs von Marlborough, von 1940-45 britischer Premier- und Verteidigungsminister) erklärte am 3. September 1939 vor dem Unterhaus (x311/462): >>... Wir kämpfen weder für Danzig noch für Polen, wir kämpfen, um die ganze Welt von der Geißel der Nazityrannen zu befreien und alles zu verteidigen, was den Menschen am heiligsten ist. Dieser Krieg hat weder eine Herrschaft, noch eine Vermehrung der imperialistischen Macht oder einen materiellen Gewinn als Ziel. Er ist genau so wenig geführt, um jemandem seine Entwicklungsmöglichkeiten oder seinen Platz an der Sonne zu rauben.
Man betrachte die wirklichen Gründe! Man wird dann sehen, daß es sein Ziel ist, unantastbare

Grundlagen für die Rechte des Individuums zu schaffen sowie die Wiedergeburt und das Überleben der menschlichen Persönlichkeit zu sichern. ... Wir müssen diese Prüfung mit allen uns zur Verfügung stehenden Kräften aufgreifen und mit dem Willen, es siegreich zu schaffen. ...
Vorwärts, Ihr Soldaten Christi ...<<
Frankreich und England kamen ihren Beistandsverpflichtungen jedoch trotz Kriegserklärung nicht nach, so daß die polnische Armee kurzfristig vernichtend geschlagen wurde.
An den westdeutschen Grenzen standen zwar über 100 gutausgerüstete französische und britische Divisionen, aber die zahlenmäßig überlegenen Westalliierten wagten damals keinen Entlastungsangriff gegen die 23 deutschen Divisionen, um ihre polnischen Verbündeten zu unterstützen (x076/243).
Die Franzosen führten lediglich Spähtruppunternehmen vor dem Westwall durch, während England einige Flugblattaktionen organisierte (Beginn des "Komischen Krieges"). Diese mangelnde französisch-britische Kampfbereitschaft rettete nicht nur die schwachen deutschen Truppen an der Westfront, sondern dieser strategische Fehler führte schließlich auch 1940 zur katastrophalen Niederlage der Franzosen und Briten.
Der sowjetische Außenminister Molotow erklärte am 15. September 1939 (x063/590): >>Der polnische Staat ist zerfallen. Er existiert nicht mehr. Ein schneller Schlag gegen Polen zuerst von der deutschen Wehrmacht und dann von der Roten Armee – und nichts bleibt übrig von diesem scheußlichen Gebilde des Versailler Vertrages. ...<<
Am 17. September 1939 griff die Sowjetunion in den Krieg gegen Polen ein. Nachdem der deutsch-polnische Krieg fast entschieden war, griffen sowjetische Truppen die ostpolnische Grenze an. Um 6.00 Uhr morgens marschierten 2 sowjetische Heeresgruppen (die Ukrainische und die Weißrussische Front) in Ostpolen ein, während sich die deutschen Truppen vereinbarungsgemäß auf die Narew-Weichsel-San-Linie zurückzogen. Stalin ließ diese "Befreiungsmission" angeblich durchführen, um die slawische Bevölkerung in den polnischen Gebieten der Westukraine, Belorußland und in Bessarabien vor der faschistischen Versklavung zu "schützen".
Am 17. September 1939 floh der polnische Staatspräsident Moscicki mit der polnischen Regierung nach Rumänien. Moscicki wurde dort vorübergehend interniert und fand später in London Zuflucht.
Stalin erklärte am 17. September 1939 in Moskau (x064/140): >>... (daß) der polnische Staat und seine Regierung tatsächlich aufgehört haben zu existieren. ...<<
Die Außenminister Molotow und von Ribbentrop änderten am 28. September 1939 den deutsch-sowjetischen Grenz- und Freundschaftsvertrag und verlegten die am 23.08.1939 vereinbarte sowjetische Grenze von der Weichsel an den Bug. Die Sowjetunion besetzte danach Ostpolen (Westukraine) und die baltischen Länder (Estland, Lettland und Litauen). Hitler, der angebliche Todfeind des Bolschewismus, öffnete der sowjetischen Expansion damit endgültig den Weg nach Westeuropa (x063/590).
Am 6. Oktober 1939 wurden die letzten polnischen Kampfeinheiten durch überlegene deutsche Truppen zerschlagen und kapitulierten.
Während des deutsch-polnischen "Blitzkrieges" gerieten rund 694.000 polnische Soldaten in deutsche Kriegsgefangenschaft. 217.000 Polen gingen in sowjetische Gefangenschaft (x041/-101). Etwa 100.000 polnische Soldaten flohen nach Ungarn und wurden z.T. im Frühjahr 1940 in die Truppen der westlichen Alliierten eingereiht.
Wehrmachtsverluste während des Polenfeldzuges: 10.572 Tote, 3.404 Vermißte und 30.322 Verwundete. Die UdSSR meldete 737 Tote und 1.859 Verwundete (x040/16).
Nach polnischen Angaben fielen während des deutsch-sowjetischen-polnischen Krieges insgesamt rund 123.000 polnische Soldaten (x064/140).

Nach dem deutschen Blitzsieg gegen Polen richtete Hitler am 6. Oktober 1939 Friedensangebote an England und Frankreich (x059/94): >>... Wir verzichten auf alle Gebietsforderungen im Westen, verlangen aber dafür freie Hand im Osten.<<
Am 10. Oktober 1939 wurde Hitlers Friedensangebot vom 6. Oktober 1939 durch Frankreich abgelehnt (x040/16).
Der britische Premierminister Chamberlain lehnte Hitler Friedensangebot am 12. Oktober 1939 ab (x040/16).

Der Bromberger Blutsonntag
Als die deutschen Truppen am 1. September 1939 angriffen und in Polen einmarschierten, brach vielerorts Unheil und Tod über die Polen-Deutschen herein. Die alteingesessenen Volksdeutschen (polnische Staatsbürger), die trotz der Feindseligkeiten und Schikanen in Posen und Westpreußen geblieben waren, schwebten nach dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges in akuter Lebensgefahr. Nach den erbitterten Nationalitätenkämpfen der zurückliegenden 20 Jahre gab es naturgemäß noch viele "offene Rechnungen".
In den ehemaligen deutschen Provinzen Posen und Westpreußen sowie in Polen begannen sofort planmäßig vorbereitete Verfolgungen der Volksdeutschen, denn die polnischen Propagandamedien hatten schon seit Wochen gegen die Polen-Deutschen gehetzt (x025/44): >>... daß im Kriegsfalle kein einheimischer Feind lebend entrinnen wird ... Bartholomäusnacht ...<<
Am 3. September 1939 eröffneten polnische Milizen und aufgehetzte polnische Zivilisten hauptsächlich im sogenannten "Korridor" bei Bromberg, in der Nähe von Lodz und in Warschau planmäßige Menschenjagden auf volksdeutsche Zivilisten.
Obwohl polnische Freunde oder anständige Nachbarn die Volksdeutschen eindringlich vor möglichen Ausschreitungen gewarnt hatten, wurden die Volksdeutschen von den systematischen Massenausschreitungen vollkommen überrascht und erschüttert. Die meisten Polen-Deutschen waren sich keiner Schuld bewußt, aber die Schuldfrage war völlig gleichgültig, denn in jenen Tagen waren alle Volksdeutschen "vogelfrei".
Polnische Milizen und aufgehetzte polnische Zivilisten zogen zielstrebig durch die deutschen Siedlungen. Überall drangen polnische Militär-, Polizei- und Milizeinheiten sowie polnische Zivilisten gewaltsam in die Wohnungen und Häuser der Deutschen ein und schlugen die Wehrlosen grundlos zusammen. In einigen polnischen Kreisen trieb man die festgenommenen Volksdeutschen zusammen und hetzte sie danach tagelang ohne Verpflegung in Richtung Kutno, Lowitsch oder Warschau (x029/234). Bei diesen brutalen Gewaltmärschen schlugen polnische Wachleute und der aufgehetzte Pöbel oftmals erbarmungslos auf die erschöpften Gefangenen ein.
Während des "Bromberger Blutsonntags" ereigneten sich die ersten vorsätzlichen Massenmorde der deutsch-polnischen Geschichte. Der "Bromberger Blutsonntag" forderte in Polen etwa 6.000-7.000 deutsche Todesopfer (x025/44). Die Morde wurden mehrheitlich von polnischen Militär-, Polizei- und paramilitärischen Jugendeinheiten verübt, nur ein geringer Teil ging zu Lasten der aufgehetzten polnischen Zivilisten. Das schnelle Vordringen der deutschen Truppen verhinderte schließlich weitere Gewaltakte und rettete sicherlich vielen inhaftierten Volksdeutschen das Leben.
Katholische Geistliche der Erzdiözese Gnesen-Posen (Domkapitular Josef Paech, Prof. Dr. Albert Steuer und andere) bestätigten später, daß diese furchtbaren Verbrechen hauptsächlich von polnische Polizeibeamten, Milizen und Soldaten des polnischen Heeres begangen wurden, die eigentlich schützend hätten eingreifen müssen. Obgleich das erzkatholische polnische Volk angeblich christlich und äußerst fromm war, ereigneten sich in vielen Orten unglaubliche Ausschreitungen, die in schärfstem Widerspruch zum christlichen Denken und Handeln

der katholischen Kirche standen.
In einer unveröffentlichten Dokumentation berichtete das Bundesarchiv Koblenz über die Verschleppungsmärsche der Deutschen aus Posen und Pommerellen im September 1939 (x029/234-235): >>... Die polnischen Behörden hatten von langer Hand Listen zu inhaftierender Personen angelegt. Sie umfaßten die gesamte deutsche Intelligenz der beiden West-Woiwodschaften. An ihrer Hand wurden die Aufgeführten, soweit man ihrer habhaft werden konnte, am 1. und 2. September ohne richterlichen Haftbefehl inhaftiert. ...
Die Verschleppten wurden nach Osten in Marsch gesetzt. Die Behandlung auf den Märschen durch Bewachungspersonal und Zivilpersonen war unmenschlich. Wer nicht mehr weiter konnte, wurde totgeschlagen. Einzelne Marschgruppen wurden fast vollständig aufgerieben, andere am 9. September in Lowitsch befreit, wieder andere am 17. im Kutno-Kessel, in Brest-Litowsk und in Bereza Kartuska, einige erst am 27. in Warschau nach dem Fall der Festung. ...
Insgesamt lassen sich 40 größere Marschgruppen (über 10, bis 1.000 Mann) feststellen, die zwischen nur einigen und etwa 300 Kilometern ganz oder größtenteils im Fußmarsch zurückgelegt haben. ...
Man kann mit etwa 10.000 verschleppten Deutschen aus Posen und Pommerellen sowie mit etwa 2.200 dabei Umgekommenen rechnen. Dazu kommen mehrere tausend Verschleppte aus Mittelpolen (aus Lodz allein mehr als 600) und Galizien.<<
Prof. Dr. Hermann Pfister schrieb später über die polnischen Gewalttaten im September 1939 (x064/137-138): >>Der deutsche Angriff ohne Kriegserklärung führte in Polen zu zahlreichen Ausschreitungen gegenüber den Volksdeutschen; sie waren bereits seit Verschärfung der deutsch-polnischen Kontroverse Ziel einer Kampagne gewesen, die ihnen pauschal Spionage- und Agententätigkeit und Sabotageakte im Auftrag der deutschen Regierung unterstellte - zum größten Teil unberechtigt, da, anders als in der Tschechoslowakei, der deutschen Minderheit von seiten der Reichsregierung nicht die gleiche weitgehende Aufgabe bei der politisch-propagandistischen Vorbereitung des Krieges zugedacht gewesen war. ...
Dennoch steigerte sich bei Kriegsbeginn die Haßwelle zu Brutalitäten und Exzessen. Von polnischer Seite erfolgten Verhaftungen nach vorbereiteten Listen, Deportationen, Mißhandlungen und verfahrenslose Erschießungen, die mehrere Tausend Opfer forderten. Am blutigsten verlief die Verfolgung der diffamierten Deutschen in Bromberg, wo am "Blutsonntag" (3. September) allein etwa 1.000 Menschen ermordet wurden. Insgesamt wird die Zahl der Toten und seit dem Pogrom Vermißten mit etwa 6.000 angenommen; polnische Angaben sprechen von weniger als 5.000 Opfern; die NS-Presse meldete 58.000 - eine Zahl, die durch Verzehnfachung der ursprünglich bekannt gewordenen Toten erreicht wurde ...<<
Der deutsche Historiker Gotthold Rhode (1916-1990) schrieb später über den "Bromberger Blutsonntag" (x104/277,280-281): >>... Die Bluttaten (in Bromberg) sind dadurch gekennzeichnet, daß sie ganz offensichtlich von keiner militärischen oder zivilen Behörde der Republik Polen angeordnet worden waren (wie das bei den Internierungen und den Verbringungen in das KZ Bereza Kartuska und den Verschleppungen der Fall war), daß auch nicht eine bestimmte, genau abzugrenzende Tätergruppe dafür verantwortlich war, sondern daß sich hier die schreckliche Pressehetze der letzten Vorkriegswochen, die offiziellen Aufforderungen, auf "Diversanten (Saboteure)" zu achten, die maßlose Enttäuschung über die sich abzeichnende militärische Niederlage und eine von ungeordnet zurückflutenden Truppen ausgelöste Panikstimmung in unheilvoller Weise verstärkten und nach Schuldigen suchten. ...<<
>>... Das besonders Schreckliche an den Bromberger Bluttaten ist aber, daß nicht etwa standgerichtliche Verhandlungen und anschließende Exekutionen gegen angebliche "Heckenschützen" und Saboteure oder Spione mit noch so fadenscheinigen Beweisen stattfanden, sondern daß in der ganzen Stadt einschließlich der Vororte, durch die gar keine polnischen Truppen

zurückgegangen waren und wo auch keine Schüsse gefallen waren, schon vom 2. September an grausamste Lynchjustiz von selbsternannten Vollsteckern geübt wurde. Fast alle Augenzeugenberichte sprechen von irregulären mit Soldaten vermischten "Horden" oder "Banden", die die Mordtaten verübten. Glücklich war dagegen, wer aufgrund falscher Aussagen regulär verhaftet und in das Gefängnis eingeliefert wurde, wie Pastor Staffel. Er wurde drangsaliert und geschlagen, kam aber mit dem Leben davon, während sein Amtsbruder Richard Kutzer zusammen mit seinem 73jährigen Vater und 60 weiteren Mitgliedern seiner Gemeinde im Vorort Jägerhof zuerst bestialisch gequält und danach ermordet wurde. ...
Der zum Teil durch Alkohol gesteigerte Blutrausch machte auch vor besonnenen Polen nicht halt. So wurde der polnische Malermeister P. erschossen, weil er sich für 2 deutsche Frauen von 64 und 36 Jahren einsetzte, die aus ihrer Wohnung mit einem Maschinengewehr (!) geschossen haben sollten. Beide blieben dank seines Einsatzes am Leben. ...
Diese und andere menschliche Handlungen, die in den Berichten festgehalten sind, erinnern die Nachgeborenen wie die Nachkommen an die Pflicht, sich jeder Pauschalverurteilung zu enthalten, zumal schon eine Woche nach dem "Blutsonntag", am 10. September, auf dem Friedensplatz polnische Geiseln und damit meist Unschuldige erschossen wurden.
Bestehen bleibt aber, daß von den Deutschen in Polen die Bromberger Deutschen am 3. und 4. September ein besonders hohes und schreckliches Blutopfer erbracht haben, und das nicht, weil sie gegen den polnischen Staat, sondern nur, weil sie Deutsche waren.<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete später (am 28.08.2004) (x887/...): >>**Die "Jagd auf Deutsche" im Osten**
Die Verfolgung begann nicht erst mit dem "Bromberger Blutsonntag" vor 50 Jahren von Pater Lothar Groppe
Deutsche Politiker und Medienleute lassen keine Gelegenheit vorübergehen, an vergangene deutsche Schuld zu erinnern. Hierbei spielt die historische Wahrheit häufig keine Rolle, wenn nur der Political Correctness Genüge getan wird. So, wie der Nürnberger Oberbürgermeister am 9. November des vergangenen Jahres anläßlich des 65. Jahrestags der "Reichskristallnacht" erklärte: "Es gab nur ein einziges Tätervolk, uns."
Wir werden am 1. September des Überfalls auf Polen gedenken, der den Zweiten Weltkrieg mit all seinen Schrecken auslöste und 55 Millionen Menschenleben forderte. Der "Überfall" ist inzwischen derart zum Gemeingut geworden, daß ihn niemand zu bezweifeln wagt. Allerdings bereitet uns das "Deutsche Wörterbuch" von Gerhard Wahrig einiges Kopfzerbrechen. Nach ihm ist ein Angriff ein Überfall, wenn er den Angegriffenen unvorbereitet und überraschend trifft. Jedoch Polen war keineswegs unvorbereitet, wie der französische Historiker Raymond Cartier in seinem Werk "Der Zweite Weltkrieg" schreibt. Nach ihm hatten die Polen den Angriff erwartet:
"Hatten sie den Krieg wirklich nur erwartet? Hatten sie ihn vielleicht sogar gewollt? Eine Woge patriotischer Begeisterung ging bereits seit Wochen durch das ganze Land. Es gab Leute, die ganz offen erklärten, sie hätten Angst gehabt, ihre Politiker könnten die Gelegenheit, den Deutschen eine tüchtige Lehre zu erteilen, ungenützt vorübergehen lassen. Wenn Hitler etwas gegen den Korridor habe, so werde Polen diesen eben auf seine Weise beseitigen, indem es sich Ostpreußen einverleibe, dessen Besiedlung durch die Deutschritter ja ohnehin nichts als nackte Usurpation gewesen sei."
Cartier spricht auch unverblümt davon, daß es in Polen seitens der Polen Fälle offener und heimtückischer Unterdrückung der deutschen Minderheit gab. In Polen war die Mobilmachung seit Frühjahr 1939 etappenweise im Gang.
Lange vor Hitler, am 9. Oktober 1925, schrieb die polnische Zeitung Gazeta Gdansk: "Polen muß darauf bestehen, daß es ohne Königberg, ohne ganz Ostpreußen nicht existieren könne. Wir müssen jetzt in Locarno fordern, daß ganz Ostpreußen liquidiert wird. Es kann eine Au-

tonomie unter polnischer Oberherrschaft erhalten. Dann wird es keinen Korridor mehr geben. Sollte dies nicht auf friedlichem Wege geschehen, dann gibt es ein zweites Tannenberg, und alle Länder kehren dann in den Schoß des geliebten Vaterlandes zurück."
"Von 1.058.000 Deutschen, die noch 1921 in Posen und Westpreußen lebten", ist bei Cartier zu lesen, "waren bis 1926 unter polnischem Druck 758.867 abgewandert. Nach weiterer Drangsal wurde das volksdeutsche Bevölkerungselement vom Warschauer Innenministerium am 15. Juli 1939 auf weniger als 300.000 Menschen geschätzt."
All dies muß man wissen, wenn man wissen will, wie es zum bisher größten und verlustreichsten Krieg der Geschichte kam. Wenn man auch nicht vom "Überfall" auf Polen sprechen kann, so begann doch am 1. September 1939 der deutsche Angriff auf Polen. Man darf den historischen Hintergrund nicht außer acht lassen, wenn man verstehen will, wie es infolge langwieriger Spannungen schließlich zum Krieg kam. Der ehemalige israelische Botschafter in Deutschland erklärte auf die Frage, wer denn den Sechs-Tage-Krieg begonnen und die ersten Schüsse abgegeben habe: "Das ist gänzlich belanglos. Entscheidend ist, was den ersten Schüssen vorausgegangen ist." Sollte dies etwa auch für Deutschland gelten?
Neben der Tschechoslowakei gab es in Polen das Problem der "deutschen Minderheiten". Es geht auf die Grenzziehung von Versailles zurück. So wurden die Provinz Posen und der größte Teil Westpreußens ohne Volksabstimmung Polen zugewiesen. Nach der Abstimmung in Oberschlesien 1921 wurden Teile davon Polen überlassen, obwohl 59,6 Prozent der Bewohner für Deutschland gestimmt hatten.
So kamen mehr als zwei Millionen Deutsche in den Vielvölkerstaat Polen. Minderheitenabkommen sollten das Nationalitätenprinzip retten. Aber die Tschechoslowakei und Polen erklärten immer wieder, das Minderheitensystem des Völkerbundes beeinträchtige ihre Souveränität. So wurden in der Regel die Verträge nicht eingehalten, was zur Verärgerung und Enttäuschung der Bevölkerung führte. Sie griff aber zur Veränderung des Status quo nicht zur Gewalt.
Waren die Deutschen eine "fünfte Kolonne"? Ganz besonders in Polen wurde dieser Vorwurf erhoben. Aber eine ethnische Minderheit ist nicht schon deswegen illoyal, weil sie die Beachtung der Minderheitenrechte verlangt. Zwischen 1919 und 1939 kam es zu mehreren tausend Protesten wegen Verletzung des Minderheitenabkommens vom 28. Juli 1919. Es gab eine Menge Zündstoff. Deutschen wurden in Polen ihre Geschäfts- und Betriebslizenzen entzogen, Bauernhöfe angesteckt, Geschäfte boykottiert und Deutsche auf offener Straße verprügelt.
Volksdeutsche, die versuchten, ins Reich zu flüchten, wurden ebenso beschossen wie später Deutsche, die aus der Ostzone nach Westdeutschland zu flüchten suchten. Allein im August 1939 gelang etwa 80.000 Deutschen die Flucht nach Deutschland. Der damalige Staatssekretär Ernst Freiherr von Weizsäcker schrieb hierzu: "Unsere diplomatischen und Konsularberichte aus Polen zeigten, wie 1933 die Welle immer höher auflief und das ursprüngliche Problem Danzig und Passage durch den Korridor überdeckte."
Die 20 Reichsregierungen vor Hitlers Machtübernahme hatten versucht, durch Verhandlungen das Verhältnis zu Polen zu verbessern. Selbst Hitler versuchte dies anfangs, allerdings ohne Erfolg. Erst als er ab 1937 mit Gewalt drohte, konnte er nach und nach die Versailler Probleme lösen. Da er jedoch den Bogen überspannte, kam es zum Zweiten Weltkrieg.
Als sich ab April/Mai 1939 die deutsch-polnischen Beziehungen immer mehr verschlechterten, wurden einzelne Volksdeutsche, also solche deutscher Abstammung, aber ohne deutsche Staatsangehörigkeit, ermordet. Allerdings waren es nicht so viele, wie die deutsche Propaganda behauptete. Bereits mehrere Monate vor dem Krieg führten Rundfunk und Presse Polens einen propagandistischen Feldzug gegen die Minderheiten mit dem Tenor, "daß im Kriegsfalle kein einheimischer Feind lebend entrinnen wird". Es ging das Gerede von einer bevorstehenden "Bartholomäusnacht" um. Wohlwollende Polen warnten ihre deutschen Nachbarn, sich im

Falle eines Krieges auf das Schlimmste gefaßt zu machen.
Am 31. August 1939 inszenierten die Nationalsozialisten einen Überfall auf den Sender Gleiwitz, der den Polen in die Schuhe geschoben wurde. Dieser Vorfall war deshalb von besonderer Bedeutung, weil die internationale Öffentlichkeit auch nach Kriegsende die deutschen Behauptungen über alliierte Kriegsverbrechen verwarf. In den letzten Tagen vor Kriegsbeginn häuften sich Meldungen über angebliche oder tatsächliche Morde an Volksdeutschen.
Tatsächlich begann am 1. September 1939 die angekündigte "Jagd auf Deutsche". Der "Bromberger Blutsonntag" wurde aber im Ausland als Propaganda der Nationalsozialisten angezweifelt. Da nach dem 1. September 1939 vereinzelt Sabotageakte verübt wurden, deren Urheber nicht mehr zu ermitteln sind, kam es seitens der polnischen Bevölkerung zu drastischen Maßnahmen. Anhand der vor dem Krieg angelegten Listen wurden in den Woiwodschaften Posen und Pommerellen 10.000 bis 15.000 Deutsche ohne Haftbefehl festgenommen und zum Fußmarsch ins Landesinnere Richtung Kutno gezwungen.
Die Polen beschuldigten die Deutschen, Angehörige der "fünften Kolonne" zu sein. Während des Marsches vergriffen sich Polizisten und Zivilisten an den wehrlosen Deutschen. Etwa 2.200 Verschleppte kamen um. Vielfach wurden Marschunfähige einfach erschossen. Man erinnere sich an die Todesmärsche von Auschwitz am Ende des Krieges. In vielen Ortschaften begingen Polen Brandstiftungen, holten Deutsche, die sie der Konspiration mit dem Feind verdächtigten, aus ihren Häusern, mißhandelten, vergewaltigten und ermordeten sie.
Am schlimmsten ging es am Sonntag, dem 3. September in Bromberg zu, weswegen es zur Bezeichnung "Bromberger Blutsonntag" kam. Anlaß war das Gerücht, im Nordteil der Stadt sei es zu Schießereien gekommen und deutsche Fallschirmjäger seien abgesprungen. Später wurde bekannt, daß es sich um marodierende Einheiten der 9. und 27. polnischen Infanteriedivision handelte. Fallschirmjäger sprangen nicht über Bromberg ab.
Unter dem Vorwand, nach Waffen, Munition und Geheimsendern zu suchen, drangen Soldaten, Polizisten und Zivilisten in die Häuser der Deutschen ein. Eltern wurden vor den Augen ihrer Kinder, Kinder vor den Augen ihrer Eltern ermordet. Viele Opfer wurden vor ihrer Ermordung gefoltert und verstümmelt. Die Zahl der Opfer dieses Tages in Bromberg wurde auf 1.200 bis 1.500 geschätzt.
Am 4. September stießen Angehörige der 50. Infanteriedivision auf die ersten deutschen Leichen. Dies führte mit sofortiger Wirkung zur Errichtung der "Wehrmacht-Untersuchungsstelle für Völkerrechtsverletzungen" (WUSt). Deren Untersuchungen ergaben, daß Morde und andere Gewaltverbrechen nicht nur in Bromberg selbst, sondern auch an anderen Orten stattgefunden hatten. Neben Volksdeutschen waren auch gefangengenommene deutsche Soldaten ermordet worden. Ende der 60er Jahre wurde die Zahl der im September 1939 ermordeten Volksdeutschen auf 3.841 festgelegt.
Daß nach Kriegsbeginn schwere Ausschreitungen gegen Volksdeutsche begangen wurden, steht fest. Ebenso trifft es zu, daß die Zahl der Ermordeten nicht so hoch ist, wie Goebbels behauptete. Danach seien 58.000 Volksdeutsche ermordet worden. Die Kartei der "Posener Zentralstelle für die Gräber ermordeter Volksdeutscher" enthält "nur" 5.495 Karten.
Bei den Verbrechen gegen Volksdeutsche muß zutiefst erschüttern, daß nach gut belegten Berichten am Sonntag, dem 3. September, katholische Gotteshäuser zu Versammlungsstätten wurden, die wenig später zum Massenmord an Deutschen führten. Nicht zufällig wird in allen vorliegenden Berichten übereinstimmend "die Zeit nach dem Gottesdienst" und hier, noch genauer, "nach 10.00 Uhr" oder "ungefähr 10.20 Uhr" als Beginn des Schießens in verschiedenen Stadtteilen und der Massenverhaftungen von Deutschen angegeben. Im Bundesarchiv haben wir Unterlagen, die eindeutig belegen, daß die polnischen Einwohner systematisch aufgehetzt wurden.
Es soll aber nicht verschwiegen werden, daß nicht wenige Polen sich für Deutsche einsetzten.

So der Malermeister Pulkowski. Er sagte zu den bewaffneten Banden: "Was macht ihr mit den Deutschen?" Er wurde mitgenommen und erschossen. Aus vielen eidesstattlichen Aussagen geht hervor, daß aus der Menge immer wieder zum Mord an den Deutschen aufgerufen wurde. Die Bromberger Ereignisse wurden auch von ausländischen Reportern geschildert. So schrieb ein ungarischer Journalist:
"Laut allen Aussagen begann die Hölle in Bromberg in jener Stunde, als die polnischen Zivilbehörden die Stadt verlassen hatten. Hunderte von Deutschen, darunter Frauen, Kinder und Greise, wurden durch die Stadt gejagt. Sie wurden mit Gewehrkolben und Stöcken geprügelt und massenweise hingemordet. Selbst der katholische Pfarrer Kaluschke wurde mit seinen Ordensschwestern durch die Stadt gejagt und mißhandelt. Ich hatte Gelegenheit, noch Donnerstag (7. September) in Häusern und auf den Straßen die Leichen der Ermordeten zu sehen ..."
Neben dem eigentlichen Zentrum Bromberg wurden auch in den Vororten zahlreiche Deutsche ermordet. Dort begannen die Ermordungen erst am 4. und 5. September. Es heißt, weil sie Deutsche waren. Wahllos wurden Frauen, Kinder und Greise abgeknallt, wo immer man sie als Deutsche identifizierte.
In den Berichten wird aber auch hervorgehoben, daß weite Kreise der Bevölkerung ebenso wie der polnischen Armee mit dieser Welle des Hasses nichts zu tun hatten, daß sie ohnmächtig und hilflos dem Wüten des Mobs gegenüberstanden, wie seinerzeit in der sogenannten "Reichskristallnacht" die meisten Deutschen den nationalsozialistischen Mordbrennern.<<

SD- und SS-Greuel sowie sowjetische "Säuberungsaktionen" in Polen (1939-1941)
Am 27. September 1939 wurden die zentralen Ämter der Sicherheitspolizei (Sipo) und des Sicherheitsdienstes der SS (SD) im Reichssicherheitshauptamt zusammengefaßt. Das Reichssicherheitshauptamt (RSHA) wurde danach zur Zentrale der NS-Terrormaßnahmen. Das RSHA war Himmler unterstellt (Leitung bis 4. Juni 1942: Heydrich, ab 30. Januar 1943: Kaltenbrunner). Die RSHA-Abteilungen erteilten den Befehlshabern der Gestapo-, SD- und SS-Einheiten direkte Weisungen, so daß eine Art SS-Nebenregierung entstand.
Während des Zweiten Weltkrieges errichteten die verschiedenen RSHA-Organisationen in den besetzten Ländern fast lückenlose Terror-Verwaltungen. Heinrich Müller (1900 in München geboren) leitete das RSHA-Amt IV (Geheime Staatspolizei). Der gefühlsrohe Gestapo-Chef entwickelte dort mit seinen Mitarbeitern die "routinemäßige, bürokratische Massentötung".
Die deutsche Militärverwaltung in Polen wurde bereits am 25. Oktober 1939 aufgehoben und durch die "Zivilverwaltung" der NSDAP sowie durch SS-Sonderorganisationen abgelöst (x064/146). NS-Reichsrechtsführer Hans Frank übernahm in Krakau das Amt des Generalgouverneurs.
Alle Gebiete, die das Deutsche Reich 1919/20 an Polen abgetreten hatte, gliederte man in die neugegründeten Reichsgaue Danzig-Westpreußen, Wartheland (ehemalige preußische Provinz Posen und westpolnische Gebiete, mit den 3 Regierungsbezirken Posen, Hohensalza und Lodz/Litzmannstadt) sowie in die deutschen Provinzen Ostpreußen (Regierungsbezirk Zichenau und Sudauen) und Oberschlesien (Bezirk Kattowitz und das Olsa-Gebiet) ein.
In den westpolnischen Restgebieten um Warschau, Lublin und Krakau wurde das "Generalgouvernement" (eine Art "koloniales Nebenland" des Deutschen Reiches) gegründet. Die völkerrechtliche Stellung dieser Restgebiete blieb unklar. Das Generalgouvernement wurde später als völlig abhängiges Beatzungsgebiet wirtschaftlich ausgebeutet, politisch versklavt und schließlich Tatort der Endlösung in den NS-Vernichtungslagern.
Der deutsche Historiker Bernd-Jürgen Wendt schrieb später über das "Generalgouvernement" (x051/208): >>Generalgouvernement (amtlich seit 26.10.39 "für die besetzten polnischen Ge-

biete", von Juli 40 an nur noch Generalgouvernement), nach dem Polenfeldzug im eroberten Polen gebildetes deutsches "Nebenland", ohne eigene Staatlichkeit unter einem Generalgouverneur (H. Frank) mit begrenzter polnischer Selbstverwaltung auf unterster Ebene; eingeteilt in vier Distrikte (Krakau, Warschau, Radom, Lublin) unter Distriktgouverneuren, denen am 1.8.41 noch Ostgalizien mit Lemberg als "Distrikt Galizien" angegliedert wurde; damit 142.000 km² und rund zwölf Millionen Einwohner.
Das Generalgouvernement war Arbeitskräftereservoir für verschleppte polnische Zwangsarbeiter, Aufnahmeland für die aus den von Deutschland annektierten Gebieten vertriebenen Polen (1,2 Millionen), industrielles und landwirtschaftliches Ausbeutungsobjekt und seit 1942 nach der Gettoisierung der Juden (1943 Warschauer Getto-Aufstand) Schauplatz für die Durchführung der Endlösung.
Nach Schließung der höheren Schulen und Universitäten und Ausrottung von Teilen der polnischen Intelligenz (Intelligenzaktion) wurde das Schulsystem auf einfache und rein fachliche Bildungsstätten reduziert.
In weiterer Perspektive sah der Generalplan Ost die Vertreibung von 80-85 % der Polen aus dem Generalgouvernement nach Sibirien und die Ansiedlung deutscher Bauern vor; während sich Frank und seine Zivilregierung bisweilen noch, wenn auch ohne Erfolg, aus rein pragmatischen Gründen um eine gewisse Milderung des Besatzungsregimes bemühten, führte das völlig autonome Schreckensregiment der direkt Himmler unterstellten Höheren SS- und Polizeiführer, die die Gerichtsbarkeit und zunehmend Aufgaben der Exekutive ausübten, seit 1943 zu einer Verschärfung der Lage im Generalgouvernement.
Ein relativ grobmaschiges deutsches Kontrollnetz ermöglichte im Generalgouvernement die Organisierung des polnischen Widerstands in einer Untergrundregierung mit einer Untergrundarmee, die sich am 1.8.44 im Warschauer Aufstand gegen die deutsche Besatzungsmacht erhob, nach zweimonatigen Kämpfen jedoch mangels alliierter Unterstützung unterlag.<<
Ab Dezember 1939 wurde in Westpolen fast die gesamte polnische Führungsschicht inhaftiert oder z.T. sofort liquidiert. Das brutale Vorgehen der SS- und SD-Sondereinheiten wurde in erster Linie mit den polnischen Ausschreitungen gegen die volksdeutsche Bevölkerung begründet ("Bromberger Blutsonntag").
Am 1. September 1940 stellte der vorbestrafte SS-Oberführer Dr. Oskar Dirlewanger das erste SS-Sonderbataillon (später SS-Sturmbrigade D) auf.
Hans Frank forderte die versammelten SS-, SIPO- und SD-Führer am 30. Mai 1941 auf, den polnischen Widerstand im Rahmen einer allgemeinen "Befriedungsaktion" zu liquidieren (x092/903): >>Der Führer hat mir gesagt, was wir jetzt an Führungsschicht in Polen festgestellt haben, das ist zu liquidieren, was wieder nachwächst ist von uns sicherzustellen und in einem entsprechenden Zeitraum wieder wegzuschaffen. Wir brauchen diese Elemente nicht erst in die Konzentrationslager des Reiches abzuschleppen, sondern wir liquidieren die Dinge im Lande ...
Ich gestehen ganz offen, daß es einigen tausend Polen das Leben kosten wird, vor allem aus der geistigen Führerschicht ...
Meine Herren, wir sind keine Mörder.<<
Die polnische AK-Heimatarmee (AK = Armia Krajowa) operierte zunächst hauptsächlich im Generalgouvernement. Diese polnische Untergrundarmee verfügte im März 1941 erst über ca. 54.000 Mitglieder, während es 1941/42 rund 150.000 und 1944 bereits mindestens 350.000 Widerstandskämpfer gab. Die polnische Widerstandsbewegung erhielt ihre Einsatzbefehle von der polnischen Exilregierung aus London (x064/155-156). Hauptaufgaben der polnischen Partisanen waren: Spionage, Sabotageakte und Attentate gegen die deutsche Besatzungsmacht.

Die polnische AK-Heimatarmee informierte die Londoner Exilregierung damals regelmäßig über die durchgeführten Sabotageakte in Polen (x064/156): >>Arbeitsergebnis ... für Oktober und November 1941 ... auf dem Gebiet des Generalgouvernements wurden 2 Bohrtürme stillgelegt, ein Bohrturm ist ausgebrannt, in Fabriken wurden 21 Maschinen beschädigt, 70.000 fehlerhafte Geschoßhülsen geliefert, 40 Züge zum Entgleisen gebracht, 480 Loks und 2.177 Waggons beschädigt, 35 t Öl verschmutzt, 13 Benzinkesselwagen abgelassen, eine Fabrik für Kriegsmaterial-Verpackung ganz abgebrannt, 4 verschiedene Fabriken, 3 Sägen, 1 Lebensmittellager in Brand gesteckt, 150 Waggons mit Holzwolle verbrannt, 374 Autos beschädigt und außerdem rund 10.000 kleinere Sabotageakte durchgeführt ...<<

Die Sowjets führten in den ostpolnischen Gebieten ebenfalls systematische Enteignungen und Massenverhaftungen durch. Der sowjetische NKWD-Geheimdienst begann am 10. Februar 1940 mit der planmäßigen "Säuberung der besetzten ostpolnischen Gebiete".

Der ungarisch-schweizerische Historiker Peter Gosztony (1931-1999) schrieb später über die sowjetischen Gewalttaten in Ostpolen (x264/20): >>... Während man die ehemalige ländliche Oberschicht – die Gutsbesitzer und die Großbauern - liquidierte, wurden auch zahlreiche andere Polen vom 10. Februar 1940 an per Bahn ins Innere der UdSSR deportiert, offiziell "Umsiedlung" genannt. In fünf großen Wellen fuhren in der Folge Deportationszüge nach Nord-Rußland, nach Sibirien und nach Mittelasien. "Umgesiedelt" wurden mehr als 1,2 Millionen Menschen (die in der Regel als Gepäck nur ein Bündel mitnehmen durften). ...

Nach heute noch gültigen Angaben von vertrauenswürdigen exilpolnischen Kreisen haben rund 760.000 Menschen die sowjetische "Umsiedlung" von 1939/41 mit ihrem Leben bezahlt. Ihr einziges Vergehen bestand darin, daß sie polnischer Nationalität waren. ...<<

Den sowjetischen "Säuberungsaktionen" im Jahre 1939/1940 fielen hauptsächlich die polnische Intelligenz (Akademiker und Ingenieure), aber auch wohlhabende Bürger und Bauern sowie Priester der Ostkirche zum Opfer, während im Jahre 1944 vor allem politische Gegner verfolgt wurden.

Nach polnischen Angaben kamen in Ost- und Westpolen insgesamt 22.392 Angehörige der polnischen Intelligenz um. Aufgrund der unterschiedlichen Bevölkerungsanteile in den deutschen und sowjetischen Besatzungsgebieten wurden wahrscheinlich mehr als 50 % aller Mordopfer durch deutsche SS- und SD-Einsatzgruppen umgebracht (x025/172).

In den Jahren 1939-41 verschleppten die Sowjets etwa 1,65-2,5 Millionen "unzuverlässige" Staatsbürger (Polen, Juden, Ukrainer und Weißrussen) aus Ostpolen zur Zwangsarbeit nach Sibirien (x025/172, x061/499, x063/678, x064/142). Weit über 50 % der ostpolnischen Verschleppungsopfer überlebten die Deportationen in die Sowjetunion wahrscheinlich nicht (x025/172-173).

Der britische Historiker Robert Conquest (1917-2015) berichtete später über das Schicksal der polnischen Deportierten (x080/328): >>Selbst nach den Maßstäben des Gulag waren die polnischen Gefangenen mit äußerster Brutalität behandelt worden und hatten überdurchschnittlich viele Todesopfer zu beklagen. Stalin hegte anscheinend einen besonders bösartigen Groll gegen die Polen - womöglich deshalb, weil sie 1920 bei Lemberg seinen Sieg vereitelt hatten. ...<<

Als die deutschen Wehrmachtstruppen am 30. Juni 1941 in Lemberg einrückten, fanden sie in den Lemberger Gefängnissen mindestens 3.000-4.000 ukrainische und polnische Todesopfer der sowjetischen NKWD-Massaker (x029/345). Lemberger Zivilisten meldeten später die Verschleppung von rund 20.000 Ukrainern und Polen (ca. 80 % der gesamten Lemberger Intelligenz).

Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtete später über die "sowjetische Befreiungsmission" im Baltikum und in Ostpolen (x046/169-170): >>... Etwa eine Million Menschen kamen im Gefolge der Annexion Ostpolens und der baltischen Republiken zwi-

schen 1939 und 1941 ums Leben.
Der auf Befehl Stalins hin sofort nach Kriegsbeginn 1941 vorgenommenen Erschießung aller der Spionage verdächtigen Personen und der auf sein Geheiß hin vorgenommenen Niedermetzelung politischer Gefangener durch die Organe des NKVD vor dem Rückzug sind unzählige – nach Feststellungen eines Untersuchungsausschusses des amerikanischen Kongresses unter dem Vorsitz des Abgeordneten Charles J. Kersten allein in der Ukraine 80.000 bis 100.000 – Menschen zum Opfer gefallen.
Die Leichen der Hingemordeten wurden in den ... ukrainischen Städten und in anderen Orten überall in der Ukraine, in Weißrußland und in den baltischen Republiken aufgefunden. Schauplatz solcher Massaker waren auch solche Zentren wie Brest, Minsk, Kaunas, Wilna, Riga, um nur einige Stätten beispielhaft zu nennen. Massenerschießungen fanden aber auch im tiefen Hinterland statt ...<<
In der Stadt Luck (Ukraine) ermordeten die Sowjets Ende Juni 1941 vor dem Rückzug etwa 1.500 ukrainische Häftlinge (x029/328). In Brzeznay, Rudki, Komarno, Tarnopol, Jusowka und in Winniza entdeckten deutsche Wehrmachtssoldaten später Hunderte von ermordeten Ukrainern (x029/329).
Vor dem deutschen Angriff gegen die Sowjetunion hatte Stalin Befehle erteilt, alle politischen Häftlinge in den Osten zu verlagern oder zu beseitigen. In Ostpolen, der Ukraine und in den baltischen Ländern wurden danach vor dem fluchtartigen Rückzug der Roten Armee Tausende von Inhaftierten durch sowjetische NKWD-Einheiten und Politkommissare nach Sibirien transportiert oder kurzerhand liquidiert. In fast allen grenznahen sowjetischen Gefängnissen und Zwangsarbeitslagern Ostpolens ereigneten sich überstürzte Massenhinrichtungen.
Anschließend rückten die NKWD-Verbände meistens sofort ab, ohne die Ermordeten wenigstens zu verscharren, so daß die deutschen Wehrmachtssoldaten vielerorts regelrechte "Leichenberge" fanden. Oftmals hatte man die Inhaftierten kurzerhand mit Maschinengewehren niedergemäht. In den sowjetischen Zuchthäusern spürte man außerdem zahlreiche mittelalterliche oder moderne Folterwerkzeuge und Mordinstrumente aller Art auf.
Im Bericht einer US-Kongreßkommission, der 1954 veröffentlicht wurde, hieß es (x029/348): >>... In den ersten Kriegstagen erschoß der NKWD in jeder Stadt der westlichen Ukraine alle politischen Gefangenen mit Ausnahme von einigen wenigen, die wie durch ein Wunder überlebten.<<
Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtete später über die sowjetischen NKWD-Massaker in den Lemberger Gefängnissen (x046/200-201): >>... In Ausführung eines Befehls von Stalin, politische Gefangene nicht in die Hände der Deutschen fallen zu lassen, waren in den Tagen vor dem 30. Juni 1941 in den Lemberger Gefängnissen, so im Brigidki Gefängnis, im Zamarstynow Gefängnis und im Gefängnis des NKVD, rund 4.000 ukrainische und polnische politische Gefangene und sonstige Zivilpersonen jeden Alters und Geschlechtes sowie eine Reihe deutscher Kriegsgefangener, teilweise nach schweren Folterungen, von Organen des NKVD planmäßig erschossen und zum Teil bestialisch ermordet worden.
Diese Vorfälle wurden von der Einsatzgruppe des SD zum Anlaß genommen, um nun ihrerseits, als sogenannte 'Vergeltung für die unmenschlichen Greueltaten', bis zum 17. Juli 7.000 an den Geschehnissen unbeteiligte Einwohner jüdischer Herkunft in Lemberg und Umgebung zu erschießen. Dennoch - es waren die Sowjets gewesen, die in Lemberg 4.000, zum Teil massakrierte Leichen ermordeter Zivilpersonen zurückgelassen hatten, ein Umstand, der von der deutschen Propaganda sofort aufgegriffen wurde.
Deutsche Pressemeldungen über die sowjetischen Greuel in Lemberg fanden eine Bestätigung in polnischen Berichten, die auf inoffiziellen Wegen nach Großbritannien gelangten. Das Foreign Office, wie später im Falle Katyn von der sowjetischen Täterschaft sofort überzeugt,

richtete an das Moskauer Außenkommissariat eine Note mit dem Ersuchen um Aufklärung, woraufhin Molotow am 12. Juli 1941 eilends ein kategorisches Dementi herausgab.
Umgehend wurde die Sowjetpropaganda aufgeboten, um den demaskierenden Vorfall zu vertuschen und nunmehr die Deutschen für das Massaker verantwortlich zu machen. Lemberg war geradezu der Präzedenzfall für die sowjetische Propagandataktik, die eigenen Untaten vergessen zu machen, indem man sie grundsätzlich der deutschen Seite zuschrieb.
Die Sowjetbehörden gingen dazu über, sogenannte 'Zeugen' zu präparieren, ein erprobtes Verfahren, war nach den Erfahrungen der "Großen Säuberung" der dreißiger Jahre das NKVD doch in der Lage, von jedem beliebigen Zeugen jede beliebige Aussage über jedes beliebige Verbrechen zu erlangen. Auf der Grundlage solcher Falsifikate verbreitete die sowjetische Nachrichtenagentur TASS am 8. August 1941 die von der amerikanischen Agentur ASSOCIATED PRESS sofort aufgenommene Meldung, deutsche 'Sturmtruppen' hätten in Lemberg 40.000 Menschen getötet.
Solche Zeugenaussagen wurden als 'unwiderlegbar' hingestellt und als Beweis dafür, daß "die phantastischen Erfindungen der Hitler Propaganda über sogenannte bolschewistische Verbrechen in Lemberg nur ein plumper Versuch sind, die beispiellosen Grausamkeiten zu verschleiern, die von den deutschen Banditen selber gegen die Lemberger Bevölkerung begangen wurden".
Als sich die Sowjetregierung 1943, nach der Entdeckung der Massengräber von Katyn, in die Enge gedrängt sah, kam sie auf die Lemberger Beschuldigungen zurück. Am 29. April 1943 behauptete das Parteiorgan PRAVDA in einem Beitrag unter der absurden Überschrift "Hitlers polnische Kollaborateure", die 'deutschen Banditen', die 'hitlerischen Lügner', "operieren jetzt in genau derselben Weise, wie sie in Lemberg 1941 im Hinblick auf sogenannte Opfer des bolschewistischen Terrors in Lemberg zu operieren versuchten". Wie im Fall Lemberg hätten sie versucht, die in Katyn von ihnen begangenen Untaten "vor die Tür sowjetischer Organisationen zu legen" und das 'sowjetische Volk' zu verleumden. ...<<

NS-Euthanasie

Hitler ordnete am 1. September 1939 das Euthanasieprogramm ("Vernichtung lebensunwerten Lebens") an. NS-Reichsleiter Philipp Bouhler und Karl Brandt (1904-1948, Mediziner und ab 1944 SS-Gruppenführer, seit 1934 Hitlers Begleitarzt) wurden mit der Durchführung beauftragt. Die Euthanasie sollte sich vor allem auf unheilbar Geisteskranke und behinderte Kinder erstrecken, deren Unterhalt und Pflege der Gesellschaft nicht zugemutet werden konnte.
Die ersten Mordopfer, die das NS-Regime vergasen ließ, waren keine Juden, sondern Geisteskranke und andere sogenannte "lebensunwerte" Deutsche. SS-Oberführer Viktor Brack war für die "Abwicklung" der Euthanasie-Aktion "Gnadentod" bzw. "Aktion T4" zuständig.
Von Dezember 1939-1941 ließ Brack mehr als 70.000-100.000 deutsche Geisteskranke und sogenannte "unheilbar Kranke" in den Euthanasie-Anstalten "beseitigen"(x036/70, x061/483). Während der "Aktion T 4" wurden mindestens 70.273 Menschen umgebracht (x033/200). Nach anderen Quellen wurden im Rahmen des Euthanasie-Programms rund 190.000 behinderte Deutsche ermordet und etwa 375.000 Deutsche zwangssterilisiert (x244/399).
Infolge der massiven Proteste von Angehörigen der Opfer und Geistlichen beider Kirchen stoppte das NS-Regime ab August 1941 vorübergehend die Vergasungen der "lebensunwerten" Deutschen. Die NS-Ärzte und das Pflegpersonal setzten die Ermordung der Behinderten danach jedoch in vielen Anstalten mit Giftspritzen und Hungerrationen fort. Bis zum Kriegsende wurden insgesamt etwa 200.000 behinderte Menschen durch das NS-Regime ermordet (x067/126).
SS-Oberführer Viktor Brack war nach Einstellung der "Aktion T4" wesentlich am Aufbau der Vernichtungslager in Polen beteiligt und leitete dort hauptsächlich den Bau der Gaskammern.

Auch die anderen "erfahrenen Tötungsspezialisten" der "Aktion T4" (ca. 500 Personen) wurden später mehrheitlich in den Vernichtungslagern eingesetzt.
Der deutsche Oberstaatsanwalt Alfred Streim (1932-1996) schrieb später über die "Euthanasie" (x051/165-166): >>Euthanasie (griechisch = schöner Tod), Sterbehilfe; die Hilfe zur Beschleunigung des Ablebens eines Menschen, der dem sicheren Tod geweiht ist.
Sie ist rechtlich nur zulässig, wenn mit ihr keine Abkürzung des Lebens verbunden ist. Als Euthanasie bezeichneten die nationalsozialistischen Machthaber die in den Jahren 1939-45 durchgeführte Vernichtung sogenannten lebensunwerten Lebens.
Die Euthanasiemaßnahmen im Dritten Reich waren Ausfluß der nationalsozialistischen Weltanschauung: "Alles Schwache muß ausgeschaltet werden."
Mit allen Mitteln der Propaganda wurde das nationalsozialistische Gedankengut in die Öffentlichkeit getragen. Vor allem der Film wurde hierzu verwendet, indem suggestiv die Frage gestellt wurde, wozu den einzelnen und den Staat mit unheilbaren Geisteskranken, die als "unnütze Esser" galten, belasten, wenn ein vernünftiger Arzt sie von ihrem Leiden erlösen kann (z.B. "Das Erbe", 1935; "Opfer der Vergangenheit", 1937).
Später wurde die Problemstellung nicht mehr auf Geisteskranke beschränkt, sondern auf unheilbar Kranke ausgedehnt ("Ich klage an").
Am Anfang stand die Kinder-Euthanasie. Der Anstoß zu dieser Vernichtungsaktion kam von außen: Ende 1938 wandten sich Angehörige eines mißgebildeten Kindes an Hitler mit der Bitte, das Kind von "seinem Leiden" zu erlösen. Er erteilte die Genehmigung und beauftragte seinen Leibarzt, Brandt, das Erforderliche zu veranlassen.
Gleichzeitig gab er ihm und Reichsleiter Bouhler, Chef der "Kanzlei des Führers", mündlich die Ermächtigung, in ähnlichen Fällen analog zu verfahren, wobei die KdF keinesfalls in Erscheinung treten dürfe. Unter dem Namen "Reichsausschuß zur wissenschaftlichen Erforschung erb- und anlagebedingter schwerer Leiden" wurde daraufhin eine Organisation geschaffen, die anfangs geisteskranke und mißgebildete Kinder bis zum Alter von drei Jahren erfaßte, später auch ältere.
Die Kinder wurden von ausgewählten Ärzten aufgrund der Meldung und einer kurz gefaßten Krankengeschichte begutachtet. Die als "lebensunwert" selektierten Kinder kamen in sogenannte Kinderfachabteilungen besonderer Heil- und Pflegeanstalten, wo sie getötet wurden.
Parallel zu der Kinder-Euthanasie lief das Euthanasie-Programm für erwachsene Geisteskranke an. Im Oktober 39 unterschrieb Hitler mit Datum vom 1.9.39 eine diesbezügliche Tötungsermächtigung.
Aufgrund dieser Ermächtigung wurde die "Aktion T4", die Massentötung psychisch kranker Erwachsener mittels Gas, durchgeführt. Auch in diesem Fall wurden die Kranken durch eine Fragebogen-Aktion erfaßt und die Fragebogen durch besondere ärztliche Gutachter – die "Kreuzleschreiber" – ausgewertet.
Die zur Tötung ausgewählten Personen wurden zur Tarnung in Zwischenanstalten verlegt und von dort in eine der sechs Tötungsanstalten gebracht. Zur Vermeidung von Rückschlüssen auf die KdF waren auch bei der "Aktion T4" Scheinorganisationen gegründet worden, derer man sich im Verkehr nach außen bediente.
Als die Tötungen trotz Tarnmaßnahmen in der Bevölkerung bekannt wurden, stellte sich heraus, daß die propagandistischen Maßnahmen keinen Erfolg gehabt hatten. Auf Proteste – insbesondere von kirchlicher Seite – gab Hitler im August 41 den Befehl, die Aktion einzustellen.
Damit war die Ermordung von Geisteskranken jedoch nicht abgeschlossen. Nicht betroffen von der Einstellung waren die Kinder-Euthanasie und die "Aktion 14f13", eine Erweiterung der "Aktion T4" auf geisteskranke sowie arbeitsunfähige KZ-Häftlinge (Invaliden-Aktion). Letztlich wurden weiterhin erwachsene Kranke der Heil- und Pflegeanstalten getötet, aller-

dings nicht mehr durch Gas in den Tötungsanstalten, sondern durch Eingabe von Tabletten, Verabreichung von Spritzen oder Entzug der Nahrung im allgemeinen in den Verwahranstalten selbst. Nach noch vorhandenen Unterlagen fielen den Euthanasiemaßnahmen mindestens 100.000 Menschen zum Opfer.<<

Der deutsche Oberstaatsanwalt Alfred Streim (1932-1996) schrieb später über die "Invaliden-Aktion" (x051/279): >>Invaliden-Aktion (Aktion 14f13), Bezeichnung für die Ausdehnung des Euthanasie-Programms auf KZ-Häftlinge.

Auf Veranlassung Himmlers begann man im Frühjahr 41 in den KZ kranke und arbeitsunfähige Häftlinge unter der Tarnbezeichnung "Aktion 14f13" (nach dem Aktenzeichen des Inspekteurs der KZ) zur "Vernichtung" auszusondern. Die Selektionen führten Ärzte der "Organisation T4" durch. Eine körperliche Untersuchung erfolgte im Allgemeinen nicht; die Ärzte stellten Fragen nach Krankheiten aufgrund vorgefertigter Meldebogen und trafen dann ihre Entscheidung: "Ausmusterung" oder Verbleiben im KZ.

Ausgesondert wurden nicht allein kranke und arbeitsunfähige Häftlinge; verschiedentlich fielen unter die Selektionen auch asoziale, kriminelle, politische und jüdische Häftlinge z.B. mit der Begründung: "deutschfeindliche Hetzer", "im Lager anmaßend, faul, frech", "mehrfache Lagerstrafen".

Die "Gutachter" lieferten die mit ihrer Entscheidung versehenen Meldebogen bei der "Organisation T4" ab, wo sie von der Unterabteilung Gemeinnützige Krankentransport GmbH (Gekrat) weiterbearbeitet wurden. Von der "T4" gingen nach der Bearbeitung der Meldebogen Verlegungslisten der "Ausgemusterten" an die "Tötungsanstalten" Bernburg, Sonnenstein oder Hartheim, die ihrerseits mit den KZ in Verbindung traten und die Überstellung der Ausgesonderten vereinbarten.

Vermutlich im April 43 befahl Himmler, nur noch geisteskranke Häftlinge "auszumustern". Die "Tötungsanstalten" Bernburg und Sonnenstein wurden geschlossen; Hartheim blieb bestehen. Anfang April 44 wurde der ursprüngliche "Vernichtungsbefehl" erneut erteilt. Die Tötungen erfolgten in Hartheim. Der letzte Transport von ausgesonderten Häftlingen wurde dort am 11.12.44 vergast. Danach mußten Häftlinge aus dem KZ Mauthausen die Vergasungsanlagen der Anstalt beseitigen.

Über die Gesamtzahl der bei der Invaliden-Aktion getöteten Häftlinge liegen nur lückenhafte Erkenntnisse vor. Es kann jedoch davon ausgegangen werden, daß bis zum April 43 mindestens 10.000 in den "Tötungsanstalten" ermordet wurden. In Hartheim sind in der 2. Phase der Invaliden-Aktion seit April 44 allein 3.228 Häftlinge getötet worden.<<

Der deutsche Historiker Rolf Winau (1937-2006) schrieb später über die NS-Zwangssterilisation (x051/660-661): >>Zwangssterilisation, Unfruchtbarmachung ohne Einwilligung des Betroffenen.

Erste Aktion der Nationalsozialisten im Zuge einer Politik der Aufartung war die durch das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses vom 14.7.33 ermöglichte Zwangssterilisation von sogenannten Erbkranken. Als erbkrank im Sinne des Gesetzes galt, wer an angeborenem Schwachsinn (Intelligenzminderung), Schizophrenie, zirkulärem Irresein (manisch-depressiv), an erblicher Fallsucht (Epilepsie), Veitstanz (Chorea Huntington), Blindheit, Taubheit oder an schwerer körperlicher Mißbildung litt. Auch schwere Trunksucht (Alkoholkrankheit) konnte als Erbkrankheit eingestuft werden.

Über die Anträge auf Zwangssterilisation, zu der beamtete Ärzte und Anstaltsleiter verpflichtet waren, entschieden Erbgesundheitsgerichte. Wurde die Zwangssterilisation beschlossen, so war sie innerhalb von 14 Tagen durchzuführen. Bei Nichtbefolgung wurden Zwangsmaßnahmen bis zur polizeilichen Einlieferung in eine Klinik ergriffen. Die Entlassung aus Heil- und Pflegeanstalten ohne vorherige Zwangssterilisation wurde verboten.

1939 wurde durch die Erbpflegeverordnung die Zwangssterilisation auf "dringende Fälle" be-

schränkt. Im Dritten Reich sind zwischen 250.000 und 300.000 Menschen zwangssterilisiert worden. Merklichen Widerstand dagegen gab es zunächst nicht, da die Nationalsozialisten auch hier geschickt Diskussionen der Weimarer Zeit um Eugenik (Erbpflege) und Rassenhygiene aufnahmen.
Methoden zur Zwangssterilisation ganzer Gruppen und Völker wurden in Menschenversuchen in den KZ Auschwitz und Ravensbrück erprobt.<<

Roosevelts Außenpolitik und US-Hilfslieferungen

In der berühmten "Quarantänerede" kritisierte US-Präsident Roosevelt am 5. Oktober 1937 in Chicago erstmalig die aggressive Außenpolitik Japans, Italiens und Deutschlands (x069/168): >>... Ohne Kriegserklärung, ohne irgendwelche Warnung, ohne irgendwelche Berechtigung wird die Zivilbevölkerung, einschließlich der Frauen und Kinder, rücksichtslos durch Luftbombardements hingemordet. In sogenannten Friedenszeiten werden ohne Anlaß oder Warnung Schiffe von U-Booten angegriffen. Völker schüren den Bürgerkrieg und ergreifen Partei in fremden Ländern, die ihnen nie etwas zuleide getan haben. Völker, die für sich selber die Freiheit fordern, verweigern sie anderen.
Wenn so etwas in anderen Gegenden der Welt passiert, dann soll sich niemand einbilden, daß (er) Amerika entrinnen werde, daß er Pardon erwarten dürfe, daß die westliche Hemisphäre keinen Angriff zu befürchten habe.
Es scheint leider zuzutreffen, daß die Epidemie der allgemeinen Gesetzlosigkeit immer mehr um sich greift. Wenn eine ansteckende Krankheit sich zu verbreiten beginnt, verordnet die Gemeinschaft eine Quarantäne für die Kranken, um die Gesundheit vor der Epidemie zu schützen.<<
Der US-Diplomat William C. Bullit (bis 1941 US-Botschafter in Frankreich) erklärte bereits im Februar 1939 (x076/255): >>... Wir werden sicher nicht zu Anfang am Krieg teilnehmen, aber wir werden ihn beenden.<<
US-Präsident Roosevelt forderte Hitler und Mussolini am 14. April 1939 auf, für 30 namentlich genannte Staaten Nichtangriffs-Erklärungen zu geben (x032/522).
Gerd Schultze-Rhonhof (von 1959-1996 Angehöriger der deutschen Bundeswehr, seit 1991 Generalmajor, Autor des 2003 erschienen Sachbuch-Bestsellers "1939 - Der Krieg, der viele Väter hatte") berichtete später über die US-Außenpolitik (x320/46, x320/70-71): >>Schon 1934 erarbeitete das US War College einen Kriegsplan gegen Deutschland, Österreich und Ungarn.
Daß es dem Präsidenten - wie er später vorgibt - um den Schutz von Demokratie und Menschenrechten geht, ist angesichts der im eigenen Land ausgeübten Rassendiskriminierung von Schwarzen und Indianern und bei der späteren Allianz mit der menschenverachtenden Diktatur in Rußland nicht zu unterstellen. …<<
>>In Washington läßt Franklin D. Roosevelt die Polen wissentlich in eine Falle laufen. Am frühen Morgen dieses Tages (24. August 1939) verrät ein deutscher Diplomat in Moskau einem amerikanischen Kollegen den Inhalt des gerade geschlossenen Zusatzabkommens, das Osteuropa in eine russische und eine deutsche Interessensphäre teilt.
Die Trennungslinie teilt auch Polen. Mittags um 12 Uhr kabelt der amerikanische Botschafter aus Warschau den Inhalt des geheimen Zusatzprotokolls nach Washington Nur wenig später kennt Präsident Roosevelt die heiße Nachricht und damit auch die Gefahr, die Polen ab sofort von Rußland droht.
Roosevelt tut jedoch nichts, um Warschau, London und Paris zu warnen. Eine Warnung noch am selben Tag hätte die Polen vielleicht dazu bewegen können, Hitlers Vorschlag vom 28. April zu akzeptieren. Dieses letzte Hitler-Angebot umfaßte einen Freihafen sowie Wirtschaftsprivilegien in Danzig, die Anerkennung der polnischen Gebietsgewinne seit 1918 in

Posen, Westpreußen und Südost-Oberschlesien und einen Friedensvertrag für 25 Jahre im Tausch gegen exterritoriale Wege durch den Korridor und Danzig.
Eine Warnung an die Briten hätte den Garantievertrag für Polen, der an diesem Tag geschlossen worden ist, vielleicht verhindert. Doch für Roosevelt ist wichtig, daß Hitler sich im Danziger Streit verfängt. …<<
Nach dem deutsch-polnischen Krieg (1.09.-6.10.1939) unterstützte Nordamerika etwa seit Oktober/November 1939 die Anti-Hitler-Koalition, obgleich US-Präsident Roosevelt eigentlich durch die nordamerikanischen Neutralitätsgesetze von 1935 daran gehindert wurde, Kriegsmaterial an kriegsführende Staaten zu liefern.
Hitler forderte am 9. Juni 1940 während eines Gespräches mit einem US-Korrespondenten eine strikte Nichteinmischung der US-Regierung in die europäischen Angelegenheiten (x106/-59): >>Deutschland hat territoriale Interessen oder politische Interessen auf dem amerikanischen Kontinent weder früher gehabt, noch besitzt es solche heute.
Wer das Gegenteil behauptet, lügt aus irgendwelchen Gründen vorsätzlich. Wie sich der amerikanische Kontinent daher sein Leben gestaltet, interessiert uns nicht. Diese gilt nicht nur für Nordamerika, sondern auch für Südamerika. ...
Ich sage daher: Amerika den Amerikanern, Europa den Europäern! ...
Wenn einige Völker – und an der Spitze sind es gerade England und Frankreich – erklären, überhaupt und ausschließlich in der ganzen Welt Interessen zu besitzen, dann ist dies ein Weltherrschaftsanspruch, den sich die erwachenden Völker auf die Dauer nicht bieten lassen. Deutschland ... wird nicht dulden, daß in seinem Lebensraum eine andere Macht hineinredet.<<
Winston Churchill schrieb am 16. Juni 1940 an die Regierungen der Commonwealth-Länder, daß Großbritannien einen "Kampf auf Leben und Tod" führen wird (x172/224): >>... Ich glaube fest daran, daß die Vereinigten Staaten im Falle eines erbitterten Kampfs und Gemetzels auf unserer Insel in den Krieg eintreten werden.
Ich vertraue darauf, daß die Vereinigten Staaten fest an unserer Seite stehen, bis das Hitlerregime unter dem Druck zusammenbricht.<<
US-Präsident Roosevelt schickte am 13. Juli 1940 folgendes Telegramm an den französischen Ministerpräsidenten (x243/71): >>... Unsere Regierung tut alles, ... um den verbündeten Regierungen das Kriegsmaterial zugänglich zu machen, das sie so dringend brauchen, ... weil wir an die Ideale glauben und die Ideale unterstützen. ...
Ich selbst bin besonders beeindruckt, ... daß Frankreich den Kampf im Namen der Demokratie fortsetzen will, selbst wenn die französische Armee zu einem langen Rückzug, sei es auch nach Nordafrika ... gezwungen wird. ...
Ermutigt haben mich auch die Worte Premierminister Churchills, ... das Britische Empire werde den Widerstand fortsetzen. Diese Entschlossenheit trifft anscheinend auch auf das große französische Kolonialreich zu. ...<<
Für die US-Stützpunkte auf den Bermudas, den Bahamas, in Westindien, Britisch-Guayana sowie auf Neufundland (Nutzungsdauer: 99 Jahre) erwarb England am 2. September 1940 u.a. 50 nordamerikanische Zerstörer, Munition und Waffen (x106/70). Im Verlauf des Zweiten Weltkrieges erhielt Großbritannien US-Kriegsmaterial im Gesamtwert von rund 30,0 Milliarden Dollar.
US-Admiral James O. Richardson (1878-1974) forderte am 15. September 1940 in einer Denkschrift, die Flotte aus Pearl Harbor an die US-Westküste zurückkehren zu lassen (x172/-260): >>... Die derzeitige Politik hat offenbar zum Zweck, einem anderen Pazifikanrainer unseren Willen aufzuzwingen. Sind die Ziele eines solchen Kriegs definiert, die Kosten bedacht und mit dem Wert eines Sieges verglichen worden?<<
US-Präsident Roosevelt unterschrieb am 16. September 1940 das vom US-Kongreß verab-

schiedete "Gesetz zur Wehrpflicht" und verkündete (x172/261): >>... Die Philosophie der Gewalt, die überall auf der Welt um sich greift, darf uns nicht gleichgültig lassen. Das furchtbare Schicksal von Nationen, deren Schwäche zum Angriff provoziert hat, ist uns nur allzu gut bekannt. ...
Unsere jungen Männer werden aus den Fabriken und von den Äckern kommen, aus großen und kleinen Städten, um sich am vorgesehenen Tag einzuschreiben.<<
Ein US-Marineattaché berichtete am 30. September 1940 aus Tokio über den ungenügenden Brandschutz in den japanischen Städten (x172/264): >>... Die Feuerwehrschläuche sind alt, mürbe und löcherig. Nachts wird das Wasser abgestellt. Der Druck ist minimal. Hydranten sind rar. ...
Brandbomben, breit gestreut über japanischem Stadtgebiet abgeworfen, dürften es größtenteils zerstören.<<
Franklin D. Roosevelt wurde am 5. November 1940 zum dritten Mal zum Präsidenten der USA gewählt.
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über den Wahlkampf Roosevelts (x068/235): >>Für die Erhaltung des Friedens hat Roosevelt nichts getan – wenn auch jeden Wahlkampf mit Friedensparolen geführt, zweimal schon. Und 1940 ebenfalls. In einer Wahlrede versicherte er: "Ich werde es wieder und immer wieder sagen: Eure Jungen werden in keinen fremden Krieg geschickt werden!"
Dies erinnert fatal an seinen Vorgänger Wilson im Ersten Weltkrieg, der ebenfalls seinen Wahlkampf durch Friedensbeteuerungen gewann. Und genau wie Wilson suchte auch Roosevelt nur einen Vorwand zur Einmischung.
Wenige wußten dies so gut wie Churchill. Er wäre im Kampf gegen Hitler ohne die Hilfe der USA und der Sowjetunion in Kürze sang- und klanglos erledigt gewesen. Man darf ihm glauben, wenn er nach Roosevelts Wiederwahl am 6. November 1940 schreibt, "daß ich für ihren Erfolg gebetet habe und dankbar dafür bin" ...<<
Der US-Architekt Frank L. Wright (1867-1959) erklärte am 10. November 1940 einem Reporter der "New York Times" während einer Ausstellung (x172/278): >>... Ich möchte nicht behaupten, daß die Bombardierung Europas kein Segen ist, denn immerhin bietet es den Architekten dort die Gelegenheit, von vorn anzufangen.<<
Am 8. Dezember 1940 teilte Churchill US-Präsident Roosevelt mit, daß man bald nicht mehr in der Lage wäre, die nordamerikanischen Kriegsmateriallieferungen zu bezahlen (x041/107).
US-Präsident Roosevelt forderte am 29. Dezember 1940 in einer Rede vor dem US-Kongreß (x040/055): >>... daß die USA das "Arsenal der Demokratie" sein müßten ...<<
Am 29. Dezember 1940 beschloß der US-Kongreß die Unterstützung Großbritanniens, so daß Nordamerika offiziell Kriegsmaterial an die Briten liefern durfte ("Cash and Carry-Klausel").
In seiner Jahresbotschaft an den US-Kongreß erläuterte US-Präsident Roosevelt am 6. Januar 1941 den "europäischen Demokratien" die "menschlichen Freiheiten" (x033/143):
>>... Euer Kampf für die Freiheit ist für uns Amerikaner eine Angelegenheit des eigenen Lebens. Wir werden alle unsere Energien, alle unsere Organisationsfähigkeit aufbieten, um Euch die Kraft zu verleihen, die Freiheit der Welt wieder zu gewinnen und sie zu bewahren. Wir werden Euch Schiffe, Flugzeuge, Panzer und Geschütze senden, in stetig wachsender Zahl, das ist unser Vorsatz und unser Gelübde ...<<
Das neue Leih- und Pachtgesetz ermächtigte US-Präsident Roosevelt am 11. März 1941, alle "bedrohten Staaten", deren Schutz "für die Verteidigung der USA" wichtig war, mit kriegswichtigen Gütern zu unterstützen. Nach Roosevelts Aussagen sollten die Vereinigten Staaten von Amerika ein "Arsenal der Demokratie" werden. Nach der Genehmigung des Leih- und Pachtgesetzes lieferte die USA praktisch unentgeltlich riesige Mengen von Kriegsmaterial an England und ließ später alle Guthaben der sogenannten "Achsenmächte" einfrieren.

Aufgrund des Pacht- und Leihgesetzes vom März 1941 unterstützte Nordamerika außerdem die Sowjetunion. Schon 2 Tage nach dem deutschen Angriff gegen die UdSSR (22.06.1941) versprach US-Präsident Roosevelt den Sowjets jede gewünschte Hilfslieferung und vergab große Staatsaufträge an die nordamerikanische Rüstungsindustrie.
Vor dem nordamerikanischen Kriegseintritt (11.12.1941) lieferten die Vereinigten Staaten von Amerika schon etwa ab August 1941 Kriegsgüter an die UdSSR. Von August bis Oktober 1941 schickte Nordamerika bereits Kriegsgüter im Wert von 145,0 Millionen Dollar an die UdSSR (x041/205). Im November 1941 gewährte Nordamerika der Sowjetunion einen Pacht- und Leihkredit von 1 Milliarde US $ (x054/223).
Charles de Gaulle berichtete am 12. März 1941 (x172/328-329): >>... Mr. Churchill weckte mich mit der Nachricht, der amerikanische Kongreß habe das Leih- und Pachtgesetz verabschiedet. Dabei führte er ein Freudentänzchen auf.<<
Die "New York Times" berichtete am 12. März 1941 über angedrohte Repressalien gegen die Juden in Deutschland (x172/329): >>... Politische Kreise in Berlin behaupten weiterhin, die Verbindung von Namen wie Frankfurter, Cohen und Baruch mit dem Leih- und Pachtgesetz zeigte, in wessen Interesse die Vereinigten Staaten sich auf diesen tödlichen Schritt einließen.<<
Der britische Premierminister Winston Churchill schrieb am 14. März 1941 an Außenminister Anthony Eden, der sich damals im Ausland aufhielt (x172/330): >>... Hier läuft es ganz gut, und wir haben damit begonnen, recht erfolgreich Hunnen im Mondschein unsere Tatze fühlen zu lassen. Gott segne euch alle.<<
Am 27. März 1941 wurde in Washington für den Fall einer Kriegsbeteiligung der USA die grundlegende strategische nordamerikanisch-britische Konzeption "Germany first" - danach Japan - festgelegt (x041/109).
Am 16. April 1941 begannen japanisch-nordamerikanische Verhandlungen. Die verbündete NS-Regierung wurde über diese Geheimverhandlungen nicht informiert (x041/110).
Zum angeblichen "Schutz der Schiffahrt" landeten US-Truppen im April 1941 auf Grönland sowie Island und lösten dort die britischen Truppen ab. Das US-Kriegsmaterial wurde danach auch mit nordamerikanischen Schiffen nach England gebracht. Die US-Transportschiffe waren bewaffnet und durften "feindliche" U-Boote beschießen.
Der australische Premierminister Robert G. Menzies (1894-1978) berichtete am 11. Mai 1941 über ein Treffen mit US-Präsident Roosevelt in Washington (x172/363): >>... Roosevelt ist wohl ein bißchen neidisch, weil Winston so im Mittelpunkt steht. ... Aber der Präsident, der im letzten Krieg von Woodrow Wilson geprägt worden ist, wartet auf ein Ereignis, das die USA mit einem Schlag in den Krieg hineinreißt und Roosevelt von seinem dummen Wahlversprechen entbindet, die Neutralität des Landes zu wahren. ...<<
Die "New York Times" berichtete am 24. Mai 1941 über Lieferungen von US-Bomben- und Jagdflugzeugen an China (x172/371): >>... Berichten zufolge sind chinesische Flieger von ausländischen Piloten ausgebildet worden und nunmehr bereit, es mit der japanischen Luftwaffe aufzunehmen. China hat von den Vereinigten Staaten und Großbritannien Jagd- und Bombenflugzeuge in großer Zahl gekauft. Es steht zu erwarten, daß sie bei dem geplanten Vergeltungsschlag gegen Japan eingesetzt werden. ...<<
Der Journalist Walter Duranty berichtete am 26. Mai 1941 in der "New York Times" über die allgemeine Stimmung in Japan (x172/372): >>... Während meines Aufenthalts in Tokio hat sich meine Überzeugung verfestigt, daß Japan nicht kämpfen wird, solange man dieses Land nicht dazu zwingt, in dem man ihm die Ölzufuhr abschneidet. ...
Japans Städte mit den nicht sehr stabilen Häusern aus Holz und Papier würden durch Brandbomben fast restlos in Flammen aufgehen.<<
Am 21. Juni 1941 scheiterten die japanisch-nordamerikanischen Geheimverhandlungen an

den unannehmbaren Bedingungen des US-Außenministers Hull (u.a. wegen Kündigung des "Dreimächtepaktes" und Friedensregelung mit China).
In Moskau verhandelte Stalin am 30. Juli 1941 mit dem US-Sonderbeauftragten Hopkins über Kriegsmateriallieferungen für die Sowjetunion. Schon 7 Tage später trafen die ersten US-Panzer, Geschütze und anderes Kriegsmaterial in der UdSSR ein. Im Juli 1941 erhielt die UdSSR bereits Hilfsgüter im Wert von 6,5 Millionen US-Dollar (x106/113).
Die Zeitung "Japan Times Advertiser" berichtete am 7. August 1941 über die anglo-amerikanische Einkreisungspolitik (x172/418): >>... Zuerst wurde ein riesiger Stützpunkt in Singapur eingerichtet und durch Truppen der Briten und ihres Weltreichs erheblich verstärkt. Um dieses Zentrum herum entstand ein Ring, bestehend aus amerikanischen Stützpunkten, der sich über ein riesiges Gebiet nach Süden und Westen von den Philippinen über Malaya und Birma hinzieht und nur auf der Halbinsel Thailand unterbrochen wird. Jetzt soll er auch die Meerenge mit einschließen, die sich nach Rangun erstreckt.<<
Am 14. August 1941 legten die westlichen Alliierten (Roosevelt und Churchill) gemeinsame Kriegsziele fest und veröffentlichten die "Atlantik-Charta" (x058/376).
Am 25. August 1941 marschierten britische und sowjetische Truppen gleichzeitig in das neutrale Persien (Iran) ein. Persien wurde vor allem wegen der kriegswichtigen Erdölvorkommen und für den Transport des US-Kriegsmaterials benötigt (x041/112).
Die Zeitung japanische "Yomiuru" berichtete am 2. September 1941 über die nordamerikanischen Öl- und Flugbenzinlieferungen für die Sowjetunion (x172/432): >>... Die USA verhöhnen uns geradezu, wenn sie dieses Öl an uns vorbei nach Wladiwostok schicken.<<
Oberst Hayto Mabuchi (Chef der Presseabteilung der japanischen Armee) erklärte am 2. September 1941 während einer Rundfunkansprache, daß die Vereinigten Staaten und Großbritannien einen Wirtschaftskrieg gegen Japan führen würden (x172/432): >>... Wenn Japan keine friedliche Regelung durch diplomatische Verhandlungen erreichen kann, dann muß es sich mit Gewalt aus der Einkreisung befreien.<<
Am 11. September 1941 erließ US-Präsident Roosevelt nach dem "Greer-Zwischenfall" den "Schießbefehl" gegen deutsche und italienische Kriegsschiffe (x040/95). Obwohl die Nordamerikaner spätestens danach eindeutig jegliche Neutralität aufgaben und in den US-Häfen alle deutschen Schiffe beschlagnahmten, erfolgte zunächst nicht die erwartete bzw. erhoffte deutsche Kriegserklärung an die USA.
Der nordamerikanische Flieger Charles Lindbergh (1902-1974) sprach am 11. September 1941 während einer Versammlung in Des Moines über "Agitatoren und Kriegstreiber" (x172/440-441): >>... Sie haben Folgendes geplant: Zuerst, die USA auf einen Krieg im Ausland unter dem Vorwand der Verteidigung Amerikas vorzubereiten; zweitens, uns Schritt für Schritt in diesen Krieg hineinzuziehen, ohne daß wir es merkten; drittens eine Reihe von Zwischenfällen zu inszenieren, die uns zur Teilnahme am Konflikt zwingen würde.
(Es gebe drei Gruppen von Kriegtreibern:) die britische, die jüdische und die Roosevelt-Regierung. ...
Niemand, der einen Sinn für Würde hat, kann die Judenverfolgung in Deutschland billigen. Doch kann auch niemand, der ehrlich ist und klar sieht, die Politik für den Krieg betrachten, ohne die Gefahr zu erkennen, die daraus für uns und für sie erwachsen. Statt Propaganda für den Krieg zu machen, sollten die jüdischen Gruppen in diesem Land ihn mit allen Mitteln zu verhindern suchen, denn sie werden die Folgen als erste zu spüren bekommen.
Toleranz ist eine Tugend, die auf Frieden und Stärke beruht. Die Geschichte lehrt uns, daß sie Krieg und Verwüstung nicht überdauern kann. Ein paar weitsichtige Juden erkennen dies und sind daher gegen eine Intervention, die Mehrheit ist allerdings noch immer nicht zu diesem Schritt bereit.
Die größte Gefahr für unser Land besteht in ihrem gewaltigen Besitz und dem Einfluß, den sie

in der Filmindustrie, Presse, Rundfunk und Regierung haben.<<
Lindbergh wurde nach dieser Rede von den öffentlichen US-Medien systematisch als Sympathisant des NS-Regimes und als Antisemit diskreditiert.
Der italienische Geschichtsphilosoph und Publizist Domenico Losurdo (1941-2018) berichtete später (im Jahre 2010) in seinem Buch "Die Deutschen. Sonderweg eines unverbesserlichen Volkes?" über die antideutsche Einstellung des US-Präsidenten Roosevelt (x318/61-62): >>…
Kehren wir zu F. D. Roosevelt zurück, der während des Zweiten Weltkrieges, zu Recht empört über die schrecklichen Verbrechen des Dritten Reichen einen Augenblick lang von der sonderbaren Idee der "Kastration" der Deutschen fasziniert war.
Vielleicht wären dem US-amerikanischen Staatsmann mehr Zweifel gekommen, wenn er zufällig Gobineau und Waitz und ihre Hinweise auf den Vernichtungs-Rassismus der "amerikanischen Schule" hätte lesen können, denn so hätte F. D. Roosevelt verstanden, daß die Idee, durch "Kastration" der Verantwortlichen die Wiederholung solcher Praktiken zu vermeiden, auch das Volk hätte treffen können, zu dem er selbst gehörte.
Eine grundlegende Wahrheit darf man nicht aus den Augen verlieren: Weit entfernt, die Wiederholung des Identischen zu sein, zeichnet sich die Geschichte durch unaufhörliche Veränderungen und durch auch recht radikale Umschläge aus. Man sollte ein für alle Mal Schluß machen mit dem Mythos der in der Zeit unbeweglichen Identitäten.
Hier ist eine Betrachtung politischen Charakters hinzuzufügen. Wohl oder Übel hat es in Deutschland, wenn auch nur teilweise und unzureichend den Versuch gegeben, sich mit der Vergangenheit und mit dem Schrecken des Dritten Reiches auseinander zu setzen. Jenseits des Atlantiks feiern hingegen die US-amerikanischen Führer und ihre Ideologen weiterhin ihr Land als "die älteste Demokratie der Welt". In dieser historischen Bilanz scheint das den Indianern und den Schwarzen vorbehaltene Schicksal irrelevant zu sein.
Es gibt nicht einmal einen vagen Versuch der Aufarbeitung der Vergangenheit. Und gerade dieses gute Gewissen gibt dem Anspruch Washingtons den Auftrieb, die "Demokratie" mit Waffengewalt zu exportieren. Unter diesen Bedingungen ist es reiner Wahnsinn, das gute Gewissen des heute weitaus gefährlicheren Imperialismus mit Diskursen über ein immer und ewig reaktionäres Deutschland noch weiter zu verstärken.<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete später (am 1.06.2012): >>**Roosevelt wollte von Anfang an den Krieg**
Die erst jetzt edierten Erinnerungen des früheren US-Präsidenten Herbert Hoover enthüllen interessante Details über die USA und den Zweiten Weltkrieg
Gerd Schultze-Rhonhof
Unter dem Titel "Freedom Betrayed" (Verratene Freiheit) sind im November 2011 in den USA die Erinnerungen des früheren US-Präsidenten Herbert Hoover, 48 Jahre nachdem er sie geschrieben hat, als Buch erschienen. Zum einen deckt Hoover schonungslos die schon frühe Kriegstreiberei seines Amtsnachfolgers, des Präsidenten Roosevelt, gegen Deutschland auf, zum anderen zeigt sich, daß Hoover in erschreckendem Maße schlecht über die europäischen Verhältnisse informiert gewesen ist.
Die vorliegenden Memoiren - fast eine Kriegsgeschichte - beginnen mit einer Rundreise durch Europa vor dem Zweiten Weltkrieg. Der Ex-Präsident (1929-1933) fordert Unparteilichkeit bei der Beurteilung der bereisten Länder, die er dann sofort selbst vermissen läßt. Er schildert seinen Tschechoslowakei-Besuch so, als habe er dort keine Gesprächskontakte mit den im Staate nicht gleichberechtigten Slowaken, Ungarn, Ruthenen und Sudetendeutschen gehabt, und als habe er nicht wahrgenommen, daß die Demokratie von Prag nur in der Verfassung, nicht aber in der Politik bestanden hat.
Nach seiner Weiterreise von Deutschland nach Polen vermerkt Hoover, daß die Polen mehr Freiheit als die Deutschen genössen. Auch hier werden die elf Millionen verfolgten Weiß-

russen, Ukrainer, Juden und Volksdeutschen im Lande mit keinem Wort erwähnt, weder die weit über 500.000 Juden, die Polen bis dahin schon durch Emigration oder Zwangsausbürgerung entkommen waren, noch die Glaubensverfolgung und Unterdrückung der Ukrainer und Weißrussen. Schon hier zeichnet sich ab, daß Hoover die Tschechen und die Polen jener Zeit alleine als Opfer ihrer großen Nachbarstaaten wahrnimmt, nicht aber auch als Täter.
Hoover stellt die Frage, ob Roosevelt und Daladier mit ihren Aufforderungen an Polen vom Januar 1939, nicht auf die deutschen Wünsche in bezug auf Danzig einzugehen, die Blockadehaltung Warschaus in der Danzigfrage ausgelöst haben und ob sie auf diese Weise mitverschuldet haben, daß es nicht früh genug zu einer deutsch-polnischen Übereinkunft zur Danzig- und zur Korridorfrage gekommen ist. Im August 1939 stellt sich erneut dieselbe Frage. Noch in der Nacht, als der Hitler-Stalin-Pakt unterzeichnet wurde, hatte Roosevelt durch Verrat erfahren, daß Ostpolen der Sowjetunion angegliedert werden sollte. Hat Roosevelt, als er den deutsch-sowjetischen Teilungsplan für Polen vor der Warschauer Regierung verschwieg, mitverursacht, daß es zu keiner deutsch-polnischen Verhandlungslösung kam?
Gehirnwäsche-Propaganda vor dem US-Kriegseintritt
Einige polnische Historiker behaupten heute, daß Polen 1939 mit hoher Wahrscheinlichkeit eher auf seine ohnehin begrenzten Rechte im Freistaat Danzig verzichtet hätte, als dafür ganz Ostpolen an die Sowjetunion zu verlieren, wenn die Warschauer Regierung damals vor dieser Wahl gestanden hätte. Hoovers Kritik am Kriegseintritt der USA beginnt mit einem Rückblick auf die "Gehirnwäsche" ("brainwash"), der die US-Amerikaner vor dem Zweiten Weltkrieg - wie schon vor dem Ersten Weltkrieg - unterzogen worden sind.
Er schreibt: "Von Ausbruch des Zweiten Weltkriegs an war das amerikanische Volk durch eine Sintflut von Propaganda einer erneuten Gehirnwäsche ausgesetzt." 1939, als der Krieg in Europa anfing, hatten sich bei Befragungen nur sechs Prozent der US-Bürger für eine Kriegsteilnahme ausgesprochen.
Von Mai bis November 1940 - so schildert Hoover - lief ein erneuter Präsidentschaftswahlkampf in den USA. Roosevelt betrieb seinen Wahlkampf und den Kriegseintritt zur gleichen Zeit auf zwei parallelen Gleisen. Er versicherte den Wählern 19mal in Wahlkampfreden, er werde Amerika aus dem Krieg heraushalten; so am 30. Oktober 1940: "Ich gebe Ihnen, den Müttern und Vätern erneut die Zusicherung. Ich habe es schon zuvor gesagt, und ich werde es wieder und wieder und wieder sagen: Ihre Söhne werden nicht in irgendwelche fremden Kriege geschickt!"
Auf dem anderen Gleise bereitete er seine Landsleute auf ihre nächste Kriegsteilnahme vor und schürte ihre Angst; sein Slogan dazu: "Hitler kommt!" Roosevelt hielt Rundfunkreden über den bevorstehenden deutschen Angriff auf die USA und über das, was die Amerikaner dann von den deutschen Besatzungstruppen zu erwarten hätten.
Ab 1941 begann Roosevelt, einen "Drang Deutschlands zur Eroberung aller fünf Kontinente" auszumalen, den nur die Amerikaner würden stoppen können. Ihre Spitze erreichte diese Angstkampagne, als Roosevelt den Amerikanern am 27. Mai 1941 "eröffnete", daß die Deutschen planten, die USA über Spanien, Nord- und Westafrika, den Südatlantik, Brasilien und Panama von Süden her anzugreifen. Hoover vermerkt dazu sarkastisch, daß es die deutsche Wehrmacht acht Monate zuvor nicht einmal geschafft hat, die dreißig Kilometer des Ärmelkanals zu überwinden, um England anzugreifen.
Am 9. Juli 1941 gab US-Marineminister Frank Knox erstmals zu verstehen, daß es Befehle zum Angriff auf deutsche U-Boote gäbe. Zwei Tage später gab Knox vor einem Senatsausschuß auch zu, daß ein US-Zerstörer im Atlantik ein deutsches U-Boot mit Wasserbomben angegriffen hätte. Am 11. September 1941 hielt Roosevelt hierzu eine Rede. Er suggerierte den Amerikanern, daß die Weite des Atlantiks keinen Schutz vor Deutschland böte, und daß er der US-Navy befohlen habe, zum Schutz der USA das Feuer auf deutsche Schiffe zu eröff-

nen, wenn die sich in die für Amerika verteidigungswichtigen Gewässer bewegten. Schon fünf Tage später übernahm die US-Navy den Konvoi-Schutz für englische Schiffe zwischen Amerika und Island.
Damit waren die USA der formalen Kriegserklärung Hitlers vom 11. Dezember mit ihrer realen Kriegseröffnung um genau fünf Monate zuvorgekommen. So stimmte Roosevelt sein noch kriegsunwilliges Volk auf die "Verteidigung" Amerikas gegen Deutschland ein.
Einen Monat später schippte Roosevelt die nächste Schaufel Kohlen in das Feuer. Am 27. Oktober versicherte er den Amerikanern, daß er zwei deutsche Dokumente in den Händen hätte. Das wäre zum ersten eine geheime Karte mit den Einzeichnungen des deutschen Angriffsplanes gegen Süd- und Mittelamerika, aus der hervorginge, daß Hitler Südamerika in fünf Vasallenstaaten aufzuteilen plane.
Das zweite Dokument wäre ein detailliertes Konzept zur Abschaffung aller Weltreligionen und ihr Ersatz durch eine "Nazi-Religion". Die Bibel sollte dabei durch Hitlers "Mein Kampf" ersetzt werden. Eine Reihe amerikanischer Spitzengenerale und Admirale sowie Historiker erklärten Roosevelts mysteriöse Dokumente damals und auch nach dem Kriege Hoover gegenüber für "absoluten Unsinn". Hoovers Kommentar dazu: "Woher Roosevelt diese Eingebungen hatte, konnte nicht geklärt werden."
Pikant ist Hoovers Eingeständnis, daß die Washingtoner Regierung die Kriegsabneigung der Amerikaner und des Kongresses durch einen kriegerischen Akt der Japaner oder Deutschen kippen wollte. Am 2. Juni 1941 unterzeichnete Kriegsminister Henry Stimson einen "Allgemeinen Kriegsplan zur Besiegung der Achsenmächte". Der darüber informierte Admiral Kelly Turner wird dazu von Hoover so zitiert: "Für den Fall, daß es zu einem Krieg mit Japan ohne die Beteiligung Deutschlands kommen sollte, wurde entschieden, daß sich die USA bemühen würden, Deutschland möglichst in den Krieg gegen uns hineinzuziehen."
Hoover beginnt das Deutschland-Kapitel mit der Niederlage von 1945 und gibt ihm die Überschrift "Die Rache kommt nach Deutschland". Hoover gibt seinen amerikanischen Lesern keinen Einblick, warum es zu Hitler und dem Zweiten Weltkrieg hatte kommen können oder müssen. Er verschweigt die frühen Kriegsvorbereitungen der Russen, Briten und Franzosen gegen Deutschland vor dem Ersten Weltkrieg.
Er schreibt nichts zu den gebrochenen Vereinbarungen der 14 Wilson-Punkte, nichts zu den Abtrennungen von Weißrussen, Ukrainern, Ungarn und Deutschen aus ihren Heimatstaaten zwischen 1918 und 1922, auch nichts über die zahlreichen Vertragsbrüche am Versailler Vertrag durch Briten, Franzosen, Polen, Litauer und Tschechen und nichts zu den unbezahlbaren Reparationen, die Österreich und Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg zahlen sollten. Statt dessen gibt Hoover Deutschland am Anfang des Kapitels kurz, bündig und pauschal die Schuld am Ersten Weltkrieg und geht dann sofort zu Hitlers Sünden über.
Sieger dürsteten 1945 nach Rache und Bestrafung
Hoover setzt sich dennoch kritisch mit der Rolle der Siegermächte auseinander. Er schreibt, daß alle Siegervölker 1945 nach Rache, Bestrafung und Zerteilung Deutschlands dürsteten, und daß es kein Politiker hätte wagen können, diesen Gefühlen nicht gerecht zu werden. Er beklagt, daß anfangs keine Wirtschaftsfachleute in den Entscheidungsgremien geduldet wurden, die darauf hätten hinweisen können, daß Deutschland so eng im Wirtschaftsraum Europa verflochten war - selbst mit den USA -, daß alle Nachbarvölker auf den Wiederaufbau der deutschen Produktionsstätten angewiesen waren; auch Ingenieure nicht, die erklärten, daß man die deutschen Industrieanlagen nicht demontieren und deportieren könnte, ohne sie als funktionsfähige Systeme zu zerstören.
Hoover schließt das Buch mit einer Mischung von eigenen Urteilen und ihn bestätigenden Zitaten. Den Anfang der Gedankenkette bilden die massiven Anschuldigungen des US-Botschafters in London von 1938 bis 1940, Joseph Kennedy, der wiederholt bestätigt hat, daß

Roosevelt die englische und die französische Regierung schon im Januar 1939 bedrängt hat, den Danzig-Wünschen der Reichsregierung entgegenzutreten und den Polen eine Garantie zu geben.
Zu dieser Zeit hatte Hitler die Tschechei noch nicht besetzen lassen und damit noch keinen Grund geliefert, eine Danzig-Regelung zu torpedieren. Ohne Roosevelt - so behauptet Kennedy - hätte Großbritannien diesen "gigantischsten Fehler seiner Geschichte" nicht begangen. Während der ersten deutschen Sondierungen zu Danzig hatte Roosevelt außerdem die polnische Regierung aufgefordert, die deutschen Wünsche abzuweisen. Damit hatte der amerikanische Präsident den Kriegsausbruch heraufbeschworen.
Der Garantie Englands folgte später notwendigerweise die Kriegserklärung der Briten und Franzosen, die aus dem deutsch-polnisch-russischen Vier-Wochen-Krieg einen Weltkrieg von sechs Jahren werden ließ.
Hoovers Anschlußthese ist, daß Englands Existenz seit Beginn des deutschen Rußlandfeldzugs im Juni 1941 nicht mehr bedroht gewesen sei. Die amerikanische Hemisphäre sei ohnehin - im Gegensatz zu Roosevelts erfundenen Legenden - nie gefährdet gewesen. Hoover vertritt die Ansicht, daß es seit Juni 1941 für die USA geboten gewesen sei, sich die zwei Diktaturen gegenseitig aufreiben zu lassen, statt einer von beiden den Fortbestand zu sichern. Die Unterstützung der Sowjetunion durch die Vereinigten Staaten habe, so Hoover, den Kommunismus und die Diktatur in Mittel- und in Osteuropa nicht nur überleben lassen, sondern zu einer Vormacht bis zur Elbe werden lassen.
In einem kleinen Absatz mit dem Titel "Warum wollte Roosevelt den Krieg?" zitiert Hoover "viele verantwortliche, unparteiische Zeitungen". Sie meinen, "daß Roosevelt das Versagen des New-Deal-Programms und seines sechsjährigen Bemühens, Arbeitsplätze für zehn Millionen Arbeitslose zu schaffen, verdecken wollte. Daß er sich dazu in die Machtpolitik der Welt gestürzt habe, um die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit umzulenken."
Der amerikanische Bibliothekar und Historiker Paul Boytinck schreibt in der Einleitung seiner Rezension zu diesem Hoover-Buch: "Es ist ein Aufruf, die triumphierende, naive und oft ausgesprochen dumme Lesart der Geschichte des 20. Jahrhunderts zu revidieren."
Gerd Schultze-Rhonhof ist Generalmajor a.D. und Autor des Sachbuch-Bestsellers "1939 - Der Krieg, der viele Väter hatte".
Herbert Hoover: Freedom Betrayed. Herbert Hoover's Secret History of Second World War and its Aftermath. Hoover Institution Press, Stanford 2011, gebunden, 1.077 Seiten ...<<
Die Zeitung "Japan Times Advertiser" berichtete am 22. Oktober 1941 über die "böswillige Propaganda" der anglo-amerikanischen Presse (x172/462): >>... Japan geht nicht als Bittsteller auf Amerika oder andere Staaten zu, sondern kennt sehr wohl seine Stärke im Krieg wie im Frieden.<<
Am 6. November 1941 schickte Stalin den früheren sowjetischen Außenminister Maxim Litwinow (eigentlicher Name = Max Wallach-Finkelstein, 1876-1951) als Botschafter nach Washington.
Das am 11. März 1941 in Kraft getretene nordamerikanische Pacht- und Leihgesetz wurde am 6. November 1941 auf die UdSSR ausgedehnt (x033/158).
Am 7. Dezember 1941 flog die japanische Luftwaffe zwei Überraschungsangriffe gegen den US-Pazifik-Flottenstützpunkt Pearl Harbor. Mit diesem überraschenden Angriff eröffnete Japan den Krieg gegen die Vereinigten Staaten von Nordamerika. Die eigentlichen Hauptangriffsziele, die 3 großen US-Flugzeugträger der Pazifikflotte, waren jedoch nicht mehr im Hafen. Bei diesen Angriffen verloren die Nordamerikaner mindestens 5 große Schlachtschiffe und 188 Flugzeuge. 2.403 US-Soldaten wurden getötet. Die japanischen Verluste betrugen: 55 Soldaten und 29 Flugzeuge (x040/109).
Der US-Physiker Philip Morrison (1915-2005) berichtete später über den japanischen Angriff

auf Pearl Harbor (x165/474): >>... In kaltem, objektivem Licht betrachtet, war Pearl Harbor der größte amerikanische Sieg des Zweiten Weltkriegs. Er hat das Land mobilisiert. Ein paar Kriegsschiffe wurden versenkt, ein paar tausend Matrosen getötet. Sicher, das ist schlimm. Aber vom historischen Standpunkt aus betrachtet war keine Niederlage für die Japaner so schlimm wie ihr erfolgreicher Angriff auf Pearl Harbor. ...<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über den japanischen Überraschungsangriff gegen den US-Pazifik-Flottenstützpunkt Pearl Harbor (x068/240-241): >>Am 25. November 1941 tagt das "Kriegskabinett" im Weißen Haus. Dabei äußert Roosevelt, daß "ein japanischer Angriff unmittelbar bevorzustehen scheine", und auf nichts anderes wartete er ja. Freilich gab es "ein Problem" dabei. "Wenn man weiß", sagt später Kriegsminister Stimson vor der Untersuchungskommission des Kongresses aus, "daß der Feind eben dabei ist zuzuschlagen, ist es nicht üblich zu warten, bis er auf uns springt und die Initiative ergreift.

Trotz des Risikos, mit dem wir konfrontiert waren, falls wir den ersten Schuß den Japanern überließen, haben wir erkannt, wenn wir die volle Unterstützung des amerikanischen Volkes sichern wollen, wird es notwendig sein, ihm beweisen zu können, daß die Japaner diejenigen sind, die den ersten Schuß abfeuerten, denn da kann niemand mehr zweifeln, wer der Angreifer wäre".

Der Präsident wollte unter allen Umständen den Krieg. Aber: die Japaner mußten beginnen, damit der Konflikt gerecht erschien und sein Land makellos dastand vor der Welt. "Die Frage war", schreibt am selben Tag Kriegsminister Stimson in sein Tagebuch, "wie können wir die Japaner in eine Lage manövrieren, daß sie den ersten Schuß abfeuern, ohne uns damit einer zu großen Gefahr auszusetzen. Es war eine schwierige Aufgabe".

Doch Roosevelt löste das Problem. Er unterließ es absichtlich, die in Pearl Harbor stationierte US-Flotte über den bevorstehenden Angriff der Japaner zu informieren, der durch entzifferte Codes feststand! ...<<

Churchill schrieb damals über den japanischen Angriff (x055/369): >>... Eine Bemerkung Sir Edward Greys (britischer Außenminister von 1905-16) vor über dreißig Jahren fiel mir ein, in der er die Vereinigten Staaten mit einem "gigantischen Dampfkessel" verglich. "Wenn er erst einmal angeheizt ist, werden der von ihm entwickelten Kraft, keine Grenzen gesetzt sein."

Übersättigt von Aufregung und Gefühlsstürmen, ging ich zu Bett und schlief dankbar den Schlaf des Geretteten.<<

Hitler, der sich trotz der nordamerikanischen Neutralitätsverletzungen lange bemühte, den Nordamerikanern keinen Kriegsvorwand zu geben, eröffnete am 11. Dezember 1941 mit seiner Kriegserklärung an die USA völlig überraschend den Zweiten Weltkrieg, um Japan für den deutsch-sowjetischen Ostkrieg zu gewinnen.

Die italienische Regierung erklärte den Vereinigten Staaten von Nordamerika am 11. Dezember 1941 ebenfalls den Krieg.

Nordamerikas gewaltige Wirtschaftskraft sollte schließlich, wie im Ersten Weltkrieg, die Entscheidung bringen. Von 1941-45 lieferten die Vereinigten Staaten von Amerika der Sowjetunion z.B. 8.800 Flugzeuge, 5.200 Panzer und Kampfwagen, 256.000 Lastkraftwagen und sonstige motorisierte Fahrzeuge, 2.500.000 t Lebensmittel und 1.500.000 t Stahl (x038/-1.917/1.918) sowie Flugbenzin, Lokomotiven, verschiedene Handfeuerwaffen, Medikamente und Kleidung im Wert von ca. 11,0 Milliarden Dollar.

Die ersten Hilfslieferungen an die Sowjets gingen über die alte Karawanenstraße von Basra nach Tiflis (x054/223) und wurden später über folgende Standorte abgewickelt (x041/114): Pazifik = 47,1 %, Persischer Golf = 23,8 %, Nordatlantik = 22,7 %, Schwarzes Meer = 3,9 % und sowjetische Arktis = 2,5 %.

Am 1. Januar 1942 unterzeichneten in Washington 26 Nationen (einschließlich UdSSR) den

Pakt der "Vereinten Nationen" und verpflichteten sich, keinen Separatfrieden mit dem NS-Regime oder Japan abzuschließen (x041/123).
Im Gründungsvertrag der "Vereinten Nationen" hieß es z.B. (x106/150): >>... Die unterzeichneten Regierungen ... sind überzeugt, daß ein vollständiger Sieg über den Feind von größter Bedeutung für die Verteidigung der Existenz, Freiheit und Unabhängigkeit der Nationen, die Erhaltung der Menschenrechte und der Gerechtigkeit in ihren eigenen wie in den anderen Ländern ist, die jetzt im gemeinsamen Kampf gegen die wilden und brutalen Kräfte stehen, die die Welt zu unterjochen drohen.
Sie verpflichten sich ... ihre militärischen und wirtschaftlichen Hilfsmittel gegen die Mitgliedsstaaten des Dreimächtepaktes, mit denen sie im Kriege stehen, einzusetzen und keinen separaten Waffenstillstand oder Frieden abzuschließen.<<
Während einer Pressekonferenz teilte US-Präsident Roosevelt am 6. Januar 1942 das wesentliche Kriegsziel der USA mit (x040/114): >>... Zerschmetterung des deutschen Militarismus.<<
Die Londoner Tageszeitung "The Times" forderte am 3. Februar 1942 massive Militärhilfe für die Sowjetunion (x106/151): >>... Der Frühling wird seine Auswirkungen zunächst im Süden Rußlands zeigen, und alle Hoffnungen Hitlers sind auf die Ukraine, die Krim und von dort auf den verheißungsvollen Weg zum Kaukasus gerichtet. Das kaukasische Öl bildet das Ziel.
Das Ziel der russischen Winteroffensive ist daher, dem deutschen Generalstab das Sprungbrett zum Kaukasus zu entreißen.
Wir müssen alles tun, um britische Panzerwagen für die kommenden Schlachten um den Kaukasus bereitzustellen.<<
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über die anglo-amerikanische Bündnispolitik (x068/244-247): >>Den anglo-amerikanischen Waffenbrüdern war Stalins beinah beispielloser, zumindest bis dahin selbst Hitler in den Schatten stellender Despotismus natürlich bekannt.
Bekannt waren ihnen seine erbarmungslosen Ausrottungsmechanismen, seine fürchterlichen Terrororganisationen, die aus der Tscheka 1922 hervorgegangene berüchtigte GPU und schließlich seit 1934 der ebenso gefürchtete NKWD ...
Bekannt war ihnen die verheerenden "Säuberungen" zwischen 1936 und 1939, die in der Geschichte als "Jeschowschtschina" sozusagen fortlebenden Massenexekutionen, "eine Art Bartholomäusnacht in Permanenz" (Georg W. F. Hallgarten).
Bekannt war ihnen eine Reihe aufsehenerregender Entführungs- und Mordfälle, wodurch Stalin sich seiner Gegner entledigte.
Bekannt war ihnen, daß der rote Zar die lange Reihe russischer Despoten seit Iwan IV., dem Schrecklichen, vielleicht vielhundertfach übertraf.
Bekannt war ihnen, daß er Millionen und Abermillionen Unschuldiger in die entferntesten Winkel Sibiriens und Kasachstans zur Zwangsarbeit verschleppen ließ, um auch derart seine Fünfjahrespläne und die monströse sowjetische Industrialisierung buchstäblich durchzupeitschen.
Das alles hielt weder den Nobelmann Churchill noch gar Roosevelt ab, sich eng mit Stalin zu verbünden. Sobald er allerdings seine Hilfe geleistet hatte, ließ ihn Churchill fallen und bekämpfte ihn; Roosevelt hinderte der Tod daran. ...
... Churchill, ... der bereits 14 Tage nach Pearl Harbor eine Woche lang in Washington vorsprach, (tat) alles, um die russische Front, die ihm ja nächst der deutschen am fatalsten war, nicht zu früh zu entlasten. Bloß das nicht! Stalin mochte noch so drängen ... Churchill konnte das Unternehmen "Overlord", bis 1944 hinausschieben, das kostete sehr viel mehr Russenköpfe, aber sehr viel weniger der übrigen Alliierten, eine glatte Rechnung.
Solange keine "Zweite Front" bestand, solange die Invasion der Alliierten im Westen nicht

begonnen hatte, war dies für Stalin begreiflicherweise stets das Problem Nummer Eins. ...
Doch mochte die russische Front auch brennen und bluten soviel sie wollte. Hauptsache sie stand. Im übrigen: je mehr Brand und Blut dort, desto besser doch. ...
Als der Brite seinerzeit erstmals Stalin persönlich begegnete, waren ihre Unterhaltungen teilweise, so Churchill, "äußerst unangenehm". ...
Churchill haßte die Sowjetunion glühend. Aber im Kampf gegen Hitler wäre er ohne sie gescheitert. So suchte er nicht nur "mit Gottes Hilfe die Welt von diesem Scheusal" zu befreien, sondern auch mit der Hilfe der doch kaum minder bösen Bolschewiken. Vorerst aber wollte Churchill "Rußland und dem russischen Volk jedmögliche Hilfe gewähren, die wir gewähren können. ...
Dann aber wollte Churchill nach Beseitigung des einen Scheusals, das andere erledigen, das ohne Zweifel ihm viel mehr geholfen hatte als er ihm. Im Krieg warb er um sowjetischen Beistand, nach dem Krieg attackierte er wie kein zweiter die Sowjetunion.<<
Der britische Historiker Robert Conquest (1917-2015) berichtete später über Stalins Verhandlungsstrategie im Jahre 1941 und die militärischen Hilfslieferungen der Nordamerikaner und Briten (x080/310-312): >>Im Verlauf des Krieges wurde Stalin, der seit 1939 mit Ausnahme der beiden Begegnungen mit Ribbentrop kaum Kontakt zu ausländischen Politikern hatte, zu einer zentralen Persönlichkeit bei internationalen Verhandlungen.
Während des gesamten Krieges bedrängte Stalin die westlichen Führer mit Maximalforderungen, und obwohl er nicht alles bekam, was er verlangte, war es doch weit mehr, als angesichts der bestehenden Verhältnisse nötig gewesen wäre. Er war fast immer auf jeden einzelnen Punkt der Verhandlungen sehr gut vorbereitet.
Sein Hauptvorteil bestand weniger in seinem Verhandlungsgeschick als in den Schwächen der Briten und Amerikaner.
Die Führer der Alliierten erwiesen sich in unterschiedlicher Hinsicht als verwundbar. Roosevelt glaubte, er könne Stalin trauen, während Churchill zwar nicht ganz so naiv war, aber dennoch aus Gründen der Sentimentalität oder der Ritterlichkeit geneigt war, Stalins Forderungen nachzugeben – schließlich trugen die Russen die Hauptlast des Krieges, und Churchill empfand eine moralische Verpflichtung, sie so weit wie möglich zu unterstützen. ...
Am 18.06.1941 telegraphierte Stalin an Churchill und forderte ihn auf, in der Arktis und in Nordfrankreich Fronten gegen Hitler aufzubauen. Des weiteren heißt es in dem Schreiben: "Eine Front in Nordfrankreich würde nicht nur deutsche Streitkräfte aus dem Osten abziehen, sondern auch eine Landung Hitlers in England unmöglich machen. ...".
Die Vereinigten Staaten befanden sich zu diesem Zeitpunkt natürlich noch nicht im Krieg – der Angriff auf Pearl Harbor erfolgte erst im Dezember. Dennoch war Roosevelt bereit, Rußland in gleicher Weise durch militärische Hilfslieferungen zu unterstützen, wie er das gegenüber England tat. Sein persönlicher Vertreter Harry Hopkins, der später einen Experten des Außenministeriums fragen sollte, ob er auch zur "antisowjetischen Clique" gehöre, traf Ende Juli in Moskau ein.
Stalin schilderte ihm die militärische Lage, ohne etwas zu beschönigen, und bat um 20.000 Flakgeschütze, große Mengen von Aluminiumblechen für den Flugzeugbau, Maschinen und leichten Sturmgewehren. ...<<

Zusammenfassung des Zweiten Weltkrieges (1939-1941)
Hitler bot den Polen am 21. März 1939 langfristige Grenzgarantien und forderte nochmals die Rückgabe Danzigs und exterritoriale Verkehrswege (x041/97).
Die polnische Regierung, die nach der englisch-französischen Garantieerklärung ihre eigenen militärischen Kräfte maßlos überschätzte, ordnete am 23. März 1939 im "Korridor" die polnische Teilmobilmachung an und lehnte am 26.03.1939 endgültig alle deutschen Forderungen

ab (x041/97).
Neville Chamberlain (1869-1940, britischer Ministerpräsident) gab der polnischen Regierung am 31. März 1939 die Zusicherung, England werde Polen sofort Waffenhilfe gewähren, wenn Polen sich genötigt sehen sollte, die polnischen Streitkräfte gegen eine äußere Bedrohung einzusetzen (x041/97, x069/175).
Am 6. April 1939 schloß der polnische Außenminister Beck mit der englischen Regierung einen Beistandspakt.
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtete später über die französisch-britischen Garantieerklärungen für Polen (x309/85-86): >>Ein entscheidender Schritt auf die "unvermeidliche deutsche Katastrophe" war dann der Ausbau der bereits bestehenden französisch-britischen Polengarantie zu einem dreiseitigen Beistandspakt im April 1939. Die Parteien verpflichteten sich, der jeweils anderen, sollte sie von einer "europäischen Macht" angegriffen werden, "nach Kräften Unterstützung und Hilfe zu leisten".
Der zweite Artikel sah eine ähnliche Unterstützung für den Fall vor, daß eine dritte Macht einen der Signatare "indirekt" bedrohte und dieser mit Waffengewalt reagierte. Diese etwas kryptische Formulierung wurde in der Presse veröffentlicht, nicht aber das noch provokativere Zusatzprotokoll, das festhielt, "unter dem Ausdruck 'europäischer Macht' ist Deutschland zu verstehen" und mit der indirekten Bedrohung sei Danzig gemeint. Für den Fall eines Angriffs durch eine andere europäische Macht verpflichtete das Protokoll die Signatare nur zu gegenseitiger Konsultation.
Der frühere US-Botschafter in Moskau, J. Davis, sah in dieser Konstruktion einen "Blankoscheck" für die Polen, und auch der amerikanische Botschafter in London, Joseph Kennedy, bemerkte, zum ersten Mal in der Geschichte Großbritanniens habe das Land die letzte Entscheidung über einen Krieg außerhalb seiner Grenzen einer anderen Macht überlassen.
Polen konnte also wie ein Torero den deutschen Stier beliebig reizen, um dann im Konfliktfall nach der "unvermeidlichen deutschen Katastrophe" den "höchsten Gewinn" einzufahren.
Konsequenterweise äußerte der polnische Botschafter in Deutschland, Jozef Lipski, gegenüber dem englischen Botschaftsvertreter Orgilvie-Forbes, man habe nun keine Veranlassung sich für irgendwelche deutschen Angebote zu interessieren: Die polnischen Truppen würden bald auf Berlin marschieren. Tatsächlich baute man auf die eigene Stärke, auf eine schnelle militärische Unterstützung – vor allem durch Frankreich – und auch auf die deutsche Kriegsmüdigkeit. ...<<
In Moskau führte Stalin am 18. April 1939 Bündnisverhandlungen mit den Briten und Franzosen (britisch-französisch-sowjetischer "Dreibund"). Stalin stellte jedoch bewußt unannehmbare Forderungen (z.B. Übernahme der baltischen Staaten und das sowjetische Durchmarschrecht für Polen und Rumänien), so daß die Verhandlungen später ergebnislos abgebrochen wurden (x069/176). Stalin setzte das "geheime Doppelspiel" danach jedoch noch monatelang fort (x041/97).
Stanislaw Mikolajczyk (1901-1966, seit Juli 1943 Ministerpräsident der antikommunistischen polnischen Exilregierung) erklärte am 21. Juni 1939 (x309/70): >>... Man muß sich darüber im Klaren sein, daß Polen so lange keinen Frieden kennen wird, bis es sich nicht auf die Oder stützen kann.<<
Abgesandte bzw. Beobachter der britischen Regierung registrierten im Juni 1939 in einem Geheimbericht, der erst 1979 veröffentlicht wurde, ein riskantes, aber wohlüberlegtes Vorgehen der polnischen Staatsführung (x025/183). Dieser Geheimbericht schilderte nicht nur den verbreiteten Chauvinismus und Antisemitismus der polnischen Bevölkerung, sondern er informierte auch über bereits vorhandene Annexions- und Vertreibungspläne der polnischen Regierung, die man nach dem erwarteten "allgemeinen Krieg" realisieren wollte.
Am 15. Juli 1939 propagierten polnische Politiker während der polnischen Siegesfeiern (529.

Jahrestag der Schlacht von Tannenberg) schon die Übernahme der deutschen Ostgebiete. Die Deutschen sollten ein zweites Tannenberg (polnisch = "Grunwald") erleben und schon bald würden die polnischen Fahnen über Danzig, Königsberg, Elbing und anderen ostdeutschen Städten wehen (x104/278).
Am 14. August 1939 scheiterten die sowjetisch-britisch-französischen Militärverhandlungen über ein gemeinsames Vorgehen gegen das NS-Regime, weil die polnische Regierung ein sowjetisches Durchmarschrecht durch Polen ablehnte (x125/172).
Der sowjetische Außenminister Molotow schlug Hitler am 16. August 1939 den Abschluß eines Nichtangriffspaktes vor. Hitler stimmte daraufhin Verhandlungen in Moskau zu.
Stalin ("der lachende Dritte") kündigte am 19. August 1939 an, daß die UdSSR in einem Krieg zwischen den "Imperialisten" als letzte Macht eingreifen werde x090/279.
Am 23. August 1939 unterzeichnete Reichsaußenminister von Ribbentrop in Moskau den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt. Obwohl die Sowjetunion bereits monatelang Geheimverhandlungen mit den Westmächten geführt hatte, schlossen die vermeintlichen Todfeinde Hitler und Stalin am 23. August 1939 "völlig überraschend" einen deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt ab ("die übrige Welt reagierte damals völlig sprachlos").
Als sich Ribbentrop verabschiedet hatte, sagte Stalin zum sowjetischen Außenminister Molotow (x069/176): >>Das war die Kriegserklärung Hitlers an die Sowjetunion! ...<<
Der deutsche Historiker Andreas Hillgruber (1925-1989, seit 1965 Prof. in Marburg, Freiburg und Köln) schrieb später über die sowjetischen Motive des Hitler-Stalin-Paktes (x245/435-436): >>... "Sollte ... (ein solcher) Krieg beginnen" – so hatte Stalin am 19. Januar 1925 auf der Plenartagung des Zentralkomitees der kommunistischen Partei Rußlands seine Grundthese dargelegt -, "so werden wir nicht untätig zusehen können – wir werden als letzte auftreten, um das entscheidende Gewicht in die Waagschale zu werfen, ein Gewicht, das ausschlaggebend sein dürfte".
Stalins Entscheidung von August 1939 versetzte damit die Sowjetunion in eine so günstige Position, wie sie sie in ihrer ganzen Geschichte seit 1917 noch niemals eingenommen hatte. ...<<
Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete später (im Jahre 1999) über den Hitler-Stalin-Pakt (x887/...): >>**Präventivschlag: Was Stalin vor 60 Jahren wirklich im Schilde führte**
"Ich habe Hitler überlistet"
... Beide Diktatoren schlossen diesen Pakt aus der Perspektive ihrer jeweiligen weitgreifenden politisch-ideologischen Ziele: Hitler mit der Perspektive seines "eigentlichen Krieges" zur Gewinnung deutschen "Lebensraums im Osten", wie er schon in "Mein Kampf" angekündigt hatte. Stalin verstand ihn als Vorbereitung des nächsten Stadiums des "revolutionären Weltprozesses", der 1923 zum vorläufigen Stillstand gekommen sei und dem ein zweiter Weltkrieg der "imperialistischen" Mächte den Weg bereiten sollte.
Mit Recht konnte Stalin am Abend des 23. August, wie Chruschtschow in seinen Memoiren berichtet, im engen Kreis sagen: "Ich habe Hitler überlistet." Seine Meisterleistung bestand darin, Hitler als "Eisbrecher" (Viktor Suworow) des Status quo von 1919 die Eröffnung des Krieges zuzuschieben und der Sowjetunion die schon von Lenin entworfene Rolle des "lachenden Dritten" zuzuweisen. ...<<
Am 25. August 1939 wiederholte Hitler nochmals die bisherigen Forderungen gegenüber Polen.
Die britische Regierung schloßt am 25. August 1939 mit Polen einen 5jährigen militärischen Beistandspakt.
Nach Abschluß des britisch-polnischen Beistandsvertrages zog Hitler den deutschen Angriffsbefehl (26.08.1939) zurück, um weitere deutsch-britische Verhandlungen zu führen (x041/98).

US-Präsident Roosevelt forderte Deutschland und Polen am 25. August 1939 zur Mäßigung auf, um weitere politische Verhandlungen zu ermöglichen.
Der britische Botschafter Henderson versuchte den deutsch-polnischen Krieg ebenfalls zu verhindern und bot vom 28. bis zum 29. August 1939 Vermittlungsgespräche an. Hitler stimmte direkten Verhandlungen zu und bat Henderson, daß am 30. August 1939 ein polnischer Vertreter in Berlin erscheinen sollte (Ultimatum).
Am späten Nachmittag (30. August 1939) stand der Wortlaut des sogenannten 16-Punkte-Planes endlich fest.
Bis Mitternacht (30. August 1939) traf jedoch kein polnischer Unterhändler in Berlin ein.
Am 30. August 1939 erfolgte in Polen die Mobilmachung (x041/98).
Am Mittag des 31. August 1939 erteilte Hitler (oberster Befehlshaber der Wehrmacht) mit der "Weisung Nr. 1" den Angriffsbefehl gegen Polen (x105/245).
Der französische Historiker und Politiker Jacques Benoist-Méchin (1901-1983) berichtete später in seinem Buch "Sommerkrise und Kriegsausbruch 1939. Das Deutsche Reich und die Geheimpolitik der europäischen Großmächte" über den 31. August 1939 (x311/353): >>... Um 21.15 Uhr, bzw. um 21.25 Uhr wurden Sir Nevile Henderson (britischer Botschafter) und Robert Coulondre (französischer Botschafter) in die Reichskanzlei gebeten. Staatssekretär von Weizsäcker übergab ihnen "zu ihrer Information" den Wortlaut der 16 Punkte des deutschen Angebots. Eine Viertelstunde zuvor (um 21 Uhr) hatte der deutsche Rundfunk sie bekanntgegeben ...<<
Der polnische Botschafter in Berlin, Lipski, lehnte am 31. August 1939 Hendersons Vermittlungsversuche ab.
Lipski erklärte (x041/98): >>... nicht daran interessiert zu sein, mit Deutschland auf dieser Basis zu verhandeln. ...<<
Nach dem deutschen Angriff (die deutschen Angreifer trafen auf eine kampfbereite polnische Armee) verkündete der polnische Staatspräsident Moscicki am 1. September 1939 (x064/136-137): >>Bürger!
Diese Nacht hat unser Erbfeind Angriffshandlungen gegen den polnischen Staat begonnen. Ich stelle das vor Gott und der Geschichte fest.<<
Botschafter Henderson überreichte am 3. September 1939, um 9 Uhr, das "letzte britische Ultimatum" (x059/92): >>Wenn nicht bis 11 Uhr vormittags das Feuer gegen Polen eingestellt worden ist, befindet sich England mit Deutschland im Kriegszustand.<<
Als Hitler diese Nachricht erhielt, reagierte er völlig überrascht, denn Außenminister Ribbentrop hatte eine britische Kriegserklärung stets ausgeschlossen (x069/177).
Frankreich und England kamen ihren Beistandsverpflichtungen jedoch trotz Kriegserklärung nicht nach, so daß die polnische Armee kurzfristig vernichtend geschlagen wurde.
Am 17. September 1939 griff die Sowjetunion in den Krieg gegen Polen ein. Nachdem der deutsch-polnische Krieg fast entschieden war, griffen sowjetische Truppen die ostpolnische Grenze an. Um 6.00 Uhr morgens marschierten 2 sowjetische Heeresgruppen (die Ukrainische und die Weißrussische Front) in Ostpolen ein, während sich die deutschen Truppen vereinbarungsgemäß auf die Narew-Weichsel-San-Linie zurückzogen. Stalin ließ diese "Befreiungsmission" angeblich durchführen, um die slawische Bevölkerung in den polnischen Gebieten der Westukraine, Belorußland und in Bessarabien vor der faschistischen Versklavung zu "schützen".
Am 17. September 1939 floh der polnische Staatspräsident Moscicki mit der polnischen Regierung nach Rumänien. Moscicki wurde dort vorübergehend interniert und fand später in London Zuflucht.
Stalin erklärte am 17. September 1939 in Moskau (x064/140): >>... (daß) der polnische Staat und seine Regierung tatsächlich aufgehört haben zu existieren. ...<<

Nach dem deutschen Blitzsieg gegen Polen richtete Hitler am 6. Oktober 1939 Friedensangebote an England und Frankreich (x059/94): >>... Wir verzichten auf alle Gebietsforderungen im Westen, verlangen aber dafür freie Hand im Osten.<<
Am 10. Oktober 1939 wurde Hitlers Friedensangebot vom 6. Oktober 1939 durch Frankreich abgelehnt (x040/16).
Der britische Premierminister Chamberlain lehnte Hitlers Friedensangebot am 12. Oktober 1939 ab (x040/16).
Als die deutschen Truppen am 1. September 1939 angriffen und in Polen einmarschierten, brach vielerorts Unheil und Tod über die Polen-Deutschen herein. Die alteingesessenen Volksdeutschen (polnische Staatsbürger), die trotz der Feindseligkeiten und Schikanen in Posen und Westpreußen geblieben waren, schwebten nach dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges in akuter Lebensgefahr. Nach den erbitterten Nationalitätenkämpfen der zurückliegenden 20 Jahre gab es naturgemäß noch viele "offene Rechnungen".
In den ehemaligen deutschen Provinzen Posen und Westpreußen sowie in Polen begannen sofort planmäßig vorbereitete Verfolgungen der Volksdeutschen, denn die polnischen Propagandamedien hatten schon seit Wochen gegen die Polen-Deutschen gehetzt (x025/44): >>... daß im Kriegsfalle kein einheimischer Feind lebend entrinnen wird ... Bartholomäusnacht ...<<
Am 3. September 1939 eröffneten polnische Milizen und aufgehetzte polnische Zivilisten hauptsächlich im sogenannten "Korridor" bei Bromberg, in der Nähe von Lodz und in Warschau planmäßige Menschenjagden auf volksdeutsche Zivilisten.
Bei den polnischen Gewalttaten bzw. Massenverbrechen gegen die volksdeutschen Zivilisten handelte es sich mehrheitlich um keine spontanen Handlungen, denn man hatte sie nachweislich sorgfältig geplant und vorbereitet. Einige Monate vor dem Kriegsbeginn ließen polnische Behörden z.B. 2 große Konzentrationslager errichten und erfaßten die gesamte deutsche Intelligenz der ehemaligen preußischen Provinzen Posen und Westpreußen in speziellen Fahndungslisten (x025/46).
Der deutsche Angriff war schließlich das Startzeichen für großangelegte Verfolgungen. Während des deutsch-polnischen Krieges herrschten naturgemäß chaotische Zustände, so daß die Massenverbrechen der polnischen Miliz, Polizei und nationalen Jugendeinheiten zunächst im allgemeinen Chaos untergingen.
Das deutsche NS-Propagandaministerium nutzte die polnischen Massaker nach dem deutschen Angriff gewissenlos aus und veröffentlichte später bewußt völlig falsche Zahlen.
Obgleich die "Posener Zentralstelle für die Gräber ermordeter Volksdeutscher" 5.495 deutsche Todesopfer und Vermißte ermittelte, wurde die Zahl der Ermordeten und Vermißten mit mindestens 58.000 festgesetzt. Nach dem Kriegsende wurde in der Posener Zentralstelle ein NS-Telegramm aus Berlin vom Februar 1940 gefunden, wonach man "die Zahl von 58.000 Toten und Vermißten allein als verbindlich anzusehen" habe (x029/37).
Die deutsche Militärverwaltung in Polen wurde bereits am 25. Oktober 1939 aufgehoben und durch die "Zivilverwaltung" der NSDAP sowie durch SS-Sonderorganisationen abgelöst (x064/146). NS-Reichsrechtsführer Hans Frank übernahm in Krakau das Amt des Generalgouverneurs.
Ab Dezember 1939 wurde in Westpolen fast die gesamte polnische Führungsschicht inhaftiert oder z.T. sofort liquidiert. Das brutale Vorgehen der SS- und SD-Sondereinheiten wurde in erster Linie mit den polnischen Ausschreitungen gegen die volksdeutsche Bevölkerung begründet ("Bromberger Blutsonntag").
In den besetzten polnischen Gebieten war die Zivilbevölkerung permanent willkürlichen Umsiedlungen, Zwangsverschleppungen, Massenverhaftungen und brutalen Verhören ausgesetzt. Im gesamten Besatzungsgebiet wurde das kulturelle Leben der polnischen Bevölkerung lahm-

gelegt. Ungezählte polnische Zivilisten mußten unverantwortliche Demütigungen, rücksichtslose Diskriminierungen und schwerste Gewalttaten über sich ergehen lassen.
Die Sowjets führten in den ostpolnischen Gebieten ebenfalls systematische Enteignungen und Massenverhaftungen durch. Der sowjetische NKWD-Geheimdienst begann am 10. Februar 1940 mit der planmäßigen "Säuberung der besetzten ostpolnischen Gebiete".
Nach polnischen Angaben kamen in Ost- und Westpolen insgesamt 22.392 Angehörige der polnischen Intelligenz um. Aufgrund der unterschiedlichen Bevölkerungsanteile in den deutschen und sowjetischen Besatzungsgebieten wurden wahrscheinlich mehr als 50 % aller Mordopfer durch deutsche SS- und SD-Einsatzgruppen umgebracht (x025/172).
In den Jahren 1939-41 verschleppten die Sowjets etwa 1,65-2,5 Millionen "unzuverlässige" Staatsbürger (Polen, Juden, Ukrainer und Weißrussen) aus Ostpolen zur Zwangsarbeit nach Sibirien (x025/172, x061/499, x063/678, x064/142). Weit über 50 % der ostpolnischen Verschleppungsopfer überlebten die Deportationen in die Sowjetunion wahrscheinlich nicht (x025/172-173).
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) schrieb später über die "Sowjetische Befreiungsmission" in Ostpolen (x026/18-19): >>Nachdem Wehrmacht und Rote Armee im September 1939 Polen angegriffen und überrannt hatten, annektierte die Sowjetunion die Gebiete Polens mit ukrainischer bzw. weißrussischer Bevölkerungsmehrheit.
Die anschließende Säuberung vollzog sich nach stalinistischem Muster: Massenerschießung von Mißliebigen und Massendeportation von potentiellen Regimegegnern in den Archipel Gulag.
Verschleppt wurden so gut wie alle Flüchtlinge aus West- und Mittelpolen, Vertreter des öffentlichen Dienstes, alle Gebildeten und Wohlhabenden. Von den 1,65 bis 2,5 Millionen Deportierten waren 52 % Polen, 30 % Juden und 12 % Ukrainer und Weißrussen. Weit über die Hälfte dieser Unglücklichen dürfte umgekommen sein. ... Von den 230.000 polnischen Kriegsgefangenen in der UdSSR dürften insgesamt nur 82.000 überlebt haben. ...<<
Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtete später über die Bevölkerungsverluste nach dem sowjetischen Einmarsch in Ostpolen (x046/158): >>... Von 250.000 polnischen Kriegsgefangenen sind 148.000, von 1,6 bis 1,8 Millionen deportierten polnischen Zivilpersonen 600.000 in der Sowjetunion zugrundegegangen, und von 600.000 in die Sowjetunion deportierten polnischen Juden verschwanden 450.000 spurlos.<<
Der US-Diplomat William C. Bullit (bis 1941 US-Botschafter in Frankreich) erklärte bereits im Februar 1939 (x076/255): >>... Wir werden sicher nicht zu Anfang am Krieg teilnehmen, aber wir werden ihn beenden.<<
US-Strategen der Marine stellten am 8. März 1939 den überarbeiteten geheimen Kriegsplan (Basic War Plan "ORANGE") gegen Japan vor (x172/134-135): >>... Der Krieg mit ORANGE wird ohne vorherige Ankündigung beginnen, ein Angriffskrieg von langer Dauer. ... ORANGE den Willen der VEREINIGTEN STAATEN aufzwingen, durch Zerstörung von ORANGE-Streitkräften und Zerrüttung von ORANGE-Wirtschaftsleben bei gleichzeitigem Schutz AMERIKANISCHER Interessen im In- und Ausland.<<
Für die US-Stützpunkte auf den Bermudas, den Bahamas, in Westindien, Britisch-Guayana sowie auf Neufundland (Nutzungsdauer: 99 Jahre) erwarb England am 2. September 1940 u.a. 50 nordamerikanische Zerstörer, Munition und Waffen (x106/70). Im Verlauf des Zweiten Weltkrieges erhielt Großbritannien US-Kriegsmaterial im Gesamtwert von rund 30,0 Milliarden Dollar.
Franklin D. Roosevelt wurde am 5. November 1940 zum dritten Mal zum Präsidenten der USA gewählt.
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über den Wahlkampf Roosevelts (x068/235): >>Für die Erhaltung des Friedens hat Roosevelt

nichts getan – wenn auch jeden Wahlkampf mit Friedensparolen geführt, zweimal schon. Und 1940 ebenfalls. In einer Wahlrede versicherte er: "Ich werde es wieder und immer wieder sagen: Eure Jungen werden in keinen fremden Krieg geschickt werden!"
Dies erinnert fatal an seinen Vorgänger Wilson im Ersten Weltkrieg, der ebenfalls seinen Wahlkampf durch Friedensbeteuerungen gewann. Und genau wie Wilson suchte auch Roosevelt nur einen Vorwand zur Einmischung.
Wenige wußten dies so gut wie Churchill. Er wäre im Kampf gegen Hitler ohne die Hilfe der USA und der Sowjetunion in Kürze sang- und klanglos erledigt gewesen. Man darf ihm glauben, wenn er nach Roosevelts Wiederwahl am 6. November 1940 schreibt, "daß ich für ihren Erfolg gebetet habe und dankbar dafür bin" ...<<
Am 8. Dezember 1940 teilte Churchill US-Präsident Roosevelt mit, daß man bald nicht mehr in der Lage wäre, die nordamerikanischen Kriegsmateriallieferungen zu bezahlen (x041/107).
US-Präsident Roosevelt forderte am 29. Dezember 1940 in einer Rede vor dem US-Kongreß (x040/055): >>... daß die USA das "Arsenal der Demokratie" sein müßten ...<<
Am 29. Dezember 1940 beschloß der US-Kongreß die Unterstützung Großbritanniens, so daß Nordamerika offiziell Kriegsmaterial an die Briten liefern durfte ("Cash and Carry-Klausel").
Am 27. März 1941 wurde in Washington für den Fall einer Kriegsbeteiligung der USA die grundlegende strategische nordamerikanisch-britische Konzeption "Germany first" - danach Japan - festgelegt (x041/109).
In Moskau verhandelte Stalin am 30. Juli 1941 mit dem US-Sonderbeauftragten Hopkins über Kriegsmateriallieferungen für die Sowjetunion. Schon 7 Tage später trafen die ersten US-Panzer, Geschütze und anderes Kriegsmaterial in der UdSSR ein. Im Juli 1941 erhielt die UdSSR bereits Hilfsgüter im Wert von 6,5 Millionen US-Dollar (x106/113).
Am 7. Dezember 1941 flog die japanische Luftwaffe zwei Überraschungsangriffe gegen den US-Pazifik-Flottenstützpunkt Pearl Harbor. Mit diesem überraschenden Angriff eröffnete Japan den Krieg gegen die Vereinigten Staaten von Nordamerika.
Hitler, der sich trotz der nordamerikanischen Neutralitätsverletzungen lange bemühte, den Nordamerikanern keinen Kriegsvorwand zu geben, eröffnete am 11. Dezember 1941 mit seiner Kriegserklärung an die USA völlig überraschend den Zweiten Weltkrieg, um Japan für den deutsch-sowjetischen Ostkrieg zu gewinnen.
Für das Deutsche Reich bestand damals eigentlich keine vertragliche Verpflichtung, Japan zu unterstützen, denn das deutsch-japanische Beistandsabkommen (über eine gemeinsame Kriegsführung) sollte nur gelten, falls man Japan angreifen würde. Das Deutsche Reich mußte danach, wie im Ersten Weltkrieg, den gefürchteten Zweifrontenkrieg führen. Während es den westlichen Alliierten und der UdSSR gelang, die militärischen Operationen und strategischen Ziele abzustimmen, operierten das Deutsche Reich, Italien und Japan grundsätzlich weiterhin bis zum bitteren Ende auf eigene Faust.
Churchill meinte am 11. Dezember 1941 nach Hitlers Kriegserklärung (x025/126): >>... (Er wolle den Deutschen) eine Lektion erteilen, die auch in 1.000 Jahren nicht vergessen sein wird ...<<
US-Präsident Roosevelt, der bereits frühzeitig eine aktive Kriegsteilnahme in Asien und Europa angestrebt hatte, begrüßte am 11. Dezember 1941 Hitlers verhängnisvollen Fehler, denn wegen der großen deutsch-stämmigen US-Minderheit, war ein nordamerikanischer Kriegseintritt gegen die Deutschen damals noch äußerst schwierig.
Der deutsche Journalist und Autor Gabor Steingart schrieb später über den nordamerikanischen Kriegseintritt im Dezember 1941 (x281/75-79): >>... Der Zweite Weltkrieg kam für die USA wie gerufen. Der neue Unfrieden auf dem alten Kontinent war das Beste, was der Weltmacht im Werden passieren konnte. ... Der ökonomische und politische Nutzen dieses Krieges lag fast ausschließlich bei den Amerikanern. ...

Der Dämmerzustand der Großen Depression wurde beendet, die Wirtschaft wuchs vor dem eigentlichen Waffengang in atemberaubendem Tempo. Der heranwehende Pulverdampf stimulierte sie. Die Selbstzweifel, die Börsenkrach und Massenarbeitslosigkeit Ende der 20er und zu Beginn der 30er Jahre ausgelöst hatten, waren auf einmal wie weggeblasen. Der Krieg in Europa löste eine Initialzündung aus, die schließlich zur kraftvollsten Aufwärtsbewegung in der amerikanischen Geschichte führte. ...

Nie zuvor in der Geschichte der Menschheit stürzte sich die Staatsführung eines demokratischen Landes derart hemmungslos in die Verschuldung. Die Regierung Roosevelt hatte in den Jahren 1940 bis 1945 doppelt so viel Geld ausgegeben wie ihre Vorgänger in den 150 Jahren davor.

Aber wie paßt das zusammen, dort die mit großer Entschlossenheit betriebene Mobilmachung und auf der anderen Seite das Zögern vor dem Kriegseintritt? ...

Die Amerikaner zögerten; Monat um Monat, Jahr für Jahr, was ihrer späteren Weltmachtstellung gut bekam. Die Raffinesse der damaligen Politik lag in ihrer Widersprüchlichkeit. Die Regierung rüstete kraftvoll auf, aber sie schlug nicht gleich los. Die USA schliefen nicht, sie schauten auch nicht weg, sie lauerten wie eine Katze auf den richtigen Zeitpunkt zum Absprung. ...

Churchill brandmarkte den Diktator in Berlin als "Verkörperung des Hasses", als eine "Mißgeburt aus Neid und Schande", er sah in ihm einen "Brutherd von Seelenkrebs". Die Amerikaner blieben aber ungerührt auf der Zuschauertribüne der Weltgeschichte sitzen. Wie versteinert blickten sie auf das lichterloh brennende London und auf das Treiben der SS-Verbände, die hinter den Kampflinien an der Ausrottung der Zivilvölker arbeiteten. Ein größenwahnsinniger und womöglich vom Zaudern der Vereinigten Staaten ermunterter Hitler erklärte den USA kurz vor Weihnachten im Jahre 1941 den Krieg. Und was tat Amerika? Es blieb weiter in Lauerstellung.

Erst am 8. November des Jahres 1942 landete die Weltmacht in Afrika, um von dort nach Europa überzusetzen. Das lange Warten war moralisch unverzeihlich; es irritiert bis heute. Ökonomisch und militärisch aber legte es den Grundstein für die Weltsupermacht USA, auch wenn das der damaligen Führung des Landes so klar womöglich nicht gewesen ist.

Instinktiv entschieden die Verantwortlichen im Interesse ihres Landes richtig. Eingreifen mußten die Amerikaner, aber je später sie es taten, desto besser war es für sie. Der eigene Aufstieg würde um so strahlender, womöglich gar irreversibel (nicht umkehrbar) sein, wenn die anderen bereits in Schutt und Asche lagen. Das sagte niemand, das vertraute keiner, den wir kennen, seinem Tagebuch an, das war die Logik dieser lähmenden Jahre, in denen Europa in sich zusammensackte. Nicht der Kriegseintritt, der späte Kriegseintritt sicherte den USA die spätere Machtposition.

Ungefähr ein Viertel aller Industrieanlagen in Europa war bei Kriegsende zerstört. In Deutschland funktionierten nur noch 20 Prozent des Schienennetzes. Amerika aber war in Gänze unberührt geblieben. Als Präsident Roosevelt sich schließlich zur Invasion entschied, war Hitler-Deutschland längst unfähig zum transatlantischen Gegenschlag.

Amerika hatte am Ende auch bei den Kriegstoten ungleich weniger Verluste zu melden. ...<<

Die Nordamerikaner und Briten transportierten bis zum Kriegsende 17,5 Millionen Tonnen Kriegsmaterial in die Sowjetunion (1941 = 0,4 Millionen t, 1942 = 2,4 Millionen t, 1943 = 4,8 Millionen t, 1944 = 6,2 Millionen t, 1945 = 3,7 Millionen t). Diese Hilfslieferungen glichen die gewaltigen Materialverluste der Sowjets z.T. vollständig aus und wurden erst mehrere Monate nach dem Kriegsende eingestellt.

Obwohl die UdSSR jahrelang enorme Kriegsmateriallieferungen erhielt, erkannte der sowjetische Diktator diese kriegsentscheidende Hilfe Nordamerikas niemals angemessen an, sondern Stalin forderte weiterhin unaufhörlich die "2. Front" im Westen. Erst nach der Invasion der

Westalliierten entspannte sich das Verhältnis zwischen den ungleichen Verbündeten. Für die gewaltigen US-Hilfslieferungen leisteten die Sowjets später keine nennenswerten Rückzahlungen.
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über die Erfolge der US-Wirtschaft während des Zweiten Weltkrieges (x068/264-265): >>...
Während die europäischen Völker bluteten und Millionen und Abermillionen ihrer Menschen verbluteten, sanierten sich die Vereinigten Staaten von Amerika und mauserten sich zur Weltmacht und schließlich zur führenden Weltmacht.
Während die europäischen Länder viele Außenmärkte infolge des Krieges nicht mehr beliefern konnten, übernahmen diese wieder die USA, stellten sie auch Staaten, die sich mit Deutschland, Italien, Japan im Krieg befanden, Versorgungsgüter zur Verfügung, weiteten sie ihre Absatzmärkte, ihre Rohstoffquellen bis in den letzten Winkel der Welt aus, griffen sie für ihre Kriegsmobilisierung auf Ressourcen in Lateinamerika, Afrika, Indien zurück, das überdies eine große Armee gegen die Japaner in Burma aufstellte.
Die US-Rüstungsindustrie aber erfährt während des Zweiten Weltkrieges einen geradezu alptraumhaften Auftrieb. ...
Nur durch den Krieg kommt die zuvor so gebeutelte US-Wirtschaft wieder in Schwung. Bereits zwischen August 1939 und dem Kriegseintritt der Vereinigten Staaten im Dezember 1941 verdoppelte sich deren Industrieproduktion. Insgesamt stiegen die Importe um 50 %, die Exporte verdreifachten sich, der Aktivsaldo ist 1945 doppelt so hoch wie der von 1920, als man schon durch den Ersten Weltkrieg so immens sich saniert hatte.
Das europäische Fiasko brachte den USA auch jetzt wieder das Heil. "Fünf Jahre Krieg in Europa und Asien waren wirksamer als alle wirtschaftlichen und finanziellen Maßnahmen des New Deal zwischen 1932 und 1939" (Claude Julien). Von 13 Millionen Arbeitslosen 1932 gab es 1938 noch immer 10 Millionen – trotz Roosevelt und "New Deal". Der Krieg aber brachte die Vollbeschäftigung und das volle Geschäft. ...<<
Schlußbemerkungen: Am 1. September 1939 "bedankte" sich Hitler bei den westeuropäischen Siegermächten für die vielen "Geschenke", die sie den demokratischen Regierungen der Weimarer Republik starrsinnig verwehrt" hatten. Nach den großen außenpolitischen Erfolgen überspannte Hitler den Bogen, denn Hitler konnte einfach kein Maß halten, so daß er letzten Endes alle Erfolge leichtfertig zerstörte. Nun begann die NS-Außenpolitik der Völkerrechtsbrüche und der sinnlosen Gewalttaten, die schließlich zur Vernichtung des Ostjudentums und der deutschen Ostsiedlung führen sollte.
Hitler konnte die Welt schließlich nicht etwa in den Krieg reißen, weil die deutsche Wehrmacht und die deutsche Rüstungswirtschaft überlegen waren, sondern hauptsächlich kam es zum Kriegsausbruch, weil der sowjetische Diktator Hitlers Kriegspläne förderte (Hitler-Stalin-Pakt) und die damaligen militärischen, diplomatischen und moralischen Gegengewichte der gegnerischen Westmächte zu schwach waren und größtenteils versagten.
Stalin, der spätestens seit 1937 den Zweiten Weltkrieg für unvermeidlich hielt, versuchte etwa seit diesem Zeitpunkt mit allen indirekten politischen Mitteln, einen kriegerischen Zusammenstoß in Westeuropa zu provozieren oder mindestens zu fördern. Für Stalin zählte grundsätzlich nur der Erfolg. Die Frage der Bündnispartner spielte eine völlig untergeordnete Rolle. Entscheidend war nur, daß die UdSSR auf jeden Fall auf der Seite der Sieger stehen mußte.
Da die sowjetischen Ostgrenzen durch Japan bedroht waren, benötigte Stalin vor allem Zeit. Stalin führte bis zum deutschen Angriff gegen die UdSSR im Jahre 1941 ein geschicktes Doppelspiel und hatte praktisch ständig "2 Eisen im Feuer". Der kaltblütige sowjetische Diktator unterhielt enge Geheimkontakte zu Hitler und verhandelte gleichzeitig unentwegt heimlich mit den westlichen Alliierten.
Stalin ("der lachende Dritte") kündigte am 19. August 1939 an, daß die UdSSR in einem

Krieg zwischen den "Imperialisten" als letzte Macht eingreifen werde x090/279.
Am 23. August 1939 unterzeichnete Reichsaußenminister von Ribbentrop in Moskau den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt. Obwohl die Sowjetunion bereits monatelang Geheimverhandlungen mit den Westmächten geführt hatte, schlossen die vermeintlichen Todfeinde Hitler und Stalin am 23. August 1939 "völlig überraschend" einen deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt ab ("die übrige Welt reagierte damals völlig sprachlos").
Dieser "Hitler-Stalin-Pakt" ermöglichte eigentlich erst den Angriff auf Polen, denn der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt gab Hitler endlich die erforderliche Rückendeckung, um seine Kriegspläne zu verwirklichen.
Stalin wollte den unausweichlichen Kampf erst in der "günstigsten Kriegsphase" gegen ein geschwächtes NS-Regime beginnen. Nach dem Angriff gegen Polen (1.09.1939) war Stalin unaufhörlich bestrebt, den Selbstvernichtungskrieg der kapitalistischen Westmächte zu unterstützen, und wartete gelassen die weitere Entwicklung des Krieges und die "Selbstzerfleischung der kapitalistischen Staaten" ab.
Obwohl Großbritannien und Frankreich aufgrund der geographischen Lage nicht in der Lage waren, Polen wirksam militärisch zu unterstützen, weigerte sich die polnische Regierung starrsinnig, im Streit um Danzig einzulenken.
Nach dem deutschen Blitzsieg gegen Polen richtete Hitler am 6. Oktober 1939 Friedensangebote an England und Frankreich (x059/94): >>... Wir verzichten auf alle Gebietsforderungen im Westen, verlangen aber dafür freie Hand im Osten.<<
Am 10. Oktober 1939 wurde Hitlers Friedensangebot vom 6. Oktober 1939 durch Frankreich abgelehnt (x040/16).
Der britische Premierminister Chamberlain lehnte Hitler Friedensangebot am 12. Oktober 1939 ab (x040/16).
Der deutsche Historiker Alfred Schickel (1933-2015) berichtete später in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 10 – 1989 über Hitlers Friedensangebote vom 6. Oktober 1939 (x853/...): >>... **Friedensinitiativen im Herbst 1939**
Erinnerungen an vergessene zeitgeschichtliche Ereignisse
... Da Berlin ausgewiesenermaßen gegenüber England und Frankreich kein Kriegsziel verfolgte, schien einem Friedensschluß zwischen dem Reich und den beiden Westmächten auch kein Hindernis entgegenzustehen.
- Das sah auch Roosevelts "heimlicher Außenminister", Botschafter William C. Bullitt so, wie er in seinem "persönlichen und vertraulichen" Telegramm an den US-Staatschef vom 8. September 1939 bekannte: "Ich erwarte, daß die Deutschen ihre Zerstörung Polens bald abschließen, um dann Frankreich und England den Frieden anzubieten."
Nur redete der Roosevelt-Vertraute - ganz im Sinne seines Chefs - einem helfenden Eingreifen der USA zugunsten der beiden Westmächte entschieden das Wort. Entsprechend telegraphierte er dem Präsidenten: "Natürlich ist es offensichtlich, daß, falls der Neutralitätsbeschluß (des amerikanischen Kongresses) in seiner gegenwärtigen Form bleibt, Frankreich und England rasch besiegt werden."
Statt mit einem von Berlin initiierten Friedensschluß wollten Bullitt und Roosevelt den Krieg mit einem klaren Sieg der Alliierten beenden. Deswegen bauten sie darauf, daß Paris und London die Berliner Friedensvorschläge ablehnen und weiterkämpfen würden, wie es die Kabinette an der Seine und an der Themse dann auch taten. ...
Im Gegensatz zu Chamberlain und Daladier, welche Deutschland immerhin Bedingungen stellten, lehnte Churchill ein Friedensgespräch mit Hitler rundweg ab, obwohl er im gleichen Gespräch mit Botschafter Kennedy die militärische Lage Englands als nicht gerade rosig schilderte und die Schlagkraft der Deutschen unterstrich. Wenn er trotz der schwierigen Kriegslage für eine Fortsetzung des Kampfes gegen Deutschland eintrat, dann ist dies nur vor

dem Hintergrund seiner heimlichen Kontakte zu Präsident Roosevelt, der ihm moralische und handfeste Unterstützung zusagte, zu verstehen. ...
Am 24. Dezember 1939 rief schließlich Papst Pius XII. zur Einstellung des Krieges auf, da er "auf moralischem, geistigem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiet besonders böse Folgen des Krieges" sehe. Die "für das Schicksal der Völker Verantwortlichen sollten es daher nicht von vornherein ablehnen zu verhandeln, wenn sich Gelegenheit dazu biete".
Pius XII. fand sich mit dieser Empfehlung in Übereinstimmung mit Lloyd George. Er ging aber über dessen Ratschlag noch hinaus, indem er auch "Richtlinien für einen gerechten internationalen Frieden" gab. Sie enthielten die folgenden Punkte:
Sicherung des Rechtes auf eigenes Staatsleben und auf Unabhängigkeit für alle Nationen; Befreiung der Völker von der Sklaverei des Rüstungswettlaufes; Reorganisation des zwischenstaatlichen Lebens unter Berücksichtigung aller Fehler der Vergangenheit; Berücksichtigung der berechtigten Bedürfnisse und Forderungen der Nationen und Völker sowie der völkischen Minderheiten und "vollbewußtes Verantwortungsgefühl der Leiter der Völker".
- Geradezu klassisch objektiv faßte der Papst die Vorschläge und Möglichkeiten zusammen, die sich im Herbst 1939 für einen Friedensschluß geboten hatten. Er unterstützte die öffentlich gewordenen (deutschen) Friedensanregungen vom Oktober und geißelte zugleich die Verantwortlichen für den "vorbereiteten Angriff auf ein fleißiges und friedliches Volk".
Es mußten sich also die Politiker an der Spree ebenso betroffen und angesprochen fühlen wie die Staatsführungen in London und in Paris. Hätten sie sich darüber hinaus auch zur Tat entschlossen und die päpstlichen Empfehlungen gar zur Richtschnur ihrer Handlungen gemacht, wäre der Menschheit der Zweite Weltkrieg erspart geblieben und hätten über 50 Millionen Menschen ihr Leben nicht verloren.<<

Der Ostkrieg (1941)

> Denn der Verwüster wird über alle Städte kommen, daß nicht eine Stadt entrinnen wird. Es sollen die Täler verwüstet und die Ebenen verheert werden ...
> *Jeremia 48, 8*

Kriegsvorbereitungen für den deutsch-sowjetischen Ostkrieg
Der sowjetische Außenkommissar Molotow verhandelte vom 12. bis zum 13. November 1940 mit Hitler in Berlin über den sowjetischen Beitritt zum "Dreimächtepakt". Molotow forderte z.B. die Aufhebung der deutschen Garantien für Rumänien (x041/107).
Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtete später über die Molotow-Mission im Jahre 1940 (x046/28-29): >>... Als sich die Kriegslage für Deutschland und seinen 'Achsenpartner' Italien immer mehr komplizierte, ließ Stalin durch Molotow in Berlin am 12./13. November 1940 jene Forderungen überbringen, die auf eine Ausdehnung der sowjetischen 'Interessensphäre' auf Bulgarien, Rumänien, Ungarn, Jugoslawien und Griechenland, also auf gesamt Südosteuropa, und im Norden auf Finnland hinausliefen, mit dem doch erst im März des Jahres feierlich ein Friedensvertrag geschlossen worden war. Selbst eine sogenannte 'schwedische Frage' wurde zur Sprache gebracht.
Die Sowjetunion beanspruchte mit anderen Worten jetzt eine beherrschende Stellung in ganz Osteuropa und im Ostseeraum, verlangte überdies die Errichtung von Stützpunkten an den Schwarzmeerausgängen und eine beliebige Passage durch die Ostseeausgänge (Großer Belt, Kleiner Belt, Sund, Kattegat, Skagerrak), so daß das im Existenzkampf befindliche Reich gleichsam von Norden und Süden her umklammert werden mußte.
Diese in einer sich versteifenden Kriegslage überbrachten Insinuationen waren so herausfordernd, daß sie Deutschland praktisch nur noch die Wahl ließen, sich zu unterwerfen oder zu

kämpfen. Es handelte sich um eine vorsätzlich berechnete Provokation, bei der vor allem das psychologische Motiv von Interesse ist, weil es erkennen läßt, wie sicher und überlegen sich Stalin zu diesem Zeitpunkt schon gefühlt haben muß.
Wenn er sich nämlich, wie dies die deutsche Botschaft in Moskau verschiedentlich verlauten ließ, tatsächlich vor Hitler gefürchtet haben sollte, dann würde er ihn wohl kaum in einer Art und Weise provoziert haben, die nach dem Urteil von Ernst Topitsch einer 'Sommation' gleichkam, einer kaum noch verhüllten Aufforderung zur Unterwerfung. Molotow hat in den Tagen seiner Berliner Mission in einem ständigen, intensiven, telegraphischen Austausch mit Stalin gestanden, woraus zweifelsfrei hervorgeht, daß er auf unmittelbare Weisung Stalins hin gehandelt haben muß.
Daß mit der Molotow-Mission in der Tat eine Herausforderung verbunden war, geht auch aus den Aufzeichnungen hervor, die Wanda Wasilewska, einstmals Vorsitzende des Verbandes Polnischer Patrioten (Kommunisten) in der Sowjetunion, noch vor ihrem Tode 1964 ausdrücklich festgehalten wissen wollte. "Ich erinnere mich", so die Wasilewska, die sich der besonderen Gunst Stalins erfreut hatte, "daß wir Kommunisten unabhängig von der offiziellen Stellung der Sowjetregierung der Meinung waren, daß dies (die freundliche Haltung Deutschland gegenüber) lediglich eine Taktik der Sowjetregierung ist, daß aber in Wirklichkeit die Dinge völlig anders aussehen.
Man darf ja nicht vergessen, daß für jeden von uns es schon damals klar war, daß ein deutsch sowjetischer Krieg kommen muß... Unabhängig von den offiziellen Äußerungen glaubten wir, daß der Krieg kommen wird, und wir warteten von Tag zu Tag auf ihn. Im Frühjahr 1940 war ich zum erstenmal in Moskau bei Stalin und schon damals (als ganze sechs deutsche Divisionen an der Ostgrenze standen) hat mir Stalin gesagt, daß der Krieg mit den Deutschen früher oder später kommen werde. Also hatte ich schon damals die Versicherung der höchsten Autorität und die Bestätigung, daß wir recht hatten, wenn wir auf den Krieg warteten."
Aufschlußreich ist, was Wanda Wasilewska in den Tagen der Molotow Mission Ende 1940 über eine Unterredung mit dem 1. Sekretär der KP Weißrußlands, Ponomarenko, dem späteren Chef des Zentralen Stabes der Partisanenbewegung, berichtet, dessen Worte sie folgendermaßen wiedergibt: "Molotow war in Berlin. Er ist gerade zurückgekommen. Es wird Krieg geben. Sicherlich wird es dazu im Frühjahr 1941 kommen, aber wir müssen uns schon jetzt vorbereiten."<<
Stalin wurde am 1. Juli 1940 durch den britischen Botschafter Stafford Cripps aufgefordert, gegen die Deutschen in den Krieg einzutreten (x041/105). Stalin lehnte Churchills Forderungen jedoch kommentarlos ab. Für Stalin war die Kriegsteilnahme in jenen Tagen kein Thema, denn Stalin benötigte unbedingt einen deutschen Angriff gegen die Sowjetunion, um die geplante Expansion nach Westeuropa zu begründen und zu verwirklichen.
Kletts Geschichtliches Unterrichtswerk Band IV berichtete später über das ausgeprägte Mißtrauen zwischen Stalin und Hitler (x069/183-184): >>... Da die Finnen unerwartet harten Widerstand leisten und die Westmächte sich schließlich zu ihren Gunsten einzumischen drohen, schließt Stalin mit Finnland einen verhältnismäßig glimpflichen Frieden.
Während des Frankreichfeldzuges zwingt Stalin die baltischen Staaten, russische Truppen aufzunehmen. Bald danach beantragen sie "freiwillig" ihre Eingliederung in die Sowjetunion. Am Ende des Frankreichfeldzuges muß Rumänien Bessarabien abtreten. Stalin fordert auch die Nordbukowina und geht damit über die Grenze hinaus, die Hitler ihm zugestehen wollte. Er läßt außerdem in den neugewonnenen Gebieten auffällig viele Truppen aufmarschieren. Er traut seinem Vertragspartner nicht.
Möglicherweise wartet er auch - eingedenk eines Planes von Lenin - auf den Augenblick, wo die "kapitalistischen" Staaten sich gegenseitig so erschöpft haben, daß die Rote Armee ihren Siegeszug bis an den Atlantik antreten kann. Noch ist allerdings dieser Augenblick noch nicht

gekommen, und es erscheint nicht ratsam, die von den bisherigen Kämpfen kaum geschwächte deutsche Wehrmacht anzugreifen.
Hitler jedenfalls empfindet die Sowjetunion als eine Bedrohung in seinem Rücken. Bald nach dem Frankreichfeldzug äußert er zu einem seiner Generale: "Es ist kein Zweifel mehr, England hofft auf diesen Festlanddegen, sonst hätte es nach Dünkirchen den Kampf eingestellt. Unter der Hand oder unter der Decke sind sicher schon Vereinbarungen getroffen. Eines Tages werden wir eiskalt erpreßt oder angegriffen."<<
Am 25. November 1940 scheiterten die deutsch-sowjetischen Verhandlungen über den Dreimächtepakt-Beitritt der UdSSR und die Aufteilung der zukünftigen Weltherrschaft.
Da sich Hitler und Stalin nicht einigen konnten, wurden die Gespräche nicht mehr fortgesetzt. Die sowjetische Expansionspolitik in Rumänien und Bulgarien (Beherrschung der Erdölfelder und Zugang zum Mittelmeer) verstärkten anschließend die deutsch-sowjetischen Spannungen. Hitler geriet gegenüber der Sowjetunion allmählich in Zugzwang (x090/283).
Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtete später über Stalins Kriegspläne (x046/32-33): >>… Auf der materiellen Grundlage einer gigantischen und sich immer schneller entwickelnden Kriegsrüstung hatte die Rote Armee eine einseitig auf den Angriffsgedanken zugeschnittene abenteuerliche Kriegstheorie hervorgebracht. Charakteristisch für diese Lehre vom Kriege war die Aufhebung des Begriffs eines 'Angriffskrieges' wie auch des eines 'ungerechten' Krieges, sofern nur die Sowjetunion als Kriegspartei auftrat. Schon Lenin hatte verkündet, es komme nicht darauf an, wer als erster angreife, sondern auf die Ursachen eines Krieges, auf seine Ziele und auf die Klassen, die ihn führten.
Für Lenin und Stalin war ein jeder Angriffskrieg der Sowjetunion gegen jedes beliebige Land von vornherein immer ein reiner Verteidigungskrieg – und damit in jedem Fall ein gerechter und moralischer Krieg, wodurch auch der Unterschied zwischen einem Präventiv- und einem Gegenschlag entfiel.
Die sowjetische Kriegstheorie ging im übrigen von der Voraussetzung aus, daß Kriege heute nicht mehr erklärt werden, da jeder Angreifer das natürliche Bestreben habe, sich den Vorteil des Überraschungsmomentes zu sichern. "Überraschung wirkt lähmend", heißt es schon in der Felddienstordnung von 1939, "daher müssen alle Kampfhandlungen unter größter Tarnung und mit größter Schnelligkeit durchgeführt werden."
Überfallartig, ohne regelrechte Kriegserklärung, waren auch die sowjetischen Angriffe auf Polen und Finnland 1939 begonnen worden. Die Kampfhandlungen sollten durch eine überfallartige Kriegseröffnung sofort in das Land des Gegners getragen und von Beginn der Feindseligkeiten an sollte das Gesetz des Handelns gewonnen werden. ...
Im Hinblick auf die Angriffsvorbereitungen im Frühjahr 1941 lassen sich die Grundsätze der sowjetischen Kriegslehre thesenartig wie folgt zusammenfassen:
1. Die RKKA (Rote Arbeiter- und Bauernarmee) ist eine 'offensive Armee', die 'offensivste aller Armeen'.
2. Der Krieg wird immer auf feindlichem Territorium geführt und unter geringen eigenen Opfern mit der vollständigen Zerschmetterung des Gegners enden.
3. Das Proletariat im Lande des Gegners ist ein potentieller Verbündeter der Sowjetmacht und wird durch Aufstände im Rücken des feindlichen Heeres den Kampf der Roten Armee unterstützen.
4. Kriegsvorbereitungen sind Angriffsvorbereitungen, Verteidigungsvorkehrungen dienen einzig der Durchführung der Angriffsunternehmen in den Nebenrichtungen.
5. Die Möglichkeit des Eindringens feindlicher Streitkräfte in das Territorium der UdSSR ist ausgeschlossen.
Es wird zu zeigen sein, daß alle sowjetischen Maßnahmen sich an diesen Grundsätzen orientierten. Das Dogma von der Unbesiegbarkeit der Roten Armee hatte 1941 im übrigen die Be-

deutung eines Gesetzes und unterlag keiner theoretischen Erörterung.
Abweichungen von der offiziellen Lehre galten als Opposition gegen die Generallinie der Partei und damit Stalins und waren für den Betreffenden nahezu mit unfehlbarer Sicherheit von tödlicher Konsequenz.
In welcher Weise den Angehörigen der Roten Armee und Seekriegsflotte das Gefühl einer Unüberwindlichkeit der Streitkräfte der Sowjetunion eingeimpft worden war, darüber erhielten die Deutschen nach Kriegsbeginn vielfachen Aufschluß. So berichtete der sowjetische Oberstleutnant des Generalstabes Andrusat, (39. Schützenkorps), der Gelegenheit gehabt hatte, auf die deutsche Seite überzuwechseln, schon am 25. April 1941 von einer massiven Propagandaeinwirkung, die tiefe Spuren in der Truppe hinterlasse:
"Die Politkommissare betonen ununterbrochen, daß der Krieg auf fremdem Gebiet stattfinden wird, nie auf eigenem. ... Die Sowjetunion wird immer siegen, da sie im Innern bei jedem Gegner unzählige Bundesgenossen hat. ... Aufgrund der Vorträge der Politkommissare hält die Rote Armee sich für die beste der Welt. Sie könne daher von niemandem geschlagen werden. Es herrscht eine ungeheuere Selbstüberschätzung."
Immer wieder äußerten sich sowjetische Offiziere auch nach Kriegsbeginn in derselben Weise. Major Filippov (29. Schützenkorps) etwa berichtete am 26. Juni 1941 von der in der Truppe "vorherrschenden Meinung, daß die Rote Armee nicht zu schlagen sei". Dies entsprach dem, was Oberst Ljubimow und Major Michajlov (beide 49. Panzerdivision) am 4. August 1941 zum Ausdruck brachten, als sie von der "in vollem Umfange vorhandenen Überzeugung" sprachen, "daß die Rote Armee auf das Allerbeste ausgerüstet und ausgebildet und dadurch unbesiegbar sei".
Auch Major Ornugkov (11.Panzerdivision) war "fest davon überzeugt, daß die russische Armee nicht zu schlagen sei". Er erklärte am 6. August 1941: "Nach der für die Rote Armee entwickelten Propaganda konnte das russische Volk auch das größte Vertrauen zu seiner Wehrmacht haben. Militärzeitschriften, Presse, Kino und Rundfunk betonen immer wieder den gewaltigen Ausbau der Panzer und Luftwaffe." …<<
Hitler unterzeichnete schließlich am 18. Dezember 1940 die Weisung Nr. 21 "Fall Barbarossa" (x106/79): >>... Die deutsche Wehrmacht muß darauf vorbereitet sein, auch vor der Beendigung des Krieges gegen England, Sowjetrußland in einem schnellen Feldzug niederzuwerfen. Das Heer wird hierfür alle verfügbaren Verbände einzusetzen haben mit der Einschränkung, daß die besetzten Gebiete gegen Überraschungen gesichert sein müssen. ...
Der Schwerpunkt des Einsatzes der Kriegsmarine bleibt auch während eines Ostfeldzuges eindeutig gegen England gerichtet.
Den Aufmarsch gegen Sowjetrußland werde ich gegebenenfalls 8 Wochen vor dem beabsichtigten Operationsbeginn befehlen. Vorbereitungen, die eine längere Anlaufzeit benötigen, sind, soweit noch nicht geschehen, schon jetzt in Angriff zu nehmen und bis zum 15.4.41 abzuschließen. ...
Die im westlichen Rußland stehende Masse des russischen Heeres soll in kühnen Operationen unter weitem Vortreiben von Panzerkeilen vernichtet, der Abzug kampfkräftiger Teile in die Weite des russischen Raumes verhindert werden.
In rascher Verfolgung ist dann eine Linie zu erreichen, aus der die russische Luftwaffe, reichsdeutsches Gebiet nicht mehr angreifen kann. Das Endziel der Operation ist die Abschirmung gegen das asiatische Rußland auf der allgemeinen Linie Wolga - Archangelsk. So kann erforderlicherweise das letzte Rußland verbleibende Industriegebiet am Ural durch die Luftwaffe ausgeschaltet werden.<<
Stalin informierte die Armeeführer der Roten Armee Ende Dezember 1940, daß mit einem baldigen Angriff der deutschen Wehrmacht gegen die Sowjetunion zu rechnen sei (x264/28).
Da der Balkanfeldzug erst am 30. April 1941 nach Besetzung des griechischen Festlandes be-

endet wurde, ging wertvolle Zeit verloren, die später beim deutsch-sowjetischen Ostkrieg fehlte. Diese Verzögerung wirkte sich im Ostkrieg 1941/42 verhängnisvoll aus. In Jugoslawien und Griechenland wurden außerdem jahrelang starke deutsche Truppenverbände gebunden.
Der deutsche Journalist und Geheimagent Richard Sorge (1895-1944, in Japan hingerichtet) informierte die Sowjets bereits Anfang Mai 1941 über die deutschen Angriffsvorbereitungen gegen die Sowjetunion.
Sorge (seit 1919 Mitglied der KPD, ging 1924 nach Moskau und wurde später als sowjetischer "Kundschafter" in China, Japan und in anderen Ländern eingesetzt, wo er wertvolle bzw. kriegsentscheidende Informationen für die Sowjetunion beschaffte) verschätzte sich bei dem voraussichtlichen deutschen Angriffstermin (20. statt 22. Juni 1941) nur um 2 Tage (x030/327).
Stalin verlangte am 5. Mai 1941 die Ausarbeitung einer Weisung über die "Aufgaben der politischen Propaganda in der Roten Armee in der nächsten Zeit" (x046/68-69): >>... Die neuen Bedingungen, unter denen das Land lebt, die jetzige internationale Lage, die voller unerwarteter Möglichkeiten ist, erfordern eine revolutionäre Entschlußkraft und die ständige Bereitschaft, zu einem zerschmetternden Angriff auf den Feind überzugehen. ...
Alle Formen der Propaganda, der Agitation, sind auf ein einziges Ziel zu richten – auf die politische, moralische und kämpferische Vorbereitung des Personalbestandes auf die Führung eines gerechten offensiven und alles zerschmetternden Krieges. ...
Der Personalbestand ist im Geiste des aktiven Hasses auf den Feind zu erziehen und zu dem Streben, den Kampf mit ihm aufzunehmen, zur Bereitschaft, unser Vaterland auf dem Territorium des Feindes zu verteidigen und ihm einen tödlichen Schlag zu versetzen. ...<<
Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtete später über Stalins Kriegspläne (x046/34-43): >>Stalin hielt eine Auseinandersetzung mit Deutschland seit Frühjahr 1940 für unvermeidlich, und im Bewußtsein der wachsenden Stärke der Roten Armee und der sich verschlechternden Lage des Reiches nahm er die Ausmusterung der Absolventen der Militärakademien am 5. Mai 1941 zum Anlaß, um vor der Führung der Armee und einem breiten militärischen Auditorium zu verkünden, daß angesichts der inzwischen erreichten Überlegenheit der Sowjetarmee nunmehr der Zeitpunkt gekommen sei, um, so wörtlich "von der Verteidigung zur Kriegspolitik von Angriffsoperationen überzugehen".
Welche Bedeutung diese Rede Stalins für die von ihm gehegten aggressiven Absichten zukommt, geht allein schon aus der Tatsache hervor, daß seine Worte der Öffentlichkeit entgegen sonstigen Geflogenheiten vorenthalten wurden und der Text seiner Rede in zentralen Parteiarchiven verschwand. Stalinistische Desinformatoren wie der berüchtigte General Golikov und der Journalist Bezymenskij hatten frühzeitig irreführende Versionen in Umlauf gesetzt, die Eingang besonders in der westdeutschen Geschichtsschreibung fanden und hier als Beweis für die angeblich friedfertigen Absichten Stalins herhalten mußten.
Im Zuge der veränderten politischen Zustände in Rußland nach dem Ende der Sowjetunion ließ sich freilich nicht verheimlichen, daß neben der jetzt im sogenannten Präsidentenarchiv verwahrten und weiterhin unzugänglichen Originalfassung der Rede Stalins eine Kurzfassung ... existiert, die dem Suchenden unter gewissen Voraussetzungen zugänglich ist.
… Es blieb dem Bonner Historiker Alexander Fischer vorbehalten, in einem Gedenkartikel der renommierten FRANKFURTER ALLGEMEINEN ZEITUNG, anläßlich der fünfzigsten Wiederkehr des Tages des Angriffs auf die Sowjetunion, die irreführende Version Bezymenskijs als letzte Erkenntnis einer in Bewegung geratenen Geschichtsschreibung in Rußland zu präsentieren. Kriegsgefangene sowjetische Offiziere hatten den Deutschen schon bald nach Kriegsbeginn ziemlich einhellig hierüber Aufschluß gegeben.
… Der erste bekannte Hinweis auf den Inhalt der Stalinrede findet sich in den Akten am 15. Juli 1941, als der Kommandeur der 53. Schützendivision, Oberst Bartenev, berichtete, Stalin

habe auf einem Bankett im Kreml den Toast eines Generalmajors auf die Friedenspolitik sofort zurückgewiesen und erwidert: "Nein, Kriegspolitik!" Sechs junge Offiziere verschiedener Divisionen sagten am 20. Juli 1941 übereinstimmend aus: "Bei der Entlassung der Generalstabsoffiziere aus der Kriegsschule im Mai dieses Jahres sagte Stalin u.a.: 'Ob Deutschland will oder nicht, der Krieg mit Deutschland kommt'." …
Der allgemein wohlunterrichtete Oberbefehlshaber der 32. Armee gab die "kurz vor Beginn des Krieges, gelegentlich eines Empfanges der Absolventen der Kriegsakademie" von Stalin gehaltene Rede im Oktober 1941 in der Weise wieder, daß dieser die große technische Überlegenheit der Roten Armee über die "sogenannt unbesiegbare deutsche Wehrmacht" hervorgehoben und erklärt habe, "es sei eine falsche Ansicht, die deutsche Armee für unbesiegbar zu halten. Indirekt ging aus Stalins Worten hervor, daß ein Angriff auf Deutschland geplant war".
Sehr genau erinnerte sich zudem einer der Absolventen, Oberleutnant Kurilskij, noch am 24. März 1942 der am 5.5. 18.00 Uhr im Sitzungssaal des Obersten Sowjet im Kreml, Moskau, vor den Absolventen der Kriegsakademien gehaltenen Stalinrede.
Demnach habe Stalin gesagt: "Die deutsche Wehrmacht ist nicht unbesiegbar. Sowjet-Rußland hat bessere Panzer, Flugzeuge und Artillerie als Deutschland und in größerer Zahl. Darum werden wir früher oder später gegen die deutsche Wehrmacht kämpfen."…
Die Kernpunkte der Stalinrede vom 5. Mai 1941 finden eine Bestätigung auch in Unterredungen, die Botschaftsrat Gustav Hilger am 18. Januar 1943 mit dem Oberbefehlshaber der 3. Gardearmee, Generalmajor Krupennikov, und am 22. Juli 1943 mit dem Artilleriekommandeur der 30. Armee, Generalleutnant Masanov, führte. Krupennik, der ebenso wie Masanov an der Veranstaltung im Kreml selbst nicht teilgenommen hatte, meinte zwar, "daß Stalin zu vorsichtig sei, um seine Pläne so offen zu verraten", erklärte aber mit Bestimmtheit, "daß Stalin sich auf einen Krieg mit Deutschland seit Jahren systematisch vorbereitet habe und ihn unter einem geeigneten Vorwand spätestens im Frühjahr 1942 entfacht hätte. ...
Das Endziel Stalins sei die Erringung der Weltherrschaft mit Hilfe der alten bolschewistischen Schlagworte von der Befreiung der Werktätigen".
Masanov dagegen zeigte sich, wie Hilger schreibt, "über die Rede Stalins auf dem Bankett im Kreml am 5.5.1941 genau unterrichtet. Obwohl er selbst bei der Veranstaltung nicht anwesend war, zitierte er den Ausspruch Stalins über die Notwendigkeit, sich auf einen Angriffskrieg vorzubereiten, fast wörtlich und brachte anschließend die eigene Überzeugung zum Ausdruck, daß Stalin den Krieg gegen Deutschland im Herbst 1941 entfacht hätte".
Die Deutschen waren also recht bald im Bilde. Und bereits am 18. Oktober 1941 richtete der Chef der Abteilung Fremde Heere Ost im Generalstab des Heeres, Oberst i.G. Gehlen, an den Vertreter des Auswärtigen Amtes beim Oberkommando des Heeres, Rittmeister d.R. von Etzdorf, ein Schreiben, dem er die "voneinander unabhängig verfaßten Berichte" dreier kriegsgefangener sowjetischer Offiziere beifügte, die "übereinstimmend" zum Ausdruck brachten, daß Stalin am 5. Mai 1941 auf einem Bankett im Kreml "Kriegsdrohungen gegen Deutschland ausgestoßen" hatte. Gehlen faßte den Inhalt dieser Berichte in folgender Weise zusammen:
1.) Aufruf, sich zum Krieg gegen Deutschland bereitzuhalten.
2.) Ausführungen über Kriegsvorbereitungen der Roten Armee.
3.) Die Ära der Friedenspolitik der Sowjetunion ist vorüber. Ausdehnung der Sowjetunion mit Waffengewalt nach Westen ist nunmehr notwendig. Es lebe die aktive Angriffspolitik des Sowjetstaates!
4.) Der Kriegsbeginn steht in nicht allzu ferner Zeit bevor.
5.) Ausführungen über die großen Siegesaussichten der Sowjetunion im Krieg gegen Deutschland."
Gehlen fügte hinzu: "Einer der drei Berichte enthielt die bemerkenswerte Äußerung, daß der mit Deutschland bestehende Friedensvertrag 'nur eine Täuschung und ein Vorhang sei, hinter

dem man offen arbeiten könne'."
Oberst i.G. Gehlen nahm Bezug auf Äußerungen gefangengenommener Sowjetoffiziere in einer anderen Quelle, nach denen Stalin im Mai 1941 Pläne gegen Deutschland geschmiedet und einem Kreise von Offizieren gegenüber geäußert habe, jetzt oder nie sei die Gelegenheit, den Kapitalismus zu liquidieren, der Hauptgegner in diesem Kampf werde Deutschland sein.
Der alarmierende Inhalt der Stalinrede ist durch Veröffentlichungen des Botschaftsrates Hilger und des britischen Korrespondenten in Moskau Alexander Werth in den Jahren nach dem Kriege aber längst auch einem breiteren Publikum bekanntgeworden. …
Hilger hatte drei in Gefangenschaft geratene höhere sowjetische Offiziere, Teilnehmer an der Veranstaltung im Kreml, befragt, die in ihren Schilderungen fast wörtlich übereinstimmten, obwohl sie keine Gelegenheit gehabt hatten, sich miteinander zu verständigen. ...
Nach den Informationen, die Werth nach Kriegsausbruch zugespielt worden waren, habe Stalin erklärt, es sei notwendig, den Krieg mit Deutschland bis zum Herbst hinauszuzögern, weil es für einen deutschen Angriff dann zu spät sei. Der Krieg mit Deutschland werde aber 'fast unvermeidlich' 1942 stattfinden und zwar unter viel günstigeren Bedingungen. Je nach der internationalen Situation werde die Rote Armee "entweder einen deutschen Angriff erwarten, oder sie wird die Initiative zu ergreifen haben".
Ausdrücklich hob Werth hervor, alle seine Informationen hätten "in den Grundzügen und vor allem in einem der wichtigsten Punkte" übereingestimmt, in "Stalins Überzeugung, daß der Krieg fast unvermeidlich 1942 ausgefochten werde, wobei die Russen möglicherweise die Initiative zu ergreifen haben werden". Es wird zu zeigen sein, daß Stalin den Termin des Kriegsbeginnes von 1942 offenkundig auf das Jahr 1941 vorgezogen hatte.
Schließlich hat auch der Stalinbiograph, Generaloberst Professor Volkogonov, die Rede Stalins, die in 'Kriegsdrohungen gegen Deutschland' gipfelte, in treffenden Worten wiedergegeben. Nach Volkogonov war Stalin "aufrichtig wie sonst selten und sprach über vieles, was ein Staatsgeheimnis darstellte". Es war jedoch weniger Aufrichtigkeit als vielmehr der Alkohol, der seine Zunge gelöst hatte, nach dem russischen Sprichwort: 'Was einer betrunken auf der Zunge hat, das hat er nüchtern im Kopf.'
Denn wie Augenzeugen berichten, war er 'in vorgerückter Stunde' bereits stark alkoholisiert. Volkogonov faßte die Rede vom 5. Mai 1941 folgendermaßen zusammen: "Der Vozd' (Führer) machte unmißverständlich klar: Der Krieg ist in Zukunft unausweichlich. Man muß bereit sein zur bedingungslosen Zerschlagung des deutschen Faschismus". "Der Krieg wird auf dem Territorium des Gegners geführt und der Sieg mit geringen Opfern errungen werden."
Die Rede vom 5. Mai 1941, in der Stalin seine Angriffsabsichten offenbarte, bedeutete aber nur die Fortsetzung einer Rede des 'Genossen Stalin' vom 13. Januar 1941 vor höheren Truppenkommandeuren und einer weiteren Rede vom 8. Januar 1941 vor höheren Luftwaffenoffizieren, beide gehalten im Zentralkomitee, die schon ganz ähnliche Gedanken verraten hatten. Dem erbeuteten Tagebuch des bei Lochvica gefallenen Majors des NKVD Murat aus dem Stabe der 21. Armee lassen sich einige Kernpunkte entnehmen.
Demnach hatte Stalin von einem 'kultivierten Gegner', nach dem damaligen Sprachgebrauch der Führung der Roten Armee also von Deutschland, und von 'Angriffsoperationen' gesprochen, die beginnen könnten, wenn man eine zweifache Überlegenheit besitze. "Eine zweifache Überlegenheit ist Gesetz, eine stärkere noch besser", so Stalin am 13. Januar 1941: "Das Spiel nähert sich den kriegerischen Operationen.", "Wenn 5.000 Flugzeuge alles zerstören, dann kann man versuchen, über die Karpathen zu gehen."
Der Balkan stand im Frühjahr 1941 mehrfach im Mittelpunkt der sowjetischen Planungen. Und wie ungefähr man sich ein Vorgehen dachte, enthüllte bald darauf der sowjetische bevollmächtigte Vertreter in Belgrad**.** "Die UdSSR wird erst im entsprechenden Moment reagieren", so heißt es in einem Referat von ihm im Frühjahr 1941:

"Die Mächte verzetteln ihre Kräfte immer mehr. Daher wird die UdSSR unerwartet gegen Deutschland antreten. Hierbei überquert die UdSSR die Karpathen, was als Signal für die Revolution in Ungarn dient. Von Ungarn aus dringen die Sowjettruppen in Jugoslawien ein, stoßen zum Adriatischen Meer vor und schneiden den Balkan und den Nahen Osten von Deutschland ab."
Stalin und die sowjetische Führung hatten in zunehmendem Maße Bericht erhalten über 'den Unwillen des deutschen Volkes, Krieg zu führen' ... "Wenn Deutschland sich in einen Krieg mit der UdSSR stürzt", so angeblich die deutschen Soldaten, "wird es geschlagen werden" ...
Generaloberst Volkogonov nimmt Bezug auf ein in Moskau damals verbreitetes Buch DER ERSTE SCHLAG (Pervyj udar) von Spanov, das die allgemein in der Sowjetunion herrschende Meinung wiedergab, daß nämlich "nach dem vernichtenden Schlag der Roten Armee gegen das faschistische Deutschland dort am zweiten Tag ein Aufstand gegen das Naziregime ausbrechen werde".
Es ist bezeichnend für die sowjetische Theorie, daß ein solcher 'vernichtender Schlag' nicht etwa einen deutschen Angriff voraussetzte, sondern jederzeit nach eigenem Belieben geführt werden konnte.
Das Akademiemitglied Varga, ein besonderer Protegé Stalins, erklärte in einer Rede vor der Militärpolitischen Akademie V. I. LENIN am 17. April 1941, daß, sobald aufgrund des Krieges eine 'revolutionäre Krise' eintrete, die 'bürgerliche Macht' geschwächt sei und das "Proletariat die Macht in seine Hände nimmt", "die Sowjetunion dann verpflichtet ist, und sie wird es tun, der proletarischen Revolution in anderen Ländern zu Hilfe zu kommen".
"Das sowjetische Volk vergißt nicht seine internationalen Verpflichtungen im Hinblick auf das Weltproletariat und alle Werktätigen der kapitalistischen Länder", hatte die SOVETSKAJA UKRAINA schon am 21. Januar 1941 verkündet. Das Streben, das 'Feuer der Weltrevolution' zu entfachen, verband sich hier, wie noch an anderer Stelle deutlich wird, mit dem sowjetischen Eroberungsdrang, der sich in das Propagandagewand eines revolutionären Befreiungskrieges hüllte. ...
Die von Stalin am 13. Januar 1941 geforderte mehrfache Überlegenheit war damit auf dem für Angriffsoperationen ausschlaggebenden Panzersektor eindeutig gegeben. Die Rote Armee verfügte über eine gewaltige Streitmacht gepanzerter Stoßkräfte, die sie zu weiträumigen Angriffsoperationen befähigte. Daß sich später, etwa hinsichtlich der Führung der mechanisierten Korps, Mängel ergaben, war für die vor dem 22. Juni 1941 getroffenen Entscheidungen unerheblich.
Ähnlich lagen die Verhältnisse auf dem Felde der Luftwaffe. "Wir haben", so Stalin, "in genügender Anzahl und produzieren massenweise Flugzeuge, die eine Geschwindigkeit von 600 - 650 Stundenkilometern erreichen. Das sind erstrangige Flugzeuge. Im Kriegsfall werden diese Flugzeuge in erster Linie eingesetzt." ...
Bezymenskij unterschlägt den wichtigsten Abschnitt der Veranstaltung im Kreml, der in der KRATKAJA ZAPIS' überliefert wird und der ein ungewöhnliches Vorkommnis darstellt. Als ein Generalmajor der Panzertruppen zu vorgerückter Stunde auf dem Bankett einen Toast auf die friedliche Stalinsche Außenpolitik ausbrachte, geschah etwas Unerwartetes. Stalin erhob sich zum dritten Mal, um den General seiner gutgemeinten Worte wegen zurechtzuweisen Beweis dafür, daß dieser die entscheidende Frage berührt hatte.
Stalin sagte: "Erlauben Sie mir eine Korrektur anzubringen. Die Friedenspolitik sicherte den Frieden unseres Landes, Friedenspolitik ist eine gute Sache. Wir führten bis jetzt, bis zur Gegenwart, die Linie der Verteidigung - bis jetzt, solange die Armee nicht mit neuzeitlichen Kampfmitteln ausgerüstet war. Aber jetzt, wo wir unsere Armee rekonstruiert haben, ... wo wir stark geworden sind, - jetzt ist es notwendig, von der Verteidigung zum Angriff überzugehen. ...

Es ist notwendig, unsere Erziehung, unsere Propaganda, unsere Presse auf den Angriffsgedanken hin umzustellen. Die Rote Armee ist eine neuzeitliche Armee, und eine neuzeitliche Armee ist eine Angriffsarmee."
Die von den obengenannten Offizieren aller Dienstgrade mitgeteilten Kriegsdrohungen Stalins gegen Deutschland am 5. Mai 1941 finden in der KRATKAJA ZAPIS' also einen unmißverständlichen Ausdruck, ebenso übrigens wie der Wille Stalins zur Durchführung eines Angriffskrieges. …
Wenn die westdeutsche Zeitgeschichtsschreibung immer argumentierte, es sei nirgendwo der politische Angriffswille Stalins nachweisbar, so sei darauf hingewiesen, daß es noch weitere Belege gibt.
Aleksandr Nekric, der in jüngster Zeit die persönlichen Papiere der engsten Vertrauten Stalins, von Kalinin, Zdanov, Scerbakov, Berija und anderer in Moskau studiert hatte, macht uns auf diese Beweise aufmerksam. Demnach hat im Politbüro niemals der geringste Zweifel darüber bestanden, daß die Sowjetunion zu einem geeigneten Zeitpunkt einen Angriffskrieg gegen Deutschland eröffnen werde. Das politische Ziel der Sowjetunion ist in diesen Kreisen in einer Reduzierung der 'kapitalistischen Welt' und in einer Ausdehnung der 'sozialistischen Zone' gesehen worden, die mit der Sowjetunion gleichgesetzt wurde. …<<
Am 6. Mai 1941 löste Generalsekretär Stalin den sowjetischen Politiker Molotow (bisheriger Vorsitzender des Rates der Volkskommissare der UdSSR bzw. Ministerpräsident) ab und wurde damit sowjetischer Regierungschef. Molotow blieb Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten. Danach teilte Stalin den führenden sowjetischen Generälen mit, daß ein Krieg mit Deutschland im Bereich des Möglichen liegen würde (x080/299).
Ab Mai 1941 verlagerte die UdSSR in den folgenden 3 Monaten etwa 1.360 Betriebe aus den kriegsbedrohten Gebieten nach Sibirien und errichtete dort nach dem deutschen Überfall (22.06.1941) weitere 2.250 Betriebe (x074/1.143).
Generalfeldmarschall Keitel (Chef des Oberkommandos der Wehrmacht) warnte am 11. Juni 1941 das NS-Regime vor einem baldigen Angriff der Roten Armee.
Hitler erläuterte damals vor Oberbefehlshabern des deutschen Ostheeres die deutschen Kriegsziele im Osten (x073/185): >>Seit Monaten nun beobachte ich mit großer Sorge, wie Rußland sich anschickt, in die Reihen unserer Gegner zu treten. Ich werde Rußland hinwegfegen und damit dem Bolschewismus den Todesstoß versetzen. ...
Ich kämpfe diesen Kampf nicht für Deutschland allein, nein für ganz Europa ...
Das Schicksal hat uns zu dieser Aufgabe berufen. Und ich als verantwortlicher Führer des deutschen Volkes kann und werde dieser Entscheidung nicht ausweichen. Es gibt keine andere Möglichkeit!
Mit dem gleichen unbezähmbaren Siegeswillen wie in Polen, Frankreich und auf dem Balkan werden Sie mit ihren Armeen den russischen Koloß zerschmettern. Wenn aber die roten Armeen geschlagen sind, dann wird dieser Staat zusammenbrechen und die Welt endgültig von der bolschewistischen Idee geheilt werden!<<
Ein sowjetischer Politfunktionär erklärte am 15. Juni 1941 (x046/73): >>... In der letzten Zeit hat sich Deutschland durch Eroberung von Ländern ausgebreitet und aufgebläht, was nicht zu bedeuten hat, daß es dadurch lebensfähig geworden ist. ...
Der Krieg zieht sich in die Länge und nimmt eine Form an, die Deutschland zu Tode schwächen wird. ...
Deutschland vermag Blitzkriege zu führen, nicht aber einen Dauerkrieg.
England kann es wagen, einen langen Krieg zu führen, einen Krieg der Erschöpfung – um so mehr als dieses von den USA unterstützt wird ...
Selbstverständlich schreitet Deutschland seiner Niederlage entgegen ...
Die Völker der UdSSR sind gegen den imperialistischen Krieg. Wir sind für den revolutionä-

ren Krieg. Zu diesem Krieg der Revolutionen sind die Völker der UdSSR bereit. Sie kämpfen gern und sind gute Kämpfer ...
Wir sind für den gerechten Krieg. Im Interesse der Beschleunigung der Weltrevolution unterstützen wir die Völker, die für ihre Befreiung kämpfen.
Die Rote Armee zieht die Schlüsse:
1. Schärfste Aufmerksamkeit.
2. Ständige Bereitschaft für den Krieg ...
4. Bereitschaft, die kommenden Befehle unserer bolschewistischen Partei und der Sowjetregierung, der unser Genosse Stalin vorsteht, in Ehren auszuführen.
5. Die Rote Armee wird so kämpfen, daß die völlige Vernichtung des Feinds erreicht wird. ...<<
In einem Feldpostbrief eines später gefallenen deutschen Soldaten der Wehrmacht vom 21. Juni 1941 hieß es (x191/92): >>Wir stehen am Vorabend gewaltiger Ereignisse, in die auch ich hineingezogen bin. Keiner von uns weiß, ob er das Kommando überstehen wird. ...
Ich sterbe gerne für mein Volk und für mein deutsches Vaterland, für Euch Lieben daheim, für unsere Kinder und für eine bessere, ehrliche, wahrhaftige Zukunft. So Gott will, wird auch wieder alles gesund in unserem Vaterland, was übertrieben war und ungut. ...<<
Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete später (am 29.07.2000) über Stalins Angriffspläne (x887/...): >>**Neuer Suworow belegt Stalins Angriffspläne bis ins Detail ...**
Suworows Erstling "Der Eisbrecher" hat bis heute 87 Auflagen in 18 Sprachen erlebt, darunter zwei russische Auflagen mit Megazahlen. Vor kurzem erschien Suworows 350-Seiten-Werk "Stalins verhinderter Erstschlag. ...
Der Kommunismus hinterließ nicht nur ein anthropologisch falsches Menschenbild. Zu seinem Erbe zählt auch ein falsches Weltbild, in dem Stalin als der heimtückisch Überfallene glänzt. Historiker im Westen bekämpfen das Trugbild viel zu schwach und zudem mit nicht überzeugenden Argumenten. Joachim Hoffmann und Ernst Nolte hierzulande und der russische Patriot Viktor Suworow bilden rühmliche Ausnahmen. Daraus resultiert ihr Erfolg im gesamteuropäischen Historikerstreit.
Suworow ist unangreifbar, weil er sich auf Dokumente stützt. Im Zentralarchiv des Ministeriums für Verteidigung der Russischen Föderation befindet sich das weltgeschichtlich bedeutsamste Dokument, belegt es doch die gegen Deutschland gerichtete strategische Kriegsvorbereitung Stalins, nur ein knappes Jahr nach der Unterzeichnung des Nichtangriffspaktes. Aus diesem Dokument geht hervor: Stalin plante den Erstschlag, keinen Verteidigungskrieg. Stalin plante den Überfall, nicht die Reaktion auf einen Überfall. Stalin plante den Vormarsch, nicht eine Defensive.
Am 5. Dezember 1940 bespricht Hitler in der Reichskanzlei Details des Operationsplanes Barbarossa, anwesend Oberst Heusinger und Generaloberst Halder. Am 18. Dezember 1940 diktiert Hitler die Weisung Nr. 21, Fall Barbarossa. Stalins Operationsplan aber stammt vom 18. September 1940! Vorgelegt wird ihm die von Timoschenko und Schukow ausgearbeitete strategische "Aufstellung der Streitkräfte der Sowjetunion für die Jahre 1940 und 1941". ...
Die Strategen dieser geplanten Offensive rechnen mit einem Gegner, dessen Verteidigung noch schwach ist (was klarstellt, daß zu diesem Zeitpunkt, September 1940, von Angriffsvorbereitungen auf deutscher Seite überhaupt keine Rede sein konnte - "Barbarossa" war ja noch gar nicht geboren). Im sowjetischen Angriffsplan liest man:
"Der Angriff unserer Kräfte in Richtung Krakau und Breslau, durch den Deutschland von den Balkanländern abgeschnitten werden soll, erlangt eine außerordentlich große Bedeutung. Außerdem werden unsere Kräfte hierbei durch Gebiete des ehemaligen Polen vorstoßen, die noch schwach auf eine Verteidigung vorbereitet sind."
Es folgt eine präzise Dislozierung der sowjetischen Offensivkräfte, gegliedert in Heeresgrup-

pen, Armeen, Korps, Divisionen: eine gigantische Ansammlung von Angriffstruppen, eine zuvor nie gekannte Truppenkonzentration an der sowjetisch-deutschen Grenze einschließlich Ost-Polen und Baltikum. Heute steht eindeutig fest, daß Stalin sich auf seinen Krieg, einen Angriffskrieg, lange vor dem Entschluß Hitlers, einen Präventivschlag gegen die Rote Armee zu führen, vorbereitet hat. ...
"Stalin wußte: In keinem Land der Welt würde eine kommunistische Partei auf legalem Wege an die Macht kommen", schreibt Suworow (S. 89). Er zitiert Stalin: "Die Erfahrungen der letzten zwanzig Jahre zeigen, daß es in Friedenszeiten unmöglich ist, in Europa eine kommunistische Bewegung zu haben, die so stark ist, daß eine bolschewistische Partei die Macht ergreifen kann. Eine Diktatur dieser Partei wird nur durch einen großen Krieg möglich."
Dies habe Stalin am 19. August 1939 in einer Rede gesagt, die bis 1994 streng geheimgehalten wurde. "Er sagte das in dem Moment, als er die Schleusen des Zweiten Weltkrieges öffnete. Stalin wußte, daß die Kommunisten nur durch einen Krieg an die Macht gelangen konnten." ...
Viktor Suworow (Wladimir Bogdanowitsch Resun), geboren 1947, kam schon mit elf Jahren zur Sowjetarmee. Seit 1970 gehörte er zur Nomenklatur des ZK der KPdSU. Ab 1974 arbeitete "Suworow" vier Jahre lang - getarnt als sowjetischer Diplomat - in der Genfer Residentur der Hauptverwaltung Aufklärung des Generalstabs der Sowjetunion (GRU). 1978 bat er um politisches Asyl in Großbritannien. ...<<
Der deutsche Militärhistoriker Franz Uhle-Wettler (1927-2018) berichtete später (im August 2001) in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 7/8 – 2001 (x853/...): >>**Die Ursachen des Rußlandfeldzuges 1941**
Präventivkrieg oder unprovozierter Überfall?
Um übergroße Erwartungen zu dämpfen, sei einleitend begründet, warum die Frage nach den Ursachen des "Rußlandfeldzugs" wohl nahezu unbeantwortbar ist.
Der erste Grund wird deutlich, wenn wir, als Beispiel, nach den Ursachen des Zweiten Punischen Krieges suchen. Die Historiker sind sich noch nach 2.200 Jahren nicht einig, wer den Krieg gewollt hat: Hannibal, Karthago oder Rom. Fragen nach Kriegsursachen scheinen prinzipiell schwer beantwortbar zu sein.
Die zweite Schwierigkeit ergibt sich daraus, daß die Frage nach den Kriegsursachen 1939 und 1941 hochgradig emotionalisiert, moralisiert und politisiert ist. Hierzu brauchen wir nur betrachten, wie die ersten Veröffentlichungen behandelt wurden, die eine alleinige Schuld Deutschlands am Rußlandfeldzug "kritisch hinterfragten", was in anderen Bereichen als fortschrittlich gilt. Diese Schriften erschienen vor oder um 1985. Doch sogleich antwortete DIE ZEIT mit ganzseitigen Artikeln unter der Überschrift "Verteidigungslügen - Warum die Mär vom Präventivkrieg wiederbelebt wird". Das ist exakt der Ton der stalinschen sowie der hitlerschen Inquisition.
Die Wahrheit steht fest und ist mithin offenbar. Wer das Offenbare anzweifelt, kann nicht irren, sondern muß verstockt oder böse sein. Ein Historiker braucht sich mit den a priori verfehlten Argumenten nicht auseinanderzusetzen. Er braucht nur aufzudecken, "warum" der Autor die "Mär" und die "Lügen" wiederbelebt. Und natürlich verfällt der Bösewicht dem Gericht - er war Ketzer, unter Stalin Trotzkist, unter Hitler Volksschädling und heute Revisionist. Ketzer, Trotzkisten und Volksschädlinge bedrohte der physische, Revisionisten bedroht heute der bürgerliche Tod.
Der dritte und wichtigste Grund, warum die Frage nach den Kriegsursachen 1941 nahezu unbeantwortbar ist, ergibt sich aus dem Vergleich der Quellen für Urteile über die Ursachen des Ersten und des Zweiten Weltkrieges.
Zum Ersten Weltkrieg: Schon wenige Jahre nach dem Krieg hatten fast alle Hauptbeteiligten beider Seiten ihre Sicht in Memoiren geschildert. Zudem hatten alle Nationen vielbändige

Aktenpublikationen auf den Weg gebracht. Und schließlich gab es noch lange die Möglichkeit, die Hauptakteure zu befragen. Die Quellenlage war also vorzüglich. Dennoch besteht auch heute keine Einigkeit, wo die Hauptursachen des Krieges lagen und wie sie zwischen den beteiligten Staaten verteilt waren.
Anders die Aktenlage für den deutsch-russischen Krieg. Die deutschen Hauptakteure haben den Krieg nicht überlebt oder sie konnten sich nur im Angesicht des Nürnberger Galgens äußern - kein günstiger Ort für eine gelassene Darstellung. Es bleiben die deutschen Akten. Doch diese sind viele Jahre im Besitz der Sieger gewesen. Die damit verbundene Problematik wird nirgends angesprochen, also ist etwas Ausführlichkeit notwendig.
Nachweisbar ist, daß die Briten ihre eigenen Archive schon bei drittrangigen - drittrangigen! - Fragen gesäubert haben. So wurde nach dem Ersten Weltkrieg entfernt, was die beabsichtigte Hochbewertung des britischen Oberbefehlshabers in Frankreich, des Feldmarschalls Haig, behindert hätte.
Auch die Akten über die Tötung einer deutschen U-Bootbesatzung (Fall Baralong) und über die Erfindung deutscher Kriegsverbrechen in Belgien wurden gesäubert.
Die Aktenmanipulation wurde nach dem Zweiten Weltkrieg fortgesetzt. Wiederum nur als Beispiel: Akten wurden vernichtet, die geklärt hätten, wie es zur Auslieferung der Wlassow-Kosaken, zusätzlich des deutschen Rahmenpersonals und sogar jener uralten Weißrussen gekommen ist, die nie Untertan der Sowjetunion gewesen waren und längst eine andere Staatsangehörigkeit besaßen. Schließlich wurden viele derjenigen Akten vernichtet, die gezeigt hätten, weshalb die englische Regierung die Kontaktversuche des deutschen Widerstandes zurückgewiesen oder unbeantwortet gelassen hat.
Wenn die Briten so bei drittrangigen Fragen mit ihren eigenen Akten umgingen, ist die Frage berechtigt, wie sie mit den erbeuteten deutschen Akten umgingen, insbesondere dort, wo diese Akten erstrangige Fragen betrafen. In der Tat: Akten über die Ermordung deutscher Schiffbrüchiger im Zweiten Weltkrieg sind sogar nach Aussage des britischen Außenministeriums vernichtet worden. Die deutschen Dokumente über Kontaktversuche zu den Alliierten im Winter 1939/40 … gingen verloren, als sie nach dem Krieg in alliierter Hand waren. Allerdings "gingen" sie nicht verloren, weil sie keine Beine hatten. Jemand muß am Werk gewesen sein.
Noch wichtiger: Schon beim Nürnberger Prozeß soll die Anklage deutsche Dokumente vorgelegt haben, die nicht einmal die dortigen "Richter" als Beweisstück akzeptiert haben. Bei den Nürnberger Folgeprozessen wurde Generalarzt Professor Dr. Rose aufgrund gefälschter Dokumente verurteilt.
Weiterhin haben die Sieger bei Kriegsverbrecherprozessen deutsche Dokumente in höchst bemerkenswerter Weise selektiv verwendet und später nur selektiv zurückgegeben. Sogar das Militärgeschichtliche Forschungsamt der Bundeswehr - oft wegen politischer Korrektheit kritisiert - wirft dem Münchener Institut für Zeitgeschichte vor, eine von den Alliierten gefälschte Ansprache des Chefs des Generalstabes, Generaloberst Halder, als echt zu deklarieren.
Das berühmt-berüchtigte "Hoßbach-Protokoll" ist als das "most famous" und zugleich umstrittenste Dokument der NS-Zeit bezeichnet worden, weil Überlieferung und Zustand rätselhaft sind; Manipulation ist mindestens möglich.
Schließlich ist anzumerken, daß möglicherweise auch die französischen und die belgischen Archive gesäubert worden sind.
Bei allen diesen Aktionen ist wohl anzunehmen, daß nicht Sekretärinnen oder Amtsboten, sondern gewichtigere Kräfte mit gewichtigen Motiven am Werk gewesen sind - und niemand weiß, was sie sonst noch manipuliert haben.
Nebenbei: Wenn in einem Zivilprozeß die Akten der einen Partei jahrzehntelang im Besitz der Gegenpartei gewesen sind, wird vermutlich jeder Amtsrichter urteilen, es sei notwendig, den Zustand der Akten der benachteiligten Partei zu klären. Doch eine systematische Untersu-

chung des Schicksals der deutschen Akten auf Vollständigkeit und mögliche "Ergänzungen" ist im Klima der Bundesrepublik nahezu unvorstellbar. Für den Suchenden gibt es nur Zufallsfunde, die vermutlich das Ganze nicht aufdecken.
Zur sowjetischen Aktenlage: Es gibt einige Memoiren, meist von Generalen: Aber die Verfasser mußten im Sowjetregime wohl vorsichtig sein. Folglich beurteilen auch unverdächtige Autoren die Behandlung politisch sensitiver Fragen sehr ungünstig. Die Archive waren bis 1991 geschlossen. Sie sind auch seitdem nur teilweise und nur zeitweise geöffnet worden; wichtige Archive wie das Präsidialarchiv Stalins sind überhaupt nie zugänglich gewesen.
Gewichtig tritt hinzu: Sogar Valentin Falin, engagierter Verfechter der These eines grundlosen deutschen Überfalls gibt zu, daß die sowjetischen Archive gelegentlich umfassend gesäubert worden sind. Mithin wird sogar in der deutschen Presse von "systematischer Spurenverwischung" gesprochen.
Der Schluß ist unvermeidbar: Die Aktenlage für die Ursachen des Krieges 1941 ist bei beiden Parteien entscheidend schlechter als wohl für jeden Krieg der europäischen Neuzeit. Normalerweise gäbe es für Historiker nur den Schluß: Es ist unmöglich, mehr als Wahrscheinlichkeiten aufzuzeigen.
Im Folgenden wird aufgezeigt, was dem Verfasser dieser Studie wahrscheinlich dünkt. Dabei wird die sowjetische Seite ausführlicher als die deutsche behandelt. Das ist methodisch anfechtbar. Der Verfasser rechtfertigt es mit zwei Gründen:
- Begrenzung von Raum sowie Zeit
- und damit, daß die These eines grundlosen deutschen Überfalls Medien und Schulbücher füllt, also weitgehend bekannt ist.
Betrachtet man die Entwicklung der Roten Armee, so fällt ins Auge, daß Sowjetrußland schon in seiner Geburtsstunde bedroht war - erst von deutschen, dann massiv von Polen und von Truppen der Alliierten. Polen und die Alliierten drangen tief in den Kaukasus, in Nordrußland, Westrußland und in Sibirien ein.
Am Ende des Bürgerkrieges hatte das Land buchstäblich von Murmansk bis Wladiwostok nur noch blutende Grenzen: Finnland - die drei baltischen Staaten - Polen - vor Rumänien war Bessarabien verlorengegangen - jenseits des Schwarzen Meeres hatte sich Georgien lösen wollen, und jenseits des Kaspischen Meeres waren die südsibirischen Fürstentümer, Tannu Tuwa, die Mongolei und die Grenze zu China umkämpft gewesen. Der Aufbau einer starken Verteidigungsarmee mußte also notwendig erscheinen, zumal die Ideologie einen Endkampf zwischen dem sozialistischen und dem kapitalistischen Lager vorhersagte.
Der Umschwung von einer Verteidigungs- zu einer Angriffsarmee beginnt 1930 mit der Aufstellung der ersten Panzerbrigade. 1932 werden die Leningrader 11. und die Kiewer 45. Infanteriedivision zu Mechanisierten Armeekorps von je 500 Panzern und 250 weiteren gepanzerten Fahrzeugen umgegliedert. Damals gab es auf der gesamten Welt noch keine gepanzerten Brigaden, Divisionen oder gar Armeekorps.
Zur gleichen Zeit werden die Konstruktionsbedingungen für das rollende Eisenbahnmaterial geändert. Zukünftig dürfen nur noch Waggons gebaut oder beschafft werden, die rasch von der russischen Breit- auf die mitteleuropäische Spur umgebaut werden können. Die Bahnmeistereien erhalten Anweisungen, wie hoch und wie breit sie russische Waggons beladen dürfen, die auf mitteleuropäischen Strecken fahren sollen. Das konnte nur einen Zweck haben: Stalin wollte seine Armee bis ins Herz Europas hinein versorgen können.
Man muß im Auge behalten, daß die russische Industrie 1914 nur wenig entwickelt gewesen war. Dann hatten Krieg und Bürgerkrieg weite Landesteile verwüstet. Viele Angehörige der technischen Intelligenz waren geflohen oder umgekommen.
Mithin wurden noch Ende der zwanziger Jahre jährlich weniger als 1.000 PKW und LKW gebaut. Doch ausgerechnet in diesem bettelarmen Land verwendet Stalin riesige Mittel, um

nicht etwa eine Verteidigungs-, sondern um eine gewaltige Offensivarmee aufzubauen. Im Folgenden werden nur Zahlen für Panzer genannt, doch Zahlen für Divisionen, Geschütze oder Flugzeuge würden ein ähnliches Bild zeigen. Vor allem aber:
Der Panzer war schon damals für die Verteidigung wünschenswert, vielleicht erforderlich. Aber für weiträumige Offensiven war er schon unverzichtbar. Panzerlastigkeit ist also ein starkes Indiz für die Planung einer offensiven Strategie.
Deshalb noch eine Vorbemerkung: Manch ein Autor versucht, den Aufbau einer Offensivarmee mit einem Hinweis auf die sowjetische Militärdoktrin zu rechtfertigen. Die Strategie sei defensiv gewesen. Aber wenn Rußland überfallen wird, sollte der Krieg ins Land des Gegners getragen werden.
Doch dem ist entgegenzuhalten, daß wohl noch nie eine Strategie darauf beharrt hat, den Krieg im eigenen Land zu führen. Im übrigen hat Stalin wahrlich nicht auf einen Überfall des Gegners gewartet, als er 1939/40 erst Polen, dann Finnland angriff, in die drei baltischen Staaten sowie in Bessarabien einmarschierte und 1945 Japan angriff.
Den 1932 aufgestellten zwei Mechanisierten Armeekorps folgen bis 1939 mindestens zwei, nach anderen Autoren fünf weitere.
Dann schließen Stalin und seine Berater aus dem spanischen Bürgerkrieg, daß große Panzerverbände nicht zu handhaben sind. Also lösen sie die vier (oder sieben?) panzerstarken Armeekorps 1939 auf - an ihre Stelle treten 15 Panzerdivisionen.
Doch der deutsche Polen- und Frankreichfeldzug zeigen den Fehler. Schon im Juli 1940 befiehlt Stalin die Neuformierung von 9 Mechanisierten Korps, deren jedes mit nun über 1.000 Panzern unerhört panzerschwer war. Die Aufstellung weiterer Korps (11? 21?) wird 1941 befohlen, konnte aber bis zum deutschen Rußlandfeldzug wegen Mangels an Panzern und Fachpersonal nicht abgeschlossen werden. Schon die Panzer in den genannten Armeekorps ergeben gigantische Zahlen.
Zudem verwendete die Rote Armee zahlreiche Panzer in selbständigen Truppenteilen, 1940 (zusätzlich zu den damals vorhandenen 15 Panzerdivisionen von je 275 Panzern) Panzer-Brigaden zu je 258 und 4 Panzer-Brigaden zu 156 Panzern sowie 20 Panzer-Regimentern bei Kavallerie- und 98 Panzer-Bataillonen bei Infanteriedivisionen.
Bevor die Zahlen genannt werden, eine Vorbemerkung. Die Literatur nennt meist "Panzer", was so hieß. Doch die Wehrmacht - und praktisch nur diese - nannte Panzer auch, was nur eine 20mm-Kanone (Pz II) oder sogar nur Maschinengewehre (Pz I) trug. Diese MG-Träger waren für den Kampf gegen Feindpanzer nicht zu verwenden. Also werden sie bei den folgenden Zahlen gesondert aufgeführt. Um einen Maßstab für die nun zu nennenden sowjetischen Panzerzahlen zu geben: Die Wehrmacht ist mit 2.650 Panzern und 1.000 MG-Trägern in Rußland einmarschiert.
Den Panzerbestand der Roten Armee 1932 gibt Marschall Shukow mit 5.000 an. 1936 läßt Stalin bei einer einzigen Parade bereits 1.000 Panzer vorbeimarschieren. 1939 kommt es dann zu einem skurrilen Ereignis: England, Rußland und Frankreich verhandeln in Moskau über einen Militärpakt gegen Deutschland. Stalin bietet für den Bündnisfall 10.000 Panzer und zudem 120 Infanterie- und 16 Kavalleriedivisionen sowie 5.000 Flugzeuge an. Dann fragt Marschall Woroschilow, was England zu bieten habe. Doch die Briten weichen aus, bieten Worte statt Zahlen. Der Russe bleibt unerbittlich.
Die Briten müssen schließlich bekennen: sie haben sechs Divisionen zu bieten. Kein Wunder, daß die Verhandlungen scheitern. Doch wie es zum Hitler-Stalin-Pakt gekommen ist, gehört nicht in diese Studie.
Anfang 1940 hat die Sowjetunion dann um 18.000 Panzer, dabei etwa 3.000 veraltete. Für den Juni 1941 schwanken die sowjetischen Angaben zwischen 21.000 und 24.000 Panzern.
Die Wehrmacht hatte insgesamt 3.700, zusätzlich knapp 2.000 MG-Träger. Sie hat Rußland

mit 2.650 Panzern und etwa 1.000 MG-Trägern "überfallen". Wer Qualitätsunterschiede einrechnen will: Die deutschen Panzer hatten eine bessere Funkausstattung, wichtig für das Zusammenwirken auf dem Gefechtsfeld. Hingegen befanden sich unter den mehr als 20.000 sowjetischen Panzer schon 1.850 T34 und KWI. Diese waren für alle deutschen Panzer fast unverwundbar, konnten aber jeden deutschen Panzer auf 800 Metern abschießen.
Insgesamt hatte Rußland 1941 mindestens doppelt, wenn nicht dreimal mehr Panzer als die gesamte übrige Welt zusammen. Nur mit Dreistigkeit kann man hierbei von einer Verteidigungsarmee sprechen. Diese Bewertung wird durch weitere Maßnahmen bestätigt.
1940 läßt Stalin Luftlande-Armeekorps aufstellen - wiederum die ersten der Welt. Und zwar gleich fünf. Im Sommer 1941 weitere fünf. Und schließlich läßt Stalin im Frühjahr 1941 in der Ukraine vier Infanterie- in Gebirgsdivisionen umgliedern und verlegt die kaukasische 192. Gebirgsdivision in die Ukraine. Doch in der Ukraine gibt es keine Gebirge, wohl aber, mit den Karpathen, in Ungarn und Rumänien.
Hier ist wiederum eine Zwischenbemerkung notwendig. Viele Historiker legen heute dar, daß Hitler 1941 einen unbedingt friedenswilligen Stalin grundlos überfallen hat. Doch diese These wird durch die ungeheure, durch Panzermassen und Luftlandetruppen auf weitreichende Offensiven programmierte Rote Armee gestört. Zudem muß Stalin für den Aufbau einer solchen Armee ein Motiv gehabt haben - welches wohl? Und schließlich war unwahrscheinlich, daß Stalin seine unter großen Opfern aufgebaute Armee untätig in den Kasernen lassen würde, wenn er eine Gefahr wahrnahm.
Oder wenn er eine Gelegenheit zum Beutemachen sah - so wie 1939 in Polen und Finnland, 1940 in den drei baltischen Staaten und 1945 in Fernost. Also drängen jene Historiker den Aufbau und den Umfang dieser Armee weit in den Hintergrund oder verschweigen das sowjetische Militärpotential sogar ganz und bezeichnen die Rote Armee einfach als "schlecht ausgerüstet". Das ermöglicht darzulegen, Stalin habe 1940/41 "verzweifelt" versucht, Hitler zu besänftigen, weil er wußte, daß seine Armee zu schwach sei.
Damit zu der Frage, was Stalin 1940/41 beabsichtigte. Allerdings wird die Frage nach den Kriegsursachen heute meist als Frage nach der "Kriegs-Schuld" gestellt. Dafür gibt es Gründe. Aber damit fällt ein mit moralischen Kategorien kaum faßbarer Faktor aus der Betrachtung heraus. Konkret: Seit 1939 mußte jeder Herrscher Rußlands, ob Zar oder Stalin sich fragen, wie seine Lage beim Ende des deutsch-britischen Krieges sein werde.
Die Antwort war leicht - und zugleich unheildrohend. Schon nach einem Remisfrieden im Westen würde Hitler die gesamte Macht seines Imperiums gegen Rußland werfen können. Stalin mußte befürchten, daß Hitler das auch tun werde. Aus ideologischen Gründen.
Und um Lebensraum zu gewinnen. Stalin mag nicht gewußt haben, daß im Ersten Weltkrieg, also kaum mehr als 20 Jahre zuvor, 763.000 Deutsche an Unterernährung gestorben oder schlicht verhungert waren. Aber die hieraus abgeleitete Lebensraumtheorie dürften ihm seine Berater vorgetragen haben.
Weiteres kam hinzu. Die Deutschen publizierten 1940 erbeutete französische Akten. Diese zeigten, daß der deutsche "Überfall" auf Norwegen dem alliierten Überfall nur um Haaresbreite zuvorgekommen war. Weiterhin belegten sie, daß nur der deutsche Sieg 1940 Engländer und Franzosen gehindert hatte, die russischen Ölfelder im Kaukasus und die Öltanker im Schwarzen Meer anzugreifen, um Öllieferungen an Hitler zu erschweren.
Stalin wußte also, wie die Alliierten Neutralität und Völkerrecht werteten, wenn sie ihnen im Wege standen. Er mußte zudem annehmen, daß die Westmächte ihm nicht helfen würden, sollte er nach einem deutsch-britischen Ausgleich mit Hitler handgemein werden.
Und schließlich drohte Rußland auch aus Fernost Gefahr. Noch im Herbst 1939 hatten sich Russen und Japaner an den Grenzen der Mongolei erbitterte Gefechte geliefert. Hitlers Imperium und vielleicht zudem Japan allein gegenüberzustehen, war keine verlockende Aussicht.

Stalin konnte also glauben, er müsse Deutschland in den Rücken fallen, solange es noch teilweise gegen England und die USA gebunden war. Das hat mit der moralischen Kategorie der Schuld wenig zu tun, um so mehr aber mit dem Überlebenswillen Rußlands.
Die Folgerungen, die Stalin zog, lassen sich aus seinen Handlungen ablesen. Im September 1939 nimmt er den Polen die "ostpolnischen", in Wahrheit vorwiegend weißrussischen und ukrainischen, 1920 von Polen eroberten Gebiete wieder ab. Aber die eingesetzten 21 Divisionen bleiben in dem gewonnenen Räumen und aus Innerrußland rücken Truppen in die nun freien westrussischen Räume nach.
Im Sommer 1940 stehen in Westrußland 100 russische Divisionen, die sich von den wenig kampfkräftigen ungarischen und rumänischen Truppen wohl kaum beeindrucken lassen. Hingegen stehen im Osten des Reiches ganze sechs, anderen Autoren zufolge nur vier Divisionen, denn die Wehrmacht ist durch den Frankreichfeldzug gebunden.
Stalin nutzt die Gelegenheit sofort. Er marschiert in den drei baltischen Staaten ein. Die Finnen bedrängt er trotz des eben gerade, nach dem "Winterkrieg", geschlossenen Friedens mit neuen, ultimativ vorgetragenen und Finnlands Existenz bedrohenden Forderungen." Rumänien zwingt er bald zur Abtretung Bessarabiens. Nach dem deutschen Sieg in Frankreich tritt wieder Ruhe ein. Doch das ist eine fragwürdige Ruhe, denn niemand weiß, was Stalins hundert Divisionen getan hätten, wenn der Frankreichfeldzug sich festgefahren hätte.
Im Frühjahr 1941 läßt Stalin dann eine Reihe von bemerkenswerten Maßnahmen durchführen - "Die Sowjetunion veränderte die Haltung gegenüber Deutschland auf taktischer Ebene ... durch einen Konfrontationskurs, der jedoch kein Kriegsrisiko einschloß."
Konkret: Die Sowjetunion nimmt erstmals diplomatische Beziehungen zu Jugoslawien auf, schließt demonstrativ im April 1941 einen Freundschaftspakt mit Jugoslawien, stachelt die Bulgaren auf, die 1913 verlorene Dobrudscha von Rumänien sowie das an Griechenland verlorene Ost-Thrazien zurückzufordern und setzt die Türkei sowie Rumänien weiter unter Druck. Der ganze Balkan gerät in Unruhe - und niemand weiß, wohin die Entwicklung führen wird, zumal Hitler, besorgt um das rumänische Öl, Stalin entgegentritt und auch England kräftig mitmischt.
Bereits 1939 war die dreijährige Wehrpflicht eingeführt und die Rüstung durch Arbeitspflicht, Drei-Schichtenbetrieb und Siebentagewoche noch weiter hochgetrieben worden.
Nun werden die Streitkräfte durch eine Teilmobilmachung - Einberufung von 800.000 Reservisten - weiter verstärkt.
- Stalin sichert das Operationsgebiet, indem er die gesamte Führungsschicht der Esten, Letten, Litauer und Ostpolen deportiert oder gleich ermorden läßt.
- In den vier westlichen Militärbezirken versammelt Stalin insgesamt 170, nach anderen Darstellungen 191 Divisionen. Zum Vergleich: Deutschland hat Rußland mit etwas über 150 Divisionen angegriffen.
- Hinter den genannten wenigstens 170 Divisionen marschiert im Juni eine zweite strategische Staffel von 50, nach anderen Darstellungen 66 Divisionen auf, die aus dem Transbaikal und aus dem Kaukasus herangeführt werden
- Hinter der zweiten strategischen Staffel werden vier Reservearmeen aufgestellt; mithin spricht sogar Gorodetsky von insgesamt 240 Divisionen, die die Westfront Rußlands "absichern" sollen.
Wer das alles als Verteidigungsvorbereitungen deutet, muß übersehen, daß der Aufmarsch der russischen ersten strategischen Staffel früher durchgeführt wurde und bis in den März 1941 erdrückend mehr Kräfte umfaßte als der Aufmarsch für "Barbarossa":
- Im Osten des Reiches stehen während des Frankreichfeldzugs vier oder sechs zweitklassige, erst 1939 mobilgemachte Divisionen 100 russischen Divisionen gegenüber.
- Im Juli 1940 wird die 18. Armee - 26 Divisionen - in den Osten verlegt.

- Im Oktober 1940 folgt die 12. Armee. Sie wird zusammen mit der 18. Armee der Heeresgruppe B unterstellt, die nun über 33 Divisionen verfügt.
- Im März 1941 stehen dann 47 Divisionen im Osten des Reiches - und erst dann beginnt der Truppenaufmarsch für Barbarossa.
- Erst im Juni wird das deutsche Ostheer mit der Zuführung von 12 Panzer- und 12 Motorisierten Infanteriedivisionen angriffsfähig.

Insgesamt: Der deutsche Aufmarsch war bis in den März/April 1941 Reaktion, nicht Aktion.

Die Deutung des russischen Aufmarsches als Offensivaufmarsch wird durch weitere Aktionen bekräftigt:

- Viele der Truppen mußten in die Wälder gelegt werden. Dort aber konnte man sie nicht unbeschränkt liegen lassen, ohne einen scharfen Abfall der Kampffähigkeit und Ausbildung zu riskieren.
- Ein bezeichnendes Detail: Die Dnjepr-Flottille (eine Abteilung Schnellboote, eine Gruppe Kanonenboote, eine Abt. Panzerkutter, eine Abt. Monitore, eine Abt. Minensucher, zudem Minenleger und Wachschiffe, Kommandeur ein Admiral) wurde durch schmale Kanäle in die ostpolnischen Pripjet-Sümpfe verlegt. Für eine Verteidigung war sie dort sinnlos. Aber sie hätte durch weitere Kanäle zur Weichsel, Oder und Ostsee fahren können - wie 1945 geschehen.
- Die stärksten Massierungen und die meisten Panzerverbände finden sich ausgerechnet in den weit in deutsches Gebiet vorspringenden Balkonen von Lemberg und Bialystok. Sie liegen dort für eine Verteidigung falsch, aber für eine Offensive günstig.
- Nachweislich liegen viele der Depots für Ersatzteile, Munition und Betriebstoff näher an der Grenze als die Truppenteile, die sich hieraus versorgen sollen. Allein in der Grenzstadt Brest-Litowsk lagern 10 Millionen Liter Betriebstoff.
- Sogar Flugplätze liegen 25 oder nur 15 Kilometer von der Grenze entfernt.
- Sowjetrussische Offiziere berichten in ihren Kriegserinnerungen, wie sie in der Stunde des deutschen Angriffs die versiegelten Umschläge mit den Kriegsbefehlen öffnen, aber keine Verteidigungsbefehle finden.

Das wird durch die Ereignisse bestätigt. Es gab zwar Feldbefestigungen, sogar Bunker, vor allem unmittelbar an der Grenze. Aber es gab keine tiefgestaffelten Feldbefestigungen, kaum Minensperren, keine Baumsperren und viele Brücken waren nicht zur Sprengung vorbereitet. Nur so ist erklärlich, daß die angreifenden deutschen Divisionen innerhalb von zwei Tagen bis zu 130 Kilometer weit vordringen konnten (3. Panzerdivision).

Dabei ist sicher: Hätten die russischen Divisionen, die seit vielen Monaten aufmarschiert waren, eine Verteidigung so vorbereitet wie die Rote Armee 1943 bei Kursk, so wäre der deutsche Angriff vielleicht sogar gescheitert.

Wie eilig Stalin es hatte, läßt sich wiederum aus seinen Maßnahmen ablesen. Im Frühjahr 1941 läßt er aus seinen Konzentrationslagern Hunderte, wenn nicht Tausende von Generalen und jüngeren Offizieren (insgesamt 4.000?) herausholen. Sie werden sofort wieder in ihre alten Funktionen gebracht. Stalin opferte also trotz der damit verbundenen Risiken seinen militärischen Plänen den innenpolitischen Terror.

Zur Frage des von Stalin geplanten Angriffstermins gibt es viele Indizien, doch fast alle werfen Probleme auf. Als ein typisches Beispiel: Der spätere Marschall Bagramian berichtet in seinen Memoiren, daß die Divisionen der 2. Staffel des Westlichen Besonderen und des Kiewer Militärbezirks Mitte Juni (also etwa eine Woche vor dem deutschen Angriff) Befehl erhielten, in grenznahe Räume aufzuschließen.

Man kann das als Zeichen dafür deuten, daß Stalins Überfall unmittelbar bevorstand. Man kann aber ebenso argumentieren, Stalin habe den bevorstehenden deutschen Überfall, insbesondere die Heranführung der Panzerdivisionen erkannt und habe deshalb seine strategischen

Reserven näher herangeführt.
Da Unterlagen fehlen, ist nicht zu entscheiden, was Stalin zu seinem Entschluß bewogen hat. Ähnliches gilt für viele andere Indizien aus den letzten Friedenswochen.
Damit zum Schluß der Betrachtung der Sowjetunion. Zusammenfassend darf man sagen:
- Stalin hatte in einem verarmten Land eine riesige Militärmacht aufgebaut.
- Stalins Armee war so konstruiert, daß sie weiträumige Operationen bis ins Herz Europas führen konnte.
- Diese Armee war schon 1940 und noch mehr 1941 mit Kräften aufmarschiert, die den deutschen weit überlegen waren.
- Es war ein Offensivaufmarsch.
- Der Aufmarsch war weitgehend abgeschlossen; Stalin konnte in wenigen Tagen, vielleicht Wochen angreifen - falls er es wollte.
Für diese Bewertungen lassen sich Belege, sogar Beweise vortragen. Aber sogar ein Verfechter der These eines grundlosen deutschen Überfalls gesteht noch im Jahr 2000 zu, "daß die Frage der tatsächlichen Absichten Stalins noch immer nicht geklärt ist und daß in dieser Hinsicht ein gravierender Mangel an Quellen besteht."
Folglich lassen sich wichtige Fragen kaum klären:
- Wir wissen nicht, ob Stalin im Juni 1941 den russischen Aufmarsch als abgeschlossen ansah.
- Mithin wissen wir nicht, ob Stalin die Rote Armee als angriffsbereit beurteilte.
- Insbesondere wissen wir nicht, ob Stalin die Reorganisation der Panzer-Großverbände als ausreichend fortgeschritten ansah.
- Wir wissen nicht, ob Stalin den deutschen Aufmarsch als abgeschlossen, mithin den Angriff als bevorstehend ansah.
- Noch wichtiger: Wir wissen nicht, ob Stalin die politische Lage als angriffsgünstig ansah oder ob er noch weiter warten wollte. Allerdings: Der Truppenaufmarsch setzte auch einen Diktator unter Zeitdruck. Stalin würde seine Truppen ruinieren, wenn er sie unbeschränkt, schließlich mit dem Winter vor der Tür, in den Wäldern ließ. So spricht vieles für die - freilich unbeweisbare - Annahme, daß Stalin binnen weniger Wochen zum Schwert gegriffen hätte.
Dem steht ein häufig zu findendes Argument entgegen. Es gründet sich darauf, daß Stalin 1937/38 bei den großen Säuberungen, also Massenmorden, zahlreiche hohe Generale beseitigt hatte, dabei drei der fünf Marschälle, 13 der 15 Armee-Oberbefehlshaber, 57 der 85 Kommandierenden Generale von Armeekorps und 110 der 195 Divisions- sowie die Hälfte der 406 Brigadekommandeure. Stalin habe gewußt, daß nach diesem Aderlaß die Rote Armee für Jahre nicht einsatzbereit war.
Doch dieser Deutung steht Stalins grundlegende Weisung für den Kriegsfall vom 18. September 1940 deutlich entgegen. Sie sah, ebenso wie die späteren Operationspläne und –vorschläge, nach einer möglichst kurzen Verteidigung als erste Phase eine Offensive bis in den Raum um Breslau mit Alternativen zum Abschneiden Deutschlands vom Balkan oder zur Wegnahme von Ostpreußen vor. Stalin war also nachweislich schon im September 1940 überzeugt, daß die Rote Armee gewaltige Operationen durchführen konnte.
Damit hinüber zur deutschen Seite. Sogar wenn nachweisbar wäre, daß Stalin im Sommer 1941 angreifen wollte, so bleibt die Möglichkeit, daß zwei Angriffe aufeinandergetroffen sind, wie 1940 in Norwegen.
Die Literatur über die Entstehung des deutsch-sowjetischen Krieges ist randvoll gefüllt mit Zitaten Hitlers über die Erweiterung des deutschen Lebensraumes. Doch das beweist ebenso viel und ebenso wenig wie Zitate aus der kommunistischen Ideologie. Die Zitate belegen höchstens eine generelle Kriegsbereitschaft. Aber sie zeigen nicht, warum Hitler 1941 statt 1942 oder 1945 angriff. Den Juni 1941 müssen zusätzliche Gründe bestimmt haben, nach de-

nen wir suchen müssen.
Weiterhin: Der eingangs erwähnte Artikel aus "DIE ZEIT" war reichlich illustriert mit Bildern von Exekutionen russischer Partisanen oder Zivilisten. Doch auch Bilder von Dresden, Nagasaki oder von der Vertreibung der Ostdeutschen tragen nichts zur Klärung der Frage bei, wie es zu den Kriegen 1939 und 1941 gekommen ist.
Noch eine Vorbemerkung: Diese Studie verzichtet auf eine Darstellung sowie Bewertung der russischen Operationsentwürfe und Kriegspiele, wie etwa dem sowjetischen Aufmarschplan vom 15. Mai 1941, über deren Deutung längst ein heftiger Federstreit voller oft hitziger Debatten um Überlieferung, Glaubwürdigkeit und Bedeutung entstanden ist.
Sie verzichtet auch auf Zitate aus Reden und ähnlichem, wie etwa der vieldiskutierten Ansprache Stalins am 5. Mai 1941 vor Absolventen der Militärschulen. Nicht nur, weil hier der Raum fehlt, sondern auch, weil schon Talleyrand darauf verwiesen hat, daß für einen Politiker Worte nur ein Mittel sind, seine Gedanken zu verbergen.
Bei jeder Äußerung von Stalin, Hitler und anderen Politikern müßte also untersucht werden, wie glaubwürdig die Überlieferung ist, was die Politiker mit ihrer Äußerung bezweckten und ob diese Äußerung ihre inneren Gedanken spiegelte. Immerhin läßt sich sogar mit unstrittigen, aber zielgerichtet ausgesuchten Zitaten alles "beweisen".
Als Beispiel: Die Verfechter der These eines grundlosen Überfalls Hitlers zitieren meist ausführlich Hitlers Lebensraum- und Rassetheorien. Aber Hitler hat schon in "Mein Kampf" mit gleicher Eindringlichkeit vor einem Zweifrontenkrieg gewarnt - doch das wird selten zitiert.
Man wird also gut tun, die Äußerungen Stalins und Hitlers streng nach ihren Taten zu beurteilen. Nur Taten zeigen, was die beiden wirklich wollten.
Die ersten "Taten" Hitlers für einen Angriff auf die Sowjetunion stammen aus dem Hochsommer 1940. Hitler wies die Wehrmacht an, "das Problem Rußland in Angriff zu nehmen". Am 31. Juli verkündete er vor den Spitzen der Wehrmacht sogar: "Entschluß: ... Rußland muß erledigt werden. Frühjahr 1941. Je schneller wir Rußland zerschlagen, um so besser ... Bestimmter Entschluß: Rußland zu erledigen."
Aber dann folgte nichts mehr. Bis zum November 1940 hat Hitler nicht einmal gefragt, zu welchen Ergebnissen die Operationsstudien der Wehrmacht gekommen wären. Das widerspricht einem unabänderlichen Entschluß und sogar einem starken Interesse. Immerhin hatte sich Hitler schon in die Planung des Frankreichfeldzuges von Anfang an eingemischt, und seitdem war sein Glaube an seine militärischen Fähigkeiten weiter gestiegen.
Zudem verbot Hitler sogar jede Spionage gegen Rußland, obwohl die russische Spionage auf hohen Touren weiterlief." Wer unbedingt will, kann das als Tarnung finsterer Absichten deuten. Aber nicht einmal das wertvolle rumänische Material durfte angekauft werden.
Zudem hat Hitler nachweislich bis in den November 1940 hinein gehofft, Rußland für einen Kontinentalblock aus Deutschland, Italien und Japan gegen die angelsächsischen Mächte gewinnen zu können. Am 26. September schlug der Oberbefehlshaber der Marine Hitler vor, den Schwerpunkt der deutschen Kriegführung gegen England über den Suezkanal in den Nahen Osten zu verlegen und setzte hinzu: "Rußlandproblem erhält dann anderes Aussehen ... Fraglich, ob dann noch Vorgehen gegen Rußland ... nötig sein wird." Hitler stimmte zu und ergänzte: "Rußland werde er zu veranlassen suchen, energisch gegen Süden - Persien, Indien - vorzugehen."
Am 1. November 1940 notiert der Chef des Generalstabes (Halder): "Führer hofft, Rußland in die Front gegen England einbauen zu können."
Der Umschwung tritt mit dem Besuch des russischen Außenministers Molotow im November 1940 in Berlin ein.
Hitler versuchte, Rußland in einen deutsch-italienisch-japanischen Kontinentalblock zu ziehen - ein weiteres Zeichen dafür, daß er zu einem Krieg gegen Rußland noch nicht endgültig ent-

schlossen war. Molotow hat hingegen Forderungen gestellt: Vorherrschaft über die türkischen Meerengen, Vorherrschaft über den Balkan sowie Vorherrschaft über Finnland und hat deutlich sein Interesse an den dänischen Ostseezugängen bekundet.
Das hätte das rumänische Öl und das finnische Nickel in sowjetische Hand gebracht, vielleicht auch das schwedische Erz. Alle Kraftquellen der deutschen Kriegführung wären dann in sowjetischer Hand gewesen. Was Stalin forderte, war praktisch Unterwerfung. Und zur Untermalung dieser Forderungen standen schon einhundert sowjetische Divisionen an den Westgrenzen Rußlands, ihnen gegenüber (außer den Ungarn und Rumänen) nur 33 deutsche.
Was Stalin glaubte, Hitler zumuten zu können, macht eine Facette deutlich. Eine gute Woche nach dem Molotow-Besuch, am 25.11.40, fixierte Molotow seine Forderungen noch einmal schriftlich. Erneut forderte er dabei eine Basis für sowjetrussische Truppen am Bosporus und den Dardanellen.
Falls (wie doch anzunehmen), die Türken sich weigerten, müßten "Deutschland, Italien und die Sowjetunion übereinkommen, die erforderlichen militärischen und diplomatischen Maßnahmen auszuarbeiten und durchzuführen."
"Mit anderen Worten: Deutsche Truppen sollten notfalls gemeinsam mit den Russen in der Türkei Stützpunkte für die Sowjetunion erobern. Stalins Zumutungen lassen nur zwei Deutungen zu: Er glaubte, Hitler, zwischen Sowjetarmee und England/USA eingeklemmt, sähe sich gezwungen, sich der Sowjetunion auf Gnade und Ungnade zu unterwerfen. Oder Stalin wollte Hitler bewußt zum Angriff provozieren. Welche der Möglichkeiten zutrifft, läßt sich aus Quellenmangel nicht entscheiden.
Mithin ist kein Zufall, daß zwar manch einer in der deutschen Führung sowjetische Angriffsabsichten verneinte, der Chef des Generalstabes und der "Spionagechef' jedoch anders urteilten - Fachleute also, die wahrlich nicht zu den "Nazis" gehörten. Halder notierte, man müsse zugeben, "daß die russische (Militär)Gliederung sehr wohl einen Übergang zum Angriff ermöglicht". Canaris, der als Hitler-Gegner die Grenze zum Hochverrat längst nicht mehr fürchtete, sie vielleicht schon überschritten hatte, unterstützte dennoch die Vorbereitungen für den Rußlandfeldzug. Er war von "echter" Furcht "vor der sowjetischen Gefahr" erfüllt und wußte nicht mehr, "ob Hitler oder Stalin zuerst losschlagen werde" (H. Höhne).
Nicht umsonst ergingen Befehle an das deutsche Ostheer für den Fall eines russischen Überfalls. Noch sechs Tage vor Barbarossa 1941 erließ die Panzergruppe 1 eine Weisung für den Fall eines sowjetischen Überraschungsangriffs mit der einleitenden Bemerkung: "Der russische Aufmarsch uns gegenüber läßt auch eine Angriffslösung gegen uns zu."
Schließlich hat Hitler wohl auch erkannt, daß Stalin einen deutschen Sieg kaum zulassen, also sich zum Handeln gezwungen sehen konnte. Hitler äußerte, er sei sich "völlig" klar darüber, daß nach einem vollen Sieg Deutschlands die Lage Rußlands "sehr schwierig" werden würde. Das mußte zu der Überlegung führen, Rußland zu beseitigen, "ehe es sich mit England zusammentun könne" (Hitler)."
Aus Sicht der Reichsführung war demnach bei Abreise Molotows die weltweite Lage etwa wie folgt:
- England war entschlossen, den Krieg bis zu einem Sieg, und das bedeutete: bis zu einem Super-Versailles durchzukämpfen, beflügelt von der Hoffnung auf ein Eingreifen der USA - und Rußlands.
- Die USA waren nur noch theoretisch neutral; auf dem Atlantik führten sie praktisch schon Krieg; Hitler rechnete mit einem offenen Kriegseintritt 1942.
- In Fernost hatten Japan und Rußland eben noch einen unerklärten Krieg geführt. Deshalb konnte Japan keine amerikanischen Kräfte binden. Das gab den USA freie Hand gegen Deutschland.
- Schließlich Rußland. Solange Sowjetrußland ungeschlagen blieb, konnte England auf sein

Eingreifen hoffen, war Japan gebunden und konnte die USA nicht zurückhalten.
- Zudem hatte Rußland innerhalb eines Jahres buchstäblich sämtliche Grenzpfähle zwischen dem Nordmeer und dem Schwarzen Meer gewaltsam nach Westen verschoben. Dieses Rußland verlangte nun von Deutschland, sich in eine totale wirtschaftliche Abhängigkeit von Stalin zu fügen. Was Stalin anschließend fordern würde, war unbekannt.
- Ganz düster wurde es, wenn man den Blick in die Zukunft richtete. Schon 1942 würden die USA und England voll im Kriege stehen. Dann war Rußland praktisch Schiedsrichter in einem globalen Konflikt. Nach Verwirklichung von Molotows Forderungen konnte Rußland nach Belieben Deutschland kämpfen lassen, weiter erpressen oder wirtschaftlich erdrosseln. Oder es konnte als lachender Dritter in die Schlußphase des Konflikts bewaffnet eingreifen.
Angesichts dieser Lage haben die Militärs Hitler versichert, ein Sieg binnen weniger Monate wäre möglich; sie haben damit eine schwere Verantwortung auf sich geladen.
Für Hitler konnte es damit kein Halten mehr geben. Mit Lebensraum, Rasse und Aggression hat das nur wenig zu tun; auch Gorodetsky, Israeli und wahrlich ein Verfechter der Überfallthese, sieht "ernste" Zweifel, daß bei Hitlers Entschluß "ideologische Überlegungen eine Rolle spielten".
Um so mehr hat es mit Deutschlands geographischer Lage zu tun, deren Konsequenzen sich gut mit einem Parallelbeispiel zeigen lassen. Während des deutsch-französischen Kriege 1870 spielte Österreich sehr ernsthaft mit dem Gedanken, Preußen-Deutschland in den Rücken zu fallen. Doch ein drohendes Knurren des Zaren zwang den österreichischen Ministerpräsidenten Graf Beust, seine Pläne aufzugeben."
Das Beispiel zeigt: Deutschland, mitten in Europa liegend, konnte einen Krieg nach der einen Seite nur führen, wenn die Großmacht auf der anderen Seite freundlich gesonnen war. Als Hitler nach Westen Krieg führte und im Osten Stalins Wohlwollen in Zweifel geriet, stand Deutschland sofort zwischen zwei Feuern. Es konnte nur noch versuchen, sich der tödlichen Gefahr durch einen Befreiungsschlag gegen Rußland zu entziehen, denn England war nicht faßbar.
Vor dem Schluß dieser Darlegungen ist noch einmal ein Hinweis auf die einleitenden Bemerkungen notwendig. Die Aktenlage für die Erforschung der Kriegsursachen 1941 ist dürftiger als wohl für alle Kriege der Neuzeit, und was vorhanden ist, ist alles andere als zweifelsfrei. Wer also behauptet, er kenne die Kriegsursachen 1941 und könne sie unwiderleglich und abschließend darlegen, muß sich Fragen nach seiner Seriosität gefallen lassen.
Vermutlich können wir drei Thesen ausschließen: - Als erstes die These, 1941 wäre ein unbedingt friedlicher Stalin angegriffen worden, also jene politisch korrekte These, die Medien und Schulbücher beherrscht.
- Ein weiterer Schluß ergibt sich aus der Tatsache, daß der Aufmarsch von 150 deutschen Divisionen sowie der Luftwaffe nicht unbemerkt bleiben konnte, zumal Stalin nachweislich zusätzlich zahlreiche Warnungen erhielt. Demnach ist unmöglich, daß Stalin vom deutschen Angriff überrascht wurde. Auch ist wenig glaubwürdig, Stalin habe trotz des deutschen Aufmarsches noch Mitte Juni 1941 geglaubt, den Frieden längerfristig oder gar langfristig wahren zu können.
Bestenfalls möglich und zudem sogar wahrscheinlich ist, daß Stalin taktisch, also vom Zeitpunkt des Angriffs, überrascht wurde.
- Auszuschließen ist wohl auch die These, der deutsche Angriff wäre ein Präventivkrieg in dem Sinne gewesen, daß ein unbedingt und langfristig friedlicher Hitler den sowjetischen Aufmarsch bemerkt und ihm schweren Herzens zuvorgekommen wäre.
Für die geopolitische Lage, für die ideologischen Kräfte, für die Handlungen Stalins sowie Hitlers scheint das folgende Modell die beste Erklärung zu geben:
- Stalin wäre schon nach einem hitlerschen Remis gegen England in eine böse Abhängigkeit

von Großdeutschland geraten. Das konnte kein Herrscher Rußlands leichten Herzens zulassen. Ideologische Gründe mögen den resultierenden Entschluß zum Aufmarsch und zu einer ausgesprochen aggressiv-provokatorischen Westpolitik bestärkt haben.
- Die Zwangslage Stalins war für Hitler erkennbar. Hitler konnte den Krieg gegen England, praktisch also auch gegen die USA, nur führen, wenn er seinen Rücken sicher wußte.
"Barbarossa" wäre nur zu vermeiden gewesen, wenn Stalin ein friedlich grasendes Lämmchen auf einer blumigen Wiese gewesen wäre.
Abschließend könnte man fragen, wo bei dieser Schilderung die deutschen Untaten blieben? Zweifellos hat Hitler den Krieg, nachdem er einmal beschlossen war, für große Untaten genutzt. Doch die Nutzung des Krieges für Taten, die im 18. und 19. Jahrhundert nur für Verbrecher denkbar gewesen sind, läßt sich für alle beteiligten Staaten nachweisen - bis hin zu Jalta, Potsdam und Nagasaki. Doch die Rebarbarisierung des Krieges im 20. Jahrhundert darzulegen und ihre Gründe aufzuzeigen, war nicht das Thema dieser Studie."
Es bleibt noch, zu einigen wichtigen Fragen Stellung zu nehmen, die sich aus der Vorgeschichte des Rußlandfeldzuges ergeben.
Wie dargelegt, war die Rote Armee im Juni 1941 der deutschen Wehrmacht an allem, was sich zählen, wiegen und messen läßt, turmhoch überlegen. Dem scheint zu widersprechen, daß die Wehrmacht schon im November 1941 an die Tore von Moskau pochte und mit Artillerie auf den Kreml schoß. Doch der Schein trügt. Schon im Frankreichfeldzug war die Wehrmacht an allem, was sich zählen, wiegen und messen läßt, den Alliierten weit unterlegen, und zudem konnten sich die Alliierten auf gigantische Befestigungen stützen.
Dennoch hat die Wehrmacht den Feldzug buchstäblich in vier oder fünf Tagen entschieden, in zehn Tagen gewonnen und in wenigen Wochen beendet. Ein ähnliches Bild zeigt schon der Erste Weltkrieg (Tannenberg) und, in verkleinertem Maßstab, die Schlacht um Kreta 1941:
Scheinbar hoffnungslose deutsche Unterlegenheit an Zahl und Material - dennoch Sieg in wenigen Tagen. Der Grund liegt auch hier, ebenso wie bei den Siegen der Wehrmacht 1941, in der qualitativen Überlegenheit - vom Gruppenführer bis zum hohen General. Hierüber gibt es eine umfangreiche ausländische Literatur - die allerdings in der Bundesrepublik fast unbeachtet blieb.
Die qualitative Überlegenheit der Führung und des Kampfwillens der Truppe haben lange die numerische Unterlegenheit ausgleichen können. Beim Rußlandfeldzug traten weitere Faktoren verstärkend hinzu: Der deutsche Angriff traf auf einen Gegner, der zur Offensive aufmarschierte, dessen Aufmarsch aber noch nicht ganz abgeschlossen war und der taktisch überrascht wurde.
Die Frage, ob im Zweiten Weltkrieg ein Sieg oder wenigstens ein Remis unter Hitler einem Jalta und Potsdam vorzuziehen war, ist nicht Gegenstand dieses Vortrags. Mithin bleibt die Frage berechtigt, warum der Feldzug gescheitert ist.
Der erste Grund liegt in der fast grotesken Unterschätzung der Widerstands- sowie Regenerationskraft Sowjetrußlands. Sie wird deutlich in dem Urteil des Chefs des Generalstabes Halder, der am 12. Tag des Rußlandfeldzuges in seinem Tagebuch notierte, der Feldzug sei gewonnen, er müsse nur noch beendet werden.
Die Unterschätzung hat zu einem zweiten Grund des Scheiterns wesentlich beigetragen: Das Reich hat sein Potential viel zu spät mobilisiert. So wurden zum Beispiel 1941 nur 3.500 Panzer produziert - und das waren meist leichte Panzer.
Folglich mußten immer wieder Besatzungen ausgefallener Panzer als Infanterie eingesetzt werden, weil Ersatzpanzer nicht vorhanden waren. 1944 wurden sechsmal mehr, wurden 20.000 Panzer produziert, nur schwere Panzer, und das trotz der Luftangriffe. Viele Schlachten wären wohl anders verlaufen, wenn die Truppe 1941 die Waffen von 1944 gehabt hätte.
Das gleiche Bild zeigt die Mobilisierung der Arbeitskräfte. Es ist bezeichnend, daß die Zahl

der arbeitenden Frauen von 1939 (14,6 Millionen) bis 1941 sank (14,1 Millionen) und erst 1943 die Zahl von 1939 wieder erreichte und leicht überschritt (14,8 Millionen). Gleichzeitig wurden Millionen von männlichen Arbeitskräften einberufen.
Mithin sank, während die Rüstungsindustrie nach Arbeitskräften und die Front nach Waffen schrie, die Zahl der deutschen Arbeitskräfte von 1939 bis 1941 um sechs Millionen. Diese Lücke konnten auch drei Millionen Kriegsgefangene und Ausländer nicht schließen.
Was möglich und zu tun war, hat nicht nur die Sowjetunion, sondern haben auch die USA gezeigt. In den USA stieg die Zahl der arbeitenden Frauen von 1940 (14 Prozent), identisch mit Deutschland, auf 20 Prozent.
Ins Allgemeine gehoben: Das Reich hat, ähnlich wie schon im Ersten Weltkrieg, sein Potential viel zu spät mobilisiert. Es begnügte sich mit einer "friedensähnlichen Kriegswirtschaft". Die Gründe zu erörtern, ist hier nicht der Ort.
Der dritte Grund für das Scheitern des Rußlandfeldzugs liegt in einer Operationsführung, die von Anfang an widersprüchlich war. Hitler wollte die Schwerpunkte an den Hügeln setzen: Der linke Flügel sollte Leningrad nehmen, der rechte Flügel sollte die Industriegebiete der Ukraine und dann das Öl des Kaukasus nehmen oder bei Stalingrad abschneiden.
Erst nachdem die Rote Armee ihrer wirtschaftlichen und industriellen Kraftquellen beraubt worden war, sollte sich die Wehrmacht gegen die so geschwächten Hauptkräfte des Gegners wenden. Der Generalstab des Heeres hingegen lehnte die Einbeziehung wehrwirtschaftlicher Gesichtspunkte in die militärische Operationsplanung ab."
Er wollte nach den Grenzschlachten geradewegs auf Moskau vorgehen, also den Stier frontal bei den Hörnern packen, denn im Zentrum des sowjetischen Imperiums werde sich die Rote Armee zur Entscheidungsschlacht stellen müssen.
Vermutlich spricht vieles für die Flankenlösung. Sicher ist jedoch, daß Schwanken den Fehlschlag heraufbeschwören mußte - und so ist es gekommen. Leningrad konnte abgeschnitten, nicht aber genommen werden, der Vorstoß auf Moskau blieb stecken und der Vorstoß in die Ukraine kam so langsam voran, daß Stalin 1.523 Fabriken abbauen und im Ural wiederaufbauen konnte. Mithin produzierte die Sowjetunion schon 1943 wieder doppelt so viele Panzer wie die Wehrmacht.
Doch auch das war nur ein Nebengrund für das Scheitern des Rußlandfeldzugs. Auch dieser Feldzug gehört zu jenen, die militärisch ausgefochten, aber politisch gewonnen oder verloren werden.
Sicherlich gibt es Kriege, bei denen die Politik sich darauf beschränken kann, eine übermächtige Koalition zu schmieden. Die Soldaten zerschmettern dann den Gegner - so wie die Alliierten zuletzt im Golfkrieg 1991. Aber Deutschland war 1914 und 1939 in einer anderen Lage. Um den Gegner mit militärischen Mitteln zu zerschmettern, hätte das Reich Paris, London, Wladiwostok und wohl auch Washington sowie Los Angeles erobern müssen.
Folglich war der Rußlandfeldzug nur politisch, wenn auch natürlich mit militärischer Unterstützung, zu einem tragbaren Ende zu bringen. Es ging darum, den Russen eine Alternative zu bieten, die besser als das Leben unter Stalin war. Die Voraussetzungen hierfür waren vortrefflich. Mehr als eine Million Russen haben im Zweiten Weltkrieg unter deutschen Fahnen gedient, meist wohl nicht, um das Hakenkreuz zu stützen, sondern um Hammer und Sichel zu stürzen. Das war einzigartig in der Geschichte der Kriege.
Um noch mehr Kräfte zu mobilisieren und den Rußlandfeldzug zu gewinnen, hätte das Dritte Reich den Menschen Rußlands mehr bieten müssen als eine von Hitler und Himmler beherrschte Zukunft. Doch dazu hätte eben Hitler nicht Hitler und Himmler nicht Himmler sein dürfen.
Allerdings kann man das Argument weiterführen. Viele der in Stalingrad gefangengenommenen deutschen Offiziere haben sich dem sowjetgesteuerten Nationalkomitee Freies Deutsch-

land oder dem Bund Deutscher Offiziere angeschlossen - meist wohl nicht, um Hammer und Sichel zu stützen, sondern um das Hakenkreuz zu stürzen.
Das war einzigartig in der Geschichte der Kriege. Um noch mehr Kräfte zu mobilisieren und den Krieg rascher sowie mit weniger Opfern zu gewinnen, hätten die Alliierten den Deutschen nur mehr bieten müssen als eine von Jalta und Potsdam, also von einem Super-Versailles beherrschte Zukunft. Doch dazu hätte eben Stalin nicht Stalin, Roosevelt nicht Roosevelt und Churchill nicht Churchill sein dürfen.<<

Angriff gegen die Sowjetunion

Am 22. Juni 1941, um 3.15 Uhr morgens, begann der deutsche Überraschungsangriff gegen den sowjetischen Bündnispartner von 1939 (Napoleon hatte den Rußlandfeldzug im Jahre 1812 ebenfalls "rein zufällig" am 22. Juni eröffnet). Während Italien und Rumänien rechtzeitig Kriegserklärungen abgaben, untersagte Hitler ausdrücklich die Abgabe der üblichen Kriegserklärung.
Das Oberkommando der Wehrmacht gab am 22. Juni 1941 bekannt (x139/585): >>An der sowjetrussischen Grenze ist es seit den frühen Morgenstunden des heutigen Tages zu Kampfhandlungen gekommen.
Ein Versuch des Feindes, nach Ostpreußen einzufliegen, wurde unter schweren Verlusten abgewiesen. Deutsche Jäger schossen zahlreiche rote Kampfflugzeuge ab. ...<<
Die Wehrmacht griff mit 152 Divisionen an (3.050.000 Soldaten, 3.700 Panzer und 7.200 Geschütze). Die deutschen Luftflotten 1, 2 und 4 verfügten über 1.280 einsatzbereite Kampfflugzeuge (510 Bomber, 290 Stukas, 440 Jäger, 40 Zerstörer) und 120 Fernaufklärer (x040/78-79).
Die deutsche Wehrmacht setzte damals 3 Heeresgruppen ein:
Deutsche Heeresgruppe Nord (Generalfeldmarschall von Leeb) mit der 18. Armee (Generaloberst von Küchler), 16. Armee (Generaloberst Busch), Panzergruppe 4 (Generaloberst Hoepner) und der Luftflotte 1 (Generaloberst Keller). Der Angriff der Heeresgruppe Nord erfolgte aus Ostpreußen in Richtung baltische Länder und Leningrad.
Deutsche Heeresgruppe Mitte (Generalfeldmarschall von Bock) mit der 9. Armee (Generaloberst Strauss), Panzergruppe 2 (Generaloberst Guderian), Panzergruppe 3 (Generaloberst Hoth) und der Luftflotte 2 (Generalfeldmarschall Kesselring). Der Angriff der Heeresgruppe Mitte erfolgte aus Ostpreußen in Richtung nördliches Generalgouvernement und Moskau.
Deutsche Heeresgruppe Süd (Generalfeldmarschall von Rundstedt) mit der 11. Armee (Generaloberst von Schobert), 17. Armee (General von Stülpnagel), 6. Armee (Generalfeldmarschall von Reichenau), Panzergruppe 1 (Generaloberst von Kleist) und der Luftflotte 4 (Generaloberst Löhr). Der Angriff der Heeresgruppe Süd erfolgte aus dem südlichen Generalgouvernement in Richtung Kiew - Dnjeprbogen.
Nach Hitlers Plänen sollte der Rußlandfeldzug höchstens 5 Monate dauern. Die deutsche Wehrmacht wurde zunächst von der 3. und 4. rumänischen Armee unterstützt. Später nahmen außerdem noch verbündete Kampfverbände aus Finnland, Frankreich, Italien, Spanien, der Slowakei und Ungarn am Rußlandfeldzug teil.
Die sowjetischen Streitkräfte verfügten zum Zeitpunkt des deutschen Angriffes an der Westfront über 291 Divisionen und 94 Brigaden (x047/276) mit mindestens 4,7 Millionen Soldaten, 15.000 Panzern, 35.000 Geschützen und 9.000 Flugzeugen (Truppenstärke der sowjetischen Streitkräfte im Juni 1940: 134 Divisionen mit ca. 2,0-2,5 Millionen Rotarmisten).
Ilja Ehrenburg schrieb am 22. Juni 1941 in seiner Chronik "Russia at War" über den ehemaligen deutschen Bündnispartner (x046/159-160): >>Sie haben das glückliche freiheitsliebende Frankreich geplündert. Sie haben die mit uns verwandten Nationen versklavt, die hochkultivierten Tschechen, die tapferen Jugoslawen und die talentierten Polen. Sie vergewaltigten die Norweger, Dänen und Belgier. ...<<

Der rumänische Staatsführer Ion Antonescu schickte Rumäniens Truppen am 22. Juni 1941 mit folgenden Worten in den Kampf gegen die Sowjetunion (x106/108): >>Vor der rumänischen Geschichte habe ich heute die Verantwortung übernommen durch Gerechtigkeit und Ehrenhaftigkeit das zurückzugewinnen, was uns durch Verrat und gewaltsame Demütigung geraubt wurde, und habe beschlossen, den heiligen Kampf für die Wiedergewinnung der Rechte der Nation zu beginnen. ...
Zum heiligen Kampf gegen die Schänder der Zivilisation, der Gerechtigkeit und unserer eigenen Rechte (gemeint ist die Sowjetunion)! ... Zum großen und gerechten Kampf an der Seite des großen deutschen Volkes für eine glückliche Zukunft der Menschen!<<
Für Rumänien geht es in diesem Kampf gegen die Sowjetunion in erster Linie um die Befreiung der besetzten rumänischen Grenzgebiete in Bessarabien und in der Bukowina.
Premierminister Churchill erklärte am 22. Juni 1941 in einer Rundfunkansprache (x106/108): >>... Hitler ist ein Ungeheuer von unersättlicher Bosheit in seiner Blut- und Plünderungsgier.
Nicht zufrieden damit, ganz Europa unter seinem Absatz zu haben oder es in verschiedenen Formen abscheulicher Unterwürfigkeit unter Terror zu halten, muß er jetzt sein Werk der Schlächterei und Zerstörung zu den Volksmengen Rußlands und Asiens tragen. ...
Niemand ist ein konsequenterer Gegner des Kommunismus gewesen als ich. Ich will kein Wort widerrufen ... Aber alles dies verblaßt vor dem Schauspiel, das sich jetzt entfaltet. ... Jedermann, der gegen den Nationalsozialismus kämpft, erhält unsere Hilfe. Jeder, der mit ihm marschiert, ist unser Gegner. ... Wir haben Rußland alle technische und wirtschaftliche Hilfe, die ihm von Nutzen sein kann, angeboten.<<
Die deutsche Panzergruppe 3 meldete am 23. Juni 1941 (x046/63): >>Im gesamten Abschnitt war der Feind offenbar doch stärker als am Anfang der Operation angenommen wurde. ...<<
Der US-Unterstaatssekretär Sumner Welles erläuterte am 23. Juni 1941 die Ansichten der nordamerikanischen Regierung über den deutsch-sowjetischen Krieg (x106/108): >>Für das amerikanische Volk (sind) die Grundsätze und Lehren der kommunistischen Diktatur ebenso unerträglich und ihren eigenen Anschauungen ebenso fremd, wie die Grundsätze und Lehren der nationalsozialistischen Diktatur. ...
Aber die Frage, die sich jetzt dem amerikanischen Volke unmittelbar präsentiert, ist, ob der Plan der Welteroberung und der grausamen, brutalen Versklavung aller Völker sowie der schließlichen Zerstörung der letzten freien Demokratien, ein Plan, den Hitler jetzt verzweifelt durchzuführen versucht, erfolgreich aufgehalten und zunichte gemacht werden kann. ...
Nach Ansicht der amerikanischen Regierung wird ... jede Verteidigung gegen den Hitlerismus ... den schließlichen Untergang der gegenwärtigen deutschen Führer beschleunigen und sich von Vorteil erweisen.<<
Nach dem deutschen Überraschungsangriff gegen die UdSSR begrüßte Churchill am 24. Juni 1941 die neuen Verbündeten und versprach großzügige Hilfslieferungen. Aufgrund des Leih- und Pachtgesetzes vom 11. März 1941 unterstützte Nordamerika auch die Sowjetunion. Schon 2 Tage nach dem deutschen Angriff gegen die UdSSR kündigte US-Präsident Roosevelt den Sowjets Hilfslieferungen an und vergab große Staatsaufträge an die nordamerikanische Rüstungsindustrie.

Hitlers Kriegsziele in Osteuropa

Am 22. Juni 1941 verwirklichte Hitler schließlich skrupellos seine osteuropäischen Expansionspläne, die er in seinem Buch "Mein Kampf" angekündigt hatte.
Fast alle deutschen Soldaten glaubten zunächst daran, für eine gerechte und vernünftige Sache zu kämpfen. Die deutsche Wehrmacht erhielt damals offiziell den Befehl, die jahrhundertelange Bedrohung der deutschen Ostgebiete zu beenden und gleichzeitig sollten alle unterdrückten osteuropäischen Völker von der bolschewistischen Gewaltherrschaft befreit werden.

Die große Mehrheit der Landser war damals felsenfest davon überzeugt, einen "gerechten Kreuzzug" gegen den Kommunismus zu führen.
Hitler beabsichtigte jedoch nie, die geknechteten sowjetischen Völker vom Stalinismus zu befreien und dachte überhaupt nicht daran, den unterdrückten Osteuropäern zu helfen oder sie als gleichberechtigte Partner anzuerkennen. Der Rußlandfeldzug sollte nach Hitlers Plänen keine "normale" militärische Auseinandersetzung werden, denn Hitler beabsichtigte, die Sowjetunion vollständig zu vernichten.
In diesem Vernichtungskrieg sollten bisherige völker- und kriegsrechtliche Normen nicht beachtet werden (x033/163): >>... (Daher müsse die deutsche Wehrmacht in diesem Feldzug) vom Standpunkt des soldatischen Kameradentums abrücken. (Es handele sich um einen) Vernichtungskampf ...<<
Während der Planung und Vorbereitung des deutsch-sowjetischen Krieges entwickelte das NS-Regime gezielte Hungerstrategien.
Hermann Göring kalkulierte z.B. am 2. Mai 1941 mit dem Hungertod von mehreren Millionen Sowjetbürgern (x085/131): >>... (Wir rechnen in Rußland mit dem) größte Hungersterben seit dem Dreißigjährigen Krieg.<<
Der unsinnige Versuch des NS-Regimes, weiteren Lebensraum im Osten zu erobern, führte später tatsächlich zu mörderischen Hunger- und Vernichtungsschlachten. In Stalingrad, Leningrad und in vielen anderen sowjetischen Städten verursachte Hitlers Vernichtungsstrategie unendliches Leid. Im Herbst 1941 erteilte Hitler den Befehl, die sowjetischen Großstädte Moskau und Leningrad (Sankt Petersburg) zu vernichten.
Moskau sollte vollständig verschwinden und dem Erdboden gleich gemacht werden (x113/-114): >>Ich werde ein Staubecken dort anlegen. ...<<
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über den "Generalplan Ost" (x051/-208-209): >>Generalplan Ost, Titel einer Denkschrift der Hauptabteilung Planung (Professor Meyer-Hetling) beim Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums über "rechtliche, wirtschaftliche und räumliche Grundlagen des Ostaufbaus"; von Himmler in Auftrag gegeben und am 12.6.42 abgezeichnet.
Mitgearbeitet hatten auch Rosenbergs Ministerium für die besetzten Ostgebiete und das Rassenpolitische Amt der NSDAP, so daß der Generalplan Ost als offizielles Programm der nationalsozialistischen Eroberungs- und Besatzungspolitik angesehen werden kann:
Danach sollten in den ersten 25 Jahren nach Kriegsende 31 Millionen Einwohner Polens, des Baltikums und der sowjetischen Westgebiete nach Sibirien abgedrängt und dezimiert werden, während die verbleibenden 14 Millionen, vor allem "eindeutschungsfähige" Balten und Ukrainer "nordischer oder dinarischer Rassenzugehörigkeit", mithelfen würden, die deutsche "Volkstumsgrenze" tausend Kilometer nach Osten zu verlegen. Sie waren als Arbeitssklaven für die Siedler gedacht, die aus dem Reich, volksdeutschen Gebieten in Südtirol, Rumänien oder Ungarn, aus Skandinavien, Holland und England in den Osten gehen und die eigentliche "Germanisierung" vollenden sollten.
36 Siedlungsschwerpunkte mit 20.000 Einwohnern, umgeben von einem Kranz von Dörfern, waren als Netz zur Erschließung und Kontrolle der neuen Marken geplant: "Ingermanland" um Leningrad, "Gotengau" mit der Krim, Memel-Narew-Gebiet, Generalgouvernement u.a.
Der Generalplan Ost, begründet mit einstiger germanischer Besiedlung der vorgesehenen Gebiete, sollte die "geopolitische Windrichtung" nach Osten umkehren und Hitlers Lebensraumforderungen aus "Mein Kampf" erfüllen.
Ein Lebensrecht für die "slawischen Untermenschen" war in diesem rassistischen Konzept nicht vorgesehen. Auch wenn wegen der wechselnden Kriegslage seine Verwirklichung über schmale Anfänge nicht hinauskam, prägte es doch die deutschen Besatzungspraktiken in den Reichskommissariaten Ostland und Ukraine und ließ die anfängliche Begeisterung der Bevöl-

kerung für die Wehrmacht rasch in unversöhnlichen Haß gegen die Besatzer umschlagen.<<

Stalins Kriegsziele und Kriegsführung

Für Stalin war der Krieg ein hilfreiches Instrument, um von den großen innenpolitischen Schwierigkeiten abzulenken. Stalin wollte der UdSSR außerdem endlich eine angemessene weltpolitische Stellung verschaffen.

Der deutsche Historiker Dr. Manfred Kehrig schrieb später über Stalins Anteil am Ausbruch des deutsch-sowjetischen Krieges (x046/9-11): >>... Die seit Jahren geführte Diskussion über den Anteil der Sowjetunion am Ausbruch des Krieges mit Deutschland 1941 freilich muß unter der Prämisse geführt werden, daß dieser Krieg eine Auseinandersetzung auf Leben und Tod zwischen zwei totalitären Systemen war, die sich zur Erreichung ihrer politischen Ziele der gleichen Mittel und Methoden bedienten. Dies war nach 1945 kaum ins Bewußtsein der westeuropäischen Gelehrten gerückt, denn die Sowjetunion war 4 Jahre Verbündeter der westlichen Demokratien gewesen und hat unter einem ungeheuren Zoll an Gut und Blut schließlich zum Sieg über Deutschland Entscheidendes beigetragen. ...

Wer in Westdeutschland das sowjetische System in den Jahrzehnten des Zweiten Weltkrieges kritisch untersuchte, auf seine kompromißlose Mißachtung von Freiheit und Menschenwürde, auf Terror und Unterdrückung hinwies, wurde nicht selten als Faschist beschimpft, als Neonazi verdächtigt, an Leib und Gut bedroht. Unter dem Banner des Antifaschismus versammelten sich all jene, die außer dem sowjetischen System nichts anderes mehr gelten lassen wollten.

Dagegen hat sich auf allen Ebenen und Wissenschaftsfeldern Widerstand geregt, und gerade in der deutschen Geschichtswissenschaft hat es nicht an ernsten Anstrengungen gefehlt, allen "antifaschistischen" Indoktrinationsversuchen ruhig, überlegt und sicher argumentierend entgegenzutreten ...

Die sich im Frühjahr 1941 deutlich zum Vorteil der Sowjetunion verschiebende Lage, die von der deutschen Führung nur schemenhaft aufgeklärt werden konnte, ließ Hitler den Juni 1941 als den letztmöglichen Termin erscheinen, um überhaupt noch einen präventiven Krieg führen zu können. Auf der anderen Seite hatte Stalin allem Anschein nach den Angriffstermin im Frühjahr 1941 von 1942 auf Juli-September 1941 vorgezogen, um die an der sowjetischen Westgrenze konzentrierte deutsche Wehrmacht in mehreren wuchtigen Schlägen zu vernichten ...

Bisher überhaupt noch nicht ins Bewußtsein der westliche Welt getreten ist, daß nämlich Stalin den Krieg gegen das Deutsche Reich als Vernichtungs- und Eroberungskrieg konzipiert und dann auch durchgeführt hat, so wie Hitler seinem Feldzug gegen die Sowjetunion wesentlich rassenkämpferische Motiv beimischte.

Hierbei kam Stalins Befehl vom 6. November 1941, alle Deutschen ohne Unterschied totzuschlagen, eine besondere Rolle zu, denn die unter Anleitung von Ilja Ehrenburg arbeitende sowjetische Propaganda sorgte dafür, daß dieser Befehl nicht nur bis zum letzten Soldaten bekannt gemacht, sondern auch exekutiert wurde.

Die Aufforderung zur Ermordung deutscher Kriegsgefangener und Verwundeter stand vom ersten Tage des Krieges an auf der Tagesordnung und erlebte eine infernalische Steigerung, als die Rote Armee Ende 1944 deutsches Staatsgebiet erreichte und gegen die deutsche Zivilbevölkerung auf Weisung ihrer Befehlshaber und politischen Verwaltungen mordend, vergewaltigend, plündernd und sengend vorging, noch bis in die Wochen nach dem 8. Mai 1945 in ihren besetzten Gebieten eine breite Blutspur legend. ...<<

Nach den verlustreichen Kesselschlachten der Jahre 1941-1942 ließ man vielerorts völlig kampfunerfahrene Zivilisten an der Kampffront einsetzen. Diese sogenannten "Arbeitermilizen" wurden notdürftig eingekleidet, bewaffnet und mit Lastkraftwagen direkt an die Kampffront transportiert. Die neuaufgestellten "Arbeitermilizen" mußten danach sofort an den Ge-

fechten teilnehmen und erlitten zwangsläufig sehr hohe Verluste. Manche Polit-Kommissare hetzten ihre Infanterieeinheiten kurzerhand ohne Artillerieunterstützung in das feindliche Artillerie- und MG-Feuer und "verheizten" sie "ohne Rücksicht auf Verluste".
Stalin unterzeichnete am 12 September 1941 den Befehl Nr. 001919. Danach sollten innerhalb von 5 Tagen in jeder Division der Roten Armee sog. Absperrabteilungen in Bataillonsstärke aufgestellt werden.
Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtete später über Stalins Absperrabteilungen (x046/127): >>... Diese gut bewaffneten, auch mit einigen Panzern und Panzerwagen ausgestatteten Absperrabteilungen erhielten die Befugnis, ein eigenmächtiges Zurückweichen der Fronttruppen mit Waffengewalt zu verhindern und alle in Panik geratenen Soldaten, die sich dem Kampf entziehen wollten, niederzuschießen.<<
Als die sowjetischen Truppen in den ersten Wochen des deutsch-sowjetischen Ostkrieges meistens regelrecht überrollt wurden oder fluchtartig den Rückzug antreten mußten, machte Stalin vor allem seine Generäle für diese schmachvollen Niederlagen verantwortlich. Bereits im Juni/Juli 1941 ließ Stalin zahlreiche sowjetische Armeeführer (wie z.B. Generalmajor Korobkow und Generalmajor Kosobutskij) wegen "Landesverrat" degradieren, zum Tod verurteilen und durch Erschießungskommandos hinrichten (x040/84).
Diese sowjetischen Offiziere gehörten zwar nicht zu den überragenden Strategen und Taktikern der Roten Armee, aber sie waren für die meisten militärischen Katastrophen des Ostkrieges im Jahre 1941 nicht verantwortlich. Fast kein sowjetischer Armeeführer bzw. "Landesverräter" war schuldig, aber die Schuldfrage spielte zu Stalins Zeiten sowieso keine entscheidende Rolle. In der damaligen UdSSR ging es ausschließlich um Abschreckung und Angst, deshalb "verschickten" Stalins Helfer die Familienangehörigen dieser angeblichen "Landesverräter" ausnahmslos nach Sibirien.
Stalin, der wie Hitler den Oberbefehl der militärischen Streitkräfte übernommen hatte, war kein Militärstratege. Der "Stählerne" vermied (wie Hitler) jede persönliche Gefahr und hielt sich während des gesamten Ostkrieges nur einige Stunden an den Kampffronten auf. Die gigantischen sowjetischen Verluste von angeblich 13,6 Millionen Rotarmisten müssen zu einem erheblichen Teil Stalins militärischer Unfähigkeit zugerechnet werden. Trotz dieser unfaßbaren Verluste wurde Stalin im Jahre 1945 zum "Generalissimus" der Sowjetunion ernannt.

Sowjetische Kriegspropaganda, Politkommissare, Politleiter und Komsomolzen
Die stalinistische Kriegspropaganda (Ilja Ehrenburg und andere Propagandisten) rief jahrelang zur erbarmungslosen, konsequenten Vernichtung aller deutschen Soldaten auf.
In einem sowjetischen Flugblatt forderte man z.B. die sowjetische Bevölkerung folgendermaßen zum bewaffneten Widerstand auf (x029/285-286): >>Sammelt Waffen, erhebt Euch gegen die Deutschen, vernichtet sie bis auf den letzten Mann. Rächt euch an den deutsch-faschistischen Schurken. Rächt die an Euren Frauen begangenen Vergewaltigungen. Rächt die Quälereien an dem Volk. Rächt ... die Zerstörung Eurer Städte und Dörfer. Nehmt für alles Rache. Blut um Blut! Tod um Tod!<<
Wesentliche Tätigkeiten der Politleiter und der Politorgane (KPdSU-Führungsorgane in den Streitkräften der Roten Armee) waren z.B. die Herausbildung von politischen und ideologischen Überzeugungen, die Aufrechterhaltung hoher Gefechtsbereitschaft und die Steigerung der Kampfkraft aller Streitkräfte sowie die Festigung der "militärischen Disziplin" und Mobilisierung von Reservisten.
Ihre Hauptaufgabe war es, die "politische Erziehung" der Soldaten zu gewährleisten und die Kommandeure bei der militärischen Führung zu unterstützen. Die Politkommissare waren meistens fanatische und zu jedem Opfer bereite Kämpfer, denn Hitlers gnadenloser "Kommissarerlaß" versperrte ihnen jeden Weg in die Gefangenschaft.

Zur "parteipolitischen Erziehung und Führung" der sowjetischen Streitkräfte schickte die KPdSU von 1941-45 insgesamt 1,6 Millionen Kommunisten und 3,5 Millionen Komsomolzen an die Ostfront. Die Reihen der sowjetischen Politorgane wurden ununterbrochen aufgefüllt. Nach sowjetischen Angaben fielen mehr als 3,0 Mio Mitglieder dieser "Politarbeiter" an der Ostfront (x047/107).

Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtete später über die sowjetischen Kriegskommissare (x046/122): >>... Der Kriegskommissar war "neben dem Kommandeur" ... eindeutig auch der "militärische Führer seiner Abteilung". Er hatte nicht nur den gesamten Mannschaftsbestand, sondern auch die Kommandeure, Einheitsführer und Offiziere zu überwachen und zu bespitzeln und hierbei "mit den Stellen der Militärstaatsanwälte und Tribunale und der Besonderen Abteilungen zusammenzuarbeiten". Die Kriegskommissare und Politischen Leiter hatten die 'bedingungslose Erfüllung' aller Kampfaufträge sicherzustellen und waren dafür verantwortlich, daß die Soldaten mit 'Tapferkeit' und 'unerschütterlicher Bereitschaft' "bis zum letzten Blutstropfen mit den Feinden unserer Heimat kämpfen".

Sie also in erster Linie waren es, die die Rotarmisten ohne Rücksicht auf Verluste in das Feuer jagten. Zugleich war der Kommissar verpflichtet, einen "rücksichtslosen Kampf mit den Feiglingen, Panikmachern und Deserteuren zu führen, indem er mit harter Hand die revolutionäre Ordnung und Kriegsdisziplin wiederherstellt".

Dies bedeutete, mit anderen Worten, jeden Soldaten, unabhängig von seinem Rang, beim Versuch des Überlaufens (oder der Gefangengabe) oder beim Sichtbarwerden von 'Angriffsmüdigkeit' "auf der Stelle zu erschießen". Ebenso bedeutete dies die 'mitleidlose' Vernichtung der "Feigen und Panikmacher, Mutlosen und Deserteure", das heißt aller, "die selbständig ohne Befehl die Stellung verlassen". ...

Ihre überragende Rolle in der Roten Armee als Aufpasser und Antreiber brachte es für die Kommissare und Politischen Leiter mit sich, daß die Masse der Soldaten in ihnen einen Gegenstand der Furcht und Abneigung erblickte. Dies galt insbesondere auch für die in ihrer Führerstellung eingeengten und oft auch persönlich bedrohten Offiziere ...<<

Ermordung von deutschen Kriegsgefangenen

Angesichts der Tatsache, daß die Sowjetunion die Haager Landkriegsordnung von 1907 gekündigt hatte und das Genfer Kriegsgefangenen-Abkommen von 1929 ablehnte, befürchtete die deutsche Wehrmachtsführung vor dem Rußlandfeldzug das Schlimmste.

Diese deutschen Befürchtungen wurden jedoch bei weitem übertroffen, denn seit Beginn des Ostkrieges mißachteten die Sowjets vielerorts die damals bestehenden Regeln und Gesetze des Völkerrechts.

Der sowjetische Oberbefehlshaber der 5. Armee, Generalmajor Potapow, schrieb am 30. Juni 1941 an die Kommandeure der Kampfeinheiten und Chefs der Abteilungen für politische Propaganda (x029/288-289): >>... Es ist nicht vereinzelt vorgekommen, daß Rotarmisten und Kommandeure, erbittert über die Grausamkeiten der faschistischen Räuber ... keine Soldaten und Offiziere gefangennehmen, sondern an Ort und Stelle erschießen.

Als Folge dieser Maßnahmen ergibt sich bei der Leitung die Schwierigkeit, die feindliche Aufstellung festzustellen, den politisch-moralischen Zustand des Heeres zu ermitteln sowie diese für die Auswertung bei der Arbeit unter den Truppen des Feindes auszunützen.

Gleichzeitig ist dieses aber auch vom politischen Standpunkt aus nicht richtig, da unsere Aufgabe darin besteht, daß der Soldat des deutschen Heeres auf die Seite der Roten Armee übergeht; wird es aber bekannt, daß Gefangene erschossen werden, hört der Zustrom auf.

Ich ordne daher an:

1. Allen Kämpfern und Kommandeuren die Schädlichkeit der Erschießung der in die Gefangenschaft geratenen Soldaten und Offiziere plausibel zu machen und die Gefangenen ohne

Verzögerung nach hinten zu befördern zwecks einer Mitarbeit mit ihnen.
2. Ich verbiete kategorisch, selbständige Erschießungen vorzunehmen.<<
Am 1. Juli 1941 gerieten z.B. 180 deutsche Soldaten, die größtenteils nicht verwundet waren, in sowjetische Gefangenschaft. Fast alle deutschen Gefangenen wurden damals auf der Straße von Klewan nach Broniki (Ukraine) kurzerhand erschossen.
Obgleich gemäß Artikel 23 der Haager Landkriegsordnung (HLKO) "die Tötung oder Verwundung eines die Waffen streckenden oder wehrlosen Feindes, der sich auf Gnade oder Ungnade ergeben hat, ..." eindeutig verboten war (x029/206), erteilte Stalin im November 1941 offiziell den Befehl, die "Hitler-Generation" auszurotten und keine deutschen Gefangenen mehr zu machen.
In seiner Rede zum 24. Jahrestag der Oktoberrevolution forderte Stalin am 6. November 1941 in Moskau, alle Deutschen, die auf russischem Boden angetroffen werden, zu vernichten (x046/260,262): >>... Nun wohl, wenn die Deutschen einen Vernichtungskrieg wollen, so werden sie ihn bekommen (stürmischer, langanhaltender Beifall).
Von nun an wird es unsere Aufgabe, die Aufgabe der Völker der Sowjetunion, die Aufgabe der Kämpfer, der Kommandeure und der politischen Funktionäre unserer Armee und unserer Flotte sein, alle Deutschen, die in das Gebiet unserer Heimat als Okkupanten eingedrungen sind, bis auf den letzten Mann zu vernichten (stürmischer Beifall, Rufe: "Sehr richtig!" Hurrarufe).
Keine Gnade den deutschen Okkupanten! Tod den deutschen Okkupanten! (stürmischer Beifall) ...
Um aber diese Ziele verwirklichen zu können, gilt es, ... alle deutschen Okkupanten ... bis auf den letzten Mann auszutilgen (stürmischer, langanhaltender Beifall). …<<
>>... Beutedokumente und Gefangenenaussagen lassen an dem Befehlscharakter der Stalinaufforderung tatsächlich keinen Zweifel. So war nach den Aussagen eines gefangenen Regimentskommissars für die Behandlung deutscher Kriegsgefangener maßgebend der "Befehl Stalins vom November 1941", demzufolge "alle Kriegsgefangenen ... zu erschießen sind", wenngleich dieser Kommissar zugleich die Einschränkung machen wollte, Überläufer würden als Gefangene nach hinten abgeschoben.
Dem widersprach jedoch die Aussage des Armeeangehörigen Kisilov vom Schützenregiment 406. Sein Zugführer, Unterleutnant Kolesnicenko, habe vor dem Angriff auf Leskij am 17. Januar 1942 folgenden Befehl des Regimentskommissars verkündet: "Es werden keine Gefangenen gemacht, alle Deutschen werden erschlagen. Keiner darf am Leben bleiben." ...<<
Der Chef der Politischen Abteilung der 9. Kavalleriedivision verteilte im Dezember 1941 folgende Direktive an die sowjetischen Kommissare aller Einheiten (x046/254): >>... Erklärt den Kämpfern und Kommandeuren, daß der Feind nirgends Schonung finden wird, in diesem Sinne auch bei den höheren Stäben nicht. ... Zur Auseinandersetzung mit ihnen kommen wir immer noch rechtzeitig. Keiner der Eindringlinge wird unser Land lebend verlassen.<<
Der sowjetische Stabschef der Aufklärungsabteilung der 33. Armee, Hauptmann Potapow, meldete im Dezember 1941 (x029/293): >>... 100 Kriegsgefangene, die von der ersten "G.M." Schützendivision gemacht wurden, wurden in Anbetracht der komplizierten Lage auf Befehl der Kommissare der Division erschossen. ... Im ganzen wurden 115 Mann erschossen.<<
Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtete später über "Stalins Vernichtungskrieg" (x046/20,223): >>... So hat nicht nur Hitler, wie eine bestimmte Zeitgeschichtsschreibung glauben machen will, sondern gerade auch Stalin, die politische und militärische Führung der Roten Armee, in der Auseinandersetzung von Anfang an Methoden angewendet, die in ihrer Brutalität alles bisher Dagewesene in den Schatten stellten. Schon das praktisch mit dem ersten Kriegstage einsetzende systematische Aufputschen der Angehörigen der Roten Armee, die Erzeugung infernalischer Haßgefühle gegen die Soldaten der eindingen-

den feindlichen Heere, lassen alle hierzulande verbreiteten Legenden über die angeblich allein an der Weigerung Hitlers gescheiterten Möglichkeiten einer "humanen" Kriegsführung in ein Nichts zusammenfallen. ...<<

>>… Konnte der deutsch sowjetische Konflikt als Zusammenstoß zweier gegensätzlicher sozialistischer Systeme nur mit der völligen Vernichtung eines der beiden Kontrahenten enden, so entsprachen auch die Methoden der Kriegführung in ihrer Schonungslosigkeit vollauf dem totalitären Anspruch, der die beiden Ideologien charakterisierte.

"Der vergangene Krieg war von beiden Seiten aus ein grausamer", schrieb Jakusevskij 1993 in der Zeitschrift NOVOE VREMJA, "Die Methoden der Kriegführung waren bei beiden totalitären Systemen ähnlich."

Geschichtliche Interpretationen, die hierzulande den Eindruck zu erwecken versuchen, als hätte sich der Konflikt an der deutsch-sowjetischen Front in humaneren Formen austragen lassen, wenn nicht Hitler und die Wehrmachtführung schon bei der Planung des Unternehmens 'Barbarossa' die herkömmlichen Regeln und Gebräuche des Krieges skrupellos außer Kraft gesetzt hätten, gehen an dem Kern der Dinge vorbei, da sie jede Berücksichtigung der Verhältnisse auf sowjetischer Seite vermissen lassen.

Das schließt natürlich die Vermeidung unnötiger Härten auf deutscher Seite nicht aus. Und es war gewiß der kardinale Fehler Hitlers gewesen, den russischen Menschen in seinem Patriotismus und den russischen Soldaten in seiner Tapferkeit verkannt und die einzigartige Gelegenheit zur Gewinnung des russischen Volkes vertan zu haben - eine Verblendung, die das Scheitern des Krieges in Rußland unabwendbar machte.<<

Allein in den Jahren 1941-42 kamen nach sowjetischen Frontberichten 90 % bis 95 % bzw. etwa 175.000 deutsche Kriegsgefangene ums Leben (x023/245). Am 8. August 1943 wurden z.B. 165 deutsche Kriegsgefangene und 125 Hilfswillige nach dem Verhör von betrunkenen Komsomolzen des 42. Schützenregiments (Führung: Oberstleutnant Kotelnik) erschossen oder erschlagen. Einige Kriegsgefangene, die man bei dem Massaker nur schwer verletzte, erhielten erst 2 Stunden später den "Gnadenschuß" (x029/327).

Meistens kannten die Rotarmisten auch gegenüber dem deutschen Sanitätspersonal und den verwundeten Lazarettinsassen keine Gnade. Ungezählte bewegungsunfähige Krüppel und schwerverwundete Soldaten wurden in ihren Krankenbetten getötet. Den unbewaffneten Ärzten, Krankenschwestern und Nachrichtenhelferinnen erging es nicht besser.

Erst gegen Ende des Jahres 1943 ließ Stalin die Tötung von Kriegsgefangenen ausdrücklich verbieten, weil er dringend Arbeitskräfte benötigte. Dieser Befehl wurde bis zum Kriegsende aber nicht von allen Einheiten der Roten Armee eingehalten. Auch in den letzten Kriegsmonaten liquidierten aufgehetzte Rotarmisten noch ungezählte deutsche Kriegsgefangene. Aufgrund der Tatsache, daß nicht nur im Deutschen Reich, sondern auch in der UdSSR mittlerweile ein Mangel an Arbeitskräften herrschte, ließ Stalin später sogar Belohnungen für lebende deutsche Kriegsgefangene auszahlen (x029/302).

Nach dem sowjetischen Einmarsch 1944/45 beachteten die siegreichen Truppen die gefangenen Wehrmachtssoldaten vielerorts zunächst überhaupt nicht, weil die Jagd nach Kriegsbeute wesentlich wichtiger war. Häufig machten sich die Sowjets nicht einmal die Mühe, ihre Feinde gefangenzunehmen. Die deutschen Soldaten meldeten sich oft selbstständig bei den sowjetischen Kommandanturen, denn in manchen besetzten Dörfern und Städten war es die einzige Möglichkeit, den haßerfüllten jugoslawischen, polnischen und tschechischen Milizen, Partisanen und Zivilisten zu entkommen.

Von den rd. 3.155.000 deutschen Kriegsgefangenen, die von 1941-1945 in sowjetische Gefangenschaft gerieten, starben mindestens ca. 1.110.000 (x029/277).

Hungertod von sowjetischen Kriegsgefangenen

Bis zum 30. November 1941 gerieten bereits 3.806.865 sowjetische Soldaten, die überwiegend aus der Ukraine und anderen europäischen Gebieten der Sowjetunion stammten, in deutsche Kriegsgefangenschaft (x023/258). Diese sowjetischen Kriegsgefangenen wurden zwar gemäß der Haager Landkriegsordnung aus dem Kampfgebiet gebracht, aber Hunderttausende von ausgemergelten und erschöpften Kriegsgefangenen kamen später infolge der katastrophalen Transport- und Versorgungsprobleme zu Tode.

Die deutschen Journalisten und Publizisten Paul Carell (1911-1997) und Günter Böddeker (1933-2012) schrieben später in ihrem Buch "Die Gefangenen ..." über die katastrophale Situation der sowjetischen Kriegsgefangenen (x130/258-259): >>... Die deutsche Armee war bei ihrem Vorstoß nach Osten nicht darauf vorbereitet, daß ihr innerhalb kurzer Zeit so viele Gegner in die Hände fallen würden. Im ersten halben Jahr des Krieges gegen die Sowjets wurden nahezu vier Millionen Soldaten der Roten Armee gefangengenommen.

Die Deutschen waren nicht in der Lage, das unübersehbare Heer der Entwaffneten zu versorgen – die deutschen Truppen hatten selbst Nachschubschwierigkeiten. So wurden die Gefangenen in schnell errichteten Lagern zusammengepfercht. Dort verhungerten und erfroren sie.

Alexander Dallin (US-Historiker) schreibt:

"Es gibt eine Fülle beredter Zeugnisse dafür, daß ganze Divisionen dem Verderben unter freiem Himmel preisgegeben wurden. Seuchen und Krankheiten räumten in den Lagern auf. Schläge und Übergriffe seitens der Wachmannschaften waren an der Tagesordnung, Millionen blieben wochenlang ohne Nahrung und Obdach.

Wenn Gefangenentransporte an ihrem Bestimmungsort ankamen, gab es ganze Güterwagen voll von Toten. Angaben über die Höhe der Verluste schwanken beträchtlich, doch betrugen diese im Winter 1941/42 nirgendwo weniger als 30 Prozent; in manchen Fällen erreichten sie 95 Prozent". ...<<

Für Stalin existierten die sowjetischen Kriegsgefangenen bzw. "Volksverräter" überhaupt nicht (x025/111): >>... Es gibt keine russischen Kriegsgefangenen. Der russische Soldat kämpft bis zum Tod. Wenn er sich statt dessen gefangennehmen läßt, ist er automatisch aus der russischen Gemeinschaft ausgeschlossen.<<

Als Stalins Sohn Jakow in Kriegsgefangenschaft geriet, lehnte Stalin alle deutschen Austauschangebote kommentarlos ab (x080/308). Stalins Sohn kam 1943 in deutscher Gefangenschaft um.

Sowjetischer Partisanenkrieg und Taktik der "verbrannten Erde"

Nach den ersten verlustreichen Niederlagen aktivierte Stalin umgehend das tiefverwurzelte russische Nationalgefühl.

Am 3. Juli 1941 proklamierte Stalin in einer Rundfunkrede den "Großen Vaterländischen Krieg" und rief nach altbewährter russischer Tradition und Kriegstaktik zum Partisanenkrieg bzw. zur "Aktion der verbrannten Erde" auf (x106/112, x222/105): >>Brüder und Schwestern! Durch den uns aufgezwungenen Krieg ist unser Land in einen Kampf auf Leben und Tod mit seinem erbittertsten Feinde, mit dem deutschen Faschismus eingetreten. ...

Was muß geschehen, um die über unserem Vaterland schwebende Gefahr zu beseitigen? ...

Es ist für den Sowjetstaat und die Völker der Sowjetunion eine Frage auf Leben und Tod, ob die Völker der Sowjetunion frei oder versklavt sein werden. Alles muß den Interessen der Front und der Niederzwingung des Feindes untergeordnet werden. ...

Die Rote Armee und Marine, alle Bürger der Sowjetunion müssen jeden Fußbreit des sowjetrussischen Bodens verteidigen. ... Im Falle eines Rückzuges muß das gesamte Rollmaterial mitgeführt werden. ... Alles von Wert ... muß unbedingt vernichtet werden, wenn es nicht mitgenommen werden kann.

In den vom Feind besetzten Gebieten sind Partisanendetachements ... zu schaffen, die gegen die feindlichen Einheiten kämpfen, überall den Guerillakrieg entfachen. ... In den überfallenen Gebieten sind für den Feind unerträgliche Verhältnisse zu schaffen. ...<<
>>... Dem Feind darf keine einzige Lokomotive, kein einziger Waggon, kein Kilogramm Getreide und kein Liter Treibstoff überlassen werden. Die Kollektivbauern müssen das ganze Vieh wegtreiben. Partisanenabteilungen zu Fuß und zu Pferd müssen gebildet werden, zur Sprengung von Brücken und Straßen, zur Zerstörung der Telefon- und Telegraphenverbindungen, zur Niederbrennung der Wälder ...<<
Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtete später über Stalins Rundfunkrede vom 3. Juli 1941 (x046/87-88): >>... Wer die russische Militärgeschichte kennt, weiß um die hohen Qualitäten des russischen Soldatentums, um die oft bewiesene Tapferkeit der russischen Krieger beim Angriff und besonders bei der Verteidigung ihres Vaterlandes.
Von den Deutschen ist 1941 vielfach verkannt worden, welch hohes Maß an Heimat- und Vaterlandsliebe den russischen Menschen und den russischen Soldaten seit jeher innewohnt. In den Akten finden sich nach Kriegsausbruch in der Tat ungezählte Beispiele dafür, daß sowjetische Soldaten, aus welchen Gründen auch immer, an manchen Stellen in aufopfernder Gegenwehr bis hin zu ihrem Tode ausgeharrt und gekämpft haben.
Solche Fälle sind von der sowjetischen Geschichtsschreibung jedoch in unzulässiger Weise verallgemeinert und in bewußter Irreführung ist alles ignoriert worden, was mit dem Propagandabild des Sowjetheroismus nicht übereinstimmt. Denn es erhebt sich doch die Frage, welchen Grund die russischen Soldaten eigentlich gehabt haben sollen, "bis zur letzten Patrone, bis zum letzten Blutstropfen" für den "Genossen Stalin" und sein terroristisches Regime zu kämpfen, das ihnen und ihren Völkern die entsetzlichsten Leiden und Entbehrungen auferlegt hatte.
Stalin selbst, zunächst voller trügerischer Erwartungen über Stärke und Zusammenhalt der Roten Armee und erst nach Tagen von einem "lähmenden Schock" getroffen, hat sich hinsichtlich dieser Frage jedenfalls keinen Illusionen hingegeben. Er führte den Zusammenbruch der Fronten zutreffend nicht nur auf ein Versagen der Führung, sondern vor allem auf einen mangelnden Kampfeswillen der Truppen der Roten Armee zurück.
Und um den Soldaten 'Sowjetpatriotismus' einzuhauchen und jene Haltung zu erzeugen, die bis in unsere Tage hinein als 'Massenheroismus' bezeichnet wird, gab es für ihn nur eine Methode, auf der sein ganzes Herrschaftssystem beruhte, die Anwendung eines Höchstmaßes von Zwang und Terror, verbunden mit der Entfachung einer zügellosen Propagandakampagne zur politischen Beeinflussung.
Als er es am 3. Juli 1941 wagte, sich im Radio erstmals an die Völker der Sowjetunion zu wenden, kündigte er an, worauf es ihm jetzt ankam: "Es ist ferner notwendig, daß in unseren Reihen kein Platz für Feiglinge, Panikmacher und Deserteure sei", hieß es in dieser ersten Kriegsrede: ... Der Führungsapparat der Roten Armee setzte die Intentionen umgehend in Befehle um, die den Soldaten keine andere Wahl mehr lassen sollten, als zu kämpfen oder zu sterben.<<
Marschall Semjon K. Timoschenko (1895-1970, Oberbefehlshaber der sowjetischen Westfront) rief am 6. August 1941 alle Einwohner "der vom Feinde besetzten Gebiete" zum Partisanenkrieg gegen die Deutschen auf (x046/129): >>... Überfallt und vernichtet die deutschen rückwärtigen Verbindungen, Transporte und Kolonnen, verbrennt und zerstört die Brücken, zerreißt die Telegraphen- und Telephonleitungen, zündet Häuser und Wälder an. Schlagt den Feind, quält ihn zu Tode durch Hunger, verbrennt ihn durch Feuer, vernichtet ihn durch die Kugel und Handgranate. ...
Für die Ausführungen der Zerstörungen im Rücken des Feindes verwendet weitgehendst die örtlichen Mittel, verwendet Hilfsmittel, welche Sprengstoffe verlangen. ... Zündet die Lager

an. Vernichtet die Faschisten wie tolle Hunde.<<
Der sogenannte "Vaterländische Krieg" (Kampf für "Mütterchen Rußland") führte zu einer regelrechten Wiederbelebung der schwer angeschlagenen Roten Armee. Die sowjetischen Truppen und Partisaneneinheiten erledigten Stalins Zerstörungsbefehle gewissenhaft und gründlich. Während der Rückzugsgefechte verwüsteten die abrückenden Truppen der Roten Armee und die nachrückenden Partisanen, die vielerorts hinter den deutschen Linien operierten, riesige Gebiete. Zahlreiche Industriebetriebe, Treibstofflager und andere kriegswichtige Anlagen wurden kompromißlos gesprengt und zerstört.
Vor dem Rückzug verbrannten die Sowjets nicht selten riesige Waldflächen, Kornfelder, Lebensmittellager und vergifteten regelmäßig das Wasser in allen Brunnen und Teichen. Die materiellen Zerstörungen erreichten gigantische Ausmaße. Für die zurückgebliebene sowjetische Zivilbevölkerung bedeuteten diese systematischen Zerstörungen vielfach jahrelange Hungersnot und unvorstellbares Elend.
Nach dem Kriegsende machte Stalin die deutschen Truppen für sämtliche Zerstörungen verantwortlich, obgleich bereits durch die planmäßigen sowjetischen Vernichtungsaktionen Schäden in Milliardenhöhe entstanden waren. Nach sowjetischen Angaben büßte die sowjetische Wirtschaft angeblich 65 % ihrer Kohlenbergwerke, 58 % ihrer Stahlwerke und 41 % ihres Eisenbahnnetzes ein. Die deutschen Verlierer mußten später auch für die sowjetischen Vernichtungsaktionen jahrzehntelang enorme Reparationen leisten.
Da die SS- und SD-Sonderkommandos grundsätzlich weit hinter den Kampftruppen der deutschen Wehrmacht und der Waffen-SS "operierten", blieben die ungeheuerlichen Massenmordaktionen, die vor allem gegenüber der jüdischen Zivilbevölkerung, verübt wurden, zunächst größtenteils unbekannt. Das eigentliche Ausmaß der SD- und SS-Greueltaten wurde vielfach erst im Verlauf der fluchtartigen deutschen Rückzugsbewegungen bekannt.
Nach der Entdeckung dieser unvorstellbaren Massenverbrechen protestierten einige deutsche Generäle beim OKH oder direkt bei Hitler. Die entsetzten und verbitterten Generäle warnten vor den zwangsläufigen Folgen dieser menschenverachtenden, unverantwortlichen "Besatzungspolitik". Diese Befürchtungen wurden sehr schnell bestätigt, denn nach den ersten Massenmordaktionen der SS- und SD-Einsatzgruppen begann in der UdSSR schlagartig der von allen deutschen Landsern gefürchtete Partisanen-Krieg.
Nachdem man die deutschen Truppen in den nichtrussischen Westgebieten der UdSSR, insbesondere in den baltischen Ländern, Bessarabien und in der Ukraine anfänglich als Befreier vom bolschewistischen Joch gefeiert hatte, wich die große Begeisterung plötzlich einer tiefen Enttäuschung. Hitlers Ausrottungs- und Vernichtungspolitik verursachte schnell den entscheidenden Umschwung, so daß sich schließlich fast alle unterdrückten sowjetischen Völker schweren Herzens für Rußland bzw. Stalin und den ungeliebten Bolschewismus entschieden. Hitlers menschenverachtende "Besatzungspolitik" trieb in jenen Tagen Hunderttausende von Zivilisten zu den sowjetischen Partisanen. Dieser Partisanen-Krieg wurde damals nicht für den verhaßten Stalin, sondern für die eigene Heimat geführt.
Infolge der NS-Untermenschentheorie entwickelten sich in der Sowjetunion allmählich überall tödliche Haß- und Rachegefühle gegen alle Deutschen. Die grausame NS-Besatzungspolitik, die vielerorts durch Massenerschießungen, Zwangsdeportationen und brutale Unterdrükkung der "slawischen Untermenschen" gekennzeichnet wurde, führte zwangsläufig zu Partisanenanschlägen und Überfällen.
Die Tage, an denen die sowjetische Bevölkerung die Wehrmachtssoldaten mit Brot und Salz begrüßten, waren danach endgültig vorbei. Infolge der sinnlosen Massenverbrechen der SS- und SD-Einsatzgruppen mußten die deutschen Soldaten nun auch noch ständig hinter ihren Stellungen um ihr Leben kämpfen, denn schon bald tobte in der UdSSR ein heimtückischer Partisanenkrieg.

Die strategische Führung und die militärische Koordination der sowjetischen Partisanenbewegung übernahmen zentrale Stäbe der KPdSU. Die Chefs der Partisanenbewegung waren Marschall Woroschilow (1881-1969) und Generalleutnant Ponomarenko (1902-1984), der ab 1944 Vorsitzender des Rats der "Volkskommissare" wurde.
Während des "Großen Vaterländischen Krieges" kämpften nach sowjetischen Angaben 6.200 Partisanenformationen, mit mehr als 1.320.000 Partisanen, hinter den Fronten des Feindes (x047/229). Die stärksten Partisanenbewegungen operierten in Belorußland, Smolensk, Leningrad, Kalinin und in der Ukraine. Ab 1944 wurden außerdem 7 große Verbände und 26 Partisaneneinheiten in Polen und 20 Partisanenverbände in der Tschechoslowakei eingesetzt (x047/230).
Im direkten Frontgebiet und weit hinter der deutsch-sowjetischen Front tobte ab Herbst 1941 ein blutiger, unerbittlicher Partisanenkrieg. Der Kampf gegen die Partisanen weitete sich im Verlauf des Ostkrieges immer mehr aus, so daß man zum Schluß sogar von einer "2. Front" sprechen mußte. Die schwerbewaffneten Partisanen, die häufig mit Maschinenpistolen und Handgranaten ausgerüstet waren, verübten fast täglich Überfälle und Sabotageakte hinter den deutschen Linien. Oft beteiligten sich auch Frauen und Kinder an den Mordanschlägen gegen arglose deutsche Wehrmachtssoldaten.
Manche halbwüchsige Kinder bettelten tagsüber bei den Landsern um Nahrung. Später warfen diese "harmlosen Bettler" im Schutz der Dunkelheit kaltblütig ihre Handgranaten in die vollbesetzten Schlafräume oder Zelte der verhaßten deutschen Soldaten.
Im Dezember 1941 überfielen z.B. russische Partisanen in Roslawl ein deutsches Lazarett und ermordeten 120 verwundete Soldaten, 2 Ärzte und mehrere Krankenschwestern (x029/127).
In den riesigen Wäldern der Sowjetunion waren die ortskundigen und trickreichen Partisanen fast nicht zu stellen. Da sich in den besetzten sowjetischen Gebieten die Partisanenüberfälle dramatisch erhöhten, führte die deutsche Wehrmacht ab 1942 brutale Vergeltungsaktionen durch. Bei diesen Vergeltungsmaßnahmen kamen naturgemäß viele unschuldige Zivilisten ums Leben.
Die deutschen Truppenführer reagierten im allgemeinen völlig hilflos, denn sie hatten damals keinen "blassen Schimmer", wie sie die Partisanen- und Bandenbekämpfung gestalten sollten. Die Wehrmachtsführung versuchte es danach jahrelang erfolglos, den neuartigen osteuropäischen Partisanenkrieg, mit den "altbewährten Mitteln" der Westfront zu bekämpfen. Um die besetzten hinteren Frontgebiete zu "befrieden", mußten z.T. mehr als 200.000 Wehrmachtssoldaten abgezogen werden.
Ein Armeebefehl an die deutschen Wehrmachtseinheiten des "Ostheeres" lautete damals wie folgt (x073/195): >>... Bekämpfung reichsfeindlicher Bestrebungen und Elemente (Kommunisten, Juden und dgl.) ... ist in den besetzten Gebieten allein Aufgabe der Sonderkommandos der Sicherheitspolizei und des SD, die in eigener Verantwortung die notwendigen Maßnahmen treffen und durchführen. Eigenmächtiges Vorgehen einzelner Wehrmachtsangehöriger oder Beteiligung von Wehrmachtsangehörigen ... ist verboten.<<
Aufgrund der Tatsache, daß die Partisanen das gebräuchliche Kriegsrecht nicht beachteten und deshalb völkerrechtswidrig handelten, war die Erschießung von überführten Partisanen nach dem damals gültigen Kriegsrecht grundsätzlich "erlaubt".
Nach der Haager Landkriegsordnung von 1907 (Artikel 1) galten für den Partisanenkrieg und Widerstandsbewegungen verbindliche Rechtsgrundsätze und Rechtsvorschriften: Nach einer durchgeführten Besetzung war gemäß Kriegsrecht kein ziviler Widerstand der Bevölkerung zulässig. Für die Rechtmäßigkeit der Kampfhandlungen verlangte das Kriegsrecht außerdem, daß die Gegner auch aus großer Entfernung erkennbare Uniformen und Abzeichen tragen mußten, die Waffen sichtbar führten und allgemeine Regeln des Krieges einhielten. Diese Bedingungen wurden von den sowjetischen Partisanen jedoch in der Regel nicht erfüllt.

Der sogenannte "Volkskrieg" war gemäß Artikel 2 HLKO nur unter folgenden Umständen erlaubt (x029/221): >>... Die Bevölkerung eines nicht besetzten Gebietes, die beim Herannahen des Feindes aus eigenem Antriebe zu den Waffen greift, um die eindringenden Truppen zu bekämpfen, ohne Zeit gehabt zu haben, sich nach Artikel 1 HLKO zu organisieren, wird als kriegsführend betrachtet, wenn sie die Waffen offen führt und die Gesetze und Gebräuche des Krieges hält.<<
In der UdSSR konnte man die Partisanen nicht mit Härte und Rücksichtslosigkeit abschrekken. Durch die Strafexpeditionen und brutalen Vergeltungsmaßnahmen erreichte die deutsche Wehrmacht nur, daß sich der Partisanenkampf immer mehr ausweitete und die bereits übliche Grausamkeit und Härte des Untergrundkampfes sogar noch mehr gesteigert wurde. Da man fast alle sowjetischen Partisanen nach der Gefangennahme liquidierte, kämpften sie naturgemäß entsprechend fanatisch. Letzten Endes blieben fast alle militärischen Strafmaßnahmen der deutschen Wehrmacht wirkungslos.
Nach sowjetischen Angaben zerstörte die Partisanenbewegung in der UdSSR von 1941-45 rd. 10.000 Lokomotiven und mehr als 110.000 Eisenbahnwagen, 65.000 Kraftfahrzeuge und 12.000 Brücken. Außerdem brachten die Partisanen 20.000 Züge des Gegners zum Entgleisen und sprengten 58 deutsche Panzerzüge in die Luft (x047/230).
Etwa 300.000 deutsche Soldaten wurden von sowjetischen Partisanen getötet (x069/186).
In der offiziellen Geschichte des sowjetischen Partisanenkampfes ("Sowjetskie Partisani", Moskau 1961) berichtete Generalleutnant Ponomarenko, daß sogar ca. 500.000 deutsche Soldaten von sowjetischen Partisanen getötet wurden.
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtete später über die deutsche NS-Besatzungspolitik in der Sowjetunion (x025/112-113): >>... Als Hauptpunkte wären ... zu nennen: Schlechte Lebensmittelversorgung der Zivilbevölkerung - vielerorts bis zur Hungersnot -, ferner Deportation von sogenannten Fremdarbeitern nach Deutschland, exzessive Geiselerschießungen, Grausamkeit gegenüber politischen Gefangenen, Niederbrennen von Ortschaften in Partisanengebieten und schließlich der sogenannte Kommissarerlaß, wonach politische Kommissare ohne Gerichtsverfahren sofort zu erschießen waren. ...
Interessant ist dabei eine amerikanische Umfrage unter 1.000 verschleppten Russen, die in ihrer Heimat die deutsche Besatzung miterlebt hatten. ... Bei der Frage, wer von allen Deutschen sich am besten benommen hat, stimmten 10 für SS und SD, 69 für die Garnisonstruppen, 162 für die Zivilisten und 545 für die Frontsoldaten.
Daß im Heer abgesehen von einigen schwarzen Schafen Hitlers völkerrechtswidrigen Befehle im wesentlichen sabotiert wurden, war bald in Berlin bekannt und blieb auch der russischen Bevölkerung nicht verborgen, die durchaus zwischen SS und Einsatzgruppen einerseits und regulären Truppen andererseits zu unterscheiden wußten. ...<<

SS- und SD-Einsatzgruppen: "Einsatz hinter der Front"
4 SD-, SIPO- und SS-Sondereinsatzgruppen (ca. 3.000 Mann) warteten am 21. Juni 1941 bereits hinter den deutschen Heeresgruppen auf ihren Sondereinsatz hinter der Ostfront. Nach der militärischen Zerschlagung aller sowjetischen Truppen sollte in den besetzten Gebieten das gesamte Ostjudentum (gemäß Hitlers Ideologie: "Reservoir des Bolschewismus") sofort systematisch ausgerottet werden.
Am 2. Juli 1941 erteilte Reinhard Heydrich (1904-1942, Chef der Sicherheitspolizei und des SD) den an der Ostfront eingesetzten Höheren SS- und Polizeiführern der SD-Einsatzgruppen schriftlich den Befehl, die jüdisch-bolschewistische Intelligenz und sonstige radikale Elemente zu vernichten.
In Heydrichs Schreiben vom 2. Juli 1941 hieß es (x036/90):
>>... Zu exekutieren sind alle

Funktionäre der Komintern (wie überhaupt die kommunistischen Berufspolitiker schlechthin), die höheren, mittleren und radikalen unteren Funktionäre der Partei, der Zentralkomitees, der Gau- und Gebietskomitees,
Volkskommissare,
Juden in Partei- und Staatsstellungen,
sonstigen radikalen Elemente (Saboteure, Propagandeure, Heckenschützen, Attentäter, Hetzer usw.).<<
Am 27. Juli 1941 unterschrieb Generalfeldmarschall Keitel (auf Weisung Hitlers) einen Befehl, der Reichsführer SS Himmler die Vollmacht gab, völlig unabhängig von der deutschen Wehrmacht, in eigener Verantwortung zu handeln (x030/198). Mit dieser verhängnisvollen Weisung erhielt Himmler den "Freibrief" für die geplanten "Säuberungsaktionen" in den osteuropäischen Besatzungsgebieten. Himmlers Einsatzgruppen konnten danach noch ungestörter schalten und walten.
Die Einsatzgruppe A meldete am 15. Oktober 1941 die Liquidierung von bisher 125.000 Juden und 5.000 anderen Personen (x033/214).
Am 31. Oktober 1941 notierte SS-Obergruppenführer Erich von dem Bach-Zelewski (später Chef der "Bandenkampfverbände" für die gesamte Ostfront) für den Raum Estland 35.000 Erschießungen von jüdischen Zivilisten (x030/16). Erich von dem Bach-Zelewski (1899 in Lauenburg/Ostpommern geboren) wurde wegen der "Bandenbekämpfung im Osten" nie angeklagt oder verurteilt. Er starb 1972.
Da die SS- und SD-Einsatzgruppen auch mit äußerster Brutalität gegen die Partisanen vorgingen und bei ihren Einsätzen grundsätzlich keine Gefangenen machten, setzten sich die Partisaneneinheiten überall verzweifelt zur Wehr. Die SS- und SD-Sondereinheiten verzeichneten während der mörderischen "Strafexpeditionen" gewöhnlich hohe Verluste.
Infolge dieser hohen Ausfälle durchsuchte man dauernd die deutschen Zuchthäuser, Konzentrations- und Militärstraflager nach "geeigneten Kräften", um die Verluste der SD-Einheiten auszugleichen. Im Rahmen dieser angeblichen "Bandenbekämpfung" ließ Himmler praktisch jeden Straftäter einsetzen (Mörder, Berufsverbrecher, Zuhälter und sonstige "asoziale Elemente").
Die SS- und SD-Terroreinheiten unterstanden keinem Kriegsrecht, alles war erlaubt. Überall, wo diese zügellosen Marodeure auftauchten, verbreiteten sie in Windeseile tödliche Furcht und Schrecken unter der osteuropäischen Bevölkerung. Mord und Totschlag, Vergewaltigungen, Plünderungen und Brandstiftungen waren an der Tagesordnung. In der Sowjetunion waren die SS-Strafexpeditionen gegen die Partisanen nebensächlich, denn in erster Linie sollte das osteuropäische Judentum vernichtet werden.
Die deutschen Todeskommandos und ausländischen "Sturmbrigaden" ließen regelmäßig entsetzliche Spuren des Todes und der Verwüstung zurück. Im Verlauf der unvorstellbaren Menschenjagden und Mordorgien zerrten die SS- und SD-Erschießungskommandos willkürlich Tausende von ahnungslosen jüdischen Zivilisten aus ihren Wohnungen und metzelten sie anschließend nieder. Angebliche Partisanen und völlig unbeteiligte Zivilisten (Frauen, Kinder und alte Menschen) mußten sich vor langen Panzergräben aufstellen und wurden danach gnadenlos mit Maschinengewehren niedergemäht.
Im Raum von Riga und Minsk verfügten einige Todesbrigaden bereits ab 1941/42 über "fahrbare Gaskammern" (umgebaute Lastkraftwagen), um die ahnungslosen, vielfach arbeitsuntauglichen Menschen schon während der Fahrt nach den Massengräbern heimtückisch zu vergasen.
In der Sowjetunion setzten die SS-Totenkopf-Brigaden insgesamt 18.048 Mann ein (x036/-171). Die SD-Sondereinheiten "operierten" durchschnittlich mit 5.000-10.000 Mann. Sie wurden von Ende 1940 bis 1944 in Ost-Mitteleuropa (Polen, der UdSSR, Jugoslawien, Ungarn

und in der Slowakei) eingesetzt.
Die Sicherheitspolizei (Sipo) und die SD-Einsatzgruppen berichteten am 11. Dezember 1941 über ihre Einsätze hinter der deutsch-sowjetischen Ostfront (x149/96-97): >>In Borispol wurden auf Anforderung des Kommandanten der dortigen Kriegsgefangenenlager durch einen Zug des Sonderkommandos 4 am 14. Oktober 41.752 und am 16. Oktober 41.357 jüdische Kriegsgefangene, darunter einige Kommissare und 78 vom Lagerarzt übergebene jüdische Verwundete erschossen. Gleichzeitig exekutierte derselbe Zug 24 Partisanen und Kommunisten, die vom Ortkommandanten in Borispol festgenommen worden waren. ...
Ein anderer Zug des Sonderkommandos 4a wurde in Lubny tätig und exekutierte störungslos 1.865 Juden, Kommunisten und Partisanen, darunter 53 Kriegsgefangene und einige jüdische Flintenweiber.
Die Einsatzgruppe A meldete am 15. Oktober 1941, sie habe bisher 125.000 Juden und 5.000 andere (Kommissare, Funktionäre) "liquidiert"; die Einsatzgruppe B hatte bis zum 14.11.1941 45.000 Menschen ermordet, die Einsatzgruppe C 75.000 Juden und 5.000 "Andere", die Einsatzgruppe D bis zum 12.12.1941 55.000 Menschen. ...<<
Das Todeskommando der SS-Sondereinsatzgruppe B (Einsatzleitung: SS-Gruppenführer Arthur Nebe, ließ sich später vorzeitig ablösen) liquidierte von Juni bis November 1941 im Gebiet von Minsk 45.467 Personen (x030/251). Nebe (1894 in Berlin geboren) wurde wegen Beteiligung am Hitler-Attentat zum Tod verurteilt und am 21.03.1945 in Berlin hingerichtet.
Die SD-Sondereinsatzgruppe C (Einsatzleitung: SS-Standartenführer Paul Blobel) ermordete im Raum von Kiew mindestens 60.000 Juden (x051/77). Blobel (1894 in Potsdam geboren) wurde am 10.04.1948 zum Tod verurteilt und am 7.06.1951 gehängt.
Von Juni 1941 bis Juni 1942 ermordete die SD-Einsatzgruppe D (Einsatzgruppenkommandeur: SS-Gruppenführer Otto Ohlendorf) in der Süd-Ukraine rd. 90.000 Menschen, überwiegend osteuropäische Juden (x030/258). Ohlendorf (1907 in Hoheneggelsen/Landkreis Hildesheim geboren) wurde am 8. Juni 1951 in Landsberg gehängt.
Bis Ende 1941 brachten die SS- und SD-Einsatzgruppen etwa 0,5-1,0 Millionen sowjetische Juden und angebliche sowjetische Partisanen hinter der deutschen Ostfront um (x041/112, x036/43).
Als 1941/42 führende Wehrmachtsbefehlshaber energisch gegen die SS- und SD-Massenmordaktionen protestierten, ordnete Himmler, wegen der besseren Geheimhaltung, die Massentötung in speziellen Vernichtungslagern an.
Der deutsche Oberstaatsanwalt Alfred Streim (1932-1996) schrieb später über die Erteilung der Vernichtungsbefehle an die SD-Einsatzgruppen (x036/117): >>... Bemerkenswert ist nach allem, daß der allgemeine Vernichtungsbefehl an die Einsatzgruppen nicht – wie bisher angenommen – als in sich geschlossene Weisung an einem bestimmten Ort, zu einer bestimmten Zeit ergangen ist; es sind vielmehr mehrere Einzelweisungen erlassen worden, die zusammengefaßt, schließlich das ergaben, was wir im Sprachgebrauch heute unter dem "Führerbefehl" verstehen:
Am Anfang stand die am 17. Juni 1941 in Berlin von Heydrich verkündete Weisung zur Anstiftung von Pogromen. Vermutlich gleichzeitig oder einige Tage später folgte der Auftrag, alle Juden in Partei- und Staatsstellen sowie sonstige "radikale Elemente" zu liquidieren. Im Rahmen dieses Auftrages begann man jüdische Männer – insbesondere im wehrfähigen Alter – "zur Vergeltung" und aus anderen nicht stichhaltigen Gründen zu exekutieren.
Das Ende der Entwicklung war schließlich der Befehl, auch Frauen und Kinder jüdischer Abstammung der physischen Vernichtung zuzuführen. ...<<
Der deutsche Oberstaatsanwalt Alfred Streim (1932-1996) schrieb später über die Einsatzgruppen sowie die mobilen Einheiten des Chefs der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes, die nicht der deutschen Wehrmacht unterstanden (x051/142-143): >>... Am bekann-

testen ist der Einsatz der Einsatzgruppen im Rußlandfeldzug. Dafür wurden 4 Einsatzgruppen mit der Bezeichnung A, B, C, und D aufgestellt, die den Heeresgruppen Nord, Mitte, Süd und der 11. Armee zugeteilt waren; den Einsatzgruppen unterstanden jeweils 4-5 Sonder- (SK) bzw. Einsatzkommandos (EK) etwa in Kompaniestärke, die sich aus Angehörigen der Sicherheitspolizei und des SD zusammensetzten. Später kamen noch Angehörige der Polizei-Reserve-Bataillone 9 bzw. 3 und des Bataillons der Waffen-SS V hinzu, die zugweise auf die Kommandos verteilt wurden.
Die Einheiten wurden durch Hilfswillige und einheimische Miliz verstärkt. Zu den sicherheitspolizeilichen Aufgaben gehörte die Bekämpfung "reichsfeindlicher Elemente", namentlich gemäß "Führerbefehl" die Vernichtung der Juden als Träger des bolschewistischen Systems. Auf Befehl von Heydrich lösten die Einsatzgruppen in den ersten Tagen des Feldzuges durchweg nur Pogrome aus, denen Exekutionen wehrfähiger Männer jüdischen Glaubens aus vorgeschobenen Gründen – wie z.B. Unterstützung von Partisanen, Brandlegung - folgten. ungefähr seit August 1941 wurden alle Juden - auch die Frauen und Kinder erschossen.
Die Vernichtungsaktionen liefen im allgemeinen so ab: Vor der jeweiligen Aktion nahmen die Chefs der Einsatzgruppen oder die Kommandeure der ihnen unterstellten Einsatz- und Sonderkommandos in der Regel mit den für die entsprechenden Ortschaften oder Gebiete zuständigen Wehrmachts-Einheiten bzw. –Dienststellen Verbindung auf und setzten sie von ihrem Vorhaben in Kenntnis. Soweit erforderlich, wurden gleichzeitig Hilfsmaßnahmen, wie Absperrung des Exekutionsgeländes und Stellung von LKW für den Transport der Opfer zur Exekution, vereinbart.
Mit Hilfe von Dolmetschern, oft auch durch Hinweise der einheimischen Bevölkerung, wurden die Juden ermittelt und zu Sammelplätzen gebracht. Von diesen trieb oder fuhr man sie zu den Exekutionsorten, wo durch Kriegsgefangene bereits Gruben zur Aufnahme der Leichen ausgehoben worden waren, oder die Opfer wurden gezwungen, die Gruben selbst auszuheben. Die Juden mußten sodann ihre Wertgegenstände abgeben und sich entkleiden.
Während am Anfang die Exekution auf "militärische Weise" erfolgte, kam man bei zunehmender Zahl der zu Exekutierenden von dieser Art ab. Die Opfer zwang man, sich nebeneinander in die Grube mit dem Gesicht zur Erde oder, wenn eine Reihe voll war, mit dem Kopf zwischen die Füße der bereits Erschossenen zu legen, wobei es vorkam, daß die Grube zugeschüttet wurde, obwohl nicht alle Opfer tot waren.
Von der Jahreswende 1941/42 wurden zur Tötung der Juden "S(pezial)-Wagen! (Gaswagen) eingesetzt, um die Massenvernichtungen zu beschleunigen.
Das Ausmaß der Vernichtungsaktionen ergibt sich aus den erhalten gebliebenen sogenannten Ereignismeldungen, später Meldungen aus den besetzten Ostgebieten, in denen die Berichte der Einsatzgruppen an das RSHA zusammengefaßt waren.
Hiernach hat z.B. das SK 4 a der Einsatzgruppe C unter dem SS-Standartenführer Blobel am 29. und 30.9.41 in der Babi-Yar-Schlucht bei Kiew 33.771 jüdische Männer, Frauen und Kinder und Anfang 42 wenigstens 10.000 Juden in Charkow erschossen.
Die Gesamtzahl der Opfer dürfte sich auf mindestens 900.000 Menschen belaufen. Gegen die ehemaligen Angehörigen der Einsatzgruppen wurden nach dem Krieg zahlreiche Verfahren geführt. ...<<
Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtete später über die Massenverbrechen der SS- und SD-Einsatzgruppen in der Sowjetunion (x046/200): >>... Die sowjetische Kriegspropaganda, die die Deutschen und deren Verbündete von Kriegsbeginn an der Begehung unerhörter Greueltaten bezichtigte, geriet anfangs doch in eine gewisse Verlegenheit, als es darauf ankam, nun wirklich zugkräftige Beispiele aufzuzeigen. Zwar scheint das Wüten der Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD gegen die jüdische Bevölkerung, wenngleich nicht in seiner Systematik, sondern mehr in seinen Umrissen, bekannt geworden

zu sein. Und Ehrenburg selbst zitierte schon am 18. Dezember 1941 einen erbeuteten deutschen Heeresbefehl, der insofern aufschlußreich ist, als es den Soldaten in ihm untersagt wurde, den als 'unumgänglich' apostrophierten Maßnahmen der Einsatzgruppen auch nur als Zeugen beizuwohnen. ...<<
Nach den ersten NS-Massenvernichtungsaktionen gegenüber den europäischen Juden (ab 1941/42) wurde "Hitler-Deutschland" durch die anglo-amerikanischen Massenmedien zu einer "vom Teufel besessenen Nation" erklärt. Infolge des unmenschlichen NS-Terrors machte sich schließlich fast niemand mehr die Mühe, zwischen Schuldigen und Unschuldigen zu unterscheiden, sondern man forderte kollektive Strafmaßnahmen (x025/157).

Deutsche Wehrmachtsjustiz im Zweiten Weltkrieg

Die deutschen Feldkriegsgerichte (Militärgerichtsbarkeit zur Aburteilung aller strafbaren Handlungen von Militärpersonen) gingen bis zum Kriegsende unnachgiebig gegen alle Straftäter vor. Zahlreiche untadelige Richter, die sich nicht mit dem verbrecherischen NSDAP-Regime abfinden konnten und wollten, "flüchteten" im Verlauf des Krieges in die Heeresgerichte der deutschen Wehrmacht und baten um Übernahme durch die Heeresjustiz.
Die meisten deutschen Heeresrichter lehnten Hitlers "Barbarossa-Gerichtsbarkeitserlaß", der Straffreiheit für strafbare Handlungen von Militärpersonen in der UdSSR anordnete, konsequent ab.
Hitler, der den berüchtigten "Barbarossa-Erlaß" (13.05.1941) und den "Kommissar-Befehl" (6.06.1941) erteilt hatte, versuchte erstaunlicherweise während des Zweiten Weltkrieges nie, die deutschen Wehrmachtsrichter direkt zu beeinflussen.
Ehemalige Richter der deutschen Heeresgerichte berichteten später (x029/76): >>... Als Heeresrichter, der ich seit 1. Mai 1937 gewesen bin, habe ich beim Einsatz in keinem einzigen Fall von irgendeiner Seite Weisungen entgegennehmen müssen. Seitens der NSDAP ist dies niemals geschehen, weder in Friedenszeiten (1937-1939) noch im Krieg. Auch im Fall eines kriegsgerichtlichen Verfahrens gegen einen höheren Funktionär einer Gauleitung der NSDAP, das in Rußland durchgeführt worden ist, ist keinerlei Einflußnahme erfolgt oder auch nur versucht worden. Die Heeresgerichte waren im Feld von derartigen Einflußnahmen vollkommen frei. ...
... In meiner ganzen richterlichen Tätigkeit bis zum Ende des Krieges als Armeerichter, als Heeresgruppenrichter, als Richter beim Reichskriegsgericht habe ich nie irgendwelche Einflüsse der Partei zu spüren bekommen, auch bei den Gerichtsherren nicht. ... Ich habe 5 Oberbefehlshaber gehabt, völlig ausgeschlossen, daß da irgendwie die Partei hineinredete. Die Frage, inwieweit die Heeresjustiz abhängig war, kann ich in dem Sinne beantworten: sie war unabhängig.<<
Die Kriegsverbrechen der deutschen Wehrmachtssoldaten wurden an allen West- und Ostfronten unnachgiebig juristisch verfolgt. Auch im Verlauf des Polen- und Rußlandfeldzuges wurden Ausschreitungen und Kriegsverbrechen, die deutsche Wehrmachtangehörige gegenüber der Zivilbevölkerung verübten, disziplinarisch oder kriegsgerichtlich bestraft. Morde an Zivilisten, Vergewaltigungen und Plünderungen wurden grundsätzlich mit der Todesstrafe geahndet.
Die Feldkriegsgerichte zogen alle Wehrmachtssoldaten, die Verbrechen verübten, ausnahmslos und unnachsichtig zur Verantwortung. Die Heeresrichter fällten ihre Urteile nach kurzfristigen Verhandlungen. Sie ließen viele Todesurteile sofort gemäß Kriegsrecht vollstrecken und in den besetzten Dörfern oder Städten öffentlich bekanntmachen (x029/73). Nur in besonderen Ausnahmefällen (z.B. fahrlässiger Totschlag im Alkoholrausch, jugendliche Straftäter, Rache für Angehörige) wandelten die Wehrmachtsrichter die Todesurteile in langjährige Zuchthausstrafen um.

Vom 1. September 1939 bis zum 30. November 1944 verurteilten die deutschen Feldkriegsgerichte 9.413 deutsche Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten zum Tod und ließen die Mehrheit der Verurteilten hinrichten (x023/155). Während des Zweiten Weltkrieges fällten die deutschen Feldkriegsgerichte rd. 16.000 Todesurteile (x051/385).
Die Wehrmachtsjustiz verfolgte jedoch nur Kriegsverbrechen der Wehrmachtsangehörigen.
Der deutsche Historiker Bernd Wegner berichtete später über die "Waffen-SS" (x051/615-616): >>Waffen-SS, seit November 39 gebräuchliche Sammelbezeichnung für die bewaffneten Verbände der SS und Polizei.
Die Waffen-SS umfaßte mithin die bisherige Verfügungstruppe, die Totenkopfverbände und die Junkerschulen, ferner die aus Kräften der Ordnungspolizei neu aufgestellte Polizeidivision sowie die Angehörigen der zuständigen Zentraldienststellen (v.a. Ergänzungs-, Waffen- und Personalamt der Waffen-SS). Schon bald wurden teils aus haushaltsrechtlichen Gründen, teils um bestimmte Personenkreise vor einer Einziehung zur Wehrmacht zu schützen, weitere SS-Einrichtungen – insbesondere diverse Ausbildungsstätten sowie sämtliche KZ – zu Teilen der Waffen-SS erklärt.
Auch die KZ-Inspektion wurde im August 40 vorübergehend, d.h. bis zu ihrer Eingliederung in das Wirtschafts-Verwaltungshauptamt im März 42, in das neu geschaffene, als militärische Kommandozentrale der Waffen-SS konzipierte "SS-Führungshauptamt" integriert, ohne freilich ihre Eigenständigkeit einzubüßen.
Auch in Bezug auf die Kampfverbände der Waffen-SS war die Zuständigkeit des Führungshauptamtes stark eingeschränkt, da diese größtenteils in das Feldheer eingegliedert und den jeweiligen Kommandobehörden des Heeres taktisch unterstellt waren. Hinzu kam, daß diese Verbände als Teile der Gesamt-SS in personeller, ausbildungsmäßiger, disziplinarer und strafrechtlicher Hinsicht den Weisungen auch anderer SS-Dienststellen unterworfen waren.
War der Aufbau einer SS-eigenen Armee vor dem Krieg am Widerstand besonders der Heeresleitung gescheitert, so ermöglichte deren Einflußverlust in Verbindung mit den Zwängen des Krieges eine grundlegend neue Entwicklung. Die bewaffnete SS, die vor Kriegsbeginn nicht einmal im Divisionsverband bestanden hatte, verfügte gegen Kriegsende bei einer Gesamt-Iststärke von mehr als 600.000 Mann (1.1.39: 22.700) über (nominell) 38 Divisionen, 16 Generalkommandos und ein Armeeoberkommando (6. SS-Panzerarmee).
Der Preis für diese stürmische Entwicklung war eine v.a. seit Beginn des Krieges gegen die Sowjetunion zunehmende Aufweichung des – formell freilich nie aufgegebenen – Freiwilligkeitsprinzips bei gleichzeitiger Lockerung der Tauglichkeitsbestimmungen sowie die Heranziehung einer wachsenden Zahl volksdeutscher und ausländischer Freiwilliger aus fast allen Ländern Europas.
Der Wandel der Waffen-SS von einer kleinen Prätorianergarde zu einer schließlich nur noch in der Minderheit aus rein deutschen Soldaten bestehenden multinationalen Massenarmee führte, zumal unter den Bedingungen des Krieges, sowohl zu einer allmählichen Erosion der weltanschaulichen Geschlossenheit der Waffen-SS als auch zu einer weitgehenden Einbuße ihrer militärischen Elitequalität.
Die Konsequenz aus dieser Entwicklung war eine von der SS-Führung 1944 vorgenommene Dreiteilung der Waffen-SS. Deren Kern bildeten danach die nur aus "ordenfähigen" SS-Männern bestehenden "SS-Divisionen". Daneben gab es die mit nicht SS-tauglichen Deutschen und "Germanen" (d.h. West- und Nordeuropäern) aufgefüllten "Freiwilligendivisionen" sowie schließlich die aus "nicht-germanischen", zumeist osteuropäischen Freiwilligen, aufgestellten "Waffendivisionen" der SS.
Die militärische Qualität aller dieser Verbände war entsprechend ihrer personellen Zusammensetzung und materiellen Ausstattung, ihrem Ausbildungsstand und der Qualität ihres insgesamt sehr heterogenen Führerkorps höchst unterschiedlich.

Der Ruf, der an allen Fronten (mit Ausnahme Nordafrikas) eingesetzten Waffen-SS, als einer militärischen Elite beruht auf den herausragenden Leistungen relativ weniger personell und materiell bestausgestatteter Verbände, die zumeist – wie die Divisionen "Leibstandarte", "Das Reich", "Totenkopf" oder "Wiking" – aus den Stämmen der Vorkriegs-SS hervorgegangen waren.
Die Kehrseite der für diese Verbände charakteristischen Selbstaufopferungsbereitschaft war eine gegen Feind und Zivilbevölkerung oftmals rücksichtslose Kriegführung, die durch eine Fülle von Kriegsverbrechen belegt ist (u.a. Le Paradis, Klisura, Oradour, Malmédy).
Deswegen und aufgrund der organisatorischen und personellen Verknüpfungen mit anderen Teilen der SS einschließlich des Vernichtungsapparats (Einsatzgruppen, Konzentrationslager u.a.) wurde die Waffen-SS im Nürnberger Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher zur Verbrecherischen Organisation erklärt.
In der Tat war die Waffen-SS, obwohl dienst- und haushaltsrechtlich ein staatliches, formell dem Geschäftsbereich des Reichsinnenministeriums zugeordnetes Organ, stets Teil der Gesamt-SS und als solcher der militärische Exponent einer auf die Person Hitlers fixierten Führerexekutive. Unbeschadet ihrer Frontverwendung im Rahmen des Kriegsheeres und der oft engen Kooperation zwischen Heeres- und SS-Verbänden war die Waffen-SS mithin weder rechtlich noch ihrer historischen Genese nach ein "vierter Wehrmachtteil".<<
Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Alfred M. de Zayas berichtete später über die "Sondergerichtsbarkeit" für alle Straftaten der SS- und Polizeiangehörigen (x029/-245-246): >>... Schon der Polenzug offenbarte das Dilemma, in dem die untersuchenden deutschen Richter standen. Einerseits waren sie damit beauftragt, völkerrechtswidrige Handlungen des Gegners festzustellen. Andererseits wurden einige von ihnen im Laufe ihrer Tätigkeit mit Kriegsverbrechen der eigenen Seite konfrontiert, denn bereits während des Feldzuges setzten die Morde des SD ein. Nicht jeder Richter erfuhr, was sich im rückwärtigen Gebiet abgespielt hat, aber einige haben die Schandtaten selbst gesehen und darüber an ihre Vorgesetzten berichtet. ...
Auch der Oberbefehlshaber Ost, Generaloberst Johannes Blaskowitz verlangte im Oktober 1939 ein Verfahren wegen Mordes und Plünderung gegen zwei SS-Standartenführer – aber vergeblich. Blaskowitz verfaßte daraufhin zwei Beschwerden, die Hitler zugingen. ... Wegen seiner Proteste wurde Blaskowitz dann am 5. Mai 1940 abgesetzt.<<
Obgleich die Wehrmachtsrichter Hitlers völkerrechtswidrigen Befehle ablehnten (natürlich gab es auch Ausnahmen) und die deutschen Kriegsverbrechen konsequent ahndeten, waren alle Bemühungen letzten Endes vergeblich.
Die aufgehetzten, rachsüchtigen kommunistischen Sieger hielten sich später nachweislich nicht an die Regeln des Kriegs- und Völkerrechts oder fragten gewöhnlich überhaupt nicht nach Schuld oder Unschuld.
Nach der militärischen Niederlage wurden die Wehrmachtssoldaten, Soldaten der Waffen-SS, Volkssturmangehörige und andere Uniformträger, die in Kriegsgefangenschaft gerieten, für alle Verbrechen der SS- und SD-Sondereinheiten verantwortlich gemacht. Wer nicht zu den Siegern gehörte, mußte gemäß Kollektivschuld bzw. Sippenhaftung bitter büßen.

Unternehmen: "Taifun"
Die deutsche Heeresgruppe Mitte begann am 2. Oktober 1941 den Angriff auf Moskau (Unternehmen: "Taifun").
Infolge der dauernden Regenfälle blieb der deutsche Angriff bereits am 7. Oktober 1941 fast völlig im tiefen Schlamm liegen.
Die Truppenbewegungen im Mittelabschnitt der Ostfront wurden bereits am 15. Oktober 1941 durch heftiges Schneetreiben und Schneeverwehungen behindert. Im Hinterland der Ostfront

nahm die Partisanentätigkeit ständig zu.
Der US-Politiker und Diplomat William A. Harriman (1892-1986) berichtete über Verhandlungen mit Stalin im Oktober 1941 (x165/285): >>... Im Oktober 1941 begaben wir uns nach Moskau. Wir kamen zu der übereinstimmenden Auffassung, daß Stalin fest entschlossen war, den Deutschen standzuhalten. Er hat uns gesagt, er werde sie niemals bis nach Moskau vordringen lassen. Sollte er sich aber irren, würden sich die Russen zum Ural zurückziehen und von dort aus weiterkämpfen. Sie würden niemals kapitulieren.
Wir gewannen die Überzeugung, daß Stalin ungeachtet seiner furchtbaren Brutalität und seiner Schreckensherrschaft ein großer Kriegsführer war. Ohne Stalin hätten sie nie durchgehalten.
Von der Unterstützung (Hilfslieferungen), die wir Rußland anfänglich zukommen ließen, mußten wir entgegen unseren Zusagen einiges den Briten vorenthalten. Deshalb hat Großbritannien gewissermaßen auf sehr reale Weise zum Wiederaufstieg der Sowjetunion beigetragen.
Später wurden die Russen dann ungemütlich. ...<<
Am 16. Oktober 1941 verließ die sowjetische Regierung Moskau und floh nach Osten in die etwa 800 km entfernte Stadt Kujbyschew an der Wolga (x040/100).
Das Oberkommando der Wehrmacht gab am 23. Oktober 1941 bekannt (x139/707): >>Trotz schwieriger Witterungsverhältnisse wurde die äußere Verteidigungsstellung der sowjetischen Hauptstadt in den letzten Tagen von Südwesten und Westen her in breiter Front durchbrochen. Unsere Angriffsspitzen haben sich stellenweise bis auf 60 km an Moskau herangekämpft. ...<<
Das am 11. März 1941 in Kraft getretene nordamerikanische Pacht- und Leihgesetz wurde am 6. November 1941 auf die UdSSR ausgedehnt (x033/158). Am 6. November 1941 gewährte Nordamerika der Sowjetunion einen Pacht- und Leihkredit in Höhe von 1,0 Milliarden Dollar.
Am 5. Dezember 1941 begann die sowjetische "Kalininfront" mit ihren ausgeruhten und gutausgerüsteten Reserve-Armeen eine großangelegte Gegenoffensive. Überall im Norden, in der Mitte und im Süden der Ostfront mußte sich das deutsche Heer anschließend zurückziehen, damit es nicht zur gefürchteten Einkesselung kam.
Am 6. Dezember 1941 begann die sowjetische "Westfront" ihre großangelegte Gegenoffensive.
Wegen Einbruch des russischen Winters und der großen Erschöpfung aller deutschen Truppen mußten am 8. Dezember 1941 die Angriffe gegen Moskau eingestellt werden.
Hitler forderte die Soldaten der Ostfront am 16. Dezember 1941 zum fanatischen Widerstand auf und erteilte den sogenannten "Halt-Befehl". Hitlers selbstmörderisches Abwehrkonzept der "festen Plätze" und der starren Verteidigung verursachte in den folgenden Kriegsmonaten verheerende Verluste. Weitere unsinnige Durchhalteverfügungen und taktische Fehlentscheidungen bewiesen später in erschreckender Weise, daß Hitler ein vollkommen unfähiger Militärstratege war.
Die Wehrmachtstruppen waren im Dezember 1941 mit ihrer Kraft fast am Ende. Nach dem Scheitern des Blitzkriegskonzeptes war der Feldzug gegen die UdSSR bereits im Winter 1941/42 verloren.

Zusammenfassung des Ostkrieges (1941)
Stalin wurde am 1. Juli 1940 durch den britischen Botschafter Stafford Cripps aufgefordert, gegen die Deutschen in den Krieg einzutreten (x041/105). Stalin lehnte Churchills Forderungen jedoch kommentarlos ab. Für Stalin war die Kriegsteilnahme in jenen Tagen kein Thema, denn Stalin benötigte unbedingt einen deutschen Angriff gegen die Sowjetunion, um die geplante Expansion nach Westeuropa zu begründen und zu verwirklichen.

Zu diesem Zeitpunkt war die Rote Armee außerdem noch nicht kriegsbereit. Die sowjetische Rüstungsindustrie lief zwar schon seit Jahren "auf Hochtouren", aber den sowjetischen Streitkräften fehlten in erster Linie ausgebildete Kampftruppen-Offiziere. Allein bei den blutigen "Säuberungen" der Jahre 1937/38 hatte Stalin über 50 % aller sowjetischen Regimentskommandeure, fast alle Brigade-, Divisions- und Korpskommandeure, Militärbezirkskommandanten sowie altgediente, kampferfahrene Offiziere der Roten Armee als "Feinde des sowjetischen Volkes" liquidieren lassen (x041/202).
Trotz größter Anstrengungen konnten die Sowjets diese fehlenden Offiziere bis zum deutschen Angriff (1941) nicht mehr ausreichend ergänzen, so daß die Rote Armee in der Anfangsphase des Ostkrieges katastrophale Niederlagen hinnehmen mußte.
Am 25. November 1940 scheiterten die deutsch-sowjetischen Verhandlungen über den Dreimächtepakt-Beitritt der UdSSR und die Aufteilung der zukünftigen Weltherrschaft.
Die sowjetische Expansionspolitik in Rumänien und Bulgarien (Beherrschung der Erdölfelder und Zugang zum Mittelmeer) verstärkten anschließend die deutsch-sowjetischen Spannungen. Hitler geriet gegenüber der Sowjetunion allmählich in Zugzwang (x090/283).
Hitler unterzeichnete schließlich am 18. Dezember 1940 die Weisung Nr. 21 "Fall Barbarossa" (x106/79).
Stalin informierte die Armeeführer der Roten Armee Ende Dezember 1940, daß mit einem baldigen Angriff der deutschen Wehrmacht gegen die Sowjetunion zu rechnen sei (x264/28).
Der deutsche Historiker Walter Post berichtete später in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 7/8 - 2001 über die sowjetischen Vorbereitungen und Planungen für den Krieg gegen Deutschland (x853/...): >>... Die Sowjetunion bereitete sich seit dem Herbst 1939 systematisch auf einen Krieg vor, die Rüstungsproduktion lief auf vollen Touren. Zwischen dem 1. September 1939 und dem 22. Juni 1941 wuchs die Rote Armee von 1,4 Millionen auf über 5 Millionen Mann an.
Nach der Niederlage Frankreichs legten der damalige Generalstabschef Schaposchnikow und der Volkskommissar für Verteidigung Timoschenko eine ausführliche Analyse über die möglichen militärischen Gegner der Sowjetunion sowie über die eigenen Kräfte vor. ...<<
Der deutsche Historiker Alexander Demandt berichtete später über Stalins Kriegspläne (x283/221): >>... Seit Beginn der dreißiger Jahre hatte Stalin in gigantischem Umfang aufgerüstet. Er rechnete fest mit einem Krieg gegen Deutschland, daß er keineswegs vernichten, sondern dem Sozialismus nutzbar machen und als Rammbock gegen den Kapitalismus einsetzen wollte. Ob dies nach einem gelungenen Verteidigungskrieg hätte geschehen sollen – wie es dann ja wirklich kam – oder ob er wenig später selbst angegriffen hätte, bleibt offen.
In seinen Äußerungen ist das Wort "Angriff" mehrfach gefallen. Als Mann der Tat – Hitler nannte ihn respektvoll einen "Tiger" – hätte er den Verteidigungsfall nicht abwarten, dem Feinde die Initiative nicht überlassen dürfen. Angenommen, Deutschland hätte nicht angegriffen. Hätte Stalin dann frei nach Jesaja 2,4 die Schwerter in Pflugscharen verwandelt?
Hitler jedenfalls war von Stalins Angriffsplan persönlich überzeugt und bemerkte am 18. Mai 1942 in der Wolfsschanze stolz, dem zuvorgekommen zu sein. ...<<
Am 22. Juni 1941, um 3.15 Uhr morgens, begann der deutsche Überraschungsangriff gegen den sowjetischen Bündnispartner von 1939 (Napoleon hatte den Rußlandfeldzug im Jahre 1812 ebenfalls "rein zufällig" am 22. Juni eröffnet). Während Italien und Rumänien rechtzeitig Kriegserklärungen abgaben, untersagte Hitler ausdrücklich die Abgabe der üblichen Kriegserklärung.
Die Wehrmacht griff mit 152 Divisionen an (3.050.000 Soldaten, 3.700 Panzer und 7.200 Geschütze). Die deutschen Luftflotten 1, 2 und 4 verfügten über 1.280 einsatzbereite Kampfflugzeuge (510 Bomber, 290 Stukas, 440 Jäger, 40 Zerstörer) und 120 Fernaufklärer (x040/78-79).
Die sowjetischen Streitkräfte verfügten zum Zeitpunkt des deutschen Angriffes an der West-

front über 291 Divisionen und 94 Brigaden (x047/276) mit mindestens 4,7 Millionen Soldaten, 15.000 Panzern, 35.000 Geschützen und 9.000 Flugzeugen (Truppenstärke der sowjetischen Streitkräfte im Juni 1940: 134 Divisionen mit ca. 2,0-2,5 Millionen Rotarmisten).
Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtete später über die unterschätzte personelle und materielle Stärke der Roten Armee (x046/63): >>... Da die Deutschen vor dem 22. Juni 1941 das Bestehen von rund 100 Panzer- und motorisierten Divisionen nicht erkannt hatten, sie vielmehr nur 7 Panzerdivisionen und 38 motorisierte, mechanisierte Brigaden voraussetzten, zeigten sie sich nach Kriegsbeginn sehr überrascht von der Masse der Panzerdivisionen, die ihnen mit einem Male gegenüberstanden.
Es "stellte sich bald heraus, daß der Russe weit mehr Verbände zur Verfügung hatte, als vor Beginn des Ostfeldzuges vom OKH angenommen war", vermerkte die 1. Panzerarmee am 19. Dezember 1941. ... Das Erstaunen bezog sich dabei nicht nur auf die Panzer und Flugzeugzahlen, die alle Erwartungen übertroffen hatten, sondern auch auf die Güte der sowjetischen Waffen und des Gerätes.<<
Der US-Senator und spätere Präsident Harry S. Truman erklärte am 23. Juni 1941 (x172/388-389): >>... Wenn es so aussieht, als würde Deutschland gewinnen, sollten wir Rußland helfen, und wenn Rußland sich als stärker erweist, sollten wir Deutschland helfen. Dann können sie sich nach Herzenslust umbringen. Allerdings möchte ich unter gar keinen Umständen Hitler als Sieger sehen.<<
Nach dem deutschen Überraschungsangriff gegen die UdSSR begrüßte Churchill am 24. Juni 1941 die neuen Verbündeten und versprach großzügige Hilfslieferungen. Aufgrund des Leih- und Pachtgesetzes vom 11. März 1941 unterstützte Nordamerika auch die Sowjetunion. Schon 2 Tage nach dem deutschen Angriff gegen die UdSSR kündigte US-Präsident Roosevelt den Sowjets Hilfslieferungen an und vergab große Staatsaufträge an die nordamerikanische Rüstungsindustrie.
Stalins erbarmungslose Vernichtungsstrategie richtete sich nicht nur gegen die deutschen Soldaten, sondern auch gegen die eigenen Truppen und die sowjetische Zivilbevölkerung. Der sowjetische Kampfstil war völlig anders, als z.B. die Kriegsführung der westlichen Alliierten. Die westlichen Alliierten bombardierten meistens tagelang die deutschen Stellungen, bevor man überhaupt die ersten Infanteriesoldaten einsetzte. Im Gegensatz zu den Nordamerikanern und Briten schonten die sowjetischen Befehlshaber ihre Soldaten nicht, denn Menschenleben waren für die sowjetischen Offiziere und Polit-Kommissare gewöhnlich gleichgültig.
An einigen Frontabschnitten jagte man die Rotarmisten sogar bewußt durch Minenfelder, um keine eigenen Panzer zu verlieren. Für die sowjetischen Truppeneinheiten gab es grundsätzlich keinen Rückzug, denn "Feiglinge" wurden von den fanatischen Polit-Kommissaren oder Komsomolzen, die während der Gefechte hinter der Kampffront warteten, sofort liquidiert.
Das deutsche IX. Armeekorps meldete am 2. August 1941 (x046/135): >>... (Die feindlichen Angriffe werden) trotz stärkster Verluste außerordentlich zäh geführt. ... Durch eigene Beobachtungen und Gefangenenaussagen wurde festgestellt, daß die russische Infanterie durch MG-Feuer von rückwärts und mit der Pistole von den Kommunisten in den Kampf getrieben wird.<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtete später über die sowjetische Kriegsführung (x025/111,258): >>... Ein Teil der Millionverluste der Roten Armee (geht) auf das Konto der Menschenverachtung ihrer eigenen Führer, etwa nach dem Motto: "Wenn wir an ein Minenfeld kommen, greift unsere Infanterie genauso an, als wäre es nicht da" (Äußerung von Marschall Shukow gegenüber General Eisenhower) ...<<
>>Als weitere Ursachen für die extrem hohen Verluste der Roten Armee sind genannt worden: Bewußtes "Verheizen" von Strafbataillonen, Tötung eigener Verwundeter auf dem Rückzug, Liquidation unzuverlässiger Armeeteile ...<<

Die stalinistische Kriegspropaganda (Ilja Ehrenburg und andere Propagandisten) rief jahrelang zur erbarmungslosen, konsequenten Vernichtung aller deutschen Soldaten auf.
In den Tagesbefehlen vermittelten die sowjetischen Offiziere und Polit-Kommissare der Roten Armee grundsätzlich den Eindruck, daß nicht nur die SD- und SS-Einsatzgruppen, sondern auch die deutschen Wehrmachtssoldaten alle sowjetischen Gefangenen foltern und ermorden würden. Vor allem die große Angst, nach der Gefangennahme mißhandelt und umgebracht zu werden, beeinflußte die Kriegsführung an der Ostfront entscheidend. Da weder Rotarmisten noch die deutschen Landser in Gefangenschaft geraten wollten, gab es meistens keine Kapitulation. Oftmals gingen die erbitterten Kämpfe "bis zum letzten Mann".
Zu jeder sowjetischen Kompanie gehörte seit Juli 1941 grundsätzlich mindestens ein Politleiter (Dienstgrad = Oberleutnant), der innerhalb der Roten Armee die Einflußnahme und die Verwirklichung der KPdSU-Politik gewährleistete. Die Kriegskommissare besaßen als Regierungsbeauftragte besondere Vollmachten. Sie waren häufig die eigentlichen Befehlshaber der einzelnen Truppenteile. Jeder Politkommissar verfügte in seiner Kompanie über Spitzel, so daß er sofort über alle internen Vorgänge informiert wurde.
Innerhalb der Roten Armee wurden außerdem verstärkt Komsomol-Organisationen (Kampfabteilungen des Jugendverbandes der KPdSU) eingesetzt, deren Hauptaufgabe es war, die jungen Rotarmisten zur "aufopferungsvoller Ergebenheit", zu Mut und Heldentum zu erziehen. Die Komsomolzen (sogenannte "Stalin-Schüler") arbeiteten eng mit den kommunistischen Politarbeitern und KP-Parteiorganisationen zusammen. Sie begleiteten meistens die gefürchteten sowjetischen Nachschubeinheiten.
Zur "parteipolitischen Erziehung und Führung" der sowjetischen Streitkräfte schickte die KPdSU von 1941-45 insgesamt 1,6 Millionen Kommunisten und 3,5 Millionen Komsomolzen an die Ostfront. Die Reihen der sowjetischen Politorgane wurden ununterbrochen aufgefüllt. Nach sowjetischen Angaben fielen mehr als 3,0 Mio Mitglieder dieser "Politarbeiter" an der Ostfront (x047/107).
Angesichts der Tatsache, daß die Sowjetunion die Haager Landkriegsordnung von 1907 gekündigt hatte und das Genfer Kriegsgefangenen-Abkommen von 1929 ablehnte, befürchtete die deutsche Wehrmachtsführung vor dem Rußlandfeldzug das Schlimmste.
Diese deutschen Befürchtungen wurden jedoch bei weitem übertroffen, denn seit Beginn des Ostkrieges mißachteten die Sowjets vielerorts die damals bestehenden Regeln und Gesetze des Völkerrechts.
Obgleich gemäß Artikel 23 der Haager Landkriegsordnung (HLKO) "die Tötung oder Verwundung eines die Waffen streckenden oder wehrlosen Feindes, der sich auf Gnade oder Ungnade ergeben hat, ..." eindeutig verboten war (x029/206), erteilte Stalin im November 1941 offiziell den Befehl, die "Hitler-Generation" auszurotten und keine deutschen Gefangenen mehr zu machen.
In einem sowjetischen Flugblatt vom Dezember 1941 hieß es z.B. (x029/296-297): >>... Die Deutschen müssen bis zum letzten Mann vernichtet werden, sie haben sich als Okkupanten auf das Gebiet unserer Heimat gestürzt. Keine Gnade den deutschen Okkupanten. Tod den deutschen Okkupanten.<<
Aufgrund dieser völkerrechtswidrigen Anordnungen wurde die sowjetische Kriegsführung immer härter und gnadenloser und fast bis zum Ende des Ostkrieges durch fürchterliche Grausamkeiten und unvorstellbare Ausschreitungen geprägt, denen ungezählte deutsche Kriegsgefangene zum Opfer fielen. Allein in den Jahren 1941-42 kamen nach sowjetischen Frontberichten 90 % bis 95 % bzw. etwa 175.000 deutsche Kriegsgefangene ums Leben (x023/245).
Wenn die deutschen Soldaten nach den Kampfeinsätzen lebend in sowjetische Gewalt gerieten, war es meistens gleichbedeutend mit Folter und Tod. Vielfach begnügten sich die Sowjets nicht damit, ihre Kriegsgefangenen mit dem "typischen Genickschuß" zu liquidieren, denn in

zahlreichen Fällen wurden die Kriegsgefangenen vor ihrer Ermordung noch bestialisch gequält oder sadistisch verstümmelt.
Erst gegen Ende des Jahres 1943 ließ Stalin die Tötung von Kriegsgefangenen ausdrücklich verbieten, weil er dringend Arbeitskräfte benötigte. Dieser Befehl wurde bis zum Kriegsende aber nicht von allen Einheiten der Roten Armee eingehalten.
Von den rd. 3.155.000 deutschen Kriegsgefangenen, die von 1941-1945 in sowjetische Gefangenschaft gerieten, starben mindestens ca. 1.110.000 (x029/277).
Bis zum 30. November 1941 gerieten bereits 3.806.865 sowjetische Soldaten, die überwiegend aus der Ukraine und anderen europäischen Gebieten der Sowjetunion stammten, in deutsche Kriegsgefangenschaft (x023/258). Diese sowjetischen Kriegsgefangenen wurden zwar gemäß der Haager Landkriegsordnung aus dem Kampfgebiet gebracht, aber Hunderttausende von ausgemergelten und erschöpften Kriegsgefangenen kamen später infolge der katastrophalen Transport- und Versorgungsprobleme zu Tode.
Die Transportzüge wurden damals ausschließlich für Kriegsmaterial- und Truppentransporte benötigt, so daß man die sowjetischen Kriegsgefangenen nicht ausreichend verpflegen oder unverzüglich in den Westen transportieren konnte.
Im Winter 1941/42 überließen die zuständigen SS- und SD-Organisationen ungezählte sowjetische Kriegsgefangene dem Hungertod. Hunderttausende von sowjetischen Kriegsgefangenen wurden in jener Zeit in total überfüllten Gefangenenlagern interniert und vegetierten dort größtenteils trotz eisiger Kälte, Schnee, Regen oder Wind wochenlang unter freiem Himmel, bis sie schließlich jämmerlich verhungerten und qualvoll starben.
Für Stalin existierten die sowjetischen Kriegsgefangenen bzw. "Volksverräter" überhaupt nicht (x025/111): >>... Es gibt keine russischen Kriegsgefangenen. Der russische Soldat kämpft bis zum Tod. Wenn er sich statt dessen gefangennehmen läßt, ist er automatisch aus der russischen Gemeinschaft ausgeschlossen.<<
Nach den ersten verlustreichen Niederlagen aktivierte Stalin umgehend das tiefverwurzelte russische Nationalgefühl.
Am 1. Juli 1941 rief das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Weißrußlands zum Partisanenkrieg gegen die Deutschen auf und forderte (x046/128-129): >>Jede Verbindung im Hinterland des Gegners zu vernichten, Brücken und Straßen zu sprengen oder zu beschädigen, Treibstoff- und Lebensmittellager, Kraftfahrzeuge und Flugzeuge anzuzünden, Eisenbahnkatastrophen zu arrangieren, Feinde zu vernichten, ihnen weder Tag noch Nacht Ruhe gebend, sie überall zu vernichten, wo man sie erwischt, sie mit allem zu töten, was man zur Hand hat: Beil, Sense, Brecheisen, Heugabeln, Messern ...
Bei der Vernichtung der Feinde schreckt nicht davor zurück, beliebige Mittel anzuwenden: Erwürgt, zerhackt, verbrennt, vergiftet den faschistischen Auswurf. ...<<
Obwohl Stalin die sowjetische Bevölkerung ab Juli 1941 wiederholt zum Partisanenkampf hinter der Front aufrief, ereigneten sich in den ersten Wochen und Monaten fast keine Sabotageakte oder gar Partisanenüberfälle. Erst als nach Abschluß der Kampfhandlungen die SS- und SD-Einsatzgruppen in den besetzten sowjetischen Gebieten auftauchten, änderte sich die Lage grundlegend. Schon nach kurzer Zeit verbreiteten die SS- und SD-Todeskommandos, die z.T. braune Uniformen mit goldenen Abzeichen trugen, Angst und Schrecken unter der sowjetischen Bevölkerung.
Infolge der sinnlosen Massenverbrechen der SS- und SD-Einsatzgruppen mußten die deutschen Soldaten nun auch noch ständig hinter ihren Stellungen um ihr Leben kämpfen, denn schon bald tobte in der UdSSR ein heimtückischer Partisanenkrieg.
Während des "Großen Vaterländischen Krieges" kämpften nach sowjetischen Angaben 6.200 Partisanenformationen, mit mehr als 1.320.000 Partisanen, hinter den Fronten des Feindes (x047/229). Die stärksten Partisanenbewegungen operierten in Belorußland, Smolensk, Le-

ningrad, Kalinin und in der Ukraine.
Ungezählte deutsche Landser, die als Wachtposten, Melde- und Nachschubfahrer oder als Sanitäter ihren harten Dienst erfüllten, wurden heimtückisch aus dem Hinterhalt ermordet und z.T. bestialisch massakriert. In einigen Gebieten konnten die deutschen Nachschubkolonnen nur noch während des Tages fahren und mußten zusätzlich von Kampftruppen eskortiert werden.
Nach sowjetischen Angaben zerstörte die Partisanenbewegung in der UdSSR von 1941-45 rd. 10.000 Lokomotiven und mehr als 110.000 Eisenbahnwagen, 65.000 Kraftfahrzeuge und 12.000 Brücken. Außerdem brachten die Partisanen 20.000 Züge des Gegners zum Entgleisen und sprengten 58 deutsche Panzerzüge in die Luft (x047/230).
Etwa 300.000 deutsche Soldaten wurden von sowjetischen Partisanen getötet (x069/186).
In der offiziellen Geschichte des sowjetischen Partisanenkampfes ("Sowjetskie Partisani", Moskau 1961) berichtete Generalleutnant Ponomarenko, daß sogar ca. 500.000 deutsche Soldaten von sowjetischen Partisanen getötet wurden.
4 SD-, SIPO- und SS-Sondereinsatzgruppen (ca. 3.000 Mann) warteten am 21. Juni 1941 bereits hinter den deutschen Heeresgruppen auf ihren Sondereinsatz hinter der Ostfront. Nach der militärischen Zerschlagung aller sowjetischen Truppen sollte in den besetzten Gebieten das gesamte Ostjudentum (gemäß Hitlers Ideologie: "Reservoir des Bolschewismus") sofort systematisch ausgerottet werden.
Am 2. Juli 1941 erteilte Reinhard Heydrich (1904-1942, Chef der Sicherheitspolizei und des SD) den an der Ostfront eingesetzten Höheren SS- und Polizeiführern der SD-Einsatzgruppen schriftlich den Befehl, die jüdisch-bolschewistische Intelligenz und sonstige radikale Elemente zu vernichten.
Fast sämtliche SS- und SD-Sondereinsatzkommandos wurden von ausgestoßenen Offizieren der deutschen Wehmacht oder der Waffen-SS geführt. Bei den Degradierten handelte es sich vielfach um zum Tod verurteilte und später begnadigte Soldaten. Diese ehemaligen deutschen Offiziere trugen grundsätzlich keine Dienstgradabzeichen der deutschen Wehrmacht oder der Waffen-SS. Die Angehörigen der SS- und SD-Einheiten waren größtenteils zwielichtige Gestalten (zunächst Wilddiebe und ähnliche Straftäter). Die deutschen und ausländischen SD-Sondereinheiten erkannte man sofort an den buntscheckigen Kampfanzügen und besonderen Kragenspiegeln (Karabiner mit Handgranate).
Die SS- und SD-Sondereinsatzgruppen entwickelten sich schnell zum Sammelbecken für den Abschaum des deutschen Volkes. Drückeberger und Feiglinge, die um jeden Preis den Kampfeinsatz in den vorderen Frontlinien vermeiden wollten, fanatische Nazis, grausame Sadisten, krankhafte Triebtäter, habgierige Plünderer und unehrenhaft entlassene Wehrmachtsangehörige sowie sonstige Verbrecher konnten sich damals in diesen Sondereinsatzgruppen vollkommen ungestört und zügellos in den eroberten Gebieten hinter der deutschen Kampffront austoben.
Zur Bekämpfung der "reichsfeindlichen Elemente" Osteuropas setzte Himmler später auch verstärkt ausländische "Einsatzkommandos" aus dem Baltikum, der Ukraine und anderen sowjetischen Republiken ein. Die russische Sturmbrigade "RONA" (Russische Nationale Befreiungsarmee), unter Führung von Brigadeführer Kaminski, war besonders gefürchtet (x043/-425).
Nach Beendigung der Kämpfe und dem schnellen Vormarsch der deutschen Wehrmachtstruppen rückten sofort die berüchtigten Einsatzkommandos der SS, Sicherheitspolizei (SIPO) und des Sicherheitsdienstes (SD) in die eroberten ostpolnischen und sowjetischen Gebiete ein. Diese "Einsatzkommandos" sollten zwar offiziell die feindlichen Partisanen hinter der deutschen Kampffront bekämpfen, aber ihre eigentliche Sonderaufgabe war es, daß Ostjudentum vollständig auszurotten.

Für den Einsatz dieser Todesschwadronen war Himmler, Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei, dem alle Einsatzgruppen des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) unterstanden, persönlich verantwortlich. Keitels Vollmacht, die Hitler anordnet hatte, garantierte den deutschen Sondereinheiten absolute Bewegungsfreiheit und Straffreiheit für alle Vergehen, die gegen sogenannte "Träger des jüdisch-bolschewistischen Systems" begangen wurden.
Bis Ende 1941 brachten die SS- und SD-Einsatzgruppen etwa 0,5-1,0 Millionen sowjetische Juden und angebliche sowjetische Partisanen hinter der deutschen Ostfront um (x041/112, x036/43).
Als 1941/42 führende Wehrmachtsbefehlshaber energisch gegen die SS- und SD-Massenmordaktionen protestierten, ordnete Himmler, wegen der besseren Geheimhaltung, die Massentötung in speziellen Vernichtungslagern an.
Die deutschen Feldkriegsgerichte (Militärgerichtsbarkeit zur Aburteilung aller strafbaren Handlungen von Militärpersonen) gingen bis zum Kriegsende unnachgiebig gegen alle Straftäter vor. Die Feldkriegsgerichte wurden bestimmten Truppenverbänden der deutschen Wehrmacht zugeordnet. Während des Zweiten Weltkrieges war ein Kriegsrichter für die Vorbereitung und Erhebung der Anklage zuständig. Die ordentlichen Rechtsmittel wurden durch ein besonderes Nachprüfungsverfahren des Gerichtsherrn (bzw. des militärischen Oberbefehlshabers eines Truppenverbandes) gewährleistet.
Die deutschen Heeresgerichte sorgten trotz der totalitären NS-Diktatur während des Zweiten Weltkrieges selbständig und frei für Zucht und Ordnung (x029/76).
Hitler, der den berüchtigten "Barbarossa-Erlaß" (13.05.1941) und den "Kommissar-Befehl" (6.06.1941) erteilt hatte, versuchte erstaunlicherweise während des Zweiten Weltkrieges nie, die deutschen Wehrmachtsrichter direkt zu beeinflussen.
Innerhalb der deutschen Wehrmacht gab es nachweislich keine offizielle Haßpropaganda oder Mordaufträge gegen Zivilisten. Die Wehrmachtssoldaten verübten zwar ebenfalls vielerorts Gewaltverbrechen, aber es handelte sich fast ausschließlich um Einzeltäter. Die meisten deutschen Offiziere waren noch nach alter preußischer Tradition ausgebildet und achteten besonders wachsam auf die Disziplin ihrer Soldaten. Es gab natürlich auch einige fanatische NS-Offiziere, wie z.B. Generalfeldmarschall Schörner, aber diese deutschen "Polit-Kommissare" stellten nur unrühmliche Ausnahmen dar.
Vom 1. September 1939 bis zum 30. November 1944 verurteilten die deutschen Feldkriegsgerichte 9.413 deutsche Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten zum Tod und ließen die Mehrheit der Verurteilten hinrichten (x023/155). Während des Zweiten Weltkrieges fällten die deutschen Feldkriegsgerichte rd. 16.000 Todesurteile (x051/385).
Die Wehrmachtsjustiz verfolgte jedoch nur Kriegsverbrechen der Wehrmachtsangehörigen. Da die NS-Justiz bereits im Oktober 1939 eine "Sondergerichtsbarkeit" für alle Straftaten der SS- und Polizeiangehörigen erlassen hatte, durften die Feldkriegsgerichte diesen Personenkreis nicht verfolgen. Sämtliche Kriegsverbrechen der Waffen-SS, der SS- und SD-Einsatzgruppen oder der organisierte Völkermord in den Vernichtungslagern waren damit der Verfolgung durch die deutsche Wehrmachtsjustiz entzogen.
Die deutsche Heeresgruppe Mitte begann am 2. Oktober 1941 den Angriff auf Moskau (Unternehmen: "Taifun").
Infolge der dauernden Regenfälle blieb der deutsche Angriff bereits am 7. Oktober 1941 fast völlig im tiefen Schlamm liegen. Endlose Regenfälle verwandelten die Ebenen in eine bodenlose Sumpf- und Schlammwüste. Panzer, Lastkraftwagen, Geschütze, Pferdefuhrwerke und Soldaten blieben im knietiefen Schlamm stecken. Die deutschen Truppen kamen nicht mehr von der Stelle und der Nachschub fiel vielerorts tagelang aus.
Die Truppenbewegungen im Mittelabschnitt der Ostfront wurden bereits am 15. Oktober 1941 durch heftiges Schneetreiben und Schneeverwehungen behindert. Im Hinterland der Ostfront

nahm die Partisanentätigkeit ständig zu. Wegen Einbruch des russischen Winters und der großen Erschöpfung aller deutschen Truppen mußten am 8. Dezember 1941 die Angriffe gegen Moskau eingestellt werden.

Schlußbemerkungen: Michail Kalinin (1875-1946, seit 1919 Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR) erklärte am 5. Juni 1941 vor Zuhörern der Militärpolitischen Akademie "V. I. Lenin" (x046/79): >>... Die Deutschen beabsichtigen uns anzugreifen. ... Wir warten darauf! Je eher sie das tun, desto besser, da wir ihnen dann ein für allemal den Hals umdrehen werden.<<

Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtete später über Stalins damaliges Überlegenheitsgefühl (x046/79): >>... Es ist heute zweifelsfrei erwiesen, daß Stalin über den deutschen Angriff genauestens unterrichtet gewesen war. Schon 1966 hat der Verteidigungsminister, Marschall der Sowjetunion Grecko, klargestellt, daß stellenweise vielleicht die Fronttruppe, keinesfalls aber die Sowjetregierung und die Führung der Roten Armee von dem deutschen Angriff überrascht worden seien.

Bemerkenswerterweise ließ neben anderen Militärs auch Chruscev hierüber keinen Zweifel, als er erklärte: "Niemand, der auch nur den geringsten politischen Verstand besitzt, kann glauben, daß wir von einem unerwarteten, hinterhältigen Angriff überrascht worden sind". Von einem "deutschen Überfall" könne nicht die Rede sein, so kürzlich noch Oberst Filippov.

Das Überlegenheitsgefühl Stalins war im übrigen so groß, daß er meinte, in der Lage zu sein, selbst aus dem Stand heraus einen "beliebigen Überraschungsüberfall Deutschlands und seiner Verbündeten abzuwehren", "einen beliebigen Angriff abzuschlagen und den Angreifer zu vernichten". ...

Nicht am 22. Juni 1941 wurde Stalin von einem Schock getroffen, sondern, wie Generaloberst Volkogonov hervorhebt, erst Tage später, dann nämlich, als die Illusionen zerrannen und sich die Katastrophe an der Front abzeichnete, indem klar wurde, daß die Deutschen im Kampf eben doch die besseren waren.<<

Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtete später über die Gefechtsbereitschaft der Roten Armee im Juni 1941 (x046/56-60): >>... Das Gelingen des geplanten, großangelegten Überraschungsangriffs gegen die Truppen der Wehrmacht setzte einige Maßnahmen voraus, für die der Generalstab der Roten Armee am 15. Mai 1941 nachdrücklich eintrat.

1. Unter dem Anschein von Übungen für die Soldaten der Roten Armee sollte eine geheime Mobilmachung durchgeführt werden.
2. Unter dem Anschein des Beziehens von Ausbildungslagern sollten in der Nähe der Westgrenze Truppen zusammengezogen und vorrangig alle Armeen der Reserve des Oberkommandos konzentriert werden.
3. Die Luftstreitkräfte sollten insgeheim auf Feldflugplätzen zusammengezogen und mit dem Ausbau der Bodenorganisation sollte sofort begonnen werden.
4. Unter dem Anschein von Ausbildungsvorhaben und Übungen sollten ferner auch die Rückwärtigen Dienste organisiert werden.

Diese Forderungen entsprachen im wesentlichen den neuen operativen und taktischen Grundsätzen der Roten Armee, auf die auch die Deutschen frühzeitig aufmerksam geworden waren. Seit Frühjahr 1941 wurden deutscherseits in der sowjetischen Militärliteratur 'weitgehende Untersuchungen' über die "Anfangsphase eines neuzeitlichen Krieges" registriert.

Alle diese Untersuchungen, so heißt es in einer Zusammenstellung des Oberkommandos der deutschen 18. Armee vom 15. April 1941, gipfelten in der Erkenntnis, neuzeitliche Kriege würden beginnen "mit einem 'Hineinkriechen' in den Krieg, ohne offizielle Kriegserklärung bei allmählicher und bis zur endgültigen Eröffnung der Feindseligkeiten getarnter Mobilmachung". Motorisierte Kräfte und Kavallerie würden auf "Truppenübungsplätzen und bei Ma-

növern" versammelt und "innerhalb kürzester Zeit als Einbruchsarmee verwandt werden".
Ziel der "überfallartigen Kriegseröffnung" sei es, "die Kriegshandlungen in das Land des Gegners zu tragen und von Beginn des Feldzuges an die Initiative zu gewinnen". Es stellt sich die Frage, inwieweit diese Forderungen noch in der Ausführung begriffen oder bis zum 22. Juni 1941 bereits durchgeführt worden waren.
Was die geheime Mobilmachung angeht, so hatten die Truppen in den westlichen Grenzmilitärbezirken vom Generalstab der Roten Armee den Befehl erhalten, bis zum Juni 1941 die volle Mobilmachungsbereitschaft in Übereinstimmung mit dem neuen Mobilmachungsplan herzustellen. …
Im Mai 1941 hatte Stalin Befehl zur Einberufung von weiteren 800.000 Reservisten erteilt, so daß nun rund 300 Divisionen bereitstanden. Die Absicht dahinter hatten freilich auch die deutschen Kommandobehörden frühzeitig durchschaut, indem sie die zunehmenden Einberufungen von Spezialisten und die Einziehung ganzer Jahrgänge als eine zielbewußte Verstärkung der Roten Armee deuteten. ...
Ebenso wie die geheime Mobilmachung war auch die geheime Zusammenziehung der Truppen unter dem Anschein von Ausbildungslagern weitgehend abgeschlossen. Ein System 'dezentralisierter Lagerübungen' wurde von der Sowjethistoriographie geradezu als Beweis für die angeblich friedfertigen Absichten der Sowjetunion angeführt.
Doch in Wirklichkeit hatte der Generalstab auf Weisung Stalins hin schon am 13. Mai 1941 unter strengster Geheimhaltung abermals vier Armeen aus dem Landesinnern in die Grenzrayone in Marsch gesetzt, denen im Juni weitere Armeen folgten. Es handelte sich um die 16., 19., 20., 21., 22., 24., 28., insgesamt also um sieben Armeen sowie um das 21. und 23. mechanisierte Korps und das 41. Schützenkorps.
Diese gewaltige Truppenverschiebung vollzog sich unter dem Schirm der von Stalin inspirierten Dementis. So wandte sich die Nachrichtenagentur TASS am 15. Mai 1941 gegen die Gerüchte über starke Truppenkonzentrationen mit der geradezu entwaffnenden Behauptung, besserer Unterkunftsverhältnisse wegen sei eine einzige Division von Irkutsk nach Novosibirsk verlegt worden.
Am 13. Juni 1941 bezeichnete TASS Gerüchte über Kriegsvorbereitungen gegen Deutschland als "erlogen und provokatorisch", die Einberufung von Reserven und die bevorstehenden Manöver dienten allein der "Ausbildung" und der "Kontrolle des Eisenbahnapparates". Zu diesem Zeitpunkt war nach späteren deutschen Feststellungen schon "fast die gesamte verfügbare Streitmacht der SU in einer Monate dauernden Bewegung aus dem Innern Rußlands an die deutsche Ostfront herantransportiert worden".
Anders hätten vor der deutschen Heeresfront auch kaum Großverbände in einer Anzahl auftreten können, die nach dem Feindlagebericht der Panzergruppe 4 vom 10. August 1941 330 … sowjetische Divisionen betrug. Eine solche Truppenmassierung mußte nach Überzeugung des Generalstabes des Heeres eben lange vor Kriegsbeginn eingeleitet worden sein. ...
Die von den Deutschen erbeuteten Akten bestätigen ... die von Oberst Filippov konstatierte Tatsache, daß noch vor Beginn des deutschen Angriffs, zwischen dem 18. und 21. Juni 1941, die Mehrzahl der sowjetischen Divisionen in Gefechtsbereitschaft versetzt worden war. Vom 14. Juni 1941 an erging zudem der nur für den Fall der bevorstehenden Feindseligkeiten verständliche Befehl, die neugeschaffenen Frontstäbe (gebildet aus den Stäben der Militärbezirke der Friedenszeit) auf die Feldgefechtsstände zu verlegen.
Auch die geheime Konzentrierung der Luftstreitkräfte, der Ausbau der Bodenorganisation und der Aufbau der rückwärtigen Dienste waren am 22. Juni 1941 schon fast vollendet. Der Generalstab der Roten Armee hatte "in unmittelbarer Armee der Staatsgrenzen die kampfstärkste Angriffsgruppierung an Fliegerkräften" der gesamten bisherigen Luftkriegsgeschichte versammelt und zu diesem Zweck seit Frühjahr 1941 in dieser Zone ein dichtes Netz operativer

Flugplätze angelegt. Und dies folgerichtig in den Frontbögen von Bialystok und Lemberg, aus denen heraus entsprechend dem Generalsstabsplan vom 15. Mai 1941 die großen Überraschungsschläge der Westfront und der Südwestfront erfolgen sollten.
Eine vom Luftwaffenführungsstab im Krieg angefertigte Karte läßt die Massierung sowjetischer Flugplätze in den beabsichtigten Hauptstoßrichtungen auch überaus eindrucksvoll in Erscheinung treten. ...
Die sowjetischen Luftstreitkräfte hatten schon zwischen 1937 und 1940 im übrigen genaue Zielunterlagen und Zielbeschreibungen über eine große Anzahl deutscher Städte mindestens bis hin zur Linie Kiel – Celle – Erfurt ausgearbeitet - für den Luftwaffenführungsstab war dies "ein eindeutiger Beweis" für die methodischen Kriegsvorbereitungen der Roten Armee schon in diesen Jahren.
Deutliche Angriffsabsichten verriet auch das Vorziehen aller Materialressourcen der Streitkräfte unmittelbar an die westliche Staatsgrenze. Riesige Depots für Munition, Waffen und Gerät, Treibstoff, Verpflegung und sonstige Versorgungsgüter, für alle Mobilmachungsvorräte, waren, wie auch Oberst Danilov es formulierte, praktisch im Wirkungsbereich des feindlichen Feuers angelegt worden – sogar Eisenbahnschienen lagen bereit.
So sind beispielsweise allein in Brest-Litovsk 10 Millionen Liter Betriebsstoff in deutsche Hand gefallen – "untrügliches Anzeichen für Offensivplanungen", weil diese Benzinmengen unmittelbar an der Grenze und noch vor den aufmarschierten Verbänden des 14. mechanisierten Korps gelagert waren.
"Alle Maßnahmen", so schrieb der damalige Chef der Verwaltung für Nachrichtenwesen des Volkskommissariates der Verteidigung, Generalmajor Gapic, aus der Kenntnis seines Sachbereiches, "waren darauf gerichtet, Brückenköpfe zu schaffen und vorzubereiten, um einen Schlag auf den Gegner zu führen und den Krieg in feindliches Territorium zu tragen." ...
Ein untrügliches Indiz für großangelegte Angriffsplanungen bildete fernerhin die Kartenausstattung der Roten Armee. Den deutschen Truppen ist an verschiedenen Stellen im grenznahen Bereich, aber auch im tieferen Hinterland, Kartenmaterial in die Hände gefallen, das weit nach Westen, in den deutschen Raum hineinreichte, und ebenso reichhaltige Unterlagen, die über Deutschland aufklärten. ... Aus diesen Karten wird die Absicht der Roten Armee, das Deutsche Reich zu überfallen, erneut erhärtet.
Auch 23. Juli 1941 bezeugte auch Hauptmann Bondar, Chef des Stabes des Schützenregimentes 739 der 213. Schützendivision, daß "die Rote Armee sich gar nicht auf eine Verteidigung, sondern auf einen Angriff gegen das Generalgouvernement eingestellt habe". Ebenso wie anderen Teilen der Roten Armee seien auch seinem Regiment "bereits Karten bis einschließlich Krakau zugewiesen" worden. ...<<
Am 22. Juni 1941 verwirklichte Hitler schließlich skrupellos seine osteuropäischen Expansionspläne, die er in seinem Buch "Mein Kampf" angekündigt hatte.
Fast alle deutschen Soldaten glaubten zunächst daran, für eine gerechte und vernünftige Sache zu kämpfen. Die deutsche Wehrmacht erhielt damals offiziell den Befehl, die jahrhundertelange Bedrohung der deutschen Ostgebiete zu beenden und gleichzeitig sollten alle unterdrückten osteuropäischen Völker von der bolschewistischen Gewaltherrschaft befreit werden. Die große Mehrheit der Landser war damals felsenfest davon überzeugt, einen "gerechten Kreuzzug" gegen den Kommunismus zu führen.
Für Stalin war der als Vernichtungs- und Eroberungskrieg konzipierte Krieg gegen das NS-Regime ein hilfreiches Instrument, um von den großen innenpolitischen Schwierigkeiten abzulenken. Stalin wollte der UdSSR außerdem endlich eine angemessene weltpolitische Stellung verschaffen. Nach den menschverachtenden Lehren des Stalinismus "heiligte" der Zweck jedes Mittel. Die Höhe der Opfer spielte keine Rolle. Entscheidend war nur der Erfolg. Stalin war entschlossen, seine "kommunistische Weltrevolution" um jeden Preis in Europa ("Wir

werden unsere Pferde am Atlantik tränken!") und in Asien zu verwirklichen.
Die Wehrmachtstruppen waren im Dezember 1941 mit ihrer Kraft fast am Ende. Nach dem Scheitern des Blitzkriegskonzeptes war der Feldzug gegen die UdSSR bereits im Winter 1941/42 verloren.

Die Endlösung: Ermordung der europäischen Juden während des Zweiten Weltkrieges

> Ich sage euch aber, daß die Menschen Rechenschaft geben müssen am Tage des Gerichts ...
> *Matthäus 12, 36*

Das Ende der "NS-Auswanderungspolitik"
Nach dem Scheitern der "NS-Auswanderungspolitik" im Jahre 1940 (Hitler hatte anfangs gedacht, daß er die Juden meistbietend "verkaufen" könnte) wurden alle Umsiedlungsverhandlungen abgebrochen. Danach war das tragische Schicksal der europäischen Juden praktisch entschieden. Die westpolnischen Juden wurden von SS- und SD-Sondereinheiten bereits ab 1940 vorübergehend in "Groß-Gettos" zusammengetrieben, die man in den größten Städten des Generalgouvernements einrichtete. In diesen Gettos breiteten sich vielfach Epidemien und Seuchen, denen Tausende von Juden zum Opfer fielen.
In Lodz (Westpolen) richteten SS-Einheiten am 30. April 1940 das erste bewachte Ghetto für Juden ein.
In Polen begann die SS im Mai/Juli 1940 mit der Errichtung des späteren Vernichtungslagers Auschwitz (x051/45).
Nach dem erfolgreichen Frankreich-Feldzug (deutsch-französischer Waffenstillstand vom 22.06.1940) machte der Judenreferent des Auswärtiges Amtes am 3. Juli 1940 noch einmal den Vorschlag, die europäischen Juden nach Madagaskar umzusiedeln (x106/61).
Das NS-Regime erließ am 1. September 1941 (mit Wirkung ab 19.09.1941) eine Verordnung über die Kennzeichnung der Juden (x058/355): >>§ 1 (1) Juden, ... die das sechste Lebensjahr vollendet haben, ist es verboten, sich in der Öffentlichkeit ohne einen Judenstern zu zeigen.
(2) Der Judenstern besteht aus einem handtellergroßen, schwarz ausgezogenen Sechsstern aus gelbem Stoff mit der schwarzen Aufschrift "JUDE". Er ist sichtbar auf der linken Brustseite des Kleidungsstücks fest angenäht zu tragen.
§ 2 Juden ist verboten,
a) den Bereich ihrer Wohngemeinde zu verlassen, ohne eine schriftliche Erlaubnis der Ortspolizei bei sich zu führen.
b) Orden, Ehrenzeichen und sonstige Abzeichen zu tragen.<<
Im Vernichtungslager Auschwitz fanden vermutlich am 3. September 1941 die ersten "Probevergasungen" von Menschen mit Zyklon B statt. Zyklon B war eine blausäurehaltige Chemikalie, die bisher zur Ungezieferbekämpfung eingesetzt wurde. Nach Erprobung dieser effektiven Mordtechnik errichtete man im Vernichtungslager Auschwitz weitere Gaskammern mit gasdichten Türen und Luken für den Gaseinwurf (x106/123).
Seit dem 19. September 1941 mußte jeder Jude (über 6 Jahre) den "Davidstern" (gelber Stern mit der Aufschrift "Jude") auf der linken Brustseite tragen.
Goebbels berichtete später über diese menschenverachtende NS-Aktion (x025/148): >>... Die Einführung des Judensterns hat genau das Gegenteil von dem bewirkt, was erreicht werden sollte, mein Führer!
Wir wollten die Juden aus der Volksgemeinschaft ausschließen, aber die einfachen Menschen meiden sie nicht, im Gegenteil! Sie zeigen überall Sympathie für sie. Dieses Volk ist einfach noch nicht reif und steckt voller Gefühlsduseleien.<<
Am 14. Oktober 1941 trat für alle deutschen Juden ein absolutes Auswanderungsverbot in

Kraft. Die ersten Juden (ehemalige deutsche Staatsbürger) wurden am 14. Oktober 1941 nach Polen deportiert.
In der ehemaligen Garnisonstadt Theresienstadt ließ das NS-Regime am 24. November 1941 ein Getto zur Aufnahme von älteren Juden errichten.
Spätestens nach dem Scheitern des Rußlandfeldzuges im Dezember 1941 beschloß Hitler vermutlich die endgültige Vernichtung aller europäischen Juden.
Im Vernichtungslager Kulmhof (polnisch Chelmno), in der Nähe von Lodz, im Reichsgau Warthegau, begann im Dezember 1941 die Ermordung von Juden.
Kulmhof war eigentlich kein Lager, sondern nur eine "Gaswagenstation" mit 6 luftdicht abgeschlossenen Vergasungs-Lastkraftwagen (x036/148). Die Juden wurden während der "letzten Fahrt" vom Schloß bis zum "Waldlager" (Verbrennungsstätte) in diesen Transportwagen ermordet. Innerhalb von etwa 10 Minuten brachte man die arglosen Häftlinge durch giftige Auspuffgase um.
Der deutsche Historiker und Diplomat Guntram von Schenck (von 2001-2006 Botschafter in Rom) berichtete später über die Vernichtung der europäischen Juden (x878/...): >>**Kriegswende Dezember 1941 und Holocaust**
These: Hitler wußte ab Dezember 1941, daß die Kriegslage aussichtslos war - und handelte danach. Eine Folge ist der Holocaust.
Die Kriegswende im Zweiten Weltkrieg wird vielfach auf die deutsche Niederlage in Stalingrad im Winter 1942/1943 oder später datiert. Aber schon im Dezember 1941 befand sich das Deutsche Reich in einer aussichtslosen Lage, aus der heraus der Krieg nicht mehr zu gewinnen war. Anfang Dezember 1941 blieb die Wehrmacht vor Moskau stecken, die Rote Armee startete am 5. Dezember eine Gegenoffensive, die die Wehrmacht zurückwarf. Die Erwartung, ein rascher Sieg über die Sowjetunion würde Großbritannien zu einem Einlenken bewegen, erfüllte sich somit nicht.
Am 11. Dezember 1941 erklärte Deutschland überdies den USA den Krieg, nachdem die Vereinigten Staaten die deutschen Kriegsgegner schon massiv "short of war" unterstützt hatten. Rußland war unbesiegt, Großbritannien kämpfte weiter und die USA standen im Begriff, ihr gewaltiges Potential, das schon den Ersten Weltkrieg entschieden hatte, für den Krieg zu mobilisieren. Objektiv war dieser Krieg gleichzeitig gegen die Sowjetunion, die USA und Großbritannien samt ihren Verbündeten von Deutschland nicht mehr zu gewinnen. Auf mittlere und längere Sicht hatte Deutschland den immensen humanen und materiellen Ressourcen seiner Kriegsgegner zu wenig entgegen zu setzen.
Die Frage ist, wie Hitler, der im "Führerstaat" alle wichtigen Entscheidungen selbst traf, im Dezember 1941 die Kriegslage beurteilte? Machte er sich noch Illusionen oder rechnete er ab diesem Zeitpunkt mit einer deutschen Niederlage? ...
Vernichtung der Juden
... Der Historiker und Friedenspreisträger des deutschen Buchhandels, Saul Friedländer, der sein Lebenswerk der Erforschung des Holocaust gewidmet hat, datiert diese fatale Entscheidung auf die Krisentage im Dezember 1941. Zur selben Datierung kommt Ian Kershaw:
Danach machten die Kriegserklärung an die USA und der Beginn eines langen weltweiten Konflikts im Dezember 1941 eine Deportation der Juden in die Sowjetunion unmöglich, wenn sie überhaupt jemals in Frage kam. Als die verschobene Wannseekonferenz am 20. Januar 1942 stattfand, sei die Grundentscheidung schon gefallen gewesen. Die Aufgabe der Wannseekonferenz bestand nur noch in der organisatorischen Umsetzung der sogenannten "Endlösung".
Das Dunkel, das die Dezember-Entscheidung zum organisierten, systematischen Judenmord umgibt, war von Hitler und der NS-Spitze gewollt. Es gibt keine Gesprächsaufzeichnungen, Notizen, Protokolle o.ä. - einfach nichts; jedenfalls wurde bis heute nichts aufgefunden. Auch

die Durchführung des Genozids unterlag strikter Geheimhaltung, was nicht verhindern konnte, daß ein Kreis von ca. 200.000 Personen, auch im Offizierskorps, Bescheid wußte oder Bescheid wissen mußte. Der Schleier strengster Geheimhaltung war bewußt über den von Hitler und der NS-Spitze im Dezember 1941 beschlossenen Genozid und seine Durchführung von 1942 bis 1945 gelegt worden. Die große Masse der deutschen Bevölkerung, die vom Kriegsalltag im Übermaß in Anspruch genommen und von eigenen Sorgen bedrückt war, konnte nur sporadisch oder gerüchteweise wahrnehmen, was sich in den Vernichtungslagern im Osten abspielte. ...<<

Im Verlauf der "Wannsee-Konferenz", die am 20. Januar 1942 in einem Gebäude der Kripo am Großen Wannsee in Berlin stattfand, kündigte Heydrich den Leitern der wichtigsten NS-Behörden die Endlösung der Judenfrage an.

Im Besprechungsprotokoll der "Wannsee-Konferenz" hieß es z.B. zur bisherigen Auswanderung und zukünftigen Massendeportation der jüdischen Bevölkerung (x058/372-373): >>...

Unter entsprechender Leitung sollen im Zuge der Endlösung die Juden in geeigneter Weise im Osten zum Arbeitseinsatz kommen. In großen Arbeitskolonnen, unter Trennung der Geschlechter, werden die arbeitsfähigen Juden straßenbauend in diese Gebiete geführt, wobei zweifellos ein Großteil durch natürliche Verminderung (schwere Zwangsarbeit und unzureichende Ernährung) ausfallen wird.

Der allfällig endlich verbleibende Rest wird, da es sich bei diesem zweifellos um den widerstandsfähigsten Teil handelt, entsprechend behandelt werden müssen, da dieser, eine natürliche Auslese darstellend, bei Freilassung als Keimzelle eines neuen jüdischen Aufbaues anzusprechen ist (siehe die Erfahrung der Geschichte).

Im Zuge der praktischen Durchführung der Endlösung wird Europa von Westen nach Osten durchgekämmt. Das Reichsgebiet einschließlich Protektorat Böhmen und Mähren wird, allein schon aus Gründen der Wohnungsfrage und sonstigen sozialpolitischen Notwendigkeiten, vorweggenommen werden müssen.

Die evakuierten Juden werden zunächst Zug um Zug in Durchgangsgettos verbracht und von dort aus weiter nach dem Osten transportiert werden.

Wichtige Voraussetzung, so führte Obergruppenführer Heydrich weiter aus, für die Durchführung der Evakuierung überhaupt, ist die genaue Festlegung des in Betracht kommenden Personenkreises.

Es ist beabsichtigt, Juden im Alter von über 65 Jahren nicht zu evakuieren, sondern sie einem Altersgetto – vorgesehen ist Theresienstadt – zu überstellen.

Neben diesen Altersklassen – von den am 31.10.1941 sich im Altreich und der Ostmark befindlichen etwa 280.000 Juden sind etwa 30 % über 65 Jahre alt – finden in den jüdischen Altersgettos weiterhin die schwerkriegsbeschädigten Juden und Juden mit Kriegsauszeichnungen (EK I) Aufnahme. Mit dieser zweckmäßigen Lösung werden mit einem Schlag die vielen Interventionen ausgeschaltet. ...

Im Zuge der Endlösungsvorhaben sollen die Nürnberger Gesetze gewissermaßen die Grundlage bilden, wobei Voraussetzung für die restlose Bereinigung des Problems auch die Lösung der Mischehen und Mischlingsfragen ist. ...<<

Der deutsche Oberstaatsanwalt Alfred Streim (1932-1996) schrieb später über die "Endlösung" (x051/150-153): >>Der Begriff Endlösung der Judenfrage hatte im nationalsozialistischen Sprachgebrauch nicht von Anfang an (erste Belege: Eichmann-Notiz vom 12.3.41 und RSHA-Befehl vom 29.5.41) die Bedeutung "physische Vernichtung" der Juden.

Schon in der antisemitischen Diskussion der Jahrhundertwende war eine "Lösung" der Judenfrage gefordert worden im Sinne einer rechtlichen Sonderstellung (Fremdengesetzgebung) oder allenfalls Ausweisung der Juden. Die nationalsozialistische Radikalisierung zu einer Endlösung wies zunächst nicht wesentlich darüber hinaus, nahm aber in Richtung Aussied-

lung (Madagaskarplan, Bildung von Judenreservaten im Osten) konkretere und brutalere Formen an.
Wann sich Hitler dann zur Vernichtung der Juden, wie in der Reichstagsrede vom 30.1.39 rhetorisch angedroht, entschloß und wann er erste Befehle dazu gab, ist nicht mehr exakt festzustellen. Im Lauf der Vorbereitungen des Rußlandfeldzuges aber häufen sich die Anhaltspunkte für die stufenweise Fixierung auf eine Endlösung im tödlichen Sinn bis hin zum schriftlich nicht fixierten allgemeinen Vernichtungsbefehl.
Zu den ersten umfangreichen, gegen das Leben der Juden gerichteten Aktionen kam es mit Beginn des Angriffs auf die Sowjetunion (22.6.41). SD-Chef Heydrich gab den ihm unterstellten Einsatzgruppen den Befehl, in den neu zu besetzenden Gebieten Pogrome spurlos auszulösen, zu intensivieren und in die "richtigen" Bahnen zu lenken. Er ordnete ferner an, Juden in Partei- und Staatsstellungen zu exekutieren.
Insbesondere in den von der Wehrmacht besetzten Baltischen Staaten und in der Ukraine kam es zu zahlreichen Pogromen, die zum Tod einer Vielzahl von Juden führten. Darüber hinaus wurden aus "Sicherheitsgründen" oder aus "Vergeltung" für den Juden angelastete Vorfälle vorwiegend jüdische Männer massenweise erschossen.
Ungefähr von August 41 an bezog man alle Juden in die Vernichtungsmaßnahmen der Endlösung ein, "um keine Rächer entstehen zu lassen", wie Einsatzgruppenführer ihren Untergebenen erklärten. Neben den Einsatzgruppen führten Polizeieinheiten Vernichtungsaktionen durch. Im allgemeinen handelten sie auf Befehl der Höheren SS- und Polizeiführer. Unterstützung fanden Einsatzgruppen und Polizeiverbände verschiedentlich durch Wehrmachtseinheiten oder -dienststellen, die v.a. Lastwagen zum Abtransport der Juden zu den Exekutionsstätten zur Verfügung stellten.
Das Ausmaß der Vernichtungsaktionen ergibt sich aus den Ereignismeldungen und einzelnen, erhalten gebliebenen Berichten der den Einsatzgruppen unterstehenden Einsatz-(EK) bzw. Sonderkommandos (SK). So erschoß z.B. das EK 3 der Einsatzgruppe A nach einem Bericht vom 1.12.41 im "befreiten" Litauen und teilweise im Raum Minsk von Anfang Juli bis zum Berichtstag 133.346 Juden. Weitere 4.000 wurden vor Übernahme der "sicherheitspolizeilichen" Aufgaben durch das EK 3 im Lauf von Pogromen der einheimischen Miliz getötet.
Der Berichterstatter, SS-Standartenführer Jäger, stellte abschließend fest, "daß das Ziel, das Judenproblem für Litauen zu lösen, ... erreicht worden ist. In Litauen gibt es jetzt keine Juden mehr, außer den Arbeitsjuden ... Diese ... wollte ich ebenfalls umlegen, was mir jedoch scharfe Kampfansage der Zivilverwaltung und der Wehrmacht eintrug".
Die größten Einzelaktionen führte das SK 4 a der Einsatzgruppe C unter SS-Standartenführer Blobel durch (u.a. Babi-Yar). Im Spätherbst 41 stellte das Reichssicherheitshauptamt (RSHA) den Einsatzgruppen Gaswagen zur Tötung von Juden und anderen "potentiellen Gegnern" zur Verfügung. Diese mobilen Gaskammern wurden im allgemeinen bei der Durchführung "kleinerer" Vernichtungsaktionen eingesetzt, namentlich bei der "Räumung" kleiner Gettos und von Gefängnissen.
Als die Vernichtungsaktionen der Einsatzgruppen bereits liefen, beauftragte Göring Heydrich am 31.7.41, einen Entwurf "zur Durchführung der angestrebten Endlösung der Judenfrage vorzulegen" und alle Vorbereitungen dafür im deutschen Einflußbereich in Europa zu treffen. Nach Fertigstellung des Plans lud Heydrich Vertreter von an der Mitwirkung notwendigen Ministerien und Behörden zum 20.1.42 nach Berlin (Wannseekonferenz) ein, um dessen Durchführung sicherzustellen.
Inhalt des Plans war im wesentlichen, die Juden im Osten zum Arbeitseinsatz zu bringen und sie durch Ausbeutung der Arbeitskraft zu dezimieren. Der "verbleibende Restbestand" sollte "entsprechend behandelt werden". Vorgesehen war, sie zunächst in "Durchgangsgettos" zu transportieren und von dort weiter in den Osten abzuschieben.

Mit der Deportation der deutschen Juden hatte man bereits im Oktober 41 begonnen. Sie waren hauptsächlich in die Gettos Riga, Minsk und Lodz (Litzmannstadt) verbracht worden, die bei Beginn der Aussiedlung der Juden aus dem Reich teilweise "geräumt" worden waren, d.h. die einheimischen Gettobewohner waren von Angehörigen der Einsatzgruppen – nicht selten unter Mithilfe örtlicher Milizeinheiten – liquidiert worden.
Sofern am Bestimmungsort eine Unterbringungsmöglichkeit noch nicht gegeben war, wurden die ausgesiedelten deutschen Juden sofort erschossen. Manchmal kam es auch nach der Ankunft zur Aussonderung der arbeitsunfähigen Juden, die unmittelbar nach der Selektion ermordet wurden. Von dem 19. Berliner Osttransport nach Riga mit etwa 1.500 Männern, Frauen und Kindern wurden beispielsweise nur 60 arbeitsfähige Männer von der sofortigen Vernichtung ausgenommen.
Trotz der angespannten Kriegslage und des dringend benötigten Transportraums rollten laufend Transporte aus dem Reich und dem Protektorat Böhmen und Mähren in die besetzten Ostgebiete. Allein von Berlin fuhren vom 18.10.41 bis Ende Oktober 42 mindestens 22 Transportzüge mit wenigstens 13.000 Juden nach Lodz, Minsk, Kowno, Riga, Trawniki und Reval (Deutsche Reichsbahn).
Im Zuge der Vorbereitungen zur Endlösung wählte man geeignete Stätten zur Vernichtung der Juden aus; Himmler selbst entschied sich für das KZ Auschwitz. Er beauftragte (vermutlich) im August 41 den (ersten) Kommandanten, SS-Obersturmbannführer Höß, Voraussetzungen für Massentötungen zu schaffen.
Nach Besprechung mit dem Leiter des Referats IV B 4 (später IV A 4) "Judenangelegenheiten" im RSHA, SS-Obersturmbannführer Eichmann, kam man zu dem Entschluß, als Tötungsmittel Gas zu verwenden.
Höß ließ ein im Bereich des späteren Lagers Auschwitz II (Birkenau) liegendes Bauernhaus für Vergasungen umbauen und begann mit Probevergasungen in den Arrestzellen des Blocks 11 und in der "Leichenhalle" des (alten) Lagerkrematoriums.
Inzwischen waren in einem anderen Lager die Vorbereitungen für Massenvergasungen abgeschlossen: Von Dezember 41 an ermordete in Kulmhof ein SK unter dem SS-Hauptsturmführer Lange und seinem Nachfolger SS-Hauptsturmführer Bothmann Juden, die überwiegend aus dem Warthegau und dem Getto Lodz dorthin transportiert worden waren.
Die Tötung (bis März 43 insgesamt 145.500 und 1944 noch einmal vermutlich mindestens 25.000 Juden) erfolgte nach einer Methode, die man beim Euthanasie-Programm angewandt hatte: Vergasung mittels Kohlenmonoxyd, allerdings nicht in Gaskammern, sondern in Gaswagen. In Auschwitz wurde das Blausäurepräparat Zyklon B verwendet, das nach Ansicht von Höß den Tod schneller herbeiführte und auch sicherer schien.
Etwa Ende 41 war die Vergasungsanstalt in Auschwitz-Birkenau (der sogenannte Bunker 1) fertiggestellt. Seit Anfang 42 trafen laufend größere Transportzüge mit Juden ein, zunächst aus Ostoberschlesien, den angrenzenden Teilen des Generalgouvernements (GG), dem Reich und dem Protektorat Böhmen und Mähren, später aus den von der Wehrmacht besetzten Gebieten und den unter deutschem Einfluß stehenden europäischen Ländern von Frankreich bis Rumänien.
Bei der Ankunft in Auschwitz wurden die Juden selektiert: Die Arbeitsfähigen – um zehn bis 15 % eines Transportes – kamen zum Arbeitseinsatz in SS-eigene Produktionsstätten und andere im allgemeinen in der Nähe des KZ befindliche Betriebe; die Arbeitsunfähigen wurden vergast. Verschiedentlich wurden auch ganze Transporte sofort getötet, ohne daß vorher eine Selektion stattfand.
Infolge der zunehmenden Zahl von Deportationszügen wurden zusätzliche Gaskammern gebaut. In Birkenau (Auschwitz II) bestanden schließlich fünf Vergasungsanlagen. Bei einem Aufstand sprengten Häftlinge am 7.10.44 eine Anlage; die noch bestehenden Anlagen wurden

von Ende November 44 an mit einer Ausnahme von der SS demontiert, die letzte im Januar 45 kurz vor Aufgabe des Lagers zerstört.
Die Anzahl der in Auschwitz getöteten Juden kann nicht annähernd festgestellt werden, da sichere Erkenntnisse fehlen. Fest steht jedoch, daß allein von Mai bis Oktober 44, als in großem Umfang ungarische Juden nach Auschwitz deportiert wurden, mehr als 500.000 jüdische Menschen umkamen.
Da von vornherein abzusehen war, daß für die Vernichtung der europäischen Juden Kulmhof und Auschwitz nicht ausreichen würden, wurden für die Sonderbehandlung der weit über zwei Millionen im Generalgouvernement lebenden Juden drei weitere Lager errichtet: Belzec (südöstliche Grenze Distrikt Lublin), Sobibór (östliche Grenze Distrikt Lublin) und Treblinka (nordöstlich von Warschau).
Die "Umsiedlung" der Juden in diese Lager lief unter dem Decknamen Aktion Reinhard (nach dem Ende Mai 42 einem Attentat zum Opfer gefallenen Reinhard Heydrich). Sie wurde vom SS- und Polizeiführer im Distrikt Lublin, SS-Brigadeführer Globocnik, geleitet. Die Tötung der Menschen erfolgte in allen Lagern überwiegend durch Abgase aus Kfz- bzw. Panzermotoren.
Anfang März 42 war Belzec einsatzbereit. Am 17.3.42 begann man mit dem Abtransport der Juden aus Lublin. In Sobibór trafen die ersten Transporte im Mai 42 ein. Treblinka wurde als letztes Lager in Betrieb genommen (23.7.42). Die Lager waren als reine Vernichtungsstätten geplant. Nach der Ankunft wurden die Juden sofort in die Gaskammern getrieben und dort getötet. Selektionen kamen nur vor, wenn für bestimmte Verrichtungen Handwerker benötigt wurden oder z.B. die "Aufräumungs- bzw. Leichenkommandos" ausgewechselt, d.h. ermordete Helfer ersetzt werden mußten.
Die "Umsiedlung" der Juden aus den einzelnen Distrikten des Generalgouvernements in die Vernichtungslager stieß kriegsbedingt auf Transportschwierigkeiten. Im Sommer 42 kam es zu Zeiten der Stagnation, die die SS nutzte, um die Aufnahmekapazität der Gaskammern zu erweitern. Nach dem Umbau konnten die Gaskammern in Belzec 1.500 (vorher bis 150), Treblinka 4.000 (vorher 600) und Sobibór 1.200 bis 1.300 (vorher bis 200) Menschen fassen. Seit Anfang August 42 lief die Vernichtungsmaschinerie wieder auf Hochtouren. Allen Lagern wurden im übrigen verschiedentlich Transporte aus dem Reich und anderen Ländern zugeführt.
Ende 42 war der größte Teil der jüdische Bevölkerung des Generalgouvernements ermordet, so daß man beschloß, die Lager aufzulösen. Vorher mußten jedoch die Spuren der Endlösung beseitigt werden (Enterdungsaktion).
Die in großen Massengräbern liegenden Opfer (allein in Treblinka mindestens 700.000) wurden durch "Arbeitsjuden" exhumiert und in Tag- und Nachtarbeit verbrannt. In Belzec war diese Tätigkeit bis März 43 abgeschlossen; in Sobibór und Treblinka nahm sie mehr Zeit in Anspruch, weil durch Verzögerungen bei Getto-Auflösungen (z.B. Weigerung von deutschen Firmen, die jüdischen Arbeiter herauszugeben und Warschauer Getto-Aufstand) nebenher die Vergasungsanlagen weiter in Betrieb blieben.
Aufstände von Häftlingen in Treblinka (2.8.43) und Sobibór (14.10.43) beschleunigten schließlich die Auflösung dieser Lager. Sie wurden dem Erdboden gleichgemacht und die "Arbeitsjuden" getötet.
Mit Schreiben vom 4.11.43 meldete Globocnik Himmler: "Ich habe mit 19.10.43 die Aktion Reinhard, die ich im Generalgouvernement geführt habe, abgeschlossen und alle Lager aufgelöst." Nach vorsichtiger Schätzung sind der Aktion mindestens 1,75 Millionen Juden zum Opfer gefallen.
Von der Aktion "Reinhard" waren die Juden nicht erfaßt worden, die in kriegswichtigen Betrieben arbeiteten. Sie lebten nach der Liquidierung der Gettos – mit Ausnahme von Lodz – in

Arbeitslagern der SS-eigenen oder privaten Betriebe. Gegen Ende der Aktion "Reinhard" stellte sich heraus, daß im Distrikt Lublin mehr Juden von der Vernichtung zurückgestellt worden waren, als zum Arbeitseinsatz benötigt wurden. Zur Beschleunigung der Durchführung der Endlösung und aus Gründen der "Sicherheit" ("Erntefest") beschloß man, diese Juden zu "dezimieren".
Anfang November 43 wurden Juden aus Lublin und den Lagern der Umgebung in das (zeitweise) als Vernichtungslager verwendete KZ Maidanek verbracht und mit den noch dort befindlichen Juden erschossen. Die Anzahl der Opfer belief sich auf mindestens 17.000. Erschießungen in großem Umfang wurden ferner in den Lagern Poniatowo und Trawniki durchgeführt.
Als die Rote Armee in Polen eindrang, gab der Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD im Generalgouvernement, SS-Oberführer Schöngarth, am 20.7.44 den Befehl, die Lager zu räumen. Für die Juden bedeutete das im allgemeinen "Auschwitz", sofern sie nicht bereits vorher in ein Lager des Reichsgebietes verbracht worden waren. Die Auflösung des Gettos Lodz erfolgte Ende August/Anfang September 44. Am 21.8. befanden sich dort noch mindestens 62.000 Juden. Kurze Zeit später waren nahezu alle auf dem Weg nach Auschwitz, in Lager im Reich oder nach Kulmhof, wo für einige Monate noch einmal die Vernichtungsmaschinerie in Gang gesetzt worden war.
In den besetzten Teilen der UdSSR und im Baltikum lebten trotz der anfänglichen "Säuberungsaktionen" der Einsatzgruppen noch zahlreiche Juden. Viele vor den Mordkommandos der SS geflüchtete Juden waren nach den Massakern in die Städte und Dörfer in dem Glauben zurückgekehrt, daß die Verfolgungsmaßnahmen vorbei seien. Im übrigen hatten die Einsatzgruppen nicht überall "Bereinigungsaktionen" durchführen können. Durch den schnellen Vormarsch der Truppe hatten sie dauernd ihren Standort gewechselt, um den Heeresverbänden zu folgen.
Nach Einführung der Zivilverwaltung in den besetzten Ostgebieten wurde die Gettoisierung betrieben. Schon im August 41 bestanden Gettos in Libau, Dünaburg, Wilna, Kowno und Minsk. Bald darauf liefen erneut Tötungsaktionen an, die häufig mit Hilfe der den Höheren SS- und Polizeiführern unterstellten Polizeiverbände und gebietsweise der einheimischen Miliz durchgeführt wurden. Im Oktober 42 befahl Himmler persönlich die Liquidierung des letzten großen Gettos im Reichskommissariat Ukraine (Pinsk). Ende 1942 war die Ukraine im wesentlichen "judenfrei".
Im Reichskommissariat Ostland konnten die Gettoisierungen nicht so schnell durchgeführt werden. Zwar fanden bereits im Herbst 41 Massenerschießungen von Gettobewohnern statt; die Gettos wurden jedoch immer wieder mit Juden aus dem Reich und anderen Ländern aufgefüllt. Hinzu kam, daß sich in einigen Gebieten die deutsche Zivilverwaltung und die Wehrmacht – im allgemeinen aus wirtschaftlichen Gründen – den Vernichtungsmaßnahmen entgegenstellten.
Ende Oktober 42 begann man schließlich, nach umfangreichen Selektionen die Gettos in Lager umzuwandeln oder die als arbeitsfähig Selektierten in bereits bestehende Lager zu überführen. Als die Rote Armee näher rückte, schob die SS einen Teil der Überlebenden in Lager des Reichsgebietes und nach Auschwitz ab; die Restlichen wurden an Ort und Stelle erschossen. Wie bei der Auflösung der Vernichtungslager war man vor Aufgabe der Gebiete noch bemüht, die Massengräber zu beseitigen. ...<<
Hitler erinnerte am 30. Januar 1942 im Berliner Sportpalast an den Jahrestag der Machtergreifung.
In dieser haßerfüllten Rede machte er England und die USA für den Krieg verantwortlich und kündigte die Ausrottung des Judentums an (x106/147): >>... Die Jahre 1914 bis 1918 beweisen, daß nicht etwa der Gegner gesiegt hat; es war eine gemeine Revolte angezettelt von mar-

xistischen, liberalistischen, kapitalistischen Subjekten, und hinter allen als treibende Kraft der ewige Jude. ...
Damals trat uns ein Mann entgegen, der dem deutschen Volk unermeßlichen Schaden zugefügt hat:
Woodrow Wilson, der Mann, der mit eiserner Stirn log, wenn Deutschland die Waffen niederlegen würde, bekäme es einen Frieden der Versöhnung. ...
1933/34 habe ich zunächst im Innern Ordnung geschaffen. 1935 begann nun der Kampf um die Freiheit nach außen. ... Überall aber entstanden neue Pläne von mir. ...
Wenn ich mir demgegenüber meine Gegner ansehe: ... Dieser Schwätzer und Trunkenbold Churchill, ... dieses verlogene Subjekt, dieser Faulpelz ersten Ranges. ... Und von seinen Spießgesellen im Weißen Haus möchte ich dabei gar nicht reden, denn dieser ist nur ein armseliger Irrer. ...
Ich habe am 1. September 1939 im deutschen Reichstag schon ausgesprochen, ... daß dieser Krieg nicht so ausgehen wird, wie es sich die Juden vorstellen, ... sondern daß das Ergebnis dieses Krieges die Vernichtung des Judentums sein wird. Zum erstenmal wird diesmal das echt altjüdische Gesetz angewendet: Aug' um Aug', Zahn um Zahn.<<
Im Vernichtungslager Belzec wurden ab Mitte März 1942 im Rahmen der "Endlösung" die ersten Vergasungen durchgeführt. Christian Wirth (1885 in Oberbalzheim/Württemberg geboren, ein Beteiligter der "Aktion T4"), der von überlebenden KZ-Häftlingen später als "Bestie in Menschengestalt" bezeichnet wurde, überwachte damals die Massentötungen im Vernichtungslager Belzec.
Das NS-Regime erließ am 24. April 1942 eine Verordnung über die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel durch Juden (x058/355): >>... Juden, die zum Tragen des Kennzeichens verpflichtet sind, ist die Benutzung sämtlicher öffentlichen Verkehrsmittel innerhalb des Bereichs ihrer Wohngemeinde ohne schriftliche Erlaubnis der Ortspolizeibehörde verboten.<<
Im Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau wurde am 12. Mai 1942 die erste genau datierbare Massenvernichtung von Juden in Gaskammern durchgeführt (x041/119). Es handelte sich bei den Mordopfern um ca. 1.500 jüdische Männer, Frauen und Kinder aus der Ortschaft Sosnowiec (x106/165).
Das NS-Regime erließ am 15. Mai 1942 eine Verordnung über das Halten von Haustieren durch Juden (x058/355): >>Juden wird das Halten von Haustieren (Hunden, Katzen, Vögeln usw.) verboten.<<
Im Vernichtungslager Sobibór begannen ab Mai 1942 die Massentötungen durch Kohlenmonoxyd (sehr giftiges, farb-, geruchloses- und brennbares Gas, CO).
Im Rahmen der "Vernichtungsaktion Reinhard" (benannt nach Reinhard Heydrich, der am 4.06.1942 an den Folgen eines Attentats starb) wurden vom 22. Juni bis zum September 1942 mehr als 500.000 polnische Juden durch deutsche, baltische und ukrainische Todesbrigaden ermordet (x043/249). Sie fielen mehrheitlich Massenerschießungen zum Opfer.
Die "Aktion Reinhard" leitete SS-Gruppenführer Odilo Globocnik. Nach dieser Vernichtungsaktion wurde Odilo Globocnik (1904 in Triest geboren, ehemaliger Gauleiter von Wien, seit 1942 SS-Gruppenführer und Generalleutnant der Polizei, Spitzname: "Globus") im polnischen Distrikt Lublin eingesetzt. Er war dort maßgeblich an der Organisation der Vernichtungslager Belzec, Sobibór, Maidanek und Treblinka beteiligt.
Der deutsche Oberstaatsanwalt Alfred Streim (1932-1996) schrieb später über die "Aktion Reinhard" (x051/20-21): >>Aktion Reinhard, Tarnbezeichnung für die Endlösung der Judenfrage im Generalgouvernement, benannt nach dem Ende Mai 42 einem Attentat zum Opfer gefallenen RSHA-Chef Reinhard Heydrich.
Mit der Durchführung der Aktion Reinhard beauftragte Himmler den SS- und Polizeiführer (SSPF) im Distrikt Lublin Globocnik. Seine Aufgabe umfaßte im wesentlichen Gesamt-

planung der Deportationen und der Vernichtungsaktion, Bau von Vernichtungslagern, Koordination der Judentransporte aus den verschiedenen Verwaltungsbezirken in die Lager, Tötung der Juden, Sicherstellung der bei der Aktion Reinhard anfallenden Güter und deren Übergabe an die zuständigen Reichsbehörden.
Zur Bewältigung der Aktion Reinhard gliederte Globocnik seiner Dienststelle eine Hauptabteilung ("Einsatz Reinhard") an, deren Leitung er dem Sturmbannführer Höfle (1962 in U-Haft in Wien, Freitod) übertrug.
Als Personal wurden Globocnik u.a. "erfahrene" ehemalige Mitarbeiter der Euthanasie-Aktion ("T4") zur Verfügung gestellt, die er in Schlüsselpositionen einsetzte. Einer der ersten dieser Leute war der spätere Polizeimajor (Kriminalrat) und SS-Sturmbannführer Wirth, der zunächst das Vernichtungslager Belzec aufbaute, von dort die Errichtung der Lager Sobibór sowie Treblinka beaufsichtigte und im August 42 Inspekteur der Lager wurde. Im März 42 nahm Belzec mit der Vernichtung von etwa 35.000 Juden aus dem Getto der Stadt Lublin den "Betrieb" auf. Anfang Mai 42 war Sobibór und im Juli 42 Treblinka einsatzbereit.
Aufgabe der übrigen SSPF war es, die Juden in ihren Distrikten zu erfassen und den Vernichtungslagern im Bereich des SSPF Lublin zuzuführen. Die Abschiebung der Juden erfolgte in Sonderzügen mit geschlossenen Güterwagen unter dem Decknamen "Aussiedlung". Wegen kriegsbedingter Transportschwierigkeiten nahm man später davon Abstand, die Juden kleinerer Gettos in die Vernichtungslager zu bringen; sie wurden an Ort und Stelle erschossen. Von der "Aussiedlung" ausgenommen waren die in kriegswichtigen Betrieben arbeitenden Juden. Sie wurden in Arbeitslagern zusammengefaßt, die den SSPF unterstanden.
Am 19.7.42 setzte Himmler den Abschluß der "Aussiedlung" auf den 31.12.42 fest. Außer den Arbeitslager-Häftlingen sollte es zu diesem Zeitpunkt im Generalgouvernement keine Juden mehr geben.
Belzec stellte Ende Dezember 42 als erstes Lager die Vernichtungen ein. In Sobibór und Treblinka verzögerte sich der Termin: Erst am 4.11.43 konnte Globocnik schließlich Himmler melden, daß er mit 19.10.43 die Aktion Reinhard abgeschlossen und die Lager aufgelöst habe. Insgesamt waren mindestens 1,75 Millionen Juden der Aktion Reinhard zum Opfer gefallen.
Abschließend ließ Globocnik noch einen Bericht über die "verwaltungsmäßige Abwicklung der Aktion Reinhard" aufstellen, in dem "der Gesamtwert der angefallenen Gegenstände ... mit rund 180.000.000 RM" angegeben wurde.
Betont wurde, daß nur Mindestwerte angenommen worden seien, die Verkehrswerte jedoch bedeutend höher lägen. Keine Erwähnung finden in dem Bericht die Werte des eingezogenen unbeweglichen Vermögens der Ermordeten. Gemäß Anordnung Himmlers vom 15.12.42 wurde es für Zwecke der "Festigung deutschen Volkstums" zur Verfügung gestellt, insbesondere für Umsiedler und andere bevorzugte Bewerber.<<
Am 21. Juli 1942 begann die planmäßige Verschleppung der 350.000 Warschauer Juden in das Vernichtungslager Treblinka (x040/137).
Im Lager Maidanek, das man bisher hauptsächlich als "Auffang- und Durchgangslager" für sowjetische Kriegsgefangene und polnische Zwangsarbeiter genutzt hatte, ließ das NS-Regime spätestens ab Oktober 1942 Massentötungen in Gaskammern durchführen.
Himmler ordnete am 16. Dezember 1942 die Deportation aller in Deutschland lebenden Zigeuner und "Zigeunermischlinge" in das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau an.
Am 19. April 1943 begann der jüdische Aufstand im Warschauer Getto (19.04.-16.05.1943).
Nachdem die SS-Einheiten bereits ca. 300.000 Juden in das Todeslager Treblinka deportiert hatten, wehrten sich die restlichen 69.000 Juden erstmalig erbittert gegen den Abtransport.
Der jüdische Aufstand im Warschauer Getto (19.04.-16.05.1943) konnte erst am 16. Mai 1943 nach harten Kämpfen durch SS- und Polizeiverbände (über 2.000 Mann) niedergeschlagen werden. Nach der Niederschlagung des "Aufstandes der annähernd 70.000 Todgeweihten"

gerieten etwa 56.000 Juden in Gefangenschaft. Von diesen jüdischen Gefangenen wurden vermutlich 7.000 erschossen und 22.000 in die Vernichtungslager Maidanek oder Treblinka deportiert, während die restlichen Gefangenen in Arbeitslagern eingesetzt wurden (x051/621).
Die SS- und SD-Einheiten sowie Polizeiverbände meldeten nach dem Aufstand im Warschauer Getto 16 Gefallene und 85 Verwundete (x030/348).
SS-Gruppenführer Jürgen Stroop (der sog. "Henker von Warschau") berichtete am 16. Mai 1943 (x149/104): >>Das ehemalige jüdische Wohnviertel besteht nicht mehr. ... Gesamtzahl der erfaßten und nachweislich vernichteten Juden beträgt insgesamt 56.065. ...<<
In Budapest begann am 19. März 1944 das "Sonderkommando Eichmann" mit Transportvorbereitungen, um die ungarischen Juden in das Vernichtungslager Auschwitz zu deportieren (x040/205).
Am 1. April 1944 begannen die Massendeportationen der jüdischen Bevölkerung aus Südeuropa (Griechenland und Ungarn) nach Auschwitz.
Das "Sonderkommando Eichmann" ließ vom 15. Mai bis zum 27. Juni 1944 rd. 380.000 Juden aus Ungarn verschleppen. Mindestens 250.000 ungarische Juden wurden in Auschwitz-Birkenau umgebracht (x040/212). Von Horthy ließ die Deportationen schließlich am 6.07.1944 einstellen.
Sowjetische Truppen stürmten am 24. Juli 1944 das NS-Vernichtungslager Majdanek bei Lublin und befreiten mehrere NS-Konzentrations- und Arbeitslager, die östlich von Warschau lagen (x033/513).
Am 11. August 1944 begann die Auflösung des Vernichtungs- und Zwangsarbeitslagers Auschwitz-Birkenau. In den folgenden Tagen und Wochen hetzte man die überlebenden Auschwitz-Häftlinge in Todesmärschen bzw. Hungertransporten nach Buchenwald, Sachsenhausen und Flossenbürg (x033/522).
Das NS-Regime löste am 28. September 1944 das KZ Theresienstadt auf und deportierte 18.404 Juden nach Auschwitz-Birkenau. Nur etwa 2.000 jüdische Häftlinge überlebten diese "Umsiedlung".
Während einer Häftlingsrevolte in Auschwitz sprengten Häftlinge am 1. Oktober 1944 ein Krematorium.
Im Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau fanden am 31. Oktober 1944 die letzten Vergasungen statt (x033/550).
Der faschistische Pfeilkreuzler-Führer Ferenc Szalasi (1897-1946, ungarischer Staatschef, hingerichtet) entfesselte ab Oktober 1944 ein Terrorregime. Allein in Budapest massakrierten die Pfeilkreuzler bis zum Einzug der Roten Armee über 10.000 Juden (x042/272).
Himmler erteilte am 26. November 1944 den Befehl, die Vergasungen im Vernichtungslager Auschwitz einzustellen und alle Spuren zu beseitigen (x106/38). Tausende von Überlebenden wurden danach in Todesmärschen oder mit Güterzügen in die längst überfüllten westdeutschen Konzentrationslager verlagert.
Während der Todesmärsche nach Österreich kamen im November 1944 mindestens 6.000 ungarische Juden um (x042/272).
SS-Einheiten begannen am 28. November 1944 mit der Zerstörung der Krematorien des Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau (x033/558).

Geheimhaltung der "Endlösung"

Damals nutzten die NS-Behörden für die Durchführung der "Endlösung" grundsätzlich nur Tarnbezeichnungen. In den sichergestellten NS-Schriftstücken wurde jedenfalls später kein Hitler-Befehl gefunden, der eindeutig die Ausrottung der Juden anordnete. Die Deportationen tarnte und verharmloste man meistens als "Umsiedlungen" oder "Arbeitseinsatz im Osten". Die Sicherheitspolizei-, SS- und SD-Dienststellen führten später die Tarnbezeichnung "Son-

derbehandlung" ein. Himmler untersagte zwar ab 1943 diesen Begriff und ließ andere Bezeichnungen ("Aussiedlung" usw.) verwenden, aber die Tarnbezeichnung "Sonderbehandlung" blieb weiterhin ein "fester Begriff" für die physische Vernichtung des europäischen Judentums.
Um die Ermordung der Juden vor der deutschen Bevölkerung zu verheimlichen, wurden alle Vernichtungslager (Auschwitz, Belzec, Kulmhof, Maidanek, Sobibór und Treblinka) in Polen errichtet und von speziell ausgewählten SS-Einheiten geleitet. Die "Endlösung" unterlag außerdem der höchsten Geheimhaltungsstufe des NS-Regimes ("Geheime Reichssache"), so daß man es fast bis zum Kriegsende schaffte, die Ausrottung des Judentums perfekt zu tarnen und zu verheimlichen.
Im Verlauf des Zweiten Weltkrieges kümmerten sich die meisten Deutschen nicht um das Schicksal der deportierten Juden, denn damals hatte jeder genügend eigene Sorgen und vielfältige furchtbare Schicksalsschläge zu bewältigen. Bei der unmenschlichen Behandlung bzw. den Hungerkatastrophen der sowjetischen Kriegsgefangenen und der Verschleppung von ausländischen Zivilarbeitern verhielt es sich ähnlich.
Manche "Volksgenossen" ahnten schlimme Dinge und viele hatten ein schlechtes Gewissen, aber die eingeschüchterte Mehrheit des deutschen Volkes schwieg. Nach der Devise: "Mich geht's ja nichts an; ich kann's auch nicht ändern, hoffentlich geht das gut", nahmen die abgestumpften, unterdrückten Deutschen in den gnadenlosen Kriegsjahren alles widerstandslos hin. Angesichts der Tatsache, daß die Ermordung der deportierten Juden außerdem völlig sinnlos und vollkommen unvorstellbar war, glaubten fast alle Deutschen und die meisten jüdischen Verschleppungsopfer den offiziellen NS-Informationen über den sogenannten "Arbeitseinsatz im Osten".
Die große Mehrheit der Deutschen war bis zum Kriegsende davon überzeugt, daß die Juden nur vorübergehend Zwangsarbeit leisten mußten und danach wieder zurückkehren würden. Nur ein geringer Teil der deutschen Bevölkerung erfuhr aufgrund von Meldungen der ausländischen Rundfunksender (BBC etc.), daß in den besetzten Gebieten Polens NS-Vernichtungslager existieren sollten. Diese unglaublichen Gerüchte über angebliche Vernichtungsaktionen nahm jedoch fast niemand ernst, sondern hielt sie für unsinnige Hirngespinste der ausländischen Kriegspropaganda.
Der schlesische Schriftsteller Horst Bienek berichtete später über die Geheimhaltung der Endlösung (x268/55-56): >>... Ich muß noch etwas zu Auschwitz sagen, daß nur 50 Kilometer von Gleiwitz entfernt lag. Auschwitz war natürlich ein Begriff, wir wußten, daß es ein KZ war. Auschwitz hatte ja zahlreiche Außenlager, darunter auch welche in Gleiwitz und im benachbarten Blechhammer.
Man wußte auch, daß dort Häftlinge schlecht behandelt wurden, an Hunger und Typhus starben – aber daß dort planmäßig Juden vergast wurden, das hat wahrhaftig niemand gewußt, man hätte es damals wohl auch nicht geglaubt, wie es der Papst und das Foreign Office ja auch nicht glauben wollten.<<
Der deutsche Politologe Eugen Kogon berichtete später über die Mitwisserschaft der Deutschen (x129/151-152): >>Was hat der Deutsche von den Konzentrationslagern gewußt? Außer der Existenz der Einrichtung beinahe nichts, denn er weiß heute noch wenig. Das System, die Einzelheiten des Terrors streng geheimzuhalten und dadurch den Schrecken anonym, aber um so wirksamer zu machen, hat sich zweifellos bewährt.
Viele Gestapobeamte kannten, wie ich gezeigt habe, das innere der Konzentrationslager, in die sie ihre Gefangenen einwiesen, nicht; die allermeisten Häftlinge hatten vom eigentlichen Getriebe des Lagers und von vielen Einzelheiten der dort angewandten Methoden kaum eine Ahnung. Wie hätte das deutsche Volk sie kennen sollen? Wer eingeliefert wurde, stand einer ihm neuen, abgründigen Welt gegenüber. Das ist der beste Beweis für die allgewaltige Wirk-

samkeit des Prinzips der Geheimhaltung.
Und dennoch! Kein Deutscher, der nicht gewußt hätte, daß es Konzentrationslager gab. Kein Deutscher, der sie für Sanatorien gehalten hätte. Wenig Deutsche, die nicht einen Verwandten oder Bekannten im Konzentrationslager gehabt oder zumindest gewußt hätten, daß der und jener in einem Lager war.
Alle Deutschen, die Zeugen der vielfältigen antisemitischen Barbarei geworden, Millionen, die vor brennenden Synagogen und in den Straßenkot gedemütigten jüdischen Männern und Frauen gleichgültig, neugierig, empört oder schadenfroh gestanden haben. Viele Deutsche, die durch den ausländischen Rundfunk einiges über die Konzentrationslager erfahren haben. Mancher Deutsche, der mit Konzentrationslagern durch Außenkommandos in Berührung kam. Nicht wenige Deutsche, die auf Straßen und Bahnhöfen Elendszügen von Gefangenen begegnet sind. ...
Kaum ein Deutscher, dem nicht bekannt gewesen wäre, daß die Gefängnisse überfüllt waren und daß im Lande unentwegt hingerichtet wurde. Tausende von Richtern und Polizeibeamten, Rechtsanwälten, Geistlichen und Fürsorgepersonen, die eine allgemeine Ahnung davon hatten, daß der Umfang der Dinge schlimm war. ...<<
Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Dr. Alfred M. de Zayas berichtete über die beschränkte Zuständigkeit der Wehrmachtsuntersuchungsstelle (WUSt) und die Geheimhaltung der "Endlösung" (x029/204): >>... Es ist anzunehmen, daß sie wohl gerüchteweise von der Tätigkeit der SS-Einsatzgruppen erfuhren. Dienstliche Mitteilungen über die Judenmorde erhielten sie nicht; jedenfalls fehlt jeder Hinweis darauf, daß die WUST informiert oder eingeschaltet wurde.
Die Existenz von Konzentrationslagern war allgemein bekannt, aber ob WUSt-Angehörige wußten, was sich dort tatsächlich abspielte oder gar das Ausmaß des Massenmordes erahnten, läßt sich aus den vorhandenen Akten nicht mehr feststellen. Dieser Informationsmangel könnte vielleicht auf die Geheimhaltung über die "Endlösung der Judenfrage" zurückzuführen sein.<<
Alfred Grosser (französischer Politologe und Publizist) schrieb später über die vermeintliche "Unkenntnis der Deutschen" und die Mitschuld der westeuropäischen Alliierten (x075/101-102): >>... Einerseits analysieren die Autoren als Forscher die Geheimhaltungstaktik der NS-Führung, andererseits werfen sie als Ankläger der großen Mehrheit des deutschen Volkes vor, von der Natur und dem Ausmaß des Grauens Kenntnis gehabt zu haben. ...
In Wirklichkeit war es nach 1945 unmöglich und ist es auch heute noch nach jahrzehntelanger Forschung sehr schwierig, genau zu wissen, wer was wußte, wer welchen Teil der furchtbaren Wirklichkeit aus seinem Gedächtnis verdrängt hat oder wer welche nach Hitlers Sturz aufgedeckten Fakten in sein Gedächtnis aufnehmen mußte. Auf jeden Fall war das Wissen weiter verbreitet, als die Mehrzahl der Deutschen zugeben wollte, und viel weniger verbreitet, als die Sieger behaupteten.
Erst viel später sollte man erfahren, daß die Weigerung, zur Kenntnis zu nehmen, daß die Komplizenschaft aufgrund bewußten Ignorierens und daß sogar die trotz Informiertseins unterlassene Hilfeleistung auch bei führenden ausländischen Politikern anzutreffen waren, insbesondere bei dem amerikanischen Präsidenten Roosevelt. Dieser hatte aus Gründen politischer Opportunität (Anpassung) und vor allem aus Furcht vor dem nordamerikanischen Antisemitismus nichts unternommen, um die Juden Europas zu retten, deren Schicksal er doch kannte. Allerdings wurde er in seinem tatenlosen Zusehen von einem bedeutenden Teil der nordamerikanischen Juden noch bestärkt, da diese sich weigerten zu wissen und zu handeln. ...<<
Der deutsche Historiker Werner Maser (1922-2007) schrieb später über die angebliche Mitwisserschaft der deutschen Bevölkerung (x023/272-273): >>Die Bevölkerung wußte natürlich, daß die Juden nicht in Sanatorien geschafft wurden. Fragen blieben allerdings unbeant-

wortet. Daß niemand zurückkam, wurde als logisch empfunden; denn es war ja Krieg, und die Propaganda machte die Juden seit Sommer 1939 allein dafür verantwortlich. So konnte denn – neben der Verdrängung dieser Frage – vermutet werden, daß die jüdischen Mitbürger nach dem Sieg, auf den gerade nach den Erfolgen an den Fronten erneut gehofft wurde, wieder zurückkehren würden.
Kritische Zeitgenossen, die heimlich "Feindsender" hörten, erfuhren auch von ihnen nichts über das, was Jahre später aller Welt bekannt wurde: die seit der sogenannten "Wannsee-Konferenz" vom 20. Januar 1942 über die "Endlösung" der Judenfrage besonders intensiv betriebene systematische Judenvernichtung.
Nur ein verschwindend geringer Teil der Bevölkerung wußte, wenn er den mit Auschwitz verdeutschten Namen der in der Nähe von Warschau an der Eisenbahn-Hauptverbindung Wien-Krakau liegenden polnischen Stadt hörte, daß sich da ein ganz besonders gefürchtetes Konzentrationslager befand. 27 Monate lang wurden dort – seit April 1942 – Juden wie Ungeziefer umgebracht, ehe überhaupt etwas nach außen drang.
Obwohl die SS in Auschwitz selbst kein Hehl aus dem machte, was sie "betrieb", war bis zur Flucht und der Berichte der Juden Vrba und Wetzler und des polnischen nichtjüdischen Majors Jerzy Tabeau außerhalb des Stacheldrahtes nicht bekannt, was innerhalb geschah.
Selbst jüdische männliche Häftlinge, die bei ihrer Einlieferung von ihren Frauen und Kindern getrennt worden waren, die kurz danach als nutzlos vergast wurden, erkundigten sich immer wieder, wo die Familienlager und "Sanatorien" seien, in denen sich ihre Familien befänden.
Ein teuflisch ausgeklügeltes Sicherheitssystem garantierte ein schier undurchdringbares Geheimhaltungsgeflecht, so daß Einzelheiten, die verängstigte und mißtrauische Auschwitz-Flüchtlinge preisgaben, schließlich sehr viel eher ausländischen Institutionen als der deutschen Öffentlichkeit bekannt werden konnten. ...
Wer das Verhalten der deutschen Bevölkerung, die zu jener Zeit im Gegensatz zu bestimmten ausländischen Stellen, Persönlichkeiten und Institutionen nahezu gar nichts wußte, beurteilen will, muß die inzwischen dokumentarisch abgesicherten Einzelheiten kennen, die nur als bestürzend bezeichnet werden können. ...<<
Kletts Geschichtliches Unterrichtswerk Band IV berichtete über die Geheimhaltung der "Endlösung" (x069/192): >>... Mit größter Heimlichkeit wird das schauerliche Vernichtungswerk betrieben. Nur ganz wenige wissen davon. Sehr viele ahnen, das Furchtbares geschieht, aber keiner hat Beweise, keiner wagt, die Stimme zu erheben: der Tod wäre ihm sicher, und sein Tod würde nicht den geringsten Erfolg haben.<<
Der deutsche Historiker Hellmuth G. Dahms schrieb später über die angebliche Mitwisserschaft der Deutschen (x090/288): >>... Nachdem es Julius Stürmer, dem Herausgeber des antisemitischen Wochenblattes "Der Stürmer", nicht gelungen war, das deutsche Volk gegen die Juden aufzuhetzen, erklärte die Führung den Massenmord zur "Geheimen Reichssache", sowie vorher schon die Tötung von über 100.000 Geisteskranken im Rahmen eines "Euthanasieprogrammes".
Die "Vernichtung unwerten Lebens" hatte vielfach Entsetzen hervorgerufen. Über das Schicksal der Juden gab es wohl Gerüchte, doch da die Morde außerhalb Deutschlands begangen wurden und die Weitergabe jeder Kunde von ihnen strenge Bestrafung nach sich zog, trat die ganze Wahrheit erst Jahre später zutage.<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) schrieb später über die Geheimhaltung der "Endlösung" (x025/145): >>... Es wäre naiv anzunehmen, in einem großen Staat wie Deutschland hätte niemand außer den Tätern selbst etwas von den Judenmorden gewußt. Ebenso naiv freilich wäre der Glaube, in einer Diktatur mit totaler Informationskontrolle würden die Spatzen Staatsgeheimnisse nur so von den Dächern pfeifen.
Zur Frage der Mitwisserschaft ist u.a. daran zu erinnern, daß die Judenvernichtung "Geheime

Reichssache" war, die höchste Geheimhaltungsstufe, die das Dritte Reich kannte. Unerwünschte Gesprächigkeit konnte mit sofortigem Erschießen geahndet werden. Der amtliche Schriftverkehr zum Thema bedient sich einer Tarnsprache; man redete nicht von Ausrottung, sondern von Partisanenbekämpfung bzw. Sonderbehandlung, nicht von Vernichtungslagern, sondern von Arbeitseinsatz im Osten, Evakuierung udgl. (wichtigste Ausnahme: die internen Berichte der Einsatzgruppen in der ersten Phase des Rußland-Feldzuges).
Man beschränkte die Korrespondenz auf ein Minimum, so daß heute auffallend wenige urkundliche Beweise vorliegen. Auch nachträglich wurden Spuren aller Art verwischt, sobald es möglich war. In Einzelfällen war die Geheimhaltung nahezu perfekt. Ins Ghetto von Lodz z.B. drangen keine konkreten Informationen über die tödliche Gefahr, die im nahegelegenen KZ Kulmhof (Chelmno) lauerte.
Da alle 6 großen Vernichtungslager im besetzten Polen jenseits der deutschen Polizeigrenze standen, war es im Reich naturgemäß besonders schwer, Informationen über die Vernichtungsstätten zu erhalten. Sogar Auschwitz, die größte der Todesfabriken, dürfte während des Krieges z.B. in Bayern unbekannt gewesen sein. – Die Vernichtungslager im Osten sind allerdings nicht mit den Terrorlagern in Deutschland zu verwechseln. Letztere waren von Anfang an ebenso bekannt wie gefürchtet.<<
Der deutsche Oberstaatsanwalt Alfred Streim (1932-1996) schrieb später über die Tarnbezeichnung "Sonderbehandlung" (x051/543): >>Sonderbehandlung, Tarnbezeichnung der nationalsozialistischen Machthaber für die physische Vernichtung von Menschen.
Der Begriff wurde vermutlich durch ein Fernschreiben Heydrichs an alle Stapoleit- und Stapostellen vom 20.9.39 eingeführt betreffend die "Grundsätze der inneren Sicherheit während des Krieges", nach denen "zur Beseitigung von Mißverständnissen" zwischen Fällen zu unterscheiden war, "die auf dem bisher üblichen Wege erledigt werden können und solchen, die einer Sonderbehandlung zugeführt werden müssen", d.h. Fälle, die "hinsichtlich ihrer Verwerflichkeit, ihrer Gefährlichkeit oder ihrer Propagandistischen Auswertung geeignet sind, ohne Ansehen der Person durch rücksichtsloses Vorgehen (nämlich durch Exekution) ausgemerzt zu werden. ..."
Die Tarnbezeichnung wurde in den folgenden Jahren insbesondere in zahlreichen Erlassen des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD, Verfügungen, Befehlen und Meldungen der diesem unterstellten Dienststellen sowie Einheiten verwendet. Im Laufe der Zeit scheint die Bedeutung des Wortes so bekannt geworden zu sein, daß man dazu überging, andere Verschlüsselungen zu wählen.
Ungefähr ab Herbst 41 wurden z.B. für die Vorbereitung und Durchführung der Massenmorde an Juden u.a. die Worte "Umsiedlung" und "Aussiedlung" eingesetzt. Schließlich untersagte Himmler, daß von Sonderbehandlung (der Juden) gesprochen wurde, und ordnete an, den Begriff durch andere zu ersetzen (Schreiben des Persönlichen Stabs RFSS an dessen Inspekteur für Statistik vom 10.4.43). Tatsächlich blieb das Wort Sonderbehandlung jedoch weiterhin Bestandteil der spezifisch nationalsozialistischen Sprache.<<
Der deutsche Publizist Rudolf Augstein (1923-2002, Herausgeber des Nachrichtenmagazins "Der Spiegel") berichtete später im Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (5/1979): >>**Ich habe es nicht gewußt**
Auf meine Nazi-Vergangenheit komme ich ungern zu sprechen. Nicht weil ich etwas zu verbergen hätte, sondern, ganz umgekehrt, weil ich zufällig aus einer Familie stamme, die wegen ihrer katholischen Überzeugung in strikter Gegnerschaft zum Hitlerreich stand.
Helden waren auch wir allesamt nicht. Ich beispielsweise, Jahrgang 1923, wurde 1938 Mitglied der Hitler-Jugend in einer Marionettenspielschar. Aber mit dem Schulspeisungs-Kakao, den ich als Sproß einer kinderreichen Familie kostenlos ... (trinken) durfte, sog ich Haß und Feindschaft gegen das Hitler-Regime mit ein. Mein Vater und meine Freunde, wir waren ü-

berzeugt, daß Hitler einen neuen Krieg machen werde und daß er ihn, um Deutschlands willen, verlieren müsse. Nie war ich so deprimiert wie in den großen Tagen von 1940, als Hitler durch Paris streifte.
Wie gesagt, nicht mein Verdienst. Man konnte auch anders aufwachsen. Ich schicke diese Erklärung nur voraus, um zu belegen, daß ich die Verbrechen der Nazis, wo ich ihrer gewahr wurde, sorgfältig registriert habe (mein Vater glaubte sogar, die Nazis hätten den Bischof von Hildesheim, Nikolaus Bares, vergiftet, und wir wissen ja inzwischen, daß die Nazis deutsche Bischöfe nicht umgebracht haben).
Dreieinhalb Jahre war ich, Arbeitsdienst eingerechnet, an der Ostfront, als Soldat in einer selbständigen (Schwerpunkt-)Einheit der Heeresartillerie. Ich bin dort viel herumgekommen. Aber erst nach Kriegsende erfuhr ich, daß die Nazis die Juden systematisch ermordet hatten. Auf diese Idee war selbst ich, der ihnen alles zutraute, nicht gekommen.
Der Kaufmann Rüdenberg und seine Frau in Hannover, der meinem Vater seine Bildersammlung, lauter Lovis Corinths, zum Geschenk anbot ("Nach dem Krieg geben Sie mir die Hälfte wieder, wenn ich noch lebe", mein Vater wollte nicht, er fand die Bilder auch zu schweinisch), was war aus beiden nach unserer Ansicht geworden?
Nun, man hatte sie nach Osten gefahren und in Arbeitslager gesteckt. Ihre Chancen, zurückzukehren, waren 50:50, vielleicht etwas geringer, wenn man ihr Alter bedachte. Aber einem Juden, der noch arbeiten konnte oder der pfiffig war, würde man dem nichts zu essen geben? Undenkbar übrigens, meine eigene Chance, als VB-Funker den Krieg zu überleben, schätzte ich nicht viel höher ein).
Als Kantinenwirt des Reichsarbeitsdienstes in Kulm 1941 erfuhr ich von dem Vormann Schnase (an dem Tag, als er das Lager verließ), SS-Leute hätten Kulmer Juden so lange mit Bambusstöcken auf die Hoden geschlagen, bis diese ohnmächtig geworden seien. Nun, das glaubte ich, so schätzte ich die Dreckskerle ein.
Gerüchten dieser Art nachzugehen, fehlte unsereinem die Zeit, die Gelegenheit und die Energie. Wozu auch? Wir hatten mit der Nazi-Maschinerie selbst genug zu tun, und machen konnten wir ohnehin nichts. Wir wollten nichts anderes als die Juden auch, nämlich überleben.
In der Ukraine, im Sommer 1943, während des einzigen Vormarschs, den ich je mitgemacht habe, zogen unsere Leute bei der Mühle von Gadjatsch einen sowjetischen Kommissar aus einem Loch. Sie machten sich über seine rotgelackten Offiziersstiefel her und schickten ihn barfuß nach hinten: "Der wird ja doch erschossen." Dies wußten wir. Ich habe nicht protestiert. Einen der Spionage verdächtigten Polen ließ ich entlaufen, als ich nachts Wachdienst hatte. Der Batteriechef brüllte mich an und sagte dann nur kurz: "Ich danke Ihnen."
In Woitowka, einem rumänischen Dorf, wurden 1944 rumänische Juden zusammengezogen, konzentriert. Sie waren wegen ihrer Fertigkeiten bei der dumpfen bäuerlichen Bevölkerung unbeliebt, bei uns Soldaten beliebt. Ein junges Mädchen sagte mir: "Morgen muß ein Teil von uns weg. Wir werden alle ermordet." Ich fragte: "Wie machen die das? Und wieso ihr alle?" Sie sagte: "Weiß ich auch nicht. Wir haben aber zuverlässige Nachrichten, daß niemand von uns wieder zurückkommt, das ist alles." Ich sagte: "Du bist jung, und sie brauchen Arbeitskräfte, das sieht man doch." "Nützt alles nichts", sagte sie. Ich ahnte also und wußte nichts.
Auf unseren Rückzügen trafen wir keine Juden an, aber das machte mich nicht stutzig. Wir trafen ja auch nicht auf junge Männer. Gegen Kriegsende kam ich als Offiziersanwärter noch nach Theresienstadt und konnte nun mit eigenen Augen feststellen, daß es noch Juden gab. Ob die beiden Rüdenbergs nicht vielleicht doch hier in Theresienstadt saßen?
Und mein Vater, der jeden Abend Radio London und Radio Moskau hörte? Auch er hatte es nicht gewußt. Wie denn auch? Der kanadische Abwehroffizier im britischen Geheimdienst, Milton Shulman, hat in den ersten Monaten des Jahres 1944 "mit Entsetzen" das Vernehmungsprotokoll eines deutschen Kriegsgefangenen gelesen, in dem eine Massenerschießung à

la "Holocaust" beschrieben wurde.
Er und seine Kollegen hielten die Geschichte für übertrieben, "äußerstenfalls für einen schlimmen Einzelfall". Ungeheuerlich bleibt, daß die Radiostationen des westlichen Auslands, daß der Papst das Morden nicht lauthals angeprangert haben: So unempfindlich waren die Nazis nicht, daß sie auf die Stimmung ihrer Truppen und der Bevölkerung nicht irgendwie hätten Rücksicht nehmen müssen; vielleicht, vielleicht auch nicht.
Habe ich also wirklich nichts gewußt? Ja und nein. Jeder von uns kannte Dachau, Dachau stand für Eingesperrtsein und Nazi-Brutalität, für Konzentrationslager schlechthin. Ich kam aus dem östlichen Krieg nach Hause und wußte nichts von Gaskammern, nichts von der systematischen Ausmordung. Der Krieg hatte mich stumpf gemacht, mir wurde plötzlich bewußt, daß ich mich all die Zeit nur um mein eigenes Schicksal und das meiner Familie gekümmert hatte. Das Los der Juden war aus meinem Blickfeld herausgetreten.
Die ersten Bilder von Skelett-Halden machten mir Grausen, aber kein schlechtes Gewissen. Sie waren nur der Anfang und kamen aus dem britisch besetzten Bergen-Belsen, wo nicht vergast worden war. Als Reporter wurde ich von den Briten eingeteilt für den ersten KZ-Prozeß.<<
Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 3/4 – 2012 berichtete später über das Buch "Völkermord als Staatsgeheimnis" des nordamerikanischen Völkerrechtlers und Historikers Alfred M. de Zayas (x853/...): >>**Völkermord als Staatsgeheimnis**
Vom Wissen über die "Endlösung der Judenfrage" im Dritten Reich
... Professor Doehring schreibt in seinem Vorwort, daß sein eigener Vater – der zeitweise Häftling im Konzentrationslager war und später im Untergrund überlebte - "diese Art der "Endlösung der Judenfrage" vielleicht geahnt, aber doch letztlich nicht für denkbar gehalten und von ihr konkret nichts "gewußt" hat (S. 9).
Dem Verfasser geht es um die Frage, ob man von einer Kollektivschuld der Deutschen für die Judenmorde sprechen kann. Dabei stellt er klar heraus, daß der Massenmord ein historisches Ereignis ist, an dem man nicht rütteln kann. Es steht für ihn fest, daß der Führerbefehl Nr. 1 vom 11.1.1940 eine entscheidende Rolle bei der Geheimhaltung spielte. Desgleichen die berüchtigte Posener Rede Himmlers vom 4. Oktober 1943, in der dieser von der Notwendigkeit der "Endlösung" sprach, für die das deutsche Volk aber noch nicht reif sei und worüber deswegen nicht gesprochen werden dürfe: "Zwei Schwätzer wurden erschossen".
Es ist nicht allgemein bekannt, daß deutsche Soldaten, die sich Vergehen oder Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung zuschulden kommen ließen, hart bestraft wurden, selbst wenn es sich "nur" um Plünderungen bei Juden handelte. Ein Batteriechef wurde deswegen zum Tode verurteilt. Ein Unteroffizier, der eine russische Familie ermordete, wurde samt seinen Helfern ebenfalls erschossen (S. 23).
Einige jüngere Historiker behaupten, daß die Kriegsgeneration über den Holocaust Bescheid wußte. Daniel Goldhagen meint in seinem Machwerk "Hitlers willige Vollstrecker" sogar, das deutsche Volk sei mit dem Holocaust einverstanden gewesen.
Professor Jäger schreibt in seinem Buch "Verbrecher unter totalitärer Herrschaft", das Alfred de Zayas anführt: "Nur ein relativ kleiner Kreis von Eingeweihten durfte von ihnen (Vernichtungsmaßnahmen) Kenntnis haben; kein Presse- oder Wehrmachtsbericht erwähnte sie; im Unterschied zu den militärischen Siegen, die offen verkündet, gefeiert und von der Propaganda ausgewertet wurden, mußten die 'Erfolge', die das Regime auf dem Gebiet des 'Rassenkampfes' errang, absolut geheim gehalten werden" (S. 227).
Der Chef der Parteikanzlei, Martin Bormann, gab am 11. Juli 1943 einen Erlaß heraus, nach dem "im Einvernehmen mit dem Führer (angeordnet wird), daß man bei einer öffentlichen Diskussion über die Judenfrage davon absehen soll, über eine Endlösung zu sprechen: Juden wurden zur Arbeit geschickt, en bloc und in angemessener Weise" (S. 33).

Zahlreiche Leserbriefschreiber weisen darauf hin, daß die Feindsender keinerlei Berichte über die Massenmorde an Juden brachten. Auch in unserer Familie wurde regelmäßig BBC gehört. Niemals kamen Berichte über Massenmorde.
In etlichen Feldpostbriefen berichteten deutsche Soldaten von Morden der SD-Einsatzgruppen. Es gibt auch einige Fotoaufnahmen von Judenerschießungen, die aber in der Presse nicht veröffentlicht wurden. "Tatsächlich war es strengstens verboten, Erschießungen zu fotografieren. Gerüchte machten vielfach die Runde. Aber glaubten die 'Volksgenossen' daran?
War es nicht Feindpropaganda? Die Älteren erinnerten sich, daß die Alliierten während des Ersten Weltkriegs die deutschen 'Hunnen' beschuldigten, belgischen kleinen Kindern die Hände abzuhacken. Waren Juden, die erschossen wurden, nicht womöglich Partisanen und Heckenschützen?
Der Reichspressechef erteilte am 11. Juni 1942 die generelle Weisung: "Veröffentlichungen über die Maßnahmen gegen die Juden sind verboten" (S. 44).
In den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen wurde deutlich, daß die "Endlösung der Juden" als geheime Reichsache eingestuft war.
Hitler erließ am 11. Januar 1940 den "Grundsätzlichen Befehl": "Niemand: Keine Dienststelle, kein Offizier dürfen von einer geheim zu haltenden Sache erfahren, wenn sie nicht aus dienstlichen Gründen unbedingt davon Kenntnis haben müssen." - Dieser Befehl wird in den Nummern 2 - 4 noch weiter präzisiert (S. 189).
Hitlers ehemalige Sekretärin, Christa Schröder, schrieb:
"Dieser Befehl war in allen militärischen Büros und Schreibstuben aufgehängt" (S. 48).
In seiner berüchtigten Posener Rede vom 4. Oktober 1943 über die "Judenevakuierung" sagte Himmler u.a.: "Unter uns soll es einmal ganz offen ausgesprochen sein, und trotzdem werden wir in der Öffentlichkeit nie darüber reden … Es gehört zu den Dingen, die man leicht ausspricht – das jüdische Volk wird ausgerottet … Und dann kommen sie alle an, die braven 80 Millionen Deutschen und jeder hat seinen anständigen Juden …".
Mit diesem letzten Satz macht Himmler ungewollt deutlich, daß das deutsche Volk nicht antisemitisch war. ...
Es ist unbestritten, daß alle erwachsenen Deutschen, die von 1933 bis 1945 in Deutschland lebten, von der aggressiv antijüdischen Haltung der Machthaber wußten: "Deutsche, kauft nicht bei Juden!" - Selbst in kleineren Ortschaften gab es Stürmerkästen mit Hetzparolen gegen Juden. 1938 kam es zur "Reichskristallnacht", die aber von der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung mißbilligt wurde. Daß 1941 der Judenstern eingeführt wurde, bekamen alle mit. Als im Lauf des Krieges zahlreiche Juden verschwanden, wurde dies mit Auswanderung erklärt. Später hieß es, sie kämen zum Arbeitseinsatz in den Osten.
Den zweifellos in weiten Teilen verbreiteten Antisemitismus kann man nicht einfach mit dem Massenmord gleichsetzen: "Judenverfolgungen hat es über Jahrhunderte hin in allen Staaten Europas gegeben; Pogrome haben sich vor allem in der Ukraine, Rußland und Polen im 19. und 20. Jahrhundert ereignet" (S. 87 f.).
Gerüchte über Tötungen und Massaker wurden bisweilen durch Feldpostbriefe und gelegentliche Äußerungen von Fronturlaubern bekannt. Bereits während des Nürnberger Prozesses wertete eine ganze Armee von alliierten Juristen die NS-Akten aus, "um die zentralen Fragen zu klären, wer, was wann über den Holocaust wußte" (S. 94).
Nach Befragung von über 150 Militärrichtern und zahlreichen Interviews mit führenden Offizieren und Diplomaten ergab sich ein eindeutiges Bild: "Die 'Endlösung der Judenfrage' war nicht nur geheime Reichssache – sie ist in der Tat weitestgehend geheim gehalten worden" (S. 97). ...
Der vielleicht wichtigste jüdische Zeitzeuge, Viktor Klemperer, notierte am 2. April 1944 in seinem Tagebuch: "Einzeln genommen sind fraglos neunundneunzig Prozent der männlichen

und weiblichen Belegschaft (in dem Betrieb, in dem er zwangsverpflichtet war) in mehr oder minder hohem Maße antinazistisch, judenfreundlich, kriegsfeindlich, tyranneimüde … Aber die Angst vor dem einen Prozent Regierungstreuer, vor Gefängnis, Beil und Kugel bindet sie" (S. 115 f.).
Aus der Rede Himmlers in Posen geht hervor, daß dieser dem deutschen Volk nicht traute, auch nicht der Wehrmacht und nicht einmal seiner SS. Als sich 1943 etwa 200 SS-Leute zur Front meldeten, weil sie die Belastungen bei der Durchführung von Judenmorden nicht mehr tragen konnten und einige bereits Selbstmord verübt hatten, lehnte Himmler dies wegen der Geheimhaltung ab (S. 120).
Denjenigen, die in einem Rechtsstaat aufgewachsen sind und immer wieder mit dem Holocaust konfrontiert werden, ist es unbegreiflich, daß viele der damals in Deutschland lebenden Juden in einer Zeit, da es noch möglich war, nicht emigrierten. Es war ja unübersehbar, daß das Ausland Hitler hofierte, nicht nur, aber ganz besonders bei den Olympischen Spielen 1936.
Churchill schrieb am 12. November 1938 in der Times: "Ich habe immer gesagt, daß wenn Großbritannien in einem Krieg bezwungen worden wäre, wir einen Hitler ausfindig machen müßten, um uns zu dem uns gebührenden Platz unter den Nationen zurückzuführen" (S. 130 f.).
Der ehemalige amerikanische Richter im 11. Nürnberger Nachfolgeprozeß, Leon W. Powers, erklärte in seinem abweichenden Votum vom 14. April 1949: "Das Beweismaterial hat gezeigt, daß das Ausrottungsprogramm unter strengster Geheimhaltung gehandhabt wurde. Hitler wies Himmler an, die Aktion anlaufen zu lassen. Himmler suchte sich die Leute sorgfältig aus, die … die Ausrottung durchführen sollten und verpflichtete sie zur Geheimhaltung. (Es ging darum) … die Vorgänge vor dem deutschen Volk und allen, die nichts mit dem Unternehmen zu tun hatten, zu verbergen" (S. 146).
Heutige Anklagen von "Spätgeborenen", warum die Menschen im Dritten Reich nicht mehr Widerstand geleistet haben, ermangeln jeglicher Kenntnis der historischen Situation. Wer im "Tausendjährigen Reich" öffentlich gegen das Regime protestierte, verschwand umgehend im Konzentrationslager, ohne den Verfolgten hierdurch helfen zu können.<<

NS-Vernichtungslager: "Fabriken des Todes"

Wegen der besseren Geheimhaltung und weil man die "Endlösung" unbeobachtet durchführen wollte, errichteten spezielle SS-Einheiten ab 1941 im besetzten Polen 6 Vernichtungslager. Während in den Konzentrations- und Arbeitslagern zunächst die Arbeitskraft der Häftlinge und Zwangsarbeiter ausgebeutet wurde, dienten die Vernichtungslager ausschließlich der Massentötung der europäischen Juden. Ernst Jünger nannte diese Lager später "Fabriken des Todes".
Der deutsche Historiker Eberhard Jäckel berichtete später über die Organisation und Durchführung der "Endlösung" (x036/12-14): >>Man kann 4 verschiedene Dienststellen unterscheiden, die überwiegend nacheinander tätig wurden.
Da waren erstens die 4 Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD, die dem Reichssicherheitshauptamt unterstanden.
Da war zweitens der SS- und Polizeiführer in Lublin, Globocnik, der unmittelbar Himmler unterstand, im Zuge der sogenannten Aktion Reinhard die Vernichtungslager von Belzec, Sobibór und Treblinka betrieb und sich dabei weithin eines Personals bediente, das von der Kanzlei der NSDAP abgestellt worden war, die zuvor die sogenannte Aktion T 4, die Tötung von Geisteskranken geleitet hatte.
Da war drittens der Kommandant des Konzentrationslagers Auschwitz, Höß, der als solcher dem SS-Verwaltungs- und Wirtschaftshauptamt unterstand, seine Weisungen für den Betrieb

des Vernichtungslagers Auschwitz II (Birkenau) aber gleichfalls unmittelbar von Himmler erhielt.
Da war viertens das Vernichtungslager Chelmno bei Lodz in den eingegliederten polnischen Gebieten, das einen Sonderfall darstellte. ...
Desgleichen kann man verschiedene Tötungsarten unterscheiden. Es gab die Erschießungen, deren sich vor allem die Einsatzgruppen bedienten, und es gab die Tötungen durch Gas. Hier sind wieder 2 Gasarten zu unterscheiden, einerseits Kohlenmonoxid, vor allem in der Form von Auspuffgasen aus Verbrennungsmotoren, und andererseits Blausäure, besser bekannt unter dem Handelsnamen Zyklon B. Kohlenmonoxid, das bei der Aktion T 4 in Stahlflaschen verwendet worden war, wurde beim Mord an den Juden in zwei Formen verwendet, nämlich in mobilen Gaswagen und in stationären Gaskammern. Zyklon B wurde nur in Gaskammern verwendet.
Man kann verschiedene Personenkreise oder Nationalitäten unterscheiden, die zu verschiedenen Zeiten in den Mordprozeß einbezogen wurden.
Da waren zunächst die sowjetrussischen Juden, deren erste wohl am 24. Juni 1941 in dem litauischen Grenzort Garsden erschossen wurden.
Da waren sodann die deutschen Juden, deren erste am 25. November 1941 in Kowno durch das Einsatzkommando 3 der Einsatzgruppe A erschossen wurden.
Da waren drittens die polnischen Juden, deren Massentötung vermutlich am 8. Dezember 1941 im Vernichtungslager Chelmno in Gaswagen begann.
Und da waren schließlich die übrigen europäischen Juden, deren Massentötung im Frühjahr 1942 einsetzte.
Man kann in diesem Zusammenhang auch die Unterscheidung treffen, daß viele Juden. vor allem die sowjetrussischen und die polnischen, an oder nahe bei ihren Wohnsitzen getötet wurden, während die meisten anderen mit der Eisenbahn zu den Tötungseinrichtungen transportiert wurden, anfänglich einige zu den Erschießungsplätzen der Einsatzgruppen, später alle in die Vernichtungslager. ...<<
Der deutsche Oberstaatsanwalt Alfred Streim (1932-1996) schrieb später über die "Vernichtungslager" des NS-Regimes (x051/601-602): >>Vernichtungslager, Lager oder Teile von Lagern, die im Rahmen der Endlösung der Judenfrage eingerichtet und grundsätzlich für die Tötung von Juden bestimmt waren.
Der Begriff Vernichtungslager richtet sich nach der Zweckbestimmung des Lagers, nicht nach den Zuständen darin. Reine Vernichtungslager waren Kulmhof, Belzec, Sobibór und Treblinka; Auschwitz(-Birkenau) und (zeitweise) Maidanek hatten eine Doppelfunktion: Sie waren sowohl Vernichtungslager wie KZ.
In den reinen Vernichtungslagern wurden die Juden sofort nach der Ankunft getötet, wenn man von der Zurückstellung weniger für gewisse Kommandos (Leichen-, Aufräumkommando u.a.) absieht. In den Lagern mit Doppelfunktion fand nach Ankunft eines Transportes im Allgemeinen eine Selektion statt. Die Arbeitsunfähigen wurden in die Gaskammern getrieben, die Arbeitsfähigen kamen zum Arbeitseinsatz in private oder SS-eigene Betriebe und wurden erst nach Ausschöpfung der Arbeitskraft getötet. Teilweise fanden in den Vernichtungslagern auch Tötungen von nichtjüdischen Häftlingen statt, z.B. von "Zigeunern" und "politisch untragbaren" sowjetischen Kriegsgefangenen.<<
Aufgrund der strengen Geheimhaltungspflicht erteilte Reichsführer SS Himmler den Befehl, die Vernichtungslager nur in spärlich besiedelten, abgelegenen polnischen Gebieten zu errichten. Die Standorte mußten jedoch über Bahnanschlüsse verfügen und durften wegen der Massentransporte nicht zu weit von den polnischen Gettos entfernt sein. Die Vernichtungslager unterlagen strengster Geheimhaltung und wurden von den SS-Wacheinheiten weiträumig abgesperrt. Alle Zufahrtswege und Straßen wurden ununterbrochen bewacht.

Das große Vernichtungslager Auschwitz (ursprünglich österreichische Kasernen bzw. Gebäude des Tabakmonopols) wurde damals als riesiges Arbeitslager für oberschlesische Industriebetriebe (IG-Farben und andere) getarnt. Da das Todeslager Auschwitz ziemlich weit von den nächsten Siedlungen entfernt war, konnte man die wahren Vorgänge fast bis zum Kriegsende vor der Außenwelt verbergen.
Um die Zahl der Mitwisser zu begrenzen und wegen der Geheimhaltung, ließ Himmler oftmals ausländische SS-Wachmannschaften in den Vernichtungslagern einsetzen. Es handelte sich vielfach um baltische SS-Angehörige, ukrainische Hilfswillige und um sowjetische Kriegsgefangene, die sich freiwillig zum Dienst bei der SS gemeldet hatten. Die SS-Wachmannschaften waren in erster Linie für die Außenbewachung der Lager und die Bewachung der auswärtigen Arbeitsgruppen zuständig.
Die Vernichtungslager Belzec und Sobibór (Distrikt Lublin) und Treblinka (Distrikt Warschau) waren relativ klein. Das Lager Treblinka war z.B. nur 400 m x 600 m groß (x036/157). Jedes Todeslager wurde zunächst mit 3 Gaskammern ausgestattet. Später installierte man weitere Gaskammern.
Der französische Politikwissenschaftler und Germanist Alfred Grosser berichtete später über die NS-Todesmaschinerie (x075/83-85): >>... Als die Maschinerie erst einmal reibungslos funktionierte, konnten Millionen von Männern, Frauen und Kindern getötet werden. Zuerst diejenigen, die von vornherein arbeitsunfähig waren, dann diejenigen, die die Schinderei am Rande des Hungertodes vielleicht noch überlebt hätten, der "widerstandsfähige Rest", der um so gefährlicher war, als er Rächer in die Welt setzen konnte.
Die Maschinerie funktionierte dank einer sachkundigen Verwaltung mit genauester Aufgabenverteilung. Unter dem Stichwort "Endlösung der Judenfrage" teilte Heydrich am 25. Juni 1942 allen Verantwortlichen der Sicherheitspolizei, des Sicherheitsdienstes und der "Einsatzgruppen" mit, daß er ab sofort beauftragt sei, alle organisatorischen und materiellen Maßnahmen für eine Gesamtlösung der Judenfrage innerhalb der deutschen Einflußgebiete in Europa zu treffen. ...
Diese Organisation schloß auch die wirtschaftliche Ausbeutung der Gefangenen zu Lebzeiten ein; sie wurden z.B. Industrieunternehmen zur Verfügung gestellt und auch zur systematischen Perfektionierung der Mordmaschinerie eingesetzt.
In gewisser Weise stellten die grausamen, sadistischen Willkürhandlungen in der Endphase der Lager so etwas wie eine Ausnahme dar: Im Gegensatz zu den Erniedrigungen, denen die Gefangenen der dreißiger Jahre ausgesetzt waren, weil die diensthabenden SA-Leute sich ihnen unterlegen fühlten, hatten diese Willkürhandlungen nicht den Zweck, Menschen zu entwürdigen. Jetzt betrachtete man sie einfach als Untermenschen, als Nicht-Menschen. ... Die Juden wurden gemordet, weil sie Juden waren. ...<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) schrieb später über das SS-Personal in den NS-Vernichtungslagern (x268/56): >>... Die Verfolgungsmaschinerie war so konstruiert, daß sie mit einem Minimum an deutschem Personal auskam. Besonders der Eichmann-Prozeß in Jerusalem (1961) hat offengelegt, mit welcher diabolischen Intelligenz die Nazis ihre Helfer aus den Reihen der Opfer zu gewinnen verstanden, angefangen von den Judenräten in verschiedenen Ländern Europas bis zu den Hilfspolizisten in den Lagern; in Theresienstadt war sogar der Henker ein Jude. ...<<
Robert Pendorf vermerkte während des "Eichmann-Prozesses" (x025/146): >>... Auf dem ganzen Weg in den Tod bekamen die polnischen Juden kaum mehr als eine Handvoll Deutsche zu sehen.<<

Opfer der Endlösung
Die "bürokratische, industrialisierte" NS-Tötungsmaschinerie arbeitete während des Zweiten

Weltkrieges unter strengster Geheimhaltung und vernichtete kaltblütig und "rationell" Millionen von wehrlosen Menschen. Wie viele Juden durch die SS-Organisationen ermordet wurden, konnte man nie genau ermitteln.
SS-Obergruppenführer Ernst Kaltenbrunner soll nach seiner Verhaftung die Gesamtzahl von 5 Millionen ermordeten Juden genannt haben (x090/287).
Der Nürnberger Gerichtshof unterstellte im Jahre 1946, daß etwa 5,7 Millionen europäische Juden ermordet wurden.
Das "Institut für jüdische Probleme" in New York ermittelte im Jahre 1957 eine Gesamtzahl von 5.978.000 ermordeten Juden (x129/69).
Der englische Historiker Gerald R. Reitlinger (1900-1975) berichtete im Jahre 1960 in seinem Buch "Die Endlösung. Hitlers Versuch der Ausrottung der Juden Europas 1939–1945" von 4.194.000 bis 4.581.000 jüdischen Opfern (x025/246).
Der nordamerikanische Historiker Raul Hilberg (1926-2007, "The Destruction of the European Jews"; 1961, 1971) berichtete von 5,1 Millionen Opfern des NS-Völkermordes (x025/246). Gemäß Hilberg wurden etwa 1,5 Millionen jüdische Mordopfer durch mobile SD- und SS-Einsatzgruppen liquidiert, annähernd 3,0 Mio Juden ermordete man in den 6 Vernichtungslagern, während die übrigen Opfer durch Hunger, Kälte und Seuchen in den Gettos und Konzentrationslagern oder im Verlauf der katastrophalen Todesmärsche und Räumungstransporte umkamen (x042/11).
Der deutsche Historiker Andreas Hillgruber (1925-1989) berichtete im Jahre 1981 von insgesamt 4,2 bis 5,7 Millionen ermordeten europäischen Juden (x041/118).
Der deutsche Oberstaatsanwalt Alfred Streim (1932-1996) schrieb im Jahre 1985 über die Opfer der "Endlösung" (x051/153): >>... (Endlösung) ... Die genaue Anzahl der im Rahmen der Endlösung ums Leben gekommenen Juden läßt sich nicht feststellen. Aus erhalten gebliebenen Berichten über Tötungsaktionen der Einsatzgruppen und anderer Einheiten, Transportlisten in die Vernichtungslager, Statistiken über die bei Beginn der Aktionen in den Gebieten lebenden Juden in Verbindung mit Rückmeldungen nach dem Kriege u.a. ist davon auszugehen, daß rd. 5 Millionen Juden ermordet worden oder infolge der Lebensverhältnisse in den Lagern verstorben sind.
Wie viele von ihnen hätten gerettet werden können, wenn die Alliierten zu systematischen Bombardierungen der Zufahrtswege, insbesondere nach Auschwitz, übergegangen wären, ist neuerdings - zuweilen aus untauglichen Gründen der Zuweisung von Mitschuld - viel erörtert worden. Eine Antwort ist nicht möglich. Die Alliierten handelten nach Roosevelts Devise, daß allen Verfolgten am besten geholfen würde durch Konzentration aller Mittel auf eine Beschleunigung des Sieges über Hitler.<<
"DAS NEUE DUDEN LEXIKON" berichtete im Jahre 1989 von 5-6 Millionen jüdischen Mordopfern (x017/1.921).
Der "dtv-Atlas", Band II berichtete im Jahre 1991 von mindestens 5,29 Millionen getöteten europäischen Juden (x061/483).
Die jüdischen Historiker der Forschungs- und Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem gehen von 6,0 Millionen jüdischen Mordopfern aus. Diese Zahl wird auch regelmäßig von israelischen Regierungsvertretern zitiert (x025/246).
"DER BROCKHAUS" berichtete im Jahre 2006 von etwa 6 Millionen jüdischen Opfern (x251/149).

Kollektivschuld oder historische Mitverantwortung?
Angesichts der unfaßbaren Menschenverluste und äußerst grausamen Durchführung zählt die Ermordung der europäischen Juden zweifelsohne zu den dunkelsten Kapiteln der bisherigen Menschheitsgeschichte. Ungeachtet der historischen Mitverantwortung darf man jedoch nicht

vergessen, daß die große Mehrheit des deutschen Volkes (im Gegensatz zu manchen osteuropäischen Nachbarn) in der jahrhundertealten deutsch-jüdischen Geschichte kein Feind des jüdischen Volkes war, sondern daß ausschließlich Mitglieder der verbrecherischen NS-Organisationen die Judenvernichtung durchführten.

Der deutsche Historiker Karl Dietrich Bracher (1922-2016) schrieb später über die historische Schuld der Deutschen (x243/75): >>... Der Nationalsozialismus war wie Hitler ein direktes Produkt des Ersten Weltkrieges, aber er gewann sein Wesen und seine Wirkung aus jenen Grundproblemen der neueren deutschen Geschichte, die den Leidensweg der demokratischen Bewegung bestimmt haben. Dazu gehören:

die Schwäche demokratischer Tradition und die machtvolle Fortdauer obrigkeitlicher Staats- und Gesellschaftsstrukturen vor und nach 1848;

die aus der späten ... unvollständigen Verwirklichung eines deutschen Nationalstaates rührende Anfälligkeit für nationalistisch-imperialistische Ideologien;

die Problematik einer unerwarteten Niederlage mit dem Resultat der Dolchstoßlegende und des allgemeinen Protestes gegen den Frieden von Versailles;

die Dauerkrise der von der Bevölkerungsmehrheit nie voll akzeptierten Republik;

speziell dann die sprengende Wirkung, die die Weltwirtschaftskrise auf diesen hochindustrialisierten, sozial und konfessionell zerspalteten, ... belasteten Staat ausübte;

... die Furcht des Kleinbürgertums vor einem Absinken ins Proletariat, die Furcht vor dem Kommunismus, die sich mit ... der Panik einer vom Industriezeitalter bedrohten Agrarbevölkerung verband; zuerst in Bayern, ... Schleswig-Holstein und Niedersachsen hat der Nationalsozialismus dann auch seine größten Wahlerfolge erzielt.

Zu den besonderen Voraussetzungen gehört freilich auch die entscheidende Rolle, die der spektakuläre Aufstieg und die pseudoreligiöse Verherrlichung eines "Führers" gespielt haben. ... Adolf Hitler repräsentierte ... den deklassierten Kleinbürger, der mit Kriegsbegeisterung und politischem Radikalismus seine Minderwertigkeitsgefühle zu kompensieren suchte. ...

Neben dem Führerkult, der im autoritären Ordnungsbedürfnis weiter Schichten Widerhall fand, wurde der vom Religiösen ins ... Biologische übersetzte Antisemitismus früh zum ... Orientierungspunkt Hitlers und seiner Bewegung; er konnte zu jener absoluten Feindvorstellung ausgebaut werden, deren jede totalitäre Bewegung zur Lenkung ... der von ihr mobilisierten Aggressivität bedarf. Zentrales Prinzip der nationalsozialistischen Ideologie war das sozialdarwinistisch formulierte Recht des Stärkeren. ... Sein letztes Ziel war die unbegrenzte Macht durch Unterdrückung nach innen und Expansion nach außen. ...<<

Der israelische Historiker Saul Friedländer berichtete später über den angeblichen Antisemitismus der deutschen Bevölkerung (x036/48-49): >>... Der Historiker, der nicht durch ideologische oder theoretische Scheuklappen behindert ist, kann leicht erkennen, daß es der nationalsozialistische Antisemitismus und die antijüdische Politik des Dritten Reiches waren, die ganz wesentlich den besonderen Charakter des Nationalsozialismus prägten. ...

Allenfalls kann man von einem bis heute einzigartigen Auftauchen eines messianischen Glaubens und einer apokalyptischen Vision der Geschichte mitten im politischen, bürokratischen und technologischen System einer hochentwickelten Industriegesellschaft sprechen. Aber auch hierbei entsteht wieder ein falscher Eindruck - es gab keine Massenbewegung gegen die Juden, nicht einmal den Kreuzzug einer fanatischen Sekte. Die Bürokratie spielte die zentrale Rolle, eine Bürokratie, die der Vernichtung gleichgültig gegenüberstand, aber von einem Führer gelenkt wurde, der seinerseits von den stärksten Überzeugungen getrieben wurde.

Die Lähmung der Historiker resultiert aus der Gleichzeitigkeit und Verquickung völlig heterogener Phänomene: messianischer Fanatismus und bürokratische Strukturen, pathologische Handlungsantriebe und administrative Erlasse, archaische Denkweisen in einer hochentwikkelten Industriegesellschaft.

Wir wissen im einzelnen, was geschah; wir kennen die Abfolge der Ereignisse und ihre möglichen Zusammenhänge; aber die Tiefendynamik des Phänomens entgleitet uns. Und was wir auch nicht begreifen, ist die fast schlagartige Auflösung der politischen, institutionellen und der Rechtsstrukturen Deutschlands sowie die Kapitulation der moralischen Kräfte, die naturgemäß wichtige Hindernisse hätten darstellen müssen für die Nazis in Deutschland, in anderen europäischen Ländern und in der gesamten westlichen Welt. ...<<

Der deutsche Historiker Andreas Hillgruber (1925-1989) berichtete später über den Mord an den europäischen Juden im Zweiten Weltkrieg (x036/222-223): >>... Der Massenmord an den europäischen Juden wurde möglich durch das Zusammentreffen einer Reihe von Faktoren im Sommer 1941: Vor dem Hintergrund der breiten antisemitischen Tendenzen in Deutschland seit dem Ersten Weltkrieg waren dies

- erstens die fanatische Entschlossenheit des von einem infernalischen Judenhaß getriebenen "Führers" Hitler, der in der Situation des Sommers 1941 mit der Eröffnung des Vernichtungskrieges gegen den "jüdischen Bolschewismus" den Weg für "seine" "Endlösung" frei sah;
- zweitens die Bereitschaft und Bereitstellung einer – nicht notwendigerweise von gleichem Fanatismus getragenen, vielmehr durchaus aus apolitischen, unterschiedlichen Motiven dafür zu gewinnenden - Personengruppe, die das Verbrechen ausführte.
- drittens eines sehr viel größeren Personenkreises, der im weiteren Sinne innerhalb eines organisatorischen und technischen Apparats vor allem die Massendeportationen aus dem deutsch-beherrschten Europa in die Vernichtungslager besorgte;
- viertens die zu erwartende Hinnahme des – wenn auch unvermeidlich nur unzulänglich – verschleierten Vorgangs durch die auf den als "nationale" Sache betrachteten Krieg und auf die davon herrührenden Alltagsnöte und Sorgen (an der Front wie in der Heimat) konzentrierten Masse der deutschen Bevölkerung.

So einmalig die Konstellation des Jahres 1941 war: Die Tatsache eines direkten und indirekten Mitwirkens einer großen Zahl von Menschen innerhalb der den Mord ausführenden und in Gang haltenden Organisationen, Behörden und Dienststellen ganz unterschiedlicher Prägung wie auch die Hinnahme des zumindest dunkel geahnten grauenhaften Geschehens durch die Masse der Bevölkerung weisen über die historische Einmaligkeit des Vorgangs hinaus.

Die offenkundige Leichtigkeit, unter den zivilisatorischen Bedingungen des 20. Jahrhunderts Menschen dafür zu gewinnen, sie dahingehend zu manipulieren", Menschen wie Waren zu behandeln und in großer Zahl umzubringen, wie es bei der Aufklärung vieler Einzelfälle in den Prozessen gegen Täter zutage trat, ist dabei das am meisten Beunruhigende, der hohe Anteil von Akademikern daran das zutiefst Erschreckende.

Es stellt sich die ins Anthropologische, Sozialpsychologische wie ins Individualpsychologische reichende Frage möglicher Wiederholungen unter anderen ideologischen Rahmenbedingungen in tatsächlich oder vermeintlich wiederum extremen Situationen und Konstellationen. Über das Wachhalten an die Erinnerung an die Millionen Opfer hinaus, das dem Historiker aufgegeben ist, stellt diese Frage, die auf ein zentrales Problem der Gegenwart und der Zukunft verweist und somit die Aufgabe des Historikers transzendiert, eine fundamentale Herausforderung an uns alle dar.<<

Die nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges erhobenen Vorwürfe der Kollektivschuld (rechtliche Schuld einer Gemeinschaft bzw. eines Volkes) wurden in den folgenden Jahren offiziell fallengelassen, denn sie widersprachen eindeutig dem allgemeinen Rechtsdenken, das nur die Rechtsschuld des einzelnen Täters kennt. Die Kollektivschuld und die kollektive Haftung (wie z.B. die Sippenhaft des Stalin- und Hitlerregimes) wurden schließlich in allen demokratischen Staaten als Rechtsbeugung eingestuft.

Der deutsche Philosoph Karl Jaspers (1883-1969) schrieb im Jahre 1946 ("Die Schuldfrage") über den Vorwurf der deutschen Kollektivschuld (x129/153-154): >>Es ist zu unterscheiden:

1) Kriminelle Schuld: Verbrechen bestehen in objektiv nachweisbaren Handlungen, die gegen eindeutige Gesetze verstoßen. Instanz ist das Gericht. ...
2) Politische Schuld: Sie besteht in den Handlungen der Staatsmänner und in der Staatsbürgerschaft eines Staates, infolge derer ich die Folgen der Handlungen dieses Staates tragen muß, dessen Gewalt ich unterstellt bin und durch dessen Ordnung ich mein Dasein habe. Es ist jedes Menschen Mitverantwortung, wie er regiert wird. Instanz ist die Gewalt und der Wille des Siegers. ...
3) Moralische Schuld: Für Handlungen, die ich doch immer als dieser einzelne begehe, habe ich die moralische Verantwortung, und zwar für alle meine Handlungen, auch für politische und militärische Handlungen, die ich vollziehe. Niemals gilt schlechthin "Befehl ist Befehl". Wie vielmehr Verbrechen Verbrechen bleiben, auch wenn sie befohlen sind (obgleich je nach dem Maße von Gefahr, Erpressung und Terror mildernde Umstände gelten), so bleibt jede Handlung auch der moralischen Beurteilung unterstellt. Die Instanz ist das eigene Gewissen und die Kommunikation mit dem Freund und dem Nächsten, dem liebenden, an meiner Seele interessierten Mitmenschen.
4) Metaphysische Schuld: Es gibt eine Solidarität zwischen Menschen als Menschen, welche einen jeden mitverantwortlich macht für alles Unrecht und alle Ungerechtigkeit in der Welt, insbesondere für Verbrechen, die in seiner Gegenwart oder mit seinem Wissen geschehen. Wenn ich nicht tue, was ich kann, um sie (Verbrechen) zu verhindern, so bin ich mitschuldig. Wenn ich mein Leben nicht eingesetzt habe zur Verhinderung der Ermordung anderer, sondern dabeigestanden bin, fühle ich mich auf eine Weise schuldig, die juristisch, politisch und moralisch nicht angemessen begreiflich ist. Daß ich noch lebe, wenn solches geschehen ist, legt sich als untilgbare Schuld auf mich. ... Instanz ist Gott allein. ...
Es ist die Frage, in welchem Sinne ein Kollektiv, in welchem nur der einzelne beurteilt werden kann. Ohne Zweifel ist es sinnvoll, alle Staatsangehörigen eines Staates für die Folgen haftbar zu machen, die aus dem Handeln eines Staates entstehen. Hier wird ein Kollektiv getroffen. Diese Haftung aber ist bestimmt und begrenzt, ohne moralische und metaphysische Beschuldigung der einzelnen. Sie trifft auch diejenigen Staatsangehörigen, welche sich gegen das Regime und die in Betracht kommenden Handlungen gewehrt haben. ...
Für Verbrechen kann je nur der einzelne bestraft werden, sei es, daß er allein ist, oder daß er eine Reihe von Komplizen hat, die jeder für sich nach dem Maße der Teilnahme und im Minimum schon durch ihre bloße Zugehörigkeit zu dieser Gesellschaft zur Rechenschaft gezogen werden. Es gibt Zusammenrottungen von Räuberbanden, Verschwörern, die als Ganzes als verbrecherisch gekennzeichnet werden können. Dann macht die bloße Zugehörigkeit straffällig.
Es ist aber sinnwidrig, ein ganzes Volk eines Verbrechens zu beschuldigen. Verbrecher ist immer nur der einzelne.
Es ist auch sinnwidrig, ein Volk als Ganzes moralisch anzuklagen. Es gibt keinen Charakter eines Volkes derart, daß jeder einzelne der Volkszugehörigen diesen Charakter hätte. Wohl gibt es Gemeinsamkeiten der Sprache, der Sitten und Gewohnheiten, der Herkunft. Aber darin sind zugleich derartig starke Differenzen möglich, daß Menschen, die dieselbe Sprache reden, doch darin sich so fremd bleiben können, als ob sie gar nicht zum gleichen Volk gehörten.
Moralisch kann immer nur der einzelne, nie ein Kollektiv beurteilt werden. ...
Ein Volk kann nicht zu einem Individuum gemacht werden. Ein Volk kann nicht heroisch untergehen, nicht Verbrecher sein, nicht sittlich oder unsittlich handeln, sondern immer nur die einzelnen aus ihm. Ein Volk als ganzes kann nicht schuldig und nicht unschuldig sein, weder im kriminellen, noch im politischen (hier haften nur die Bürger eines Staates), noch im moralischen Sinn. Die kategoriale Beurteilung als Volk ist immer eine Ungerechtigkeit; ... - sie hat eine Entwürdigung des Menschen als einzelnen zur Folge.<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über die "Kollektivschuld" (x051/-321): >>Kollektivschuld, rechtliche Schuld einer Gemeinschaft (etwa eines Volkes) für die Verbrechen einzelner ihrer Glieder.
Der Begriff der Kollektivschuld widerspricht dem modernen Rechtsdenken, das nur eine Rechtsschuld des einzelnen Täters kennt und kollektive Haftung wie z.B. die nationalsozialistische Sippenhaft als Rechtsbeugung verwirft.
Der nach 1945 erhobene Vorwurf einer Kollektivschuld des deutschen Volkes für die nationalsozialistischen Verbrechen wurde daher in diesem Sinne fallen gelassen. Heuss sprach statt dessen von einer "Kollektivscham", die das deutsche Volk angesichts der in seinem Namen begangenen Untaten empfinden müsse, aus der die Verpflichtung zur Wiedergutmachung erwachse. Im gleichen Sinne äußerte sich 1946 Jaspers, der von "Mitbetroffenheit" sprach, "auch wenn wir moralisch und juristisch nicht haften"; und so wollte auch das Stuttgarter Schuldbekenntnis der evangelischen Kirche verstanden werden.
Helmut Schmidt bezeichnete am 23.11.77 in einer Rede am Mahnmal in Auschwitz die "heutigen Deutschen" als persönlich nicht schuldig, bejahte aber eine "Mitverantwortung" auch der nachwachsenden Generationen für die deutsche Geschichte.<<
Der französische Politikwissenschaftler und Germanist Alfred Grosser schrieb später über die Kollektivschuld der Deutschen (x075/11-12): >>... Ich habe nie den Begriff der Kollektivschuld eines Volkes akzeptieren können. Ich war jedoch immer der Ansicht, daß jeder mündige Bürger mit an der Verantwortung für jede im Namen seines Landes begangene Ungerechtigkeit, jede menschliche Handlung, trägt. Weiß er nichts von den Mißständen, dann ist er dafür verantwortlich, nichts versucht zu haben, um sich zu unterrichten. Weiß er und schweigt dennoch, dann ist er dafür verantwortlich, durch sein Schweigen verhindert zu haben, daß diesen Taten ein Ende bereitet wird. ...<<
Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Dr. Alfred M. de Zayas lehnte die Kollektivschuld ebenfalls entschieden ab (x028/198): >>... Auch der Gedanke der Kollektivschuld ist ein für allemal zu verwerfen, sei es einer deutschen Kollektivschuld für die NS-Greuel, sei es einer osteuropäischen oder anglo-nordamerikanischen für die Vertreibung.
Victor Gollancz hat diesen Gedanken bereits in seiner Londoner Rede, 1947, als "unsinnigen, unliberalen, antichristlichen, beklagenswert nazistischen Gedanken" verurteilt. Bundespräsident Richard von Weizsäcker äußerte sich ebenfalls zur kollektiven Schuldzuweisung in seiner Bundestagsansprache vom 8. Mai 1985: "Schuld oder Unschuld eines ganzen Volkes gibt es nicht. Schuld ist, wie Unschuld, nicht kollektiv, sondern persönlich."...<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) schrieb später über die Kollektivschuld der Deutschen (x025/156-157,161-162, x268/33): >>... Die Frage "warum habt ihr den Tyrannen nicht gestürzt?" ist alt und doch immer aktuell. Als Chruschtschow auf dem XX. Parteitag Stalins Verbrechen anprangerte, riefen die Delegierten spontan: "Warum habt ihr Stalin nicht getötet?"
Chruschtschow erwiderte: "Was konnten wir tun?
Es war eine Terrorherrschaft."
Nüchtern stellte der US-Chefankläger Jackson vor dem Nürnberger Kriegsverbrecher-Tribunal fest: "Wenn die breite Masse des deutschen Volkes das nationalsozialistische Parteiprogramm willig angenommen hätte, wäre die SA nicht nötig gewesen, und man hätte auch keine Konzentrationslager und keine Gestapo gebraucht." ...
Psychologisch gesehen stellt die Kollektivschuld-Theorie ebenso wie Blutrache und Sippenhaftung einen Rückfall in sehr frühe Entwicklungsstadien der Menschheit dar, wie der international bekannte Freud-Schüler C. G. Jung ausgeführt hat.
Jung spricht von einer "magischen Unreinheit" und meint, die Schuld dehne sich als psychische Erscheinung "über die örtliche und menschliche Umgebung aus. Ein Wald, ein Haus,

eine Familie, ein Dorf sogar, wo ein Mord geschehen ist, fühlt die psychische Schuld und bekommt sie von außen her zu spüren."
Daß die barbarische Simplifizierung der Kollektivschuld ein menschliches (oder besser unmenschliches) Urphänomen darstellt und damit alles andere als eine anglo-amerikanische Erfindung, hat erst wieder 1982 F. W. Rothenspieler in seiner gründlichen Analyse "Der Gedanke der Kollektivschuld in juristischer Sicht" dargelegt. ...<<
>>... Nach den Erfahrungen mit der nationalsozialistischen Judenpolitik neigt man heute mehr dazu, die nationalistisch-rassistischen Motive in den Vordergrund zu stellen. Religionsverfolgungen in Reinkultur hat es nie gegeben, und lupenreinen Rassismus ebensowenig. Entscheidend bleibt der Anknüpfungspunkt der Verfolger; beim religiösen Fanatiker ist es der Glaube, beim Rassisten die Abstammung. Was in dem blutigen Spiel selten fehlt, sind die hohen Ideale, allerdings in der Form des selektiven Humanismus: Menschlichkeit im Prinzip ja, aber nicht für diese oder jene Gruppe. So gesehen ist die Kollektivschuld-Theorie eine der vielen historischen Erscheinungsformen des Rassismus.
Ähnlich wie der altchristliche Antisemitismus liefert sie in der letzten Konsequenz einen Blanko-Scheck für alle Verbrechen am "schuldigen" Volk in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Aus dem Osten stammt die Lehre vom gerechten Krieg; alle Lehrbücher des Marxismus-Leninismus geben über sie erschöpfenden Aufschluß. Kommt aus dem Westen eine Lehre vom gerechten Völkermord?
Gilt in Zukunft etwa der Satz, daß der Völkermord im Prinzip nichts Schlechtes ist, und daß man eben nur die richtigen Völker morden muß? Wer bestimmt, welche Völker schuldig und damit ohne Menschenrechte sind? Wenn der Tod von 2,8-3 Millionen Frauen, Kindern und Greisen jenseits der Oder-Neiße die gerechte Sühne für die Naziverbrechen war, wieviele Russen z.B. müßte man dann gerechterweise liquidieren, um die Sowjetverbrechen seit 1917 zu sühnen? ...<<
>>... Ein Strafsystem, daß ohne Unterschied auf den Schuldigen und den Unschuldigen einschlägt, wirkt bloß wie eine Seuche oder eine große Naturkatastrophe und ist ebensowenig wie die Cholera oder ein Erdbeben geeignet, Verbrechen zu verhüten. ...
Die Menschen hunderteweise zu enthaupten, ohne nach ihrer Schuld zu fragen, dem Reichen mit Hilfe von Kerkermeistern sein Geld abzupressen ... das ist die einfachste und leichtbegreiflichste aller Regierungsweisen. Über ihren sittlichen Rang wollen wir schweigen, gewiß erfordert sie aber keine Fassungskraft, die über die des Barbaren oder des Kindes hinausgeht.<<
Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtete später über die angebliche Kollektivschuld des deutschen Volkes wegen des Volkermordes an den europäischen Juden (x046/186,188,190-191): >>... Der sowjetische Ankläger in Nürnberg, Oberjustizrat Smirnov, der mit seinen Kollegen bestrebt war, die Behauptungen der sowjetischen Kriegspropaganda in das Verfahren vor dem Internationalen Militärgerichtshof einzuführen, erlaubte sich am 19. Februar 1946 pauschale Beschuldigungen gegen das gesamte deutsche Volk zu erheben, als er von "Hunderttausenden und Millionen Verbrechern" unter den Deutschen sprach. In Wahrheit jedoch hatte sich der Genozid (Völkermord) an den Juden hinter einem Vorhang strikter Geheimhaltung vollzogen. ...
Himmler soll den Kreis der für die 'Endlösung' unmittelbar Verantwortlichen im April 1943 auf 200 SS-Führer beschränkt bezeichnet haben. ... Der amerikanische Völkerrechtler, Professor Dr. Dr. de Zayas, und einige amerikanische und britische Autoren machen heute denn auch keinen Hehl aus ihrer Auffassung, daß die "Personenzahl, die während des Krieges vom Holocaust wußte, äußerst begrenzt" gewesen war.
De Zayas schreibt: "Immer mehr Historiker gelangen zu der Einsicht, daß die Kenntnis des Holocaust während des Krieges viel begrenzter war, als man bisher glaubte".

Und besonders galt dies für die Masse des deutschen Volkes. Eine Verheimlichung des Genozids aber war schon deshalb zwingend erforderlich gewesen, weil, wie etwa der in Nürnberg in allen Anklagepunkten freigesprochene Ministerialdirektor Dr. Fritzsche aussagte, das deutsche Volk Hitler die Gefolgschaft verweigert haben würde, wenn es von dem Mord an den Juden gewußt hätte, zumindest aber in seinem Vertrauen zu Hitler zutiefst erschüttert worden wäre. ...<<

>>... Nach Fritzsche soll der die Lage doch immer nüchtern einschätzende Reichspropagandaminister sich "äußerst erbittert" über die Parteinahme vieler Deutscher für die Juden geäußert haben, eine Aussage, die aus den Tagebüchern des Dr. Goebbels anläßlich der Deportation der Berliner Juden auch bestätigt wird.

Daß die Deutschen schon mit einer bloßen Verfolgung der Juden nicht einverstanden gewesen sein können, geht auch aus der von dem amerikanischen Ankläger Dodd am 13. Dezember 1945 zitierten Rede Himmlers in Posen hervor, in der dieser in seiner lasterhaften Diktion folgendes zugegeben hatte: "Und dann kommen sie alle an, die braven 80 Millionen Deutschen, und jeder hat seinen anständigen Juden. Es ist ja klar, die anderen sind Schweine, aber dieser eine ist ein prima Jude." ...

Wenn die Deutschen von den grausigen Vorgängen hinter ihrem Rücken, die sie niemals gebilligt haben würden, nicht einmal Kenntnis gehabt hatten, dann können sie für sie auch nicht verantwortlich gemacht werden.

Daß in der Hauptsache Staatsangehörige des Großdeutschen Reiches in diese Untaten verstrickt waren, ist hier kein Gegenbeweis, weil ja mit derselben Logik sonst auch das russische Volk für die von der Sowjetmacht verübten Massenmorde an Millionen und Abermillionen die Verantwortung tragen müßte oder das georgische Volk, weil, abgesehen von dem Georgier Dschugaschwili (Stalin), die Georgier Berija, Dekanozov, Canava, Goglidze, Ruchadze, Karanadze und andere als führende Funktionäre den Apparat des NKVD prägten oder, um den Faden fortzuspinnen, selbst das jüdische Volk, weil, wie dies auch die aus der Sowjetunion stammende jüdische Autorin Sonja Margolina in ihrem jüngst erschienenen Band "DAS ENDE DER LÜGEN" hervorhebt, Juden im Bolschewismus zum ersten Male in der Geschichte nicht nur als Opfer, sondern auch als Täter in Erscheinung getreten sind.

Daß es sich bei Trockij, Kamenev, Sinovev, Joffe, Krestinskj, Radek und unzähligen anderen der führenden bolschewistischen Funktionäre um Juden gehandelt hat, ist allgemein bekannt. Das im Smol'nyj tagende Zentralkomitee war 1918 im Volksmund geradezu "Judenzentrale" genannt worden, und die bolschewistische Herrschaft in den zwanziger Jahren trug nach Sonja Margolina "tatsächlich gewisse 'jüdische' Züge". ...<<

>>... Wenn, auch nach Margolina, die aktive Mitwirkung vieler Juden in den sowjetischen Terrororganen geradezu ein eigenes Kapitel darstellt, so lassen sich andererseits doch niemals Rückschlüsse auf eine Verantwortung des jüdischen Volkes als solches für die begangenen Verbrechen des Bolschewismus ziehen.

Nicht die Völker – Deutsche, Russen, Georgier, Letten ... und andere – sind für die begangenen Greueltaten verantwortlich, sondern immer nur Einzelpersonen. Und was speziell das deutsche Volk angeht, so wird niemand behaupten können, daß es zu seinen Traditionen gehörte, eine friedliche Bevölkerung zu verfolgen und umzubringen. ...

Nicht die Deutschen, sondern Nationalsozialisten, Gefolgsleute Hitlers und Himmlers, haben in unserer Zeit entsprechende Untaten begangen und ebensowenig Russen, Georgier, Letten, ... sondern Kommunisten, die Gefolgsleute eines Lenin und Stalin, die Einpeitscher des sowjetischen Sozialismus.

Es kommt hinzu, daß die Täter auf deutscher Seite im Gegensatz zu denen auf sowjetischer Seite, soweit man ihrer habhaft werden konnte, streng zur Verantwortung gezogen worden sind. Denn selbst Präsident Gorbatschow erlaubte es wohl, manche Verbrechen beim Namen

zu nennen, keinesfalls aber die Verbrecher, geschweige denn, auch nur einen von ihnen vor Gericht zu stellen. ...<<
Der Psychoanalytiker Prof. Hubert Speidel berichtete später über die Kollektivschuld der Deutschen (x268/239-243): >>... Kollektivschuld steht im Gegensatz zu den herrschenden Rechtsprinzipien.
Jeder Bürger weiß, daß Schuld individuell nachgewiesen werden muß und - flankierendes Rechtsprinzip - davor die Unschuldsvermutung gilt. Unser Recht verlöre sich im Chaos, wenn diese Dioskurenprinzipien (Zwillingsgrundsätze) nicht peinlich befolgt würden. Der individuelle Schuldnachweis gilt uns als Ausweis zivilisierten Umgangs und kultureller Entwicklung. ...
Die unterschiedlichen Interessen von Staaten führen im Konflikt zu (wechselseitiger) kollektiver Schuldzuweisung ... Unter diesen Bedingungen kommen regelhaft Kollektivschuldzuschreibung, Tötung, Unterwerfung und Beraubung vor, unter Wahrung von Resten zivilisierter, epochenabhängiger Gesetze wie zum Beispiel den Geboten der Ritterlichkeit, dem Schutz von Frauen und Kindern und den Kombattantenstatus (kampfberechtigte Personen gemäß Kriegsrecht), die im Zweiten Weltkrieg einer weitgehenden Anomie (Gesetzlosigkeit) wichen (beiderseitige massenhafte Vernichtung von Zivilisten).
Nach Abschluß von Kriegshandlungen kommt es zu Friedensverträgen: unterlegene Staaten werden mehr oder weniger gedemütigt und beraubt, und zwar vorzugsweise mit Begründungen aus der Rechtssprache. Nicht Gerechtigkeit wird aber gewährt, sondern die Überlegenheit der Sieger und ihre unumschränkte Handlungsmacht kommen zur Geltung.
Kollektivschuldurteile sind also rationalisierende, affektgeleitete, machtgestützte Zuschreibungen. Sie dienen dazu, den eigenen, vom gegnerischen Blut besudelten "Volkskörper" von der Schuld des Tötens durch Projektion auf den unterlegenen Feind zu befreien, und sie dienen der moralischen Unterwerfung des Gegners durch die Entwertung seines kollektiven Wertesystems, seines Nationalgefühls. ...
Wird die Selbstwahrnehmung eines Kollektivs durch hinreichende, den nationalen Narzißmus stabilisierende Konzepte gestützt, was immer auch ein hohes Maß flankierender historischer Verleugnung voraussetzt, wird die Kollektivschuldzuschreibung nicht wirksam, wie zum Beispiel im Falle der massenhafte Morde im Zusammenhang mit der Französischen Revolution oder der Ausrottung der amerikanischen Ureinwohner. Beide Massaker haben der positiven kollektiven Selbstwahrnehmung, dem jeweiligen nationalen Narzißmus nicht geschadet. Weder wurde wirksam der Kollektivschuldvorwurf erhoben, noch wurde er in das nationale Selbstkonzept übernommen.
Sind solche den kollektiven Narzißmus stützenden Konzepte beschädigt, aber noch vorhanden, zum Beispiel im Falle der deutschen Niederlage im ersten Weltkrieg, so können sich reparative Tendenzen gegen die Übernahme von Kollektivschuldvorwürfen und deren materiellen Folgen durchsetzen, was im Falle Deutschlands schließlich zur Etablierung einer Diktatur führte.
Ist die Niederlage zu schwer und steht ihr kein stabilisierendes Konzept im Sinne der Schuldabwehr zur Erhaltung des nationalen Narzißmus und der ihr flankierenden Verleugnung entgegen, so kann der von außen kommende Selbstvorwurf in das Innere der kollektiven Selbstwahrnehmung eindringen. Es wird damit zum Bestandteil des nationalen Selbstkonzepts und entwickelt nun ungehindert sein aggressives Potential als kollektive Autodestruktion (Selbstzerstörung). Dies ist die Situation Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg.
Eine derartige Sozialpathologie ist also die Folge der Destruktion (Zerstörung) des Nationalgefühls und dessen das Kollektiv schützende Funktion, und gleichzeitig destabilisiert sie dessen Reste, nämlich das kulturelle Zusammengehörigkeitsgefühl. Die im Namen dieser kulturellen Gemeinschaft begangenen Verbrechen sind natürlich eine Voraussetzung für diese

Entwicklung, aber vermutlich nicht die wichtigste, denn andere Völker konnten ihr Nationalgefühl vor dem eindringen kollektiver Scham- und Schuldgefühle wirksam schützen, obwohl in deren Namen ebenfalls grausame Verbrechen begangen wurden. Hier wirkt eine Kombination idealisierender und verleugnender Mechanismen protektiv, wie sie im militärischen Triumph wirksam werden kann, nicht aber unter den Bedingungen von Zerstörung, Niederlage, Vertreibung, Verlust bisheriger geistiger Orientierung und entwertender Indoktrination, also der Situation Deutschlands am Ende des Zweiten Weltkrieges und nach diesem. ...<<

Ausländische Berichte über die Verfolgung der europäischen Juden und unterlassene Hilfeleistungen der Anti-Hitler-Koalition

Die "New York Times" berichtete am 21. Oktober 1939 über den Transport von 2.000 Wiener Juden nach Lublin in Polen (x172/178): >>... Gestern Abend sind sie mit Sonderzügen zu ihrem neuen Wohnsitz abgereist, einem Gebiet, das der Beschreibung nach einem Indianerreservat ähnelt. Offenbar ist dies der Beginn einer Massenumsiedlung, von der im Laufe der Zeit alle österreichischen und eventuell sogar deutschen Juden betroffen sein könnten.<<

Die Briten schlugen im Jahre 1939 den langjährigen Aufstand der Araber in Palästina nieder, beugten sich aber danach den arabischen Forderungen und schränkten ab 1940 die jüdische Einwanderung nach Palästina drastisch ein (x175/360).

Nahum Goldmann (1895-1982, von 1929-40 Vertreter der Jewish Agency beim Völkerbund in Genf) erklärte am 21. Januar 1940 während einer Rede in Chicago (x172/187): >>... Wenn der Krieg in Europa noch ein Jahr fortdauert, werden 1 oder 2 Millionen polnischer Juden verhungert oder von den Nazischergen umgebracht worden sein.<<

Die britische Regierung ließ am 29. Februar 1940 Palästina in 3 Zonen aufteilen, um die zahlreichen Konflikte zwischen den arabischen Siedlern und den jüdischen Einwanderern zu beenden. Die Einwanderungszahlen für jüdische Einwanderer wurden danach drastisch reduziert (x175/360).

Im Jahre 1940 lehnte der US-Kongreß einen Gesetzentwurf ab, Alaska für die jüdische Einwanderung zu öffnen (x043/470).

Ein Mitarbeiter der Europaabteilung des State Department lehnte es im November 1941 ab, die 300.000 Juden aus Rumänien nach Syrien oder nach Palästina zu evakuieren (x042/119): >>... Zustimmung zu einem solchen Plan (würde) wahrscheinlich neue Forderungen nach einem Asyl in der westlichen Hemisphäre laut werden lassen, würde eine Auswanderung der rumänischen Juden die Frage eines ähnlichen Entgegenkommens für die Juden in Ungarn, und, wenn man die Sache weiterdenkt, in allen Ländern mit einer intensiven Judenverfolgung aufwerfen. ...

Soweit ich weiß, liegt es außerhalb unserer Möglichkeiten, das jüdische Problem als Ganzes zu bewältigen.<<

Thomas Mann, der seit 1938 im Exil in Nordamerika lebte, berichtete am 6. Dezember 1941 in einer BBC-Rundfunkansprache (für deutsche Hörer) über Massenverbrechen in Rußland und Polen (x172/488): >>... Das Unaussprechliche, das in Rußland, das mit den Polen und Juden geschehen ist und geschieht, wißt ihr, wollt es aber lieber nicht wissen aus berechtigtem Grauen vor dem ebenfalls unaussprechlichen, dem ins Riesenhafte heranwachsenden Haß, der eines Tages, wenn eure Volks- und Maschinenkraft erlahmt, über euren Köpfen zusammenschlagen muß.<<

Die Zeitung "Boston Globe" berichtete am 26. Juni 1942 (x042/27): >>Massenmord an Juden in Polen: über 700.000.

Im Rahmen eines systematischen Programms zur Ausrottung der Juden in Polen sind während des vergangenen Jahres über 700.000 Menschen ermordet worden.<<

Dr. Gerhart Riegner, ein Mitarbeiter des Jüdischen Weltkongresses, informierte den US-

Vizekonsul Howard Elting jr. am 8. August 1942 in Genf über Hitlers geheimen Plan, alle europäischen Juden zu vernichten (x042/53): >>... (Danach sind) ... alle Juden aus Deutschland und den von Deutschland besetzten Gebieten in Europa zunächst im Osten (wahrscheinlich in Polen) zu konzentrieren und dann zu vernichten. Die Zahl der Opfer soll wahrscheinlich zwischen dreieinhalb und vier Millionen liegen. Das Ziel soll die endgültige Lösung der jüdischen Frage in Europa sein.<<

In Cincinnati beklagten am 14. August 1942 über 100 protestantische Geistliche die Verfolgung der europäischen Juden und übergaben der jüdischen Gemeinde eine schriftliche Erklärung (x042/31): >>... Wir christlichen Pfarrer können und werden nicht stillschweigen angesichts des Massenmordes an den europäischen Juden.

Dies ist die Tragödie Eurer jüdischen Brüder in Europa, aber es ist auch unsere christliche Tragödie. Was die Menschen jüdischen Glaubens an Bösem erleiden, wird ihnen von Menschen zugefügt, die christliche Namen tragen und einen christlichen Glauben vorschützen.<<

Der Rabbiner Isaac Sternbuch informierte am 3. September 1942 Jacob Rosenheim, Präsident der Agudat-Jisrael-Weltorganisation in New York, per Telegramm über die Verfolgung der europäischen Juden (x042/56): >>Zahlreichen Informationen aus Polen zufolge haben deutsche Behörden jüngst mit der Evakuierung im Warschauer Ghetto begonnen und rund 100.000 Juden bestialisch ermordet. Dieser Massenmord hält an.

Die Leichen der Ermordeten werden zur Herstellung von Seife und Kunstdünger verwendet. Ähnliches Schicksal erwartet die aus anderen besetzten Territorien nach Polen deportierten Juden.

Vermutlich können nur energische Schritte der USA diese Verfolgungen beenden. Tun Sie Ihr möglichstes, um eine amerikanische Reaktion zu erwirken, die diesen Verfolgungen Einhalt gebietet.<<

Thomas Mann, der seit 1938 im Exil in Nordamerika lebte, berichtete am 27. September 1942 in einer BBC-Rundfunkansprache (für deutsche Hörer) über den Massenmord an den europäischen Juden (x106/188): >>Deutsche Hörer!

Man wüßte gern, wie ihr im Stillen von der Aufführung derer denkt, die in der Welt für euch handeln, die Juden-Greuel in Europa zum Beispiel – wie euch als Menschen zumute ist, das möchte man euch wohl fragen. ... Jetzt ist man bei der Vernichtung ... der europäischen Judenschaft angelangt. ... Kein vernunftbegabtes Wesen kann sich in den Gedankengang dieser verjauchten Gehirne versetzen.

Wozu? fragt man sich. Warum? ... Wird irgend jemand es besser haben, wenn die Juden vernichtet sind? ... Nach den Informationen der polnischen Exilregierung sind alles in allem bereits 700.000 Juden von der Gestapo ermordet oder zu Tode gequält worden. ... Wißt ihr Deutsche daß? Und wie findet ihr es? ...

Ein genauer und authentischer Bericht liegt vor über die Tötung von nicht weniger als 11.000 polnischen Juden durch Giftgas. ... Und da wundert ihr euch, ... daß die zivilisierte Welt beratschlagt, mit welchen Erziehungsmethoden aus den deutschen Generationen, deren Gehirne vom Nationalsozialismus geformt sind, aus moralisch völlig begriffslosen und mißgebildeten Killern also, Menschen zu machen sind?<<

Die New Yorker Zeitung "Herald Tribune" und 10 weitere US-Tageszeitungen berichteten am 25. November 1942 über den "Ausrottungsfeldzug" gegen die in den von den Nazis besetzten Ländern Europas lebenden 4 Millionen Juden (x046/175): >>... (Rabbi Dr.) Wise (Präsident des American Jewish Congress) sagt, Hitler habe die Ermordung von 4 Millionen Juden befohlen ...<<

Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtete später über diese Berichte in den US-Tageszeitungen (x046/175-176): >>... So sensationell diese von dem Präsidenten des AMERICAN JEWISH CONGRESS, Dr. Wise, in Umlauf gebrachte Meldung auch war,

das State Department schenkte ihr wenig Glauben, und die amerikanische Regierung und selbst Präsident Roosevelt weigerten sich, irgendwelche Konsequenzen aus ihr zu ziehen.
Die Sowjetunion aber, voll in der Haßkampagne gegen Deutschland begriffen, nahm diese Nachricht begierig auf und versuchte, ihr einen amtlichen Anstrich zu geben, indem das Volkskommissariat des Äußeren der UdSSR am 19. Dezember 1942 eine Erklärung herausgab über die "Ausführung eines Planes der hitlerischen Behörden, die jüdische Bevölkerung in den besetzten Gebieten Europas zu vernichten".
Einige amerikanische Zeitungen sollen bereits 1942 von "über zwei Millionen vergaster Juden" geschrieben haben, was allerdings nicht bestätigt werden kann. Auf jeden Fall aber fand sich in der britischen Zeitung "THE PEOPLE" (Sunday, October 17 1943) unter Berufung auf eine Erklärung des INSTITUTE OF JEWISH AFFAIRS in den Vereinigten Staaten eine unscheinbare Notiz, der zufolge Hitler bis dahin mehr als drei Millionen der europäischen Juden ermordet haben sollte. ...<<
Die Zeitschrift "Jewish Frontier" berichtete im November 1942 über die Verfolgung der europäischen Juden (x042/60): >>In den besetzten Ländern Europas wird nunmehr eine Politik in die Tat umgesetzt, deren Ziel die Ausrottung eines ganzen Volkes ist. Es ist eine Politik der systematischen Ermordung unschuldiger Zivilisten, die in ihren Ausmaßen, ihrer Barbarei und ihrer Organisation in der Geschichte der Menschheit einzig dasteht. ...<<
US-Präsident Roosevelt empfing am 8. Dezember 1942 eine jüdische Delegation.
Roosevelt versprach dieser jüdischen Delegation, die Nazis für ihre Verbrechen zur Rechenschaft zu ziehen (x042/85-86): >>... Der Regierung der Vereinigten Staaten sind die meisten Tatsachen, die Sie hier zu unserer Kenntnis bringen, wohlbekannt. Leider sind sie uns aus vielen Quellen bestätigt worden. Vertreter der Regierung der Vereinigten Staaten in der Schweiz und in anderen neutralen Ländern haben Belege beigebracht, die die von Ihnen angesprochenen Scheußlichkeiten bestätigen. ...
Meine Herren, sie können das Communiqué ausarbeiten. Ich bin sicher, daß Sie die Worte wählen werden, die zum Ausdruck bringen, was ich denke. Wir werden alles in unserer Macht Stehende tun, um Ihrem Volk in diesem tragischen Augenblick beizustehen.<<
Die US-Zeitung "Aufbau" meldete am 11. Dezember 1942 (x043/76): >>Präsident Roosevelt verspricht:
Kein Schuldiger wird entkommen.
Präsident Roosevelt hat in Washington eine Delegation amerikanischer Juden empfangen.
Diese Delegation überbrachte dem Präsidenten ein 20seitiges Memorandum, das alle Einzelheiten über die von den Nazis in Europa an Juden vollbrachten Greueltaten sowie die Absichten der Nazis zur völligen Ausrottung der Juden enthielt.
Diese Tatsache – über die der "Aufbau" ausführlich und fortgesetzt berichtet hat – wurden bereits vor 10 Tagen in einer Zusammenfassung von Rabbi Stephan Wise veröffentlicht und vom State Department bestätigt.
Nach genauem Studium des Memorandums versicherte Präsident Roosevelt der Delegation, daß die Urheber der gegen die Juden und die übrige Zivilbevölkerung begangenen Verbrechen zur Rechenschaft gezogen würden.
"Wir werden tun, was möglich ist, um alle, die an dem Tod der 2 Millionen Juden im nazibesetzten Europa schuldig sind, festzustellen", erklärte Präsident Roosevelt und zitierte das alte Sprichwort: "Gottes Mühlen mahlen langsam, mahlen aber trefflich fein."
Der Präsident versicherte der Delegation, daß ihre Vorschläge die weiteste Beachtung der Vereinigten Staaten finden würden. Die amerikanische Regierung beabsichtige, mit den United Nations zusammen eine Untersuchungskommission für die von den Nazis verübten Verbrechen einzusetzen.
Er zweifle nicht daran, daß die verbündeten Nationen ebenso wie die Vereinigten Staaten be-

reit seien, alles zu tun, den Verbrechen an den Juden und der übrigen Zivilbevölkerung im nazibesetzten Europa ein Ende zu bereiten und zu retten, wer noch gerettet werden könne.<<
Die "Neue Zürcher Zeitung" meldete am 23. Dezember 1942 (x043/76): >>... Der Ministerpräsident der polnischen Exilregierung, General Sikorski, erklärte auf einer Pressekonferenz in New York, daß 6,5 Millionen Polen der deutschen Besetzung zum Opfer gefallen seien. Es sei demnach jeder fünfte Pole im direkten oder indirekten Zusammenhang mit den von der Okkupationsmacht durchgeführten Maßnahmen ums Leben gekommen.<<
Eine Großanzeige in der "New York Times" erinnerte am 16. Februar 1943 an das furchtbare Schicksal der verfolgten europäischen Juden (x042/104): >>... ZU VERKAUFEN ... 70.000 JUDEN, GARANTIERT ECHTE MENSCHEN ZU 50 DOLLAR DAS STÜCK.
Rumänien hat keine Lust mehr, Juden umzubringen. Man hat dort in (den letzten) 2 Jahren hunderttausend Juden umgebracht. Rumänien hat sich jetzt bereit erklärt, Juden für einen Spottpreis zu verkaufen. ...
70.000 Juden warten in rumänischen Konzentrationslagern auf den Tod. Rumänien hat das Angebot gemacht, diese 70.000 nach Palästina zu liefern. Die Tore Rumäniens stehen offen! Jetzt muß gehandelt werden!<<
Chaim Weizmann hielt am 1. März 1943 während einer Großveranstaltung im Madison Square Garden in New York seine vielleicht berühmteste Rede (x043/471): >>Wenn ein künftiger Historiker die düstere Chronik unserer Tage schreibt, dann werden ihm 2 Dinge unglaublich erscheinen. ...
Er wird verblüfft sein über die Teilnahmslosigkeit der zivilisierten Welt angesichts dieser ungeheuerlichen, systematischen Abschlachtung menschlicher Wesen.
Er wird nicht verstehen, wieso das Weltgewissen aufgerüttelt werden mußte. Vor allem aber wird er nicht verstehen, wieso die freien Nationen, die gerade gegen einen Ausbruch der organisierten Barbarei kämpften, gebeten werden mußten, den ... Opfern dieser Barbarei Zuflucht zu gewähren.
2 Millionen Juden sind bereits ausgerottet worden. Die Welt kann nicht länger behaupten, daß diese grausigen Tatsachen unbekannt oder unbestätigt seien ...<<
Das Motto einer jüdischen Gedenkfeier, die am 9. März 1943 im Madison Square Garden vor etwa 40.000 Teilnehmern stattfand und auch im Radio gesendet wurde, lautete (x042/109-110): >>Wir werden niemals sterben!" ...
Der Leichnam eines Volkes liegt vor der Zivilisation. Seht ihn euch an! Hier ist er!
Und keine Stimme ist zu hören, die im Angesicht des Mordes "Halt!" schrie, und keine Regierung macht auch nur den Versuch, dem Mord an Millionen ein Ende zu gebieten.
Vergeßt uns nicht ...<<
Eleanor Roosevelt schrieb später in ihrer regelmäßigen Kolumne über diese Gedenkfeier im Madison Square Garden (x042/110): >>(Es ist) eine der eindrucksvollsten und bewegendsten Vorführungen gewesen, die ich je erlebt habe. Wer gehört und gesehen hat, wie jede Gruppe nach vorn trat und schildert, was eine gnadenlose Soldateska ihr angetan hatte, den werden diese unheimlichen Worte noch lange verfolgen:
Vergeßt uns nicht. ...<<
Am 13. März 1943 erschien in der Zeitung "Nation" der spektakuläre Leitartikel "Während die Juden sterben!" (x042/108): >>... In diesem Land sind Sie, ich, der Präsident, der US-Kongreß und das Außenministerium mitschuldig an diesen Verbrechen und Komplizen Hitlers.
Was ist bloß in die Herzen ganz normaler Männer und Frauen gefahren, daß man nichts dabei findet, wenn dieses Land im Angesicht einer der größten Tragödien der Geschichte nur verlegen dasteht und keinen Finger rührt? ...<<
Erzbischof William Temple forderte am 23. März 1943 vor dem britischen Oberhaus, soforti-

ge Hilfsmaßnahmen für die verfolgten Juden einzuleiten (x042/123): >>... Auf uns lastet in diesem Augenblick eine ungeheure Verantwortung. Wir müssen uns dem Urteil der Geschichte, der Menschheit und des Allmächtigen stellen ...<<
Die Forderung des englischen Erzbischofs von Canterbury, alle verfolgten Juden vorübergehend aufzunehmen, wurde jedoch später durch die britische Regierung abgelehnt (x043/470).
Außenminister Eden lehnte es am 27. März 1943 während einer Unterredung mit den Präsidenten des American Jewish Committee entschieden ab, daß NS-Regime aufzufordern, sämtliche bulgarischen Juden freizulassen.
Außenminister Eden erklärte am 27. März 1943 (x042/117): >>... daß das ganze Problem der Juden in Europa sehr schwierig ist und wir mit Angeboten, einem Land wie Bulgarien alle Juden abzunehmen, sehr vorsichtig sein müssen.
Wenn wir das dennoch tun, werden die Juden der ganzen Welt von uns verlangen, ähnliche Angebote in bezug auf Polen und Deutschland abzugeben.
Hitler könnte uns dann vielleicht beim Wort nehmen, und es gibt einfach auf der ganzen Welt nicht genug Schiffe und Transportmittel, um damit fertig zu werden ...<<
Die Präsidenten des American Jewish Committee, Wise und Proskauer, berichteten später über dieses Gespräch mit dem britischen Außenminister Eden (x042/117): >>... Über den ganzen Sitzungen lag wie ein Leichentuch die (ablehnende) Haltung von Herrn Eden gegenüber Maßnahmen zur Rettung der Juden im besetzten Europa.
Ohne daß jemand es sagte, hatten die Teilnehmer das Gefühl, daß es wenig Sinn habe, weiterhin im Namen der amerikanischen Juden Propaganda für die Forderung (nach praktischen Maßnahmen) seitens der Alliierten zu machen.<<
Die "Bermuda-Konferenz" (vom 19.04.-30.04.1943, Verhandlung von nordamerikanischen und britischen Delegationsmitgliedern über die Rettung der europäischen Juden) wurde am 30. April 1943 ergebnislos beendet. Das nordamerikanische Delegationsmitglied R. Bordon Reams erklärte damals, daß das State Department Verhandlungen mit dem NS-Regime unter allen Umständen ablehnen würde (x042/136).
Die New York Times berichtete später über die "Bermuda-Konferenz" (x042/143): >>Für 5.000.000 Juden in der Nazi-Todesfalle war Bermuda eine grausame Verhöhnung. ...<<
Szmul Zygielbojm (ein jüdisches Mitglied der polnischen Exilregierung), der 2 Wochen nach der "Bermuda-Konferenz" in London Selbstmord beging, beklagte vor allem die Gleichgültigkeit der Alliierten (x042/146): >>... Die Verantwortung für die Ermordung der gesamten jüdischen Bevölkerung Polens liegt vor allem bei den Mördern selbst, aber indirekt fällt sie auch der gesamten Menschheit zu, der Bevölkerung und den Regierungen der alliierten Staaten, die bislang keine entschlossenen Schritte getan haben, um diesen Verbrechen Einhalt zu gebieten.
Durch ihre Gleichgültigkeit gegenüber der Tötung wehrloser Millionen und der Mißhandlung von Kindern, Frauen und alten Menschen sind diese Länder zu Komplizen der Mörder geworden ...
Nachdem ich im Leben nichts (gegen diese Verbrechen) habe ausrichten können, wird vielleicht mein Tod dazu beitragen, eine Bresche in die Mauer der Gleichgültigkeit zu schlagen.<<
Die US-Zeitschrift "New Republik" veröffentlichte am 30. August 1943 einen langen Bericht über "Die Juden Europas" und kritisierte die Untätigkeit der westlichen Alliierten (x042/180): >>... Daß die demokratischen Mächte keinen ernsthaften und entschlossenen Versuch machen, den Massenmord einzudämmen, ist eine der großen Tragödien in der Geschichte der menschlichen Zivilisation.
Der Mangel an moralischer Statur, der unsere Staatsmänner lähmt, verrät sich nirgendwo deutlicher als in der Routineformel, nur der militärische Sieg werde die Juden Europas retten. Wird es dann noch Juden in Europa geben, die diesen Sieg feiern können? ...<<

Der nordamerikanische Historiker David S. Wyman schrieb später in seinem Buch "Das unerwünschte Volk" über die Berichterstattung in den US-Massenmedien während des Zweiten Weltkrieges (x042/363,366): >>... Einer der Gründe dafür, daß die Amerikaner in ihrer breiten Masse an der Tragödie der europäischen Juden so geringen Anteil nahmen, war, daß sehr viele (wahrscheinlich die meisten) bis weit ins Jahr 1944 hinein, und vielleicht noch länger, einfach nicht wußten, daß in Europa ein systematischer Völkermord im Gang war.
Gewiß, jeder, der es wissen wollte, konnte sich darüber informieren; aber die vielen, die es bequemer fanden, nichts zu wissen, wurden auch nicht mit der Nase darauf gestoßen, denn die Massenmedien behandelten die systematische Ermordung von Millionen von Juden wie ein Ereignis von drittrangigem Wert. ...<<
>>... Ein Faktor, der die Reaktion der Massenmedien auf den Völkermord zweifellos auch mitbestimmte, war das schwierige Problem der Glaubwürdigkeit. Die Chefredakteure der Zeitungen und der Rundfunkanstalten fürchteten den Vorwurf der Sensationsmache und Übertreibung. Vielleicht fiel es ihnen auch selbst schwer, den Berichten, die ihnen auf den Tisch flatterten, Glauben zu schenken.
Die Auslöschung eines ganzen Volkes war ein ungeheuerlicher, jede geschichtliche Erfahrung sprengender Vorgang. Daran zu glauben, fiel auch deshalb schwer, weil niemand in der Ausrottung der Juden einen Sinn, einen praktischen Nutzen, für wen auch immer, zu erblicken vermochte. Plausibler schien da die offizielle Erklärung der Deutschen, die Juden würden zur Zwangsarbeit deportiert. ...<<
Eine zionistische Zeitschrift berichtete im September 1943 über die Verfolgung der europäischen Juden im gerade zu Ende gehenden Jahr 5703 der jüdischen Zeitrechnung (x042/205): >>... Seit den ersten Monaten dieses Jahres gehört das unbarmherzige, schreckliche Wort "Ausrottung" zu unserer Alltagssprache. ...
Es war auch ein Jahr, in dem wir alle unsere wütenden und flehenden Bitten um lebensrettende Taten an Mauern der Gleichgültigkeit zerschellen sahen, bis wir in der düsteren Erkenntnis versanken, daß wir hilflos sind. Es war das Jahr unserer unendlichen, bodenlosen Hilflosigkeit.<<
Während der "Moskauer Konferenz" war die Vernichtung der europäischen Juden "kein Thema". In der Schlußerklärung vom 30. Oktober 1943 verurteilte man zwar die Kriegsverbrechen des NS-Regimes, aber der Massenmord an den Juden wurde überhaupt nicht erwähnt (x042/185).
Vom 6. Dezember 1943 bis zum 13. Januar 1944 schaltete das "Jüdische Notkomitee" in US-Zeitungen zahlreiche Großanzeigen, um auf das furchtbare Schicksal der europäischen Juden hinzuweisen (x042/227):
>>... WIE GUT SCHLAFT IHR?
DIE ZEIT ARBEITET FÜR DEN TOD - WORAUF WARTET IHR?
EIN SIEG FÜR HITLER? ...
AUS DEM TODESTAL DER NAZIS SCHREIEN UNSERE BRÜDER UND SCHWESTERN MIT LETZTER KRAFT:
IHR AMERIKANISCHEN JUDEN, WESHALB HELFT IHR UNS NICHT? ...<<
Am 15. Dezember 1943 traf folgende schriftliche Stellungnahme der Flüchtlingsabteilung des britischen Foreign Office in Washington ein (x042/213-214): >>... Das Foreign Office ist mit den Schwierigkeiten befaßt, die sich bei der Unterbringung und Versorgung einer größeren Zahl von Juden ergeben müßten, sobald diese aus feindlich besetzten Ländern gerettet würden. ...
(Solche Hilfeleistungen würden) sehr erschwert durch die Probleme des Transports – besonders zu Schiff – und der Unterbringung in den Ländern des Nahen Ostens, sollte es sich um mehr als nur eine sehr kleine Zahl jüdischer Flüchtlinge handeln.

Man (= das Foreign Office) sieht voraus, daß es sich wahrscheinlich als nahezu, wenn nicht als ganz unmöglich erweisen wird, auch nur einen Teil der 70.000 Flüchtlinge zu versorgen, deren Rettung der Riegner-Plan vorsieht.
Aus diesem Grunde würde man es nicht ohne weiteres begrüßen, wenn irgendeine Zustimmung zu dem Plan, und sei es nur im Stadium vorläufiger finanzieller Vereinbarungen, zum Ausdruck gebracht würde.<<
Ein Mitarbeiter der Flüchtlingsabteilung des britischen Foreign Office berichtete am 23. Dezember 1943 in einer internen Notiz (x042/214): >>...Wenn wir erst einmal die Tür geöffnet haben für erwachsene, männliche Juden, die aus feindlichem Territorium kommen, kann daraus eine einfach nicht mehr zu bewältigende Flut werden. (Hitler könnte das Seine dazu tun!) ...<<
Die britische Regierung lehnte es im Dezember 1943 ab, Juden aus Frankreich und Rumänien zu evakuieren (x042/118-119): >>Das Foreign Office hat Bedenken wegen der Schwierigkeiten der Unterbringung einer größeren Zahl Juden, die aus feindlich besetztem Territorium geborgen werden könnten. ... Man sieht hier voraus, daß es sich wahrscheinlich als ziemlich, wenn nicht gar völlig unmöglich erweisen wird, mit jenen 70.000 Flüchtlingen fertig zu werden, deren Rettung erwogen wird.<<
Während einer Sitzung des US-Finanzministeriums im Januar 1944 beklagten sich einige Politiker über die fehlende Hilfsbereitschaft der Alliierten, die verfolgten europäischen Juden zu retten (x042/214-215): >>... Henry Morgenthau jr.: "Wenn man zu Ende denkt, dann unterscheidet sich diese Haltung nicht von der Hitlers ..."
Herbert Gaston: "... Wir erschießen sie nicht. Wir lassen nur zu, daß andere Leute sie erschießen und daß sie verhungern ..."
Harry Dexter White bemerkt: "Es ist erstaunlich, wie viele verschiedene Begründungen für das Nichtstun man sich ausdenken kann." ...<<
Alliierte Aufklärer erstellten am 4. April 1944 erstmalig Luftaufnahmen des Vernichtungslagers Auschwitz (x033/472). Angesichts der "großen technischen Schwierigkeiten" lehnten die Nordamerikaner jedoch Bombardierungen ab.
Vom 15. Mai bis zum 27. Juni 1944 ließ das "Sonderkommando Eichmann" rd. 380.000 Juden aus Ungarn verschleppen. Mindestens 250.000 ungarische Juden wurden in Auschwitz-Birkenau umgebracht (x040/212). Von Horthy ließ die Deportationen schließlich am 6.07.1944 einstellen.
Der Historiker David S. Wyman (Prof. für amerikanische Geschichte) stellte später in seinem Buch "Das unerwünschte Volk" die berechtigte Frage, warum die Gaskammern und Krematorien im Todeslager Auschwitz oder die Eisenbahnanlagen der anderen Vernichtungslager damals nicht durch Luftangriffe zerstört wurden.
Obgleich die deutsche Luftwaffe spätestens seit April 1944 fast vollständig besiegt war, lehnte das US-Kriegsministerium am 26. Juni 1944 die Forderungen der jüdischen Organisationen ab, die Gaskammern und Krematorien des Todeslagers Auschwitz oder Eisenbahnanlagen des Vernichtungslagers zu bombardieren (x042/334): >>... Das Kriegsministerium ist der Meinung, daß der vorgeschlagene Lufteinsatz undurchführbar ist, weil er nur um den Preis eines Abzugs beträchtlicher Luftwaffenkapazitäten durchgeführt werden könnte, die für einen Erfolg unserer augenblicklich anderenorts in entscheidenden Operationen verwickelten Streitkräfte unverzichtbar sind.
Das Kriegsministerium anerkennt voll und ganz die humanitäre Bedeutung der vorgeschlagenen Operation. Nach reiflicher Erwägung ... hat sich jedoch die Einsicht durchgesetzt, daß die wirksamste Hilfe für die Opfer feindlicher Verfolgungen ein möglichst rascher Sieg über die Achsenmächte ist, ein Unterfangen, in dessen Dienst wir alle zu unserer Verfügung stehenden Mittel stellen müssen.<<

US-Oberst Davis (Offizier des logistischen Stabes der Zentralen US-Einsatzplanung) bemerkte während eines Gesprächs (x042/334): >>Ich sehe nicht, wieso die Armee irgend etwas damit zu tun haben soll. ... Wir sind dort drüben, um den Krieg zu gewinnen, nicht, um uns um Flüchtlinge zu kümmern. ...<<
Obwohl die US-Luftflotte ab 1944 mehrere Flugplätze in Italien besaß und damit über die erforderliche Reichweite verfügte, bombardierte man kein NS-Vernichtungslager in Polen.
Von Juli bis Oktober 1944 führten die Nordamerikaner 10 Luftangriffe gegen die Region Blechhammer - Auschwitz durch. Während dieser Angriffe flogen rund 2.700 US-Bomber über die Bahnstrecken nach Auschwitz hinweg oder kamen nahe an ihnen vorbei, ohne wenigstens die Gleise zum Vernichtungslager zu bombardieren (x042/345).
Anstatt wehrlose jüdische Menschen vor den furchtbaren Gaskammern zu bewahren, bombte man weiterhin dichtbesiedelte Wohnviertel der deutschen Großstädte oder südosteuropäische Industriebetriebe in "Grund und Boden".
Der Jüdische Weltkongreß in New York leitete am 9. August 1944 ein Schreiben eines Mitglieds der tschechischen Exilregierung aus London an das US-Kriegministerium weiter. In diesem Schreiben wurde verlangt, die Gaskammern und die Krematorien des Vernichtungslagers Auschwitz sowie die Bahnstrecken nach Auschwitz zu bombardieren (x042/338).
Das US-Kriegministerium beantwortete am 14. August 1944 dieses Schreiben des Jüdischen Weltkongresses vom 9.08.1944 (x042/338-339): >>... Ich nehme Bezug auf ihr Schreiben vom 9. August, in dem sie um die Prüfung eines Vorschlags ... bitten, bestimmte Einrichtungen und Eisenbahnknotenpunkte zu bombardieren.
Das Kriegsministerium ist vom War Refugee Board auf die Frage der Durchführbarkeit angesprochen worden. Wie eine Überprüfung ergab, könnte eine solche Operation nur um den Preis eines Abzugs beträchtlicher Luftwaffenkapazitäten durchgeführt werden, die für einen Erfolg unserer augenblicklich anderenorts in entscheidende Operationen verwickelten Streitkräfte unverzichtbar sind, und wäre auf jeden Fall von so zweifelhafter Wirkung, daß sie einen Einsatz wertvoller Kräfte nicht rechtfertigen.
Es wird in diesem Hause überwiegend die Auffassung vertreten, daß ein solcher Einsatz, würde er durchgeführt, wiederum Vergeltungsmaßnahmen der Deutschen provozieren könnte.
Das Kriegsministerium anerkennt voll und ganz die humanitären Motive, die hinter der vorgeschlagenen Operation stehen, glaubt aber aus den genannten Gründen nicht, daß sie ausgeführt werden kann oder sollte, zumindest nicht zum gegenwärtigen Zeitpunkt. ...<<
Am 20. August 1944 griffen 127 US-Bomber Industrieanlagen in der Nähe des Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau an. Obwohl gezielte Bombardierungen durchaus möglich waren, wurden keine Vernichtungs- oder Bahnanlagen zerstört (x106/369).
Ilja Ehrenburg schrieb am 5. Oktober 1944 in der sowjetischen Zeitung "Soviet War News" (x046/183): >>... Sie (die Deutschen) machten auch keinen Versuch, ihre Taten in Polen zu tarnen, wo sie "Vernichtungslager" in Maidanek, Sobibor, Bolzyce und Treblinka errichteten und Millionen – ich wiederhole Millionen wehrloser Menschen abschlachteten. ...
Wenn die Deutschen Millionen von Juden töteten, so ist die Tatsache, daß diese Juden waren, nur für den "Rassisten" von Wichtigkeit, daß diese Opfer menschliche Wesen waren. ...
Hunderttausende (von Deutschen) sind schuldig an Verbrechen und Millionen der Komplizenschaft.<<
Die "Londoner Illustrated News" veröffentlichte am 14. Oktober 1944 eine Photoreportage über das NS-Vernichtungslager Majdanek (x116/38).
Ilja Ehrenburg schrieb am 22. Dezember 1944 in der sowjetischen Zeitung "Soviet War News" – 5 Wochen vor der Befreiung des NS-Vernichtungslagers Auschwitz - (x046/183): >>... Frage irgendeinen deutschen Gefangenen, warum seine Landsleute sechs Millionen unschuldiger Menschen vernichteten, und er wird ganz einfach antworten: "Warum, sie waren

Juden".<<
Obwohl die Vernichtung der europäischen Juden etwa seit Juni 1942 in Nordamerika und England bekannt war und die SS- und SD-Einheiten bereits Hunderttausende von wehrlosen Juden massakriert hatten, unternahmen die westlichen Alliierten fast nichts, um die verfolgten Juden zu retten. Es war eine beschämende, unfaßbare Tragödie, denn in fast allen Ländern wurden die ausgestoßenen Juden weiterhin abgewiesen.
Die Rettung der Juden scheiterte überall an bestürzender Gleichgültigkeit und mangelnder Hilfsbereitschaft. Während des Zweiten Weltkrieges interessierte sich eigentlich niemand für den Überlebenskampf des jüdischen Volkes oder war tatsächlich bereit, den Juden zu helfen. Fast alle Staaten und Organisationen waren nicht bereit, die Verfolgten entschlossen und ernsthaft zu unterstützen. Das Internationale Rote Kreuz lehnte es damals grundsätzlich ab, die Betreuung der jüdischen KZ-Häftlinge zu übernehmen (x023/274).
Auch die nordamerikanischen Juden (damals ca. 5,0 Millionen US-Bürger) blieben jahrelang meistens stumm. Die einflußreichen jüdischen Organisationen, wie z.B. American Jewish Committee (überwiegend wohlhabende deutschstämmige Juden), American Jewish Congress (Mittel- und Unterschichtsjuden) und World Jewish Congress, der 1936 gegründet wurde, verhielten sich zunächst ebenfalls abwartend (x023/275).
Aufgrund der damaligen militärischen Lage konnten die westlichen Alliierten den Völkermord an den Juden zwar nicht verhindern, aber sie hätten die gefährdete jüdische Bevölkerung mindestens vor den drohenden Gefahren warnen müssen. Hunderttausende der verfolgten europäischen Juden wären außerdem nicht umgekommen, wenn man sie wenigstens vorübergehend aufgenommen hätte.
Das unchristliche Verhalten der westlichen Alliierten verminderte natürlich nicht die grenzenlose Schuld des NS-Regimes, aber diese "demokratischen Länder" wurden zweifellos wegen unterlassener Hilfeleistung mitschuldig.
Von 1933 bis zum Kriegsausbruch im Jahre 1939 flohen etwa rd. 218.100 Juden, überwiegend Deutsche und Österreicher, nach Palästina (x055/507).
1940/41 durften 28.927 Juden in Nordamerika einwandern. Von 1941/42-1944/45 wurden lediglich 28.045 Juden in Nordamerika aufgenommen (x042/12,164). Obwohl Nordamerika nur etwa 10 % der jüdischen Einwanderungsquoten ausschöpfte, lehnte die US-Regierung noch im Jahre 1943 die schwedische Anfrage ab, 20.000 deutsch-jüdische Flüchtlingskinder aufzunehmen, da man angeblich das festgesetzte Einreiselimit nicht überschreiten könnte (x043/470).
Von 1933-1945 wurden lediglich 794.250 jüdische Emigranten und Flüchtlinge in folgenden Ländern aufgenommen (x043/470): Sowjetunion (250.000 jüdische Flüchtlinge), Nordamerika (240.000), Südamerika (108.000), England (72.750), Schweiz (25.000), Schanghai (25.000), Portugal (15.000), Schweden (12.000), Australien (9.000), Südafrika (8.000), Kanada (8.000), Dominikanische Republik (5.000), China (5.000), Kuba (4.500), Spanien (3.000), Mexiko (2.000) und Japan (2.000).
Ende 1945 berichtete die "New York Times" über die jüdische US-Einwanderungspolitik (x042/165): >>... Die Vereinigen Staaten, einst das Gelobte Land der Unterdrückten und Verfolgten Europas, waren fast so unzugänglich wie Tibet. ...<<
Der französische Politikwissenschaftler und Germanist Alfred Grosser schrieb später in seinem Buch "Ermordung der Menschheit" über die Probleme der jüdischen Auswanderer (x075/81): >>... Alles in allem verließen ungefähr 254.000 jüdische Emigranten zwischen 1933 und 1939 Deutschland, dazu kamen weitere 23.000 in den Jahren 1940 und 1941. Das es nicht mehr waren, lag zu einem Gutteil an der Weigerung der anderen Länder – der Vereinigten Staaten, Großbritanniens, Frankreichs, der Schweiz -, sie in großer Zahl aufzunehmen.
Die amerikanische Regierung beispielsweise beschränkte sich nicht etwa darauf, die Quote für

deutsche Einwanderer nicht zu erhöhen; sie verlangte von jedem ... eine Bescheinigung darüber, daß ein Bürger der USA den Flüchtling aufnehmen und unterstützen würde.
Da beim Verlassen Deutschlands eine bestimmte Summe verlangt wurde und bei der Ankunft ebenfalls Geldmittel erforderlich waren, war die Emigration für wohlhabende Juden leichter als für mittellose. Aber die wohlhabendsten waren oft auch die am meisten integrierten, die zutiefst deutschen, das heißt, sie neigten am stärksten dazu, trotz der immer härter werdenden Maßnahmen, denen sie ausgesetzt waren, zu bleiben.<<
Der nordamerikanische Historiker David S. Wyman (Prof. für amerikanische Geschichte) schrieb später in seinem Buch "Das unerwünschte Volk" über die unzureichenden Hilfsmaßnahmen der US-Regierung (x042/7-8): >>... Amerika, traditionell das Land für Verfolgte und Unterdrückte, hat wenig Hilfsbereitschaft gezeigt. Die amerikanischen Christen waren keine barmherzigen Samariter. Selbst den amerikanischen Juden gebrach es an tatkräftigem Engagement, das angesichts der Ungeheuerlichkeit dessen, was mit den europäischen Juden im Dritten Reich geschah, geboten gewesen wäre. Die Nazis waren die Mörder, aber wir ließen sie gewähren.
Zwischen Juni 1941 und Mai 1945 haben die Nazis fünf bis 6 Millionen Juden ermordet. Die Deutschen hatten fast ganz Europa besetzt. Selbst wenn die Alliierten alles in ihrer Macht stehende versucht hätten, wäre sicherlich auch nur ein Drittel der Opfer zu retten gewesen. Gleichwohl – mehrere hunderttausend Menschen hätten überleben können, und zwar ohne Beeinträchtigung der alliierten Kriegführung.
Aus den Unterlagen geht hervor, daß entschlossene Rettungsbemühungen möglich gewesen wären, wenn die Vereinigten Staaten die Initiative dazu ergriffen hätten. Aber die US-Regierung hat lange Zeit überhaupt nichts getan. ...
Der Holocaust war sicherlich eine jüdische Tragödie. Aber er war nicht nur dies. Er war auch eine christliche Tragödie, eine Tragödie für die westliche Zivilisation, ja, für die ganze Menschheit. Menschen haben Menschen umgebracht, während andere untätig zusahen. Auch wenn die Täter kaum als gläubige Christen zu bezeichnen sind, entstammten sie doch der christlichen Kultur. Auch die Zuschauer, die am ehesten imstande gewesen wären zu helfen, waren Christen. Ihnen hätte klar sein müssen, was ihre Pflicht war.
Doch nur verhältnismäßig wenige nichtjüdische Amerikaner hatten begriffen, daß die Krise des europäischen Judentums auch ihre eigene Krise war. Die meisten haben entweder die Augen vor dem Völkermord verschlossen oder ihn als jüdisches Problem betrachtet, um das die Juden sich zu kümmern hatten. Dies erklärt vielleicht zum Teil, warum die Vereinigten Staaten so wenig Hilfsbereitschaft gezeigt haben.
Wäre die Reaktion heute eine andere? Wären wir heute sensibler, weniger egoistisch, zu größeren Opfern bereit und beherzter, als es die Menschen damals waren? ...<<

Zusammenfassung der Endlösung: Ermordung der europäischen Juden während des Zweiten Weltkrieges

Nach dem Scheitern der "NS-Auswanderungspolitik" im Jahre 1940 (Hitler hatte anfangs gedacht, daß er die Juden meistbietend "verkaufen" könnte) wurden alle Umsiedlungsverhandlungen abgebrochen. Danach war das tragische Schicksal der europäischen Juden praktisch entschieden. In Lodz (Westpolen) richteten SS-Einheiten am 30. April 1940 das erste bewachte Ghetto für Juden ein. Die westpolnischen Juden wurden von SS- und SD-Sondereinheiten bereits ab 1940 vorübergehend in "Groß-Gettos" zusammengetrieben, die man in den größten Städten des Generalgouvernements einrichtete. In diesen Gettos breiteten sich vielfach Epidemien und Seuchen, denen Tausende von Juden zum Opfer fielen.
Nach dem erfolgreichen Frankreich-Feldzug (deutsch-französischer Waffenstillstand vom 22.06.1940) machte der Judenreferent des Auswärtiges Amtes am 3. Juli 1940 noch einmal

den Vorschlag, die europäischen Juden nach Madagaskar umzusiedeln (x106/61).
Am 14. Oktober 1941 trat für alle deutschen Juden ein absolutes Auswanderungsverbot in Kraft. Die ersten Juden (ehemalige deutsche Staatsbürger) wurden am 14. Oktober 1941 nach Polen deportiert.
Spätestens nach dem Scheitern des Rußlandfeldzuges im Dezember 1941 beschloß Hitler vermutlich die endgültige Vernichtung aller europäischen Juden.
Der deutsche Historiker und Diplomat Guntram von Schenck (von 2001-2006 Botschafter in Rom) berichtete später über die Vernichtung der europäischen Juden (x878/...): >>**Kriegswende Dezember 1941 und Holocaust**
These: Hitler wußte ab Dezember 1941, daß die Kriegslage aussichtslos war - und handelte danach. Eine Folge ist der Holocaust. ...
Vernichtung der Juden
... Der Historiker und Friedenspreisträger des deutschen Buchhandels, Saul Friedländer, der sein Lebenswerk der Erforschung des Holocaust gewidmet hat, datiert diese fatale Entscheidung auf die Krisentage im Dezember 1941. Zur selben Datierung kommt Ian Kershaw:
Danach machten die Kriegserklärung an die USA und der Beginn eines langen weltweiten Konflikts im Dezember 1941 eine Deportation der Juden in die Sowjetunion unmöglich, wenn sie überhaupt jemals in Frage kam. Als die verschobene Wannseekonferenz am 20. Januar 1942 stattfand, sei die Grundentscheidung schon gefallen gewesen. Die Aufgabe der Wannseekonferenz bestand nur noch in der organisatorischen Umsetzung der sogenannten "Endlösung".
Das Dunkel, das die Dezember-Entscheidung zum organisierten, systematischen Judenmord umgibt, war von Hitler und der NS-Spitze gewollt. Es gibt keine Gesprächsaufzeichnungen, Notizen, Protokolle o.ä. - einfach nichts; jedenfalls wurde bis heute nichts aufgefunden. Auch die Durchführung des Genozids unterlag strikter Geheimhaltung, was nicht verhindern konnte, daß ein Kreis von ca. 200.000 Personen, auch im Offizierskorps, Bescheid wußte oder Bescheid wissen mußte.
Der Schleier strengster Geheimhaltung war bewußt über den von Hitler und der NS-Spitze im Dezember 1941 beschlossenen Genozid und seine Durchführung von 1942 bis 1945 gelegt worden. Die große Masse der deutschen Bevölkerung, die vom Kriegsalltag im Übermaß in Anspruch genommen und von eigenen Sorgen bedrückt war, konnte nur sporadisch oder gerüchteweise wahrnehmen, was sich in den Vernichtungslagern im Osten abspielte. ...<<
Im Verlauf der "Wannsee-Konferenz", die am 20. Januar 1942 in einem Gebäude der Kripo am Großen Wannsee in Berlin stattfand, kündigte Heydrich den Leitern der wichtigsten NS-Behörden die Endlösung der Judenfrage an.
Im Vernichtungslager Belzec wurden ab Mitte März 1942 im Rahmen der "Endlösung" die ersten Vergasungen durchgeführt. Christian Wirth (1885 in Oberbalzheim/Württemberg geboren, ein Beteiligter der "Aktion T4"), der von überlebenden KZ-Häftlingen später als "Bestie in Menschengestalt" bezeichnet wurde, überwachte damals die Massentötungen im Vernichtungslager Belzec.
Damals nutzten die NS-Behörden für die Durchführung der "Endlösung" grundsätzlich nur Tarnbezeichnungen. In den sichergestellten NS-Schriftstücken wurde jedenfalls später kein Hitler-Befehl gefunden, der eindeutig die Ausrottung der Juden anordnete. Die Deportationen tarnte und verharmloste man meistens als "Umsiedlungen" oder "Arbeitseinsatz im Osten". Die Sicherheitspolizei-, SS- und SD-Dienststellen führten später die Tarnbezeichnung "Sonderbehandlung" ein. Himmler untersagte zwar ab 1943 diesen Begriff und ließ andere Bezeichnungen ("Aussiedlung" usw.) verwenden, aber die Tarnbezeichnung "Sonderbehandlung" blieb weiterhin ein "fester Begriff" für die physische Vernichtung des europäischen Judentums.

Um die Ermordung der Juden vor der deutschen Bevölkerung zu verheimlichen, wurden alle Vernichtungslager (Auschwitz, Belzec, Kulmhof, Maidanek, Sobibór und Treblinka) in Polen errichtet und von speziell ausgewählten SS-Einheiten geleitet. Die "Endlösung" unterlag außerdem der höchsten Geheimhaltungsstufe des NS-Regimes ("Geheime Reichssache"), so daß man es fast bis zum Kriegsende schaffte, die Ausrottung des Judentums perfekt zu tarnen und zu verheimlichen.
Mit Hilfe der beinahe undurchdringlichen NS-Sicherheitssysteme gelang es jahrelang, die deutsche Zivilbevölkerung zu täuschen, aber die Weitergabe von ausländischen Informationen und Nachrichten (Berichte von polnischen Widerstandsgruppen und ausländischen Geheimdiensten: Fotos von Vernichtungslagern, Zeugenaussagen und sonstige Meldungen) konnten nicht verhindert werden.
Die ausländische Öffentlichkeit (vor allem in Nordamerika und Großbritannien) wurde nachweislich frühzeitig über die Vernichtungslager in Polen bzw. den systematischen Völkermord an den Juden informiert. Im Deutschen Reich kursierten während des Zweiten Weltkrieges zwar viele Gerüchte über das Schicksal der verschleppten Juden, aber Genaueres wußten nur direkte Beteiligte der "Endlösung".
Der deutsche Historiker Eberhard Jäckel berichtete später über die Geheimhaltung der Endlösung (x036/12): >>Das Unternehmen war streng geheim. Folglich wurde so wenig darüber wie möglich aufgeschrieben. Vieles wurde nur mündlich verhandelt, besonders auf der höchsten Führungsebene. Von den wenigen einschlägigen Dokumenten sind viele möglicherweise vor Kriegsende vernichtet worden. In denjenigen, die überliefert sind, ... (verwendet man) häufig Tarnbezeichnungen, die das Verständnis zusätzlich erschweren. ...<<
Der nordamerikanische Historiker Norman G. Finkelstein schrieb später über Hitlers Geheimhaltung der "Endlösung" (x268/53-54): >>Was sich für die Zeit bis 1939 nachweisen läßt, ist erstens, daß Hitlers früheste Reden durch und durch antisemitisch waren; daß er aber zweitens von seinen Angriffen auf die Juden abließ, nachdem er seit 1923 öffentlich auftrat, weil er gemerkt hatte, daß er mit antimarxistischer Propaganda besser ankam als mit antisemitischer; daß drittens in Hitlers Reden aus den Jahren unmittelbar vor seinem Wahlerfolg Angriffe auf die Juden nur am Rande vorkamen; und daß Hitler viertens in der Zeit von der Machtergreifung bis zum Beginn des Krieges als sein letztes Ziel öffentlich nicht die Vernichtung, sondern die zwangsweise Emigration der Juden verkündete.
"Selbst im Krieg, als seine Vernichtungsmaschinerie auf vollen Touren lief", heißt es bei Max Domarus, "beschränkte er sich in seinen Reden auf dunkle Andeutungen und Drohungen. Er wußte nur zu genau, daß ein derartiges Vernichtungsprogramm bei der Masse des Volkes und selbst der Mehrzahl seiner Parteigenossen auf Ablehnung gestoßen wäre." ...<<
Der deutsche Publizist Rudolf Augstein (1923-2002, Herausgeber des Nachrichtenmagazins "Der Spiegel") berichtete später im Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (5/1979): >>**Ich habe es nicht gewußt**
... Habe ich also wirklich nichts gewußt? Ja und nein. Jeder von uns kannte Dachau, Dachau stand für Eingesperrtsein und Nazi-Brutalität, für Konzentrationslager schlechthin. Ich kam aus dem östlichen Krieg nach Hause und wußte nichts von Gaskammern, nichts von der systematischen Ausmordung. Der Krieg hatte mich stumpf gemacht, mir wurde plötzlich bewußt, daß ich mich all die Zeit nur um mein eigenes Schicksal und das meiner Familie gekümmert hatte. Das Los der Juden war aus meinem Blickfeld herausgetreten. ...<<
Wegen der besseren Geheimhaltung und weil man die "Endlösung" unbeobachtet durchführen wollte, errichteten spezielle SS-Einheiten ab 1941 im besetzten Polen 6 Vernichtungslager. Während in den Konzentrations- und Arbeitslagern zunächst die Arbeitskraft der Häftlinge und Zwangsarbeiter ausgebeutet wurde, dienten die Vernichtungslager ausschließlich der Massentötung der europäischen Juden. Ernst Jünger nannte diese Lager später "Fabriken des

Todes".
Aufgrund der strengen Geheimhaltungspflicht erteilte Reichsführer SS Himmler den Befehl, die Vernichtungslager nur in spärlich besiedelten, abgelegenen polnischen Gebieten zu errichten. Die Standorte mußten jedoch über Bahnanschlüsse verfügen und durften wegen der Massentransporte nicht zu weit von den polnischen Gettos entfernt sein. Die Vernichtungslager unterlagen strengster Geheimhaltung und wurden von den SS-Wacheinheiten weiträumig abgesperrt. Alle Zufahrtswege und Straßen wurden ununterbrochen bewacht.
Um die Zahl der Mitwisser zu begrenzen und wegen der Geheimhaltung, ließ Himmler oftmals ausländische SS-Wachmannschaften in den Vernichtungslagern einsetzen. Es handelte sich vielfach um baltische SS-Angehörige, ukrainische Hilfswillige und um sowjetische Kriegsgefangene, die sich freiwillig zum Dienst bei der SS gemeldet hatten. Die SS-Wachmannschaften waren in erster Linie für die Außenbewachung der Lager und die Bewachung der auswärtigen Arbeitsgruppen zuständig.
Die "bürokratische, industrialisierte" NS-Tötungsmaschinerie arbeitete während des Zweiten Weltkrieges unter strengster Geheimhaltung und vernichtete kaltblütig und "rationell" Millionen von wehrlosen Menschen. Wie viele Juden durch die SS-Organisationen ermordet wurden, konnte man nie genau ermitteln.
Der französische Historiker Stéphane Courtois berichtete im Jahre 1997 über die historische Ermittlung von Opferzahlen (x087/236-237): >>... Selbst wenn es sich nur um annähernde Zahlen handelt, der Rückgriff auf Opferzahlen ist sehr wohl legitim, ja sogar unverzichtbar. Ferner möchte ich daran erinnern, daß auch bei den historischen Studien zur Shoa das Zählen der Opfer lange Zeit eines der Hauptanliegen der Historiker war. Erst seitdem sich die Spezialisten auf eine Richtzahl von ungefähr 5,1 Millionen Toten geeinigt haben, steht die Frage nach den Opferzahlen in der Shoa-Forschung nicht mehr im Vordergrund.<<
Die jüdischen Historiker der Forschungs- und Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem gehen von 6,0 Millionen jüdischen Mordopfern aus. Diese Zahl wird auch regelmäßig von israelischen Regierungsvertretern zitiert (x025/246).
"DER BROCKHAUS" berichtete im Jahre 2006 von etwa 6 Millionen jüdischen Opfern (x251/149).
Angesichts der unfaßbaren Menschenverluste und äußerst grausamen Durchführung zählt die Ermordung der europäischen Juden zweifelsohne zu den dunkelsten Kapiteln der bisherigen Menschheitsgeschichte. Ungeachtet der historischen Mitverantwortung darf man jedoch nicht vergessen, daß die große Mehrheit des deutschen Volkes (im Gegensatz zu manchen osteuropäischen Nachbarn) in der jahrhundertealten deutsch-jüdischen Geschichte kein Feind des jüdischen Volkes war, sondern daß ausschließlich Mitglieder der verbrecherischen NS-Organisationen die Judenvernichtung durchführten.
Prof. Hans Rothfels (1891-1976, deutsch-amerikanischer Historiker) schrieb später über den vermeintlich ausgeprägten Antisemitismus der deutschen Bevölkerung (x025/143-144): >>Daß Antisemitismus zum Urbestand der nationalsozialistischen Bewegung gehörte – auf der Grundlage einer tendenziösen Rassentheorie, aber auch in Verbindung mit Antikapitalismus oder Antikommunismus -, daß er auf breite Schichten eine starke Anziehungskraft hatte und Gelegenheit zu schlimmsten Exzessen wie auch widerlicher Bereicherung bot, braucht nicht betont zu werden.
Aber daß diese Gesinnungen und Handlungsweisen sich mehr oder weniger allgemeiner Zustimmung erfreuten oder bereitwillig hingenommen wurden, trifft keineswegs zu. ...<<
Der britisch-jüdische Schriftsteller und Verleger Sir Victor Gollancz (1893-1967, Mitbegründer des Nationalkomitees für die Rettung der Opfer des Naziterrors und entschiedener Gegner der "deutschen Kollektivschuld") schrieb später in seinem Buch "Unser bedrohtes Erbe" (x025/131): >>... Jetzt, so sagte man, wüßten wir nun endlich, daß die deutsche Nation als

Ganzes schuldig wäre: Warum nämlich hätte sie nicht, wofern es anders wäre, um jeden Preis sich gegen diese Verbrechen ausgesprochen und sich gegen Hitler aufgelehnt?
Dabei kam man gar nicht auf den Gedanken, sich die Frage vorzulegen, was man denn selber unter ähnlichen Verhältnissen geleistet haben würde; man hielt nicht einen Augenblick inne, um sich innerlich darüber Rechenschaft abzulegen, ob man wohl, wofern der Preis, über den man so glatt dahinschwätzte, Tod oder Folter nicht nur für einen selbst, sondern auch für die eigenen Kinder gewesen wären - ob man dann auch noch, jenseits aller Zweifel, das hinreichende Maß von Heroismus besessen haben würde, um solche Gefahren auf sich zu nehmen. ...<<
Theodor Heuss (1884-1963, von 1949-59 erster Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland) erklärte am 7. Dezember 1949 während einer christlich-jüdischen Feierstunde (x075/112-113): >>... Man hat von einer Kollektivschuld des deutschen Volkes gesprochen. Das Wort Kollektivschuld und was dahinter steht, ist aber eine simple Vereinfachung, es ist eine Umdrehung, nämlich der Art, wie die Nazis es gewohnt waren, die Juden anzusehen: daß die Tatsache, Jude zu sein, bereits das Schuldphänomen in sich eingeschlossen habe.
Aber etwas wie eine Kollektivscham ist aus dieser Zeit gewachsen und geblieben. Das Schlimmste, was Hitler uns angetan hat - und er hat uns viel angetan - , ist doch dies gewesen, daß er uns in die Scham gezwungen hat, mit ihm und seinen Gesellen gemeinsam den Namen Deutsche zu tragen. ...<<
Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Alfred M. de Zayas berichtete später über die krankhaften Schuldkomplexe der Deutschen (x268/80): >>Wenn mich etwas im heutigen Deutschland stört und beunruhigt, ist es gerade diese Neigung zur übertriebenen Selbstkritik, die für mich bedeutet, daß viele Menschen den Sinn für Realität, für Geschichte, für Verhältnismäßigkeit verloren haben. Oder schlimmer, daß viele Deutsche anscheinend an einer Megalomanie (Größenwahn) leiden – sie wollen die größten Verbrecher der Geschichte sein und zugleich die größten Büßer. Dies halte ich für pathologisch. ...<<
Die Zeitung "Boston Globe" berichtete am 26. Juni 1942 (x042/27): >>Massenmord an Juden in Polen: über 700.000.
Im Rahmen eines systematischen Programms zur Ausrottung der Juden in Polen sind während des vergangenen Jahres über 700.000 Menschen ermordet worden.<<
Die New Yorker Zeitung "Herald Tribune" und 10 weitere US-Tageszeitungen berichteten am 25. November 1942 über den "Ausrottungsfeldzug" gegen die in den von den Nazis besetzten Ländern Europas lebenden 4 Millionen Juden (x046/175): >>... (Rabbi Dr.) Wise (Präsident des American Jewish Congress) sagt, Hitler habe die Ermordung von 4 Millionen Juden befohlen ...<<
Chaim Weizmann hielt am 1. März 1943 während einer Großveranstaltung im Madison Square Garden in New York seine vielleicht berühmteste Rede (x043/471): >>Wenn ein künftiger Historiker die düstere Chronik unserer Tage schreibt, dann werden ihm 2 Dinge unglaublich erscheinen. ...
Er wird verblüfft sein über die Teilnahmslosigkeit der zivilisierten Welt angesichts dieser ungeheuerlichen, systematischen Abschlachtung menschlicher Wesen.
Er wird nicht verstehen, wieso das Weltgewissen aufgerüttelt werden mußte. Vor allem aber wird er nicht verstehen, wieso die freien Nationen, die gerade gegen einen Ausbruch der organisierten Barbarei kämpften, gebeten werden mußten, den ... Opfern dieser Barbarei Zuflucht zu gewähren.
2 Millionen Juden sind bereits ausgerottet worden. Die Welt kann nicht länger behaupten, daß diese grausigen Tatsachen unbekannt oder unbestätigt seien ...<<
Vom 6. Dezember 1943 bis zum 13. Januar 1944 schaltete das "Jüdische Notkomitee" in US-Zeitungen zahlreiche Großanzeigen, um auf das furchtbare Schicksal der europäischen Juden

hinzuweisen (x042/227):
>>... WIE GUT SCHLAFT IHR?
DIE ZEIT ARBEITET FÜR DEN TOD - WORAUF WARTET IHR?
EIN SIEG FÜR HITLER? ...
AUS DEM TODESTAL DER NAZIS SCHREIEN UNSERE BRÜDER UND SCHWESTERN MIT LETZTER KRAFT:
IHR AMERIKANISCHEN JUDEN, WESHALB HELFT IHR UNS NICHT? ...<<
Obwohl die Vernichtung der europäischen Juden etwa seit Juni 1942 in Nordamerika und England bekannt war und die SS- und SD-Einheiten bereits Hunderttausende von wehrlosen Juden massakriert hatten, unternahmen die westlichen Alliierten fast nichts, um die verfolgten Juden zu retten. Es war eine beschämende, unfaßbare Tragödie, denn in fast allen Ländern wurden die ausgestoßenen Juden weiterhin abgewiesen.
Die Rettung der Juden scheiterte überall an bestürzender Gleichgültigkeit und mangelnder Hilfsbereitschaft. Während des Zweiten Weltkrieges interessierte sich eigentlich niemand für den Überlebenskampf des jüdischen Volkes oder war tatsächlich bereit, den Juden zu helfen. Fast alle Staaten und Organisationen waren nicht bereit, die Verfolgten entschlossen und ernsthaft zu unterstützen. Das Internationale Rote Kreuz lehnte es damals grundsätzlich ab, die Betreuung der jüdischen KZ-Häftlinge zu übernehmen (x023/274).
Aufgrund der damaligen militärischen Lage konnten die westlichen Alliierten den Völkermord an den Juden zwar nicht verhindern, aber sie hätten die gefährdete jüdische Bevölkerung mindestens vor den drohenden Gefahren warnen müssen. Hunderttausende der verfolgten europäischen Juden wären außerdem nicht umgekommen, wenn man sie wenigstens vorübergehend aufgenommen hätte.
Das unchristliche Verhalten der westlichen Alliierten verminderte natürlich nicht die grenzenlose Schuld des NS-Regimes, aber diese "demokratischen Länder" wurden zweifellos wegen unterlassener Hilfeleistung mitschuldig.
Schlußbemerkungen: Hitlers "Endlösung" wäre in einem deutschen Rechtsstaat, mit demokratischer Machtkontrolle, Opposition und freier Presse, sicherlich niemals geschehen. Die planmäßige, systematische Massenvernichtung der europäischen Juden konnte nur umgesetzt werden, weil die brutale NS-Diktatur damals jeglichen Widerstand gewaltsam erstickte. Im NS-Verbrecherstaat endete jeder aktive Widerstand sofort im Konzentrationslager.
Dieser Völkermord an den europäischen Juden, der bewußt während der dramatischen Wirren des Zweiten Weltkrieges durchgeführt wurde, hätte in jener Zeit wahrscheinlich in jedem anderen diktatorisch regierten Land durchgeführt werden können (wie folgende Beispiele aus der ersten und zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts bestätigen):
- Völkermord an den Armeniern in der Türkei (während des Ersten Weltkrieges),
- Lenins und Stalins "Säuberungsaktionen" sowie "Liquidierung von Klassen" in der Sowjetunion,
- Massenverbrechen im besetzten China durch japanische Besatzungstruppen,
- Verfolgung der Serben in Jugoslawien durch kroatische und bosnische Besatzungstruppen während des Zweiten Weltkrieges,
- Völkermord an den europäischen Juden durch das NS-Regime,
- Verfolgung der Kroaten und Bosnier in Jugoslawien durch die Serben (nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges),
- Befreiungs- und Vertreibungsverbrechen an den Reichs- und Volksdeutschen von 1944-48 in Ost-Mitteleuropa, die sich mehrheitlich in "Friedenszeiten" ereigneten,
- Maos "Säuberungsaktionen" und "Liquidierung von Klassen" in China,
- Pol Pots "Säuberungsaktionen" und "Liquidierung von Klassen" in Kambodscha,
- Kim Il Sungs "Säuberungsaktionen" sowie "Liquidierung von Klassen" in Nordkorea ...

Telford Taylor (1908-1998, Nachfolger von Robert H. Jackson, nordamerikanischer Hauptankläger bei 12 der 13 Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse) erklärte später während eines Gespräches mit dem US-Schriftsteller Studs Terkel (x165/417-419): >>... Der Holocaust war ja vom ganzen Ausmaß ohne Beispiel in der Geschichte. Unfaßbar? Ich weiß nicht. Ich fürchte die Menschen stumpfen sehr schnell ab. Wenn man sich zwei, drei Tage lang die Zeugenaussagen angehört hatte, war es nichts Besonderes mehr. Wie bei kleinen Kindern, die alles als selbstverständlich hinnehmen.
Ich weiß noch, wie meine eigenen Kinder, zwei kleine Mädchen mit 5 und 7 Jahren, nach Nürnberg kamen und ich ihnen die ausgebombten Häuser zeigte. "Die Häuser sind kaputt", sagten sie. Als sie ein oder zwei gesehen hatten, interessierten sie sich nicht mehr weiter dafür.
(Studs Terkel: "Würden sie die Nürnberger Angeklagten als ganz gewöhnliche Leute bezeichnen?")
Ein Mann wie Hjalmar Schacht, der Bankier, war ein außerordentlich fähiger und intelligenter Mensch. Aber überhaupt nicht sympathisch. Wenn Sie von den KZ-Aufsehern und den Untergebenen sprechen, die diese blutigen und mörderischen Aktionen durchführten, dann haben Sie recht. Das waren ganz gewöhnliche Leute.
Warum haben sie so etwas getan? ... Die meisten waren Mitläufer. Moralische Grundsätze sind schnell vergessen. Nehmen wir Eichmann: ein kleiner Elektriker aus Wien. Er tritt der SS bei und wird Offizier und Gentleman. Das gefällt ihm. Er wird befördert. Er hat es zwar nie über den Oberstleutnant hinausgebracht, aber das war für einen Wiener Elektriker schon sehr gut. Solche Leute passen sehr gut in das von oben vorgegebene Schema, weil das der einfachste Weg ist. Sie sind liebevolle Ehemänner, nett zu ihren Kindern und Musikliebhaber. Sie gewöhnen sich schnell an moralische Grundsätze, die ihnen von einem autoritären Regime vorgeschrieben werden. Der einfachste Weg für ein bequemes Leben ist der, Befehle zu befolgen.
Als ich zurückkam wurde ich oft gebeten, über Nürnberg zu sprechen. Anfang 1950 hielt ich einen Vortrag vor der Gemeinde einer jüdischen Synagoge in Brooklyn. Ich sagte, daß man sich die für den Holocaust verantwortlichen Nazis nicht als einen Haufen von perversen Sadisten vorstellen dürfe. Die meisten wären ganz normale Leute wie du und ich. Sie hätten den Aufschrei erleben sollen, der durch das Publikum ging. ...
Wenn wir denselben Strömungen und Zwängen ausgesetzt wären wie die Deutschen, würden sehr viele von uns genauso handeln. Vielleicht nicht ganz so viele, weil wir nicht so autoritätshörig sind wie die Deutschen. Aber viele von uns würden genauso handeln. Wir haben zwar immer noch ein paar politische Schutzmechanismen eingebaut, aber die sind auch nicht bombenfest. ...
Der normale Mensch ist zu ungeheuren Heldentaten und zu ungeheuren Grausamkeiten fähig. Das ist die bittere Lektion von Nürnberg. Es ist sehr einfach, den Nazismus für die Grausamkeit dieser Leute verantwortlich zu machen. Wenn tausend Menschen durch ein Erdbeben getötet werden, ist das eine schreckliche Sache, aber es liegt keine Tragik darin. Es ist nichts Tragisches daran, weil kein menschliches Element dabei ist. Man kann nichts daraus lernen, außer daß man auf Erdbeben aufpassen muß. Die bittere Lektion und die wahre Tragödie ist die Erkenntnis, daß man gewöhnliche Leute dazu bringen kann, solche unbeschreiblichen Dinge zu tun. Das ist die eigentliche Gefahr. ...<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtete später über das vermeintliche "Tätervolk der Deutschen" (x268/85): >>... Der amerikanische Psychiater Gustave M. Gilbert, der für die Angeklagten von Nürnberg verantwortlich war, hat gesagt: "Nach unseren Erkenntnissen müssen wir annehmen, daß solche Persönlichkeiten nicht nur nicht einzigartig oder wahnsinnig sind, sondern daß sie sich auch in jedem anderen Land der Welt von

heute wiederfinden könnten. Wir müssen auch einsehen, daß es solche Persönlichkeiten in diesem Land gibt und daß zweifellos bestimmte Individuen bereit wären, über die Leichen der halben Bevölkerung der Vereinigten Staaten zu steigen, wenn sie damit die Kontrolle über die andere Hälfte in die Hand bekämen."
Ähnlich Hannah Arendt in ihrer Studie "Eichmann in Jerusalem": "Das Beunruhigende an der Person Eichmann war doch gerade, daß er war wie viele und daß diese vielen weder pervers noch sadistisch, sondern schrecklich und erschreckend normal waren und sind."
Auch Simon Wiesenthal, Leiter des jüdischen Dokumentationszentrums in Wien, glaubt, daß ein Holocaust auch in den USA möglich sei. Es handelt sich um kein spezifisch deutsches, sondern um ein menschliches Versagen. ...<<
Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" berichtete später (am 4.06.1998) über "Das Schwarzbuch des Kommunismus" (x087/140,143-144): >>Demozide sind das direkte Resultat von Machtbefehlen, die aus dem politischen Funktionszentrum eines Regimes kommen. Sie entstehen nicht als spontane Pogrome oder als kulminierende Aktion einer ideologischen Entwicklung, wie etwa Daniel Jonah Goldhagen das für den Holocaust durch Rekurs auf einen virulenten, in der deutschen Gesellschaft tief verwurzelten Antisemitismus zu belegen versuchte.
Demozide werden von Regimen veranstaltet, um wahnlogische Projekte der Weltveränderung, die Führer wie Lenin, Stalin, Hitler, Mao oder Pol Pot konzipierten, in die Tat umzusetzen.
Hannah Arendt hatte bereits 1951 in ihrem Werk "Ursprünge und Elemente totaler Herrschaft" auf die Vergleichbarkeit zweier ideologischer "Zwangsdoktrinen" hingewiesen. Sie schrieb damals:
"Die eine ist die zur Ideologie erstarrte marxistische Lehre vom Klassenkampf als dem eigentlichen Motor der Geschichte und die andere ist die von Darwin angeregte und mit dem marxistischen Klassenkampf in mancher Beziehung verwandte Lehre von einem von der Natur vorgeschriebenen Rassenkampf, aus dem sich der Geschichtsprozeß, vor allem der Auf- und Abstiegsprozeß von Völkern ableiten läßt."
Ihr Ansatz wurde nicht fortgesetzt, da sich weder die Konservativen noch die Linken angesprochen fühlten. Es erging ihr zwar damals nicht so schlimm wie Albert Camus, der 1951 nach der Veröffentlichung der spekulativen Wahnlogiken, "L'Homme révolté" von Sartre und seinen Mitläufern zum intellektuellen Aussätzigen erklärt wurde. Arendt erlebte dieses Schicksal erst nach dem Erscheinen von "Eichmann in Jerusalem" (1963), als man sie bewußt mißverstehen wollte.
Sie begriff das Böse nicht als Spezifikum der deutschen Kulturentwicklung, sondern als menschliches Verhaltenssyndrom, dessen Banalität universal ist und sich deshalb auch anderswo manifestieren kann.
Das Schwarzbuch belegt auf vergleichender kontinentaler Breite, wie richtig Hannah Arendts Einsichten schon damals gewesen sind. ...<<
>>... Je mehr Daten von den Szenarien des politischen Demozids im 20. Jahrhundert die vergleichende Forschung erfaßt, um so klarer ist das Ergebnis. Demozide vom Charakter des Holocaust sind nicht einzigartig.
Angesichts der überwältigenden Terror-Evidenz des Jahrhunderts ist eine Rangordnung des Völkermords, mit dem Holocaust als Paradigma, für das Verständnis unnütz. Im Gegenteil: Die These von der Einzigartigkeit des Holocaust lenkt von der deprimierenden Evidenz ab, indem sie den Deutschen die Verwirklichung des Bösen als ewigen Zivilisationsbeitrag überläßt, während sich der Rest der Menschheit in bewußtloser Unschuld und Sicherheit der normalen Tagesordnung des Lebens zuwenden kann.<<
Die nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges erhobenen Vorwürfe der Kollektivschuld (rechtliche Schuld einer Gemeinschaft bzw. eines Volkes) wurden in den folgenden Jahren offiziell fallengelassen, denn sie widersprachen eindeutig dem allgemeinen Rechtsdenken, das nur die

Rechtsschuld des einzelnen Täters kennt. Die Kollektivschuld und die kollektive Haftung (wie z.B. die Sippenhaft des Stalin- und Hitlerregimes) wurden schließlich in allen demokratischen Staaten als Rechtsbeugung eingestuft.

Kriegskonferenzen und Besatzungspolitik der Alliierten

> Wenn Polens Regierung und Volk im Zusammenhang mit der neuen Grenzziehung des polnischen Staates wünschen, Umsiedlungen in das und aus dem polnischen Gebiet vorzunehmen, wird die Regierung der Vereinigten Staaten keine Einwände erheben und, so weit möglich, die Umsiedlung erleichtern.
> *Franklin Delano Roosevelt (1882-1945, nordamerikanischer Politiker)*

Gebietsforderungen, "Bevölkerungsumsiedlungen" und Aufteilungspläne Deutschlands

Im Dezember 1938 erörterten Dr. Benesch (Präsident der tschechoslowakischen Exilregierung) und der spätere Minister Ripka erstmalig die Ausweisung der Sudetendeutschen, die nach dem Kriegsende erfolgen sollte (x025/95).

General Sikorski (polnischer Exil-Ministerpräsident) verkündete am 19. November 1939 bei einer Pressekonferenz in London (x039/225): >>... Großbritannien und Frankreich stimmen zu, daß Polen in erster Linie eine längere Meeresküste, als sie ihm im Versailler Vertrag zugestanden worden sei, benötige.<<

Die polnische Exilregierung rief am 20. Dezember 1939 zur Befreiung Polens auf und verlangte gleichzeitig "neue polnische Grenzen", die die künftige Sicherheit Polens gewährleisteten und einen unmittelbaren, breiten Zugang zum Meer berücksichtigten (x064/159).

Churchill versicherte der NS-Führung am 9. Februar 1940 (x024/111): >>Wir lehnen jeden Versuch von außen ab, Deutschland zu zerstückeln. Wir sind nicht auf Demütigung oder Verstümmelung ihres Landes aus. Wir wünschen aus ganzem Herzen, Sie ohne Verzögerung in die friedliche Zusammenarbeit zivilisierter Nationen einzubeziehen.<<

Der Exilpolitiker Benesch schrieb am 18. November 1940 in einem Bericht für die tschechische Widerstandsbewegung, daß man nicht "naiverweise" annehmen dürfe, "drei Millionen Deutsche zu vernichten oder auszutreiben"; die Umsiedlung von einer Million Sudetendeutschen wäre schon ein "ungeheurer Erfolg und eine starke Sicherung unseres Staates" (x020/-061).

In Chicago (USA) veröffentlichte die exilpolnische Zeitung "Zwiazkowy" am 3. Dezember 1940 polnische Gebietsforderungen (x039/225): >>... Die Westgrenze Polens muß eine Linie bilden, die zumindest etliche 10 km westlich der unteren Oder und dann hin zum Erzgebirge verläuft.<<

Der CSR-Politiker Ripka erklärte am 17. Mai 1941 während einer Rede in Manchester (x159/15): >>... Wir hoffen, daß dieser Krieg die Möglichkeit dazu geben wird, die Frage der deutschen Minderheit in der Tschechoslowakei ein für allemal zu lösen. ...

Es wird notwendig werden, mit allen hierzu geeigneten Mitteln – einschließlich einer eventuellen organisierten Anwendung des Prinzips des Bevölkerungstransfers – Deutschland daran zu hindern, seine nationalen Minderheiten für seine großdeutschen Ziele zu mißbrauchen.<<

In London zitierten die "Sozialistischen Nachrichten" am 16. Juli 1941 den CSR-Politiker Ripka (x004/39): >>Es wird notwendig sein, mit allen angemessenen Mitteln, evtl. auch durch eine organisierte Anwendung des Prinzips der Umsiedlung von Bevölkerungen, Deutschland an dem Mißbrauch seiner nationalen Minoritäten für seine pangermanischen Ziele zu hindern. ...<<

In London verlangte die polnische Exilregierung am 24. September 1941 einen breiten Zugang zur Ostsee, um die wirtschaftliche Entfaltung Polens zu sichern (x039/226).

Exilpräsident Benesch forderte im September 1941 öffentlich die Ausweisung der Sudetendeutschen (x024/107): >>... Wenn die Frage sorgfältig erwogen und rechtzeitig gründlich vorbereitet wird, kann die Übersiedlung schonend und unter angemessenen, humanen Bedingungen durchgeführt werden, und zwar unter internationaler Überwachung und mit internationaler Unterstützung.<<
Der britische Außenminister Eden verhandelte in Moskau vom 16. bis zum 20. Dezember 1941 über die europäischen Nachkriegsgrenzen. Stalin und Molotow verlangten am 16. Dezember 1941 die Abtretung Ostpreußens an Polen (x039/226). Die Curzon-Linie sollte die Grundlage für eine zukünftige sowjetisch-polnische Grenze bilden (Bestätigung der sowjetischen Grenzen vom 22.06.1941). Außerdem schlug Stalin die Wiederherstellung Österreichs und eine Aufteilung des Deutschen Reiches vor (x041/123). Ferner sollten das Rheinland und Bayern abgetrennt, Teile Ostpreußens an Polen abgetreten und das Sudetenland an die Tschechoslowakei zurückgegeben werden.
Churchill erklärte gegenüber Außenminister Eden am 8. Januar 1942, daß die Briten keine voreiligen Grenzverschiebungen akzeptieren würden (x028/209): >>... Doch keine britische Regierung, an deren Spitze ich stehe, darf einen Zweifel offen lassen, daß sie sich an die Grundsätze der Freiheit und der Demokratie gebunden erachtet, die in der Atlantik-Charta niedergelegt sind, und daß diese Grundsätze ganz besondere Geltung haben, wenn Fragen territorialer Verschiebungen zur Debatte stehen.
Meine Auffassung geht deshalb dahin, den Russen mitzuteilen, daß alle Grenzfragen der Entscheidung einer Friedenskonferenz vorbehalten bleiben müssen.<<
Polen, die Tschechoslowakei und 7 weitere Vertreter von besetzten Staaten unterzeichneten am 13. Januar 1942 in London die "Allied Declaration on German War Crimes" (x044/191): >>In Anbetracht dessen, daß Deutschland seit Beginn des Krieges in den besetzten Ländern ein Terrorregime errichtet hat, besonders gekennzeichnet durch ... Massenvertreibungen, ... betrachten die Unterzeichneten als eines ihrer grundsätzlichsten Kriegsziele die Bestrafung ... der für diese Verbrechen Verantwortlichen. ...<<
In einer Studie des britischen Außenministeriums wurde am 20. Februar 1942 die Abtretung von sudetendeutschen Gebieten (mit einer deutschen Bevölkerung von rund 500.000) vorgeschlagen, um den deutschen Bevölkerungsanteil in der Tschechoslowakei zu verringern.
Da US-Präsident Roosevelt Stalins Gebietsforderungen ablehnte, weigerte sich am 26. Mai 1942 auch die britische Regierung, Stalins Pläne zu akzeptieren (x041/123). Der sowjetisch-britische Bündnisvertrag (Laufzeit: 20 Jahre) wurde jedoch trotzdem abgeschlossen.
Dr. Benesch forderte am 5. Juni 1942, die "sudetendeutsche Frage" endgültig zu klären (x025/95): >>... Ein weiteres und ein brennendes Problem ist, wie wir die Deutschen loswerden sollen. Selbst glaube ich, daß es möglich sein wird, sich etwa 2 Millionen Deutscher zu entledigen. Das Problem wird sehr schwer sein. Am besten wird sein, es via facti (militärisch) zu erledigen, sonst durch Übereinkommen. Alle jungen Deutschen bis zu einem bestimmten Alter müssen weg ...<<
Jan Masaryk (exil-tschechoslowakischer Außenminister) verlangte ebenfalls am 5. Juni 1942, daß die Sudetendeutschen ausgewiesen werden sollen (x039/226).
Der britische Außenminister Eden billigte am 7. Juli 1942 das "Vertreibungsprogramm der Tschechen".
Benesch wurde danach von Eden informiert (x151/05): >>... (daß) seine Kollegen mit dem Prinzip der Umsiedlungen einverstanden seien. ...<<
Das britische War Cabinet schlug am 7. Juli 1942 vor, die deutschen Minderheiten nach dem Krieg aus Ost- und Südosteuropa zu "transferieren" (x020/55): >>... dort wo es notwendig und wünschenswert erscheint ...<<
Außenminister Eden beauftragte anschließend das britische Foreign Office mit der Ausarbei-

tung von "Umsiedlungsplänen". Die britischen Experten ermittelten später eine Zahl von maximal 7,0 Millionen Ostdeutschen, die im Westen aufgenommen werden könnten.
Angesichts der aggressiven Vertreibungspläne erwarteten die sudetendeutschen Exilpolitiker gewaltsame Vertreibungen. Sie übergaben dem britischen Foreign Office am 8. August 1942 eine Protestnote.
Im September 1942 teilte die britische Regierung der tschechischen Exilregierung in London offiziell mit, daß sie eine Ausweisung der Sudetendeutschen grundsätzlich akzeptieren könnte (x039/226).
Die polnische Exilregierung verabschiedete am 17. Oktober 1942 in London einen Beschluß über die Bestrafung der in Polen begangenen deutschen Kriegsverbrechen (x044/191): >>Handlungen, die den Tod, Qualen, Deportationen oder Bevölkerungsumsiedlungen bewirkt haben, werden mit lebenslänglicher Haft oder mit dem Tode bestraft ...<<
Dr. Benesch erklärte am 13. November 1942 vor dem tschechischen Exilstaatsrat, daß ein größerer oder kleinerer Teil der Sudetendeutschen in der Tschechoslowakei verbleiben sollte (x004/43).
Während eines Vortrages in England (Universität Manchester) informierte Dr. Benesch am 5. Dezember 1942 über die geplante Ausweisung der Sudetendeutschen (x028/55): >>... Umsiedlungen sind eine schmerzhafte Operation. Sie führen zu vielen kleineren Ungerechtigkeiten. Die Verfasser der Friedensregelung können sich nur dann einverstanden erklären, wenn die Umsiedlungen human organisiert und international finanziert werden.<<
Bei Verhandlungen mit US-Präsident Roosevelt forderte Polens Exilpräsident Sikorski am 6. Dezember 1942 in Washington die Oder-Neiße-Linie, mit Stettin, als natürliche polnische Sicherheitslinie (x039/226).
Während einer Pressekonferenz in Chicago verlangte Polens Exilpräsident Sikorski am 18. Dezember 1942 große Teile der deutschen Ostgebiete (x039/226): >>... Erweiterten Zugang zur Ostsee, deutsche Grenzgebiete im Westen Polens sowie polnische Besetzung aller deutschen Gebiete östlich der Oder.<<
In einem Memorandum forderte die polnische Exilregierung im Dezember 1942 eine polnische Grenze an der Oder und Neiße sowie eine wesentlich breitere Ostseeküste. Außerdem verlangten die Polen Ostpreußen, das Gebiet der Freien Stadt Danzig und den Rest Oberschlesiens (x035/330).
Die US-Regierung legte am 1. März 1943 den Entwurf eines Friedensvertrages für das Deutsche Reich vor.
Im Artikel 3 dieses Friedensvertrages hieß es (x033/347): >>Die Grenzen Deutschlands sind diejenigen vom 30. Januar 1933. Deutschland verzichtet auf alle Ansprüche auf Gebiete, die seit diesem Zeitpunkt erworben wurden; ohne Ausnahme kehren diese in ihre früheren Staatsverbände zurück. ...<<
Der US-Sonderbeauftragte Harry Hopkins berichtete am 15. März 1943 über eine Besprechung mit US-Präsident Roosevelt und Außenminister Eden (x028/32-33,62): >>Der Präsident sagte, er glaube, wir sollten Anordnungen treffen, um die Preußen aus Ostpreußen auf die gleiche Weise zu entfernen, wie die Griechen nach dem letzten Krieg aus der Türkei entfernt wurden; wenn es sich auch um eine harte Maßnahme handelt, ist es doch der einzige Weg, den Frieden zu bewahren, und den Preußen kann man auf keinen Fall trauen. ...<<
>>... Polen will Ostpreußen haben und der Präsident und Eden sind beide der Meinung, Polen soll es erhalten. Eden sagte, die Russen sind insgeheim einverstanden, aber nicht bereit, ihre Zustimmung den Polen mitzuteilen, weil sie es als ein Handelsobjekt für die Friedenskonferenz sähen. ...<<
Dr. Benesch sprach im März 1943 mit dem sowjetischen Botschafter über die "Umsiedlung" von radikalen Sudetendeutschen. Die sowjetische Delegation gab damals keine verbindliche

Stellungnahme ab, da man noch keine Vereinbarungen mit den westlichen Alliierten getroffen hätte.
Während eines Gespräches zwischen US-Präsident Roosevelt und Dr. Benesch behauptete Benesch am 12. Mai 1943, daß Stalin mit der Vertreibung der Sudetendeutschen einverstanden wäre. Der nordamerikanische Präsident billigte zwar die von Benesch geplanten "Umsiedlungsmaßnahmen", gab damals aber noch keine verbindliche Ausweisungzustimmung ab (x020/62).
Bei seinem Staatsbesuch in Washington bemühte sich Dr. Benesch am 7. Juni 1943, die Sowjetunion und Stalin als vertrauensvolle Bündnispartner darzustellen. US-Präsident Roosevelt stimmte während des Treffens angeblich der Umsiedlung (von Teilen der sudetendeutschen Bevölkerung) zu. Alle aktiven nationalsozialistischen und "großdeutsch" gesinnten Elemente (illoyale Volksdeutsche) sollten demnach radikal umgesiedelt werden (x028/31). Für seine "Bemühungen und Lobreden" erhielt Benesch einige Tage später die sowjetische "Vertreibungszustimmung".
In Moskau forderte der kommunistische "Verband Polnischer Patrioten" am 28. Juni 1943 die Abtretung von Westpreußen, Danzig und Oberschlesien (x040/174).
Benesch forderte die Tschechoslowaken am 27. Oktober 1943 während einer Rundfunkbotschaft zur Rache an den Deutschen auf (x004/50-51): >>... In unserem Land wird das Ende des Krieges mit Blut geschrieben werden. Den Deutschen wird alles erbarmungslos und vielfach zurückgeben werden, was sie in unserem Land verbrochen haben. ... In unserem Land wird gnadenlos und mit doppelter Münze heimgezahlt werden, was sie in unserem Land seit 1938 angerichtet haben. ...<<
Die Außenminister Eden (Großbritannien), Hull (USA) und Molotow (UdSSR) beendeten in Moskau am 30. Oktober 1943) ihre sogenannten "Nachkriegsplanungen" (x040/189). Sie vereinbarten z.B. die Wiederherstellung Österreichs (in den Grenzen von 1937) und die Verurteilung der deutschen und japanischen Kriegsverbrecher. Ferner beschloß man die Abtrennung Ostpreußens, denn Stalin sollte nicht vorzeitig aus dem Zweiten Weltkrieg "aussteigen".
US-Präsident Roosevelt stimmte am 5. Dezember 1943 der Absicht des tschechischen Exilpolitikers Benesch zu, die Sudetendeutschen auszuweisen.
Die tschechische Exilregierung (Benesch) schloß am 12. Dezember 1943 mit der UdSSR einen Freundschafts- und Beistandspakt (x004/49). Dieser Pakt regelte auch die Besetzung der Tschechoslowakei durch die Rote Armee und die tschechisch-sowjetischen Beziehungen für die Zeit nach dem Kriegsende.
Mit diesem Vertrag wurde die kommunistische Ostorientierung der Tschechen abgeschlossen und die jahrzehntelange Unterordnung der Tschechoslowakei besiegelt. Während der Vertragsverhandlungen unterhielten sich Dr. Benesch und der sowjetische Außenminister Molotow auch ausführlich über das "sudetendeutsche Problem". Dr. Benesch erklärte im Verlauf dieser Unterhaltung, daß die CSR eine Totalaustreibung, wenigstens aber die Vertreibung von 2/3 der sudetendeutschen Volksgruppe, durchsetzen würde (x020/63).
Premierminister Churchill berichtete am 15. Dezember 1943 vor dem britischen Unterhaus über die geplante "Umsiedlung" der Ost- und Volksdeutschen (x149/108): >>... (Wir befürworten die) völlige Vertreibung der Deutschen aus den Gebieten, die Polen im Westen und Norden gewinnt, denn die Vertreibung ist, soweit wir in der Lage sind, es zu überschauen, das befriedigendste und dauerhafteste Mittel. Es wird keine Mischung der Bevölkerung geben, wodurch endlose Unannehmlichkeiten entstehen, wie z.B. im Falle Elsaß-Lothringen.
Reiner Tisch wird gemacht werden. Mich beunruhigt die Aussicht des Bevölkerungsaustausches ebensowenig wie die großen Umsiedlungen, die unter modernen Bedingungen viel leichter möglich sind als je zuvor.<<
In Moskau wurde am 11. Januar 1944 die Wiedererrichtung Polens verkündet. Die Sowjets

forderten einen "starken, unabhängigen polnischen Staat auf der territorialen Grundlage der Curzon-Linie" und ... "Rückgabe von Ländern an Polen, die ihm seit undenklichen Zeiten gehörten ... und von den Deutschen entrissen worden sind" (x040/198).
Die Briten legten am 15. Januar 1944 in London ihren Aufteilungsplan des Deutschen Reiches vor (x041/129): Ost-West-Demarkationslinie = Lübeck - Helmstedt - Eisenach - Hof. Nach der zusätzlichen Festlegung von getrennten Besatzungszonen stimmte die UdSSR dem britischen Plan am 18.02.1944 zu.
US-Präsident Roosevelt erteilte die Zustimmung am 1.06.1944.
Churchill informierte Stanislaw Mikolajczyk (Ministerpräsident der antikommunistischen polnischen Exilregierung) am 22. Januar 1944 über die Ergebnisse der Konferenz von Teheran (x039/227): >>... Im Westen werden 7 Millionen Deutsche, die zwischen der deutsch-polnischen Grenze und der Oder leben, in das "eigentliche Deutschland" ausgewiesen.<<
Das britische Foreign Office berichtete Anfang 1944, daß die Deutschen in den von sowjetischen Truppen besetzten Gebieten einer unerfreulichen Zeit entgegengehen dürften, was das Problem der Umsiedlung insofern aber vereinfachen könnte, da sehr viele fliehen, die Vertreibungsgebiete also freiwillig verlassen würden (x020/57).
Dr. Benesch erläuterte am 3. Februar 1944 vor dem britischen Staatsrat in London den tschechischen "Zehn-Punkte-Plan".
Dr. Benesch (Chef der tschechischen Exilregierung) kündigte am 3. Februar 1944 auch Gewalttaten an (x004/51): >>... Der Umsturz in der CSR muß gewaltsam, muß eine gewaltige Volksabrechnung mit den Deutschen und den faschistischen Gewalttätern, ein blutiger, unbarmherziger Kampf sein.<<
Churchill informierte am 22. Februar 1944 das britische Unterhaus (x039/227): >>... daß Polen im Norden und Westen zu Lasten Deutschlands Kompensationen erhalten werde, daß die Atlantik-Charta auf Deutschland keine Anwendung findet und daher Gebietsübertragungen und Grenzberichtigungen zu Lasten des Feindeslandes zulässig sind.<<
Anthony Eden erklärte am 23. Februar 1944 in einer Rede vor dem britischen Unterhaus (x028/248): >>... Gewisse Teile der Atlantik-Charta beziehen sich sowohl auf Sieger als auch Besiegte, so z.B. Artikel vier.
Wir können aber nicht zugeben, daß Deutschland von Rechts wegen Anspruch darauf erheben kann, daß irgendein Teil der Charta auf Deutschland Anwendung finde.<<
Der Earl of Mansfield und weitere Redner warnten am 8. März 1944 während einer britischen Oberhausdebatte vor übereilten Massendeportationen (x028/109): >>... Wenn die Umsiedlung von Griechen und Türken ungefähr 6 Jahre dauerte, kann es durchaus sein, daß die Umsiedlung der Deutschen 20 Jahre oder noch länger in Anspruch nehmen wird. Es ist jedenfalls eine Angelegenheit, die nicht übereilt werden darf.<<
Ferner wurde der ehemalige britische Außenminister Lord Curzon zitiert (x028/34): >>(Gewaltsame Bevölkerungsumsiedlungen sind) durch und durch schlechte, verwerfliche Lösungen, für welche die Welt in den nächsten 100 Jahren schwer büßen wird. ...<<
Mikolajczyk schrieb am 18. März 1944 an US-Präsident Roosevelt. Er weigerte sich, Ostpolen abzutreten, weil man die Folgen der Ausweisung der Deutschen und deren Rückkehr fürchtete (x039/227).
US-Außenminister Cordell Hull wies am 23. März 1944 nochmals ausdrücklich darauf hin, daß die Atlantik-Charta auch für Deutschland Anwendung finden sollte (x063/596).
Im britischen Unterhaus bezeichnete Eden am 12. Juli 1944 die Vereinbarung über die polnische Ostgrenze (Konferenz von Teheran: 28.11. bis zum 1.12.1943) als nicht endgültig (x039/227).
Ein Ausschuß des US-Außenministeriums formulierte am 18. Juli 1944 "Empfehlungen und Nachkriegsprogramme" (x150/6): >>... Die Vereinigten Staaten erkennen an, daß die Behand-

lung von Minderheiten in der Tschechoslowakei in erster Linie ein internes Problem ist; sie verfolgen aber mit Interesses die Pläne der tschechoslowakischen Regierung, eine stabilere Situation bezüglich ihrer Minderheiten zu schaffen.<<

Am 22. Juli 1944 veröffentlichte das kommunistische Lubliner Komitee das "Manifest der Nationalen Befreiung" (x003/1-7): >>An das polnische Volk! ...

Brüder!

Die Stunde der Befreiung hat geschlagen. Die polnische Armee hat an der Seite der Roten Armee den Bug überschritten. ... Über dem gequälten Polen wehen wieder weiß-rote Fahnen.

Das polnische Volk grüßt die Soldaten der Volksarmee, die sich mit den Soldaten der Polnischen Armee in der UdSSR vereint haben. ...

Durch ganz Polen geht ihr Marsch, um Rache an den Deutschen zu üben, solange bis die polnischen Fahnen in den Straßen der Hauptstadt des dreisten Preußentums, in den Straßen Berlins gehißt werden. ...

Der vom kämpfenden Volk berufene Landes-Nationalrat ist die einzige legale Staatsgewalt in Polen.

Die "Regierung" der Emigration in London und ihre Delegatur in Polen sind usurpatorische, betrügerische Mächte und vollkommen illegal. Sie stützen sich auf die widerrechtliche faschistische Verfassung von April 1935. ...

Die Stunde ist gekommen um die Leiden und Qualen, die verbrannten Dörfer und vernichteten Städte, die zerstörten Kirchen und Schulen, die Treibjagden auf Menschen, die Lager und Erschießungen, Auschwitz, Majdanek, Treblinka und die Vernichtung des Gettos, an den Deutschen zu vergelten. ...

Brüder! ...

Die Rote Armee ist als Befreiungsarmee in Polen einmarschiert. ...

Ergreift die Waffen! Schlagt die Deutschen, wo immer ihr sie trefft! ... Erteilt den polnischen und sowjetischen Soldaten Auskünfte und helft ihnen! ...

Auf zum Kampf um die Freiheit Polens, um die Rückkehr des alten polnischen Pommern und des Oppelner Schlesiens zum Mutterland, um Ostpreußen und einen breiten Zugang zum Meer, um polnische Grenzpfähle an der Oder! ...

Aufgabe der unabhängigen polnischen Gerichte wird es sein, eine rasche Rechtspflege zu garantieren. Kein deutscher Kriegsverbrecher, kein Volksverräter darf der Strafe entgehen! ...

Das Polnische Komitee der Nationalen Befreiung verspricht zu Beginn des Wiederaufbaus des polnischen Staates die Wiedereinführung aller demokratischen Freiheiten, der Gleichheit aller Bürger ohne Rücksicht auf Rasse, Konfession und Nationalität, der Freiheit politischer und beruflicher Organisationen, der Presse und des Gewissens. Die demokratischen Freiheiten dürfen jedoch nicht den Feinden der Demokratie dienen. Faschistische und antinationale Organisationen werden daher mit der ganzen Schärfe des Rechts ausgerottet.

... Die deutschen Vermögen werden konfisziert. Den bestialisch vom Okkupanten verfolgten Juden werden der Wiederaufbau ihrer Existenz sowie rechtliche und tatsächliche Gleichberechtigung zugesichert. ...

Um den Wiederaufbau des Landes zu beschleunigen und den uralten Drang der polnischen Landbevölkerung zum Eigentum an Grund und Boden zu befriedigen, wird das Polnische Komitee der Nationalen Befreiung in den bereits befreiten Gebieten sofort mit der Durchführung einer umfassenden Bodenreform beginnen. ...

Die Befreiung Polens, der Wiederaufbau des Staates, die siegreiche Beendigung des Krieges, die Erringung eines für Polen würdigen Platzes in der Welt, der Beginn des Wiederaufbaus des zerstörten Landes - dies sind unsere Hauptaufgaben.

Brüder!

Das polnische Komitee der Nationalen Befreiung ruft auf: Alles für die schnellste Befreiung

des Landes und die Vernichtung der Deutschen! ...
Auf zum Kampf! Ergreift die Waffen!
Es lebe das vereinte um Polens Freiheit kämpfende Polnische Heer! Es lebe die Polen Befreiung bringende verbündete Rote Armee! Es leben unsere großen Verbündeten - die Sowjetunion, Großbritannien und die Vereinigten Staaten von Nordamerika!
Es lebe die nationale Freiheit!
... Es lebe das freie, starke, unabhängige, souveräne und demokratische Polen!<<
Der 22. Juli wurde später polnischer Nationalfeiertag!
Stalin und das kommunistische Lubliner Komitee schlossen am 26. Juli 1944 einen Bündnisvertrag und ein Geheimabkommen über die zukünftigen Grenzen (x001/123E). Nachdem die "Lubliner Polen" die vorgeschlagenen sowjetisch-polnischen Grenzen (einschließlich Abtretung des nördlichen Ostpreußen) an die UdSSR akzeptierten, verpflichtete sich die Sowjetregierung, nach dem Kriegsende die Oder-Neiße-Linie als polnische Westgrenze durchzusetzen.
Das polnische Komitee für die nationale Befreiung (PKWN) schloß mit der UdSSR außerdem am 26. Juli 1944 ein Abkommen über die Befreiung Polens (x039/227).
Stalin forderte Mikolajczyk am 3. August 1944 in Moskau auf, die Curzon-Linie anzuerkennen. Als Gegenleistung versprach Stalin, die Oder-Linie als polnische Grenze (einschließlich Breslau, Stettin und Teile Ostpreußens) durchzusetzen. Stalin erwähnte außerdem die Ausweisung der gesamten deutschen Bevölkerung. Mikolajczyk lehnte Stalins Vorschläge jedoch ab (x039/227).
Im Grundsatzpapier des "US-Committee on Post-War Programs" vom 5. August 1944 hieß es, daß die Vertreibung der Deutschen aus dem neuen polnischen Staat und aus anderen ost- und südosteuropäischen Staaten gewiß zu deren innerer Stabilität beitragen würde, da sich die Minderheiten dort in der jüngsten Vergangenheit als "Vorhut nationalsozialistischer Penetration" erwiesen hätten und in diesen Ländern ein wohlbegründeter Groll gegen die Deutschen bestehe.
Ein pauschaler Massentransfer sei trotzdem abzulehnen, weil dadurch eine zu große Belastung des von den Alliierten besetzten Deutschland entstehen würde. Die USA sollten sich deshalb um eine international überwachte selektive Aussiedlung bemühen (x020/58).
Churchill meinte am 26. August 1944 während einer Unterhaltung mit dem polnischen General Anders (x039/227): >>In Deutschland sei genügend Platz für die zu vertreibenden Deutschen. ...<<
Der PKWN-Vorsitzende Osobka-Morawski forderte am 28. August 1944 in Moskau die Oder und die Neiße als Grenze Polens (x039/227).
Osobka-Morawski, ein führendes Mitglied der polnischen PKWN-Regierung, erklärte am 30. August 1944 während einer Presseerklärung in England (x001/139E): >>... Es stünde zu hoffen, daß die Rote Armee zu diesem Zeitpunkt (Verwaltungsübernahme durch Polen) bereits "alle erwachsenen Deutschen ins Innere Rußlands zur Wiederaufbauarbeit geschickt haben" würde.<<
Henri Morgenthau forderte während der Konferenz in Quebec (11.-16.09.1944) die Abtretung Ostpreußens an die UdSSR sowie an Polen und die Abtretung Schlesiens bis zur Katzbach an Polen (x039/227).
Das "Polnische Komitee der Nationalen Befreiung" beschloß am 31. August 1944 ein Dekret über die Strafzumessung für faschistisch-hitleristische Verbrecher, die der Tötung und der Mißhandlung von Zivilpersonen und Kriegsgefangenen schuldig sind, sowie für Verräter des polnischen Volkes (x003/8-9).
Das Dekret vom 31. August 1944 bildete später die Grundlage für die polnischen Massenverhaftungen in den Reichsgebieten östlich der Oder und Neiße und in dem Gebiet der Freien Stadt Danzig (x010/35).

Das "Polnische Komitee der Nationalen Befreiung" erließ am 12. September 1944 ein Dekret über die Errichtung von Sonderstrafgerichten für die Taten der faschistisch-hitleristischen Verbrecher (x003/10-12).
Die Nordamerikaner, Briten und Sowjets unterzeichneten am 12. September 1944 in London das 1. "Zonenprotokoll" über die Aufteilung Deutschlands (x041/135).
Stalin, Churchill und Eden (sowie US-Botschafter Harriman als "Beobachter") einigten sich in Moskau (vom 9. bis zum 20. Oktober 1944) über die "vorläufige" polnische Westgrenze (x028/66-72). Die zukünftige polnische Westgrenze sollte entlang der Oder verlaufen. Bulgarien, Rumänien und die Hälfte Jugoslawiens sowie Ungarns sollten Einflußgebiete der UdSSR werden (x040/241).
Der tschechische Exilpolitiker Ripka berichtete am 31. Oktober 1944 in London vor internationalen Pressekorrespondenten (x004/43): >>... Ich selbst glaube, daß die Zahl der Deutschen, die sich nicht schlecht verhalten haben und denen man ohne Befürchtungen ... die tschechoslowakische Staatsangehörigkeit anerkennen kann, etwa 800.000 vielleicht 1 Million betragen wird. ...<<
Dr. Benesch erklärte am 31. Oktober 1944 in der US-Zeitschrift "Foreign Affairs" zur Problematik der sudetendeutschen Frage (x004/45): >>... daß die Fortführung der Minoritätenpolitik alten Stils nicht mehr möglich sei, wenn diese von einem imperialistischen Staat mißbraucht würde, um eine Expansion voranzutreiben.
Die Tschechoslowakei müsse daher den "Transfer" der größtmöglichen Zahl ihrer deutschen Bewohner ins Auge fassen, allerdings ohne das Heimatrecht (the right of domicile) irgend jemand zu bestreiten, der der Republik die Treue bewahrt habe.<<
Das britische Foreign Office (Sir A. Cadogan) schrieb am 2. November 1944 an den exilpolnischen Außenminister T. Romer (x039/227): >>... England unterstützt Veränderung der Westgrenze Polens, auch wenn USA sie ablehnen; England hält polnische Grenze an der Oder einschließlich Stettin für richtig.<<
General Ingr (Befehlshaber der tschechischen Streitkräfte im Ausland) rief am 3. November 1944 über den Londoner Rundfunk zur Rache auf (x046/278): >>... Wenn unser Tag kommt, wird die ganze Nation dem alten Kriegsruf der Hussiten folgen: Schlagt sie, tötet sie, laßt niemanden am Leben!
Jedermann sollte sich bereits jetzt nach der bestmöglichen Waffe umsehen, die die Deutschen am stärksten trifft.
Wenn keine Feuerwaffe zur Hand ist, sollte man irgendeine sonstige Waffe vorbereiten und verstecken – eine Waffe, die schneidet oder sticht oder trifft.<<
Das "Polnische Komitee der Nationalen Befreiung" beschloß am 4. November 1944 ein Dekret über Sicherungsmaßnahmen gegenüber Volksverrätern (x003/17-18). Aufgrund dieses Dekrets galten grundsätzlich alle Deutschen (einschließlich Kinder ab dem 13. Lebensjahr), die in Volkspolen wohnten, als "Verräter der Nation", wenn sie während der deutschen Besatzungszeit die Zugehörigkeit zur deutschen Nation oder zur deutschen Abstammung erklärt hatten. Sämtliche deutschstämmigen Polen, die z.B. deutsche Ausweise (Volksliste 1-4) besaßen, wurden generell als Volksverräter und Kollaborateure eingestuft. Das Dekret legalisierte auch die späteren Massenverhaftungen aller ansässigen Deutschen in Zentralpolen und in den westpolnischen Gebieten (x010/35).
US-Präsident Roosevelt schrieb am 17. November 1944 an die polnische Exilregierung (x028/33): >>... Wenn Polens Regierung und Volk im Zusammenhang mit der neuen Grenzziehung des polnischen Staates wünschen, Umsiedlungen in das und aus dem polnischen Gebiet vorzunehmen, wird die Regierung der Vereinigten Staaten keine Einwände erheben und, so weit möglich, die Umsiedlung erleichtern.<<
Die tschechische Exilregierung legte den Nordamerikanern und Briten am 23. November 1944

erstmalig exakte Vertreibungspläne vor. Etwa 2/3 der "deutschen Minderheit" sollte die CSR verlassen. Die "Abschiebung" der deutschen und ungarischen Volksgruppen wollte man innerhalb von 2 Jahren durchführen. Die nordamerikanischen und britischen Regierungsvertreter nahmen diese konkreten Pläne ohne jegliche Widersprüche entgegen und baten nur, keine voreiligen Maßnahmen einzuleiten (x020/64-65).
Mikolajczyk mußte am 24. November 1944 zurücktreten, weil er die Curzon-Linie nicht als polnische Ostgrenze akzeptieren wollte (x106/308).
Thomasz Arciszewski bildete anschließend ein neues polnisches Exilkabinett. Diese polnische Exilregierung verlor später vor allem wegen Ablehnung der strittigen sowjetisch-polnischen Ostgrenze die anglo-amerikanische Unterstützung.
Eine nordamerikanische Journalistin berichtete am 28. November 1944 über ein Gespräch mit dem tschechischen Exilminister Stransky (x025/89): >>... Stransky ... glaubt, die Verhältnisse im Sudetenland nach dem Waffenstillstand würden derartige sein, daß sich das deutsche Problem zum guten Teil ohne Transfer von selber lösen wird. Die sudetendeutsche Bevölkerung würde sogar ohne offiziellen Transfer drastisch reduziert werden. ...
Es wird ein schreckliches Elend geben. Es wird daher erwartet, daß es in der ersten Periode nach der Befreiung im Sudetenland eine sehr hohe Sterblichkeit geben wird.<<
De Gaulle (provisorischer französischer Regierungschef) und Bidault (französischer Außenminister) schlossen am 10. Dezember 1944 in Moskau einen französisch-sowjetischen Bündnisvertrag (Laufzeit: 20 Jahre).
Da de Gaulle die Anerkennung des kommunistischen Lubliner Komitees ablehnte, verweigerte Stalin die von Frankreich geforderte Abtrennung des Rheinlandes und des Ruhrgebietes. De Gaulle stimmte aber der Oder-Neiße-Linie zu und akzeptierte damit, daß Ostpreußen, Schlesien, Ostpommern und Ostbrandenburg an Polen fallen sollten (x041/136).
Vor dem britischen Unterhaus billigte Churchill am 15. Dezember 1944 eine Ausweitung der polnischen Grenzen nach Westen (mit einer Ostseeküste von 200 Meilen) und die totale Austreibung dieser Deutschen (x024/105): >>... Die Umsiedlung von mehreren Millionen Menschen müßte von Osten nach dem Westen oder Norden durchgeführt werden, ebenso die Vertreibung der Deutschen - denn das wurde vorgeschlagen: völlige Vertreibung der Deutschen - aus den Gebieten, die Polen im Westen und Norden gewinnt.
Denn die Vertreibung ist, soweit wir in der Lage sind, es zu überschauen, das befriedigendste und dauerhafteste Mittel. Es wird keine Mischung der Bevölkerung geben, wodurch endlose Unannehmlichkeiten entstehen, wie z.B. im Fall Elsaß-Lothringen. Reiner Tisch wird gemacht werden.
Mich beunruhigt die Aussicht des Bevölkerungsaustausches ebensowenig wie die großen Umsiedlungen, die unter modernen Bedingungen viel leichter möglich sind als je zuvor. ... Ich sehe auch nicht ein, warum in Deutschland kein Platz für die Bevölkerung Ostpreußens und der anderen von mir erwähnten Gebiete sein sollte.<<
Einige britische Abgeordnete protestieren vergeblich gegen diese völkerrechtswidrigen Massenvertreibungspläne.
Tomasz Arciszewski (Ministerpräsident der polnischen Exilregierung) antwortete Churchill. Er verlangte am 17. Dezember 1944 Ostpreußen, Oberschlesien und Teile von Pommern für Polen, wünschte jedoch weder Breslau noch Stettin und keine Westgrenze, die 8 bis 10 Millionen Deutsche in Polen lassen würde (x039/227).
Arciszewski erklärte später in einem Bericht der britischen Wochenzeitung "The Sunday Times" (x035/331): >>... Wir wollen die Grenze nicht so weit nach Westen ausdehnen, daß wir bis 10 Millionen Deutsche aufnehmen müssen. Wir wollen Breslau und Stettin nicht.<<
Das kommunistische Lubliner Komitee veröffentlichte am 18. Dezember 1944 in der "Prawda" die bisher umfangreichsten Gebietsforderungen (x024/116). Mit Breslau und Stettin for-

derte man sogar große Gebiete westlich der Oder (die spätere Oder-Neiße-Linie). Stalin unterstützte diese polnischen Gebietsansprüche.
US-Außenminister Stettinius (Nachfolger von Cordell Hull) erklärte am 18. Dezember 1944, daß die nordamerikanische Regierung alle Grenzregelungen bis zum Kriegsende vertagen würde (x040/254).
Stettinius erklärte jedoch bereits am 18. Dezember 1944 in einer offiziellen Mitteilung (x028/-33): >>Wenn Regierung und Volk von Polen beschließen, im Interesse des polnischen Staates nationale Gruppen umzusiedeln, wird die Regierung der Vereinigten Staaten in Zusammenarbeit mit anderen Regierungen Polen nach Möglichkeit dabei unterstützen. ...<<
Außenminister Bidault bestätigte am 21. Dezember 1944, daß die französische Regierung mit der geplanten Abtretung der preußischen Provinzen Ostpreußen, Ostpommern und Schlesien einverstanden wäre (x040/254).
Dr. Benesch erklärte während einer Rundfunkrede in London im Jahre 1944 (x028/40): >>... Wir müssen uns all der Deutschen entledigen, die 1938 dem tschechoslowakischen Staat den Dolch in den Rücken gestoßen haben.<<
Das kommunistische Lubliner Komitee übernahm am 1. Januar 1945 in Polen die provisorische Regierung und wurde 2 Tage später durch die UdSSR anerkannt (x040/257).
Vor der Krim-Konferenz berichtete die US-Delegation am 12. Januar 1945 über "begrenzte, geregelte Umsiedlungsaktionen" (x020/58): >>Wir glauben nicht, daß es für die Vereinigten Staaten tunlich wäre, sich solchen allgemeinen Transfers zu widersetzen, falls darauf von den tschechischen und polnischen Regierungen, die die Unterstützung der britischen und sowjetischen Regierungen haben, bestanden wird. ...<<
Das US-Außenministerium schlug damals folgende Aufteilung der deutschen Ostgebiete vor (x039/227): Nordostpreußen an Rußland, Restostpreußen, Danzig und die Nordostspitze Pommerns sowie Regierungsbezirk Oberschlesien an Polen (54.390 qkm).
Die ehemalige Lubliner Exilregierung traf am 18. Januar 1945 in Warschau ein und übernahm die politische Führung Polens (x040/261).
In einer Sitzung des "War-Cabinets" stellte Churchill am 26. Januar 1945 fest, daß eine Umsiedlung von 5-6 Millionen Deutschen, bereits keine Kleinigkeit sei, die Aussiedlung von 8 bis 9 Millionen Menschen dagegen wäre völlig undurchführbar (x020/58).
Boleslaw Bierut teilte am 5. Februar 1945 in Warschau mit, daß die polnische Regierung in den deutschen Reichsgebieten ostwärts der Oder-Neiße-Linie die Zivilverwaltung übernommen hätte (x039/228).
Stalin verlangte am 6. Februar 1945 aus strategischen Gründen Ostpolen und für Polen die Gebiete bis zur Oder und westlichen Neiße sowie Stettin (x039/228).
US-Präsident Roosevelt widersetzte sich am 8. Februar 1945 der polnischen Gebietsforderung (polnische Westgrenze = Lausitzer Neiße). Er hielt jedoch die Oder-Linie für tragbar. Churchill schloß sich dieser Auffassung an und sprach sich für die Umsiedlung aller Deutschen aus diesen Gebieten aus (x039/228).
Das britische Kriegskabinett erhob am 9. Februar 1945 telegrafisch Einwendungen gegen die Festlegung der polnischen Westgrenze an der Görlitzer Neiße (x039/228).
In London bezeichnete die moskaufeindliche polnische Exilregierung die "Jalta-Beschlüsse" am 13. Februar 1945 als "5. Teilung Polens" (x040/265).
Im Londoner und Moskauer Rundfunk verbreitete man am 26. Februar 1945 einen Aufruf der "Tschechischen Nationalen Front" (x004/51): >>Greift die verfluchten Deutschen an und erschlagt die Okkupanten, bestraft die Verräter, bringt die Feiglinge und die Schädlinge des nationalen Kampfes zum Schweigen. ...<<
Churchill stellte am 27. Februar 1945 während einer Debatte des britischen Unterhauses fest (x028/77, x039/228): >>Die 3 Mächte haben sich jetzt geeinigt, daß Polen beträchtlichen

Landzuwachs sowohl im Norden wie im Westen erhalten soll.
Im Norden wird es sicherlich anstelle des gefährdeten Korridors die Großstadt Danzig, den größeren Teil Ostpreußens westlich und südlich Königsbergs erhalten, dazu einen langen, breiten Küstenstreifen an der Ostsee.
Im Westen wird es die wichtige Industrieprovinz Oberschlesien bekommen, dazu die Gebiete östlich der Oder, die bei der Friedensregelung vielleicht von Deutschland abgetrennt werden ...<<
>>... Wir haben nicht zu befürchten, daß die Aufgabe, diese neue Grenze zu halten, für Polen zu schwer sein wird. Ich habe selten eine Angelegenheit gesehen, die ich mit größerer Zuversicht dem gesunden Urteil der Abgeordneten anempfehlen könnte. ...<<
Das "Polnische Komitee der Nationalen Befreiung" erließ am 28. Februar 1945 ein Dekret über den Ausschluß feindlicher Elemente aus der polnischen Volksgemeinschaft (x003/37-39). Gemäß Dekret vom 28. Februar 1945 über den "Ausschluß feindlicher Elemente aus der polnischen Volksgemeinschaft" wurde z.B. der Besuch von deutschen Schulen, Gebrauch der deutschen Sprache oder Wehrpaßbesitz als Volksverrat eingestuft (x003/34-39).
Folgen bzw. Strafen dieser "Ausscheidung" aus der polnischen Volksgemeinschaft waren: Enteignung, Zwangsarbeit, Verlust aller bürgerlichen und öffentlichen Rechte, Inhaftierung und später schließlich die Aus- bzw. Vertreibung. Im polnischen Staatsgebiet von 1919/39 wurden damals fast alle zurückgebliebenen Volksdeutschen interniert, enteignet und zur Zwangsarbeit herangezogen (x039/228).
Die provisorische polnische Regierung errichtete am 14. März 1945 in den besetzten deutschen Ostprovinzen die neuen Verwaltungsbezirke bzw. Woiwodschaften Masuren, Pommern, Nieder- und Oberschlesien (sowie Danzig am 20.03.1945, Dekret vom 30.03.1945) und sorgte frühzeitig für vollendete Tatsachen (x039/228). Die Nordamerikaner legten danach in Moskau zwar Protest ein, aber Stalin erwiderte beschwichtigend, daß diese Handlungen absolut nichts mit der endgültigen Grenzziehung zu tun hätten. Obwohl man in Warschau schon offiziell von den "Wiedergewonnenen Gebieten" sprach, gaben sich die Nordamerikaner mit Stalins Antwort zufrieden.
In Moskau erklärte Benesch am 17. März 1945 die Tschechoslowakei zum Nationalstaat ohne Minderheitenrechte (x039/228).
Nach der kommunistischen Machtübernahme in Polen und Rumänien wurde Churchills Mißtrauen allmählich größer.
Churchill erklärte am 24. März 1945 (x044/34): >>... Es paßt mir gar nicht, Deutschland zu zerstückeln, bevor meine Zweifel an den russischen Absichten beseitigt sind.<<
Am 30. März 1945 wurde ein Dekret über die Bildung der Woiwodschaft Danzig beschlossen (x003/49).
Die US-Regierung forderte Stalin am 6. April 1945 noch einmal auf, den Status der russisch besetzten Gebiete in Ostpreußen, Danzig, Schlesien und in Pommern zu erläutern (x039/228).
Die nordamerikanische Regierung erhielt am 17. April 1945 folgende sowjetische Antwortnote (x039/228): >>... Es sind (in Ostdeutschland) keine Grenzregulierungen getroffen, nur örtliche polnische Verwaltungsstellen eingerichtet.<<
Stalin und Osobka-Morawski unterzeichneten am 22. April 1945 in Moskau einen sowjetisch-polnischen Beistands- und Freundschaftspakt (x040/279-280).
Osobka-Morawski kündigte am 3. Mai 1945 die Polonisierung der "Wiedergewonnenen alten polnischen Westgebiete" an (x064/164).
Die polnische Regierung beschloß am 6. Mai 1945 ein Gesetz über das verlassene und aufgegebene Vermögen der Deutschen (x003/65-68).
Die US-Regierung protestierte am 8. Mai 1945 wieder gegen die eigenmächtige Errichtung von polnischen Besatzungszonen (x001/109E): >>... In der amerikanischen Note vom 8. Mai

1945 wurde erklärt, daß die Warschauer Regierung in den ostdeutschen Gebieten bereits ihren vollständigen Staatsapparat errichtet und ihre Gesetze in Kraft gesetzt habe, daß ferner bereits eine Umsiedlung von Polen in diese Gebiete begonnen habe und offensichtlich eine noch weitere Ausdehnung der polnischen Verwaltung in Ostdeutschland geplant sei. Diese Maßnahmen seien einseitige Handlungen ohne vorherige Beratung und verstießen gegen die Grundsätze, die in Jalta über die Kontrolle und Besetzung Deutschlands aufgestellt worden seien. ...<<
Stalin erwiderte daraufhin beschwichtigend, daß diese Maßnahmen nichts mit der endgültigen Grenzziehung zu tun hätten.

Antideutsche Berichte, Kriegskonferenzen der Alliierten und Ziele der Besatzungspolitik
Als Hitler im Jahre 1940 die "Zwangsgettoisierung" aller westpolnischen Juden anordnete, veröffentlichten die anglo-nordamerikanischen Massenmedien regelmäßig antideutsche Meldungen. Alle Deutschen wurden allmählich mit dem verbrecherischen NS-Regime gleichgesetzt ("Sippenhaftung bzw. Kollektivschuld").
Die US-Zeitschrift "TIME" zitierte am 24. März 1941 Auszüge aus dem Buch des US-Autors Theodore Newman Kaufman (1910-1986) "Germany must perish" (x025/123): >>... Sterilisierung sollte nicht mit Kastration verwechselt werden. Es ist eine gefahrlose und einfache Operation, ziemlich harmlos und schmerzlos, die den Patienten weder verstümmelt noch zum geschlechtslosen Wesen macht. ...
Wenn man bedenkt, daß solche gesundheitsfördernden Maßnahmen wie Impfungen und Serumbehandlungen als direkte Wohltaten für die Bevölkerung betrachtet werden, dann kommt man nicht umhin, die Sterilisierung des deutschen Volkes als eine große Gesundheitsmaßnahme der Menschheit zu betrachten, um sich FÜR IMMER gegen den Virus des deutschen Wesens zu immunisieren.<<
Das "Kaufman-Buch", das auch eine Landkarte enthielt, wie das ausgestorbene Land (einschließlich Österreich) anschließend an die Nachbarstaaten verteilt werden sollte, wurde im Jahre 1941 von der NS-Propaganda übersetzt, auszugsweise im Rundfunk gesendet und als Buch veröffentlicht (Titel: "Deutschland muß sterben").
NS-Reichsminister Goebbels schrieb damals über das Buch "Germany must perish" (x172/-332): >>... Hätte er dieses Buch auf meine Bestellung ausgearbeitet, er hätte es wahrlich nicht besser und vorteilhafter für uns machen können.<<
Der britische Politiker Rhys Davies (1877-1954) erklärte am 3. Juni 1941 während der Jahresversammlung der Labour Party (x172/375): >>... Was Premier Winston Churchill kürzlich in einer Rede erklärte, daß es nämlich Millionen Deutsche gebe, "manche lassen sich kurieren, die anderen muß man massakrieren", ist vergleichbar mit Herrn Hitlers Einstellung gegenüber den Juden.<<
Die westlichen Alliierten (Roosevelt und Churchill) legten am 14. August 1941 gemeinsame Kriegsziele fest und veröffentlichten die "Atlantik-Charta" (x058/376): >>Der Präsident der Vereinigten Staaten und Premierminister Churchill als Vertreter der britischen Regierung haben es auf ihrer Zusammenkunft als zweckmäßig erachtet, gewisse gemeinsame Grundsätze der Politik ihrer beiden Länder bekanntzugeben, Grundsätze, auf denen sie eine bessere Zukunft der Welt aufzubauen hoffen:
1. Ihre Länder suchen keinen Gewinn, weder territorialer noch anderer Natur.
2. Sie streben keine territorialen Veränderungen an, die nicht mit den frei zum Ausdruck gebrachten Wünschen der betroffenen Völker übereinstimmen.
3. Sie respektieren das Recht aller Völker, die Regierungsform zu wählen, unter der sie leben wollen, und es ist ihr Wunsch, daß souveräne Rechte und eine autonome Regierung allen denen zurückgegeben werden, denen sie entrissen worden sind.

4. Sie werden sich bemühen, unter voller Beachtung ihrer bestehenden Verpflichtungen, für alle Staaten, groß oder klein, Sieger oder Besiegte, zu gleichen Bedingungen besseren Zugang zum Handel und zu den Rohstoffen der Welt zu schaffen, die zum wirtschaftlichen Wohlstand der Staaten benötigt werden.
5. Es ist ihr Bestreben, auf wirtschaftlichem Gebiet die volle Zusammenarbeit aller Nationen herbeizuführen, um für alle verbesserte Arbeitsbedingungen, wirtschaftlichen Aufschwung und soziale Sicherheit zu gewährleisten.
6. Nach der endgültigen Vernichtung der Tyrannei hoffen sie, daß ein Friede geschlossen werde, in dessen Rahmen allen Nationen die Möglichkeit gegeben wird, innerhalb ihrer Grenzen in Sicherheit zu leben und der die Gewähr dafür bieten wird, daß alle Menschen in allen Ländern ihr Leben frei von Furcht und Not führen können.
7. Ein solcher Friede soll alle in die Lage versetzen, die Meere ungehindert befahren zu können.
8. Sie glauben, alle Völker der Welt müssen aus realpolitischen und aus geistigen Gründen auf die Anwendung von Gewalt verzichten. Da kein künftiger Frieden gewahrt bleiben kann, wenn Völker, die über ihre Grenzen hinaus durch ständige Aufrüstung zu Wasser, zu Lande und in der Luft mit Angriffen drohen, so glauben sie, daß die Entwaffnung solcher Länder bis zur Festlegung eines breiter gefaßten und dauernden Systems allgemeiner Sicherheit wesentlich ist. Sie werden ebenso alle übrigen praktischen Maßnahmen unterstützen und ermutigen, die den friedensliebenden Völkern die drückenden Rüstungslasten erleichtern.<<
Elliott Roosevelt, der Sohn des US-Präsidenten, der während der Besprechungen vom 9. bis zum 12. August 1941 anwesend war, berichtete später (x106/117): >>... Allmählich, fast unmerklich glitt der Kommandomantel von den britischen auf die amerikanischen Schultern. ...
Churchill hatte sich erhoben und durchmaß mit weiten Schritten das Zimmer. ...
Endlich rief er aus: "Herr Präsident, ich glaube, Sie wollen das britische Empire zerstören. Alle Ihre Ideen über die Ordnung des Friedens nach dem Krieg zeigen dies an. Aber dennoch wissen wir, daß sie unsere einzige Hoffnung sind.<<
US-Finanzminister Morgenthau notierte am 19. August 1941 in seinem Tagebuch folgende Äußerung des nordamerikanischen Präsidenten Roosevelt (x025/124): >>Wir müssen mit den Deutschen hart sein. Das heißt mit dem deutschen Volk, nicht nur mit den deutschen Nazis. Wir müssen sie entweder kastrieren oder mit ihnen so verfahren, daß sie nicht länger Menschen zeugen, die so weitermachen. ...<<
Das Politbüro des ZK der KPD berichtete am 3. April 1942 in Moskau über die geplante Gründung eines Nationalkomitees, um "die Führung des Kampfes des deutschen Volkes für die Befreiung Deutschlands von der barbarischen Hitlerherrschaft und für die sofortige Beendigung des Krieges" zu übernehmen (x033/255): >>... Deutschland wird eine Volksrepublik, in der die demokratisch gewählten Vertreter des Volkes bestimmen.
Durch die Herstellung der Volksrechte in Staat und Gemeinde, der Presse-, Vereins- und Versammlungsfreiheit, der Glaubens- und Gewissensfreiheit, der gesetzlich gewährleisteten Rechte der Betriebsräte und freien Gewerkschaften sowie durch die Ersetzung der Polizei durch die Volksmiliz und die Einführung einer neuen Rechtsordnung wird die freie Entwicklung aller gesunden Kräfte des deutschen Volkes und der friedliche Aufstieg unseres Volkes gesichert.<<
Im US-Magazin "Peabody Magazine" wurde am 4. Januar 1943 der Aufsatz "Breed War Strain out of Germans" des nordamerikanischen Harvard-Professors Earnest Albert Hooton (1887-1954, Anthropologe) abgedruckt.
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) schrieb später über diesen Vorschlag des nordamerikanischen Harvard-Professors Hooton (x025/124-125): >>In seinem PM-Aufsatz "Breed War Strain out of Germans" schlägt der Anthropologe vor, frei nach

Mendels Gesetzen die deutsche "Aggressivität" aus dem Volk herauszuzüchten.
Dieses Ziel könne erreicht werden, indem man Angehörige der alliierten Besatzungstruppen zu Ehen mit deutschen Frauen ermutige und außerdem die Einwanderung nicht-deutscher Menschen, vor allem nicht-deutscher Männer, nach Deutschland fördere. Das Gros der ehemaligen Wehrmacht solle währenddessen mindestens 20 Jahre lang im Ausland Zwangsarbeit leisten.
Auf diese Weise ließe sich die Zahl der reinrassigen Deutschen ("pure Germans") und damit die kriegerische Erbanlage der Mitteleuropäer in absehbarer Zeit drastisch reduzieren.<<
Während der Konferenz von Casablanca (14.01.-25.01.1943) verkündete Roosevelt am 25. Januar 1943, daß nur noch die vollständige militärische und staatlich-politische Kapitulation - "Unconditional Surrender" - der Deutschen in Frage kommen würde (x069/188).
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die Konferenz in Casablanca (x051/100): >>Casablanca, marokkanische Hafenstadt, in der vom 14.1.-25.1.43 die Regierungschefs der USA (Roosevelt) und Englands (Churchill) konferierten; Stalin war wegen der sowjetischen Winteroffensive bei Stalingrad unabkömmlich; hinzugezogen waren die alliierten Stabschefs.
Gegen den sowjetischen Wunsch nach einer 2. Front in Frankreich zur Entlastung der Roten Armee setzte Churchill den Vorrang einer Landung auf Sizilien durch, eine Invasion in Frankreich wurde vage für den Herbst 43 in Aussicht gestellt.
Besonderes Gewicht erhielt die Konferenz von Casablanca durch die erst nach Beendigung der Gespräche von Roosevelt aufgestellte Forderung nach Bedingungsloser Kapitulation der Achsenmächte. Am Rand der Konferenz gelang eine vorübergehende Aussöhnung der rivalisierenden französischen Generale Giraud und de Gaulle.<<
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über die "Bedingungslose Kapitulation" (x051/64): >>Bedingungslose Kapitulation (englisch unconditional surrender), erstmals auf der Konferenz von Casablanca am 24.1.43 erhobene alliierte Forderung, nach der die Feindseligkeiten gegen die Achsenmächte nur eingestellt werden sollten, wenn diese ihr militärisches und politisches Schicksal völlig in die Hände der Sieger legten.
Diese Forderung nach Globalvollmacht, von der Sowjetunion am 1.5.43 ausdrücklich übernommen, war völkerrechtlich problematisch, stieß selbst in westlichen Militärkreisen auf Kritik, lieferte der nationalsozialistischen Propaganda für den totalen Krieg Munition und erschwerte die Lage des deutschen Widerstands.
Hauptvertreter einer Bedingungslosen Kapitulation war US-Präsident Roosevelt, der sich allen Modifizierungsvorschlägen widersetzte und am Konzept des "total victory" festhielt. Die Kapitulationsurkunden vom 7./8.5.45 und das Potsdamer Abkommen sind davon geprägt.<<
Der deutsche Historiker Günter Moltmann (1926-1994) schrieb später über die bedingungslose Kapitulationsforderung der westlichen Alliierten (x245/464-465): >>... Man kann sagen, daß Unconditional Surrender ein ausgesprochenes Kriegsziel, nicht aber ein Friedensziel war.
Es enthielt keine konkreten Richtlinien für die zukünftige Politik, sondern hatte einen rein formalen Charakter. Es bildete nur den Rahmen für die Zukunftsgestaltung, die ebensowohl konstruktiv als auch destruktiv sein konnte, denn die Art der Friedensregelungen, zu denen das Prinzip nur die Grundvoraussetzung war, blieb völlig offen. Aber auch in seiner Eigenschaft als formale Grundlage einer späteren Politik war es von wesentlicher Bedeutung, und zwar in doppelter Hinsicht.
Zunächst betraf es den Gegner als Partner bei der Liquidierung des Kriegszustandes und bei der Festlegung einer Nachkriegsordnung. In diesem Sinne war es ausgesprochen negativ. Es implizierte die Nichtanerkennung des Gegners als Verhandlungspartner und negierte damit jegliche gemeinsame Ebene, die zwischen den kriegsführenden Parteien außerhalb der kriegerischen Gesellschaft in menschlichen oder geistigen Bereichen noch bestehen konnte.

Die Unconditional-Surrender-Forderung vollzog für die englisch-amerikanische Seite den totalen Bruch mit den gegnerischen Nationen. Die totale Kriegsführung ergab sich daraus folgerecht. Übrigens geschah dies zu demselben Zeitpunkt, an dem die nationalsozialistische Regierung den totalen Krieg proklamierte.
Das Kriegsende war von nun an unwiderruflich nur noch als Diktat des Siegers, nicht mehr auf gemeinsamer Verhandlungsgrundlage denkbar.
Das Kapitulationsprinzip zielte auf die Zerstörung der nationalsozialistischen Weltanschauung, wie Roosevelt selbst in Casablanca und auch später betonte. Die Koppelung der Niederwerfung des Nationalsozialismus mit der vollständigen Elimination der deutschen Kriegsmacht ignorierte jede andere Möglichkeit eines Sturzes der Hitler-Regierung.
Sie ignorierte darüber hinaus jede andere mögliche Existenz Deutscher, die unabhängig vom herrschenden Regime bereit und in der Lage waren, in Verhandlungen über einen Rechtsfrieden einzutreten.
Sie identifizierte damit trotz gegenteiliger Versicherung den Nationalsozialismus mit der Haltung der Deutschen schlechthin. Der Casablanca-Formel haftete der fragwürdige Zug einer kollektiven Diskriminierung eines ganzen Volkes an. Damit wurde jene Deutschland-Konzeption angedeutet, die in der Folgezeit zur Formulierung der konkreten englisch-amerikanischen Kriegsziele manches beitragen sollte.
Einige Monate nach der Konferenz, im Mai 1943 während eines Churchill-Besuches in Washington, beabsichtigte Roosevelt, eine erweiterte alliierte Erklärung abzugeben des Inhalts, daß "die Vereinten Nationen niemals mit der Naziregierung, dem deutschen Oberkommando oder sonst einer Organisation oder Gruppe oder Einzelperson in Deutschland über einen Waffenstillstand verhandeln würden".
Damit wird der diskriminierende Zug vollends deutlich. Churchill widersetzte sich jedoch diesem Plan, und er kam nicht zur Ausführung.
Wenn die Politik des Unconditional Surrender in ihrer ausschließlich formalen Eigenschaft weder eine "milde" noch eine "harte" Behandlung Deutschlands vorsah, so öffnete sie doch den Weg für jede der beiden Möglichkeiten. Ihre Verkündung zerriß alle Bindungen der alliierten Kriegszielpolitik, die in einer eventuell erforderlichen Zustimmungsbereitschaft der feindlichen Nationen lagen.
Von nun an mußte mit einer rücksichtslosen Planung gerechnet werden. Das gab der Casablanca-Formel einen bedrohlichen Charakter neben dem diskriminierenden Zug, der ihr anhaftete. ...<<
Roosevelt bestätigte am 12. Februar 1943 in einer Rundfunkansprache, daß es keinen Waffenstillstand mit dem NS-Regime geben wird (x073/201): >>Unsere Antwort und die Antwort aller Vereinten Nationen auf die ... Versuche, sich der Verantwortung begangener Verbrechen zu entziehen, ist dies:
Die einzige Bedingung, unter der wir mit einer Regierung der Achsenmächte oder mit irgendeinem Mitläufer verhandeln, haben wir in Casablanca verkündet: Bedingungslose Kapitulation!<<
US-Präsident Roosevelt erläuterte dem späteren Kardinal Francis Spellman am 3. September 1943 die zukünftige nordamerikanisch-sowjetische Außenpolitik (x025/135): >>(Stalin würde) auf jeden Fall Finnland und die baltischen Staaten kriegen. ... Man könne davon ausgehen, daß Rußland die Hegemonie in Europa zufalle. Die kontinentaleuropäischen Völker, eingeschlossen Frankreich, Belgien, Holland, Dänemark, Norwegen und "natürlich" die Kriegsgegner Deutschland und Italien würden einfach die russische Vorherrschaft aushalten müssen in der Hoffnung, in 10 oder 20 Jahren mit den Russen gut zusammenleben zu können. ...<<
Im Verlauf der Konferenz von Teheran (28.11.-1.12.1943) einigten sich die "Großen Drei" (Premierminister Churchill, US-Präsident Roosevelt und Regierungschef Stalin) bereits

grundsätzlich über die politische Zukunft und das wirtschaftliche Schicksal des Deutschen Reiches. Es wurden außerdem verbindliche Vereinbarungen über die Invasion der westlichen Alliierten getroffen.
Stalin erkannte während der Konferenz von Teheran frühzeitig, daß Roosevelt und Churchill nicht um Ost-Mitteleuropa kämpfen würden. Churchill und Roosevelt waren dem berüchtigten, verschlagenen Machtpolitiker Stalin bereits in Teheran zu keinem Zeitpunkt gewachsen. Arglos, gleichgültig und leichtfertig vertrauten sie dem sowjetischen Diktator und ließen ihm in Ost-Mitteleuropa sträflicherweise völlig freie Hand.
Churchill und Roosevelt vertraten damals die Meinung, daß Polen zukünftig auf alle Fälle stärker werden müßte. Die polnischen Grenzen sollten deshalb zu Lasten Deutschlands nach Westen verschoben werden, um Polen zu entschädigen (x041/124). Nachdem man die Curzon-Linie (die schon im Dezember 1919 festgelegt worden war) als künftige polnische Ostgrenze vereinbart hatte, schlug Stalin die Oder-Linie als polnische Westgrenze vor.
Stalin forderte danach außerdem die ostpreußischen Gebiete um Königsberg für die UdSSR und die Abtretung Oberschlesiens. Als der britische Außenminister Eden erwiderte, daß der "deutsche Brocken" für die "polnische Gans" unverdaulich sein könnte, konterte Stalin sofort, daß die Sowjetunion schließlich mit dem nördlichen Teil Ostpreußens einen "großen Brokken" übernehmen würde.
Die Vorschläge für die Westverschiebung der polnischen Grenzen wurden in das offizielle Teheraner Verhandlungsprotokoll aufgenommen. Von der Lausitzer Neiße, Niederschlesien und Stettin war in Teheran noch nicht die Rede.
Gemäß Protokoll vom 1. Dezember 1943 beschäftigte man sich in Teheran auch schon mit der Aufteilung des Deutschen Reiches (x114/1.48): >>Zur Deutschlandfrage übergehend, sagte der Präsident, die Frage sei, ob man Deutschland aufteilen solle oder nicht. ...
Stalin erwiderte, daß sie die Zerstückelung Deutschlands vorzögen. ...
Churchill sagte, er sei vollkommen dafür, aber er sei in erster Linie mehr daran interessiert, Preußen, den bösen Kern des deutschen Militarismus, vom Rest Deutschlands getrennt zu sehen.<<
Der britische Premierminister Churchill verlangte in Teheran mehrfach die Zerschlagung Preußens, um die jahrhundertelange Vormachtstellung Österreichs und Ungarns ("Donaukonföderation"; mit der Reichshauptstadt Wien) wieder herzustellen.
Stalin, der die Vorschläge des US-Präsidenten unterstützte, lehnte die Neuauflage des "Habsburger Reiches" (Churchills "Lieblingsthema") jedoch entschieden ab. Roosevelts Bemerkungen, erforderliche Bevölkerungsumsiedlungen zu planen, wurden von Stalin begrüßt.
Im Verlauf der Teheran-Konferenz verlangte Stalin ferner die Zerstörung der deutschen Schwerindustrie und mindestens 4,0 Millionen Zwangsarbeiter, die für den Wiederaufbau der UdSSR sorgen sollten (x043/394).
Bei einem Trinkspruch forderte der "humorvolle" Stalin außerdem die "formlose Erschießung" von 50.000 deutschen Offizieren (x025/124). Während Roosevelt diese Anmerkung anscheinend als derben "Spaß" auffaßte und "49.500" antwortete, protestierte Churchill energisch gegen Massenhinrichtungen (Churchill dachte wahrscheinlich sofort an das sowjetische Katyn-Massaker).
Churchills Plan, eine anglo-amerikanische Balkanfront zu errichten, wurde von Stalin energisch abgelehnt. Als sich Harry L. Hopkins (ein enger Berater des nordamerikanischen Präsidenten) ebenfalls gegen die Balkan-Offensive der Amerikaner und Briten aussprach, scheiterte Churchills Vorschlag. Hopkins, ein "großer Verehrer" Stalins, wollte damals angeblich die nordamerikanisch-sowjetische Zusammenarbeit nicht unnötig gefährden.
Da Stalin die vorgeschlagene Balkanfront der Briten strikt verweigerte, beschlossen die Konferenzteilnehmer schließlich, daß die Invasion der Westalliierten ab Mai 1944 in Frankreich

(Unternehmen "Overlord": Normandie) erfolgen sollte (x006/152).
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über US-Präsident Roosevelt in Teheran (x068/248-249): >>Präsident Roosevelt ... war seinerzeit nicht nur ausgesprochen prorussisch, sondern auch von der sowjetischen Superbestie, deren Massenmorde er natürlich kannte, äußerst angetan.
Gegenüber seinem Sohn Elliott nannte er Stalin nach der ersten privaten Begegnung Ende November 1943 in der Teheraner Sowjetbotschaft, wo Roosevelt wohnte, "sehr, sehr selbstbewußt, sicher seiner selbst – im ganzen recht eindrucksvoll" - ... Und nach der ersten Vollkonferenz bekannte er dem Sohn: "Ich bin sicher, daß Stalin und ich einander gut verstehen werden". "Er leistet ganze Arbeit, dieser Mann". ... "Er hält sein Ziel fest im Auge. Es ist ein Vergnügen, mit ihm zusammenzuarbeiten".
Nun war aber nicht nur der Präsident ausgesprochen russophil und insbesondere Stalin sehr gewogen, sondern auch die amerikanische Nation. Vor allem aber seien sich "alle Leute in Washington", schrieb James Forestal, Marineminister in der Roosevelt-Administration, darüber einig, daß Stalin "ein netter, offener und anständiger, kurz und gut, ein prachtvoller Bursche ist".
Stalin hatte schon beim ersten kurzen Gespräch mit Roosevelt dessen Eitelkeit erkannt, kannte auch wohl seine Vorliebe für ihn selbst und schlug, ein kluger Schachzug, den Amerikaner zum Vorsitzenden ihrer Konferenz vor; was Churchill akzeptieren mußte, wollte er nicht sich oder Stalin dafür nennen. Im Übrigen ruhte alles fest in Stalins Hand. Er hatte, nach großen Schwierigkeiten, Teheran als Konferenzort durchgesetzt. Er hatte Roosevelt, indem er Attentatsgerüchte lancieren ließ, schon einen Tag nach der Ankunft auch in die Sowjetbotschaft gebracht. Er bestimmte auch das Gesprächsthema und beherrschte die Diskussion. ...<<
Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (16/1955) berichtete später (am 13.04.1955) über die Rolle des britischen Staatsmannes Winston Churchill während der Konferenz in Teheran:
>>**Die Tyrannis der Ahnen**
... Churchills Kampf gegen Hitler war der seines Ahnen Marlborough gegen Ludwig XIV. Das Unglück des Nachkommen war, daß er andere Bundesgenossen fand als jener im Prinzen Eugen. Mit Roosevelts Amerika und Stalins Rußland kamen auf dem europäischen Schauplatz Kräfte ins Spiel, die in jeder Hinsicht anders sind als England und das alte Österreich: Sie sind größer und beide einem Protest gegen Alteuropa entsprungen.
Es ist beklemmend und zugleich rührend, in den Berichten über die Konferenzen der Großen Drei in Teheran und Jalta nachzulesen, wie verlegen Churchill Europas Sittengesetz gegen den rüden Jargon der Chefs der beiden Superstaaten zu verteidigen versuchte. Als von der Vertreibung der Deutschen aus den Gebieten jenseits der Oder-Neiße-Linie die Rede war, paßte er sich diesem Jargon an: "Ich persönlich wäre nicht schockiert."
Als aber Stalin vorschlug, 50.000 deutsche Offiziere zu liquidieren, dämmerte ihm das Entsetzliche. Zunächst protestierte er nur mit einem taktischen Argument: "Das britische Parlament und das britische Publikum werden solche Massenhinrichtungen niemals dulden. Selbst wenn sie es in der Leidenschaft des Krieges theoretisch gestatten würden, so würden sie sich doch heftig gegen die Verantwortlichen wenden, wenn die erste Abschlachtung wirklich stattgefunden hat." Schließlich verließ er tief empört den Konferenzraum. Die beiden anderen konnten ihn nur mühsam mit der Bemerkung, daß alles ja nur Spaß gewesen sei, an den Verhandlungstisch zurückbringen.
Überhaupt zeigte sich in Teheran in aller Deutlichkeit, daß der von Herzen der alten staatsmännischen Tradition Europas verpflichtete Churchill zwischen dem eiskalten Rechner Stalin und dem ständig mit der Attitüde jungenhaften Übermuts kokettierenden Roosevelt eine unglückliche Rolle spielte. Roosevelt machte in Teheran geradezu eine Methode daraus,
Stalin törichte Witze über Churchill ins Ohr zu flüstern, so daß Churchill sich schließlich ver-

albert fühlen mußte. Roosevelt hoffte, sich auf diese Weise bei Stalin einschmeicheln zu können.
Voller Stolz berichtete Roosevelt später über den Erfolg seiner Schuljungen-Manier: "Winston wurde rot und begann die Stirn zu runzeln. Je mehr er das tat, desto mehr lächelte Stalin ... und zum ersten Male seit drei Tagen sah ich grünes Licht. Ich fuhr damit fort, bis Stalin mit mir lachte, und es war in diesem Augenblick, daß ich ihn "Onkel Joe" nannte, was er noch am Tage vorher als Anbiederung empfunden hätte."
Das Verhältnis Roosevelts zu Churchill wurde von dem Vater-Komplex des Jüngeren vergiftet. Roosevelt bewunderte Churchill ob dessen Einfallsreichtum und Weltkenntnis, es bereitete ihm gleichwohl Vergnügen, dem Älteren bittere Wahrheiten zuzustecken. "Winston", sagte er eines Tages zu Churchill, "du hast vierhundert Jahre besitzergreifenden Instinkt in deinem Blut und kannst einfach nicht verstehen, daß ein Land frei von der Absicht sein kann, Länder zu erwerben, die es haben könnte. Eine neue Epoche der Geschichte hat begonnen, und du wirst dich ihr anpassen müssen."
Die beiden wirklich "Großen" der Dreier-Allianz bestimmten, was in Europa zu geschehen hatte. Churchill blieb meist nichts anderes übrig, als mit den Wölfen zu heulen. So kamen auch die drei für Deutschland fatalen Entscheidungen zustande, die Churchill vor der Geschichte belasten: die Forderung auf bedingungslose Kapitulation, die Oder-Neiße-Grenze und der Morgenthau-Plan. Churchill hat später alle drei bereut.
Am erbittertsten kämpfte er gegen den Morgenthau-Plan, dessen infamen Kernsatz er aber schließlich selbst verfaßte: "Dies Programm zielt darauf ab, Deutschland in ein seinem Charakter nach vorwiegend landwirtschaftliches und Weide-Land zu verwandeln." Dabei war Churchill, als Roosevelt ihm das erstemal den Plan auseinandersetzte, empört aufgefahren: Diese Idee werde "England an eine Leiche ketten". Es kennzeichnet die damalige Ohnmacht Englands gegenüber den "Großen", daß Churchill sich das Zugeständnis zum Morgenthau-Plan für eine amerikanische Hilfeleistung an England in Höhe von 6,5 Milliarden Dollar abkaufen lassen mußte. Es war in erster Linie Anthony Eden, Churchills jetziger Nachfolger, der später den Morgenthau-Plan zu Fall brachte.
Schon im September 1943 erkannte Churchill, daß die Übermacht der Sowjet-Union nach dem Kriege bedrohliche Ausmaße annehmen würde. "Ich glaube", schrieb er damals an seinen Buren-Freund Feldmarschall Smuts, "daß es unvermeidlich ist, daß Rußland nach diesem Krieg die größte Landmacht der Welt sein wird. Ich hoffe jedoch, daß die "brüderliche Assoziation" zwischen dem britischen Commonwealth und den Vereinigten Staaten ... uns gute Beziehungen und ein freundschaftliches Gleichgewicht mit Rußland ... bringen wird."
Er sollte sich täuschen: Roosevelt sah in dem Vorschlag einer angelsächsischen "brüderlichen Assoziation" (Churchill hatte den Amerikanern, wie Jahre zuvor den Franzosen, eine gemeinsame Staatsbürgerschaft vorgeschlagen) nichts anderes als den lächerlichen Versuch. Englands Herrschaft über den amerikanischen Kontinent wiederherzustellen.
Auch ein anderer Versuch Churchills, das Gleichgewicht mit der Sowjet-Union herzustellen, scheiterte: Churchill hatte empfohlen, in der Mitte Europas eine Donau-Föderation zu schaffen, deren Kern Österreich, Bayern, Württemberg und Baden sein sollten. Roosevelt hatte an dem Plan kein Interesse, und Stalin protestierte leidenschaftlich gegen den Beitritt Ungarns.
Churchills Friedens-Ideen erwiesen sich sämtlich als unfruchtbar. In der Tat fußten sie alle auf der These seines Ahnen Marlborough, England müsse auf dem europäischen Festland ein Gleichgewicht schaffen, über das es als unbeteiligter Schiedsrichter wachen könne.
Seine letztlich romantische Bindung an die historischen Lösungen der englischen Politik hinderte ihn an wirklich konstruktiven Entschlüssen. Sein Stellvertreter als Premier im Kriege, der unscheinbare Clement Attlee, zeigte als sein Nachfolger einen sehr viel sichereren Blick für die Notwendigkeiten neuer Situationen. ...<<

Der britische Historiker Robert Conquest (1917-2015) schrieb später über Roosevelts naive Einstellung gegenüber Stalins Expansionspolitik (x080/313,334-335): >>Roosevelts Analyse, wenn man sie überhaupt so nennen will, war wohl eine der krassesten Fehleinschätzungen, die je einem amerikanischen Präsidenten unterlaufen sind. Die subjektiven Eindrücke des völlig uniformierten Hopkins und Roosevelts "Gefühl" wurden höher bewertet als Stalins Ruf und alle Erkenntnisse über die Sowjetunion, die erfahrene Persönlichkeiten des State Department im Laufe der Jahre gesammelt hatten.
Stalin hatte einen wichtigen Sieg errungen und sicherlich hatte die entgegenkommende Art, in der er Hopkins behandelt hatte, dazu beigetragen. ...<<
>>... Roosevelt verließ die Konferenz mit dem Gefühl, er habe sich gegenüber Stalin durchgesetzt. ...
Auf der Konferenz von Teheran akzeptierten die Westmächte letztlich die von Stalin gewünschten sowjetischen Grenzen. Wie Ismay es ausdrückte, erhielt Stalin "genau das, was er wollte", während die Vereinigten Staaten und Großbritannien sich im Gegenzug lediglich mit einigen vagen Versprechungen begnügen mußten.<<
Der sowjetische Schriftsteller Alexander Solschenizyn (1918-2008) schrieb später über die "Staatsmänner" Roosevelt und Churchill (x025/136): >>In ihren Ländern werden Churchill und Roosevelt als Verkörperung staatsmännischer Weisheit verehrt. Uns hingegen, den Teilnehmern der russischen Gefängnisdebatten, offenbarte sich mit frappierender Deutlichkeit ihre notorische Kurzsichtigkeit, ja Dummheit. ...<<
Der nordamerikanische Rechtsanwalt und Berater Louis Nizer (1902-1994) veröffentlichte Anfang Januar 1944 in New York sein Buch "What to do with Germany?". Das Buch wurde in Nordamerika ein Bestseller.
Nizer schrieb in diesem Buch z.B. über den Charakter der Deutschen (x025/118-119): >>... Die Deutschen haben eine Religion entwickelt, die aus dem Krieg eine Religion und aus Massenmord einen Kult macht. Sie betrachten es als ihre Mission, alle anderen Völker zu versklaven. Sie verwerfen die Lehre von der Heiligkeit des menschlichen Lebens und der Freiheit und ersetzen sie durch das Ideal des Krieges. Das einzigartige Phänomen des Pangermanismus ist es, daß seine Verschwörung gegen den Weltfrieden nicht nur Gangstertum oder Nihilismus darstellt.
Der Nazismus ist keine neue Theorie, geboren aus der Ungerechtigkeit des Versailler Vertrages oder aus wirtschaftlicher Notlage. Er ist ein Ausdruck deutscher Bestrebungen, die in Jahrhunderten ihren Niederschlag gefunden haben. Es gab einen Kaiser vor Hitler und Bismarck vor dem Kaiser und Friedrich den Großen vor Bismarck - in der Tat sind 2.000 Jahre deutschen Wesens dafür verantwortlich. ...
Ja, es gibt eine deutsche Verschwörung gegen den Weltfrieden und jeden freien Menschen in jedem fremden Land. Es ist eine Verschwörung, die in der Niederlage nie abgestorben ist. Sie ist dem deutschen Volk angeboren. ...
Die deutsche Philosophie ist aus der Barbarei entstanden und durch Kultur verfeinert und gefährlicher gemacht worden. Sie bleibt jedoch die Philosophie von Zahn und Klaue, modernisiert durch Flugzeug-Zähne und Panzer-Klauen. Die Jahrhunderte haben sie nicht verändert. Der Evolution des Menschen, die seine geistigen Fähigkeiten entwickelt hat, haben die Deutschen getrotzt. ...<<
Das Buch "What to do with Germany?", daß den antijüdischen NS-Hetzschriften ähnelte, wurde später von US-Präsident Roosevelt an Kabinettsmitglieder verteilt. US-General Eisenhower ließ außerdem 100.000 Bücher einer Militär-Ausgabe an die US-Truppen verteilen. Die US-Stabsoffiziere mußten sogar Aufsätze über das Nizer-Buch schreiben (x025/119).
Der spätere US-Präsident Truman war ebenfalls über Nizers Buch begeistert (x025/119): >>... Eines der fesselndsten und aufschlußreichsten Bücher, (die ich je gelesen habe). ... Jeder in

diesem Land sollte es lesen! ...<<

Der deutsche Schriftsteller Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing (1927-2009) schrieb später in seinem Buch "Charakterwäsche. Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen" über den US-Antigermanismus (x306/54-58): >>**Die Verschwörung der Deutschen**

... Von geringerer aktueller Bedeutung, wenn auch von recht nachhaltiger Wirkung, war die Lehre von der Verschwörung der deutschen Philosophen. …

Schon im Ersten Weltkrieg hatte der Kriegsbeitrag der alliierten und assoziierten Philosophen in der systematischen Belastung beinahe sämtlicher deutschen Philosophen seit Kant bestanden. John Dewey, Amerikas nationaler Philosoph, war 1915 mit seinem Buch "German Philosophy and German Politics" vorangeschritten. Er brauchte 1942 die Schrift für die Neuauflage kaum mehr zu aktualisieren.

Andere dehnten den Radius aus, indem sie Luther oder Leibniz auf die Anklagebank setzten. …

Wenn so viele Verschwörungen zwischen den Grenzpfählen eines Landes ausgebrütet wurden, das kleiner war als Texas, mußte der Schluß gezogen werden, daß alle diese Verschwörungen nur Teilaspekte einer großen Verschwörung seien, die mit dem Volk gegeben war. Das deutsche Volk verschwöre sich seit Jahrhunderten gegen die Zivilisation. Bauer und Junker, Bürger und Fürst seien alle in diese Verschwörung verstrickt. Tief drang Paul Winkler, (The Thousand Years Conspiracy, secret Germany behind the mask. New York 1943) in die Geschichte ein. Wo andere den Mann im Braunhemd in Bismarck, Fichte, Turnvater Jahn oder Luther wiedererkannten, entlarvte Winkler Kaiser Friedrich II. von Hohenstaufen als den ersten Nazi.

In dem wohl meistgelesenen Buch über Deutschland, Louis Nizers "What to do with Germany?" (Harry S. Truman: "Jeder Amerikaner sollte es lesen") erfährt die deutsche Geschichte folgende bündige Darstellung:

"Die Deutschen zerschlugen die lateinische Zivilisation in der Schlacht von Adrianopel (378) … Sie machten Krieg zu ihrem Beruf. Wo sie hintraten, starb die Kultur ab. Sie plünderten Paris, Arras, Reims, Amiens, Tours, Bordeaux und Dutzende anderer Städte, die in späteren Generationen von ihren kriminellen Nachfahren wiederholt heimgesucht wurden …

Vier Jahrhunderte nach Adrianopel setzte Karl der Große die deutsche Tradition fort … Er versuchte, die Welt zu erobern, ein Refrain, der seitdem mit wahnsinniger und zerstörender Ausdauer durch die deutsche Existenz lief. Er führte jedes Jahr einen Krieg … die Deutschen folgten ihm mit der fanatischen Ergebenheit für die gleichen Prinzipien, die sie anleiteten, in unserer Generation dem Kaiser oder Hitler zu folgen …

Im 12. Jahrhundert war der Führer ein anderer, aber das monotone Programm das gleiche. Da war es Friedrich Barbarossa, der den Frieden erdolchte. Die einzige Frage war, ob Italiener oder Slawen unterjocht werden sollten. Er wählte die Slawen und führte gegen sie mit fürchterlicher Brutalität Krieg. Nach dem Sieg verbot er den Gebrauch der einheimischen slawischen Sprachen und erließ strenge Verordnungen gegen die Juden.

Durch das 14. Jahrhundert läuft der rote Faden deutscher Infamie … Die Lehre von der Welteroberung begann organisatorische Formen anzunehmen. Der Hansebund organisierte alle Deutschen in allen anderen Ländern aufgrund der Lehre, daß ihre Loyalität weiter den deutschen Führern galt. Die auslandsdeutsche 5. Kolonne von Hitlers Regime ist nur die erweiterte Kopie eines alten deutschen Kunstgriffs …

Während des dreißigjährigen Krieges war die Brutalität der Deutschen im Kriege unvermindert. Sie überrannten Böhmen und verfolgten das tschechische Volk mit einer Wildheit, die nur von den Legionen der Nazis übertroffen wurde. Tausende von Geiseln wurden erschossen. Folter und Terror, die allgegenwärtigen Begleiter des deutschen Programms, gingen Hand in

Hand…
Führer, die die deutsche Kriegslust verkörperten, fehlten nie: der Große Kurfürst, der Soldatenkönig, den man als einen der widerlichsten Rüpel, die je lebten, beschrieben hat, Friedrich der Große, der jede Freiheit, die unter seinen Gefolgsleuten existierte, zerstörte und Preußen in eine militärische Autokratie umformte, deren einziges Ziel Krieg und Eroberung war." - Treitschke erklärt in seiner "Politik", daß, da die Deutschen nie in der Lage sein werden, die Welt zu verstehen, sie die Welt erobern und nach ihrem Willen umformen müssen, damit sie dem deutschen Denken entspricht. Adam Müller, Novalis, Fichte, Johann Josef Görres spielen alle die gleiche Melodie.
Das deutsche Volk horcht begierig auf diese kriegerische Musik. Sie entfacht seine Gefühle. Es ist durch den Wahnsinn hypnotisiert und folgt ihm mit brutalen Stiefeln … ja, es gibt eine deutsche Verschwörung gegen den Weltfrieden und gegen jeden freien Menschen in jedem beliebigen Lande. Es ist eine Verschwörung, die nach einer Niederlage nie verlöschen wird. Sie ist in das Volk eingesenkt und hält es in allen dunklen Zeiten aufrecht, bis der Tag kommt." ("Der Tag" ist der Tag deutscher Weltherrschaft, von dem nach der Meinung der amerikanischen Kriegspublizisten alle Deutschen träumen) - kurz und gut:
"Der Nazismus ist keine neue Theorie, die aus den Ungerechtigkeiten des Versailler Vertrags oder aus wirtschaftlicher Not entstanden ist. Er ist ein Ausdruck der deutschen Aspirationen, die in allen Jahrhunderten ihren Ausdruck fanden."
Nizers Buch machte die verworrene deutsche Frage mit einem Schlage klar und durchsichtig. Der Leser Präsident Roosevelt, verteilte es an seine Kabinettsmitglieder; General Eisenhower versandte 100.000 Exemplare und ließ alle Offiziere seines Stabes Aufsätze über das Buch schreiben.
Des Kleinholzmachens war kein Ende. Doch sollte der allzu augenfällige Wuttanz mit der historischen Axt niemand dazu verleiten, Nizers historisches Gemälde der Kriegspsychose zuzuschreiben. Ihm liegt ein festumrissenes Deutschlandbild zugrunde, das ebenso zur Basis wilder Spekulationen wie feinsinniger Analysen werden kann. Ob es vor offenen Mäulern oder verkniffenen Lippen gepredigt wird, mag sich in Wortwahl und Beweisduktus niederschlagen, die Substanz berührt es nicht. Der Stock, aus dem die feurigen Blüten der amerikanischen Kriegspropaganda entsprossen sind, ist nie beseitigt worden. Seit einigen Jahren beginnt er wieder kräftig zu treiben, und der Tag ist abzusehen, an dem er wieder in voller Blüte stehen wird.
Der Grundton, auf den das Deutschlandbild der Kriegspropagandisten gestimmt war, war die Annahme, daß die Deutschen eine negative Sonderrolle in der Weltgeschichte spielten, die sich in ihrer Philosophie, ihrer Politik und ihrem Volkscharakter Ausdruck verschaffe. Wenn Deutschland der Träger einer Abirrung vom Hauptstrom der Weltzivilisation ist, dann muß es weltanschauungslogisch auch eine solche Weltzivilisation geben. Der Antigermanismus, der da glaubt, daß der deutsche Charakter negative Besonderheiten besitzt, die ihn zum dauernden Brutbett von Verschwörungen gegen die Zivilisation machen, bedingt weltanschauungslogisch den Panhumanismus, der eine Formel für die ideologische und organisatorische Zusammenfassung aller Völker in einer Weltgesellschaft oder einem Weltstaat anbietet.
Auf die Diagnose folgte die Therapie. War der Nationalsozialismus nur der zeitgemäße Ausdruck dauernder Aspirationen des deutschen Volkes, so mußte dafür gesorgt werden, daß diesem Volk für alle Zeiten die Möglichkeit genommen wurde, den Gang der Weltgeschichte zu beeinflussen - es mußte ausgeschaltet werden.
Diese Ausschaltung konnte auf verschiedene Weise vorgenommen werden. Unter anderem ist die biologische Ausschaltung des deutschen Volkes vorgeschlagen worden. In seinem noch vor dem amerikanischen Kriegseintritt verfaßten Buch "Germany must perish" fordert Theodore N. Kaufman die Sterilisierung aller Deutschen in zeugungsfähigem Alter. Die sterilisier-

ten Deutschen sollten dann auf die Nachbarvölker verteilt werden und bis zu ihrem Tode deren Sprachen sprechen.
In einer ähnlichen kanadischen Schrift wird das Programm auf die Formel "No Germany, there fore no more German wars" gebracht. Ein anderer Weg der biologischen Ausschaltung wurde in Harvard ausgearbeitet. Die deutschen Männer sollten als Zwangsarbeiter auf die Nachbarvölker verteilt werden und in ihrer Freizeit diese Völker biologisch auffrischen und mit den martialischen Eigenschaften der Deutschen versehen.
Eine weitere Form der Ausschaltung war die militärische.
Durch eine vollkommene Entwaffnung, wie sie sämtliche Deutschland-Pläne vorsahen, sollten die Deutschen daran gehindert werden, eine Machtrolle in der Weltpolitik zu spielen. Neben der militärischen Entwaffnung, die keine Gegner fand, spielte die wirtschaftliche Entwaffnung die entscheidende Rolle. Weil die militärische Kraft einer Nation auf ihren wirtschaftlichen Möglichkeiten beruhte, wie die Umwandlung der amerikanischen Friedenswirtschaft in eine außerordentlich leistungsfähige Kriegswirtschaft gerade bewiesen hatte, sollten alle industriellen Anlagen beseitigt werden, deren Umwandlung für Kriegszwecke möglich sei. Da der Erfindungsgeist jedoch aus Notlagen Vorteile zu ziehen vermag, sei vor allem die deutsche Forschung auszuschalten. Aneignung der deutschen Patente, Fortführung der Wissenschaftler, Verbot oder Kontrolle von Laboratorien und Instituten sowie die Kulturhoheit der Länder waren mögliche Wege zur Ausschaltung der Wissenschaft.
Neben der militärischen war vor allem auch die politische Ausschaltung Deutschlands durch seine Aufteilung in verschiedene Einzelstaaten im Gespräch. In unbestimmter Form waren alle Alliierten für die Teilung Deutschlands eingetreten. Zu konkreten Beschlüssen kam es in der Teilungsfrage jedoch nicht, da über die Form der Teilung keine Einigkeit erzielt werden konnte. Churchill und der amerikanische Außenminister Hull dachten daran, im Süden des zu teilenden Reiches ein neues lebensfähiges Staatsgebilde entstehen zu lassen, etwa in Gestalt einer Donaukonföderation (Bayern + Österreich + Ungarn mit Südtirol und einem Zugang zur Adria). Stalin dagegen war mehr an einem Machtvakuum im russischen Vorfeld interessiert und hatte zudem für Ungarn ganz andere Pläne.
Strittig unter den Befürwortern der Teilung war auch die Frage, wie man ein späteres Wiederzusammenwachsen der Teile verhindern konnte. Für Roosevelt waren Teilungsfragen nur Teilfragen. Er war der staatsmännische Exponent der Position, die sich aus dem Zusammenspiel von Antigermanismus und Panhumanismus ergab. Das sicherste Mittel zur Ausschaltung Deutschlands war die Errichtung der Weltgesellschaft, die die Machtmittel dieser Erde bei den verbündeten Großmächten monopolisierte. Die Niederhaltung Deutschlands war nach Roosevelt eine Funktion des guten Zusammenwirkens der "vier Polizisten." ...<<
Churchill erklärte am 24. Mai 1944 vor dem britischen Unterhaus (x028/61,248): >>Es ist keine Rede davon, daß sich Deutschland auf irgendwelche Garantien gegen territoriale Veränderungen berufen könnte, falls es den Anschein hat, daß solche Veränderungen den Frieden in Europa sicherer und dauerhafter machen. ...<<
>>... Die Atlantik-Charta bindet uns in keiner Weise hinsichtlich der Zukunft Deutschlands, noch stellt sie ein Geschäft oder einen Kontrakt mit unseren Feinden dar.<<
US-General Eisenhower erklärte am 7. August 1944 während eines Gespräches mit Henry Morgenthau (x268/31): >>... Die ganze deutsche Bevölkerung ist ein zusammengesetzter Fall von Paranoia (Geistesgestörtheit). Und es gibt keinen Grund, einen Paranoiker schonend zu behandeln. Die beste Behandlung besteht darin, die Deutschen im eigenen Saft schmoren zu lassen.<<
Der deutsche Schriftsteller Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing (1927-2009) schrieb später in seinem Buch "Charakterwäsche. Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen" über die US-Umerziehungspläne im Jahre 1944 (x306/101-103): >>**Der au-**

toritäre Charakter
... Erich Fromm machte mit der Politisierung der Charakterlehre Epoche.
... Ein sadomasochistischer Charakter sei immer durch seine positive Einstellung zur Autorität zu erkennen. Er bewundere die Autorität und sei bestrebt, sich ihr zu unterwerfen. Gleichzeitig wolle er jedoch selber Autorität sein und andere sich gefügig machen.
Die Lehre vom autoritären Charakter bot den Schlüssel zur "Psychologie des Nazismus", wie umgekehrt die Suche nach einer Erklärung für diese Psychologie zum Entstehen der Lehre geführt hatte. ...
Fromm lehrte, ökonomische und psychologische Ursachen seien bei der Entstehung des Nationalsozialismus verbunden gewesen wie Kette und Schuß. Das deutsche Kleinbürgertum habe schon immer einen sadomasochistischen Charakter gehabt, der durch "Verehrung des Starken, Haß auf den Schwachen, Engherzigkeit, Kleinlichkeit, Feindseligkeit, Sparsamkeit bis zum Geiz (sowohl mit Gefühlen wie mit Geld)" gekennzeichnet sei. Solange Thron und Altar jedoch noch unerschüttert waren, "genügte die Unterwerfung und Untertänigkeit unter die vorhandenen Autoritäten für seinen masochistischen Bedarf".
Der Sturz der alten Ordnung 1918 habe es seelisch, die Inflation ökonomisch entwurzelt. Aber "anstatt seine wirtschaftliche und soziale Lage klar ins Auge zu fassen, begann der Mittelstand, sein Schicksal in dem der Nation zu spiegeln". Er projizierte seine eigene Inferiorität (untergeordnete Stellung) auf die Nation und begann den Kampf gegen Versailles. ...
Als der American Jewish Congress die Lehre vom autoritären Charakter übernahm, wuchs dieser beträchtliche Resonanz zu. Im Mai 1944 hatte der American Jewish Congress eine Tagung einberufen, die eine wissenschaftliche Erklärung für das Phänomen des religiösen und rassischen Vorurteils ausarbeiten sollte. Aus der Tagung entstand eine Abteilung des American Jewish Congress für wissenschaftliche Forschung, deren Leitung Max Horkheimer übertragen wurde.
Als erstes Resultat der sich auf das emigrierte Frankfurter Institut stützenden Forschungsabteilung wurden 5 Bände "Studies in Prejudice" herausgebracht, aus denen vor allem die zweibändige Arbeit von Theodor W. Adorno, Else Frenkel Brunswik, Daniel J. Levinson. R. Nevitt Sanford über die "autoritäre Persönlichkeit" herausragt. Auf die Frage, warum in der Arbeit die persönlichen und psychologischen Aspekte des Vorurteils betont würden und nicht die sozialen, gab das Vorwort folgende Antwort:
"Unser Ziel ist nicht nur, das Vorurteil zu beschreiben, sondern es zu erklären, um bei seiner Ausrottung zu helfen. Ausrottung meint Umerziehung, die wissenschaftlich geplant wird und auf der Grundlage des auf dem Wege der wissenschaftlichen Untersuchung erreichten Verständnisses steht. Erziehung in einem strikten Sinn ist aber der Natur nach persönlich und psychologisch." ...<<
US-Präsident Roosevelt lehnte am 26. August 1944 die gemäßigten Nachkriegspläne des nordamerikanischen Kriegsministeriums ab.
Roosevelt schrieb an US-Kriegsminister Stimson (x028/231,37): >>Es weckt den Eindruck, daß Deutschland genau so wiederhergestellt werden soll wie die Niederlande oder Belgien und daß die Bevölkerung von Deutschland so rasch wie möglich in ihren Vorkriegsbesitz wieder eingesetzt werden soll. ...<<
>>... Dem gesamten deutschen Volk muß eingehämmert werden, daß die ganze Nation an einer gesetzlosen Verschwörung gegen die Gesittung der modernen Welt beteiligt war.<<
Am 2. September 1944 veröffentlichte die nordamerikanische "Dreierkommission" (Außenminister Hull, Kriegsminister Stimson und Finanzminister Morgenthau) den sog. "Morgenthau-Plan".
Nach dem sog. "Morgenthau-Plan" sollte das "Problem Deutschland" endgültig und radikal erledigt werden. Die nordamerikanische "Dreierkommission" forderte, sämtliche Industriean-

lagen des Deutschen Reiches vollständig zu demontieren bzw. zu zerstören, um das "Nazireich" auf die Stufe eines Agrarlandes zurückzuführen.
Fred Smith (1890-1953, 1945-46 US-Finanzminister) berichtete später über die Entstehung des "Morgenthau-Plans" (x131/226-227): >>Am 7. August 1944, ungefähr um 12.35 Uhr, wurde in einem Zelt in Südengland der Morgenthau-Plan geboren. Tatsächlich war es General Dwight D. Eisenhower, der das Projekt startete. ... Die Angelegenheit kam zuerst beim Mittagessen in General Eisenhowers Zelt auf. ... Minister Morgenthau, der stellvertretende Minister Harry D. White und ich waren anwesend. ...
White sagte: "Ich denke, wir sollten der gesamten deutschen Wirtschaft die Möglichkeit geben, sich wieder zu fangen, bevor wir irgend etwas damit tun".
Daraufhin wurde Eisenhower hart und sagte: "Ich bin an der deutschen Wirtschaft nicht interessiert, und ich persönlich würde sie nicht unterstützen, wenn das den Deutschen helfen würde."
Er sagte, er meine, die Deutschen müßten bestraft werden: "Die Rädelsführer und SS-Truppen sollten ohne Frage zum Tode verurteilt werden, aber die Bestrafung sollte hier nicht enden."
Er meinte, das Volk sei schuldig, weil es das Regime unterstützte, und deshalb sei es Teil des gesamten deutschen Plans. Er persönlich "würde es gern sehen, wenn man es ihnen eine Zeitlang recht hart machte". ...
Der General erklärte, er sehe keinen Sinn darin, einen Paranoiden (Geistesgestörten) "sanft zu behandeln, und die gesamte deutsche Bevölkerung ist künstlich paranoid. Den Leuten hat man ihr ganzes Leben lang beigebracht, in ihren Taten und ihren Gedanken paranoid zu sein, und man muß sie zwingen, damit aufzuhören. Der einzige Weg, dies zu erreichen, ist, recht hart zu ihnen zu sein. Ich sehe mit Sicherheit keinen Sinn darin, ihre Wirtschaft zu stützen oder irgendwelche anderen Schritte zu unternehmen, um ihnen zu helfen."
Auf diese Aussage hin wurde der Plan, die Deutschen hart anzupacken, noch geschürt.
White bemerkte: "Wir würden Sie gerne in bezug auf das Problem, wie mit dem deutschen Volk umgegangen werden soll, zitieren. Eisenhower erwiderte, daß er ruhig zitiert werden könne. Er sagte: "Ich werde das dem Präsidenten persönlich sagen, wenn nötig."<<
Morgenthau forderte z.B. in der Denkschrift ("Maßnahmen zur Verhinderung eines Dritten Weltkrieges"), die gesamte deutsche Industrie zu demontieren, um das hochindustrialisierte Deutsche Reich langfristig auszuschalten (x114/1.54): >>... Das einzige, für das ich meinen Namen hergebe, ist die völlige Stillegung der Ruhr. Was aus den Deutschen wird, ist mir egal. ... Wenn im Ruhrgebiet die Maschinen zerstört, die Bergwerke überflutet, gesprengt, zerstört werden, dann können sie keine Kriege mehr führen. ...
Die Lösung scheint schrecklich unmenschlich, grausam zu sein. Wir haben den Krieg nicht gewollt. Wir haben nicht Millionen in die Gaskammern gejagt. Wir haben all das nicht getan. Sie haben es ja so gewollt. Ich denke an die Zukunft meiner Kinder und Enkel und will nicht, daß diese Bestien wieder Krieg führen. ...<<
Roosevelt und Churchill unterzeichneten am 15. September 1944 in Quebec den modifizierten (abgewandelten) Morgenthau-Plan. Führende nordamerikanische Politiker wie Hull und Stimson lehnten den radikalen Morgenthau-Plan jedoch weiterhin massiv ab (x114/1.55).
US-Kriegsminister Henry L. Stimson übergab dem nordamerikanischen Präsidenten später folgende Denkschrift (x063/598): >>Unvorstellbar sei es, im gegenwärtigen Zustand der Welt ein Gebiet, das der Mittelpunkt eines der am höchsten industrialisierten Kontinente sei, bewohnt von einem Volke voll Energie, Arbeitseifer und Fortschrittlichkeit, in ein "Geisterterritorium" zu verwandeln. ...
Übrigens müßte der Wiederaufbau nach den Verheerungen des Krieges möglichst rasch vor sich gehen, wenn gefährliche Umwälzungen in Europa vermieden werden sollen. Die Deutschen auf einem "Existenzminimum" festzuhalten, am Rande der Armut, bedeute, das deut-

sche Volk zur Sklaverei zu verurteilen - die Schuld der Nazis würde damit verdunkelt werden und die Quellen vergiftet, aus denen wir Hoffnung auf einen Weltfrieden speisen wollen. ...<<
Cordell Hull (US-Staatssekretär des Äußeren) schrieb damals in einem weiteren Memorandum für Präsident Roosevelt (x063/599): >>... Nur 60 % der Deutschen könnten sich auf dem Lande erhalten, 40 % werden sterben. ...
Seinem Wesen nach war dies ein Plan (Morgenthau-Plan) blinder Rache. Blind, weil er übersah, daß mit dem Schlag gegen Deutschland der gleiche Schlag gegen ganz Europa geführt würde. Indem man die deutsche Industrie zerstöre, zerstöre man zum großen Teil die Wirtschaft Europas, die seit vielen Generationen von den in Deutschland produzierten Rohmaterialien abhängt.<<
Nach scharfer Kritik der nordamerikanischen Medien und massiven Protesten der deutsch-nordamerikanischen Bevölkerung gegen den "Morgenthau-Plan" zogen Roosevelt und Churchill am 22. September 1944 ihre Unterschriften zurück.
US-Truppen erreichten am 11. September 1944 nördlich von Trier die westdeutschen Reichsgrenzen.
Gemäß dem nordamerikanischen "Handbook for Military Government in Germany" sollte die US-Besatzungszone ursprünglich großzügig verwaltet werden (x114/1.59): >>Die Verwaltung wird mit fester Hand geführt werden. Sie wird gleichermaßen gerecht und human sein. ...<<
US-Präsident Roosevelt, der diesen Leitfaden jedoch "als verdammt schlecht" verurteilte, erließ später die streng geheim gehaltene "Direktive JCS 1067" (x114/1.62): >>... Deutschland wird nicht zum Zwecke seiner Befreiung besetzt, sondern wie ein besiegter Feindstaat behandelt. ... Die Verbrüderung mit deutschen Beamten und der Bevölkerung werden Sie streng unterbinden. ...<<
Gustav Stolper (1888-1947, österreichischer Nationalökonom und Politiker, emigrierte während der NS-Diktatur in die USA) schrieb später über den Morgenthau-Plan (x114/2.100): >>... Was den Morgenthau-Plan zu einem verblüffenden Dokument macht, liegt nicht daran, daß er grausam gegen die Deutschen ist (sie mochten es verdient haben) oder daß er undurchführbar, weil im Widerspruch mit den gegebenen wirtschaftlichen Tatsachen ist – sondern, daß solch eine Auffassung über die Dynamik des Wirtschaftslebens von einem Mann vertreten werden konnte, der 12 Jahre lang als Staatssekretär der Vereinigten Staaten gedient hatte.
Das dieses freie Land, das in seiner ganzen Geschichte Wunder der Produktion vollbracht hat, um dann im Kriege alle früheren Leistungen in der atemberaubenden Steigerung seiner Produktivität zu übertreffen, von einem seiner obersten Beamten einen "Friedens-Plan" vorgelegt bekommen konnte, der über das zweitgrößte Industriezentrum der Welt eine durchgreifende Zerstörung verhängte – das ist eine intellektuelle Erfahrung, die zu begreifen den künftigen Historikern Mühe machen wird.<<
Prof. Dr. Reinhart Beck schrieb später über den "Morgenthau-Plan" (x051/390-391): >>Morgenthau-Plan, Programm der USA für ihre Politik gegenüber dem besiegten Deutschland nach Kriegsende, benannt nach dem US-Finanzminister Morgenthau jr., in dessen Auftrag der Plan im August 44 verfaßt wurde.
Der aus 14 Punkten bestehende Plan ("Program to prevent Germany from starting a World War III") sah vor: völlige Entmilitarisierung Deutschlands; Demontage seiner Industrie, Verteilung seiner industriellen Anlagen als Reparationen an die Alliierten, Stilllegung der Bergwerke (damit faktische Umwandlung des Landes in einen Agrarstaat), Enteignung des Großgrundbesitzes, Einziehung des deutschen Auslandsvermögens und Kontrolle der deutschen Wirtschaft für mindestens 20 Jahre; Abtretung Ostpreußens, Oberschlesiens, des Saarlands (bis Mosel und Rhein), Internationalisierung des Ruhrgebietes, Westfalens, des Rheinlands, der Nordseeküste und des Nord-Ostsee-Kanals, Aufteilung des restlichen Deutschlands in zwei autonome Staaten und Verbindung des süddeutschen Staates mit Österreich in einer

Zollunion; Aburteilung der deutschen Kriegsverbrecher; Reorganisation des deutschen Bildungswesens und Umerziehung (Reeducation) der deutschen Bevölkerung.
Der Morgenthau-Plan, gedacht zur Korrektur der von Morgenthau als zu gemäßigt eingeschätzten Planungen des US-Außenministeriums und der Europäischen Beratenden Kommission, wurde Anfang September 44 dem amerikanischen Präsidenten Roosevelt vorgelegt und von diesem und dem britischen Premier Churchill auf der Konferenz von Quebec am 15.9.44 in modifizierter Fassung paraphiert; doch zog Roosevelt, nach heftiger Kritik durch Außenminister Hull, Verteidigungsminister Stimson und in der amerikanischen Öffentlichkeit, seine Unterschrift schon Ende September 44 wieder zurück und distanzierte sich auch öffentlich von ihm.
Der Morgenthau-Plan als Ganzes und seine Grundidee eines "harten" (Straf-)Friedens gegenüber Deutschland gewann daher keine Bedeutung mehr für die amerikanische Deutschland-Politik, wurde aber von der deutschen Durchhalte-Propaganda immer wieder als Schreckgespenst beschworen und als "Judas Mordplan" (Völkischer Beobachter) bezeichnet.<<
Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Dr. Alfred M. de Zayas schrieb später über die Verwirklichung von Teilen des "Morgenthau-Plans" (x028/152-153): >>... Und wenn auch manche der schlimmsten Punkte des "Morgenthau-Plans" beiseite geschoben wurden, war die Potsdamer Regelung teilweise sogar noch härter.
So war Morgenthau davon ausgegangen, daß Polen, "den Teil Ostpreußens, der nicht an die UdSSR geht, und den südlichen Teil Schlesiens" erhalten solle; es war keine Rede davon, Polen - nicht einmal zur "provisorischen Verwaltung" – irgendeinen Teil der Provinzen Pommern und Brandenburg oder den nördlichen Teil Schlesiens zu überlassen. Die Flüsse Oder und Neiße wurden in dem Plan niemals als Westgrenzen Polens genannt.
Doch trotz solcher einzelner Abweichungen hatten Morgenthau-Plan und Potsdamer Protokoll einen entscheidenden gemeinsamen Hintergrund: Im Mittelpunkt der Zukunftsvorstellungen stand die paradoxe Politik, aus Deutschland ein Agrarland zu machen, während man ihm zu gleicher Zeit seine wertvollsten Agrargebiete raubte und die Einheimischen in den übervollen Rumpf verbannte, der nach den Niederlanden und Belgien die größte Bevölkerungsdichte in Europa aufwies.
Selbst das Deutschland vor dem Ersten Weltkrieg, das um fast 60 Prozent größer als der Torso von 1945 war, hatte sich nur zu 80 Prozent mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen selbst versorgen können. 1922, nach dem Verlust von mehr als 3 Millionen Hektar Agrarland (Posen, der Korridor, Nordschleswig, Elsaß-Lothringen, Eupen-Malmedy und ein Teil Oberschlesiens) durch den Versailler Vertrag, waren es nur noch 75 Prozent des Bedarfs, den Deutschland selbst erzeugen konnte. Das Ende des Zweiten Weltkrieges brachte einen weiteren Verlust von reichlich 4,3 Millionen Hektar Ackerland, so daß Deutschland nur noch 61 Prozent seines Nahrungsbedarfs produzieren konnte.
Wie also sollte es jemals zu einem Agrarstaat werden, den sowohl der Morgenthau-Plan wie auch Punkt 13 von Artikel III des Potsdamer Protokolls anvisierten? Jedem Amateur – Nationalökonom mußte es einleuchten, daß Restdeutschland sich nicht selbst ernähren, geschweige denn Nahrungsmittel exportieren konnte. Andererseits mußte natürlich exportiert werden, damit ein Mindestmaß an Nahrungsmitteln für die eigene Bevölkerung eingekauft werden konnte. Aber was konnte Deutschland exportieren?
Ähnlich wie in Großbritannien war Kohle der einzige Bodenschatz von Bedeutung, hatte bisher aber den eigenen Bedarf gedeckt; selbst wenn ein Überschuß an Kohle ausgeführt werden konnte, hätte es nicht die notwendige Einfuhr aufwiegen können.
Mitteleuropas Wirtschaftssituation brachte es mit sich, daß Deutschland nur als industrieller Produzent überleben, sonst aber verhungern mußte. Die Alliierten selbst hatten, als sie ihm ein Viertel des kultivierten Bodens entrissen, unabsichtlich eine Lage geschaffen, in der Deutsch-

lands Existenz noch stärker als vor dem Krieg von der Industrialisierung abhing. ...<<
Der deutsche Historiker Alexander Demandt schrieb später über den "Morgenthau-Plan" (x283/233): >>Sehr weit im Sinne eines harten Friedens ging der Morgenthau-Plan. Der Autor Henry Morgenthau, Finanzexperte und Großagrarier, war ... Nachbar und Freund von Roosevelt, wurde 1934 Finanzminister und gilt als Philanthrop und Gründer der Weltbank.
Sein Vorschlag auf der Konferenz von Quebec im September 1944 lautete, Deutschland, von wo sein Vater 1865 ausgewandert war, zu entmilitarisieren und zu verkleinern, im Osten wie dann geschehen, im Westen durch Abtretung des Saargebiets an Frankreich und Ostfrieslands bis zur Weser an die Niederlande. Deutschland sei sodann aufzulösen in einen protestantischen Nord- und einen katholischen Südstaat. Die Bevölkerung könne von der Landwirtschaft leben, da die Städte ohnehin in Trümmern lagen. Das Ruhrgebiet sollte internationalisiert werden, die Fabriken, Versorgungs- und Industrieanlagen andernorts seien abzubauen. Kein Deutscher sollte ein Flugzeug führen dürfen.
Das Memorandum wurde am 15. September 1944 von Roosevelt und Churchill unterzeichnet. Es wurde in Deutschland bekannt und bot der Kriegspropaganda von Goebbels ein Argument, die letzten Reserven zu mobilisieren, damit Deutschland nicht "in die Steinzeit zurückversetzt werde". Diese Befürchtung war übertrieben, denn eisernes Werkzeug sollte statthaft bleiben, zum Beispiel Hammer und Sichel. ...<<
US-Finanzminister Morgenthau erklärte am 4. September 1944 während eines Gespräches mit US-Kriegsminister Stimson (x025/126,237): >>... Ich bin dafür, erst zu zerstören, und um die Bevölkerung werden wir uns dann in zweiter Linie Sorgen machen. ...
Ich konnte mit dem Präsidenten ruhig und ungestört sprechen, und ihm gefiel mein Vorschlag, auch Mrs. Roosevelt, die früher eine große Pazifistin war. Es macht ihr überhaupt keine Sorge. ...<<
>>... Wenn man 1 Million (Griechen und Türken) verschieben kann, kann man auch 20 Millionen (Deutsche) verschieben.<<
Morgenthau schrieb am 10. September 1944 an den nordamerikanischen Präsidenten (x025/-120): >>Seit 1864 hat Deutschland 5 Angriffskriege gegen fremde Staaten geführt, von denen immer größere Verwüstungen in immer größeren Gebieten als der vorhergehende verursacht hat. ...
Das Nazi-Regime ist nicht ein wilder Trieb einer ansonsten gesunden Gesellschaft, sondern ein organisch gewachsenes Produkt der deutschen politischen Entwicklung. Auch schon ehe das Nazi-Reich die Macht ergriff, hatte das deutsche Volk eine Anfälligkeit ohnegleichen gegenüber der Verführungskunst einer militärischen Clique an den Tag gelegt. ...<<
Im 19. Jahrhundert ereigneten sich tatsächlich viele kriegerische Auseinandersetzungen (Angriffskriege, Niederschlagungen von Unabhängigkeitsbewegungen und Volksaufständen), aber die späteren Alliierten waren damals wesentlich "kriegerischer" als die Deutschen bzw. Preußen.
Die nordamerikanischen Historiker Quincy Wright und Pitirim A. Sorokin prüften später die Kriegsbeteiligung (ohne Ersten und Zweiten Weltkrieg) der wichtigsten Staaten. Sie kamen schließlich übereinstimmend zu dem Ergebnis, daß Preußen und das Deutsche Reich unter den Großmächten der Neuzeit im 19. Jahrhundert zu den friedliebendsten Ländern mit der geringsten Zahl von Kriegen und den längsten Friedensjahren zählten (x063/389).
Die Nordamerikaner, Briten und Sowjets unterzeichneten am 12. September 1944 in London das 1. "Zonenprotokoll" über die Aufteilung Deutschlands (x041/135). Das Deutsche Reich sollte danach in Besatzungszonen aufgeteilt und vollständig besetzt werden (Ostpreußen gehörte bereits zur sowjetischen Besatzungszone). Die Verbündeten konnten sich verhältnismäßig schnell einigen. Nur die Ausarbeitung der Kapitulationsurkunde bereitete große Probleme, so daß sich die Nordamerikaner und Briten monatelang wegen des Textes stritten. Die So-

wjets beteiligten sich damals nicht an diesen unsinnigen Streitereien (x052/31).
US-Außenminister Hull schrieb am 29. September 1944 in einem Memorandum für den nordamerikanischen Präsidenten (x028/231): >>... Es ist von höchster Bedeutung, daß der Lebensstandard der Deutschen in den ersten Jahren ihnen klarmacht, daß sie den Krieg verloren haben.<<
Stalin, Churchill und Eden (sowie US-Botschafter Harriman als "Beobachter") einigten sich in Moskau (vom 9. bis zum 20. Oktober 1944) über die "vorläufige" polnische Westgrenze (x028/66-72). Die zukünftige polnische Westgrenze sollte entlang der Oder verlaufen. Bulgarien, Rumänien und die Hälfte Jugoslawiens sowie Ungarns sollten Einflußgebiete der UdSSR werden (x040/241).
Churchill berichtete später über die Festlegung der polnischen Westgrenze und die Zuordnung der südosteuropäischen Gebiete (x106/376): >>... Ich schob den Zettel (mit meinen Vorschlägen) Stalin zu. ... Eine kleine Pause trat ein. Dann ergriff er einen Bleistift, machte einen großen Haken und schob uns das Blatt wieder zu. Die ganze Sache beanspruchte nicht mehr Zeit, als sie zu schildern. ... Das Papier lag in der Mitte des Tisches:
"Könnte es nicht für äußerst zynisch gehalten werden, wenn wir den Anschein erweckten, über die für Millionen Menschen so gravierenden Schicksalsfragen aus dem Stegreif entschieden zu haben?
Lassen Sie uns das Papier verbrennen." – "Nein, heben Sie es auf", antwortete Stalin.<<
Am 14. November 1944 beschlossen die Alliierten in London einstimmig das 2. "Zonenprotokoll" (x040/248). In diesem Abkommen wurden auch die zukünftigen Besatzungszonen des Deutschen Reiches abgegrenzt und die Errichtung eines alliierten "Kontrollrates" vereinbart. Durch dieses Abkommen wurde nach dem Kriegsende die gesamte Regierungsgewalt auf die Sieger- bzw. Besatzungsmächte übertragen und das Deutsche Reich praktisch liquidiert.
Der US-Diplomat D. John Hickerson (1898-1989, von 1944-47 stellvertretender Direktor des Amtes für europäische Angelegenheiten im State Department) begründete damals in einer Studie die US-Europapolitik wie folgt (x058/388): >>... Ich würde es begrüßen, wenn wir zum geeigneten Zeitpunkt zustimmen würden, die Abtretung des Teiles Ostpreußen an die Sowjetunion, worauf dieses Land besteht, zu akzeptieren. Ebenso würde ich die Zustimmung unsererseits begrüßen, zu einem geeigneten Zeitpunkt die Curzon-Linie als Grenze zwischen Polen und der Sowjetunion anzuerkennen und eine solche Anerkennung öffentlich bekanntzugeben. Die Anerkennung der Rückgabe Bessarabiens an die Sowjetunion sollte für uns keine Schwierigkeiten darstellen.
Wir müssen die Unterstützung der Sowjetunion zur Vernichtung Deutschlands haben. Wir brauchen die Sowjetunion nötig im Krieg gegen Japan, wenn der Krieg in Europa vorüber ist. Die Wichtigkeit dieser beiden Dinge kann ermessen werden, wenn man bedenkt, wie viele amerikanische Menschenleben davon betroffen werden. Wir sind auf die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion angewiesen, um den Frieden zu organisieren.
Gewisse Dinge im Zusammenhang mit den vorerwähnten Vorschlägen sind mir persönlich zuwider, aber ich bin bereit, ihre Annahme nahezulegen, um die Mitarbeit der Sowjetunion beim Gewinnen des Krieges und der Organisation des Friedens zu erlangen. Vom sowjetischen Standpunkt aus gesehen gibt es gute Argumente für alle diese Vorschläge.
Ich bin bereit, die Argumente der Sowjets zu unterstützen und zu befürworten, falls dadurch beim Gewinnen des Krieges amerikanische Menschenleben geschont werden und das übrige Europa vor der "Dschungeldiplomatie", die sonst ziemlich sicher folgen wird, gerettet wird. ...<<
Die Briten machten aus ihrer Abneigung gegenüber den "Germans" oder "butcher-birds" keinen Hehl. Der britische Gewerkschaftskongreß verkündete z.B. im Jahre 1944 mit einer 5:1 Mehrheit die Schuld des gesamten deutschen Volkes (x025/121).

Lord Robert G. Vansittart, Unterstaatssekretär im Foreign Office, betonte damals besonders die traditionelle Grausamkeit der deutschen Barbaren (x025/121): >>... Sie töteten und verbrannten alles, was sie sahen, ebenso wie sie heute Kühe mit Maschinengewehren erschießen, wenn sie keine Kinder finden können. (Während sich alle anderen Völker im Lauf der Jahrhunderte zu höheren Kulturstufen aufgeschwungen hätten, seien die Deutschen in tiefster Seele Wilde geblieben.) ... Dies sei bei weitem die größte Tragödie der Welt.<<

Am 23. Januar 1945 erläuterte Winston Churchill vor dem britischen Unterhaus die Bedeutung der "Bedingungslosen Kapitulation" (x115/56): >>Ich möchte mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck bringen, nichts darf uns dazu veranlassen, von dem Grundsatz der bedingungslosen Kapitulation abzugehen. Nichts darf uns dazu veranlassen, in irgendeiner Form oder unter irgendeinem Vorwand in Verhandlungen mit Deutschland oder Japan einzutreten, bevor die Gegner ihre bedingungslose Kapitulation erklärt haben.

Aber der Präsident der Vereinigten Staaten und ich selbst haben wiederholt festgestellt: Die Erzwingung bedingungsloser Kapitulation befreit die Siegermächte in keiner Weise von ihren Verpflichtungen gegenüber der Menschheit oder von ihren Pflichten als zivilisierte und christliche Völker.

Wir rufen unseren Feinden jetzt zu: Wir fordern bedingungslose Kapitulation, aber ihr wißt, daß unsere Handlungsweise begrenzt ist durch unabänderliche moralische Gesetze. Wir sind nicht Leute, die Nationen ausrotten oder Völker hinschlachten. Wir lassen uns nichts abhandeln. Ihr habt keine Ansprüche zu erheben. Ihr müßt bedingungslos jeden Widerstand einstellen. Unsere Sitten und unsere Wesensart werden unsere Handlungsweise bestimmen.

Wenn ihr jetzt kapituliert, wird die Nachkriegszeit für euch bei weitem nicht so schwer sein wie ein volles Kriegsjahr 1945. Der Friede wird auf der Grundlage bedingungsloser Kapitulation erfolgen. Aber sie wird auch Deutschland und Japan ungeheure sofortige Erleichterung der Leiden und Qualen bringen, die ihnen sonst bevorstehen.

Wir Alliierten sind keine Ungeheuer - wir sind ehrenhafte Menschen, wir wollen Fackelträger der Zukunft sein. Unser Streben geht dahin, aus dem blutigen Chaos, in das die Menschheit nun selbst gestürzt ist, eine neue Welt entstehen zu sehen, eine Welt des Friedens, der Freiheit, des Rechts, der Gerechtigkeit - ein System, das der ganzen Welt dauernde, unbedrohte Sicherheit schenken soll.

Mehrere Länder haben bereits den siegreichen Alliierten gegenüber bedingungslos kapituliert, und für diese Völker wurde schon jetzt ein erträglicher Lebensstandard geschaffen. Ein Beispiel ist Finnland, ein anderes Italien. Die Völker dieser Länder werden nicht hingemordet oder zur Zwangsarbeit verschleppt. ...<<

Am 1. Februar 1945 einigten sich Außenminister Stettinius und Eden während der nordamerikanisch-britischen Vorbesprechung in Jalta, zunächst keine sowjetisch-polnischen Grenzforderungen (Görlitzer Neiße) anzuerkennen (x028/72-73): >>... Schon die Grenze am Oderverlauf würde Polens Aufnahmefähigkeit schwer belasten und die ungeheuren Schwierigkeiten vergrößern, die mit der Umsiedlung von Millionen Deutschen entstehen. ...

Wir sollten uns nachdrücklich den Bestrebungen widersetzen, die polnische Grenze bis an die Oder-Linie oder an die Oder-Neiße-Linie vorzuschieben.<<

Am 1. Februar 1945 wurde Churchill durch Außenminister Eden über die Besprechung mit US-Außenminister Stettinius informiert (x028/102): >>... Die Abtretungen, auf die wir uns mit den Amerikanern geeinigt haben, (würde) die Umsiedlung von 2,5 Millionen Deutschen bedeuten.<<

Ferner meinte Stettinius, "daß die Ausdehnung Polens an die Oder ohne Breslau und Stettin weitere zweieinhalb Millionen, eine Grenze an der westlichen Neiße mit Breslau und Stettin dazu noch dreieinviertel Millionen Menschen betreffen würde" (x028/102).

Prof. Tarle schrieb am 8. Februar 1945 in der sowjetischen Zeitung "Soviet War News"

(x046/163-164): >>... Aber die große Rolle des Sowjetvolkes ist nicht damit beendet, daß es die Menschheit von dem tödlichen deutschen Alpdruck befreit. Die vorübergehend in den Untergrund abgedrängte Fünfte Kolonne lebt noch in der Welt. Nazis und Halbnazis existieren noch immer und bereiten sich darauf vor, die Arbeit, die sie in Europa und darüber hinaus so lange und erfolgreich betrieben, wiederaufzunehmen.
Die europäischen - und nicht nur europäischen – Demokratien sehen sich in den kommenden Jahren einem sehr, sehr außergewöhnlichen Kampf gegenüber, denn der Faschismus hat nicht die geringste Absicht abzutreten. ...
Hier trifft er jedoch wieder auf dasselbe unüberwindliche Hindernis: die Sowjetunion, das Sowjetvolk. Der Sieg der Sowjetunion in dem Großen Vaterländischen Krieg schafft eine feste Basis für den Triumph der Weltdemokratie. Das unsterbliche Verdienst von Stalins Strategie und der Kämpfer der Roten Armee besteht darin, daß sie die Zivilisation der Welt gerettet haben.
Diejenigen, die begreifen, daß der Kampf für Freiheit und Demokratie selbst nach der Niederlage der Hitlerischen Kriegsmaschine fortgesetzt werden muß bis zur vollständigen moralischen und politischen Niederlage des Faschismus, sehen mit tiefem Vertrauen auf die UdSSR.<<
Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtete später über Stalins Expansionspläne (x046/164-165 >>... Deutlicher brauchten die Expansionsabsichten Stalins kaum noch ausgesprochen zu werden. Hier war eine Fortsetzung der Aggressionen gemeint, die mit dem Pakt mit Hitler am 23. August 1939 begonnen hatten und jetzt zum dritten Male eine andere Gestalt erhielten. ...
In Wirklichkeit freilich hatte die Sowjetpropaganda bereits im Frühjahr 1945 begonnen, über die von der Roten Armee okkupierten Territorien hinauszuwirken. Kaum jemand hatte dies deutlicher erkannt als Winston Churchill, der in seiner berühmten Rede in Fulton im März 1946 warnend darauf hinwies, daß "fern von Rußland die Fünfte Kolonne des Kommunismus am Werke ist", die eine 'wachsende Bedrohung' für den Frieden und die gesamte 'christliche Zivilisation' darstellt.<<

Konferenz von Jalta
Am 4. Februar 1945 begannen Churchill, Roosevelt und Stalin die "Jalta-Konferenz" (4. bis 11. Februar 1945) auf der Halbinsel Krim.
Zu der nordamerikanischen Delegation, die an der Konferenz in Jalta teilnahm, gehörten damals 2 todgeweihte Männer, die den anstrengenden Verhandlungen nicht mehr gewachsen waren. US-Präsident Roosevelt, der schon seit über 20 Jahren an Kinderlähmung litt, war bereits unübersehbar vom Tod gezeichnet. Der sterbenskranke Präsident stand offensichtlich unter starken Drogen und Schmerzmitteln, denn er reagierte im Verlauf der Konferenz phasenweise völlig apathisch oder überaus euphorisch. Roosevelts persönlicher Berater Harry Hopkins (1890-1946, ein überzeugter Stalin-Anhänger) war ebenfalls todkrank. Hopkins litt seit 6 Jahren an einer unheilbaren Krebserkrankung und wurde auf einer Tragbahre zu den Besprechungen gebracht.
Am 6. Februar 1945 ließ Stalin erstmalig die Maske des charmanten, freundlichen Gastgebers fallen, als er lautstark und energisch die Anerkennung der polnischen Exilregierung (Lubliner Komitee = polnische Kommunisten) forderte. Churchill lehnte Stalins Forderung jedoch entschieden ab, so daß man die Verhandlungen vorzeitig abbrechen mußte. Nach dem Abbruch bekam der britische Regierungschef einen seiner gefürchteten Tobsuchts- und Wutanfälle. Der britische Premierminister Churchill war eigentlich ein brillanter Redner und besonnener, kühler Politiker, aber gegenüber Stalin wirkte er entweder eigenartig gehemmt oder ungewöhnlich leichtfertig. Churchill, der Stalins Pläne allmählich durchschaute, ahnte, daß die Sowjets nir-

gends demokratische Verhältnisse dulden würden.
Am 7. Februar 1945 erklärte Churchill, daß die polnische Westgrenze östlich der Oder entlang verlaufen sollte und die neuen polnischen Gebiete "deutschfrei" sein müßten. Churchill meinte, daß man die von Polen gewünschten Gebiete östlich der Oder-Linie akzeptieren könnte.
Stalin forderte daraufhin sofort die Görlitzer Neiße (Niederschlesien mit Breslau, westlich der Oder) als polnische Westgrenze. Der sowjetische Außenminister Molotow verlangte danach, daß Polen außerdem die Hafenstadt Stettin (westlich der Oder) benötigen würde. Diese sowjetischen Forderungen waren für Churchill jedoch unannehmbar und wurden strikt abgelehnt.
Churchill erklärte am 7. Februar 1945 zur "Aussiedlung" der Ostdeutschen, daß 6 Millionen Vertriebene vielleicht gehandhabt werden könnten, aber alles was darüber hinausgehen würde, wäre nicht zu bewältigen (x020/59).
Churchill bemerkte später zu den Gebietsforderungen (x028/73): >>... (Es) wäre ... höchst bedauerlich, wenn man die polnische Gans dermaßen mit deutschem Futter mäste, daß sie an Verdauungsbeschwerden eingehe ...<<
Stalin erklärte am 7. Februar 1945, daß die meisten Deutschen aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie vor der Roten Armee davongelaufen seien (x039/228).
US-Präsident Roosevelt beteiligte sich fast gar nicht an den Grenzdiskussionen. Er bestätigte nur, daß Polen auf Kosten des Deutschen Reiches entschädigt werden müßte, lehnte die polnische Grenzverlagerung bis zur Görlitzer Neiße jedoch ebenfalls ab. Für die anstehenden Vertreibungen der Ostdeutschen hatte der todkranke nordamerikanische Präsident kein einziges Wort übrig, denn dieses "nebensächliche Thema" interessierte ihn offensichtlich nicht.
Für Stalin war die polnische Grenzfrage längst entschieden. Stalin erklärte z.B., daß es bei den "Umsiedlungen" der Deutschen keine großen Probleme geben würde, denn in den fraglichen Gebieten würden sich ohnehin keine Deutschen mehr aufhalten, da die meisten Deutschen bereits vor der Roten Armee in den Westen geflohen seien (x028/103). Die Organisation bzw. Durchführung der gigantischen Massenaustreibungen und die bereits beschlossene Vertreibung von über 3,0 Millionen Sudetendeutschen wurden nicht erwähnt.
Im Verlauf der Jalta-Konferenz faßten "Die Großen Drei" u.a. folgende Beschlüsse:
1. Zerstückelung des Deutschen Reiches und Aufteilung in 4 Besatzungszonen. Die französische Besatzungszone wurde von Churchill durchgesetzt.
2. In einem Geheimprotokoll wurden die deutschen Reparationen festgelegt (Gesamthöhe = mindestens 20 Milliarden US-Dollar, davon 50 % für die UdSSR, die Verwendung von deutschen Arbeitskräften bzw. Zwangsarbeitern wurde erlaubt - x001/79E).
3. Geheimabkommen über den sowjetischen Kriegseintritt gegen Japan und Überlassung der Kurilen und Süd-Sachalin.
4. Festlegung einer Gründungscharta für die "Vereinten Nationen" (jedes Mitglied des Sicherheitsrates erhielt im Konfliktfall ein Vetorecht und war dadurch später in der Lage, die Handlungsfähigkeit der UNO zu blockieren).
Stalin verpflichtete sich, in Polen freie und uneingeschränkte Wahlen zu gestatten.
Die endgültige Festlegung der polnischen Westgrenze wurde zurückgestellt. Die Curzon-Linie wurde zwar als polnische Ostgrenze bestätigt, aber Churchill und Roosevelt trafen in Jalta noch keine verbindlichen Entscheidungen über die polnischen Westgrenzen und den Zeitpunkt der Vertreibung. Sie erkannten aber grundsätzlich an, Polen zu Lasten der deutschen Ostgebiete zu entschädigen und daß die deutsche Bevölkerung Polens umgesiedelt werden sollte. Durch die indirekte Anerkennung der Oder-Linie schafften die Westmächte damals bereits frühzeitig einen verhängnisvollen Zustand der Rechtsunsicherheit.
Die "Krim-Konferenz" endete sinnigerweise mit einer "Erklärung über das befreite Europa". In dieser Botschaft sicherte man allen Völkern die "freie Wahl" der Regierungsform zu.
In der Jalta-Schlußerklärung vom 11. Februar 1945 hieß es (x114/2.123): >>... Es ist unser

unbeugsamer Wille, den deutschen Militarismus und Nationalsozialismus zu zerstören und dafür Sorge zu tragen, daß Deutschland nie wieder imstande ist, den Weltfrieden zu zerstören.
...
Es ist nicht unsere Absicht, das deutsche Volk zu vernichten. Aber nur dann, wenn der Nationalsozialismus und Militarismus ausgerottet sind, wird für die Deutschen Hoffnung auf ein würdiges Leben und einen Platz in der Völkergemeinschaft bestehen.<<
Roosevelt verabschiedete sich in Jalta mit den Worten: "Auf Wiedersehen in Berlin"!
Der Tod vereitelte aber weitere Treffen mit "Uncle Joe" (Stalin).
Bevor der nordamerikanische Präsident am 12. April 1945 starb, soll er bitter enttäuscht erklärt haben, daß sein "Freund" Stalin die Westmächte während der Jalta-Konferenz listig und heimtückisch "über den Tisch" gezogen hätte.
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über die Konferenz von Jalta (x068/252-255): >>... Nach Teheran war Stalin zu einem weiteren Treffen mit Roosevelt und Churchill außerhalb Rußlands um keinen Preis zu bewegen. Roosevelt, bereits todkrank, fuhr zu ihm, und in Jalta, an der russischen Küste des Schwarzen Meeres, faßten "The Big Three" zwischen dem 4. und 11. Februar 1945 weitere Beschlüsse, die die Welt nur weiter ins Unglück stürzten.
Die drei Staatsmänner wiederholten die Forderung nach der bedingungslosen Kapitulation. Sie überwiesen das sowjetische Begehren nach deutschen Reparationen in Höhe von 20 Milliarden Dollar an eine Reparationskommission. Sie beschlossen die Einführung von Zwangsarbeit, den Bruch des Versprechens auf das Selbstbestimmungsrecht, die Vertreibung von Millionen von Menschen von Haus und Hof.
In sieben von acht Plenarsitzungen sprach man über Polen, ja, nach Churchill war Polen "der dringlichste Grund" für das Gipfeltreffen in Jalta gewesen. Nach der "Vereinbarung" sollte Polens Ostgrenze künftig die sogenannte Curzon-Linie bilden, dafür Polen im Westen großzügig durch deutsche Gebiete entschädigt werden. Das "Selbstbestimmungsrecht der Völker" wurde rigoros mißachtet.
Auf der einen Seite sollten elf Millionen Menschen, die im Vorkriegspolen östlich der Curzon-Linie wohnten, einfach unter sowjetische Herrschaft kommen. Auf der anderen Seite sollten zehn Millionen Deutsche auf die Straße gesetzt und vertrieben werden, aus Ostpreußen, Pommern, Brandenburg, Schlesien; seit dem Hoch-, dem Spätmittelalter, seit mehr als einem halben Jahrtausend deutsche Gebiete. "Es ist keine Übertreibung, wenn man sagt, daß Königsberg und Breslau fast ebenso lange deutsch gewesen sind wie London englisch" (Crokker).
Churchill konnte in Jalta nicht einmal eine Aufnahme der Exilpolen in die Lubliner, später Warschauer Regierung erreichen. Stalin blieb hart und bedankte sich für die generösen angloamerikanischen Präsente auf Kosten anderer durch einen längeren Trinkspruch ("Ich bin ein alter Mann, darum rede ich so viel") bei einem Diner am 8. Februar im Jussupow-Palais, indem er seine angelsächsischen Partner subtil (spitzfindig) verhöhnte. "Als einfacher, ungekünstelter Mensch denke ich", sagte er, "es ist das beste, meinen Verbündeten nicht zu betrügen, auch wenn er ein Tor ist". Roosevelt gestand darauf Stalin gerührt, der Premierminister und er - "wir haben untereinander einen Kosenamen für Sie, und das ist Uncle Joe".
Roosevelt und Stalin schlossen in Jalta auch ein Geheimabkommen. Darin sagte die Sowjetunion zu, Japan nach Niederwerfung Deutschlands den Krieg zu erklären. Dafür sollte die mongolische Volksrepublik erhalten bleiben, sollten die "früheren Rechte Rußlands, die durch den tückischen Angriff Japans im Jahre 1904 verletzt worden waren, wiederhergestellt werden ..."
In Wirklichkeit aber hatte das zaristische Rußland diese vermeintlichen "Rechte" durch einen Angriff auf China erworben, wurde somit weniger Japan als China gestraft. Weiter sollte die

Sowjetunion Süd-Sachalin, Port Arthur, die Kurileninseln (die nie russisch waren) bekommen, sollten die ostchinesischen und südmandschurischen Eisenbahnen einer sowjetisch-chinesischen Gesellschaft unterstellt werden.
Von diesem Geheimvertrag erfuhren selbst die meisten amerikanischen Konferenzteilnehmer nichts. Er wurde auch dem amerikanischen Volk verschwiegen. Denn dieser Vertrag, der eine Verletzung der Atlantik-Charta war, der ohne Wissen Chinas abgeschlossen wurde und darauf hinauslief, den Schlüssel zu China, ja, zu einem großen Teil des Fernen Ostens, nämlich die Mandschurei, unter sowjetische Kontrolle zu bringen, war selbst in der an Vertragsbrüchen überreichen US-Geschichte beinahe beispiellos.
William Bullitt, einst US-Botschafter in Moskau, urteilt: "Präsident Roosevelt brach sein der chinesischen Regierung in Kairo gegebenes Versprechen und unterschrieb - insgeheim hinter dem Rücken der Chinesen - ... ein Abkommen, durch das die lebenswichtigen Rechte Chinas in der Mandschurei dem sowjetischen Imperialismus geopfert wurden ... Angesichts Roosevelts in Kairo gegebenem Versprechen ... war dieses Geheimabkommen durchaus unehrenhaft."
Der Amerikaner Crocker schreibt: "Sicherlich gehörte diese Abmachung zu den schimpflichsten Beispielen internationaler Treulosigkeit in der Geschichte. Sie stellt den Plan auf gleiche Stufe mit einem Raubüberfall mit vorgehaltener Pistole". Der Vergleich hinkt, wie alle Vergleiche, die gewisse Staatsmänner nur mit Gaunern vergleichen ...
Der right honourable Sir Winston Churchill versuchte sich später zu distanzieren, windig herauszureden. Es sei "eine amerikanische Angelegenheit" gewesen, "wir wurden nicht um Rat gefragt, sondern lediglich um unsere Zustimmung gebeten." Aber er stimmte eben zu. Der Edelmann unterschrieb im Namen Großbritanniens diesen Starbanditenstreich. Auch steht in dem Geheimabkommen der von Stalin unerbittlich durchgesetzte Satz: "Die Regierungschefs der drei Großmächte sind übereingekommen, daß diese Forderungen der Sowjetunion nach der Niederwerfung Japans unter allen Umständen erfüllt werden sollen."
Die Spitzengarnitur saß mit ihren Stäben um einen runden Tisch vereint, und gleich hinter dem Präsidenten saß der US-Diplomat Alger Hiss, der dann als kommunistischer Spion entlarvt und zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Er schob während der Konferenz dem Präsidenten wiederholt Zettelchen zu, erhielt auch von ihm welche und beeidete später vor einem Kongreß-Ausschuß (doch sollte man Politikerreden besonders mißtrauen): "Es ist eine zutreffende und nicht unbescheidene Behauptung, wenn ich sage, daß ich bis zu einem gewissen Grade das Jaltaer Abkommen formulieren half".
Als das US-Außenministerium die Jalta-Akten im März 1955 endlich freigab, waren sie bereits "gesäubert", gesäubert nämlich von etlichem Dreck, der zwar die Welt weiter verunstaltete, aber nun nicht mehr das Papier. Der Amerikaner George N. Crocker berichtet: "Zwei Historiker des State Department, die an der Zusammenstellung arbeiteten, haben durchblicken lassen, daß man sie unter Druck gesetzt habe, die Protokolle zu "verniedlichen" und gewisse belastende Einzelheiten herauszustreichen, um die Regierung Roosevelt abzuschirmen." Der Saubermann Churchill war gegen die Veröffentlichung der Akten überhaupt.
Roosevelt, in Jalta schon todkrank, nur noch ein Schatten seiner selbst, starb zwei Monate später, am 12. April 1945, in Warm Springs, Georgia, an einem Gehirnschlag. "Mein Führer", sagte Goebbels ekstatisch zu Hitler, "ich beglückwünsche Sie. Roosevelt ist tot."
Am 28. April wurde Mussolini von kommunistischen Partisanen auf der Flucht in die Schweiz geschnappt, erschossen und an den Beinen aufgeknüpft.
Am 30. April beendete auch Hitler im Bunker unter der Reichskanzlei sein welthistorisches, von den Vereinigten Staaten so reichlich finanziertes Banditenleben - und Roosevelts Nachfolger tätigte wenige Monate später in Japan Verbrechen von einer Art, von der selbst ein Hitler nur träumen konnte ...<<

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Dr. Alfred M. de Zayas schrieb später über die Konferenz von Jalta (x028/72,76): >>Heute weiß jeder politische Amateur, daß Stalin das Spiel der Machtpolitik viel besser beherrschte als die Leiter der westlichen Demokratien, die sich in den Jahren der Zusammenarbeit niemals vorstellten, in welchem Ausmaß viele ihrer Kriegsziele unerfüllt bleiben würden.
Vor allem da, wo es um Polens Grenzen und seine Zukunft als freies Land ging, wurde reichlich viel Vertrauen an Stalin verschwendet. So war und blieb es Präsident Roosevelts ständige Taktik, z.B. klare Entscheidungen über Grenzziehungen auf die Zeit nach Beendigung der Feindseligkeiten hinauszuschieben.
Weil man es versäumte, Stalins Ehrgeiz rechtzeitig Einhalt zu gebieten, kam es zur Versetzung der sowjetisch-polnischen Grenze nach Westen und schließlich zur Diskussion über die neue polnisch-deutsche Grenze. Da man von Stalin nie eine bindende Verpflichtung verlangte, blieb ihm natürlich freie Hand, der von den Sowjets beherrschten polnischen Regierung einen viel größeren Bissen Deutschlands zu überlassen, als die Amerikaner und die Briten je bewilligen wollten. ...<<
>>... Die Weigerung, eine verbindliche Entscheidung über Polens Westgrenze zu treffen, war ein etwas kläglicher Versuch der westlichen Alliierten, ihre Verhandlungsposition gegenüber den Russen zu behaupten. ...<<
Goebbels berichtete am 25. Februar 1945 in der NS-Zeitung "Das Reich" über die Verhandlungsergebnisse bzw. Folgen der Jalta-Konferenz (x043/98): >>Die 3 feindlichen Kriegsführer haben, wie jetzt aus amerikanischen Quellen bekannt wird, auf ihrer Konferenz in Jalta auf Antrag Roosevelts beschlossen, zur Sicherung des gegen das deutsche Volk festgelegten Vernichtungs- und Ausrottungsprogramms ganz Deutschland bis zum Jahre 2000 besetzt zu halten.
Im Jahre 2000 wird Europa ein einiger Kontinent sein. Aber Deutschland wird dann nach dem Willen der Jalta-Konferenz noch immer militärisch besetzt sein und sein Volk von den Engländern und Amerikanern zur Demokratie erzogen werden. ...
Wenn das deutsche Volk die Waffen niederlegte, würden die Sowjets, auch nach den Abmachungen zwischen Roosevelt, Churchill und Stalin, ganz Ost- und Südosteuropa zuzüglich des größten Teils des Deutschen Reiches besetzen. Vor diesem, einschließlich der Sowjetunion, riesigen Territorium würde sich sofort ein "eiserner Vorhang" heruntersenken, hinter dem dann die Massenabschlachtung der Völker begänne.
Die erste Amtshandlung eines neuen USA-Präsidenten bestände wahrscheinlich darin, die amerikanischen Truppen aus dem brodelnden Hexenkessel Europa herauszuziehen. ...<<
US-Präsident Roosevelt berichtete am 1. März 1945 in Washington über die Jalta-Konferenz (x028/76): >>... Im Laufe der Geschichte bildete Polen den Korridor, durch den die Angriffe auf Rußland erfolgten. Zweimal in dieser Generation hat Deutschland durch diesen Korridor gegen Rußland losgeschlagen. Damit sich das nicht wiederholt und um die europäische Sicherheit und den Weltfrieden zu erhalten, ist ein starkes, unabhängiges Polen notwendig.
Die Entscheidungen im Hinblick auf Polen waren durchaus ein Kompromiß, ... der die Polen im Norden und Westen für das Land entschädigen soll, das sie im Osten durch die Curzon-Linie verlieren. Bei der endgültigen Friedenskonferenz soll der Grenzverlauf für die Dauer festgelegt werden. Im großen und ganzen wird das neue, starke Polen einen bedeutenden Anteil des jetzt als Deutschland bezeichneten Gebietes erhalten. ...
Ich bin überzeugt, daß diese Übereinkunft über Polen unter diesen Umständen die denkbar hoffnungsvollste Vereinbarung für einen freien, unabhängigen und blühenden polnischen Staat ist.<<
Am 1. März 1945 diskutierte man im britischen Unterhaus kontrovers über das Schicksal der Ostdeutschen.

Der Vorsitzende der britischen Labourpartei, Clement Attlee, begründete die "Jalta-Beschlüsse" wie folgt (x028/38,202): >>Sie (die Deutschen) haben die alten Schranken eingerissen, und deshalb sage ich, daß sie sich nicht auf das alte Europa berufen können. Falls sie sich fügen, falls sie wiedergutmachen müssen, haben sie kein Recht, die Grundlage der Moralgesetze zu beschwören, die sie selbst nicht beachtet haben, oder auf Mitleid und Gnade zu rechnen, die sie niemals anderen zuteilwerden ließen. ...<<
>>... Die Umschichtung der Bevölkerung zum gegenwärtigen Zeitpunkt mag sehr, sehr schmerzlich sein, aber vielleicht ist sie weitaus besser als ein lang hinausgezögertes Leiden einer Bevölkerung unter Menschen, die sie hassen.<<
Der britische Abgeordnete Strauß warnte damals vor den Folgen dieser völkerrechtswidrigen Vertreibung (x028/77): >>... Wir erfahren durch den Premierminister, daß einige Teile Deutschlands, bestimmt aber Oberschlesien, an Polen übergehen. Ich hoffe, die Regierung wird sich Zeit lassen, bevor sie einem Vorschlag dieser Art zustimmt, der keinen Vorteil für irgendjemanden bringen kann, aber vielleicht außerordentlich gefährlich für die allgemeinen Aussichten auf einen dauerhaften europäischen Frieden ist.
Mit welcher Begründung wird ein solcher Vorschlag gemacht? Er soll Polen eine Entschädigung bieten. Doch die ganze Rechtfertigung der Curzon-Linie liegt darin, daß man sich 1919 in Versailles auf sie geeinigt hat. Aber nicht nur die Curzon-Linie, auch Polens Westgrenze wurde in Versailles gebilligt. War die eine gerecht, mußte es wohl auch die andere sein.<<
Der britische Abgeordnete Rhys-Davis beendete am 1. März 1945 seine unerbittliche Kritik mit folgenden Worten (x028/77-78): >>... Wenn die Politik der alliierten Mächte Danzig und Ostpreußen und andere Teile von Deutschland Polen geben will, um einen neuen Staat zu schaffen, weil Teile Polens andererseits Rußland gegeben werden, stellen sie sich dann auch nur einen Augenblick lang vor, daß sie damit einen dauerhaften Frieden in Europa schaffen? ...<<
>>... Wir haben diesen Krieg mit großen Motiven und hohen Idealen begonnen. Wir haben die Atlantik-Charta veröffentlicht, sie dann bespieen und auf ihr herumgetrampelt und sie schließlich auf dem Scheiterhaufen verbrannt, und nun ist nichts mehr von ihr übrig.<<
General Eisenhower (Oberbefehlshaber der US-Besatzungstruppen) erhielt am 26. April 1945 die "Weisung JCS 1067", die am 14.05.1945 fast unverändert von US-Präsident Truman genehmigt wurde (x025/126, x063/613): >>... Es sollte den Deutschen beigebracht werden, daß Deutschlands skrupellose Kriegsführung aus dem Geist des fanatischen Naziwiderstandes die deutsche Wirtschaft zerstört und Chaos und Leiden unvermeidlich gemacht hat, und daß die Deutschen der Verantwortlichkeit nicht entrinnen können für das, was sie selbst über sich gebracht haben. Deutschland wird nicht besetzt werden zum Zweck der Befreiung, sondern als eine besiegte Feindnation. ...<<
>>... (Sie werden angewiesen,) keine Maßnahmen zu ergreifen
a) die die wirtschaftliche Erholung Deutschlands bezwecken oder
b) die bestimmt wären, die deutsche Wirtschaft aufrechtzuerhalten oder zu kräftigen.<<
Die US-Zeitung "Stars and Stripes" berichtete am 18. Mai 1945 (x111/24): >>Viele Jahre, vielleicht eine Generation, werden vergehen, bis die 70 Millionen Menschen im eroberten Deutschland wieder in der Lage sein werden, in der Weltpolitik mitzureden oder versuchen können, sich selbst zu regieren. ...<<
Der nordamerikanische Diplomat und Historiker George F. Kennan (1904-2005) berichtete am 19. Mai 1945 aus der US-Botschaft in Moskau (x116/35): >>Man kann getrost behaupten, daß kein anderer Personenkreis irgendwo auf der Welt sich der entscheidenden Wichtigkeit der Zeit nach dem Waffenstillstand, ihrer Möglichkeiten und Gefahren stärker bewußt ist als die Führer der Sowjetunion.
Selber Träger eines Regimes, das aus dem chaotischen Nachspiel des Ersten Weltkriegs er-

wuchs, sehen sie in aller Klarheit, daß es die jetzt während des auf die Militäraktionen folgenden allgemeinen Durcheinanders gezogenen Linien sind, die sich verfestigen und Bestand haben und das Gewicht der Zukunft bestimmen werden.
Die Entscheidungen der nächsten paar Wochen halten sie für wichtiger als selbst die Beschlüsse zukünftiger Friedenskonferenzen. Denn diese werden nach Auffassung der Sowjets wenig mehr ergeben als eine Bestätigung der Landmarken, die aufgestellt wurden als alles im Fluß war. ...<<
Die US-Militärregierung veröffentlichte am 26. Mai 1945 die Hauptziele der Alliierten (x073/216): >>Grundlegende Ziele der Militärregierung in Deutschland:
a) Es muß den Deutschen klargemacht werden, daß Deutschlands rücksichtslose Kriegsführung und der fanatische Widerstand der Nazis die deutsche Wirtschaft zerstört und Chaos und Leiden unvermeidlich gemacht haben und daß sie nicht der Verantwortung für das entgehen können, was sie selbst auf sich geladen haben.
b) Deutschland wird nicht besetzt zum Zwecke seiner Befreiung, sondern als ein besiegter Feindstaat. Ihr Ziel ist nicht die Unterdrückung, sondern die Besetzung Deutschlands, um gewisse wichtige alliierte Absichten zu verwirklichen. Bei der Durchführung der Besetzung und Verwaltung müssen Sie gerecht, aber fest und unnahbar sein. Die Verbrüderung mit deutschen Beamten und der Bevölkerung werden Sie streng unterbinden.
c) Das Hauptziel der Alliierten ist es, Deutschland daran zu hindern, je wieder eine Bedrohung des Weltfriedens zu werden. ...<<
Am 17. Oktober 1945 wurde die geheime Richtlinie "Direktive JCS 1067" des Oberbefehlshabers der US-Militärregierung in Deutschland vom 26. April 1945 veröffentlicht (x156/30): >>1. Zweck und Umfang dieser Direktive ...
Teil I Allgemeine und politische Angelegenheiten
... 4. Grundlegende Ziele der Militärregierung in Deutschland
a) Es muß den Deutschen klargemacht werden, daß Deutschlands rücksichtslose Kriegsführung und der fanatische Widerstand der Nazis die deutsche Wirtschaft zerstört und Chaos und Leiden unvermeidlich gemacht haben, und daß sie nicht der Verantwortung für das entgehen können, was sie selbst auf sich geladen haben.
b) Deutschland wird nicht besetzt zum Zwecke seiner Befreiung, sondern als besiegter Feindstaat. Ihr Ziel ist nicht die Unterdrückung, sondern die Besetzung Deutschlands, um gewisse wichtige alliierte Absichten zu verwirklichen. Bei der Durchführung der Besetzung müssen Sie gerecht, aber fest und unnahbar sein. Die Verbrüderung mit den deutschen Beamten und der Bevölkerung werden sie streng unterbinden.
c) Das Hauptziel der Alliierten ist es, Deutschland daran zu hindern, je wieder eine Bedrohung des Weltfriedens zu werden. ...<<

Zusammenfassung der Kriegskonferenzen und Besatzungspolitik der Alliierten
Im Dezember 1938 erörterten Dr. Benesch (Präsident der tschechoslowakischen Exilregierung) und der spätere Minister Ripka erstmalig die Ausweisung der Sudetendeutschen, die nach dem Kriegsende erfolgen sollte (x025/95).
Die polnische Exilregierung rief am 20. Dezember 1939 zur Befreiung Polens auf und verlangte gleichzeitig "neue polnische Grenzen", die die künftige Sicherheit Polens gewährleisteten und einen unmittelbaren, breiten Zugang zum Meer berücksichtigten (x064/159).
US-Präsident Roosevelt stimmte am 5. Dezember 1943 der Absicht des tschechischen Exilpolitikers Benesch zu, die Sudetendeutschen auszuweisen.
Premierminister Churchill berichtete am 15. Dezember 1943 vor dem britischen Unterhaus über die geplante "Umsiedlung" der Ost- und Volksdeutschen (x149/108): >>... (Wir befürworten die) völlige Vertreibung der Deutschen aus den Gebieten, die Polen im Westen und

Norden gewinnt, denn die Vertreibung ist, soweit wir in der Lage sind, es zu überschauen, das befriedigendste und dauerhafteste Mittel. Es wird keine Mischung der Bevölkerung geben, wodurch endlose Unannehmlichkeiten entstehen, wie z.B. im Falle Elsaß-Lothringen.
Reiner Tisch wird gemacht werden. Mich beunruhigt die Aussicht des Bevölkerungsaustausches ebensowenig wie die großen Umsiedlungen, die unter modernen Bedingungen viel leichter möglich sind als je zuvor.<<
Die Briten legten am 15. Januar 1944 in London ihren Aufteilungsplan des Deutschen Reiches vor (x041/129): Ost-West-Demarkationslinie = Lübeck - Helmstedt - Eisenach - Hof. Nach der zusätzlichen Festlegung von getrennten Besatzungszonen stimmte die UdSSR dem britischen Plan am 18.02.1944 zu. US-Präsident Roosevelt erteilte die Zustimmung am 1.06.1944.
Der deutsche Historiker Alexander Demandt schrieb später über die Zerstückelung des Deutschen Reiches (x283/234): >>Das Foreign Office sah eine Zerstückelung in 16 Staaten vor, die eine German Confederation bilden könnten. Diese Einheiten wurden dann auf 5 reduziert: Süddeutschland um München, Rheinland-Westfalen um Köln, Niedersachsen um Hamburg, Obersachsen um Leipzig sowie Preußen um Berlin, bestehend aus Brandenburg, Mecklenburg, Pommern und Schlesien.
In einer weiteren Vorlage der Briten aus dem Frühjahr 1943 gab es nur noch 3 Gebiete: Süddeutschland, Westdeutschland und Ostdeutschland. Dieses Konzept ging über in die Sektoreneinteilung der Besatzungsmächte, aus denen sich die Zweiteilung Deutschlands entwickelte.
Der senkrechten Nord-Süd-Grenze prophezeite Churchill keinen Bestand. Seine Lieblingsidee war die von Morgenthau: eine waagerechte Ost-West-Grenze entlang der Mainlinie, ein Rückgriff auf die Zeit vor 1866 mit zwei selbständigen Staaten, denen er Dauer verhieß.
So gab es für ein Nachkriegsdeutschland mehrere Möglichkeiten, ehe sich die Verhältnisse 1949 so konsolidierten, wie sie dann 40 Jahre Bestand hatten.<<
Churchill informierte am 22. Februar 1944 das britische Unterhaus (x039/227): >>... daß Polen im Norden und Westen zu Lasten Deutschlands Kompensationen erhalten werde, daß die Atlantik-Charta auf Deutschland keine Anwendung findet und daher Gebietsübertragungen und Grenzberichtigungen zu Lasten des Feindeslandes zulässig sind.<<
Churchill meinte am 26. August 1944 während einer Unterhaltung mit dem polnischen General Anders (x039/227): >>In Deutschland sei genügend Platz für die zu vertreibenden Deutschen. ...<<
Der PKWN-Vorsitzende Osobka-Morawski forderte am 28. August 1944 in Moskau die Oder und die Neiße als Grenze Polens (x039/227).
Churchill stellte am 27. Februar 1945 während einer Debatte des britischen Unterhauses fest (x028/77): >>Die 3 Mächte haben sich jetzt geeinigt, daß Polen beträchtlichen Landzuwachs sowohl im Norden wie im Westen erhalten soll.
Im Norden wird es sicherlich anstelle des gefährdeten Korridors die Großstadt Danzig, den größeren Teil Ostpreußens westlich und südlich Königsbergs erhalten, dazu einen langen, breiten Küstenstreifen an der Ostsee.
Im Westen wird es die wichtige Industrieprovinz Oberschlesien bekommen, dazu die Gebiete östlich der Oder, die bei der Friedensregelung vielleicht von Deutschland abgetrennt werden ...<<
Die US-Zeitschrift "TIME" zitierte am 24. März 1941 Auszüge aus dem Buch des US-Autors Theodore Newman Kaufman (1910-1986) "Germany must perish" (x025/123): >>... Sterilisierung sollte nicht mit Kastration verwechselt werden. Es ist eine gefahrlose und einfache Operation, ziemlich harmlos und schmerzlos, die den Patienten weder verstümmelt noch zum geschlechtslosen Wesen macht. ...
Wenn man bedenkt, daß solche gesundheitsfördernden Maßnahmen wie Impfungen und Se-

rumbehandlungen als direkte Wohltaten für die Bevölkerung betrachtet werden, dann kommt man nicht umhin, die Sterilisierung des deutschen Volkes als eine große Gesundheitsmaßnahme der Menschheit zu betrachten, um sich FÜR IMMER gegen den Virus des deutschen Wesens zu immunisieren.<<
Das "Kaufman-Buch", das auch eine Landkarte enthielt, wie das ausgestorbene Land (einschließlich Österreich) anschließend an die Nachbarstaaten verteilt werden sollte, wurde im Jahre 1941 von der NS-Propaganda übersetzt, auszugsweise im Rundfunk gesendet und als Buch veröffentlicht (Titel: "Deutschland muß sterben").
Im US-Magazin "Peabody Magazine" wurde am 4. Januar 1943 der Aufsatz "Breed War Strain out of Germans" des nordamerikanischen Harvard-Professors Earnest Albert Hooton (1887-1954, Anthropologe) abgedruckt.
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) schrieb später über diesen Vorschlag des nordamerikanischen Harvard-Professors Hooton (x025/124-125): >>In seinem PM-Aufsatz "Breed War Strain out of Germans" schlägt der Anthropologe vor, frei nach Mendels Gesetzen die deutsche "Aggressivität" aus dem Volk herauszuzüchten.
Dieses Ziel könne erreicht werden, indem man Angehörige der alliierten Besatzungstruppen zu Ehen mit deutschen Frauen ermutige und außerdem die Einwanderung nicht-deutscher Menschen, vor allem nicht-deutscher Männer, nach Deutschland fördere. Das Gros der ehemaligen Wehrmacht solle währenddessen mindestens 20 Jahre lang im Ausland Zwangsarbeit leisten.
Auf diese Weise ließe sich die Zahl der reinrassigen Deutschen ("pure Germans") und damit die kriegerische Erbanlage der Mitteleuropäer in absehbarer Zeit drastisch reduzieren.<<
Während der Konferenz von Casablanca (14.01.-25.01.1943) verkündete Roosevelt am 25. Januar 1943, daß nur noch die vollständige militärische und staatlich-politische Kapitulation - "Unconditional Surrender" - der Deutschen in Frage kommen würde (x069/188). Jeder Waffenstillstand (auch mit einer "neuen" deutschen Regierung, nach einem Sturz Hitlers) wurde damit strikt ausgeschlossen (x041/123). Für das NS-Regime und den deutschen Widerstand war es jetzt endgültig zu spät, den Krieg durch politische Lösungen zu beenden.
Diese vollständige militärische und staatlich-politische Kapitulationsforderung verlängerte den Zweiten Weltkrieg unnötig, forderte unzählige sinnlose Opfer und unterstützte letzten Endes Stalins Expansionspläne. Die bedingungslose Kapitulationsforderung der westlichen Alliierten wurde von der NS-Propaganda bis zum Kriegsende unermüdlich eingesetzt, um den Durchhaltewillen und die Kampfbereitschaft der Deutschen zu steigern.
Im Verlauf der Konferenz von Teheran (28.11.-1.12.1943) einigten sich die "Großen Drei" (Premierminister Churchill, US-Präsident Roosevelt und Regierungschef Stalin) bereits grundsätzlich über die politische Zukunft und das wirtschaftliche Schicksal des Deutschen Reiches.
Churchill erklärte während dieser Konferenz (x028/63): >>... Polen könnte sich nach Westen verlagern, wie Soldaten, die seitlich wegtreten. Falls es dabei auf "einige deutsche Zehen" trete, könne man das eben nicht ändern, doch müsse Polen auf alle Fälle stark sein.<<
Mit Hilfe von 3 Streichhölzern, die er nach Westen fallen ließ, demonstrierte Churchill anschließend die westliche Verlagerung Polens. Für dieses berühmt-berüchtigte "Streichhölzchenspiel" ("Nimm von 3 Hölzchen das rechte weg und lege es links wieder an") erhielt Churchill vor allem von der sowjetischen Delegation großen Beifall (x035/331).
Die Vorschläge für die Westverschiebung der polnischen Grenzen wurden in das offizielle Teheraner Verhandlungsprotokoll aufgenommen. Von der Lausitzer Neiße, Niederschlesien und Stettin war in Teheran noch nicht die Rede.
Der nordamerikanische Rechtsanwalt und Berater Louis Nizer (1902-1994) veröffentlichte Anfang Januar 1944 in New York sein Buch "What to do with Germany?". Das Buch wurde

in Nordamerika ein Bestseller.
Nizer schrieb in diesem Buch z.B. über den Charakter der Deutschen (x025/118-119): >>... Die Deutschen haben eine Religion entwickelt, die aus dem Krieg eine Religion und aus Massenmord einen Kult macht. Sie betrachten es als ihre Mission, alle anderen Völker zu versklaven. Sie verwerfen die Lehre von der Heiligkeit des menschlichen Lebens und der Freiheit und ersetzen sie durch das Ideal des Krieges. ...
Die deutsche Philosophie ist aus der Barbarei entstanden und durch Kultur verfeinert und gefährlicher gemacht worden. Sie bleibt jedoch die Philosophie von Zahn und Klaue, modernisiert durch Flugzeug-Zähne und Panzer-Klauen. Die Jahrhunderte haben sie nicht verändert. Der Evolution des Menschen, die seine geistigen Fähigkeiten entwickelt hat, haben die Deutschen getrotzt. ...<<
Das Buch "What to do with Germany?", daß den antijüdischen NS-Hetzschriften ähnelte, wurde später von US-Präsident Roosevelt an Kabinettsmitglieder verteilt. US-General Eisenhower ließ außerdem 100.000 Bücher einer Militär-Ausgabe an die US-Truppen verteilen (x025/119).
Der spätere US-Präsident Truman war ebenfalls über Nizers Buch begeistert (x025/119): >>... Eines der fesselndsten und aufschlußreichsten Bücher, (die ich je gelesen habe). ... Jeder in diesem Land sollte es lesen! ...<<
Am 2. September 1944 veröffentlichte die nordamerikanische "Dreierkommission" (Außenminister Hull, Kriegsminister Stimson und Finanzminister Morgenthau) den sog. "Morgenthau-Plan".
US-Finanzminister Henry Morgenthau (1891-1967, 1934-45 US-Finanzminister und persönlicher Berater des nordamerikanischen Präsidenten), der diesen aus 14 Punkten bestehenden Plan maßgeblich prägte und während der Überarbeitung nochmals erheblich verschärfte, war der festen Überzeugung, daß die Deutschen unweigerlich weitere Kriege anfangen würden.
Daher müßte man sie zu einer drittklassigen Nation reduzieren, um das "Problem Deutschland" endgültig und radikal zu erledigen. Die "deutsche Gefahr" konnte nach Morgenthaus Meinung nur beseitigt werden, wenn man das Deutsche Reich drastisch verkleinern und zu einem primitiven Agrarstaat zurückentwickeln würde.
Roosevelt und Churchill unterzeichneten am 15. September 1944 in Quebec den modifizierten (abgewandelten) Morgenthau-Plan. Führende nordamerikanische Politiker wie Hull und Stimson lehnten den radikalen Morgenthau-Plan jedoch weiterhin massiv ab (x114/1.55).
Nach scharfer Kritik der nordamerikanischen Medien und massiven Protesten der deutsch-nordamerikanischen Bevölkerung gegen den "Morgenthau-Plan" zogen Roosevelt und Churchill am 22. September 1944 ihre Unterschriften zurück.
US-Präsident Roosevelt verhielt sich danach zwar distanzierter, aber der "Morgenthau-Plan" wurde letzten Endes nur aufgeschoben und nicht fallengelassen, denn wesentliche Bestandteile des Plans wurden nach der deutschen Kapitulation von den alliierten Militärregierungen übernommen und z.T. sogar in verschärfter Form realisiert. Die westlichen Alliierten "verschenkten" später nicht nur die wertvollen landwirtschaftlichen Überschußgebiete östlich der Oder und Neiße, sondern sie stimmten schließlich außerdem zu, daß Millionen von Reichs- und Volksdeutschen aus ihrer jahrhundertealten Heimat vertrieben wurden.
Am 4. Februar 1945 begannen Churchill, Roosevelt und Stalin die "Jalta-Konferenz" (4. bis 11. Februar 1945) auf der Halbinsel Krim.
Am 7. Februar 1945 erklärte Churchill, daß die polnischen Westgrenze östlich der Oder entlang verlaufen sollte und die neuen polnischen Gebiete "deutschfrei" sein müßten. Churchill meinte, daß man die von Polen gewünschten Gebiete östlich der Oder-Linie akzeptieren könnten.
Stalin forderte daraufhin sofort die Görlitzer Neiße (Niederschlesien mit Breslau, westlich der

Oder) als polnische Westgrenze. Der sowjetische Außenminister Molotow verlangte danach, daß Polen außerdem die Hafenstadt Stettin (westlich der Oder) benötigen würde. Diese sowjetischen Forderungen waren für Churchill jedoch unannehmbar und wurden strikt abgelehnt.
Churchill erklärte am 7. Februar 1945 zur "Aussiedlung" der Ostdeutschen, daß 6 Millionen Vertriebene vielleicht gehandhabt werden könnten, aber alles was darüber hinausgehen würde, wäre nicht zu bewältigen (x020/59).
Churchill bemerkte später zu den Gebietsforderungen (x028/73): >>... (Es) wäre ... höchst bedauerlich, wenn man die polnische Gans dermaßen mit deutschem Futter mäste, daß sie an Verdauungsbeschwerden eingehe ...<<
US-Präsident Roosevelt beteiligte sich fast gar nicht an den Grenzdiskussionen. Er bestätigte nur, daß Polen auf Kosten des Deutschen Reiches entschädigt werden müßte, lehnte die polnische Grenzverlagerung bis zur Görlitzer Neiße jedoch ebenfalls ab. Für die anstehenden Vertreibungen der Ostdeutschen hatte der todkranke nordamerikanische Präsident kein einziges Wort übrig, denn dieses "nebensächliche Thema" interessierte ihn offensichtlich nicht.
Für Stalin war die polnische Grenzfrage längst entschieden. Stalin erklärte z.B., daß es bei den "Umsiedlungen" der Deutschen keine großen Probleme geben würde, denn in den fraglichen Gebieten würden sich ohnehin keine Deutschen mehr aufhalten, da die meisten Deutschen bereits vor der Roten Armee in den Westen geflohen seien (x028/103). Die Organisation bzw. Durchführung der gigantischen Massenaustreibungen und die bereits beschlossene Vertreibung von über 3,0 Millionen Sudetendeutschen wurden nicht erwähnt.
Im Verlauf der Jalta-Konferenz faßten "Die Großen Drei" u.a. folgende Beschlüsse:
1. Zerstückelung des Deutschen Reiches und Aufteilung in 4 Besatzungszonen. Die französische Besatzungszone wurde von Churchill durchgesetzt.
2. In einem Geheimprotokoll wurden die deutschen Reparationen festgelegt (Gesamthöhe = mindestens 20 Milliarden US-Dollar, davon 50 % für die UdSSR, die Verwendung von deutschen Arbeitskräften bzw. Zwangsarbeitern wurde erlaubt - x001/79E).
Die endgültige Festlegung der polnischen Westgrenze wurde zurückgestellt. Die Curzon-Linie wurde zwar als polnische Ostgrenze bestätigt, aber Churchill und Roosevelt trafen in Jalta noch keine verbindlichen Entscheidungen über die polnischen Westgrenzen und den Zeitpunkt der Vertreibung. Sie erkannten aber grundsätzlich an, Polen zu Lasten der deutschen Ostgebiete zu entschädigen und daß die deutsche Bevölkerung Polens umgesiedelt werden sollte.
Stalin war nach der Jalta-Konferenz davon überzeugt, daß die westlichen Verbündeten auch zukünftig keine ernsthaften Probleme bereiten würden. Da die Nordamerikaner und Briten die völkerrechtswidrigen Deportations- und Vertreibungspläne der Sowjets, Polen und Tschechen hinlänglich kannten, wurde Stalin durch die gleichgültige bzw. leichtfertige Zustimmung der Anglo-Amerikaner wahrscheinlich sogar noch indirekt ermuntert, die jahrhundertelange "deutsche Ostsiedlung" endgültig und radikal zu erledigen.
Der sowjetische Diktator war fest entschlossen, diese einmalige Gelegenheit unbedingt zu nutzen, um vollendete Tatsachen zu schaffen. Im Verlauf der "sowjetischen Befreiungsmission" leistete das zügellose Millionenheer der Roten Armee in den deutschen Siedlungsgebieten "gründliche Vorarbeiten". Nach der Jalta-Konferenz setzte Stalin außerdem die kommunistische Machtergreifung in Polen, Bulgarien, Rumänien, Ungarn und in Jugoslawien durch.
General Eisenhower (Oberbefehlshaber der US-Besatzungstruppen) erhielt am 26. April 1945 die "Weisung JCS 1067", die am 14.05.1945 fast unverändert von US-Präsident Truman genehmigt wurde (x025/126, x063/613): >>... Es sollte den Deutschen beigebracht werden, daß Deutschlands skrupellose Kriegsführung aus dem Geist des fanatischen Naziwiderstandes die deutsche Wirtschaft zerstört und Chaos und Leiden unvermeidlich gemacht hat, und daß die Deutschen der Verantwortlichkeit nicht entrinnen können für das, was sie selbst über sich ge-

bracht haben. Deutschland wird nicht besetzt werden zum Zweck der Befreiung, sondern als eine besiegte Feindnation. ...<<
>>... (Sie werden angewiesen,) keine Maßnahmen zu ergreifen
a) die die wirtschaftliche Erholung Deutschlands bezwecken oder
b) die bestimmt wären, die deutsche Wirtschaft aufrechtzuerhalten oder zu kräftigen.<<
Schlußbemerkungen: Als Hitler im Jahre 1940 die "Zwangsgettoisierung" aller westpolnischen Juden anordnete, veröffentlichten die anglo-nordamerikanischen Massenmedien regelmäßig antideutsche Meldungen. Alle Deutschen wurden allmählich mit dem verbrecherischen NS-Regime gleichgesetzt ("Sippenhaftung bzw. Kollektivschuld").
Der deutsche Historiker Alexander Demandt schrieb später über die antideutsche Haltung der westlichen Alliierten (x283/232-233): >>Schon seit den ersten Kriegsjahren ventilierten die Alliierten unterschiedliche Nachkriegspläne bezüglich der näheren und ferneren Zukunft Deutschlands. Ein breites Spektrum an Möglichkeiten tat sich auf. Die leitende Absicht war, Deutschland als Militärmacht und Gefahr für seine Nachbarn endgültig auszuschalten.
Gegen Kriegsende wurden drastische Maßnahmen erwogen, Churchill und Eisenhower waren für kurzen Prozeß. Sie wollten jeden Nazi ab Majorrang erschießen lassen, viele Tausende von wirklichen oder angeblichen Kriegsverbrechern sollten sterben. Roosevelt plädierte mehrmals für eine Massenkastration der Deutschen. Das Nürnberger Tribunal war nicht von Anfang an vorgesehen, doch hatten die Vertreter der neuen Exilregierungen in London schon 1943 ein Gerichtsverfahren gegen die "War Crimes" verlangt.<<
Am 2. September 1944 veröffentlichte die nordamerikanische "Dreierkommission" (Außenminister Hull, Kriegsminister Stimson und Finanzminister Morgenthau) den sog. "Morgenthau-Plan".
Nach dem sog. "Morgenthau-Plan" sollte das "Problem Deutschland" endgültig und radikal erledigt werden. Die nordamerikanische "Dreierkommission" forderte, sämtliche Industrieanlagen des Deutschen Reiches vollständig zu demontieren bzw. zu zerstören, um das "Nazireich" auf die Stufe eines Agrarlandes zurückzuführen.
Der Morgenthau-Plan enthielt u.a. folgende Forderungen (x044/202-203): >>... Es sollte das Ziel der Alliierten sein, die vollständige Entmilitarisierung Deutschlands in kürzestmöglicher Zeit nach der Kapitulation durchzuführen. Das bedeutet:
Vollständige Entwaffnung der deutschen Wehrmacht und des deutschen Volkes.
Polen sollte denjenigen Teil Ostpreußens erhalten, welcher nicht an Rußland fällt, dazu den südlichen Teil von Schlesien.
Frankreich sollte die Saar und die angrenzenden Gebiete erhalten, welche durch den Rhein und die Mosel begrenzt werden.
Es sollte eine internationale Zone geschaffen werden, welche die Ruhr und die Industriegebiete umfaßt.
Der Restteil Deutschlands sollte in zwei autonome, unabhängige Staaten,
1. einen süddeutschen, bestehend aus Bayern, Württemberg, Baden und einigen kleineren Gebieten, und
2. einen norddeutschen, umfassend den größeren Teil des preußischen Staates, Sachsen, Thüringen und einzelne kleine Staaten, aufgeteilt werden.
Im Ruhrgebiet liegt das Herz der deutschen industriellen Macht. Diese sollte nicht nur von allen dort augenblicklich bestehenden Industrien entblößt, sondern so geschwächt und kontrolliert werden, daß es in absehbarer Zeit kein Industriegebiet wieder werden kann.
a) Innerhalb kürzester Frist, wenn möglich nicht länger als 6 Monate nach Einstellung der Feindseligkeiten, sollen alle Industrieanlagen und Ausrüstungen nicht durch eine militärische Aktion zerstört, sondern vollständig demontiert und als Restitution (Erstattung) für die Alliierten abtransportiert werden. Alle Kohlengrubenausrüstungen sollen entfernt und die Kohlen-

gruben geschlossen werden.
b) Das Gebiet soll internationalisiert und durch eine internationale Sicherheitsbehörde, die durch die Vereinten Nationen zu errichten wäre, verwaltet werden. ...<<
General Eisenhower (Oberbefehlshaber der US-Besatzungstruppen) erhielt am 26. April 1945 die "Weisung JCS 1067", die am 14.05.1945 fast unverändert von US-Präsident Truman genehmigt wurde.
US-General Lucius D. Clay schrieb später über die berüchtigte Geheimdirektive JCS 1067, die bis zum 15.07.1947 in Kraft blieb (x114/2.103): >>JCS 1067 ließ der Militärregierung nur begrenze Vollmachten. Es untersagte uns ausdrücklich, Schritte zu unternehmen, die deutsche Wirtschaft irgendwie wieder herzustellen oder auf ihrem Stand zu erhalten: erlaubt war nur die höchtsmögliche Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung; eine Bodenreform war vorgesehen. ...
Die Fertigung der Kriegsbetriebe sollte gestoppt, die dafür ausgerüsteten Fabriken mußten entfernt werden, ohne erst Kontrollratsbeschlüsse abzuwarten. Bis zu einer Übereinkunft im Rat sollte nichts an Eisen, Stahl, Chemikalien, Werkzeugmaschinen, Radios, elektrischem Gerät, Autos und schwere Maschinen hergestellt werden. ...
(Es) stand außer Zweifel, daß JCS 1067 einen "Karthago-Frieden" zum Ziel hatte, der unser Handeln in den ersten Besatzungsmonaten bestimmte.<<
Herbert Ludwig berichtete später (am 30. April 2015) in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die angebliche Befreiung der Deutschen durch die Alliierten nach dem 2. Weltkrieg (x943/…): >>**Von der Wegbereitung des Nationalsozialismus durch britisch-amerikanische Finanzkreise**
"Während die Halbwahrheit, daß der Hitlerismus mit Hilfe der amerikanischen Streitkräfte 1945 besiegt wurde, in alle Köpfe gehämmert wurde, bleibt die andere Hälfte der Wahrheit, daß derselbe Hitlerismus nur mit Hilfe britisch-amerikanischer Kapitalhilfe überhaupt aufgebaut werden konnte, bis heute ein Tabu akademischer Geschichtsschreibung."
Am 8. Mai 2015, dem 70. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges, klang uns wieder vielfach die politische Geschichtsversion von der Befreiung Deutschlands von der nationalsozialistischen Diktatur in den Ohren. Als reiner Vorgang auf der äußeren Tatsachenebene ist sie eine Banalität; sie war die automatische Folge des Sieges der Alliierten.
Als Kriegsziel der Alliierten, das ja damit suggeriert wird, ist sie nicht wahr. Man will kein Volk befreien, wenn man es z.B. noch zum Schluß, wo der Krieg längst entschieden war, flächendeckend in Grund und Boden bombt und die Städte in Flammenhöllen verwandelt, in denen Hunderttausende von Frauen und Kindern verdampfen. Das Ziel der Alliierten war nicht die Befreiung Deutschlands vom Nationalsozialismus, sondern seine Zerstörung.
In der amerikanischen Regierungsanweisung ICG 1067 vom April 1945 heißt es*: "Deutschland wird nicht mit dem Ziel der Befreiung besetzt, sondern als eine besiegte feindliche Nation zur Durchsetzung alliierter Interessen."*
Und der britische Kriegspremier Winston Churchill hatte einen Vertreter des deutschen Widerstandes während des Krieges mit der Bemerkung abgespeist: "*Sie müssen sich darüber im Klaren sein, daß dieser Krieg nicht gegen Hitler oder den Nationalsozialismus geht, sondern gegen die Kraft des Deutschen Volkes, die man für immer zerschlagen will, gleichgültig, ob sie in den Händen eines Adolf Hitlers oder eines Jesuitenpaters liegt."*
Die angloamerikanischen Ziele
Vor kurzem erregte das Video einer Vortragsveranstaltung von George Friedman, Chef des einflußreichen US-Think-Tanks *Stratfor,* im Chicago Council on Global Affairs vom 4.2.2015 Aufsehen, in der er das seit langem verfolgte zentrale geopolitische Ziel der USA unverhüllt formulierte:
"Das Hauptinteresse der USA-Außenpolitik während des letzten Jahrhunderts, im Ersten und

Zweiten Weltkrieg und im Kalten Krieg waren die Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland. Denn vereint sind sie die einzige Macht, die uns bedrohen kann. Unser Hauptinteresse galt sicherzustellen, daß dieser Fall nicht eintritt. ... Für die Vereinigten Staaten ist die Hauptsorge, daß deutsches Kapital und deutsche Technologien und die russischen Rohstoff-Ressourcen und die russische Arbeitskraft sich zu einer einzigartigen Kombination verbinden. Dies versuchen die USA seit einem Jahrhundert zu verhindern."

In diesem Hauptinteresse arbeiten die britischen und amerikanischen Elitenzirkel seit über hundert Jahren eng zusammen. Der amerikanische Wirtschaftshistoriker Guido Giacomo Preparata beschrieb es 2005 in einer Forschungsarbeit folgendermaßen:

"Die Geschichte, die in diesem Buch erzählt wird, ist die des britischen Empires, das um 1900 aus Furcht vor der aufstrebenden Macht des jungen Deutschen Reiches im Geheimen einen Plan für eine gigantische Einkreisung der eurasischen Landmasse schmiedete. Das Hauptziel dieser titanischen Belagerung war die Verhinderung eines Bündnisses zwischen Deutschland und Rußland:

Wenn diese beiden Mächte sich zu einer "Umarmung" verbinden würden, argumentierten die britischen Wächter, würden sie in der Lage sein, sich mit so einer gewaltigen Festung von Ressourcen, Menschen, Wissen und militärischer Macht zu umgeben, daß damit der Fortbestand des britischen Empires im neuen Jahrhundert gefährdet wäre.

Mit dieser frühen Einschätzung leitete Britannien eine außerordentliche Kampagne zur Auseinanderreißung Eurasiens ein, bei der Frankreich und Rußland, und zuletzt auch die Vereinigten Staaten, eingesetzt wurden, um gegen die Deutschen zu kämpfen. Die wechselnden Ereignisse der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts waren der Stoff für das Epos von der großen Belagerung Europas."

Es entstand der ungeheuerliche Plan, ein Bündnis Deutschlands mit Rußland dadurch dauerhaft zu verhindern, daß man Konstellationen herbeiführte, durch die sie, beiderseits mit westlicher Hilfe aufgerüstet, gegeneinander in einen Krieg getrieben wurden, in dem sie sich gegenseitig zerfleischten und zerstörten - eine Methode, die auch Friedman in der Veranstaltung vom 4.2.2015 empfiehlt und als vielfach angewendet beschrieb. Der erste Akt einer dazu erforderlichen Einkreisung Deutschlands kam mit dem Ersten Weltkrieg zum Abschluß, der vom Eintritt der USA in das große imperiale Schachspiel gekrönt wurde.

Mit der Niederlage Deutschlands waren die westlichen Ziele aber nur zum Teil erreicht. Das Diktat von Versailles, das Deutschland Reparationszahlungen in untragbarer Höhe auferlegte, gegen die sich selbst der Vertreter des britischen Schatzamtes, der Ökonom John Maynard Keynes, empörte, schuf daher keine Friedensgrundlagen, sondern legte bewußt die Keime, aus denen notwendig ein zweiter, noch vernichtenderer Krieg hervorgehen sollte.

Deutschland war im Ersten Weltkrieg auf dem eigenen Territorium nicht besiegt worden; die deutschen Eliten und die politischen und wirtschaftlichen Strukturen waren intakt geblieben. Daher begannen im nächsten Akt die verdeckten Bemühungen, unter dem Druck von Reparationen, Not und Empörung, ein radikal-reaktionäres, revanchistisches Regime entstehen zu lassen, das sich zu einem erneuten Feldzug gegen Rußland verleiten ließe, welches inzwischen ebenfalls mit westlicher Hilfe zu einer radikal-sozialistischen Diktatur aufgebaut wurde. *"Der vorausberechnete Zweck bestand darin, das neue reaktionäre deutsche Regime in einen Zweifrontenkrieg hineinzuziehen (den Zweiten Weltkrieg) und dann von der Gelegenheit zu profitieren, um Deutschland ein für alle Mal zu vernichten." …<<*

Der Luftkrieg (1940-1945)

> Seitdem der Krieg mit Flugzeugen und Kampfstoffen geführt wird, ist aus dem Aderlaß eine Amputation geworden. ... Derjenige, der als letzter zugrunde geht, ist der Sieger. Aber schließlich verkommen sie alle.
> *Antoine de Saint Exupery, eigentlich Marie Roger Comte (1900-1944, französischer Schriftsteller)*

Beginn des Luftkrieges

Nach einem britischen Luftangriff gegen Heide in Holstein gab das Oberkommando der Wehrmacht am 25. April 1940 bekannt (x172/195): >>... Der Feind hat einen Luftkrieg gegen unverteidigte Ziele eröffnet.<<

Die britische Regierung beschloß am 11. Mai 1940 die "Eröffnung der strategischen Luftoffensive" gegen das Deutsche Reich (x040/29).

Der britische Luftwaffenexperte James Spaight schrieb später über die "Eröffnung der strategischen Luftoffensive" (x172/201-202): >>... Das Bomber Command zog am 11. Mai 1940 in den Krieg. Bis dahin hatte es nur Krieg gespielt. Nun begannen wir, Ziele im deutschen Kernland zu bombardieren, bevor die Deutschen es in England taten.<<

Infolge ungünstiger Nachrichtenverbindungen wurde Rotterdam am 14. Mai 1940 trotz Friedensverhandlungen irrtümlich von 57 deutschen Bombern bombardiert (43 Flugzeuge brachen den Luftangriff noch rechtzeitig ab). Der deutsche Luftangriff gegen die militärisch verteidigte Stadt Rotterdam, der über 900 Tote forderte, wurde während der deutsch-niederländischen Kapitulationsverhandlungen zwar gestoppt, konnte jedoch infolge unglücklicher Umstände nicht mehr verhindert werden (x040/29). Der Luftangriff gegen Rotterdam war ungeachtet der widrigen Umstände eine Handlung der militärischen Offensive, denn während des Angriffes der Luftwaffe belagerten deutsche Truppen die Stadt.

Am 16. Mai 1940 griffen 99 britische Bomber Öllager und Bahnstrecken im Ruhrgebiet an.

Das "Deutsche Nachrichtenbüro" berichtete am 19. Mai 1940 (x033/83): >>Seit dem 10. Mai haben feindliche Bombenflugzeuge deutsches Reichsgebiet vielfach in tiefen Einflügen in zahlreichen Fällen mit Brand- und Sprengbomben teilweise schwersten Kalibers beworfen. Die Abwürfe erfolgten offensichtlich völlig wahllos. Zum Beispiel erfolgte ein Luftangriff mit Abwurf von Brandbomben auf das Kloster Marienberg bei Boppard, das als Mädchenpensionat benutzt wird. In Emmerich wurde das Krankenhaus von Bomben getroffen.<<

Der britische Premierminister Winston Churchill erklärte am 8. Juli 1940 in einer Denkschrift an den britischen Minister für Flugzeugproduktion, daß man zukünftig vor allem mehr Bomber benötigen würde (x172/235): >>... Es gibt nur eins, um ihn ... auszuschalten, und zwar ein absolut verheerender, vernichtender Schlag durch schwere Bomber aus diesem Land gegen die Heimat der Nazis. ...<<

Der 1. deutsche Luftangriff gegen Großbritannien erfolgte am 10. Juli 1940. Stärkere Luftflotten (General Albert Kesselring und General Hugo Sperrle) bombardierten militärische Ziele in Süd-England (x040/38-39).

Luftkrieg gegen England

Hitler befahl am 1. August 1940 mit der "Weisung Nr. 17" den verschärften See- und Luftkrieg gegen England (x040/40).

Am 13. August 1940 wurde der "verschärfte See- und Luftkrieg" gegen England mit dem sogenannten "Adlertag" eröffnet. An diesem Tag wurden rund 1.485 Einsätze geflogen. Die deutsche Luftwaffe verlor 34 Maschinen (x040/41).

Die deutsche Luftwaffe stellte für den Luftkrieg gegen Großbritannien die Luftflotten 2 (Generalfeldmarschall Kesselring) und 3 (Generalfeldmarschall Sperrle) mit 875 Bombern, 316

Stukas, 45 Fernaufklärern, 702 Jägern und 227 Zerstörerflugzeugen sowie die Luftflotte 5 (Generaloberst Stumpff) in Norwegen mit 123 Bombern, 33 Fernaufklärern und 34 Zerstörerflugzeugen bereit (x040/41).
Bis zum 31. August 1940 gingen während der "Luftschlacht um England" 359 britische Flugzeuge sowie 252 deutsche Jäger und 215 Bomber verloren (x040/43).
Die "New York Times" berichtete am 2. September 1940 über britische Luftangriffe gegen Deutschland (x172/253): >>... Bomber der Royal Air Force entfesselten einen verheerenden Brandbombenangriff auf den berühmten Schwarzwald, die dichten Wälder im Oberharz, den Grunewald und den Thüringer Wald.<<
Die deutsche Luftwaffe flog am 7. September 1940 mit etwa 300 Bombern einen schweren "Vergeltungsangriff" gegen London und britische Flugplätze. London wurde danach in den folgenden 65 Nächten bombardiert (x040/44).
Am 14./15. November 1940 griffen 449 deutsche Flugzeuge die britische Industriestadt Coventry (Zentrum der britischen Flugzeugmotorenindustrie) an und warfen 500 t Sprengbomben sowie 30 t Brandbomben ab.
Dieser Luftangriff, der 554 Tote und 865 Schwerverletzte forderte, war kein Flächenbombardement gegen zivile Objekte (Wohnviertel etc.), denn man beabsichtigte vor allem, die britische Rüstungsindustrie empfindlich zu treffen (x040/50).
Wenn die deutsche Luftwaffe wirklich nur zivile Objekte bombardiert hätte, wie noch heute offiziell von den Briten behauptet wird, dann wären in Coventry sicherlich wesentlich mehr Menschen umgekommen. Die Briten wurden außerdem nachweislich frühzeitig über diesen deutschen Luftangriff informiert, denn sie konnten längst den deutschen Funk-Code entschlüsseln. Churchill ließ damals jedoch weder den Bürgermeister, die Feuerwehr noch sonstige Rettungsdienste über den deutschen Angriff gegen Coventry informieren, so daß jegliche Evakuierungsmaßnahmen unterblieben.
Erst 20 Minuten vor dem Beginn des deutschen Großangriffes erhielt eine örtliche Flakmannschaft folgende Nachricht (x172/283): >>Heute Abend größerer Luftangriff auf Coventry geplant.<<
Die "New York Times" berichtete am 17. November 1940 über den Luftkrieg in Europa (x172/286): >>... Jeder Angriff auf Menschen, ob er nun von den Engländern ausgeht, die behaupten, ihre Aktionen strikt auf militärische Ziele zu beschränken, oder von den Nazis, die sich damit brüsten, nach dem Prinzip Auge und Auge, Zahn um Zahn zu handeln, beschleunigt das Tempo des Massenmords und steigert den Blutdurst.<<
Charles Portal (1893-1971, von 1940-45 Oberbefehlshaber der Royal Air Force) schrieb am 7. Dezember 1940 an den britischen Premierminister Winston Churchill (x172/292): >>... Sie trugen mir vor 2 Tagen auf, einen Plan für einen Bombenangriff mit größtmöglichster Zerstörungswirkung auf eine ausgewählte deutsche Stadt (Hannover, Mannheim, Köln oder Düsseldorf) auszuarbeiten. ...
Die ersten Angriffe werden mit Brandbomben erfolgen, wenn das Wetter mitspielt, ist vorgesehen, den Einsatz mit Spreng- und Brandbomben die ganze Nacht über fortzuführen.
Zur Verwendung kommen 1000- und 500-Pfund-Bomben statt 250-Pfund-Bomben; bei günstiger Wetterlage werden auch Minen abgeworfen. Alle Sprengbomben werden so gezündet, daß sie die größtmögliche Zerstörung ... anrichten.
Auf ihr Kommando hin werde ich den Befehl zur Durchführung in der ersten dafür geeigneten Nacht geben.<<
Der australische Premierminister Robert G. Menzies (1894-1978) schrieb am 21. März 1941 nach einem schweren Luftangriff gegen London (x172/333): >>... Straße um Straße in Flammen. Arme alte Leute werden verschreckt und benommen in Unterkünfte geführt. ...
Ich bin ganz und gar für den Frieden, wenn er denn kommt, doch für die Menschheit wäre es

eine Tragödie, wenn er einträte, bevor auch die Städte dieser Bestien zerstört worden sind. Der Hunne muß es am eigenen Leibe spüren.<<

Die "United Press" berichtete am 2. April 1941 über den Luftschutz in Deutschland (x172/-336): >>... Vergangenen Herbst hat es einige grausige Vorfälle gegeben. Es ist vorgekommen, daß Menschen, die in ihren Kellern Schutz gesucht hatten, nach einem Bombenvolltreffer durch das Feuer über ihren Köpfen bei lebendigem Leibe verbrannt oder im Wasser, das aus geborstenen Leitungen strömte, ertrunken sind, wenn der einzige Ausgang blockiert war. ...

Am stärksten sind die Juden betroffen. Wie ich erfahren habe, dürfen sie keine Schutzräume für Arier mehr betreten, sondern müssen sich anderweitig in Sicherheit bringen, es sei denn, der Keller eines Gebäudes ist so groß, daß für sie ein eigener Schutzraum eingerichtet werden kann.<<

Bischof George Bell von Chichester schrieb am 17. April 1941 in einem Brief an die Londoner "Times" (x172/345): >>... Wenn Europa auch nur einen Funken Gesittung besitzt, was kann dann die nächtliche Bombardierung von Städten und den Terror gegen Nichtkombattanten rechtfertigen?

Wie wäre es, wenn die britische Regierung feierlich verspräche, nicht mehr nachts zu bombardieren, falls die deutsche Regierung die gleiche Zusage gäbe? Schon diese eine Einschränkung könnte der weltweit wachsenden Niedertracht und Hemmungslosigkeit Einhalt gebieten.<<

Beim letzten schweren Luftangriff auf London am 10./11. Mai 1941 (mehr als 500 deutsche Kampfflugzeuge und Bomber) starben über 1.200 Briten (x041/110). Die "Luftschlacht um England" wurde danach wegen des Rußlandfeldzuges abgebrochen.

Der deutsche Historiker Gerhard Hümmelchen schrieb später über den Abbruch der "Luftschlacht um England" (x051/365): >>... Der Aufmarsch der deutschen Luftwaffe für den Rußlandfeldzug zwang zum Abbruch der Luftschlacht. Sie hatte zwar schwere Schäden angerichtet und 41.294 britische Zivilisten getötet sowie 52.128 verletzt (1.7.40-31.5.41), aber das Ziel, England friedensbereit zu machen oder auch nur die Vorbereitungen für eine Landung zu schaffen, war nicht erreicht worden; "Seelöwe" mußte aufgegeben werden.

Die deutsche Luftwaffe hatte vom 1.8.40-31.3.41 insgesamt 1.142 Bomber, 802 Jäger, 330 Zerstörer und 128 Sturzbomber als Totalverluste abbuchen müssen.

Am 14.4.42 erging Hitlers Befehl, der Luftkrieg gegen England sei in "erhöhtem Maße angriffsweise zu führen". Hierbei sollten Ziele ausgewählt werden, "deren Bekämpfung möglichst empfindliche Rückwirkungen für das öffentliche Leben mit sich bringt".

Vom 23.3.-31.10.42 bombardierte die deutsche Luftwaffe mit schwachen Kräften 22 britische Städte mit wertvollen alten Bauten wie Exeter, Canterbury, Norwich, York ("Baedeker-Angriffe") als "Vergeltung" für Angriffe der RAF auf die mittelalterlichen Stadtkerne von Lübeck, Rostock u.a.

1943 kam es zu 1.975 Nachteinsätzen (105 Flugzeugverluste) gegen britische Häfen und Industriestädte. 434 Jagdbomberangriffe (25 abgeschossen) bei Tag richteten sich gegen 15 Städte. Obwohl Flugzeuge an allen Fronten fehlten, befahl Hitler 1944 weitere "Vergeltungsangriffe". In der Nacht zum 22.1.44 bombardierte das IX. Fliegerkorps mit 447 Flugzeugen London. Diese "Baby-Blitz" genannten Nachtangriffe dauerten bis zum 29.5.44 (4.269 Einsätze bei 329 Verlusten).

Die letzte große Prüfung für die britische Bevölkerung war die Beschießung mit den sogenannten V-Waffen (V für "Vergeltung"): Von der Flugbombe V 1 wurden vom 12.6.44 bis 29.3.45 10.492 Stück abgefeuert (3.000 stürzten beim Start ab, 3.957 vernichtete die britische Abwehr); sie töteten 6.184 Zivilisten und verwundeten 17.981. Auf Südengland fielen zudem vom 8.9.44-27.3.45 1.045 Fernraketen vom Typ A4 (V 2), gegen die es keine Abwehr gab; dabei starben 2.754 Zivilisten, 6.523 wurden verletzt. Das "Wunder" der Kriegswende, das die

deutsche Propaganda bei ihrem Einsatz beschworen hatte, konnten sie nicht vollbringen.<<

Der britisch-nordamerikanische Luftkrieg (1941-1943)

Am 23. Juni 1941 schrieb der britische Premierminister Winston Churchill in einem geheimen Memorandum an den Chef des britischen Luftwaffenstabs Charles Portal (x172/388): >>... Wollen wir dieses Jahr noch einmal den Schwarzwald bombardieren? Damit könnten wir ein paar schöne Resultate erzielen. ...<<

Der britische Premierminister Winston Churchill schrieb im Juni 1941 an den Oberbefehlshaber der Royal Ar Force, Charles Portal (x172/397): >>... Zu unseren wichtigsten Aufgaben zählt es, jede Nacht die höchstmögliche Menge Bomben über deutschen Städten abzuwerfen.<<

Die "New York Times" berichtete am 15. Juli 1941 über Churchills Rundfunkansprache des Vortages (x172/401): >>... Hierin offenbart sich kein sadistischer Rachewunsch; vielmehr ist dies die ehrliche Überzeugung, daß die Bombardierung Berlins schneller zum Sieg und Frieden führt.<<

Der britische Premierminister Winston Churchill schrieb am 28. Juli 1941 in einem Brief an Josef Stalin (x172/413): >>... Deutschland wird einen schrecklichen Bombenwinter erleben. ... Was denen blüht, dürfte alles bisher Dagewesene übersteigen.<<

General Lee (US-Luftwaffenattaché in London) berichtete am 26. August 1941 über seine militärische Auswertung der deutschen Luftangriffe gegen England (x172/428-429): >>... Tatsächlich benötigt man 40 Bomber, um ein strategisch wichtiges Ziel zu zerstören. 1 Bomber tötet im Durchschnitt 0,75 Zivilisten und verwundet 1,25. ...

Ich glaube nicht, daß sich ein totalitäres System im Krieg mit einer einzigen Waffe schlagen läßt. Das wird zu Hause mächtig Ärger machen, denn Arnold und die Air Force sind ganz versessen darauf, Deutschland in Trümmer zu legen.<<

Der britische Nachrichtenoffizier David Garnett schrieb in seinem im September 1941 veröffentlichten Buch "The War in the Air", daß England längst noch nicht über genügend Bomber verfügen würde (x172/433): >>... Denn wenn ein Bombardement die richtige Wirkung auf Zivilisten haben soll, dann muß es Angst und Verzweiflung auslösen.

Ich kann mir vorstellen, daß 1943, wenn Großbritannien eine gewaltige Überlegenheit in der Luft erreicht hat, das unbarmherzige Bombardement der kriegsmüden Bevölkerung Deutschlands in einem weit größeren Ausmaß, als es irgendeine britische Stadt erlebt hat, sehr wohl die wirksamste Methode sein könnte, dort eine Revolution herbeizuführen.

Durch das wahllose Abschlachten könnte die deutsche Bevölkerung durchaus zu einer verzweifelten Rebellion angestachelt werden, bei der allen Mitgliedern der Nazipartei der Hals abgeschnitten wird. ...<<

Zu Beginn des Jahres 1942 erteilte der britische Premierminister Churchill dem RAF-Befehlshaber Harris folgenden Befehl (x049/75): >>... Hauptangriffsziel (habe von) nun an die Moral der feindlichen Zivilbevölkerung, vor allem der Arbeiterschaft (zu sein) ...<<

Am 28. März 1942 begann die "Strategische Luftoffensive" der Royal Air Force gegen das Deutsche Reich (x175/380). 234 britische Flugzeuge warfen am 28./29. März 1942 hauptsächlich 304 t Brandbomben über der Lübecker Innenstadt ab. Die erstmalig im Flächenbombardement eingesetzten Flüssigkeits-Brandbomben erzeugten verheerende Wirkungen. Dieser Luftangriff forderte 320 Tote und 785 Verletzte unter der Zivilbevölkerung. 1.425 Gebäude wurden völlig zerstört. Die britischen Angreifer verloren 12 Bomber (x040/123).

Am 30. Mai 1942 und in der Nacht zum 31. Mai 1942 griffen 1.047 britische RAF-Bomber Köln an. Bei diesem ersten "1.000-Bomber-Schlag" gegen eine deutsche Großstadt erreichten 868 Bomber Köln (x040/130). Die Briten warfen am 30./31. Mai 1942 rund 1.459 t Bomben über der Kölner Innenstadt ab (Verluste: 474 Tote, über 5.000 Verletzte, 3.330 zerstörte Ge-

bäude). 40 britische Bomber wurden abgeschossen.
Der Londoner "Daily Herold" berichtete am 1. Juni 1942 über den "1.000-Bomber-Schlag" gegen Köln (x106/168): >>Es war die vernichtendste Anderthalbstunde, die ein Zielgebiet jemals erlebt hat. ... "Gebt's ihnen genau unter das Kinn", so lautete die Botschaft von Luftmarschall Harris, Chef des Bomberkommandos, an seine Piloten und Besatzungen. Das taten sie auch. ...
Unsere Piloten konnten Rauch und Feuer von der holländischen Küste aus sehen – 140 Meilen entfernt. ... Unsere Bomber kamen über Köln genauso schnell und pünktlich an, wie sie in England gestartet waren. Köln verwandelte sich rasch in Leuchtfeuer, das die anfliegenden Bomber bereits von der holländischen Küste anzog.
"Es war zu gigantisch, um wahr zu sein", sagte der Pilot einer Halifax. "Doch es war echt genug, als wir ankamen. Unter uns brannten in jedem Stadtteil Häuser. ... Es gab überall Flugzeuge", sagte er. "Der Himmel über Köln war belebt wie Piccadilly Circus. Ich konnte jeden einzelnen Bombertyp in unserer Streitmacht im Schein des Mondes und der Brände erkennen. Die Scheinfeuer, die die Deutschen gewöhnlich auf offenem Feld in der Umgebung Kölns entzündeten, schrumpften zur Bedeutungslosigkeit." ...<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete später (am 12.01.2013) über die Ergebnisse der Konferenz von Casablanca vom 14.01.-25.01.1943 (x887/...): >>**Westalliierte fordern unbedingte Kapitulation**
Auf der Konferenz von Casablanca einigen sich Roosevelt und Churchill auf das Kriegsziel Siegfrieden
Vor 70 Jahren trafen Franklin D. Roosevelt und Winston Churchill in Casablanca zusammen und einigten sich dort auf die Forderung nach der bedingungslosen Kapitulation der Achsenmächte, was die deutsche Opposition schwächte und den Widerstandswillen in Deutschland erhöhte. Des Weiteren wurde nach intensiven Beratungen der Spitzenmilitärs beider Seiten vereinbart, Europa zunächst nur vom Süden her anzugreifen, aber den Luftkrieg gegen Deutschland zu intensivieren. Die US-Amerikaner sollten tagsüber, die Briten nachts angreifen. ...
Um insbesondere Deutschland kriegsmüde zu machen, wurde auch noch eine deutliche Intensivierung des Bombenkrieges beschlossen. Die diesbezügliche Direktive, die ganz den Intentionen des Oberbefehlshabers der britischen Bomberflotte, Sir Arthur Harris, entsprach, besagte: "Vordringliches Ziel ist die fortschreitende Zerstörung und Desorganisation des deutschen militärischen, industriellen und wirtschaftlichen Systems sowie die Untergrabung der Moral des deutschen Volkes."
Dabei war ein konzertiertes Vorgehen geplant, das die Deutschen nicht zur Ruhe kommen lassen sollte: Die Briten sollten weiter ihre nächtlichen Flächenangriffe unternehmen, die sich vorrangig gegen die städtische Zivilbevölkerung und Infrastruktur richteten, während der 8. Luftflotte der US-Amerikaner nun die riskante Aufgabe oblag, punktuelle Tagangriffe gegen einzelne Schlüsselziele der Rüstungsindustrie im Reich zu fliegen.
Die deutsche Reaktion auf die Forderung nach einer bedingungslosen Kapitulation bestand zunächst einmal in der Ausrufung des "Totalen Krieges" im Rahmen von Joseph Goebbels' Sportpalastrede vom 18. Februar 1943. Und tatsächlich sorgte das Schreckgespenst der völligen Niederlage für eine Verstärkung des Widerstandswillens unter der deutschen Bevölkerung. Desgleichen wurde die Widerstandsbewegung im Reich desavouiert, da nun zu erwarten stand, daß selbst ein erfolgreicher Putsch gegen Hitler zu keinen erträglichen Friedensbedingungen mehr führen würde. Auch führten die Bombenangriffe bei vielen Bombardierten eher zu einer Trotzreaktion denn zu einer Demoralisierung.
Insofern ist es wohl nicht übertrieben, die Konferenz von Casablanca als Teilmißerfolg zu werten: Der aus zu viel Vorsicht resultierende Verzicht auf eine schnelle Landung in Frank-

reich, die psychologisch unbedachte Entscheidung zugunsten der Bomberoffensive und die Forderung nach der unbedingten Kapitulation verlängerten den Krieg, was nicht nur unter Russen und Deutschen zahlreiche weitere Opfer forderte, sondern auch auf westalliierter Seite.<<
Am 5. März 1943 begann die britische Luftwaffe eine Großoffensive gegen das Ruhrgebiet. Arthur Harris (Chef des britischen Bomberkommandos) berichtete später über die systematischen Luftangriffe gegen das Ruhrgebiet (x106/232): >>... Ich konnte praktisch jede deutsche Industriestadt mit einer Einwohnerzahl von 100.000 und mehr angreifen. Das wichtigste Angriffsziel blieb aber das Ruhrgebiet, denn hier befand sich das bedeutendste Industriegebiet Deutschlands, und aus diesem Grunde war es auch schon vorher für Angriffe ausgewählt worden, durch die die Moral der Bevölkerung erschüttert werden sollte. ...
Schon vor einem Jahr hatte man beschlossen, Essen als erste Stadt zu zerstören, denn es war das größte und wichtigste Industriezentrum an der Ruhr.<<
Am 10. Juni 1943 begannen die westlichen Alliierten ihre sogenannte "Combined Bomber Offensive" gegen das Deutsche Reich. Nach den Vereinbarungen von Casablanca flog die US-Luftflotte Tagesangriffe (Präzisionsbombardierungen), während die britische RAF nur Nachtangriffe (Flächenbombardierungen) durchführte.
Vom 24. bis zum 30. Juli 1943 richteten die britischen Nachtangriffe und die Tagesangriffe der Nordamerikaner gegen Hamburg (Operation "Gomorrha") gewaltige Zerstörungen an.
Bilanz der anglo-amerikanischen Luftangriffe: 30.482 Tote, außerdem wurden 277.330 Wohnungen, 2.632 gewerbliche Betriebe, 580 Industriebetriebe, 80 Wehrmachtsanlagen, 24 Krankenhäuser, 277 Schulen und 58 Kirchen zerstört. Im Hafen versenkten die britischen und nordamerikanischen Bomber insgesamt 180.000 BRT Schiffsraum (x040/177).
Der britische Historiker Paul Kennedy schrieb später über die Luftangriffe gegen Hamburg (x166/120-121): >>... Harris wollte seinen dreifachen Schlag weiter vorantreiben. Zu seiner Freude war die Schlacht um Hamburg eine weitere Werbung für Massenbombardements. Von Juli bis November 1943 wurden unter dem Namen "Operation Gomorrha" 17.000 Einsätze gegen diese und andere große Städte im Westen Deutschlands geflogen.
Der erste Angriff am 24. Juli war schreckenerregend; 791 Bomber, darunter 374 Lancasters, getarnt durch die Aluminiumstreifen, geleitet durch Oboe- und Pathfinder-Maschinen und durch gutes Wetter begünstigt, zerstörten das Zentrum der traditionell anglophilen Hansestadt. Hamburg hatte auch in den Wochen darauf keine Ruhe, da die US-Bomber sich beteiligten, außerdem (beteiligten sich) Mosquito-Jagdbomber, die dafür umgebaut waren, 4.000 Pfund an Bomben zu tragen. ...
... Rund 260 Fabriken in Hamburg und Umgebung wurden zerstört, dazu 40.000 Häuser und 275.000 Wohnungen, 200 Geschäfte, 277 Schulen, 24 Krankenhäuser und 58 Kirchen. Etwa 46.000 Zivilisten wurden getötet.
Die Verwüstung Hamburgs schockierte die deutsche Führung. Speer warnte Hitler, sechs weitere solcher Angriffe würden das Ende des Dritten Reiches bedeuten, was dieser zurückwies. Goebbels nannte die Bombenangriffe auf Hamburg in seinem Tagebuch jedoch mehrfach eine "Katastrophe".<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete später (am 27.03.2010) (x887/...): >>**Wirkung von Feuerstürmen**
Selbstverstärkender Effekt - Schon damals völkerrechtswidrig
Die gezielte Entfachung von Feuerstürmen war ein Eckpfeiler der britischen Luftkriegsstrategie im Zweiten Weltkrieg. Schon bald merkte der verantwortliche Oberkommandierende Arthur Harris, daß die Herbeiführung von Bränden Luftangriffe weit zerstörerischer werden ließ als das bloße Abwerfen von Sprengbomben.
Die mörderische Strategie, die selbst den Amerikanern lange mißfiel, wurde erstmals im März

1942 in Lübeck angewendet und danach laufend verfeinert, etwa durch die immer perfektere Mischung von Brand- und Sprengbomben. Der "Idealfall" im Kalkül der britischen Strategen war die Entfachung eines Feuersturms, also eines so starken Stadtbrandes, daß ein konzentrischer Orkan entstand, der dem Feuer von allen Seiten her Sauerstoff zuführte und ihn dadurch verstärkte. Physikalisch handelt es sich dabei um den bekannten Kamineffekt mit positiver Rückkopplung zwischen aufsteigender und nachströmender Luft.
Allerdings erfordert die Entfachung von Feuerstürmen viele Voraussetzungen und "gelang" den Briten im gesamten Luftkrieg gegen deutsche Städte trotz aller Mühe nur gut zwei Dutzend Mal, darunter am 29. August 1944 in Königsberg. Im Hundertfach angegriffenen Berlin mit seiner eher lockeren Bebauung entstand dagegen nur einmal ein Feuersturm. Um die mörderische Wirkung noch zu steigern, verwendeten die Briten Sprengbomben mit Zeitzündern. Letzteres zwang die Menschen nach Ende der Angriffe noch etwa eine halbe Stunde im Schutzraum zu verbleiben, um nicht von Splittern zerfetzt zu werden.
Der Clou: Wenn anschließend die Einzelbrände sich zu möglichst starken Großbränden oder gar einem Feuersturm vereinigt hatten, drohte den Menschen, die nun die Keller verlassen mußten, weil ihnen der Sauerstoff ausging, der Tod in den Flammen. Die diabolische Grausamkeit dieser Art der Kriegsführung, die übrigens bereits gegen das damalige Völkerrecht, insbesondere gegen die Martenssche Klausel verstieß, hat allerdings auch zu Irrtümern über Feuerstürme geführt. So existiert die Vorstellung, daß im Keller unter einem Feuersturm kein Überleben möglich gewesen wäre, weil zu hohe Temperaturen, Sauerstoffmangel oder absinkendes Kohlendioxid dies nicht zugelassen hätten.
Alle diese Faktoren haben in der Tat Zigtausende Menschen getötet, deren Keller oder Schutzraum den Bomben standhielt. Und doch haben selbst unter den schlimmsten Feuerstürmen die meisten Menschen im Keller überlebt. Der schwerste Luftangriff auf eine deutsche Stadt war neben dem auf Dresden die Zerstörung Hamburgs Ende Juli 1943. Von den bis zu 45.000 Luftkriegstoten der Hansestadt starben allein etwa 30.000 in der Nacht vom 27. auf den 28. Juli 1943, als weite Teile der Stadt (mit Zentrum östlich und südöstlich der Innenstadt) im Feuersturm untergingen. Allerdings lebten in den verwüsteten Stadtteilen über 400.000 Menschen, die weitaus meisten haben also doch überlebt.<<
Am 18./19. November 1943 begann die britische Luftwaffe in der Nacht eine Reihe von 5 Großangriffen gegen Berlin. Vom 18.11.1943 bis zum 3.12.1943 warfen 2.212 britische Bomberpiloten während ihrer Nachtangriffe 8.656 t Bomben über der Reichshauptstadt ab. Die Luftangriffe forderten etwa 2.700 Todesopfer. 250.000 Einwohner wurden obdachlos (x040/-192).
Der britische Historiker Paul Kennedy schrieb später über die anglo-amerikanischen Luftangriffe gegen die Reichshauptstadt Berlin (x166/15): >>... Bei Angriffen auf das weiter entfernte Berlin wurden so viele Bomber der Royal Air Force abgeschossen, daß das Bomberkommando kurz vor der Lähmung stand.
Bei den 16 großen Luftangriffen auf die Reichshauptstadt von November 1943 bis März 1944 verlor es 1.047 Maschinen, 1.682 weitere wurden beschädigt. Die bei Tag erfolgenden Angriffe der US Army Air Forces (USAAF) brachten pro Einsatz noch größere Verluste. ...<<
NS-Reichsminister Goebbels schrieb am 27. Mai 1944 im "Völkischen Beobachter" über den "feindlichen Luftterror" (x033/487): >>... Es wird heute von keiner Seite mehr bestritten, daß der feindliche Luftterror fast ausschließlich das Ziel verfolgt, die Moral der deutschen Zivilbevölkerung zu brechen.
Der Feind führt Krieg gegen Wehrlose, in der Hauptsache Frauen und Kinder, um damit die Männer unseres Landes zur Nachgiebigkeit zu zwingen. ... Das hat nichts mehr mit Krieg zu tun, das ist nackter Mord. ...
Es ist nur mit Hilfe der bewaffneten Macht möglich, bei solchen Angriffen abgeschossene

Feindpiloten in ihrem Leben zu sichern, da sie sonst von der heimgesuchten Bevölkerung totgeschlagen würden. ...
Es ist immer unser Wunsch gewesen, daß der Krieg sich in ritterlichen Formen abspielt, der Feind scheint das nicht zu wollen. Die ganze Welt ist Zeuge dafür. Sie würde bei Anhalten dieses empörenden Zustandes auch Zeuge dafür werden, das wir Mittel und Wege zu finden wissen, um uns gegen diese Verbrechen zur Wehr zu setzen. Wir sind das unserem Volke schuldig, das anständig und tapfer sein Leben verteidigt und keinesfalls verdient, dafür zum Freiwild feindlicher Menschenjagden erklärt zu werden.<<

Kinderlandverschickungen

In den deutschen Großstädten, die besonders unter den Bombenangriffen zu leiden hatten, begannen ab 1940 systematische Kinderlandverschickungen, um die Kinder in Sicherheit zu bringen. Die KLV wurde von der NS-Volkswohlfahrt (NSV), der Hitlerjugend, der NS-Lehrerschaft und anderen Erziehungsbehörden organisiert und durchgeführt. Die NSV betreute z.B. Kinder bis zu 10 Jahren. Für werdende Mütter und Mütter mit Kleinkindern richtete die NSV das "Hilfsprogramm Mutter und Kind" ein.
In den Jahren 1943/44 ließen die NS-Gauleitungen vielerorts sämtliche Schulklassen der höheren Schulen und Internate aus den bombengefährdeten Städten evakuieren.
Die Schülerinnen und Schüler wurden mit ihren Lehrkräften mehrheitlich östlich der Oder in KLV-Heimen untergebracht. Bereits Ende 1943 waren rund 1,0 Millionen Kinder und Jugendliche in etwa 5.000 KLV-Lagern (Belegung: 18 bis 1.200 Kinder und Jugendliche) untergebracht (x072/22).
Im Rahmen der "Erweiterten Kinderlandverschickung" (KLV) "evakuierte" das NS-Regime von 1940-45 ca. 3,0 Millionen Kinder und Jugendliche im Alter von 10-14 Jahren in die vermeintlich "bombensicheren" ländlichen Gebiete des Deutsches Reiches und in einige besetzte Gebiete Ost-Mitteleuropas (x072/22).
Die verbitterten Mütter nannten die KLV-Organisation deshalb "Kinderlandverschleppung". Damals ahnte noch niemand, daß diese Bezeichnung schon bald grauenvolle Wirklichkeit werden sollte, denn für viele Familien wurde es eine Trennung "auf Nimmerwiedersehen". Während der Flucht und der anschließenden Vertreibung im Jahre 1945 verloren Tausende von "KLV-Kindern" ihr Leben oder wurden gewaltsam nach Osteuropa verschleppt.
Prof. Dr. Harald Scholtz schrieb später über die "Kinderlandverschickung" (x051/308-309):
>>Kinderlandverschickung (KLV), Organisation eines Erholungsaufenthalts von Stadtkindern in Pflegestellen auf dem Land, die nach 1933 von der NSV zusammen mit der HJ ausgeweitet wurde; davon ist die am 27.9.40 eingeleitete "Erweiterte" Kinderlandverschickung zu unterscheiden, die meistens gemeint ist, wenn von Kinderlandverschickung die Rede ist.
Hitler beauftragte den nicht mehr für die HJ zuständigen "Reichsleiter für die Jugenderziehung der NSDAP", von Schirach, mit der Koordination von staatlichen Stellen, NSV, NS-Lehrerbund und HJ zur Durchführung der Evakuierung von Kindern und Jugendlichen aus den luftkriegsgefährdeten Städten. Diese Kinderlandverschickung wurde von der NSDAP finanziert, war zunächst freiwillig und nur für sechs Monate vorgesehen. Getrennt nach Geschlechtern wurden die Kinder zwischen zehn und 14 Jahren mit Lehrern ihrer Schule in Lagern, oft außerhalb der Reichsgrenzen, untergebracht.
Als bei der Verschärfung des Luftkrieges 1943 viele Schulen ihren Unterricht einstellten, bestanden über 5.000 solcher Lager. Sie wurden von meist älteren Lehrern geleitet, den "Dienst" führten nach Anweisung der "Richtblätter" ("Unser Lager") die aus Jungvolk/Jungmädel kommenden "Lagermannschaftsführer" durch. Mädchen wurden auf solche Führungsaufgaben, für den "Gesundheitsdienst" und den Werkunterricht in Lehrgängen intensiver vorbereitet.

Die Lager dienten nicht nur der Sicherung von Gesundheit und Ernährung, sondern vor allem der nationalsozialistischen Lagererziehung, die auch den Schulunterricht beeinflußte, in den besetzten Gebieten auch der Demonstration der politischen Präsenz des Reiches. Die Kinderlandverschickung gewöhnte die Jugendlichen an die gewünschte Mobilität und enthob vom Krieg besonders betroffene Erwachsene der Sorge um ihre Kinder. Etwa jedes dritte Schulkind im HJ-Alter dürfte mit einem der insgesamt 9.000 Lager Bekanntschaft gemacht haben, fast so viele jüngere Kinder mit der Kinderlandverschickung als Evakuierungsmaßnahme.<<

Bombenevakuierte und Dienstverpflichtete

Angesichts der ständigen anglo-amerikanischen Bombenangriffe flüchteten die meisten wohlhabenden Familien aus den Großstädten und Industriegebieten West- und Mitteldeutschlands in die vermeintlich "sicheren Gebiete" östlich der Oder. Die vermögenden Mittel- und Westdeutschen zogen häufig bei ihren ostdeutschen Verwandten und Bekannten ein oder sie mieteten mittelfristig Wohnungen bzw. Häuser.

Die zahlungskräftigen Bombenflüchtlinge aus der Reichshauptstadt Berlin, den mittel- und westdeutschen Großstädten, dem Rheinland und aus Westfalen reisten natürlich in die landschaftlich schönsten Gebiete an der fast endlosen ostdeutschen Ostseeküste oder in die bekannten Luftkurorte der schlesischen Gebirge. Alle Ferienwohnungen und -Häuser waren schnell "vermietet" und bis zum letzten Zimmer belegt. Sämtliche Kellerräume und Dachböden wurden mit Koffern, Kisten und sonstigen Wertgegenständen vollgestopft, denn die Bombenevakuierten nahmen im allgemeinen ihren wertvollsten Besitz mit, um ihn "in Sicherheit zu bringen".

Ab 1943 evakuierte die NSDAP besonders gefährdete west- und mitteldeutsche Zivilisten. Es handelte sich hauptsächlich um Patienten und Insassen von Krankenhäusern und Altersheimen, kinderreiche Familien, schwangere Frauen und um alte Menschen. Die von der NSDAP evakuierten Mittel- und Westdeutschen wurden meistens in die deutschen Ostprovinzen transportiert und dort zwangsweise einquartiert. Manche Großfamilien erhielten nur mangelhafte Quartiere und wurden nicht selten menschenunwürdig untergebracht.

In den letzten Kriegsjahren verlagerte man außerdem zahlreiche Rüstungsbetriebe in die angeblich "sicheren" deutschen Ostgebiete, in das Sudetenland oder nach Böhmen und Mähren. Mit den kriegswichtigen Betrieben mußten naturgemäß auch Tausende von Spezialisten ("Dienstverpflichtete") "umziehen". Durch diese Betriebsverlagerungen riß man zwangsläufig weitere Familien auseinander.

In den deutschen Ostprovinzen, in den besetzten polnischen Gebieten, im Sudetenland und im Protektorat Böhmen und Mähren stiegen die Einwohnerzahlen von 1943 bis Mitte 1944 um mindestens 950.000 Bombenevakuierte und 950.000 Dienstverpflichtete aus dem Westen des Deutschen Reiches an.

Anglo-amerikanischer Luftkrieg 1944/45

Ab Mitte 1944 beherrschten die nordamerikanischen und britischen Luftflotten den gesamten Luftraum über dem Deutschen Reich.

Der "Arbeitsstab Wiederaufbauplanung zerstörter Städte" des NS-Ministeriums Speer berichtete am 29. Juli 1944 über den Umfang der Zerstörungen (Stand: 1. Mai 1944) in den sogenannten 42 "Wiederaufbaustädten" (x033/515): >>Nach diesem Bericht sind in Köln mit 51 % zerstörten Wohnraumes die schwersten Schäden entstanden. In Aachen, Hamburg, Kassel und Düsseldorf erreicht der zerstörte Wohnraum 40 bis 50 % des Standes von 1939, in Essen, Remscheid und Frankfurt/Main 30 bis 40 %, in Emden, Mannheim, Hannover, Augsburg, Frankenthal, Rostock und Wilhelmshaven 20 bis 30 %, in Mühlheim/Ruhr, Krefeld, Dortmund, Oberhausen, Bochum, Rheydt, Ludwigshafen, Wuppertal, Schweinfurt, Berlin, Mainz,

Leipzig, Bremen, Münster und Hagen 10 bis 20 %. In weiteren zwölf Städten lagen die Totalverluste unter 10 % ...<<
Von 1939-44 verlor die deutsche Luftwaffe insgesamt 71.965 Flugzeuge. In der Zeit vom 1.09.1939-31.12.1942 betrugen die deutschen Flugzeugverluste (in Stück) = 22.190, 1943 = 17.495 und 1944 = 32.280 Flugzeuge (x041/140).
Allein während der völlig sinnlosen Ardennen-Offensive (16.12.-24.12.1944) verlor die deutsche Luftwaffe 1.088 Flugzeuge (x040/255).
Premierminister Churchill führte am 25. Januar 1945 in London ein Telefongespräch mit dem britischen Luftfahrtsminister Sir Archibald Sinclair.
Sinclair erhielt damals den Befehl, mitteldeutsche Angriffsziele festzulegen und geeignete Vorschläge auszuarbeiten (x021/183): >>**... um den Deutschen beim Rückzug aus Breslau das Fell zu gerben.**<<
Sir Norman Bottomley (stellvertretender britischer Stabschef der Royal Air Force "RAF") erteilte Arthur Harris (Chef des strategischen RAF-Bomberkommandos) am 27. Januar 1945 folgenden Befehl (x021/184): >>... Sobald es Mond- und Wetterverhältnisse erlauben, werden Sie solche Angriffe unternehmen mit dem besonderen Zweck, die Verwirrung zu vergrößern, die vermutlich in den erwähnten Städten (Berlin, Chemnitz, Dresden und Leipzig) während des erfolgreichen russischen Vordringens besteht.<<
Am 13./14. Februar 1945 führten die Briten und Nordamerikaner vernichtende Luftangriffe ("Operation Donnerschlag"**)** gegen Dresden durch.
Manche britische Historiker bezeichneten die Luftangriffe auf Dresden später als militärisch völlig sinnlos oder stuften diese Bombardierungen auch als Kriegsverbrechen ein. Die Amerikaner und Briten sollen in Jalta angeblich Vernichtungsangriffe auf die ost- und mitteldeutschen Städte zugesagt haben, aber Beweise gab es dafür nicht. Churchill bestätigte später lediglich, daß er den Sowjets die Kampfkraft der westlichen Alliierten demonstrieren wollte (x062/573). Churchills "Demonstration der militärischen Stärke" kostete in Dresden wahrscheinlich mehr als 250.000 Menschenleben und verursachte in nur wenigen Stunden das vermutlich größte Massensterben des Zweiten Weltkrieges.
Von Fritsch-Seehausen, der damals die Bergung und Registrierung der Dresdener Todesopfer leitet, gab die Verluste mit mindestens 300.000 an (x025/239). Die "Joint Relief Commission" des IKRK ging von etwa 275.000 Todesopfern aus (x028/219). Andere Schätzungen reichten damals von 60.000-200.000 Tote (x049/126, x023/347), 60.000-245.000 Tote (x092/923), 90.000-135.000 (x062/573), 250.000 Tote (x122/450, x129/106) oder sogar bis 400.000 Todesopfer (x028/219).
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) schrieb später über die anglo-amerikanischen Luftangriffe gegen Dresden (x025/36): >>... Ob Flächenbombardements schon damals völkerrechtswidrig waren, ist umstritten; 1977 wurden sie in Genf ausdrücklich zu Kriegsverbrechen erklärt.
Die Menschenjagd der amerikanischen Tiefflieger jedenfalls, die auf den Elbwiesen und in den Parks die schutzlosen Zivilisten zu Tausenden mit ihren Maschinengewehren niedermähten, war schon 1945 nicht Kriegshandlung, sondern Verbrechen. Insgesamt starben in Dresden mindestens eine Viertelmillion Menschen. Diese Zahl entspricht den amerikanischen Gesamtverlusten im Zweiten Weltkrieg. Noch niemals in der Geschichte sind in so kurzer Zeit so viele Menschen getötet worden. ...<<
Der nordamerikanische Ökonom und Diplomat John Kenneth Galbraith (1908-2006) schrieb später über den anglo-amerikanischen Angriff gegen Dresden (x165/172): >>... Jeder Krieg ist grausam und unnötig. Im Zweiten Weltkrieg trugen gerade unsere Bombenangriffe ein gehöriges Maß dazu bei. Die Zerstörung Dresdens war unverzeihlich. Sie geschah in einer sehr späten Kriegsphase und war Teil einer militärischen Dynamik, die außer Kontrolle geraten

war und keinen Bezug mehr zu irgendwelchen militärischen Erfordernissen hatte. ...<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 13. Mai 2006 über die Ermittlung einer offiziellen Totenzahl der Luftangriffe auf Dresden (x887/...): >>**Das Spiel mit den Opferzahlen**
... Die Höhe der Opfer von Dresden ändert nichts an der grundsätzlichen Aussage, daß die alliierten Luftangriffe mit dem erklärten Ziel, möglichst viele Frauen und Kinder zu töten, um die Moral der Deutschen zu brechen, Kriegsverbrechen waren, die bewußt begangen wurden ohne Rücksicht auf das geltende Völkerrecht.
Das bestätigte erst jüngst der US-amerikanische Völkerrechtler Professor Alfred de Zayas, langjähriger Generalsekretär des Uno-Menschenrechtsausschusses in Genf. Im Februar 2006 veröffentlichte er einen Artikel, in dem es zusammenfassend hieß: "Die Flächenbombardements deutscher Städte waren Verbrechen, vor allem weil sie nachweislich primär zum Zwekke der Terrorisierung der Bevölkerung durchgeführt wurden und nicht zur Zerstörung militärischer Ziele."
Die Kommission hofft, Ende 2006 die offiziellen Zahlen bekanntgeben zu können. Wie viele Menschen starben im Feuersturm 1945? Vor allem die Zahl der Flüchtlinge ist ungewiß.<<
Sir Winston S. Churchill (1874-1965, Nachkomme des ersten Herzogs von Marlborough, von 1940-45 britischer Premier- und Verteidigungsminister), der die Vernichtung Dresdens anordnete, gehört heute trotz alledem zu den herausragenden Persönlichkeiten der britischen Geschichte.
Churchill trat nach dem Krieg für eine allgemeine Völkerversöhnung in Europa ein und unterstützte als britischer Oppositionsführer nachdrücklich die Gründung der NATO.
Churchill, der mit 77 Jahren noch einmal britischer Premierminister wurde, erhielt 1953 den Literatur-Nobelpreis ("Der zweite Weltkrieg") und wurde im Jahre 1956 mit dem Karlspreis der Stadt Aachen (Ehrenpreis für Verdienste um Europa und die europäische Einigung) ausgezeichnet.
Am 6. März 1945 griffen 191 britische Bomber die Hafenstadt Saßnitz an und warfen über 5.000 t Spreng- und Brandbomben sowie Luft- und Magnetminen ab. Im Saßnitzer Hafen sanken mehrere Kriegs-, Lazarett- und Flüchtlingsschiffe. Die Stadt Saßnitz brannte lichterloh (x031/142).
Am 3. April 1945 griffen 700 US-Bomber Kiel an und warfen etwa 2.200 t Bomben ab (x040/276). Im Kieler Hafen sanken am 3. April 1945 u.a. der schwere Kreuzer "Admiral Hipper", 3 U-Boote und die Flüchtlingsschiffe "Olivia" und "New York".
Am 10. April 1945 warfen britische RAF-Bomber 2.634 t Bomben über dem Kieler "Flüchtlingshafen" ab (x040/277). Der schwere Kreuzer "Admiral Scheer" und weitere Schiffe wurden versenkt.
Am 13./14. April 1945 warfen britische RAF-Bomber 1.905 t Bomben über dem Kieler "Flüchtlingshafen" ab (x040/278).
Am 3. Mai 1945 flogen britische Bombergeschwader Tagesangriffe gegen die "Flüchtlingshäfen" in der Kieler, Lübecker und Neustädter Bucht. Sie vernichteten 2 schwere Kreuzer und 23 große Handels- bzw. Flüchtlingsschiffe.
In der Neustädter Bucht versenkten die Briten am 3. Mai 1945 z.B. die "Cap Arcona" (5.594 Tote) und die "Thielbek" (2.414 Tote). Beim Untergang dieser Schiffe, die als Häftlingsschiffe genutzt werden, starben allein 7.148 KZ-Häftlinge (x031/27,189). Nach diesen völlig überflüssigen Terrorangriffen stellte das britische RAF-Bomberkommando die Luftangriffe gegen West- und Mitteldeutschland ein.
Anfang 1945 existierte die deutsche Luftwaffe eigentlich schon nicht mehr. Da die deutsche Rüstungsindustrie bereits seit Monaten vor dem Zusammenbruch stand, konnte man in den letzten Monaten des Krieges die bisherigen Verluste der deutschen Luftwaffe nicht mehr er-

setzen. Fast nirgends gab es noch einsatzfähige Kampfflugzeuge oder Reserven.
Trotz der jahrelangen anglo-amerikanischen Luftangriffe wurde nur ein verhältnismäßig geringer Teil der deutschen Industrie- und Verkehrsanlagen dauerhaft zerstört. Die deutsche Rüstungsproduktion wurde auch im Jahre 1944 vielerorts nicht entscheidend beeinträchtigt. Bis zum Sommer 1944 lief die Rüstungsproduktion im Deutschen Reich sowie in Böhmen und Mähren noch auf Hochtouren. Erst als ab Oktober 1944 die deutschen Fronten zusammenbrachen, sank die Rüstungsproduktion bis Ende 1944 rapide.
Durch die ständige Bombardierung der städtischen Ballungsgebiete sollte vor allem die Moral der deutschen Zivilbevölkerung gebrochen werden. Die deutschen Zivilisten zeigten jedoch bis zum Kriegsende keine Anzeichen von "fehlender Kampfmoral".
Auch die schwersten nordamerikanischen und britischen Terrorangriffe konnten die unfaßbare Moral der deutschen Bevölkerung nicht brechen, sondern sie förderten nicht selten sogar den Widerstandwillen. Im Verlauf des jahrelangen Bombenterrors legte sich die Zivilbevölkerung eine bemerkenswerte psychische Widerstandsfähigkeit zu ("Kampf- und Heimatfront verschmolzen zur Einheit"). Obgleich die Luftschutzräume und Keller fast ständig von niedergehenden Sprengbomben in den Grundfesten erschüttert wurden, beruhigten die gleichmütigen Mütter ihre übermüdeten Kinder mit Gebeten und Kinderliedern.
Während des Ersten Weltkrieges hätten die Deutschen diese seelischen Belastungen wahrscheinlich nicht einfach klaglos hingenommen, sondern man hätte die Verantwortlichen sicherlich schon längst erschlagen. Aufgrund der unsäglichen Folgen des Ersten Weltkrieges, der Weimarer Republik, des NS-Terrors und der langen Kriegszeit waren die Deutschen jedoch psychisch dermaßen abgestumpft, daß sie während des Zweiten Weltkrieges fast gegen alle Leiden, Entwürdigungen und Ungerechtigkeiten unempfindlich reagierten.
Die skrupellose NS-Propaganda nutzte den anglo-amerikanischen Bombenkrieg jahrelang geschickt aus, um von den vielfältigen Problemen des NS-Regimes abzulenken. Bis zum totalen Zusammenbruch setzte NS-Reichsminister Goebbels alle Mittel der Propaganda ein, um das deutsche Volk über die wirkliche militärische und politische Lage zu täuschen oder um gewissenlose Falschmeldungen zu verbreiten.
Goebbels war eine ausgesprochene Kämpfernatur, der unbedingt genügend Feinde benötigte, die er niedermachen konnte. Ungeachtet der zermürbenden Bombenangriffe und der militärischen Niederlagen entwickelte Goebbels auch noch in den letzten Kriegsmonaten ständig neue Endsiegstrategien, um den Durchhaltewillen und die Kriegsmoral des deutschen Volkes zu fördern. Je aussichtsloser die militärische Lage wurde, um so fanatischer und unermüdlicher schrieb Goebbels Propaganda-Artikel und hielt Durchhaltereden.
Im Gegensatz zu Hitler war der "kleine hinkende Doktor" ein furchtloser, nervenstarker Mann, der in den letzten Kriegsmonaten vielerorts die Trümmerwüsten in deutschen Städten besichtigte und anschließend Durchhalteparolen verkündete.
Im Zweiten Weltkrieg wurden insgesamt 131 größere Städte durch anglo-amerikanische Bomberflotten angegriffen (x049/76). Nach alliierten und deutschen Statistiken mußte die Reichshauptstadt Berlin z.B. 29 schwere Luftangriffe überstehen. Dann folgten Braunschweig (21 Luftangriffe), Ludwigshafen-Mannheim (19 Luftangriffe), Frankfurt, Kiel und Köln (je 18 Luftangriffe), Hamburg und München (16 Luftangriffe), Koblenz und Hamm (je 15 Luftangriffe) sowie Hannover und Magdeburg mit je 11 schweren Nacht- und Tagesangriffen (x049/76-77).
Ab 1943 setzten die Briten während der Nachtangriffe Leuchtfallschirme (sogenannte "Weihnachtsbäume") ein, um die Zielgebiete systematisch zu markieren. Mit Hilfe dieser Grenzmarkierungen konnte man die abgesteckten Stadtteile noch rationeller durch Spreng- und Brandbomben zerstören.
Nach dem Kriegsende bestanden die meisten deutschen Städte nur noch aus Trümmern. In der

Reichshauptstadt bzw. Ruinenstadt Berlin errichtete man später aus den Schuttmassen der ausgebombten Gebäude 5 riesige Trümmerberge (Höhe: 70-115 m).
Der Spreng- und Phosphorbombenregen sowie die folgenden Feuerstürme vernichteten unersetzliche Kulturmetropolen der mehr als 1.000jährigen deutschen Geschichte. Herrliche Altstädte, die in Jahrhunderten gewachsen waren, wurden innerhalb von wenigen Stunden zerstört und ausgelöscht.
Über 500 unersetzliche Baudenkmäler von hohem Rang wurden vernichtet (x062/512). Besonders die großen westdeutschen Städte wurden z.T. vollständig verwüstet und zerstört. Nach dem Kriegsende lagen die deutschen Großstädte "weit und breit" in "Schutt und Asche". Das einst größte und modernste Industrie- und Bergbaugebiet an der Ruhr wurde fast völlig zertrümmert. In Deutschland vernichtete der anglo-amerikanische Bombenkrieg rd. 1,6 Millionen Gebäude. 3,37 Millionen Wohnungen existierten nicht mehr oder waren unbewohnbar (x051/364).
Nach einer Untersuchung des Architekten W. Jackstein wurden von den deutschen Städten 45 völlig zerstört, 15 halbzerstört und 5 vereinzelt schwer getroffen (x111/14): >>Als vollkommen zerstört bezeichnet Jackstein Aachen, Berlin, Bonn, Braunschweig, Darmstadt, Dresden, Emden, Frankfurt/M., Freiburg, Gießen, Halberstadt, Hamburg, Hanau, Heilbronn, Hildesheim, Kassel, Koblenz, Köln, Coesfeld, Kreuznach, Magdeburg, Mainz, Minden, Münster, Neumarkt, Nordhausen, Nürnberg, Osnabrück, Paderborn, Potsdam, Rathenow, Siegen, Soest, Stuttgart und Ulm. ...<<
Die deutschen Luftangriffe gegen britische Städte erreichten nicht annähernd den Vernichtungsgrad und die Höhe der Menschenverluste ihrer Gegner.
Im Verlauf des Luftkrieges (1940-45) warf bzw. schoß die deutsche Luftwaffe 74.130 t Bomben (einschl. V-Waffen) auf Großbritannien.
Die Alliierten warfen während des Zweiten Weltkrieges 1.995.935 t Bomben über dem Deutschen Reich und den deutschen Besatzungsgebieten ab (x041/106,141).
Bei den deutschen Luftangriffen vom 10.07.1940 bis zum 29.05.1944 starben 41.294 britische Zivilisten und 52.128 Briten wurden verletzt. Vom 12.06.1944 bis zum 29.03.1945 kamen weitere 8.938 britische Zivilisten durch V 1-Flugbomben oder V 2-Fernraketen um, 24.504 Briten wurden verletzt (x051/365).
Im Deutschen Reich wurden im Verlauf des Zweiten Weltkrieges mindestens 609.000 Menschen durch Luftangriffe getötet und 917.000 verletzt (x051/364). In anderen Quellen wurden mehr als 600.000 Tote und rd. 880.000 "Verwundungen ohne Todesfolge" gemeldet (x049/-78).
Im Verlauf der "Erdkämpfe" des Zweiten Weltkrieges kamen z.B. "nur" insgesamt 20.000 deutsche Zivilisten ums Leben.
Während des Zweiten Weltkrieges verlor die RAF 8.325 Flugzeuge und 58.309 Soldaten. Verluste der 8. US-Flotte: 11.687 Maschinen und 43.742 Soldaten (x051/364).
Der britische RAF-Chef Arthur Harris (1892-1984, Spitzname: "Bomber Harris") war bis zu seinem Lebensende ein berühmter, geachteter Mann. Harris wurde 1953 wegen seiner "Verdienste" von der britischen Königin geadelt und erhielt nach seinem Tod sogar ein "würdiges" Ehrendenkmal.
Vor der Sankt Clement Danes "Luftwaffen-Kirche" errichtete man im Jahre 1992 ein monumentales Denkmal, das mit Spenden finanziert wurde. Die greise Königin Mutter enthüllte sogar persönlich das Bronzedenkmal des britischen "Kriegshelden", den manche kritische Briten auch abfällig Butcher (Metzger bzw. Schlachter) nannten. Die Mißerfolge des Luftkrieges gegen die deutsche Zivilbevölkerung wurden später von den Alliierten eingestanden.

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 4. April 2009 über Sir Arthur Harris (x887/...): >>**Er organisierte den Bombenterror der RAF**

... Großbritannien war das einzige Land, das nach dem Ersten Weltkrieg den Schluß gezogen hatte, ein zukünftiger Krieg werde durch die Bomberwaffe entschieden. Weder Frankreich noch das Deutsche Reich oder die Sowjetunion folgten dieser Idee. Für diese Länder war die Luftwaffe lediglich der auf dem Schlachtfeld einzusetzende verlängerte Arm der Artillerie. Daher verfügten sie auch nicht über Maschinen, die große Bombenlasten über weite Entfernungen transportieren konnten, um mit Bombenteppichen Wohnquartiere zu zerstören. Denn das war von Anfang an das Ziel Großbritanniens.

Politisch war Harris nicht verantwortlich für die völkerrechtswidrige Kriegführung gegen die Zivilbevölkerung. Um noch einmal Friedrich zu zitieren: "Die Luftoffensive gegen Deutschland war Churchills Krieg." Aber Harris war sein williger Vollstrecker, und er tat sein Werk mit Überzeugung.

Am 14. Februar 1942 erteilte das britische Kriegskabinett unter Premierminister Winston Churchill dem Bomberkommando den Befehl, "als Angriffsziele in Deutschland nicht Fabriken und sonstige militärische Objekte anzugreifen, sondern die Moral der feindlichen Zivilbevölkerung, besonders der Industriearbeiterschaft" zum Ziel zu wählen.

"Wir wollen 'boches' unter den Trümmern ihrer Häuser begraben, 'boches' umbringen und 'boches' terrorisieren", zitiert der englische Philosoph Anthony Clifford Grailing Oberbefehlshaber Harris in dem Buch "Die toten Städte", wobei bemerkenswert für seine Gesinnung ist, daß Harris das aus dem Ersten Weltkrieg stammende Schimpfwort für die Deutschen "Boches" verwendet. Derartige Zitate des Bomberchefs findet man in Hülle und Fülle; er hat offenkundig die Deutschen aus tiefster Seele gehaßt.

Daß er mit der gegen Zivilisten zielenden Kriegsführung gegen das internationale Kriegsvölkerrecht verstieß, also dezidiert Kriegsverbrechen beging, interessierte weder ihn noch seine Regierung. Dabei hatte das Vereinigte Königreich Ende des 19. Jahrhunderts die entsprechenden internationalen Gesetze in Den Haag unterschrieben, in denen sich die Staaten verpflichten, in einem Krieg die Zivilbevölkerung weitgehend zu schonen.

Das war Großbritannien sehr wohl bewußt, klagte man doch in den Nürnberger Prozessen nach Kriegsende die deutsche Führung unter anderem der "mutwilligen Zerstörungen von Städten, Märkten, Dörfern" an und beschuldigte sie, Verwüstungen angerichtet zu haben, die "nicht durch militärische Notwendigkeit gerechtfertigt waren" (Artikel 6 des Statuts).

Die angestrebte "großflächige, umfassende und unterschiedslose Zerstörung der Wohnviertel" sollte den Durchhaltewillen der deutschen Zivilbevölkerung brechen, wie offiziell, zunächst aber nicht öffentlich erklärt wurde. Harris erläuterte, sein Ziel sei es, in den Jahren 1943 und 1944 1,25 Millionen Tonnen Bomben auf Deutschland zu werfen und dadurch, so hoffte er, 900.000 Deutsche zu töten und eine Million schwer zu verwunden, 25 Millionen Deutsche sollten obdachlos werden.

Solche Ziele bezeichnet der britische Historiker John Terrain als "Rezept für Massaker". Damit sei offiziell die klassische Auffassung, daß ein Krieg zwischen Kombattanten (Soldaten) geführt werde, aufgegeben worden. Arthur Harris erläuterte dem Luftfahrtministerium gegenüber im Oktober 1943: "Das Ziel der Combined Bomber Offensive … ist die Zerstörung deutscher Städte, die Tötung deutscher Arbeiter und die Zerschlagung des zivilisierten sozialen Lebens in ganz Deutschland." ...

Nach dem Krieg wurde er, wenn auch mit zeitlicher Verzögerung nach den übrigen Generälen, in den Adelsstand erhoben. Am 30. Mai 1992 weihte die englische Königin-Mutter, welche die Deutschen stets nur mit dem Schimpfnamen "die Hunnen" (the huns) bezeichnete, in London vor der Kirche St. Clement, der Traditionskirche der Royal Air Force, ein Denkmal für Harris ein. ...

Während in Großbritannien zunehmend zumindest Intellektuelle von Harris und seiner Art der Kriegführung abrücken, genießt er in Deutschland hohes Ansehen bei den Linksextremen. Vorzugsweise an Jahrestagen von britischen Großangriffen pflegen sie unter den Rufen "Bomber-Harris - do it again" und "Deutschland verrecke" durch die Straßen zu ziehen.<<

Der britische General J. F. Fuller schrieb später in seinem Buch "Der Zweite Weltkrieg", daß der erstaunlich geringfügige militärische Erfolg mit der Vernichtung kostbarer europäischer Kulturwerte zweifellos viel zu teuer bezahlt war (x062/573): >>... Städte und nicht Trümmerhaufen sind die Grundlage der Zivilisation ...<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete im Jahre 1999 über den US-Luftkrieg gegen die deutsche Zivilbevölkerung (x887/...): >>**Ich meine die Deutschen ..."**

US-Luftwaffe probte mit System Bombenkrieg gegen unsere Städte

Der "Spiegel" veröffentlichte in seiner Ausgabe 41/1999 die gekürzte Fassung eines Beitrags des emeritierten Professors für Urbanistik am Southern California Institute of Architectur, Mike Davis, in der New Yorker Zeitschrift "Grand Street", in dem der Kulturhistoriker schildert, wie die US-Amerikaner während des Zweiten Weltkrieges systematisch den Luftkrieg gegen die Zivilbevölkerung erprobten. Ziel war es, mit möglichst geringem Aufwand eine höchstmögliche Anzahl gegnerischer Zivilisten zu töten, hier vorzugsweise deutsche Arbeiter sowie ihre Wohnungen zu vernichten.

Galt bisher die Ansicht, den unterschiedslosen Luftkrieg gegen die Zivilbevölkerung habe vor allem die britische Royal Air Force betrieben, so ist durch die neuen Enthüllungen bewiesen, daß die Amerikaner schon frühzeitig genau das gleiche beabsichtigten und im großen Umfang erprobten.

Der Nürnberger Gerichtshof der Siegermächte erhob 1946 gegen die deutsche Staats- und Wehrmachtsführung Anklage u.a. wegen des Begehens von Kriegsverbrechen: dazu gehörten ausdrücklich "Verletzungen des Kriegsrechts und der Kriegsbräuche", wie etwa "mutwillige Zerstörung von Märkten und Dörfern", und generalisierender wegen "Verbrechen gegen die Menschlichkeit". In den Erläuterungen wird dazu gerechnet die "Ermordung ... der Zivilbevölkerung von Beginn oder während des Krieges". Das Kriegsrecht und die Kriegsbräuche wurden in der sowohl von Großbritannien und den USA als auch vom Deutschen Reich unterzeichneten Haager Landkriegsordnung festgelegt.

Darüber hinaus sind die "allgemeinen Grundsätze des Kriegsrechtes" von Bedeutung, wonach militärische Kampfhandlungen direkt nur gegen Kombattanten, Quasi-Kombattanten (zum Beispiel Rüstungsarbeiter während ihrer beruflichen Tätigkeit) und militärische Objekte gerichtet werden dürfen.

Um so erstaunlicher ist, wenn man nun feststellen muß, daß die deutschen Politiker und Militärs nicht angeklagt wurden wegen der deutschen Luftbombardements auf offene Städte. An sich war das zwar von den interalliierten Verantwortlichen zunächst vorgesehen worden, doch verhinderte das der Hauptankläger der USA, Robert H. Jackson, mit dem Argument: "Dieses Thema wäre einer Aufforderung zur Erhebung von Gegenbeschuldigungen gleichgekommen, die in dem Prozeß nicht nützlich gewesen wären" - ein treffliches Beispiel dafür, daß dieser Prozeß nichts war als eine Rache- und Propaganda-Aktion.

Denn es war durchaus den damaligen Juristen klar, daß der unterschiedslose Luftkrieg gegen die Zivilbevölkerung ein Kriegsverbrechen darstellt. Und eben dieses Kriegsverbrechen wurde von den US-Amerikanern mit großem Aufwand vorbereitet und planmäßig durchgeführt.

Im Spiegel-Artikel wird geschildert, wie 1943 das US-Korps für chemische Kriegsführung im US-Bundesstaat Utah genaue Nachbauten Berliner Mietskasernen errichten ließ, an denen die Einäscherung deutscher Städte geübt werden sollte. Beim Nachbau deutscher Straßenzüge half der aus Deutschland emigrierte, heute gefeierte Architekt Erich Mendelsohn, der aufgrund seiner langjährigen Bautätigkeit in Deutschland über genaue Kenntnisse deutscher Bauweise

verfügte. Auch in den Einrichtungen wurde deutsche Wohnkultur nachgeahmt; man beschaffte sich Möbel in der damals typischen Bauweise ebenso wie deutsche Bettwäsche und Gardinen, um festzustellen, auf welche Weise sie am leichtesten in Brand zu setzen waren.
So entstand das "German Village", von dem heute noch einige Häuser auf dem Armee-Gelände "Dugway Proving Ground" stehen. So baute man die typischen Mietskasernen Berliner Arbeitergebiete nach jenen am dichtesten besiedelten Arme-Leute-Vierteln, deren Vernichtung die meisten Toten verursachten. Auf diese "deutschen" Wohnviertel flogen dann die amerikanischen Bomber ihre Probeangriffe mit Brand- und Sprengbomben.
Immer wieder mußte das "German Village" aufgebaut werden, um für weitere Übungen zur Verfügung zu stehen. ...<<
Der nordamerikanische Ökonom und Diplomat John Kenneth Galbraith (1908-2006) schrieb später über den anglo-amerikanischen Luftkrieg (x165/173): >>... Die Erfahrungen, die ich als Mitglied der Kommission gemacht habe, hinterließen bei mir einen bleibenden Eindruck.
Wenn man sich 1945 die deutschen Städte ansah, Stadt für Stadt, und dann die schrecklichen Zerstörungen in Japan, dann wußte man, wie furchtbar der moderne Luftkrieg ist. Sicher, jeder Krieg ist furchtbar, in der Somme-Schlacht im Ersten Weltkrieg wurden am ersten Tag 20.000 Menschen getötet. Aber das hatte nicht dieses Ausmaß an sichtbarer Zerstörung wie Berlin, Frankfurt, Köln, Mainz oder Tokio, die dem Erdboden gleichgemacht worden waren.
Diese Bilder verfolgen mich ein Leben lang.<<
Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 15. Februar 2003 über den anglo-amerikanischen Luftkrieg gegen Deutschland (x887/...): >>**58 Jahre nach Dresden leugnen Briten noch immer den verbrecherischen Charakter der Terrorangriffe**
Ein Unrechtsbewußtsein fehlt
Wie man hört, hat das Buch über den anglo-amerikanischen Luftkrieg gegen Deutschland "Der Brand" von Jörg Friedrich inzwischen eine Auflage von über 100.000 Exemplaren erreicht, und das in wenigen Monaten. Der alle Erwartungen sprengende Bucherfolg zeigt, daß das Thema den Deutschen auf den Nägeln brennt.
Jahrzehntelang überließ es die politische Klasse den wenigen Militärhistorikern, dieses Kapitel des Zweiten Weltkrieges zu erforschen und darüber wissenschaftliche Bücher zu publizieren, und es waren allein die von der wie gleichgeschaltet agierenden Presse als politisch unkorrekt ausgegrenzten Zeitungen und Zeitschriften, die von den Ergebnissen der wissenschaftlichen Forschung berichteten.
Was dabei herausgekommen war über die Verantwortlichkeit der britischen und US-amerikanischen Führung für die Massaker an deutschen Zivilisten, paßte allerdings so gar nicht in das fleißig propagierte Klischee von den stets bösen Deutschen und den gar edlen Siegern. Und so schwieg man das Thema lieber tot. ...
Nun hat schon Rudolf Augstein vor Jahren im Spiegel nicht mehr und nicht weniger festgestellt, als daß Winston Churchill wegen des Luftterrors auf die Bank eines Kriegsverbrechertribunals gehört hätte, eine Meinung, die heute die Spiegel-Redaktion allerdings nicht mehr teilt, sondern ihre nachklappende Titelgeschichte über den Bombenkrieg lieber so abfaßt, als hätte sie immer noch Angst vor dem britischen Besatzungsoffizier, dem der Spiegel seine Lizenz verdankt. Als Augstein seine couragierte Bewertung Churchills äußerte, folgte ihm das Heer der deutschen Chefredakteure nicht.
Jetzt aber hat Jörg Friedrich die Medien aufgestört. Churchill, diese Ikone der Sieger, der Karlspreis-Träger von Aachen, einer der großen Befreier - ein Kriegsverbrecher? War bislang im Rahmen der politischen Korrektheit der Titel nicht allein den Besiegten vorbehalten?
Aufschlußreich ist das Echo, das Friedrichs Buch in Großbritannien hervorgerufen hat, in dem man weithin der Meinung war und ist, man gehöre zu den "Guten", die das "Böse" bekriegt hätten.

Großbritannien wie die USA und natürlich auch das Deutsche Reich gehörten zu den Unterzeichnerstaaten der Haager Landkriegsordnung (HLKO), in der die Gesetze und Gebräuche des Landkrieges um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert zusammengefaßt und kodifiziert worden sind. In erster Linie dient das Vertragswerk dem Schutz der Zivilbevölkerung, der Verwundeten, der Kriegsgefangenen, der Kulturgüter, und das, indem es deutlich unterscheidet zwischen sogenannten Kombattanten (Kriegführenden) und Nichtkombattanten, die außerhalb des Krieges stehen und zu schützen sind.
Die vier großen Siegerstaaten verwendeten die Regeln der Haager Landkriegsordnung, um in den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen die deutsche Führung wegen des Bruches der HLKO-Regeln anzuklagen und zu verurteilen. Es wird bis heute nicht ausreichend gewürdigt, daß die USA, die UdSSR, das Vereinigte Königreich und Frankreich zwar darauf bestanden, daß die Besiegten die Landkriegsordnung hätten einhalten müssen, daß sie selbst sich aber ausdrücklich nicht an die HLKO den besiegten Völkern gegenüber gebunden fühlten.
Ausdrücklich sagt Artikel 22 des 1. Abschnitts, 1. Artikel, daß die "Kriegführenden kein unbeschränktes Recht in der Wahl der Mittel zur Schädigung des Feindes" haben. Der Artikel 25 legt fest: "Es ist untersagt, unverteidigte Städte, Dörfer, Wohnstätten oder Gebäude, mit welchen Mitteln es auch sei, anzugreifen oder zu beschießen." Weiter liest man in Artikel 27, daß bei Belagerungen, Beschießungen "alle erforderlichen Vorkehrungen getroffen werden sollen ..., um die dem Gottesdienst, der Kunst, der Wissenschaft und der Wohltätigkeit gewidmeten Gebäude, die geschichtlichen Denkmäler, die Hospitäler und Sammelplätze für Kranke und Verwundete so viel wie möglich zu schonen ...".
Es liegt auf der Hand, daß Großbritannien und die USA bei ihrem Luftkrieg gegen die deutsche, französische und italienische Zivilbevölkerung gegen das Völkerrecht verstießen. Die Schätzungen bezüglich Frankreich schwanken zwischen 67.000 und 300.000 Ziviltoten. Hinsichtlich Italien ist die Gesamtzahl der Opfer unklar. Belegt hingegen ist, daß Rom bis zum Juni des Jahres 1944 4.000, Frascati 6.000 und Mailand 2.700 Luftkriegstote zu beklagen hatte.
Das Völkerrecht spielt in Großbritannien bei der Bewertung des Luftkrieges gegen die Zivilbevölkerung offensichtlich überhaupt keine Rolle.
Der Daily Telegraph empört sich über einen "noch nie dagewesenen Angriff auf die Kriegführung der Alliierten". Der durchaus angesehene Historiker Richard J. Overy rechtfertigt den Luftkrieg damit, daß ohne die Zerstörung der Wohnviertel das Deutsche Reich länger Widerstand gegen die Alliierten geleistet hätte. ...
Und tröstend setzt Overy hinzu, es seien "ja nicht die meisten Deutschen den Luftangriffen ausgesetzt gewesen, sondern überwiegend nur die Arbeiterviertel". Und bei Overy findet man wie auch bei anderen britischen Journalisten und Historikern die Begründung, daß Deutschland schließlich mit dem Luftkrieg angefangen habe.
Auch der britische Historiker Anthony Beevor schreibt, Deutschland habe den Bombenterror "erfunden", und damit sei Churchill, der lediglich Gleiches mit Gleichem vergolten habe, kein Kriegsverbrecher. In der Daily Mail wird Jörg Friedrich verdächtigt, er habe sich "dem Haufen gefährlicher Revisionisten" angeschlossen, die die Verbrechen der Wehrmacht und den deutschen Massenmord an den Juden relativieren wollten.
Durch die Bank findet man in den britischen Stellungnahmen das Argument, Großbritannien habe 1940 keine andere Waffe gehabt als die Bomber, um Deutschland schwere Schäden zuzufügen. Damit rechtfertigt man die 635.000 Luftkriegstoten in Deutschland, unter ihnen übrigens 56.000 Kinder unter 14 Jahren und 32.000 ausländische Arbeiter und Kriegsgefangene.
Immer wieder liest man in den englischen Stellungnahmen den Hinweis, daß schließlich die Sieger, also das Vereinigte Königreich, die Vereinigten Staaten, die Sowjetunion und Frankreich einen "gerechten Krieg" gegen das "böse" Deutschland geführt hätten. Und nirgendwo

wird ein Bedauern ausgedrückt, nirgendwo findet man eine Wendung, die darauf schließen läßt, daß die Briten eine nationale Schuld oder Scham empfinden.
Das verwundert, denn die Deutschen haben nicht zuletzt durch ständige Ermahnungen ihrer politischen Leitfiguren immer wieder gehört, daß die Erinnerung an eigene Schandtaten frei mache, daß öffentliche Schuldbekenntnisse ein Volk erhöhen würden, daß Deutschland sein internationales Ansehen nicht zuletzt dadurch gewonnen habe, daß seine Repräsentanten permanent büßen und bereuen. Die Briten halten offenkundig von solchen Ritualen nichts.
Die britischen Meinungsäußerungen zu Friedrichs Buch über den Bombenkrieg lassen den Schluß zu, in Großbritannien herrschte und herrscht ungebrochen der Grundsatz, der Zweck heilige im Krieg jedes Mittel. Jörg Friedrich weist in einem Interview darauf hin, daß diese Einstellung bedeute, einen "Blankoscheck für jede Barbarei auszustellen". Damit aber ist die moderne Welt zurückgefallen in Zustände, wie sie im Mittelalter herrschten.
Was hindert einen Staat mit solchen Grundsätzen noch daran, im Krieg Giftgas einzusetzen oder - wie es die USA 1945 taten - mit Atombomben Hunderttausende Zivilisten umzubringen? ...
Wenn nun alle bislang erfolgreichen Vernebelungstricks nichts mehr nützen, um Großbritanniens Verantwortung für den Massenmord an Zivilisten zu verbergen, dann versuchen Briten (verständlicherweise) und ihre deutschen Handlanger (unappetitlicherweise) die Deutschen wenigstens damit zu belasten, sie hätten begonnen mit dieser unmenschlichen Kriegführung. Das ist längst durch sorgfältige Untersuchungen widerlegt. Warschau und Rotterdam waren verteidigte Städte in der Kampflinie, deren Übergabe trotz mehrfacher Aufforderung verweigert wurde. Werden solche Städte dann aus der Luft angegriffen, so ist das nicht völkerrechtswidrig.
Und darüber hinaus lagen der britischen Luftkriegführung der Bombenteppiche auf Wohnviertel Planungen aus dem Anfang der dreißiger Jahre zugrunde. Der Auftrag, viermotorige Bomber zu entwickeln, die große Bombenlasten über weite Entfernungen transportieren sollten, wurde der britischen Rüstungsindustrie bereits 1932 erteilt. Deutschland besaß solche Flugzeuge nie.
Vom Völkerrecht war bei den britischen Planungen des Luftkrieges gegen die deutsche Zivilbevölkerung keine Rede, und das Erschreckende ist, daß diese Ideologie offenbar noch immer herrscht. Das läßt für bewaffnete Auseinandersetzungen der Zukunft Schlimmstes befürchten.<<
Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 24. Mai 2003 (x887/...): >>**Debatte um den Bombenkrieg und Jörg Friedrichs Buch "Der Brand"**
Wieder andere waren in der Glut so zu Asche geworden, daß man die Überreste mehrköpfiger Familien in einem einzigen Waschkorb davontragen konnte". Das Grauen des Luftkrieges ist in Deutschland lange Zeit relativ marginal untersucht worden. Die ungeheuere Dimension der Vernichtung wurde eher selten mit ganzer Schärfe dargestellt. Jörg Friedrich, einem Außenseiter der Historikerzunft, blieb es vorbehalten, in "Der Brand" den "Totengesang auf die verlorene Vergangenheit" deutscher Städte anzustimmen.
Friedrichs monumentales Werk löste in Großbritannien und Deutschland nicht nur bei Wissenschaftlern heftige Streitigkeiten aus. Die Bild-Zeitung druckte Teile des Buches ab; massive Gegenangriffe des Daily Telegraph folgten. Ist Winston Churchill als Kriegsverbrecher zu beurteilen? War der gegen Deutschland geführte Luftkrieg ein Massenmord? ...
Warum fristete die Erinnerung an das Bombenmassaker, dem etwa 600.000 deutsche Zivilisten, davon 15 Prozent Kinder, zum Opfer fielen, im Vergleich zur Holocaust-Debatte ein Schattendasein? Die Sorge vieler Ideologen, Schuld könne "aufgerechnet" werden, ein Vorwurf, der jetzt auch gegen Friedrich erhoben wird, ist sicher an erster Stelle zu nennen. Auch wollte man in der Zeit des Kalten Krieges, wie manche Autoren glauben, die Westmächte

nicht in Verlegenheit bringen. ...
Seit Anfang 1942 unterschieden Briten und Amerikaner nicht mehr zwischen militärischen und zivilen Zielen und praktizierten flächendeckende Bombenangriffe gegen Deutschland. Sie hofften, den deutschen "Sozialkörper", besonders die Arbeiterschaft, zu brechen.
Luftmarschall Harris betonte 1943, daß England "die deutschen Städte und ihre Einwohner auslösche". Deutschland sollten, verkündeten britische Offizielle, "die Eingeweide herausgerissen" werden. Churchill und Roosevelt billigten vorbehaltlos diese Strategie. Der britische Premierminister redete von "Ausrottung" und gedachte, "menschenleere Räume" zu schaffen. In den letzten sechs Monaten des Krieges, als die Entscheidung längst gefallen war, hagelten ebenso viele Bomben auf Deutschland wie in der gesamten Kriegszeit vorher. Jetzt erst sanken Städte wie Dresden, Würzburg und Potsdam in Schutt und Asche. ...
Der rein wissenschaftliche Ertrag von "Der Brand" mag eher dünn ausfallen. Doch wolle Friedrich vor allem, darin sind sich die meisten Autoren einig, die Tragödie des sinnlosen Massensterbens und eine gemordete Stadtkultur betrauern. Andere wiederum befürchten, daß Friedrich, obwohl er über den Holocaust geforscht hat, dem "Geschichtsrevisionismus" und der "Aufrechnung" Vorschub leiste.
Als extremes Beispiel hierfür darf der konservative britische Autor Correli Barnett gelten. "Nun hat sich Jörg Friedrich diesem gefährlichen Pack von Revisionisten angeschlossen, die Großbritannien einen historischen Dolch in den Rücken stoßen".
Hans-Ulrich Wehler unterstellt Friedrich, dieser wolle das jahrelange Bombardement als "Unikat" des Massenmordens interpretieren, betrachte es isoliert vom übrigen Kriegsgeschehen und betreibe einen "modischen Opferkult", indem er Holocaust und Luftkrieg semantisch gleichsetze. So bezeichne Friedrich Bomberpiloten als "Einsatzgruppen" und Keller als "Krematorien".
Darf man derartige Vergleiche prinzipiell nicht anstellen? Die Vernichtung der Städte erfolgte in erster Linie durch "Feuerstürme", die Brandbomben verursacht hatten. Der Luftkrieg basierte auf der "Wissenschaft vom Feuer".
Klug und ausgewogen argumentiert die Schriftstellerin Cora Stephan. Friedrich relativiere nicht, sondern erzähle einfach nur Tatsachen, ohne sie explizit "verbrecherisch" zu nennen. Es sei absurd, eine Barbarei gegen die andere aufwiegen zu wollen. Aber Friedrich mache klar, daß die einstigen Sieger ihre Verstrickungen in schweres Unrecht ebenso zu bewältigen hätten. Diese Gedächtnislücke sei zu schließen, damit Europa ein "gemeinsames Fundament" erhalte. ...<<
Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" berichtete am 30. Januar 2007 über das Buch "Der Brand. Deutschland im Bombenkrieg 1940-1945" des deutschen Historikers und Autors Jörg Friedrich: >>Das Buch von Jörg Friedrich "Der Brand. Deutschland im Bombenkrieg 1940-1945" ist nun in einer englischen Übersetzung erschienen. ...
Friedrichs Vorwurf, Churchill und Harris hätten sich eines Kriegsverbrechens schuldig gemacht, stößt in der Mehrheit der britischen Historiker auf wenig Gegenliebe und irritiert selbst jene, die das Bombardement für einen schweren Fehler halten. Der Kriegshistoriker und Journalist Max Hastings konzediert zwar, daß alle Details der verheerenden Wirkung der Flächenbombardements von Jörg Friedrich korrekt beschrieben seien.
Aber er werde "mißtrauisch", wenn der Autor von "Kriegsverbrechen" spreche. Auch andere wittern Unrat. Die Geschichtsforscher Corelli Barnett und Anthony Beevor fürchten, Friedrich beabsichtige, die Verbrechen Hitlerdeutschlands mit dem Bombenkrieg der Alliierten gleichzusetzen.
Der Schriftsteller Ian Buruma wiederum hatte vor ein paar Jahren noch Deutschlands Umgang mit der eigenen Schuld als vorbildlich bezeichnet, insbesondere im Vergleich zu Japan. Bereits nach Erscheinen der deutschen Ausgabe von Friedrichs Buch stellte Buruma indes die

Frage, warum die Linke in Deutschland auf einmal so wild darauf sei, das Thema zu wechseln; jahrzehntelang hätte sie doch - und er meinte damit auch Günther Grass - das Leiden der Deutschen ignoriert oder verdrängt.
Deutsches Leid aufzuarbeiten sei überfällig gewesen, sagte David Cesarani, einer der führenden Holocaustforscher des Landes, bereits vor fünf Jahren. Er forderte deutsche Geschichtswissenschaftler auf, die Greueltaten der Roten Armee und die Verbrechen während der Vertreibung aus den deutschen Ostgebieten zu ihrem Thema zu machen. Nun, spätestens mit dem Buch von Jörg Friedrich, der sich bis dahin der Aufarbeitung deutscher Verbrechen während der Nazizeit gewidmet hatte, sind diese Sujets (Ereignisse) enttabuisiert worden. ...<<
Die "Badische Zeitung" berichtete am 22. November 2014: >>**Blindgänger: Tausende Fliegerbomben liegen noch unter der Erde**
Deutschland ist Bombenland. Fast 70 Jahre nach Kriegsende liegen noch abertausende Blindgänger im Boden. ...
Es ist ein drückender Sommertag vor fünf Jahren, als Baggerfahrer Georg Neumaier auf ein mit Dreck verschmiertes Etwas stößt. Kies hatte er hier im Freiburger Westen eigentlich erwartet, Erde natürlich, aber doch nicht das, was jetzt ein paar Meter vor ihm auf der Schaufel liegt. Es dauert ein paar Sekunden, bis er versteht, was er ausgebuddelt hat.
Seine Augen werden groß, sein Blick weicht nicht von diesem Objekt, das so aussieht wie eine, na ja, eine Bombe? Er steigt von seinem Bagger, geht ein paar Schritte in Richtung Schaufel, inspiziert sie. Die Gewißheit kommt schnell. Das, was so aussieht wie eine Bombe, ist auch tatsächlich eine. Er klettert zurück auf den Bagger, schaltet den Motor aus, plötzlich ist alles still. Dann rennt er ins Büro, alarmiert die Polizei. Eine Bombe, Wahnsinn.
Später sagt man ihm, daß er einen 500-Kilogramm schweren Blindgänger aus dem Zweiten Weltkrieg aus dem Boden gefördert hat, einen Mords-Brummer. Daß das Ding scharf war. Daß er gewaltiges Glück hatte. Was alles hätte passieren können! Daran muß er heute noch häufig denken.
Im Januar dieses Jahres fehlte einem Baggerfahrer in Euskirchen dieses Glück. Er war gerade damit beschäftigt, Bauschutt zu zerkleinern, als der Greifarm seines Gefährts auf einen Blindgänger stieß – und diesen zur Explosion brachte. Deren Wucht tötete den Familienvater auf der Stelle und verletzte mehrere Menschen im Umkreis.
In Deutschland herrscht bizarre Sorglosigkeit, wenn es um Blindgänger aus dem Zweiten Weltkrieg geht. Die explosive Altlast liegt unter unseren Füßen, sie wird von Jahr zu Jahr gefährlicher, aber niemanden kümmert das. Dabei vergeht keine Woche, ohne daß irgendwo in der Bundesrepublik ein Blindgänger auftaucht. Meist ist es ein Zufallsfund. Und oft ist es pures Glück, daß die Bombe nicht auch anrichtet, wofür sie dereinst gebaut worden ist: Häuser zerstören, Menschen töten.
Auch unter dicht besiedelten Großstädten schlummern solche Gefahren. Selbst gut besuchte Volksfeste wie der Dom in Hamburg und das Oktoberfest in München finden wahrscheinlich auf Bombenboden statt. Diesen beunruhigenden Verdacht legen Luftbilder aus dem Zweiten Weltkrieg nahe. Und bereits geborgene Blindgänger bestätigen es.
In Südbaden wurde während des Zweiten Weltkriegs besonders Freiburg stark bombardiert. Nächste Woche jährt sich der tödliche Angriff zum siebzigsten Mal. Die Stadt erinnert sich an die Toten, die Trauer, die Zerstörung. Und nebenbei wird ins Gedächtnis gerufen, welche Geschosse immer noch unter der Stadt liegen. Zuletzt fanden Bauarbeiter im Sommer 2012 einen Blindgänger auf dem Schulhof der Merianschule am nördlichen Ende der Altstadt. Ein Zufallsfund.
Präventiv nach den tödlichen Geschossen gesucht wird in Deutschland selten. Vor Blindgängern verschließt der Staat konsequent die Augen. Nach dem Motto: Was liegt, liegt. Solange es keinen begründeten Verdacht gibt, existiert auch keine Gefahr. Und damit für die Behörden

kein Handlungsbedarf. Es ist ein Spiel auf Zeit.
Denn auch unentdeckt bleiben all die Minen, Bomben und Granaten unter deutschen Städten real. Das weiß niemand besser als der Kampfmittelexperte Wolfgang Spyra von der Technischen Universität Cottbus. Er hatte einen europaweit einzigartigen Lehrstuhl für Altlasten inne, bis dieser vor drei Jahren aufgelöst wurde. "Die Gefahr, die von Blindgängern ausgeht, wird allgemein unterschätzt", sagt er. Es sei außerordentliches Glück, daß bisher nur wenige Menschen verletzt oder getötet worden seien. Womöglich ist das der Hauptgrund, warum die Deutschen sich nicht darum scheren, was unter ihnen liegt.
Rund 1,4 Millionen Tonnen hochexplosives Material warfen Briten und Amerikaner im Zweiten Weltkrieg auf das Deutsche Reich ab. Dabei wurden etwa 160 Städte und 850 kleinere Orte aus der Luft angegriffen. Schwerpunkte waren Berlin, Hamburg, Köln und das Ruhrgebiet. Auf Baden-Württemberg fielen 90.000 bis 100.000 Tonnen Kampfmittel, die Hälfte davon auf die großen Industriezentren Mannheim und Stuttgart. Wie viele Bomben auf Südbaden abgeworfen wurden, weiß niemand genau. Aber es werden in ganz Baden-Württemberg noch Tausende Blindgänger im Erdreich vermutet.
Warum sie nicht explodiert sind? Je nach Angriffsziel setzten die Alliierten unterschiedliche Abwurfmunition ein. Auf deutsche Städte wurden hauptsächlich Sprengbomben abgeworfen. Wenn sie zündeten, deckte die Druckwelle die Dächer ganzer Häuserblocks ab. In die freigelegten Dachstühle warf man schließlich Brandbomben ab, und ein tödlicher Feuersturm breitete sich aus.

Besonders perfide war die Wirkung von Langzeitzündern

Der Zünder sollte die Detonation einer Bombe hinauszögern, von wenigen Minuten bis zu mehreren Tagen, wenn die Zivilbevölkerung wieder aus Kellern und Bunkern hervorgekommen war. Ziel war es, mit Explosionen ohne Vorwarnung die Moral der Menschen endgültig zu brechen.
Am häufigsten wurden dafür chemische Zeitzünder eingesetzt. Sie bestehen aus einer mit Aceton gefüllten Glasampulle und einem Zelluloidplättchen, das eine gespannte Feder zurückhält. Gedacht war das so: Zerbrach das Glas, begann ein chemischer Zersetzungsprozeß, das Aceton zerfraß das Plättchen langsam. Konnte es die Feder nicht mehr halten, schnellte sie mit einem Metallbolzen in Richtung Sprengstoff – die Bombe explodierte.
Blieb aber die Glasampulle intakt oder zersetzte sich das Zelluloidplättchen nicht, wurde aus der Bombe ein Blindgänger. Die Blindgängerquote der hochempfindlichen Langzeitzünder lag bei 15 Prozent. Was damals Glück war, ist heute ein Problem.
Hunderttausende scharfe Bomben aus britischer und amerikanischer Produktion vermuten Experten noch im deutschen Untergrund. Jedes Jahr explodieren ein bis zwei Bomben mit Zeitzünder ohne Vorwarnung – zum Beispiel an einem Radweg in München (2011) und auf einer Wiese in Buseck bei Gießen (2013). Je länger die Bomben unter uns liegen, desto gefährlicher werden sie. Sprengstoff rostet nicht. Aber wo sind sie? Und warum birgt und entschärft man sie nicht endlich?

Sprengstoff rostet nicht – die Bomben können jederzeit explodieren

Eine systematische Suche scheitert an den horrenden Kosten, aber auch am Allgemeinen Kriegsfolgengesetz, das eine paradoxe rechtliche Situation schafft. Demnach kommt der Bund einzig für die Beseitigung ehemals reichseigener Munition auf. Das bedeutet: Bei Bombenfunden ist die Nationalität des Sprengkörpers entscheidend. Für – selten gefundene – deutsche Bomben zahlt der Bund, für amerikanische und britische nicht. Deshalb fühlt sich niemand verantwortlich, das ganze Land nach Blindgängern abzusuchen. So sind die Kampfmittelräumer lediglich zuständig für Bergung, Entschärfung und Entsorgung von zufällig gefundenen Blindgängern – nicht aber für eine systematische, vorbeugende Suche. Bombenexperte Wolfgang Spyra schimpft: "Diese Regelung ist grotesk."

Bomben sind Ländersache. Deshalb unterhalten die meisten Länder einen eigenen Kampfmittelräumdienst. Vor drei Jahren versuchte der Bundesrat, die Gesetzeslage zu ändern und den Bund stärker in die Verantwortung zu nehmen. Schwarz-Gelb lehnte den Antrag ab. Begründung: kein Geld. Für Einsätze von Polizei und Feuerwehr kommen in der Regel die Kommunen auf. Für den Rest haftet der Grundeigentümer – etwa für die Schäden durch eine kontrollierte Sprengung, wenn also keine Entschärfung möglich ist und sofern es sich nicht um eine deutsche Bombe handelt. Da ist eine gute Gebäudeversicherung ratsam.
In manchen Städten wie Hamburg sind die Bauherren verpflichtet, ihre Grundstücke vorsorglich nach Kampfmitteln abzusuchen, ehe sie nur einen Stein bewegen. Die Kosten hierfür sind hoch und können manche Bauvorhaben ganz gefährden. Deshalb meiden manche Investoren stark bombardierte Flächen und bauen lieber woanders an.
"Das ist ein Witz. Der Bürger muß Verantwortung übernehmen, die der Staat nicht übernimmt", sagt Spyra. Die meisten Deutschen wüßten von dieser bizarren Rechtslage nichts. Im Gegenteil: Wenn der Kampfmittelräumdienst anrücke und eine Bombe entschärfe, seien sie äußerst dankbar. "Die Anwohner denken: Alles gut gegangen, der Staat kümmert sich um die Sicherheit seiner Bürger." Auf die Frage, wie lange es beim derzeitigen Tempo dauern werde, bis Deutschland bombenfrei sei, antwortet er: "Generationen ist wohl die richtige Formulierung."
In Baden-Württemberg ist das prophylaktische Absuchen von Kampfmitteln auf Grundstükken Privatsache. Es existiert kein Gesetz, vor dem ersten Spatenstich eine Neubau-Fläche nach möglichen Bomben abzusuchen. Lediglich die Berufsgenossenschaft der Bauwirtschaft schreibt vor, eine Kampfmittel-Expertise einzuholen. Sonst kann der Versicherungsschutz erlöschen.
Um nach Jahrzehnten noch festzustellen, wo in Deutschland Blindgänger liegen, bedarf es umfangreicher Recherchen. Stark bombardierte Städte leisten sich dafür sogenannte Abteilungen für Gefahrenerkundung, die mit Hilfe historischer Luftbilder Fliegerbomben aufzuspüren versuchen. Die Idee dahinter: Je mehr Sprengkörper auf einen Ort niedergingen, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, Blindgänger zu finden. Experten sind in der Lage, auf diesen Luftbildern Einschlagkrater zu erkennen und dadurch besonders gefährdete Gegenden zu lokalisieren. Zudem ist eine bereits gefundene Bombe ein starkes Indiz dafür, daß noch weitere im Boden schlummern. Schließlich werden alle Verdachtspunkte in eine Karte eingetragen.
Auch Baden-Württemberg unterhält in Stuttgart eine Abteilung für Luftbildauswertung. Fünf Mitarbeiter suchen Aufnahmen der Alliierten nach Blindgängern ab, einer davon ist der Freiburger Thomas Mertens. Mertens weiß, welche Flugrouten die Alliierten wählten, um Freiburg zu treffen; und er weiß, daß es in einem anderthalb Kilometer breiten Streifen von Betzenhausen-Lehen bis zum Schloßberg (darunter viele Wohngebiete) besonders viele Bomben hagelte. Derzeit laufen die Vorbereitungen, um im Frühjahr vier Blindgänger unter der B 3 bei Gundelfingen zu bergen. Bis dahin läuft der Verkehr weiter. Angst müsse man nicht haben, sagen die Behörden.
"Es ist schon wichtig, daß niemand verrückt gemacht wird", sagt Wolfgang Müller von der Luftbilddatenbank Dr. Carls in Estenfeld bei Würzburg, die historische Luftaufnahmen aus britischen und amerikanischen Archiven besorgt und sie an deutsche Behörden weiterverkauft. Verdrängt werden dürfe das Problem allerdings nicht.
Etwa die Hälfte aller verfügbaren Aufnahmen seien mittlerweile geborgen, schätzt Müller, zwei Millionen weitere noch nicht. Die Länder seien recht unterschiedlich an der Gefahrenerkundung von oben interessiert. Als vorbildlich bezeichnet Müller Hamburg, das alles, was bekannt sei, aufgekauft habe. Bayern hingegen habe bis heute ein Drittel der verfügbaren Aufnahmen nachgefragt und sei bis zum Jahr 2006 kaum interessiert gewesen.
Penibel haben die Alliierten ihre Bombardierungswellen auf deutsche Städte dokumentiert.

Ihre Pläne verzeichnen nicht nur die Angriffsziele der Luftwaffe, sondern auch die sichtbaren Schäden. Allein aus Luftaufnahmen auf Blindgänger zu schließen ist eine Kunst für sich, das Ergebnis nicht immer eindeutig. Deshalb geben die Angriffspläne des ehemaligen Feindes wertvolle Hinweise auf bisher unentdeckte Bomben.
Der Hamburger Feuerwerker Peter Bodes ist Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft aller deutschen Kampfmittelräumdienste. Er weiß zwar, wie die Bomben ticken, aber auch er weiß nicht, wo. Bodes versteht nicht, warum sich der Bund aus der Verantwortung stiehlt. "Nach unserer technischen Auffassung gehen die Bomben mit Langzeitzünder irgendwann alle hoch", sagt er. Deshalb müsse man versuchen, "den Mist endlich aus dem Boden zu holen". Das sei aufwendig, aber möglich.
Die Auswertung von Luftbildern und historischen Archivalien ist also der wichtigste Schritt, um Blindgänger systematisch aufzuspüren. Erhärtet sich ein Verdacht, wird die fragliche Stelle mit Metalldetektoren und Magnetometern abgesucht. Das erfordert Fachwissen: Da vor allem in der Nachkriegszeit Löcher im Boden mit Schutt und Schrott zugeschüttet wurden, können die Signale der Detektoren auch mal von alten Kohleöfen herrühren. Je tiefer ein Sprengkörper liegt, desto schwieriger ist er zu ermitteln.
Eine einzige Stadt in der ganzen Bundesrepublik versucht seit einigen Jahren, die Gefahr aus dem Boden endgültig zu beseitigen. Es handelt sich um Oranienburg. Auch hier mußte erst eine öffentliche Debatte für den nötigen Druck sorgen, aber jetzt wird dort etwas getan. Als Rüstungsstandort war die Kleinstadt nördlich von Berlin Ziel intensiver Angriffe. Vor sechs Jahren hat Altlasten-Professor Wolfgang Spyra ein Gutachten über die Gefahr im Oranienburger Untergrund verfaßt: Über 300 scharfe Bomben sollen aktuell noch im Boden des Stadtgebiets liegen. Nach diesen Blindgängern wird nun systematisch gefahndet, um sie unschädlich zu machen.
Eine solche Suche ist in Baden-Württemberg nicht geplant. Aber sie wäre möglich, wenn man das nötige Geld investierte. "Dann könnte man die Städte systematisch durcharbeiten und das Gros der Bomben bewältigen", sagt Luftbildauswerter Thomas Mertens. Das allerdings wird von Jahr zu Jahr riskanter.<<
Die "Neue Zürcher Zeitung" berichtete am 11. Mai 2015 über den Luftkrieg der Alliierten:
>>**Die verheerenden Auswirkungen des Luftkriegs**
Der Luftkrieg der Alliierten hat während des Zweiten Weltkriegs nicht nur deutsche Großstädte in Ruinenlandschaften verwandelt. ...
Die Operation "Clarion"
Sogar in den kleineren Städten des Deutschen Reichs kann sich die Bevölkerung zu Beginn des letzten Kriegsjahres nicht mehr vor den Bombern sicher fühlen. Im Februar 1945 beginnen die Alliierten die Operation "Clarion". Eine Woche lang werden nicht mehr nur die bisherigen Ziele, sondern auch nahezu alle kleineren und mittleren Städte angegriffen. Sieben Tage später sind etwa 90 Prozent der deutschen Transportkapazität und Verkehrsknotenpunkte nicht mehr nutzbar.
Die Zerstörungen nahmen immer größere Ausmaße an. Inzwischen setzen die Alliierten auch vermehrt auf Sprengbomben, die für größere Schäden als Brandbomben sorgen und so den Wiederaufbau von Ruinen erschweren sollen. Die Zahl der total beschädigten Wohngebäude erhöht sich in den letzten Kriegsmonaten auf etwa 25.000 im Monat. Selbst in kleineren Städten wie Düren, Hanau oder Giessen werden mehr als zwei Drittel der Wohnungen zerstört. So mußten sich in den letzten Kriegsmonaten nochmals Tausende von deutschen Zivilisten nächtelang in Kellern und Katakomben verschanzen, während sich der Zweite Weltkrieg unaufhaltsam seinem Ende näherte. Heute sind sich die meisten Historiker einig: Für den Ausgang des Krieges waren diese Bombardierungen weitgehend irrelevant.<<

Zusammenfassung des Luftkrieges (1940-1945)

Nach einem britischen Luftangriff gegen Heide in Holstein gab das Oberkommando der Wehrmacht am 25. April 1940 bekannt (x172/195): >>... Der Feind hat einen Luftkrieg gegen unverteidigte Ziele eröffnet.<<

Die britische Regierung beschloß am 11. Mai 1940 die "Eröffnung der strategischen Luftoffensive" gegen das Deutsche Reich (x040/29).

Der 1. deutsche Luftangriff gegen Großbritannien erfolgte am 10. Juli 1940. Stärkere Luftflotten (General Albert Kesselring und General Hugo Sperrle) bombardierten militärische Ziele in Süd-England (x040/38-39).

Hitler befahl am 1. August 1940 mit der "Weisung Nr. 17" den verschärften See- und Luftkrieg gegen England (x040/40).

Der britische Premierminister Winston Churchill und Charles de Gaulle sprachen im August 1940 über die erwarteten Luftangriffe gegen England (x172/248-249): >>... (Churchill:) ... Also kommen sie doch nicht!

(de Gaulle:) Haben Sie es denn so eilig, Ihre Städte in Trümmern zu sehen?

(Churchill:) Ach, wissen Sie, wenn die Deutschen Oxford, Coventry oder Canterbury bombardieren, wird das in den Vereinigten Staaten eine derartige Welle der Empörung auslösen, daß sie in den Krieg eintreten! ...

Früher oder später werden die Amerikaner kommen, allerdings unter der Voraussetzung, daß wir hier weder wanken noch weichen.<<

Am 13. August 1940 wurde der "verschärfte See- und Luftkrieg" gegen England mit dem sogenannten "Adlertag" eröffnet. An diesem Tag wurden rund 1.485 Einsätze geflogen. Die deutsche Luftwaffe verlor 34 Maschinen (x040/41).

Der britische Premierminister Winston Churchill beschimpfte Hitler am 11. September 1940 während einer Rundfunkansprache wegen der deutschen Luftangriffe (x172/257-258): >>... Dieser niederträchtige Mann, diese Quelle und Verkörperung stupider Animositäten, dieses monströse Produkt vergangener Schandtaten hat nun also beschlossen, unser großartiges Inselvolk durch sinnloses Gemetzel und willkürliche Zerstörung niederzuzwingen.<<

Am 14./15. November 1940 griffen 449 deutsche Flugzeuge die britische Industriestadt Coventry (Zentrum der britischen Flugzeugmotorenindustrie) an und warfen 500 t Sprengbomben sowie 30 t Brandbomben ab.

Dieser Luftangriff, der 554 Tote und 865 Schwerverletzte forderte, war kein Flächenbombardement gegen zivile Objekte (Wohnviertel etc.), denn man beabsichtigte vor allem, die britische Rüstungsindustrie empfindlich zu treffen (x040/50).

Der britische Premierminister Winston Churchill erklärte am 27. April 1941 während einer Rundfunkansprache (x172/352): >>... Im vergangenen Jahr haben wir durch unsere Einstellung und unser Verhalten die Menschen in den Vereinigten Staaten für uns gewonnen. Sie haben einen Großteil ihrer gewaltigen Industrie auf die Produktion der von uns benötigten Rüstungsgüter umgestellt. Sie haben uns sogar wertvolle Waffen aus ihren eigenen Beständen auf Dauer oder vorübergehend überlassen. ...

Es gibt fast 70 Millionen feindselige Hunnen – manche davon lassen sich kurieren, die anderen muß man massakrieren.<<

Beim letzten schweren Luftangriff auf London am 10./11. Mai 1941 (mehr als 500 deutsche Kampfflugzeuge und Bomber) starben über 1.200 Briten (x041/110). Die "Luftschlacht um England" wurde danach wegen des Rußlandfeldzuges abgebrochen.

Der britische Premierminister Winston Churchill schrieb im Juni 1941 an den Oberbefehlshaber der Royal Ar Force, Charles Portal (x172/397): >>... Zu unseren wichtigsten Aufgaben zählt es, jede Nacht die höchstmögliche Menge Bomben über deutschen Städten abzuwerfen.<<

Premierminister Churchill erklärte am 14. Juli 1941 in einer Rundfunkansprache (x172/400): >>... London ist so groß wie ein prähistorischer Dickhäuter, in dessen Panzer man vergebens Pfeile schießt. ...
Wo Sie (Hitler) auf den geringsten Widerstand gestoßen sind, da waren Sie am brutalsten. Sie haben doch mit der wahllosen Bombardierung angefangen – in Warschau, Rotterdam und Rußland.
Wir sind weder zu einer Feuerpause bereit noch zu einem Waffenstillstand mit Ihnen oder der Verbrecherbande, die Ihren bösen Willen vollstreckt. Sie tun das Schlimmste – und wir werden unser Bestes geben. Es ist an der Zeit, daß die Deutschen in ihren Städten einen Teil der Qualen erleiden, die sie ihren Nachbarn und der ganzen Welt zugemutet haben.
Während die großen Bomber in unseren Fabriken fertiggestellt werden oder in Schwärmen über den Atlantischen Ozean zu uns herüberkommen, werden wir Monat für Monat ohne Erbarmen weiterhin hochexplosiven Sprengstoff über Deutschland abwerfen. ...<<
Das US-Magazin "Fortune" berichtete im Oktober 1941 über die neuen US-Bomber "B-17 Fortress und B-24 Liberator" (x172/448-449): >>Neues Gerät für Mr. Churchill: Der schwere Bomber. ...
Der viermotorige schwere Bomber ist eine typisch amerikanische Waffe, eine logische Entwicklung in einem Land mit hohen Bergen und großen Entfernungen. ...
Doch einmal abgesehen von der Propagandawirkung bleibt eine spektakuläre Verheißung: Hier ist etwas so Großes auf den Weg gebracht worden, daß es selbst seinen Konstrukteuren den Atem verschlägt.
Ob zum Guten oder Bösen – wir Amerikaner haben der Welt den schweren Bomber geschenkt. ...<<
Zu Beginn des Jahres 1942 erteilte der britische Premierminister Churchill dem RAF-Befehlshaber Harris folgenden Befehl (x049/75): >>... Hauptangriffsziel (habe von) nun an die Moral der feindlichen Zivilbevölkerung, vor allem der Arbeiterschaft (zu sein) ...<<
Winston Churchill erläuterte am 11. Februar 1943 vor dem Unterhaus in London die aktuellen Kriegsziele (x106/216): >>Das Hauptziel, das wir uns in der Konferenz von Casablanca gesetzt haben, ist, den Feind überall, auf dem Land, zur See und in der Luft, anzugreifen, und zwar so rasch als möglich und in weitestem Ausmaß. Wir müssen veranlassen, daß der Feind physisch und moralisch auf jede Art zum Bluten gebracht wird. ...<<
Um den Widerstandswillen der Deutschen zu zerschlagen, wurden während des Zweiten Weltkrieges in erster Linie die Wohnviertel der werktätigen Bevölkerung, die allein schon wegen ihrer Ausdehnung viel leichter zu treffen waren, bevorzugte Angriffsziele der britischen Luftoffensive.
Die deutsche Zivilbevölkerung erfuhr erst nach dem Kriegsende, daß die Bombardierung der Wohnviertel kein Zufall war, sondern bereits frühzeitig nach strategischen Plänen erfolgte. Diese systematischen Terrorangriffe gegen wehrlose Frauen, Kinder und alte Menschen sollten hauptsächlich den Durchhaltewillen und die Widerstandskraft der deutschen Bevölkerung brechen.
Im Bericht des "US Strategie Bombing Survey 1945" hieß es später (x049/75-76): >>... Anfang 1942 nahm die RAF ihre Zuflucht zu einer systematischen Bombardierung der deutschen Städte, die ein großes Angriffsziel boten, so daß ein weit ausgebreiteter Bombenteppich sich als wirkungsvoll erweisen konnte.
Vom Oktober 1939 bis Mai 1945 warfen die Luftwaffen der Alliierten, bei solchen Gebietsangriffen über eine halbe Million Tonnen Spreng-, Brand- und Splitterbomben über 61 deutsche Städte ab, deren Bevölkerung 100.000 Einwohner und darüber betrug. In diesen Städten wohnten 25 Millionen Menschen, das sind 32 Prozent der Bevölkerung und fast 5 Millionen Arbeitskräfte. ...<<

Ab Mitte 1944 beherrschten die nordamerikanischen und britischen Luftflotten den gesamten Luftraum über dem Deutschen Reich.
Premierminister Churchill führte am 25. Januar 1945 in London ein Telefongespräch mit dem britischen Luftfahrtsminister Sir Archibald Sinclair.
Sinclair erhielt damals den Befehl, mitteldeutsche Angriffsziele festzulegen und geeignete Vorschläge auszuarbeiten (x021/183): >>**... um den Deutschen beim Rückzug aus Breslau das Fell zu gerben.**<<
Sir Norman Bottomley (stellvertretender britischer Stabschef der Royal Air Force "RAF") erteilte Arthur Harris (Chef des strategischen RAF-Bomberkommandos) am 27. Januar 1945 folgenden Befehl (x021/184): >>... Sobald es Mond- und Wetterverhältnisse erlauben, werden Sie solche Angriffe unternehmen mit dem besonderen Zweck, die Verwirrung zu vergrößern, die vermutlich in den erwähnten Städten (Berlin, Chemnitz, Dresden und Leipzig) während des erfolgreichen russischen Vordringens besteht.<<
Am 13./14. Februar 1945 führten Briten und Nordamerikaner vernichtende Luftangriffe (**"Operation Donnerschlag")** gegen Dresden durch.
Der Leiter der Dresdener Vermißtennachweiszentrale berichtete später über die Bergungsarbeiten nach der Bombardierung Dresdens (x021/200): >>Nie habe ich geglaubt, daß der Tod in so verschiedener Form an den Menschen herantreten kann. Nie habe ich es für möglich gehalten, daß Tote in so vielen Gestalten den Gräbern übergeben werden könnten: Verbrannte, Verkohlte, Zerstückelte, Teile von ihnen, als unkenntliche Masse, scheinbar friedlich schlafend, schmerzverzerrt, völlig verkrampft, bekleidet, nackt, in Lumpen gehüllt und als ein kümmerliches Häufchen Asche. Darunter Reste verkohlter Knochen. Und über allem der beißende Rauch und der unerträgliche Verwesungsgeruch. ...<<
Auf den großen "Sammelplätzen" versuchten später Ärzte, Männer der Bergungsgruppen und Angehörige von Vermißten, die Todesopfer anhand von Eheringen, Armbändern und anderen persönlichen Merkmalen zu identifizieren. Allein für die goldenen Ehe- oder Verlobungsringe der Todesopfer benötigte man 7 Wassereimer (x021/200).
Da die meisten Toten nur noch bis zur Unkenntlichkeit verkohlte und verstümmelte, kümmerliche Massen waren, konnte man nur etwa 40.000 Todesopfer identifizieren bzw. namentlich feststellen (x062/573). Bei den Todesopfern handelte es sich mehrheitlich um Frauen und Kinder. Die exakte Zahl der Todesopfer konnte nie genau ermittelt werden, weil zahllose Opfer in der völlig zertrümmerten Dresdener Altstadt verschüttet wurden.
Etwa 18.000 Tote wurden in langen Massengräbern auf dem Dresdener Heidefriedhof beerdigt. Die restlichen Todesopfer stapelte man auf Eisenbahnschwellen. Riesige Leichenberge bzw. "Scheiterhaufen" wurden mit Benzin übergossen und verbrannt. Der bestialische, süßliche Geruch von Verwesung und verbrannten Leichen lag danach wochenlang wie ein Pesthauch des Todes über der Stadt.
Churchill bestätigte später lediglich, daß er den Sowjets die Kampfkraft der westlichen Alliierten demonstrieren wollte (x062/573). Churchills "Demonstration der militärischen Stärke" kostete in Dresden wahrscheinlich mehr als 250.000 Menschenleben und verursachte in nur wenigen Stunden das vermutlich größte Massensterben des Zweiten Weltkrieges.
Von Fritsch-Seehausen, der damals die Bergung und Registrierung der Dresdener Todesopfer leitete, gab die Verluste mit mindestens 300.000 an (x025/239). Die "Joint Relief Commission" des IKRK ging von etwa 275.000 Todesopfern aus (x028/219). Andere Schätzungen reichten damals von 60.000-200.000 Tote (x049/126, x023/347), 60.000-245.000 Tote (x092/-923), 90.000-135.000 (x062/573), 250.000 Tote (x122/450, x129/106) oder sogar bis 400.000 Todesopfer (x028/219).
Die deutschen Luftangriffe gegen britische Städte erreichten nicht annähernd den Vernichtungsgrad und die Höhe der Menschenverluste ihrer Gegner.

Im Verlauf des Luftkrieges (1940-45) warf bzw. schoß die deutsche Luftwaffe 74.130 t Bomben (einschl. V-Waffen) auf Großbritannien.
Die Alliierten warfen während des Zweiten Weltkrieges 1.995.935 t Bomben über dem Deutschen Reich und den deutschen Besatzungsgebieten ab (x041/106,141). Obgleich der Krieg längst entschieden war, warfen die Nordamerikaner und Briten **allein in den letzten sechs Kriegsmonaten mehr als 1.000.000 t Bomben** über dem Deutschen Reich und den deutschen Besatzungsgebieten ab.
Schlußbemerkungen: Die britische Regierung beschloß am 11. Mai 1940 die "Eröffnung der strategischen Luftoffensive" gegen das Deutsche Reich (x040/29).
Der britische Luftwaffenexperte James Spaight schrieb später über die "Eröffnung der strategischen Luftoffensive" (x172/201-202): >>... Das Bomber Command zog am 11. Mai 1940 in den Krieg. Bis dahin hatte es nur Krieg gespielt. Nun begannen wir, Ziele im deutschen Kernland zu bombardieren, bevor die Deutschen es in England taten.<<
Nachdem die westlichen Alliierten im Verlauf der Konferenz von Casablanca (14.-25.01.1943) die "Arbeitsteilung" der Luftoffensive vereinbart hatten, wurden die Luftangriffe gegen das Deutsche Reich drastisch gesteigert. Die US-Luftflotte führte danach grundsätzlich Tagesangriffe ("Präzisionsschläge") gegen wichtige militärische und wirtschaftliche Kriegsziele durch, während die britischen Bomberverbände sämtliche Nachtattacken ("Flächenbombardements") flogen, die sich hauptsächlich gegen die Wohnviertel der deutschen Großstädte richteten (x049/89).
Diese "rationelle Arbeitsteilung" hielten die Nordamerikaner und Briten schließlich konsequent ein. Bis zum Kriegsende bombardierten die Nordamerikaner mehrheitlich kriegswichtige Ziele, während die britischen Nachtangriffe fast ausschließlich gegen die Wohnviertel der deutschen Großstädte durchgeführt wurden.
In den letzten Kriegsmonaten verstärkten die westlichen Alliierten besonders die Luftangriffe gegen die nord-, mittel- und ostdeutschen Ostseehäfen und Großstädte. Die nordamerikanischen und britischen Bomberflotten bombardierten in jener Zeit auch mehrfach die mit Flüchtlingen überfüllten Ostseehäfen in Danzig, Gotenhafen, Stettin, Swinemünde und Kiel.
Die US-Tiefflieger griffen außerdem vielerorts ostdeutsche Flüchtlingstrecks an, die seit Februar 1945 überall in Mittel- und Norddeutschland unterwegs waren. Offiziell beabsichtigten die westlichen Alliierten damals angeblich nur die Lahmlegung des militärischen Nachschubs, aber während dieser "militärischen Luftangriffe" kamen fast täglich zahllose ostdeutsche Flüchtlinge und einheimische Zivilisten um.
Während des gesamten Luftkrieges gegen das sogenannte "Nazi-Deutschland" berichtete fast keine größere nordamerikanische und britische Zeitung über die katastrophalen Folgen der alliierten Luftangriffe. Die verbitterten Briten und die "unbeteiligten" Nordamerikaner nahmen es mit vollkommener Gleichgültigkeit hin, daß Hunderttausende von wehrlosen deutschen Zivilisten "planmäßig" getötet, furchtbar verstümmelt oder obdachlos wurden.
Vor den Augen der Weltöffentlichkeit töteten die alliierten Luftflotten jahrelang schutzlose deutsche Zivilisten systematisch mit Spreng- und Phosphorbomben. Niemand protestierte dagegen, daß fast täglich wehrlose deutsche Frauen, Kinder, Kranke und gebrechliche Menschen lebendig verbrannten, jämmerlich erstickten und unter unvorstellbaren Schmerzen qualvoll starben.
Diese Luftangriffe beschränkten sich während des Zweiten Weltkrieges nicht darauf, militärische Ziele zu vernichten, sondern sie waren planmäßig gegen wehrlose deutsche Frauen, Kinder, Kranke und gebrechliche Menschen gerichtet, um die Widerstandskraft der Bevölkerung zu brechen Die anglo-amerikanischen Luftangriffe gegen die wehrlose deutsche Zivilbevölkerung waren zweifelsfrei unmenschliche Gewaltakte und Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

"Flächenbombardements" wurden zwar erst im Jahre 1970 von den Vereinten Nationen ausdrücklich zu Kriegsverbrechen erklärt, aber die anglo-amerikanischen Luftangriffe gegen die wehrlose deutsche Zivilbevölkerung waren zweifelsfrei unmenschliche Gewaltakte und Verbrechen gegen die Menschlichkeit.
In seinem Buch "Bomberoffensive" rechtfertigte Harris, der am 1. Januar 1946 zum britischen Luftmarschall befördert wurde, das Massensterben der deutschen Zivilbevölkerung sowie die Vernichtung der deutschen Städte damit, daß er den Krieg schließlich um mindestens 1 Jahr verkürzt hätte.
Die Rechtfertigung, daß diese Bombardements angeblich erforderlich gewesen wären, um den Krieg schneller zu beenden und den Tod weiterer Opfer zu verhindern, entschuldigte jedoch niemals den jahrelangen völkerrechtswidrigen Bombenterror gegen die wehrlose deutsche Zivilbevölkerung.
Ein ehemaliger britischer Offizier, der dem Bund englischer Kriegsdienstverweigerer beigetreten war, erklärte bereits am 5. Januar 1937 (x172/78): >>... Was macht es für einen Unterschied, 500 Babys ins Feuer zu werfen oder aus Flugzeugen Feuer auf sie zu werfen?
Es gibt keinen.<<
Arthur T. Harris berichtete nach dem Krieg über die Strategie der RAF-Bomberpiloten (x114/1.49): >>Es muß mit Nachdruck gesagt werden, daß von Essen abgesehen, wir niemals ein besonderes Industriewerk als Ziel gewählt haben. Die Zerstörung von Industrieanlagen erschien uns stets als eine Art Sonderprämie. Unser eigentliches Ziel war immer die Innenstadt. ...<<
Am 12. November 1946 erklärte Winston Churchill während einer Unterhausrede zur kollektiven Bestrafung der Deutschen (x268/25): >>... Man sagt nun, Deutschland müsse bestraft werden. Ich frage: Wann begann die Bestrafung? ...
Sie begann 1943 und ging 1944 und 1945 weiter, als die schrecklichsten Luftangriffe auf die deutschen Städte niedergingen ...<<
Ein britischer Offizier berichtete später über den Beginn des völkerrechtswidrigen Bombenkrieges gegen die Zivilbevölkerung (x069/180): >>Ein besonderer Grund englischer Verbitterung ist noch heute die Erinnerung an die deutschen Bombenangriffe auf London und andere Städte. Denn während des Krieges hatte man die "ersten" Luftangriffe auf offene Städte als Höhepunkt der deutschen Gemeinheit mit ungeheurem Erfolg propagandistisch ausgeschlachtet.
Es ist deshalb einigermaßen verblüffend, im Buch eines früheren Beamten des britischen Luftfahrtministeriums (J. M. Spaight, Erster Staatssekretär) zu lesen, daß die Bombardierung nichtmilitärischer Ziele nicht nur von England ausgegangen war, sondern daß die Engländer stolz darauf sein sollten.
Ich zitiere: "Da wir uns nicht im klaren waren, wie eine propagandistische Verdrehung der Wahrheit psychologisch wirken würde - der Wahrheit nämlich, daß wir mit der strategischen Bombenoffensive begonnen hatten, deshalb scheuten wir davor zurück, unserer großen Entscheidung vom 11. Mai 1940 (britischer Kabinettsbeschluß, das deutsche Hinterland für den strategisches Bombenkrieg freizugeben) die verdiente Publizität zu geben. Das war sicher ein Fehler. Es war ein prächtiger Entschluß. Es war nicht sicher, sagt J. M. Spaight, aber doch recht wahrscheinlich, daß unsere Hauptstadt und unsere Industriezentren nicht angegriffen worden wären, wenn wir weiterhin Angriffe gegen die entsprechenden Ziele in Deutschland unterlassen hätten." ...<<
Völkerrechtliche Konsequenzen: Die damals gültige Haager Landkriegsordnung vom 18. Oktober 1907 (in Kraft seit dem 26. Januar 1910) legte für Mittel zur Schädigung des Feindes sowie Belagerungen und Beschießungen des Feindes folgende Regeln und Gebräuche des humanitären Völkerrechts fest (x852/...): >>Zweiter Abschnitt: Feindseligkeiten

Erstes Kapitel: Mittel zur Schädigung des Feindes, Belagerungen und Beschießungen
Artikel 22 Die Kriegführenden haben kein unbeschränktes Recht in der Wahl der Mittel zur Schädigung des Feindes.
Artikel 23 Abgesehen von den durch Sonderverträge aufgestellten Verboten, ist namentlich untersagt:
a) die Verwendung von Gift oder vergifteten Waffen,
b) die meuchlerische Tötung oder Verwundung von Angehörigen des feindlichen Volkes oder Heeres,
c) die Tötung oder Verwundung eines die Waffen streckenden oder wehrlosen Feindes, der sich auf Gnade oder Ungnade ergeben hat,
d) die Erklärung, daß kein Pardon gegeben wird,
e) der Gebrauch von Waffen, Geschossen oder Stoffen, die geeignet sind, unnötig Leiden zu verursachen,
f) der Mißbrauch der Parlamentärflagge, der Nationalflagge oder der militärischen Abzeichen oder der Uniform des Feindes sowie der besonderen Abzeichen des Genfer Abkommens,
g) die Zerstörung oder Wegnahme feindlichen Eigentums außer in den Fällen, wo diese Zerstörung oder Wegnahme durch die Erfordernisse des Krieges dringend erheischt wird,
h) die Aufhebung oder zeitweilige Außerkraftsetzung der Rechte und Forderungen von Angehörigen der Gegenpartei oder die Ausschließung ihrer Klagbarkeit. Den Kriegführenden ist ebenfalls untersagt, Angehörige der Gegenpartei zur Teilnahme an den Kriegsunternehmungen gegen ihr Land zu zwingen; dies gilt auch für den Fall, daß sie vor Ausbruch des Krieges angeworben waren.
Artikel 24 Kriegslisten und die Anwendung der notwendigen Mittel, um sich Nachrichten über den Gegner und das Gelände zu verschaffen, sind erlaubt.
Artikel 25 Es ist untersagt, unverteidigte Städte, Dörfer, Wohnstätten oder Gebäude, mit welchen Mitteln es auch sei, anzugreifen oder zu beschießen.
Artikel 26 Der Befehlshaber einer angreifenden Truppe soll vor Beginn der Beschießung den Fall eines Sturmangriffs ausgenommen, alles was an ihm liegt tun, um die Behörden davon zu benachrichtigen.
Artikel 27 Bei Belagerungen und Beschießungen sollen alle erforderlichen Vorkehrungen getroffen werden, um die dem Gottesdienste, der Kunst, der Wissenschaft und der Wohltätigkeit gewidmeten Gebäude, die geschichtlichen Denkmäler, die Hospitäler und Sammelplätze für Kranke und Verwundete soviel wie möglich zu schonen, vorausgesetzt, daß sie nicht gleichzeitig zu einem militärischen Zwecke Verwendung finden. Pflicht der Belagerten ist es, diese Gebäude oder Sammelplätze mit deutlichen besonderen Zeichen zu versehen und diese dem Belagerer vorher bekanntzugeben.
Artikel 28 Es ist untersagt, Städte oder Ansiedelungen, selbst wenn sie im Sturme genommen sind, der Plünderung preiszugeben. ...<<
Nach der damals gültigen Haager Landkriegsordnung von 1907 waren Angriffe gegen unverteidigte Städte, Dörfer, Wohnungen oder Gebäude, die nicht im direkten Angriffsbereich einer kämpfenden Truppe lagen, ausdrücklich verboten.
Das Völkerrecht kennt keine gerechten und keine entschuldbaren Verbrechen oder Menschenrechtsverletzungen, denn Recht und historische Wahrheit sind nicht teilbar. Alle Kriegsverbrechen, Völkermord oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit bleiben unverjährbare Verbrechen, die unerschütterlich zu bestrafen und zu sühnen sind, egal, wer die Taten begangen hat und wer die Verantwortung dafür übernehmen muß. Die aktiven Täter und passiven Verantwortlichen von Völkerrechtsverletzungen sind für ihre Verbrechen durch die Vereinten Nationen juristisch-völkerrechtlich zur Rechenschaft ziehen.
Aufgrund der permanenten Kollektivschuldvorwürfe gegen das deutsche Volk kann es nicht

länger akzeptiert werden, daß die an Deutschen verübten Kriegs- und Nachkriegsverbrechen bis in alle Ewigkeit ignoriert und ungesühnt bleiben, "nur weil diese Opfer Deutsche bzw. Nicht-Menschen waren".
Das Völkerrecht gilt für alle Völker und aus Unrecht kann niemals Recht werden, deshalb sind sämtliche Verletzungen des humanitären Völkerrechts (Kriegsverbrechen, Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit) juristisch zu untersuchen und zu ahnden.
Die Vereinten Nationen setzten zum Beispiel im Jahre 1993 und 1994 Kriegsverbrechertribunale ein, um Verletzungen des humanitären Völkerrechts im ehemaligen Jugoslawien und in Ruanda zu verfolgen und zu sühnen.
Aufgrund der Haager Landkriegsordnung waren die unterschiedslosen britischen und nordamerikanischen Flächenbombardements gegen unverteidigte deutsche Städte und die Wohngebiete der Zivilbevölkerung zweifellos völkerrechtswidrig.
Da Kriegsverbrechen nicht kraft Verjährung enden, sind die alliieren Siegermächte für ihr völkerrechtswidriges Handeln zur Verantwortung zu ziehen.
Straßennamen und andere öffentliche Bezeichnungen mit den Namen der Verantwortlichen dieser völkerrechtswidrigen britischen und nordamerikanischen Flächenbombardements (Winston Churchill, Franklin D. Roosevelt, Harry S. Truman u.a.) sollten in der Bundesrepublik Deutschland umgehend entfernt werden.

Der fluchtartige Rückzug des deutschen Ostheeres

> Der heutige Tag ist mehr wert als zwei zukünftige Tage; schiebe nie bis morgen auf, was du heute erledigen kannst.
> *Benjamin Franklin (1706-1790, nordamerikanischer Politiker)*

Militärische Lage östlich der Oder-Neiße-Linie (Anfang 1944 bis Dezember 1944)
Überlegene Truppen der Roten Armee, die seit Mitte 1943 auf einer Breite von ca. 1.000 km unaufhaltsam nach Westen stürmten, erreichten bereits am 4. Januar 1944 die ehemaligen polnischen Grenzen in Wolhynien.
Die deutschen Wehrmachtstruppen mußten sich damals an fast allen Fronten fluchtartig zurückziehen. Infolge der verlustreichen Abwehr- und Rückzugskämpfe wurde die Kampfkraft des Ostheeres unaufhörlich schwächer, denn die großen Menschen- und Materialverluste konnten schon längst nicht mehr ersetzt werden. Den deutschen Ostarmeen fehlten vor allem Waffen, Munition und Verpflegung. Die Nachschubprobleme wurden täglich bedrohlicher.
Generalfeldmarschall Erich von Manstein ("Heeresgruppe Süd") forderte ab Januar 1944 die Räumung des Dnjeprbogens, drastische Frontverkürzungen und Frontverlagerungen nach Westen. Von Manstein verlangte außerdem, daß man endlich einen "wirklich verantwortlichen Oberbefehlshaber" für die Ostfront einsetzen müßte. Diese Rückzugsforderungen und Änderungen des Oberbefehls lehnte Hitler jedoch kategorisch ab, denn angeblich würde kein anderer seine "überragende Autorität" besitzen.
Hitler blieb bis zur totalen Niederlage ein uneinsichtiger Fanatiker, der seine "strategischen Vorstellungen" ohne Rücksicht auf Verluste durchsetzte. Hitlers unsinnige "Haltetaktik" und laienhafte Fehleinschätzungen brachten letzten Endes Tod und Verderben über das gesamte Ostheer.
Die Führerbefehle verursachten ständig militärische Katastrophen. Wider den Rat seiner erfahrenen Heerführer opferte Hitler leichtfertig komplette Armeen. In Stalingrad (1942/43), Nordafrika (1943), Weißrußland (1944), Rumänien (1944), Ostpolen und im Baltikum (1945) richteten Hitlers Fehler vernichtende Niederlagen an, bei denen der "Führer" mindestens 100 Divisionen in den sicheren Tod hetzen ließ (x076/228).

Genau 3 Jahre nach dem deutschen Angriff gegen die UdSSR begann am 22. Juni 1944 in Weißrußland, im Mittelabschnitt der Ostfront, die große sowjetische Sommeroffensive. Die Heeresgruppe Mitte (Generalfeldmarschall Busch, mit rd. 400.000 Soldaten) wurde von über 2.200.000 sowjetischen Soldaten (1. Baltische Front und 1.-3. Weißrussische Front) frontal angegriffen. An manchen Frontabschnitten griffen die Rotarmisten mit 10 bis 20facher Truppenüberlegenheit an und walzten die Verteidigungsstellungen der deutschen Truppen unaufhaltsam nieder.
Die Heeresgruppe Mitte (40 Divisionen) wurde von mindestens 150 sowjetischen Schützen- und 45 Panzerdivisionen, von einer vielfach überlegenen Artillerie und durch die Luftflotten der Roten Armee regelrecht zermalmt. Die abgekämpften deutschen Divisionen setzten sich zwar erbittert zur Wehr, aber sie konnten ihre Frontabschnitte nur kurzfristig verteidigen.
Vom 22. Juni bis zum 8. Juli 1944 wurden in Weißrußland 28 Divisionen der deutschen "Heeresgruppe Mitte" (Generalfeldmarschall Busch) fast vollständig zertrümmert. Rd. 350.000 deutsche Soldaten fielen oder galten danach als vermißt (x040/221).
Gegen diese verheerende Katastrophe, die Hitler zweifellos verschuldet hatte, war die verlustreiche Kesselschlacht im weitentfernten Stalingrad geradezu "unbedeutend". Im Jahre 1942/43 hatte die Vernichtungsschlacht um Stalingrad "nur" rd. 125.000 Tote und 91.000 Kriegsgefangene (nach sowjetischen Angaben rd. 130.000 Kriegsgefangene) gefordert (x040/160, x041/129).
Nach der vernichtenden Niederlage in Weißrußland war die militärische Lage des deutschen Ostheeres vollkommen hoffnungslos. Eine reale Chance, die Rote Armee vor den deutschen Reichsgrenzen aufzuhalten, bestand nicht mehr.
Anstatt die Ostfront mit allen Mitteln zu unterstützen und die ostdeutsche Zivilbevölkerung zu evakuieren, ließ Hitler damals sogar noch mehrere kampfstarke Wehrmachtsverbände an die Westfront verlegen, um die Atlantikinvasion der Westalliierten abzuwehren.
In Süd-Osteuropa mußten die deutschen Truppen Kreta, Griechenland und den Balkan räumen. Ab August bis zum November 1944 besetzte die Rote Armee Bulgarien, Rumänien, Jugoslawien und griff die Slowakei (ab September 1944) sowie Ungarn (ab Oktober 1944) an.
Obgleich ab August 1944 unaufhörlich sowjetische Truppentransporte vor der ostpreußischen und polnischen Grenze eintrafen, mußte das deutsche Ostheer im Herbst und Winter 1944 weitere kampferprobte Divisionen für die "Ardennenoffensive" und die Verteidigung Ungarns abtreten.
Für Hitler war der längst verlorene "Ostkrieg" nur noch ein lästiger "Nebenkrieg". Der völlige Zusammenbruch der Wehrmacht und die bedingungslose militärische Kapitulation, die bisher noch kein deutscher Staat hinnehmen mußte, war Ende 1944 nur noch eine Frage der Zeit.
Der deutsche Historiker Gerhard Hümmelchen schrieb später über den "Rußlandfeldzug" im Jahre 1944/45 (x051/508-509): >>(Rußlandfeldzug) ... Am 4.1.44 überschritt die Rote Armee bei Sarny (Wolhynien) die ehemals polnisch-sowjetische Grenze. Zugleich brach sie endgültig den Ring der deutschen Hungerblockade um das seit August 41 eingeschlossene Leningrad und trat am 4.3. in der Ukraine zur Frühjahrsoffensive an. Sie drückte die deutsche Front bis über den Pruth weit nach Rumänien, an die Karpaten und nach Ostgalizien zurück, wo sie sich kurzfristig konsolidierte.
Bis 12.5.44 vernichteten sowjetische Truppen die abgeschnittene deutsche 17. Armee auf der Krim, deren rechtzeitige Räumung Hitler verboten hatte. Die Rote Armee gab die Initiative nicht mehr ab. Am 1.6.44 besaß sie 476 Divisionen, dazu 37 Panzer- und mechanisierte Korps, 93 Artilleriedivisionen und insgesamt 14.787 Kampfflugzeuge.
Eine Großoffensive gegen die deutschen Heeresgruppe Mitte vom 22.6.44 an führte bis zum 8.7. zur Vernichtung von 28 Divisionen mit 350.000 Mann, eine Katastrophe, die Stalingrad in den Schatten stellte. Auch im Norden drang die Rote Armee weit nach Westen vor, nahm

Estland und den größten Teil von Lettland und Litauen und erreichte am 29.7.44 die Rigaer Bucht.
Der in Erwartung der sowjetischen Truppen, die bei Sandomierz die Weichsel erreicht hatten, am 1.8. begonnene Warschauer Aufstand blieb ohne sowjetische Unterstützung und brach am 2.10. zusammen, ebenso der slowakische Aufstand vom 28.8.-29.10.
Im Süden fiel der nächste Schlag am 20.8. gegen die deutsche Heeresgruppe Südukraine. In wenigen Tagen wurde die deutsche 6. Armee mit 18 Divisionen zerschlagen, am 25.8. erklärte der frühere Bundesgenosse Rumänien Deutschland den Krieg, das Ölgebiet von Ploesti ging verloren (30.8.) und am 31.8. wurde Bukarest besetzt.
Die Entwicklung zwang Hitler zur schrittweisen Aufgabe Südosteuropas: Am 16.9.44 rückten sowjetische Truppen in Sofia ein, neben der rumänischen nahm nun auch die bulgarische Armee den Kampf gegen die Wehrmacht auf. Im Norden mußte Finnland nach Verlust Kareliens am 4.9. den Kampf einstellen. Danach blieb Ungarn, seit 19.3.44 deutsch besetzt, der letzte Bundesgenosse. Im Oktober drang die Rote Armee auch auf ungarisches Gebiet vor (20.10. Debrecen) und eroberte einen Teil Jugoslawiens (Belgrad 20.10.). Ende 44 war damit die Lage Deutschlands an allen Fronten hoffnungslos.
Zwischen 12. und 14.1.45 traten zwischen Memel und den Karpaten vier sowjetische Heeresgruppen mit 25 Armeen zur Großoffensive an. Die deutsche Front zerbrach, am 17.1. zog die Rote Armee in Warschau ein, am 19.1. in Krakau und Lodz und erreichte am 22.1. die Oder nördlich und südlich von Breslau. Das oberschlesische Industrierevier ging verloren, und am 26.1. riß die Landverbindung zu Ostpreußen ab. In dieses Inferno wurden in Ostpreußen und Schlesien zahllose Flüchtlingstrecks hineingezogen, deren rechtzeitiger Abtransport durch die politische Führung (Gauleiter Koch und Hanke) verhindert worden war.<<

Das Hitler-Attentat vom 20. Juli 1944

Im Führerhauptquartier "Wolfsschanze", bei Rastenburg in Ostpreußen, scheiterte am 20. Juli 1944, um 12.42 Uhr, ein Bombenattentat auf Hitler.
Spätestens ab 1941/42 hatten die meisten politischen und militärischen Widerstandskämpfer erkannt, daß Hitler das gesamte Deutsche Reich zugrunde richten würde. Im Jahre 1944 war die Beseitigung Hitlers längst überfällig, denn angesichts der hoffnungslosen militärischen Lage mußte der Umsturzversuch unverzüglich erfolgen, wenn man die vollständige Zertrümmerung des gesamten Landes verhindern wollte. Da die NS-Diktatur nur durch einen gewaltsamen Putschversuch beseitigt werden konnte, benötigte die deutsche Widerstandsbewegung unbedingt die Unterstützung der deutschen Wehrmacht.
Zuerst mußte man Hitler "erledigen", danach sollte die Wehrmacht alle wichtigen Leiter und Führer der Gestapo, SS, SD und anderen NS-Organisationen verhaften oder sofort liquidieren.
Anschließend beabsichtigte die provisorische deutsche Reichsregierung, unter der Führung von Generaloberst Beck, einen Waffenstillstand mit den westlichen Alliierten abzuschließen, um das Deutsche Reich vor der völligen Vernichtung zu bewahren.
Das Hitler-Attentat vom 20.07.1944 (Stichwort: "Walküre") wurde bereits seit 1941 durch eine Gruppe von deutschen Offizieren und bürgerlich-konservativen Widerstandskämpfern geplant. Aus unerklärlichen Gründen war jedoch kein Offizier bereit, Hitler persönlich zu töten, so daß der sorgfältig geplante Umsturzversuch schließlich kläglich scheiterte.
Vor einer Lagebesprechung deponierte von Stauffenberg (ein Führer der Verschwörer) am 20.07.1944, um 12.40 Uhr, eine Bombe (1 kg Sprengstoff) in seiner Aktentasche im Sitzungsraum der "Wolfsschanze" (Führerhauptquartier in Rastenburg/Ostpreußen). Da die Bombe mit einem Zeitzünder ausgestattet war, konnte sich von Stauffenberg unauffällig entfernen.
Hitler überlebte aber auch dieses Attentat, wie die rd. 40-50 Attentate vorher, dank glücklicher Umstände und fast unheimlicher Fügungen. Nur weil ein anwesender Offizier Stauffenbergs

Aktentasche zufällig auf die andere Seite des schweren Kartentisches (5 m lang und 1,5 m breit) schob, kam Hitler mit dem Leben davon. Bei der Explosion um 12.42 Uhr wurden 4 Wehrmachtsoffiziere getötet und 7 weitere Offiziere schwer verletzt bzw. furchtbar verstümmelt, während Hitler lediglich leicht verletzt wurde. Der Führer erlitt nur leichte Verbrennungen am Hinterkopf, Verletzungen am Trommelfell und Schnittwunden an den Beinen.
Am 20.07.1944, um 18.45, informierte das NS-Regime bereits per Rundfunk über das gescheiterte Attentat (x033/508): >>... Auf den Führer wurde heute ein Sprengstoffanschlag verübt ... Der Führer selbst hat außer leichten Verbrennungen und Prellungen keine Verletzungen erlitten. ...<<
Da Hitler das Attentat lebend überstand, waren natürlich sämtliche Planungen der deutschen Widerstandsbewegung hinfällig. Die Putschversuche in Berlin und in Paris endeten im totalen Chaos. Hitler befahl umgehend, an den Verschwörern grausame Rache zu nehmen. Noch am 20.07.1944 wurden Oberst von Stauffenberg, Leutnant Werner von Haeften, General Friedrich Olbricht und Oberst Albrecht Merz von Quirnheim in Berlin von Wehrmachtsoffizieren verhaftet und um 22.50 Uhr im Hof der Bendlerstraße, ohne Gerichtsprozeß, standrechtlich erschossen. Generaloberst Beck wurde nach einem mißglückten Selbstmordversuch um 23.30 Uhr erschossen.
Der deutsche Historiker Bernd-Jürgen Wendt schrieb später über den "Zwanzigsten Juli 1944" (x051/661-662): >>Zwanzigster Juli (1944), Tag des gescheiterten Attentats auf Hitler im Führerhauptquartier bei Rastenburg (Ostpreußen).
Nach mehreren vergeblichen Anläufen im Herbst 38, Winter 39/40 und 43 verdichteten sich unter der tatkräftigen Koordination und generalstabsmäßigen Planung durch Oberstleutnant i.G. Stauffenberg (ab 1.7.44 Oberst und Stabschef beim Befehlshaber des Ersatzheeres, Generaloberst Fromm, in Berlin) ab Herbst 43 die Vorbereitungen höherer Militärs, ehemaliger Politiker, Gewerkschaftler und Diplomaten zum Staatsstreich. Der Entschluß zum aktiven Widerstand wurzelte in der politisch-moralischen Ablehnung der deutschen Kriegführung und Besatzungspolitik besonders im Osten und der Behandlung der Juden, in Zweifeln an der Führungsqualität Hitlers und im Bewußtsein der Kriegswende.
V.a. die Militärs standen vor dem Dilemma, bei Gelingen eines Staatsstreiches nach innen dem Volk die drohende Niederlage und den Bankrott des Regimes überzeugend demonstrieren und zugleich nach außen noch ausreichend Spielraum für einen ehrenvollen Waffenstillstand trotz der alliierten Forderung nach Bedingungsloser Kapitulation verteidigen zu müssen. Sie riskierten sogar bewußt eine neue "Dolchstoßlegende".
Unmittelbares Ziel der Verschwörer waren Beseitigung Hitlers, Übernahme der Gewalt im Reich durch die Wehrmacht nach Auslösung des Befehls "Walküre", Festsetzung der Staats-, Partei-, SS-, SD- und Gestapoführung, Wiederherstellung von Recht und Freiheit, Unterstellung der KZ unter eigene Hoheit, Einsetzung einer vorläufigen Staatsgewalt (Reichsverweser L. Beck, Reichskanzler Goerdeler, Vizekanzler Leuschner, Innenminister Leber, Außenminister Hassell, Oberbefehlshaber der Wehrmacht Generalfeldmarschall Witzleben) und sofortige Einleitung von Sonderfriedensverhandlungen im Westen.
Die frühe Zerschlagung von Widerstandszentren durch die Gestapo (Januar 44 Verhaftung Moltkes als Führer des Kreisauer Kreises, Februar 44 Entmachtung Canaris' als Chef der Abwehr), die steckbriefliche Enttarnung Goerdelers am 18.7.44 und die Verhaftung von Leber und Reichwein sowie die dramatisch schnelle Einengung des deutschen militärisch-politischen Handlungsspielraums nach der alliierten Landung in der Normandie (6.6.44) und dem sowjetischen Durchbruch an der mittleren Ostfront zwangen die Verschwörer nach zwei Aufschüben am 11. und 15.7. schließlich am 20.7. zum Losschlagen.
Dabei übernahm Stauffenberg die überaus schwierige Doppelrolle als Attentäter und Leiter des Staatsstreiches in Berlin. Widrige Umstände im Führerhauptquartier (Lagebesprechung in

einer Holzbaracke statt, wie üblich, in einem Bunker, ungünstige Plazierung der Aktentasche mit der Zeitzünderbombe) führten dazu, daß Hitler das Attentat nur leicht verletzt überlebte und die von General Fellgiebel verordnete Nachrichtensperre zu schnell aufgehoben wurde. Dies hatte verhängnisvolle Folgen für die Berliner Leitzentrale des Staatsstreiches im Gebäude des OKH in der Bendlerstraße (heute Stauffenbergstraße).
Hier lag die Initiative bei Witzleben, Generaloberst Hoepner, General Olbricht (Chef des Heeresamtes) und nach seiner Rückkehr aus Rastenburg (Abflug 13.15, Ankunft Berlin 15.45 Uhr) v.a. bei Stauffenberg. Er war überzeugt, Hitler getötet zu haben, obwohl er die Baracke wenige Minuten vor der Detonation verlassen hatte.
Nach Ausgabe des Stichworts "Walküre" um 16 Uhr formierten sich jedoch auf die Nachricht vom Überleben Hitlers regimetreue Gegenkräfte um das Berliner Wachbataillon unter Major Remer und unter der Initiative von Keitel.
Gegen 23 Uhr war der Putsch in Berlin gescheitert; Stauffenberg, Olbricht, Oberleutnant W. v. Haeften und Oberst Mertz v. Quirnheim wurden noch in der gleichen Nacht "standgerichtlich" erschossen; auch Beck wurde nach vergeblichem Selbstmordversuch getötet. Zeitweilig erfolgreich war der Staatsstreich lediglich in Paris (unter dem einsatzfreudigen Militärbefehlshaber Frankreichs, General Stülpnagel), Wien, Prag, Kassel und Frankfurt verlaufen.
Der Blutjustiz des Volksgerichtshofs fielen in den Monaten nach dem Zwanzigsten Juli etwa 200 Verschwörer zum Opfer, etwa 7.000 wurden verhaftet.
Die Gründe für das Scheitern des Zwanzigsten Juli sind vielfältig: V.a. zählt dazu die Tatsache, daß Hitler überlebte und sich keine profilierten Frontkommandeure mit ihren Truppen zur Verfügung stellten; auch ein gewisses Zaudern vieler Verschwörer in Berlin, die Überforderung Stauffenbergs durch seine Doppelfunktion, die Nichtbesetzung des Rundfunks, das Mißlingen der Festnahme von Goebbels und die zu frühe Aufhebung der Nachrichtensperre über Rastenburg dürften eine wichtige Rolle gespielt haben.
Der Zwanzigste Juli hat trotz seines Scheiterns durch den hohen Mut seiner Opfer und ihre moralische Integrität ein bis in unsere Gegenwart fortwirkendes Zeugnis für das "andere Deutschland" hinterlassen: "Es kommt nicht mehr auf den praktischen Zweck an, sondern darauf, daß der deutsche Widerstand vor der Welt und vor der Geschichte den entscheidenden Wurf gewagt hat" (Tresckow).<<
Am 1. August 1944 verfügte Hitler für die Familienangehörigen der führenden Verschwörer die sog. "Sippenhaft" und ließ sie inhaftieren.
Im Zusammenhang mit dem "Hitler-Attentat vom 20. Juli 1944" verloren insgesamt ca. 5.000 verdächtige Deutsche (davon etwa 180-200 Direktbeteiligte des 20. Juli 1944) ihr Leben (x061/486).
Die Widerstandskämpfer, die den NS-Schergen lebend in die Hände fielen, wurden fast ausnahmslos von dem berüchtigten "Blutrichter" Freisler zum Tod verurteilt. Zahlreiche verurteilte "Landesverräter" mußten manchmal monatelang in Konzentrationslagern auf die Vollstreckung der Todesurteile warten. Einige Widerstandskämpfer wurden teilweise erst während der letzten Kriegstage hingerichtet, weil Hitler bzw. Himmler die Hinrichtungen persönlich anordneten.
Das tragische Scheitern des Umsturzversuches vom 20. Juli 1944 bedeutete nicht nur das Ende der demokratischen Widerstandsbewegungen, sondern vor allem die Ostdeutschen und alle noch lebenden Juden waren jetzt endgültig rettungslos verloren.
Die deutsche Geschichte und das Schicksal der deutschen Ostprovinzen hätten vielleicht noch einen wesentlich anderen Verlauf genommen, wenn dieser Militärputsch gegen Hitler und seine NS-Anhänger erfolgreich verlaufen wäre. Aufgrund der alliierten Beschlüsse und Pläne hätte das Deutsche Reich zwar kaum bessere "Friedensbedingungen" erhalten, aber mehrere Millionen Menschen wären wahrscheinlich nicht umgekommen, sondern am Leben geblieben.

Keine Unterstützung für die demokratische Widerstandsbewegung

Den deutschen Widerstandskämpfern mangelte es damals nicht an Mut und Selbstaufopferung, sondern es fehlte vor allem die ausländische Unterstützung. Während fast alle europäischen Staaten und die USA die verbrecherische NS-Diktatur jahrelang politisch sowie wirtschaftlich anerkannt bzw. unterstützt und aufwertet hatten, erhielten die demokratischen deutschen Widerstandsbewegungen bis zum Kriegsende fast keine Hilfe aus dem Ausland.

Schon vor dem Kriegsausbruch versuchten die demokratischen Widerstandsbewegungen mehrfach vergeblich, britische Unterstützung zu erhalten, um Hitler zu stürzen. Der Diplomat Trott zu Solz bemühte sich jahrelang, britische und nordamerikanische Politiker für die deutsche Widerstandsbewegung zu gewinnen.

Im Mai 1942 nahm die deutsche Widerstandsbewegung über den britischen Bischof George Bell von Chichester (einer der wenigen unermüdlichen Helfer der demokratischen deutschen Widerstandsbewegung) geheime Verhandlungen mit der britischen Regierung auf und bat um Hilfe. Der britische Außenminister Eden antwortete dem Bischof schließlich am 17. Juli 1942 schriftlich, daß es nicht im Interesse der Nation liege, den Hitler-Gegnern auch nur eine Antwort zukommen zu lassen (x025/137).

US-Präsident Roosevelt wollte vom deutschen Widerstand ebenfalls nichts hören und sehen. Jede Erwähnung der deutschen Widerstandsbewegung war ab 1942 im "Weißen Haus" in Washington offiziell "verboten" (x025/154). Am 21. September 1943 lehnte es Premierminister Winston Churchill vor dem britischen Unterhaus entschieden ab, die Deutschen den Italienern (Befreiung aus Erniedrigung und Knechtschaft) gleichzustellen.

Der deutsche Theologe Paul Tillich (1886-1965), der sich damals in Nordamerika aufhielt, versuchte im März 1944 eine deutsche Exilregierung zu bilden. Da die US-Regierung diesen Plan ablehnte sowie jegliche Unterstützung verweigerte und fast alle Exil-Deutschen (z.B. auch Thomas Mann) ihre Mitarbeit verweigerten, scheiterten Tillichs Bemühungen schließlich kläglich.

Am 17. August 1944 teilte der britische Außenminister Eden dem Bischof George Bell von Chichester schriftlich mit, daß man die deutsche Widerstandsbewegung auch weiterhin nicht unterstützen würde (x103/349).

Premierminister Churchill wies am 10. September 1941 den britischen Außenminister schriftlich darauf hin, jeglichen Kontakt mit deutschen Widerstandsgruppen zu vermeiden (x103/-200): >>Ich bin der Ansicht, wir sollten von unserer Politik des absoluten Stillschweigens nicht abweichen. Für unsere Freunde in den Vereinigten Staaten und für unseren neuen Verbündeten Rußland ist nichts verwirrender als der Eindruck, daß wir uns mit solchen Ideen beschäftigen könnten. Ich bin absolut gegen jeglichen Kontakt. ...<<

Außenminister Eden beantwortete am 17. Juli 1942 eine Denkschrift des Bischofs von Chichester (x058/375): >>Lieber Herr Bischof!

Als Sie mich am 30. Juni besuchten, waren sie so freundlich, mir eine Denkschrift über Ihre Unterhaltung mit 2 deutschen Pastoren zu überlassen, die Sie Ende Mai in Stockholm getroffen hatten. ...

Diese interessanten Dokumente sind nun aufs genaueste durchgeprüft worden. Ohne die ehrliche Überzeugung Ihrer Berichterstatter im geringsten zu beanstanden, habe ich keinerlei Zweifel, daß es dem Interesse unserer Nation zuwider liefe, Ihnen irgendwelche Antwort zukommen zu lassen.

Ich weiß wohl, daß diese Entscheidung Sie etwas enttäuschen wird, aber angesichts der heiklen und damit verbundenen Umstände kann ich nicht anders als sie bitten, diese (Entscheidung) hinzunehmen, was Sie sicher verstehen werden. ...<<

Am 21. September 1943 lehnte es Churchill vor dem britischen Unterhaus wegen der angeblichen Aggressivität des deutschen Volkes entschieden ab, die deutsche Widerstandbewegung

mit den Italienern gleichzustellen, die man aus Erniedrigung und Knechtschaft befreit hatte (x268/41): >>Freiheit bedeutet ihnen nichts, und sie bei anderen zu sehen ist ihnen verhaßt. Sobald sie erstarken, gehen sie auf Raub aus und leisten jedem, der sie dazu anführt, mit eiserner Disziplin Gehorsam. ...<<
Der Widerstandskämpfer Carl Goerdeler schrieb später während seiner Haft über die fehlende Hilfsbereitschaft der Alliierten (x103/358): >>Und was tatet Ihr, als die ersten Notschreie an Euer Ohr drangen? Was taten Eure Regierungen? Sie besuchten und ehrten ihn (Hitler)! Was Sie Hitlers Vorgänger versagt hatten, ließen sie ihn sich nehmen. ...<<
Das gescheiterte Attentat auf Hitler vom 20. Juli 1944 wurde von den westlichen Alliierten entsprechend ablehnend kommentiert.
Die "New York Times" berichtete am 9. August 1944 über das "Hitler-Attentat" vom 20. Juli 1944 (x025/130): >>... (Die Einzelheiten des Attentats erinnerten eher an die) Atmosphäre der finsteren Verbrecherwelt ... Sie verwirklichten ihren Plan mit einer Bombe, der typischen Waffe der Verbrecherwelt ...<<
Die New Yorker Zeitung "Herold Tribune" berichtete am 9. August 1944 über das "Hitler-Attentat" vom 20. Juli 1944 (x103/347): >>... Sollen doch die Generäle den Gefreiten umbringen oder ungekehrt, der Tod beider Seiten wäre vorzuziehen.<<
Die Londoner Tageszeitung "The Times" berichtete damals über das gescheiterte Attentat auf Hitler vom 20. Juli 1944 (x106/359): >>... Sind es nicht die gleichen Männer, die sich der nationalsozialistischen Bewegung als Mittel zur Weltherrschaft bedienen wollten? Die gleichen, die Hitler getreulich dienten, solange alles gut ging?
Sie lehnen sich nicht gegen den Krieg auf, sondern nur gegen den Mißerfolg.<<
Der "Manchester Guardian" berichtete damals über das gescheiterte Attentat auf Hitler vom 20. Juli 1944 (x106/359): >>... Um der Zukunft willen mag es gut sein, daß die Verschwörung stattfand – und besser vielleicht noch, daß sie fehlschlug.<<
Das britische Informationsministerium begrüßte ebenfalls das gescheiterte Attentat auf Hitler vom 20. Juli 1944 (x106/359): >>... Hitlers Strategie stellt einen der größten Vorteile der Alliierten dar. Wir haben alles Interesse daran, ihn und seine Institution uns bis Kriegsende zu erhalten.<<
Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906-1984) schrieb später über die fehlende Unterstützung der Alliierten (x063/594): >>Es war eine Tragödie der Widerstandsbewegung, daß sie auch den alliierten Regierungen nicht genehm war.
Die Forderung nach "unconditional surrender" (bedingungslose Übergabe), die Roosevelt, Churchill und General de Gaulle, als Führer des freien Frankreichs, auf der Konferenz von Casablanca, von 14. bis 26. Januar 1943, aufstellten, hat sich lähmend auf die Widerstandsbewegung ausgewirkt und der Goebbelsschen Propaganda, daß die Alliierten nicht den Sturz des Nationalsozialismus wünschten, sondern die Vernichtung Deutschlands, in die Hände gearbeitet.<<
Der deutsche Historiker Alfred Schickel (1933-2015) berichtete später (am 16.07.1994) in der Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" über das gescheiterte Attentat vom 20. Juli 1944 (x887/...): >>**Alliierte waren sogar "erleichtert" über das Scheitern des Hitler-Attentats**
... Die Rooseveltschen Erklärungen in der sogenannten "Atlantik-Charta" vom 14. August 1941 mit dem Ziel der "endgültigen Zerstörung der Nazi-Tyrannei" und bei der Gründung der "United Nations" als Kriegsallianz gegen Deutschland am 1. Januar 1942 hatten die Annahme genährt, dem Westen ging es in seiner Auseinandersetzung mit dem Reich in erster Linie um die Bekämpfung und Austilgung des Nationalsozialismus. In diese Erwartung schien auch das entgegenkommende Verhalten der Westmächte gegenüber Italien zu passen.
Die Alliierten aber setzten Deutschland immer mehr mit einem Konzentrat von "wilden und brutalen Kräften, die die Welt zu unterwerfen suchen", wie es im "Washington-Pakt" vom 1.

Januar 1942 hieß, gleich, was schließlich in die bekannte "Kreuzzugsidee" mündete. Entsprechend negativ war das Urteil der Alliierten über die Deutsche Wehrmacht und ihr Offizierskorps.
Als am Spätnachmittag des 20. Juli 1944 offenkundig wurde, daß Hitler das Attentat in der "Wolfsschanze" überlebt hatte und zum Gegenschlag ausholte, kommentierten die Anglo-Amerikaner das Scheitern des Unternehmens fast mit einer gewissen Erleichterung. Das dokumentiert ein "OSS"-Geheimbericht vom 30. Juli 1944. Unter der Überschrift "das beste Ergebnis des Hitler-Wunders" überliefert er die freimütige Einschätzung der Lage Deutschlands und der Alliierten.
Danach sprachen "die Leute, welche Deutschland und die Deutschen am besten kennen, über das glückliche Entkommen Hitlers" und kamen zu der Überzeugung, daß Hitlers Überleben ein Glücksfall für die Alliierten gewesen sei; und zwar deswegen, weil den "konspirierenden Generalen", die sich gegen Hitler erhoben hätten, danach keine Möglichkeit mehr geboten sei, den verlorenen Krieg allein Hitler anzulasten und selber bereits einen Revanchekrieg vorzubereiten.
Bestanden bislang noch Bedenken - besonders unter jüdischen Emigranten in den Vereinigten Staaten und in kirchlichen Kreisen -, das deutsche Volk unterschiedslos mit dem Nationalsozialismus gleichzusetzen und alle Deutschen für die Untaten der NS-Machthaber haftbar zu machen, schienen diese Hemmungen seit Hitlers ideologischer Politisierung der Wehrmacht und der Zivilbevölkerung nach dem mißlungenen Attentat überholt.
"Der Weg ist jetzt klar für die alliierte Besetzung Deutschlands auf nicht weniger als 25 Jahre - vielleicht soll sie 50 Jahre dauern", hieß nun die Parole. ...<<
Während der verhängnisvollen Hitler-Diktatur quälte das NS-Regime Tausende von aufrechten deutschen Frauen und Männern zu Tode. In den Jahren 1933-1939 inhaftierten die Nazis vorübergehend ca. 750.000-1.200.000 "unbequeme Deutsche", davon waren ca. 500.000-600.000 politische Gefangene (x025/151).
In den Gestapo-Archiven lagerten wahrscheinlich etwa 2,0 Millionen Akten über verdächtige deutsche Staatsbürger (x063/580). In den deutschen Konzentrationslagern kamen ca. 100.000-150.000 politische Gefangene um (x025/151).
Von 1933-44 verurteilte das NS-Reichsjustizministerium zahllose politische "Staatsfeinde" zu langen Haftstrafen und ließ mindestens 11.881 Todesurteile vollstrecken (x049/115). Ab 1937 richtete das NS-Regime viele Delinquenten mit dem Fallbeil hin. Während der NS-Zeit wurden die nebenberuflichen Henker reiche Männer, denn für jede Hinrichtung gab es 300 RM. Bis zum Kriegsende ließ das NS-Regime wahrscheinlich insgesamt etwa 12.500 deutsche Widerstandskämpfer hinrichten.
Die demokratische deutsche Widerstandsbewegung konnte das NS-Terror-Regime zwar nicht beseitigen, aber sie leistete einen ungemein wichtigen Beitrag, um die erbärmlichste Epoche der deutschen Geschichte zu überwinden. Innerhalb der Widerstandsbewegung spielten besonders der Glaube und die Religion eine außerordentliche Bedeutung. Für die meisten deutschen "Patrioten" war es schließlich nur noch ein Bußgang für das mit Schande und Schuld besudelte Vaterland.
Trotz aller Fehler und Mißverständnisse der deutschen Widerstandsbewegung sollte man nicht vergessen, daß es ungeachtet des lebensbedrohlichen NS-Terrors in Deutschland überall Menschen gab, die sich durch vorbildliche Tapferkeit auszeichneten und letzten Endes auch bereit waren, für ihre moralische Grundhaltung zu sterben. Diese Widerstandskämpfer hatten verstanden, daß aufrichtiges Nationalgefühl und wahres Christentum überall dort vorhanden ist, wo Menschen bereit sind, trotz großer persönlicher Gefahren Widerstand zu leisten.
Obgleich die westlichen Alliierten die deutsche Widerstandbewegung jahrelang mißachteten und verleugneten (Kollektivschuld: "Alle Deutschen sind Nazis"), verdienen alle aufrechten,

kritischen und mutigen Widerstandskämpfer, die ihr Leben im Kampf für freiheitliche demokratische Grundrechte und die Ehre der deutschen Nation opferten, unseren Respekt und angemessene Wertschätzung.
Der britische Premierminister Winston Churchill, der während des Zweiten Weltkrieges ein entschiedener Gegner der deutschen Widerstandsbewegungen war, erklärte später nach dem Krieg im britischen Parlament (x049/117): >>In Deutschland lebte eine Opposition, die quantitativ durch ihre Opfer und durch eine entnervende internationale Politik (Casablanca) immer schwächer wurde, aber zu den Edelsten und Größten gehört, was in der politischen Geschichte aller Völker bisher hervorgebracht wurde. Diese Männer kämpften ohne Hilfe von innen und außen – einzig getrieben von der Unruhe ihres Gewissens.
Ihre Taten und Opfer sind das Fundament eines neuen Aufbaus. Wir hoffen auf die Zeit, in der das heroische Kapitel der inneren deutschen Geschichte seine gerechte Würdigung finden wird.<<
Prof. Hans Rothfels (1891-1976, deutsch-amerikanischer Historiker) schrieb später über die deutsche Widerstandsbewegung (x025/155-156): >>Während alle sonstigen Untergrundbewegungen über Europa hin reichlich materielle wie psychologische Unterstützung erfuhren und sehr konkrete Belohnungen in Reichweite hatten, war die deutsche allein völlig auf ihre eigenen Kraftquellen angewiesen. Diese waren nur an der Oberfläche militärisch, im Prinzip war sie geistiger und religiöser Art. ...<<
Der deutsche Historiker und Philosoph Hans-Jochim Schoeps (1909-1980) schrieb später über die deutsche Widerstandsbewegung (x215/9): >>Das Datum, an dem das alte Preußen zum letzten Mal sichtbar wurde, ist der 20. Juli 1944 gewesen. ...
Es war dies ein letzter Ausklang der sittlichen Idee dieses Staates.
Die Männer der Widerstandsbewegung gegen den Nationalsozialismus – Offiziere, Beamte, Gewerkschaftsführer -, die des Glockenspielmotivs der Potsdamer Garnisonskirche ("Üb immer Treu und Redlichkeit, / bis an dein kühles Grab, / und weiche keinen Finger breit / von Gottes Wegen ab.") halber aufstanden, sind Blutzeugen des wirklichen Preußentums in unserer Generation geworden.
Fast alle klangvollen Familiennamen Preußens finden sich im Register der ... am Galgen Aufgehängten: Yorck und Moltke, Witzleben und Schulenberg, Schwerin und Stülpnagel, Dohna und Lehndorff ...<<

Hitlers Vernichtungsstrategie
Nach dem Attentat vom 20. Juli 1944 war das ohnehin angespannte Vertrauensverhältnis zwischen Hitler und der Wehrmachtsführung endgültig zerstört. Hitler verdächtigte damals fast alle Offiziere der Ostfront, mit den Verrätern des kommunistischen "Nationalkomitees Freies Deutschland" und dem "Bund Deutscher Offiziere" in Verbindung zu stehen. Die Niederlagen während des Ostkrieges waren nach Hitlers fester Überzeugung in erster Linie nur durch den permanenten Verrat der deutschen Generäle entstanden.
Hitler übertrug deshalb alle wichtigen Verteidigungsmaßnahmen an die NS-Gauleiter und andere unfähige NSDAP-Führer. Goebbels erhielt das Amt des Reichsbevollmächtigten für den "totalen Kriegseinsatz" und konnte danach die deutschen Wirtschaftsbetriebe noch besser bevormunden und kontrollieren.
Während fast alle NS-Gau-, Kreis- und Ortsgruppenleiter später feige flüchteten, ließen die Wehrmachtsoffiziere ihre Soldaten und die hilflose Zivilbevölkerung grundsätzlich nicht im Stich (Ausnahmen waren lediglich Schörner und andere "NS-Offiziere"). Die deutschen Wehrmachtsbefehlshaber blieben im allgemeinen bis zur Kapitulation auf ihren Posten und gingen danach mit ihren Männern in die Kriegsgefangenschaft. Im Zweiten Weltkrieg fielen insgesamt mehr als 200 deutsche Generäle als Soldaten. Mehr als 50 Wehrmachtsgeneräle

begingen Selbstmord oder wurden wegen angeblicher Feigheit und Verrat durch das NS-Regime hingerichtet.
Der britische Historiker Hugh Trevor-Roper (1914-2003) schrieb später über Hitler und die deutschen Generäle (x066/71): >>... Diese Auffassung Hitlers als einen Phönix (Vogel, der sich im Feuer verjüngt), ... als eines kosmischen Phänomens, das gewöhnlichen Grenzen nicht untersteht, wurde in Deutschland nicht allgemein geteilt. Sie wurde von den Generälen nicht geteilt, diesen dickköpfigen, unmystischen, militärischen Maschinen. Für sie war er nie mehr als ein niedriger Mensch von außergewöhnlicher Macht, der von ihrer Vorstellung von einem Genie weit entfernt war.
"Wenn ich mit ihm arbeitete", sagte Halder (von 1938-42 Generalstabschef des Heeres), der fähigste dieser Klasse, "hielt ich immer nach Anzeichen des Genius in ihm Ausschau. Ich bemühte mich sehr, ehrlich und unparteiisch und von meiner Antipathie gegen den Mann nicht verblendet zu sein.
Ich fand nie das Geniale, sondern nur das Teuflische in ihm." ...<<
Jochen Löser (1918-2001, Generalmajor a.D. und freier Journalist) schrieb später über die traditionellen Spannungen zwischen den deutschen Politikern und Offizieren (x099/76): >>... Besonders tragisch war und ist das Verhältnis zwischen verantwortlichen Politikern und Soldaten in der deutschen Geschichte.
So das Verhältnis von Seeckt zur Reichsregierung und das Verhältnis von Fritsch und Beck zu Hitler vor dem Zweiten Weltkrieg und das Verhältnis von Halder, Guderian, von Rundstedt und vielen anderen zu Hitler im Zweiten Weltkrieg.
Der 20. Juli war nur ein äußeres Zeichen dieser Spannung. Die "Domestizierung des Militärs" durch Hitler führte Deutschland in den Untergang, weil ihre fachmännischen Ratschläge nicht gehört wurden und infolgedessen die militärischen Mittel in keinem Verhältnis zu den überzogenen politischen Zielen standen. Der Wahn Hitlers, als "größter Feldherr aller Zeiten" die militärischen Fachleute beiseite zu stellen, führte zu Opfern auf beiden Seiten, wie sie die Welt noch nie zuvor hatte erleiden müssen.
Ganz frei von dieser Spannung ist auch heute das Verhältnis zwischen politischen und militärischen Führern nicht, weil die Militärs in falsch verstandener Loyalität Strategien und Theorien zustimmen, welche den politischen Zielen nicht angemessen sind. ...<<
Am 5. Oktober 1944 eröffnete die sowjetische Artillerie südlich von Schaulen ein stundenlanges Trommelfeuer gegen die deutschen Stellungen in Ostpreußen. Nachdem man die Front "sturmreif" geschossen hatte, brachen sowjetische Panzer- und Infanterietruppen durch die Abwehrlinien und stießen in Richtung Memel und Tilsit vor.
Angesichts der hoffnungslosen militärischen Lage mußte jedem Informierten klar sein, daß der Zusammenbruch der deutschen Ostfront katastrophale Folgen für die wehrlose ostdeutsche Zivilbevölkerung bringen würde.
Anstatt alles zu tun, um das Leben und die Gesundheit der wehrlosen Zivilbevölkerung zu bewahren, unternahmen die maßgeblichen NS-Führer schlechthin nichts für die Rettung der ihnen anvertrauten Menschen. Niemand bemühte sich wirklich tatkräftig, die schutzlose Bevölkerung rechtzeitig in Sicherheit zu bringen.
Hitler, der vermutlich bereits im Dezember 1941 die Ermordung der europäischen Juden (sog. "Endlösung") angeordnet hatte und ab 1941/42 ca. 3,3 Millionen sowjetische Kriegsgefangene aus rassenideologischen Gründen umkommen ließ, verhinderte damals bewußt die mögliche Rettung der Ost- und Volksdeutschen (x041/112). Falls man auch diesen Krieg verlieren würde, sollte das Deutsche Reich vollständig untergehen und vernichtet werden.
Hitler erklärte bereits während einer Rede am 27. November 1941 (x073/207): >>... Wenn das deutsche Volk einmal nicht mehr stark und opferbereit genug ist, sein eigenes Blut für seine Existenz einzusetzen, so soll es vergehen und von einer anderen, stärkeren Macht vernichtet

werden. ...
Ich werde dann dem deutschen Volk keine Träne nachweinen.<<
Joseph Goebbels (NS-Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda; ab Juli 1944 "Generalbevollmächtigter für den totalen Krieg") stellte im März 1943 fest (x051/220): >>... Vor allem in der Judenfrage sind wir so festgelegt, daß es für uns gar kein Entrinnen gibt.<<
Am 20. November 1943 verkündete Hitler in Breslau vor 20.000 Offiziersanwärtern (x033/-427-428): >>... Wenn Deutschland diesen Kampf für sich selbst und für Europa nicht gewänne, käme die Barbarei der Steppe über unseren Kontinent. ...
(Bei diesem Krieg handele es sich um) ein gigantisches Ringen zwischen Völkern und Rassen, in dem die eine Weltanschauung siegt und die andere unbarmherzig vernichtet wird. Das heißt:
Das Volk, das verliert, beendet sein Dasein!<<
Hitler bewies mit diesen Reden, wie gleichgültig ihm das Schicksal des deutschen Volkes war. Der Führer hatte längst entschieden, daß das Deutsche Reich vollständig untergehen und vernichtet werden sollte, falls man auch diesen Krieg verlieren würde.
Der schwermütige, unberechenbare "Führer", der infolge seiner chronischen Magenbeschwerden und psychischen Krankheiten fast ständig unter Aufputsch- und Beruhigungsmitteln stand, hatte in den letzten Kriegsmonaten jeglichen Realitätssinn verloren.
Hitler hoffte wahrscheinlich bis zum Schluß, Stalins Gewaltherrschaft vor der Weltöffentlichkeit zu enttarnen, um die Alliierten doch noch vorzeitig zu trennen. Die NS-Gauleiter sollten deshalb die Flucht der deutschen Bevölkerung verhindern oder verzögern, um sie an die aufgeputschten, zügellosen Rotarmisten auszuliefern. Hitlers "genialer Schachzug" blieb jedoch völlig wirkungslos, denn die westlichen Alliierten hielten alle deutschen Pressemeldungen (z.B. über die sowjetischen Massaker in Nemmersdorf/Ostpreußen im Oktober 1944) für übertriebene Lügen- und Greuelgeschichten der NS-Propaganda.
Hitler beabsichtigte, sein eigenes Leben so teuer wie möglich zu verkaufen. Die Tatsache, daß der Preis zwangsläufig das Leben, die Gesundheit und die Ehre sowie das Vermögen des deutschen Volkes war, entsprach Hitlers Vernichtungsplänen (x054/230).
Am 19. März 1945 erließ Hitler den Befehl "Verbrannte Erde" bzw. den sog. "Nero-Befehl" (x040/272). Danach waren alle militärischen Verkehrs-, Nachrichten-, Industrie- und Versorgungsanlagen sowie Sachwerte, die sich der Feind innerhalb des Reichsgebietes nutzbar machen konnte, zu zerstören.
Nachdem Stalin diese Taktik der "verbrannten Erde" bereits während der sowjetischen Rückzugsschlachten 1941/42 angeordnet hatte, befahl Hitler jetzt ähnliche Vernichtungsaktionen. Die deutschen Reichsgebiete sollten ausnahmslos in Trümmerwüsten verwandelt werden.
Albert Speer (Hitlers Chefarchitekt) lehnte diese Zerstörungsmaßnahmen ("Nero-Befehl") jedoch entschieden ab, weil er die Lebensbasis des Volkes nicht vorsätzlich vernichten wollte.
Hitler, der nach wie vor keinen Widerspruch duldete, erwiderte daraufhin in eisigem Ton (x069/193-194): >>Es ist nicht notwendig, auf die Grundlagen, die das Volk zu einem primitiven Weiterleben braucht, Rücksicht zu nehmen. Im Gegenteil, es ist besser, selbst diese Dinge zu zerstören, denn das Volk hat sich als das schwächere erwiesen und dem stärkeren Ostvolk gehöre dann ausschließlich die Zukunft. Was nach dem Kampf übrigbleibt, sind ohnehin nur die Minderwertigen, denn die Guten sind gefallen. ...<<
Im letzten Kriegsstadium konnte Speer den "Nero-Befehl" jedoch mit Hilfe der Wehrmacht erfolgreich sabotieren und weiteres Unheil verhindern. Hitlers Zerstörungsbefehle wurden größtenteils nicht mehr ausgeführt oder durch gegensätzliche Anordnungen aufgehoben.
Albert Speer (vielleicht der einzige persönliche Freund, den Hitler in den letzten Tagen des NS-Regimes hatte) berichtete später, daß Hitlers Pläne plötzlich willkürlich und ziellos geworden wären und zwangsläufig zu weiteren katastrophalen Folgen führen mußten. Hitler hät-

te bewußt versucht, das Volk mit sich untergehen zu lassen. Der verzweifelte Führer hätte keine moralischen Grenzen mehr gekannt. Für Hitler bedeutete das Ende seines eigenen Lebens gleichzeitig auch die Vernichtung des deutschen Volkes (x066/101).
Die späteren Flucht- und Befreiungskatastrophen offenbarten eindrucksvoll die Unmenschlichkeit und Verantwortungslosigkeit des NS-Terrorregimes. Im Jahre 1938 hatte das "kinderfreundliche" NS-Regime z.B. erstmalig feierlich Mutterkreuze verliehen ("dem Führer ein Kind") und gleichzeitig alle kinderlosen Ehepaare mit Strafsteuern belegt. Im Jahre 1945 wurden schließlich Hunderttausende von wehrlosen Müttern und Kindern dem tödlichen Inferno überlassen. Dieser hinterhältige Verrat an den Ost- und Volksdeutschen bewies nachhaltig, daß Hitler die Masse des Volkes nur für den Krieg und "Heldentod" benötigt hatte.
Der britische Historiker Christopher Duffy berichtete später über den heimtückischen Verrat der NS-Führung (x100/336): >>Als das Ende des Reiches nahte, wurde augenfällig, daß seine Führer für unterschiedliche "Deutschlands" gekämpft hatten. Auf der einen Seite trat die moralische Verkommenheit jener, die am tiefsten in das nationalsozialistische System verstrickt waren, unübersehbar zutage.
Solange nur ein Befehl von oben es anordnete, hatten Generalfeldmarschall Schörner und die ganze braune Bande von Gauleitern wie Greiser, Schwede-Coburg, Koch und Hanke nicht gezögert, das Leben unzähliger aufs Spiel zu setzen, nur nicht ihr eigenes, wie sich herausstellte, als es in Gefahr zu geraten drohte und sie sich eiligst absetzten.
Auf der anderen Seite stand die aufopferungsvolle Haltung von Männern wie Hoßbach, Reinhardt, von Tettau, von Saucken, von Ahlfen, Niehoff und vielen anderen, die bewiesen, daß menschliches Verantwortungsgefühl trotz allem immer noch mit soldatischer Pflichterfüllung in Einklang zu bringen war.<<
Als die deutsch-sowjetische Ostfront bedrohlich näher kam, ließ Himmler (der verantwortliche Organisator der sog. "Endlösung") ab Juli 1944 die ersten osteuropäischen Vernichtungs- und Konzentrationslager auflösen und erteilte den Befehl, die Überlebenden nach Westen zu "schicken". Die überlebenden Häftlinge wurden danach in wochenlangen Todesmärschen oder Hungertransporten nach Westen in Marsch gesetzt.
Hunderttausende von jüdischen Häftlingen schleppten sich mit letzten Kräften aus den geräumten Lagern in Richtung Westen vorwärts, um später unterwegs zu verhungern, zu erfrieren, wegen Marschbehinderung erschossen zu werden oder um schließlich nach ihrer Ankunft in den total überfüllten mittel- und westdeutschen Konzentrationslagern entkräftet zu sterben.
Während dieser Todesmärsche nach Westen starben Zehntausende von Juden an den unendlichen Strapazen.
Die entkräfteten Menschen verhungerten, erfroren, brachen erschöpft zusammen oder wurden kurzerhand von den SS-Wachen umgebracht. Einige große Häftlingstransporte aus dem Baltikum wurden bereits in Ostpreußen von der "Roten Armee" eingeholt. Da die letzten Fluchtwege nach Westen versperrt waren, trieben SS-Männer und osteuropäische KZ-Aufseher die jüdischen Gefangenen kurzerhand in das eiskalte Wasser der Ostsee und erschossen sie. Nur wenige Juden überlebten dieses fürchterliche Massaker und konnten schwerverletzt entkommen (x001/136).
Es gab aber auch jüdische Häftlinge, die damals durch glückliche Umstände in den Befehlsbereich der deutschen Wehrmacht gelangten. Die deutsche Wehrmacht half den jüdischen Häftlingen grundsätzlich wie allen anderen Flüchtlingen und versuchte, sie mit Schiffen in den Westen zu evakuieren
Zahlreiche jüdische Häftlinge, die diese berüchtigten Todesmärsche und Transporte aus Ost-Mitteleuropa glücklich überlebten, wurden im Westen des Deutschen Reiches auf weitere Todesmärsche geschickt" (Auflösung von "gefährdeten" KZ-Außenlagern).

Zusammenfassung des fluchtartigen Rückzuges des deutschen Ostheeres

Genau 3 Jahre nach dem deutschen Angriff gegen die UdSSR begann am 22. Juni 1944 in Weißrußland, im Mittelabschnitt der Ostfront, die große sowjetische Sommeroffensive. Vom 22. Juni bis zum 8. Juli 1944 wurden in Weißrußland 28 Divisionen der deutschen "Heeresgruppe Mitte" (Generalfeldmarschall Busch) fast vollständig zertrümmert. Rd. 350.000 deutsche Soldaten fielen oder galten danach als vermißt (x040/221).

Nach der vernichtenden Niederlage in Weißrußland war die militärische Lage des deutschen Ostheeres vollkommen hoffnungslos. Eine reale Chance, die Rote Armee vor den deutschen Reichsgrenzen aufzuhalten, bestand nicht mehr.

Anstatt die Ostfront mit allen Mitteln zu unterstützen und die ostdeutsche Zivilbevölkerung zu evakuieren, ließ Hitler damals sogar noch mehrere kampfstarke Wehrmachtsverbände an die Westfront verlegen, um die Atlantikinvasion der Westalliierten abzuwehren.

Für Hitler war der längst verlorene "Ostkrieg" nur noch ein lästiger "Nebenkrieg". Der völlige Zusammenbruch der Wehrmacht und die bedingungslose militärische Kapitulation, die bisher noch kein deutscher Staat hinnehmen mußte, war Ende 1944 nur noch eine Frage der Zeit.

Das gescheiterte Attentat bzw. der überstürzte Aufstand vom 20. Juli 1944 entwickelte sich vor allem für die unbeteiligten Wehrmachtsbefehlshaber zu einer Katastrophe und verursachte verhängnisvolle Folgen. Infolge dieser sog. "Verschwörung" (Stauffenberg-Attentat) stufte Hitler fast alle deutschen Militärbefehlshaber nur noch als Verräter und Saboteure ein.

Hitler übertrug deshalb alle wichtigen Verteidigungsmaßnahmen an die NS-Gauleiter und andere unfähige NSDAP-Führer. Goebbels erhielt das Amt des Reichsbevollmächtigten für den "totalen Kriegseinsatz" und konnte danach die deutschen Wirtschaftsbetriebe noch besser bevormunden und kontrollieren.

Während fast alle NS-Gau-, Kreis- und Ortsgruppenleiter später feige flüchteten, ließen die Wehrmachtsoffiziere ihre Soldaten und die hilflose Zivilbevölkerung grundsätzlich nicht im Stich (Ausnahmen waren lediglich Schörner und andere "NS-Offiziere"). Die deutschen Wehrmachtsbefehlshaber blieben im allgemeinen bis zur Kapitulation auf ihren Posten und gingen danach mit ihren Männern in die Kriegsgefangenschaft.

Angesichts der hoffnungslosen militärischen Lage mußte jedem Informierten klar sein, daß der Zusammenbruch der deutschen Ostfront katastrophale Folgen für die wehrlose ostdeutsche Zivilbevölkerung bringen würde. Anstatt alles zu tun, um das Leben und die Gesundheit der wehrlosen Zivilbevölkerung zu bewahren, unternahmen die maßgeblichen NS-Führer schlechthin nichts für die Rettung der ihnen anvertrauten Menschen. Niemand bemühte sich wirklich tatkräftig, die schutzlose Bevölkerung rechtzeitig in Sicherheit zu bringen.

Am 20. November 1943 verkündete Hitler in Breslau vor 20.000 Offiziersanwärtern (x033/-427-428): >>... Wenn Deutschland diesen Kampf für sich selbst und für Europa nicht gewänne, käme die Barbarei der Steppe über unseren Kontinent. ...

(Bei diesem Krieg handele es sich um) ein gigantisches Ringen zwischen Völkern und Rassen, in dem die eine Weltanschauung siegt und die andere unbarmherzig vernichtet wird. Das heißt:

Das Volk, das verliert, beendet sein Dasein!<<

Hitler hoffte wahrscheinlich bis zum Schluß, Stalins Gewaltherrschaft vor der Weltöffentlichkeit zu enttarnen, um die Alliierten doch noch vorzeitig zu trennen. Die NS-Gauleiter sollten deshalb die Flucht der deutschen Bevölkerung verhindern oder verzögern, um sie an die aufgeputschten, zügellosen Rotarmisten auszuliefern. Hitlers "genialer Schachzug" blieb jedoch völlig wirkungslos, denn die westlichen Alliierten hielten alle deutschen Pressemeldungen (z.B. über die sowjetischen Massaker in Nemmersdorf/Ostpreußen im Oktober 1944) für übertriebene Lügen- und Greuelgeschichten der NS-Propaganda.

Hitler beabsichtigte, sein eigenes Leben so teuer wie möglich zu verkaufen. Die Tatsache, daß der Preis zwangsläufig das Leben, die Gesundheit und die Ehre sowie das Vermögen des deutschen Volkes war, entsprach Hitlers Vernichtungsplänen (x054/230).

Schlußbemerkungen: In der deutschen Geschichte gab es noch nie eine Epoche (einschließlich der verheerenden Katastrophen, die sich im Verlauf der Völkerwanderungen und des 30jährigen Krieges ereigneten), die Frauen, Kindern und alten Menschen vergleichbare Belastungen und unmenschliche Qualen auferlegte. Millionen von Deutschen, die größtenteils keine NS-Verbrechen verübt hatten, wurden 1944/45 dem sicheren Verderben preisgegeben. Die naiven Volksgenossen merkten erst nach dem Zusammenbruch des "1.000jährigen Reiches", daß man sie nur unentwegt belogen und betrogen hatte.

Während sich die verantwortlichen NS-Funktionäre rechtzeitig in Sicherheit brachten, erlebte die zurückgebliebene Bevölkerung vielerorts die Hölle auf Erden. Hunderttausende von schutzlosen reichs- und volksdeutschen Zivilisten kamen im Verlauf der Flucht und "Befreiung" sowie bei der späteren Vertreibung um.

Der schändliche Verrat und die heimtückische Auslieferung der Reichs- und Volksdeutschen, die bis zum bitteren Ende treu und brav ihre Pflichten erfüllten, wurde bisher nie angemessen aufgearbeitet. Hitlers Plan, Stalin vor der Weltöffentlichkeit zu entlarven, um die Alliierten zu trennen, mußte zwangsläufig scheitern, denn nach den zahllosen NS-Verbrechen und der systematischen Massenvernichtung des europäischen Judentums dachten die Angelsachsen nachweislich nie an Sonderverhandlungen.

Einmarsch der Roten Armee in Ost-Mitteleuropa (1944/1945)

> Und wenn der ganze Schnee verbrennt, die Asche bleibt uns doch.
> *Gerhart Hauptmann (1862-1946, deutscher Dichter)*

Der sowjetische Einmarsch und das Schicksal der Deutschen in Polen

Nach dem sowjetischen Einmarsch im Juli 1944 wurden in Polen alle bisherigen und zukünftigen Gewalttaten durch "dehnbare Gesetze", Dekrete und Verordnungen legalisiert, um mit den Reichs- und Volksdeutschen abzurechnen. Die faschistisch-hitleristischen Verbrechen wurden derartig allgemein gefaßt, daß praktisch jede Willkürmaßnahme erlaubt war.

Die öffentlichen Sicherheitsbehörden (polnische Milizen und Polizei) nahmen sämtliche "verdächtigen Personen" und "Volksverräter" fest. Anklagebegründungen waren nicht erforderlich, da es sich um Sonderstrafverfahren handelte. Rechtsschutz erhielten die festgenommenen Volks- und Reichsdeutschen ebenfalls nicht. Sie konnten ohne Angabe von Gründen für unbegrenzte Zeit in Gefängnisse und Internierungslager eingewiesen werden.

Alle Volksdeutschen, die bis 1939 polnische Staatsbürger gewesen waren, wurden als Volksverräter eingestuft und zur Rechenschaft gezogen. Sie wurden ohne gesetzliche Grundlage der Zwangsarbeit unterworfen, verloren ihre bürgerlichen Ehrenrechte und ihr gesamtes Vermögen. Die Aburteilung führten zunächst polnische Sonderstrafgerichte durch. Gegen diese Urteile gab es keine Revisionsmöglichkeit oder Einspruchsrechte.

Nachdem die Rote Armee Zentral- und Westpolen erobert bzw. "befreit" hatte, beteiligten sich vor allem polnische Milizen und Partisaneneinheiten an zahllosen Verbrechen (in den polnischen Gebieten hielten sich damals noch mindestens 1,0 Millionen Volks- und Reichsdeutsche auf).

Die Bürgermilizen, Partisanen und der Pöbel waren schon bald gefürchteter als die verrohten Soldaten der Roten Armee. Bei den schwerbewaffneten polnischen Milizen ("Organe der öffentlichen Sicherheit") handelte es sich vielfach um fanatische 15-16jährige Jugendliche, arbeitsscheues Gesindel, entlassene Schwerverbrecher, zwielichtige Elemente und Straftäter

aller Art, die ihre Machtpositionen für hemmungslose Plünderungen und private Racheakte mißbrauchten. Die sog. Intelligenz und die Mehrheit der polnischen Zivilbevölkerung hielten sich zunächst noch zurück.
Im Generalgouvernement, in den Reichsgauen Wartheland und Danzig-Westpreußen sowie in Ostoberschlesien herrschten brutaler Terror und grenzenlose Willkür. Fast alle Volks- und Reichsdeutschen, die in den polnischen Gebieten geblieben waren oder nach der gescheiterten Flucht zurückkehrten, fielen willkürlichen Massenverhaftungen zum Opfer, weil sie während der Beschlagnahmung und Plünderung ihrer Höfe, Geschäfte und Wohnungen störten.
Die Plünderer stahlen gewöhnlich alles, was nicht "niet- und nagelfest" war. Nach der "Befreiung" Zentral- und Westpolens füllten sich schon bald die polnischen Zuchthäuser, Gefängnisse und Konzentrationslager. Für die rechtlosen Deutschen begannen grausame Zeiten.
Im Jahre 1960 veröffentlichte das Statistische Bundesamt Wiesbaden erstmalig die offiziellen "Nachkriegsverluste" der Polen-Deutschen (Volksdeutsche, die in polnischen Gebieten und in Danzig lebten). Nach langjährigen Ermittlungen meldete man 274.900 "ungeklärte Fälle" (x016/79).
Das Bundesarchiv Koblenz berichtete im Jahre 1974 über das Schicksal der Deutschen in Polen (x010/35-36): >>Die von Polen gegenüber in den deutschen Siedlungsgebieten Polens und den Reichsgebieten östlich von Oder und Neiße verbliebenen Deutschen verübten Gewalttaten standen im Zeichen eines Vergeltungswillens für Unrechtstaten, die die polnische Bevölkerung während der deutschen Besatzungszeit erfahren hatte. Dabei kamen durchaus auch blinde nationalistisch gestimmte Haßgefühle zum Ausdruck. ... Täter waren in der Mehrzahl Angehörige einer willkürlich zusammengestellten Miliz, in geringerer Anzahl Zivilpersonen, die im Zusammenhang mit Plünderungen Deutsche überfielen.
Die Gewalttaten setzten größtenteils im Zuge einer Verhaftungswelle ein, die auf Grund von Dekreten des polnischen kommunistischen Komitees der Nationalen Befreiung - ab 1.1.1945 von der Sowjetunion als vorläufige Regierung Polens anerkannt - durchgeführt wurde. ...
Als völkerrechtswidriges Massenvergehen stehen im Vordergrund des Berichtsmaterials die gegenüber den Deutschen bei ihrer Verhaftung, in den Gefängnissen und nach der Internierung in ein Arbeitslager verübten Ausschreitungen.
Die Gewaltakte bestanden vorwiegend in Mißhandlungen brutalster, teils sadistischer Art mit Peitschen, Gummiknüppeln oder Gewehrkolben, teils bis zur Todesfolge, ferner in willkürlichen Erschießungen und Erschlagungen wie auch Vergewaltigungen von Frauen. Dem Berichtsmaterial nach ist kaum ein einziger Verhafteter und Internierter Mißhandlungen entgangen. ...
Nach den vorliegenden Unterlagen sind in die größten Lager Potulice, Kreis Bromberg, Gronowo, Kreis Lissa, Sikawa bei Lodz, Lamsdorf im Kreis Falkenberg/Oberschlesien allein mindestens 80.000 Deutsche verbracht worden. Insgesamt aber bestanden in den Gebieten östlich von Oder und Neiße 1.255 Lager und 227 Gefängnisse, die dem Gewahrsam von Deutschen dienten. Dabei ist jedoch darauf hinzuweisen, daß eine Anzahl dieser Lager nur eine kürzere Zeit bestanden bzw. 100 Insassen hatten. Insassen aufgelöster Lager kamen vielfach in die oben angeführten großen Sammellager und wurden von dort aus zur Arbeit "vermietet". Ferner waren Tausende von Deutschen in Gefängnissen inhaftiert.
Deutsche, die im Vorkriegspolen gelebt hatten, waren gemäß ... Dekret vom 4.11.1944, einschließlich Kinder und Säuglinge, ohnehin in überwiegender Mehrzahl als "Verräter der Nation" in Zwangsarbeitslager gekommen. ...<<

Der sowjetische Einmarsch und das Schicksal der Deutschen in Rumänien
Die 2. Ukrainische Front drang am 27. August 1945 in Zentralrumänien ein. Da der Kurswechsel in Rumänien überraschend kam, wurden von August bis November 1944 höchstens

100.000 Rumänien-Deutsche in den Westen evakuiert. In erster Linie flüchteten maßgebliche NS-Funktionäre, die sich mit den abrückenden deutschen Truppen absetzten. Nachdem man in den Jahren 1940-43 bereits rd. 215.000 Volksdeutsche aus der Bukowina, der Dobrudscha, Bessarabien und anderen rumänischen Gebieten umgesiedelt hatte, erlebten ca. 404.000 volksdeutsche Zivilisten den sowjetischen Einmarsch in Rumänien (x007/46E).
Die sowjetischen Truppen benahmen sich im allgemeinen diszipliniert, denn nach dem rumänisch-sowjetischen Bündnis wurde Rumänien nicht mehr als "feindliches Land" angesehen. Sowjetische Offiziere ordneten in Rumänien vielerorts Alkoholverbote an und verhängten drakonische Strafen, so daß sich dort keine gewalttätigen Massenausschreitungen ereigneten. In besonders hart umkämpften Gebieten verübten sowjetische Einzeltäter zwar brutale Verbrechen, aber diesen Gewalttaten fielen nicht nur Volksdeutsche, sondern auch Rumänen und andere Nationalitäten zum Opfer.
Nach der Befreiung Rumäniens ließen die Sowjets im gesamten Land "Arbeitskräfte für den Wiederaufbau" der UdSSR inhaftieren. Am 2. Januar 1945 begannen in Rumänien großangelegte Deportationen. Innerhalb von mehreren Wochen verschleppte man rd. 75.000 Rumänien-Deutsche in die UdSSR. Während der jahrelangen Zwangsarbeit kamen mindestens 15 % = 11.250 deutsche Zivilisten um (x007/79-80E).
Trotz der rumänischen Kriegerklärung und der üblichen Zwangsmaßnahmen (z.B. Deportation von Zwangsarbeitern, Verhaftung von NS-Funktionären und Angehörigen der Waffen-SS), die von den Sowjets ausdrücklich gefordert wurden, ereigneten sich in Rumänien zunächst keine planmäßigen Verfolgungen von Deutschen.
Im Jahre 1960 veröffentlichte das Statistische Bundesamt Wiesbaden erstmalig die offiziellen "Nachkriegsverluste" der Rumänien-Deutschen. Nach langjährigen Ermittlungen meldete man 101.000 "ungeklärte Fälle" (x016/79).

Der sowjetische Einmarsch und das Schicksal der Deutschen in Jugoslawien

Da Jugoslawien zu den verbündeten Ländern zählte, verlief der sowjetische Einmarsch im Oktober 1944 größtenteils ohne massenhafte Ausschreitungen. In Jugoslawien verübten nur einige sowjetische Nachschubeinheiten, versprengte Nachzügler und Deserteure schwere Gewaltverbrechen.
Ab Oktober 1944 besetzten serbische Partisanen die deutsch-jugoslawischen Siedlungsgebiete. Nach dem Eintreffen der serbischen Geheimpolizei OZNA (Abt. für den "Schutz des Volkes") folgten unverzüglich Hausdurchsuchungen und Massenverhaftungen. Der Dienst bei der Waffen-SS oder die Mitgliedschaft in NS-Organisationen wirkte sich für die Volksdeutschen besonders verhängnisvoll aus. Bei diesen "Säuberungen" nahmen die Serben jedoch auch volksdeutsche Flüchtlinge aus Ungarn und Rumänien fest, obwohl sie mit dem deutsch-kroatisch-jugoslawischen Partisanenkrieg überhaupt nichts zu tun hatten.
Nach den Verhaftungsaktionen führten OZNA-Geheimpolizisten oder Angehörige des jugoslawischen Volksbefreiungsausschusses sofort "Verhöre" durch, die regelmäßig zu brutalen Prügel- und Folterorgien ausarteten. NS-Funktionäre oder "Kapitalisten" (reiche Bauern und Geschäftsinhaber) erhielten vielfach "Sonderbehandlungen".
Die Massenhinrichtungen wurden in der Regel von speziellen jugoslawischen Liquidationseinheiten durchgeführt, die seit dem 10.10.1944 zielstrebig durch die deutsch-jugoslawischen Siedlungsgebiete zogen, um deutsche "Volksverräter" und "Faschisten" zu richten. Für die Hinrichtungen wählte man Schinderplätze (dort wurde damals das verendete Vieh verscharrt), Friedhöfe oder entlegene Wälder.
Von Oktober bis November 1944 wurden mindestens 7.200 Jugoslawien-Deutsche durch Massenerschießungen umgebracht (x010/51). Am 21.11.1944 erließ der "Antifaschistische

Rat der Volksbefreiung" (AVNOJ) zahlreiche Beschlüsse, mit denen man in Jugoslawien praktisch alle bisherigen und zukünftigen Gewalttaten rechtfertigen konnte.
Seit Anfang November 1944 entfernte man die Jugoslawien-Deutschen bereits aus ihren Wohnbezirken und inhaftierte sie in Gefängnissen oder sog. "Arbeitslagern". Im Dezember 1944 errichteten die Serben in Jarek das erste Konzentrationslager.
Ab Dezember 1944 erfaßte man in den deutschen Siedlungen arbeitsfähige Zivilisten, die für die "Wiederaufbauarbeit in der UdSSR" bestimmt waren. Im allgemeinen verschleppte man arbeitsfähige Frauen (im Alter von 18-40 Jahren) und Männer von 17-45 Jahren. Während die Serben Tausende von jungen Müttern in die sowjetischen Industriegebiete im Donezbecken "verschickten", achteten sie gewissenhaft darauf, keine deutschen Facharbeiter zu verlieren, denn Tito wollte den Sowjets keine "Spezialisten" überlassen.
Die Deportationen der Jugoslawien-Deutschen (ca. 30.000, davon waren 60-80 % Frauen und Mädchen) begannen am 25.12.1944 und wurden Anfang Januar 1945 beendet. Mindestens 5.683 Deportierte kamen in der UdSSR um (x006/96E,131E).
Bis März/April 1945 wurden fast alle Volksdeutschen in jugoslawische Zwangsarbeitslager getrieben und dort jahrelang interniert.
Im Jahre 1960 veröffentlichte das Statistische Bundesamt Wiesbaden erstmalig die offiziellen "Nachkriegsverluste" der Jugoslawien-Deutschen. Nach langjährigen Ermittlungen meldete man 135.800 "ungeklärte Fälle" (x016/79).
Das Bundesarchiv Koblenz berichtete im Jahre 1974 über die Gewalttaten der jugoslawischen Partisanen nach dem sowjetischen Einmarsch in Jugoslawien (x010/48-50): >>Unmittelbar nach der Übernahme der Militärherrschaft durch Partisanengruppen in den deutschen Hauptsiedlungsgebieten Jugoslawiens, d.h. im Banat, in der Batschka und Baranya sowie in Syrmien seit dem 10.10.1944, setzten Massenexekutionen und schwerste Mißhandlungen, verübt an den in diesen Gebieten Verbliebenen, ein.
Die Partisanen betrachteten die deutsche Volksgruppe in ihrer Gesamtheit als einen dem Okkupanten besonders gefügig gewesenen Bevölkerungsteil Jugoslawiens, und dies um so mehr, als Zehntausende der wehrfähigen Deutschen im Kampfe gegen sie eingesetzt worden waren.
Bei den Verhaftungen wurde offensichtlich unterschiedlich vorgegangen:
Nach dem Berichtsmaterial wurden insbesondere ehemalige Angehörige der Waffen-SS, der Deutschen Mannschaft (Ortswachen), bei Volksgruppenorganisationen tätig gewesene Deutsche einschließlich Frauen, deutsche Bürgermeister und Verwaltungsbeamte, Angehörige der intellektuellen Kreise sowie die als besonders wohlhabend geltenden Bürger und Landwirte betroffen. Nach anderen Berichten fanden sich zunächst unterschiedslos alle deutschen Männer unter den Festgenommenen.
Die Verhafteten wurden unter Gewehrkolbenstößen in Gefängnisse oder verliesartige Kellerräume geschleppt, ... zu Verhören gerufen, die unter brutalsten Mißhandlungen stattfanden, sodann geschlossen oder z.T. zu einem vorher zur Exekution ausgehobenen Graben außerhalb der Gemeinden getrieben und dort erschossen. ... Aus insgesamt 117 Gemeinden der obengenannten Siedlungsgebiete sind ... Erschießungen oder andere Tötungen von Deutschen überliefert ...
Mindestens in gleichem, wenn nicht in höherem Ausmaße, fanden nach dem vorliegenden Material Massenerschießungen in den seit Oktober 1944 in diesen Gebieten zur Internierung und für den Arbeitseinsatz der Deutschen angelegten Lagern statt ... Zu diesen Exekutionen wurden teils nach Verhören, teils willkürlich Gruppen von Insassen herausgeholt. Erschossen wurden u.a. auch durch Krankheit und Schwäche arbeitsunfähig gewordene Deutsche. Unter dem Vorwand, sie für leichtere Arbeiten einzusetzen, waren Akademiker, Lehrer, Kaufleute veranlaßt worden, sich zu melden. Aber auch sie sind Opfer von Exekutionen geworden.
Anfang Dezember 1944 sind dann in den Gemeinden wie in den Lagern die Massenerschie-

ßungen angeblich auf sowjetischen Einspruch hin eingestellt worden ...
In Kroatien und Slawonien war vor der im April 1945 erfolgten Besetzung der deutschen Siedlungsgebiete durch die Partisanen die überwiegende Mehrheit der Deutschen evakuiert worden. ... Es (kam) auch hier zunächst in den Gemeinden zu Erschießungen aufgespürter Deutscher. ...<<

Der sowjetische Einmarsch und das Schicksal der Deutschen in Ungarn
Am 27. November 1944 brach die 3. Ukrainische Front in Ungarn durch die schwachen deutsch-ungarischen Verteidigungsstellungen und konnte erst später am Plattensee aufgehalten werden.
Die Ungarn-Deutschen konnten mehrheitlich nicht mehr entkommen. Höchstens 60.000 Volksdeutsche flüchteten bzw. wurden rechtzeitig evakuiert, so daß rd. 483.000 den sowjetischen Einmarsch in Ungarn erlebten.
Obwohl Ungarn offiziell als "feindlicher Staat" eingestuft wurde, ereigneten sich hier keine Massenverbrechen, denn man hatte die Rotarmisten der 2. und 3. Ukrainischen Front (Marschall Rodion Malinowski und Marschall Fjodor I. Tolbuchin) nicht aufgehetzt. Die Nachschubeinheiten der Roten Armee verbreiteten trotzdem noch genug Angst und Schrecken unter der Bevölkerung. Sie nutzten die befristete Plünderungsfreiheit konsequent aus. Sowjetische Deserteure sowie Marodeure verübten außerdem in vielen Orten schwere Gewaltverbrechen.
Abgesehen von fanatischen Nationalisten und kriminellen Einzeltätern, beteiligte sich die ungarische Bevölkerung nirgends an Gewalttaten und Racheakten. In Ungarn existierte weiterhin ein ausgeprägtes Gemeinschaftsgefühl. Man erinnerte sich glücklicherweise an die jahrhundertealte ungarisch-deutsche Geschichte bzw. das gemeinsame tragische Schicksal. Diese christliche Hilfsbereitschaft und Menschlichkeit der ungarischen Zivilisten und gemäßigten Politiker rettete später ungezählte Deutsche vor der Deportation oder sowjetischer Kriegsgefangenschaft.
Nach ungarischen Angaben verschleppten die Sowjets ca. 600.000 Kriegsgefangene und Zivilisten. Darunter waren etwa 35.000 volksdeutsche Zivilisten und rd. 30.000 volksdeutsche Kriegsgefangene. Während der sowjetischen Zwangsarbeit kamen mindestens 12 % = 4.200 deutsche Zivilarbeiter um (x008/44E,72E).
Im Jahre 1960 veröffentlichte das Statistische Bundesamt Wiesbaden erstmalig die offiziellen "Nachkriegsverluste" der Ungarn-Deutschen. Nach langjährigen Ermittlungen meldete man 57.000 "ungeklärte Fälle" (x016/79).
Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtete später über die Rote Armee (x046/280-281): >>... Die Rote Armee befand sich, was die militärische Disziplin angeht, tatsächlich schon 1944 in dem Zustand einer zunehmenden Verwilderung. Bei der Wiedereinnahme altsowjetischer Gebiete, der Ukraine etwa, aber auch in Polen, in den baltischen Ländern, in Ungarn, in Bulgarien, Rumänien und Jugoslawien, nahmen Übergriffe und Gewaltakte gegenüber der einheimischen Bevölkerung einen solchen Umfang an, daß die sowjetischen Kommandobehörden sich gezwungen sahen, energische Maßnahmen zu ergreifen. ...
In den nichtdeutschen Ländern sind die sowjetischen Kommandobehörden, wenngleich oft vergeblich, noch gegen die Ausschreitungen und Plünderungen der Angehörigen der Roten Armee gelegentlich eingeschritten.
Im deutschen Reichsgebiet entfiel jede Hemmung. So hatte der Korpskommandeur des 43. Schützenkorps, Generalmajor Andreev, seinen Soldaten in Polen zu Anfang 1945 für den Fall von Übergriffen noch mit dem Militärtribunal gedroht, um in seiner Belehrung dann zugleich fortzufahren: "Wenn wir erst in Deutschland sind, werde ich über solche Dinge kein Wort verlieren". ...<<

Die sowjetische Winteroffensive im Januar 1945

Die "Rote Armee" griff am 12. Januar 1945 mit 4 Armeen (etwa 4.400.000 Soldaten, nur Kampftruppen) die deutsche Ostfront an (x047/277, x040/259). Die sowjetischen Armeeführer waren: General Tschernjachowski (3. Weißrussische Front), Marschall Rokossowski (2. Weißrussische Front), Marschall Shukow (1. Weißrussische Front) und Marschall Konjew (1. Ukrainische Front).

Vor der sowjetischen Winteroffensive gegen Ostpreußen erließ General Tschernjachowski (3. Weißrussische Front) am 12. Januar 1945 folgenden Tagesbefehl (x025/100-101): >>Zweitausend Kilometer sind wir marschiert und haben die Vernichtung all dessen gesehen, was wir in 20 Jahren aufgebaut haben. Nun stehen wir vor der Höhle, aus der heraus die faschistischen Angreifer uns überfallen haben. Wir bleiben erst stehen, nachdem wir sie gesäubert haben.

Gnade gibt es nicht - für niemanden, wie es auch keine Gnade für uns gegeben hat. Es ist unnötig, von Soldaten der Roten Armee zu fordern, daß Gnade geübt wird. Sie lodern vor Haß und Rachsucht. Das Land der Faschisten muß zur Wüste werden. ...<<

Am 18. Februar 1943 hatte Reichspropagandaminister Goebbels vor ausgewählten NS-Parteigenossen den "totalen Krieg" verkündet und die "Berliner Sportpalastrede" mit folgenden Worten beendet (x033/343): >>... **Nun, Volk, steh auf, und Sturm brich los!**<<

Im Januar 1945 war es schließlich soweit, aber es war kein NS-Sturm, sondern Stalins "roter Orkan", der in den deutschen Ostprovinzen losbrach, um Tod und Entsetzen zu verbreiten.

Die sowjetische Winteroffensive vom 12.01.1945 kam für die Wehrmachtsführung nicht überraschend, denn dieser Großangriff wurde bereits seit Tagen erwartet. Der Nachrichtendienst "Fremde Heere Ost" hatte sogar ausnahmsweise den exakten sowjetischen Angriffstermin ermittelt.

Die deutschen Ostprovinzen und Westpolen wurden von 4 sowjetischen Heeresgruppen angegriffen. Nach sowjetischen Angaben betrug die Gesamtstärke der Roten Armee etwa 9,0 Millionen Soldaten (einschl. Reserven, Nachschub etc.). Die sowjetischen Kampftruppen besaßen über 12.000 Panzer, mehr als 106.300 Geschütze und Granatwerfer und 15.000 Kampfflugzeuge (x047/277).

Die deutsche Wehrmacht konnte damals nichts Gleichwertiges aufbieten. Während der monatelangen Rückzugsgefechte hatte man den größten Teil der schweren Waffen in den endlosen russischen Ebenen und Sümpfen zurücklassen müssen.

Obgleich die Rote Armee teilweise große Verluste hinnehmen mußte, stürmten die Panzer- und Infanterietruppen täglich 20-30 km nach Westen. In jeder Ortschaft östlich der Oder-Neiße-Linie hörte man irgendwann den Schreckensruf: **"DIE RUSSEN KOMMEN! DIE RUSSEN KOMMEN!"**

Am 23. Januar 1945 erreichten sowjetische Truppen schon die Ostsee und schnitten Ostpreußen vom Deutschen Reich ab. Andere Truppen der Roten Armee legten in 18 Tagen über 400 km zurück (vom Weichselbogen bis zur mittleren Oder) und besetzten innerhalb von 14 Tagen die Provinz Ostpommern. Im März/April 1945 ließ Hitler die letzten halbwegs kampffähigen Panzer- und Infanterietruppen zur Verteidigung der Reichshauptstadt Berlin und des Sudetenlandes abziehen und beschleunigte den Zusammenbruch der Ostfront in Danzig und Ostpommern. In Schlesien blieb die Frontlage relativ stabil, da den Sowjets im Gebirge kein entscheidender Durchbruch gelang.

Die Flucht vor der Roten Armee

Die geregelten, planmäßigen Evakuierungen, die nicht selten monatelang bis in alle Einzelheiten ausgearbeitet wurden, gingen letztendlich im totalen Chaos unter, weil niemand damit gerechnet hatte, daß die sowjetischen Truppen im Januar 1945 derart schnell durchbrechen wür-

den. In fast allen deutschen Siedlungsgebieten entwickelten sich panikartige, überstürzte Fluchtbewegungen, die zwangsläufig mit Katastrophen enden mußten.
Als die feindlichen Truppen immer näher kamen, floh die Zivilbevölkerung schließlich trotz Fluchtverbot und fehlender Räumungserlaubnis, denn überall fürchtete man die Rotarmisten, Milizen und feindlichen Partisanen. Die Massenflucht der Ostdeutschen begann oftmals erst 2-3 Tage vor dem sowjetischen Einmarsch. Vielerorts flüchtete die Bevölkerung auch nur wenige Stunden vor dem Eintreffen der Roten Armee.
Trotz eisiger Kälte, Hagel, Sturm oder Regen gingen die Fluchtbewegungen tage-, wochen- und manchmal sogar monatelang unentwegt weiter. Vor allem Säuglinge, Kleinkinder und ältere Menschen waren den unmenschlichen Strapazen nicht lange gewachsen. Fortwährend sah man unfaßbare Bilder des Elends und des Grauens.
An den Straßenrändern und in den Gräben lagen immer wieder Leichen, Tierkadaver, Fahrzeugtrümmer und Flüchtlingsgepäck jeglicher Art. Hunderttausende mußten z.B. lebensgefährliche Wanderungen über das brüchige Eis des Frischen Haffs überstehen oder steile, vereiste Gebirgspässe sowie zugefrorene Flüsse überqueren. Feindliche Tieffflieger- und Bombenangriffe, Panzerüberfälle, Artilleriebeschuß oder Untergänge von Schiffen verursachten täglich zahllose Fluchtkatastrophen.
Das Bundesarchiv Koblenz berichtete im Jahre 1974 über die Flucht vor den sowjetischen Truppen (x010/28-29): >>... Auf der Flucht befindliche Personen wurden Opfer sowjetischer Tieffliegerangriffe, sowjetischer Panzer- und nachfolgender Infanterieeinheiten, sowie in Gemeinden, wo Flüchtlingsgruppen vorübergehend Aufnahme gefunden hatten, sowjetischer Besatzungstruppen. Daneben ist an die Torpedierung der Flüchtlingstransporte in der Ostsee zu erinnern.
Es liegt auf der Hand, daß bei diesen Vorgängen Kriegshandlungen und Verbrechen im Sinne dieser Dokumentation nicht immer scharf voneinander getrennt werden können. Nach Aussage eines abgeschossenen sowjetischen Tiefffliegers bei seinem Verhör bestand ein Befehl, auf Kolonnen zu schießen, da dort Soldaten zu vermuten waren. Daß dies zutraf, wird durch mehrere Berichte bestätigt. Die Torpedierung von deutschen Flüchtlingsschiffen war zwar völkerrechtswidrig; jedoch standen diese Schiffe unter dem Geleit der deutschen Kriegsmarine.
Sowjetische Panzer, die den Befehl hatten, bis zu einem bestimmten Zeitpunkt bestimmte Ziele zu erreichen, haben auf den Straßen Flüchtlingstrecks überrollt, die ihnen nicht ausweichen konnten, indem sie durch die Wagenreihen rasten, wobei die Wagen in Gräben geschleudert wurden und es eine Anzahl von Toten und Verletzten gab.
Schwere Verluste hatten die Trecks ferner, wenn sie in Gefechte zwischen sowjetische und deutsche Truppen gerieten. Auch wurden Flüchtlingskolonnen von Panzern unter Beschuß genommen. Soweit dieses in der Dämmerung geschah, kann es allenfalls als Kriegshandlung gedeutet werden, da möglicherweise von den Panzern aus nicht zu erkennen war, ob es sich um militärische bzw. Volkssturmeinheiten (oder um Zivilisten) handelte.
Die uneingeschränkt als Übergriffe zu bezeichnenden Handlungen begannen damit, daß Schützen von Panzern absprangen und die Flüchtlinge ihrer Wertsachen beraubten. Durch die den Panzern folgenden Einheiten wurden die Trecks auf Waffen hin durchsucht. Hierbei wurden aber die Wagen ausgeplündert, vielfach wurden die Pferde ausgespannt. Wesentlicher Teile ihres Hab und Gutes beraubt, wurden dann die ausgeplünderten Flüchtlinge in ihre Heimat zurückgeschickt.
Wie aus Augenzeugenberichten allgemein zu entnehmen ist, wurden aber auch bei den Trecks befindliche Männer erschossen und Frauen vergewaltigt. In Schilderungen Geflüchteter über die Rückkehr in ihre Heimatorte wird berichtet, daß viele erschossene Männer wie aber auch Leichen von Frauen, die, wie deutlich an heruntergerissener Kleidung zu bemerken war, vergewaltigt worden waren, an den Straßen und in Gräben lagen.

Die Aussagen lassen vermuten, daß die auf den Straßen an den Flüchtlingen verübten Gewalttaten ein erhebliches Ausmaß und zwar insbesondere bei dem Vordringen der Roten Armee in Ostpreußen gehabt haben. In ebenfalls erheblicher Anzahl sind Flüchtlinge ferner in Gemeinden und auf Gütern, wo sie Zuflucht gesucht hatten, erschossen worden oder in Feldscheunen und Forsthäusern, die von sowjetischen Soldaten in Brand gesteckt wurden, verbrannt worden.<<

Sowjetische Kriegspropaganda

Vor und während der sowjetischen Winteroffensive im Januar 1945 forderten Stalins Propagandaexperten in Soldatenzeitungen, Rundfunksendungen und militärischen Flugblättern öffentlich zu Rache- und Vergeltungsmaßnahmen auf. An der Kampffront informierten Politkommissare und Agitatoren regelmäßig über angebliche Massaker der Wehrmacht, obwohl die sowjetische Führung wußte, daß diese Verbrechen (Massenerschießungen von jüdischen Zivilisten und sowjetischen Partisanen) von den berüchtigten SD- und SS-Einsatzgruppen verübt wurden.

Am 23.11.1943 schrieb Ehrenburg z.B. im "Notizblock des Propagandisten der Roten Armee" (x028/85): >>... Es genügt nicht, die Deutschen nach Westen zu treiben. Die Deutschen müssen ins Grab hineingejagt werden. ... Von allen "Fritzen" aber sind die toten die besten.<<

Nachdem man die letzten deutschen Truppen aus der UdSSR vertrieben hatte, war der "Große Vaterländische Krieg" eigentlich vorbei. Die sowjetische Kampfmoral wurde täglich schlechter. In dieser schwierigen Phase gelang es der sowjetischen Kriegspropaganda, die abgekämpften, kriegsmüden Rotarmisten in einen regelrechten Vergeltungsrausch zu versetzen.

Vor der sowjetischen Ostpreußen-Offensive verteilten Politkommissare und sowjetische Offiziere z.B. folgendes "Ehrenburg-Flugblatt" an die Soldaten der Roten Armee (x028/215): >>Tötet!

Es gibt nichts, was an den Deutschen unschuldig ist, die Lebenden nicht und die Ungeborenen nicht!

Folgt der Weisung des Genossen Stalin und zerstampft für immer das faschistische Tier in seiner Höhle.

Brecht mit Gewalt den Rassenhochmut der germanischen Frauen. Nehmt sie als rechtmäßige Beute!

Tötet, ihr tapferen Soldaten der siegreichen sowjetischen Armee!<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1954 über die sowjetische Propaganda (x001/61E-62E): >>... Durch Soldatenzeitungen, Flugblätter und Rundfunksendungen, z.B. des Schriftstellers Ilja Ehrenburg, sind die sowjetischen Truppen vor Beginn der Offensive gegen die deutschen Gebiete und noch in den Wochen der Eroberung mit brutaler Offenheit dazu aufgefordert worden, Rache und Vergeltung an den Deutschen zu üben.

Von deutschen Truppen erbeutete Briefe russischer Soldaten sowie sowjetische Zeitungen aus dieser Zeit bestätigen dies einwandfrei, und von exilrussischer Seite ist offen zugegeben worden, daß ein Teil der sowjetischen Offiziere und Soldaten und besonders die überzeugten Stalinisten unter ihnen durch diese Haßparolen Ilja Ehrenburgs und anderer sowjetischer Journalisten beeinflußt wurden und die Schändung deutscher Frauen als einen Akt der Rache an den Deutschen betrachteten.

Nur auf diese Weise läßt es sich erklären, daß es in vielen Fällen nicht bei der Vergewaltigung blieb, sondern daß die deutschen Frauen anschließend getötet und mitunter auf sadistische Weise entstellt wurden. ...<<

Das Bundesarchiv Koblenz berichtete im Jahre 1974 über die sowjetische Propaganda (x010/-24,26): >>In (den sowjetischen) Hetzartikeln und Flugblättern wurden die Schrecken, die die

Henker Hitlers verbreiteten, eingehend geschildert und ausgemalt, so daß der russische Soldat der Meinung war, die Deutschen seien nur ausgemachte Schurken, Gauner und Verbrecher und daß es in ganz Deutschland keinen einzigen Deutschen gibt, den man nicht als Feind betrachten müßte. ...
Die Propagierung des Hasses gegen die faschistischen Okkupanten aber wirkte sich dahingehend aus, daß Soldaten und Offiziere der Roten Armee, soweit sie unter dem Einfluß der Politorgane standen, bei der Besetzung der Reichsgebiete zunächst unterschiedslos in jedem Deutschen, ob Mann oder Frau, ob Greis oder Kind, einen Faschisten sehen mußten. ...<<
Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtete später über Ilja Ehrenburg und die sowjetische Propaganda (x046/149-151,218-222,237): >> Es waren die sowjetischen Journalisten und Literaten, die Künstler und auch Historiker, die aufgerufen wurden, auf ihre Weise einen Beitrag zum Siege der Sowjetunion zu leisten. All ihren Witz und all ihr Können hatten sie aufzuwenden, um in bewährter Schwarz-Weiß-Manier ein Feindbild zu entwerfen, zu dessen Ausmalung ein jedes und selbst das verwerflichste Mittel recht war, wenn es nur dem einen Ziel diente, die Sowjetunion und die Angehörigen der Roten Armee mit Haßgefühlen gegen alles Deutsche zu erfüllen.
Die "nichtsahnende, friedliche Sowjetunion", so die bis heute kolportierte und anscheinend unausrottbare Geschichtslegende, sei von den "Faschisten heimtückisch und wortbrüchig" überfallen worden. Folgt man der Legende, so stand die Sowjetführung unter dem Schock dieses unerwarteten Treubruches ihres bisherigen Vertragsfreundes, Komplizen und Partners. Ein Schock aber zieht gemeinhin Lähmung und nicht etwa zielbewußtes, klares Handeln nach sich. Die sowjetische Kriegspropaganda indessen konnte schon an diesem 22. Juni 1941 mit einem anscheinend vorher festgelegten Programm aufwarten und zu arbeiten beginnen.
Denn bereits an diesem ersten Kriegstag wurden die namhaften sowjetischen Schriftsteller unter dem Vorsitz des leitenden Funktionärs des Schriftstellerverbandes und Stalinfavoriten Fadeev zusammengerufen, um die erstaunlicherweise schon festgelegten Weisungen für eine radikale Kehrtwendung in der propagandistischen Behandlung Deutschlands entgegenzunehmen. In 'überraschender Eile', wie vermerkt wird, erhielten sie den Auftrag, nunmehr alle ihre Kräfte in den Dienst des jetzt entstehenden 'Heiligen Krieges' zu stellen, wie dies der Verfasser sowjetischer Massenlieder, Lebedev Kumac, in seiner wenige Tage später, am 24. Juni 1941 veröffentlichten gleichnamigen Hymne auch versprach.
Wohlgesteuert brach in der Tat eine Propagandalawine los, die alles bisher Dagewesene in den Schatten stellte, die den gesamten sowjetischen Machtbereich durchdrang und tiefe Spuren auch in nichtsowjetischen Ländern hinterließ. Und die Deutschen hatten wenig Ahnung davon, was sich hier gegen sie zusammenbraute.
Aus der Zahl der Sowjetschriftsteller, die nun teilnahmen an der gegen die Deutschen gerichteten gigantischen Kriegspropaganda und die meist als Zeitungskorrespondenten zu den Front und Armeestäben der Roten Armee abgingen, seien einige wenige besonders hervorgehoben. So zählte zu ihnen der bereits genannte, 1956 durch Selbstmord geendete Schriftstellerfunktionär Fadeev, ein ausgesprochener Parteiliterat, der seine Bekanntheit in der Sowjetunion dem 1927 entstandenen Partisanenroman "Razgrom" (Vernichtung) verdankte, eine Veröffentlichung, der 1945 der Roman "Molodaja gvardija" (Junge Garde) folgte, welcher den Kampf des 'sowjetischen Volkes' gegen die faschistischen Eroberer verherrlicht.
Ferner wäre hier zu nennen der spätere Nobelpreisträger Solochov, der in seinem weltbekannten Roman "Tichij Don" (Stiller Don), erschienen in vier Bänden zwischen 1928 und 1940, den Kampf zweier Welten schildert, einer guten und einer bösen, die bolschewistische dabei als die gute verstanden, und dessen Hauptbeitrag in der Propagandaschlacht des deutsch-sowjetischen Krieges neben unzähligen Artikeln in dem Parteiorgan PRAVDA und in dem Armeeorgan KRASNAJA ZVEZDA in einer 1942 entstandenen Erzählung unter dem vielsa-

genden Titel "Nauka nenavisti" (Schule des Hasses) besteht.
Ebenso vorzugsweise für KRASNAJA ZVEZDA schrieb Simonov, der sich dem Thema des Sowjetmenschen im Kriege zuwandte, Verfasser einer Anzahl von Büchern, aber auch von Artikeln, Filmtexten, Skizzen und dergleichen mehr. ...
Nicht zu vergessen ist ferner Professor Tarle, ein bekannter Historiker vorzugsweise der napoleonischen Zeit, Autor auch des zweibändigen Werkes "Krymskaja vojna" (Der Krimkrieg, 1941-1943), dessen publizistische und propagandistische Wirksamkeit während des Krieges ein Musterbeispiel ist für den Mißbrauch und die geistige Korrumpierung der historischen Wissenschaft für politische Zwecke unter dem Sowjetregime.
Auch Aleksej Tolstoj gehört in diesen Zusammenhang, väterlicherseits der gräflichen Familie, mütterlicherseits der Familie Turgenev entstammend, ein begabter, etwas verschwommener Schriftsteller, der voll im Dienst des Stalinismus stand. Als 1937 der Fieberwahn der 'Großen Säuberung' das ganze Land durchraste, war es Tolstoi, der im Ausland auf sogenannten 'antifaschistischen Kongressen' als Vertreter der Sowjetunion zum Zwecke der Beeinflussung der Intellektuellen des Westens auftrat.
Es war gewiß auf seinen Namen nicht minder wie auf seine Willfährigkeit zurückzuführen, daß er während des Krieges führend als Mitglied der "Außerordentlichen Staatlichen Kommission zur Untersuchung der Verbrechen der deutsch-faschistischen Eindringlinge und ihrer Verbündeten" in Erscheinung trat, einer Einrichtung der Kriegspropaganda …
Tolstoj erhielt für den unvollendet gebliebenen Roman "Petr Pervyj" (Peter I.) dann verdientermaßen auch den Stalinpreis. Seine Veröffentlichungen "Rasskazach Ivana Sudareva" (Erzählungen des Ivan Sudarev, 1942-1944), "Ivan Groznyj" (Ivan der Schreckliche) und "Trudnye gody" (Schwierige Jahre), vor allem aber seine zahlreichen emotionalen Propagandaartikel sollten nicht wenig zur Erweckung unguter Leidenschaften unter den sowjetischen Soldaten beitragen.
In erster Linie ... gilt es, sich an Ilja Grigorevic Ehrenburg zu erinnern, der in der Kriegspropaganda der Sowjetunion die beherrschende Rolle spielte. Ehrenburg ist nicht einfach abzutun mit dem Bemerken, es habe sich bei ihm eben um einen Menschen mit "schuldhafter krimineller Energie großen Ausmaßes" oder vielleicht nur um einen "Psychopathen", einen Menschen mit krankhaften Veranlagungen, gehandelt.
Denn eine kriminelle oder psychopathische Veranlagung braucht eine schriftstellerische und journalistische Begabung keinesfalls auszuschließen. Dies in Verbindung mit mangelnder Wahrheitsliebe und dem Fehlen aller moralischer Skrupel ließ ihn jedenfalls zu dem wichtigsten Werkzeug der gegen das Deutschtum gerichteten Haßpropaganda werden.
Die jahrelang von ihm mit großem Geschick betriebene politische Agitation und die opportunistische Raffinesse, mit der er nach dem Tode seines Meisters Stalin in dem Roman Tauwetter und in seinen Lebenserinnerungen ... ("Menschen, Jahre, das Leben") das Vergangene und seine eigene Handlungsweise umzubewerten und zu verschleiern und sich auf die neuen Verhältnisse einzustellen wußte, hat ihn auch in westlichen Ländern einen nicht zu unterschätzenden und bis in die Gegenwart hineinreichenden Kredit eingeräumt.
Die Bundesrepublik Deutschland macht hiervon keine Ausnahme. Und es ist einigermaßen erschütternd zu verfolgen, wie wenig der hier verbreitete Intellektualismus die Sowjetwelt verstanden hat oder vielleicht auch nur verstehen wollte, und mit welcher Leichtigkeit man sich gerade hier über die Gebote von Anstand und Moral hinwegsetzt. ...<<
>>... Der deutsch sowjetische Krieg wurde sowohl von Hitler als auch von Stalin vom ersten Tage an nicht als ein in den herkömmlichen Formen geführter 'europäischer Normalkrieg' zwischen zwei Armeen, sondern als ein Vernichtungskrieg zweier totalitärer Staaten verstanden, der nur mit dem Untergang eines der beiden enden konnte.
Die Rundfunkrede Stalins am 3. Juli 1941 wurde zwar noch als Kampf der Sowjetunion im

Bunde mit dem deutschen Volk gegen den 'Faschismus' eingeführt, doch ging die Sowjetpropaganda umgehend dazu über, nicht nur den 'Faschismus', den Nationalsozialismus, zu ihrem neuen Todfeind zu deklarieren. Kriminalisiert praktisch vom ersten Kriegstage an wurde ebenso der deutsche Staat als solcher, kriminalisiert wurde die deutsche Wehrmacht, wurden alle deutschen Soldaten, und kriminalisiert wurde schließlich die Gesamtheit des deutschen Volkes.

Ehrenburg vor allen anderen war es, der durch unausgesetztes Schüren des antideutschen Volks- und Rassenhasses die Soldaten der Roten Armee und die Werktätigen des sowjetischen Hinterlandes zu einem blindwütigen Kampf gegen alles Deutsche anzuspornen hatte.

Es stellt sich die Frage, welches Bild die von den sowjetischen Schriftstellern Ehrenburg, Tolstoj, Simonov, Zaslavskij, um nur einige zu nennen, von Historikern und Militärs wie Tarle, Bruevic, Velicka und unzähligen anderen gestaltete sowjetische Kriegspropaganda von Deutschland und den Deutschen entwarf.

Ehrenburg war der Wortführer, und er wollte in den Deutschen seit jeher nur 'Barbaren' erblicken, "die sich in die Häute wilder Tiere kleideten und ihrem Gott Wotan blutige Opfer darbrachten". Noch in den glanzvollen Zeiten des beginnenden Mittelalters, als doch die Kaiser der Ottonen und Staufer das Reich regierten, durchstreiften sie für ihn "die Wälder, gehüllt in die Häute wilder Tiere".

Sieht man einmal von der altbekannten historischen Tatsache ab, daß Rußland und Polen von dem Erbe einer gewaltigen Ostexpansion lebten, so war es gerade die deutsche Ostkolonisation des Mittelalters, die, so Ehrenburg, "ruhmvollen Traditionen der teutonischen Ritter", die sich in der Situation des gegenwärtigen Krieges in falscher Analogie propagandistisch gebührend anprangern ließ. ...

Einen Unterschied zwischen den verschiedenen deutschen Stämmen in Vergangenheit und Gegenwart erkannte Ehrenburg nicht an, die Deutschen waren für ihn immer "alle gleich". "Es ist etwas Schreckliches um die Deutschen selbst", schrieb er am 14. Januar 1942. "Die teutonischen Horden hatten Rom geplündert", und die deutschen Kaufleute hätten in der alten Hansestadt Nowgorod "versucht, die Russen zu betrügen". "List und Ränke sind deutscher Stil", so nach Ehrenburg angeblich der russische Volksmund.

Gegenstand des besonderen Hasses war ihm die geschichtliche Entwicklung Brandenburg-Preußens, ungeachtet der in der Vergangenheit zeitweise doch bestehenden engen dynastischen und politischen Verbindungen Preußens mit Rußland, auf die sich die Sowjetpropaganda immer nur zu gern berief, wenn es ihr gerade in das Konzept paßte. Brandenburg ist in dieser verzerrten Sicht ein 'Krebsgeschwür', eine 'Räuberhöhle', von der aus die Banden aufbrachen, um "die slawischen und litauischen Stämme in Pommern und Preußen" zu terrorisieren, deren Schutzherr jetzt, 1945, die Sowjetunion unter Stalin geworden sei, in Wahrheit der größte Sklavenhalterstaat der Weltgeschichte.

Für Ehrenburg lag die einzige Zweckbestimmung der königlichen Residenzstadt Berlin "im Abschlachten von Menschen", und Berlin, dieses "bösartige Geschwür", sei jetzt "für ganz Europa und die ganze zivilisierte Menschheit (zu der sich natürlich die Sowjetunion zählte) eine tödliche Gefahr" geworden. "Es ist ein Glück für die Welt", so fügte Ehrenburg hinzu, "daß Stalin dieses Geschwür nun mit Feuer und Schwert ausbrennt", "daß er die Welt rettet, indem er die Wiege in Stücke stampft, in der 250 Jahre zuvor das grauenhafte preußische Monster geboren wurde."

Als Beweis für die angebliche Monstrosität Preußens werden die "Piratenangriffe" gegen Dänemark 1864, das heißt die preußisch-österreichische Bundesexekution in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit, gegen Österreich 1866, das heißt der preußisch-österreichische Krieg um die Vormachtstellung in Deutschland, und gegen Frankreich 1870/1871 genannt, obwohl sich Preußen-Deutschland damals doch in dem Genuß einer wohlwollenden Neutrali-

tät Rußlands wissen konnte und selbst Marx und Engels von einem gerechten nationalen Verteidigungskrieg Deutschlands gegen die imperialistischen Ambitionen des napoleonischen Frankreich gesprochen hatten.
... In die Reihe der historischen Persönlichkeiten, die die "Raubpläne des deutschen Imperialismus" ausbrüteten, gehörte für ihn Friedrich der Große, der immerhin mit Kaiser Peter III. und zeitweise mit Kaiserin Katharina II. im Bunde gestanden hatte, gehörten die Feldherren der Befreiungskriege, wie etwa der von ihm genannte Scharnhorst, die doch Alliierte der in der Sowjetunion so hoch im Kurse stehenden kaiserlich russischen Generale jener Jahre gewesen waren, gehörten ferner Bismarck und Moltke, die in Rußland immer einen großen Namen hatten, sowie schließlich selbst Generaloberst von Seeckt, in dessen Ära als Chef der Heeresleitung die enge und freundschaftliche Zusammenarbeit der Reichswehr mit der Roten Armee fiel.
Über alle Zeitläufe hinweg habe der als solcher doch erst seit 1870/1871 bestehende 'deutsche Generalstab' unverrückbar an seinen imperialistischen Zielen festgehalten und das Instrument geschmiedet "für die Ausrottung von Millionen menschlicher Leben, für die vollständige Versklavung von Völkern, für die Aufrichtung der deutschen Weltherrschaft".
In welchem Gegensatz standen diese Äußerungen doch zu denen Lenins, der im Hinblick auf die Vorgeschichte des Ersten Weltkrieges einst folgendermaßen geurteilt hatte: "Drei große Räuber", nämlich Rußland, England und Frankreich, hätten sich jahrzehntelang darauf vorbereitet, "Deutschland zu überfallen und auszuplündern"!
Vor dem Hintergrund einer solchen Verzerrung der Geschichte Brandenburg-Preußens durch diesen bekannten sowjetischen Historiker, doch zugleich zielgerichtet schon im Hinblick auf die geplanten Annexionen, setzte im Frühjahr 1945 eine gesteuerte Haßkampagne gegen die alte preußische Krönungs-, Handels- und Universitätsstadt Königsberg ein, die als bloße Hauptstadt einer agrarischen Provinz doch völlig abseits von den Zentren politischer und militärischer Entscheidungen lag.
Am 8. Februar 1945 behauptete der Moskauer Rundfunk, Ostpreußen, "die Höhle des reaktionären Preußentums, Vorposten des viehischen deutschen Chauvinismus", sei ebensowenig deutsches Land wie "das gesamte sogenannte deutsche Land östlich der Elbe".
Die Rote Armee, so wurden die Eroberungsabsichten umschrieben, sei jetzt im Anmarsch, "um eine alte historische Ungerechtigkeit zu korrigieren". Daß die russisch-slawischen Stämme in den preußischen Provinzen nicht etwa 'vernichtet' worden waren, sie sich im Lauf der Jahrhunderte vielmehr längst mit den Deutschen zu einem einheitlichen Volkskörper verschmolzen hatten und die Sowjetunion im übrigen nicht die geringsten territorialen Ansprüche in Ostpreußen besaß, tat hierbei nichts zur Sache.
"Räuchert die Ratten von Königsberg aus", lautete am 15. Februar 1945, wie erwähnt, die Parole der Sowjetpropaganda, die sonst gewohnheitsmäßig einen ebenso anklagenden wie rührseligen Ton anschlägt, wenn es zu schildern gilt, wie barbarisch Deutsche und Finnen das verteidigte Leningrad belagert und bombardiert hätten.
Die ideologische Begründung in der Sowjetpresse lieferte ein beauftragter Funktionär, Gardeoberstleutnant Velicka. "Königsberg wurde zu einer Bedrohung für die ganze Welt", so ließ er sich am 22. März 1945 in einem Artikel "Wehe Dir Deutschland!" vernehmen: "Es ist ein Stützpunkt der deutschen Barbarei", "seit 150 Jahren", "Tag für Tag, Dekade für Dekade sind dort Pläne für Feldzüge, für Invasionen, für Rache ausgearbeitet worden. Deutschlands Plan, die Welt zu versklaven, ist in Königsberg entstanden." ...
Auf solche Art und Weise wurden die Soldaten der Roten Armee auf die bevorstehende Einnahme der Stadt Königsberg vorbereitet. Und die Folgen hiervon waren denn auch dementsprechend. Mord, Vergewaltigung, Raub, Verfolgung und völlige Rechtlosigkeit gaben der zerstörten Stadt nach dem Fall das Gepräge. Ganze Straßenzüge wurden mutwillig niederge-

brannt, bisweilen mitsamt den Bewohnern. Die sowjetische Besatzungsmacht ließ in den folgenden Monaten, wie ausgeführt, 90.000 der noch etwa 120.000 überlebenden Einwohner in buchstäblichem Sinne des Wortes verhungern.
Die antideutsche sowjetische Haßpropaganda wurde also seit 1945 zugleich auf das Ziel gerichtet, die Expansionspolitik der Sowjetunion in Deutschland zu propagieren und vorzubereiten. So läßt sich schon seit Februar 1945 eine wachsende Stellungnahme gegen angeblich nachgiebige Tendenzen der anglo-amerikanischen Besatzungspolitik und gegen die 'heuchlerischen Beschützer' der 'armen Deutschen' in westlichen Ländern konstatieren, die es doch nun wirklich so gut wie kaum gegeben haben dürfte.
Was Ehrenburg angeht, so galt dessen besondere Abneigung auch der katholischen Kirche, dem Papst und dem Heiligen Stuhl, den von ihm sogenannten "Begründern der Inquisition, den Protektoren der Jesuiten, verschlagenen Seelen, die den langen Weg von Torquemada zu Himmler zurückgelegt haben und von Loyola zum Duce", eine mehr ihn selbst als die historischen Tatsachen treffende Formulierung.
Wiederholte massive Angriffe lassen jedenfalls die sowjetische Besorgnis um eine Stabilisierung der Verhältnisse im nichtsowjetischen Besatzungsgebiet erkennen. So wurde offenbar befürchtet, der in die USA emigrierte und dort als Hochschullehrer recht angesehene frühere Zentrumspolitiker und Reichskanzler Dr. Brüning könnte mit Rückendeckung durch gewisse amerikanische und britische Kreise und unter Beihilfe der katholischen Kirche danach streben, "Hitlers Nachfolger" zu werden, um als solcher die "Rehabilitierung Deutschlands" voranzutreiben und den "deutschen Imperialismus", mit anderen Worten Deutschland als Industrieland, vor dem Untergang zu retten. ...<<
>>... Die hetzerischen Aufrufe Ehrenburgs wurden in der Sowjetunion millionenfach verbreitet und den Rotarmisten im Rahmen des politischen Unterrichtes, der eine zentrale Rolle bei der Kampfesvorbereitung spielte, wieder und wieder in Erinnerung gebracht. Doch blieb die Erzeugung von Haßgefühlen gegen das deutsche Volk und die deutschen Soldaten nicht auf Ehrenburg und die in der Propaganda eingesetzten sowjetischen Schriftsteller und Journalisten beschränkt.
Auch der militärische und politische Führungsapparat der Roten Armee nahm daran zielgerichtet Anteil, bildete der antideutsche Volks- und Rassenhaß doch einen wesentlichen Faktor im Rahmen der sowjetischen Kriegsanstrengungen. ...<<

Einmarsch der sowjetischen Truppen östlich der Oder-Neiße-Linie

Angesichts des extrem kalten Winters konnten sich viele mutlose Ost- und Volksdeutsche nicht zur Flucht entschließen. Unter den Zurückgebliebenen waren gewöhnlich keine höheren Parteigenossen des NS-Regimes. Oft blieben nur ältere, kranke oder transportunfähige Menschen in ihren Heimatorten zurück. Die älteren Deutschen glaubten irrtümlich, daß sie diese "vorübergehende Besetzung" überstehen würden. Viele hatten schon während des Ersten Weltkrieges und nach den Gebietsabtretungen des Versailler Friedensvertrages von 1919 die Machtübernahme der Russen und Polen überstanden.
Kommunisten, Parteilose und andere Gegner der NSDAP flüchteten ebenfalls nicht, weil sie überzeugt waren, daß deutsche Antifaschisten nichts zu befürchten hätten. Andere wähnten sich in Sicherheit, weil sie Mischehen mit Slawen führten oder über verwandtschaftliche Beziehungen verfügten.
Die sowjetischen Kampftruppen fahndeten zuerst nach deutschen Soldaten. Sie begnügten sich meistens damit, Uhren, Ringe und sonstigen Schmuck "im Vorübergehen" zu stehlen. Einige Rotarmisten verhielten sich unerwartet freundlich. Sie gaben den ängstlichen Ostdeutschen z.B. Wodka und Brot: "Russki, Kamerad - gutt!"

Nach diesen friedfertigen Begegnungen waren die eingeschüchterten Ostdeutschen unendlich erleichtert. Sie atmeten beruhigt auf und freuten sich.
Als die gefürchteten sowjetischen Nachschubeinheiten eintrafen, schlug jedoch vielerorts die Stunde der Wahrheit, denn nun zeigten die "Befreier" ihr wahres Gesicht. Die Plünderungstrupps (2-6 Rotarmisten, teilweise waren auch weibliche Soldaten darunter) schwärmten irgendwann in der Dunkelheit aus.
Verschlossene Türen und Fenster wurden kurzerhand mit Gewehrkolben eingeschlagen oder eingetreten. Die Überfallenen schrien anfangs noch fassungslos um Hilfe, aber sie merkten schnell, daß die sowjetischen Offiziere nicht einschritten.
Kaum war ein Raubzug beendet, erschien schon der nächste Plünderungstrupp. In dieser Form ging es pausenlos weiter. Im Verlauf der Raubüberfälle gingen die Plünderer mit brutaler Gewalt gegen die wehrlose Bevölkerung vor, die entsprechend apathisch und unterwürfig reagierte. Obwohl die zurückgebliebenen Zivilisten mehrheitlich nichts Gutes erwartet hatten, war niemand auf derartige Gewalttätigkeiten und Plünderungen vorbereitet.

Sexualverbrechen der Roten Armee

Nach den ersten Plünderungsaktionen fing das eigentliche Martyrium der ostdeutschen Frauen und Mädchen an. Für die Gehetzten gab es keine Rettung, denn die sowjetischen Such- und Fangtrupps spürten sie irgendwann auf. In jenen endlosen Nächten hörte man unentwegt gellende Hilfe- und Verzweiflungsschreie der verfolgten Frauen und Mädchen, die in Todesangst um ihr Leben liefen. Die Gewalttäter machten gewöhnlich keine Ausnahmen, denn Alter, Aussehen oder Gebrechlichkeit waren damals kein Hindernisgrund. Alle Hilfeschreie und Tränen, alles Betteln und Flehen waren umsonst.
Viele Frauen schwärzten ihre Gesichter, Haare und Kleidung mit Ruß und trugen nur noch zerrissene, dunkle Kleider. Halbwüchsige Mädchen wurden als Jungen verkleidet und mußten ihre langen Haare opfern. Manche Frauen täuschten ansteckende Krankheiten vor. Das russische Wort "chory" ("krank") bedeutete oftmals die Rettung, denn fast alle Rotarmisten fürchteten sich vor ansteckenden Krankheiten.
Jeder Tag und jede Nacht brachten neue grauenhafte Exzesse. Nicht nur "normale Gewalttäter", sondern auch gefährliche Geistesgestörte, abartige Sadisten und Triebtäter trieben damals ungestört ihr Unwesen. In jenen Tagen alterten junge, fröhliche Frauen und Mädchen um Jahre. Lebenslustige, strahlende Kindergesichter wurden über Nacht derartig alt und bleich, daß man sie kaum noch erkannte.
Zum Glück gab es auch anständige sowjetische Soldaten und Offiziere, die sich nicht an den Untaten beteiligten, sondern gegen Verbrechen einschritten und sich schützend vor bedrohte Frauen und Mädchen stellten. Leider waren es jedoch nur verhältnismäßig wenige Rotarmisten. Obwohl diese ehrenhaften Sowjets damals nur wenig ausrichten konnten, wirkte ihre Menschlichkeit unwahrscheinlich wohltuend. Zu ihnen gehörten z.B. Alexander Solschenizyn ("Ostpreußische Nächte"), Lew Kopelew ("Aufbewahren für alle Zeit") und Jurij Uspenskij ("Das Tagebuch").
Hauptmann Solschenizyn (1918-2008) wurde wegen seiner christlichen Nächstenliebe und scharfen Kritik gegen die sowjetischen Gewalttaten später verhaftet und jahrelang in den gefürchteten sowjetischen Straflagern interniert.
Sexualverbrechen waren schon immer Bestandteile der Kriege, um besiegte Feinde zu demütigen und einzuschüchtern (Kriegsbeute bzw. Trophäe des Siegers).
Im Verlauf des deutsch-sowjetischen Ostkrieges begingen auch die deutschen SD- und SS-Sondereinheiten, die den Wehrmachts- und Waffen-SS-Einheiten folgten, zahllose Sexualverbrechen, die nicht verfolgt wurden und zunächst straffrei blieben. Notzuchtverbrecher der Waffen-SS wurden ebenfalls nur in Ausnahmefällen bestraft, denn gemäß SS-Gerichtsbar-

keitserlaß bestand grundsätzlich kein Verfolgungszwang.
Die Sexualdelikte der Wehrmachtsangehörigen wurden jedoch in der Regel konsequent geahndet, weil die Wehrmachtsjustiz Hitlers "Barbarossa-Erlaß" entschieden ablehnte. In den osteuropäischen Besatzungsgebieten waren außerdem geheime Prostitution und ähnliche Beziehungen sehr ausgeprägt, denn die Wehrmachtssoldaten zählten in Osteuropa zu den "Reichen" (wie z.B. auch die westlichen Alliierten in Westeuropa), denn sie besaßen meistens genügend Lebensmittel, während viele russische Frauen und Mädchen hungerten.
Die ständige Zunahme der geheimen Prostitution bereitete der deutschen Wehrmachtsführung nachweislich viel größere Probleme und Sorgen als Notzuchtverbrechen der Wehrmachtssoldaten.
Im Jahre 1907 wurden Vergewaltigungen zwar offiziell als Kriegsverbrechen geächtet (Haager Konvention), aber diese "barbarische Tradition" wurde im 20. Jahrhundert trotzdem fortgesetzt, obgleich Sexualverbrechen an Angehörigen des Feindes gleichermaßen demütigend, verletzend und unentschuldbar waren.
Es handelte sich nach dem Haager Abkommen vom 18.10.1907 ("Gesetze und Gebräuche des Landkrieges"; Art. 23 Abs. 1 b und Art. 46) bei diesen sowjetischen Ausschreitungen eindeutig um Kriegsverbrechen (x086/245): >>Die meuchlerische Tötung oder Verwundung von Angehörigen des feindlichen Volkes oder Heeres ist verboten ...<<
>>... Auf besetztem feindlichen Gebiet (sind) ... die Ehre und die Rechte der Familie, das Leben der Bürger und das Privateigentum sowie die religiösen Überzeugungen zu achten.<<
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1954 über die Vergewaltigungsverbrechen (x001/60E-63E): >>**Die Vergewaltigungen von Frauen**
Unter den Ausschreitungen der einziehenden russischen Truppen hatten ganz besonders die Frauen zu leiden. Bei den zahlreichen Erlebnisberichten, die vom Einzug der Roten Armee handeln, gibt es kaum einen, der nicht von Vergewaltigungen deutscher Frauen und Mädchen zu berichten weiß, in vielen wird sogar in aller Offenheit von selbsterlittenen Vergewaltigungen erzählt.
Es kann auch bei kritischster Prüfung dieser Berichte kein Zweifel sein, daß es sich bei den Vergewaltigungen deutscher Frauen und Mädchen durch sowjetische Soldaten und Offiziere um ein Massenvergehen im wahren Sinne des Wortes handelt, keineswegs um bloße Einzelfälle.
Darauf deutet schon hin, daß förmliche Razzien auf Frauen unternommen wurden, daß ferner manche Frauen in vielfacher Folge nacheinander mißbraucht wurden und daß die Vergewaltigungen oft in aller Öffentlichkeit vor sich gingen. In gleicher Weise befremdend und Entsetzen erregend wirkte es auf die deutsche Bevölkerung, daß von den Vergewaltigungen auch Kinder und Greisinnen nicht verschont wurden.
Abgesehen von den physischen und psychischen Schädigungen, die die Vergewaltigungen für die ungeheure Zahl der betroffenen deutschen Frauen bedeuteten, haben besonders die Brutalität und Schamlosigkeit, mit der sich diese Vorgänge oft vollzogen, zur Verbreitung von Angst und Schrecken unter der deutschen Bevölkerung beigetragen.
Es läßt sich erkennen, daß hinter den Vergewaltigungen eine Verhaltensweise und Mentalität stand, die für europäische Begriffe fremd und abstoßend wirkt, und man wird sie teilweise auf jene, besonders in den asiatischen Gebieten Rußlands noch nachwirkenden Traditionen und Vorstellungen zurückführen müssen, nach denen die Frauen im gleichen Maße eine dem Sieger zustehende Beute sind, wie Schmuckstücke, Wertgegenstände und die Sachgüter in Wohnungen und Magazinen.
Ohne eine solche unter den sowjetischen Truppen verbreitete Grundhaltung wären die Formen und die massenhaften Fälle von Vergewaltigungen nicht denkbar. Die Tatsache, daß sowjetische Soldaten asiatischer Herkunft sich dabei durch besondere Maßlosigkeit und Wildheit

hervortaten, bestätigt, daß gewisse Züge asiatischer Mentalität wesentlich zu jenen Ausschreitungen beigetragen haben. ...
Manches davon mag auf das Konto einer durch den Krieg verursachten Zügellosigkeit gehen, im ganzen lassen sich die Vorgänge jedoch damit nicht erklären und entschuldigen. Es steht auch fest, daß zumindest in den ersten Wochen der Besetzung der deutschen Gebiete die sowjetische Armeeführung und die Truppenführer gegen die massenhaften Vergewaltigungen deutscher Frauen nicht eingeschritten sind, sie also durchaus duldeten, wenn nicht förderten.
Es soll im Interesse objektiver Berichterstattung nicht verschwiegen werden, daß es erfreulicherweise auch unter den russischen Soldaten und Offizieren eine beträchtliche Anzahl gegeben hat, die sich nicht an den Ausschreitungen beteiligten, ja den Frauen und Mädchen sogar ihren Schutz anboten oder durch energisches persönliches Eingreifen manche Vergehen verhinderten. Sie haben damit verdient, besonders hervorgehoben zu werden. Trotz solcher rühmenswerten Ausnahmen bleibt die Tatsache bestehen, daß die Vergewaltigungen zu den furchtbarsten Vorgängen innerhalb des Gesamtprozesses der Vertreibung gehören.
Sie hatten zur Folge, daß zahllose deutsche Frauen durch Geschlechtskrankheiten und sonstige körperliche Schädigungen für ihr ganzes Leben ruiniert wurden, und vor allem, daß seelische Depressionen und Verzweiflung, daneben ein dumpfer Fatalismus sich unter ihnen ausbreitete. Viele zogen den von eigener Hand gegebenen Tod der immer wiederholten Schande vor. Viele leiden noch heute unter den psychischen Nachwirkungen des Schreckens und der Entehrung.<<
Das Bundesarchiv Koblenz berichtete im Jahre 1974 über die Vergewaltigungsverbrechen (x010/32-33): >>Es handelt sich bei den Vergewaltigungen von Frauen und Mädchen durch sowjetische Soldaten und Offiziere nicht etwa um Einzelfälle, sondern um ein Massenvergehen.
Sie sind als eine der grauenhaftesten völkerrechtswidrigen Gewalttaten zu verzeichnen.
Sie haben in massenhaftem Ausmaß bei und nach der Besetzung der östlichen Reichsgebiete stattgefunden, auch in Kreisen, die erst nach der Kapitulation der Wehrmacht besetzt wurden. Fast allerorts sind sie durch Soldaten und Offiziere der sowjetischen Nachschubeinheiten verübt worden, vielfach bereits bei deren Begegnung mit Trecks auf den Landstraßen. Sie vollzogen sich oft in brutalster und schamlosester Weise, insbesondere wenn die Täter unter Alkoholeinfluß standen. Nicht verschont blieben Schwangere, Minderjährige, Insassinnen von Altersheimen, Schwestern in Krankenhäusern und in Klöstern.
Viele Frauen mußten in vielfacher Folge nacheinander Vergewaltigungen erdulden, selbst bis zur Todesfolge. Auch wurden Frauen nach den Vergewaltigungen getötet und ihre Leichen in sadistischer Weise geschändet. Viele Frauen sind durch Geschlechtskrankheiten infiziert worden. In erheblicher Zahl haben die Frauen Selbstmord verübt, um den wiederholten Vergewaltigungen zu entgehen.
Seitens der sowjetischen Kommandanturen ist zumindest in der ersten Zeit der Besetzung gegen die Vergewaltigungen nicht eingeschritten worden. Aber auch später hatten dort erhobene Klagen der Bevölkerung nur wenig Erfolg. Nur durch das persönliche Eingreifen einzelner sowjetischer Soldaten und Offiziere konnten in Einzelfällen Vergewaltigungen verhindert werden.
Das Ausmaß, das die Vergewaltigungen insbesondere in der ersten Zeit der Besetzung annahmen, dürfte vor allem auf die Handlungsfreiheit zurückzuführen sein, die den sowjetischen Truppen gewisse Zeit gewährt worden war. Hinsichtlich der Art und Weise, in der die Vergewaltigungen vor sich gingen, dürften Auswirkungen der Tätigkeit der Politorgane, die bei den Truppen maßlosen Haß gegen den Feind geschürt hatten, unverkennbar sein.
Im Berichtsmaterial wird mehrfach erwähnt, daß sich sowjetische Soldaten und Offiziere auf einen diesbezüglichen Stalinbefehl beriefen. ...<<

Dr. Gerhard Reichling (langjähriger Mitarbeiter des Statistischen Bundesamtes, der nach seiner Pensionierung Leiter der wissenschaftlichen Arbeitsstelle der "Deutschen Sektion der Forschungsgesellschaft für das Weltflüchtlingsproblem" wurde) ermittelte zum Themenkomplex "Vergewaltigungsverbrechen" folgende Zahlen (x037/58-60):
Während der Flucht, "Befreiung" und Vertreibung wurden in den ostmitteleuropäischen Vertreibungsgebieten (ohne reichsdeutsche Bombenevakuierte und Dienstverpflichtete) etwa 1.400.000 deutsche Frauen und Mädchen durch Soldaten der Roten Armee vergewaltigt. Etwa 180.000 Opfer kamen um.
In der späteren sowjetischen Besatzungszone (SBZ, ohne Berliner sowie ohne ostdeutsche Flüchtlinge und Vertriebene) wurden im Verlauf der "Befreiung" etwa 500.000 mitteldeutsche Frauen und Mädchen vergewaltigt (7,5 % der weiblichen Bevölkerung). Etwa 50.000 Opfer kamen um.
In Groß-Berlin (ohne ostdeutsche Flüchtlinge und Vertriebene) wurden etwa 100.000 Frauen und Mädchen vergewaltigt (6,7 % der weiblichen Bevölkerung). Etwa 10.000 Opfer kamen um.
Den Sexualverbrechen fielen insgesamt mindestens 2.000.000 Frauen und Mädchen zum Opfer (davon kamen etwa 240.000 Opfer um). Diese Gewalttaten verursachten etwa 292.000 Schwangerschaften. Wie viele Kinder abgetrieben wurden oder nach der Geburt starben, konnte nie ermittelt werden.
Der nordamerikanische Historiker Norman Naimark schrieb später in seinem Buch "Flammender Haß. Ethnische Säuberungen im 20. Jahrhundert" (x308/243): >>... Ethnische Säuberungen richten sich stets gegen Frauen. Während im Krieg Männer gegen Männer kämpfen, greifen Männer bei ethnischen Säuberungen meist Frauen an. Die Ideologie des integralen Nationalismus versteht Frauen als Trägerinnen der nächsten Generation des Volkes, und zwar im wörtlichen Sinne. Sie sind nicht nur der biologische Kern der Nation, sondern haben oft auch die Aufgabe, die kulturellen und geistigen Werte des Volkes an ihre Kinder weiterzugeben. Aus diesem Grund werden sie häufig zum Ziel ethnischer Säuberungen. ...<<

Tötung von deutschen Zivilisten und Selbstmorde
Die deutsche Zivilbevölkerung kämpfte nach der "Befreiung" fast ständig um ihr Leben. Zahlreiche Zivilisten fielen den willkürlichen sowjetischen Entnazifizierungsmaßnahmen zum Opfer, weil man bei ihnen Feuerwehr-, Schützen- oder Vereinsuniformen entdeckte.
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1954 über die Tötung von deutschen Zivilisten (x001/63E-65E): >>**Die Tötung ostdeutscher Zivilpersonen**
Neben den zügellosen Ausschreitungen gegenüber Frauen und Mädchen kam es in den Tagen unmittelbar nach dem Einzug der Roten Armee in den Städten und Dörfern Ostdeutschlands zu zahlreichen "Liquidierungen" von Zivilpersonen und auch zu bloßem Mord. Es handelte sich dabei in der Regel um ein Vorgehen, dem keine auch nur formale gerichtliche Entscheidung vorherging, sondern um bloße Exekutionen auf Grund irgendwelcher Verdachtsmomente oder Beschuldigungen und oft genug auch um rein willkürliche Handlungen einzelner Sowjetsoldaten.
Trotz großer Verschiedenheit der Vorfälle im einzelnen läßt das Vorgehen der sowjetischen Truppen gewisse Grundzüge erkennen, die auf allgemeine Motive schließen lassen. So wurden von den Erschießungen durch einrückende sowjetische Truppen zunächst vor allem Personen betroffen, die exponierte Parteistellen innehatten oder bestimmten nationalsozialistischen Organisationen angehörten. In gleicher Weise wie die Ortsgruppenleiter und Ortsbauernführer, die SA- und SS-Männer wurden häufig aber auch Bürgermeister und höhere Angestellte der Zivilverwaltung sowie Polizeiangehörige behandelt, von denen die Sowjets offen-

bar annahmen, daß sie allesamt führende NS-Funktionäre waren.
Im Unterschied zu der Behandlung von Parteimitgliedern, wie sie sich in der späteren Zeit der russischen Militäradministration und der polnischen Verwaltung entwickelte, sind diejenigen Personen, die direkt von den einziehenden russischen Truppen - zu Recht oder Unrecht - als exponierte NS-Leute identifiziert wurden, zu einem großen Teil kurzerhand ohne weiteres Verfahren erschossen worden. Fast überall in den Dörfern und Städten Ostdeutschlands sind auf diese Weise hier einige, dort mehrere Menschen getötet worden, die offenbar durch die den sowjetischen Truppeneinheiten beigegebenen politischen Kommissare aufgespürt worden waren.
Es steht fest, daß bei diesen Exekutionen viele an verbrecherischen Maßnahmen des NS-Regimes völlig Unbeteiligte ums Leben gekommen sind. Dies rührt zum Teil daher, daß die russischen Kommissare eine oft sehr unzutreffende Vorstellung von den Kompetenzen und der Verantwortlichkeit der einzelnen NS-Funktionäre und NS-Organisationen hatten.
Wie weit die Unkenntnis oder aber der Mutwille auf russischer Seite in dieser Beziehung ging, wird daran deutlich, daß es wiederholt vorkam, daß fälschlicherweise Eisenbahnbeamte, Feuerwehrleute und andere Uniformträger des öffentlichen Dienstes als Angehörige nationalsozialistischer oder militärischer Organisationen betrachtet und ohne Befragung erschossen wurden. Nicht anders wurde gegen diejenigen verfahren, in deren Wohnungen Waffen oder Uniformstücke gefunden worden waren. In vielen solchen Fällen genügten der bloße äußere Anschein und der geringste Verdacht, um Menschen hinzurichten.
Eine wichtige Rolle spielte in dieser Hinsicht vor allem der Verdacht, die von den sowjetischen Truppen in ihren Heimatorten angetroffenen Deutschen seien als Partisanen mit geheimem Auftrag zurückgelassen worden. Zweifellos leitete sich dieser Verdacht von den offiziellen deutschen Ankündigungen über die Schaffung des "Werwolfs" wie von der wohlorganisierten Partisanentätigkeit her, mit der die Sowjets in Rußland die deutschen Truppen bekämpft hatten.
Nichtsdestoweniger war er bei der allgemeinen Verängstigung und Einschüchterung der zurückgebliebenen deutschen Bevölkerung unhaltbar. Es geschah besonders in den ersten Wochen des sowjetischen Vordringens nach Ostdeutschland überaus häufig, daß vor allem Männer auf Grund irgendeines den argwöhnischen Sowjetsoldaten verdächtig erscheinenden Verhaltens kurzerhand erschossen wurden.
Auch andere Motive wirkten bei den Erschießungen von Deutschen in den Tagen des Einzuges der sowjetischen Armeen mit. Besonders der aus den Traditionen der russischen Revolution stammende Haß gegen die "Kapitalisten" fand vielfältig Entladung. Da nicht nur Großgrundbesitzer und Unternehmer, sondern auch kleine Leute, soweit sie nur ein eigenes Haus besaßen, in den Augen der sowjetischen Soldaten "Kapitalisten" waren, sind von diesen Haßgefühlen nahezu unterschiedslos sowohl Gutsbesitzer und Geschäftseigentümer als auch Beamte, Angestellte und selbst Arbeiter betroffen worden.
Die in Ostdeutschland besonders zahlreichen Gutsbesitzer wurden in den Augen der Russen in besonderer Weise in schlechtes Licht gesetzt durch den Umstand, daß bei ihnen während des Krieges zahlreiche russische Kriegsgefangene und Zivilarbeiter beschäftigt gewesen waren. Die Aussagen dieser russischen oder auch polnischen Zivilarbeiter oder Kriegsgefangenen waren deshalb für das Schicksal der Gutsbesitzer und ihrer Familien im positiven wie im negativen Sinne vielfach entscheidend. Die geringste Beschuldigung wegen schlechter Behandlung kostete manchem Landwirt das Leben, wie andererseits auch positive Zeugnisse oft Wunder wirkten.
Daneben zeigen sehr viele andere Beispiele von Erschießungen, daß die Tötung von Deutschen in hohem Maße dem seltsam naiven und zu plötzlichen und willkürlichen Handlungen fähigen Temperament der Russen zugeschrieben werden muß, dessen Unberechenbarkeit sich

in den Tagen der Eroberung dadurch noch unheilvoller auswirkte, daß große Teile der sowjetischen Truppen fast ständig unter Alkoholeinfluß standen. Die zahllosen Trinkgelage endeten fast regelmäßig nicht nur mit Vergewaltigungen von Frauen, sondern auch mit Schießereien, denen nicht wenige völlig unschuldige Deutsche zum Opfer fielen.
Doch auch wenn sie sich in nüchternem Zustand befanden, war es für viele russische Soldaten charakteristisch, daß sie in einer spielerischkindlichen Weise mit ihren Schußwaffen umgingen und jederzeit zum Schießen und Erschießen bereit waren, was vielen ahnungslosen Deutschen das Leben kostete.
Häufig kam es vor, daß Männer, die der Vergewaltigung ihrer Ehefrauen und Eltern, die der Schändung ihrer Töchter Widerstand leisten wollten, brutal niedergeschossen wurden, ebenso wie Frauen, die sich nicht mißbrauchen lassen wollten, oder Alte und Schwache, die nicht erfüllen konnten, was von ihnen verlangt wurde. In einzelnen Fällen waren auch völlig belanglose Dinge, nicht selten sprachliche Mißverständnisse, die Ursache, daß von der Schußwaffe Gebrauch gemacht wurde.
Es muß als charakteristischer Zug dieser Vorgänge festgehalten werden, daß hinter ihnen - im Gegensatz zu den späteren polnischen Ausschreitungen - viel weniger nationalistisch bestimmter Deutschenhaß stand, sondern teils sozialrevolutionäre, kommunistische oder antifaschistische Gefühle, teils einfach selbstherrliche naive Willkür des einzelnen russischen Soldaten oder Offiziers.
Noch ist es zur Zeit nicht möglich, eine Schlußbilanz der Zahl der Opfer zu ziehen, die in den ostdeutschen Gebieten während des Einzuges der Roten Armee umgekommen sind. Systematische Umfragen und Ermittlungen, deren Ergebnisse für eine große Zahl von ostpreußischen und ostpommerschen Landgemeinden vorliegen, lassen jedoch bereits Schlüsse auf die vermutliche Gesamthöhe dieser Verluste zu.
Aus ihnen geht übereinstimmend hervor, daß von der zurückgebliebenen deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße durchschnittlich 2-3 Prozent in den ersten Wochen nach der russischen Besetzung erschossen oder auf andere Weise umgebracht wurden, was bedeuten würde, daß insgesamt rund 75.000 bis 100.000 Menschen aus Ostdeutschland allein durch Gewaltmaßnahmen dieser Art ums Leben gekommen sind.<<
Das Bundesarchiv Koblenz berichtete im Jahre 1974 über die Tötung von deutschen Zivilisten (x010/29-32): >>... Sowjetische Panzer, die in den Gemeinden erschienen, haben diese, wie allgemein berichtet wird, schnell wieder verlassen. Ihnen folgende Formationen besetzten unmittelbar darauf Städte und größere Landgemeinden, wo Kommandanturen gebildet wurden; von dort aus wurden in den nächsten Tagen Kommandos in die kleinen Landgemeinden entsandt.
Soldaten und auch Offiziere drangen in die Häuser ein. Soweit sie deren Bewohner noch vorfanden, verlangten sie zunächst Uhren und andere Wertgegenstände, stürzten sich hemmungslos auf Frauen, um sie zu vergewaltigen, wobei weder Kinder noch Greise verschont wurden. Sie schossen sie nieder, sofern sie sich wehrten, ebenso Ehemänner und Väter, die sie zu schützen versuchten.
In dieser Weise vollzogen sich nach den Aussagen im Berichtsmaterial in den ersten Tagen nach der sowjetischen Besetzung die Mehrzahl der Erschießungen oder Tötungen auf andere Weise durch Dolchstiche und Erschlagen ...
Es wurden nicht, wie es in der einleitenden Darstellung zur "Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa" heißt, "von den Erschießungen durch einrückende sowjetische Truppen zunächst vor allem Personen betroffen, die exponierte Parteistellen innehatten oder bestimmten nationalsozialistischen Organisationen angehörten" und die offenbar durch die den sowjetischen Truppeneinheiten beigegebenen politischen Kommissare aufge-

spürt worden waren. Befanden sich doch unter den in den Gemeinden Zurückgebliebenen nur noch selten Personen, die exponierte Stellungen bekleidet hatten.
In der Mehrzahl waren es Menschen: - die nicht mehr hatten fliehen können, ... Personen, die nicht fliehen wollten, ... körperlich Behinderte und alte Menschen, die die Strapazen der Flucht befürchteten; in Landgemeinden blieben aber auch Bauern zurück, die sich von dem ererbten Hof nicht trennen wollten.
... So weisen z.B. die Seelenlisten von 10 Landgemeinden der ostpreußischen Kreise Neidenburg, Osterode, Ortelsburg, Braunsberg ... von 176 getöteten Bewohnern - es handelt sich um 108 Männer, 63 Frauen, 5 Kinder - 47 über 70 Jahre alte Personen aus, darunter meist Rentner bzw. Rentnerehepaare. ...
Abgesehen von wiederholten Hinweisen, daß die Tötungen im Zusammenhang mit dem Vorgehen sowjetischer Soldaten gegenüber den Frauen standen, ... wird berichtet, daß Unternehmer oder Gutsbesitzer erschossen wurden, die gefangene Russen beschäftigt hatten, oder Familien, weil ein Soldat im Haus oder auf dem Hof entdeckt wurde oder eine Waffe, sei es ein Jagdgewehr oder Revolver, oder weil eine Uniform, ein alter Orden oder in einem Buch ein Führerbild entdeckt wurde.
Aus dem Kreis Marienburg/Westpreußen wird berichtet, daß bei Waffenfunden die betreffenden Häuser in Brand gesteckt wurden; Soldaten umstellten sie, um zu verhindern, daß sie von den Bewohnern verlassen wurden. Ebenfalls aber fielen Personen in derselben Weise Verbrennungen zum Opfer, die sich in einzeln gelegenen, von sowjetischen Soldaten angezündeten Gehöften, Forsthäusern oder Feldscheunen versteckt hielten. Wie wiederholt den Berichten zu entnehmen ist, gingen die Täter besonders brutal gegen ihre Opfer vor, wenn sie unter Alkoholeinfluß standen. ...
Einzelne Erschießungen und Erschlagungen beim Eindringen von Angehörigen sowjetischer Truppen fanden auch noch in den der ersten Besatzungszeit folgenden Wochen statt, wogegen jedoch seitens der Kommandanturen nach und nach eingeschritten wurde. Die örtlichen Militärkommandanten suchten dann auch, schon zur Erhaltung der Disziplin bei den eigenen Truppen die deutsche Bevölkerung vor polnischen Übergriffen zu schützen ...
Opfer von Tötungen wurden ferner Personen auf Verschleppungsmärschen in die Sammellager. Sie wurden erschossen oder erschlagen, wenn sie erschöpft niedersanken ...<<

Systematische Plünderungen und Zerstörungsaktionen

Nach den Plünderungen und Zerstörungsaktionen konnte man einige Ortschaften fast nicht mehr erkennen. Wohin man auch blickte, überall sah man abgebrannte Ruinen oder Häuser mit zerschlagenen Fenstern und Türen.
In den Häusern und Wohnungen herrschten oftmals entsetzliche Zustände. Die Plünderer hatten alle Fenster und Türen zerschlagen oder eingetreten. Sämtliche Räume, vom Keller bis zum Dachboden, waren durchgewühlt und mutwillig verwüstet. In den Wohnungen lagen zersplitterte Porzellangefäße, Bilder, Lampen und Spiegel. Einige Räume waren z.T. kniehoch mit vernichteten Gegenständen angefüllt. Aufgeschlitzte Federbetten, Kleidungsstücke, Wäsche, zerbrochener Hausrat, Glas- und Porzellanscherben, verdorbene Lebensmittel aller Art und demolierte Möbel bedeckten die Fußböden.
Vielerorts lagen Einrichtungsgegenstände und Möbel vor den Häusern, weil man sie während der Plünderungen kurzerhand aus den Fenstern auf die Straße geworfen hatte. Wertvolle Bilder, Klaviere, Ledermöbel, Teppiche, Standuhren und andere kostbare Vermögenswerte standen trotz Schnee, Regen oder Sturm ungeschützt an den Straßenrändern. Auf den Straßen flatterten verschmutzte Bilder, zerrissene Bücher und wertvolle Briefmarkensammlungen umher.
In den Ställen und Scheunen der Bauern sah es ebenfalls trostlos aus. Viele Viehställe und Scheunen waren vollständig leer, denn die sowjetischen Reparationskommandos hatten be-

reits alle landwirtschaftlichen Maschinen und Geräte, den Viehbestand, Getreide- und Futtervorräte sowie Saatbestände in die UdSSR transportiert. Da mehrere Millionen Rotarmisten verpflegt werden mußten, wurde der Großviehbestand (Rinder, Schweine, Schafe und Ziegen) schnell drastisch reduziert.
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1954 über die sowjetischen Plünderungen und Zerstörungen in den ostdeutschen Provinzen (x001/-66E): >>**Plünderungen und Brandstiftungen**
Neben den Vergewaltigungen der Frauen und den Erschießungen, von denen vor allem die Männer bedroht waren, gab es auch Übergriffe, denen keiner der zurückgebliebenen Deutschen entrann und die, mochten sie auch im einzelnen als nicht so tragisch empfunden worden sein, doch auf Grund ihrer allgemeinen Verbreitung die deutsche Bevölkerung stark in Mitleidenschaft zogen.
An erster Stelle stehen hier die unaufhörlichen Plünderungen und Beraubungen, die beim Einmarsch der Roten Armee begannen und noch lange unter der russischen Besatzung andauerten, so daß die zurückgebliebene ostdeutsche Zivilbevölkerung durch fortgesetzte Beraubungen ihrer persönlichen Habe weitgehend verarmte.
Das furchtbare Ausmaß, das die Plünderungen in den ersten Tagen und Wochen nach der Eroberung der ostdeutschen Städte und Dörfer angenommen haben, die systematische Gründlichkeit, mit der sie geschahen, läßt auf planmäßiges Vorgehen schließen. Zweifellos hatten die sowjetischen Truppen lange Zeit uneingeschränkte Plünderungsfreiheit. Nicht nur, daß die sowjetische militärische Führung ihre Soldaten gewähren ließ, sie ermunterte sie noch in ganz offensichtlicher Weise, sich an deutschem Eigentum zu bereichern, oder leistete durch gelenkte Maßnahmen Plünderungsaktionen Vorschub. ...<<

Die Zwangsverschleppung der Volks- und Ostdeutschen
Im Dezember 1944 bzw. im Januar/Februar 1945 begannen in Jugoslawien, Rumänien, Ungarn, Polen und in den deutschen Ostprovinzen planmäßige Verschleppungsaktionen. Im allgemeinen verschleppte man Personen im Alter von 15-60 Jahren. Denunzierte NS-Parteimitglieder, Facharbeiter, kräftige oder gutgenährte Personen kamen zuerst an die Reihe. Falls nicht genügend arbeitsfähige Zivilisten "angeworben" werden konnten, wurden auch ältere oder jüngere Arbeitskräfte deportiert.
Im Verlauf der tagelangen Märsche in die sowjetischen Auffang- oder Sammellager mußten die Deportierten z.T. Entfernungen von 100-150 km zurücklegen. Falls die Verschleppten nicht genügend Proviant mitgenommen hatten, mußten sie notgedrungen jämmerlich hungern. Wer das Marschtempo nicht durchhalten konnte und zurückblieb, war meistens rettungslos verloren. In größeren Orten füllte man die gelichteten Kolonnen gewöhnlich wieder auf. Nicht wenige ahnungslose Ostdeutsche, die man kurzerhand auf offener Straße gewaltsam in die Marschkolonnen eingereiht hatte, marschierten plötzlich ohne Verpflegung und angemessene Winterkleidung nach Osten.
Nach den qualvollen Elendsmärschen kamen die Verschleppten völlig erschöpft in den sowjetischen Auffang- und Sammellagern an. In diesen Lagern wurden z.T. 1.000-10.000 Inhaftierte untergebracht. Die großen Deportationslager für den Abtransport der Ostdeutschen und Polen-Deutschen waren: Insterburg für Ostpreußen, Graudenz, Soldau und Zichenau für Westpreußen, Danzig und Sikawa für das westliche Polen sowie Posen, Beuthen, Krakau, Samor und Sanok für Schlesien und das südliche Polen.
Da die Sowjets nirgends genügend Güter- und Viehwagen bereitstellen konnten, waren alle Auffang- und Sammellager restlos überfüllt. In den Notunterkünften und Gefängniszellen herrschten katastrophale Zustände (unerträgliche Enge und völlig ungenügende Hygiene- bzw. Luftverhältnisse). Im Zuchthaus Bartenstein wurden z.B. 31 Frauen in einer Einzelzelle unter-

gebracht. Die Verschleppten erhielten häufig tagelang nichts zu essen und zu trinken. In den Lagern fanden außerdem tagein und tagaus gefürchtete Verhöre statt, um Geständnisse zu erpressen.
Als der Abtransport in die UdSSR begann, reagierten viele Häftlinge sogar erleichtert. Die Deportierten konnten es sich damals einfach nicht vorstellen, daß ihr zukünftiger Lebens- bzw. Leidensweg noch wesentlich entsetzlicher werden sollte. Im allgemeinen trieb man durchschnittlich 40-55 Personen in die Vieh- und Güterwaggons. Frauen und Männer transportierte man größtenteils in separaten Waggons. In der Regel gab es dort weder Pritschen noch Stroh, keine Öfen und Aborte, sondern nur Schmutz und Schnee. Die abgemagerten Gefangenen wurden dermaßen eng zusammengepfercht, daß sie nicht einmal sitzen, geschweige denn liegen konnten.
Je weiter die Züge nach Osten rollten, desto kälter wurde es. In den Wintermonaten Januar bis März 1945 froren die nur notdürftig bekleideten Gefangenen entsetzlich. Die tödliche Kälte forderte täglich zahllose Opfer.
Nachdem sich die Reihen gelichtet hatten, wanderten die halberfrorenen Menschen in den ungeheizten Viehwaggons auf und ab, um nicht zu erfrieren. Die menschenunwürdige Unterbringung (Schmutz und Ungeziefer), Durst und Hunger quälte die Verschleppten von Tag zu Tag mehr. Im Verlauf der wochenlangen Schreckensfahrten erhielten sie oftmals nur völlig unzureichende Trinkwasser- und Verpflegungsrationen.
Obgleich die Gesundheit und das Leben der deutschen Zwangsarbeiter sehr gering eingestuft wurden bzw. völlig unbedeutend waren, ließen die sowjetischen Wachleute grundsätzlich keinen Deportierten entkommen. Die Wachposten stiegen damals regelmäßig auf die Güterwaggons und klopften die Waggondächer und Waggonwände gewissenhaft nach gelockerten Brettern ab, um Fluchtversuche zu verhindern.
Die Lage der Kranken war hoffnungslos, denn sie erhielten mehrheitlich keine ärztliche Versorgung, Medikamente oder Verbandsmaterial. Im Verlauf der langen Verschleppungstransporte in die UdSSR verursachten der Kältetod und lebensgefährliche Krankheiten (Ruhr, Typhus, Gesichtsrose etc.) verheerende Verluste. Bei diesen Transporten kamen durchschnittlich bereits bis zu 10 % der deutschen Reparationsverschleppten ums Leben (x001/84E).
Die Zwangsarbeitslager befanden sich vorwiegend in den sowjetischen Industriebezirken am Ural, in den Don- und Donez-Gebieten, im Kaukasus, in der Nähe des Eismeeres oder in Turkmenien (ca. 4.000 km von der bisherigen Heimat entfernt).
Diese Zwangsdeportationen verstießen eindeutig gegen die verbindlichen Völkerrechtsnormen der Haager Landkriegsordnung, denn Deportationen (Zwangsverschickungen von Menschen in Gebiete außerhalb des angestammten Siedlungsgebietes durch den eigenen Staat oder eine Besatzungsmacht) waren schon damals nur als "ordnungsmäßige Kriminalstrafe" und unter menschenwürdigen Umständen zulässig (x051/111, x077/39).
Die "Großen Drei" (der britische Premierminister Churchill, US-Präsident Roosevelt und der sowjetische Regierungschef Stalin) hatten sich bereits während der Konferenz von Teheran (vom 28.11. bis zum 1.12.1943) grundsätzlich über die politische Zukunft und das wirtschaftliche Schicksal des Deutschen Reiches geeinigt. Stalin forderte damals u.a. die Zerstörung der deutschen Schwerindustrie und mindestens 4,0 Millionen deutsche Zwangsarbeiter, die für den Wiederaufbau der UdSSR sorgen sollten (x043/394).
Churchill teilte dem US-Präsidenten Roosevelt am 24. November 1944 schriftlich mit (x025/-262): >>... (Mit der "Verschickung") von 2 oder 3 Millionen Nazis (als Zwangsarbeiter bin ich einverstanden).<<
Am 16. Dezember 1944 unterschrieb Stalin schließlich die völkerrechtswidrige Weisung 7161 des Staatlichen Verteidigungskomitees und ordnete damit die Deportation von arbeitsfähigen

Volksdeutschen aus Jugoslawien, Rumänien, Ungarn, Bulgarien und aus der Tschechoslowakei zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion an (x046/279).
Am 3. Februar 1945 unterschrieb Stalin die völkerrechtswidrige Weisung 7467 des Staatlichen Verteidigungskomitees und ordnete damit die Deportation von arbeitsfähigen Volksdeutschen aus Polen und von Reichsdeutschen aus den deutschen Ostprovinzen zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion an (x046/279).
Churchill, Roosevelt und Stalin trafen sich vom 4. bis zum 11. Februar 1945 auf der Halbinsel Krim zur "Jalta-Konferenz". Bei dieser Konferenz vereinbarten "Die Großen Drei", daß die Sowjets deutsche Arbeitskräfte (als einen Teil der zugesagten Reparationen) in die Sowjetunion "schaffen" könnten (x010/19).
Die Zwangsverschleppung der deutschen Zivilisten geriet schon bald in Vergessenheit. In der Bundesrepublik Deutschland und der internationalen Öffentlichkeit wurde jahrzehntelang nicht über diese völkerrechtswidrige Versklavung der ost- und volksdeutschen Zivilisten berichtet.

Reichs- und volksdeutsche Verschleppungsopfer, die aus den Deportationsgebieten Ost-Mitteleuropas sowie aus den Besatzungszonen der alliierten Siegermächte in die Sowjetunion verschleppt wurden

Deportationsgebiete	Anzahl der Verschleppten		%	Verschleppungsverluste
Ostpreußen	44.000		45	19.800
Ostpommern	49.000		45	22.000
Ostbrandenburg	17.000		45	7.700
Schlesien	62.000		45	27.900
Deutsche Ostprovinzen	172.000	1)	45	77.400
Memelland	10.000	2)	10	1.000
Danzig	12.000		45	5.400
Polnische Gebiete des Reichsgaues Danzig-Westpreußen	8.000		45	3.600
Reichsgau Wartheland, Ostoberschlesien und Generalgouvernement	26.000		45	11.700
Polnische Gebiete	46.000	3)	45	20.700
Jugoslawien	30.000	4)	45	13.500
Rumänien	75.000	5)	45	33.700
Ungarn	35.000	6)	45	15.800
Balkan	140.000		45	63.000
Deutsche Siedlungsgebiete im Ausland	196.000		43	84.700
Ost-Mitteleuropa	368.000		44	162.100
Aus den deutschen Reichsgebieten verschleppte Rußland-Deutsche (sog. Zwangsrepatriierte)	300.000	7)	37	111.000
Aus der SBZ verschleppte "Straftäter"	40.000	8)	22	8.800
In die UdSSR verschleppte Reichs- und Volksdeutsche	708.000	10)	40	281.900
Innerhalb der Sowjetunion "umgesiedelte" Rußland-Deutsche	900.000	9)	27	239.000
Insgesamt	1.608.000		32	520.900

Quellen: 1) - 3) = x001/83E,87E, x026/91, 4) - 6) = x006/96E, x007/79E, x008/44E, 7) - 10) = x026/31,63,91.

Das Bundesarchiv Koblenz berichtete im Jahre 1974 (x010/34): >>Die Anzahl der in die Sowjetunion als "Reparationsverschleppte" sowie "Vertragsumsiedler" verbrachten Deutschen aus den Gebieten östlich der Oder und Neiße dürfte mehr als 400.000 Menschen betragen haben, wovon ca. 55 % überlebten. Demnach wären in den Lagern und auf Transporten ca. 200.000 verstorben ...<<

Kurt W. Böhme ("Gesucht wird ... Die dramatische Geschichte des Suchdienstes", S. 275) ermittelte sogar rd. 874.000 deutsche Zivilisten, die wahrscheinlich nach Sibirien und Zentralasien verschleppt wurden. Von diesen Deportierten kamen ca. 341.000 in der UdSSR um (x026/91).

Dr. Gerhard Reichling (langjähriger Mitarbeiter des Statistischen Bundesamtes) ermittelte zum "Themenkomplex Verschleppung" für die Vertreibungsgebiete in Ost-Mitteleuropa (ohne reichsdeutsche Bombenevakuierte und Dienstverpflichtete) folgende Zahlen (x037/60):

1.660.000 Reichs- und Volksdeutsche (613.000 Frauen, 796.000 Männer und 251.000 Kinder) wurden damals in sowjetische Deportationslager verschleppt. Während der sowjetischen Verschleppungsaktion kamen etwa 580.000 Deutsche (226.000 Frauen, 258.000 Männer und 96.000 Kinder) um.

Stalins Liquidationspolitik

Es war eine beschämende Tatsache, daß Stalins Armeeführer das Millionenheer der Roten Armee nicht angemessen überwachten, sondern die aufgehetzten Soldaten völlig straffrei ge-

währen ließen. Der weitverbreitete Alkoholismus und die absolute Straffreiheit verursachten vielerorts verheerende Befreiungskatastrophen.
Manche Soldaten der sowjetischen Panzertruppen, die aus der Ukraine und anderen europäischen Gebieten der UdSSR stammten, warnten gelegentlich sogar die Ostdeutschen (x160/6): >>Die nach uns kommen sind schlecht. ... Nach uns kommen Stalin-Schüler ...<<
Ab März 1945 ließ Marschall Shukow erstmalig Flugblätter verteilen und forderte alle Rotarmisten auf, das Morden, Brandschatzen und Vergewaltigungen zu unterlassen (x001/69E). Diese Anordnungen wurden in den letzten Kriegswochen jedoch nur selten beachtet, weil die "soldatische Disziplin" der Truppen größtenteils nicht mehr existierte. Einige sowjetische Offiziere hatten längst jegliche Befehlsgewalt verloren. Disziplinlose, betrunkene Rotarmisten bedrohten ständig ihre Vorgesetzten. Tausende von Rotarmisten verließen eigenmächtig die Kampffronten und zogen als plündernde Marodeure durch die Ostprovinzen.
Manche Nachschubeinheiten transportierten nur noch persönliche Kriegsbeute, so daß der Waffen-, Munitions- und Treibstoffnachschub fast völlig zusammenbrach. Angesichts der bedrohlichen Entwicklung mußte man schließlich sogar NKWD-Einheiten, Panzertruppen oder Moskauer Spezialeinheiten einsetzen, um die "soldatische Disziplin" innerhalb der Roten Armee wieder herzustellen.
Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtete später über die Verwilderung der Rotarmisten und die Wiederherstellung der "soldatischen Disziplin" innerhalb der Roten Armee (x046/328): >>... Die sowjetischen Frontoberbefehlshaber, die anfangs selber zu Racheakten aufgerufen hatten, sahen sich bald genötigt, gegen die Verwilderung, ja Vertierung von beträchtlichen Teilen ihrer Truppen einzuschreiten.
Alle solche Bemühungen mußten jedoch wirkungslos bleiben angesichts der antideutschen Haßpropaganda, die unter der Federführung Ehrenburgs bis kurz vor Kriegsschluß weiterlief und die in der Forderung gipfelte, mit "Deutschland ein Ende zu machen", in dem Anliegen, das Ehrenburg "bescheiden und ehrenwert" nannte, nämlich die "Bevölkerung von Deutschland zu vermindern", wobei es nur noch darauf ankomme zu entscheiden, ob es besser sei, "die Deutschen mit Äxten oder Knüppeln zu erschlagen".
Stalin persönlich wußte um alle diese ungeheuerlichen Maßnahmen und Vorgänge, er persönlich hatte sie in Auftrag gegeben, und er trug für sie die unmittelbare Verantwortung. ...<<
Im April 1945 erklärte Stalin während eines Gespräches mit dem jugoslawischen General der Volksbefreiungsarmee Milovan Djilas (x029/307): >>Sie haben eine Idealvorstellung (von) der Roten Armee. Und sie ist nicht ideal, und kann es auch nicht sein, auch nicht, wenn sie nicht einen bestimmten Prozentsatz an Kriminellen umfassen würde:
Wir haben die Zuchthäuser geöffnet und alle in die Armee abkommandiert. Die Rote Armee ist nicht ideal. Hauptsache ist es, daß sie gegen die Deutschen kämpft - und dies tut sie recht gut - alles andere spielt ja keine Rolle. ...<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtete später über den Einmarsch der Roten Armee und die Motive der sowjetischen Gewalttäter (x160/6-7): >>Zu jedem Verbrechen gehört ein Motiv.
Im Bundesarchiv in Koblenz haben sich Historiker daher die Mühe gemacht, die Motive der Vertreibungsverbrechen mit wissenschaftlichen Methoden anzugeben. Dabei zeigen sich interessante Ergebnisse. Gewisse Teile der Roten Armee haben massenhafte Verbrechen begangen, andere fast gar keine. Es wurde nun gefragt: Wie sahen die Einheiten aus, die zu Verbrechen neigten? Die Antwort war verblüffend einfach: Je mehr Kommunisten und Komsomolzen, desto mehr Verbrechen. Oft warnten die weniger indoktrinierten Verbände sogar die Zivilbevölkerung ausdrücklich: "Die nach uns kommen sind schlecht. Nach uns kommen Stalin-Schüler."
Weiter wurde gefragt: Was war es denn, das die Stalinschüler bei ihrem Lehrmeister lernten?

Wieder ist die Antwort einfach: den Haß. Von Mai 1942 bis April 1945 rollte in Moskau eine Haßkampagne, die die Welt in dieser Breite, Dauer und Wucht noch nicht gesehen hatte. "Die Deutschen sind keine Menschen", "Schlag die Deutschen tot", "Es gibt für uns nichts Lustigeres als deutsche Leichen", so tönten Millionen Flugblätter, so schrieben Zeitungen in Millionenauflage, so hörten es Millionen im Radio. Nicht einmal, sondern fast täglich, jahrelang.
Gläubige Christen kennen zehn Gebote. Gläubige Kommunisten kannten damals nur ein Gebot: Töte den Deutschen! Allein vom sowjetischen Chefpropagandisten Ehrenburg sind rd. 3.000 Aufrufe zum Haß bekannt.
Aber war nicht der Haß das Ergebnis des deutschen Überfalls? Starben nicht im Zweiten Weltkrieg 20 Millionen Sowjetbürger? Nun, die 20 Millionen sind keine Propagandabehauptung; die Zahl stimmt. Was die Propaganda verschweigt, ist die Tatsache, daß weit über die Hälfte dieser Menschen nicht Hitler-, sondern Stalin-Opfer sind. Bei Hitlers Einmarsch wurde Stalin von panischer Angst vor Rebellion und Umsturz ergriffen. Er wütete wie ein Rasender gegen verdächtige Russen und gegen die unterdrückten nichtrussischen Völker wie Balten, Ukrainer, Krimtataren etc. und nach dem Rückzug der Deutschen noch einmal gegen echte oder vermeintliche Kollaborateure und Antikommunisten.
Am 16. August 1986 mußte daher die "Neue Zürcher" bemerken: "Für Statistiker bleibt der Verdacht bestehen, daß die heute immer wieder genannte Zahl von 20 Millionen Kriegstoten auch die Opfer von Säuberungen einschließt, zumal Stalin selbst 1946 von 7 Millionen sprach und die wenige Jahre später erschienene "Große Sowjetenzyklopädie" sie auf 10 Millionen bezifferte."
Freilich bestand die Besatzungspolitik der Nationalsozialisten im russischen Hinterland meist unter den Fixsternen von Dünkel, Dummheit und Brutalität. Wer wollte das ernsthaft bestreiten? Trotzdem, wer beim heutigen Stand der Wissenschaft behauptet, die Mehrzahl der Verbrechen der Roten Armee in Ostdeutschland sei rein spontan geschehen, muß sich mit einer Reihe von Fragen auseinandersetzen, z.B.:
1. Wozu die jahrelange Haßkampagne, wenn die Sowjetsoldaten sowieso schon alles Deutsche ausmerzen wollten?
2. Warum haben sich einzelne Einheiten halbwegs korrekt verhalten und andere nicht, obwohl doch alle etwa die gleichen Erfahrungen mit der NS-Besatzung gemacht hatten?
3. Warum hat man an der deutschen Grenze Schilder aufgestellt: "Rotarmist, du stehst jetzt auf deutschem Boden - die Stunde der Rache hat geschlagen!"
4. Warum wurde die offizielle Haßpropaganda schlagartig gestoppt, als die Oder-Neiße-Linie erreicht war?
Die letzte Frage dürfte die vorangegangenen beantworten. Die Mehrheit der seriösen Historiker ist sich heute wohl einig, daß es Stalin in erster Linie darum ging, in den Vertreibungsgebieten vollendete Tatsachen zu schaffen. Man kann den historischen Tatbestand auf die kurze historische Formel bringen: Die Vertreibungsverbrechen waren keine Häufung von Ausschreitungen, sondern eine neuartige Form staatlich gelenkter Liquidationspolitik.<<

Zusammenfassung des Einmarsches der Roten Armee in Ost-Mitteleuropa (1944/1945)
Die "Rote Armee" griff am 12. Januar 1945 mit 4 Armeen (etwa 4.400.000 Soldaten, nur Kampftruppen) die deutsche Ostfront an (x047/277, x040/259). Die sowjetischen Armeeführer waren: General Tschernjachowski (3. Weißrussische Front), Marschall Rokossowski (2. Weißrussische Front), Marschall Shukow (1. Weißrussische Front) und Marschall Konjew (1. Ukrainische Front).
Marschall Shukow erteilte am 12. Januar 1945 folgenden Tagesbefehl an die Soldaten, Unteroffiziere und Generale der Truppen der 1. Weißrussischen Front (x046/287): >>... Die Zeit ist gekommen, mit den deutsch-faschistischen Halunken abzurechnen. Groß und brennend ist

unser Haß! Wir haben die Qualen und das Leid nicht vergessen, welche von den hitlerischen Menschenfressern unserem Volke zugefügt wurden. Wir haben unsere niedergebrannten Städte und Dörfer nicht vergessen. Wir gedenken unserer Brüder und Schwestern, unserer Mütter und Väter, unserer Frauen und Kinder, die von den Deutschen zu Tode gequält wurden.
Wir werden uns rächen für die in den Teufelsöfen Verbrannten, für die in den Gaskammern Erstickten, für die Erschossenen und Gemarterten. Wir werden uns grausam rächen für alles.
Wir gehen nach Deutschland, und hinter uns liegen Stalingrad, die Ukraine und Weißrußland. Wir gehen durch die Asche unserer Städte und Dörfer, auf den Blutspuren unserer Sowjetmenschen, die zu Tode gequält und zerfetzt wurden vom faschistischen Getier.
Wehe dem Land der Mörder! ...
Für den Tod, für das Blut unseres Sowjetvolkes sollen die faschistischen Räuber mit der vielfachen Menge ihres gemeinen schwarzen Blutes bezahlen! ...
Diesmal werden wir das deutsche Gezücht endgültig zerschlagen!<<
Obgleich die Rote Armee teilweise große Verluste hinnehmen mußte, stürmten die Panzer- und Infanterietruppen täglich 20-30 km nach Westen. In jeder Ortschaft östlich der Oder-Neiße-Linie hörte man irgendwann den Schreckensruf: **"DIE RUSSEN KOMMEN! DIE RUSSEN KOMMEN!"**
Am 23. Januar 1945 erreichten sowjetische Truppen schon die Ostsee und schnitten Ostpreußen vom Deutschen Reich ab. Andere Truppen der Roten Armee legten in 18 Tagen über 400 km zurück (vom Weichselbogen bis zur mittleren Oder) und besetzten innerhalb von 14 Tagen die Provinz Ostpommern. Im März/April 1945 ließ Hitler die letzten halbwegs kampffähigen Panzer- und Infanterietruppen zur Verteidigung der Reichshauptstadt Berlin und des Sudetenlandes abziehen und beschleunigte den Zusammenbruch der Ostfront in Danzig und Ostpommern. In Schlesien blieb die Frontlage relativ stabil, da den Sowjets im Gebirge kein entscheidender Durchbruch gelang.
Die geregelten, planmäßigen Evakuierungen, die nicht selten monatelang bis in alle Einzelheiten ausgearbeitet wurden, gingen letztendlich im totalen Chaos unter, weil niemand damit gerechnet hatte, daß die sowjetischen Truppen im Januar 1945 derart schnell durchbrechen würden. In fast allen deutschen Siedlungsgebieten entwickelten sich panikartige, überstürzte Fluchtbewegungen, die zwangsläufig mit Katastrophen enden mußten.
Als die feindlichen Truppen immer näher kamen, floh die Zivilbevölkerung schließlich trotz Fluchtverbot und fehlender Räumungserlaubnis, denn überall fürchtete man die Rotarmisten, Milizen und feindlichen Partisanen. Die Massenflucht der Ostdeutschen begann oftmals erst 2-3 Tage vor dem sowjetischen Einmarsch. Vielerorts flüchtete die Bevölkerung auch nur wenige Stunden vor dem Eintreffen der Roten Armee.
Trotz eisiger Kälte, Hagel, Sturm oder Regen gingen die Fluchtbewegungen tage-, wochen- und manchmal sogar monatelang unentwegt weiter. Vor allem Säuglinge, Kleinkinder und ältere Menschen waren den unmenschlichen Strapazen nicht lange gewachsen. Fortwährend sah man unfaßbare Bilder des Elends und des Grauens.
An den Straßenrändern und in den Gräben lagen immer wieder Leichen, Tierkadaver, Fahrzeugtrümmer und Flüchtlingsgepäck jeglicher Art. Hunderttausende mußten z.B. lebensgefährliche Wanderungen über das brüchige Eis des Frischen Haffs überstehen oder steile, vereiste Gebirgspässe sowie zugefrorene Flüsse überqueren. Feindliche Tiefflieger- und Bombenangriffe, Panzerüberfälle, Artilleriebeschuß oder Untergänge von Schiffen verursachten täglich zahllose Fluchtkatastrophen.
Die Fluchtwege richteten sich schon bald nach den militärischen Aktionen. Erfolg oder Mißerfolg hing fast ausschließlich von der Richtung und Schnelligkeit der sowjetischen Vorstöße ab. Die Flucht war von Anfang an aussichtslos, wenn die Flüchtlinge noch größere Strecken bis zur Oder zurücklegen mußten. Im Verhältnis zu den sowjetischen Panzertruppen, die mit

unheimlicher Schnelligkeit nach Westen stürmten, kamen die Flüchtlingstrecks nur sehr langsam voran, denn die eisglatten Straßen waren fast überall hoffnungslos verstopft.
Obwohl die Wehrmachts-, Waffen-SS- und Volkssturmeinheiten erbitterten Widerstand leisteten, wurden Ost- und Westpreußen, Westpolen, der Reichsgau Wartheland, Ostbrandenburg sowie Ostpommern praktisch im Handstreich genommen bzw. überrollt. Hunderttausende wurden von sowjetischen Panzertruppen in ihren Wohnorten überrascht oder schon nach kurzer Flucht eingeholt. Aufgrund der Gebirgsregionen verfügten nur Nieder- und Oberschlesien über stabile Frontlinien. Hier konnte man die sowjetische "Dampfwalze" vorübergehend stoppen.
Die gehetzten Flüchtlinge gaben trotz der aussichtslosen Lage meistens nicht auf. Sie flüchteten praktisch bis zur letzten Minute, so weit und so lange ihre Füße sie schließlich trugen. Während der Flucht gab es grundsätzlich nur ein Schlagwort: **"WEITER, WEITER, IMMER WEITER!"**
Wer kraftlos zurückblieb, war rettungslos verloren. Alte, Säuglinge, schwache und kranke Menschen waren diesen erbarmungslosen Überlebenskämpfen gewöhnlich nicht gewachsen.
Vor und während der sowjetischen Winteroffensive im Januar 1945 forderten Stalins Propagandaexperten in Soldatenzeitungen, Rundfunksendungen und militärischen Flugblättern öffentlich zu Rache- und Vergeltungsmaßnahmen auf.
An der Kampffront informierten Politkommissare und Agitatoren regelmäßig über angebliche Massaker der Wehrmacht, obwohl die sowjetische Führung wußte, daß diese Verbrechen (Massenerschießungen von jüdischen Zivilisten und sowjetischen Partisanen) von den berüchtigten SD- und SS-Einsatzgruppen verübt wurden.
Zahlreiche sowjetische Journalisten und Schriftsteller beteiligten sich an dem systematischen "Rachefeldzug" gegen die Deutschen. Ilja Ehrenburg war ein besonders fanatischer Deutschenhasser. Er schrieb ab 1941 Racheaufrufe für die sowjetische Armeezeitung "Roter Stern" und veröffentlichte regelmäßig Hetzartikel in der Moskauer Tageszeitung "Prawda" ("Wahrheit") und in Frontzeitungen. Weitere sowjetische "Journalisten", die sich ebenfalls als Hetzer "bewährten", waren z.B. Scholochow, Simonow, Surkow und A. Tolstoj.
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) schrieb später über die sowjetische Völkerhaßkampagne gegen die Deutschen (x026/33): >>... Es kann ... nicht die Rede davon sein, daß es sich bei den Getöteten um Opfer einer zwar summarischen, letztlich aber verdienten Schnelljustiz gehandelt habe. Gerade am Beispiel der Roten Armee - aber nicht nur da - läßt sich unschwer dartun, daß jedenfalls die Mehrzahl der Morde weniger einem persönlichen Rachebedürfnis, als vielmehr einer systematischen Völkerhaßkampagne in Verbindung mit Straffreiheit sowie sexuellen und materiellen Anreizen (Plünderung, Vergewaltigung) entsprang. ...
Gelegentlich wird bei den Vertreibungsverlusten zwischen Todesfällen als unmittelbare Folge von Verbrechen einerseits und als Folge von Hunger, Erschöpfung, Selbstmord usw. andererseits differenziert, wobei sich naturgemäß bei der ersteren Gruppe eine niedrigere Zahl als bei der letzteren - Relation etwa 1:2 - ergibt.
So berechtigt das wissenschaftliche Interesse an solchen Unterscheidungen auch sein mag, an der politisch-moralischen Gesamtbewertung wollen und können sie nichts ändern, dienten doch 1944/45 gerade die Haßpropaganda und die Straffreiheit von Verbrechen der beschleunigten Entvölkerung der Vertreibungsgebiete; die durch Greueltaten ausgelöste Fluchtwelle war ein wichtiges Argument Stalins bei den Grenzdebatten in Jalta und Potsdam.<<
Nach den ersten Plünderungsaktionen fing das eigentliche Martyrium der ostdeutschen Frauen und Mädchen an. Für die Gehetzten gab es keine Rettung, denn die sowjetischen Such- und Fangtrupps spürten sie irgendwann auf. In jenen endlosen Nächten hörte man unentwegt gellende Hilfe- und Verzweiflungsschreie der verfolgten Frauen und Mädchen, die in Todesangst

um ihr Leben liefen. Die Gewalttäter machten gewöhnlich keine Ausnahmen, denn Alter, Aussehen oder Gebrechlichkeit waren damals kein Hindernisgrund. Alle Hilfeschreie und Tränen, alles Betteln und Flehen waren umsonst.
Jeder Tag und jede Nacht brachten neue grauenhafte Exzesse. Nicht nur "normale Gewalttäter", sondern auch gefährliche Geistesgestörte, abartige Sadisten und Triebtäter trieben damals ungestört ihr Unwesen. In jenen Tagen alterten junge, fröhliche Frauen und Mädchen um Jahre. Lebenslustige, strahlende Kindergesichter wurden über Nacht derartig alt und bleich, daß man sie kaum noch erkannte.
Zum Glück gab es auch anständige sowjetische Soldaten und Offiziere, die sich nicht an den Untaten beteiligten, sondern gegen Verbrechen einschritten und sich schützend vor bedrohte Frauen und Mädchen stellten. Leider waren es jedoch nur verhältnismäßig wenige Rotarmisten. Obwohl diese ehrenhaften Sowjets damals nur wenig ausrichten konnten, wirkte ihre Menschlichkeit unwahrscheinlich wohltuend. Zu ihnen gehörten z.B. Alexander Solschenizyn ("Ostpreußische Nächte"), Lew Kopelew ("Aufbewahren für alle Zeit") und Jurij Uspenskij ("Das Tagebuch").
Im Jahre 1907 wurden Vergewaltigungen zwar offiziell als Kriegsverbrechen geächtet (Haager Konvention), aber diese "barbarische Tradition" wurde im 20. Jahrhundert trotzdem fortgesetzt, obgleich Sexualverbrechen an Angehörigen des Feindes gleichermaßen demütigend, verletzend und unentschuldbar waren.
Die deutsche Zivilbevölkerung kämpfte nach der "Befreiung" fast ständig um ihr Leben. Zahlreiche Zivilisten fielen den willkürlichen sowjetischen Entnazifizierungsmaßnahmen zum Opfer, weil man bei ihnen Feuerwehr-, Schützen- oder Vereinsuniformen entdeckte.
Mit den Gutsbesitzern, Geschäftsinhabern, Ärzten, Apothekern, Lehrern und gutgekleideten Zivilisten (die z.B. durch teure Pelzmäntel oder Pelzkappen auffielen) machten die Sowjets gewöhnlich nicht viel Federlesen. Geringste Beschuldigungen und nachteilige Aussagen entschieden damals über Leben und Tod. Jeder Ost- und Volksdeutsche, der slawische Zivil- oder Fremdarbeiter schlecht behandelt hatte, Mitglied einer NS-Organisation war oder Gegenwehr leistete, gehörte ebenfalls zum Kreis der Todeskandidaten.
Während des "Großen Vaterländischen Krieges" erhielten die Soldaten der Roten Armee regelmäßig erhebliche Alkoholrationen. In den ostdeutschen Brennereien fielen den Sowjets außerdem riesige Alkoholvorräte in die Hände, weil verantwortungslose Geschäftemacher die großen Lagerbestände nicht vernichtet hatten. Die Rotarmisten verfügten dadurch über Unmengen von Alkohol, so daß sie fast ständig unter Alkoholeinfluß standen. Manche Trunkenbolde dachten und handelten völlig unberechenbar. Nicht wenige ahnungslose Zivilisten wurden praktisch "im Vorübergehen" erschossen, weil angetrunkene Sowjets ihre "Schießkünste" beweisen wollten.
Die sowjetische Militärführung hatte bereits im Dezember 1944 organisatorische Voraussetzungen für den Abtransport des Plünderungsgutes eingeleitet. Hinter der sowjetischen Kampffront wurden spezielle Postämter für den persönlichen Paketversand in die Sowjetunion eingerichtet und offizielle Sondergenehmigungen erteilt (x001/66E).
Jeder "einfache" sowjetische Soldat durfte monatlich 2 Pakete (Höchstgewicht je Paket = 8 kg) per Post in die Heimat schicken (x028/89). Sowjetische Offiziere konnten die doppelte Menge versenden. Angesichts der Tatsache, daß die Rotarmisten außer ihrer schmalen Verpflegungsration nichts besaßen, mußten sie sich "notgedrungen" Kriegsbeute beschaffen, damit sie ihren Angehörigen überhaupt etwas schicken konnten.
Die zügellosen "Befreier" plünderten nicht nur hemmungslos, sondern vielfach zerstörten sie außerdem alles, was sie nicht gebrauchen oder mitnehmen konnten. Um die zugesagte Plünderungsfreiheit zu erleichtern, hetzte man die Deutschen tagelang in der näheren Umgebung ih-

rer Wohnorte herum. Viele "Plünderungsevakuierte" durften erst nach 8-14 Tagen in ihre Heimatorte zurückkehren.
Im Dezember 1944 bzw. im Januar/Februar 1945 begannen in Jugoslawien, Rumänien, Ungarn, Polen und in den deutschen Ostprovinzen planmäßige Verschleppungsaktionen. Die Festnahme und anschließende Verschleppung der volks- und ostdeutschen Zivilisten begann nicht selten mit arglistigen Täuschungsmanövern. Arbeitsfähige Zivilisten wurden z.B. von den Sowjets aufgefordert, sich wegen angeblicher Registrierungen oder für "kurze Arbeitseinsätze im rückwärtigen Frontgebiet" zu melden. Diese Aktionen dauerten jedoch oftmals mehrere Jahre und endeten mehrheitlich in Sibirien.
Bei der Zwangsarbeiterauswahl spielte die Schuldfrage keine entscheidende Rolle. Es kam hauptsächlich darauf an, die vorgegebenen Verschleppungskontingente einzuhalten. Im allgemeinen verschleppte man Personen im Alter von 15-60 Jahren. Denunzierte NS-Parteimitglieder, Facharbeiter, kräftige oder gutgenährte Personen kamen zuerst an die Reihe. Falls nicht genügend arbeitsfähige Zivilisten "angeworben" werden konnten, wurden auch ältere oder jüngere Arbeitskräfte deportiert.
Diese Zwangsdeportationen verstießen eindeutig gegen die verbindlichen Völkerrechtsnormen der Haager Landkriegsordnung, denn Deportationen (Zwangsverschickungen von Menschen in Gebiete außerhalb des angestammten Siedlungsgebietes durch den eigenen Staat oder eine Besatzungsmacht) waren schon damals nur als "ordnungsmäßige Kriminalstrafe" und unter menschenwürdigen Umständen zulässig (x051/111, x077/39).
Die "Großen Drei" (der britische Premierminister Churchill, US-Präsident Roosevelt und der sowjetische Regierungschef Stalin) hatten sich bereits während der Konferenz von Teheran (vom 28.11. bis zum 1.12.1943) grundsätzlich über die politische Zukunft und das wirtschaftliche Schicksal des Deutschen Reiches geeinigt. Stalin forderte damals u.a. die Zerstörung der deutschen Schwerindustrie und mindestens 4,0 Millionen deutsche Zwangsarbeiter, die für den Wiederaufbau der UdSSR sorgen sollten (x043/394).
Churchill, Roosevelt und Stalin trafen sich vom 4. bis zum 11. Februar 1945 auf der Halbinsel Krim zur "Jalta-Konferenz". Bei dieser Konferenz vereinbarten "Die Großen Drei", daß die Sowjets deutsche Arbeitskräfte (als einen Teil der zugesagten Reparationen) in die Sowjetunion "schaffen" könnten (x010/19).
Dr. Gerhard Reichling (langjähriger Mitarbeiter des Statistischen Bundesamtes) ermittelte zum "Themenkomplex Verschleppung" für die Vertreibungsgebiete in Ost-Mitteleuropa (ohne reichsdeutsche Bombenevakuierte und Dienstverpflichtete) folgende Zahlen (x037/60):
1.660.000 Reichs- und Volksdeutsche (613.000 Frauen, 796.000 Männer und 251.000 Kinder) wurden damals in sowjetische Deportationslager verschleppt. Während der sowjetischen Verschleppungsaktion kamen etwa 580.000 Deutsche (226.000 Frauen, 258.000 Männer und 96.000 Kinder) um.
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtete später über die Verschleppung der Reichs- und Volksdeutschen aus Ost-Mitteleuropa (x160/3,5): >>Nach Massenmord und Massenflucht war die Verschleppung zur Zwangsarbeit der dritte Apokalyptische Reiter, der über die Vertreibungsgebiete hinwegfegte. Auf der Jalta-Konferenz im Februar 1945 hatten Churchill und Roosevelt Stalin zugestanden, unter der ostdeutschen Zivilbevölkerung auf Sklavenjagd zu gehen.
"Reparations in kind" – Reparationen in Sachleistung, so nannte man in London und Washington diesen Rückfall in die Barbarei. Besonders entsetzt reagierte der spätere US-Chefankläger in Nürnberg, Robert H. Jackson. Er mußte nämlich in den Kriegsverbrecher-Prozessen wegen des gleichen Deliktes anklagen. ...
>>... Von Hunderttausenden deutscher Zwangsarbeiter überlebte ... nur etwa jeder zweite (genau: 55 %).<<

Schlußbemerkungen: Es war eine beschämende Tatsache, daß Stalins Armeeführer das Millionenheer der Roten Armee nicht angemessen überwachten, sondern die aufgehetzten Soldaten völlig straffrei gewähren ließen. Der weitverbreitete Alkoholismus und die absolute Straffreiheit verursachten vielerorts verheerende Befreiungskatastrophen.
Während des Zweiten Weltkrieges setzte man erstmalig in der Geschichte der Neuzeit eine reguläre Armee vorsätzlich gegen schutzlose Angehörige (Frauen, Kinder und alte Menschen) des Gegners ein. Nach Stalins Anordnungen hatte jedes weibliche deutsche Wesen den Soldaten der Roten Armee "zur Verfügung" zu stehen. Dieser Stalinbefehl wurde von gefangenen sowjetischen Soldaten und Offizieren ausdrücklich bestätigt (x010/33). Diese neuartige "Kampftaktik" war unfehlbar, denn für einen derartigen "schmutzigen Krieg" gegen Zivilisten benötigte man weder zusätzliche Munition noch Treibstoff.
Vor allem die sowjetischen Nachschubeinheiten, in denen man überwiegend politische Kaderabteilungen und fanatische Kommunisten (sog. "Stalin-Schüler") einsetzte, führten Stalins Liquidationspolitik befehlsgemäß aus.
Obgleich im Verlauf des deutsch-sowjetischen Ostkrieges nie Gebiete östlich des Urals besetzt wurden, waren es vielfach asiatische Rotarmisten, die mit unfaßbarer Brutalität über die deutsche Zivilbevölkerung herfielen (x025/114).
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1954 über die systematische Vorgehensweise während der sowjetischen "Befreiungsmission" (x001/138E-139E): >>Der Umstand, daß die Abtretung beträchtlicher Teile Ostdeutschlands an Polen und die Ausweisung der in diesen Gebieten lebenden Deutschen spätestens seit Anfang 1944 von den Alliierten geplant und über diese Vorhaben bereits Monate vor Kriegsende zwischen den Großen Drei grundsätzliche Einigkeit erzielt worden war, hat die seit Anfang Januar 1945 nach Ostdeutschland eindringende Rote Armee und die nachfolgenden polnischen Behörden von vornherein dazu bestimmt, der Ausweisung möglichst gründlich vorzuarbeiten, ehe diese selbst vollzogen werden konnte.
Hatte doch Marschall Stalin schon in Jalta zur Beschwichtigung Churchills erklärt, daß nur wenige Deutsche zurückbleiben würden, wenn sowjetische Truppen nach Ostdeutschland vordrängen.
Daran wird deutlich, daß die Flucht der ostdeutschen Bevölkerung, ja möglicherweise ihre Forcierung durch entsprechend radikales Vorgehen der russischen Truppen bereits ganz bewußt in Hinsicht auf die spätere Ausweisung als eine begrüßenswerte Vorarbeit angesehen wurde, und es ist sehr wahrscheinlich, daß auch bei späteren sowjetischen Maßnahmen, wie der Deportation von Hunderttausenden ostdeutscher Zivilpersonen nach der Sowjetunion, der Gesichtspunkt eine Rolle spielte, durch eine Verringerung der Anzahl der noch östlich der Oder und Neiße lebenden Deutschen die künftige Ausweisung zu erleichtern. ...
... Fest steht in jedem Falle, daß schon das Vorgehen der Roten Armee, das die panische Massenflucht der deutschen Ostbevölkerung bewirkte, eine Austreibung mit anderen Mitteln war und daß erst recht die zahllosen Übergriffe, Erniedrigungen und Gewalttaten, die die ostdeutsche Bevölkerung unter der Herrschaft von Russen und Polen über sich ergehen lassen mußte, der schließlichen Austreibung in jeder Weise vorgearbeitet haben.
Dies gilt insofern, als während dieser Zeit zahllose Deutsche zugrunde gingen, als die Mehrzahl der Überlebenden auf eine Stufe bloßen Vegetierens herabgedrückt wurde, als die innere Entfremdung von der Heimat durch Verlust des Eigentums, Entzug des Rechtsschutzes und der Existenzmöglichkeiten bei der großen Mehrheit der ostdeutschen Bevölkerung schon erreicht war, ehe mit der Ausweisung der letzte Schritt getan wurde. ...<<
Der deutsche Schriftsteller Jürgen Thorwald (1915-2006) stellte später in seinem Buch "Die große Flucht" folgerichtig fest, daß es sich bei diesen "Flucht- und Vertreibungsverbrechen" nicht um zufällige Einzelaktionen rachsüchtiger Soldaten und Zivilisten handelte, sondern um

eine neuartige Form staatlich gelenkter Liquidationspolitik (x027/91): >>Die schlimmste Anklage gegen die Sowjetunion wird bleiben, daß sie sich dieser brutalen und unmenschlichen Propaganda und ihrer Folgen nach dem Betreten des deutschen Bodens bediente, um einen vorgefaßten Plan zu verwirklichen. Das Geschehene in den Gebieten rechts der Oder war nicht das zufällige Ineinanderlaufen unzähliger Einzelaktionen aus dem Haß und dem Rachedurst und der Gier blindwütig gewordener Soldaten, sondern ein wohlvorbereitetes System zur Dezimierung und Vertreibung der Deutschen aus diesem Gebiet.
Die Rote Armee hatte bewußt auf einen Verwaltungsapparat in diesem Gebiet verzichtet, weil es unumstößlicher Beschluß war, diese Gebiete für immer von Deutschland zugunsten eines sowjetfreundlichen Polen abzutrennen. Deswegen hatte sie nicht das geringste Interesse daran, in diesem Gebiet das Leben zu normalisieren. Es war für sie beschlossene Sache, den Polen zwar den Raum, aber möglichst keine Reichtümer zu überlassen. In jeder Stadt und in jedem Dorf Schlesiens wurden daher sofort nach der Eroberung Lager eingerichtet, die der Erfassung des Beutegutes dienten. ...<<
Der nordamerikanische Diplomat und Historiker George F. Kennan (1904-2005) schrieb später in seinen Memoiren über die Zustände in Ostpreußen im August 1945 (x160/3): >>... Die Katastrophe, die mit dem Einzug der sowjetischen Truppen hereinbrach, hat in der modernen europäischen Geschichte keine Parallele. Es gab weite Landstriche, in denen, wie aus Unterlagen ersichtlich, nach dem ersten Durchzug der Sowjets von der einheimischen Bevölkerung kaum noch ein Mensch – Mann, Frau oder Kind - am Leben war, und es ist einfach nicht glaubhaft, daß sie allesamt in den Westen entkommen wären. ...
Ich selbst flog kurz nach Potsdam (Potsdamer Konferenz vom 17.7.-2.8.1945) mit einer amerikanischen Maschine in ganz geringer Höhe über die gesamte Provinz, und es bot sich mir ein Anblick eines vollständig in Trümmern liegenden Gebiets; vom einen Ende bis zum anderen kaum ein Zeichen von Leben. ...
(Die Russen hatten aus dem Land) die einheimische Bevölkerung in einer Manier hinausgefegt, die seit den Tagen der asiatischen Horden nicht mehr dagewesen ist.<<
Während die Siegermächte nach dem Kriegsende viele deutsche Wehrmachtsoffiziere zu langen Haftstrafen oder zum Tod verurteilten, blieben z.B. sämtliche verantwortlichen Armeeführer der sowjetischen "Befreiungstruppen" unbehelligt.
Diese sowjetischen Armeeführer wurden damals mit den höchsten Militärorden und Auszeichnungen der UdSSR ausgezeichnet. Sie erhielten nach dem Zweiten Weltkrieg wichtige politische Ämter und machten z.T. als Mitglieder des ZK der KPdSU und als Deputierte des Obersten Sowjets der UdSSR glänzende Karrieren.
Iwan Tschernjachowski (1906-1945, seit 1928 Mitglied der KPdSU, ab 1944 Armeegeneral, 2facher Held der Sowjetunion: 1943, 1944). Tschernjachowski wurde in Ostpreußen tödlich verwundet und starb am 18.02.1945.
Sein Nachfolger war Alexander Wassilewski (1895-1977, seit 1938 Mitglied der KPdSU, ab 1943 Marschall, 2facher Held der Sowjetunion: 1944, 1945).
Konstantin Rokossowski (1896-1968, seit 1919 Mitglied der KPdSU, ab 1944 Marschall, 2facher Held der Sowjetunion: 1944, 1945).
Georgi Shukow (1896-1974, seit 1919 Mitglied der KPdSU, ab 1943 Marschall, 4facher Held der Sowjetunion: 1939, 1944, 1945, 1956).
Iwan Konjew (1897-1974, seit 1918 Mitglied der KPdSU, ab 1944 Marschall, 2facher Held der Sowjetunion: 1944, 1945).
Die sowjetischen Massenverbrechen wurden von allen Regierungen der Sowjetunion hartnäkkig geleugnet und energisch abgestritten. Gemäß sowjetischer Geschichtsschreibung verübten die Soldaten der Roten Armee nirgends Massenverbrechen. Es hätte auch keine Gründe zur Panik und Flucht gegeben. Die Deutschen wären lediglich aus psychotischer Angst vor der

sowjetischen Armee geflohen, weil sie Goebbels verlogene Propaganda in Angst und Schrekken versetzt hätte.
Während der sowjetischen Befreiungsmission hätten sich höchstens "persönliche Racheakte" von Einzeltätern oder "harmlose und verständliche Entgleisungen" ereignet. Das Benehmen der Sowjetsoldaten wäre ansonsten im allgemeinen überall menschlich gewesen. In der offiziellen sowjetischen Geschichtsschreibung und im öffentlichen Leben der UdSSR existieren bis heute keine Massenverbrechen der Roten Armee.
Das unvorstellbare Ausmaß und die gesellschaftspolitischen Folgen der unfaßbaren Gewalttaten, die sich während der angeblichen "sowjetischen Befreiungsmission" ereigneten, wurden nach dem Krieg zum brisanten Tabuthema erklärt. Auch die unfaßbaren Notzuchtverbrechen der osteuropäischen "Befreier" blieben ungesühnt, weil ungezählte Opfer schwiegen und die deutschen Bundesregierungen nicht den erforderlichen Mut besaßen, die an den Ost-, Mittel- und Volksdeutschen verübten Massenverbrechen juristisch zu verfolgen. In der späteren DDR durften die Befreier selbstverständlich keine Vergewaltiger sein, denn es paßte natürlich nicht zur kommunistischen Ideologie.
Die sog. Befreiungs- und Nachkriegskatastrophen der Deutschen wurden bis zum heutigen Tag von allen deutschen Bundesregierungen tabuisiert und feige verdrängt, um die vermeintlich guten diplomatischen Beziehungen mit den osteuropäischen Staaten nicht zu stören oder zu gefährden.
Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtete später über die "Ausblendung" der sowjetischen Verbrechen (x046/20): >>In der Sowjetunion sind auch von deutscher Seite Verbrechen begangen worden, für die vor allem die zuständigen Organe des Reichsführers SS Himmler die Verantwortung tragen. Doch alle diese Untaten sind immer wieder Gegenstand eingehender Schilderungen; sie sind heute fast bis ins Detail bekannt.
Die von den Sowjets begangenen Verbrechen dagegen werden bewußt und methodisch der Vergessenheit anheimgegeben, denn um keinen Preis darf ja so etwas wie eine "Aufrechnung" stattfinden. Und dabei gehört der historische Vergleich, das Aufzeigen von Zusammenhängen und Parallelitäten doch zu den unveräußerlichen Pflichten einer wahrheitsgetreuen Geschichtsschreibung, soll anders nicht bewußt einem einseitigen Bild der Geschehnisse Vorschub geleistet werden. ...<<
Der US-Politikwissenschaftler Zbigniew Brzezinski (von 1966-1968 und 1977-1981 Sicherheitsberater der US-Präsidenten Johnson und Carter) berichtete später über die sowjetischen Massenverbrechen (x046/191): >>Hitlers Verbrechen werden immer noch gerecht bestraft. Aber in der Sowjetunion gibt es buchstäblich Tausende von ehemaligen Killern und ehemaligen Folterern, die von offiziellen Pensionen leben und den verschiedenen revolutionären Festlichkeiten, geschmückt mit ihren Medaillen, beiwohnen. ...<<
Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" berichtete am 30. Januar 2007 über das Buch "Der Brand. Deutschland im Bombenkrieg 1940-1945" des deutschen Historikers und Autors Jörg Friedrich: >>... Deutsches Leid aufzuarbeiten sei überfällig gewesen, sagte David Cesarani, einer der führenden Holocaustforscher des Landes, bereits vor fünf Jahren. Er forderte deutsche Geschichtswissenschaftler auf, die Greueltaten der Roten Armee und die Verbrechen während der Vertreibung aus den deutschen Ostgebieten zu ihrem Thema zu machen. Nun, spätestens mit dem Buch von Jörg Friedrich, der sich bis dahin der Aufarbeitung deutscher Verbrechen während der Nazizeit gewidmet hatte, sind diese Sujets (Ereignisse) enttabuisiert worden. ...<<
Die Berliner "Tageszeitung (taz)" berichtete am 13. Dezember 2000: **Japans verdrängte Greuel vor Gericht**
Ein symbolisches Tribunal in Tokio hat über das System der Zwangsprostitution im Zweiten Weltkrieg verhandelt

Japans Kaiser Hirohito ist posthum für die sexuellen Verbrechen seiner Armee an 200.000 Frauen in Asien vor und während des Zweiten Weltkriegs verurteilt worden. Ein inoffizielles Tribunal über die Zwangsprostitution durch die japanische Armee befand den 1989 verstorbenen Tenno gestern der Verbrechen gegen die Menschlichkeit schuldig. Hirohito habe von den Vergewaltigungen und Rekrutierungen von Frauen zur Prostitution "spätestens seit dem Massaker von Nanking im Dezember 1937 gewußt", sagte die US-Richterin Gabrielle McDonald, die das Tribunal leitete, bei der Urteilsverkündung. ...<<

Dr. Gerhard Reichling (langjähriger Mitarbeiter des Statistischen Bundesamtes, der nach seiner Pensionierung Leiter der wissenschaftlichen Arbeitsstelle der "Deutschen Sektion der Forschungsgesellschaft für das Weltflüchtlingsproblem" wurde) ermittelte zum Themenkomplex "Vergewaltigungsverbrechen" folgende Zahlen (x037/58-60):

Während der Flucht, "Befreiung" und Vertreibung wurden in den ostmitteleuropäischen Vertreibungsgebieten (ohne reichsdeutsche Bombenevakuierte und Dienstverpflichtete) etwa 1.400.000 deutsche Frauen und Mädchen durch Soldaten der Roten Armee vergewaltigt. Etwa 180.000 Opfer kamen um.

In der späteren sowjetischen Besatzungszone (SBZ, ohne Berliner sowie ohne ostdeutsche Flüchtlinge und Vertriebene) wurden im Verlauf der "Befreiung" etwa 500.000 mitteldeutsche Frauen und Mädchen vergewaltigt (7,5 % der weiblichen Bevölkerung). Etwa 50.000 Opfer kamen um.

In Groß-Berlin (ohne ostdeutsche Flüchtlinge und Vertriebene) wurden etwa 100.000 Frauen und Mädchen vergewaltigt (6,7 % der weiblichen Bevölkerung). Etwa 10.000 Opfer kamen um.

Den Sexualverbrechen fielen insgesamt mindestens 2.000.000 Frauen und Mädchen zum Opfer (davon kamen etwa 240.000 Opfer um). Diese Gewalttaten verursachten etwa 292.000 Schwangerschaften. Wie viele Kinder abgetrieben wurden oder nach der Geburt starben, konnte nie ermittelt werden.

Völkerrechtliche Konsequenzen: Die damals gültige Haager Landkriegsordnung vom 18. Oktober 1907 (in Kraft seit dem 26. Januar 1910) legte für Mittel zur Schädigung des Feindes sowie Belagerungen und Beschießungen des Feindes folgende Regeln und Gebräuche des humanitären Völkerrechts fest (x852/...): >>Zweiter Abschnitt: Feindseligkeiten

Erstes Kapitel: Mittel zur Schädigung des Feindes, Belagerungen und Beschießungen

Artikel 22 Die Kriegführenden haben kein unbeschränktes Recht in der Wahl der Mittel zur Schädigung des Feindes.

Artikel 23 Abgesehen von den durch Sonderverträge aufgestellten Verboten, ist namentlich untersagt:

a) die Verwendung von Gift oder vergifteten Waffen,

b) die meuchlerische Tötung oder Verwundung von Angehörigen des feindlichen Volkes oder Heeres,

c) die Tötung oder Verwundung eines die Waffen streckenden oder wehrlosen Feindes, der sich auf Gnade oder Ungnade ergeben hat,

d) die Erklärung, daß kein Pardon gegeben wird,

e) der Gebrauch von Waffen, Geschossen oder Stoffen, die geeignet sind, unnötig Leiden zu verursachen,

f) der Mißbrauch der Parlamentärflagge, der Nationalflagge oder der militärischen Abzeichen oder der Uniform des Feindes sowie der besonderen Abzeichen des Genfer Abkommens,

g) die Zerstörung oder Wegnahme feindlichen Eigentums außer in den Fällen, wo diese Zerstörung oder Wegnahme durch die Erfordernisse des Krieges dringend erheischt wird,

h) die Aufhebung oder zeitweilige Außerkraftsetzung der Rechte und Forderungen von Angehörigen der Gegenpartei oder die Ausschließung ihrer Klagbarkeit. Den Kriegführenden ist

ebenfalls untersagt, Angehörige der Gegenpartei zur Teilnahme an den Kriegsunternehmungen gegen ihr Land zu zwingen; dies gilt auch für den Fall, daß sie vor Ausbruch des Krieges angeworben waren.
Artikel 24 Kriegslisten und die Anwendung der notwendigen Mittel, um sich Nachrichten über den Gegner und das Gelände zu verschaffen, sind erlaubt.
Artikel 25 Es ist untersagt, unverteidigte Städte, Dörfer, Wohnstätten oder Gebäude, mit welchen Mitteln es auch sei, anzugreifen oder zu beschießen.
Artikel 26 Der Befehlshaber einer angreifenden Truppe soll vor Beginn der Beschießung den Fall eines Sturmangriffs ausgenommen, alles was an ihm liegt tun, um die Behörden davon zu benachrichtigen.
Artikel 27 Bei Belagerungen und Beschießungen sollen alle erforderlichen Vorkehrungen getroffen werden, um die dem Gottesdienste, der Kunst, der Wissenschaft und der Wohltätigkeit gewidmeten Gebäude, die geschichtlichen Denkmäler, die Hospitäler und Sammelplätze für Kranke und Verwundete soviel wie möglich zu schonen, vorausgesetzt, daß sie nicht gleichzeitig zu einem militärischen Zwecke Verwendung finden. Pflicht der Belagerten ist es, diese Gebäude oder Sammelplätze mit deutlichen besonderen Zeichen zu versehen und diese dem Belagerer vorher bekanntzugeben.
Artikel 28 Es ist untersagt, Städte oder Ansiedelungen, selbst wenn sie im Sturme genommen sind, der Plünderung preiszugeben. ...<<
Am 9. Dezember 1948 wurde die UN-Konvention "über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes" offiziell verabschiedet und verkündet (x075/52-53): >>...
Art. I. Die vertragsschließenden Parteien bestätigen, das Völkermord, ob im Frieden oder im Krieg begangen, ein Verbrechen gemäß dem internationalen Recht ist, zu dessen Verhütung und Bestrafung sie sich verpflichten.
Art. II. In dieser Konvention bedeutet Völkermord eine der folgenden Handlungen, die in der Absicht begangen wird, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören:
a) Tötung von Mitgliedern einer Gruppe;
b) Verursachung von schwerem körperlichem oder seelischem Schaden an Mitgliedern der Gruppe;
c) vorsätzliche Auferlegung von Lebensbedingungen für die Gruppe, die geeignet sind, ihre körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen;
d) Verhängung von Maßnahmen, die auf die Geburtenverhinderung innerhalb der Gruppe gerichtet sind;
e) gewaltsame Überführung von Kindern der Gruppe in eine andere Gruppe. ...<<
Es handelte sich nach dem Haager Abkommen vom 18.10.1907 ("Gesetze und Gebräuche des Landkrieges"; Art. 23 Abs. 1 b und Art. 46) bei den Morden, schweren Körperverletzungen und systematischen Massenvergewaltigungen durch die Soldaten der Roten Armee in Ost- und Mitteldeutschland eindeutig um Kriegsverbrechen (x086/245): >>Die meuchlerische Tötung oder Verwundung von Angehörigen des feindlichen Volkes oder Heeres ist verboten ...<<
>>... Auf besetztem feindlichen Gebiet (sind) ... die Ehre und die Rechte der Familie, das Leben der Bürger und das Privateigentum sowie die religiösen Überzeugungen zu achten.<<
Das Völkerrecht kennt keine gerechten und keine entschuldbaren Verbrechen oder Menschenrechtsverletzungen, denn Recht und historische Wahrheit sind nicht teilbar. Alle Kriegsverbrechen, Völkermord oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit bleiben unverjährbare Verbrechen, die unerschütterlich zu bestrafen und zu sühnen sind, egal, wer die Taten begangen hat und wer die Verantwortung dafür übernehmen muß. Die aktiven Täter und passiven Verantwortlichen von Völkerrechtsverletzungen sind für ihre Verbrechen durch die Vereinten Nationen juristisch-völkerrechtlich zur Rechenschaft ziehen.

Aufgrund der permanenten Kollektivschuldvorwürfe gegen das deutsche Volk kann es nicht länger akzeptiert werden, daß die an Deutschen verübten Kriegs- und Nachkriegsverbrechen bis in alle Ewigkeit ignoriert und ungesühnt bleiben, "nur weil diese Opfer Deutsche bzw. Nicht-Menschen waren".
Das Völkerrecht gilt für alle Völker und aus Unrecht kann niemals Recht werden, deshalb sind sämtliche Verletzungen des humanitären Völkerrechts (Kriegsverbrechen, Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit) juristisch zu untersuchen und zu ahnden.
Die Vereinten Nationen setzten zum Beispiel im Jahre 1993 und 1994 Kriegsverbrechertribunale ein, um Verletzungen des humanitären Völkerrechts im ehemaligen Jugoslawien und in Ruanda zu verfolgen und zu sühnen.
Da Kriegsverbrechen nicht kraft Verjährung enden, sind die sowjetischen Verantwortlichen für ihr völkerrechtswidriges Handeln in Ost- und Mitteldeutschland sowie in Berlin zur Verantwortung zu ziehen.
Die Vereinten Nationen müssen diese ungesühnten Verbrechen an der deutschen Zivilbevölkerung endlich angemessen aufklären, die Schuldigen ermitteln und die unfaßbaren Geschehnisse ächten, um endlich die Ehre der geschändeten oder ermordeten Opfer und ihrer Hinterbliebenen wiederherzustellen.
In der Nachkriegszeit wagte es niemand in DDR oder in der BRD, die alliierten Siegermächte öffentlich zu kritisieren oder wegen der zahllosen Kriegs- und Nachkriegsverbrechen anzuklagen. Es wird allmählich Zeit, sich zum Selbstbestimmungsrecht für alle Deutschen zu bekennen. Die an Deutschen verübten völkerrechtswidrigen Kriegs- und Nachkriegsverbrechen dürfen nicht wie bisher stillschweigend übergangen oder in das Gegenteil umwandelt werden. Ein gutes nachbarliches Verhältnis, gegenseitiges Verzeihen und glaubwürdige Verständigung können nicht durch zum Teil erpreßte Wiedergutmachungszahlungen und feige Selbstverleugnung erworben werden.
Damit die geschändeten oder ermordeten Opfer endlich ihren Frieden finden können, ist es unsere christliche Pflicht, diese ungesühnten Verbrechen an der deutschen Zivilbevölkerung letzten Endes ungeachtet aller internationalen Probleme angemessen aufzuklären, die Schuldigen zu ermitteln und die unfaßbaren Geschehnisse zu ächten.
Die Regierungen der UdSSR leugneten jahrzehntelang alle Kriegsverbrechen und auch Rußland gab nie eine öffentliche oder offizielle Entschuldigung ab, deshalb sollte die russische Regierung (Rechtsnachfolger der UdSSR) aufgefordert werden, alle sowjetischen Denkmäler, die die angebliche Befreiungsmission der Roten Armee in Berlin sowie in Mittel- und Ostdeutschland bis zum heutigen Tag verherrlichen, umgehend abzubauen und zur Wiedererrichtung nach Rußland zu transportieren.

Der Zusammenbruch des NS-Regimes

> Ich hör' grundsätzlich erst 5 Minuten nach 12 auf!
> *Adolf Hitler (1889-1945, österreichischer NS-Politiker)*

Befreiung der KZ-Häftlinge

Hitler erteilte am 12. März 1945 den Befehl, sämtliche Konzentrationslager zu sprengen und die KZ-Häftlinge zu töten. Himmler, der seinen Kopf retten wollte, gab diesen Führerbefehl aber nicht mehr weiter (x040/271).
Im April/Mai 1945 löste man in Mittel- und Westdeutschland noch vielerorts "gefährdete" KZ-Außenlager auf und hetzte die kraftlosen KZ-Häftlinge in die Zentrallager. Die KZ-Häftlinge aus Sachsenhausen/Oranienburg wurden z.B. nach Schwerin "verlagert". Auch während dieser Märsche starben noch Tausende von Inhaftierten an Entkräftung, Hunger und an Krankheiten oder wurden einfach wegen Marschbehinderung totgeschlagen bzw. erschossen.

Im Verlauf einer "Umsiedlungsaktion" von Buchenwald nach Dachau schloß man u.a. die KZ-Häftlinge in 50 Güterwagen ein und überließ sie tagelang ihrem Schicksal. Alle KZ-Häftlinge starben qualvoll an Erstickung, Hunger und Durst (x083/200).
Als britische Truppen am 15. April 1945 das völlig überfüllte Konzentrationslager Bergen-Belsen in der Lüneburger Heide befreiten, lag über dem Lager Bergen-Belsen ein unerträglicher Verwesungsgeruch und in den einzelnen Lagerabteilungen herrschten entsetzliche Zustände.
Obwohl das KZ Bergen-Belsen höchstens für ca. 10.000 Häftlinge ausgelegt war, wurden im Februar/März 1945 bereits etwa 80.000-90.000 Häftlinge im Lager inhaftiert. Infolge der unzureichenden sanitären Einrichtungen, mangelhafter Verpflegung und durch eingeschleppte Seuchen (z.B. Fleckfieber, Ruhr, Typhus) kam es zwangsläufig zur Katastrophe.
Seit Februar 1945 hatte man im Konzentrationslager Bergen-Belsen die Neuankömmlinge nicht mehr registriert und die Toten nicht mehr beerdigt, da die kraftlosen KZ-Häftlinge bereits keine Massengräber mehr ausheben konnten. Bis Ende März 1945 wurden deshalb alle Toten verbrannt. Danach fehlten jedoch die erforderlichen Brennstoffe (Benzin), so daß man die Leichen in langen Reihen aufschichtete und notdürftig mit Chlor bedeckte. Allein von Anfang Januar bis Mitte April 1945 starben im KZ Bergen-Belsen rd. 35.000 Menschen.
Nach der Befreiung entdeckten die Briten im KZ Bergen-Belsen mehrere große "Leichenberge" (Länge: ca. 12-15 m).
Als der NS-Lagerkommandant Josef Kramer das Konzentrationslager am 15.04.1945 an die Briten übergab, lebten noch ca. 60.000 Gefangene. Nach der Befreiung starben noch etwa 13.000 KZ-Häftlinge an den Folgen der unmenschlichen Behandlung und der Seuchen (x051/-69).
Der deutsche Staatsanwalt Willy Dreßen schrieb später über das Konzentrationslager Bergen-Belsen (x051/68-69): >>Bergen-Belsen, nationalsozialistisches KZ im Kreis Celle (seit März 43), Mitte Juli 43 fertig gestellt, bestimmt zur Aufnahme von ca. 10.000 weiblichen und männlichen jüdischen Häftlingen verschiedener europäischer Nationalitäten, denen Auswanderung zum Austausch gegen deutsche Heimkehrer versprochen war.
Die Insassen durften zunächst nicht zur Arbeit herangezogen werden, erst seit 1944 galt für einen Teil der Häftlinge Arbeitszwang (Entladen von Waggons, Erdarbeiten u.a.). Bergen-Belsen gliederte sich in einzelne Abteilungen, die größte war das Sternlager ("Judenstern"). An zweiter Stelle stand das sogenannte " Neutralenlager" für nichtaustauschfähige Juden aus neutralen Staaten. Die Verpflegungs-, Unterbringungs- und hygienischen Verhältnisse entsprachen dem in KZ üblichen unzulänglichen Standard. Die Häftlinge wurden – obwohl Bergen-Belsen als Vorzugslager galt – von den Block- und Kommandoführern schikaniert und mißhandelt.
Austauschaktionen gab es 1944 nach Palästina (222 Personen) gegen dort internierte deutsche Staatsbürger, in die Schweiz (1.685 ungarische Juden) gegen eine Kopfquote von rund 1.000 Dollar sowie in die USA und Nordafrika (rund 800 Personen) im Austausch gegen in Amerika internierte deutsche Bürger. Im Lauf des Jahres 1943 kamen aus anderen KZ kranke Häftlinge in eine gesonderte Abteilung (Erholungslager), in der schließlich etwa 2.000 Häftlinge untergebracht wurden.
Mangel an Medikamenten und miserable hygienische Verhältnisse führten zu vielen Todesfällen. V.a. im Juni/Juli 44 wurden zahlreiche schwerkranke Häftlinge durch Phenoleinspritzungen getötet. Neben dem "Erholungslager" wurde Mitte August ein "Einweisungslager" (Zeltlager) für polnische Frauen eingerichtet, das Ende 44/Anfang 45 durch Tausende kranke weibliche Häftlinge aus Auschwitz total überfüllt wurde.
Gegen Kriegsende diente Bergen-Belsen dann als Auffanglager für zigtausend aus anderen KZ evakuierte Häftlinge. Es kam zur Katastrophe: Seit Februar 45 wurden die Neuankömmlinge

nicht einmal mehr registriert. Die Verluste durch Hunger, Seuchen und Erschöpfung waren schrecklich. Allein von Anfang Januar 45 bis Mitte April 45 starben in Bergen-Belsen rund 35.000 Menschen. Als der Kommandant Josef Kramer am 15.4.45 das Lager an die Engländer übergab, befanden sich in Bergen-Belsen noch ca. 60.000 Überlebende, von denen nach der Befreiung noch 13.000 an Erschöpfung und Seuchen u.a. starben.
Kramer wurde von den Engländern zum Tod verurteilt und hingerichtet, sein Vorgänger Rudolf Haas 1950 für tot erklärt.<<
Von den 714.200 KZ-Häftlingen, die im April/Mai 1945 in den mittel- und westdeutschen Konzentrationslagern inhaftiert waren, starb etwa jeder dritte KZ-Häftling an Hungerkatastrophen oder Seuchen (x090/302). In fast allen Lagern türmten sich regelrechte Leichenberge, so daß die westlichen Alliierten zuerst fälschlicherweise annahmen, daß es sich um Vernichtungslager handeln würde.
Die wenigen Überlebenden, fast alle zum Skelett abgemagert, berichteten Schauriges (von sadistischen Folterungen, tödlichen "medizinischen" Experimenten und anderen Qualen). Für das deutsche Volk schlug damals die unerbittliche Stunde der Wahrheit. Alles, was das NS-Regime geschickt verschleiert hatte und den meisten Deutschen bisher verborgen geblieben war, kam jetzt an das Licht des Tages. Als die deutsche Bevölkerung später zum ersten Mal mit den unsäglichen Bildern des Grauens konfrontiert wurde, war sie vor Entsetzen regelrecht gelähmt.
Die US-Kriegskorrespondentin Martha Gellhorn (1908-1998) berichtete damals über die Befreiung des KZ Dachau (x083/204-205): >>... Jetzt waren wir am Krematorium. "Halten Sie sich lieber ein Taschentuch vor die Nase", sagte der Führer. Da, plötzlich und doch nicht zu glauben, niemals, waren die Leiber der Toten. Sie waren überall. Sie lagen stapelweise im Ofenraum, aber die SS hatte keine Zeit mehr gehabt, sie zu verbrennen. Sie lagen in Haufen vor der Tür und am Gebäude entlang. Alle waren nackt, und hinter dem Krematorium waren die zerlumpten Kleider der Toten ordentlich aufgehäuft, Hemden, Jacken, Hosen, Schuhe, die ihre Sterilisation und Weiterverwendung erwarteten.
Die Kleidungsstücke wurden sorgfältig behandelt, aber die Leichen wurden wie Müll hingekippt und verwesten in der Sonne, gelb und nichts als Knochen, riesig gewordene Knochen, denn kein Fleisch bedeckte sie mehr, grauenhafte, entsetzliche, peinigende Knochen, und der unerträgliche Geruch des Todes.
Wir haben inzwischen alle eine Menge gesehen; wir haben zu viele Kriege gesehen und zu viel gewaltsames Sterben, wir haben Lazarette gesehen, blutig und besudelt wie Schlachthäuser; über den halben Erdball haben wir die Toten wie Bündel auf allen Straßen liegen gesehen. Aber nirgendwo hat es etwas gegeben wie dies hier. Nichts am Krieg war jemals so wahnsinnig brutal wie diese verhungerten und mißhandelten, nackten, namenlosen Toten.
Hinter einem Haufen solcher Toten lagen die bekleideten, gesunden Körper der deutschen Soldaten, die man in diesem Lager angetroffen hatte. Sie wurden auf der Stelle erschossen, als die nordamerikanische Armee einzog. Und zum 1. Mal konnte man einen toten Menschen anschauen und sich freuen ...<<
General Eisenhower erklärte später nach der Besichtigung des befreiten KZ-Lagers Ohrdruf (Außenlager des KZ Buchenwald) (x114/2.25): >>... Ich bin niemals imstande gewesen, die Gefühle zu schildern, die mich überkamen, als ich zum erstenmal ein so unbeschreibliches Zeugnis für die Unmenschlichkeit der Nazis vor Augen hatte - ein Zeugnis dafür, daß sie sich über die einfachsten Gebote der Menschlichkeit in skrupelloser Weise hinwegsetzten. Bisher hatte ich nur gewußt, daß es Lager dieser Art gäbe, alles andere kannte ich nur vom Hörensagen. Nichts hat mich so erschüttert, wie dieser Anblick.<<

Hitlers Ende

Als Hitler während der täglichen Lagebesprechung am 30. April 1945 erfuhr, daß die sowjetischen Truppen bereits den Potsdamer Platz erreicht hatten und z.T. nur noch 300-400 m entfernt waren, ließt Hitler am Nachmittag seinen Wolfshund "Blondi" vergiften. Danach verabschiedeten sich Hitler und seine Frau, um Selbstmord zu begehen.

Hitler, der seit 1933 die "alleinige Führerverantwortung" verherrlichte, entzog sich erwartungsgemäß der Haftung und Verantwortung. Adolf Hitler (1889 in Braunau/Österreich geboren) schoß sich am 30. April 1945 einige Minuten nach dem Tod seiner Ehefrau in die rechte Schläfe und zerbiß vermutlich gleichzeitig eine Blausäurekapsel (x044/82).

Der uneinsichtige Zyniker äußerte kurz vor seinem Freitod am 30. April 1945 (x033/611): >>... Ich weiß, morgen schon werden mich Millionen Menschen verfluchen, - das Schicksal wollte es nicht anders ...<<

Im politischen Testament Hitlers hieß es z.B. (x023/368-369,372): >>... Ich habe noch drei Tage vor Ausbruch des deutsch-polnischen Krieges dem britischen Botschafter in Berlin eine Lösung der deutsch-polnischen Probleme vorgeschlagen – ähnlich der im Falle des Saargebietes unter internationaler Kontrolle. Auch dieses Angebot kann nicht weggeleugnet werden. Es wurde nur verworfen, weil die maßgebenden Kreise der englischen Politik den Krieg wünschten, teils der erhofften Geschäfte wegen, teils getrieben durch eine, vom internationalen Judentum veranstaltete Propaganda.

Ich habe aber auch keinen Zweifel darüber gelassen, daß, wenn die Völker Europas wieder nur als Aktienpakete dieser internationalen Geld- und Finanzverschwörer angesehen werden, dann auch jenes Volk mit zur Verantwortung gezogen wird, daß der eigentliche Schuldige an diesem mörderischen Ringen ist: Das Judentum!

Ich habe weiter keinen darüber im Unklaren gelassen, daß dieses Mal nicht nur Millionen Kinder von Europäern der arischen Völker verhungern werden, nicht nur Millionen erwachsener Männer den Tod erleiden und nicht nur Hunderttausende von Frauen und Kindern in den Städten verbrannt und zu Tode bombardiert werden dürften, ohne daß der eigentliche Schuldige, wenn auch durch humanere Mittel, seine Schuld zu büßen hat.

Nach einem sechsjährigen Kampf, der einst in die Geschichte trotz aller Rückschläge als ruhmvollste und tapferste Bekundung des Lebenswillens eines Volkes eingehen wird, kann ich mich nicht von der Stadt trennen, die die Hauptstadt dieses Reiches ist.

Da die Kräfte zu gering sind, um dem feindlichen Ansturm gerade an dieser Stelle noch länger standzuhalten, der eigene Widerstand aber durch ebenso verblendete wie charakterlose Subjekte allmählich entwertet wird, möchte ich mein Schicksal mit jenem teilen, das Millionen anderer auch auf sich genommen haben, indem ich in dieser Stadt bleibe. Außerdem will ich nicht Feinden in die Hände fallen, die zur Erlustigung ihrer verhetzten Massen ein neues, von Juden arrangiertes Schauspiel benötigen.

Ich hatte mich daher entschlossen, in Berlin zu bleiben und dort aus freien Stücken in dem Augenblick den Tod zu wählen, in dem ich glaube, daß der Sitz des Führers und Kanzlers nicht mehr gehalten werden kann. Ich sterbe mit freudigem Herzen angesichts der mir bewußten unermeßlichen Taten und Leistungen unserer Soldaten an der Front, unserer Frauen zuhause, den Leistungen unserer Bauern und Arbeiter und dem in der Geschichte einmaligen Einsatz unserer Jugend, die meinen Namen trägt. ...<<

>>... Vor allem verpflichte ich die Führung der Nation und die Gefolgschaft zur peinlichen Einhaltung der Rassengesetze und zum unbarmherzigen Widerstand gegen den Weltvergifter aller Völker, das internationale Judentum.

Gegeben zu Berlin, den 29. April 1945, 4.00 Uhr.

Adolf Hitler

Als Zeuge:
Dr. Joseph Goebbels, Martin Bormann, Wilhelm Burgdorf, Hans Krebs.<<
Der NS-Rundfunk berichtete am 1. Mai 1945, um 22.26 Uhr, über Hitlers angeblichen Heldentod (x023/352): >>Aus dem Führerhauptquartier wird gemeldet, daß unser Führer Adolf Hitler heute nachmittag in seinem Befehlsstand in der Reichskanzlei, bis zum letzten Atemzug gegen den Bolschewismus kämpfend, für Deutschland gefallen ist. Am 30. April hat der Führer Großadmiral Dönitz zu seinem Nachfolger ernannt.<<
Adolf Hitler gehörte sicherlich zu den erstaunlichsten Personen der Weltgeschichte. Obwohl dieser arbeitslose, berufslose "Künstler" noch mit 30 Jahren eine gescheiterte Existenz war, wurde der ehemalige Österreicher mit 44 Jahren das Staatsoberhaupt des Deutschen Reiches und hinterließ mit 56 Jahren ein einzigartiges Chaos.
Hitler war zweifelsfrei ein gefährlicher Psychopath, der unter "normalen Umständen" sicherlich irgendwann im Irrenhaus oder im Zuchthaus gelandet wäre. Er verdankte seine "außergewöhnliche Karriere" in erster Linie den verhängnisvollen Folgen der Versailler "Friedensverträge", die das Deutsche Reich nach dem Ersten Weltkrieg fast völlig zerbrachen.
Nach Hitlers Wahnvorstellungen sollte das "Dritte Reich" 1.000 Jahre dauern, aber schon nach "nur" 12 Jahren war der "braune Spuk" bereits vorbei. Der Traum vom 1.000jährigen 3. Reich wurde für die deutsche Nation schließlich zu einem endlosen Alptraum.
In der deutschen Geschichte gab es noch nie eine Epoche (einschließlich der verheerenden Katastrophen, die sich im Verlauf der Völkerwanderungen und des 30jährigen Krieges ereigneten), die Frauen, Kindern und alten Menschen vergleichbare Belastungen und unmenschliche Qualen auferlegte. Millionen von Ost- und Volksdeutschen, die größtenteils keine NS-Verbrechen verübt hatten, wurden 1944/45 dem sicheren Verderben preisgegeben. Die naiven Volksgenossen merkten erst nach dem Zusammenbruch des "Dritten Reiches", daß man sie nur unentwegt belogen und betrogen hatte.
Durch die furchtbaren, ungeheuerlichen NS-Massenverbrechen besudelte Hitler das Ansehen und die Ehre des gesamten deutschen Volkes, das sich seit uralten Zeiten besonders durch seinen ausgeprägten Sinn für Recht und Redlichkeit ausgezeichnet hatte. Innerhalb von nur 12 Jahren zerstörte dieser größenwahnsinnige "Führer" eine mehr als 1.000jährige glanzvolle deutsche Geschichte. Hitler, der sich schon bald als ein wahrer Teufel in Menschengestalt entpuppte, degradierte die jahrhundertelang geachteten, stolzen Deutschen schließlich zu einem gebrochenen und mit beispielloser Schande belasteten "Volk der Täter".
Vor allem der völlig sinnlose Völkermord an den europäischen Juden wird Hitler bzw. das deutsche Volk infolge der sogenannten "Kollektivschuld" wahrscheinlich ewig brandmarken und diskriminieren. Dieser "selbsternannte Führer", der seine treue Gefolgschaft eigentlich nur verachtet hatte, zertrümmerte vermutlich für alle Zeiten das herausragende kulturelle und politische Ansehen der bisherigen und zukünftigen deutschen Generationen.
Hitler hinterließ ein fast völlig zerstörtes Land und führte das Deutsche Reich nicht nur in die größte militärische und moralische Katastrophe der deutschen Geschichte, sondern er verursachte außerdem eine Staatsverschuldung von gigantischen Ausmaßen (Schulden des Deutschen Reiches 1932 = 11,4 Milliarden RM, 1939 = 30,0 Milliarden RM, Mai 1945 = ca. 380,0-400,0 Milliarden RM (x033/620). Das Deutsche Reich verlor außerdem etwa 50 % = 300,0 Milliarden RM des gesamten Volksvermögens (x074/1158).

Der Prager Aufstand
Im März 1945 hielten sich schon mehr als 1,5 Millionen Flüchtlinge aus Schlesien und Südosteuropa im Sudetenland sowie im Protektorat Böhmen und Mähren auf. Nach den großen Fluchtstrapazen fühlten sich die Flüchtlinge zunächst sicher und geborgen. Als im April unübersehbare Flüchtlings- und Wehrmachtskolonnen eintrafen, wurde die Lage jedoch allmäh-

lich chaotisch. Trotz aller Hektik und Panik verhielten sich die Tschechen bis zum 4./5. Mai 1945 merkwürdig ruhig. Nichts deutete auf die drohende Katastrophe hin.
Viele Sudetendeutsche und Flüchtlinge wußten damals nicht, daß Exilpräsident Dr. Benesch bereits während seiner Rundfunkbotschaft am 27.10.1943 radikale Vergeltungsmaßnahmen angedroht hatte (x004/50-51): >>... In unserem Land wird das Ende des Krieges mit Blut geschrieben werden. Den Deutschen wird alles erbarmungslos und vielfach zurückgeben werden, was sie in unserem Land verbrochen haben. ... In unserem Land wird gnadenlos und mit doppelter Münze heimgezahlt werden, was sie in unserem Land seit 1938 angerichtet haben.<<
Am 3. Februar 1944 hatte Dr. Benesch (Chef der tschechischen Exilregierung) vor dem britischen Staatsrat in London nochmals Gewalttaten angekündigt (x004/51): >>... Der Umsturz in der CSR muß gewaltsam, muß eine gewaltige Volksabrechnung mit den Deutschen und den faschistischen Gewalttätern, ein blutiger, unbarmherziger Kampf sein.<<
Am 4. Mai 1945 wurde in Prag der Ausnahmezustand (nächtliche Ausgangssperre) verhängt, weil sich die tschechische Bevölkerung zunehmend aggressiver benahm. In Prag hielten sich damals rd. 150.000 deutsche Zivilisten und ca. 50.000 deutsche Verwundete auf, die man in 18 Heereslazaretten untergebracht hatte (x004/52).
Am Morgen des 5. Mai 1945 brach urplötzlich der tschechische Aufstand gegen die deutsche Besatzungsmacht los. Gegen Mittag massakrierten kommunistische Kampfgruppen die SS-Wachen des Rundfunksenders Prag II. Die Aufständischen besetzten danach den Sender und riefen die tschechische Bevölkerung zum bedingungslosen Aufstand auf (x004/55).
Als die letzten deutschen Truppenkolonnen am 9. Mai 1945 aus Prag abzogen, griffen sowjetische Panzertruppen der 1. Ukrainischen Front (Konjew) an und walzten die deutschen Nachhuten nieder.
Der Rundfunksender Prag II meldete sofort die Ankunft der Sowjets (x005/110): >>Die deutsche Wehrmacht ergibt sich! ... Die SS ist vertrieben! ... Es lebe Stalin und die glorreiche Rote Armee! ...<<
Vor allem die Meldung, daß von den deutschen Truppen keine Vergeltung mehr zu befürchten wäre, ließ in Prag einen Sturm der Gewalt gegen die zurückgebliebenen Deutschen losbrechen.
Im Verlauf des Prager Aufstandes wurden im Protektorat Böhmen und Mähren etwa 15.000 deutsche Zivilisten umgebracht und Tausende schwer mißhandelt und gefoltert (x010/47). In den folgenden 12 Tagen kamen im Protektorat Böhmen und Mähren sowie im Sudetenland weitere 27.000 deutsche Zivilisten um. Nach tschechischen Angaben wurden beim Prager Aufstand ca. 2.400 Tschechen getötet (x004/60).
Aufgrund der begrenzten Plünderungsfreiheit führten die sowjetischen Soldaten zwar Plünderungen und zahlreiche Gewalttaten durch, aber Massenverbrechen, wie sie sich z.B. in den deutschen Ostgebieten ereigneten, fanden in der Tschechoslowakei nicht statt. Nach dem Einmarsch der Roten Armee griffen sowjetische Offiziere gelegentlich sogar ein, um deutsche Verfolgte vor dem tschechischen Pöbel zu schützen.
Nach einer offiziellen tschechischen Statistik kamen im Verlauf der deutschen Besatzungszeit und beim tschechischen Aufstand insgesamt mindestens 36.700 Tschechen (ohne ca. 233.000 jüdisch-tschechische Mordopfer) um (x025/252, x061/482).
Im Jahre 1960 veröffentlichte das Statistische Bundesamt Wiesbaden erstmalig die offiziellen "Nachkriegsverluste" der Tschechoslowakei-Deutschen. Nach langjährigen Ermittlungen meldete man 266.600 "ungeklärte Fälle" (x016/79).
Das Bundesarchiv Koblenz berichtete im Jahre 1974 über die tschechischen Gewalttaten und Zwangsmaßnahmen (x010/43-44): >>... Böhmen und Mähren-Schlesien (standen) seit dem Prager Aufstand vom 5. Mai 1945 ... im Zeichen nationalistischer Haßgefühle sowie eines

Vergeltungsdranges insbesondere gegenüber den Sudetendeutschen, die als Verräter des tschechischen Staates betrachtet wurden.
In Abschnitt VIII des Kaschauer Programms der tschechischen Regierung der Nationalen Front der Tschechen und Slowaken vom 5.4.1945 wurde die deutsche und magyarische Minderheit zu einem großen Teil als "das gefügige Werkzeug einer gegen die Republik gerichteten auswärtigen Eroberungspolitik" bezeichnet, "von denen sich vor allem die tschechischen Deutschen direkt zu einem Ausrottungsfeldzug gegen das tschechische und slowakische Volk hergaben."
Geschürt wurde der Haß durch Reden und Broschüren politischer Persönlichkeiten sowie durch Presseartikel, worin zu einer kollektiven Bestrafung der Deutschen für begangene Verbrechen aufgefordert wurde. Bei den Ausschreitungen gegenüber den Deutschen mag bei manchen der Täter entfesselte nationalistische Leidenschaft, bei anderen blinder politischer Fanatismus eine Rolle gespielt haben, viele waren jedoch von opportunistischen Motiven und niedrigsten Instinkten bestimmt. Darauf weisen die zahlreich überlieferten Nachrichten über sadistische Handlungen hin.
An den hier gegenüber der deutschen Bevölkerung verübten Gewalttaten waren beteiligt:
- die teilweise kommunistisch beeinflußte Revolutionsgarde, ... ihre Angehörigen nannten sich Partisanen, obwohl sie größtenteils erst nach Beendigung der Kampfhandlungen der Garde zugeströmt waren;
- Soldaten und Offiziere der in der Sowjetunion unter General Svoboda gebildeten tschechischen Befreiungsarmee;
- die SNB (Wache der nationalen Sicherheit), die die Funktion des Staatssicherheitsdienstes sowie der Gendarmerie und Polizei ausübte, und schließlich
- auf den Straßen der tschechische Mob.
Zu den Gewalttaten gehörten Tötungen, verübt in verschiedenster Weise durch Erschießen, Erhängen, Erschlagen, Ertränken, brutale und sadistische Mißhandlungen, ferner Vergewaltigungen von Frauen. Die Ausschreitungen richteten sich zunächst gegen die deutsche Bevölkerung in ihrer Gesamtheit ...<<
Der britische Historiker Christopher Duffy berichtete später über den "Prager Aufstand" (x100/308): >>Die Welle der Gewalt, die am 9. Mai ausgebrochen war, hielt noch monatelang an und erfaßte über Prag hinaus alle von Deutschen bewohnten Gebiete der Tschechoslowakei. Das Ungewöhnliche daran war, daß die Gewalt von der tschechischen Bevölkerung ausging und nicht von den sowjetischen Soldaten, die tatsächlich allen Grund hatten, die Deutschen zu hassen.
Die tschechoslowakische Regierung war erst 1989 zu einem Eingeständnis bereit, daß diese schmachvollen Ereignisse stattgefunden hatten. ...<<

Kapitulation der Deutschen Wehrmacht
Großadmiral Dönitz (nach Hitlers Selbstmord amtierender "Reichspräsident") bevollmächtigte am 2. Mai 1945 erfahrene Wehrmachtsbefehlshaber, unverzüglich Teilkapitulations- und Übernahmeverhandlungen aufzunehmen. In erster Linie wollte man genügend Zeit gewinnen, um die Soldaten des Ostheeres und die Flüchtlingsmassen vor den Sowjets zu retten. Für die Rettung des deutschen Ostheeres (noch etwa rd. 3.000.000 Soldaten) und der Flüchtlinge benötigte man mindestens 10 Tage.
Großadmiral Karl Dönitz (1891-1980), der von seiner Ernennung überrascht wurde, berichtete damals über seine militärische Strategie (x023/353): >>Schluß machen, Heldenkampf ist genug gekämpft, Volkssubstanz erhalten, keine unnötigen Blutopfer mehr.
Um Menschen – Soldaten und Zivilpersonen – vor dem Bolschewismus zu retten, Fortsetzung des Kampfes gegen Osten, besonders mit Rücksicht auf die Flüchtlinge in Mecklenburg, die

Armee Wenck in Brandenburg und die Armeegruppe Schörner im Protektorat; weiterkämpfen an der Elbe bei Lauenburg, um das Loch zwischen Lübeck und Lauenburg offenzuhalten. ...<<
Der damalige Staatschef Dönitz schrieb später in seinem Buch "10 Jahre und 20 Tage" (x031/-25): >>... Es war mir klar, daß mir die dunkelste Stunde bevorstand, die ein Soldat erleben konnte, die Stunde der bedingungslosen militärischen Kapitulation. Ich wußte auch, daß mein Name für alle Zeiten mit ihr verknüpft bleiben würde und daß man mit Haß und Tatsachenentstellung versuchen würde, meine Ehre anzugreifen. Das Gebot der Pflicht verlangte von mir, daß dies alles keine Rolle spielen durfte.
Mein Regierungsprogramm war einfach. Es galt, so viele Menschenleben zu retten wie möglich. Das Ziel war das gleiche wie in den letzten Kriegsmonaten. Alle Maßnahmen waren unter diesem Gesichtspunkt zu treffen. ...<<
Feldmarschall Montgomery (britischer Oberbefehlshaber) akzeptierte am 4. Mai 1945 die deutsche Teilkapitulation, weil er weitere deutsch-britische Kämpfe vermeiden wollte (x023/-353).
Im britischen Hauptquartier in der Lüneburger Heide unterzeichnete Generaladmiral von Friedeburg um 18.30 Uhr die Kapitulationsurkunde für alle deutschen Streitkräfte in den Niederlanden, Nordwestdeutschland, Dänemark und in Norwegen (ab 5.05.1945, 8.00 Uhr). Montgomery erteilte anschließend den Befehl, die Wehrmachtstruppen aus Mecklenburg (Heeresgruppe Weichsel, Generaloberst Student) in britische Kriegsgefangenschaft zu übernehmen.
Zum Problem der Flüchtlingsübernahme bemerkte der britische Oberbefehlshaber (x044/86): >>... Er wolle über Möglichkeiten nachdenken, er sei ja kein Unmensch.<<
Feldmarschall Montgomery, der im Gegensatz zu General Eisenhower sehr viel tat, um den deutschen Flüchtlingen und Soldaten zu helfen, stellte später in seinen Erinnerungen fest (x028/91-92): >>Aus ihrem Verhalten merkte man sehr bald, daß die Russen, obschon gute Kämpfer, tatsächlich unzivilisierte Asiaten waren und noch nie eine Kultur gekannt hatten, die der des übrigen Europa vergleichbar war. Ihre Einstellung war in jeder Hinsicht völlig verschieden von unserer und ihr Benehmen, besonders gegenüber Frauen, widerte uns an. ...<<
Nach Abschluß der deutsch-britischen Verhandlungen flog von Friedeburg unverzüglich nach Reims und traf noch in der Nacht (am 4.05.1945) im nordamerikanischen Hauptquartier ein. Dort übermittelte von Friedeburg die deutschen Teilkapitulationsvorschläge.
US-Stabschef General Smith, der wie Eisenhower äußerst jähzornig war und schnell fuchsteufelswild wurde, teilte den Unterhändlern jedoch schon frühzeitig mit, daß General Dwight D. Eisenhower (1890-1969, Oberbefehlshaber der alliierten Truppen in Westeuropa, von 1953-61 34. US-Präsident) jede Art von Teilkapitulation ablehnen würde und höchstens eine bedingungslose Gesamtkapitulation anerkennen könnte (x044/86).
Da Eisenhowers Haltung unerbittlich blieb, unterzeichneten Generaloberst Alfred Jodl (Chef des OKW), Generaladmiral Hans-Georg von Friedeburg (Oberbefehlshaber der Kriegsmarine) und General Wilhelm Oxenius (Luftwaffe) am 7. Mai 1945, um 2.41 Uhr, die "bedingungslose" deutsche Gesamtkapitulation (in Kraft ab 9.05.1945, 0.01 Uhr).
Nach der Kapitulationsanerkennung erklärte Generaloberst Alfred Jodl im nordamerikanischen Hauptquartier (x027/425): >>Herr General, mit dieser Unterzeichnung sind das deutsche Volk und die deutsche Wehrmacht auf Gedeih und Verderb dem Sieger ausgeliefert. ... In dieser Stunde bleibt mir nichts, als auf die Großmut des Siegers zu hoffen.<<
Angesichts der feindseligen Haltung der Sieger, die verächtlich schwiegen, salutierte die deutsche Delegation und kehrte sofort nach Flensburg zurück.
Im Artikel 1 der Kapitulationsurkunde hieß es (x063/602): >>... (daß die) hier Unterzeichneten ... im Auftrag des Oberkommandos der Deutschen Wehrmacht handeln.<<
Die Gesamtkapitulation war demnach rein militärischer Natur und keine politische Übergabe

des gesamten deutschen Staatswesens, denn nicht die politischen Machthaber des Deutschen Reiches, sondern die Oberbefehlshaber der deutschen Wehrmacht unterzeichneten die Kapitulationsurkunde.
Mit dieser Kapitulation verhinderte die deutsche Wehrmacht wahrscheinlich unwissentlich den Abwurf der ersten Atombombe auf ein Ziel in Deutschland (x090/296).
Ein Angehöriger der US-Air Force (gehörte zur Flugzeugbesatzung, die am 9. August 1945 eine Atombombe auf Nagasaki abwarf) berichtete später (x165/493): >>... Wenn der Krieg länger gedauert hätte, wäre die Bombe in Europa eingesetzt worden, daß weiß ich. Wir haben öfters Simulationsflüge durchgeführt, die über zwei-, dreitausend Meilen gingen. Der Bomberschütze, ich und der Navigator, wir flogen diese Einsätze. Das war alles für Deutschland geplant, darauf waren wir die ganze Zeit eingestellt. Das es die Japaner treffen sollte, war, glaube ich, eine Entscheidung, die Truman in der letzten Sekunde gefällt hat.<<
In einer Rundfunkansprache gab Graf Schwerin von Krosigk ("Leiter der Geschäftsführenden deutschen Reichsregierung") am 7. Mai 1945 die Kapitulation bekannt (x033/614): >>... Das Oberkommando der Wehrmacht hat heute auf Geheiß des Großadmirals Dönitz die bedingungslose Kapitulation aller Truppen erklärt. ...
(Auf dem) Weg durch das Dunkel der Zukunft ... (müssen wir uns) durch 3 Sterne erleuchten und führen lassen, die stets das Unterpfand echten deutschen Wesens waren: Einigkeit und Recht und Freiheit!<<
Die britische Nachrichtenagentur "REUTERS" meldete am 8. Mai 1945 die bedingungslose Kapitulation der deutschen Wehrmacht (x111/12): >>Deutschland ist ein unterworfenes, erobertes und besetztes Land, das keine unabhängige Existenz hat. ...<<
Churchills Kommentar lautete am 8. Mai 1945 (x111/12): >>... Die bedingungslose Kapitulation unserer Feinde war das Signal für den größten Freudenausbruch in der Geschichte der Menschheit.<<
Charles de Gaulle erklärte am 8. Mai 1945 während eines Dankgottesdienstes in der Kathedrale von Notre-Dame in Paris (x111/12): >>... Als Staat, als Macht und als Doktrin ist das Deutsche Reich völlig zerstört.<<
General Eisenhower verbot den US-Soldaten am 8. Mai 1945 nochmals jeden persönlichen Kontakt mit der deutschen Bevölkerung (x111/12): >>Die Offiziere und Mannschaften haben auf den Straßen, in Häusern, Cafés, Filmtheatern usw. sich den deutschen Männern, Frauen und Kindern fernzuhalten. Ein Kontakt mit der Bevölkerung ist nur im dienstlichen Verkehr gestattet. Jede Art des persönlichen Umgangs hat zu unterbleiben. Ich wünsche keine gegenseitigen Besuche, keine Teilnahme an sozialen Veranstaltungen, kein Händeschütteln.
Bloße Kapitulation bedeutet noch nicht Frieden. Der Einfluß der Nazis hat alles durchdrungen, selbst die Kirche und die Schulen. Die Besetzung Deutschlands ist ein Kriegsakt, dessen oberstes Ziel die Vernichtung des Nazi-Systems ist. Für euch Soldaten ist es noch zu früh, zwischen guten und schlechten Deutschen zu unterscheiden. ...<<
Da Stalin ausdrücklich die Wiederholung der deutschen Kapitulationserklärung verlangte, unterzeichneten Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel (Chef des OKW), Generaladmiral von Friedeburg (Oberbefehlshaber der Kriegsmarine) und Generaloberst Hans-Jürgen Stumpff (stellvertretender Oberbefehlshaber der Luftwaffe) am 9. Mai 1945, um 0.16 Uhr, die militärische Kapitulationsurkunde im sowjetischen Hauptquartier in Berlin-Karlshorst
Die deutsche Gesamtkapitulation trat unverändert am 9. Mai 1945 um 0.01 Uhr in Kraft. An allen deutschen Frontabschnitten (mit Ausnahme der Tschechoslowakei) ruhten die Waffen.
Das Oberkommando der Wehrmacht gab am 9. Mai 1945 bekannt (x013/569): >>Seit Mitternacht schweigen nun an allen Fronten die Waffen. Auf Befehl des Großadmirals hat die Wehrmacht den aussichtslos gewordenen Kampf eingestellt. Damit ist das fast 6jährige heldenhafte Ringen zu Ende. Es hat uns große Siege, aber auch schwere Niederlagen gebracht.

Die deutsche Wehrmacht ist am Ende einer gewaltigen Übermacht ehrenvoll unterlegen.
Der deutsche Soldat hat, getreu seinem Eid, im höchsten Einsatz für sein Volk für immer Unvergeßliches geleistet. Die Heimat hat ihn bis zuletzt mit allen Kräften unter schwersten Opfern unterstützt.
Die einmalige Leistung von Front und Heimat wird in einem späteren gerechten Urteil der Geschichte ihre endgültige Würdigung finden.
Den Leistungen und Opfern der deutschen Soldaten zu Lande, zu Wasser und in der Luft wird auch der Gegner die Achtung nicht versagen. Jeder Soldat kann deshalb die Waffe aufrecht und stolz aus der Hand legen und in den schwersten Stunden unserer Geschichte tapfer und zuversichtlich an die Arbeit gehen für das ewige Leben unseres Volkes.
Die Wehrmacht gedenkt in dieser schweren Stunde ihrer vor dem Feinde gebliebenen Kameraden.
Die Toten verpflichten zu bedingungsloser Treue, zu Gehorsam und Disziplin gegenüber dem aus zahllosen Wunden blutenden Vaterland.<<
Nach der deutschen Kapitulation atmete die deutsche Bevölkerung zwar erleichtert auf, aber fast alle Deutschen reagierten gleichzeitig tief erschüttert. Infolge der Sinnlosigkeit des verlorenen Krieges, der jahrelang Tod und Verderben über Millionen gebracht hatte, brachen die meisten Deutschen vor Jammer und Schmerz regelrecht zusammen.
Kurt Schumacher (1895-1952, SPD-Politiker) berichtete am 9. Mai 1945 über das unglaubliche Ausmaß der deutschen Tragödie (x111/18): >>... Unübersehbar ist das Trümmerfeld, unvorstellbar das Elend, die Konzentrationslager, die Judenverfolgung, die Barbarei der Kriegsführung, die Plünderungen und Sklavenjagden in den besetzten Gebieten. Das eigene Volk ist ausgeblutet. Die Wirtschaft ist zerstört, ihre Substanz geschwunden. Das Land ist krank bis ins Mark. Die einfachsten Anforderungen des täglichen Lebens sind schier unlösbare Probleme geworden.<<
Der Politiker Theodor Heuss (1884-1963) notierte am 9. Mai 1945 in seinem Tagebuch (x111/18): >>Gestern haben die siegenden Mächte den Victory-Day gefeiert. Wir haben ihn am Radio registriert, in dem Bewußtsein, daß er einer der furchtbarsten Tage der deutschen Geschichte sei, doch in einer völlig anderen seelischen Situation als jener, in der wir den politisch-militärischen Zusammenbruch des November 1918 erlebten. ...<<
Am 23. Mai 1945 wurde die "Geschäftsführende Zentralregierung des Deutschen Reiches" durch die Siegermächte abgesetzt. Sämtliche Mitglieder der letzten deutschen Reichsregierung und des Oberkommandos der Wehrmacht (sog. "Dönitz-Clique") wurden am 23. Mai 1945 auf Weisung General Eisenhowers in Flensburg-Mürwik verhaftet und "als Kriegsgefangene" inhaftiert. Generaladmiral von Friedeburg beging noch am selben Tag in seiner Zelle Selbstmord (Giftkapsel).

Sieger und Verlierer des Zweiten Weltkrieges
Das Deutsche Reich, daß von den europäischen Großmächten Frankreich, England und der UdSSR nicht gestoppt werden konnte, wurde schließlich - wie im Ersten Weltkrieg - erst durch das Eingreifen der "Supermacht" USA vollständig besiegt.
US-General Eisenhower erklärte während der Verleihung der Londoner Ehrenbürgerrechte am 12. Juni 1945 (x114/1.43): >>... Viele Wochen eingehender Studien in dem verfallenen Deutschen Reich haben in mir die Überzeugung reifen lassen, daß Deutschland nie wieder zu einem Zustand zurückkehren wird, den die Deutschen selbst als "normal" empfinden. Die Deutschen verstehen unter dem Begriff "normal" die Vorstellung, daß Deutschland imstande ist, mit jeder anderen hochzivilisierten und stark industrialisierten Nation der Welt konkurrieren zu können.
Dieses Ziel wird Deutschland, obgleich es heute Millionen Reichsangehörigen vorschwebt,

nie wieder erreichen, das heißt, wenn die Anregungen befolgt werden, die von mir und meinem Stab ausgehen. Rußland, Großbritannien und die Vereinigten Staaten sind zweifellos entschlossen, es Deutschland für alle Zeiten unmöglich zu machen, wieder einen Krieg zu führen, und damit ergeben sich zwangsläufig Vorsichtsmaßregeln, die Deutschland aus der Reihe der großen Industriestaaten ausschalten.<<

Die Anglo-Amerikaner beendeten zwar Hitlers größenwahnsinnige, menschenverachtende Expansionspolitik, aber gleichzeitig unterstützten sie auch Stalins Terrorregime und die Durchsetzung der maßlosen osteuropäischen Gebietsansprüche. Infolge dieser von den westlichen Alliierten geförderten gewaltsamen Expansionspolitik stieg die UdSSR unaufhaltsam zur neuen Weltmacht auf.

Stalin, der kühle Rechner und verschlagene Verhandlungsexperte, war eindeutig der Sieger des Zweiten Weltkrieges. Stalin hatte frühzeitig erkannt, was die westlichen Alliierten erst noch mühsam lernen mußten und zunächst nicht einsehen wollten: "Wer Deutschland beherrschte, besaß auch den Schlüssel für Westeuropa".

Die Westmächte verloren bereits bei den Konferenzen in Teheran, Jalta und in Potsdam vorzeitig den politischen Machtkampf gegen Stalin. Nach der Potsdamer Konferenz verschlechterten sich die Beziehungen der Kriegsalliierten zusehends.

Der "Kalte Krieg" gegen die einstigen Verbündeten war kein Zufallsprodukt, denn Stalin benötigte den "Eisernen Vorhang", um ungestört den Beginn der sog. "Kommunistischen Weltrevolution" einzuleiten. Der "verhinderte Priester" (Stalin) verwirklichte damals konsequent seine politischen Pläne und installierte in allen "befreiten Ländern" kommunistische Gesellschafts- bzw. Terrorsysteme.

Die osteuropäischen Staaten waren trotz der großen Menschenverluste die eigentlichen Gewinner des Zweiten Weltkrieges. Sie konnten ihre Staatsgebiete z.T. erheblich erweitern.

Nordamerika und die neue Supermacht UdSSR übernahmen nach dem Zweiten Weltkrieg schließlich die Weltherrschaft, während die bisherigen Machtzentren in Europa und Asien entscheidend geschwächt bzw. gänzlich ausgeschaltet wurden.

Die Nordamerikaner zeigten zunächst nur geringes Interesse, sich langfristig im geschwächten Nachkriegseuropa zu binden. Die Nordamerikaner waren hauptsächlich daran interessiert, aufnahmefähige Absatzmärkte zu sichern und ließen Stalin ungehindert agieren, so daß sich das kommunistische System nicht nur in Ost-Mitteleuropa, sondern auch in Südostasien (Korea, Nord-Vietnam) ungehindert ausdehnen konnte.

Für diese schwerwiegenden Fehler mußte Nordamerika später in Asien "bitteres Lehrgeld" zahlen, denn die anschließenden Kriege gegen Nord-Korea (1950-1953) und Nord-Vietnam (1965-1975) entwickelten sich zu den verlustreichsten Kriegen ("militärischen Niederlagen") der nordamerikanischen Geschichte.

Der kommunistische Führungsanspruch sowie die geistige und wirtschaftliche Isolierung Osteuropas führten in den folgenden Jahrzehnten zu dem größtenteils selbst verursachten sowjetischen Zusammenbruch, der letztlich im totalen Chaos endete und zur Teilauflösung der UdSSR führte.

Der deutsche Historiker Georg Bluhm berichtete später über die damalige Außenpolitik der USA gegenüber der UdSSR (x125/71): >>Die Zeit unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges brachte für die amerikanische Öffentlichkeit, aber auch für einflußreiche politische Kreise die Enttäuschung aller Hoffnungen, daß die Zusammenarbeit der Kriegskoalition zwischen den Großmächten fortgesetzt werden könnte, um dadurch für immer den Frieden in der Welt zu sichern.

Die Enttäuschung war um so größer, als Präsident Roosevelt in seinen Methoden sorgfältigst bemüht gewesen war, der Sowjetführung keinerlei Grund für irgendwelches Mißtrauen zu geben, weil das Fehlen jeglichen Mißtrauens als entscheidende Voraussetzung für den Ver-

zicht auf künftige "Machtpolitik", also für die ersehnte Zusammenarbeit der Großmächte auf Vertrauengrundlage angesehen wurde.
Als Preis für das Erreichen dieses ... Ideals hatte die amerikanische Führung während des Krieges gegenüber der Sowjetunion auf "Politik" im eigentlichen Wortsinne eigentlich verzichtet. So waren keinerlei Vorkehrungen getroffen worden, die den amerikanischen Willen zur gemeinsamen Friedenssicherung durch die Großmächte hätten erfolgreich durchsetzen können oder die auch nur hätten verhindern können, daß die Sowjetregierung ihre kommunistische Expansion in Ost-, Mittel- und Südosteuropa durchführte.
Die enttäuschende Erfahrung in den USA führte zu einer neuen Orientierung und Neukonzeption der amerikanischen Außenpolitik. In diesem Prozeß nahm Amerika bewußt die Bürde auf sich, durch den Zweiten Weltkrieg Führungsmacht der freiheitlichen westlichen Welt geworden zu sein. Der traditionelle Isolationismus wurde in jahrelanger Auseinandersetzung zurückgedrängt. Er besteht in den zurückliegenden Jahren bis heute fort. ...<<
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über den eigentlichen Sieger des Zweiten Weltkrieges (x068/267-269): >>... Wie die USA aus dem Ersten Weltkrieg, dessen eigentliche Gewinner sie waren, am besten herauskamen, so erst recht aus dem Zweiten.
Was die Europäer schwächte, hatte sie enorm gestärkt, ja zur mächtigsten Nation gemacht. Auch zur reichsten, mit Abstand. Nicht weniger als drei Viertel des gesamten Weltkapitals befanden sich in den USA. Ebenso zwei Drittel der gesamten Industriekapazität. All dies aber war ihnen mehr in den Schoß gefallen, als daß sie es sich erkämpft oder im strengen Sinn erarbeitet hätten. Auch deshalb verloren sie schon in wenigen Jahrzehnten eine einmalige industrielle Vormachtstellung.
Das Territorium der USA hatte durch den Krieg nicht gelitten. Kein Haus war zerbombt, kein Zivilist durch Kriegseinwirkungen getötet, keiner zum Flüchtling gemacht worden. Die Nation, seit nun bald zweihundert Jahren nie mehr innerhalb ihrer Grenzen attackiert, fühlte sich im Vollgefühl ihrer Kraft. Ruinen und Leichen in Europa und Japan, doch der "American way of life" nahm seinen Lauf, die "Pax Americana", das "amerikanische Jahrhundert" - mit dem Kalten Krieg, dem Koreakrieg, Vietnamkrieg, Golfkrieg und einer Fülle anderer "Interventionen".
Zur Sowjetunion war das Verhältnis der westlichen Führungsmacht gleich nach dem Zweiten Weltkrieg schon wieder so schlecht, wie es etwa noch 1931 gewesen war, als Präsident Hoover, der Vater der "Politik der guten Nachbarschaft", "die Vernichtung der UdSSR" sein Ziel genannt hatte. Zwar erkannte Roosevelt 1933 die Sowjetunion rasch an (freilich nur, um sie gegen Japan auszuspielen). Zwar fühlte sich die Masse der US-Amerikaner mit ihr im Weltkrieg eng verbunden. Doch bestand bereits neben dieser pro-russischen, scharf faschistenfeindlichen Richtung auch weiter eine antikommunistische Tendenz, ideologisch wie machtpolitisch motiviert, und sie setzte sich durch.
Schon während des ganzen Krieges hatten Deutsche und Amerikaner geheime, gegen die UdSSR gerichtete Verhandlungen geführt: in Vichy, Bern, Stockholm sowie im Vatikan, in Staaten, nebenbei, die mit Hitlerdeutschland sympathisierten. Und bereits Ende 1944 glaubte US-Admiral Furer die Amerikaner "jetzt darauf vorbereitet, der Tatsache ins Auge zu sehen, daß der Krieg zur Beendigung aller Kriege noch nicht gekämpft worden sei"; erklärte US-General Arnold gegenüber dem britischen Luftmarschall Portal, "unser nächster Feind sei Rußland".
Und kaum war Roosevelt beerdigt, so beschloß man einen Tag danach, am 15. April 1945, seine Politik umzukehren. Es geschah in einer Sitzung von etwa 15 Personen im Außenministerium, an der auch Vertreter des Kriegsministeriums teilnahmen, auch ehemalige Bankiers, wie John McCloy, auch Senator Vandenberg und John Foster Dulles, Präsidenten der führen-

den Aktiengesellschaften, der Präsident von General Motors, kurz, Repräsentanten von Großbanken und Großindustrie, die längst einen Kurswechsel befürwortet hatten. Sie alle wünschten einen milden Frieden mit Deutschland, um dies als Bollwerk gegen Rußland aufzubauen. Der Wechsel der amerikanischen Politik wurde eingeleitet, bevor ernsthafte Schwierigkeiten zwischen beiden Weltmächten bestanden. Und er wurde weder durch den Präsidenten noch den Kongreß sanktioniert. Er erfolgte außerhalb demokratischer Legalität.
Für Truman, einen erfahrenen Taktiker, jedoch ohne geistige Qualifikation, war die demokratische Mission der USA ebenso ausgemacht wie das Streben Moskaus nach Weltherrschaft. Schon wenige Tage nach seiner Amtsübernahme prahlte er, "daß die Russen bald auf ihren Platz verwiesen würden und daß die Vereinigten Staaten dann die Führung dabei übernehmen würden, daß die Welt so regiert werde, wie sie regiert gehöre".
Den Russen gegenüber benahm sich Truman immer unfreundlicher. Noch in der Schlußphase des Krieges hatte man versucht, sie von dem - zunächst so begehrten - Eintritt in den Krieg gegen Japan abzuhalten. Bei der Regierungsbildung in Italien und Griechenland wurden sie gar nicht mehr gefragt, ihre gewünschte große Anleihe von mindestens zehn Milliarden Dollar wurde ebenso übergangen wie schließlich jede zusätzliche Lend-Lease-Lieferung - während man dem Kriegsfeind Deutschland im ureigenen Interesse bald entgegenkam.
Es spricht für sich, daß Truman schon am 23. April 1945 seinem Kabinett erklärt, "wenn die Russen sich uns nicht anschließen wollen, dann sollen sie eben zur Hölle fahren".<<

Die Berliner Deklaration
Mit der "Berliner Deklaration" vom 5. Juni 1945 wurde die deutsche Regierungsgewalt offiziell beendet und an die 4 Militärgouverneure der alliierten Siegermächte (Eisenhower, Montgomery, Shukow und de Lattre de Tassigny) übertragen.
Die Aufteilung in 4 Besatzungszonen erfolgte nach den Grenzen des Deutschen Reiches von 1937. Berlin wurde in 4 Sektoren eingeteilt. Die oberste Regierungsgewalt übte ein Kontrollrat der 4 alliierten Oberbefehlshaber (Sitz in Berlin) aus, der damit die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Ordnung und für die Verwaltung des Landes übernahm (Übernahme der "absoluten Autorität").
Die siegreichen Mächte waren aufgrund dieser Deklaration für sämtliche Geschehnisse in ihrer Zone verantwortlich. Fragen, die das gesamte Deutsche Reich betrafen, sollten gemeinsam und einstimmig durch die Mitglieder des alliierten Kontrollrats entschieden werden.
Die Berliner Erklärung vom 5. Juni 1945 stellte damals eindeutig fest, daß das Deutsche Reich als Völkerrechtssubjekt nicht untergehen sollte (x151/67). Gemäß Haager Landkriegsordnung blieb das Deutsche Reich von 1871/1919 jedenfalls weiterhin völkerrechtlich bestehen, denn es wurde durch die Siegermächte nachweislich nicht annektiert, sondern nur besetzt (x063/605).
Es sind noch immer ungelöste staatsrechtliche Fragen, ob die Alliierten nach der "militärischen Kapitulation" überhaupt berechtigt waren, die Regierungsgewalt in Deutschland zu übernehmen.
Prof. Rudolf Laun (deutscher Staats- und Völkerrechtler) schrieb später über den Fortbestand des Deutschen Reiches, daß die Siegermächte nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges verpflichtet gewesen wären, die Bestimmungen der Haager Landkriegsordnung gegenüber dem geschlagenen Deutschland anzuwenden (x063/604).
Der deutsche Journalist Ekkehard Kuhn schrieb später in seinem Buch ("Nicht Rache, nicht Vergeltung ...") über die Folgen der Berliner Deklaration (x024/193-194): >>... Die Direktive JCS/1067, die Berliner Deklaration und die Potsdamer Beschlüsse bildeten ... die politische Grundlage für das Leben der Menschen im Nachkriegsdeutschland.
Der Alltag war vor allem durch die Sorge ums bloße Überleben geprägt – um die Beschaffung

von Nahrung, warmer Kleidung und Brennmaterial in den kalten Monaten.
Die Deutschen hatten aufgehört, sich selbst zu bestimmen. Die genaue Gesetzgebungs-, Verwaltungs- und Justizgewalt war auf die Organe der vier Militärregierungen übertragen worden. All ihre Maßnahmen zielten auf die Durchführung der vier großen "D", die fortan das Leben der Deutschen bestimmen sollten: Demilitarisierung, Denazifizierung, Demontage und Demokratisierung.
Da anfangs eine allgemeine Informationssperre herrschte – es gab für Deutsche keinen Rundfunk und keine Zeitungen -, hielten viele Bürger die sofortigen strengen Maßnahmen für Willkürakte und Schikanen der Besatzer.
Bis zum 11. Juli 1945 bestand außerdem das Fraternisierungsverbot, das den Amerikanern verbot, mit deutschen Erwachsenen zu sprechen. ...<<

Die Nachkriegsziele der Siegermächte

Die Westmächte entschieden den Zweiten Weltkrieg zwar militärisch, aber bei den Konferenzen in Teheran und Jalta verloren sie schon vorzeitig den politischen Machtkampf gegen Stalin. Die Anglo-Amerikaner beendeten damals Hitlers größenwahnsinnige, menschenverachtende Expansionspolitik, aber gleichzeitig unterstützten sie auch indirekt Stalins Terrorregime und ermöglichten die Durchsetzung der maßlosen osteuropäischen Gebietsansprüche sowie die kommunistische Machtergreifung in den baltischen Staaten, der Tschechoslowakei, Polen, Rumänien, Ungarn, Jugoslawien und in Bulgarien.
Nach der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht und Verhaftung der "Dönitz-Regierung" übernahm der Alliierte Kontrollrat (bestehend aus den Hauptsiegermächten bzw. den 4 Oberbefehlshabern der Besatzungszonen) die gesamte Regierungsgewalt im Deutschen Reich, so daß alle deutschen Staatsbürger zu Subjekten der Besatzungsmächte wurden.
Das Deutsche Reich sollte ursprünglich nicht langfristig aufgeteilt oder vollständig besetzt werden, sondern die Deutschen sollten lediglich bedingungslos kapitulieren.
Gemäß den Vereinbarungen der Atlantik-Charta wollte man nach dem Kriegsende eigentlich wieder einen "Status quo ante" (den Zustand, wie er vorher war) herstellen, denn die westlichen Alliierten hatten den Krieg angeblich nicht zu Eroberungszwecken, sondern nur zur Verteidigung geführt.
Angesichts der grauenhaften Verhältnisse, die man in den befreiten NS-Vernichtungs- und Konzentrationslagern erlebt hatte, reagierten vor allem die westlichen Siegermächte und die Weltöffentlichkeit schockiert und entrüstet, so daß die Deutschen zunächst keine Gnade erwarten konnten.
In der berüchtigten Direktive JCS 1067 der US-Militärregierung, die bis Mitte 1947 die Basis der US-Besatzungspolitik bildete, hieß es damals z.B., daß Deutschland nicht zum Zwecke der Befreiung, sondern als besiegter Feindstaat besetzt werden sollte. Die nordamerikanischen Befehlshaber hätten nur einzugreifen, wenn Hungersnöte, Seuchen oder Revolten die Besatzungstruppen direkt gefährdeten. Kontakte mit deutschen Zivilisten und deutschen Beschäftigten sollten auf ein Mindestmaß beschränkt werden.
Die Nordamerikaner verlangten keine Gebiete und verzichteten zunächst auf materielle Entschädigungen. In erster Linie sollten alle schuldigen Deutschen für die NS-Massenverbrechen zur Rechenschaft gezogen werden. Nach der Entnazifizierung plante man, in Deutschland eine liberale Demokratie und privatkapitalistische Wirtschaftsformen zu errichten.
Die Briten wollten den wirtschaftlichen Machtfaktor Deutschland zwar ausschalten, aber Churchill war frühzeitig daran interessiert, die Deutschen wieder "auf die eigenen Füße" zu stellen, um die sowjetische Expansionsgefahr einzudämmen. Im Juli 1945 wurde die britische Außen- bzw. Deutschlandpolitik jedoch durch einen Regierungswechsel regelrecht gelähmt, weil die unerfahrenen Außenpolitiker der siegreichen Labour-Party den erfahrenen Churchill

nicht ersetzen konnten. Die Briten unterstützten später vor allem die nordamerikanische Zentralisierungspolitik, da sie finanzielle US-Hilfen für die britische Besatzungszone benötigten (x148/14).
Die Franzosen forderten hartnäckig die Aufteilung des Deutschen Reiches, annektierten später das Saarland, schlugen die Bildung eines autonomen Rheinstaates (Ruhrgebiet) vor und widersetzten sich energisch allen Versuchen, die westdeutschen Zonen zu vereinigen, weil sie das Deutsche Reich langfristig schwächen wollten.
Stalin hatte die Prinzipien der Atlantik-Charta ("Verteidigung des Weltfriedens und der Freiheit") ebenfalls formell akzeptiert. Diese Zusage hinderte den sowjetischen Diktator in den letzten Kriegsjahren jedoch nicht, die anglo-amerikanischen Verbündeten unentwegt zu hintergehen und schließlich vor vollendete Tatsachen zu stellen. Stalin, der bis zur deutschen Kapitulation fast alle angestrebten Expansionsziele verwirklicht hatte, war nicht bereit, besetzte Gebiete preiszugeben. Die argwöhnischen Stalinisten unterstellten den Kapitalisten naturgemäß Weltherrschaftspläne und setzten in den "befreiten Ländern" ihre bewährte gewaltsame Unterdrückungspolitik und aggressive Gleichschaltungsmaßnahmen durch.
Churchill warnte die Nordamerikaner zwar eindringlich davor, die besetzten mitteldeutschen Gebiete an die Sowjets abzutreten, aber US-Präsident Truman ließ die nordamerikanischen und britischen Truppen trotzdem aus Mitteldeutschland abziehen, weil er die vertraglichen Vereinbarungen unter allen Umständen erfüllen wollte.
Die 3 Siegermächte (USA, Großbritannien und UdSSR) beschlossen am 29. Juni 1945 den Rückzug aller Truppen der westlichen Alliierten aus Mitteldeutschland (x040/289). Im Gegenzug erhielten die Amerikaner und Briten freien Zugang nach Berlin (mündliche Zusage) und marschierten vom 1. bis zum 4. Juli 1945 in die sog. "Berliner-Westsektoren" ein.
Teile der mitteldeutschen Gebiete (ca. 7,0 Millionen Einwohner) wurden bereits seit dem 21. Juni 1945 von der sowjetischen Militäradministration (SMAD) verwaltet. Während die Berliner in den Westsektoren aufatmen konnten, begann nach dem Einzug der Roten Armee für die Mitteldeutschen ein endloser Leidensweg. Nach der Besetzung Mitteldeutschlands führte die Sowjetunion umgehend rücksichtslos den sog. marxistisch-leninistischen Sozialismus ("Diktatur der Arbeiter und Bauern") ein.
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die sowjetische "Besatzungspolitik" in der SBZ (x009/66): >>... Die sowjetische Verwaltungsspitze wurde die "Sowjetische Militär-Administration" in Deutschland (SMAD) mit Sitz in Berlin-Karlshorst.
...
Die SMAD, die ein Veto hatte, ließ nur solche Kontrollratsbeschlüsse zu, die ihr zusagten. So wurde der Kontrollrat bald gelähmt, eine gemeinsame Besatzungspolitik war gescheitert.
Mit dem Aufbau eines neuen, bald rein kommunistischen Verwaltungsapparates entstand neben der SMAD ein Apparat, der jedoch schon auf der untersten Stufe sowjetisch gelenkt wurde.
Die Besatzungspolitik hatte 2 verschiedene Ziele:
1. die wirtschaftliche Ausbeutung der Zone und
2. die politische Bolschewisierung.
Nachdem alle Pläne, eine Vereinigung der Westzonen und der SBZ auf kommunistischer Grundlage herbeizuführen, gescheitert waren, ist seit etwa Anfang 1948 die Einbeziehung der SBZ in den Ostblock das wichtigste Ziel der sowjetischen Besatzungspolitik.<<
Mit der Auslieferung Mitteldeutschlands gab US-Präsident Truman vor den Potsdamer Verhandlungen eine äußerst wichtige Trumpfkarte aus der Hand, obgleich die westlichen Alliierten völlig unbedrängt waren (x114/2.102). Für Stalin, der bisher fast alle Zusagen mißachtet hatte, kam der freiwillige Abzug der Amerikaner und Briten jedenfalls völlig überraschend, denn die Sowjets waren damals überhaupt nicht in der Lage, militärische oder politische

Druckmittel einzusetzen.
Nach dem Rückzug der westlichen Alliierten besaßen die Sowjets nicht nur Ostdeutschland, sondern sie kontrollierten auch alle mitteldeutschen Gebiete und standen sprungbereit an der Elbe. Infolge der Zerschlagung des Deutschen Reiches fehlte eine westeuropäische Pufferzone gegenüber der UdSSR, denn Polen konnte die ursprünglich geplante Nachfolge der Deutschen nicht übernehmen. Ein bis dahin unvorstellbarer europäischer Alptraum war plötzlich Wirklichkeit geworden.
Der jugoslawische General Milovan Djilas kommentierte bereits im April 1945 Stalins Nachkriegsziele wie folgt (x149/114): >>... Dieser Krieg ist nicht wie in der Vergangenheit; wer immer ein Gebiet besetzt, erlegt ihm auch sein eigenes gesellschaftliches System auf. Jeder führt sein eigenes System ein, soweit seine Armee vordringen kann. Es kann gar nicht anders sein.<<
Andrej A. Shdanow (1896-1948, sowjetischer Spitzenfunktionär), der ursprünglich Stalins Nachfolger werden sollte, betrachtete die sowjetische Besatzungszone damals als ein "Sprungbrett", um die Bolschewisierung Westdeutschlands und danach Westeuropas zu realisieren (x128/195).
Sir Brian Robertson (1896-1974, Militärgouverneur der britischen Besatzungszone und Hoher Kommissar in der Bundesrepublik) kritisierte später die nordamerikanische Außenpolitik (x128/193): >>... Von allen falschen Vorstellungen hatten die, denen sich Präsident Roosevelt hingab, die schwerwiegendsten Folgen, denn sie beherrschten das amerikanische Denken und Handeln in den ersten 2 sehr wichtigen Jahren nach dem deutschen Zusammenbruch. ... Präsident Roosevelts "Großer Plan" für den künftigen Frieden der Welt beruhte auf einer die Vereinten Nationen beherrschenden russisch-amerikanischen Partnerschaft. ...
Hand in Hand mit dieser Konzeption ging eine harte Deutschlandpolitik. Die grausame Unmenschlichkeit des Morgenthau-Plans, Deutschland seine gesamte Industrie zu nehmen, ging Roosevelt zu weit, aber der Plan wurde eigentlich nur aufgeschoben und nicht fallengelassen. ...<<

Zusammenfassung des Zusammenbruches des NS-Regimes
Die mittel- und westdeutschen NS-Konzentrations- und Arbeitslager waren in den letzten Kriegsmonaten hoffnungslos überfüllt. Nirgends gab es genügend Schlafräume, sanitäre Anlagen und ausreichend Verpflegung, so daß schon nach kurzer Zeit verheerende Seuchen und ansteckende Krankheiten in den Konzentrations- und Arbeitslagern ausbrachen, die zuerst alle kranken und schwachen Häftlinge dahinrafften.
Während der letzten Kriegstage verdursteten und verhungerten außerdem unzählige Häftlinge qualvoll, weil sich die Wachleute der mittel- und westdeutschen Konzentrations- und Arbeitslager frühzeitig vor dem Eintreffen der anglo-amerikanischen Truppen absetzten und bei "Nacht und Nebel" verschwanden. Da die SS-Wachleute meistens sofort liquidiert wurden, wenn man sie in den Konzentrationslagern erwischte, sperrten viele SS-Wachen alle Häftlinge kurzerhand in den Zellen ein und überließen sie einfach tagelang ihrem Schicksal. Wenn die nordamerikanischen und britischen Truppen schließlich in die Lager eindrangen, war es gewöhnlich längst viel zu spät, denn ungezählte KZ-Häftlinge waren schon verdurstet oder verhungert.
Von den 714.200 KZ-Häftlingen, die im April/Mai 1945 in den mittel- und westdeutschen Konzentrationslagern inhaftiert waren, starb etwa jeder dritte KZ-Häftling an Hungerkatastrophen oder Seuchen (x090/302). In fast allen Lagern türmten sich regelrechte Leichenberge, so daß die westlichen Alliierten zuerst fälschlicherweise annahmen, daß es sich um Vernichtungslager handeln würde.
Die wenigen Überlebenden, fast alle zum Skelett abgemagert, berichteten Schauriges (von

sadistischen Folterungen, tödlichen "medizinischen" Experimenten und anderen Qualen). Für das deutsche Volk schlug damals die unerbittliche Stunde der Wahrheit. Alles, was das NS-Regime geschickt verschleiert hatte und den meisten Deutschen bisher verborgen geblieben war, kam jetzt an das Licht des Tages. Als die deutsche Bevölkerung später zum ersten Mal mit den unsäglichen Bildern des Grauens konfrontiert wurde, war sie vor Entsetzen regelrecht gelähmt.
Am 7. Mai 1945, um 2.41 Uhr, unterzeichneten Generaloberst Alfred Jodl (Chef des OKW), Generaladmiral Hans-Georg von Friedeburg (Oberbefehlshaber der Kriegsmarine) und General Wilhelm Oxenius (Luftwaffe) die "bedingungslose" deutsche Gesamtkapitulation (in Kraft ab 9.05.1945, 0.01 Uhr).
Nach der Kapitulationsanerkennung erklärte Generaloberst Alfred Jodl im nordamerikanischen Hauptquartier (x027/425): >>Herr General, mit dieser Unterzeichnung sind das deutsche Volk und die deutsche Wehrmacht auf Gedeih und Verderb dem Sieger ausgeliefert. ... In dieser Stunde bleibt mir nichts, als auf die Großmut des Siegers zu hoffen.<<
Angesichts der feindseligen Haltung der Sieger, die verächtlich schwiegen, salutiert die deutsche Delegation und kehrte sofort nach Flensburg zurück.
Im Artikel 1 der Kapitulationsurkunde hieß es (x063/602): >>... (daß die) hier Unterzeichneten ... im Auftrag des Oberkommandos der Deutschen Wehrmacht handeln.<<
Die Gesamtkapitulation war demnach rein militärischer Natur und keine politische Übergabe des gesamten deutschen Staatswesens, denn nicht die politischen Machthaber des Deutschen Reiches, sondern die Oberbefehlshaber der deutschen Wehrmacht unterzeichneten die Kapitulationsurkunde.
Mit dieser Kapitulation verhinderte die deutsche Wehrmacht wahrscheinlich unwissentlich den Abwurf der ersten Atombombe auf ein Ziel in Deutschland (x090/296).
Die britische Nachrichtenagentur "REUTERS" meldete am 8. Mai 1945 die bedingungslose Kapitulation der deutschen Wehrmacht (x111/12): >>Deutschland ist ein unterworfenes, erobertes und besetztes Land, das keine unabhängige Existenz hat. ...<<
Charles de Gaulle erklärte am 8. Mai 1945 während eines Dankgottesdienstes in der Kathedrale von Notre-Dame in Paris (x111/12): >>... Als Staat, als Macht und als Doktrin ist das Deutsche Reich völlig zerstört.<<
Da Stalin ausdrücklich die Wiederholung der deutschen Kapitulationserklärung verlangte, unterzeichneten Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel (Chef des OKW), Generaladmiral von Friedeburg (Oberbefehlshaber der Kriegsmarine) und Generaloberst Hans-Jürgen Stumpff (stellvertretender Oberbefehlshaber der Luftwaffe) am 9. Mai 1945, um 0.16 Uhr, die militärische Kapitulationsurkunde im sowjetischen Hauptquartier in Berlin-Karlshorst
Die deutsche Gesamtkapitulation trat unverändert am 9. Mai 1945 um 0.01 Uhr in Kraft.
Der deutsche Historiker und Diplomat Guntram von Schenck (von 2001-2006 Botschafter in Rom) berichtete später über die "Stunde Null" nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes (x878/...): >>**Geschichte - Geschichtsperzeption – Politik ...**

1945 - Stunde Null

Das Kriegsende 1945 markierte für die Deutschen einen Epochenbruch. Es gibt ein Vorher gleichbedeutend mit einem zweiten Dreißigjährigen Krieg (1914-1918 unterbrochen durch eine Art Atempause/Waffenstillstand bis 1939-1945) und ein Nachher des Wiederaufbaus, der Demokratie, des Friedens. ...
Wie auch immer die innere Verfassung Deutschlands sein mochte, hinsichtlich der Außenpolitik gab es einen Konsens in Europa und den USA: die Deutschen mußten für absehbare Zeit an einer eigenen, unabhängigen Außenpolitik gehindert werden. Die deutsche Teilung infolge der unterschiedlichen Interessen der westlichen Besatzungsmächte und der Sowjetunion wurde diesbezüglich von vielen unserer Nachbarn als geradezu hilfreich angesehen. Der Kraft-

klotz in der Mitte Europas, für den auf Grund seines ökonomischen und demografischen Gewichts die Hegemonie in Europa nicht unmöglich schien, war gebändigt, der Sprengsatz in der Wahrnehmung der meisten Nachbarn entschärft. Mit der deutschen Teilung wurde im übrigen in etwa die Lage vor der deutschen Einheit 1870/1871 wiederhergestellt.
An die Stelle Preußens, bis 1871 Sprachrohr des russischen Zarenreiches in Mitteleuropa, trat die DDR. Die Bundesrepublik war - aus der Sicht mancher - ein leider etwas (zu) groß geratener Rheinbund, aber immerhin fest an Frankreich angebunden. Die Briten waren einen Konkurrenten und Dauerstörer auf dem Kontinent los. Säkulare Interessen von Deutschlands Nachbarn hatten sich durchgesetzt.
Für unsere Nachbarn war so gesehen das Jahr 1945 kein Bruch, keine Stunde Null. Es war im Gegenteil die Wiederherstellung, die Rückkehr zu jenem Zustand, wie er als Folge des ersten Dreißigjährigen Krieges 1618-1648 etabliert worden war: Deutschland zerstückelt, Einflußgebiet fremder Mächte, (potentielles) Schlachtfeld. Wie man sich erinnert, waren nicht nur sowjetische atombestückte Raketen während des Kalten Krieges auf Deutschland gerichtet, sondern u.a. auch die Atomsprengköpfe der Force de Frappe. ...
Kontinuitäten gibt es aber auch im positiven Sinne. Demokratische Traditionen gab es in Deutschland spätestens seit der Revolution 1848, es gab seit 1871 einen frei, mit allgemeinem gleichen Wahlrecht gewählten Reichstag, es gab die - unglücklich gescheiterte - Weimarer Republik. Die Demokratie ist den Deutschen kein von den Alliierten aus heiterem Himmel dargebrachtes Geschenk, das dann wie durch ein Wunder reüssierte. Es gab wichtige Voraussetzungen, ohne die eine positive Entwicklung undenkbar gewesen wäre. (Insofern ist der Vergleich abwegig, den die Bush-Administration zwischen Deutschland nach 1945 und dem Irak nach 2003 zog; denn im Irak gab es diese Voraussetzungen nicht.) ...<<
Am 23. Mai 1945 wurde die "Geschäftsführende Zentralregierung des Deutschen Reiches" durch die Siegermächte abgesetzt. Sämtliche Mitglieder der letzten deutschen Reichsregierung und des Oberkommandos der Wehrmacht (sog. "Dönitz-Clique") wurden am 23. Mai 1945 auf Weisung General Eisenhowers in Flensburg-Mürwik verhaftet und "als Kriegsgefangene" inhaftiert.
Der deutsche Historiker Alfred Schickel (1933-2015) berichtete später (am 30.07.1994) in der Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" über die bedingungslose Kapitulation Deutschlands (x887/...): >>**Vor 80 Jahren begann der "Zweite Dreißigjährige Krieg" Europas**
... Was 1918/19 nach Meinung General Pershings und Präsident Roosevelts unvollendet blieb, nämlich die vollständige Niederwerfung des Gegners mit nachfolgender Einflußnahme auf die innenpolitische Entwicklung des Verliererstaates, sollte nach dem Zweiten Weltkrieg nachgeholt werden.
Zu diesem Zwecke stellte die künftige Hauptsiegermacht, die USA, bereits ein Jahr nach ihrem Kriegseintritt die Forderung nach bedingungsloser Kapitulation Deutschlands und seiner Verbündeten auf und entwickelte ein nachhaltiges "Umerziehungsprogramm" für die besiegten Deutschen. Seine Durchführung erwies sich in der Folgezeit so erfolgreich, daß sich die Deutschen fünfzig Jahre nach ihrer totalen Niederlage von den Siegern "befreit" fühlen und für ihre Wehrmacht von 1933/45 fast nur noch Mißachtung oder Vorwürfe übrig haben.
Wie nach dem ersten "Dreißigjährigen Krieg" das Heilige Römische Reich Deutscher Nation zur bloßen Staatsfassade herabsank und seine innere Kraft gebrochen schien, begruben die Sieger von 1945, die im Westen mit jenen des Jahres 1918/19 identisch waren, nach dem zweiten "Dreißigjährigen Krieg" das Deutsche Reich vollends und begrenzten seinen Nachfolgestaat, genannt Bundesrepublik Deutschland, auf das kleinste Territorium seiner Geschichte.
Dabei gelang ihnen noch das Kunststück, die Deutschen glauben zu lassen, ihr Land sei nach der "Wiedervereinigung größer geworden", wie hohe Staatsrepräsentanten ihren Mitbürgern

immer wieder treuherzig versichern. ...<<
Mit der "Berliner Deklaration" vom 5. Juni 1945 wurde die deutsche Regierungsgewalt offiziell beendet und an die 4 Militärgouverneure der alliierten Siegermächte (Eisenhower, Montgomery, Shukow und de Lattre de Tassigny) übertragen.
Die Aufteilung in 4 Besatzungszonen erfolgte nach den Grenzen des Deutschen Reiches von 1937. Berlin wurde in 4 Sektoren eingeteilt. Die oberste Regierungsgewalt übte ein Kontrollrat der 4 alliierten Oberbefehlshaber (Sitz in Berlin) aus, der damit die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Ordnung und für die Verwaltung des Landes übernahm (Übernahme der "absoluten Autorität").
Schlußbemerkungen: In der Erklärung (Berliner Deklaration) der Siegermächte vom 5. Juni 1945 hieß es (x101/185): >>*Erklärung*
in Anbetracht der Niederlage Deutschlands und der Übernahme der obersten Regierungsgewalt hinsichtlich Deutschlands durch die Regierungen des Vereinigten Königreichs, der Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken und durch die Provisorische Regierung der Französischen Republik
Die deutschen Streitkräfte zu Lande, zu Wasser und in der Luft sind vollständig geschlagen und haben bedingungslos kapituliert, und Deutschland, das für den Krieg verantwortlich ist, ist nicht mehr fähig, sich dem Willen der siegreichen Mächte zu widersetzen. Dadurch ist die bedingungslose Kapitulation Deutschlands erfolgt, und Deutschland unterwirft sich allen Forderungen, die ihm jetzt oder später auferlegt werden.
Es gibt in Deutschland keine zentrale Regierung oder Behörde, die fähig wäre, die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Ordnung, für die Verwaltung des Landes und für die Ausführung der Forderungen der siegreichen Mächte zu übernehmen.
Unter diesen Umständen ist es notwendig, unbeschadet späterer Beschlüsse, die hinsichtlich Deutschlands getroffen werden mögen, Vorkehrungen für die Einstellung weiterer Feindseligkeiten seitens der deutschen Streitkräfte, für die Aufrechterhaltung der Ordnung in Deutschland und für die Verwaltung des Landes zu treffen und die sofortigen Forderungen zu verkünden, denen Deutschland nachzukommen verpflichtet ist.
Die Vertreter der obersten Kommandobehörden des Vereinigten Königreichs, der Vereinigten Staaten von Amerika, der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken und der Französischen Republik, im folgenden "Alliierte Vertreter" genannt, die mit der Vollmacht ihrer betreffenden Regierungen und im Interesse der Vereinten Nationen handeln, geben dementsprechend die folgende Erklärung ab:
Die Regierungen des Vereinigten Königreichs, der Vereinigten Staaten von Amerika, der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken und die Provisorische Regierung der Französischen Republik übernehmen hiermit die oberste Regierungsgewalt in Deutschland, einschließlich aller Befugnisse der deutschen Regierung, des Oberkommandos der Wehrmacht und der Regierungen, Verwaltungen oder Behörden der Länder, Städte und Gemeinden. Die Übernahme zu den vorstehend genannten Zwecken der besagten Regierungsgewalt und Befugnisse bewirkt nicht die Annektierung Deutschlands. ...<<
Die siegreichen Mächte waren aufgrund dieser Deklaration für sämtliche Geschehnisse in ihrer Zone verantwortlich. Fragen, die das gesamte Deutsche Reich betrafen, sollten gemeinsam und einstimmig durch die Mitglieder des alliierten Kontrollrats entschieden werden.
Die Berliner Erklärung vom 5. Juni 1945 stellte damals eindeutig fest, daß das Deutsche Reich als Völkerrechtssubjekt nicht untergehen sollte und nicht annektiert, sondern nur besetzt wurde (x151/67).
Die damals gültige Haager Landkriegsordnung vom 18. Oktober 1907 (in Kraft seit dem 26. Januar 1910) legte für die Kapitulation des Feindes und die militärische Gewalt auf besetztem feindlichem Gebiet folgende Regeln und Gebräuche des humanitären Völkerrechts fest

(x852/...): >>Viertes Kapitel: Kapitulation
Artikel 35 Die zwischen den abschließenden Parteien vereinbarten Kapitulationen sollen den Forderungen der militärischen Ehre Rechnung tragen. Einmal abgeschlossen, sollen sie von beiden Parteien gewissenhaft beobachtet werden.
Fünftes Kapitel: Waffenstillstand
... Dritter Abschnitt: Militärische Gewalt auf besetztem feindlichem Gebiet
Artikel 42 Ein Gebiet gilt als besetzt, wenn es sich tatsächlich in der Gewalt des feindlichen Heeres befindet. Die Besetzung erstreckt sich nur auf die Gebiete, wo diese Gewalt hergestellt ist und ausgeübt werden kann.
Artikel 43 Nachdem die gesetzmäßige Gewalt tatsächlich in die Hände des Besetzenden übergegangen ist, hat dieser alle von ihm abhängenden Vorkehrungen zu treffen, um nach Möglichkeit die öffentliche Ordnung und das öffentliche Leben wiederherzustellen und aufrechtzuerhalten, und zwar, soweit kein zwingendes Hindernis besteht, unter Beachtung der Landesgesetze.
Artikel 44 Einem Kriegführenden ist es untersagt, die Bevölkerung eines besetzten Gebiets zu zwingen, Auskünfte über das Heer des anderen Kriegführenden oder über dessen Verteidigungsmittel zu geben.
Artikel 45 Es ist untersagt, die Bevölkerung eines besetzten Gebiets zu zwingen, der feindlichen Macht den Treueid zu leisten.
Artikel 46 Die Ehre und die Rechte der Familie, das Leben der Bürger und das Privateigentum sowie die religiösen Überzeugungen und gottesdienstlichen Handlungen sollen geachtet werden. Das Privateigentum darf nicht eingezogen werden.
Artikel 47 Die Plünderung ist ausdrücklich untersagt.
Artikel 48 Erhebt der Besetzende in dem besetzten Gebiete die zugunsten des Staates bestehenden Abgaben, Zölle und Gebühren, so soll er es möglichst nach Maßgabe der für die Ansetzung und Verteilung geltenden Vorschriften tun; es erwächst damit für ihn die Verpflichtung, die Kosten der Verwaltung des besetzten Gebietes in dem Umfange zu tragen, wie die gesetzmäßige Regierung hierzu verpflichtet war.
Artikel 49 Erhebt der Besetzende in dem besetzten Gebiet außer den im vorstehenden Artikel bezeichneten Abgaben andere Auflagen in Geld, so darf dies nur zur Deckung der Bedürfnisse des Heeres oder der Verwaltung dieses Gebiets geschehen. ...
Artikel 55 Der besetzende Staat hat sich nur als Verwalter und Nutznießer der öffentlichen Gebäude, Liegenschaften, Wälder und landwirtschaftlichen Betriebe zu betrachten, die dem feindlichen Staate gehören und sich in dem besetzten Gebiete befinden. Er soll den Bestand dieser Güter erhalten und sie nach den Regeln des Nießbrauchs verwalten.
Artikel 56 Das Eigentum der Gemeinden und der dem Gottesdienste, der Wohltätigkeit, dem Unterrichte, der Kunst und der Wissenschaft gewidmeten Anstalten, auch wenn diese dem Staate gehören, ist als Privateigentum zu behandeln. Jede Beschlagnahme, jede absichtliche Zerstörung oder Beschädigung von derartigen Anlagen, von geschichtlichen Denkmälern oder von Werken der Kunst und Wissenschaft ist untersagt und soll geahndet werden.<<
Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906-1984) schrieb später über die völkerrechtliche Bedeutung der Haager Landkriegsordnung (x063/463-464): >>Die Haager Landkriegsordnung baute auf der Entwicklung von Jahrzehnten auf. Die Tradition freiheitlichen Denkens und der Ritterlichkeit leben in Ihr, und in den Zivilpersonen suchte sie die Träger von Menschenrechten zu schützen. Als wichtigen Begriff führt sie das "öffentliche Gewissen" ein. ...
Die Haager Landkriegsordnung geht von der Voraussetzung aus, daß ein Land auch nach der Besetzung durch feindliche Streitkräfte eine Rechtspersönlichkeit bleibt. Eine bedingungslose Übergabe in dem Sinne, daß das Land an den Sieger versklavt und selbst nicht mehr Persön-

lichkeit wäre, ist ihr unbekannt. Daher bestimmt Artikel 43 des Abkommens, daß die Landesgesetze, soweit kein zwingendes Hindernis besteht, geachtet werden müssen.
Der Zweck der Haager Landkriegsordnung ist es auch, selbst bei Zerstörung des Staatsapparates alle Menschen der Völkergemeinschaft zu schützen; von diesem allgemeinen Völkerrecht kann kein Staat sich einseitig lossagen. ...
Die Bedeutung der Haager Landkriegsordnung hat sich nach dem Zweiten Weltkrieg klar herausgestellt. Das Nürnberger und andere internationale und alliierte Tribunale haben ihre Gültigkeit bestätigt, und da das Völkerrecht seiner Definition nach nur eines und unteilbar sein kann, mußte das Vertragswerk von 1899 und 1907 auch die rechtliche Grundlage für die Behandlung Deutschlands nach der militärischen Übergabe bilden. ...<<

Das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen (1945-1955)

> Dann werden sie euch der Bedrängnis preisgeben und euch töten. Und ihr werdet gehaßt werden... von allen Völkern.
> *Matthäus 24, 9*

Als der "Ruhrkessel" (Generalfeldmarschall Model) am 18. April 1945 den Widerstand einstellte gerieten rd. 325.000 deutsche Soldaten in nordamerikanische Gefangenschaft (x040/-278).
US-Oberst James B. Mason und US-Oberst Charles A. Beasley berichteten am 20. April 1945 über die Haftbedingungen in den nordamerikanischen Kriegsgefangenenlagern am Rhein (x131/51-52): >>Der 20. April war ein stürmischer Tag. Regen, Schneeregen und Schnee wechselten sich ab, ein bis auf die Knochen durchdringender kalter Wind fegte von Norden her über die Ebenen des Rheintals. ...
Eng zusammengepfercht, um sich gegenseitig zu wärmen, bot sich den Blicken auf der anderen Seite des Stacheldrahts ein tief erschreckender Anblick: Nahezu 100.000 ausgemergelte, apathische, schmutzige, hagere Männer mit leerem Blick, bekleidet mit schmutzigen, feldgrauen Uniformen, knöcheltief im Schlamm stehend. Hier und da sah man schmutzigweiße Flecken. Bei genauerem Hinsehen erkannte man, daß es sich um Männer mit verbundenem Kopf und verbundenen Armen handelte, oder Männer, die da in Hemdsärmeln standen!
Der deutsche Divisionskommandeur berichtete, daß die Männer seit mindestens 2 Tagen nichts mehr gegessen hätten und daß die Beschaffung von Wasser ein Hauptproblem sei - dabei war der Rhein, der hohen Wasserstand führte, nur 200 Meter entfernt. ...<<
"SPIEGEL ONLINE" berichtete später (am 20.11.2007): >>**Kriegsgefangen**
Auf dem Rücken weiße Lettern
Seuchen, Hunger, Lagerkoller: Hunderttausende deutsche Kriegsgefangene sperrte die US-Armee zwischen April und September 1945 in den Rheinwiesenlagern ein - unter teils unmenschlichen Bedingungen. Als 18-Jähriger erlebte *Hans-Joachim Möller* den grausamen Alltag im Lager Bad Kreuznach.
Es regnete. Der Aprilwind heulte. Vor den Toren von Bad Kreuznach an der Nahe hatten die Amerikaner ein gigantisches Areal ausgeschaut, darauf nichts als Weinstöcke. Sie sammelten alle uniformierten Deutschen ein: Männer, Frauen, Halbwüchsige.
Weil sie Angst hatten. Angst vor dem Werwolf - von dem selbst die Deutschen nicht wußten, wer oder was damit gemeint war.
Angst hatten sie etwa vor Schießereien mit regulären Truppen, Angst vor einem Volkssturm und Angst vor den Jungs in HJ-Uniformen, denen man Panzerfäuste in die jugendlichen Hände gedrückt hatte. Die wußten nur, auf welchen Knopf sie drücken sollten, damit das Ding losging. Auf amerikanische Panzer sollten sie zielen, hatte man ihnen gesagt. Erst 15 oder 16

waren sie, manchmal auch jünger.

Wie Vieh auf der Ranch

Die Amerikaner sammelten alle ein: alte Herren, denen man den Karabiner 98K in die teilweise zittrigen Hände gedrückt hatte, Marinehelfer- und Marinehelferinnen, weil auch sie Uniformen trugen, Luftwaffenhelfer, weil sie hinter den Vierlingsflaks gestanden hatten, ja, sogar Polizisten und Förster, weil sie unbekannte Uniformen trugen. Doch um diese Zeit hatten eigentlich alle die Schnauze randvoll - sie wollten einfach nicht mehr sterben.

Auch die Amerikaner hatten den Krieg satt. Sie wollten die Gefahr bannen, indem sie alle irgendwie "wehrfähig" aussehenden Deutschen einfingen und in ein Lager steckten. Einer Ranch gleich, in denen viele Tausende zusammengetrieben wurden.

Ein weißes "PW" auf dem Rücken

Die Amerikaner sammelten alle ein, obwohl sie Probleme mit der Bewachung, der Unterbringung und der Versorgung bekamen. Sie waren vorbereitet aufs Kämpfen, auf die Bedienung ihrer Waffen, auf das Fahren ihrer Panzer und auf taktische Aufgaben. Mit der Organisation von enormen Kriegsgefangenenlagern kannten sich die Sieger jedoch nicht aus.

Zunächst transportierten sie uns per Lastwagen-Treck auf die große Freifläche. An die hundertvierzigtausend kamen zusammen, darunter Offiziere, Unteroffiziere, HJ-Jungs, "Helferinnen und Helfer". Manche bekamen Töpfe mit weißer Farbe und Pinsel in die Hand gedrückt. In langen Reihen aufgestellt, trieb man uns an den "Pinselmännern" vorbei, die uns mit großen Buchstaben ein "PW" für "Prisoner of War" auf die Rücken malten.

Erstickt in der Latrine

Langsam bekamen wir Hunger und Durst. Wir hatten kein Dach über dem Kopf, um uns vor dem eiskalten Regen zu schützen. Keine Decken, keine Medikamente, nichts. Die Amerikaner scheiterten daran, uns zu ernähren, ja, sie schafften es nicht einmal, uns am Leben zu erhalten. Mit der Zeit wurden sie nervös, reagierten nicht mehr normal. Sie zäunten das ganze Areal mit Stacheldraht ein, doppelt und dreifach, drei Meter hoch. Der wurde von Scheinwerfern angestrahlt, Tag und Nacht. An den Ecken saßen die Posten auf Wachtürmen an Maschinengewehren. Über der Latrine hing bald ein Pesthauch.

Und dann war da noch der Lagerkoller. Wohl aus Versehen oder aus reiner Gedankenlosigkeit fand jemand seinen Löffel, seine Büchse nicht gleich wieder. Er schrie: "Ein Dieb, ein Dieb! Ich bin bestohlen worden!" Endlich passierte etwas - und schon geiferten alle, dankbar für die Abwechslung. "Kameradendieb - faßt ihn", brüllten sie und jagten ihn. Ob es nun der Schuldige war oder nicht, egal. Wichtig war, einen zu haben, ihm ein Pappschild umzuhängen, ihn durchs Lager zu prügeln.

An der Hatz beteiligten sich alle. Schließlich stürzte man den Gejagten in die "Scheißgrube", in der er jämmerlich erstickte - nur hier und da versuchten die Amerikaner, solche Übergriffe zu vereiteln. Dann bestimmten sie einige von uns dazu, in die Grube hinabzusteigen und den Toten zu bergen. Auch ich gehörte mal dazu - noch Tage danach stank ich, und keiner wollte mit mir in der Schlange nach Wasser oder bei der Büchsenverteilung stehen. Der Erstickte kam ins Leichenzelt - zu den anderen, die jeden Tag abgefahren wurden. Wir haben nie erfahren, wohin die Toten kamen.

Prügeleien am Trinkwassertank

Verzweiflung, Schrecken, Neid, Böswilligkeit und Brutalität. Zum Schlimmsten aber gehörte es, Episoden wie diese miterleben zu müssen: Ein hoch dekorierter Feldwebel machte sich ein Feuerchen aus Pappresten, um seinen Kaffee-Becher darüber zu halten. Aus Versehen kam jemand an seinen Becher, der Kaffee verspritzte. "Paß doch auf", sagte der Mann am Feuer, doch schon grölte die Gruppe: "Halt bloß die Schnauze! Ihr habt uns lange genug herumkommandiert, Ihr Arschlöcher!" Und: "Jetzt hast du uns endlich nichts mehr zu sagen!" Sie rempelten ihn an, prügelten auf ihn ein, brüllten laut und ließen ihn liegen. Er blutete. Als er sich

nicht mehr erhob sagte einer schließlich: "Der ist hin, der Scheißkerl." Viele haben sich ihre Rangabzeichen entfernt, um so etwas nicht zu erleben. Zahlreiche Orden nahmen sich die GIs mit nach Hause, als Andenken - im Tausch gegen Zigaretten.
Ältere starben zuerst, zu gering war ihre Widerstandskraft. Erkältungen waren die Todesursache, körperliche Schwäche durch unzureichende Nahrung - oder auch einfach Lethargie, Teilnahmslosigkeit, Verzweiflung. Viele von uns wurden wegen Kleinigkeiten zu Tode geprügelt. Schon beim Anstehen am Trinkwassertank ging es los. Es wurde gestoßen, gerempelt und gepöbelt wegen Nichtigkeiten, die aber in dieser Situation von ungeheuerer Bedeutung waren. Und die "Verpflegung"? Büchsen aus den amerikanischen Depots, Ration A. Wenn es nicht schnell genug ging, wurde zugeschlagen. Und es regnete weiter.

Den Ehering für eine Packung Chesterfield

Am Stacheldrahtzaun stand manchmal einer, der zufällig aus der Gegend war, und versuchte, etwas zu den Zivilisten hinüberzurufen. "Sag Bescheid, ich lebe noch!" zum Beispiel. Die Amerikaner vereitelten dies brutal. Schossen von den Wachtürmen, erst in die Luft, manchmal auch gezielt, ganze Salven, mit ihren MPs. Manchmal auch "only for fun" und um den Deutschen Angst einzujagen. Wenn die dann auseinander liefen, lachten sie - und freuten sich, wenn sie die "goddamned Krauts" rennen sehen konnten.
So mancher lockte einen amerikanischen Wachsoldaten auch an den Stacheldraht, um sich Zigaretten oder etwas Eßbares einzutauschen. Gab seinen Ehering durch den Stacheldraht. für eine Schachtel Chesterfield. Immer wieder fielen Schüsse, keiner wußte warum.
Die Amis waren nervös, brüllten herum. Die Panzer kehrten wieder und umkreisten das Areal. Falls wir wirklich mal eingeschlafen waren, wachten wir durch das Klirren der Sherman-Panzerketten auf. Wer dieses Geräusch einmal gehört hat, vergißt es nie wieder. So schlimm er auch war - wir konnten uns einfach nicht vorstellen, wie es sein mochte ohne Krieg. Ich war damals 18 Jahre alt.<<
Nach der Kapitulation von Reims (Frankreich) legten am 8. Mai 1945 rd. 7,5 Millionen deutsche Soldaten ihre Waffen nieder und zogen in endlosen Marschkolonnen in die Kriegsgefangenschaft (x106/396).
Am 8. Mai 1945 teilte das US-Außenministerium dem Schweizer Gesandten in Washington mit, daß seine Regierung als Schutzmacht entlassen worden sei und verweigerte dem Internationalen Roten Kreuz die Erlaubnis, nordamerikanische Kriegsgefangenenlager zu betreten (x131/83).
Bis zur Gesamtkapitulation am 9. Mai 1945 erreichten noch mehrere hunderttausend Soldaten des deutschen Ostheeres und verbündete Kampftruppen aus Jugoslawien, Ungarn und der UdSSR den rettenden Westen. Die US-Truppen blockierten jedoch befehlsgemäß alle Rückzugsstraßen, um die nach Westen fliehenden Einheiten so lange aufzuhalten, bis sie von der Roten Armee oder von den Partisanen gefangengenommen werden konnten. Im Sudetenland wurden z.B. einige Stunden nach der Kapitulation kilometerlange Wehrmachtskolonnen und Flüchtlingstrecks von sowjetischen Truppen überrollt, weil sich die Nordamerikaner weigerten, die abgehetzten Deutschen durchzulassen.
Am 10. Mai 1945 kapitulierte im Baltikum die eingeschlossene Heeresgruppe Kurland ("Kurlandarmee"). Generaloberst Karl Hilpert ging danach mit ca. 208.000 deutschen Landsern in sowjetische Kriegsgefangenschaft (x040/285).
Prag wurde am 10. Mai 1945 vollständig durch sowjetische Truppen besetzt. Mit der "Prager Operation" beendete die Rote Armee die vollständige Einschließung der deutschen Heeresgruppe Mitte und der Heeresgruppe Ostmark. In der CSR nahm die Rote Armee ca. 860.000 deutsche Soldaten gefangen (x047/238).
Die Heeresgruppe E (Generaloberst Alexander Löhr mit ca. 175.000 Mann) geriet am 11. Mai 1945 in jugoslawische Kriegsgefangenschaft. Etwa 80.000 deutsche Gefangene kamen später

auf den 200 bis 800 km langen "Sühnemärschen" oder in den Gefangenenlagern um (x130/216).
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung für Kriegsgefangenengeschichte berichtete später über die "Sühnemärsche" in Jugoslawien (x130/212): >>Für die Masse der Gefangenen ... hatte sich der Sieger Tito eine Sonderbehandlung ausgedacht. Er wollte seinem ganzen Volk den Triumph der Partisanen über den deutschen Feind demonstrieren. Schon wenige Tage nach der Kapitulation wälzten sich über die staubigen Straßen Jugoslawiens endlose Kolonnen des Elends: Die Deutschen waren zu sogenannten Sühnemärschen angetreten.
Ihrer Uniformen beraubt, die Offiziere meistens in Unterhosen, barfuß quälten sich die Gefangenen zu Zehntausenden durch das Land. Gesunde und Kranke, Unversehrte und Verwundete wurden durch Dörfer und Städte getrieben.
Die Wächter prügelten die Ermatteten und Erschöpften mit langen Stöcken vorwärts, wer zurückblieb, wurde erschossen. Einige dieser Märsche führten über 200, manche über 800 Kilometer. ...<<
General von Saucken kapitulierte am 14. Mai 1945 gegenüber der 2. Weißrussischen Front und ging mit der "Armee Ostpreußen" (rd. 150.000 Soldaten) in sowjetische Kriegsgefangenschaft (x040/286).
Im Verlauf des Zweiten Weltkrieges und nach der Kapitulation gerieten rd. 11.094.000 deutsche Soldaten in die Kriegsgefangenschaft (x026/36). Hunderttausende von deutschen Kriegsgefangenen, die im Mai 1945 im Westen kapitulierten, wurden später durch die westlichen Alliierten an die UdSSR, Polen, Tschechoslowakei, Jugoslawien, Italien, Frankreich und andere Länder ausgeliefert. Dort wurden die deutschen Kriegsgefangenen als billige Zwangsarbeiter eingesetzt. Während der jahrelangen schweren Zwangsarbeit ging ein großer Teil der Kriegsgefangenen an Entkräftung, Krankheit und Hunger zugrunde.
Falls die deutschen Kriegsgefangenen die barbarischen Torturen der Kriegsgefangenschaft lebend überstanden, kamen sie mehrheitlich als gebrochene Männer in ihre alte bzw. neue Heimat zurück. Mindestens 1.577.000 deutsche Kriegsgefangene gingen während der jahrelangen Zwangsarbeit ("Wiederaufbauarbeit") zugrunde (x026/45).
Der deutsche Oberstaatsanwalt Alfred Streim (1932-1996) schrieb später über das Schicksal der deutschen Soldaten in der Kriegsgefangenschaft der damaligen Alliierten (x051/331-332): >>... (Kriegsgefangene) ... Die Behandlung deutscher Kriegsgefangener im Gewahrsam der damaligen Alliierten war unterschiedlich. Die westlichen Mächte hielten sich im Wesentlichen an das Völkerrecht, wenn man von Exzessen kleinerer Einheiten oder Einzelner absieht. Allerdings nahmen Übergriffe und Unkorrektheiten gegenüber deutschen Kriegsgefangenen in der Endphase des Krieges und nach der Kapitulation zu, insbesondere zum Nachteil von Angehörigen der Waffen-SS. Vielfach sind auch Verstöße als Reaktion auf das Bekanntwerden von nationalsozialistischen Verbrechen zu sehen.
Der häufige Vorwurf mangelhafter Versorgung und Unterbringung kann in dieser Allgemeinheit nicht aufrechterhalten werden. Untersuchungen ergaben, daß diese Verhältnisse sich durchweg auf die Zeit kurz vor und nach der Kapitulation beziehen, als Amerikaner und Briten rund vier Millionen deutsche Kriegsgefangene einbrachten, deren Versorgung und Unterbringung erhebliche Schwierigkeiten bereitete. Mit Erfolg bemühte man sich, diese Mängel zu überwinden, so daß das befürchtete Massensterben ausblieb.
Mit der Entlassung der Kriegsgefangenen begannen die westlichen Alliierten schon kurze Zeit nach der Kapitulation, die Amerikaner z.B. noch im Mai 45. Bis Ende 48 waren alle deutschen Kriegsgefangenen, die sich im Gewahrsam der Westmächte befunden hatten, in Ausführung des Beschlusses der Moskauer Außenministerkonferenz von 1947 auf freiem Fuß, ausgenommen die wegen Kriegsverbrechen Verurteilten. ...

Mit der Entlassung der Kriegsgefangenen nahm sich die UdSSR Zeit. Sie waren billige Arbeitskräfte für den Wiederaufbau. Zwar wurden schon in den ersten Nachkriegsjahren deutsche Kriegsgefangene entlassen; überwiegend handelte es sich aber dabei um Arbeitsunfähige. An den Beschluß der Moskauer Außenministerkonferenz hielt sich die Sowjetunion nicht. Noch im Mai 50 trafen Heimkehrertransporte in der Bundesrepublik ein. Zurück blieben die wegen Kriegsverbrechen Verurteilten. Ein Teil kam 1953/54 nach Hause.
Erst nach Verhandlungen Adenauers im September 55 in Moskau erklärte sich die UdSSR bereit, auch die restlichen "kriminellen Elemente" zurückzugeben. Nach (west)deutschen Berechnungen hätten noch insgesamt 130.000 Kriegsgefangene in sowjetischem Gewahrsam sein müssen, nach russischen Angaben waren es jedoch nur 9.628 Personen, die in Straflagern einsaßen.
Im Jahr 1956 kehrten diese Kriegsgefangenen heim. ...
Von insgesamt 3,06 Millionen in sowjetische Gefangenschaft geratenen deutschen Soldaten waren 1.094.250 ums Leben gekommen.<<
General Eisenhower widerrief am 15. Mai 1945 alle bisherigen Befehle, deutsche Kriegsgefangene freizulassen (x131/66).
Am 15. Mai 1945 stellen die alliierten Militärbehörden Italien rund 200.000 deutsche Kriegsgefangene zur Verfügung, um Wiederaufbauarbeiten durchzuführen.
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung für Kriegsgefangenengeschichte berichtete später über einen Todesmarsch von deutschen Kriegsgefangenen in Jugoslawien am 19. Mai 1945 (x026/86-87): >>Durch Train- und LKW-Kolonnen wurde die Marschgruppe Arndt am Abend des 19. Mai stark auseinandergezogen. Es war in der Gegend des ... Ortes Steinbrück ...
Am Straßenrand lungerten Halbwüchsige und Partisanen herum. Ein oder zwei Bewaffnete packten sich diesen oder jenen Deutschen und beraubten ihn. Uhren, Ringe, Brillen, Schuhe, Waffenröcke, Taschen und Tornister, alles war begehrt. Was die Straßenräuber enttäuschte, wurde vernichtet. So wurden Brillen zertreten, Kompaßgeräte zerschlagen, Medikamente und Verbandszeug zugrunde gerichtet. Die Marschgruppe hastete in wilder Verzweiflung vorwärts. Offensichtlich machten die Posten mit den Plünderern gemeinsame Sache, sie blieben während der ganzen Strecke durch den Ort unsichtbar. Es ging auch ohne sie weiter, weil jeder wieder aufs freie Feld wollte.
Um die Menschen noch weiter einzuschüchtern, trieb eine Gruppe von Partisanen durch die ganze Menge unter fürchterlichen Kolbenhieben eine aneinandergefesselte Kette von etwa dreißig ... langhaarigen königstreuen "Cetnici" (Tschetniks) des Generals Mihailovic, hindurch. Die hageren Gesichter dieser Männer waren verzerrt zu Masken der verkörperten Todesangst. Es schoß überall, schlimmer als in manchem Gefecht. Von Angst überflügelt, hetzten die Männer voran. ...<<
An der Save-Brücke bei Podsused erschossen jugoslawische Soldaten der 1. Partisanenarmee am 22. Mai 1945 neunzig gefangene deutsche Soldaten (x130/212). In den ersten 14 Tagen nach der Kapitulation erschossen jugoslawische Soldaten allein 1.600 gefangene Soldaten der Waffen-SS-Division "Prinz Eugen" (x130/212).
Stalin teilte US-Sonderbotschafter Hopkins am 27. Mai 1945 mit, daß die Nordamerikaner allein in Westböhmen 135.000 deutsche Kriegsgefangene an die Sowjets ausgeliefert hätten (x004/20).
Ein deutscher Wehrmachtssoldat berichtete Ende Mai 1945 über die Kriegsgefangenschaft im Fort Knox in Kentucky (x292/206): >>... Ohne zu wissen, was uns erwartete, wurden an einem Sonntagnachmittag Ende Mai alle Lagerinsassen in ein Filmtheater geführt. Man zeigte uns die Filmaufnahmen, die amerikanische Frontberichterstatter unmittelbar nach der Befreiung des KZ Buchenwald gedreht hatten.

Lähmendes Entsetzen, Trauer und Scham packten uns angesichts dieser grauenvollen Bilder. Auch beim letzten Zweifler hätte nun endlich die Erkenntnis reifen müssen, daß wir einem verbrecherischen Regime gedient hatten und schändlich mißbraucht worden waren. Es war ein furchtbarer Friede – selbst im entfernten Fort Knox. ...<<
General Eisenhower meldete am 11. Juni 1945, daß die nordamerikanischen Streitkräfte insgesamt 5.224.310 Kriegsgefangene eingebracht hätten (x131/219).
Die schwedische Regierung erklärte sich am 16. Juni 1945 bereit, alle deutschen und baltischen Kriegsgefangenen an die UdSSR auszuliefern.
Das US-Kriegsministerium berichtete am 22. Juni 1945, daß man rund 11.094.000 Soldaten und sonstige Angehörige der deutschen Wehrmacht in den Kriegsgefangenenlagern der Siegermächte interniert hätte (x106/440).
Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (16/1969) berichtete später (am 14.04.1969) über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkrieges: >>**Skoro domoi** (bald nach Hause)
Ihre Parole hieß: Vorwärts! Doch eines Tages standen sie "am Ende unserer Freiheit, vor dem Anfang eines uns vollkommen unbekannten Weges".
Für manchen war es "mehr wie ein Hinübergleiten", für andere "ein nie zu vergessender, eigenartiger Augenblick" -- ein Augenblick, "den man eigentlich nicht beschreiben kann".
Sie hörten "den vielstimmigen Ruf: Friitz, Friitz", und einige überlegten, ob sie "nicht auch den Weg der Ehre beschreiten sollten". Es war "ein so unglaublicher Schock, eine so entsetzliche Überraschung", und "uns stockte der Atem, da wir nicht wußten, was uns die nächsten Augenblicke bringen würden".
Bald wußten sie es. Und heute, nach Jahr und Tag, erinnern sie sich, wie sie "nach und nach gleichgültig" wurden "gegenüber allem, was ich früher für Richtschnur und Sinn meines Lebens gehalten hatte".
Sie registrierten: "Körperlicher und seelischer Tiefstand -- völlige Selbstaufgabe! Keine Kraft mehr zum Gebet. Stumpfes Dahinsiechen."
Sie erlebten: "Alle Tünche fällt ab, der Mensch wird nackt; das, was er ist. Der Schein verschwindet."
Sie waren "so sehr müde" und "so abgestumpft, daß -- sollte mich jemand an eine Hundeleine nehmen -- ich nicht im geringsten überrascht ... wäre. Vielleicht würde ich sogar bellen", und "dann würde ich mich in meine Hundehütte verkriechen und schlafen".
Und wie die Hunde lebten sie: "Sitte und Moral sinken. Es gibt Leute, die pinkeln, ja scheißen in die Baracke nachts hinein. Trauriges, grauenvolles Dasein."
Traurig: "Man kann seinem eigenen Arsch nicht mehr trauen." Grauenvoll: "Jeder war neidisch auf die Männer, die starben." Denn wer starb, hungerte nicht mehr. Und der Hunger war schlimmer als alles andere:
"Nur noch mal satt werden, und dann ist Schluß. Ich hatte eine Viertel Rasierklinge und wollte mir die Pulsadern öffnen, um mein eigenes Blut zur letzten Sättigung zu nehmen."
Sie waren 3,15 Millionen Mann: Soviel Deutsche, wie heute in München und Hamburg wohnen, gerieten zwischen dem 22. Juni 1941, als morgens um 3.15 Uhr das "Unternehmen Barbarossa" mit einem Feuerschlag begann, und dem 8. Mai 1945, als die Wehrmacht kapitulierte, in sowjetische Kriegsgefangenschaft (Bei Kriegsende befanden sich rund zwölf Millionen deutsche Soldaten in Gefangenschaft, darunter 3,8 Millionen in amerikanischer, 3,7 in britischer, eine Million in französischer).
Sie lebten und starben in 2.779 Lagern -- von Preußisch-Eylau bis Jurga in Sibirien, von Archangelsk am Weißen Meer im Norden bis nach Taschkent in Usbekistan im Süden.
Nur 1,95 Millionen (62 Prozent) von ihnen kehrten heim -- der letzte über das Lager Friedland bei Göttingen erst 1957. Rund 1,11 Millionen gingen zugrunde und wurden auf einem der 193

Kriegsgefangenenfriedhöfe in der Sowjet-Union verscharrt, die meisten namenlos in Massengräbern.
Das Schicksal von mindestens 86.000 Mann ist unbekannt und wird es bleiben -- "eine Lücke der Ungewißheit, die niemand zu schließen vermag", so Kurt W. Böhme, Geschäftsführer der "Wissenschaftlichen Kommission für deutsche Kriegsgefangenengeschichte" und Autor einer 474 Seiten langen Bilanz über "Die deutschen Kriegsgefangenen in sowjetischer Hand".
Böhmes Bilanz ist Teil eines auf 16 Titel berechneten Werks, an dem die "Wissenschaftliche Kommission" (WK) unter Leitung des Heidelberger Historikers Professor Erich Maschke seit 1957 arbeitet und das sie 1971 fertigstellen will: Bis dahin soll im Auftrag das Bundesministeriums für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte die komplette "Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkrieges" geschrieben sein.
Kern des Forschungsunternehmens, für das im Bundeshaushalt 1958 ein Betrag von 3,186 Millionen Mark eingesetzt wurde, ist das Schicksal der "Plennys" (von "wojennoplenny", der russischen Bezeichnung für Kriegsgefangene) wie sich die Landser hinter dem Stacheldraht im Osten selber nannten. Fertig sind bisher
- drei Bände über "Deutsche in Straflagern und Gefängnissen der Sowjet-Union" -- Autor: der Staatswissenschaftler Dr. Kurt Bahrens, ehemals Mitarbeiter beim Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes in Hamburg;
- eine auf 20.000 Heimkehrer-Aussagen beruhende Dokumentation über den "Faktor Hunger" in den sowjetischen Lagern -- Verfasserin: die Münchner Historikerin Dr. Hedwig Fleischhacker;
- die "Bilanz" über Leben und Sterben der deutschen Gefangenen in der Sowjet-Union;
- eine Darstellung der "Lagergesellschaft" -- Autor: der Psychologe Diether Cartellieri, Referent für Wehrpsychologie im Bundesverteidigungsministerium.
In Vorbereitung sind Untersuchungen über den "Faktor Arbeit", über das kulturelle Leben und über die Versuche politischer Umerziehung in den Lagern. Angereichert werden soll das Werk durch "Beihefte" wie das "Tagebuch aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft 1945-1949" eines Michael Reck.
Unter diesem Pseudonym stellte ein ehemaliger Stabsoffizier der Heeresgruppe Mitte zusammen, was er in den fünf Jahren seiner Gefangenschaft auf Papierschnitzel, die er von Zigarettenschachteln, Brühwürfelpäckchen und Zeitungsrändern abriß, stenographisch notierte und in den doppelten Boden einer Tabakdose und eines Schachbretts durch alle Kontrollen brachte.
Nur Bonn ließ die Notizen nicht passieren -- und hält auch die Publikationen der Kommission zurück: Weil das Auswärtige Amt "außenpolitische Schwierigkeiten" befürchtet, liegen die fertigen Bücher -- Auflage je Band: rund 2.000 -- beim Verlag Ernst und Werner Gieseking in Bielefeld unter Verschluß. Lediglich einige wenige Exemplare wurden Behörden, Gerichten und wissenschaftlichen Bibliotheken zur Verfügung gestellt.
Zum erstenmal ist darin das Bild des deutschen Plenny mit wissenschaftlicher Gründlichkeit gezeichnet -- ein Bild von erniedrigten, zerlumpten, hungernden, mißtrauisch gewordenen Männern, die in aller Verzweiflung auch immer noch Hoffnung fanden und ihre Hoffnungen immer wieder begraben mußten, die von Wasser, Brot und Gerüchten lebten, die schließlich in ihrer Mehrzahl ohne Diskussionen ihr Schicksal trugen, still und unauffällig ihre Arbeit verrichteten. "Geduldig die Fetzen ihrer Kleidung flickten und Holzknöpfe schnitzten und im eisigen Winter sich mit Schnee wuschen, wenn die Wasserleitung eingefroren war."
Freilich: Nach dem Sinn ihres Schicksals fragten die meisten Gefangenen sich vergeblich. Manche behalfen sich mit der Formel von der "Schule des Lebens", andere haderten wegen der "verlorenen Jahre", aber: "Ein richtiges Begreifen war allerdings, ... nicht möglich", wie ein Soldat im Lager Armawir konstatierte. Und aus Krasnodar berichtete ein Gefangener. "Immer wieder wurde vom "lieben Gott' in Verbindung mit der Gefangenschaft gesprochen.

Eine Antwort gab es aber darauf nicht. Hier resignierte man wirklich."
Manche fanden Trost oder suchten Verklärung, indem sie sich mit Helden und Leidensgestalten verglichen, mit Hiob oder Lazarus: "Lazarus wurde getragen von den Engeln in Abrahams Schoß. Ich bin nicht gestorben." Sie trugen "die Dornenkrone" aus Stacheldraht und bezeichneten sich als "Christi in Scharen". Andere identifizierten sich mit Prometheus oder Odysseus, denn, so schrieb ein Gefangener für seine Mitgefangenen: "Märtyrer hat man sie einst genannt, ihnen seid Ihr ganz nah verwandt."
Niedergeschlagenheit, Resignation und Apathie waren, wie der Psychologe Cartellieri in seiner Studie über die Lagergesellschaft resümiert, schon die typischen Reaktionen auf die Gefangennahme gewesen -- typisch vor allem deshalb, weil der deutsche Soldat "innerlich und äußerlich kaum vorbereitet" in die Gefangenschaft ging.
Der Marsch hinter den Stacheldraht war von "Ratlosigkeit und quälender Ungewißheit" gekennzeichnet: "Wir waren auf Verhalten in der Gefangenschaft hin nicht geschult." Und: "Lange umfaßte tiefe Betäubung den Menschen -- Chaos und Angst."
Kaum jemand wußte, was Kriegsgefangenen in der Sowjet-Union wenigstens theoretisch zustand, und kaum jemand hatte sich der offiziellen Propaganda entziehen können, die im Grunde besagte, daß russische Untermenschen keinen Gefangenen leben ließen. "So hatte", stellt Cartellieri fest, "die Mehrzahl der deutschen Soldaten den Gedanken, lebend in sowjetische Hand fallen zu können, bis zuletzt zur Seite geschoben, in der Hoffnung, man würde sich durchschlagen oder fallen."
Ein Leutnant, der 1944 in Rumänien in Gefangenschaft geriet, erinnerte sich: "Eine teuflische Propaganda ließ Hunderttausende vor einer russischen Gefangenschaft erzittern." Und ein Major gestand, "daß wir alle nach vierzehntägiger Gefangenschaft eigentlich erstaunt waren, daß wir überhaupt noch lebten; jeder Offizier hatte mit dem Genickschuß gerechnet".
Vielen, so einem Regimentskommandeur in Kurland, schien auch unfaßlich, daß "nun alles umsonst gewesen sein sollte, die vielen herrlichen Siege auf allen Kriegsschauplätzen". Allmählich aber setzte sich die triviale Einsicht durch, daß das Leben trotzdem weiterging: "Wir sagten uns, das wird wahrscheinlich eine sehr grauenhafte, aber auch interessante Zeit werden."
Es war, wie Umfragen unter Heimkehrern ergaben, eine Zeit, die -- so die Rangfolge -- durch Unfreiheit, Rechtlosigkeit und primitives Leben gekennzeichnet war. Fast nirgends in den Baracken, den Erdbunkern, den Ruinen, Schuppen, Ställen und Fabrikhallen, in denen die Soldaten zusammengepfercht wurden, war die sowjetische Vorschrift eingehalten worden, wonach für jeden Mann mindestens zwei Quadratmeter Bodenfläche zur Verfügung stehen sollten -- was immerhin der Belegung einer deutschen Wohnstube mit zehn oder elf Mann entsprochen hätte.
"Das fürchterlichste", so schilderte ein Major, "war das jahrelange Zusammenleben auf engstem Raum. Es gab eine Zeit, ... in der wir glaubten, daß jeder Mensch einen Tick hat, ja eigentlich verrückt ist."
Und "verrückt" waren sie tatsächlich alle: "Man war nichts, galt nichts, war ein Dreck, eine Nummer" -- und war gestern noch ein Waffenträger der Nation mit Litzen, Schulterstücken, Orden und dem Glauben an Deutschland und den Endsieg gewesen. Psychologe Cartellieri: "Der entscheidende Faktor war Statusverlust und Rollenwechsel." In Rußland gefangen, das bedeutete für die meisten, "daß ja doch alles sinnlos ist".
Am ehesten fanden sich simple Naturen mit der Lage ab, so ein Tagelöhner, der zu Protokoll gab: "Zu Hause, als landwirtschaftlicher Arbeiter, hatte ich nicht viel zu sagen, beim Kommiß als Landser wurde ich auch nur herumkommandiert. Und was ist hier viel anders? Nur daß jetzt die anderen es auch nicht besser haben als ich."
Je höher der Dienstgrad, desto tiefer war der Sturz: "Ganz schrecklich" fand es ein Plenny,

"wie Männer, die einst in hoher militärischer Stellung waren, sich gehenließen und nach und nach an Leib und Seele verkamen." Vielen wurde es schon zuviel, sich im Winter "den ewigen Tropfen an der Nase" abzuwischen oder gar, sich mit Glasscherben zu rasieren, obwohl "das ging", wie ein Stabsoffizier stolz notierte: "Man blutete zwar einen Tag und ist vollkommen aufgeschabt, hat da so zehn oder 20 kleine Ritze. Das heilt aber innerhalb von zwölf oder 24 Stunden, und dann sieht man ganz vernünftig aus."

Die unterschiedliche Fähigkeit, sich den neuen Gegebenheiten anzupassen, führte schnell dazu, daß sich in der klassenlosen Gesellschaft, die in die Lager getrieben worden war, neue Klassenunterschiede herausbildeten.

So einheitlich das Bild war, wenn die Kompanien, Züge und Brigaden aus den Arbeitslagern in die Holzschläge, Torfstiche, Steinbrüche und Bergwerke zogen, so differenziert waren die Rollen und Positionen der Gefangenen in der Lagerhierarchie. Es gab "Herren mit weißen Ledermänteln und weißen Hemden ... Auf der anderen Seite Landser, (die) abgemagert, zerlumpt ... durch die Lager schlichen."

Es dauerte meist nicht lange, bis Offiziere, die zunächst als Lagerälteste eingesetzt worden waren, von Leuten abgelöst wurden, denen der unkomplizierte Umgang mit den Russen wie mit den eigenen Männern leichter fiel -- von Leuten, die "etwas zu schaffen, zu organisieren, zu improvisieren, etwas aufzubauen, sich durchzusetzen" verstanden, wie Cartellieri ergründete.

Ein Heimkehrer aus den Lagern um Leningrad berichtete darüber: "Um die leitenden Stellen im Lager bemühten sich fast immer nur Geltungs- und Machthungrige, denen die Vorgesetztenwürde ebenso schnell in den Kopf stieg wie einst den neugebackenen preußischen Korporalen."

Vor allem den Angehörigen des "Antifaschistischen Aktivs" (Antifa), denen die ideologische Ausrichtung der Kriegsgefangenen oblag, wurde das Bedürfnis nachgesagt, ihre neue Stellung und die Zugehörigkeit zur "neuen Klasse" auch äußerlich erkennen zu lassen: "Sie haßten die deutschen Offiziere, kleideten sich jedoch von Kopf bis zu Fuß wie diese ... und stelzten eitel wie die Gockelhähne durchs Lager."

Zur "Lagerprominenz" gehörten auch Fachleute wie Köche, Schneider. Schuster und Friseure, die nach und nach die Möglichkeit erhielten oder sich verschafften, "sich besser zu pflegen und auszustatten und auf einen annähernd "zivilen" Lebensstandard zu kommen", wie der Leningrad-Heimkehrer berichtete. Allerdings: "Eine wirkliche Lagergemeinschaft kam auf diese Weise nicht zustande. Ehrgeiz, Neid, Selbstsucht und Intrigen bestimmten bis zum Schluß das öffentliche Geschehen im Lager."

Der Pädagoge Friedrich Hassenstein, der als Abiturient in sowjetische Gefangenschaft geraten war, fand heraus: "Der soziale Aufstieg im Lager stand in erster Linie denen offen, die im nötigen Maße anpassungsfähig und skrupellos waren." Sie verstanden es, so begehrenswerte Posten wie Teekoch, Badehauschef ("Banjachef") oder Trockenraumchef zu bekommen, und auch wer ein "Chudoschnik", ein Künstler, war und die sowjetischen Offiziere im Lager mit Stalinbildern oder Waldlandschaften mit Bär beliefern konnte, hatte für den Rest seiner Gefangenschaft ausgesorgt, bekam satt zu essen und konnte ein "Langhaariger" werden einer, der sich die Haare wachsen lassen durfte.

In manchen Lagern gab es sogar "reiche" Brigaden, die sich "arme" Brigaden zum Kartoffelschälen oder Schneeschippen halten konnten und dafür mit einem Extraschlag Suppe bezahlten.

Die Mehrzahl der anderen Kriegsgefangenen aber stapfte weiter teilnahmslos und mit Lappen an den Füßen zur Arbeit und empfand sich als "das ausgebeutete Volk" -- gleich, ob einer Oberleutnant oder Stabsgefreiter gewesen war.

Zwar gab es einzelne privilegierte Offizierslager, so in Tschernzy, wo täglich 2.800 Kalorien

an Verpflegung und 20 Zigaretten verteilt wurden, wo die Gefangenen eine Buchenallee entlangspazieren und in einem Klubraum Bridge-Turniere veranstalten konnten.
Doch die meisten Offiziere wurden in den üblichen Arbeitslagern untergebracht, und lediglich die Stabsoffiziere waren zunächst von der Arbeit befreit. Als Offiziere jedoch spielten sie keine Rolle mehr.
Autor Cartellieri: "Man fragte im Lager nur, ob er ein anständiger Kerl sei oder nicht", ob er zum Beispiel zu den ewigen Optimisten gehörte, "die sich an jeden Strohhalm einer Latrinenparole klammerten, um die innere Angst totzureden", oder zu den chronischen Pessimisten, denen nichts anderes einfiel als: "Ach, wir verrecken doch alle hier heraußen."
Ob jemand zu den Spaßvögeln oder zu den Stänkerern gehörte, war ebenso wichtig wie die Fähigkeit, sich Spezialkenntnisse anzueignen, mit denen jemand sich und seinen Kameraden das Leben erleichtern konnte. Es gab Spezialisten im Bau von Holzkoffern für die paar Habseligkeiten, die man noch hatte, Experten für Messer aus Holz und Spezialisten zur Herstellung von Nähnadeln, die "stundenweise gegen Brot" vermietet wurden.
Es gab Gefangene, die sich auf die Lektüre russischer Zeitungen spezialisiert hatten, andere, die Interessenten zum "Philosophieren" um sich sammelten und "Meister" tituliert wurden, und es gab Gelegenheitsdichter, die sich auf Bestellung gegen Zigaretten Verse einfallen ließen. "Ich habe", erzählte ein Kriegsgefangener, "eine russische Literaturgeschichte auf Sackpapier zusammengeschrieben."
Jedes Lager verfügte auch über sogenannte Fluchtexperten, die mit phantastischen Plänen hausieren gingen, selber aber nicht an die Flucht dachten. Und überall wurde gesammelt, was nicht niet- und nagelfest war: Papierfetzen, Lumpen, leere Büchsen kamen in den "Schnappsack", denn·"das Streben nach Besitz ist eben eine menschliche Eigenschaft", wie ein Heimkehrer bekannte.
Um sich auch nur mit der notdürftigsten Habe auszustatten, wurde getauscht, organisiert und sogar gebettelt, wobei es zunächst das Ziel war, Ersatz für das Kochgeschirr zu finden, das die meisten verloren hatten. Dadurch kam "Oscar Mayer" zu Berühmtheit: Konservendosen der Fleischfabrik Oscar Mayer aus Chicago, die aus USA-Lieferungen im Rahmen des Leih- und Pachtabkommens stammten und besonders begehrt waren, weil sie aus Messingblech bestanden.
Wer nicht nur "organisierte", sondern regelrecht stahl, hatte damit zu rechnen, daß die Kameraden zur Selbstjustiz griffen, die -- so ein Bericht aus dem Hauptlager Minsk -- "zumeist aus 25 Schlägen auf das Hinterteil bestand".
"Einfach aus der Lagergemeinschaft herausgelyncht", wie ein Pfarrer im Lager Stalingrad das nannte, wurden zuweilen die Spitzel, die von den sowjetischen Operativ-Offizieren angeworben wurden und den Auftrag hatten, "schlechte Arbeit, ärgerliche Bemerkungen, offene Worte gegen Brigadiere" anzuzeigen -- Material, mit dem die "Blauen", wie die Operativ-Offiziere wegen der Farbe ihrer Mützendeckel hießen, oft die sogenannten Kriegsverbrecherprozesse bestritten, bei denen Freisprüche "sozusagen nicht eingeplant" waren.
Das Spitzelwesen war, wie Cartellieri schreibt, "eine der schmerzlichsten Erfahrungen der Kriegsgefangenschaft". Ein Heimkehrer aus dem Lager Swirstroi versicherte: "Auf meine Person allein waren zwölf Spitzel angesetzt." Ein anderer: "Ohne Mitwirkung von Bütteln und Spitzeln hätte man uns nicht so niedergehalten, nicht solches Elend über uns herbeiführen können."
Zwar waren die Spitzel bald allgemein bekannt, weil sie bessere Verpflegung und Bekleidung erhielten. Aber da keiner vom anderen genau wußte, ob er insgeheim nicht doch auch als Spitzel herumhorchte, war "das gegenseitige Mißtrauen allbeherrschend" (Cartellieri).
So überwogen Urteile wie: "Kameradschaftlicher Zusammenhalt gering" (Lager Kaunas) oder: "Die Kameradschaft der Deutschen untereinander war bei weitem nicht die beste. Am besten

sind mir die ungarischen Kameraden in Erinnerung sowie die Japaner, die keinen Schlag für die Russen getan haben und nur immer sagten "nix panimei" (Ich verstehe nicht).
Lager-Autor Cartellieri glaubt freilich nicht, daß die "geringere Gemeinschaftsfähigkeit ... eine deutsche Eigenart" widerspiegelte. Er verweist vielmehr darauf, daß die bedingungslose Kapitulation, die Teilung Deutschlands und das "Vakuum, das auf die gewaltsame Ideologisierung folgen mußte", unter den deutschen Kriegsgefangenen "in besonderem Maße Desorientierung und das Gefühl der Verlorenheit" hervorriefen.
Schwerer noch als die Trennung von der Heimat wog beim deutschen Plenny laut Cartellieri "die seelische Isolierung, die er empfand, wenn er von einer Heimat hörte, in der alles das, wofür er gekämpft hatte, nun als falsch verschrien wurde".
Zu einer weitgehenden Solidarisierung kam es in den Gefangenenlagern paradoxerweise erst, als gegen Ende 1949 Offiziere wie einfache Soldaten, verdiente "Bestarbeiter" genauso wie Aktivisten der Antifa und Spitzel scharenweise und zum Teil lediglich aufgrund der ehemaligen Zugehörigkeit zu einem Truppenteil, der angeblich an der Partisanenbekämpfung teilgenommen hatte, zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt wurden: "Jetzt entstand erst das Bewußtsein eines gemeinsamen Schicksals.
Nun wich die allgemeine Niedergeschlagenheit häufig einer regelrechten Hochstimmung, "getragen von heiligem Zorn -- oft einer guten Portion Galgenhumor, der die sowjetischen Offiziere der Tribunale verblüffte, und dem Gefühl der Erleichterung, endlich zu wissen, woran man war
Die Kriegsgefangenen waren jetzt auch eher bereit, die paar Stunden Freizeit am Tage sinnvoller als bisher auszugestalten. In Perwo-Uralsk bildete sich ein 30-Mann-Orchester und intonierte Beethovens 5. Sinfonie und Schuberts "Unvollendete", eine Theatergruppe spielte an 56 Abenden Goethes "Faust" und Schillers "Kabale und Liebe".
Ein Plenny-Ballett hüpfte über die Bühne, wenn die "Csardasfürstin" oder "Gräfin Mariza" aufgeführt wurde. Dabei trug die Gräfin eine Abendtoilette, die aus Verbandmull, gefärbten Bettlaken, Fußlappen und Paketpapier hergestellt worden war. In einem anderen Lager hatte sich ein Musiker aus Konservendosen eine Posaune zusammengelötet, "auf die die Russen so scharf waren, daß sie sie ihm eines Tages ... weggenommen haben".
Überall wurden Sprachkurse eingerichtet, sogar in Latein und Griechisch. Die allerdings spärlich ausgestatteten Lagerbüchereien mit überwiegend "marxistischer Literatur" waren ständig ausgeliehen. Es bildeten sich Gesprächskreise, in denen man sich über "Schrebergärten, Kaninchenzucht, Brieftauben" unterhielt oder darüber stritt, welcher Fußballverein mit welcher Mannschaft irgendwann irgendein Spiel gewonnen hatte.
Skat und andere Kartenspiele waren, entsprechend den Bestimmungen in der Sowjet-Armee, verboten. Aber da Brettspiele erlaubt waren, schnitzten Gefangene Skatkarten aus Holz "und schlugen nun statt mit Papierkarten mit den Holzkarten auf den Tischen herum; es war schon ein ganz hübscher Krach".
Aus dem Offizierslager Walka wird berichtet, daß "jeder Dritte" Novellen oder Gedichte schrieb; Maler mischten ihre Farben aus Ruß, Kalk, Ziegelstaub und Kräutern; Bastler bastelten Uhren, Kämme, Wäscheklammern, Schachfiguren, in manchen Lagern entstanden Küchengärten, und sogar Kegelbahnen wurden gebaut.
Gottesdienste durften nur in wenigen Lagern abgehalten werden. Oft beschränkte sich die religiöse Arbeit der gefangenen Geistlichen auf kleine Zirkel, die sich in einer Barackenecke zusammensetzten. Ein Gefangener bekannte: "Ich habe in jener Zeit zum ersten Male die Nachfolge Christi kennen- und schätzengelernt."
In vielen Lagern war jedwedes religiöse Tun untersagt, so im Stammlager Pachta-Aral, wo am Heiligen Abend nicht einmal ein Weihnachtslied gesungen werden durfte und der Baumwollstrauch, den die Kriegsgefangenen als Weihnachtsbaum mit Bildern und Watte geschmückt

hatten, "auf besonderen Befehl" in den Ofen wanderte.
Die Freuden waren gering. Den meisten Kriegsgefangenen wurde erst im Frühjahr 1946 eine Rot-Kreuz-Antwortkarte zum Schreiben ausgehändigt, und mitunter dauerte es danach noch wochenlang, ehe die erste Nachricht aus der Heimat kam. Im Tagebuch eines Gefangenen im Lager Jurewez findet sich unter dem 13. Juni 1946 die Eintragung: "Endlich die langersehnte Nachricht von zu Hause ... Alle leben, alles gesund! Auch Wohnung heil. Das ist ein Stein vom Herzen!"
Zunächst war es mit dem Schreiben "eine Sache für sich", wie ein Heimkehrer aus dem Lager Schtscherbakow berichtete, "denn wir waren 2,5 tausend Mann und bekamen das erstemal 150 Karten zum Schreiben", und in Kupjansk erlaubten die Russen "uns wohl das Schreiben, aber es gab kein Papier". Und auch das geschah: "Post kommt, Karten und viele Umschläge, sämtliche Briefe sind entnommen - Gemeinheit!"
Obwohl nach 1950 in fast allen Unterkünften Lautsprecher installiert wurden, die das Programm des Rundfunks ausstrahlten, war der Kontakt zur Außenwelt so dürftig und der Nachrichtenhunger entsprechend groß, daß "die Luft voller Gerüchte" zu sein pflegte -- vor allem der Gerüchte über eine baldige Heimkehr:
"Das ewige 'skoro domoi' (bald nach Hause) machte uns fast verrückt, und doch glaubte man immer wieder dran, weil es sich jeder so sehnlich wünschte."
Der Wunsch, irgend etwas Genaueres über das weitere Schicksal zu erfahren, war laut Cartellieri "so übermächtig, daß man bereit war, auch die haltloseste 'Parole' wenigstens zu diskutieren: Vielleicht war doch etwas daran".
Ob hinter dem Lagerzaun plötzlich ein Auto aufkreuzte, das man bis dahin nie gesehen hatte, ob unerwartet Großreinemachen befohlen wurde, ob sich das Verhalten des Bewachungspersonals zu ändern schien -- "all das konnte der Funke für ein Lauffeuer" werden. In Kasimirowo gab es einen Gefangenen, "der genau wissen sollte, wie die Entlassungsformalitäten in Frankfurt/Oder vor sich gingen", und alle hörten ihm gebannt zu, denn "im Grunde seines Herzens hoffte doch ein jeder, fahndete nach Anzeichen für seine Hoffnung und bekam so immer etwas Auftrieb".
Viele freilich hofften vergebens -- und bis an ihr Ende: Jeder dritte Plenny starb. In den 619 Lagern der Südregion um Odessa kamen rund 200.000 Gefangene um, in den 729 Lagern der Zentralregion um Moskau waren es 180.000. Die höchste Sterblichkeitsziffer gab es im schwer erträglichen Wüsten-Klima der Lager im südlichen Zentralasien -- in Usbekistan, Kirgistan und Turkmenistan.
Von den deutschen Soldaten, die schon zu Anfang des Rußlandkrieges in Gefangenschaft gerieten, starben bis zu 95 Prozent, vor allem im Winter. Und viele blieben schon beim Marsch in die Gefangenschaft am Wege liegen:
- Von 91.000 Soldaten, die 1943 die Schlacht von Stalingrad überlebten, erreichten nur 18.000 die Endlager in Taschkent, Usbekistan und an der Wolga; 42.000 verhungerten oder erfroren allein im Auffanglager Beketowka.
- Um ein Viertel dezimierten endlose Hitzemärsche den Schub von 150.000 Mann, der nach dem Zusammenbruch der Heeresgruppe Mitte im Juli 1944 in Lager bei Minsk und Smolensk geleitet wurde.
- Von 115.000 Kriegsgefangenen, die nach dem Untergang der Heeresgruppe Süd in Rumänien im Spätsommer 1944 bei sengender Hitze unter freiem Himmel kampieren mußten, starb jeder dritte.
- Auf Fußmärschen bis zu 300 Kilometer kamen von 800.000 Soldaten, die nach der Kapitulation in Polen und Ostdeutschland zusammengezogen worden waren, rund 100.000 ums Leben.
Allerdings: Die Version, die Sowjets hätten es darauf angelegt, die Überlebenden der Schlacht um Stalingrad auf ziellosen "Todesmärschen" noch nachträglich zu liquidieren, ist -- so Bi-

lanz-Autor Böhme -- "aufs Ganze und objektiv gesehen" nicht aufrechtzuerhalten:
Die Reste der 6. Armee waren bereits bei der Gefangennahme zu Tode erschöpft, ausgehungert, verwundet oder krank, in ihrer dürftigen Kleidung der Kälte nahezu schutzlos preisgegeben, auch gab es weit und breit keine Unterkunft. Hätte man sie nicht, wie es ein Stalingrad-Arzt ausdrückte, durch Märsche "gewaltsam bewegt", so wären noch mehr erfroren.
Mit rund 35 Prozent war die Sterberate der deutschen Gefangenen in der Sowjet-Union nicht nur geringer als die der fünf Millionen Rotarmisten in Nazi-Gewahrsam (60 Prozent), sie war auch niedriger als die der knapp 160.000 Feldgrauen, die 1914 bis 1918 in russische Kriegsgefangenschaft gerieten: Damals betrug die Todesquote fast 40 Prozent, während von den 1,4 Millionen Russen-Gefangenen im Ersten Weltkrieg nur 5,4 Prozent starben.
So sieht denn auch Professor Maschke, Chef der Kommission für deutsche Kriegsgefangenengeschichte, "keine Anzeichen für die Absicht, die deutschen Kriegsgefangenen verhungern zu lassen".
Zwar spielten Unfähigkeit und auch Gleichgültigkeit eine verhängnisvolle Rolle, doch waren -- so ergaben die Untersuchungen der Wissenschaftler -- die Plennys den Russen "als Arbeitskräfte zu unentbehrlich, als daß man sie nicht nach Möglichkeit ernährt hätte". Und Arbeitskräfte waren in der Sowjet-Union tatsächlich rar geworden: Schätzungen besagen, daß die russische Bevölkerung im Krieg mit Deutschland um etwa 20 Millionen Menschen dezimiert wurde.
Freilich: Die gefangenen Landser wurden lediglich "nach Möglichkeit" ernährt, und die Möglichkeiten waren gering genug. Die sowjetische Landwirtschaft hatte schwere Kriegsschäden erlitten. Allein der Ernteertrag an Getreide fiel zwischen 1940 und 1945 um etwa 45 Prozent, überdies brachte das Jahr 1946 die schlimmste Mißernte seit einem halben Jahrhundert.
Die russischen Zivilisten litten darunter ebenso wie die deutschen Kriegsgefangenen: Beide bekamen (jedenfalls auf dem Papier) ebensoviel und ebensowenig. Im Winter 1946/47 betrug die tägliche Brotration in den meisten Gefangenenlagern 600 Gramm. Sowjetische Arbeiter erhielten zur selben Zeit zwischen 529 und 546 Gramm, Facharbeiter zwischen 613 und 633 Gramm. Auch die Rationen an Fleisch, Fisch, Fett und Zucker waren nahezu gleich, ebenso die Zuteilung an Grütze oder Suppen.
Die Gefangenen selber bestätigen es: "Wie wir feststellen konnten, hatte auch die russische Bevölkerung nicht viel mehr." Oder: "Ganz Moskau -- und wir mit -- aß nichts als angefrorene Kartoffeln." Ein Heimkehrer aus einem Ural-Lager berichtete sogar: "Den Russen erging es nicht anders, zum Teil noch miserabler."
Und doch waren die Gefangenen im Nachteil. Die Russen ernährten sich seit jeher hauptsächlich von Brot, Suppen, Hirsebrei, Kraut und Rüben, während der Fleischverbrauch nicht höher war als im Deutschland von 1816. Das Hauptnahrungsmittel Brot enthielt zudem einen hohen Anteil Wasser und war für deutsche Mägen kaum verdaulich.
Hinzu kam, daß auch die Gefangenen-Rationen, wie in der Sowjet-Union üblich, nach der Arbeitsleistung bemessen wurden. Wer seine Norm zu mehr als 125 Prozent erfüllte, bekam doppelt soviel Brot wie jemand, der unter 80 Prozent blieb -- und das waren die Alten, die Schwachen, die ohnehin schon Ausgemergelten.
Anders als den russischen Zivilisten war es den Gefangenen lange Zeit auch unmöglich, ihre Rationen durch Anbau von Kartoffeln und Gemüse hinterm Haus aufzubessern oder auf dem freien Markt etwas dazuzukaufen. Oft konnten die versprochenen Kontingente nicht geliefert werden, oder sie verschwanden irgendwo an der Bahnstrecke.
Was schließlich angeliefert wurde, war meist von schlechter Qualität: Das Fleisch bestand vielfach nur aus Innereien, die Knochen wurden mitgewogen. Die Kartoffeln waren erfroren oder verfault.
Ein Gefangener aus einem Lager im Süd-Ural schilderte, wie seine Kameraden und er im

Winter 1943/44 "ganze Kartoffelblöcke wie ... (im Sommer) die Felsbrocken im Steinbruch" mit Eisenstangen aus Güterwagen hauen mußten: "Wir brachen und hieben einen ganzen Tag und nahmen am zweiten noch Kreuzhacken mit."
Denn um sie nur irgendwie verwertbar zu machen, mußten die hartgefrorenen Kartoffeln ("Eierbriketts") erst in Stücke geschlagen und dann in Benzinfässern aufgebrüht werden. Übrig blieb "ein einziger Matsch. Satt wurden die Plennys fast nie. "Hunger", so erinnerte sich einer, "hatten wir nur einmal, und das war immer." Der 1955 aus Rußland heimgekehrte Psychologe Horst von Usedom urteilte, der Hunger habe im Erleben der Gefangenen eine "teuflische Vorrangstellung" gehabt.
Weder die Ungewißheit über das künftige Los noch Fronarbeit, Schikane und sibirische Kälte -- der Hunger war für sie die "zentrale Qual in einer Vielfalt von Drangsalen", so die Historikerin Hedwig Fleischhacker, die im Bonner Auftrag das Hungerproblem der Rußland-Gefangenen untersuchte. Und für Professor Maschke vollzog sich in den Lagern gar "ein Kapitel aus der Weltgeschichte des Hungers".
Womöglich war dies das düsterste Kapitel dieser Geschichte: Im Lager Jelabuga wühlten ausgehungerte deutsche Gefangene "wie streunende Hunde" in Abfallfässern und Aschentonnen nach Krautstrünken und Kartoffelschalen.
In Dubowka bei Stalingrad beobachtete ein Kriegsgefangener im Winter 1943: "Die Dohlen im Turmgebälk der Klosterkirche werden gefangen und roh verschlungen ... In einem Schneehaufen entdecken Gefangene einen Pferdekadaver. Er wird mit bloßen Händen in Stücke gerissen und verschlungen."
Nicht anders war es noch 1946 in einem Lager am Terek, wo "wir vor krepierten Pferden nicht haltmachten; an dem Kadaver saßen die Landser wie Aasgeier, nicht einmal die schwammige Lunge blieb übrig".
Einige Heimkehrer wußten gar zu berichten sie hätten Leichen im Schnee liegen sehen, "denen viereckige Fleischstücke aus den Gesäßteilen herausgeschnitten waren". Es sei vorgekommen, "daß die Gefangenen, die gestorben sind, von Mitgefangenen ... zum Teil Gehirne ausgeschlagen bekamen und dann gegessen wurden", und auch, daß Hunger die Gefangenen dazu getrieben habe, "die toten Kameraden zu zerreißen und deren Fleisch zu rösten und es zu essen".
Der Hunger wirkte, so bestätigte ein Gefangener, "wie ein Rauschgift, er beseitigt Hemmungen". Und ein anderer fand: "Diese ausgehungerten Menschen waren oft wilden Tieren ähnlicher als dem Ebenbild Gottes."
Im Hungerwinter 1945/46 waren Gewichtsverluste bis zu 60 Pfund keine Seltenheit. Ein 21 Jahre alter Soldat, Körpergröße 1,71 Meter, meldete aus dem Lager Frolowo: "42 kg samt sämtlicher Klamotten."
Mancher erkannte sich selbst nicht mehr, so ein Kranker im Hospital Atkarsk bei der Untersuchung: "Als ich diese Reihe nackter Männer dann in einem Spiegel erblickte, fiel mir ein langer, besonders dürrer Mann auf. Als ich mich umsah, um zu sehen, wer das war, drehte sich der Mann im Spiegel auch um: Ich war es selbst."
Der Hunger schwächte nicht nur den Körper: "Die Geistestätigkeit wurde matt und matter. Wir vergaßen die Familienfesttage und konnten nicht mehr Kopfrechnen." Es gab Hungerkranke, "die tagelang kein Wort sprachen, sich für nichts interessierten, sich auf der Pritsche nicht rührten, gefüttert und gewaschen werden mußten".
Aus Schwäche oder aus ökonomischen Gründen trotteten die meisten Gefangenen "krumm, mit gebeugtem Rücken, eingesunkener Brust, nach vorn gezogenen und fallengelassenen Schultern, eingezogenem und gesenktem Kopf und in den Taschen Halt suchenden Armen".
Methoden, den Kalorienverbrauch des Körpers auf ein Minimum zu beschränken, wurden in allen Lagern praktiziert. "Kaloriensparer" bewegten sich nach Möglichkeit nur im "Schon-

gang", vermieden vermeidbare Wege und übten sich in reglosem Liegen, was sie "auf der Pritsche verfaulen" nannten.
Die Lethargie verwandelte sich in "wachsende Unruhe auf den Baracken, wenn sich der Zeitpunkt der Mahlzeit näherte" und, so ein Bericht aus dem Waldlager Schumnowo, die Gefangenen "hungrig ruhelos hin und her irren, gleich Raubtieren auf dem Sprung nach dem Essen".
"Essen" im herkömmlichen Sinn war es nicht: "Kohlsuppen (Kapusta) und Brei (Kascha) sind unsere Nahrung", außerdem Kleie, Mehlsuppe, Mais, "monatelang nur Graupen", auch "kleine Salzfische", an Fleisch nur "faulige Ziegenköpfe", Kuhköpfe, eingesalzene Innereien, "meist gibt es Kutteln". Vom bloßen Geruch der verkochten Innereien mußte sich in Saransk die offenbar an bessere Dinge gewöhnte Lagerprominenz übergeben.
Die Brotschneider waren gewählte Vertrauenspersonen, oft Architekten oder Feinmechaniker, und beim Brotschneiden durfte niemand "näher als zwei Meter heran". Wenn "die Arbeit fertig war, machte eine unparteiische Gutachterkommission noch kleine Korrekturen.
Wie man den Brotgenuß durch "Fletschern" oder "Mümmeln" steigern konnte, beschrieb ein Heimkehrer so: "Man nimmt einen großen Bissen in den Mund und kaut ihn bis zu 120 mal ... die Würge- und Schluckbewegungen muß man bekämpfen, bis das Brot zu einem dünnflüssigen Brei geworden ist ... Diesen Brei läßt man dann langsam hinunterrinnen. So braucht man für 400 Gramm Brot etwa eine Stunde."
Das "Ein und Alles" und die "einzige stabile Nahrung" war das Brot, auf russisch "chleb", ich sage immer "kleb" wie kleben". Es war meist "völlig naß wie Seife", und "wenn man es an die Wand schmiß, blieb es kleben". Heimkehrer erzählten, sie hätten "immer gesagt, wir gehen das Brot in der Feldflasche empfangen".
Dennoch wurde das Brot "verehrt, fast angebetet", und "der schönste Augenblick des ganzen Tages war der erste Biß in die frische Ration". Brot war schlechthin das "Heiligste in der Gefangenschaft"; die tägliche Brotverteilung glich einer "sakralen Handlung".
"Fast zögernd wurde geschluckt", erinnerte sich ein anderer. Und: "Die Umwelt war versunken, es war gelungen, mit eigener Kraft einen längeren euphorischen Zustand herzustellen."
Wer nicht alles auf einmal aufaß" (Lagerjargon: "Kahlfresser"), sondern als "Ratenesser" sich seine Portion einteilte, riskierte, daß sein Brot unter der Matratze verschimmelte.
So streng wie bei der Brotverteilung waren die Bräuche auch bei der Ausgabe von Suppe und Kascha -- dem "Zeremoniell des Auskellens" von Schlag und Nachschlag, dem, was nach der Verteilung der Normalration noch übriggeblieben war -- darüber kreiste das Denken häufig tagelang.
Überall gab es Nachschlaglisten" oder es waren Auslosungsverfahren ausgetüftelt worden, und von Baracke zu Baracke wachte man darüber, daß der Nachschlag präzise übereinstimmte. Stellte sich heraus, daß die Nachbarn mehr bekamen, wobei auch mitgerechnet wurde, "was außen an der Kelle hing", dann gab es "das unmenschliche Geschrei, das Schimpfen und sich gegenseitige Angreifen", und das Kellenvolumen mußte korrigiert werden.
Es war "ein schmerzlicher Anblick, wenn man zusah, wie der Barackenführer die Kelle, die geheiligt war, um einen Millimeter flacher feilte. Mathematiker berechneten sofort nach der Kegelstumpfformel den Ausfall an Kubikzentimetern, was sich die anderen dann in das Tagesminimum an Löffeln umrechneten".
Thema eins waren nicht mehr Frauen -- das lag weit zurück. Statt dessen wurde pausenlos über vergangene kulinarische Genüsse geredet, über "Gasthof, Rezepte, Feste" und darüber, was man später alles wieder einmal essen würde: "Vernünftige Männer hängen wie Kinder diesen quälenden Vorstellungen nach und fangen an, Kochrezepte zu sammeln."
Ganze Kochbücher wurden in Gefangenschaft zusammengestellt. In Grodno verfaßte ein Soldat eine Liste mit 200 Rezepten, und er tauschte sogar sein letztes Stück Brot ein, um dafür ein Stück Papier und einen Bleistiftstummel zu bekommen. Als die Russen das Rezeptbuch

fanden, glaubten sie, einem "Kode" auf die Spur gekommen zu sein und steckten den Mann für 90 Tage in den Keller: "An diesen Folgen starb er."
In der Phantasieküche der Gefangenen gab es Klöße, Aal grün, "Gulasch auf bisher nie gekannte Art" oder "täglich Schweinebraten". Viele Tage "erhielten ihre schönste Weihe dadurch, daß ein Bäckermeister vom Brotbacken erzählte". Ein Hauptmann im Lager Cherson ließ sich eine Systematik der österreichischen Mehlspeisen aufstellen, ein anderer Offizier "ließ sich von einem Veterinär auf die Barackenwand einen Ochsen malen mit Kennzeichnung der Bratenstücke".
Viele Gefangene schmatzten noch im Traum, und hier und da wurden "Leeresser" beobachtet, die "aus einem leeren Kochgeschirr eine imaginäre Suppe" löffelten oder als "Leerkauer" auf eingebildeten Fleischstücken herumbissen.
Der Hunger machte vor nichts halt, auch nicht vor "Laub von Linden", Löwenzahn, Wegerich, Schafgarbe und Brennesseln. Ein Heimkehrer: "Grasfresser gab es in meinem Lager eine ganze Anzahl." In Urnen wurde im Frühjahr "das erste Grün buchstäblich abgefressen, junge Blätter gekocht und Ungeziefer mitverwertet". Im Lager Grosny "war kein Grashälmchen mehr zu finden, dort weideten die Dystrophisten".
Dystrophie (von dystroph: die Ernährung störend) war die schwerste und auch die häufigste Krankheit der deutschen Gefangenen in der Sowjet-Union. Erst die sowjetische Kriegsgefangenschaft hat diese Krankheit überhaupt zum medizinischen Begriff geprägt. Als Folge knapper, kalorienarmer, wasserreicher Ernährung war sie den Ärzten zuvor nur als Hungerödem oder Hungerkachexie bekannt.
Die Dystrophie trat in den Lagern in zwei Formen auf: als Trockendystrophie, die zu einer schlaffen Auszehrung führte, und als Feuchtdystrophie, die den Körper aufschwemmte.
Trocken-Dystrophiker (Lagerjargon: "die Strohficker") magerten zu Skeletten ab und sahen Toten ähnlich: "Waren in einem Lager genügend solcher Jammergestalten beieinander, wurden sie gemeinsam in einer Baracke untergebracht, die dann einem lebendigen Leichenhaus glich."
Manche Feuchtdystrophiker konnten, so ein Bericht aus dem Lager Antropsino bei Leningrad, morgens "kaum aus den Augen schauen, da das Wasser beim Liegen ins Gesicht drang". Schienbeine und Knöchel schwollen zu unförmigen Klumpen an, und "der Fingerdruck läßt minutenlang eine Vertiefung zurück", wie ein Arzt schilderte.
Die Krankheit führte zu tiefgreifenden seelischen Veränderungen. Ein Dystrophiker erinnerte sich, er sei so gleichgültig geworden, "daß mich der Gedanke an meinen möglichen Tod ... völlig kalt ließ. Ich wußte, ein von Schmutz starrendes Gesicht zu haben, brachte aber nicht die Energie auf, mich zu waschen".
Sie waren so gleichgültig und so kraftlos, daß sie ihre Notdurft verrichteten, wo sie gerade standen oder, meistens, lagen. Im Lager Liepaja entdeckte ein Soldat beim Löffeln seiner Suppe, daß er sein "Wasser überhaupt nicht halten konnte und dieses sich, ohne daß ich es durch meinen Willen zu verhindern imstande war, in meine Hosen ergoß".
Der Gang zur Latrine war für viele Kranke der letzte Gang. Im Sammellager Neuhof-Ragnitz blieb, wer vor Schwäche in die Latrine fiel, "darin liegen und war nach ein, zwei Tagen vom Kot zugedeckt".
Entkräftet brachen Gefangene auch am Arbeitsplatz, bei der Entlausung oder beim Essen zusammen -- so in Borowitschi bei Leningrad: "Ein Mann starb plötzlich während des Essens und saß mit geneigtem Kopf so da, als ob er sich an dem Anblick des Essens erst noch erfreuen wollte."
Wie viele den Hungertod starben, ist bis auf wenige Ausnahmen nirgends registriert. Im Lager Tiraspol gingen binnen sechs Monaten 11.500 Gefangene zugrunde, in Balti waren es 15.000 in wenigen Wochen, und 2.000 von 8.000 Kranken starben im estnischen Lazarettlager Acht-

me.
Ob jemand krankgeschrieben wurde oder nicht, entschied sich bei der monatlichen "Kommissionierung", wenn russische Ärzte die Gefangenen in die verschiedenen Kategorien der Arbeitstauglichkeit einstuften. Bei diesem "Arschkneifen" auf dem "Sklavenmarkt" war ausschlaggebend, wie das Gesäß beschaffen war:
"Sind die Gesäßmuskeln noch straff, kommt man in die Kategorien 1 oder 2, d.h. man ist für schwere Arbeiten tauglich. Ist der Kräftezustand mäßiger oder fraglich, kneift der Arzt in die Gesäßmuskeln. Haben sie noch Spannung, kommt man in die Kategorie 3, d.h. man ist für leichte Arbeiten tauglich. Sind sie schlaff, wird man in die Kategorie 5, d.h. den Arbeitsuntauglichen zugeteilt. Hängen die Gesäßmuskeln wie die Hautlappen an der Kehrseite des Elefanten, ist man Dystrophiker. Dann hat der Körper mit dem Abbau der Muskeln begonnen."
In der Hoffnung auf bessere Krankenkost oder auf rasche Heimkehr dystrophierten sich manche Gefangenen auch selber und "trainierten ... auf Dystrophie", wie ein Heimkehrer zugab. Entweder verzichteten sie auf jedwede Nahrung. die sie dann meist gegen Tabak eintauschten -- 500-600 g Brot gegen eine Zigarette mit Machorkakrümeln". Oder sie aßen "jede Menge Salz ... um Wasser zu kriegen. Viele "tranken laufend Tabaklauge und Salzwasser", Teeabsud. Seifenlauge. Ein Gefangener erinnerte sich eines Kameraden, "der trank jeden Abend fünf Kochgeschirre Wasser. Ich warnte ihn: Tu das nicht. Aber am nächsten Abend tat er es wieder. Er wollte eben nicht arbeiten gehen".
Sie experimentierten mit ihrem Leben: "Einer ganzen Reihe ist es geglückt, andere sind daran gestorben." Mitunter traten die Hungernden noch in den Hungerstreik. Dann erschienen sowjetische Kommissionen und es konnte sein, daß es daraufhin "die Zuckerration für die rückliegenden zwei Monate auf einmal gab", wie im Lager Jelabuga, oder "der Oberkoch beehrte mich mit seinem Besuch und fragte mich nach meinen Wünschen".
Hungerstreik, Selbstverstümmelung (wie Fingerabhacken) und Selbstdystrophie wurden mit Karzer und Zwangsarbeit (bis zu 25 Jahren) bestraft -- und lebend kam davon kaum einer zurück.
Doch auch Russen waren es oft, die deutsche Gefangene vor dem Ärgsten bewahrten. Zahllos sind die Beispiele russischer Hilfsbereitschaft den "Nestschastnys" gegenüber, den Menschen, von denen alles Glück sich abgewandt hatte -- " und diese rührenden Geschichten sind wahr", wie ein Heimkehrer versicherte.
Aus dem Lager Kaunas wurde berichtet: "Zivilbevölkerung sehr freundlich, ihrer geheimen Unterstützung mit Lebensmitteln verdanken viele Kameraden das Leben."
Auch das Leben des deutschen Soldaten, der sich mit einem "Viertel Rasierklinge" die Pulsadern öffnen wollte, um sein eigenes Blut "zur letzten Sättigung zu nehmen", wurde von einem Russen gerettet: "Er brachte mir Brot, Speck und etwas zum Rauchen.
Das war Weihnachten 1945 im Stalingrader Holzkommando. ...<<
Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtete am 31. Juli 1945 über die deutschen Kriegsgefangenen in US-Lagern (x124/40): >>... In den US-Lagern warten noch 1.000.000 Gefangene auf ihre Entlassung: Sie werden wie die Tiere gehalten ... Zweimal am Tage bekommen sie Verpflegung, wobei man sich Mühe gibt, diese möglich geschmacklos zu halten. Das Essen müssen sie mit den Fingern aus weggeworfenen Konservendosen fischen, geschlafen wird auf Holzpritschen oder nacktem Boden. ...<<
Nach zum Teil über 1.000 Kilometer langen "Sühnemärschen" trafen im Juli und August 1945 mehr als 3.000 deutsche und österreichische Offiziere im Kriegsgefangenenlager 233 in Werschetz ein (x130/233). Das einzige jugoslawische Lager für gefangene Offiziere lag an der rumänisch-ungarischen Grenze.
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung für Kriegsgefangenengeschichte berichtete später über die völkerrechtswidrigen "Sühnemärsche" in Jugoslawien

(x130/215-216): >>Die Sühnemärsche forderten neue Opfer.
Die Gewahrsamsmacht kann sich im Hinblick auf eine etwaige Motivierung dieser Märsche nicht auf Artikel der Genfer Konvention berufen, wo es u.a. heißt:
"Die Kriegsgefangenen sind in möglichst kurzer Frist nach ihrer Gefangennahme nach Sammelstellen zu bringen, die vom Kampfgebiet genügend weit entfernt liegen, so daß sie sich außer Gefahr befanden".
Eine Gefahr bestand nicht mehr, da der Krieg beendet war. Auch widersprechen die geforderten Marschleistungen dem Artikel 7, der in dieser Beziehung fordert:
Bei der Rückführung zu Fuß darf die tägliche Marschleistung in der Regel nicht mehr als 20 km betragen, sofern nicht die Notwendigkeit, Wasser- und Verpflegungsstellen zu erreichen, größere Marschleistungen erfordert.
Die Berichte ehemaliger Marschteilnehmer besagen eindeutig, daß man Wasser- und Verpflegungsstellen nicht nur nicht erreichen konnte, sondern im Gegenteil gar nicht erreichen wollte. Damit entfällt auch das Argument der Notwendigkeit, größere Marschleistungen zu fordern, als völkerrechtlich zulässig sind. Die Meinung eines Heimkehrers, die Kriegsgefangenen hätten "zum Einsatz im Arbeitsprozeß" ins Landesinnere gebracht werden müssen, ist an sich durchaus richtig, erklärt jedoch nicht, ob das auf diese Weise geschehen mußte.
Die Bezeichnung Sühnemärsche ließ vielmehr darauf schließen, daß die Gewahrsamsmacht hierbei in starkem Maße propagandistische Ziele verfolgte, wie sie auch von der Sowjetunion bei den bekannten Moskauer und Kiewer Märschen nach dem Zusammenbruch der Heeresgruppe Mitte im Sommer 1944 angestrebt wurden ...
Die Zahl der auf den "Sühnemärschen" ums Leben gekommenen Kriegsgefangenen wird auf Grund der vorliegenden Berichte auf etwa 10.000 Mann geschätzt. Eine in ihrer Stärke nicht auszumachende Gruppe von ihnen erreichte zwar noch das Ziel (Lager), die Männer verstarben jedoch unmittelbar darauf infolge der während des Marsches eingetretenen Entkräftung, so daß sie als Marschopfer zu gelten haben. ...<<
Der kanadische Journalist James Bacque berichtete später über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen (x131/244-246,11-12,78,168-169): >>Die deutschen Soldaten, in Angst vor der Rache der Russen, rannten um ihr Leben. Selbst noch Wochen nach Kriegsende am 8. Mai flohen die Soldaten massenweise in den Westen. Die Westalliierten gaben selbst zu, über 9 Millionen Gefangene eingebracht zu haben, während Stalin dem amerikanischen Geheimagenten Harry Hopkins im Frühjahr 1945 persönlich mitteilte, er meine, die UdSSR hätte etwa 2,5 Millionen Gefangene, von denen 1,7 Millionen Deutsche seien und der Rest Rumänen, Italiener und Ungarn.
Die Zahl der sowjetischen Seite ist im allgemeinen von den westlichen Verteidigern ignoriert worden, denn diese beschuldigten mit Vorliebe die Sowjetunion dafür, Gefangene massenweise vernichtet zu haben.
Je niedriger die Zahl der sowjetischen Gefangennahmen ist, desto unglaubwürdiger ist es, daß all diese Gefangenen in sowjetischen Lagern umgekommen sind. ...
Die Zahlen der toten Kriegsgefangenen, die die Amerikaner und Franzosen von 1950 bis 1990 den zaghaft nachforschenden Deutschen widerwillig angaben, waren so lächerlich niedrig, daß sie unter der Todesrate der Zivilbevölkerung zu dieser Zeit lagen.
Diese außergewöhnliche Information – daß hungernde Menschen, die im Schlamm schlafen, eine niedrigere Sterberaten haben als die Zivilbevölkerung, die in Häusern lebt und jeden Tag zu essen hat – störte die Deutschen nicht weiter. Sie ignorierten die Anzeichen, die ihnen regelrecht entgegenschrien, völlig.
General Buisson, auf den sich der deutsche Autor Böhme für seine Gefangenenakten für Frankreich beruft, war nicht nur Chef der Angelegenheiten für Kriegsgefangene der französischen Armee und Autor der lächerlich niedrigen französischen Todeszahlen, er errechnete

sogar zu einer Gesamtzahl an Kriegsgefangenen 166.000 Männer, die die Franzosen in Lagern in Deutschland von den Amerikanern übernommen hatten, einfach nicht mit. Doch ein paar Seiten weiter in seinem Bericht behauptete Buisson, daß eine Anzahl dieser PWs (Kriegsgefangenen) auf der Stelle in Deutschland entlassen worden seien. So verschwinden in Buissons Zaubertrick 166.000 Menschen einfach, und 46 Jahre lang merkt es keiner. ...<<

>>... Wegen weit verbreiteter Verschleierung und weil einige Gefangenen-Dokumente schon bei ihrer Ausfertigung irreführend waren, wird die Zahl der Toten wahrscheinlich immer umstritten sein. Viele Akten wurden in den fünfziger Jahren vernichtet oder in Euphemismen versteckt. Viele Lügen sind in dichten Schichten über die Wahrheit gepackt worden.

Außer jedem Zweifel steht, daß vom April 1945 an Männer in enormer Zahl sowie etliche Frauen, Kinder und alte Leute in den amerikanischen und französischen Lagern in Deutschland und Frankreich an klima- und witterungsbedingten Krankheiten, an den Folgen unzureichender Hygiene, an Krankheit und Hunger gestorben sind. Die Zahl der Opfer liegt zweifellos bei mehr als 800.000, beinahe mit Sicherheit bei mehr als 900.000 und durchaus wahrscheinlich bei mehr als einer Million.

Die Ursachen ihres Todes wurden wissentlich geschaffen von Armee-Offizieren, die über genügend Lebensmittel und andere Hilfsmittel verfügten, um die Gefangenen am Leben zu erhalten. Hilfe-Organisationen, die versuchten, den Gefangenen in den amerikanischen Lagern zu helfen, wurde die Erlaubnis dazu von der Armee verweigert.

Das alles wurde damals verheimlicht und dann unter Lügen verdeckt, als das Rote Kreuz, Le Monde und Le Figaro versuchten, öffentlich die Wahrheit zu sagen. Akten sind vernichtet, geändert oder als geheim unter Verschluß gehalten worden. Dies geht bis auf den heutigen Tag weiter.

Kanada und Großbritannien, die verbündeten Frankreichs und der USA, brachten unter demselben Oberkommando, SHAEF, ebenfalls Millionen von Gefangenen ein, ... aber es gibt so gut wie kein Zeichen für ähnliche Greuel. ...<<

>>... Eisenhower hatte die sinnlose Verteidigung der Deutschen wegen der Vergeudung von Menschenleben beklagt. Aber die Deutschen starben jetzt, da sie kapituliert hatten, viel rascher als während des Krieges. Mindestens zehnmal so viele Deutsche starben in den französischen und nordamerikanischen Lagern, wie in allen Kämpfen an der Westfront in Nordwest-Europa vom Juni bis hin zum April 1945 gefallen sind. ...<<

>>... Die Amerikaner und Franzosen brauchten nichts weiter zu tun, als die große Zahl zu unterdrücken, um zu verhindern, daß sich die Kenntnis von ihrem Verbrechen ausbreitete, oder zur Geschichte wurde. Dies zu tun, war leicht für sie, denn sie waren die einzigen, die die große Zahl kannten. So geschah es.

Nachdem sie die große Zahl unterdrückt hatten, mußten die Amerikaner und die Franzosen irgendeine Zahl liefern, weil es nicht glaubhaft war, daß niemand gestorben sei oder daß es keine Zählung gegeben habe, es sei denn, es habe ein starker Grund für die Unterlassung einer Zählung vorgelegen, und das konnte nur die ungeheuerliche Zahl gewesen sein, die nicht die feine Eihaut durchdringen durfte.

Deshalb lieferten sie die kleine Zahl. Diese Zahl war so klein, daß niemand mit elementaren Rechenkünsten und Kenntnis von Sterblichkeitsraten sie auch nur einen Augenblick lang glauben konnte. Für Männer, von denen Buisson (französischer General) gesagt hatte, daß sie verhungerten, teilte er eine Sterblichkeitsrate mit, die unterhalb der Sterblichkeitsrate wohlgenährter Soldaten in Friedenszeiten lag. Die Amerikaner lieferten der Stadtverwaltung von Rheinberg die Zahl 614 als Zahl der Toten im Lager, weniger als ein Dreißigstel der Summe, auf die ihre eigenen Zahlen für "Sonstige Verluste" schließen ließ.

Die Deutschen akzeptierten die kleine Zahl, weil sie Schuld wegen ihrer eigenen Lager empfanden, oder wegen des Krieges, oder weil die kleine Zahl das Ausmaß ihrer Demütigung ver-

ringerte. Auch wollten die Deutschen ihren Eroberer nicht beleidigen, insbesondere nicht, nachdem er zu ihrem Verbündeten geworden war.
Eine der vielen Möglichkeiten, entgegenkommend zu sein, bestand darin, seine Lügen über etwas zu akzeptieren, das ohnehin nicht mehr zu ändern war, auch wenn es natürlich nicht zugelassen werden konnte, daß dieses Argument die Deutschen von ihrer Verantwortung für die Konzentrationslager der Nazis freisprach. Innerhalb weniger Jahre kam das Bezweifeln der kleinen Zahl schon einem Verrat bedenklich nahe, denn jeder gute Deutsche, der an den Amerikanern zweifelte, war eigentlich ein Feind beider Staaten. So kam es, daß den Amerikanern verziehen wurde, ohne daß sie auch nur angeklagt worden waren.
Viele Deutsche glaubten, daß es eine große Zahl gab, aber kannten sie nicht; sie kannten die kleine Zahl, aber glaubten sie nicht. Diese Ambivalenz (Doppelwertigkeit) ist typisch für manches in der heutigen deutschen Denkweise. Nicht imstande zu sein, die Wahrheit über die amerikanischen Greuel zu sagen, ist ein gespenstisches Echo der Aussage, man habe von den Lagern der Nazis nichts gewußt.
Ein General, der Eisenhower gut kannte, schrieb im Jahre 1945, daß Eisenhower "praktisch Gestapo-Methoden" gegen die Deutschen anwende. Sein Name war George S. Patton. ...<<
Delegierte des Internationalen Roten Kreuzes berichteten am 21. August 1945 in Genf über die katastrophalen Lebensverhältnisse der deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich (x130/-178): >>... Sie stellten fest, daß der Nahrungsmangel das Leben von 200.000 deutschen Kriegsgefangenen unmittelbar gefährde. ... Für 600.000 Gefangene in französischen Lagern gebe es nur ungenügende Unterkünfte ...<<
Der Chef der IKRK-Delegation, Pradervand, schrieb am 26. September 1945 an General de Gaulle und berichtete über die deutschen Kriegsgefangenen in den französischen Lagern (x131/117-118): >>Mein General,
am 3. September habe ich Sie um die Ehre gebeten, mich zu empfangen, damit ich Ihnen über die Situation der deutschen Kriegsgefangenen in französischer Hand berichten könne. Die Zahl dieser Gefangenen beläuft sich jetzt auf 600.000.
200.000 sind jetzt arbeitsunfähig, wie folgt:
a. 50.000, weil sie nach den Bestimmungen der Genfer Konvention repatriiert werden sollten (amputiert, blind geisteskrank tuberkulös usw.) und
b) 150.000 weil sie an schwerer Unterernährung leiden.
Die Situation dieser 200.000 Männer ist in Bezug auf Lebensmittel, Kleidung, unhygienische Bedingungen so bedenklich, daß man ohne Furcht vor Pessimismus sagen kann, daß sie den Winter nicht überleben werden. ...<<
Der Reporter Serge Bromberger berichtete am 29. September 1945 im "Le Figaro" über die deutschen Kriegsgefangenen in den französischen Lagern (x131/116): >>... Die seriöseste Quelle bestätigte, daß der körperliche Zustand der Gefangenen schlimmer als beklagenswert war. Die Leute sprachen von einer erschreckenden Sterblichkeit, verursacht nicht durch Krankheit, sondern durch Hunger, und von Männern mit einem Durchschnittsgewicht von 35 bis 45 Kilo.
Anfangs zweifelten wir an der Wahrheit aller dieser Dinge, aber uns erreichten Appelle von vielen Seiten, und wir konnten das Zeugnis von Priester Le Meur, eines Geistlichen für die Gefangenen, nicht ignorieren.<<
Jacques Fauvet berichtete am 30. September 1945 im "Le Figaro" über die unmenschlichen Zustände in den französischen Kriegsgefangenenlagern (x131/123-124): >>So wie man heute von Dachau spricht, werden die Menschen in 10 Jahren überall in der Welt von Lagern wie Saint Paul d' Egiaux sprechen, wo gegen Ende Juli 17.000 von den Amerikanern übernommene Menschen so rasch starben, daß in wenigen Wochen zwei Friedhöfe von je 200 Gräbern gefüllt waren. Gegen Ende September betrug die Sterbeziffer 10 pro Tag, was mehr als 21 %

pro Jahr bedeutete. ...
Manche Leute werden einwenden, daß die Deutschen nicht sehr gewissenhaft waren, was die Frage der Ernährung unserer Männer anbetraf, aber selbst wenn sie gegen die Genfer Konvention verstoßen haben, scheint das wohl kaum eine Rechtfertigung dafür zu sein, daß wir ihrem Beispiel folgen.
Manche Leute haben gesagt, der beste Dienst, den wir den Deutschen leisten könnten, würde darin bestehen, sie nachzuahmen, so daß sie uns eines Tages vor dem Richterstuhl der Geschichte wiederfinden würden, aber Frankreich sollte seinem Ideal treu bleiben, das höher ist als bloße Würde; es ist bedauerlich, daß uns die ausländische Presse daran erinnern mußte. ...
Wir haben nicht gelitten und gekämpft, um die Verbrechen anderer Zeiten und anderer Orte zu verewigen.<<
Am 1. Oktober 1945 ordnete General Eisenhower weitere Kriegsgefangenentransporte an. Bis Ende Oktober 1945 transportierte man 1.750.000 deutsche Gefangene nach Frankreich und 30.000 deutsche Gefangene als Arbeitskräfte nach Belgien (x111/85).
Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtete am 11. November 1945 aus Bayern (x124/61): >>Die Franzosen haben die ersten 1.500 deutschen Kriegsgefangenen den Amerikanern zurückgegeben. Sie sehen wie Leichname aus den Greuellagern aus, berichten die keinesfalls deutschen Sympathien verdächtigen "Stars and Stripes":
"Vor 4 Monaten waren sie anständig ernährt und ausgerüstet nach Frankreich zur Arbeit verschickt worden. Zurückgekommen sind ausgemergelte, sieche Gestalten, von denen es kaum glaublich erscheint, daß sie noch lebensfähig sind. Ein 47jähriger mittelgroßer Graukopf wog 40 kg."
Sie haben überall gearbeitet: in Bergwerken, Steinbrüchen, Bauernhöfen, Küchen usw. Im allgemeinen behandelte sie die Zivilbevölkerung freundlich, hingegen waren sie Mißhandlungen und Beraubungen durch das Wachpersonal ausgesetzt. Katastrophal wirkte sich der Hunger sowie der Mangel an ärztlicher Betreuung aus. ...<<
Als die Absicht der schwedischen Regierung bekannt wurde, deutsche Kriegsgefangene an die UdSSR auszuliefern, warnte eine große schwedische Zeitung am 15. November 1945 (x130/-195): >>... Schwedens Ruhm und Ehre stehen auf dem Spiel. ...<<
Am 18. Dezember 1945 befanden sich in Frankreich noch 709.260 deutsche Kriegsgefangene, von denen die Hälfte in der zivilen Wirtschaft eingesetzt wurde (x111/114).
Delegierte des Internationalen Roten Kreuzes berichteten im April 1946 über die Arbeit der deutschen Kriegsgefangenen in französischen Bergwerken (x130/181): >>Die Suche nach Werkzeugen ist häufig langwierig. Sie dient den Aufsehern als Vorwand, die Gefangenen des Spazierengehens zu beschuldigen und sie zu schlagen. ...
Manchmal sind die Gefangenen für mehrere Tage arbeitsunfähig, gewöhnlich leiden die schwächeren Gefangenen am meisten. ...
Häufig sind kranke Gefangene gezwungen, eine Doppelschicht zu machen, wenn sie das Pech haben, auf einen Aufseher zu stoßen, der ihre Krankheit als Ausdruck von Arbeitsunwillen auffaßt. Einige Gefangene wurden gezwungen, 19 Stunden ununterbrochen zu arbeiten, ohne Nahrungsaufnahme und ohne Ruhepausen. ...<<
Ein gefangener Wehrmachtssoldat berichtete über einen gescheiterten Fluchtversuch aus dem sowjetischen Kriegsgefangenenlager Saransk an der mittleren Wolga im Juni 1946 (x130/-281): >>... Um drei Uhr wird zur Zählung gepfiffen. Wir stehen bis 6 Uhr, ohne daß gezählt wird.
Zwei Offiziere sind ausgekniffen. Bald erfahren wir, daß der eine, ein Sudetendeutscher, erschossen zwischen den Drähten liegt. Der andere, ein Oberstleutnant, ist einen Kilometer vom Lager entfernt niedergeknallt worden. Ihre Fluchtvorbereitungen sind verraten worden.
Der Verräter wird kaltblütig sich an Brot und Tabak laben.<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung für Kriegsgefangenengeschichte berichtete später über die systematische Bespitzelung in den sowjetischen Kriegsgefangenenlagern (x130/281-282): >>Die Bespitzelung stellte neben Hunger und schwerer Arbeit wohl die stärkste seelische Belastung für viele dar. Denn die Tatsache, daß man seinem Nachbarn nicht mehr trauen konnte, wog schwerer als manche Entbehrungen. ...
Jedes totalitäre System arbeitet mit Spitzeln, um seine Herrschaft aufrechtzuerhalten. Die Sowjets waren deshalb bemüht, auch unter den Kriegsgefangenen ein schlagkräftiges Spitzelsystem einzurichten.
Die deutschen Kriegsgefangenen waren auf das Spitzelwesen nicht vorbereitet: Sie dachten gar nicht an die Möglichkeit des Einsatzes von Spitzeln; man rechnete weder damit, daß sich aus den eigenen Reihen Leute dafür hergeben würden, noch konnte man sich vorstellen, welchen Zweck die Gewahrsamsmacht damit verfolgen könnte. ... Überhaupt nicht rechnete man damit, daß planmäßig Material für Verurteilungen gesammelt wurde.
Was hat der deutsche Soldat schon von Spitzeln gewußt? So etwas kannte man vom Hörensagen, ... vielleicht noch aus Flüsterwitzen über die Gestapo, das war aber auch alles. Daß ein System daraus gemacht werden konnte, daß in jeder Stube, in jeder Arbeitsbrigade, in jedem offiziellen, ja jedem inoffiziellen Zirkel mindestens ein Mann war – oder jedenfalls sein sollte -, der die Sowjets über alles und jedes unterrichtete, das lernte man erst durch bittere Erfahrungen. ...
Die Tatsache, daß der deutsche Soldat nichts von Spitzeln wußte und der deutsche Offizier Spitzel verabscheute – er hätte sie nie in seiner Einheit geduldet -, schützte nicht etwa den deutschen Kriegsgefangenen vor Spitzeln, sondern machte ihn zunächst hilflos. ...
Nur ganz allmählich lernten die Kriegsgefangenen, sich vor Spitzeln zu schützen: passiv durch Vorsicht bei Gesprächen, aktiv – und das nur in wenigen Fällen – durch Selbstjustiz.
Die Gefangenen in den Lagern waren ohnmächtig gegen Spitzeltum und Verrat. Sie mußten schwere Strafen der Russen fürchten, hätten sie Spitzel verprügelt oder gar erschlagen. ...<<
Walter Müller-Bringmann berichtete am 13. August 1946 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/48-52): >>13. August 1946: ... Die ersten aus Rußland entlassenen deutschen Kriegsgefangenen für die britische Zone trafen ein, fieberhaft seit Tagen von vielen Angehörigen erwartet, die aus Köln und Hamburg, Dortmund und Lübeck Schlangen an den Straßenrändern bildeten, um möglichst den Vater oder Bruder, den Sohn oder Bräutigam sogleich zu erspähen. ...
Zunächst kamen ... Sanitätswagen, angefüllt mit Schwerkranken und Marschunfähigen. Einzelne magere, unendlich abgezehrte Gesichter, fast unmenschliche Gesichter versuchten durch die kleinen Fenster der unförmigen Autos zu sehen. ...
Dann dahinter, in langen Reihen, ohne Tritt, immer zu sechst, müde und matt, mit leeren Blicken und kahlgeschorenen Köpfen, eingehüllt in Fetzen ehemaliger Uniformen, mit Stöcken, Krücken oder den unvermeidlichen, aus alten Konservendosen hergestellten Eßnäpfen in den Händen, kamen diejenigen, die einst gesund ... "gen Osten" ausziehen mußten.
Auch auf den abgestumpften Gesichtern der englischen Soldaten zeichnete sich ein ungläubiges Erschrecken ab; die deutschen Frauen im Straßengraben fingen an zu weinen, einzelne versuchten zaghaft zu winken, aber die schmutzige Masse der ... unendlich bemitleidenswerten Gestalten, die da ausgemergelt und ausgelaugt daherwankten, gab kaum ein Zeichen zurück.
Sie kamen ohne jedes Gepäck, ohne Decke und ohne Mantel, wenige nur ein armseliges, kleines Bündel tragend. Die Gesichter waren grau und zerfurcht, manche auch von Ekzemen zerfressen.
Junge Burschen, zuletzt noch in den Krieg hineingerissen, schienen ... um Jahrzehnte gealtert. Kräftige Männer von einst setzten nur mühsam ein Bein vor das andere. ...

Kolonnen in Militärdrillichhosen, gebrauchten Zivil- oder Uniformstücken, mit Segeltuch bespannte Holzschuhe an den Füßen, oft einen der ihren untergefaßt, folgten. ...
Die letzten Reihen bestanden aus denen, die offenbar immer weiter zurückgeblieben waren. Sie sahen nicht nach links und nicht nach rechts ...
Aber sie wollten nicht aufgeben. Sie hatten sich an den Händen gefaßt, schlürften, gestützt auf ihre Knüppel oder auf die Schulter des Nebenmannes, daher, immer weiter, immer weiter. Nur nicht zurückbleiben, nach Hause, nach Hause.
Auf einer Behelfstrage ... trugen 4 Männer einen Halbtoten, ... der stockend vor sich hin murmelte: "Nicht liegenlassen, Kameraden. Nehmt mich mit, Kameraden ...
Auf "englischem Boden" erhielt jeder Heimkehrer ... einen halben Liter heiße Schokolade. Dann bestiegen die gequälten, geduldigen, kaum sprechenden und fast völlig apathischen Menschen die bereitstehenden Omnibusse, um ins Lager Friedland gefahren zu werden.
Diejenigen, die nicht mehr weiterkonnten, schleppten sich nach der Fahrt in eine der Baracken, fielen nieder und waren durch nichts zu bewegen, wieder aufzustehen. Andere setzten sich, da wo sie standen, einfach auf den Erdboden. Für die große Mehrzahl aber begann die unvermeidliche Maschinerie des Lagerbetriebes zu laufen.
Zunächst wurden politische Fragebogen verteilt, die jeder sofort auszufüllen hatte. ...
Dann hieß es in Reihe anstehen, Schlange bilden, um registriert zu werden. Und geduldig, wie die Schafe, stellte sich einer hinter den anderen. Das hatten sie gelernt.
Wer die Registrierung "durchlaufen" hatte, mußte in die nächste Baracke zur Entlausung. Das berühmte weiße Pulver flog hier nur so in riesigen Wolken umher. Denn vor Läusen haben die Engländer einen großen Respekt.
Anschließend kamen die Heimkehrer zum Arzt, um untersucht zu werden. Zum Schluß erhielt jeder Verpflegung, gute, reichliche Portionen ...
Ein kleiner Teil der ehemaligen Gefangenen bekam bereits kurze Zeit später einen Freifahrtschein für die deutsche Reichsbahn in die Hand gedrückt und konnte einen der späten Abendzüge in Richtung Heimat erreichen. Viele aber blieben in Friedland, saßen auf den rohen Holzbänken, wortkarg, abgestumpft, still. Sie antworteten auf Fragen nur zögernd, ungern, fast ablehnend.
Hier kamen Männer zurück, die so viel in den letzten Jahren und Monaten mitmachen, ertragen, erleiden mußten, daß für ihre Umwelt kein großes Interesse mehr übrig geblieben ist und sie ... verständnislos auf das hörten, was ihnen gesagt wurde. ...<<
Am 13. September 1946 wurden in Großbritannien noch 394.000 deutsche Kriegsgefangene festgehalten (x111/214).
Walter Müller-Bringmann berichtete am 12. Oktober 1946 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/56): >>12. Oktober 1946. Heute sind die ersten Frauen im Lager eingetroffen, die mit im Strudel des Krieges waren und auch in Gefangenschaft gerieten.
Ehemalige ... Luftwaffenhelferinnen, Angestellte von Wehrmachtsdienststellen, Telefonistinnen. Abgehärmte, müde Gestalten! Die Mädchen waren unter den Strapazen und Qualen in wenigen Monaten zu alten Frauen geworden, die überhaupt nichts mädchenhaftes mehr an sich hatten.<<
Das Internationale Komitee des Roten Kreuzes kritisierte Ende Oktober 1946 die unmenschlichen Zustände in den französischen Kriegsgefangenenlagern (x131/134): >>Die Situation ist gegenwärtig mehr als alarmierend. Mehr als die Hälfte der arbeitenden deutschen Kriegsgefangenen sind unzureichend bekleidet und werden den Härten des Winters nicht ohne schwerste Gesundheitsrisiken widerstehen können.
Unter solchen Bedingungen muß im Laufe des Winters mit einer hohen Zahl von Todesfällen gerechnet werden. ...<<
Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtete am 15. Dezember 1946 (x124/-

272): >>... Frankreich hält immer noch über 600.000 Kriegsgefangene zurück, von denen mehr als ein Drittel in der Land- und Forstwirtschaft, 56.000 im Bergbau, 37.000 im Baugewerbe, 12.000 beim Brückenbau, 10.000 in der Eisenindustrie arbeiten und 30.000 Minen räumen. Im ganzen gibt es dort 115 Gefangenenlager ...<<

Deutsche Kriegsgefangene berichteten später über den Heiligen Abend 1946 in sowjetischer Gefangenschaft (x130/333): >>In einem Winkel der Baracke wurde ein Adventslied angestimmt. Niemand war nach Singen zumute. Der Hunger und die Müdigkeit, Elend und Gier machten die Seele matt.

Doch einer nach dem anderen richtete sich auf, dem Gesang zu lauschen und schließlich war auch kein Herz mehr der Botschaft verschlossen, die das Lied verhieß. ...<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung für Kriegsgefangenengeschichte berichtete später über die Bedeutung des Weihnachtsfestes für die Gefangenen (x130/332-334): >>Trat das religiöse Leben nach außen am deutlichsten durch Gottesdienste in Erscheinung, so kam dem einzelnen Gefangenen das Bedürfnis nach der Religion am stärksten bei kirchlichen Festen zu Bewußtsein. Denn den Heiligen Abend ohne jegliche Feier verbringen zu müssen, wie es besonders in den ersten Jahren nicht selten geschah, war dem deutschen Kriegsgefangenen besonders schmerzlich.

Wohl ließ das Interesse an religiösen Fragen mit den Jahren nach, jedoch zu Weihnachten, da man in den Jahren bis einschließlich 1945, teilweise auch noch später, nicht nur die Familie, sondern auch noch einen Gruß der Angehörigen missen mußte, war man offen für einen Trost in der Religion. ...

Andere kirchliche Feste traten im Lageralltag kaum in Erscheinung, es sei denn, daß Gottesdienste genehmigt oder geduldet waren. Sonst nahm man auch im Rahmen eines bunten Abends oder sonst einer Festvorstellung inoffiziell Bezug auf Ostern. In der Regel gingen aber Ostern, Pfingsten und andere kirchliche Festtage wie jeder andere Tag vorüber. ...

Was aber den deutschen Kriegsgefangenen als ausgesprochene Schikane erschien, daß sie nämlich zu Weihnachten keine arbeitsfreien Tage erhielten, fanden die sowjetischen Stellen als völlig selbstverständlich, da ihre eigenen Landsleute in diesem Punkt ebenfalls kein Entgegenkommen fanden.

Trotzdem war mitunter der 1. Weihnachtsfeiertag arbeitsfrei, mußte allerdings vorher oder nachher wieder an einem Sonntag eingearbeitet werden. Dies wurde aber nur selten gewährt. ...<<

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (9/1947) berichtete am 1. März 1947 über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen in Westeuropa: >>**Stacheldrahtbörse - PG.s müssen noch bleiben**

Frankreich hat Amerika wissen lassen, daß es die 530.000 Kriegsgefangenen, die es von Amerika "geliehen" hat und deren Entlassung die Vereinigten Staaten im Dezember 1946 forderten, nicht bis zum Oktober 1947 entlassen kann. 370.000 Deutsche sollen zum 31. Dezember die Möglichkeit erhalten, aus Kriegsgefangenen zu "freien Arbeitern Frankreichs" zu werden. Der Rest soll in der ersten Hälfte des Jahres 1948 entlassen werden. Bis dahin hofft man, die für die französische Wirtschaft notwendigen Arbeitskräfte in Italien und in den Lagern für verschleppte Personen angeworben und ausgebildet zu haben.

"Man kann die Gefangenen nicht als solche auf die Dauer festhalten, kann aber ihre Arbeitsleistung verwenden, wenn man sie als freie Arbeiter unter prinzipieller Gleichstellung mit den Arbeitern des betreffenden Landes leben läßt", stellt das Internationale Komitee zum Studium der europäischen Fragen in London in einer Denkschrift fest.

Nach einem ausgeklügelten System soll bei der Entlohnung der dann "freien Arbeiter" verfahren werden. Die Deutschen sollen 75 Prozent ihres Lohnes ausbezahlt bekommen, 12 1/2 Prozent sollen der deutschen Regierung zum Ankauf von Rohstoffen und Lebensmitteln in Frank-

reich zur Verfügung gestellt werden, und die übrigen 12 1/2 Prozent sollen auf Reparationen verrechnet werden. Nach Meinung des Komitees soll dadurch der Wiederaufbau aller Länder einschließlich Deutschlands beachtlich gefördert werden.
Die von Frankreich selbst eingebrachten PG.s ("prisoniers de guerre") müssen mindestens bis Ende 1948 als Kriegsgefangene in den Bergwerken arbeiten (sie fördern 20 Prozent der gesamten Kohle) und können erst dann als "freie Arbeiter Deutschlands" den "Wiederaufbau beachtlich fördern".
Wie "New York Herald Tribune" mitteilt, ist der 1. Juli der Termin, bis zu dem die letzten der 38.250 Kriegsgefangenen Amerikas in Europa entlassen werden sollen. 20.000 von ihnen brechen im Augenblick noch die Zelte der Amerikaner in Italien, danach aber ganz bestimmt ihre eigenen ab, versichert das amerikanische Hauptquartier.<<
Walter Müller-Bringmann berichtete am 4. März 1947 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/57): >>4. März 1947. Täglich geht im Lager ein großer Stapel Post ein - Anfragen nach vermißten Soldaten ... oder nach vermißten Angehörigen, die vielleicht Friedland passiert haben.
Auch über den Fernsprecher versuchen jeden Tag Hunderte von Menschen aus kleinen Dörfern und großen Städten etwas über den vermißten Vater oder den noch nicht heimgekehrten Bruder zu erfahren. Alle diese Anfragen sollen bearbeitet werden. Für das Personal eine schwierige, kurzfristig kaum lösbare Aufgabe.
Es ist jetzt angeordnet worden, daß jeder durch das Lager kommende Kriegsgefangene eingehend über das Schicksal seiner Kameraden befragt wird. Diese Auswertungen sollen an das Zentralnachforschungsbüro in Hamburg weitergegeben werden.
Bis heute gingen 68.812 Kriegsgefangene durch Friedland. Viele werden noch erwartet. Die Schätzungen darüber sind jedoch sehr unterschiedlich. Genaue Unterlagen über alle ehemaligen deutschen Soldaten in alliierter Gefangenschaft fehlen.<<
Im Verlauf der Moskauer Außenministerkonferenz veröffentlichten die Siegermächte am 20. März 1947 erstmalig Zahlen über die noch inhaftierten deutschen Kriegsgefangenen (x111/295): >>Die Sowjetunion meldet 890.532 Kriegsgefangene, Frankreich = 631.483 Kriegsgefangene, Großbritannien = 435.295 Kriegsgefangene und USA = 15.103 Kriegsgefangene.<<
Am 26. März 1947 gab die US-Militärregierung offiziell bekannt, daß die Sowjetunion die Fragen nach den rund 2 Millionen fehlenden deutschen Kriegsgefangenen noch nicht beantwortet hätte (x111/297).
Die deutsche Journalistin und Schriftstellerin Ruth Andreas-Friedrich (1901-1977) berichtete am 20. März 1947 in ihrem Tagebuch über die von Molotow bekanntgegebene Zahl der deutschen Kriegsgefangenen (x111/295): >>Und wo blieben die anderen?
Herrn Molotows Bekanntmachung hat sie allesamt ausgelöscht. Wie Spreu in den Wind geweht. Auf immer vom Erdboden vertilgt.
Erst heute, zwei Jahre nach Kriegsende, fiel für eine Million Mütter, für viele Millionen Schwestern, Kinder und Frauen der Sohn, der Vater, der Mann oder Freund.
Fiel bei den Worten Molotows:
"Noch 890.532 Männer in russischer Gefangenschaft".
Setzt Halbmast über Deutschland!
O weine, Hekuba (Königin von Troja)!<<
Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (12/1947) berichtete am 22. März 1947 über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen in der UdSSR: >>**Millionen im Schatten**
TASS: 890.532 Kriegsgefangene
Die amtliche sowjetrussische Nachrichtenagentur TASS überraschte mit den ersten Zahlenangaben über deutsche Kriegsgefangene in Rußland. Danach sind noch 890.532 Deutsche in russischen Händen, während 1.003.974 Gefangene seit der Kapitulation bereits nach Deutsch-

land zurückkehrten.
Zwei Tage vorher hatte Englands Ernest Bevin von Molotow konkrete Unterlagen über die deutschen Kriegsgefangenen in der UdSSR gefordert. Nach Schätzung der britischen Delegation befinden sich noch 3 Millionen Deutsche in russischer Gefangenschaft.
Zum erstenmal ist die russische Regierung in der Frage der deutschen Kriegsgefangenen von ihrem Prinzip des beharrlichen Schweigens abgegangen. Ende Januar hatten die Amerikaner im Alliierten Kontrollrat einen letzten Vorstoß unternommen, das Problem der deutschen Kriegsgefangenen in Rußland vor dem Kontrollrat zu besprechen und die genaue Zahl der Gefangenen anzugeben.
Nach Scheitern dieses Versuchs erklärte ein hoher Beamter der amerikanischen Militär-Regierung in Berlin, bei Kriegsende hätten sich etwa vier Millionen deutsche Kriegsgefangene in russischen Händen befunden. Rund 755.000 seien inzwischen von den Sowjets entlassen worden. Das Schicksal von weiteren 200.000 Gefangenen sei aus verschiedenen Gründen - Tod, Flucht usw. - nicht mehr festzustellen.
Auch George Meader, der Berater der Kriegsuntersuchungskommission des USA-Senats, gab im Dezember 1946 die amtliche Schätzung ab, daß noch 3 Millionen deutsche Kriegsgefangene in Rußland seien. Diese Zahl stützt sich auf Dokumente, die der Amerikaner auf einer dreiwöchigen Untersuchungsreise in Europa sammelte. ...
Außenminister Marshall gab in Moskau die Zahl der Wehrmachtsangehörigen in amerikanischer Hand bekannt: 30.976 Mann. Davon sind 103 als Kranke oder als Häftlinge wegen begangener Verbrechen in den USA, 1.175 dienen in Frankreich in Arbeitsgruppen des amerikanischen Gräberdienstes und 13.825 befinden sich wegen Transportschwierigkeiten noch in Italien. Jedoch würden aus Italien wöchentlich 1.000 nach Deutschland zurückgeführt.
In der amerikanischen Zone stehen 15.873 Kriegsgefangene im Entlassungsverfahren. Vor Juni dieses Jahres würden auch die 8.879 Dienstgruppenangehörigen in der amerikanischen Zone entlassen werden.
Die Gesamtzahl der deutschen Gefangenen in britischen Händen ist 435.295. Davon werden monatlich 17.500 nach Deutschland zurückgeführt. Ab 1. Juli soll die Zahl auf 20.000 und später weiterhin erhöht werden.
Die Franzosen halten noch 631.483 ehemalige Soldaten gefangen, davon 593.276 in Frankreich, 19.601 in Nordafrika und 18.606 in der französischen Zone Deutschlands. Nach den neuabgeschlossenen französisch-amerikanischen Abkommen über Kriegsgefangene werden die Franzosen monatlich 20.000 Gefangene nach Deutschland entlassen oder ihnen die Möglichkeit geben, als freie Arbeiter in Frankreich zu bleiben. Die 50.000 in den Bergwerken arbeitenden Kriegsgefangenen fallen nicht unter das Abkommen.
Von den in Belgien festgehaltenen Kriegsgefangenen sind etwa 40.000 als Bergarbeiter eingesetzt. Die belgische Regierung hat sich bereit erklärt, jeden Gefangenen, der hundert Tage im Bergwerk arbeitet und 80 Prozent der Leistung eines belgischen Bergarbeiters fördert, zu entlassen.
Über die Behandlung deutscher Kriegsgefangener in Polen veröffentlichte der Pressedienst der polnischen Militärmission beim Alliierten Kontrollrat kürzlich nähere Einzelheiten. 30.000 deutsche Gefangene arbeiten in den Kohlengruben der Zentralverwaltung. Weitere 14.600 Deutsche unterstehen der direkten Aufsicht des Gefängnis-Überwachungsamtes. ...
Die Zahl der deutschen Gefangenen in Jugoslawien ist gänzlich ungewiß. ...<<
Der EKD-Rat bat am 27. März 1947 erneut um die Freilassung der deutschen Kriegsgefangenen. (x111/297).
Walter Müller-Bringmann berichtete am 1. April 1947 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/62): >>... 1. April 1947. Es kommen immer wieder ehemalige Soldaten im Lager an. Heimkehrer aus Frankreich, England, Jugoslawien und Rußland. Sie alle müssen durch

das Lager, um ihren Entlassungsschein in Empfang zu nehmen, ohne den sie nicht wieder richtige Zivilisten werden. ...
Über viele ehemalige Soldaten, die möglicherweise in russische Gefangenschaft geraten sein könnten, herrscht noch völlige Unklarheit. Viele Heimkehrer berichten von hohen Sterbeziffern, besonders während der Kriegshandlungen, da diese es kaum ermöglichten, geordnete Lager anzulegen. ...<<
Im Abschlußkommuniqué der 4. Außenministerkonferenz (10.03.-24.04.1947) in Moskau wurde am 24. April 1947 festgestellt, daß in den USA noch 30.976 deutsche Kriegsgefangene, in Großbritannien 430.000, in Frankreich 631.483 und in der Sowjetunion 890.532 interniert sind. Alle Kriegsgefangenen sollen bis spätestens 31. Dezember 1948 entlassen werden (x111/309).
Walter Müller-Bringmann berichtete am 10. Juni 1947 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/66-67): >>10. Juni 1947. Ein größerer Transport ehemaliger deutscher Nachrichtenhelferinnen und DRK-Schwestern, die 1944 in russische Gefangenschaft gerieten, traf aus einem Lager bei Woroschilowgrad im Donez-Gebiet in Friedland ein. Ein großer Teil der Frauen hat im Bergwerk gearbeitet. ...
Alle Frauen sind unterernährt. Ärztliche Diagnose: Dystrophie. Die 24jährige A. W. ... sagte: "Es müßte verboten werden, daß Frauen mit in den Krieg müssen." ...<<
Das Internationale Komitee des Roten Kreuzes berichtete am 14. Juni 1947 über deutsche Kriegsgefangene, die in französischen Kohlenbergwerken arbeiten mußten (x130/184): >>... Man hat festgestellt, daß sich Gefangene selbst verstümmelt haben - ein Beweis dafür, daß die Arbeitsbedingungen aufgrund des brutalen Zwangs unerträglich für sie wurden. Es ist unzulässig, daß den Gefangenen außer ihrer eigenen Arbeit auch noch die ihrer fehlenden oder verletzten Kameraden aufgebürdet wird.<<
Die Münchener Zeitung "Heute" berichtete am 15. August 1947 über ein Heimkehrerlager in Willingen im hessischen Bergland (x043/297): >>In Willingen ... finden Heimkehrer aus Rußland Erholung nach schweren Jahren. ...
Manchmal treffen sie - ausgemergelte, humpelnde, abgerissene Gestalten - mit anderen zusammen, die gutgenährt und braungebrannt aus amerikanischer Kriegsgefangenschaft gekommen sind. ...
Ein Bericht der amerikanischen Militärregierung stellt fest: "Alle aus der Sowjetunion in die amerikanische Zone zurückkehrenden deutschen Kriegsgefangenen befinden sich in so schlechter körperlicher Verfassung, daß sie zu jeder Arbeit unfähig sind, und manche von ihnen werden nie wieder arbeiten können. ...<<
Walter Müller-Bringmann berichtete am 2. Januar 1948 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/70): >>2. Januar 1948. Es kamen wieder Kriegsgefangene aus dem Osten an. ...
Heute wurden 10.000 Scheiben Brot von den Lagerschwestern gestrichen. Und alle sind so dankbar dafür.
Ein Bildersuchdienst ist eingerichtet worden. Angehörige schicken möglichst lebenswahre Fotos von Vermißten nach Friedland. Hier werden die Bilder sortiert ... und zur Durchsicht den Heimkehrern vorgelegt. Man hofft, dadurch manches Schicksal klären zu können. ...<<
Walter Müller-Bringmann berichtete am 4. Januar 1948 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/71): >>4. Januar 1948. Er ist einer von den Hunderten, die in den letzten Tagen kamen. Angetan mit einem zerschlissenen Militärmantel, Holzschuhen an den Füßen, der "Schapka", einer russischen Pelzmütze, auf dem Kopf, den leeren Brotbeutel mit der Konservendose als Ersatz für das Kochgeschirr in der Hand – so sitzt er in der Nähe des kleinen Barackenofens, der mit Sägemehl bis obenhin aufgefüllt ist und eine angenehme Wärme verbreitet.
"Wissen Sie", sagt der Mann, "ich war fast 4 ½ Jahre in russischer Gefangenschaft und hatte

in dieser Zeit Gelegenheit genug, Erfahrungen zu sammeln. Es ging mir nicht gut. ...
Vorhin sprach ich jemanden, der war im amerikanischen Lager Bad Kreuznach. Der hat auch gehungert. Wenn auch längst nicht so lange wie wir. Und jetzt höre ich, daß es hier auch nur 250 g Brot pro Tag und 100 g Fleisch im Monat geben soll." ...<<
In England wurden am 20. Januar 1948 noch 160.000 deutsche Kriegsgefangene festgehalten (x112/440).
Nach offiziellen Angaben befanden sich am 26. Februar 1948 noch 280.000 Deutsche in französischer Kriegsgefangenschaft (x112/461).
Walter Müller-Bringmann berichtete am 3. April 1948 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/73-74): >>3. April 1948. Beim Bildersuchdienst in Friedland liegen über 23.000 Fotos von vermißten Wehrmachtsangehörigen vor. Das Rote Kreuz hat die Suchstelle eingerichtet. ...
Das Rote Kreuz hat nun planmäßig eine Suchaktion begonnen. ... Jeder ehemalige Gefangene, der das Lager durchläuft, wird nach seiner letzten Feldpostnummer gefragt. Dann wird nachgeschlagen, ob eine Suchmeldung über diese Einheit vorliegt. ...
Es gibt Heimkehrer, die unglaubliche Gedächtnisleistungen vollbringen. ... Die Bilder sind bei dieser Arbeit eine enorme Gedächtnisstütze. Leider sind es nicht nur freudige Nachrichten, die von den Angestellten des Lagers geschrieben werden können. ... Die Befragung ergibt auch oft genug die Mitteilung des Todes. ... Dann schreibt die (Lagerleitung): "Wir müssen Ihnen die traurige Nachricht übermitteln, daß heute von einem Kameraden ... mitgeteilt wurde, daß Ihr Sohn ... verstorben ist." ...
Vor allem werden sogenannte Schlüsselkräfte, also Offiziere und Lagerärzte, Sanitäter, Schreiber oder Kompaniefeldwebel sehr eingehend befragt. Denn diese wissen im allgemeinen ziemlich gut Bescheid ...<<
Walter Müller-Bringmann berichtete am 5. Juli 1948 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/74-75): >>5. Juli 1948. Und wieder kehrten 1.400 Kriegsgefangene heim. Sie kamen aus dem Ural und vom Don zurück. Es sind Leute mit harten Gesichtern, denen man die Jahre hinter Stacheldraht ansieht. ...
Es ist falsch, anzunehmen, daß sich im Lager, in diesem Friedland, wo nun ihre Leiden ein Ende haben werden, überwältigende Freudenszenen abspielen. Nichts von alledem.
Die Menschen, die aus dem Osten zurückkommen, sind schweigsam, ruhig, gelassen. Große Gefühle halten sie nicht für angebracht.
Gewiß, manchmal erscheint fast verstohlen ein kleines Lächeln auf den Gesichtern, klopft einer dem anderen auf die Schulter. Aber das ist auch alles. Sie sind keine Freunde der überschwenglichen Worte. ...<<
Die französische Regierung erklärte am 12. Juli 1948, daß sich in Frankreich noch 117.000 Kriegsgefangene aufhalten würden und 129.000 ehemalige Kriegsgefangene Soldaten freie Arbeitsverhältnisse angenommen hätten (x112/549).
Großbritannien entließ zwar am 12. Juli 1948 die letzten 546 deutschen Kriegsgefangenen in die Heimat, aber im Nahen Osten befanden sich damals noch 37.000 deutsche Soldaten in britischer Gefangenschaft (x112/549).
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung für Kriegsgefangenengeschichte berichtete später über die Arbeitsleistung der deutschen Kriegsgefangenen in Großbritannien (x130/126): >>Addieren wir die Quartalsergebnisse zusammen, so ergibt sich für den Zeitraum Anfang 1944 bis Mitte 1948 die beachtliche Zahl von mindestens 153.744.750 Arbeitstagen.
Setzen wir schließlich die genannte Summe von 153 Millionen Arbeitstagen in Arbeitsstunden um, wobei nur ein durchschnittlicher Achtstundentag in Anrechnung kommt, obwohl dieser in der Landwirtschaft oft nicht eingehalten werden konnte, so entfallen auf Kriegsgefange-

nenarbeit in Großbritannien insgesamt mindestens 1.229.958.000 Arbeitstunden in Großbritannien. ...<<
Walter Müller-Bringmann berichtete am 31. Juli 1948 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/76): >>31. Juli 1948. Über 1.000 Kriegsgefangene und 400 Frauen kamen heute zurück.
Frauen in den besten Jahren, die irgendwo gefangengenommen wurden. Es ist rührend zu sehen, wie sie im Lager versuchen, sich wieder herzurichten, sich Kamm und Spiegel erbitten, die Haare waschen, sich wieder wie Frauen zurechtmachen. ...
Welche Schicksale offenbaren sich hier. Welche Wege mußten diese Mädchen und Frauen gehen. "Ach", sagte eine, "wenn es doch nur keinen Krieg wieder geben würde." Und doch ist noch immer kein Frieden auf der Welt. Trotz aller Beteuerungen. Und überall gibt es bereits wieder Frauen in Uniform. ...
... Ich fürchte, daß auch die nächsten Kriegsanstifter nicht auf die Hilfe der Frauen verzichten werden. Man wird sie wieder genauso zu Mägden des Todes pressen, wie ihre Geschlechtsgenossinnen, die heute ihren Entlassungsschein erhielten.
Entlassen in die Heimat oder auch in die Fremde. Denn für viele von ihnen ist Westdeutschland nicht die Heimat. Sondern hierher sind nur ihre Eltern oder ihre Männer oder ihre Verwandten transportiert worden. Um vielleicht eine neue Heimat zu finden.<<
Walter Müller-Bringmann berichtete am 22. Dezember 1948 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/84-85): >>22. Dezember 1948. ... "Ich kann wieder aufatmen", sagte ... der Lagerarzt. "Der Gesundheitszustand aller Heimkehrer hat sich wesentlich gebessert. Wenn ich daran denke, wie sie früher kamen. Geschwollene Füße, geschwollene Beine, aufgeblasene Leiber, aufgeschwemmte Gesichter - alles nur Wasser als Folge des Hungers.
Es gab kaum einen, der gesund war. Die überwiegende Mehrzahl hatte Herzschäden, Magenbeschwerden, Leberschmerzen, Rheumatismus, Blasenleiden, Erfrierungen I. und II. Grades, Mangelschäden, Ekzeme, Tuberkulose, Muskelschwund oder Skorbut.
Schlimmer waren aber noch die seelischen Erschütterungen, unter denen alle zu leiden hatten. Die Belastung der Nerven war sicher ungeheuerlich. Alle hielt immer nur die Zuversicht aufrecht: einmal muß sich doch das Lagertor (des Kriegsgefangenenlagers) öffnen und dann geht es wieder heim.
... Die Leute hatten das Sprechen verlernt. ... Sie schwiegen. ...<<
Am 24. Dezember 1948 berichtete die Tageszeitung "Neues Deutschland", daß mindestens 40.000 ehemalige deutsche Soldaten als französische Fremdenlegionäre in Indochina kämpfen würden (x112/639).
Der SED-Vorsitzende Otto Grotewohl erklärte am 24. Dezember 1948, daß sich noch etwa 300.000 deutsche Kriegsgefangene in der Sowjetunion befinden (x112/639).
Das bayerische Rote Kreuz berichtete am 24. Dezember 1948, daß noch mindestens 1,5 Millionen deutsche Kriegsgefangene und Vermißte in der Sowjetunion sein müßten (x112/639).
Nach Angaben des Internationalen Roten Kreuzes befanden sich am 24. Dezember 1948 in Frankreich und Nordafrika noch 24.140, in Polen noch 40.000 und in Albanien noch etwa 1.000 deutsche Kriegsgefangene (x112/639).
Walter Müller-Bringmann berichtete am 16. April 1949 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/97-98): >>16. April 1949. Transporte deutscher Kriegsgefangener aus Rußland treffen wieder ein. Alle Zurückgekommenen freuen sich sehr.
Der Frühling liegt in der Luft, er streift auch Friedland. ...
Für manchen ist es sicherlich nicht das letzte Barackenlager. Die Frau oder die Eltern hausen irgendwo als Flüchtlinge am Rande einer Großstadt, sind vielleicht immer noch in einem der Durchgangslager und warten vergeblich seit Jahren auf eine richtige und ausreichende Wohnung. ...<<

Im August 1949 wurden Im berüchtigten jugoslawischen Kriegsgefangenenlager 233 in Werschetz wieder mehrere deutsche Offiziere zu Tode gefoltert, weil sie keine Kriegsverbrechen gestehen wollten, die sie nicht begangen hatten (x130/229).
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung für Kriegsgefangenengeschichte berichtete später über die extremen Mißhandlungen im jugoslawischen Kriegsgefangenenlager 233 in Werschetz (x130/219): >>Lassen sich die Übergriffe in der Zeit unmittelbar nach Kriegsende notfalls noch aus dem Siegestaumel heraus erklären, wenn auch damit keineswegs entschuldigen, so kann des in keinem Falle für die methodische Handlungsweise jugoslawischer Organe in Werschetz 1949, insbesondere für die dort begangenen schweren Folterungen und die dadurch verursachten Todesfälle, gelten.
Das kann um so weniger für die Werschetzer Vorgänge gelten, als es der jugoslawischen Gewahrsamsmacht vier Jahre Kriegsende hätte möglich sein müssen, bei allen für die Kriegsgefangenen zuständigen Stellen auf die Beachtung der Artikel 60 bis 67 des Genfer Kriegsgefangenen-Abkommens von 1929 hinzuwirken. ...
Schon die Umstände, unter denen bereits vor Beginn der Werschetzer Prozesse drei profilierte Persönlichkeiten unter den Gefangenen gewaltsam ums Leben kamen, deuten auf eine Verschärfung der Situation hin, deren Ursprünge nicht zuletzt in der Haltung der jugoslawischen Regierung der Kriegsgefangenenfrage zu suchen sind. ...<<
Im September 1949 begannen in den sowjetischen Kriegsgefangenenlagern nochmals großangelegte Vernehmungen und Prozesse, um die letzten vermeintlichen deutschen Kriegsverbrecher zu verurteilen (x130/356).
Die deutschen Journalisten Paul Carell (1911-1997) und Günter Böddeker (1933-2012) schrieben später in ihrem Buch "Die Gefangenen ..." über die "Umwandlung von deutschen Kriegsgefangenen zu Kriegsverbrechern" (x130/355): >>... Die hundert Offiziere ... gehörten zu jenen Deutschen in russischer Hand, die unter der Unbarmherzigkeit des Siegers länger leiden sollten, als alle anderen gefangenen deutschen Soldaten des Zweiten Weltkriegs.
Im Jahre 1949 waren in nahezu allen Gefangenenlagern der Sowjetunion schlagartig Offiziere der Geheimpolizei des Innenministers Berija erschienen. In langen Verhören hatten sie die Gefangenen danach ausgefragt, was sie während des Krieges in der Sowjetunion möglicherweise Böses – im Sinne des Siegers - getan hatten: Kartoffeln oder Getreide von Kolchosgütern requiriert, Zivilisten aus ihren Häusern ausquartiert, an Partisanenbekämpfung teilgenommen usw.
Die Vernehmungen begannen am frühen Morgen und endeten spät in der Nacht. Mancher Gefangene durfte nach drei Stunden scharfer Fragen wieder gehen, mancher mußte mehrere Tage hintereinander auf dem harten Stuhl vor dem Tisch des Vernehmungsoffiziers zubringen.
Der Russe fragte nach Lebenslauf und Dienstrang, nach Schulbesuch und politischer Einstellung. Dann kam sehr oft die Frage: "Haben sie Greueltaten begangen oder Greuelbefehle ausgeführt? Hatten Sie Kenntnis von Greuelbefehlen? Wer war daran beteiligt? Nennen Sie die Namen!" ...
Natürlich stritten die meisten der verhörten deutschen Soldaten ab, an solchen Taten beteiligt gewesen zu sein. Sie hatten einen langen erbitterten Krieg gekämpft, sie hatten in schweren Schlachten gestanden, sie waren Soldaten.
So weigerten sie sich, Geständnisse abzulegen und Protokolle zu unterschreiben. Die Russen brachten sie gleichwohl dazu. ...<<
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung für Kriegsgefangenengeschichte berichtete später über die sowjetischen Kriegsverbrecherprozesse 1949/50 (x130/356-357): >>Die letzten Monate und Wochen zum Jahreswechsel 1949 stellten für die deutschen Kriegsgefangenen eine Zeit ungeheurer seelischer Belastung dar. Es ging ja um die Frage: Heimtransport oder Verurteilung?

Den Hauptschock erlitten die Gefangenen in dem Augenblick, als sie im Rahmen der Verurteilungsaktion zum Verhör gerufen und isoliert wurden: Dies war der Punkt, von dem an es fast immer kein Zurück gab. ...
... Das Gericht tagte in einem Raum des Lagers.
Drei sowjetische Offiziere saßen an nackten Holztischen, etwas abseits eine Dolmetscherin. Der Gerichtsvorsitzende fragte ... nach Name und Dienstrang. Dann wurde dem Deutschen die Anklage vorgelesen. Der Vorgang dauerte nicht einmal fünf Minuten. Dann verschwand das Gericht durch eine Tür, offenbar um den Anschein zu erwecken, es berate ernsthaft über das Strafmaß.
Nach fünf Minuten waren die Russen wieder da und verkündeten das Urteil: Tod durch Erschießen. ... Das Ritual wiederholte sich mit maschinenhafter Präzision, die Deutschen wurden allesamt verurteilt.
Nahezu 50.000 deutsche Soldaten wurden 1949 und 1950 durch die russische Verurteilungsmaschinerie gedreht. Die meisten wurden zum Tode verurteilt, die Urteile jedoch oft noch während der Gerichtsverhandlung, sonst einige Tage später, in 25 Jahre Arbeitslager abgemildert.
Mancher deutsche Offizier wurde verurteilt, weil er gegen Partisanen gekämpft und geschossen hatte. Mancher wurde verurteilt, weil er gestanden hatte, ein russisches Huhn requiriert und aufgegessen zu haben. Er hatte sich, so die Sowjets, des Diebstahls an sowjetischem Eigentum schuldig gemacht.
Ein Schuhmachermeister wurde verurteilt, weil er, so die sowjetischen Richter, die "Marschfähigkeit der deutschen Truppe begünstigte", ein Musiklehrer deshalb, weil er mit gelegentlichen Darbietungen seiner Kunst die Stimmung der faschistischen Armee gehoben hatte.
Ein deutscher Gefangener wurde von einem Gericht in Stalino deshalb verurteilt, weil er bei der Feldpost Dienst getan hatte. Die Begründung der Russen für das Urteil auf 25 Jahre Arbeitslager: "Sie haben von deutschen Soldaten geraubtes Gut nach Deutschland befördert". ...<<
Walter Müller-Bringmann berichtete am 2. Oktober 1949 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/104-105): >>2. Oktober 1949. Am Sonntag kam der 300.000 Rußlandheimkehrer in Friedland an. ... Der Ostpreuße Albert Zybek wurde am 9. Mai 1945 auf der Halbinsel Hela gefangengenommen. ...<<
Walter Müller-Bringmann berichtete am 25. Dezember 1949 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/105): >>25. Dezember 1949. ... Zu Weihnachten kamen Gefangene zurück.
Mit großer Rührung, unendlicher Freude und Dankbarkeit, nahmen sie von guten Helferinnen in Friedland später nach einer kleinen Feier Gabenpäckchen und bunte Tüten entgegen. Das Lagerpersonal und auch die englischen Soldaten in der Entlassungsstelle ließen ... nicht früher von ihrer Arbeit ab, bis auch der letzte Heimkehrer seine Papiere und Fahrscheine besaß, um einen Zug in die Heimat erreichen zu können. ...<<
Walter Müller-Bringmann berichtete am 8. November 1950 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/114): >>8. November 1950. 105 Holländer, ehemalige freiwillige Soldaten der Waffen SS, kamen aus Rußland an. Sie wurden von holländischen Offizieren und einem holländischen Konsul in Empfang genommen. Einige weigern sich, in die Niederlande zurückzukehren. Sie fürchten Bestrafungen. ...<<
Im Jahre 1950 teilte Bundeskanzler Adenauer den Abgeordneten des Deutschen Bundestages mit, daß immer noch etwa 1.407.000 westdeutsche Soldaten und 190.000 Zivilisten vermißt wurden, die damals als Kriegsgefangene oder Vermißte registriert waren (x131/181).
Walter Müller-Bringmann berichtete am 1. Oktober 1953 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/129-130): >>1. Oktober 1953. Tausende von Menschen aus allen Teilen Deutschlands sind nach Friedland gekommen, um ihre Heimkehrer zu empfangen, ihnen an

den Zufahrtsstraßen zum Lager zuzujubeln, ihnen Blumen, Bücher, Geschenke zuzuwerfen, sie willkommen zu heißen.
Auch der Bundespräsident kam aus Bonn an die Zonengrenze, um auf dem großen Appellplatz des Lagers, "stellvertretend für das gesamte Volk", die Männer und Frauen aus der Gefangenschaft in seiner von Herzen kommenden Art zu begrüßen.
"Sie sollen spüren", so rief Theodor Heuss über den weiten Platz, "daß der seelische Grund des deutschen Volkes auf diesem Weg, der nicht immer leicht sein wird - wir sind kein Paradies. Sie stützen wird".
Die Heimkehrer lauschten still den Worten des alten Mannes, und sangen dann nachdenklich, aber aus tiefster Überzeugung: "Einigkeit und Recht und Freiheit ..."
Später schrieb der Bundespräsident in die Lagerchronik:
"Dieser 1. Oktober 1953, ein milder, blauer Herbsttag wird allen unvergeßlich bleiben, die die Heimkehr von 750 Männern miterlebten. Der Name Friedland soll für die Seele der Heimgekehrten im wahren Sinne des Wortes Symbol ihrer Hoffnung bleiben.
Theodor Heuß."<<
Walter Müller-Bringmann berichtete am 5. Oktober 1953 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/130): >>5. Oktober 1953. ... Hunderte von Anfragen gehen in Friedland ein, alle von Angehörigen, die im Rundfunk einen Heimkehrernamen gehört haben wollen, der dem Namen ihres Vermißten oder noch Erwarteten ähnlich klang oder klingen sollte.
Fast alle Briefe müssen negativ beantwortet werden.
Freiwillige Helfer aus Göttingen und der Umgebung sind dabei, die Berge von Post durchzusehen, die Transportlisten zu vergleichen, Angaben nachzuprüfen, jeden Hinweis zu verfolgen, und unter allen Umständen, wenn auch nur der geringste Anhaltspunkt vorhanden ist, nachzuforschen, ob nicht doch eine Freudenbotschaft abgesandt werden kann. ...
Und wieder stehen die Frauen und Männer, die Mädchen und Jungen, mit ihren Schildern in Friedland: "Wer kann Auskunft geben über ... ?" –
"Gesucht wird ..."
Schilder, Schilder. Und auf jedem steht ein Schicksal verzeichnet.<<
Dr. Kurt Wagner (1911-2006, von 1946-1976 Leiter des DRK-Suchdienstes) berichtete damals über die "Vergessenen Millionen?": >>Nach dem Ersten Weltkrieg zählte man 210.000 Wehrmachtvermißte. Die Weimarer Republik schuf eine eigene Behörde, das Zentralnachweisamt für Kriegsverluste, mit dem Auftrag, das Schicksal der Vermißten aufzuklären. Es ehrt Reichstag und Reichsregierungen, daß sie dieses Amt gut ausgestattet 20 Jahre lang planmäßig arbeiten ließen.
In welch ungeheuerlichen Ausmaß sich die Schwierigkeiten auch für ein Nachforschungswerk nach diesem Krieg gesteigert haben, sieht man daraus, daß man für 1945 nicht einmal die Zahl angeben kann, die den 210.000 Vermißten von 1918 entspricht.
Wir wissen nur, daß unsere Zentralkarteien schon in den ersten Suchdienstjahren 14 Millionen Suchanträge erhielten. Wenn wir auch 5,8 Millionen davon beantworten konnten, so ist doch immer noch das Schicksal von mehr deutschen Menschen im Dunkel, als manches deutsche Land Einwohner hat.
Seit mehr als zwei Jahren hat sich der Suchdienst auf die einzelnen Vermißtengruppen spezialisiert. Für die 1,5 Millionen Wehrmachtsvermißten, deren Schicksal noch aufgeklärt werden muß, hat München geeignete Methoden entwickelt. Die ... Heimkehrerbefragung mit Vermißtenlisten, die nach den früheren Einheiten geordnet sind, hat ihre Fruchtbarkeit bewiesen, die Befragung mit Vermißtenlisten, die nach Kriegsgefangenenlagern geordnet sind, wird gegen Ende dieses Jahres beginnen und daran werden sich weitere Arbeitsgänge anschließen.
Für die Aufklärung der Schicksale der vermißten Zivilpersonen gibt es keine durchgängig anzuwendende Methode. Wohl kann man in vielen Fällen über die Befragung von Nachbarn der

Verschollenen Aufklärung erhalten, aber nur über die Zeiten, in denen der heimatliche Zusammenhang noch nicht zerstört war. In den Katastrophen, die über die ostdeutsche Bevölkerung hereinbrachen, ist aber der nachbarschaftliche Zusammenhang fast vollständig zerstört worden.
Rein statistisch fehlen noch etwa 1,5 Millionen Reichsdeutsche und etwa 1,4 Millionen volksdeutsche Zivilpersonen. In den Nachforschungen muß festgestellt werden, welche davon durch die Kriegs- und Nachkriegsereignisse in der Heimat oder auf der Flucht verstorben sind, nach Osteuropa verschleppt worden sind, in ihrer früheren Heimat, also ostwärts der Oder/-Neiße oder in den volksdeutschen Siedlungsgebieten zurückgeblieben sind, im Ausland in Gefängnissen oder Lagern festgehalten werden.
Wir müssen dafür sorgen, daß wenigstens das Schicksal derjenigen möglichst bald aufgeklärt wird, von denen angenommen werden kann, daß sie noch am Leben sind und der Hilfe der Heimat harren. Das gilt für die Verschleppten, für die im Ausland Zurückgehaltenen und ganz besonders für die Kinder, die von ihren Eltern oder Angehörigen getrennt noch irgendwo draußen leben.
Das Deutsche Rote Kreuz begrüßt deshalb die Hilfe der kirchlichen Heimatortskarteien, die Unterstützung der Landsmannschaften und das Interesse, das das Bundesministerium für Vertriebene dieser Arbeit entgegenbringt. ...
Die Arbeit wird nicht eher ruhen, bis auch der letzte, der noch in einem Gefängnis oder Straflager wartet, entdeckt ist. ...<<
Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (41/1953) berichtete am 7. Oktober 1953 über die deutschen "Spätheimkehrer": >>**Den letzten Mann heimholen**
Jeden Tag, wenn die Feuerwehrkapelle von Herleshausen an der Zonengrenze (zwischen Eisenach und Bebra) den Choral "Nun danket alle Gott" spielt, wissen die Arbeiter auf den in der Nähe gelegenen Kartoffelfeldern: Es ist wieder ein Transport mit Heimkehrern aus der Sowjetunion eingetroffen.
Dann drücken sich die olivgrün uniformierten sowjetzonalen Volkspolizisten jenseits der Grenzmarkierung in die niederen Büsche, um von weitem mit dem Fernglas den Empfang zu beobachten, den die westdeutsche Bevölkerung den ehemaligen "Kriegsverbrechern" bereitet. Die Vopos sehen nur einen winzigen Ausschnitt davon. Was sich anschließend auf der achtzig Kilometer langen Strecke vom Grenzort Herleshausen bis zum Entlassungslager Friedland bei Göttingen tut, bringt jedesmal die härtesten Männer aus der Fassung.
So wurden einmal siegreiche Truppen empfangen - mit Blumen, kleinen Geschenken, winkenden Tüchern, mit Küssen und weichen Frauenarmen, die sich um rissige Männernacken legen. Die jetzt nach acht oder neunjähriger Gefangenschaft aus sowjetischen Zwangsarbeitslagern heimkehren, haben den Tod und Schlimmeres besiegt. In den beizenden Rauch der bis in die lauen Herbstnächte glimmenden Kartoffelfeuer träufeln Tränen der Freude und der Trauer.
Die jetzt zurückkehren, kommen nicht - wie die Rußland-Heimkehrer von 1949/50 - zerlumpt und ausgemergelt, sondern sind größtenteils sonnengebräunt, relativ gut ernährt und voller Zuversicht, daß nun alles gut werden wird. Hinter dem Schlagbaum fiel sichtbar der Alpdruck der letzten Wochen: ob es nämlich wirklich ernst gemeint war, was die uniformen Zeitungen der Sowjets und die täglich an die "Plennis" (Rußland-Heimkehrer bzw. ehemalige deutsche Kriegsgefangene) verteilten Gazetten der Sowjetzone vor Wochen groß ankündigten:
- daß es einzig und allein der Fürsprache einer Regierungsdelegation der "DDR" zu danken sei, daß jetzt annähernd 13.000 wegen Kriegsverbrechen verurteilte deutsche Kriegsgefangene zu ihren Familien zurückkehren dürften.
Die Plennis wagten - nach mannigfachen Enttäuschungen - kaum noch, daran zu glauben, was ihnen die zivilen russischen Arbeiter auf den Baustellen im Swerdlowsker Bezirk oder in den

Schachtanlagen vor dem Kohlenstoß unter Tage schon im Mai dieses Jahres zuflüsterten "Skoro domoi" (bald nach Hause).
Die erste vage Hoffnung auf Aufhebung der Kollektivstrafen dämmerte, als Josef Wissarionowitsch Stalin die Augen schloß, vier Wochen danach steckten Frauen von MWD-Offizieren einzelnen "Plennis" die Nachricht, daß ihre Männer die Akten der zunächst zu Todesstrafen verurteilten, später zu 25 Jahren Zwangsarbeiten "begnadigten" deutschen Offiziere und Soldaten an das Innenministerium nach Moskau einsenden mußten. Offensichtlich stehe eine Überprüfung der Urteile bevor.
In den Lagern begann es zu brodeln. Genährt durch die großzügige Amnestie, die nach Stalins Tod zahlreiche russische Zwangsarbeiter wieder in Freiheit setzte, keimten auch bei den deutschen Gefangenen neue Hoffnungen. Es hatte den Anschein, als hätten Stalins Nachfolger etwas aus Dostojewskijs "Schuld und Sühne" gelernt. (Quintessenz: "Mann, Mann, ganz ohne Mitleid läßt sich's nicht leben.")
Das Eingeständnis "unverantwortlicher Irreführung" in der Moskauer Ärzte-Affäre und die Freilassung der Todeskandidaten des vorbereiteten Schauprozesses ließen auch Rückschlüsse auf die Behandlung der deutschen Kriegsgefangenenfrage zu. Die Lager bekamen "Besuch".
Innenminister Lawrentij Berija schickte Untersuchungskommissionen aus Moskau in die zusammengeschrumpften Lager der deutschen Kriegsgefangenen. Das war gleich in den ersten Wochen nach Stalins Tod, als die Porträts des verblichenen Halbgottes auch aus den Amtsstuben der Lagerkommandanturen entfernt und durch die Konterfeis der Diadochen (Nachfolger) ersetzt wurden.
Berijas Kommissare aus Moskau stellten Fangfragen an die interessantesten "Plennis":
"Nu, was werden Sie sagen über die Sowjetunion, wenn Sie kommen nach Westdeutschland?"
Die unter besonders fadenscheinigen Vorwänden Verurteilten wurden separat getestet:
"Werden Sie erzählen, daß Ihre Verurteilung ungerecht war?
Werden Sie gehen zu die Amerikaner und uns machen schlecht?
Werden Sie noch mal die Sowjetunion überfallen, wenn man Ihnen gibt Waffen?"
Die meisten Antworten fielen so aus, wie die Entgegnung eines Arztes im Lager Perwo-Uralsk:
"Ich werde die Zeit, die hinter uns liegt, wie einen schmutzigen Mantel von mir werfen und nicht mehr daran denken ..."
Die rote Sphinx schien zum erstenmal seit acht Jahren wirklich zu lächeln.
Dann drangen die Meldungen vom Juni-Aufstand in der Sowjetzone bis in die Lager hinter dem Ural. Die Entlassungs-Vorbereitungen stockten. Plötzlich wurde Berija gestürzt. Hellwach verfolgten die ehemaligen Todeskandidaten in den Zwangsarbeitslagern jede kaschierte Meldung über die Diadochen-Kämpfe. Sie hatten gelernt, zwischen den Zeilen der "Prawda" und "Iswestija" zu lesen.
Nun erschien ihnen der bis dahin allmächtige Zar der roten Gestapo wie ein Lebensretter. Allem Anschein nach hatte ausgerechnet Berija die Entlassungen angekurbelt. Was nun, wenn mit ihm auch sein Entlassungsplan liquidiert wurde?
Niemand mochte mehr arbeiten. Die Erfüllung der Normen sank aufs Minimum. Dann wurde offiziell am 6. Juli - sechs Wochen vor der angeblich durch die DDR-Regierungs-Delegation in Moskau ausgehandelten Freigabe von rund 13.000 zu Zwangsarbeit verurteilten deutschen Kriegsgefangenen - mitgeteilt, daß die vorbereiteten Entlassungen fortgesetzt würden.
"Wir wagten immer noch nicht, daran zu glauben", sagt der ehemalige Oberstleutnant und Ritterkreuzträger Walter Peter Mohr, Hamburg, der im zweiten Spätheimkehrer-Transport zurückkehrte. "Man hat uns zu oft genarrt. Schon 1948/49, als das Hauptkontingent der noch überlebenden Kriegsgefangenen nach Deutschland zurückgeschickt wurde, hatte man uns ähnliche Versprechungen gemacht. Wir wurden ins Theater, in die Philharmonie und zu Sport-

veranstaltungen ins Stadion geführt."
Einige Monate später wurde Mohr mit Hunderten von Stabsoffizieren in verschlossene Güterwagen gesperrt. Die Offiziere versuchten bei der Fahrt über die Dnjepr-Brücken bei Dnjepropetrowsk zu erkunden, ob der Zug nach Westen oder nach Osten rolle. Er rollte in die Täler des Ural. Die Sowjets behielten damals wohlweislich die meisten Stabsoffiziere und Generale zurück. Ebenfalls aussortiert wurden:
- Die ehemaligen I c der Heeres- und Luftwaffenverbände,
- Angehörige der Waffen-SS und von Eliteverbänden,
- Angehörige intellektueller Berufe, besonders Ingenieure, Juristen und Wissenschaftler.
Die Sowjets hatten auf ihre Art tabula rasa gemacht und stempelten die für sie interessanten Kriegsgefangenen durch fingierte Schnellgerichtsverfahren zu Kriegsverbrechern. Wer trotz MWD-Terror und wochenlanger Haft standhaft blieb und kein individuelles Schuldprotokoll unterschrieb, wurde in die Kategorie der "Allgemein-Schuldigen" eingereiht. Es genügte allein die Tatsache, Angehöriger der "faschistischen Wehrmacht" gewesen zu sein und somit an der "Ausplünderung der Sowjetunion" mitgewirkt zu haben.
Nun waren sie alle Strafgefangene, vom kleinen Funker bis zum Kommandierenden General. Die sowjetischen Polit-Instrukteure gaben es auf, diese Rotte der Verlorenen noch kommunistisch zu behämmern. Offiziers-Renegaten der deutschen Wehrmacht, die einmal mit dem "Nationalkomitee Freies Deutschland" kollaboriert hatten und schließlich doch im Zwangsarbeitslager gelandet waren, wurden gemieden wie Aussätzige.
Aus den knappen Gesprächen, die MWD-Offiziere mit den Verurteilten führten, troff immer wieder der Verdacht: "Wenn wir euch entlassen, macht ihr einen neuen Krieg, zusammen mit den anglo-amerikanischen Imperialisten."
Schon wegen dieser primitiven Verdächtigung haben es die Spätheimkehrer nicht gern, wenn sie nach Ankunft im Entlassungslager Friedland von britischen und amerikanischen Interrogatern (Verhörexperten) ausgefragt werden. Es wird ihnen allerdings anheimgestellt, die Auskunft zu verweigern mit dem Hinweis darauf, daß sie jetzt "in ein demokratisches Land zurückkehren, in dem es jedem freigestellt ist, zu reden oder zu schweigen".
Sie schweigen lieber über ihren Arbeitseinsatz auf den Baustellen am Wolga-Don-Kanal, über den Aufbau eines neuen metallurgischen Kombinats in Perwo-Uralsk im Swerdlowsker Bezirk, wo Walzwerksanlagen (Reparationslieferungen der Sowjetzone) installiert wurden, um Stahlblöcke zu nahtlosen Röhren auszuwalzen - maßgerecht für alle Kaliber der roten Artillerie.
Die Spätheimkehrer lassen sich auch nicht gern über Neuaufschlüsse von Kohlenflözen im Dongebiet ausholen, sondern reden dann schon lieber von den inneren Verhältnissen, so wie sie sich bei der täglichen Berührung mit der Zivilbevölkerung offenbarten. "Mit Nachdruck bemühen sich die neuen Sowjet-Machthaber um die Hebung des Lebensstandards der Bevölkerung. Die "Sowjetmenschen" haben die Lumpen abgelegt und können sich jetzt besser kleiden", weiß z.B. der Transportführer des zweiten Heimkehrerschubs, Oberstleutnant a.D. Mohr.
"Auffallend ist auch die Zunahme der Motorisierung. Schlangen von Lastwagen wälzen sich über neue Asphaltstraßen. Auch kleinere Staatsfunktionäre und Stachanows können sich den Luxus von Personenkraftwagen leisten. Die großen Fahrzeug-Kombinate produzieren nachgebaute deutsche Kraftwagentypen am Fließband. Man merkt besonders in letzter Zeit die Tendenz, die dumpfe Unruhe nach Stalins Tod durch Preissenkungen und wirtschaftliche Verbesserungen zu kompensieren, als komme es jetzt primär darauf an, die Sowjetunion im Inneren zu festigen.
"Trotzdem haben wir mitunter besser gelebt als die Sowjet-Bürger, seit Lebensmittelsendungen aus der Heimat zugelassen wurden und meist ohne Verlust die Lager erreichten. Den Le-

bensmittelspendern ist es zu danken, daß wir heute noch leben. Diese Sendungen flossen in den beiden letzten Jahren so reichlich, daß unsere russischen Nachbarn im Ort Liza (bei Perwo-Uralsk) das Lager der deutschen Strafarbeiter in "Kapitaliza" umtauften." Die Verurteilten hatten es nicht mehr nötig, für eine Schnitte russischen Graubrotes Überstunden zu leisten.
Schlagartig verminderten sich die Todesfälle der Dystrophie. "Seit drei Jahren haben wir im Hauptlager Schachty am Don keinen Todesfall mehr gehabt", erinnerte sich der zurückgekehrte Lagerarzt. "Es sei denn, daß ältere Gefangene im Hospital an schweren Erkrankungen gestorben sind." (Vergleichszahl von 1946: Im Lager Sewastopol starben damals täglich 35 bis 40 Gefangene.)
Die "Plennis" blieben für den einfachen Sowjetmenschen bis zuletzt attraktive Figuren. Oft kamen jüngere Frauen an den Lagerzaun, um sich erzählen zu lassen, wie man in Deutschland eine Ehe führt. Der Krieg hat die mittlere männliche Generation der Sowjetunion noch stärker geschröpft als in Deutschland. "König Mann" regiert in den meisten Aufsichtsfunktionen. Die Frauen müssen Schwerarbeit verrichten.
Hunderttausende von Familien werden durch häufigen Arbeitsplatzwechsel auseinandergerissen. Das Zusammenleben auf engstem Raum (meist zwei Familien in einer Kleinwohnung) veranlaßt vor allem die intelligenteren Paare zu künstlicher Geburtenbeschränkung. Nur in den ausgesprochenen Agrargebieten - im dumpfen Kral der Kolchosen - kennt die sprichwörtliche russische Furchtbarkeit keine Grenzen.
Leichter als die ausgeprägten Intellektuellen hatten es die rauhen Naturburschen unter den zwangsverurteilten "Plennis". Musterbeispiel: Oberleutnant a.D. Alfred Strunk, der vor einigen Tagen nach Dortmund zurückkehrte.
Strunk, bekannter Boxer im Halbschwergewicht, war das zwischen Woroschilowgrad und Schachty berüchtigte enfant terrible für die Natschalniks (Aufseher) und Lagerkommandanten. Strunk wurde nach mißglückter Flucht aus dem Plenni-Lager Sewastopol als Montageingenieur beim Schacht "Gigant" in der Nähe von Stalino eingesetzt. Der Boxer sah rot, als er Ende 1949 vor ein MWD-Tribunal geschleppt wurde, das ganz offensichtlich ein Urteil erfinden sollte, um ihn - während die Hauptentlassungswelle lief - als Fachkraft zurückzuhalten.
Strunk erzählt, er habe das Tribunal niedergeboxt, den Aktentisch zerschlagen und nach mehreren weiteren Verfahren schließlich zehn Jahre Zwangsarbeit wegen "Disziplinlosigkeit" geerntet. Da zeigte er seinen Bewachern erst recht die Faust. Russische Boxer traten an, um mit ihm ihre Kräfte zu messen. Erinnert sich Strunk: "Ein russischer Oberleutnant versetzte mir zwei Leberhaken, da gab ich ihm einen Uppercut und schlug ihn K.o."
Strunk kam in die Massenzelle eines Strafgefängnisses, zusammen mit Mördern und anderen kriminellen Verbrechern, denen er Boxunterricht gab. Dann boxte er weiter Wärter und Aufseher, bis ihm MWD-Funktionäre das kalte Eisen ihrer Pistolen ins Genick drückten. Sie bekamen mittlerweile Spaß daran, diesen "njemetzki tschort" ("deutschen Teufel") auf Nervenproben zu stellen. Strunk bestand sie jedesmal und stieg im Ansehen bei seinen Aufpassern.
Heute freut er sich: "In ihrer angestammten Vorliebe für brutale Kraft hatten die Russen bei mir etwas Ebenbürtiges entdeckt. Ich war ihr Typ." Sie drängten ihn oft: "Erzähl" doch mal, wie du in Deutschland geboxt hast" und befühlten seinen Bizeps. "Eto charascho" ("das ist gut").
Strunk hat noch im Januar einen Oberfeldwebel der Lagerwache gegen den Schlagbaum am Lagereingang geschmettert, weil dieser dem von ihm geleiteten Arbeitskommando das mitgebrachte Heizmaterial weggenommen hatte. Der MWD-Operativ-Leiter schüttelte den Kopf: "Strunk, kakaja mamuschka?" ("Strunk, was hast du bloß für eine Mutter gehabt").
Dann wurde ihm ein zusätzliches Jahr Gefängnis aufgebrummt.
Er saß diese Strafe aber nur wenige Monate ab, bekam auch in der Gefängniszelle Heimatpakete von westdeutschen Sportfreunden und wurde im Juni dem Lager Schachty zur endgülti-

gen Entlassung überstellt.
Nach der Ankunft des Heimkehrertransportes in Frankfurt/Oder interessierten sich in Zivil gesteckte Vopo-Offiziere und Agenten des sowjetzonalen Staatssicherheitsdienstes für den martialischen Lagerschreck. Sie versuchten, ihn für die "demokratische Sportarbeit" in der "DDR" zu interessieren, aber Strunk lehnte ab mit dem Hinweis auf die Propaganda-Transparente im Durchgangslager: "Deutsche an einen Tisch." Der Boxer fragte die Agenten: "Warum laßt ihr dann nicht einmal die Deutschen hier aus der Umgebung an uns heran?"
Die Vopos gerieten in Verlegenheit. Sie haben strikten Befehl, alle durchfahrenden Transporte ehemaliger "Kriegsverbrecher aus der Sowjetunion" auf den Stationen abzuriegeln. Nur ein kleiner Teil der in der Sowjetzone und in Berlin Beheimateten steigt in Frankfurt/Oder aus. Der größte Teil derjenigen, die ihre Familien in der Sowjetzone wissen, fährt weiter nach Westdeutschland. (Die Wahl zwischen Ost und West wurde den Heimkehrern freigestellt.)
Immerhin hat es die Sowjetzonen-Regierung übernommen, die durchreisenden Heimkehrer vor dem Übergang nach Westdeutschland neu einzukleiden und gut zu verpflegen. Man gibt ihnen aus dem beschränkten Sortiment der staatlichen HO-Läden das relativ Beste, damit niemand in Westdeutschland sagen kann, der große Bruder in Moskau schicke die endlich Entlassenen in Lumpen nach Hause.
Aber das Gefühl, wieder in Deutschland zu sein, kommt bei den Heimkehrern erst auf, wenn sie die weiße Markierung am Schlagbaum von Herleshausen hinter sich wissen. Dann atmen sie auf: "Jetzt sind wir erst richtig in Deutschland."
Sie jubelten dem Bundespräsidenten zu ("Hurra, Präsident Heuss, wir danken, wir danken ..."), als er ihnen am Donnerstag vergangener Woche im Lager Friedland persönlich versprach: "Wir müssen auch den letzten Mann heimholen."
Und sie begrüßten stürmisch den Bischof Heckel vom Evangelischen Hilfswerk, das ihnen viele Pakete nach Rußland geschickt hatte.
Das ist die größte Sorge der Zurückgekehrten: daß die Sowjets auch die noch versteckten kleineren Gefangenenkontingente nicht noch einmal auf Eis legen. Gut: sie haben angekündigt, rund 13.000 Verurteilte zu entlassen. Dabei scheinen nun auch - in der Endphase - die zurückgehaltenen Generale zu sein.
Die Heimkehrer aus Schachty wissen, daß es in drei Straflagern sogar noch unverurteilte ehemalige deutsche Soldaten gibt. Diese etwa 500 Nichtverurteilten hat der MWD absichtlich sowohl während der Hauptentlassungsaktion 1949/50 als auch während der allgemeinen Kommandourteile vergessen.
Sie passen in keine Kategorie, weil sie bis vor einiger Frist im Rüstungs-Kombinat "Molotow" arbeiten mußten. Sie wissen zuviel. Deshalb hinken sie jetzt bei der Entlassung noch hinter den formal Verurteilten her.
Die Spätheimkehrer, die in diesen Tagen den Schlagbaum des Grenzortes Herleshausen passierten, warnen vor Illusionen. Aus der Koordinierung ihrer Berichte erwächst die Erkenntnis, daß Bundeskanzler Adenauer irrte, als er im April dieses Jahres während seines Amerika-Besuches von "mindestens 300.000 Kriegsgefangenen und Deportierten" sprach, die noch in den Weiten der Sowjetunion zurückgehalten würden. Die meisten können nicht mehr zurückkehren. Sie sind gestorben und liegen längst in der lehmigen russischen Erde.
"Es mögen noch 15.000, höchstens aber 20.000 ehemalige deutsche Soldaten sein, die bis zu Beginn der neuen Entlassungsaktion von den Sowjets festgehalten wurden", schätzen sowohl Heimkehrer als auch Experten des Evangelischen Hilfswerks (das seit Jahren alle Heimkehrer-Aussagen auswertet) die Ziffer der Überlebenden.
"Wir müssen alle Illusionen zurückstellen. Die meisten der Vermißten sind in den ersten Hungerjahren gestorben." ...<<
Walter Müller-Bringmann berichtete am 8. Oktober 1953 über das Grenzdurchgangslager

Friedland (x123/133): >>8. Oktober 1953. Und die Glocke in Friedland läutet zu jedem Transport, der da Menschen aus der russischen Steppe oder den unendlichen Wäldern des Ostens bringt, deutsche Menschen, aber auch Angehörige anderer Nationen. Darunter einen der jüngsten Heimkehrer, jetzt 21 Jahre, mit 13 Jahren in Ostpreußen gefangengenommen und in das Innere Rußlands verschlagen. Zusammen mit einem der ältesten Gefangenen, einem 83jährigen General.
Die Glocke läutet für sie alle ...
Hoffentlich läutet sie bald für den Letzten, der da zurückkommen soll.<<
Walter Müller-Bringmann berichtete am 30. Dezember 1953 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/133): >>30. Dezember 1953. In Wattejacken, Lammfellmützen auf den Köpfen, holzbesohlte Stiefel an den Füßen, aber strahlende, überglückliche Augen brachten die Omnibusse von der Zonengrenze in Herleshausen 60 Frauen aus Rußland mit. Frauen, die z.T. fast 10 Jahre in Gefangenschaft waren.
Sie wurden von Kopf bis Fuß neu eingekleidet, warfen übermütig ihre asiatischen Kopfbedekkungen in die Luft, fingen sie wieder auf, freuten sich unendlich, Kleider, Blusen und Röcke, richtige Frauenschuhe zu erhalten, stolzierten zunächst noch etwas unsicher und ungewohnt darin umher, verwandelten sich aber bald wieder in "Menschen wie du und ich".
Das neue Jahr soll auch für sie ein neues Leben bringen.
Wie sagte eine von ihnen? "Ich werfe hier alles, was ich mitgebracht habe, fort. Auch die Erinnerung. Ab morgen bin ich wieder "Fräulein", gehe umher wie jede andere, lasse mich frisieren, schlage in Modejournalen nach und tue so, als ob nichts gewesen wäre."
Ob sie es tatsächlich fertigbringen wird? 8 furchtbare, entsetzliche Jahre einfach abzustreifen, beiseitezulegen, aus dem Gedächtnis zu streichen? ...<<
Walter Müller-Bringmann berichtete am 31. Dezember 1953 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/133-134): >>Diese kalte Silvesternacht am Ende des alten Jahres unter der Friedensglocke in Friedland werde ich nie vergessen.
Während ringsum im weiten Land der Abschied des Jahres 1953 in den Gaststätten und Häusern gefeiert wurde, standen genau zur gleichen Stunde in Friedland Männer mit Tränen in den Augen, heimgekehrt aus langer Gefangenschaft, und sangen aus übervollem Herzen: "Nun danket alle Gott".
... Zu ihrer Begrüßung sprach in einer eindrucksvollen, nächtlichen Feierstunde, nebst Vertretern der Regierung, Landesbischof Dr. D. Lilje von der Hannoverschen Landeskirche für die geistlichen Würdenträger beider Konfessionen.
"Dieses ist eine unvergeßliche Silvesternacht", sagte der Bischof. "Die allmächtige Hand, die jeden von Euch hierher geführt hat, wird Euch auch in kommenden Jahren weiterführen."
Tränen der Ergriffenheit standen den Heimkehrern, Internierten, Frauen und Männern, Zuschauern und auch den offiziellen Gästen in den Augen, als der Bischof zum Schluß alle aufforderte, mit ihm gemeinsam das "Vater unser" zu beten.
Tausende erlebten diese Feierstunde an den Lautsprechern mit.
806 Heimkehrer versuchten noch rechtzeitig im alten Jahr nach Friedland zu kommen. Sie überquerten, bevor die Glocken das neue Jahr einzuläuten begannen, zu Fuß in kleinen Gruppen die Zonengrenze bei Herleshausen und hörten dort durch den Rundfunk die Übertragung der Sylvesterfeier in Friedland. Alle blieben stehen, lauschten und sangen dann mit dem Posaunenchor der Göttinger Stadtkantorei das alte Lied "Lobe den Herren ..."
Keiner der vielen Menschen, die an die Zonengrenze geeilt waren, um die Heimkehrer zu begrüßen und vielleicht Angehörige unter ihnen zu finden, rührte sich während dieser Übertragung vom Fleck. ...
Für einen von den 806 wurde die Sylvesternacht zur Todesnacht. Auf der Fahrt von der Zonengrenze bis nach Friedland erteilte ihn der Tod durch Herzschlag. ...<<

Ein deutscher Heimkehrer schrieb Ende 1953 über die Zustände in den letzten sowjetischen Kriegsgefangenenlagern (x130/359): >>... Man muß diese Armee des Elends gesehen haben. Körperlich ruiniert durch Jahre und Jahrzehnte unter barbarischen Bedingungen in Haft, schlecht gekleidet, zahnlos, in überfüllten Baracken zusammengepfercht, tuberkulös, herzkrank, jede Woche werden einige von ihnen in der Tundra verscharrt.<<

Walter Müller-Bringmann berichtete am 3. Januar 1954 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/134-136): >>3. Januar 1954. Der Bundeskanzler besuchte Friedland, hielt eine Ansprache an die Heimkehrer, sprach mit ihnen und ließ sich zu den Kranken und Schwachen in den Sanitätsunterkünften führen.

Täglich gehen bei der Lagerleitung bis zu 4.000 Anfragen nach dem Schicksal ehemaliger deutscher Soldaten ein, die irgendwo noch in Kriegsgefangenschaft sein sollen ...

Lagerleiter Dr. Freßen ... sagte zu mir: "Das Schönste an diesem Lager ist der Geist aller, die dabei helfen, den Entlassenen die ersten Stunden in der Heimat nicht unnötig durch die unvermeidliche Schreibarbeit zu erschweren, ihnen den Aufenthalt bei uns so angenehm zu machen, daß sich jeder gern an Friedland erinnert.

Dieser Geist der Uneigennützigkeit, des Dienstes am Ärmsten, der unaufdringlichen Betreuung, des guten Herzens, des persönlichen Opfers – dieser Geist ist seit der Gründung dieses Lagers hier zu Hause. Es ist schön, mit solchen Menschen im Interesse der Sache arbeiten zu können."<<

Walter Müller-Bringmann berichtete am 20. September 1955 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/138): >>20. September 1955. Friedland besteht heute 10 Jahre.

10 Jahre lang wurde hier die Leidensgeschichte nicht nur unseres Volkes aufgezeichnet. Es finden keine "Feierlichkeiten" statt. Worüber sollte man sich auch freuen. Es gibt wirklich keinen Anlaß.

Dank müßte jedoch denen gesagt werden, die für Friedland so unendlich viel getan haben. Aber diese Frauen und Männer mögen keinen Dank, Für sie ist es (die) schönste Freude, hier helfen zu dürfen. Bis auch der Letzte daheim ist.

Denn viele fehlen noch. Aber es besteht die Hoffnung, daß bald wieder die Glocke läuten wird ... 1.837.349 Menschen gingen bisher durch das Lager. ...

Viele vermißte Deutsche ... werden nie wieder zurückkommen. Sie sind von Granaten zerrissen, von Panzern zermahlen, von Bomben zerschmettert, im Elend verkommen. Sie werden die Glocke in Friedland niemals hören. ...<<

Die "BILD-Zeitung" berichtete am 9. Oktober 1955 über die Rückkehr der letzten deutschen Kriegsgefangenen: >>**Letzte Kriegsgefangene kehren heim**

... Nach mehr als 10 Jahren Trennung und quälender Ungewißheit haben sie einander endlich wieder. Frauen ihre Männer, Eltern ihre Söhne, Kinder ihre Väter, die sie oft zum ersten Mal in ihrem Leben sehen.

Ergreifende Szenen spielen sich bei der Ankunft der 600 deutschen Spätheimkehrer aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft im niedersächsischen Friedland ab.

Sie gehören zu den ersten der letzten 10.000 deutschen Kriegsgefangenen und 20.000 Zivilinternierten, die aus den Lagern jenseits von Ural und Polarkreis zurückkehren. Die meisten von ihnen wurden von sowjetischen Schnellgerichten wegen angeblicher Kriegsverbrechen, aber auch wegen unterstellter Spionage oder antisowjetischer Hetze zu langjähriger Zwangsarbeit verurteilt.

Möglich geworden ist die Rückkehr der Männer durch den Besuch Konrad Adenauers im Kreml. ... Bonn will die Rückkehr der Gefangenen. Moskau hat ein Interesse an den Aufnahmen diplomatischer, wirtschaftlicher und kultureller Beziehungen zur Bundesrepublik, um damit die Existenz zweier deutscher Staaten als gegeben festzuschreiben. ...<<

Walter Müller-Bringmann berichtete am 10. Oktober 1955 über das Grenzdurchgangslager

Friedland (x123/138): >>10. Oktober 1955. ... Der erste große Heimkehrertransport, als Auftakt der letzten Entlassungsaktion aus sowjetischen Gefangenenlagern, traf gestern ein. 602 Heimkehrer feierten ein stürmisches Wiedersehen mit der Heimat. Insgesamt werden noch mindestens 9.626 Kriegsgefangene erwartet. Diese Zahl ist jedenfalls von der sowjetischen Regierung amtlich mitgeteilt worden.
... Alle Wochenschauen, Hunderte von Bildberichterstattern und Sonderkorrespondenten der größten Zeitungen des In- und Auslandes sind im Lager angekommen, um das größte Ereignis in Wort und Bild festzuhalten. ...
Friedland steht seit gestern im Mittelpunkt des Weltinteresses. Die Heimkehr deutscher Kriegsgefangener ist plötzlich eine hochpolitische Angelegenheit geworden.<<
Walter Müller-Bringmann berichtete am 13. Oktober 1955 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/138-140): >>13. Oktober 1955. ... Friedland erfährt die Invasion einer riesigen Menschenmenge, die mit Autos und Zügen von weither kommt, um beim Empfang der Heimkehrer dabei zu sein, sie in der Heimat zu begrüßen, ihnen Blumen und Geschenke zu überreichen.
Auf den Zufahrtsstraßen stehen kilometerweit Fahrzeuge, die alle nach Friedland wollen. ... Im Lager wimmelt es von vielen tausend Menschen, die nach hier gekommen sind, um entweder Heimkehrer abzuholen, Nachforschungen über weitere Transporte anzustellen oder Fragen an die Kriegsgefangenen über Vermißte zu richten.
Die Post hat ein fahrbares Amt im Lager aufgestellt, mit besonderen Telefonleitungen für die Presse. ...
Der Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes hat nahezu 90 Helferinnen und Helfer aus allen Landesverbänden nach Friedland beordert, um die riesige Nachforschungsarbeit bewältigen zu können und alle Heimkehreraussagen richtig auszunutzen. ...
Die Lagerleitung gleicht einem Bienenschwarm. Auskunftssuchende Menschen drängen sich auf dem schmalen Gang der Baracke, fragen sich zum Geschäftszimmer durch, schieben sich bis zur Barriere und bringen ihr Anliegen vor. ...
... Spenden der Bevölkerung treffen in ungeahnten Mengen ein, damit die Männer eingekleidet und mit den notwendigsten Gebrauchsgegenständen ausgerüstet werden können. ...<<
Walter Müller-Bringmann berichtete am 14. Oktober 1955 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/143): >>14. Oktober 1955. ... Es kam ein schlimmes Telegramm in Friedland an, eine Hiobsbotschaft für einen Heimkehrer, der das Papier zunächst fassungslos ansah, so, als könnte er sich den Sinn der Worte nicht erklären. In der Depesche stand weiter nichts als "Komme nicht ... Ich bin wiederverheiratet ...
Dieses Antworttelegramm, daß er in Friedland eingetroffen sei, kam von einer Frau, die ihren Mann in der Zwischenzeit "abgeschrieben" hatte, wie einer der Journalisten sagte, ihn für tot erklären ließ und wieder heiratete. Obwohl sie wußte, daß ihr Mann lebte und sich in Rußland in Gefangenschaft befand.
... Vergebens hoffte der Gefangene auf ein Lebenszeichen, konnte sich nicht erklären, warum sich seine Frau nicht meldete, bangte um ihr Schicksal. Jetzt wußte er ... das lange Schweigen zu deuten.
Man mußte mit beiden Beinen fest auf der Erde stehen, um von solch einer Nachricht nicht umgeworfen zu werden. Noch wußte der ehemalige Major nicht, was er anfangen sollte. ...
Für diesen Mann war Friedland kein Ort des Aufatmens geworden. Hier traf ihn eine Nachricht, die er wohl nie wieder verwinden würde. ...<<
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung für Kriegsgefangenengeschichte schrieb später über den Arbeitseinsatz der deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion (x130/311-312): >>Gegen Ende des Jahres 1945 war mit etwa 1,3 Millionen die größte Zahl deutscher Kriegsgefangener in der Sowjetunion erreicht, die zur Arbeit eingesetzt

waren. Die große Masse der Überlebenden wurde um die Wende 1949/50 in die Heimat entlassen, doch wurde ein Rest wegen angeblicher Kriegsverbrechen verurteilt und zurückgehalten, von denen über 27.000 weiter im Arbeitseinsatz blieben.
Von ihnen wurde der größte Teil um die Jahreswende 1953/54 entlassen, so daß nunmehr noch etwa 10.000 zur Arbeit gezwungen wurden. Ende 1955 kamen auch sie endlich nach Hause. Ein Arbeitseinsatz erfolgte bis zum Jahre 1955 einschließlich.
Es ergibt sich, daß von den deutschen Kriegsgefangenen in sowjetischer Hand mindestens 10.338.997.136 Arbeitsstunden erbracht wurden. Es muß mit Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß es sich um absolute Mindestzahlen handelt. ...<<
Der kanadische Journalist James Bacque schrieb später in den Schlußbemerkungen der 6. Auflage seines Buches "Der geplante Tod" (x131/203-209): >>Die Regeln der Landkriegsführung, die Genfer Konvention, das Internationale Komitee vom Roten Kreuz, der schlichte Anstand der riesigen Mehrheit des amerikanischen und französischen Volkes, die Aufrichtigkeit der Britten und Kanadier, die freie Presse, alles hat versagt.
Es versagte, weil Männer, die unsere Helden waren, insgeheim die Macht des Todes über Menschen brachten, die hilflos in unserer Hand waren, die ihnen vorgesetzten Offiziere geboten ihnen nicht Einhalt, und sie ließen die Öffentlichkeit im dunkeln. Die ihnen Gleichgestellten und ihre Untergebenen sagten nichts. Die französische Presse sagte wenig, oder sie log. Die amerikanische Presse sagte nichts oder sie log. Die Briten und Kanadier standen dabei und sahen zu. Die einzigen Personen, die redeten, waren Jean-Pierre Pradervand, Jacques Fauvet und Victor Gollancz. ...
Onkel Josef Stalin, unser lächelnder Verbündeter gegen das Böse, wurde selbst zum Bösen. Die Demokratien, die kämpften, um die Welt von Hitler zu befreien, vereinten sich gegen den verräterischen Sowjet, der – wie wir heute zugeben – mit Hilfe von Geheimpolizei, riesigen stehenden Heeren, Todeslagern und einer Einpartei-Diktatur sein Imperium des Bösen aufrecht erhielt. Die gewaltigen Verbrechen, die wir nach dem Krieg gegen die Deutschen begingen, wurden in selbstgerechter Heuchelei übertüncht. ...
Wer auch immer die Presse kontrolliert, behauptet, sie sei frei. Diejenigen, denen diese Freiheit verweigert wird, haben keine Mittel, das zu widerlegen. In der Sowjetunion verkündeten die Verleger jahrelang, die Presse sei frei. Nur durch die Untergrundpresse, die Samisdat, wußten wir, daß sie nicht für alle frei war. So wird es wohl immer sein, solange die Presse nicht für alle in der Gesellschaft existiert, sondern nur für eine Gruppe, der sie dem Namen nach dient. Wirkliche Pressefreiheit kann man nicht besitzen. Sie ist nicht teilbar. Man kann sie nicht leugnen. Sie gehört uns allen.
Wie sah es in Deutschland nach 1945 aus? Die Presse wurde zunächst den Siegern direkt unterstellt und von ihnen zensiert. Nachdem die Alliierten eine ihnen genehme Regierung erstellt hatten, unterstützten Journalisten, Schriftsteller, Künstler und Wissenschaftler alle den Westen. Willy Brandt drückte dies im Bundestag recht euphemistisch aus, als er die Gründe der Regierung nannte, die Erich-Maschke-Dokumentation über die deutschen Kriegsgefangenen in alliierter Hand herauszugeben, zu finanzieren und zu veröffentlichen (bzw. nicht zu veröffentlichen).
Wenn so etwas im Westen passiert wäre, daß eine Regierung wichtige literarisch-historische Nachforschungen übernommen hätte, um sicherzustellen, daß nur beruhigende Schlußfolgerungen veröffentlicht würden, hätte dies einen Schrei der Entrüstung verursacht. Aber den gab es in Deutschland nicht. Die gefügigen Wissenschaftler veröffentlichten eine Dokumentationsreihe, die die Lügen der Franzosen und Amerikaner übernahm und weite Zeiträume in der Geschichte und Erlebnisberichte einfach wegließ. ...<<
Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (40/1989) berichtete später (am 2.10.1989) über das Buch "Der geplante Tod" des kanadischen Journalisten James Bacque: >>**Eine lange Nacht**

der Lügen

Nach Kriegsende mußten Hunderttausende deutscher Gefangener in US-Lagern sterben

Bestseller in Kanada, aufsehenerregende Neuerscheinung in der Bundesrepublik: In dem Buch "Der geplante Tod" behauptet ein kanadischer Autor, die USA hätten nach Kriegsende Hunderttausenden von deutschen Gefangenen bewußt Hilfe verweigert und damit deren Tod in Kauf genommen. Historiker reagieren skeptisch.

Stundenlang stand er am Zaun des Lagers. Dort draußen lag sein Dorf fast zum Greifen nah, für ihn war es unerreichbar. Eines Morgens wurde der 17jährige Bursche tot am Fuße des Zaunes gefunden - offenbar erschossen beim Versuch, heim zur Mutter zu flüchten. Ein US-Projektil hatte ihm eine Gesichtshälfte weggeschmettert.

Seine deutschen Mitgefangenen mußten am toten Körper vorbeimarschieren. "Mörder, Mörder!" schleuderten sie dem amerikanischen Kommandanten entgegen - was böse Folgen hatte: Drei Tage lang kappte der Offizier die ohnehin schmale Essensration, etliche Menschen starben vor Hunger.

In Rheinberg am Niederrhein lagerten Häftlinge "ohne Obdach tagein, tagaus", berichtete ein Augenzeuge. Das Bild war zum Erbarmen: "Amputierte schlitterten wie Amphibien durch den Matsch, durchnäßt und fröstelnd." Viele überlebten die Tortur nicht.

Um sich gegen die Kälte zu schützen, schmiegten Männer sich in lange Erdlöcher, die sie mit bloßen Händen gegraben hatten - Bauch an Rücken, Knie an Kniekehle. Manche tranken den eigenen Urin, weil es nichts gab, andere "leckten den Boden in der Hoffnung, ein bißchen Feuchtigkeit zu bekommen". Sie wurden krank - und krepierten.

Hitlers Krieg war längst zu Ende, aber nicht für alle.

"Nie", notierte ein 50jähriger Feldwebel in sein Tagebuch aus grobem Verpackungspapier, habe er "den Siegern eine solche barbarische Art der Kriegsgefangenen-Behandlung zugetraut". Wer sich über peinigenden Durst oder peitschenden Regen beschwerte, wurde obendrein ausgelacht: "Du hast keine Rechte."

Fast sechs Jahre nach dem Überfall auf Polen, der mit 1,5 Millionen Soldaten begonnen hatte, verharrten rund 10 Millionen Deutsche in Kriegsgefangenschaft - weltweit verteilt auf mehr als 20 Staaten. Allein in amerikanischem Gewahrsam befanden sich 3,1 Millionen Menschen.

Diese Daten sind historisch einigermaßen gesichert, und bislang galten die Amerikaner den meisten Deutschen seit damals als Erlöser. Ein Buch des kanadischen Lektors und Journalisten James Bacque, 60, könnte diese Einschätzung ins Wanken bringen.

In dem amerikanischen "Bestseller" (so das US-Nachrichtenmagazin Time), der diesen Monat in deutscher Sprache erscheint, behauptet Bacque aufgrund neuer Archivfunde, die US-Führung habe 1945 in deutschen Camps "furchtbare Verbrechen gegen die Menschlichkeit" begangen:

- Gefangene bekamen bewußt so wenig zu essen, daß sie sterben mußten, "obschon genügend Lebensmittel" zur Verfügung standen;
- die hygienischen und sanitären Bedingungen waren miserabel und führten schnell zu tödlichen Krankheiten;
- Hilfsorganisationen wie dem Roten Kreuz blieb der Zutritt verwehrt, eine internationale Kontrolle fehlte.

Der Autor schätzt, daß in amerikanischen und französischen Lagern, in die Washington Deutsche überstellen ließ, die Zahl der Toten "wahrscheinlich bei mehr als einer Million liegt"; die Behandlung der Verlierer in anderen verbündeten Ländern des Westens wie England und Kanada sei hingegen durchaus human gewesen.

Eine konkrete Ziffer, räumt Bacque ein, werde "immer umstritten sein", weil Akten "vernichtet, geändert oder als geheim unter Verschluß gehalten worden" seien - "bis auf den heutigen Tag". Die Geschichtsschreibung ist bisher, offiziellen amerikanischen Quellen folgend, von

lediglich einigen zehntausend Opfern ausgegangen, der Vorwurf systematisch herbeigeführter Hungersnöte ist neu. Bacque will deshalb "nach einer langen Nacht der Lügen" diese "amerikanische Tragödie" aufrollen.
Dabei beginnt die Geschichte deutscher Kriegsgefangener in US-Obhut, der Prisoners Of War (POW), durchaus entspannt. Die ersten - nur 31 - POW waren im Mai 1942 auf dem amerikanischen Kontinent angekommen. Bereits vom Sommer 1943 an fielen den US-Truppen monatlich Tausende deutscher Landser in die Hände.
Angesichts der Gefangenenflut entstanden Lager, die nach einem Standardplan für jeweils 2.000 bis 4.000 Gefangene ausgelegt waren. Vom Speisesaal über Werkstatt und Kaufladen bis zum Sportplatz sahen sie den Ausbildungslagern der U.S. Army sehr ähnlich - bis auf die Stacheldrahtzäune und die Scheinwerfer.
Nicht wenigen Amerikanern erschienen die Lager zu fein für die gefangenen Gegner.
In Anspielung auf ein Pariser Luxus-Hotel und den Spitznamen der Deutschen bürgerte sich die Bezeichnung "The Fritz Ritz" für die Lager ein.
Nach und nach besetzten deutsche Kriegsgefangene frei gewordene Posten vor allem in der Landwirtschaft, aber auch in der Holz- und Fleischwarenindustrie, bei der Eisenbahn und selbst in den Schreibstuben der Army. Diese Männer, befand der amerikanische Historiker Arnold Krammer, "erfüllten eine lebenswichtige Rolle beim Ausgleich des akuten heimischen Mangels an Arbeitskräften".
So unentbehrlich war "Fritz" mittlerweile gerade für die US-Farmer geworden, daß sie den längst zum Oberbefehlshaber der Alliierten Truppen in Europa ernannten General Dwight D. Eisenhower aufforderten, sofort weitere 150.000 Gefangene als Arbeitskräfte nach den USA in Marsch zu setzen. Amerikas höchster Offizier, später 34. Präsident der Vereinigten Staaten, zeigte wenig Neigung, denn mittlerweile war ihm die Problematik deutscher POW auf dem Kriegsschauplatz Europa zur Last geworden.
"Ein Jammer, daß wir nicht mehr umgebracht haben", notierte er ins Postskriptum eines Briefes an General George C. Marshall. Eisenhower "haßte" die Deutschen, wie er seiner Frau Mamie schrieb. Bei einem Besuch des britischen Botschafters forderte er, alle Offiziere des deutschen Generalstabes sollten "ausgerottet" werden, auch alle Führer der Nazi-Partei vom Bürgermeister an aufwärts sowie alle Angehörigen der Gestapo.
Je weiter seine Truppen ins Innere des Hitler-Reiches eindrangen, desto schroffer wurde Eisenhowers Haltung den Deutschen gegenüber. Bei ihrem Vormarsch über den Rhein hinweg machten die US-Soldaten schaurige Entdeckungen, als sie, so der Passauer Zeitgeschichtler Winfried Becker, "auf die Spuren der letzten Morde der Gestapo und der SS" stießen.
Wo sie es konnten, ließen sie die Leichen exhumieren und neu bestatten - meist wurden die örtlichen Parteigenossen zu diesen Arbeiten herangezogen. Bald schämte sich Eisenhower, daß er "einen deutschen Namen" trug.
"Die Deutschen", sagt der Passauer Becker, hätten folgerichtig "kaum erwarten" können, daß die Entdeckung der "zuletzt begangenen Scheußlichkeiten und die Greuel der Konzentrationslager ohne Rückwirkung auf das Verhalten der Alliierten ihnen gegenüber" blieben.
Und so kam es auch. Am 10. März 1945, gerade war mit Köln einer der wichtigsten Brückenköpfe genommen, regte Eisenhower bei den Combined Chiefs of Staff (CCS) schriftlich die "Schaffung einer neuen Klasse von Gefangenen" an. Immer noch galt Artikel 7 der Anlage zur Haager Landkriegsordnung, wonach Kriegsgefangene "in Beziehung auf Nahrung, Unterkunft und Kleidung auf demselben Fuße zu behandeln" seien wie die siegreichen Truppen; eine ähnliche Verordnung enthält auch die Genfer Konvention von 1929.
Eisenhower störte das nicht. Ihm erschien es angesichts der Versorgungsnotlage im Lande "nicht wünschenswert", deutschen "Streitkräften Rationen zuzuteilen, die weit über das für die Zivilbevölkerung verfügbare Maß" hinausreichten; die andere Kategorie Kriegsgefangener

wurde Disarmed Enemy Forces (DEF) genannt, entwaffnete Feindkräfte.
Es handelte sich um Soldaten, die - aus welchen Gründen auch immer - nicht die Menschlichkeit der völkerrechtlichen Vereinbarungen erfahren sollten oder durften, wobei das zum damaligen Zeitpunkt noch fiktive Datum einer bedingungslosen Kapitulation entscheidend fürs Wohl und Wehe war: vorher POW, nachher DEF.
Die Briten in der CCS lehnten Eisenhowers Vorschlag ab, der wählte daraufhin den Alleingang. Vor der Öffentlichkeit verbarg Eisenhower sein Vorhaben: Auf einer Pressekonferenz in Paris erklärte er, die "gesamte Geschichte der Vereinigten Staaten" bestehe "auch darin, einem besiegten Feind gegenüber großmütig zu sein: Wir beachten alle Gesetze der Genfer Konvention".
Als im April und im Mai vor allem am Rhein entlang für Hunderttausende deutscher Soldaten die Prisoner of War Temporary Enclosures (PWTE) eingerichtet wurden, schaltete sich Eisenhower persönlich ein. Er ordnete an, die Gefangenen dürften weder "Obdach noch irgendeinen anderen Komfort" haben - was er nicht ironisch meinte.
Die Camps, ob in Remagen oder Sinzig, Rheinberg oder Andernach, waren lediglich mit Stacheldraht umzäunte Weiden und Wiesen, feste Unterkünfte gab es nicht. Ursprünglich sollte jeder Gefangene 16 Quadratmeter Platz haben, meist blieben nur 2 oder 3.
Manche Männer standen tage- und nächtelang apathisch in ihren Erdlöchern, unfähig, "um sich krank zu melden noch um zu essen", wie ein US-Leutnant notierte - sofern es überhaupt etwas zu beißen oder zu trinken gab.
Autor Bacque hegt den Verdacht, die Amerikaner hätten "alles für die Gefangenen Notwendige absichtlich in Mangel gehalten"; darunter mußten vor allem jene Soldaten leiden, denen das Eisenhower-Verdikt den gängigen POW-Status einfach wegbefahl - allein zwischen dem 2. Juni und dem 28. Juli 1945 wurden fast 600.000 Soldaten in den "tödlichen DEF-Status überführt".
Eisenhowers Truppe hingegen lebte im Überfluß. "Wir hatten Lebensmittel reichlich", bemerkte ein hoher Offizier, "unser Problem bestand darin, alles zu kochen." In den Akten der Quartiermeisterei fand Bacque die Bestätigung für den "gewaltigen Lebensmittelüberschuß" - in den Monaten April bis Juli besaß die Army einen ungenutzten Vorrat, der für 400 Tage gereicht hätte.
Auch Hilfe von außen wurde verwehrt. Das Rote Kreuz lagerte 13 Millionen Lebensmittelpakete, jedes einzelne hätte einen Menschen zwei Wochen lang mit täglich 1.000 Kalorien versorgen können. Das Oberkommando wußte, ausweislich eines Protokolls, spätestens seit dem 13. Juni 1945 von den riesigen Vorräten - sie blieben eingebunkert.
Statt dessen nahm es in Kauf, daß ihm die Gefangenen in den Enclosures zu Tausenden umkamen. Nach internen Statistiken und Berichten starben bis zu 15 Prozent "eindeutig an Unterernährung und Flüssigkeitsmangel sowie an Erschöpfung". Die anderen erlagen "Krankheiten", schreibt Bacque, "die durch die elenden und schutzlos allen Witterungseinflüssen ausgesetzten Lebensbedingungen verursacht und zweifellos durch Aushungerung verschärft" worden seien.
Von Mai bis Mitte Juni registrierten Ärzte und "4.000-Kalorien-Offiziere" (Bacque) entlang des Rheins eine Sterblichkeitsrate, die 80mal höher lag als normal, eine Zahl, die es "seit dem Mittelalter" nicht gegeben habe. Bacque: "Die medizinische Terminologie selbst reicht nicht mehr ganz aus angesichts dieser Katastrophe."
Seinen Berechnungen zufolge kamen in den amerikanischen Lagern 793.239 Gefangene zu Tode, in französischen rund 167.000. "Other losses", "sonstige Verluste", hießen sie in der nüchternen Sprache der US-Kriegsstatistiker, Paris sprach von Menschen, die "perdus pour raisons diverses" seien, also "verloren aus verschiedenen Gründen".
Amerikanische Wissenschaftler haben auf Bacques Buch skeptisch bis abwartend reagiert.

"Kein Historiker könnte dieses Buch geschrieben haben", kritisierte der Geschichtsprofessor Gabriel Kolko aus Toronto die Bacque-Methode, Daten aus nur bruchstückhaft erhaltenen Statistiken zu Gesamtzahlen hochzurechnen.
Der Bielefelder Historiker Hans-Ulrich Wehler begrüßt gleichwohl das Erscheinen des Buches: Bacque solle "veröffentlichen, wo immer er will, und wir können über seine Quellen debattieren". Das Magazin "Time" allerdings warf letzte Woche die Frage auf, ob die deutsche Geschichtswissenschaft zu dieser Debatte genug beitragen könne: Sie habe sich seit dem Kriege "mehr auf die Verfehlungen Deutschlands konzentriert als auf die seiner jetzigen Verbündeten".
Autor Bacque spricht zu Recht von einer politischen Konzession. Den Amerikanern sei "verziehen" worden, "ohne daß sie auch nur angeklagt waren".<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete später (am 24.10.1989) über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen in den nordamerikanischen und französischen Lagern: >>**Ein Kapitel, das lange verschwiegen wurde**
... Auf stacheldrahtumzäunten Rheinwiesen, die sich rasch in grundlosen Morast mit unzähligen Löchern verwandelten, erlebten Hunderttausende deutscher Kriegsgefangener das Frühjahr und den Sommer 1945.
Mit den Städten Kreuznach, Remagen, Andernach oder Rheinberg verbinden zahllose ehemalige deutsche Soldaten, die nach dem Kriegsende oder kurz davor in amerikanische Gefangenschaft gerieten, die Erinnerung an die grauenvollste Zeit des ganzen Krieges. Ohne Zelte, ohne Schutz gegen den Dauerregen und nahezu ohne Nahrung und Wasser mußten sie Gras essen und ihren eigenen Urin trinken. Hunderttausende starben an Durchfall und Ruhr, an Hunger und anderen Krankheiten.
Ein kanadischer Autor, James Bacque, ist jetzt diesem von der deutschen Geschichtsforschung bisher ausgeklammerten Kapitel der Nachkriegszeit nachgegangen und errechnete bei seinen akribischen Recherchen in amerikanischen, britischen, kanadischen, französischen und deutschen Archiven eine Zahl von etwa einer Million deutscher Soldaten, die in amerikanischen und französischen Gefangenenlagern umkamen. Das Buch ("Der geplante Tod", Ullstein-Verlag, 352 Seiten) erschien in diesem Herbst auf dem deutschen Büchermarkt.
Denn es war keineswegs das Durcheinander in der Endphase des Krieges und der "unerwartete" Zustrom von Millionen Kriegsgefangenen, der die Organisation zusammenbrechen ließ, sondern eine vom damaligen Oberbefehlshaber Eisenhower bewußt herbeigeführte Ausrottungspolitik. So jedenfalls die für die Geschichtsforschung absolut neue These des kanadischen Autors.
Das Buch landete in Kanada rasch auf den Bestsellerlisten, berichtet das US-Magazin "TIME" und löste bei den Historikern der Neuen Welt Ratlosigkeit aus, denn Kriegsverbrechen der Alliierten waren bisher noch nicht Gegenstand amerikanischer Geschichtsforschung.
Entgegen landläufiger Annahme, die auf den Erinnerungen und Rechtfertigungen der Beteiligten beruhen, stellt Bacque klar, daß in Europa selbst in der schlimmsten Zeit nach dem Kriege alles andere als Mangel an Lebensmitteln geherrscht habe, sondern sogar ein gewaltiger Überfluß. Sowohl die US-Armee als auch das Rote Kreuz und amerikanische Hilfsorganisationen saßen auf gefüllten Lagerhäusern.
"Wir hatten Lebensmittel reichlich", bemerkt ein US-Offizier, "unser Problem bestand darin, es zu kochen." Von April bis Juli besaß die Armee einen ungenutzten Vorrat, der 400 Tage gereicht hätte. Das Rote Kreuz hatte 13 Millionen Lebensmittelpakete, die es nicht verteilen durfte.
Der Eisenhower-Biograph Stephen Ambrose räumt ein, daß das Buch eine große historische Endeckung enthalte: "Wir Amerikaner können nicht unterschlagen, daß furchtbare Dinge geschehen sind. Und sie ereigneten sich am Ende eines Krieges, den wir für Demokratie und

Freiheit führten, und sie sind nicht zu entschuldigen."
Ein Oberst der US-Armee beschrieb die Lage in den amerikanischen Lagern am Rhein so: "Eng zusammengedrängt, um sich gegenseitig zu wärmen, bot sich den Blicken auf der anderen Seite des Stacheldrahts ein tief erschreckender Anblick: nahezu 100.000 ausgemergelte, apathische, schmutzige, hagere Männer mit leerem Blick, bekleidet mit schmutzigen, feldgrauen Uniformen, knöcheltief im Schlamm stehend. ... Ein Lagerinsasse von Rheinberg war über 80 Jahre, ein anderer neun Jahre alt. ... Andauernder Hunger und quälender Durst waren ihre Begleiter, und sie starben an Ruhr."
Der juristische Trick, mit dessen Hilfe es Eisenhower gelang, den Soldaten ihren Status als Kriegsgefangene zu entziehen und sie damit außerhalb des Schutzes der Genfer Konvention von 1929 zu stellen, hieß DEF (Disarmed Enemy Forces – entwaffnete Feindkräfte). Damit war die Armee der Verpflichtung enthoben, sie gemäß den Genfer Abmachungen zu behandeln und zu ernähren. Nicht einmal das Internationale Komitee vom Roten Kreuz erhielt die Erlaubnis, den 1.800 amerikanischen und französischen Lagern, in denen ähnliche Zustände herrschten, einen Besuch abzustatten.
Am schlimmsten war, trotz des Regens, offenbar der Durst. "Einige legten sich der Länge nach hin und leckten den Boden in der Hoffnung, ein bißchen Feuchtigkeit zu bekommen", heißt es in einem Bericht den Bacque zitiert. "Ich habe Tausende sterben sehen. Sie haben die Leichen auf Lastern abtransportiert."
Bacques Berechnungen zufolge starben in den US-Lagern 793.239 Gefangene, in den französischen Lagern 167.000. Über die Behandlung in britischen und kanadischen Lagern gab es keine Beanstandungen, die Engländer hatten sich auch geweigert, Eisenhowers Überführung der Prisoners of War (PoW) in den DEF-Status zu übernehmen.
Bacque stützt seine Behauptung, daß Eisenhower ausschließlich von Rachegefühlen geleitet war, außer auf das Verbot der Auslieferung von Rote-Kreuz-Spenden auch auf das Verbot, daß die deutsche Zivilbevölkerung den hungernden Lagerinsassen etwas zukommen lassen durfte.
Selbst Spenden von deutschen Gefangenen in den USA, die dort gut versorgt wurden, durften nicht weitergegeben werden. Für die Dauer eines Jahres war überhaupt jeder Postempfang unterbunden. Millionen Familien wußten also nicht, wo sich ihre Angehörigen befanden.
"Mindestens zehnmal so viele Deutsche starben in den französischen und amerikanischen Lagern, wie in allen Kämpfen an der Westfront vom Juni 1941 bis hin zum April 1945 gefallen sind", notierte Bacque. "Darüber stand kein Wort in der Presse", heißt es bei Bacque.
Die Zahl von einer Million Toter stammt nicht aus einer offiziellen amerikanischen Quelle. Bacque rechnet sie aus einer Vielzahl von verstreuten Quellen zusammen. Diese seitenlangen Zahlenbeispiele machen das Buch nicht besonders lesbar, obwohl der Autor seinen 205 Seiten Text noch einen 40 Seiten umfassenden Anhang mit Fußnoten hinzufügt.
Eine fachkritische Auseinandersetzung um Bacques Daten hat es noch nicht gegeben. Dafür ist das Buch zu kurz auf dem Markt und sein Anspruch zu hoch wie auch seine umfassende Quellensammlung zu umfangreich.
Daß sich bislang niemand um dieses dunkle Kapitel kümmerte, hängt auch damit zusammen, daß nach dem Eintritt der Bundesrepublik in die NATO niemand diesseits und jenseits des Atlantiks Interesse daran hatte, diese Kapitel aufzuschlagen.
Bacque stellt denn auch seinem Buch ein Wort Bernard Shaws aus dem "Teufelsschüler" voraus: "Die ärgste Sünde an unseren Mitmenschen ist nicht, sie zu hassen, sondern gegen sie gleichgültig zu sein; das ist die Quintessenz der Unmenschlichkeit."<<
Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete später (am 16.01.1999) über die deutschen Kriegsgefangenen in Dänemark (x887/...): >>**Sie starben für das alte Europa**
Dänemark revidiert vorsichtig seine Nationalgeschichte

Daß die Darstellung der Zeit des Zweiten Weltkrieges in den Massenmedien von Legenden verzerrt wird, ist inzwischen Allgemeingut.
Nun gibt es jetzt erste Anzeichen dafür, daß sie - vor allem im Ausland - in sich zusammenbrechen und einer nüchternen Betrachtung Platz machen. Interessante Beispiele lieferte dafür in der jüngsten Zeit unser Nachbarland Dänemark.
Bereits vor Jahren konnte das Ostpreußenblatt von Enthüllungen eines dänischen Historikers berichten (Folge 31/1995), dänische Soldaten hätten nach Kriegsschluß deutsche Kriegsgefangene völkerrechtswidrig zum Minenräumen eingesetzt.
Derselbe Autor, Helge Hagemann, hat nunmehr seine Forschungsergebnisse als Buch vorgelegt, das unter dem Titel "Under Tvang" (Unter Zwang) erschienen ist und erneut für Aufsehen sorgt. Hagemann, dessen Vater als Major der sogenannten "Dänischen Brigade" für die Minenräumkommandos zuständig war, deckt auf, daß die deutschen Kriegsgefangenen gezwungen wurden, mit einfachsten Mitteln, häufig nur mit ihren Händen, die zum Schutz vor alliierten Invasionen an der dänischen Westküste verlegten Minen zu suchen und auszugraben. Dabei wurden viele getötet.
Weitere Opfer forderte die menschenverachtende Methode der Dänen, nach der Räumung einer Fläche die Gefangenen zu zwingen, untergehakt in Reihen über das Feld zu laufen, wobei immer wieder eine noch nicht entdeckte Mine explodierte. Am frühen Morgen des 22. Juli 1945 wurden beispielsweise sieben Soldaten in die Luft gejagt, als mehrere miteinander verbundene Minen gleichzeitig detonierten. Insgesamt, so schätzt Hagemann, dürften mindestens 250 deutsche Kriegsgefangene auf diese Art umgebracht worden sein.
Seinen Vater, der dafür verantwortlich war, nennt Hagemann einen Kriegsverbrecher. Wie schon 1995, als die ersten Ergebnisse von Hagemanns Forschungen in die Presse drangen, so erlebt er auch jetzt nach Erscheinen seines Buches, daß er von ehemaligen Widerstandskämpfern in anonymen Telefonanrufen beschimpft und in Drohbriefen als "Deutschenfreund" verleumdet wird.
Etwa zur gleichen Zeit mit Hagemanns Aufklärung wurde bekannt, daß die dänische Regierung zu Beginn des Krieges Juden nach Deutschland abgeschoben hat, obwohl von dort keinerlei derartige Forderungen vorgebracht worden waren. Die Presse berichtet, der isländische Forscher Vilhjalmsson hat bei der Arbeit in Archiven dementsprechende Unterlagen gefunden, wobei er allerdings in Dänemark auf erheblichen Widerstand stieß.
In 23 Fällen habe man ihm die Einsicht in Akten verweigert, wohingegen er zu deutschen Archiven ungehinderten Zugang erhalten habe. Mindestens seien 132 Personen, die als politische Flüchtlinge in Dänemark lebten, von dänischen Behörden aus freien Stücken deutschen Stellen übergeben worden.
Und ein drittes Thema, über das bisher sorgfältig ein Schleier der Desinformation gebreitet wurde, kommt in Dänemark an die Oberfläche, die Beteiligung von Dänen am Kampf gegen den Bolschewismus, einem Kampf, der vom dänischen König ausdrücklich legitimiert worden war.
Drei junge dänische Historiker legen unter dem Titel "Under Hagekors og Danebrog" ("Unter Hakenkreuz und Danebrog" (dänische Nationalflagge), Aschehoug Verlag, ... ein Buch vor, in dem sie darlegen, daß sich 12.000 junge Dänen darum bewarben, in der Waffen-SS an der Ostfront kämpfen zu dürfen. 6.000 von ihnen wurden schließlich im Osten eingesetzt, wo sie in der SS-Panzerdivision "Wiking" und in der SS-Freiwilligen-Panzergrenadierdivision "Nordland" kämpften.
Viele von ihnen erhielten hohe Auszeichnungen. Mehr als die Hälfte fiel allerdings im Kampf. Zusammen mit Freiwilligen der Waffen-SS aus anderen Ländern Europas kämpften dänische Soldaten bis zuletzt im untergehenden Berlin gegen Stalin. H. W. Neu schreibt in seinem Buch "Europas verratene Söhne": "Sie wußten, daß in Berlin mehr starben als ein in die Enge

getriebenes Regime, daß mit dem Vordringen russisch-amerikanischer Verbände in das Herz Deutschlands vielmehr eine Epoche europäischer Geschichte beendet wurde."
Angesichts solcher Fakten ist es für manche Dänen nunmehr peinlich zu erfahren, daß gerade 1.000 Landsleute als "Widerstandskämpfer" gegen die deutsche Besatzung aktiv gewesen sein sollen - und das auch noch zu einem nicht geringen Teil erst nach der Kapitulation.<<
Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete später (am 8.11.2003) über die deutschen militärischen Verluste des Zweiten Weltkrieges (x887/...): >>**Zweiter Weltkrieg: "... ein Geheimnis bleibt der Tod"**
Die deutschen militärischen Verluste betrugen 5.318.000 Gefallene
Es wird viele Leser überraschen, daß bis vor kurzem eigentlich nicht bekannt war, wie viele deutsche Soldaten während des Zweiten Weltkrieges den Tod gefunden haben. In der Literatur wurden ganz unterschiedliche Angaben gemacht; am häufigsten fand man eine Zahl von drei bis fünf Millionen toter Soldaten, die im Kampf gefallen, in Gefangenschaft umgekommen oder verschollen sind.
Jetzt liegt eine wissenschaftliche Erhebung des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes vor, die den Anspruch erhebt, realistische Zahlen über die deutschen militärischen Verluste im Zweiten Weltkrieg zu liefern. Dr. Rüdiger Overmans, Mitarbeiter des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes (MGFA), hat im Auftrag des Amtes mehrere Jahre lang unter Verwendung der Methoden der empirischen Sozialforschung aus den etwa 17 Millionen Karteikarten, die in der "Deutschen Dienststelle" über deutsche Soldaten geführt werden, eine Stichprobe gezogen.
Sie besagt, daß die deutschen militärischen Verluste höher waren als bisher angenommen. Overmans, der in einem umfangreichen Buch unter dem Titel "Deutsche militärische Verluste im Zweiten Weltkrieg" (R. Oldenbourg Verlag, München) seine Arbeit und deren Ergebnisse vorstellt, kommt zu dem Schluß, daß im Zweiten Weltkrieg 5.318.000 Soldaten der Deutschen Wehrmacht und der Waffen-SS gefallen sind. Eingeschlossen sind die in den Reihen der deutschen Truppen kämpfenden Volksdeutschen aus Ost- und Südosteuropa, Elsaß-Lothringen und Luxemburg sowie aus Südtirol.
Nicht ermittelt werden konnten die Verluste der Soldaten der Wehrmacht und der Waffen-SS, die als Ausländer freiwillig gegen den Bolschewismus kämpften, weil die "Wehrmachtsauskunftsstelle", die einen großen Teil der Unterlagen beisteuerte, für die Anzeige dieser Sterbefälle nicht zuständig war.
Hans Werner Neulen, der Standardwerke über die ausländischen Freiwilligen verfaßt hat, schätzt die Verluste der ausländischen Waffen-SS-Einheiten auf 50.000. Bei ihm fehlen aber ebenfalls die Verluste der etwa eine Million Sowjetbürger, die auf deutscher Seite kämpften. Die Unterlagen über die Ostfreiwilligen verbrannten im Juli 1948 unter ungeklärten Umständen.
Die sowjetischen Sieger erzwangen außerdem die Herausgabe der Erkennungsmarkenverzeichnisse der fremdländischen Einheiten innerhalb der Deutschen Wehrmacht. Auch die Unterlagen über die in deutsche Kriegsgefangenschaft geratenen Soldaten der slawischen Staaten wurden von der Sowjetunion geraubt und in die UdSSR gebracht. Angeblich sollen sie in Podolsk in 377 Kisten mit Unterlagen lagern.
Enthalten in der von Overmans ermittelten Verlustzahl sind die Gefallenen des Reichsarbeitsdienstes, der Polizei, der Organisation Todt, der Reichsbahn, des Zolls und der Reichspost sowie des Deutschen Volkssturms, soweit deren Ermittlung möglich war. In den letzten Kriegsmonaten, als der Volkssturm eingesetzt wurde, waren die Meldewege zumeist schon zusammengebrochen.
Die Haager Landkriegsordnung von 1907 legte fest, daß mit Kriegsbeginn die beteiligten Staaten Auskunftsbüros einzurichten hätten, um das Schicksal der eigenen wie auch der feind-

lichen Soldaten nachzuweisen. Dementsprechend waren auch im Deutschen Reich solche Institutionen vorgesehen, wie sie bereits im Ersten Weltkrieg bestanden hatten. Allerdings war man auf den Kriegsausbruch 1939 in Deutschland nicht vorbereitet. So mußte denn auch das Meldewesen für Kriegsverluste während des Krieges mehrfach geändert werden, weil sich erhebliche Unsicherheiten und Diskrepanzen ergaben. Fehler, die sich gegen Ende des Krieges verderblich auswirken sollten.

Die Meldungen von Verlusten aus den Einheiten, von Gräberoffizieren und aus Lazaretten liefen parallel in die zentralen Meldestellen. Häufig klappten die Übermittlungen nicht. Entweder wurden Verluste verspätet oder gar nicht gemeldet. Das Wehrmachtverlustwesen war zuständig für alle Verluste innerhalb wie außerhalb der Wehrmacht und konnte Sterbeurkunden ausstellen, die für Fragen der Erbschaft usw. wichtig sind. Wehrmacht, Waffen-SS, Polizei, RAD, Organisation Todt, Reichspost wie Reichsbahn, Zoll usw. hatten zunächst jeweils gesonderte Meldestellen, was die Gesamterhebung erschwerte.

Besondere Probleme ergaben sich, wenn ganze Armeen oder Heeresgruppen untergingen, wie z.B. in Stalingrad, beim Afrikakorps, beim Untergang der Heeresgruppe Mitte und in der Südukraine. Dann gab es niemanden mehr, der zuverlässig Verluste melden konnte. Hier waren überaus mühselige und schwierige Erfassungsarbeiten notwendig. Man rekonstruierte, nachdem nach dem Krieg zunächst die Arbeiten ausgesetzt werden mußten, die Verluste mit Hilfe von privaten Aktivitäten wie Suchdiensten, Heimkehrerbefragungen und durch die als vorbildlich dargestellte Sucharbeit der Traditionsverbände. So hatte bis 1985 der Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes 1,8 Millionen Schicksale Vermißter geklärt.

Bevor es aber soweit war, mußten unendliche Schwierigkeiten überwunden werden, um die Unterlagen der für die Erfassung der Verluste zuständigen Institutionen vor Chaos und vor dem Zugriff der Sieger zu sichern.

Wie gefährdet sie waren, mag daraus hervorgehen, daß amerikanische Truppen die umfangreichen Nachlässe Gefallener, die nicht sofort den Angehörigen hatten zugestellt werden können und die daher zeitweise bei den von Berlin nach Thüringen ausgelagerten deutschen Dienststellen aufbewahrt wurden, nach der Besetzung Thüringens plünderten. Und was die amerikanischen Soldaten nicht stahlen, daß raubten die Sowjets, die nach den US-Streitkräften in das grüne Herz Deutschlands einrückten.

Allerdings konnten die verbleibenden deutschen Betreuer der Wehrmachtsauskunftsstelle im Juli 1945 auf 275 LKW insgesamt 531 Tonnen Akten - das waren 40 Prozent des gesamten Bestandes - in die Gegend von Kassel retten. Ein Jahr später wurden sie wieder nach Berlin transportiert, um Teil des amerikanischen Document Centers zu werden.

Im selben Jahr 1946 aber ordnete die amerikanische Besatzungsmacht völkerrechtswidrig die Verbrennung aller Unterlagen an. Ein für die Unterlagen verantwortlicher US-Offizier aber wandte sich hilfesuchend an die ebenfalls in Berlin residierenden französischen Besatzungstruppen.

Die Franzosen waren vor allem an den Unterlagen über Elsaß-Lothringer in der Wehrmacht interessiert. Daher waren sie bereit, die gesamten Unterlagen der Wehrmachtsauskunftstelle zu übernehmen, wodurch sie vor amerikanischer Vernichtung gerettet wurden.

Zwar begannen sich die Verhältnisse allmählich zu normalisieren, doch konnte nicht verhindert werden, daß im Juli 1948 bei einem ominösen Brand in der Deutschen Dienststelle ein Teil der Akten vernichtet wurde, darunter bezeichnenderweise nicht nur die Unterlagen über die Ost-Freiwilligen, sondern auch die Friedhofslisten der von den US-Truppen unter unmenschlichen Bedingungen auf den Rheinwiesen eingerichteten riesigen Gefangenenlager, in denen Zigtausende deutscher Kriegsgefangener elendiglich umgekommen waren.

Den britischen Besatzungstruppen fielen die Unterlagen der Marine-Personal-Dokumentations-Zentrale in die Hände, die sie ebenfalls vernichten wollten. Auch hier rettete

derselbe französische Offizier die Unterlagen, der schon 1946 die amerikanische Vernichtungsabsicht vereitelt hatte.
1951 wurden die verschiedenen Dienststellen, die über Unterlagen zu den Soldaten verfügten, zur "Deutschen Dienststelle" vereinigt. Die Unterlagen sind nicht nur aus historischen Gründen von Bedeutung, sondern auch für die Klärung von Erbschaftsangelegenheiten, Rentenfragen, Entschädigungsanträgen.
Ein besonders trauriges Kapitel für die Erfassung deutscher Gefallener stellt die entsprechende Arbeit auf dem Gebiet der ehemaligen DDR dar. Seit 1960 wurden in der DDR keine deutschen Gefallenen mehr geborgen und bestattet. Kriegsgräber, seien es Einzelgräber oder Kriegsgräberfriedhöfe, wurden von den zuständigen kommunistischen Stellen auf Berliner Weisung hin an vielen Orten eingeebnet.
Immerhin ließ die DDR in den 70er Jahren die noch vorhandenen Kriegsgräber registrieren. Zur Zeit sind noch etwa 200.000 Gefallene im Oderbruch nicht geborgen. Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge ist seit der Wende intensiv mit den Bergungsarbeiten beschäftigt. Man hofft, daß etwa die Hälfte der überall im Gelände verscharrten deutschen Gefallenen noch identifiziert werden kann.
Nach der Wende entdeckte man in der DDR Gräberkarteien der bis 1945 erstatteten Kriegssterbefälle und die Unterlagen der Wehrmachtsgräberoffiziere, die von der Sowjetunion erbeutet und verschlossen worden waren. Auch im Militärarchiv der DDR wurden umfangreiche Unterlagen über deutsche Soldaten gefunden, die immer noch ausgewertet werden.
Das Militärgeschichtliche Forschungsamt hat mit einer Forschungsgruppe unter Dr. Overmans' Leitung aus der Zentralnachweisstelle Aachen-Kornelimünster, wo - allerdings unvollständig - große Mengen von Personalakten von Heer und Luftwaffe lagerten, aus den Unterlagen des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge (hier befindet sich die Kartei der Kriegsgräber, wenn auch nicht ganz vollständig), aus den Unterlagen des Kirchlichen Suchdienstes in München, der für Vertriebene zuständig ist, und aus den Akten des Suchdienstes des Deutschen Roten Kreuzes die vorhandenen Karteien und Akten der Deutschen Dienststelle ergänzt. Danach wurde unter Verwendung von Methoden der empirischen Sozialforschung eine Stichprobe gezogen, die, wie Overmans schreibt, weitgehend zuverlässig ist.
Danach fielen 5.318.000 Soldaten der Wehrmacht und der Waffen-SS (ohne Ausländer). Damit ist im Deutschen Reich jede 8. männliche Person gefallen. Besonders groß waren die Verluste der Jahrgänge 1920 (hier fielen 41,1 Prozent), 1924 (38 Prozent), 1914 (36,7 Prozent). Zu den Gefallenen zählen auch die in der Kriegsgefangenschaft zu Tode gekommenen Soldaten. 28 Prozent aller Wehrmachtssoldaten fielen, von der Waffen-SS aber waren es 34 Prozent, was sicherlich darauf zurückzuführen ist, daß deren Truppenteile häufig als "Feuerwehr" an Brennpunkten eingesetzt wurden und daß die Soldaten der Waffen-SS besonders intensiv kämpften.
Allein an der Ostfront starben 2,7 Millionen Soldaten; rechnet man die Verluste im Endkampf in Ostdeutschland hinzu, sowie die deutschen Kriegsgefangenen, die in der UdSSR ums Leben kamen, betrugen die Opfer im Osten sogar vier Millionen. Overmans bestätigt übrigens, daß von den deutschen Soldaten, die vom Beginn bis zum Frühjahr 1945 in sowjetische Kriegsgefangenschaft gerieten, 95 Prozent umgekommen sind, und das heißt in den meisten Fällen, daß sie ermordet wurden.
Während im Ersten Weltkrieg 1,8 Millionen deutsche Soldaten fielen (14 Prozent aller Soldaten), mußten im Zweiten Weltkrieg 5,3 Millionen deutsche Soldaten ihr Leben lassen, das waren 28 Prozent aller Soldaten. Bemerkenswert ist die Erkenntnis von Overmans, daß vor allem am Ende des Krieges das Meldesystem über deutsche Verluste immer fehlerhafter wurde.
Das hatte zur Folge, daß Ende 1944 die offiziellen Verluststatistiken nur 2,1 Millionen tote und in Gefangenschaft geratene deutsche Soldaten auswiesen, während in Wahrheit die Verlu-

ste um eine Million höher lagen. Tatsächlich fehlten der Wehrmacht 100 Divisionen, ohne daß die Führung davon wußte. Der Autor fragt, "ob das Fehlen von Hunderttausenden von Soldaten im Sommer 1944 nicht ein wichtiger Grund für den Zusammenbruch der Ostfront war."
Immer noch wird das Schicksal von Verschollenen geklärt, wenn auch fast immer das Ergebnis lautet, daß der gesuchte Soldat tot ist. Durch die jetzt zugänglich gewordenen sowjetischen Unterlagen können weitere offene Fragen über in der UdSSR Vermißte beantwortet werden.<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete später (am 19.04.2008) über die Grundsätze des internationalen Kriegsvölkerrechts (x887/...): >>**Humanität im Krieg ist möglich**
Bis zur Kapitulation behandelten die Westalliierten gefangene Wehrmachtsangehörige korrekt ...
In heutigen Darstellungen des Zweiten Weltkrieges vermißt man weitgehend die Hinweise, daß der Krieg - vor allem dort, wo sich Gegner mit annähernd gleichen Wertvorstellungen gegenüberstanden - überwiegend ritterlich und nach den Grundsätzen des internationalen Kriegsvölkerrechts geführt wurde. So ist es den allermeisten unbekannt, daß zwischen dem Deutschen Reich auf der einen sowie Großbritannien und den USA auf der anderen Seite in bemerkenswertem Umfang schwerverwundete Kriegsgefangene ausgetauscht wurden.
Die juristische Grundlage war die sowohl vom Vereinigten Königreich als auch von der Weimarer Republik, nicht jedoch von der Sowjetunion unterzeichnete Genfer Konvention aus dem Jahre 1929 über die Behandlung von Kriegsgefangenen. Die vereinbarten Regeln beruhten auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit.
Darüber hinaus hatten das Deutsche Reich und Großbritannien nach Kriegsausbruch 1939 zusätzliche Vereinbarungen getroffen, die unter anderem festlegten, gemäß welchem Wechselkurs die Soldaten in ausländischer Gefangenschaft zu besolden seien und welchen Umfang der Postverkehr zwischen den Gefangenen und ihren Angehörigen in der Heimat haben sollte.
Die Einhaltung der Regeln oblag den Schutzmächten. Unter Schutzmächten versteht man Staaten, die nach dem Ausbruch eines Krieges von den kriegführenden Parteien mit deren Interessenvertretung betraut werden, da die Kriegführenden keine diplomatischen Vertretungen mehr unterhielten.
In Großbritannien war die Schutzmacht des Deutschen Reiches die neutrale Schweiz, die auch in Deutschland als Schutzmacht Großbritanniens fungierte. Sie entsandte beispielsweise Delegierte in Kriegsgefangenenlager und stellte Mediziner zur Verfügung, die über eine vorzeitige Entlassung und über den Heimtransport von schwerkranken oder schwerverwundeten Kriegsgefangenen zu entscheiden hatten. Diese humanitären Regelungen funktionierten zwischen Großbritannien und den USA sowie dem Deutschen Reich bis zum 8. Mai 1945 im großen und ganzen gut.
Stellten die Delegierten bei ihren Kontrollen der Kriegsgefangenenlager Mängel fest, drangen sie auf deren Beseitigung oder meldeten sie weiter an das Land, aus dem die Gefangenen stammten. Das konnte dann gegebenenfalls Sanktionen oder sogar Repressalien verhängen. So lag es im Interesse beider kriegführenden Seiten, das Völkerrecht einzuhalten.
Die vom Internationalen Komitee des Roten Kreuzes sowie von den Schutzmächten zusammengestellte Ärztekommission prüfte sowohl in Großbritannien beziehungsweise den USA als auch im Deutschen Reich, welche Gefangenen die Voraussetzungen für einen Austausch erfüllten. In der Genfer Konvention war vorgesehen, daß Schwerverwundete und Schwerkranke zusammen mit in den Gefangenenlagern nicht mehr benötigtem Ärzten und Sanitätern im Verhältnis eins zu eins ausgetauscht werden. Da in den ersten Kriegsjahren die Westmächte nur über wenige deutsche Gefangene verfügten, kam erst 1943 die erste Austauschaktion zustande. Zunächst ging es um die Auswahl der auszutauschenden Soldaten.

Es gab eine Mustervereinbarung zwischen dem Deutschen Reich und Großbritannien, in der 19 Verwundungsarten aufgeführt waren, die einen Kriegsgefangenen zur vorzeitigen Heimkehr berechtigen sollten. Ob solche Voraussetzungen zutrafen, darüber entschied die internationale Ärztekommission. Im September wurden Listen der Auszutauschenden zusammengestellt und Schiffe für den Heimtransport bestimmt. Im schwedischen Göteborg und im spanischen Barcelona sollte der Austausch stattfinden. Man legte gemeinsam die Schiffsrouten fest. Durch Funk sollte ständig Verbindung mit den Austauschschiffen gehalten werden, um sie sicher an ihre Ziele zu bringen.
Am 18. Oktober 1943 wurde endlich gemeldet, zwei deutsche Lazarettschiffe hätten in Barcelona 3.876, in Göteborg 831 deutsche Schwerverwundete, Sanitäter und vormals internierte Seeleute der Handelsmarine übernommen, um sie in die Heimat zu bringen. Gleichzeitig seien in Göteborg 4.344 britische Schwerverwundete, Sanitäter und Seeleute der Handelsmarine ihrem Heimatland übergeben worden. Die Lazarettschiffe waren deutlich gekennzeichnet und wurden nachts beleuchtet.
In Göteborg wurden die deutschen Schwerverwundeten von einer Delegation des schwedischen Roten Kreuzes, an der Spitze die schwedische Kronprinzessin, begrüßt. Der deutsche Gesandte in Stockholm übermittelte die ersten Grüße der Heimat. Ergriffen sangen die heimgekehrten Verwundeten die deutsche Nationalhymne. Sodann brachten die Lazarettschiffe "Meteor" und "Rügen" die Verwundeten, überwiegend Angehörige der Luftwaffe und der Kriegsmarine, nach Stettin, wo sie am 23. Oktober 1943 eintrafen.
Der Empfang, den die Heimat ihren schwerverwundeten Soldaten bereitete, war nach Aussagen mehrerer Beteiligter überwältigend. Tausende Stettiner säumten die Hafenmole, als die Schiffe einliefen. Eine Ehrenkompanie der Wehrmacht salutierte vor den die Schiffe verlassenden verwundeten Kameraden, die teilweise in Rollstühlen und auf Tragen an Land gebracht wurden.
Hochrangige Vertreter des Staates begrüßten die Soldaten ebenso wie Hunderte von BDM-Mädchen, welche die Verwundeten mit Blumen überschütteten. Jeder Ausgetauschte bekam einen "Freßkorb". Die Schwerverwundeten wurden sogleich in Spezialkrankenhäuser und Lazarette eingewiesen, um weiterbehandelt zu werden. Die übrigen erhielten vier Wochen Heimaturlaub.
Kurz darauf wurden weitere 1.061 deutsche und 1.083 britische Verwundete über Barcelona ausgetauscht. Im selben Jahr konnten noch einmal 90 deutsche Zivilinternierte und 700 deutsche verwundete Kriegsgefangene gegen 900 Briten und Amerikaner ausgetauscht werden. Der vermutlich letzte Transport kam aus den USA. Am 29. Dezember 1944 verließ ein US-amerikanisches Rot-Kreuz-Schiff mit vielen hundert schwerverwundeten deutschen Soldaten New York. Durch die Straße von Gibraltar erreichte das Schiff, weiß gestrichen und mit großen roten Kreuzen versehen, nachts angestrahlt, das Mittelmeer.
Es landete in Marseille, wo die Verwundeten in die Eisenbahn umgeladen wurden, die sie zur Schweizer Grenze brachte. Dort wurden sie in Wagen der Schweizer Gebirgsbahn mehr recht als schlecht untergebracht, begleitet von überwiegend hämischen Bemerkungen der bewachenden Schweizer Soldaten. In der Schweiz lebende Deutsche, Angehörige der Auslandsorganisation der NSDAP, versorgten sie unterwegs mit Liebesgaben. In den ersten Januartagen erreichte der Zug Konstanz, wo er den Zügen mit den auszutauschenden britischen, kanadischen und US-amerikanischen Soldaten begegnete.
Man grüßte sich kameradschaftlich und tauschte Zigaretten aus - den Deutschen schmeckten die damals in Deutschland üblichen Zigaretten aus Orienttabaken besser als die aus den USA mitgebrachten aus Virginiatabak - und natürlich umgekehrt ebenso. In Konstanz fand genau wie in Stettin die herzliche Begrüßung durch die Heimat statt. Eine Ehrenkompanie war angetreten. Ein Musikkorps spielte, Jungmädchen des Bundes Deutscher Mädchen verteilten Lie-

besgaben. Die Bevölkerung jubelte ihren Verwundeten zu. Der Zug brachte dann die Verwundeten nach Traunstein, wo sie ausgeladen wurden. Sie wurden neu eingekleidet und nach bayerischer Manier nicht ohne Bier verpflegt, um dann in die heimatlichen Lazarette entlassen zu werden.
Es darf nicht unerwähnt bleiben, daß die völkerrechtlich korrekte Behandlung der deutschen Kriegsgefangenen schlagartig mit der Kapitulation der deutschen Wehrmacht ein Ende hatte. Da die USA und Großbritannien nicht mehr mit der Gegenseitigkeit rechnen mußten, schoben sie alle rechtlichen Regelungen, die zum Schutze der Kriegsgefangenen vereinbart waren, beiseite. Den Gefangenen wurde der Kriegsgefangenenstatus abgesprochen; sie galten nun als "entwaffnete feindliche Soldaten", die keinen Anspruch auf den völkerrechtlich zugesagten Schutz genossen.
Demzufolge gab man beispielsweise den auf den Rheinwiesen zu Zigtausenden zusammengezogenen Gefangenen keine angemessenen Unterkünfte, nur mangelhaftes Essen und häufig nichts zu trinken, so daß sie zu Tausenden starben. Man setzte deutsche Gefangene völkerrechtswidrig zum Minenräumen ein, wobei viele den Tod fanden. Das Deutsche Reich war nicht mehr in der Lage, seine gefangenen Soldaten zu schützen.
Der kleine Ausschnitt aus der Geschichte des Zweiten Weltkrieges zeigt, daß auch der moderne Krieg Möglichkeiten bietet zu humanitären Maßnahmen - aber nur unter der Voraussetzung, daß beide Seiten bereit sind, sich ehrenhaft zu verhalten. Sind diese Voraussetzungen nicht vorhanden, dann entartet der Krieg, wie es nicht nur die Sowjetunion während des Zweiten Weltkrieges unter Beweis stellte, sondern wie es auch zahlreiche Kriege, die seitdem geführt worden sind, bewiesen haben und noch beweisen. ...<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete später (am 26.12.2009) über das Schicksal der Deutschen in französischer Kriegsgefangenschaft (x887/...): >>**Tod und Elend noch nach Kriegsende**
Das Schicksal der 1,065 Millionen deutschen "Kriegs"-Gefangenen in französischem Gewahrsam
Im und nach dem Zweiten Weltkrieg befanden sich über eine Million Deutsche in französischer Kriegsgefangenschaft. Zwischen ihrem traurigen Schicksal und der in der Regel völkerrechtskonformen Behandlung französischer Kriegsgefangener durch die Wehrmacht liegen Welten.
Nachdem Frankreich am 3. September 1939 dem Deutschen Reich den Krieg erklärt hatte, vergingen noch acht Monate, bis die deutsche Wehrmacht am 10. Mai 1940 ihre Offensive gegen Frankreich begann.
Fünf Wochen später, am 14. Juni, rückte die 87. deutsche Infanteriedivision in Paris ein, das zur "offenen Stadt" erklärt worden war. Eine Woche später schlossen Deutschland und Frankreich einen Waffenstillstandsvertrag, um den Frankreich gebeten hatte. Drei Millionen französische Soldaten gerieten in deutsche Kriegsgefangenschaft.
Seitdem zahlreiche Staaten, darunter die Französische Republik und das Deutsche Reich, Ende des 19. Jahrhunderts in Genf mehrere Abkommen unterzeichnet hatten, in denen sie sich auf eine humane Behandlung der Kriegsgefangenen geeinigt hatten - die Regelungen wurden 1928 in Haag weiter ausgebaut - standen die Kriegsgefangenen der Unterzeichnerstaaten unter besonderem Schutz. Danach war es verboten, Gefangene zu töten, zu verstümmeln, Grausamkeiten an ihnen zu begehen, sie zu foltern, ihre persönliche Würde zu beeinträchtigen und so weiter.
Es ist heute unbestritten, daß Deutschland sich 1940 an diese Regelung hielt. Unmittelbar nach Abschluß der Waffenstillstandsverhandlungen wurden etwa eine Million französische Gefangene freigelassen. Die übrigen waren in Lagern untergebracht, die sich überwiegend auf dem Territorium des Deutschen Reiches befanden. Offiziere waren vertragsgemäß von Arbeit

freigestellt, Unteroffiziere und Mannschaften waren im Arbeitseinsatz, größtenteils in der Landwirtschaft. Im Oktober 1941 wurden die Regelungen für französische und belgische Kriegsgefangene gelockert. Sie konnten nun Ausgang beantragen und in Gruppen Spaziergänge in die Umgebung unternehmen. Ihre Frauen, Töchter und Mütter bekamen Besuchserlaubnis. Den Gefangenen wurde der Besuch von Gottesdiensten angeboten.
Aufschlußreich ist der Vergleich mit dem Schicksal deutscher Kriegsgefangener in Frankreich nach der Kapitulation der Wehrmacht im Mai 1945. Millionen von deutschen Soldaten gerieten in Kriegsgefangenschaft auch der westlichen Alliierten, davon nur ein eher kleiner Teil - etwa 300.000 - in die Hand der Franzosen. Daher lieferte die USA zahlreiche deutsche Gefangene an Frankreich aus, das sie als billige Arbeitskräfte einsetzen wollte. Es waren 740.000, darunter 500 bis 600 Frauen, aber auch viele Jugendliche und Kinder. Britische Streitkräfte übergaben den Franzosen 250.00 Kriegsgefangene. Sie alle waren auf französischem Boden in 115 Lagern untergebracht.
Das Völkerrecht verlangt zwingend, Kriegsgefangene bald nach dem Ende der Feindseligkeiten freizulassen, sofern im Einzelfall kein begründeter Verdacht auf Kriegsverbrechen oder andere Straftaten besteht. Denn die einzige Rechtfertigung der Kriegsgefangenschaft besteht darin, den entwaffneten feindlichen Soldaten an der Wiederaufnahme des Kampfes zu hindern. Insofern war die jahrelange Gefangenschaft Hunderttausender Deutscher auch in westalliiertem Gewahrsam nach Kriegsende schon per se rechtswidrig.
Hinzu kam, daß die Lebensverhältnisse vor allem in den ersten Monaten grauenhaft waren. In den meisten Lagern gab es zunächst weder Betten noch Tische und Stühle. Im Winter froren die Gefangenen erbärmlich, weil Öfen fehlten. Die Franzosen nutzten den deutschen Zusammenbruch, um Rache an Wehrlosen zu nehmen. Die Verpflegung bestand aus Hungerrationen. Krankheiten breiteten sich aus.
Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK), das nach mehreren Monaten endlich Zugang zu den Lagern bekam, protestierte bei der französischen Regierung gegen die unmenschlichen Zustände in den Lagern. Wenn nicht sofort entsprechende Maßnahmen ergriffen würden, so das IKRK, dann sei das Leben von Zigtausenden gefährdet. Fast alle seien, so daß IKRK, ungenügend bekleidet.
Im Januar 1946 mußten 70.000, die am Rande des Verhungerns waren, an die Amerikaner zurückgegeben werden, weitere 60.000 wurden nach Hause entlassen, weil sie zu keiner Arbeitsleistung mehr fähig waren. Im März 1946 waren 90 Prozent unterernährt. Es kam zu zahlreichen Arbeitsunfällen aus Schwäche. Nach Protesten des Roten Kreuzes erhielten die Gefangenen wenigstens Seife, um sich reinigen zu können.
Um nur einen Zeitzeugen zu Worte kommen zu lassen, hier der Bericht des Soldaten Richard Heß aus Ludwigshafen (veröffentlicht in "Die Gefangenen" von Paul Carell und Günter Böddeker) über die Lebensverhältnisse, denen die deutschen Kriegsgefangenen im Lager Nr. 404 "Septèmes-les-Vallons" bei Marseilles ausgesetzt waren:
"Wir lebten dort fünf Monate im Freien ohne Zelt, ohne Decken, ich hatte noch nicht einmal einen Mantel. Wir schliefen immer auf dem Boden, Mann an Mann. Das Essen ein Minimum, unter anderem Sauerkrautsuppe. Fünf Monate auf der Erde schlafen. Fünf Monate ohne die Wäsche wechseln zu können, die Strümpfe faulten in den Stiefeln. Nach fünf Monaten kam ich dann in das sogenannte Stammlager 306, dort wurde es langsam besser."
Ebenfalls unter dem Druck des IKRK erlaubte die französische Regierung endlich, daß die Gefangenen Pakete aus Deutschland empfangen durften. Die Schweiz schickte Kartoffeln in die Lager. Erst im Frühjahr 1947 bezeichnete das IKRK die Lage der deutschen Gefangenen bezüglich ihrer Ernährung als normal.
Nach amtlichen französischen Angaben starben in französischer Gefangenschaft etwa 24.000 deutsche Kriegsgefangene - eine Zahl, die von deutschen Sachverständigen als viel zu niedrig

bezeichnet wurde. Viel wahrscheinlicher sind Schätzungen, die auf 115.000 Tote kommen. Nicht wenige von ihnen starben durch völkerrechtswidrigen Einsatz beim Räumen von Minen und Bombenblindgängern - zunächst ohne jede Hilfsmittel. Die Verlustrate bei den 40.000 Deutschen, die zu diesen Einsätzen gezwungen wurden, betrug monatlich 2.000 Mann.
Von 1945 bis Ende 1948, als die letzten deutschen Kriegsgefangenen freigelassen wurden, hatten sie an 383 Millionen Arbeitstagen, 3,06 Milliarden Arbeitsstunden geleistet. Als unter dem Druck des IKRK die letzten Kriegsgefangenen entlassen wurden, blieben von den insgesamt rund 1.065.000 deutschen Kriegsgefangenen in französischem Gewahrsam 71.000 als Zivilarbeiter in Frankreich zurück. In Frankreich wurde kein einziger Verantwortlicher für das schreckliche Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen vor Gericht gestellt.<<

Zusammenfassung des Schicksals der deutschen Kriegsgefangenen (1945-1955)
Im Verlauf des Zweiten Weltkrieges und nach der Kapitulation gerieten rd. 11.094.000 deutsche Soldaten in die Kriegsgefangenschaft (x026/36). Hunderttausende von deutschen Kriegsgefangenen, die im Mai 1945 im Westen kapitulierten, wurden später durch die westlichen Alliierten an die UdSSR, Polen, Tschechoslowakei, Jugoslawien, Italien, Frankreich und andere Länder ausgeliefert. Dort wurden die deutschen Kriegsgefangenen als billige Zwangsarbeiter eingesetzt. Während der jahrelangen schweren Zwangsarbeit ging ein großer Teil der Kriegsgefangenen an Entkräftung, Krankheit und Hunger zugrunde.
Falls die deutschen Kriegsgefangenen die barbarischen Torturen der Kriegsgefangenschaft lebend überstanden, kamen sie mehrheitlich als gebrochene Männer in ihre alte bzw. neue Heimat zurück. Mindestens 1.577.000 deutsche Kriegsgefangene gingen während der jahrelangen Zwangsarbeit ("Wiederaufbauarbeit") zugrunde (x026/45).
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über die "Zwangsarbeit" (x051/-660): >>Zwangsarbeit, nach der Definition der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) von 1930 "jede Art von Arbeit oder Dienstleistung, die von einer Person unter Androhung irgendeiner Strafe verlangt wird und für die sie sich nicht freiwillig zur Verfügung gestellt hat".
Im Zweiten Weltkrieg konnte die deutsche Rüstungsindustrie ihre erstaunlichen Leistungen nur durch einen hohen Anteil von Zwangsarbeit erbringen, die v.a. von Fremdarbeitern und Kriegsgefangenen geleistet wurde. Zwangsarbeit der deutschen Kriegsgefangenen wurde im und nach dem Krieg in der Sowjetunion und in geringem Maßstab auch in Frankreich, Belgien u.a. als Reparationsleistung und Wiedergutmachung gefordert.
In der Menschenrechtsdeklaration der Vereinten Nationen von 1948 wurde Zwangsarbeit geächtet, das Grundgesetz untersagt sie in Artikel 12.<<
General Eisenhower widerrief am 15. Mai 1945 alle bisherigen Befehle, deutsche Kriegsgefangene freizulassen (x131/66).
Am 15. Mai 1945 stellten die alliierten Militärbehörden Italien rund 200.000 deutsche Kriegsgefangene zur Verfügung, um Wiederaufbauarbeiten durchzuführen.
An der Save-Brücke bei Podsused erschossen jugoslawische Soldaten der 1. Partisanenarmee am 22. Mai 1945 neunzig gefangene deutsche Soldaten (x130/212). In den ersten 14 Tagen nach der Kapitulation erschossen jugoslawische Soldaten allein 1.600 gefangene Soldaten der Waffen-SS-Division "Prinz Eugen" (x130/212).
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtete später über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen in Jugoslawien (x026/38): >>Am schlechtesten hat man die Kriegsgefangenen im Tito-Staat behandelt. Von 194.000 gefangenen Deutschen ... starb rund die Hälfte: Mindestens 80.000, höchstwahrscheinlich sogar 100.000. Die meisten Opfer forderten ... Massenerschießungen. ... Es starben auf diese Weise in Belgrad fast 30.000, in Marburg 20.000, in Windisch Feistritz (Slovenska Bistrica) 10.000. ...
Nach dem Krieg wurden mit den Kriegsgefangenen Propagandamärsche unter mörderischen

Bedingungen veranstaltet. Etwa 10.000 Menschen dürften im wahrsten Sinne des Wortes auf der Strecke geblieben sein – erschossen, erschlagen bzw. an Hunger, Durst oder Erschöpfung gestorben. ...
Viele, die sich ergeben hatten, wurden oft auf der Stelle verstümmelt, geblendet, gepfählt oder sonstwie grausam ermordet; diese Tatsachen wurden u.a. auch bei den amerikanischen Militärgerichten durchaus anerkannt. ...<<
Stalin teilte US-Sonderbotschafter Hopkins am 27. Mai 1945 mit, daß die Nordamerikaner allein in Westböhmen 135.000 deutsche Kriegsgefangene an die Sowjets ausgeliefert hätten (x004/20).
Die schwedische Regierung erklärte sich am 16. Juni 1945 bereit, alle deutschen und baltischen Kriegsgefangenen an die UdSSR auszuliefern.
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung für Kriegsgefangenengeschichte berichtete später (x130/194): >>Sehr bald wurde erschreckend klar, daß der Auslieferungsbeschluß der (schwedischen) Regierung in eklatantem Widerspruch zu den laut verkündeten Grundsätzen von Humanität und Neutralität stehe, ganz zu schweigen von der Tatsache, hierbei von völkerrechtlichen Normen abgewichen zu sein.
Die am 31. Juli 1945 angetretene rein sozialdemokratische Regierung (Schwedens), die behauptete, betreffend der Auslieferung nur einen Beschluß der von ihr abgelösten Koalitionsregierung zu erfüllen, war angelegentlich darum bemüht, mit der Sowjetunion einen Handelsvertrag abzuschließen. Das ganz öffentlich ventilierte Gerücht, die Regierung hätte deswegen an der Auslieferung festgehalten, um Rußland in jeder Weise günstig zu stimmen, dürfte vieles für sich haben.
Zwei Umstände sind da beachtenswert: daß erstens Schweden mehr Soldaten auslieferte, als Rußland für billig erachtete, und daß zweitens Rußland in keiner Weise übermäßig an der Übernahme der Soldaten interessiert war. ...<<
Konrad Adenauer kritisierte am 22. Juni 1945 die unmenschlichen Zustände in den nordamerikanischen Kriegsgefangenenlagern am Rhein (x131/217-218): >>Einige deutsche Kriegsgefangene werden in Lagern unter Bedingungen gehalten, die allen humanitären Prinzipien und eindeutig den Bestimmungen der Haager und Genfer Konvention widersprechen.
Den ganzen Rhein entlang, von Remagen-Sinzig bis nach Ludwigshafen, wurden die deutschen Kriegsgefangenen eingepfercht, hatten wochenlang keinerlei Schutz vor der Witterung, kein Trinkwasser, keine medizinische Versorgung und nur ein paar Scheiben Brot zu essen. Sie konnten sich nicht einmal auf den Erdboden legen. Vielen Hunderttausenden ging es so. ... Diese Menschen starben zu Tausenden. Sie standen Tag und Nacht bis zu den Knöcheln im nassen Schlamm!
Die Zustände sind in den letzten Wochen besser geworden. Natürlich ist die enorme Zahl der Gefangennahmen einer der Gründe für diese Zustände, aber es ist bemerkenswert, daß es meines Wissens doch viele Wochen dauerte, bis zumindest die schlimmsten Zustände etwas besser wurden. Der Eindruck, den die Veröffentlichung der Tatsachen über die Konzentrationslager auf die Deutschen gemacht hatte, wurde durch diese Tatsache gewaltig geschwächt.
Natürlich gab es keine tatsächlichen Grausamkeiten in den Kriegsgefangenenlagern, aber die Leute sagen "Jeder, der die Kriegsgefangenen so behandelt, ist nicht besser als die Nazis".
Ich weiß, daß die russischen Gefangenen im Winter 1941/42 sehr schlecht von den Deutschen behandelt wurden, und wir sollten uns dieser Tatsache schämen, aber ich denke, daß sie nicht in gleicher Weise verfahren sollten. Deutsche Gefangene aßen in den Lagern auch Gras und pflückten die Blätter von den Bäumen, weil sie Hunger hatten, genauso, wie es leider die Russen taten. ...
Bitte erlauben Sie mir, offen zu sagen, in dringender Angelegenheit, ... die Alliierten haben dieselben Methoden wie leider auch die Deutschen benutzt. Es ist wahr, daß sie beim Ge-

brauch dieser Methoden nicht genauso weit gegangen sind, aber die Methoden sind dieselben.<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung für Kriegsgefangenengeschichte berichtete später über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen (x130/150): >>... Massen wurden nicht nur mobilisiert, beherrschten nicht nur die Schlachtfelder, sondern litten auch hinter Stacheldraht. ...

Kriegsgefangenschaft war nie ein Paradies. Im und nach dem Zweiten Weltkrieg wurde sie zu einem Risiko, das oft nicht geringer war als die Teilnahme am Kampf.<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung für Kriegsgefangenengeschichte berichtete später über die US-Kriegsgefangenenlager am Rhein (x130/152,154,157): >>Menschliche Unzulänglichkeiten vermehrten die Schwierigkeiten. Das Fraternisierungsverbot, der Siegestaumel, die Aufdeckung der KZ-Verbrechen, die angebliche Kollektivschuld des deutschen Volkes, die befohlene Suche nach Kriegsverbrechern unter den Eingesperrten, die Absonderung bestimmter Gruppen wie der Waffen-SS, dies und manch anderes erweckte in vielen Bewachern das Gefühl, genug für die Geschlagenen zu tun, auch wenn es ersichtlich ungenügend war. ...<<

>>... Stets waren sie (Verwundete und Amputierte) auf Hilfe ihrer Kameraden angewiesen. Doch die Kameraden waren bald selbst am Ende ihrer Kräfte. Da blieb manches Wort ungehört, manche Bitte unerfüllt, und die Gehunfähigen krochen wie Lurche durch den Schlamm oder bewegten sich auf kleinen Brettern fort, die sie sich um die Hände geschnürt hatten. Andere, mit einem Bein, hüpften, fielen hin, rappelten sich wieder hoch und erreichten völlig erschöpft das Ziel. Ihr Anblick war erbarmungswürdig. ...

Endlich begann man, sie in einem Zelt zu sammeln, wo ihnen Ärzte und Sanitäter eine bescheidene, aber dennoch wirksame Hilfe zuteil werden ließen. ...<<

>>... Der Sieg machte die Sieger übermütig oder gleichgültig gegenüber den Besiegten. Der Phase des Übermuts, der Willkür und der Gleichgültigkeit folgte jedoch die Phase der Rückbesinnung darauf, daß man ausgezogen war, um eine verbrecherische Ideologie zu vernichten, nicht aber die Menschen, die von ihr befallen waren. ...<<

Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtete am 31. Juli 1945 über die deutschen Kriegsgefangenen in US-Lagern (x124/40): >>... In den US-Lagern warten noch 1.000.000 Gefangene auf ihre Entlassung: Sie werden wie die Tiere gehalten ... Zweimal am Tage bekommen sie Verpflegung, wobei man sich Mühe gibt, diese möglich geschmacklos zu halten. Das Essen müssen sie mit den Fingern aus weggeworfenen Konservendosen fischen, geschlafen wird auf Holzpritschen oder nacktem Boden. ...<<

Am 4. August 1945 erteilte General Eisenhower den Befehl, die ehemaligen Soldaten der deutschen Wehrmacht nicht mehr als Kriegsgefangene zu behandeln (x131/77): >>Mit sofortiger Wirkung sind alle im US-Gewahrsam in der nordamerikanischen Besatzungszone in Deutschland befindlichen Angehörigen der deutschen Streitkräfte als entwaffnete feindliche Streitkräfte zu betrachten und nicht als Personen mit Kriegsgefangenenstatus. ...<<

Dr. Ernest F. Fisher jun., ehemaliger Oberst der Armee der Vereinigten Staaten von Amerika, schrieb im Vorwort des Buches "Der geplante Tod" über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen (x131/15-17): >>... Die Massenkapitulation im Westen stand in auffallendem Kontrast zu den letzten Wochen an der Ostfront, wo die überlebenden Wehrmachtseinheiten noch die vorrückende Rote Armee bekämpften, um so vielen Kameraden wie möglich die Gefangenschaft durch die Russen zu ersparen. ...

Vom deutschen Standpunkt aus lieferte diese Strategie Millionen deutsche Soldaten in die, wie sie glaubten, gnädigeren Hände der Westalliierten aus, die unter dem militärischen Oberkommando von General Dwight Eisenhower standen. Jedoch General Eisenhowers grimmigem und besessenem Haß ausgeliefert, der sich nicht nur gegen das Nazi-Regime, sondern vor

allem gegen alles Deutsche überhaupt richtete, ließ sich dieser Glaube bestenfalls als ein verzweifeltes Glücksspiel bezeichnen.
Mehr als 5 Millionen deutsche Soldaten wurden in Stacheldrahtkäfigen zusammengepfercht, viele von ihnen buchstäblich Schulter an Schulter. Der Boden unter ihnen entwickelte sich bald zu einem Sumpf aus Dreck und Krankheit. Dem Wetter ausgesetzt, ohne jegliche auch nur primitive sanitäre Einrichtungen, dazu unterernährt, begannen die Gefangenen sehr bald an Hunger und Krankheiten zu sterben.
Von April 1945 an vernichteten die amerikanischen und französischen Armeen ungefähr eine Million Männer, vornehmlich in den amerikanischen Lagern. – Niemals seit den Greueln in dem von Konföderierten verwalteten Gefängnis in Andersonville während des amerikanischen Bürgerkrieges hatten solche Grausamkeiten unter amerikanischer Militärkontrolle stattgefunden: Mehr als vier Jahrzehnte lag diese beispiellose Tragödie in alliierten Archiven verborgen.
Wie kam schließlich dieses gewaltige Kriegsverbrechen ans Licht? Die ersten Hinweise wurden 1986 durch den Autor James Bacque und seine Mitarbeiterin aufgedeckt. ...
Im Frühling 1987 trafen Mr. Bacque und ich uns in Washington. Während der folgenden Monate arbeiteten wir zusammen in den Nationalarchiven und in der George C. Marshall Stiftung in Lexington, Virginia, indem wir die Beweisstücke, die wir fanden, zusammenfügten.
Die Pläne, die von höchsten britischen und amerikanischen Regierungsstellen 1944 gemacht wurden, brachten den Entschluß zum Ausdruck, Deutschland ein für alle Mal als Weltmacht zu zerstören, indem man es auf eine einfache Agrarwirtschaft reduzieren wollte, obwohl dieses den Hungertod von Millionen von Zivilisten bedeutet hätte. Bis heute sind sich die Historiker darüber einig, daß die alliierte Führung schon bald ihre destruktiven Pläne wegen des öffentlichen Widerstandes aufgehoben hatte.
Eisenhowers Haß, toleriert von einer ihm gefügigen Militärbürokratie, erzeugte diesen Horror der Todeslager, der mit nichts in der amerikanischen Militärgeschichte vergleichbar ist. Angesichts der katastrophalen Folgen dieses Hasses ist die lässige Gleichgültigkeit, die die SHAEF-Offiziere (des Hauptquartiers der alliierten Expeditionskräfte) an den Tag legten, die schmerzlichste Seite der amerikanischen Verstrickung.
Nichts lag der großen Mehrheit der Amerikaner 1945 ferner, als so viele unbewaffnete Deutsche nach dem Krieg zu töten. Eine Vorstellung der Größe dieses Schreckens kann man gewinnen, wenn man sich vor Augen führt, daß diese Todesraten bei weitem all jene übertreffen, die durch die deutsche Armee im Westen zwischen 1941 und April 1945 erlitten wurden. ...<<
Am 18. Dezember 1945 befanden sich in Frankreich noch 709.260 deutsche Kriegsgefangene, von denen die Hälfte in der zivilen Wirtschaft eingesetzt wurde (x111/114).
Im März 1946 berichtete ein Delegierter des Internationalen Roten Kreuzes über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen, die im Gebiet von Wimereux Minen räumen mußten (x130/-175): >>Von insgesamt 3.500 Kriegsgefangenen wurden 150 getötet und 259 schwer verletzt. ...<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtete später über das internationale Verbot der Minenräumung durch Kriegsgefangene (x026/89): >>Besonders die Frage der Minenräumung gab dem IKRK (Internationales Komitee vom Roten Kreuz) Anlaß, bei den französischen Behörden zu intervenieren. Die Beseitigung von Minen und anderem Explosivmaterial während der Dauer der Feindseligkeiten ist nach Artikel 31 verboten. Auch nach deren Beendigung bleibt die Minenräumung laut Artikel 32 verboten. Wie dem auch sei, nach der Kapitulation der deutsch-italienischen Truppen in Nordafrika im März 1943 beschloß man, die Gefangenen zur Minenräumung einzusetzen. ...
Dieses Problem tauchte Anfang 1945 verschärft wieder in Frankreich auf. Die Presse nahm sich seiner an und schrieb, daß die Aufgabe der Minenbeseitigung denen zukäme, die sie gelegt hätten. Das IKRK vermied es, getreu seiner rein humanitären Aufgabe, zu polemisieren

oder eine rein juristische These über die Anwendung der Verträge zu verfechten. Es wies die französische Verwaltung auf die Gefahren hin, die eine durch Nicht-Spezialisten ausgeführte Minenräumung mit sich brächte.
Der Kriegsminister selbst schätzte im September 1945 die Zahl der zu beseitigenden Minen auf etwa 10 Millionen. Unter den deutschen Kriegsgefangenen, die mit diesen Arbeiten beschäftigt waren, gab es jeden Monat 2.000 bei tödlichen Unfällen ums Leben gekommene Opfer. Dies entspricht dem Verhältnis: ein Todesfall auf 5.000 Minen.
Man konnte leicht daraus schließen, daß eine unter diesen Umständen durchgeführte Minenräumung das Leben von 20.000 Gefangenen kosten würde. Das IKRK bestand auf der Notwendigkeit von Vorsichtsmaßnahmen und zählte diese auf. Dann beauftragte er seine Delegierten vor allem auf die Durchführung zu achten. ...<<
Ein Zeitzeuge berichtete am 13. August 1946 aus dem Grenzdurchgangslager Friedland über die Ankunft des ersten offiziellen deutschen Kriegsgefangenentransportes aus der Sowjetunion (x111/203): >>Die Sowjets ließen die schweigend fügsamen Männer in breiten Kolonnen am Kontrollpunkt in Besenhausen zu fünft oder sechst antreten, hoben den Schlagbaum und übergaben sie den davor wartenden Briten.
Am britischen Schlagbaum kamen zunächst langsam und schwerfällig Sanitätswagen, angefüllt mit Schwerkranken und Marschunfähigen an. Dann näherte sich die Kolonne in langen Reihen, ohne Tritt, müde und matt, mit leerem Blick, großen kahlgeschorenen Köpfen, eingehüllt in Fetzen ehemaliger Uniformen, altem Drillichzeug.
Viele gingen an Krücken und Stöcken, stützten einander, trugen Kameraden. Kaum einer erwiderte Zurufe und Winke der Tausenden, die am Wegrand warteten. Eine Welle ungläubigen Entsetzens ging durch die Menge. Die britischen Soldaten sahen fassungslos auf diese greisenhaften Gestalten. ...
Das Schlimmste aber war die Ausdruckslosigkeit der Gesichter. Sie wirkten maskenhaft; das Spiel der Mienen und der Glanz der Augen waren erloschen. Alle sahen um Jahre älter aus, als das Geburtsdatum auswies. Kein einziger war arbeitsfähig.
Die letzten aufgelösten Gruppen bestanden aus denen, die immer weiter zurückgeblieben waren. Auf einer Behelfstragbahre, bestehend aus zwei Ästen, über die Fetzen gelegt waren, trugen sie einen Mann mit schütterem grauem Bart, der murmelnd immer wiederholte: "Nicht liegenlassen, Kameraden, nicht liegenlassen!" ...<<
Während der ärztlichen Untersuchung dieser 1.200 entlassenen Kriegsgefangenen wurde festgestellt (x111/203-204): >>... daß von diesen ersten in den Westen offiziell entlassenen deutschen Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion 90 % Dystrophiker sind, 60 bis 70 % starke Kreislaufschäden haben, 40 % tuberkulös erkrankt sind und fast alle Ekzeme, Furunkulose und Phlegmone haben. Auffällig ist auch die große Zahl der Malaria-Kranken.<<
Im Verlauf der Moskauer Außenministerkonferenz veröffentlichten die Siegermächte am 20. März 1947 erstmalig Zahlen über die noch inhaftierten deutschen Kriegsgefangenen (x111/-295): >>Die Sowjetunion meldet 890.532 Kriegsgefangene, Frankreich = 631.483 Kriegsgefangene, Großbritannien = 435.295 Kriegsgefangene und USA = 15.103 Kriegsgefangene.<<
Am 26. März 1947 gab die US-Militärregierung offiziell bekannt, daß die Sowjetunion die Fragen nach den rund 2 Millionen fehlenden deutschen Kriegsgefangenen noch nicht beantwortet hätte (x111/297).
Am 8. April 1947 forderte der Kölner Erzbischof Kardinal Frings (1887-1978) die Klärung des Schicksals der deutschen Kriegsgefangenen (x111/305): >>Deutschland hat die 1.200.000 Kriegsgefangenen nie gesehen, die die Sowjetunion nach Haus zurückgeschickt haben will, und wohin sie gekommen sind, weiß niemand.
Es ist für das deutsche Volk ein fürchterlicher Schlag, zu hören, daß die Sowjetunion die Zahl der deutschen Kriegsgefangenen in sowjetrussischer Hand mit 800.000 angibt. Während diese

in Deutschland auf zwischen 3 und 4 Millionen geschätzt werden.
Da kann man nur fragen: Was geschah mit den anderen? ...<<
Die Senatoren Knowland und Morse kritisierten im Jahre 1947 im US-Senat die Verhältnisse in den französischen Kriegsgefangenenlagern (x131/180): >>(Senator Knowland:) ... Wenn wir nicht sehr vorsichtig sind, könnte sich in späteren Jahren eine für uns höchst peinliche Situation ergeben, in der nachgewiesen wird, daß einige von amerikanischen Streitkräften eingebrachte Gefangene nicht sehr viel besser behandelt worden sind als einige andere Gefangene, die im Deutschland der Nazis in Konzentrationslager geworfen worden sind. ...
(Senator Morse verlas danach einen Artikel der US-Kolumnistin Dorothy Thompson:) ... Dieses Land hat mit unserer Zustimmung, mit unserer Komplizenschaft und in Verletzung der Genfer Konvention (Gefangene) als Sklavenarbeiter eingesetzt unter derselben Definition, die in Nürnberg gegen ... Sauckel angewandt worden ist (der dann hingerichtet wurde). ...
Wenige mögen sich jetzt daran erinnern, daß Präsident Roosevelt sich im September 1944 dem deutschen Volk gegenüber ausdrücklich verpflichtet hat, als er sagte: "Die Alliierten treiben keine Sklaverei mit Menschen". ...
Begreifen es denn nur einige wenige Menschen, daß wir nach unserem Sieg über Deutschland, wenn wir Hitlers Maßstäbe und Hitlers Methoden übernehmen, Hitler zum wahren Sieger machen? ...<<
Im Jahre 1950 teilte Bundeskanzler Adenauer den Abgeordneten des Deutschen Bundestages mit, daß immer noch etwa 1.407.000 westdeutsche Soldaten und 190.000 Zivilisten vermißt wurden, die damals als Kriegsgefangene oder Vermißte registriert waren (x131/181).
Walter Müller-Bringmann berichtete am 15. Oktober 1955 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/143-149): >>15. Oktober 1955. ... Immer wieder erinnerte die Regierung, mahnten Sprecher der Parteien, der Kirchen und der Verbände daran: "Schickt uns unsere Kriegsgefangenen zurück". Nun sind sie da. ...
Die Omnibusse halten, Hunderte von Menschen schieben sich in Richtung des Appellplatzes, wo nun die offizielle Begrüßung stattfinden soll. Sie wollen die ersten Minuten des Wiedersehens der Heimkehrer mit ihren Angehörigen, die ersten Sekunden, in denen sich Frau und Mann, Mutter und Sohn, Bruder und Schwester in den Armen liegen, nicht stören. ...
Und dann beteten sie auf dem Platz in Friedland. Mit gefalteten Händen, gesenktem Blick, den Kopf zur Erde geneigt, so sprachen sie mit den vielen Tausend anderen das "Vater unser". Polizisten nahmen die Dienstmützen ab, die Hüte wurden von den Köpfen genommen, viele knieten nieder, keiner schämte sich vor dem anderen.
Aber viele, die nach Friedland kamen, stehen auch am Rande des großen Glücks, dürfen nicht daran teilnehmen, weil der Vater tot, der Junge nie wiederkommen wird. Dennoch sind sie hierher gekommen, um doch vielleicht einen Hinweis über den Vermißten zu erfahren, nur einen kleinen Anhaltspunkt zu bekommen. ...
Und sie werden nicht müde, immer wieder ihre Schilder den Gefangenen entgegenzuhalten, sie zu fragen, um Auskunft zu bitten, sie an Feldpostnummern, Regimenter, Lager zu erinnern. Aber nur zu oft schütteln die Heimkehrer den Kopf, wissen keine Antwort, zucken mit den Schultern, versuchen sich zu erinnern, können aber nichts über den Gesuchten sagen.
Manche Hoffnung, die bereits wieder am Aufflackern war, wird wieder erstickt.
Noch immer werden 1,2 Millionen deutsche Menschen vermißt. ...<<
Schlußbemerkungen: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 24. Oktober 1989 über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen in den nordamerikanischen und französischen Lagern: >>**Ein Kapitel, das lange verschwiegen wurde**
... Bacques Berechnungen zufolge starben in den US-Lagern 793.239 Gefangene, in den französischen Lagern 167.000. Über die Behandlung in britischen und kanadischen Lagern gab es keine Beanstandungen, die Engländer hatten sich auch geweigert, Eisenhowers Überführung

der Prisoners of War (PoW) in den DEF-Status zu übernehmen. ...
"Mindestens zehnmal so viele Deutsche starben in den französischen und amerikanischen Lagern, wie in allen Kämpfen an der Westfront vom Juni 1941 bis hin zum April 1945 gefallen sind", notierte Bacque. "Darüber stand kein Wort in der Presse", heißt es bei Bacque.
Die Zahl von einer Million Toter stammt nicht aus einer offiziellen amerikanischen Quelle. Bacque rechnet sie aus einer Vielzahl von verstreuten Quellen zusammen. ...
Bacque stellt denn auch seinem Buch ein Wort Bernard Shaws aus dem "Teufelsschüler" voraus: "Die ärgste Sünde an unseren Mitmenschen ist nicht, sie zu hassen, sondern gegen sie gleichgültig zu sein; das ist die Quintessenz der Unmenschlichkeit."<<
Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 8. November 2003 (x887/...):
>>**Zweiter Weltkrieg: "... ein Geheimnis bleibt der Tod"**
Die deutschen militärischen Verluste betrugen 5.318.000 Gefallene
Es wird viele Leser überraschen, daß bis vor kurzem eigentlich nicht bekannt war, wie viele deutsche Soldaten während des Zweiten Weltkrieges den Tod gefunden haben. In der Literatur wurden ganz unterschiedliche Angaben gemacht; am häufigsten fand man eine Zahl von drei bis fünf Millionen toter Soldaten, die im Kampf gefallen, in Gefangenschaft umgekommen oder verschollen sind. ...
Danach fielen 5.318.000 Soldaten der Wehrmacht und der Waffen-SS (ohne Ausländer). Damit ist im Deutschen Reich jede 8. männliche Person gefallen. Besonders groß waren die Verluste der Jahrgänge 1920 (hier fielen 41,1 Prozent), 1924 (38 Prozent), 1914 (36,7 Prozent). Zu den Gefallenen zählen auch die in der Kriegsgefangenschaft zu Tode gekommenen Soldaten. 28 Prozent aller Wehrmachtssoldaten fielen, von der Waffen-SS aber waren es 34 Prozent, was sicherlich darauf zurückzuführen ist, daß deren Truppenteile häufig als "Feuerwehr" an Brennpunkten eingesetzt wurden und daß die Soldaten der Waffen-SS besonders intensiv kämpften.
Allein an der Ostfront starben 2,7 Millionen Soldaten; rechnet man die Verluste im Endkampf in Ostdeutschland hinzu, sowie die deutschen Kriegsgefangenen, die in der UdSSR ums Leben kamen, betrugen die Opfer im Osten sogar vier Millionen. Overmans bestätigt übrigens, daß von den deutschen Soldaten, die vom Beginn bis zum Frühjahr 1945 in sowjetische Kriegsgefangenschaft gerieten, 95 Prozent umgekommen sind, und das heißt in den meisten Fällen, daß sie ermordet wurden. Während im Ersten Weltkrieg 1,8 Millionen deutsche Soldaten fielen (14 Prozent aller Soldaten), mußten im Zweiten Weltkrieg 5,3 Millionen deutsche Soldaten ihr Leben lassen, das waren 28 Prozent aller Soldaten. ...<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 19. April 2008 (x887/...):
>>**Humanität im Krieg ist möglich**
Bis zur Kapitulation behandelten die Westalliierten gefangene Wehrmachtsangehörige korrekt ...
In heutigen Darstellungen des Zweiten Weltkrieges vermißt man weitgehend die Hinweise, daß der Krieg - vor allem dort, wo sich Gegner mit annähernd gleichen Wertvorstellungen gegenüberstanden - überwiegend ritterlich und nach den Grundsätzen des internationalen Kriegsvölkerrechts geführt wurde. So ist es den allermeisten unbekannt, daß zwischen dem Deutschen Reich auf der einen sowie Großbritannien und den USA auf der anderen Seite in bemerkenswertem Umfang schwerverwundete Kriegsgefangene ausgetauscht wurden. Die juristische Grundlage war die sowohl vom Vereinigten Königreich als auch von der Weimarer Republik, nicht jedoch von der Sowjetunion unterzeichnete Genfer Konvention aus dem Jahre 1929 über die Behandlung von Kriegsgefangenen. Die vereinbarten Regeln beruhten auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit. ...
Es darf nicht unerwähnt bleiben, daß die völkerrechtlich korrekte Behandlung der deutschen Kriegsgefangenen schlagartig mit der Kapitulation der deutschen Wehrmacht ein Ende hatte.

Da die USA und Großbritannien nicht mehr mit der Gegenseitigkeit rechnen mußten, schoben sie alle rechtlichen Regelungen, die zum Schutze der Kriegsgefangenen vereinbart waren, beiseite. Den Gefangenen wurde der Kriegsgefangenenstatus abgesprochen; sie galten nun als "entwaffnete feindliche Soldaten", die keinen Anspruch auf den völkerrechtlich zugesagten Schutz genossen.
Demzufolge gab man beispielsweise den auf den Rheinwiesen zu Zigtausenden zusammengezogenen Gefangenen keine angemessenen Unterkünfte, nur mangelhaftes Essen und häufig nichts zu trinken, so daß sie zu Tausenden starben. Man setzte deutsche Gefangene völkerrechtswidrig zum Minenräumen ein, wobei viele den Tod fanden. Das Deutsche Reich war nicht mehr in der Lage, seine gefangenen Soldaten zu schützen. ...<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtete später über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen (x026/66): >>Von über 11 Millionen deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkriegs sind fast 1,6 Millionen umgekommen. Die absolut höchste Opferzahl verzeichnete die Sowjetunion mit 1,335 Millionen, die relativ höchste Jugoslawien mit einer Sterberate von rund 50 Prozent. Im Tito-Staat waren auch die meisten Massenerschießungen von Gefangenen und die schlimmsten Grausamkeiten zu verzeichnen. Unter den westlichen Gewahrsamsmächten haben die Gefangenen in Frankreich die schlechteste Behandlung erfahren. ...<<
Im sogenannten Potsdamer Protokoll (Mitteilung über die Dreimächte-Konferenz, die vom 17. Juli bis zum 2. August 1945 in Potsdam stattfand) stellte man zwar fest, daß es nicht die Absicht der Alliierten wäre, das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven, aber in den ost- und westeuropäischen Kriegsgefangenenlagern leisteten damals bereits Millionen von deutschen Kriegsgefangenen völkerrechtswidrige Zwangsarbeit (Sühneleistung bzw. Wiedereinführung der "Sklaverei").
Völkerrechtliche Konsequenzen: Die damals gültige Haager Landkriegsordnung vom 18. Oktober 1907 (in Kraft seit dem 26. Januar 1910) legte für die Behandlung von Kriegsgefangenen folgende Regeln und Gebräuche des humanitären Völkerrechts fest (x852/...): >>...
Zweites Kapitel: Kriegsgefangene
Artikel 4 Die Kriegsgefangenen unterstehen der Gewalt der feindlichen Regierung, aber nicht der Gewalt der Personen oder der Abteilungen, die sie gefangen genommen haben. Sie sollen mit Menschlichkeit behandelt werden. Alles, was ihnen persönlich gehört, verbleibt ihr Eigentum mit Ausnahme von Waffen, Pferden und Schriftstücken militärischen Inhalts.
Artikel 5 Die Kriegsgefangenen können in Städten, Festungen, Lagern oder an anderen Orten untergebracht werden mit der Verpflichtung, sich nicht über eine bestimmte Grenze hinaus zu entfernen; dagegen ist ihre Einschließung nur statthaft als unerläßliche Sicherungsmaßregel und nur während der Dauer der diese Maßregel notwendig machenden Umstände.
Artikel 6 Der Staat ist befugt, die Kriegsgefangenen mit Ausnahme der Offiziere nach ihrem Dienstgrad und nach ihren Fähigkeiten als Arbeiter zu verwenden. Diese Arbeiten dürfen nicht übermäßig sein und in keiner Beziehung zu den Kriegsunternehmungen stehen. Den Kriegsgefangenen kann gestattet werden, Arbeiten für öffentliche Verwaltungen oder für Privatpersonen oder für ihre eigene Rechnung auszuführen. Arbeiten für den Staat werden nach den Sätzen bezahlt, die für Militärpersonen des eigenen Heeres bei Ausführung der gleichen Arbeiten gelten, oder, falls solche Sätze nicht bestehen, nach einem Satze, wie er den geleisteten Arbeiten entspricht.
Werden die Arbeiten für Rechnung anderer öffentlicher Verwaltungen oder für Privatpersonen ausgeführt, so werden die Bedingungen im Einverständnis mit der Militärbehörde festgestellt. Der Verdienst der Kriegsgefangenen soll zur Besserung ihrer Lage verwendet und der Überschuß nach Abzug der Unterhaltungskosten ihnen bei der Freilassung ausgezahlt werden.
Artikel 7 Die Regierung, in deren Gewalt sich die Kriegsgefangenen befinden, hat für ihren

Unterhalt zu sorgen. In Ermangelung einer besonderen Verständigung zwischen den Kriegführenden sind die Kriegsgefangenen in Beziehung auf Nahrung, Unterkunft und Kleidung auf demselben Fuße zu behandeln wie die Truppen der Regierung, die sie gefangen genommen hat.

Artikel 8 Die Kriegsgefangenen unterstehen den Gesetzen, Vorschriften und Befehlen, die in dem Heere des Staates gelten, in dessen Gewalt sie sich befinden. Jede Unbotmäßigkeit kann mit der erforderlichen Strenge geahndet werden. Entwichene Kriegsgefangene, die wieder ergriffen werden, bevor es ihnen gelungen ist, ihr Heer zu erreichen, oder bevor sie das Gebiet verlassen haben, das von den Truppen, welche sie gefangen genommen hatten, besetzt ist, unterliegen disziplinarischer Bestrafung. Kriegsgefangene, die nach gelungener Flucht von neuem gefangen genommen werden, können für die frühere Flucht nicht bestraft werden.

Artikel 9 Jeder Kriegsgefangene ist verpflichtet, auf Befragen seinen wahren Namen und Dienstgrad anzugeben; handelt er gegen diese Vorschrift, so können ihm die Vergünstigungen, die den Kriegsgefangenen seiner Klasse zustehen, entzogen werden.

Artikel 10 Kriegsgefangene können gegen Ehrenwort freigelassen werden, wenn die Gesetze ihres Landes sie dazu ermächtigen; sie sind alsdann bei ihrer persönlichen Ehre verbunden, die übernommenen Verpflichtungen sowohl ihrer eigenen Regierung als auch dem Staate gegenüber, der sie zu Kriegsgefangenen gemacht hat, gewissenhaft zu erfüllen. Ihre Regierung ist in solchem Falle verpflichtet, keinerlei Dienste zu verlangen oder anzunehmen, die dem gegebenen Ehrenworte widersprechen.

Artikel 11 Ein Kriegsgefangener kann nicht gezwungen werden, seine Freilassung gegen Ehrenwort anzunehmen; ebensowenig ist die feindliche Regierung verpflichtet, dem Antrag eines Kriegsgefangenen auf Entlassung gegen Ehrenwort zu entsprechen.

Artikel 12 Jeder gegen Ehrenwort entlassenen Kriegsgefangene, der gegen den Staat, dem gegenüber er die Ehrenverpflichtung eingegangen ist, oder gegen dessen Verbündete die Waffen trägt und wieder ergriffen wird, verliert das Recht der Behandlung als Kriegsgefangener und kann vor Gericht gestellt werden.

Artikel 13 Personen, die einem Heere folgen, ohne ihm unmittelbar anzugehören, wie Kriegskorrespondenten, Zeitungsberichterstatter, Marketender und Lieferanten, haben, wenn sie in die Hand des Feindes geraten und diesem ihre Festhaltung zweckmäßig erscheint, das Recht auf Behandlung als Kriegsgefangene, vorausgesetzt, daß sie sich im Besitz eines Ausweises der Militärbehörde des Heeres befinden, das sie begleiten.

Artikel 14 Beim Ausbruch der Feindseligkeiten wird in jedem der kriegführenden Staaten und eintretenden Falles in den neutralen Staaten, die Angehörige eines der Kriegführenden in ihr Gebiet aufgenommen haben, eine Auskunftsstelle über die Kriegsgefangenen errichtet. Diese ist berufen, alle die Kriegsgefangenen betreffenden Anfragen zu beantworten, und erhält von den zuständigen Dienststellen alle Angaben über die Unterbringung und deren Wechsel, über Freilassungen gegen Ehrenwort, über Austausch, über Entweichungen, über Aufnahme in die Hospitäler und über Sterbefälle sowie sonstige Auskünfte, die nötig sind, um über jeden Kriegsgefangenen ein Personalblatt anzulegen und auf dem laufenden zu erhalten.

Die Auskunftsstelle verzeichnet auf diesem Personalblatt die Matrikelnummer, den Vor- und Zunamen, das Alter, den Heimatort, den Dienstgrad, den Truppenteil, die Verwundungen, den Tag und Ort der Gefangennahme, der Unterbringung, der Verwundungen und des Todes sowie alle besonderen Bemerkungen.

Das Personalblatt wird nach dem Friedenschluß der Regierung des anderen Kriegführenden übermittelt. Die Auskunftsstelle sammelt ferner alle zum persönlichen Gebrauche dienenden Gegenstände, Wertsachen, Briefe usw., oder von den gegen Ehrenwort entlassenen, ausgetauschten, entwichenen oder in Hospitälern oder Feldlazaretten gestorbenen Kriegsgefangenen hinterlassen werden, und stellt sie die Berechtigten zu.

Artikel 15 Die Hilfsgesellschaften für Kriegsgefangene, die ordnungsmäßig nach den Gesetzen ihres Landes gebildet worden sind und den Zweck verfolgen, die Vermittler der mildtätigen Nächstenhilfe zu sein, erhalten von den Kriegführenden für sich und ihre ordnungsmäßig beglaubigten Agenten jede Erleichterung innerhalb der durch die militärischen Erfordernisse und die Verwaltungsvorschriften gezogenen Grenzen, um ihre menschenfreundlichen Bestrebungen wirksam ausführen zu können.
Den Delegierten dieser Gesellschaften kann auf Grund einer ihnen persönlich von der Militärbehörde erteilten Erlaubnis und gegen die schriftliche Verpflichtung, sich allen von dieser etwa erlassenen Ordnungs- und Polizeivorschriften zu fügen, gestattet werden, Beihilfen an den Unterbringungsstellen sowie an den Rastorten der in die Heimat zurückkehrenden Gefangenen zu verteilen.
Artikel 16 Die Auskunftsstellen genießen Portofreiheit. Briefe, Postanweisungen, Geldsendungen und Postpakete, die für die Kriegsgefangenen bestimmt sind oder von ihnen abgesandt werden, sind sowohl im Lande der Aufgabe, als auch im Bestimmungsland und in den Zwischenländern von allen Postgebühren befreit. Die als Liebesgaben und Beihilfen für Kriegsgefangene bestimmten Gegenstände sind von allen Eingangszöllen und anderen Gebühren sowie von den Frachtkosten auf Staatseisenbahnen befreit.
Artikel 17 Die gefangenen Offiziere erhalten dieselbe Besoldung, wie sie den Offizieren gleichen Dienstgrads in dem Lande zusteht, wo sie gefangen gehalten werden; ihre Regierung ist zur Erstattung verpflichtet.
Artikel 18 Den Kriegsgefangenen wird in der Ausübung ihrer Religion mit Einschluß der Teilnahme am Gottesdienste volle Freiheit gelassen unter der einzigen Bedingung, daß sie sich den Ordnungs- und Polizeivorschriften der Militärbehörde fügen.
Artikel 19 Die Testamente der Kriegsgefangenen werden unter denselben Bedingungen entgegengenommen oder errichtet wie die der Militärpersonen des eigenen Heeres. Das gleiche gilt für die Sterbeurkunden sowie für die Beerdigung von Kriegsgefangenen, wobei deren Dienstgrad und Rang zu berücksichtigen ist.
Artikel 20 Nach dem Friedensschluß sollen die Kriegsgefangenen binnen kürzester Frist in ihre Heimat entlassen werden.<<
Gemäß Haager Landkriegsordnung (HLKO) - "Ordnung der Gesetze und Gebräuche des Landkrieges" - vom 18.10.1907 sollten Kriegsgefangene mit Menschlichkeit behandelt und nach dem Kriegsende binnen kürzester Frist in ihre Heimat entlassen werden.
Am 9. Dezember 1948 wurde die UN-Konvention "über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes" offiziell verabschiedet und verkündet (x075/52-53): >>...
Art. I. Die vertragsschließenden Parteien bestätigen, das Völkermord, ob im Frieden oder im Krieg begangen, ein Verbrechen gemäß dem internationalen Recht ist, zu dessen Verhütung und Bestrafung sie sich verpflichten.
Art. II. In dieser Konvention bedeutet Völkermord eine der folgenden Handlungen, die in der Absicht begangen wird, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören:
a) Tötung von Mitgliedern einer Gruppe;
b) Verursachung von schwerem körperlichem oder seelischem Schaden an Mitgliedern der Gruppe;
c) vorsätzliche Auferlegung von Lebensbedingungen für die Gruppe, die geeignet sind, ihre körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen;
d) Verhängung von Maßnahmen, die auf die Geburtenverhinderung innerhalb der Gruppe gerichtet sind;
e) gewaltsame Überführung von Kindern der Gruppe in eine andere Gruppe. ...<<
Das Völkerrecht kennt keine gerechten und keine entschuldbaren Verbrechen oder Menschen-

rechtsverletzungen, denn Recht und historische Wahrheit sind nicht teilbar. Alle Kriegsverbrechen, Völkermord oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit bleiben unverjährbare Verbrechen, die unerschütterlich zu bestrafen und zu sühnen sind, egal, wer die Taten begangen hat und wer die Verantwortung dafür übernehmen muß. Die aktiven Täter und passiven Verantwortlichen von Völkerrechtsverletzungen sind für ihre Verbrechen durch die Vereinten Nationen juristisch-völkerrechtlich zur Rechenschaft ziehen.
Aufgrund der permanenten Kollektivschuldvorwürfe gegen das deutsche Volk kann es nicht länger akzeptiert werden, daß die an Deutschen verübten Kriegs- und Nachkriegsverbrechen bis in alle Ewigkeit ignoriert und ungesühnt bleiben, "nur weil diese Opfer Deutsche bzw. Nicht-Menschen waren".
Das Völkerrecht gilt für alle Völker und aus Unrecht kann niemals Recht werden, deshalb sind sämtliche Verletzungen des humanitären Völkerrechts (Kriegsverbrechen, Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit) juristisch zu untersuchen und zu ahnden.
Die Vereinten Nationen setzten zum Beispiel im Jahre 1993 und 1994 Kriegsverbrechertribunale ein, um Verletzungen des humanitären Völkerrechts im ehemaligen Jugoslawien und in Ruanda zu verfolgen und zu sühnen.
Die Zwangsdeportationen von deutschen Kriegsgefangenen und Zivilisten verstießen eindeutig gegen die verbindlichen Völkerrechtsnormen der Haager Landkriegsordnung, denn Deportationen (Zwangsverschickungen von Menschen in Gebiete außerhalb des angestammten Siedlungsgebietes durch den eigenen Staat oder eine Besatzungsmacht) waren schon damals nur als "ordnungsmäßige Kriminalstrafe" und unter menschenwürdigen Umständen zulässig (x051/111, x077/39).
Aufgrund der Haager Landkriegsordnung waren die nicht selten katastrophalen Lebensbedingungen in den osteuropäischen, nordamerikanischen und französischen Kriegsgefangenenlagern und die Zwangsarbeit (Sühneleistung bzw. Wiedereinführung der "Sklaverei") von Millionen deutschen Kriegsgefangenen, von denen die letzten Überlebenden erst zehn Jahre nach Kriegsende zurückkehrten, zweifelsfrei völkerrechtswidrig.
Da Kriegsverbrechen nicht kraft Verjährung enden, sind diese Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu untersuchen und die Verantwortlichen für ihr völkerrechtswidriges Handeln zur Rechenschaft zu ziehen.

Das Schicksal der Ost- und Volksdeutschen in Ost-Mitteleuropa nach dem militärischen Zusammenbruch

> Sie rotten sich zusammen, sie lauern und haben acht auf meine Schritte, wie sie mir nach dem Leben trachten. Sollten sie mit ihrer Bosheit entrinnen?
> *Psalm 56, 7-8*

Rückkehr und Rückkehrbewegungen der deutschen Bevölkerung bis Mai/Juni 1945 in Ost-Mitteleuropa

Aufgrund der z.T. großen Entfernungen, der ständigen Überfälle und der langen Zwangsaufenthalte dauerte die Rückkehr nicht selten Wochen oder sogar Monate. Falls die Heimkehrer nicht gerade Zwangsarbeiten leisten mußten oder willkürlich inhaftiert wurden, schafften sie täglich etwa 20 km.
Der Fußmarsch von Kolberg (Ostpommern) bis nach Heilsberg (Ostpreußen) dauerte z.B. 12 Tage.
Weitere Beispiele: Küstrin (Ostpommern) - Heilsberg (Ostpreußen) = 20 Tage.
Karthaus (Westpreußen) - Kreis Bartenstein (Ostpreußen) = 59 Tage.
Nach den unendlichen Flucht- und Rückkehrstrapazen war der körperliche und seelische All-

gemeinzustand aller Ost- und Volksdeutschen katastrophal. Tausende von Flüchtlingen kamen sterbenskrank oder zu Tode erschöpft in ihren Heimatorten an. Hier warteten weitere Schicksalsschläge auf die völlig abgerissenen, halbtoten Rückkehrer. Die Häuser und Wohnungen waren im allgemeinen völlig ausgeplündert, sinnlos zerstört oder wurden schon von neuen "Eigentümern" bewohnt.
Bis zur Kapitulation konnten nur ca. 8.375.000 (49 %) Reichs- und Volksdeutsche in den Westen des Deutschen Reiches bzw. in die Tschechoslowakei (CSR) fliehen. In Mitteldeutschland und im Sudetenland gerieten später aber noch Hunderttausende in sowjetische Gewalt, so daß etwa 1.717.000 Flüchtlinge zwangsweise oder freiwillig in ihre Heimat zurückkehrten. Im Juni 1945 hielten sich rd. 10.270.000 Reichs- und Volksdeutsche in Ost-Mitteleuropa (ohne spätere DDR) auf.

Die Lebensverhältnisse der deutschen Bevölkerung in den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges

Nach dem sowjetischen Einmarsch brach das bisherige Leben der Deutschen vollkommen zusammen. In den meisten ostdeutschen Dörfern und Städten gab es gewöhnlich weder Strom, Gas noch Wasser, da man fast alle Versorgungsbetriebe und Anlagen gesprengt, zerstört oder stillgelegt hatte. Die wenigen Brunnen konnten den Trinkwasserbedarf nicht decken, so daß vielerorts großer Wassermangel herrschte.
Die verstörte deutsche Bevölkerung traute sich nur selten auf die Straße, da andauernd irgendwelche Marodeure oder Plünderer durch die Ortschaften zogen. Man verließ die Quartiere nur, falls es unbedingt erforderlich war.
Um Gewalttaten und Mißhandlungen zu entgehen, flüchteten manche Frauen und Mädchen in unzugängliche Wälder, Moore und Sumpfgebiete. Durst, Hunger und Kälte trieben die Verfolgten jedoch schon bald in die Ortschaften zurück.
Das Elend war niederschmetternd, aber die geschundenen Menschen gaben nicht auf. Nun hieß es, neuen Mut zu schöpfen. Trotz aller Verzweiflung und ungeachtet der chaotischen Verhältnisse begannen überall Aufräumungsarbeiten. Tagelang wurden verschmutzte und verwüstete Unterkünfte aufgeräumt, gereinigt, instand gesetzt und wieder bewohnbar gemacht.
Anschließend suchte man brauchbare Möbel und Hausratgegenstände aus den Trümmern. Diese mühseligen Arbeiten waren jedoch vergeblich, denn kaum hatten die Deutschen halbwegs aufgeräumt, tauchten gewöhnlich sowjetische Besatzungstruppen, slawische Zivilisten oder Umsiedler auf, die unentwegt gebrauchsfähige Gegenstände raubten bzw. Unterkünfte beschlagnahmten.
Fast jeder rechnete damals mit einer schweren Besatzungszeit, aber die besiegten Deutschen dachten immer noch, daß sie es trotzdem wieder irgendwie schaffen würden. Das Leben mußte doch schließlich weitergehen. Da es seit Menschengedenken zu den Aufgaben der Bauern zählte, die Bevölkerung mit Lebensmitteln zu versorgen, gingen die hartgesottenen Ostsiedler unverzüglich an die Arbeit. Oftmals hatte man bereits alle Zugtiere und Maschinen geraubt, so daß die Bauern unverdrossen zu Spaten und Handpflug greifen mußten, wenn sie Pflanzkartoffeln und Sommergetreide in die Erde bringen wollten.
Nach dem Kriegsende standen zunächst sämtliche Gebiete östlich der Oder und Neiße unter sowjetischer Verwaltung. Die Armeeführung der Roten Armee verhängte in den Besatzungsgebieten zwar drakonische Strafen, aber es dauerte nicht selten Wochen und z.T. sogar Monate, bis die brutalen Gewalttaten endlich aufhörten.
Die deutsche Landbevölkerung war besonders gefährdet, weil es dort nur wenige sowjetische Kommandanturen gab. Hier waren die Deutschen eigentlich nur geschützt, wenn sie bei sowjetischen Offizieren oder in bewachten Kolchosen arbeiteten. In den Nächten war es natur-

gemäß am schlimmsten. Jede Nacht brachte neue Schrecken, Schießereien und Überfälle. Am Tag war ebenfalls kein Deutscher sicher. Überall lauerte der Tod. Manche Zivilisten wurden auf offener Straße ermordet, weil sie sich weigerten, Mäntel oder Strickjacken abzugeben.
Im Verlauf der Besatzung veränderte sich allmählich die feindliche Haltung der Sowjets. Vor allem ältere Soldaten schritten energisch gegen Gewalt- und Terrorakte ein und beschützten die Deutschen. Oftmals schenkten sie den Hungrigen und Kranken auch Lebensmittel oder Medikamente. Diese persönlichen Hilfeleistungen gaben den Deutschen zwar neuen Lebensmut, aber es änderte nichts an ihrer aussichtslosen, rechtlosen Lage. Viele wanderten später in grenznahe Dörfer und Städte, um die Austreibung über sich ergehen zu lassen.

"Wilde Austreibungen" der Deutschen aus Ostdeutschland, der Tschechoslowakei und Jugoslawien

Der stellvertretende kommunistische Ministerpräsident Gottwald unterzeichnete am 11. Mai 1945 folgenden Aufruf der tschechoslowakischen Regierung (x004/70): >>Die neue Republik wird ein slawischer Staat, die Republik der Tschechen und Slowaken sein. Die Deutschen und Ungarn, die sich gegen unsere Völker und gegen die Republik so schwer vergangen haben, werden wir der Staatsbürgerschaft als verlustig betrachten und werden sie schwer bestrafen. Die Nationalausschüsse sollen damit sofort anfangen. Macht alle aktiven Nazisten unschädlich und beschlagnahmt ihr Vermögen zugunsten der Nation und des Staates. ...
Beschlagnahmt und gebt in die Nationalversammlung das Eigentum von Deutschen, Verrätern und Kollaboranten. ... Bereitet auf dem Lande die Konfiskation des Bodens vor, der dem fremden Adel, Deutschen, Verrätern und Kollaboranten gehörte. ...<<
Dr. Benesch (Chef der tschechischen Exilregierung) erklärte am 12. Mai 1945 vor der begeisterten Brünner Bevölkerung (x294/194): >>Mein Programm ist es - und ich verheimliche dies nicht -, daß wir die deutsche Frage in der Republik endgültig liquidieren müssen. ...<<
Der tschechische Unterrichtsminister Nejedly erläuterte am 12. Mai 1945 das neue Volksbildungsprogramm der Regierung (x004/95): >>Selbstverständlich werden alle deutschen Schulen geschlossen werden. ...<<
Ein Sprecher der tschechischen Armee verkündete am 14. Mai 1945 während der "Brünner Befreiungsaktion" (x004/105): >>... Unsere glorreiche Armee ist zu dem einzig möglichen Entschluß gekommen: die Republik als einen nationalen Staat der Tschechen und Slowaken aufzubauen. Wir werden von jenen Deutschen, die nicht in ein Gefängnis oder in ein Konzentrationslager gehen, verlangen, daß sie ihre Bündel packen und dorthin zurückgehen, woher sie gekommen sind.<<
Der polnische Bischof Adamski aus Kattowitz forderte am 15. Mai 1945 die Deutschen auf, Schlesien zu verlassen (x039/228).
Die polnische Regierung erließ am 24. Mai 1945 ein Dekret über die Verwaltung der "Wiedergewonnenen Gebiete" (x001/108E).
Der tschechische Informationsminister Kopecky erklärte am 29. Mai 1945 vor Kulturschaffenden in Prag (x004/88): >>Wir wollen unseren großen Sieg über die Deutschen zu einer gewaltigen nationalen Offensive ausnutzen, um das Grenzgebiet unseres Landes von den Deutschen zu säubern.
General Svoboda schickt seine Truppen und bewährte Partisaneneinheiten, um diese Gebiete von Deutschen zu säubern. Den Truppen werden tschechische Wirtschaftler, tschechische Arbeiter folgen. Mit ihnen werden tschechische Schulen, Theater, Filme, Zeitungen und Künstler kommen. ...<<
In Brünn begann am 30. Mai 1945 die gewaltsame Austreibung von etwa 25.000 Deutschen. Der lange Marsch an die österreichische Grenze wurde für ungezählte Deutsche zum Todesmarsch.

Die nationalsozialistische Benesch-Partei veröffentlichte am 31. Mai 1945 die Broschüre "My a Nemci" - "Wir und die Deutschen" - (x004/71): >>Der Teufel spricht deutsch. Es gibt keine guten Deutschen, es gibt nur schlechte und noch schlimmere. Derjenige tschechische Vater, der seine Kinder nicht zum Haß gegen die deutsche Lügenkultur und Unmenschlichkeit erzieht, ist nicht nur ein schlechter Vaterlandsanhänger, sondern auch ein schlechter Vater. ... Wie kann man nur ein tschechisches Kind dazu erziehen, solche deutschen Mitmenschen zu lieben? ...
Das ganze deutsche Volk ist für Hitler, Himmler, Henlein und für Frank verantwortlich, und das ganze Volk muß auch die Strafen für die begangenen Verbrechen tragen. Jeder von uns müßte es als inhuman, unmenschlich betrachten, wenn die Deutschen ihrer totalen Bestrafung entgehen würden.<<
Tausende von geflüchteten Schlesiern verließen im Mai 1945 das Sudetenland, um in ihre Heimat zurückzukehren.
In Brünn wies Dr. Benesch im Mai 1945 nochmals darauf hin, daß man das sudetendeutsche Problem für "alle Zeiten" erledigen würde und daß die Liquidierung der Deutschen 100%ig sein müßte (x025/95).
Die britische Regierung forderte die Tschechen am 17. Juni 1945 auf, alle Austreibungsaktionen zu beenden und erklärte (x004/113): >>1. ... (daß Großbritannien) nicht seine Zustimmung zu einer Massendeportation der deutschen Minderheit gebe.
2. Auf alle Fälle der Ansicht sei, daß die Regelung dieser Frage nicht die Tschechoslowakei allein betreffe, sondern auch in den Wirkungsbereich der Kontrollmächte falle.<<
Der Woiwode (Chef der polnischen Verwaltung) in Schlesien ordnete im Juni 1945 die Entdeutschung der "wiedergewonnenen Gebiete" an (x294/97): >>... Bis zum 15. Juli 1945 (sind) sämtliche Spuren des Deutschtums in diesen Gebieten zu tilgen.
Insbesondere sind deutsche Aufschriften an Häusern, Geschäften, Lokalen, deutscher Wegweiser, Luftschutzschilder sowie sämtliche von der Besatzungsmacht hinterlassenen Bekanntmachungen zu entfernen.<<
In den Grenzgebieten östlich der Oder und Neiße sowie im Sudetenland begann die erste Phase der Vertreibung schon Ende Mai und Anfang Juni 1945. Ab Ende Mai 1945 besetzten Soldaten, Milizionäre und Partisanen die Dörfer und Städte, um die deutschen Einwohner innerhalb kürzester Frist aus ihren Wohnungen zu vertreiben. Die Ausgetriebenen durften lediglich etwas Gepäck zusammenraffen und mit Handwagen oder Schubkarren transportieren. Die Deutschen wurden dann von den Soldaten und Milizangehörigen in tagelangen qualvollen Märschen an die Oder bzw. Neiße getrieben.
In den Städten wurde die deutsche Bevölkerung ebenfalls zwangsweise aus ihren Wohnungen vertrieben und meistens in geschlossenen Eisenbahntransporten abgeschoben. Im Verlauf der langen Märsche, auf den Bahnhöfen und Zwischenstationen plünderte und raubte man die Deutschen regelmäßig vollständig aus.
Die Deutschen wurden anschließend durch Soldaten, Milizeinheiten und Partisanen gewaltsam über die Grenzflüsse nach Westen in die sowjetische Besatzungszone (spätere DDR) getrieben, so daß sich Hunderttausende von Heimatlosen am westlichen Ufer von Oder und Neiße zusammendrängten.
In den mitteldeutschen Städten verursachten die riesigen Menschenmassen in den letzten Junitagen und im Juli 1945 chaotische Verhältnisse, die durch totale Überfüllung, Hunger, Durst, Obdachlosigkeit und Ratlosigkeit geprägt wurden. Dieses Chaos wurde zusätzlich durch die ostdeutschen Flüchtlinge vergrößert, die nach der gescheiterten Flucht vor der Roten Armee in ihre Heimat zurückkehren wollten, aber nicht mehr über die Oder und Neiße nach Osten durften.
Bei den radikalen Austreibungsaktionen im unmittelbaren Hinterland der Oder-Neiße-Linie

handelte es sich um zentral geleitete Aktionen der Polen und Tschechen, die bereits vor der Potsdamer Konferenz vollendete Tatsachen schaffen wollten. In Ostpommern, Ostbrandenburg und Niederschlesien trieb man damals etwa 200.000 bis 300.000 Menschen aus dem östlichen Hinterland der Oder und der Neiße, während etwa 700.000 bis 800.000 Sudetendeutsche aus der Tschechoslowakei "entfernt" wurden.
Diese "wilden Austreibungen", bei denen mehrheitlich Frauen, Kinder und ältere Menschen vertrieben wurden, stellte man (vermutlich auf sowjetische Weisung) erst unmittelbar vor Beginn der Potsdamer Konferenz ein. Die westlichen Alliierten erhielten über diese "wilden Austreibungen" nur spärliche und größtenteils falsche Informationen. Da der "eiserne Vorhang" schon frühzeitig undurchdringlich war, wußten nur die Sowjets, Polen und Tschechen, was tatsächlich in den sog. "Wiedergewonnenen Gebieten" geschah.

Zerstörung der Lebensgrundlagen der deutschen Bevölkerung in Ost-Mitteleuropa nach Beendigung der sowjetischen Militärverwaltung

Bis zum Abzug der sowjetischen Truppen herrschten in Jugoslawien, Polen, in der Tschechoslowakei und in Ostdeutschland monatelang chaotische Verhältnisse, weil die einheimischen Behörden und Milizeinheiten ständig versuchten, die Befehlsgewalt auszuüben.
Infolge der unterschiedlichen Anordnungen und Befehle gab es dauernd Überschneidungen, so daß die Deutschen zusätzlich schikaniert und verunsichert wurden. Zwischen den Russen und Polen ereigneten sich besonders häufig Auseinandersetzungen, die nicht selten mit wilden Schießereien endeten. Viele Polen haßten ihre sowjetischen Befreier, weil sie nach Stalins Anordnungen die deutschen Ostgebiete systematisch ausplünderten und verwüsteten.
In den deutschen Ostgebieten wurde die sowjetische Besatzungszeit im Herbst 1945 beendet (Ausnahme: Nord-Ostpreußen). Nach dem sowjetischen Abzug führte man in den "befreiten Gebieten" gnadenlose Pauschalabrechnungen durch. Es handelte sich damals meistens nicht um spontane Ausschreitungen oder persönliche Racheakte, sondern mehrheitlich um staatlich gelenkte "Säuberungsaktionen".
Viele Gewalttaten und Verfolgungen wurden nachweislich durch unverantwortliche staatliche Propagandamaßnahmen beeinflußt und gefördert. In Rundfunkansprachen, Zeitungen, Bekanntmachungen und öffentlichen Veranstaltungen schürte man den radikalen Nationalismus und forderte zur kollektiven Bestrafung aller deutschen "Landesverräter" auf.
In Ostdeutschland, Polen, in der Tschechoslowakei und in Jugoslawien setzten die neuen Machthaber ihre bisherigen Verfolgungsmaßnahmen systematisch fort und nutzten außerdem die "bewährten" NS-Terrormethoden der "Juden- und Fremdarbeiterpolitik". Die Deutschen mußten z.B. vielerorts weiße Armbinden oder Hakenkreuze sichtbar auf ihrer Kleidung tragen, um sie öffentlich zu verhöhnen und zu erniedrigen. Fanatische Zivilisten mißhandelten die Geächteten gelegentlich auf "offener Straße" und rissen ihnen sogar oft die Kleidung vom Leib.
Da die neuen polnischen Machthaber nicht genügend disziplinierte Truppen und Polizeikräfte besaßen, übertrug man in Ostdeutschland den "Schutz der öffentlichen Sicherheit" zunächst an Milizen. In jede Stadt und in jedes größere Dorf wurden "Milizkommandanten" entsandt, um die sowjetischen Besatzungstruppen zu ersetzen. Manche Milizangehörige waren fragwürdige Gestalten. Die Milizen setzten sich überwiegend aus 18-20jährigen Zivilisten zusammen, die schnell erkannten, daß Raub und Plünderung des deutschen Eigentums behördlich gefördert bzw. unterstützt wurden.
Die Milizangehörigen, Partisanen und Geheimpolizisten waren damals die Herren über Leben und Tod. Sie waren überall unumschränkte Machthaber und terrorisierten die deutschen Einwohner. Da die Milizen keinen Sold erhielten, mußten sie sich selbst versorgen und führten unentwegt Raubzüge durch. Das gesamte Eigentum der "Staatsfeinde" wurde "beschlag-

nahmt", so daß die Ost- und Volksdeutschen schnell zu Bettlern wurden. Nachdem die Milizen Kommandanturen errichtet hatten, drangen immer mehr polnische und tschechische Zivilisten in die deutschen Siedlungsgebiete ein.
Die Geheimpolizei und Partisanen arbeiteten gewöhnlich mit den örtlichen Milizkommandanten zusammen, wenn es darum ging, die Deutschen mit schonungsloser Willkür und extremer Brutalität zu verfolgen. In der CSR wurden damals vermeintliche NS-Verbrecher von Partisanen und Milizen auf Markt- oder Sportplätzen zusammengetrieben, brutal mißhandelt und z.T. sogar öffentlich hingerichtet (x010/44). Erst in den Jahren 1946-1947 ließ die Schreckensherrschaft der Geheimpolizei und Milizen allmählich nach.
Die arbeitsfähige deutsche Bevölkerung wurde zwangsweise zum Arbeitseinsatz herangezogen. Sogar 8- bis 10jährige Kinder mußten Vieh hüten, Gespanne fahren oder andere leichte Arbeiten erledigen. Obgleich die Deutschen schwerste Zwangsarbeiten leisten mußten, rissen sie sich um fast jede Arbeit, denn ohne Arbeit gab es keine Verpflegung. Wer nicht verhungern wollte, mußte arbeiten.
In den Sommermonaten betrug die tägliche Arbeitszeit oftmals bis zu 15 Stunden. Während der Erntezeit wurde vom Sonnenaufgang bis zum Einbruch der Dunkelheit gearbeitet. Sonn- und Feiertage waren für die Deutschen "normale Arbeitstage".
Viele Zwangsarbeiter mußten ekelhafte und qualvolle Arbeiten ausführen. Besonders abscheulich waren die Bergung von Tierkadavern und die Bestattung der Leichen, die bereits seit Wochen und Monaten in den Ortschaften, an den Landstraßen oder auf den Feldern und Wiesen lagen. Diese grauenvollen, gesundheitsgefährdenden Arbeiten dauerten manchmal mehrere Wochen.
Während der schweren körperlichen Arbeit kam es täglich vor, daß kranke und erschöpfte Arbeitskräfte Schwächeanfälle erlitten und zusammenbrachen. Infolge der unmenschlichen Lebensbedingungen brachen schon bald vielerorts verheerende Epidemien aus. In jener Zeit führte man Beerdigungen nur noch ohne Särge durch. Die Toten wurden notdürftig in Kohlen- oder Kartoffelsäcke gepackt und in Massengräbern bestattet.
Nach der täglichen Zwangsarbeit durchsuchten überall hungrige Menschen leerstehende Häuser, Keller und Kartoffelmieten oder streiften durch Wälder und über Felder, um irgendwelche eßbaren Dinge zu ergattern. Für die Frauen war es besonders schwer, ihre Kinder und ihre gebrechlichen Eltern zu ernähren, denn obwohl sie selbst unterernährt waren und hungerten, mußten sie jeden Tag schwere Zwangsarbeiten leisten.
Falls die Deutschen nicht mehr arbeiten konnten, waren sie zwangsläufig dem Hungertod ausgeliefert. Da Kinder und alte Menschen im allgemeinen keine Lebensmittel erhielten, starben sie reihenweise. Nachdem man die letzten Vorräte geplündert hatte, wurde die Ernährungslage der rechtlosen Deutschen immer dramatischer.
Die Lebensverhältnisse der zurückgebliebenen Deutschen in Ostmitteleuropa wurden durch grenzenloses Leid, unendliche Not und absolute Rechtlosigkeit geprägt. Fast alle Deutschen vegetierten unter menschenunwürdigen Lebensbedingungen. In dieser erbarmungslosen Zeit rückten alle verfolgten Deutschen eng zusammen. Man half sich nach besten Kräften, wo immer es möglich war. Standesunterschiede gab es schon längst nicht mehr.
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1954 über die Lebensverhältnisse der Deutschen im sowjetisch verwalteten Teil Ostpreußens (x001/90E-91E): >>Die weitgehende Entvölkerung und wirtschaftliche und verkehrsmäßige Abschließung des Landes, besonders aber die brutale sowjetische Behandlung seiner wenigen deutschen Menschen führte im Nordteil Ostpreußens seit 1945 zu einem Prozeß wachsender Verelendung, Verwilderung und Primitivisierung, demgegenüber die zur gleichen Zeit in manchen Gegenden Schlesiens und Pommerns herrschenden Zustände als noch kultiviert erscheinen mochten. In wenigen Jahren verwischten sich die Züge einer alten europäischen Kul-

turlandschaft und den Menschen verwandelte sich ihre Heimat unter ihren Augen in eine unheimliche Fremde.
... Eine organisierte allgemeine Lebensmittelversorgung, d.h. eine Ausgabe und regelmäßige Belieferung von Lebensmittelkarten, hat es im nördlichen Teil Ostpreußens offenbar nirgends gegeben. Für Alte, Kranke und Kinder begann die Ernährungslage in den Städten und besonders in Königsberg bald katastrophal zu werden. ...
Eine Ausnahme bildeten in dieser Beziehung lediglich die wenigen qualifizierten Facharbeiter, die als Spezialisten meist ausreichende Verpflegung und mitunter sogar Bezahlung erhielten. Im übrigen hat aber wohl in keiner anderen deutschen Stadt der Hunger in den Jahren 1945-47 so viele Opfer gefordert wie in Königsberg. Große Teile der Bevölkerung nährten sich von Abfällen, und die Verwilderung führte schließlich sogar dazu, daß Fleisch getöteter Menschen feilgeboten wurde.
So unglaubwürdig dies erscheinen mag, so kann doch zufolge mehreren Berichten kein Zweifel daran sein, daß der Verkauf und Genuß von Menschenfleisch in Königsberg mehrfach vorgekommen ist und daß dadurch in hohem Maße Entsetzen und Unruhe unter der deutschen Bevölkerung hervorgerufen wurden.
Furchtbare hygienische Verhältnisse trugen das Ihre dazu bei, daß Typhus-, Ruhr-, Krätze-, ja selbst Malariaepidemien um sich griffen und die Sterblichkeit in unerhörtem Maße stieg. 2 Jahre lang - vom Sommer 1945 bis zum Sommer 1947 - hielt die hohe Sterblichkeit in Königsberg infolge der Unterernährung und der Epidemien an. Innerhalb dieser 2 Jahre ist von rd. 70.000 Deutschen, die im Sommer 1945 in Königsberg registriert worden waren, mindestens die Hälfte gestorben. ...
Etwas günstigere Voraussetzungen bestanden anfangs für die Landbevölkerung, ... so daß sie ein kümmerliches Leben fristen konnte. Hier und dort wurde jedoch auch sie schon im Sommer 1945 zu verzweifelten Handlungen getrieben. Manchen ... blieb nichts anderes übrig, als bei den russischen Soldaten um Nahrung zu betteln. Die Gutmütigkeit und Freigebigkeit einzelner Russen kleinen Kindern und ihren Müttern gegenüber, die in seltsamem Kontrast zu den vielen Exzessen und Ausschreitungen stand, haben für manche deutsche Familie eine große Hilfe in ihrer furchtbaren Not bedeutet. ...<<
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1954 über die Lebensverhältnisse der Deutschen in den polnisch verwalteten deutschen Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie (x001/102E-105E): >>Entschieden schlechter als auf dem Lande war die Ernährungslage in den Städten. ... Da weder Lebensmittel im Lande waren, noch die Betriebe arbeiteten, lagen die Läden und Geschäfte still. Deutsches Geld war nahezu wertlos geworden, und selbst in Großstädten wie Breslau wurde die Entlohnung für die arbeitende Bevölkerung fast ausschließlich in Naturalien gezahlt.
Auch die Strom- und Wasserversorgungswerke, ebenso die öffentlichen Verkehrseinrichtungen arbeiteten in den deutschen Ostgebieten während der Zeit der sowjetischen Militäradministration wohl fast nirgends. Die Ursache lag z.T. darin, daß manche Versorgungsanlagen durch Kriegseinwirkungen zerstört, die wichtigsten Fabriken demontiert und die Magazine geplündert waren.
Eine sehr verhängnisvolle Wirkung hatte es aber auch, daß bereits im Sommer 1945 nach Ostpreußen, Ostpommern und Schlesien eine große Anzahl polnischer Zivilpersonen eingeströmt war und sogleich begonnen hatte, die Geschäfte und Handwerksbetriebe ebenso wie die Bauernhöfe für sich zu beschlagnahmen. Jede Initiative zur Neubelebung des Wirtschaftslebens, die von der städtischen deutschen Bevölkerung hätte ausgehen können, wurde dadurch im Keime erstickt.
... Auch für Niederschlesien gilt, daß die Mehrzahl der Städte einer wachsenden Verwahrlosung anheimfielen, verwilderten und ihr deutsches Gesicht zu verlieren begannen. Es

war überall das gleiche Bild ...
Die katastrophale Lage in den Städten Ostdeutschlands während des Sommers und Herbstes 1945 wird am deutlichsten veranschaulicht durch die unerhört hohe Sterblichkeit unter den Deutschen infolge des Hungers, der unhygienischen Verhältnisse und der großen körperlichen Erschöpfung. Nahezu in allen Städten Ostdeutschlands wüteten Typhusepidemien, in Breslau und den kleineren schlesischen Städten ebenso wie in Ostpreußen, Ostpommern und Ostbrandenburg. In den pommerschen Städten scheint die Zahl der dabei entstandenen Menschenverluste am höchsten gewesen zu sein. So starb in Treptow und Stolp etwa ein Drittel der Einwohner während des Sommers und Herbstes 1945.
Ehe die Städte und Dörfer Ostdeutschlands offiziell unter polnische Verwaltung gestellt wurden und die russischen Besatzungsorgane ihre Kompetenzen an den polnischen Staat übergaben, kam es zu einer teilweise recht langen Periode des Überganges, des Nebeneinander- und Durcheinanderregierens von Polen und Russen, was vor allem für die im Lande befindlichen Deutschen höchst unerfreuliche Zustände schuf. ... Besonders im südlichen Ostpreußen, in Danzig, Oberschlesien und in manchen Gegenden Pommerns war das Gesicht der Städte und Dörfer schon im Frühjahr und Sommer stärker von den Polen als von russischen Truppen geprägt. An vielen Orten hatten sich sogar schon im Frühjahr 1945 polnische Verwaltungsbehörden etabliert.
Während sich das reguläre polnische Militär als Besatzungstruppe offenbar im allgemeinen korrekter verhielt als die russischen Truppen, wurde die aus bewaffneten polnischen Zivilisten bestehende polnische Bürgermiliz bald von der deutschen Bevölkerung mehr gefürchtet als die Truppen der Roten Armee.
Aus dem Nebeneinander polnischer Behörden und russischer Kommandanturen, die weiter bestehen blieben, ergaben sich im Sommer und Herbst 1945 fortgesetzte Überschneidungen polnischer und russischer Anordnungen, wodurch die allgemeine Rechtlosigkeit und Unsicherheit für die deutsche Bevölkerung erheblich gesteigert wurden. ...
Die Kompetenzverhältnisse zwischen den polnischen Behörden und der sowjetischen Militäradministration waren in der Regel für die deutsche Bevölkerung völlig undurchsichtig, wahrscheinlich oft auch tatsächlich ungeklärt. ...
Das Verhältnis zwischen Polen und Russen war in Ostdeutschland infolge der gegenseitigen Konkurrenz in der Beherrschung des Landes naturgemäß sehr gespannt, und in vielen Orten ist es zu fortgesetzten Auseinandersetzungen, ja sogar zu Schießereien zwischen ihnen gekommen. Neben der alten nationalen Feindschaft hat dabei vor allem die Tatsache mitgewirkt, daß die russischen Truppen in Ostdeutschland einen systematischen Abbau aller wertvollen Sachgüter betrieben und den Polen ein Land übergaben, dessen Landwirtschaft und Industrie weitgehend ausgeraubt waren.
Nachdem auf der Potsdamer Konferenz (17. Juli bis 2. August 1945) durch alliierten Beschluß - als provisorische Regelung bis zur endgültigen Entscheidung in einem Friedensvertrag - Ostdeutschland auch mit Zustimmung der Westmächte unter polnische Verwaltungshoheit gestellt worden war, sahen sich die Polen in ihren Bestrebungen gestärkt und setzten nunmehr die Polonisierung Ostdeutschlands mit gesteigerter Intensität fort. Obwohl ein Teil der sowjetischen Truppen im Lande blieb und russische Militärkolchosen noch jahrelang in Ostdeutschland bestanden, war die Zeit der sowjetischen Militärverwaltung in Ostdeutschland mit dem Herbst 1945 im allgemeinen zu Ende.<<
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1954 über die Gewalttaten und Zerstörung der Lebensgrundlagen in den polnisch verwalteten deutschen Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie (x001/108E-110E,112E-117E): >>... In einem großen Teil des deutschen Staatsgebietes erfolgte die Verwaltungsübernahme durch polnische Behörden schon im Frühjahr 1945. In Elbing geschah sie am 1. April, in Osterode, Sensburg

und anderen südostpreußischen Kreisstädten im Mai. Im oberschlesischen Industriegebiet wurde von der einmarschierenden sowjetischen Armee sofort die Aufstellung einer polnischen Miliz organisiert und diese von Anfang an mit der Beaufsichtigung der Deutschen beauftragt. Bereits im Februar, März und April strömten massenhaft Polen über die alte polnisch-deutsche Grenze in diese Gebiete ein. ...
Selbst für Niederschlesien, in dessen Orten im allgemeinen erst im Sommer und Herbst eine organisierte polnische Verwaltung einsetzte, bestand seit Ende April eine Wojewodschaftsbehörde, die damals, als Breslau noch nicht gefallen war, ihren Sitz in Liegnitz hatte und erst später nach Breslau umsiedelte.
Ähnlich verhielt es sich in Ostpommern. Auch dort wurden schon im Mai 1945 manche Städte und Dörfer von polnischen Behörden regiert. ...
Im Sommer und Herbst 1945 wurde in den unter polnische Verwaltung gestellten ostdeutschen Provinzen allgemein der Zloty als Währung eingeführt. Die deutschen Orts- und Straßennamen wurden beseitigt, und polnische Namen traten an ihre Stelle. Die polnische Sprache wurde als Amtssprache obligatorisch ...<<
>>... Zu einer offenen Demonstration, die in tragischer Weise die Verkettung von altem und neuem Unrecht deutlich machte, kam es überall dort, wo Massengräber von polnischen Arbeitern, polnischen Kriegsgefangenen oder polnischen Juden gefunden wurden, die aus der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft stammten. In solchen Fällen war es eine beliebte Maßnahme, die Deutschen aus der umliegenden Gegend an den aufgefundenen Massengräbern zusammenzutreiben und sie unter den anfeuernden Rufen eines schaulustigen Publikums unter Schlägen und Mißhandlungen zu zwingen, die Gräber auszuheben und die Leichen zu bergen. ...
Wenn von Vergeltungsakten und Verhaftungen naturgemäß nur ein Teil der deutschen Bevölkerung betroffen wurde, so wirkte sich der von den Polen eingeführte unbedingte Arbeitszwang auf fast alle Deutschen aus.
... Die Verpflegung war dabei im allgemeinen schlechter als bei den entsprechenden Aktionen der Russen. Doch es half kein Weigern. Kommandos der polnischen Miliz durchzogen die Dörfer und trieben Arbeitskolonnen von Deutschen zusammen. In den Städten sind die deutschen Einwohner, sobald sie zu einer Arbeit benötigt wurden, auf offener Straße aufgegriffen und unter bewaffneter Aufsicht zum Arbeitseinsatz geführt worden. Selbst der Kirchgang am Sonntag schützte nicht davor. ...
Da die Zwangsarbeit nur eine völlig unzureichende Verpflegung einbrachte und die Deutschen ohne geldliche Entlohnung die geforderten hohen Zloty-Preise nicht aufbringen konnten, dauerte die bereits unter russischer Besatzung herrschende Hungersnot auch unter polnischer Verwaltung an. ... Um in den Besitz polnischen Geldes und der von Polen eingeführten Lebensmittel zu kommen, blieb den Deutschen nur die Möglichkeit, die letzten ihnen verbliebenen und über die zahllosen Plünderungen geretteten Sachgüter und Wertgegenstände gegen Lebensmittel zu verschleudern.
Hunger, Entkräftung und Epidemien in den Städten waren auch zur Zeit der polnischen Verwaltung ständiger Begleiter der deutschen Bevölkerung und forderten viele Opfer. In der Großstadt Breslau trieb der Hunger die Deutschen dazu, bei Russen und Polen zu betteln und die Abfalltonnen nach eßbaren Resten abzusuchen. Die Verelendung der Deutschen schritt immer weiter fort, je mehr Polen ins Land kamen und sich allen deutschen Eigentums und des deutschen Grundbesitzes bemächtigten. ...
Bereits am 2. März 1945 hatte die Polnische Provisorische Regierung das Dekret "über aufgegebene und verlassene Vermögen" erlassen, welches verfügte, daß aller Besitz von Personen, die vor der Roten Armee geflohen und nicht zurückgekehrt waren, dem polnischen Staat anheimfalle und daß ferner sämtliches Vermögen des Deutschen Reiches und von Personen

deutscher Staatsangehörigkeit grundsätzlich als "aufgegebenes Vermögen" zu gelten habe und gleichfalls an den polnischen Staat übergehe. ...
Infolge der Übernahme aller deutschen Vermögen durch den polnischen Staat waren die Deutschen in ihren Höfen auf dem Lande und in ihren Wohnungen in der Stadt nur noch auf Abruf geduldet, mußten teils für ihre eigenen Häuser Miete zahlen und hatten ständig damit zu rechnen, ihr formell bereits enteignetes Vermögen auch faktisch zu verlieren und ihre Wohnung verlassen zu müssen. ...
Die Übernahme deutschen Besitzes durch polnische Zivilpersonen und deren Ansiedlung in den deutschen Ostgebieten verlief bis gegen Ende des Jahres 1945 in wenig geregelter Form und brachten die davon betroffene deutsche Bevölkerung in eine Lage, in der sie nicht mehr zwischen willkürlichen Bereicherungen und Plünderungen einzelner Polen und amtlichen Maßnahmen der polnischen Behörden zu unterscheiden vermochte.
Zunächst begann die polnische Besitzergreifung Ostdeutschlands damit, daß viele der polnischen Zivilarbeiter und Kriegsgefangenen, die sich bei der Eroberung durch die Rote Armee in den Dörfern und auf den Gütern Ostdeutschlands befanden, sich leerstehende Gehöfte oder auch Häuser in den Städten aneigneten und sich dort unter wohlwollender Duldung der Russen als neue Besitzer einrichteten. ...
Ein Teil der ins Land gekommenen Polen wollte sich, nachdem die Provisorische Regierung die Bevölkerung Polens zur Ansiedlung in den ostdeutschen Gebieten aufgefordert hatte, in den verlassenen Höfen der Deutschen und ihren Häusern als Ansiedler niederlassen, ein anderer Teil der polnischen Ankömmlinge bestand aber aus Spekulanten, Schiebern, Beutemachern, die nur eine günstige Chance der Bereicherung witterten, ohne daß sie die Absicht hatten, im Lande zu bleiben.
Manche von ihnen stellten sich der Miliz zur Verfügung, andere gaben sich gegenüber den polnischen Behörden in den deutschen Orten als Ansiedler aus, gewannen auf diese Weise schnell Vermögen, das sie bald abtransportierten oder verkauften, und kehrten darauf nach Polen zurück, um das gleiche Experiment an anderer Stelle zu wiederholen. ...
... Es scheint dabei die Tendenz vorgelegen zu haben, die am weitesten westlich gelegenen Teile Ostdeutschlands zuerst zu besiedeln, um auf diese Weise an der Oder und Neiße eine unumstößliche Tatsache zu schaffen. ... Jetzt begannen die polnischen Aussiedler im Einvernehmen mit den örtlichen Verwaltungs- und Milizbehörden die im Lande verbliebene deutsche Bevölkerung aus ihren Wohnungen und Häusern zu verweisen.
Handelte es sich um einzelne polnische Ankömmlinge, so erfolgte die Besitzergreifung von Häusern und Gehöften während jener ersten Zeit der sehr mangelhaft organisierten Ansiedlung vielfach in der Weise, daß die betreffenden Polen sich in den deutschen Dörfern und Städten einen Hof oder ein Haus aussuchten, sich diese von den zuständigen polnischen Bürgermeistereien anweisen ließen und mit Hilfe polnischer Miliz die Deutschen aus dem gewünschten Grundstück vertrieben.
Aber auch dort, wo die polnischen Ansiedler in geschlossenen Transporten ankamen und von der polnischen Miliz in die Häuser der Deutschen eingewiesen wurden, geschah dies vielfach in der Form einer brutalen Vertreibung, wobei die deutschen Einwohner oft in Minutenfrist und mit nur wenigem Gepäck ihre Wohnungen verlassen mußten.
In manchen Städten und Dörfern sind die polnischen Behörden noch rigoroser verfahren. Sie ließen mit Hilfe der Miliz ganze Orte vorübergehend von der deutschen Bevölkerung räumen, währenddessen wurde der deutsche Besitz durchgeplündert, die wertvollen beweglichen Teile mit Lastwagen abtransportiert und die besten Häuser von Polen besetzt, ... bis am Ende nur die schlechtesten Viertel als eine Art deutsche Ghettos übrig blieben. Der Verlust der Heimat war damit bei den noch in den Ostprovinzen lebenden Deutschen im Grunde schon vor der Ausweisung vollzogen.

Am stärksten setzten sich die Polen zunächst auf dem Lande fest. Dies kam vor allem daher, daß die Hauptmasse der Ansiedler im Sommer und Herbst 1945 aus den an Rußland abgetretenen ostpolnischen, fast rein agrarischen Gebieten stammten. Mit nur wenig Handgepäck ankommend, wurden sie in die deutschen Dörfer eingewiesen. ...<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1957 über die Gewalttaten und Zerstörung der Lebensgrundlagen in der Tschechoslowakei (x004/-32,36-37,62-72): >>Schon in den ersten Wochen nach Beendigung der Kampfhandlungen begann der Abzug der sowjetischen Kampftruppen. Für die deutsche Bevölkerung in den Ortschaften entlang den Abzugsstraßen bedeutete dies eine Fortsetzung oder Wiederholung der schon beim Einmarsch erlebten Ausschreitungen und Plünderungen. ...

Mag auch in einzelnen Fällen die Besatzungsmacht von sich aus die Deutschen zu ... Arbeiten befohlen haben, so steht doch fest, das meist tschechische Behörden auf Anforderung die Frauen und Männer zu Hilfsdiensten für die sowjetische Besatzung bestimmten. Für die bis Dezember 1945 in der CSR verbliebenen sowjetischen Truppen wurden Arbeitskommandos dann fast ausschließlich von den deutschen Insassen der Gefängnisse und Internierungslager gestellt. Ihre Behandlung war unterschiedlich, z.T. waren diese Kommandos wegen ihrer schlechten Behandlung gefürchtet, z.T. aber wegen der guten Verpflegung begehrt, die die Internierten in den Kasernen erhielten.

Blieben auch die Rotarmisten in ihrem Verhalten unberechenbar und die Erlebnisse des sowjetischen Einmarsches unvergessen, so läßt sich doch schon in den ersten Monaten der Konsolidierung der Tschechoslowakischen Republik und des beginnenden Verfolgungssystems gegen die Sudetendeutschen feststellen, daß sich sehr oft russische Soldaten schützend und helfend auf die Seite der Verfolgten stellten. Je stärker die Tschechen als Exponenten der Vergeltungspolitik gegen die Sudetendeutschen hervortraten, um so positiver wurde die Haltung der sowjetischen Soldaten beurteilt und in den Berichten geschildert. ...<<

>>... In den Orten, ... wo eine tschechische Minderheit oder gar eine Mehrheit vorhanden war und die Verwaltung sofort in tschechische Hände überging, setzte bald die Drangsalierung und Entrechtung der Deutschen durch einheimische Tschechen und mehr noch durch die aus Innerböhmen und Mähren zuströmenden Tschechen ein. ...

Mit der Stabilisierung der tschechischen Verwaltung in den deutschen Ortschaften im Laufe des Sommers und dem gleichzeitig einsetzenden Abzug der amerikanischen Besatzungstruppen gewannen die administrativen deutschfeindlichen Maßnahmen der immer selbstbewußter auftretenden Tschechen an Wirksamkeit. Immerhin unterblieben im amerikanisch besetzten Westsudetenland jene "wilden" Austreibungsaktionen, die in der sowjetisch besetzten Zone bereits Ende Mai einsetzten und ungeachtet der Potsdamer Beschlüsse den ganzen Sommer hindurch anhielten. ...<<

>>... Die zuerst in Kinos, Schulen und Kasernen festgehaltenen Prager Deutschen wurden nach einigen Tagen meist in große Sammellager wie das Stadion Strahov, in dem sich zeitweilig 10.000-15.000 Internierte befanden, Reitschule und Stadion Slavia gebracht, wo sich ihre Lage nicht verbesserte. Sie litten hier weiterhin unter quälendem Hunger. In den Nächten drangen Gruppen sowjetischer Soldaten ungehindert oder gar begünstigt von tschechischem Wachpersonal ein und schändeten Frauen und Mädchen. ...

Bald nach den Tagen des Aufstandes begann die "Säuberung Prags von den Deutschen". Diese wurden als Zwangsarbeiter in die Landwirtschaft, teils in das aus der Zeit des NS-Regimes bekannte Konzentrationslager Theresienstadt verbracht, wo viele von ihnen den Tod fanden. Nicht viel besser waren die Zustände in den am Stadtrand gelegenen Prager Lagern, von denen Hagibor besonders genannt werden muß.

In diesen Lagern verblieben die internierten Prager Deutschen bis zu ihrer Austreibung und Ausweisung. ...

Mitte Mai verlegte die provisorische Regierung ihren Sitz von Kaschau nach Prag und begann entsprechend ihrem im April verkündeten Programm die Neuordnung des Staates, bei der die Nationalausschüsse eine entscheidende Rolle spielten. ...
Bereits das Dekret vom 4. Dezember 1944 hatte die Sudetendeutschen als "staatlich unzuverlässige Bevölkerung" grundsätzlich von der verantwortlichen Beteiligung an der Verwaltung ausgeschlossen und für die rein deutschen Gemeinden und Bezirke die Ernennung von Verwaltungskommissaren bzw. -kommissionen vorgesehen.
Die auf Grund der Regierungsverordnung vom 5. Mai 1945 mit diesem Amt betrauten Personen zeigten fast durchweg eine unversöhnliche Haltung gegenüber den Sudetendeutschen. Im allgemeinen scheint hier der kommunistische Einfluß besonders groß gewesen zu sein; ein englischer Autor spricht geradezu von einem Parteistaat im Staate, der in den Grenzgebieten unter dem Einfluß der kommunistischen Minister des Innern (Nosek) und der Landwirtschaft (Duris) errichtet worden sei. ...
Die systematische Entrechtung der Sudetendeutschen vollzog sich in den verschiedenen Orten und Gegenden Böhmens und Mährens in sehr verschiedenem Tempo, am langsamsten im allgemeinen in den rein sudetendeutschen Gebieten. Das lag vor allem daran, daß die Tschechen hier erst im Laufe des Sommers einströmten.
Eine üble Rolle spielte dabei wieder die "Revolutionsgarde". Sie hatte nach Beendigung der Kampfhandlungen einen starken Zulauf aus denjenigen Bevölkerungsschichten erhalten, die nun ohne ein persönliches Risiko sowohl an dem Nimbus, mit dem die Partisanen umgeben waren, als auch an den zugedachten Vorteilen im neuen Staat teilhaben wollten. Bereits im Programm der provisorischen Regierung vom 5. April 1945 war u.a. besonders den Partisanen und Widerstandskämpfern eine Bevorzugung bei der Verteilung des konfiszierten Vermögens der Deutschen und Madjaren versprochen worden.
... Einzelne Gruppen oder Abteilungen der Revolutionsgarde, denen sich im tschechischen Siedlungsgebiet kein Betätigungsfeld bot, dehnten ihre Aktionen auf die sudetendeutschen Gebiete aus und unternahmen regelrechte Strafexpeditionen, bei denen sie die Bewohner ganzer Ortschaften zusammentrieben, einzelne Personen oder mehrere Einwohner auf Grund von Denunziationen oder nach willkürlicher Auswahl mißhandelten und erschossen und die Häuser und Wohnungen ausplünderten. Nicht selten wurden die Exekutionen öffentlich vor der dazu versammelten Bevölkerung und vor den Augen der Familienangehörigen durchgeführt. ...
In manchen Ortschaften setzte sich die Revolutionsgarde für längere Zeit fest und errichtete hier ein Terrorsystem mit systematischen Quälereien der deutschen Bevölkerung. Diese wurden in demagogischen Reden, Presseartikeln und Schriften der Repräsentanten der verschiedensten politischen Richtungen, die jede für sich das größte Verdienst in der Säuberung der CSR von den Deutschen beanspruchten und sich in der Verdammung der Sudetendeutschen überboten, als gerechte Sühne für die Untaten der NS-Zeit begründet und entschuldigt.
Durch ein vor allem unter kommunistischem Einfluß zustande gekommenes Gesetz vom 8. Mai 1946, das an ähnliche Maßnahmen der nationalsozialistischen Revolution erinnert, sind alle Ausschreitungen nachträglich als rechtmäßig anerkannt und sanktioniert worden.
Die tschechische Presse, gleich welcher Observanz, trug durch Hetzartikel und Berichte über Unglücksfälle, die lange nach der Kapitulation als Sabotageakte des Werwolfs dargestellt wurden, und die fortdauernde Gefährlichkeit der Deutschen erweisen sollten, nicht wenig dazu bei, jedes Vorgehen gegen das Sudetendeutschtum zu rechtfertigen und zu ermutigen.
So wurde eine am 31. Juli 1945 wahrscheinlich durch Unachtsamkeit ausgelöste Explosion eines Munitionslagers in dem Aussiger Vorort Schönpriesen von den Tschechen als Sabotageaktion des Werwolfs ausgelegt.
Die aufgehetzte Menge veranstaltete daraufhin ein Blutbad unter der deutschen Bevölkerung,

griff sie auf den Straßen an oder holte sie aus den Wohnungen und machte sie nieder. Als die Arbeiter der Firma Schicht AG nach Arbeitsschluß über die Elbebrücke zu ihren Wohnungen strömten, wurden sie von einer fanatischen Menge auf der Brücke zusammengeschlagen, z.T. niedergemacht oder in die Elbe geworfen. Selbst vor Frauen und Kindern machte der Mob nicht halt. Polizei und tschechisches Militär versuchten nicht, das Morden zu verhindern, sondern beteiligten sich sogar daran. Die genaue Zahl der Opfer wird sich nie ermitteln lassen. Die Angaben schwanken zwischen 1.000 bis 2.700. ...<<

Das Bundesarchiv Koblenz berichtete im Jahre 1974 über das Schicksal der Volksdeutschen in der Tschechoslowakei (x010/44-46): >>In weitaus überwiegender Mehrzahl sind Schwerpunkte der Übergriffe im Innern Böhmens und Mährens sowie in den östlichen und mittleren Gebieten des Sudetenlandes zu verzeichnen, die zum sowjetischen Besatzungsgebiet gehörten.
...
In den einzelnen Gemeinden erreichten die Ausschreitungen Höhepunkte in den dem Prager Aufstand folgenden Wochen und Monaten, als dort Abteilungen der Revolutionsgarde sowie auch Einheiten der Befreiungsarmee ein Terrorsystem gegenüber den Deutschen entfachten. Aus einer Anzahl von Gemeinden wird über öffentliche Exekutionen berichtet, denen z.T. die Einsetzung improvisierter Volksgerichte vorausging. Die diesen vorgeführten Personen wurden während und nach den Verhören auf das schwerste mißhandelt oder auch zu Tode gefoltert. Angehörige der SS wurden vielfach gleich nach ihrer Verhaftung erschossen. Dasselbe Schicksal erlitten oft heimgekehrte Soldaten.
Die offizielle Einrichtung von außerordentlichen Volksgerichten stützte sich auf das Dekret des Präsidenten der Republik vom 19.06.1945 "über die Bestrafung der nazistischen Verbrecher, der Verräter und ihrer Helfershelfer sowie über die außerordentlichen Volksgerichte". Jedoch noch vor Verkündigung dieses Dekrets waren dem Berichtsmaterial zufolge allein mehr als 1.000 Menschen durch Mißhandlungen bei jenen improvisierten Schauprozessen durch Erschießen und Erhängen getötet worden.
Ein Geschehnis besonderer Art waren die Ausschreitungen in der Stadt Aussig am 31.07.1945, ausgelöst durch die Explosion eines Lagers deutscher Beutemunition in dem dortigen Vorort Schönpriesen, die von den Tschechen als deutsche Sabotageaktion des Werwolfs ausgelegt wurde. Mit weißen Armbinden gekennzeichnete Deutsche wurden auf den Straßen niedergeschlagen.
Als nach Arbeitsschluß die Arbeiter der Firma Schicht AG über die Elbebrücke zu ihren Wohnungen eilten, wurden sie von der aufgehetzten Menge auf der Brücke angegriffen, teils erschlagen oder in die Elbe geworfen. Auch die Frauen und Kinder erlitten dasselbe Schicksal. Die Angaben über die Anzahl der Opfer sind in den einzelnen Berichten unterschiedlich. Die Schätzungen betragen 700 bis 2.700 Personen.
... Zu den unmenschlichen Handlungen der Revolutionsgarde sowie der "Svoboda-Armee" sind ferner die sog. "wilden Ausweisungen" von Bewohnern ganzer Ortschaften zu rechnen, die ihren Höhepunkt in den Sommermonaten Juni und Juli 1945 erreichten. Die Ausgewiesenen grenznaher Kreise mußten tagelange Fußmärsche unter Mißhandlungen der Bewachungsmannschaft bei spärlichster Verpflegung zurücklegen. Es wird berichtet, daß hierbei Kranke und Erschöpfte erschossen wurden.
Mehr als 20.000 Brünner Deutsche, darunter Greise sowie Mütter mit kleinen Kindern, wurden Ende Mai 1945 zur österreichischen Grenze getrieben. Die Mehrzahl wurde dort von österreichischen Grenzwachen zurückgewiesen und mußte dann Wochen und Monate, teils auf freiem Feld, im grenznahen Pohrlitz unter unmenschlichen Verhältnissen verbringen. Die Zahl der hier Umgekommenen wird auf mehrere Tausende geschätzt.<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1957 über die Gewalttaten und Zerstörung der Lebensgrundlagen in der Slowakei (x004/172-

174,176): >>Da die Zurückgebliebenen (Slowakei-Deutschen) zumeist fließend die Landessprache beherrschten, versuchten sie mit Hilfe ihrer slowakischen Bekannten und Verwandten unterzutauchen. Auf diese Weise entzogen sie sich der Fahndung nach Deutschen, ein Teil von ihnen wurde aber zusammen mit Slowaken, die sich unter dem zusammengebrochenen Regime exponiert hatten, zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion verschleppt. ...
Auf Grund ihrer slowakischen Sprachkenntnisse gelang es aber einem erheblichen Teil der Karpatendeutschen, sich als Slowaken auszugeben und sich den gegen die Deutschen ergriffenen Maßnahmen zu entziehen. ...
Wurden die Rückkehrer während des Transportes als Deutsche erkannt, verloren sie durch Raub und Plünderung die gesamte verbliebene Habe, ja sie hatten sogar um Leib und Leben zu fürchten. ... Denn die in der wiedererrichteten Tschechoslowakischen Republik gegen die Deutschen erlassenen Dekrete, Gesetze und Verordnungen galten in der Slowakei, die nun seit der Kaschauer Proklamation ... wieder Bestandteil des tschechoslowakischen Staates geworden war, ebenso wie in den Sudetenländern.
Die Heimkehrer fanden ihre Häuser und Höfe versiegelt, von Slowaken bewohnt oder zum mindesten ausgeplündert. ... Nach der polizeilichen Anmeldung wurden sie ... meist zur Zwangsarbeit herangezogen, mußten ... bei kärglichster Verpflegung und zumeist diffamierender Behandlung, die Schäden ausbessern, die während der Zeit der kurzen Kämpfe und des sowjetischen Einmarsches entstanden waren. ...<<
>>... Der slowakische Bauer entdeckte bald, daß das neue Regime in seinen Praktiken die propagierte Freiheit in keiner Weise verwirklichte und behielt sein natürliches Gefühl für Recht und Unrecht mehr als der radikalisierte Tscheche.
Die Verordnungen als solche blieben wohl in aller Schärfe bestehen. Mit ihnen blieb die offizielle Diffamierung aller Deutschen, aber die private Sphäre, das persönliche Miteinander-Zurechtkommen, war von einem verträglicheren Geist erfüllt. Die kleine Gruppe der fanatischen Deutschenfeinde – Opfer des NS-Regimes, die an den Volksdeutschen Vergeltung üben wollten oder die in der Mehrzahl kommunistisch gesinnten Partisanen – war im öffentlichen Leben nicht mehr allein bestimmend. Willkür und Haßausbrüche wurden Einzelerscheinungen.
Alle diese Erleichterungen, die dem Schicksal der Slowakei-Deutschen viel von seiner Härte genommen haben, änderten allerdings nichts an der Tatsache, daß die Deutschen in der Slowakei Entrechtete waren, die keine legale Möglichkeit hatten, einen normalen, ihrer Ausbildung und ihrer Fähigkeit entsprechenden Arbeitsplatz zu erhalten oder gar Besitz zu erwerben. Sie lebten gleichsam auf Abruf, jederzeit auf eine weitere Verschlechterung ihrer Situation gefaßt, aber immer noch in der Hoffnung, daß sich die Verhältnisse normalisieren und damit bessern würden.
Wer die Ausweglosigkeit der Situation erkannte oder die Unsicherheit dieser aufgezwungenen Lebensführung nicht ertragen konnte, ergriff jede sich bietende Gelegenheit, nach Österreich und von dort weiter nach Westdeutschland zu flüchten. ... Der größte Teil, der zu dieser Zeit in der Slowakei lebenden Deutschen blieb jedoch im Lande, bis auch ihm die anlaufende Ausweisungsaktion keine Wahl mehr ließ.<<
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1961 über die Gewalttaten und Zerstörung der Lebensgrundlagen in Jugoslawien (x006/98E,102E-107E): >>Die Grundlagen der Deutschenpolitik der Partisanen scheinen bereits seit den Beschlüssen des "Antifaschistischen Rates vom 21.11.1944 festgelegt gewesen zu sein. Ihr Ziel war die Aberkennung der Bürgerrechte und die gewaltsame Enteignung der Deutschen, ihre Degradierung zu besitzlosen und unerwünschten Bürgern. ...<<
>>... Der "Antifaschistische Rat der Volksbefreiung Jugoslawiens" (AVNOJ), der als provisorische Volksvertretung fungierte, ... (faßte) auf seiner Sitzung vom 21.11.1944 in Belgrad den "Beschluß über den Übergang von Feindvermögen in Staatseigentum".

Mit dem Inkrafttreten dieses Beschlusses am gleichen Tage wurde "sämtliches Vermögen von Personen deutscher Volkszugehörigkeit, außer dem Vermögen derjenigen Deutschen, die in den Reihen der Nationalen Befreiungsarmee und der Partisaneneinheiten Jugoslawiens gekämpft haben oder die Staatsangehörige neutraler Staaten sind, die sich während der Okkupation nicht feindlich verhalten haben" (Art. I, 2), konfisziert, wobei der Eigentumsbegriff des Beschlusses schlechthin allen materiellen Besitz samt allen Rechten und Ansprüchen auf Entgelt einschloß (Art. III).
Das Vermögen von Flüchtlingen wurde der "Staatsverwaltung für Volksgut unterstellt" (Art. II). Diese Blankovollmacht zur vollständigen Enteignung aller evakuierten, geflohenen und fast aller daheim gebliebenen Jugoslawiendeutschen gab den Partisanenausschüssen bis zur Aufhebung der Militärverwaltung im Februar 1945, anschließend den staatlichen Behörden, jede Möglichkeit deutsches Eigentum gleich welcher Art, vornehmlich natürlich den reichen Landbesitz, zu beschlagnahmen und entschädigungslos zum jugoslawischen Staatsbesitz zu erklären. ...
Das jugoslawische Gesetz vom 31.7.1946 über den "Übergang von Feindvermögen in das Eigentum des Staates" bestätigte noch einmal die Konfiskation alles Besitzes von Deutschen ohne Rücksicht auf deren Staatsangehörigkeit (Art. I, 2), d.h. ausgenommen wurden nur 5 genauer spezifizierte Personengruppen ...
Die Jugoslawiendeutschen wurden jedoch nicht nur enteignet. Durch den AVNOJ-Beschluß vom 21.11.1944 wurden sie auch pauschal zu "Volksfeinden" erklärt und zwar im "außergerichtlichen Verfahren", das hauptsächlich wegen der Konfiskation des Vermögens der Volksfeinde eingeführt wurde.
Damit war die Entziehung der bürgerlichen Rechte verbunden, die im extremsten Sinn außer der Enteignung auch den Verlust der persönlichen Freiheit, d.h. die Internierung zur Folge hatte und oft auch von Volksdeutschen und unteren Partisanenführern als Entziehung der Staatsangehörigkeit mißverstanden wurde. Eine Kollektivausbürgerung wie in anderen Vertreibungsländern ist jedoch in Jugoslawien nicht erfolgt ...
Im neuen Staatsangehörigkeitsgesetz vom 23.8.1945 wurden die Volksdeutschen nicht vom Besitz der jugoslawischen Staatsangehörigkeit ausgeschlossen. ...
... Das Staatsangehörigkeitsgesetz verlangte die Feststellung der Länderstaatsangehörigkeit am Stichtag des 28.8.1945. ... Für Volksdeutsche war die Eintragung in das Staatsangehörigkeitsregister solange ausgeschlossen, wie ihnen die bürgerlichen Rechte entzogen und sie ohne ständigen Wohnsitz waren.
Erst die Entlassung aus den Internierungslagern, aus der Kriegsgefangenschaft oder Haft mit der Erklärung "zu freien Bürgern der FVR Jugoslawien" ermöglichte und erforderte die Anmeldung zur Registrierung in der Staatsangehörigkeitskartei. ...
... Wenn man sich ... vor Augen hält, daß sich die Jugoslawiendeutschen seit dem Frühjahr 1945 geschlossen in Lagern befanden, wo es für sie um das bare Überleben ging, dann erscheint auch das Gesetz vom 25.8.1945 über "Straftaten gegen Volk und Staat" allenfalls als formalistische Abrundung der antideutschen Gesetzgebung. ... Gemäß diesem Gesetz (konnten) rückwirkend alle möglichen Handlungen von Volksdeutschen als den Interessen des jugoslawischen Staates oder seiner Völker zuwider klassifiziert werden. Ganz gleich, ob sie vor oder nach der Kapitulation vom April 1941 verübt worden waren, der Katalog der aufgezählten Vergehen erschien reichhaltig genug, um die Verhandlungen vor einem Volksgericht auf der Ebene der Bezirks- oder des obersten Republikgerichts zu rechtfertigen.
Dadurch wurden neue Möglichkeiten zur politischen Bestrafung geschaffen, die auch dazu gedient haben, in zahlreichen Prozessen gegen Deutsche hohe Strafen zu verhängen. Für den tiefsten Einschnitt in die Rechte der Volksdeutschen: für ihre Internierung und Unterwerfung unter Zwangsarbeit hat es überhaupt keine gesetzlichen Grundlagen gegeben, als "Volks-

feinde" sahen sie sich vielmehr "im außergerichtlichen Verfahren" jahrelang dieser Willkürbehandlung ausgesetzt. ...<<

Massenverhaftungen, Zwangsarbeit und Internierungslager in Ost-Mitteleuropa

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1954 über die Zwangsarbeit sowie Internierungslager in Polen (x001/131E-135E): >>Der Arbeitseinsatz der Deutschen in Polen begann schon unmittelbar nach der Besetzung mit Schanz- und Aufräumungsarbeiten im rückwärtigen Frontgebiet. Deutsche Frauen mußten, rohen Schikanen der polnischen Miliz ausgesetzt, von russischen Soldaten belästigt und vergewaltigt, bei völlig unzureichender Verpflegung Leichen bergen, Tierkadaver begraben, Munition und Kriegsgerät fortschaffen, Straßen und Wege freilegen und Häuser säubern. Später begann ein systematischer Einsatz in der Landwirtschaft und Industrie.

Um die große Zahl der dem Arbeitszwang unterliegenden Menschen erfassen und planvoll einsetzen zu können, wurde ein Netz von Arbeitslagern über das ganze Land gelegt. Zunächst dienten als solche die z.T. bereits im Zuge der Enteignungsaktion eingerichteten Internierungslager. Im Verlauf der Jahre 1945/46 reduzierte man ihre Zahl und faßte schließlich alle im polnischen Staatsgebiet internierten Deutschen in den großen Zentralarbeitslagern Potulice bei Bromberg, Gronowo bei Lissa und Sikawa bei Lodz zusammen, die erst in den Jahren 1949 und 1950 von der polnischen Regierung aufgelöst worden sind.

In diese Lager sind im Laufe der Zeit so gut wie alle Deutschen in Polen eingewiesen worden, relativ spät die deutschen Bewohner der größeren Städte, z.B. von Posen, Bromberg, Lodz, die aus ihren Wohnungen gewiesen vorher oft lange Zeit in Ruinen und Kellerlöchern gehaust hatten. In den Zentrallagern wurden sie alle registriert und auch diejenigen als Lagerangehörige geführt, die seit ihrer Enteignung in landwirtschaftlichen Betrieben und Wirtschaftsunternehmen arbeiteten.

Kranke und Arbeitsunfähige wurden ständig in den Lagern gehalten, und dorthin mußten auch die Arbeitsfähigen zu ihrer weiteren Verwendung zurückkehren, sobald sie ihren bisherigen Arbeitseinsatz beendet hatten. - Bei der Unterbringung in den "Stammlagern" und der Verschickung zum Arbeitseinsatz wurden die Familienangehörigen rücksichtslos auseinandergerissen.

Von den Lagern aus gingen verschiedene Transporte mit internierten deutschen Zwangsarbeitern nach dem oberschlesischen Industriegebiet, andere nach Warschau zu Aufräumungsarbeiten. Die Mehrzahl der Lagerinsassen wurde jedoch gruppenweise oder einzeln zur Landarbeit auf staatliche Güter oder private Höfe verteilt.

Um aus den Deutschen einen möglichst hohen Gewinn herauszuschlagen, ging man schon bald dazu über, von jedem, der deutsche Arbeitskräfte benutzte, einen Mietpreis zu fordern, wodurch die Sammellager zu einer Art von Sklavenmärkten wurden, auf denen man deutsche Arbeitskräfte anbot und verkaufte. Polnische Bauern und Unternehmer suchten sich die ihnen geeignet erscheinenden Männer und Frauen heraus, wobei der Mietpreis etwa ein Zehntel dessen betrug, was normalerweise der Lohn eines polnischen Arbeiters war.

Es war kein Wunder, daß der Wunsch, deutsche Arbeitskräfte zu bekommen, sehr groß war und daß die Deutschen mitunter zum Objekt von Schachergeschäften wurden, an denen sich vor allem mancher polnische Lagerleiter bereicherte. Die billige Arbeitskraft der internierten Deutschen wurde schließlich der Grund, daß man die Ausweisung, die für alle Deutschen im Dekret vom 13. September 1946 beschlossen worden war, sehr ungern sah, und sie zu verzögern trachtete.

Diese plötzliche Wertschätzung der Deutschen auf Grund ihrer Billigkeit und ihrer Arbeitskraft steigerte indessen nur die Erniedrigung, in die die deutsche Bevölkerung hinabgestoßen war, und trug kaum etwas bei, ihre Lage zu verbessern. Wehrlos mußten sie sich schwerste

Arbeitsleistungen abzwingen lassen und lebten in dürftigen Unterkünften bei schlechter Verpflegung, ohne Löhnung und ärztliche Betreuung, oft auch von Ungeziefer und Krankheiten befallen oder Verhöhnungen und Schikanen ausgesetzt, ein Sklavendasein, das sie seelisch zermürbte und abstumpfte, die Gesundheit ruinierte und vielen das Leben kostete.
Dennoch bewarb sich die internierte deutsche Bevölkerung um den Arbeitseinsatz, vor allem in der Landwirtschaft. ... Er brachte die Möglichkeit, den Quälereien im Lager auszuweichen und sich zusätzliche Nahrungsmittel zu verschaffen. ...
Demgegenüber erschien das Leben der Alten, Kranken und Kinder geradezu hoffnungslos, die - als Arbeitskräfte verschmäht - Jahr um Jahr in den Internierungslagern verbringen mußten. Ihr Leiden überschritt alles Maß. Sie konnten den quälenden Schikanen und der oft sadistischen Grausamkeit der Bewachungsmannschaften nicht entrinnen. Sie mußten sich mit der unzureichenden Lagerverpflegung begnügen, die durch Unterschlagungen der Bewachungsmannschaften häufig noch verringert wurde.
Durch totale Entkräftung hilflos geworden, ohne Medikamente, von Ungeziefer geplagt, ohne Möglichkeit, auch nur die primitivsten Bedürfnisse der Körperpflege zu befriedigen, siechten sie dahin. Deutsches Pflegepersonal stand diesem Elend in Ermangelung jeglicher Hilfsmittel machtlos gegenüber.
Typhusepidemien grassierten vor allem im Sommer und Herbst 1945 in vielen Lagern und rafften zahllose Insassen dahin. Planmäßiges Erschießen von Alten und hilflosen Kranken, wie es beispielsweise im Lager Kaltwasser geschah, Gewalttaten und Mißhandlungen der Wachmannschaften, oft geleitet von dem Bestreben, Behandlungsmethoden nationalsozialistischer Konzentrationslager zu imitieren, erhöhten die Zahl der Todesopfer. Allein im Altersheim des Lagers Potulice starb in den Jahren 1947 bis 1949 die Hälfte aller Eingelieferten.
Wie hoch die Zahl derjenigen ist, die in der Zeit von 1945-1950 in den polnischen Internierungslagern gestorben sind, wird sich wohl nie mehr feststellen lassen. Die Zahl der Verstorbenen, wo sie überhaupt registriert wurde, ist von den Lagerleitungen möglichst geheim gehalten worden.
Massengräber wurden zum Teil eingeebnet, bepflanzt und als Grabstätten unkenntlich gemacht. Niemand durfte Gräber mit namentlich gezeichneten Holzkreuzen versehen.
Katastrophal wirkte sich die Internierung auf die deutschen Kinder aus, zumal als man im Sommer 1945 dazu überging, sie rigoros von ihren Müttern zu trennen, um deren Arbeitskraft voll ausnutzen zu können. Fast alle Säuglinge starben, größere Kinder lebten in Gemeinschaftsbaracken, getrennt von ihren Eltern und sich selbst überlassen. Ihre Ernährung besserte sich in späteren Jahren dank der Hilfsaktion des Internationalen Roten Kreuzes, obwohl ihre Verwahrlosung dadurch nicht aufgehalten werden konnte.
Die polnische Regierung betrachtete die von ihren Eltern getrennten deutschen Kinder als Staatseigentum und war bestrebt, sie zu polonisieren. Sie veranlaßte ihren Transport in Kinderheime, wo viele infolge der zeitweiligen Überfüllung verhungerten, oder gab sie in polnische Familien. Jeglicher Briefwechsel mit den Eltern war untersagt, und nur illegal gelang es manchen der verzweifelten Mütter, mit ihren Kindern in Verbindung zu bleiben.
Einer größeren Zahl von ihnen ist es gelungen, im Laufe der nächsten Jahre ihre entfremdeten, häufig nur noch polnisch sprechenden Kinder zurückzubekommen. Viele dagegen wurden schließlich ausgewiesen, ohne ihre Kinder je wieder zu Gesicht bekommen zu haben. Anderen wiederum verweigerten polnische Familien die Rückgabe der ihnen übergebenen Kinder. Es gab Fälle, wo eine Kostenvergütung zur Bedingung gemacht wurde, die von den zwangsweise und unbezahlt arbeitenden Müttern nicht aufgebracht werden konnte. Auch diese mußten die Heimat ohne ihre Kinder verlassen, falls sich nicht mitempfindende Polen fanden, die ihnen das Geld gaben. ...
Am unerträglichsten waren die Lebensverhältnisse der Volksdeutschen in den Jahren 1945/46,

erst in den folgenden Jahren besserten sie sich. Zumindest in der breiten Masse des polnischen Volkes waren Haß- und Rachegefühle abgeklungen. Der Widerwille gegen das kommunistische Regime im eigenen Lande und die Abhängigkeit von der Sowjetunion bestimmte jetzt die Empfindungen vieler Polen und nahm der Feindschaft gegenüber den Deutschen einiges an Schärfe.
Aber das Leben der deutschen Bevölkerung war inzwischen hoffnungslos verelendet, das Dasein unter den drückenden Anforderungen der Zwangsarbeit und dem Mangel jeglicher Freizügigkeit in den Internierungslagern noch 1949 so quälend und entmutigend, daß sie nach dem Verlust von Heimat und Besitz nur noch die Ausweisung als Erlösung aus furchtbarer menschlicher Not erhoffen konnte.<<
Das Bundesarchiv Koblenz berichtete im Jahre 1974 über die Internierungslager und Mißhandlungen in Polen und in den polnisch verwalteten deutschen Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie (x010/36-38): >>... Von der ... Gesamtzahl der Gefängnisse und Lager waren 119 Gefängnisse und 681 Lager in den Reichsgebieten östlich von Oder und Neiße gelegen, von denen das größte und berüchtigste Lamsdorf in Oberschlesien gewesen ist ...
Nicht möglich ist es aber, auch nur annähernd zu einer Schätzung der Anzahl der Personen zu gelangen, deren Tod auf Ausschreitungen in Gefängnissen und Lagern zurückzuführen ist. Sehr unterschiedlich sind aber auch die Todesquoten über die einzelnen Lager. Sie differieren z.T. zwischen 20 und 50 % der Insassen, die zwar vorwiegend als Folge von Seuchen und Krankheiten, verursacht durch unzureichende Ernährung (Hungertyphus), unhygienische Zustände zu verzeichnen waren, die aber auch in nicht unerheblicher Anzahl Todesopfer durch Mißhandlungen und Erschießungen umfaßten.
Im Lager Lamsdorf kamen z.B. 6.084 der Insassen um. Unter anderem wird berichtet, daß alte, nicht mehr arbeitsfähige Menschen, die sich unter den Internierten befanden, nicht allein durch Aushungern, sondern auch durch Erschießung beseitigt wurden.
Über die Anzahl der Kinder, die längere oder kürzere Zeit in Lagern waren, liegen für die Lager Lamsdorf und Potulice genauere Angaben vor. Insgesamt sollen hiernach in jedem dieser Lager 800 Kinder gewesen sein, davon auch Säuglinge, deren Anzahl in Potulice zwischen 30 und 50 wechselte. In einem kurzen Zeitabschnitt blieben von 50 Säuglingen in Potulice nur 2 am Leben.
Zu den in Verbindung mit dem Lagergeschehen dargestellten Unmenschlichkeiten gehört auch die Verbringung von Kindern der Internierten, ohne daß die Eltern verständigt wurden, wodurch eine große Anzahl von Kindern für die Eltern verschollen blieb.
... Die unmittelbar nach der Eroberung Zentral- und Westpolens durch die Rote Armee hier eingesetzte polnische Miliz beteiligte sich in den dortigen deutschen Siedlungsgebieten an der Erschießung von Deutschen durch sowjetische militärische Einheiten und setzte sie fort, wie dieses besonders in dem Berichtsmaterial über zentralpolnische Gebiete zum Ausdruck kommt.
In den Reichsgebieten waren es zunächst polnische Partisanengruppen, die in Gemeinden einzelne Personen erschossen. Mißhandlungen wurden Personen vielfach bei Durchsuchungen ihrer Wohnungen durch die Miliz oder in den sog. "Prügelstuben" der Gemeindemiliz oder bei Ausplünderungen durch polnische Zivilisten ausgesetzt.
Besonders schwere Mißhandlungen, auch mit Todesfolge, mußten Bewohner der Gemeinden erleiden, in deren Nähe Massengräber von KZ-Insassen, von russischen Kriegsgefangenen oder Ostarbeitern aufgefunden wurden. Die Bewohner der Gemeinden wurden gezwungen, die Gräber aufzugraben und die Leichen zu exhumieren, was unter Stock- und Peitschenhieben der Miliz, die hierzu von der umstehenden Menge angefeuert wurde, geschah.
In Niederschlesien wurden Bewohner einzelner Gemeinden gezwungen, diese zu verlassen und zwei bis drei Tage geschlossen auf einen sog. "Elends- oder Adolf-Hitler-Marsch" unter

Bewachung von Miliz geschickt. Menschen, die den Anstrengungen nicht gewachsen waren, wurden dabei mißhandelt sowie auch getötet. Bei der Rückkehr in Gemeinden waren die Wohnungen ausgeplündert.
Zu Mißhandlungen und Erschießungen kam es ferner in den Gemeinden bei der Austreibung der Bevölkerung insbesondere zu Beginn der Austreibung im Sommer 1945 aus dem Gebiet des östlichen Brandenburgs sowie aus den westlichen Kreisen Ostpommerns und Niederschlesiens. Schließlich sind die brutalen Mißhandlungen zu erwähnen, die ... an Personen verübt wurden, die sich weigerten, der an sie gerichteten Forderung, für Polen zu optieren, nachzukommen. ...<<
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1957 über Massenverhaftungen, Zwangsarbeit und Internierungslager in der Tschechoslowakei (x004/91-94, 110-111): >>Die tschechische Regierung ging zu dem System über, tschechische Arbeiter aus Innerböhmen in die sudetendeutschen Industriebetriebe zu holen und an ihrer Stelle Sudetendeutsche als Zwangsarbeiter ins tschechische Gebiet zu verschicken.
Um diese Maßnahmen durchführen zu können, wurden nicht nur die Internierten und Häftlinge, sondern alle Deutschen und Madjaren männlichen Geschlechts vom 14. bis zum 60. und weiblichen Geschlechts vom 15. bis zum 50. Lebensjahr unter Arbeitspflicht gestellt. Meist war diese Regelung von den lokalen oder regionalen Behörden gleich nach der Wiedererrichtung der tschechoslowakischen Verwaltung eingeführt und erst durch das Dekret vom 19. September 1945 für alle Personen, die die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft verloren hatten, nachträglich sanktioniert worden. ...
Einen großen Teil der zum Arbeitseinsatz gezwungenen Personen deportierte man ins tschechische Gebiet. Sie wurden in Razzien ausgehoben, bei denen die Bevölkerung ganzer Ortschaften zusammengetrieben und abtransportiert wurde, oder aber durch Einzelverpflichtungen, die das jeweilige Arbeitsamt vornahm.
Ohne Rücksicht riß man Familien auseinander. Sie fanden oft erst vor der Aussiedlung oder Jahre danach in Deutschland wieder zusammen.
Die zum Arbeitseinsatz Verschleppten wurden vorwiegend in Bergwerken, Industriebetrieben und in der Landwirtschaft beschäftigt, wie überhaupt in allen Berufssparten, die schlecht bezahlt wurden oder besonders körperliche Anstrengungen erforderten und aus denen die Tschechen abgewandert waren.
Besonders harte Arbeits- und Lebensbedingungen bestanden für die deutschen Zwangsarbeiter in den Industriebetrieben von Mährisch Ostrau und Kladno und in vielen landwirtschaftlichen Betrieben Innerböhmens. Berüchtigt waren die Arbeitslager des großen Hüttenwerks Witkowitz. Die Behandlung und Verpflegung hingen vielfach nach sowjetischem Vorbild von der Arbeitsleistung nach festgesetzten Normen ab, und da die Ernährung keinesfalls den harten Anforderungen am Arbeitsort entsprachen, waren Krankheitsfälle, vorwiegend Hungerödeme, besonders häufig.
Aus Schikane setzte man Angehörige der geistigen Berufe zu besonders schweren und gefahrvollen Arbeiten ein. Den ungewohnten körperlichen Anstrengungen waren sie nicht gewachsen; ihr Anteil an den Krankheits- und Todesfällen war deshalb besonders hoch.
In einigen Lagern, in denen Revolutionsgardisten und SNB-Leute nach eigenem Ermessen Strafmaßnahmen trafen und die Insassen quälten, bedeutete die sog. Freizeit nur eine Fortsetzung der Demütigungen und Erniedrigungen. ...
Die Verschickung ins innertschechische Gebiet war wohl die schlimmste Auswirkung des alle Sudetendeutschen erfassenden Zwangsarbeitssystems. Aber auch die in den Heimatorten verbliebenen Deutschen waren diesem System unterworfen, sie wurden zu allen Arbeiten in der Landwirtschaft, zu Aufräumungsarbeiten, zum Straßenbau herangezogen. Zum Teil mußten sie in ihren enteigneten Betrieben und auf ihren Höfen für die Nationalverwalter weiter arbei-

ten. Die Revolutionsgarde oder SNB nahm für vorübergehend anfallende Arbeiten die Deutschen oft wahllos auf der Straße fest und stellte sie zu Arbeitskolonnen zusammen. ...<<
>>... Die Lager, die im Sudetenland zunächst nur für die Aufnahme politisch belasteter Persönlichkeiten dienen sollten, waren bald überfüllt. ...
Bis Ende 1945 schien überhaupt der Willkür der Lagerkommandanten und Wachmannschaften, die sich fast ausschließlich aus Angehörigen der Revolutionsgarde rekrutierten, keine Schranken gesetzt zu sein.
Das Verhalten der Wachmannschaft im Internierungslager Kolin, wo es am 22. August 1945 zu schweren Mißhandlungen der Insassen, zu Schändungen der Frauen und zu Plünderungen kam, was in der tschechoslowakischen Öffentlichkeit durch Berichte gemäßigter Zeitungen viel Aufsehen erregte, war, verglichen mit den in anderen Lagern und vor allem in den Gefängnissen herrschenden Zuständen nur ein kleines Beispiel des unmenschlichen Systems, dem die deutsche Bevölkerung unterworfen war.
Selbst dort, wo es nicht zu unmittelbaren Ausschreitungen kam, wurde der Zustand durch die mangelhafte Ernährung und die improvisierte Unterbringung großer Menschenmassen unerträglich. Vielfach mußten die Lagerinsassen selbst erst die Unterkünfte errichten und die Lager ausbauen.
Infolge der Überfüllung der Lager, der Ungezieferplage und der unhygienischen Verhältnisse forderten Epidemien unter den entkräfteten Insassen zahlreiche Opfer. Besonders hoch war auch hier wieder die Sterblichkeitsziffer unter den Kleinst- und Kleinkindern und den alten Leuten, die nicht zur Arbeit außerhalb der Lager geschickt wurden und keine Möglichkeit besaßen, sich zusätzliche Lebensmittel zu beschaffen.
Für viele war jedoch das korrekte Verhalten einzelner Tschechen, sei es im Amt oder am Arbeitsort, ein Lichtblick in einer sonst trostlosen Lage. ... Eine besondere Würdigung verdient die Hilfsaktion des Tschechen Premysl Pitter für deutsche Kinder, die ihre Eltern durch die Kriegs- und Nachkriegsereignisse, vor allem in den tschechischen Lagern verloren hatten und in den Massenlagern verwahrlosten und zugrunde gingen. ...<<
Das Bundesarchiv Koblenz berichtete im Jahre 1974 über die Internierungslager in der Tschechoslowakei (x010/45-47): >>Unmittelbar nach Beginn des Prager Aufstandes begann auch in großem Umfange die Verbringung von Deutschen in Gefängnisse und Lager.
Nach Ermittlung des Suchdienstes des Deutschen Roten Kreuzes bestanden in der Tschechoslowakei 1.215 Internierungslager, 846 Arbeits- und Straflager und 215 Gefängnisse, in denen 350.000 Deutsche längere oder kürzere Zeit festgehalten worden sind. ...
Unmenschliche Verhältnisse führten zum Tode von Lagerinsassen durch Kräfteverfall und Epidemien, verursacht durch mangelhafte Ernährung, fehlende Medikamente, unhygienische Verhältnisse und durch Depressionen infolge sadistischer Mißhandlungen. Sehr hoch war die Sterblichkeitsziffer bei Kindern und älteren Leuten. Von den Arbeitslagern wiesen die der Bergwerke eine besonders hohe Sterblichkeit auf.
Erheblich war jedoch auch die Anzahl der Opfer willkürlicher Erschießungen und Mißhandlungen durch Kommandanten und Wachmannschaften der Lager; diese setzten sich vorwiegend aus Angehörigen der Revolutionsgarde, die in die SNB übernommen worden waren, zusammen. Zum Beispiel wurden von Anfang Mai bis Anfang Juli 1945 in dem berüchtigten Hanke-Lager (Kreis Mährisch Ostrau) 350 Insassen zu Tode gefoltert. ...
Die Zurückgebliebenen wurden nach Besetzung der Slowakei durch die Rote Armee und Errichtung des neuen Regimes, sobald sie als Deutsche erkannt wurden, in Lager interniert und zum Arbeitseinsatz "vermietet". Die Verhältnisse in den Lagern, die zumindest in den ersten Monaten unter Aufsicht ehemaliger Partisanen standen, unterschieden sich im allgemeinen nicht von denen in Böhmen und Mähren. ...
Die Lager wurden ... aufgefüllt durch zurückkehrende Karpatendeutsche aus den Sudetenlän-

dern, die sich slowakischen Repatrianten angeschlossen hatten.
Zu Mißhandlungen durch slowakische Soldaten kam es bei ihrem Eintreffen auf den Zielstationen der Transporte. Eine Massenerschießung von 247 Karpatendeutschen, darunter Frauen und Kinder, die aus Lagern im Kreis Saaz/Sudetenland zurückkehrten, fand am 18.6.1945 noch vor Erreichung des Gebietes der Slowakei in der Nähe des Bahnhofs Prerau/Mähren statt. Die Deutschen wurden aus dem Zuge geholt - angeblich von slowakischen Soldaten - und in einem in der Nähe gelegenen Wald zur Exekution geführt. ...
Nach Schätzungen muß bei einer Gesamtzahl von 350.000 in Gefängnisse und Lager verbrachten Deutschen mit ca. 100.000 Opfern gerechnet werden. A. Bohmann: "Das Sudetendeutschtum in Zahlen", München 1959, Seite 199, schätzte die Anzahl der in Lager überführten Sudetendeutschen auf mindestens 1 Million.<<
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1957 über die Zwangsarbeit und Internierungslager in der Slowakei (x004/174-175): >>Bald wurden dann Orts- und Bezirkslager (am bekanntesten waren Novaky in der Mittelslowakei und Limbach und Engerau im Preßburger Gebiet) errichtet, in die alle Deutschen, deren man habhaft werden konnte, eingewiesen wurden. ...
Die Kommandanturen der einzelnen Internierungslager waren in den ersten Monaten nach dem Umsturz fast ausschließlich mit ehemaligen Partisanen besetzt, die ihren Haß gegen die Deutschen in systematischer kleinlicher Quälerei oder in unbeherrschten Wutausbrüchen an den Häftlingen ausließen. Gefürchtet waren die Lager indessen in erster Linie wegen des Hungers. Die Unterernährung der Lagerinsassen machte vor allem alte Leute und Kinder gegen Infektionskrankheiten besonders anfällig, so daß die Sterbeziffer bald hoch anstieg. ...
Für die arbeitsfähigen Volksdeutschen, Männer wie Frauen, hatten die Internierungslager mehr den Charakter von Zwangsunterkünften als von Haftanstalten. Sie wurden tageweise oder auch für längere Zeiträume von Behörden oder Privatpersonen für eine bestimmte Summe "herausgekauft".
Da die Käufer verpflichtet waren, die Arbeitskräfte außerhalb des Lagers zu verpflegen, litt diese Gruppe nicht so offensichtlich unter Nahrungsmangel. Diese "herausgekauften" Volksdeutschen lebten oft monatelang bei ihrem Arbeitgeber, häufig einem slowakischen Bekannten oder auch Verwandten als Knecht, wechselten dann, wenn ihre Arbeitskraft nicht mehr benötigt wurde oder wenn sie ein günstigeres Angebot hatten, ihren Arbeitsplatz und entzogen sich auf diese Weise der Kontrolle der Lagerleitung. ...<<
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1961 über die Massenverhaftungen, Zwangsarbeit und Internierungslager in Jugoslawien (x006/-107E-112E): >>Die allgemeine Internierung aller in ihren Heimatorten gebliebenen Jugoslawiendeutschen, soweit sie nicht schon in die Arbeitslager oder in die Gefängnisse der OZNA, des jugoslawischen NKWD, eingeliefert worden waren, setzte in der nordwestlichen Batschka ein, nachdem bereits im Dezember 1944 die Deutschen in einem Streifen der südlichen Batschka interniert worden waren.
Seit Anfang März 1945 wurde in der nordwestlichen Batschka die deutsche Bevölkerung in den bereits bestehenden Lagern oder in neugeschaffenen Ortslagern konzentriert. Die gleichen Maßnahmen wurden anschließend allgemein in der Batschka und auch im Banat, im Süden um den 26.-27.03.1945, sonst durchweg bis zum 18.-19.04.1945 eingeleitet. Um die deutsche Bevölkerung in Ortslagern zusammenzufassen, wurde meist ein bestimmtes Viertel oder auch nur eine Häuserzeile (Gasse) von allen Bewohnern geräumt und unter scharfe Bewachung durch Partisanen gestellt.
... Damit blieb die beliebig einsetzbare Arbeitsreserve der arbeitsfähigen Deutschen auch den neuen Behörden für ihre vielfältigen Zwecke erhalten. Schließlich läßt sich die allgemeine Internierung der Deutschen, die zur Räumung ganzer Ortschaften oder Ortsviertel in ge-

mischtsprachigen Wohnorten führte, mit der Beschaffung von Unterkunftsmöglichkeiten für die seit Sommer 1945 nach der Verkündung der Agrarreform eintreffenden Neusiedler aus den wirtschaftlich rückständigen Gegenden Jugoslawiens in Verbindung bringen. ...
Der systematische Charakter der Aktion drückte sich auch in der Einteilung der Lager in 3 Gruppen: Zentralarbeitslager, Ortslager und Konzentrationslager für Arbeitsunfähige aus. Der Unterschied zwischen den Zentralarbeitslagern, in denen vornehmlich arbeitsfähige Männer zu Gruppen zusammengefaßt und den Arbeiter anfordernden Stellen zur Verfügung gestellt wurden, den Ortslagern, in denen die gesamte deutsche Bevölkerung einer Ortschaft abgesondert wurde, und den Konzentrationslagern für Arbeitsunfähige trat seit dem Herbst 1945 immer schärfer zutage.
Wegen der hohen Sterblichkeitsrate der Zwangsarbeit leistenden arbeitsfähigen Männer und Frauen, der unablässigen Mißhandlungen und mangelhaften Ernährung aller internierten Deutschen schwoll vor allem die Zahl der Arbeitsunfähigen, der Kranken und Verletzten, neben den Alten, Frauen und der Kinder bis etwa zum 12. Lebensjahr stark an. Parallel dazu stieg die Zahl der Todesfälle unter denen, die von Alter, Krankheit und Entbehrung schon besonders geschwächt waren, in allen Lagern steil an.
In den großen Lagern für Arbeitsunfähige, Gakovo, Krusevlje und Jarek für die Batschka, Rudolfsgnad und Molidorf für das Banat, starben Tausende, deren Plätze sogleich wieder Neuankömmlinge einnahmen. In Rudolfsgnad, mit durchschnittlich 20.000 Insassen, starben von den ca. 33.000 Volksdeutschen, die zwischen dem Oktober 1945 und dem März 1948 in das Lager aufgenommen wurden, fast 10.000, d.h. ein Drittel; der monatliche Höchststand an Todesfällen kletterte im Gefolge einer Fleckfieberepidemie im Februar 1946 auf ca. 1.300.
In Jarek wurden mehr als 6.000 Tote registriert; ähnlich wurde in Gakovo und Krusevlje die Zahl der Internierten durch Todesfälle, die durch Hungerödeme, Typhusepidemien, Mißhandlungen verursacht waren, reduziert.
Ärztliche Hilfe konnte in allen Lagern nur unzureichend geboten werden. ... Auf sanitäre Einrichtungen, Möglichkeiten des Kochens, der Kinder- und Krankenpflege wurde kein Wert gelegt, so daß oft Hunderte von Bauernfamilien in wenigen Höfen und Scheunen oder z.B. Hunderte von Männern in der Molkerei von Groß-Kikinda, die als Arbeitslager diente, hausen mußten.
Die Verpflegung in den Lagern war äußerst mangelhaft. Gewöhnlich gab es Kesselkost, jedoch in sehr geringen Mengen und oft ohne Salz und Fett zubereitet. Die Mahlzeiten bestanden in monotoner Gleichmäßigkeit aus Maisschrot- oder Röstmehlsuppen, Polentabrei (Maisbrei), auch aus Maisbrot mit Tee.
In Rudolfsgnad wurden z.B. im Dezember 1945 pro Person 2,5 kg Maismehl, 1 Krautkopf und 4 dkg Salz ausgegeben, im Januar 1946 nur 223 dkg Maisbrot und 7 dkg Salz. Im Winter 1945/46 kam es jedoch im gleichen Lager vor, daß 5 Tage lang überhaupt keine Lebensmittel ausgegeben wurden und die Insassen dem Hunger überlassen blieben.
Ähnliche Verhältnisse herrschten auch in allen anderen Konzentrationslagern für Volksdeutsche: In Gakovo, Krusevlje, Molin, Mitrovica, Valpovo, Krndija und Jarek. Die Sterbeziffern wären daher ohne Zweifel noch höher angestiegen, wenn nicht in den Ortslagern ein Teil der aufgespeicherten Ernte - meist trotz strenger Verbote - irgendwie verwertet, bzw. Lebensmittel in die Lager geschmuggelt oder außerhalb erbettelt worden wären. ...
Wenn man die Lager für Arbeitsunfähige außer Betracht läßt, in denen die Insassen oft nur noch von Tag zu Tag dahinvegetierten, so sind alle Internierten dauernd zu Zwangsarbeiten verwendet worden.
Die Verwaltung der Lager oblag seit dem Frühjahr 1945 den Abteilungen für Lager bei den Bezirksverwaltungen, die wiederum den Sektionen für Lager in den Innenministerien der Volksrepubliken unterstellt waren. Anstelle der aus Partisanen bestehenden Wachmann-

schaften traten Milizposten oder Einheiten der Volksarmee unter Aufsicht von Lagerdirektoren. ...
Gewöhnlich in Gruppen, unter Bewaffnung bewaffneter Partisanen, später eines Aufsehers, wurden die arbeitsfähigen Männer und Frauen zuerst zu Aufräumungs- und Straßenarbeiten eingesetzt, dann an Fabriken, Staatsgüter und Bauern gegen ein gestaffeltes Entgelt an die Lagerleitung von täglich bis zu 100 Dinar pro Person "ausgeliehen". ...
Auch hier bewährte sich in zahlreichen Fällen die Hilfsbereitschaft der andersnationalen Bevölkerung, die die aus den Lagern gemieteten "Schwaben" freundlich und verständnisvoll behandelte und ihnen reichlich zu essen anbot. Auf diese Weise konnten viele Deutsche nach den Monaten der Entbehrung wieder etwas zu Kräften kommen, anderen Lagerinsassen mit Lebensmitteln helfen und bisweilen auch Vorräte und etwas Geld für die Flucht über die Grenze nach Ungarn sparen. ...
Die demütigende Verpachtung der Arbeitskraft, die scharfen Kontrollen beim Verlassen und Betreten des Lagers, die unerbittliche Bestrafung, wenn das Einschmuggeln von Lebensmitteln entdeckt wurde, all das hat freilich den lastenden Druck des Lagerdaseins nicht schwinden lassen.
Eine der traurigsten Erscheinungen in der Geschichte der Lager ist die Behandlung der Kinder. Sobald sie das 13. oder 14. Lebensjahr erreicht hatten, wurden sie zur Arbeit eingesetzt. Seit der allgemeinen Internierung wurden auch alle Kinder in die Ortslager getrieben.
Oft waren die Väter zum Militär eingezogen oder erschossen, die Mütter nach Rußland deportiert, so daß die Kinder ganz auf sich gestellt waren oder allenfalls von Verwandten betreut wurden.
In den Ortslagern wurden die Kinder jedoch bald rigoros von ihren Angehörigen getrennt und in die großen Konzentrationslager für Arbeitsunfähige überführt, wo sie als sog. elternlose Kinder galten und ihr Aufenthalt auf eigens abgetrennte Kinderbezirke innerhalb des Lagers eingeschränkt wurde. Krankheit, Hunger und Verwahrlosung forderten einen hohen Todeszoll, zumal da auch mitinternierte Verwandte oder hilfsbereite Lagerinsassen die Kinder abgeben mußten und jeder Kontakt mit ihnen untersagt wurde.
Wenn man sich vor Augen hält, daß am 30.4.1946 die Belegschaft des Konzentrationslagers Rudolfsgnad zu 46 % aus Jungen und Mädchen unter 14 Jahren bestand, läßt sich das Elend dieser hilflosen Kinder erst deutlicher ermessen.
Seit dem Frühsommer 1946, - in Rudolfsgnad z.B. nach der Fleckfieberepidemie im Juli, in Gakovo Ende Juni -, wurden in den Konzentrationslagern, z.T. ganz überraschend Kindertransporte zusammengestellt und der Obhut von staatlichen Kinderheimen übergeben, die verstreut über das gesamte Staatsgebiet in Mazedonien, Montenegro, Slowenien oder Kroatien lagen. ...
Dieser Versuch einer bewußten "Umvolkung" der volksdeutschen Kinder kam erst zu einem Ende, als Vereinbarungen zwischen dem Roten Kreuz der FVR Jugoslawien und der Bundesrepublik Deutschland auch den deutschen Kindern der staatlichen Heime im Rahmen der Familienzusammenführung die Reise nach Deutschland ermöglichten.<<
Das Bundesarchiv Koblenz berichtete im Jahre 1974 über die Massenverhaftungen und Zwangsarbeit in Jugoslawien (x010/50): >>Anfang Mai wurden die Deutschen in Lager verbracht, wo ebenfalls - wie z.B. in Valpovo - Erschießungen stattfanden.
Aus dem Anfang Mai des Jahres 1945 besetzten Slowenien sind Massenerschießungen im Gebiet der Untersteiermark nach Verhaftungen der dort verbliebenen Deutschen überliefert, und zwar in der Gegend von Rann zusammen mit einer großen Anzahl von Kriegsgefangenen, darunter auch kroatischer und slowenischer Nationalität, am Stadtrand von Cilli und Gonobitz, in Windisch-Feistritz und Mahrenberg, in den Panzergräben bei Marburg-Tetzno, bei einer Massenerschießung von kroatischen Ustaschen sowie in der Männerstrafanstalt Marburg

an der Drau; hier wurden am 6.12.1945 als Vergeltung für die Explosion eines Munitionswagens, die als deutscher Sabotageakt ausgelegt wurde, 200 bis 300 Deutsche erschossen.
Die gesamte verbliebene deutsche Bevölkerung war Ende 1945 in Lagern interniert oder in Gefängnissen inhaftiert. Eine gesetzliche Maßnahme für die Internierung war nicht gegeben, sieht man von dem Beschluß des Antifaschistischen Rates der Volksbefreiung Jugoslawiens (AVNOJ) vom 21.11.1944 ab, der die Ausbürgerung und Enteignung jener Personen deutscher Volkszugehörigkeit vorsah, die nicht in den Reihen der Partisanen gekämpft hatten.
Es bestanden Ortslager und Zentralarbeitslager für Arbeitsfähige. Die Gesamtzahl der Lager und Gefängnisse ist mit rd. 1.500 anzunehmen.
Es ... handelte sich bei der Mehrzahl der Lagerinsassen um Frauen, aber auch Kinder und Säuglinge traf das Schicksal der Internierung. Die Lagerverhältnisse entsprachen jenen, wie sie aus den anderen Vertreibungsgebieten beschrieben worden sind. Auch hier fanden nach den Massenliquidationen von Oktober und November 1944 noch einzelne Erschießungen statt. Mißhandlungen brutalster Art durch Auspeitschungen gehörten zum Alltag des Lagerlebens. Die Mehrzahl der Todesfälle war auf unmenschliche Verhältnisse, auf unzureichende Ernährung, mangelhafte ärztliche Betreuung und auf die hierdurch entstandenen Seuchen zurückzuführen. ...<<

Zusammenfassung des Schicksals der Ost- und Volksdeutschen in Ost-Mitteleuropa nach dem militärischen Zusammenbruch

Das Schicksal der deutschen Flüchtlinge wurde damals in erster Linie durch die Angriffsrichtung und Schnelligkeit der sowjetischen Truppen bestimmt. Da die Rote Armee überraschend schnell nach Westen stürmte, wurden viele Flüchtlingstrecks frühzeitig eingeholt und wichtige Fluchtwege versperrt, so daß schon im Januar 1945 große Rückkehrbewegungen entstanden. Bis zum Kriegsende zogen ununterbrochen Tausende von Flüchtlingen, die durch feindliche Truppen überholt worden waren, in ihre Wohnorte zurück. Nach der Kapitulation im Mai 1945 folgten weitere Rückwanderungswellen.
Nach den unendlichen Flucht- und Rückkehrstrapazen war der körperliche und seelische Allgemeinzustand aller Ost- und Volksdeutschen katastrophal. Tausende von Flüchtlingen kamen sterbenskrank oder zu Tode erschöpft in ihren Heimatorten an. Hier warteten weitere Schicksalsschläge auf die völlig abgerissenen, halbtoten Rückkehrer. Die Häuser und Wohnungen waren im allgemeinen völlig ausgeplündert, sinnlos zerstört oder wurden schon von neuen "Eigentümern" bewohnt.
Bis zur Kapitulation konnten nur ca. 8.375.000 (49 %) Reichs- und Volksdeutsche in den Westen des Deutschen Reiches bzw. in die Tschechoslowakei (CSR) fliehen. In Mitteldeutschland und im Sudetenland gerieten später aber noch Hunderttausende in sowjetische Gewalt, so daß etwa 1.717.000 Flüchtlinge zwangsweise oder freiwillig in ihre Heimat zurückkehrten. Im Juni 1945 hielten sich rd. 10.270.000 Reichs- und Volksdeutsche in Ost-Mitteleuropa (ohne spätere DDR) auf.
Nach dem Kriegsende standen zunächst sämtliche Gebiete östlich der Oder und Neiße unter sowjetischer Verwaltung. Die Armeeführung der Roten Armee verhängte in den Besatzungsgebieten zwar drakonische Strafen, aber es dauerte nicht selten Wochen und z.T. sogar Monate, bis die brutalen Gewalttaten endlich aufhörten.
Die deutsche Landbevölkerung war besonders gefährdet, weil es dort nur wenige sowjetische Kommandanturen gab. Hier waren die Deutschen eigentlich nur geschützt, wenn sie bei sowjetischen Offizieren oder in bewachten Kolchosen arbeiteten. In den Nächten war es naturgemäß am schlimmsten. Jede Nacht brachte neue Schrecken, Schießereien und Überfälle. Am Tag war ebenfalls kein Deutscher sicher. Überall lauerte der Tod. Manche Zivilisten wurden auf offener Straße ermordet, weil sie sich weigerten, Mäntel oder Strickjacken abzugeben.

Im Verlauf der Besatzung veränderte sich allmählich die feindliche Haltung der Sowjets. Vor allem ältere Soldaten schritten energisch gegen Gewalt- und Terrorakte ein und beschützten die Deutschen.
In den Grenzgebieten östlich der Oder und Neiße sowie im Sudetenland begann die erste Phase der Vertreibung schon Ende Mai und Anfang Juni 1945. Ab Ende Mai 1945 besetzten Soldaten, Milizionäre und Partisanen die Dörfer und Städte, um die deutschen Einwohner innerhalb kürzester Frist aus ihren Wohnungen zu vertreiben. Die Ausgetriebenen durften lediglich etwas Gepäck zusammenraffen und mit Handwagen oder Schubkarren transportieren. Die Deutschen wurden dann von den Soldaten und Milizangehörigen in tagelangen qualvollen Märschen an die Oder bzw. Neiße getrieben.
Die Deutschen wurden anschließend durch Soldaten, Milizeinheiten und Partisanen gewaltsam über die Grenzflüsse nach Westen in die sowjetische Besatzungszone (spätere DDR) getrieben, so daß sich Hunderttausende von Heimatlosen am westlichen Ufer von Oder und Neiße zusammendrängten.
Bei den radikalen Austreibungsaktionen im unmittelbaren Hinterland der Oder-Neiße-Linie handelte es sich um zentral geleitete Aktionen der Polen und Tschechen, die bereits vor der Potsdamer Konferenz vollendete Tatsachen schaffen wollten. In Ostpommern, Ostbrandenburg und Niederschlesien trieb man damals etwa 200.000 bis 300.000 Menschen aus dem östlichen Hinterland der Oder und der Neiße, während etwa 700.000 bis 800.000 Sudetendeutsche aus der Tschechoslowakei "entfernt" wurden.
Diese "wilden Austreibungen", bei denen mehrheitlich Frauen, Kinder und ältere Menschen vertrieben wurden, stellte man (vermutlich auf sowjetische Weisung) erst unmittelbar vor Beginn der Potsdamer Konferenz ein. Die westlichen Alliierten erhielten über diese "wilden Austreibungen" nur spärliche und größtenteils falsche Informationen.
Da der "eiserne Vorhang" schon frühzeitig undurchdringlich war, wußten nur die Sowjets, Polen und Tschechen, was tatsächlich in den sog. "Wiedergewonnenen Gebieten" geschah.
Bis zum Abzug der sowjetischen Truppen herrschten in Jugoslawien, Polen, in der Tschechoslowakei und in Ostdeutschland monatelang chaotische Verhältnisse, weil die einheimischen Behörden und Milizeinheiten ständig versuchten, die Befehlsgewalt auszuüben. Infolge der unterschiedlichen Anordnungen und Befehle gab es dauernd Überschneidungen, so daß die Deutschen zusätzlich schikaniert und verunsichert wurden.
In den deutschen Ostgebieten wurde die sowjetische Besatzungszeit im Herbst 1945 beendet (Ausnahme: Nord-Ostpreußen). Nach dem sowjetischen Abzug führte man in den "befreiten Gebieten" gnadenlose Pauschalabrechnungen durch. Es handelte sich damals meistens nicht um spontane Ausschreitungen oder persönliche Racheakte, sondern mehrheitlich um staatlich gelenkte "Säuberungsaktionen".
Viele Gewalttaten und Verfolgungen wurden nachweislich durch unverantwortliche staatliche Propagandamaßnahmen beeinflußt und gefördert. In Rundfunkansprachen, Zeitungen, Bekanntmachungen und öffentlichen Veranstaltungen schürte man den radikalen Nationalismus und forderte zur kollektiven Bestrafung aller deutschen "Landesverräter" auf.
Die arbeitsfähige deutsche Bevölkerung wurde zwangsweise zum Arbeitseinsatz herangezogen. Sogar 8- bis 10jährige Kinder mußten Vieh hüten, Gespanne fahren oder andere leichte Arbeiten erledigen. Obgleich die Deutschen schwerste Zwangsarbeiten leisten mußten, rissen sie sich um fast jede Arbeit, denn ohne Arbeit gab es keine Verpflegung. Wer nicht verhungern wollte, mußte arbeiten.
Falls die Deutschen nicht mehr arbeiten konnten, waren sie zwangsläufig dem Hungertod ausgeliefert. Da Kinder und alte Menschen im allgemeinen keine Lebensmittel erhielten, starben sie reihenweise. Nachdem man die letzten Vorräte geplündert hatte, wurde die Ernährungslage der rechtlosen Deutschen immer dramatischer.

Die Lebensverhältnisse der zurückgebliebenen Deutschen in Ostmitteleuropa wurden durch grenzenloses Leid, unendliche Not und absolute Rechtlosigkeit geprägt. Fast alle Deutschen vegetierten unter menschenunwürdigen Lebensbedingungen. In dieser erbarmungslosen Zeit rückten alle verfolgten Deutschen eng zusammen. Man half sich nach besten Kräften, wo immer es möglich war. Standesunterschiede gab es schon längst nicht mehr.
Nach Abschluß der militärischen Aktionen inhaftierte man alle "verdächtigen Deutschen" vorübergehend in Zuchthäusern und Gefängnissen oder transportierte sie nach der "Entnazifizierung" in hoffnungslos überfüllte Internierungs- bzw. Zwangsarbeitslager (z.T. handelte es sich um ehemalige NS-Konzentrationslager). Hunderttausende von Unschuldigen fielen planmäßigen Massenverhaftungen zum Opfer.
Willkürliche Übergriffe waren an der Tagesordnung. Angst, Hunger und Not bestimmten die Haftzeit der deutschen Internierten. Verstöße gegen die Lagerordnung wurden vielerorts mit Prügelstrafen oder Bunkerhaft geahndet. Während der Bunkerhaft mußten die Häftlinge meistens auf dem blanken Betonboden zubringen und erhielten häufig tagelang kein Wasser und keine Verpflegung.
Ständige Mißhandlungen, mangelhafte Unterkünfte, ungenügende Verpflegung und große Epidemien forderten ungezählte Opfer. Aufgrund der katastrophalen hygienischen Zustände und unzureichenden Ernährung brachen in den Lagern verheerende Seuchen und Ungezieferplagen aus. Eine ausreichende medizinische Betreuung existierte nur sehr selten. Während der Sommermonate wurden die hilflosen Menschen von Flöhen, Wanzen, Läusen und anderem Ungeziefer bis aufs Blut gequält. Obwohl Ärzte unter den Inhaftierten waren, konnten sie nicht helfen, denn im allgemeinen gab es weder Medikamente noch Verbandsmaterial. In vielen Zellen lagen Kranke, Sterbende und Tote.
Im Jahre 1945 kamen z.B. im sowjetischen Deportationslager Preußisch Eylau mindestens 6.000-7.000 (ca. 50 %) der deutschen Gefangenen durch Hungertyphus und Krankheiten um (x010/33). Im sowjetischen Zentralgefängnis Graudenz erlagen sogar etwa 5.000, der rd. 8.000 Inhaftierten, den Ruhr- und Flecktyphusepidemien (x010/34).
Im Winter litten die abgemagerten Lagerinsassen unter der großen Kälte. Da die inhaftierten Deutschen durch den ständigen Hunger geschwächt waren und kaum Winterkleidung oder Heizmaterial besaßen, starben in den Wintermonaten ungezählte Inhaftierte. Manche Juden, die nach ihrer Befreiung wieder im KZ Theresienstadt inhaftiert wurden, berichteten, daß die Essenrationen im Juli 1945 um 50 % niedriger waren als während der NS-Haft im Dezember 1944.
Schlußbemerkungen: Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Alfred M. de Zayas berichtete später über die ostdeutschen Rückkehrer (x039/141): >> Das Kapitel über die Flucht darf nicht abgeschlossen werden, ohne zu erwähnen, daß Millionen von Flüchtlingen, die in den ersten Monaten des Jahres 1945 ihre Heimat in Ostdeutschland verließen, fest davon überzeugt waren, daß sie bald wieder, wenn der Krieg endlich vorbei sei, in ihre Wohnorte zurückkehren könnten. Im April 1945 betrug die deutsche Bevölkerung in den Ostprovinzen etwa 4.400.000 Menschen.
Bis zum Juli 1945 waren 1.125.000 Flüchtlinge zurückgekehrt, weil sie die Härten des verlorenen Krieges lieber in der Heimat durchstehen wollten. Sie ahnten nicht, daß sie wieder vertrieben werden würden. Andere hatten von der alliierten Entscheidung, die Deutschen auszuweisen, gerüchteweise gehört, sie begriffen aber nicht, daß die 700 Jahre alten ostdeutschen Siedlungen von heute auf morgen zerschlagen werden sollten. ...<<
Informationsminister Kopecky berichtete am 25. Mai 1945 im Prager Rundfunk indirekt über die Austreibung von Sudetendeutschen (x004/105-106): >>Das tschechoslowakische Militär ist schon in Bereitschaft für die Säuberung des Grenzgebietes der Republik von Deutschen und Ungarn und für die Rückerstattung der Reichtümer dieser von altersher slawischen Gebie-

te in die Hände der Tschechen und Slowaken. ...<<
General Eisenhower telegrafierte am 18. Oktober 1945 nach Washington (x309/125): >>In Schlesien verursachen die polnische Verwaltung und ihre Methoden eine große Flucht der deutschen Bevölkerung nach dem Westen. ... Viele, die nicht weg können, werden in Lagern interniert, wo unzureichende Rationen und schlechte Hygiene herrschen. Tod und Krankheit in diesen Lagern sind extrem hoch. ... Die Todesrate in Breslau hat sich verzehnfacht und es wird von einer Säuglingssterblichkeit von 75 Prozent berichtet. ...<<
Die Internierungslager in Ost-Mitteleuropa waren nicht selten regelrechte Seuchenhöllen, Hungerquartiere und Sterbelager, so daß die Deutschen "wie die Fliegen" starben. In den Internierungslagern gab es mehrheitlich nur Hungerrationen, weil große Teile der Lebensmittellieferungen von den Lagerleitungen oder dem Wachpersonal unterschlagen wurden.
Obgleich die deutschen Häftlinge völlig unzureichend ernährt wurden, mußten sie täglich schwere Zwangsarbeiten verrichten. In den Lagern fanden gewöhnlich regelrechte Sklavenmärkte statt. Der Andrang war sehr groß, denn man konnte die deutschen Arbeitssklaven für geringe Geldbeträge ausleihen.
Wer Hunger, Krankheit, Kälte und sonstige Strapazen überlebte, kämpfte täglich verzweifelt, um die schwere Zwangsarbeit oder den harten Lageralltag zu überstehen. In den Zwangsarbeitslagern (Polen und Ostdeutschland = 1.255 Lager, Tschechoslowakei = 846 Arbeits- und Straflager, Jugoslawien = ca. 1.500 Lager und Gefängnisse) wurden häufig die berüchtigten NS-Methoden imitiert.
Völkerrechtliche Konsequenzen: Die damals gültige Haager Landkriegsordnung vom 18. Oktober 1907 (in Kraft seit dem 26. Januar 1910) legte für die Kapitulation des Feindes und die militärische Gewalt auf besetztem feindlichem Gebiet folgende Regeln und Gebräuche des humanitären Völkerrechts fest (x852/...): >>... Fünftes Kapitel: Waffenstillstand
... Dritter Abschnitt: Militärische Gewalt auf besetztem feindlichem Gebiet
Artikel 42 Ein Gebiet gilt als besetzt, wenn es sich tatsächlich in der Gewalt des feindlichen Heeres befindet. Die Besetzung erstreckt sich nur auf die Gebiete, wo diese Gewalt hergestellt ist und ausgeübt werden kann.
Artikel 43 Nachdem die gesetzmäßige Gewalt tatsächlich in die Hände des Besetzenden übergegangen ist, hat dieser alle von ihm abhängenden Vorkehrungen zu treffen, um nach Möglichkeit die öffentliche Ordnung und das öffentliche Leben wiederherzustellen und aufrechtzuerhalten, und zwar, soweit kein zwingendes Hindernis besteht, unter Beachtung der Landesgesetze.
Artikel 44 Einem Kriegführenden ist es untersagt, die Bevölkerung eines besetzten Gebiets zu zwingen, Auskünfte über das Heer des anderen Kriegführenden oder über dessen Verteidigungsmittel zu geben.
Artikel 45 Es ist untersagt, die Bevölkerung eines besetzten Gebiets zu zwingen, der feindlichen Macht den Treueid zu leisten.
Artikel 46 Die Ehre und die Rechte der Familie, das Leben der Bürger und das Privateigentum sowie die religiösen Überzeugungen und gottesdienstlichen Handlungen sollen geachtet werden. Das Privateigentum darf nicht eingezogen werden.
Artikel 47 Die Plünderung ist ausdrücklich untersagt. ...<<
Am 9. Dezember 1948 wurde die UN-Konvention "über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes" offiziell verabschiedet und verkündet (x075/52-53): >>...
Art. I. Die vertragsschließenden Parteien bestätigen, das Völkermord, ob im Frieden oder im Krieg begangen, ein Verbrechen gemäß dem internationalen Recht ist, zu dessen Verhütung und Bestrafung sie sich verpflichten.
Art. II. In dieser Konvention bedeutet Völkermord eine der folgenden Handlungen, die in der Absicht begangen wird, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche

ganz oder teilweise zu zerstören:
a) Tötung von Mitgliedern einer Gruppe;
b) Verursachung von schwerem körperlichem oder seelischem Schaden an Mitgliedern der Gruppe;
c) vorsätzliche Auferlegung von Lebensbedingungen für die Gruppe, die geeignet sind, ihre körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen;
d) Verhängung von Maßnahmen, die auf die Geburtenverhinderung innerhalb der Gruppe gerichtet sind;
e) gewaltsame Überführung von Kindern der Gruppe in eine andere Gruppe. ...<<
Das Völkerrecht kennt keine gerechten und keine entschuldbaren Verbrechen oder Menschenrechtsverletzungen, denn Recht und historische Wahrheit sind nicht teilbar. Alle Kriegsverbrechen, Völkermord oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit bleiben unverjährbare Verbrechen, die unerschütterlich zu bestrafen und zu sühnen sind, egal, wer die Taten begangen hat und wer die Verantwortung dafür übernehmen muß. Die aktiven Täter und passiven Verantwortlichen von Völkerrechtsverletzungen sind für ihre Verbrechen durch die Vereinten Nationen juristisch-völkerrechtlich zur Rechenschaft ziehen.
Aufgrund der permanenten Kollektivschuldvorwürfe gegen das deutsche Volk kann es nicht länger akzeptiert werden, daß die an Deutschen verübten Kriegs- und Nachkriegsverbrechen bis in alle Ewigkeit ignoriert und ungesühnt bleiben, "nur weil diese Opfer Deutsche bzw. Nicht-Menschen waren".
Das Völkerrecht gilt für alle Völker und aus Unrecht kann niemals Recht werden, deshalb sind sämtliche Verletzungen des humanitären Völkerrechts (Kriegsverbrechen, Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit) juristisch zu untersuchen und zu ahnden.
Die Vereinten Nationen setzten zum Beispiel im Jahre 1993 und 1994 Kriegsverbrechertribunale ein, um Verletzungen des humanitären Völkerrechts im ehemaligen Jugoslawien und in Ruanda zu verfolgen und zu sühnen.
Bis zur gewaltsamen Vertreibung mußten die verfolgten Deutschen unfaßbare Racheakte und Gewalttaten über sich ergehen lassen. Diese monatelange, vielfach sogar jahrelange Schrekkenszeit, in der die rechtlosen Sklaven unglaubliche Schikanen, schwerste Mißhandlungen, Lagergreuel, harte Zwangsarbeit, Hunger, Krankheiten, Not und hoffnungslose Verelendung überstehen mußten, zerbrach auch den härtesten Willen der Menschen. Zum Schluß waren die Ost- und Volksdeutschen sogar froh, als man sie bettelarm aus ihrer Heimat jagte.
Durch die jahrelange Unterernährung und die unmenschlichen Haftstrapazen wurden Tausende von Reichs- und Volksdeutschen nicht nur physisch, sondern auch psychisch ruiniert.
Diese völkerrechtswidrigen Massenverbrechen an der deutschen Bevölkerung in den Gebieten östlich der Oder-Neiße waren zweifelsfrei Verbrechen gegen die Menschlichkeit.
Da Verbrechen gegen die Menschlichkeit nicht kraft Verjährung enden, sind die alliieren Siegermächte für ihr völkerrechtswidriges Handeln zur Verantwortung zu ziehen.

Felix Austria (glückliches Österreich): Die "Befreiung" Österreichs

> Mensch sein, heißt verantwortlich sein.
> *Antoine de Saint Exupery, eigentlich Marie Roger Comte (1900-1944, französischer Schriftsteller)*

Die Alliierten kündigten zwar am 4. Juli 1945 an, daß Österreich in den Grenzen von 1937 bestehen bleiben und in 4 Besatzungszonen sowie Wien (Sonderstatus) eingeteilt werden sollte, aber Österreich wurde nach dem Kriegsende nicht wie ein besiegtes, sondern wie ein befreites Land behandelt. Da Österreich von den Siegermächten offiziell als "Hitler-Opfer" eingestuft wurde, mußte es auch keine Verantwortung für die NS-Verbrechen übernehmen.

Fast kein Österreicher erinnerte sich nach dem Zweiten Weltkrieg mehr daran, daß der radikale Nationalsozialismus gerade vor und nach dem Ersten Weltkrieg in der ehemaligen Donaumonarchie besonders erfolgreich gewesen war. Die Österreicher verdrängten auch die Tatsache, daß der ehemalige Österreicher Adolf Hitler in erster Linie durch die österreichischen Nationalisten bzw. Judenhasser Georg von Schönerer, Karl Lueger und Adolf Lanz geprägt worden war und daß seit Ende des 19. Jahrhunderts vor allem in Österreich ein ausgeprägter Judenhaß existierte.
Die österreichischen "Judenjäger" mußten jedenfalls nachweislich nicht von den deutschen Nationalsozialisten zur Judenjagd gezwungen werden. Zu den "berüchtigsten Österreichern" jener Zeit zählten z.B. Adolf Hitler, Odilo Globocnik, Ernst Kaltenbrunner, Arthur Seyß-Inquart, Franz Stangl und Gustav Wagner.
Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (3/1962) berichtete später (am 17.01.1962) über den im österreichischen Fernsehen gesendeten Monolog des "Herrn Karl": >>**Mieslinge überall**
Und dann ist der Hitler kummen", plauderte der feiste Mann auf dem Bildschirm. "Na ja, des war eine Begeisterung ... ein Jubel ... Endlich amal hat der Wiener a Freid ghabt ..."
Bevor noch der Mann mit dem schwitzenden Rundgesicht, laut Programmankündigung "Der Herr Karl", seinen erinnerungstrunkenen TV-Monolog beendet hatte, waren die Telephonleitungen zum Wiener Sender blockiert. Österreichs Fernsehzuschauer, verärgert wie noch nie zuvor, protestierten en masse.
"Der Herr Karl", notierte der Wiener Kritiker Hans Weigel, "wollte einem bestimmten Typus auf die Zehen treten, und ein ganzes Volk schreit 'Au'."
"Der Herr Karl", der den Österreichern im November auf die Zehen trat, wiegt über zwei Zentner: Wiens Star-Kabarettist Helmut Qualtinger. Als Mitautor und Allein-Interpret des Einakters "Der Herr Karl" demonstrierte das 33jährige Schwergewicht "komödiantische Kraft" in solchem Ausmaß, daß sich seine Landsleute pauschal verunglimpft fühlten:
In echtem Wiener Beißerdialekt sagte Qualtinger den Österreichern - wie die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" aus Wien berichtete - "mehr Wahrheiten ins Gesicht, als sie während der letzten 16 Jahre ... zu hören bekamen".
Der Durchschnitts-Österreicher Karl, den Qualtinger zusammen mit dem Autor Carl Merz modelliert hat, entspricht in keiner Weise dem Klischee des betulichen, liebenswerten Donau-Anrainers: Er ist ein unsympathischer Dickwanst mit talmigoldenem Wiener-Herzen auf dem unrechten Fleck; er geht mit biedermännischem Charme über Leichen, stets bereit zum Mitlaufen ("Mir warn ja immer unpolitisch").
Meditiert Qualtinger-Karl: "Andere, mein Lieber; die habn sich gsund gestessn ... I war ein Idealist ... Was war i? Bei der NSV ... a nationalsozialistische Volkswohlfahrt ... Da hat si kaner was denkt, wann er dazu gangen is ... Heut ist man ja aa überall ... bei der Gewerkschaft und 50 ..."
Bosheit an Bosheit fügend, läßt Qualtinger den Österreicher Karl mal beim Schutzbund, mal bei der Heimwehr, mal bei der SS schmarotzen, einen Juden zum "Gehsteigfegen" führen ("Irgendwer hätts ja wegwischen müssn") und vor den Amerikanern liebedienern. Die Erinnerung an die Anschlußepoche mag Karl "nicht missen".
Besonders diese Schilderung der Anschlußfreuden war es, die Österreichs Neupatrioten dem Kabarettisten Qualtinger übelnahmen. "Kaum ist Gras über die Sache gewachsen", dolmetschte ein Funktionär der österreichischen Fluggesellschaft "Austrian Airlines" nationale Bedenken, "da kommt so ein Kamel und frißt es wieder ab."
Vergebens bemühte sich der österreichische Rundfunk-Programmbeirat, das rechte Maß für die Beurteilung des Qualtinger-Stücks zu finden. Vorsitzender Professor Rudolf Henz:
"Viele haben viel gelacht, einige Mitglieder des Beirates waren ganz dafür, andere wieder halb dagegen, dann gab's welche, die waren halb dafür, und andere wiederum ganz dagegen."

In ähnliche Verlegenheit hatte Qualtinger, der fette Großmeister Wiener Kleinkunst, Österreichs Prominentenschar schon des öfteren gebracht. Als der Unterrichtsminister Hurdes einst zu einem Kampf gegen "Schmutz und Schund" aufrief, ließ Qualtinger von einer Hausfassade ein großes "U" abmontieren und schickte es Hurdes mit gebührender Empfehlung: Der Vokal "U" solle aus dem Alphabet gestrichen werden, da er doch in allen unsittlichen, unseriösen und unschönen Wörtern vorkomme.
Zu seinem jüngsten Streich äußerte sich Qualtinger unschuldsvoll. "Wer sagt denn", sprach er, "daß der Herr Karl ein typischer Österreicher ist?" Sein Stück sei den Karl-Typen schlechthin gewidmet, weil es "in dieser Zeit der Vertuschung und Beschwichtigung nicht schaden kann, den Kleinen vorzuspielen, wie klein sie sind".
Dennoch schlug die nationale Empörung in Österreich erneut empor, als Anfang dieses Jahres bekannt wurde, daß Qualtingers Monodrama demnächst auch vom Deutschen Fernsehen ausgestrahlt werden soll (14. März, Zweites Programm). Wieder fluteten Beschwerden in das Wiener Funkhaus. Tenor der Protestbriefe:
Derartiger Kultur-Export sei Verrat an Österreich. "Die Äußerung eines Politikers", berichtete der Wiener Fernsehdirektor Gerhard Freund, "daß ich dafür nach Sibirien gehöre, will ich vernachlässigen."
Immerhin trug Qualtinger dem nationalen Sentiment Rechnung: Eine Bühnenfassung des "Herrn Karl", mit der er im April in den Münchner Kammerspielen gastieren wird, weist Veränderungen auf. Da sich "die Münchner nicht ungetrübt darüber freuen sollen, wie mies die Österreicher sind", will der Kabarettist auch über den "Hilfszug Bayern" meditieren, dessen Gulaschkanonen beim Anschluß 1938 Hitlers Politik propagieren halfen.
Qualtinger, im Stile des Herrn Karl: "Mieslinge gibt es überall." ...<<
Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (16/1986) berichtete später (am 14.04.1986) über das "befreite" Österreich: >>**Wir Österreicher wählen, wen wir wollen**
... Anno 45 ersparten sich die Österreicher ihre Stunde Null, weil aus besonders eifrigen Mittätern durch die Gunst der Stunde plötzlich unschuldige Opfer geworden waren.
"Worum es wirklich geht, ist das Selbstverständnis dieses Landes, sein Verhältnis zur eigenen Vergangenheit, die Unfähigkeit, mit der lange und liebevoll gehätschelten Lebenslüge aufzuräumen. Österreich hatte zu den ersten Opfern Hitlerdeutschlands gezählt. Diese Lüge ist eine der tragenden Säulen der Nachkriegsgeschichte Österreichs, eine Tatsache, an der alle drei Parlamentsparteien in diesem Land Schuld tragen. Und das rächt sich jetzt ganz fürchterlich", schreibt Martin Pollack vom linken "Wiener Tagebuch".
In einer Gesellschaft, in der "das Aufdecken der Vergangenheit schon immer ein größeres Verbrechen war als die Untaten der Hitlerei selbst", so der Wiener Zeitgeschichtler John Bunzl, mag sich natürlich kaum jemand daran erinnern, daß die charmant-neutrale "Insel der Seligen" des jüdischen Weltmannes Bruno Kreisky der Nazibarbarei besonders viele Schergen für den Vollzug ihrer Verbrechen lieferte und auch noch die wichtigsten geistigen Grundlagen des Nationalsozialismus; ebensowenig daran, daß im walzer- und weinseligen Wien dazu noch ein eigenständiger Austrofaschismus ausgebrütet wurde.
In diesem Land hegt auch nach neuesten Untersuchungen noch weit mehr als die Hälfte der Bevölkerung antisemitische Gefühle, zwischen Alpen und Donau blühen etwa ein halbes Hundert rechtsextremer Vereine und Bünde - und das sind keineswegs nur spinnerte Sektierer, die in einer Masse aufrechter Demokraten verschwinden.
Es ist durchaus nicht immer nur ein stiller Faschismus. "Krieg fordert allezeit Opfer: Tote, Verwundete, Gefangene. Das hätte das Weltjudentum bedenken müssen, als es Deutschland den Krieg erklärte." Diese irre Deutung des Holocaust findet sich nicht auf einem heimlichen Flugblatt, sondern in der "Bundesturnzeitung", dem amtlichen Mitteilungsorgan des öffentlich subventionierten "Österreichischen Turnerbundes" (75.000 Mitglieder).

"Es sei aber auch daran erinnert, daß es Freiwillige aus fast allen Staaten Europas waren, ... die im Zweiten Weltkrieg die Kultur des Abendlandes gegen den Ansturm aus dem Osten verteidigt haben - so das Bild der SS in "Der Kamerad", dem Verbandsorgan des Österreichischen Kameradschaftsbundes (etwa 300.000 Mitglieder, davon 50.000 unter 30 Jahren).
Es war auch nicht etwa purer geographischer Zufall, daß gerade Österreich der Welt den Adolf Hitler bescherte. Das Wien des ausgehenden 19. Jahrhunderts lieferte dem Verderber des 20. die Grundlagen seiner krausen Ideen: den deutschtümlerischen Chauvinismus, den krankhaften Arier- und Rassenwahn, den extremen Antisemitismus.
Der Sekretär des späteren christsozialen österreichischen Kanzlers Ignaz Seipel, August Maria Knoll, brachte dies 1937 auf die Formel: "Der Nationalsozialismus ist jene Bewegung, die das preußische Schwert der österreichischen Narretei zur Verfügung gestellt hat."
Hitler selbst schilderte es so: "Ich kam als 17jähriger Mensch nach Wien ... Ich ging von Wien weg als absoluter Antisemit."
Einschlägige Erkenntnisse vermittelten Hitler die Schriften des deutschnationalen Abgeordneten im Wiener Reichsrat Georg Ritter von Schönerer aus Wien, der so antiklerikal ("Los von Rom!") wie antisemitisch war und seine Gefolgschaft mit dem Reim einstimmte: "Was der Jude glaubt, ist einerlei, in der Rasse liegt die Schweinerei."
"Wer a Jud ist, bestimm i", dekretierte ein anderer Wiener Antisemit jener Jahre, der nach Hitlers Urteil "gewaltigste deutsche Bürgermeister aller Zeiten", Karl Lueger: "Die Juden sind der Lindwurm, der die Deutschen in Fesseln geschlagen hat. Dieser Lindwurm muß erlegt werden."
In der Hauptstadt der Vielvölker-Monarchie, in der um die Jahrhundertwende etwa 170.000 der 1,2 Millionen Juden des Habsburgerreiches lebten, hatten alle studentischen Burschenschaften einen Arierparagraphen. Der Antisemitismus galt in diesen Kreisen vor allem der akademischen und intellektuellen Konkurrenz, fanden sich doch unter den Wiener Juden Namen wie Sigmund Freud, Max Reinhardt, Arthur Schnitzler, Franz Werfel, Gustav Mahler, Stefan Zweig und Theodor Herzl.
Es wurde auch nicht anders, als die großflächige Donaumonarchie zur kleinen Alpenrepublik verkümmerte. Die nannte sich "Deutsch-Österreich" und betrachtete sich laut einstimmigem Beschluß der Nationalversammlung vom 12. November 1918 als "Bestandteil der Deutschen Republik". Die Siegermächte verboten jedoch den Anschluß. Ihre übelsten Traditionen retteten die Österreicher in den "Staat, den keiner wollte" (so der Autor Hellmut Andics) mit hinüber.
Der christlichsoziale Kanzler Seipel wollte die neue Republik "ganz gründlich von den Juden scheiden". Sein Parteifreund Leopold Kunschak wußte auch gleich wie. Er forderte 1919 "die sofortige Abschiebung aller seit August 1914 eingewanderten Juden", in jenen Fällen, in denen dies nicht möglich sei, ihre "allgemeine Internierung in Flüchtlingslagern" - der grausigen Wirklichkeit 20 Jahre voraus.
Daß derselbe Leopold Kunschak nach 1945 dann erster Parlamentspräsident der Zweiten Republik werden konnte, unterstreicht die Verdrängungskraft der Österreicher, der auch der Kandidat Kurt Waldheim erliegt, wenn er seine blaßbraunen Flecken mit dem eifrigen Bekenntnis wegzuwischen sucht, daß er und seine Familie ja überzeugte Anhänger des christlichsozialen Kanzlers Kurt Schuschnigg gewesen seien.
Schuschnigg stand jenem Ständestaat vor, der in den dreißiger Jahren den europäischen Faschismus um eine eigene österreichische Abart bereicherte. Tausende politische Gegner in Anhaltelager sperrte, einige sogar hängen ließ. Seine bewaffneten Heimwehr-Verbände liefen 1938 zum Teil geschlossen zu den Nazis über.
Als im März 1938 endlich der Anschluß kam, nach heutigem amtlichen Geschichtsverständnis die brutale Vergewaltigung Österreichs durch Hitler, wehrte sich niemand. Schuschnigg, von

seinen Parteifreunden heute als Widerständler gegen Hitler gefeiert, kroch mit einer liebedienerischen Ergebenheitsadresse an den Führer zu Kreuz. Der Sozialist Karl Renner, Kanzler zu Beginn der Ersten wie der Zweiten Republik, forderte seine Genossen und Landsleute auf, bei einer Volksabstimmung mit "Ja" für den Anschluß zu stimmen, da der "ein geschichtlicher Fortschritt" sei. Seinen Segen dazu gab auch Wiens Kardinal Innitzer.
Die Nazis zählten dann auch 99,73 Prozent Ja-Stimmen. Mögen es in Wahrheit und von Herzen nur 60 Prozent gewesen sein, wie Renner nach dem Krieg meinte - jene halbe Million Ostmärker, die am 15. März auf dem Wiener Heldenplatz wie im Delirium dem Führer Adolf Hitler zujauchzten, sind immer noch die größte Menschenmenge, die je in Österreich an einem Ort zusammenkam - zu Füßen eines Reiterstandbilds des Erzherzogs Karl ("Dem beharrlichen Kämpfer für Deutschlands Ehre").
Die nur etwas über acht Prozent Ostmärker im Reich stellten von Anfang an einen weit überproportionalen Anteil am Personal von Hitlers Kriegs- und Vernichtungsmaschine. In einer Dokumentation, die Simon Wiesenthal, Leiter des Jüdischen Dokumentationszentrums in Wien, 1966 dem damaligen Bundeskanzler Klaus zustellte, wird nachgewiesen daß "Österreicher während der NS-Zeit am Tod von etwa drei Millionen Juden schuldig wurden".
Kurz nach dem Anschluß kam Adolf Eichmann, selbst Österreicher, aus München nach Wien und organisierte dort die "Zentralstelle für jüdische Auswanderung". Österreich wurde zum Exerzierfeld für die Judenverfolgung im Dritten Reich. Die jüdische Bevölkerung Wiens sank bis Ende 1939 von 220.000 auf weniger als 70.000. Juden wurden vom Nazimob gezwungen, mit Zahnbürsten die Straße zu schrubben. "Gegen die Kristallnacht von Wien war die in Berlin ein gemütliches Weihnachtsfest", urteilt Simon Wiesenthal. Das Kriegsende erlebten noch etwa 200 Wiener Juden.
Chef des berüchtigten Reichssicherheitshauptamtes wurde nach dem Tod Reinhard Heydrichs der Österreicher Ernst Kaltenbrunner. Überall, wo es um die infernalische Endlösung ging, wimmelte es von Ostmärkern:
- Franz Novak, Eichmanns Transportchef, organisierte die Verfrachtung von 1,7 Millionen Juden in Vernichtungslager.
- Der Österreicher Odilo Globocnik organisierte die Juden-Vernichtung im Gebiet von Lublin, die in Galizien ein Landsmann Gustav Wächter (der nach dem Krieg im Vatikan untertauchte und dort unter falschem Namen starb).
- SS- und Polizeiführer im besetzten Warschau wurde der Österreicher Dr. Sammern-Frankenegg.
- Die Gettos von Wilna und Riga "säuberten" die Ostmärker Franz Murer und Eduard Roschmann.
- Die Brüder Anton und Alois Brunner leisteten die Vernichtung der Juden in Österreich, Griechenland und der Slowakei.
- Hermann Krumey transportierte Ungarns Juden in die Gaskammern. Theodor Dannecker war für die Juden in Paris zuständig.
- In den Konzentrationslagern Theresienstadt, Treblinka, Plaszow kommandierten Ostmärker.
- Für die Juden-Verfolgung in Holland, der über 110.000 Menschen zum Opfer fielen, war der Grazer Erich Rajakowitsch zuständig.
In der Ostmark gab es verhältnismäßig mehr Mitglieder der NSDAP als im übrigen Reich - etwa zehn Prozent der Bevölkerung (sieben Prozent im "Altreich"). Das traditionell deutschnationale Kärnten etwa galt mit über 46.000 Parteigenossen als "des Führers treuester Gau". Aber auch 40 Prozent der Wiener Philharmoniker glaubten nicht ohne Parteibuch geigen und flöten zu können.
1945 wollte es dann keiner gewesen sein. Gierig griffen die Österreicher nach dem ihnen von den Alliierten in der sogenannten Moskauer Erklärung von 1943 ausgestellten Persilschein,

sie seien das erste Opfer der nationalsozialistischen Aggression gewesen. Nun waren "die Deutschen" allein für alles Böse verantwortlich. Den Österreichern gelang es 1955 buchstäblich in letzter Stunde, einen Mitverantwortungshinweis aus dem Staatsvertrag mit den Kriegsalliierten zu entfernen, der das befreite Österreich dann im Gegensatz zu Deutschland auch von seinen Besatzern befreite: felix Austria (glückliches Österreich).
Die totale Verdrängung geriet zur nationalen Tugend. "Die Österreicher haben sich verhalten wie ertappte kleine Kinder, die ihre Schuld sofort auf andere abwälzen", meint der Wiener Historiker Karl Stuhlpfarrer. "Eine Aufarbeitung der eigenen Schuld konnte daher nie stattfinden."
In den ersten Wochen seiner Provisorischen Regierung verkündete der von Stalin selbst gekürte Kanzler Renner noch, die Nationalsozialisten sollten "nach demselben Ausnahmerecht behandelt werden, das sie selbst den anderen aufgezwungen haben". Dies wurde, erkennbarer Unsinn, schnell vergessen: Über 600.000 Österreicher, zehn Prozent der Bevölkerung, hätten drakonisch bestraft werden müssen. ...<<

Zusammenfassung der "Befreiung" Österreichs
Die Alliierten kündigten zwar am 4. Juli 1945 an, daß Österreich in den Grenzen von 1937 bestehen bleiben und in 4 Besatzungszonen sowie Wien (Sonderstatus) eingeteilt werden sollte, aber Österreich wurde nach dem Kriegsende nicht wie ein besiegtes, sondern wie ein befreites Land behandelt. Da Österreich von den Siegermächten offiziell als "Hitler-Opfer" eingestuft wurde, mußte es auch keine Verantwortung für die NS-Verbrechen übernehmen.
Die angeblich "von Hitler gewaltsam unterdrückten Österreicher" sahen diese Befreiungstheorie selbstverständlich genauso. Obwohl fast alle Österreicher den freiwilligen Anschluß begrüßten und "ihren Hitler" jubelnd empfangen hatten, wollten die anpassungsfähigen und "vergeßlichen" Österreicher nach der Niederlage natürlich nichts mehr von den deutschen Verlierern wissen.
Die sowjetischen Befreier wurden damals zwar nicht mit dem donnernden Beifall der deutschösterreichischen Anschlußfeiern von 1938 begrüßt, aber von Wien bis Graz standen die "befreiten Österreicher" an den Straßen und jubelten den Rotarmisten zu. Die Österreicher, seit jeher der "charmanteste und glücklichste" deutsche Volksstamm, überwanden auch den Zweiten Weltkrieg fast mühelos.
Die wendigen Österreicher rückten sofort von den zertrümmerten deutschen Nachbarn ab und leugneten alle bisherigen freundschaftlichen Beziehungen. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges waren die ehemals sieg- und erfolgreichen Deutschen plötzlich nur noch die "ewigen Verlierer" und Unpersonen.
Auch die deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen erlebten in Österreich fast überall bittere Erfahrungen, denn viele "befreite" Österreicher wollten mit den "besiegten" Deutschen nichts mehr zu tun haben. Wohin die deutschen Heimatlosen auch kamen, in Österreich waren sie fast nirgends willkommen und vielerorts kam es zu offenen Feindseligkeiten. Nur wenn die deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen genügend Vermögenswerte besaßen, verhielten sich die einheimischen Österreicher wesentlich "freundlicher".
Der deutsche Journalist Ekkehard Kuhn schrieb später in seinem Buch "Nicht Rache, nicht Vergeltung ..." über die fehlende Solidarität der "befreiten österreichischen Nation" (x024/-235-236): >>... Das "befreite Österreich", das sich aus der gesamtdeutschen Verantwortung stehlen und den von den meisten Österreichern lebhaft begrüßten Anschluß an Deutschland vergessen machen wollte, war bestrebt, die lästigen Vertriebenen so bald wie möglich nach "Deutschland", also in die westlichen 3 Besatzungszonen, abzuschieben. Eine Eingliederung der Flüchtlinge sollte verhindert werden. Dazu mußten fragwürdige Mittel herhalten.
"Volksdeutsche" durften nur in untergeordneten Tätigkeiten beschäftigt werden, die Kinder

von Vertriebenen wurden vom Schulunterricht ausgeschlossen. Sie durften bestenfalls nachmittags die Räume der österreichischen Schulen benutzen. Die Vertriebenen waren größtenteils in Lagern untergebracht. Wenn dort Plätze frei wurden, weil Flüchtlinge nach Westdeutschland übersiedelten, wurden andere aus mühselig beschafften Privatwohnungen in die Lager eingewiesen.
Angesichts dieser diskriminierenden Maßnahmen zogen es tatsächlich die meisten Vertriebenen vor, nach Westdeutschland zu gehen. Von den 1,4 Millionen Vertriebenen. die nach Österreich kamen, blieben nur 350.000. Für den Erhalt der österreichischen Staatsangehörigkeit mußten sie noch kräftig bezahlen und ausdrücklich auf alle Entschädigungsansprüche an den österreichischen Staat für ihre durch die Vertreibung erlittenen Verluste verzichten.
Der österreichische Nationalismus bot, wie Prof. Wilfried Schlau schrieb, "ein makabres Beispiel moralischer Fragwürdigkeit und das Fehlen jeglicher sozialer Solidarität: Helmut Qualtinger hat dieser Geisteshaltung der 'befreiten österreichischen Nation' in seinem 'Herrn Karl' ein literarisches Denkmal gesetzt." ...<<
Der französische Politikwissenschaftler und Germanist Alfred Grosser schrieb später in seinem Buch "Ermordung der Menschheit" (x075/34): >>... Häufiger kommt es ... vor, daß eine Gruppe, z.B. ein nationaler Verband, danach trachtet, die Verbrechen oder die Beihilfe dazu in Schweigen zu hüllen, weil die Erinnerung daran das gute Gewissen belasten würde.
Österreich pflegte nach 1945 die Erinnerung an das Verbrechen des Anschlusses, die Annexion durch Deutschland 1938; auf diese Weise konnte man sich als Opfer empfinden. Unterschlagen wurden dabei allerdings die massenhafte und weitgehend begeisterte Zustimmung zu dieser Vergewaltigung, sowie die verbrecherischen Handlungen, an denen viele Österreicher nach dem Anschluß beteiligt waren.
Da sie sich in die Opferrolle begeben und dadurch eine Beschuldigung von außen verhindert hatten, wurde das öffentliche Bewußtsein nicht durch die Erinnerung an eine Beteiligung gestört. ...<<
Schlußbemerkungen: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (47/1962) berichtete am 21. November 1962 über das "befreite" Österreich: >>**50 Jahre fehlen**
Die Bürgerschaft eines demokratischen Staates wächst hier mit derselben Vorbildung heran", grollte der Wiener "Express", "die ein Buschneger beim ersten Betreten einer europäischen Großstadt besitzt."
Dieses harte Urteil galt der Art, in der die Schulen der neutralen Alpenrepublik der unbewältigten Vergangenheit ihres Staates ausweichen: Die letzten 50 Jahre österreichischer Geschichte werden schamhaft totgeschwiegen.
Für mindestens 70 von 100 Abiturienten, die beim Eintritt ins österreichische Bundesheer den Eid auf die Republik schwören, endet - trotz der jüngst beschlossenen Schulreform - das historische Wissen mit dem Sturz der Habsburger Monarchie.
Über die nachfolgenden Ereignisse, die politischen Leidenschaften, die Österreich nach 1918 zu einem Staat wider Willen machten und in die Kettenreaktion Bürgerkrieg-Faschismus-Nationalsozialismus stießen, breiten die Lehrkräfte mildes Schweigen.
Ergebnis solcher Behutsamkeit ist eine nationale Unbildung, deren erschreckendes Ausmaß eine Umfrage des Wiener "Kurier" enthüllte: Die Zeitung befragte 30 Realgymnasiasten einer Wiener Abiturklasse nach dem "bedeutendsten Ereignis aus der österreichischen Geschichte des Jahres 1934".
Sieben der Befragten nannten richtig die Ermordung des Bundeskanzlers Dollfuß durch nationalsozialistische Putschisten, einer entsann sich des Bürgerkrieges zwischen Sozialdemokraten und Christlichsozialen.
Die übrigen 22 Primaner tappten hilflos durch das Quiz. Einer schlug den Brand des Justizpalastes vor (1927), ein anderer wähnte, die Uno sei damals in den Völkerbund aufgenommen

worden, neun hatten keinerlei Ahnung, ließen sich aber leicht überreden, 1934 als das Jahr der Abtrennung Südtirols (1919) zu betrachten.
So viel Unwissen veranlaßte Österreichs Unterrichtsminister Dr. Heinrich Drimmel, "energisch an die Einhaltung des Lehrplanes zu erinnern, der einen gegenwartsbezogenen Überblick über den Verlauf der allgemeinen Geschichte vorschreibt".
Das Ministerium mahnte die säumigen Lehrer, künftig den korrekten Abschluß des historischen Unterrichts anzustreben.
Dem Einwand der Lehrkräfte, der aktuelle Geschichtsunterricht scheitere an "zuviel Stoff für zuwenig Zeit", begegnete der Minister mit der Parole "'Habt Mut zu Lücken". Er nehme, meinte Drimmel, kleinere Wissensmängel bei den Punischen Kriegen gerne in Kauf, wenn statt dessen das Wissen über die Ereignisse des 20. Jahrhunderts vermehrt werde.
Doch Drimmels Ermunterungen nutzten wenig. Wiens Landesschulinspektor Dr. Ernst Mayer, der - selbst Historiker - die Durchführung des Erlasses kontrollieren sollte, resigniert achselzuckend: "Ich habe auch seither keine höhere Jahreszahl als 1918 gehört."
Das ist freilich nicht allein die Schuld der Lehrkräfte an Österreichs höheren Schulen. Das Dilemma beginnt bereits mit der fragmentarischen Ausbildung der Pädagogen. Ahnungslos betraten sie einst als Abiturienten die Universität, und ahnungslos passierten sie Jahre später auch die Lehramtsprüfung.
Denn: Erst seit 1957 kann der angehende Historiker an der Wiener Hochschule - freiwillig - die Zeitgeschichte ab 1918 studieren. Vorher gab es dafür keinen Lehrstuhl.
Dazu Landesschulinspektor Mayer:
"In Wien hinken die Vorlesungen der Historischen Fakultät traditionsgemäß 30 Jahre hinter ihrer Zeit zurück. Wenn dann noch 20 Jahre seit dem Ende seines Studiums vergangen sind, hat der Geschichtslehrer ein Wissensvakuum von 50 Jahren."
Den Schulmännern macht obendrein die mangelnde innere Distanz zu den (selbst erlebten) Ereignissen der Zeitgeschichte zu schaffen. "Man muß verstehen", erläuterte Minister Drimmel, "daß jeder Historiker selbst am eigenen Leib die Narben der Vergangenheit trägt und fürchtet, sie aufzureißen."
An diese kaum vernarbten Wunden wagt auch kein österreichisches Geschichtslehrbuch zu rühren. Der offizielle historische Lehrbehelf für die Abschlußklasse hat zwar sechs Autoren, aber keine Meinung. Das Büchlein entstand während der Besatzungszeit, als jedes Schulbuch einer Kommission der Besatzer vorzulegen war.
Nach Abzug der Besatzungsmächte 1955 unterblieb eine Neufassung, da man sich bis heute nicht auf ein proporzgerechtes schwarz-rotes Autoren-Duo einigen konnte. So wird weiterhin nach einem Provisorium gelehrt und gelernt, das die Ereignisse der letzten 50 Jahre in wenigen unverbindlichen Sätzen zusammenfaßt, so etwa
- die bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen von 1927: "Trotz dem Eingreifen besonnener Arbeiterführer konnten Übergriffe nicht verhindert werden. (Brand des Justizpalastes, 15. Juli 1927). Die Regierung Seipel ließ unter Opfern die Ruhe durch den Einsatz bewaffneter Polizeikräfte wiederherstellen."
- Juliputsch von 1934: "Bei einem gewaltsamen Versuch der Nationalsozialisten, die Macht an sich zu reißen, wurde Bundeskanzler Dollfuß in seinem Amt ermordet."
- Österreichs Anschluß an das Deutsche Reich im März 1938: "Obwohl Bundespräsident Miklas nach längerer Weigerung den Nationalsozialisten Dr. Seyß-Inquart zum Kanzler ernannte, besetzten dennoch die deutschen Truppen das ganze Land (Okkupation)."
Mit solch dürftigen Formulierungen werden die Unglücksjahre der Ersten Republik beschrieben. Der junge Österreicher erfährt aus seinem Geschichtsbuch nichts über die schwerbewaffneten Parteigarden, mit denen sich in den Jahren von 1927 bis 1934 die christlichsoziale Regierung und die sozialdemokratische Opposition zeitweise in offenem Bürgerkrieg bekämpf-

ten.
Über die Entwicklung, die zu dem dramatischen Versuch der österreichischen Gefolgsleute Hitlers führte, schon im Juli 1934 mit Gewalt die Angliederung an das Reich zu erzwingen, hört er ebensowenig wie über die Ereignisse des Anschluß-Jahres 1938.
Die jubelnden Menschenmassen beim Einzug Hitlers in Wien werden in Österreichs Lehrplänen nicht erwähnt. Der Anschluß, den damals fast alle Kräfte des abgewirtschafteten Staates, vom Sozialisten Renner bis zum Kardinal Innitzer, bejahten, gilt heute schlicht als militärische Okkupation. ...<<

Das Potsdamer Abkommen

> Mit einem freundlichen Wort und einer Kanone kannst du mehr erreichen als mit einem freundlichen Wort alleine.
> *Alfonso Capone (1899-1947, nordamerikanischer Bandenchef)*

Im Verlauf der Potsdamer Konferenz, die vom 17. Juli bis zum 2. August 1945 im Schloß Cäcilienhof bei Potsdam stattfand, verhandelten Stalin, Truman, Churchill (bis zur Wahlniederlage im Juli 1945) und Attlee (ab 28.07.1945) über gemeinsame Maßnahmen zur Behandlung des Deutschen Reiches und die Schaffung einer neuen Friedensordnung. Während dieser Verhandlungen trafen die nordamerikanischen und britischen Außenpolitiker weitere verhängnisvolle Fehlentscheidungen.
Vor der Potsdamer Konferenz besaß US-Präsident Truman praktisch alle Trümpfe. Im Gegensatz zur Sowjetunion verfügte Nordamerika damals schon über einsatzfähige Atombomben, die ursprünglich gegen "Hitler-Deutschland" eingesetzt werden sollten (x041/191).
Die Nordamerikaner hatten einen Tag vor dem Beginn der Potsdamer Konferenz den ersten erfolgreichen Atombombentest in der Wüste von New Mexiko durchgeführt. Die sowjetische Militärhilfe gegen Japan wurde eigentlich nicht mehr benötigt, denn Japans Armeen waren fast besiegt und hatten bereits mehrere Friedensangebote eingereicht.
Der überforderte nordamerikanische Präsident Truman war jedoch trotz der japanischen Kapitulationsbereitschaft fest entschlossen, die Atombombe gegen Japan einzusetzen, um Stalin einzuschüchtern.
Die Nordamerikaner und Briten hatten vor der Potsdamer Konferenz vereinbart, "nur" die preußischen Provinzen Ostpreußen, Danzig, Ostpommern und Oberschlesien an die UdSSR bzw. Polen abzutreten. Diese Gebietsabtretungen genügten den Osteuropäern jedoch längst nicht mehr.
Stalin verlangte für Polen schließlich alle deutschen Ostgebiete östlich der Oder und Görlitzer Neiße (außer Nord-Ostpreußen). Die zusätzliche Abtretung der dichtbevölkerten Provinzen Niederschlesien und Ostbrandenburg war für Churchill und US-Präsident Truman zunächst unannehmbar, deshalb ließen sie sich schließlich auf eine "Politik des Aufschubs" ("policy of postponement") ein.
Die Massenvertreibung der Deutschen wurde zwar während der Potsdamer Konferenz entschieden, aber die Vertreiberstaaten hatten vorher längst entscheidende Fakten realisiert. Für Stalin waren die geplanten Gebietsabtretungen schon lange erledigt, denn er hatte die Westverschiebung systematisch vorbereiten lassen und ab Ende Mai 1945 die Austreibung von großen Bevölkerungsteilen gefördert bzw. geduldet, um vollendete Tatsachen zu schaffen.
Während der Potsdamer Konferenz behauptete Stalin mehrfach, daß die deutschen Ostgebiete menschenleer seien (x150/12). Die polnische Regierung, die zeitweise als Gast in Potsdam teilnahm, gab nur noch 1,5 Millionen Deutsche an (x150/14). Diese Deutschen würden freiwillig ziehen, sobald die Ernte vorbei wäre.

Churchill und Truman wurden vorsätzlich getäuscht, denn in Wirklichkeit hielten sich damals noch ca. 5,7 Millionen Reichs- und Volksdeutsche östlich der Oder-Neiße-Linie auf (x001/-78E). Diese osteuropäische "Verhandlungstaktik" beeinflußte sicherlich maßgebliche Entscheidungen der Potsdamer Konferenz.
Als Premierminister Churchill nach seiner Wahlniederlage bei den britischen Unterhauswahlen die Potsdamer Konferenz verlassen mußte, waren US-Präsident Truman und die ebenfalls unerfahrenen britischen Labour-Außenpolitiker sowie ihre Berater nicht mehr in der Lage, den sowjetischen Diktator in die Schranken zu weisen, denn Stalin war ein erfahrener Machtpolitiker und knallharter Verhandlungsführer, der seine Gegner meistens in stundenlangen Debatten zermürbte (x114/2.103).
Der britische Premierminister Clement Richard Attlee und sein Außenminister Ernest Bevin konnten ihre Vorgänger nicht annähernd ersetzen. Churchills vorzeitiger Abgang stellte eine enorme Schwächung der britischen Delegation dar. Nach Churchills Rückzug konnte Stalin seine maßlosen Gebietsforderungen schließlich vollständig durchsetzen.
Nach der Potsdamer Konferenz setzte man in Polen und in der CSR die "wilden Vertreibungen" fort. Die "Ordnungsgemäße Überführung deutscher Bevölkerungsteile" und andere Abmachungen wurden häufig ebenfalls nicht beachtet.
Das sogenannte Potsdamer Protokoll (Mitteilung über die Dreimächte-Konferenz, die vom 17. Juli bis zum 2. August 1945 in Potsdam stattfand) wurde am 22. August 1945 veröffentlicht (x101/188-197):
>>**"Potsdamer Abkommen"**
2. August 1945
Mitteilung über die Dreimächtekonferenz von Berlin ...
III.
Deutschland
Alliierte Armeen führen die Besetzung von ganz Deutschland durch, und **das deutsche Volk fängt an, die furchtbaren Verbrechen zu büßen**, die unter der Leitung derer, welche es zur Zeit ihrer Erfolge offen gebilligt hat und denen es blind gehorcht hat, begangen wurden. Auf der Konferenz wurde eine Übereinkunft erzielt über die politischen und wirtschaftlichen Grundsätze der gleichgeschalteten Politik der Alliierten in bezug auf das besiegte Deutschland in der Periode der alliierten Kontrolle.
Das Ziel dieser Übereinkunft bildet die Durchführung der Krim-Deklaration über Deutschland. Der deutsche Militarismus und Nazismus werden ausgerottet, und **die Alliierten treffen nach gegenseitiger Vereinbarung** in der Gegenwart und in der Zukunft auch andere **Maßnahmen, die notwendig sind, damit Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann.**
Es ist nicht die Absicht der Alliierten, das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven. Die Alliierten wollen dem deutschen Volke die Möglichkeit geben, sich darauf vorzubereiten, sein Leben auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage von neuem wiederaufzubauen. Wenn die eigenen Anstrengungen des deutschen Volkes unablässig auf die Erreichung dieses Zieles gerichtet sein werden, wird es ihm möglich sein, zu gegebener Zeit seinen Platz unter den freien und friedlichen Völkern der Welt einzunehmen. ...
B. Wirtschaftliche Grundsätze
... 15. Es ist eine alliierte Kontrolle über das deutsche Wirtschaftsleben zu errichten, jedoch nur in den Grenzen, die notwendig sind:
a) zur Erfüllung des Programms der industriellen Abrüstung und Entmilitarisierung, der Reparationen und der erlaubten Aus- und Einfuhr;
b) zur Sicherung der Warenproduktion und der Dienstleistungen, die zur Befriedigung der Bedürfnisse der Besatzungsstreitkräfte und der verpflanzten Personen in Deutschland notwen-

dig sind und die wesentlich sind für die **Erhaltung eines mittleren Lebensstandards in Deutschland, der den mittleren Lebensstandard der europäischen Länder nicht übersteigt**. (Europäische Länder in diesem Sinne sind alle europäischen Länder mit Ausnahme des Vereinigten Königreiches und der Sowjetunion); ...

VI.

Stadt Königsberg und das anliegende Gebiet

Die Konferenz prüfte einen Vorschlag der Sowjetregierung, daß **vorbehaltlich der endgültigen Bestimmung der territorialen Fragen bei der Friedensregelung** derjenige Abschnitt der Westgrenze der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, der an die Ostsee grenzt, von einem Punkt an der östlichen Küste der Danziger Bucht in östlicher Richtung nördlich von Braunsberg - Goldap und von da zu dem Schnittpunkt der Grenzen Litauens, der Polnischen Republik und Ostpreußens verlaufen soll.

Die Konferenz hat grundsätzlich dem Vorschlag der Sowjetregierung hinsichtlich der endgültigen Übergabe der Stadt Königsberg und des anliegenden Gebietes an die Sowjetunion gemäß der obigen Beschreibung zugestimmt, wobei der genaue Grenzverlauf einer sachverständigen Prüfung vorbehalten bleibt. Der Präsident der USA und der britische Premierminister haben erklärt, daß sie den Vorschlag der Konferenz bei der bevorstehenden Friedensregelung unterstützen werden. ...

Artikel IX.

Polen

... b) Bezüglich der Westgrenze Polens wurde folgendes Abkommen erzielt:

In Übereinstimmung mit dem bei der Krim-Konferenz erzielten Abkommen haben die Häupter der drei Regierungen die Meinung der polnischen provisorischen Regierung der Nationalen Einheit hinsichtlich des Territoriums im Norden und Westen geprüft, das Polen erhalten soll. Der Präsident des Nationalrates Polens und die Mitglieder der Polnischen Provisorischen Regierung der Nationalen Einheit sind auf der Konferenz empfangen worden und haben ihre Auffassungen in vollem Umfange dargelegt. Die Häupter der drei Regierungen bekräftigen ihre Auffassung, **daß die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zu der Friedenskonferenz zurückgestellt werden soll**.

Die Häupter der drei Regierungen stimmen darin überein, daß **bis zur endgültigen Festlegung der Westgrenze Polens**, die früher deutschen Gebiete östlich der Linie, die von der Ostsee unmittelbar westlich von Swinemünde und von dort die Oder entlang bis zur Einmündung der westlichen Neiße und die westliche Neiße entlang bis zur tschechoslowakischen Grenze verläuft, einschließlich des Teiles Ostpreußens, der nicht unter die Verwaltung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Übereinstimmung mit den auf dieser Konferenz erzielten Vereinbarungen gestellt wird, und einschließlich des Gebietes der früheren Freien Stadt Danzig **unter die Verwaltung des polnischen Staates kommen und in dieser Hinsicht nicht als Teil der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland betrachtet werden sollen.** ...

XIII.

Ordnungsmäßige Überführung deutscher Bevölkerungsteile

Die Konferenz erzielte folgendes Abkommen über die Ausweisung Deutscher aus **Polen**, der Tschechoslowakei und Ungarn:

Die drei Regierungen haben die Frage unter allen Gesichtspunkten beraten und erkennen an, daß die Überführung der deutschen Bevölkerung oder Bestandteile derselben, die in **Polen**, Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind, nach Deutschland durchgeführt werden muß. **Sie stimmen darin überein, daß jede derartige Überführung, die stattfinden wird, in ordnungsgemäßer und humaner Weise erfolgen soll.**

Da der Zustrom einer großen Zahl Deutscher nach Deutschland die Lasten vergrößern würde,

die bereits auf den Besatzungsbehörden ruhen, halten sie es für wünschenswert, daß der alliierte Kontrollrat in Deutschland zunächst das Problem unter besonderer Berücksichtigung der Frage einer gerechten Verteilung dieser Deutschen auf die einzelnen Besatzungszonen prüfen soll.
Sie beauftragen demgemäß ihre jeweiligen Vertreter beim Kontrollrat, ihren Regierungen so bald wie möglich über den Umfang zu berichten, in dem derartige Personen schon aus **Polen**, der Tschechoslowakei und Ungarn nach Deutschland gekommen sind, und eine Schätzung über Zeitpunkt und Ausmaß vorzulegen, zu dem die weiteren Überführungen durchgeführt werden könnten, wobei die gegenwärtige Lage in Deutschland zu berücksichtigen ist.
Die tschechoslowakische Regierung, die Polnische Provisorische Regierung und der Alliierte Kontrollrat in Ungarn werden gleichzeitig von obigem in Kenntnis gesetzt und ersucht werden, inzwischen weitere Ausweisungen der deutschen Bevölkerung einzustellen, bis die betroffenen Regierungen die Berichte ihrer Vertreter an den Kontrollausschuß geprüft haben. ...
2. August 1945.
(Dieser Bericht ist von J. W. Stalin, Harry S. Truman und C. R. Attlee unterzeichnet.)<<
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über die deutschen "Ostgebiete" (x051/434): >>Ostgebiete, nach 1945 Bezeichnung für die östlich der Oder-Neiße-Linie liegenden Gebiete des Deutschen Reiches in den Grenzen vom 31.12.37 (also nicht mit Sudetenland), 114.296 qkm mit 9,62 Millionen Einwohnern (1939).
Aufgrund des Potsdamer Abkommens vom 2.8.45 wurden die Ostgebiete vorläufig, d.h. bis zur endgültigen Festlegung der deutschen Ostgrenze in einem Friedensvertrag, polnischer bzw. sowjetischer Verwaltung unterstellt. Statt der vorgesehenen "humanen" Aussiedlung der deutschen Bevölkerung der Ostgebiete kam es jedoch zur Vertreibung. Gegen das Abkommen verstieß auch die Eingliederung der sowjetisch verwalteten Ostgebiete am 17.10.45 und der polnisch verwalteten Ostgebiete am 12.1.49 in den jeweiligen Staatsverband.<<
Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Dr. Alfred M. de Zayas berichtete später über die sowjetisch-polnischen "Täuschungsmanöver" während der Potsdamer Konferenz (x039/142-143): >>... Angesichts dieser Einwohnerzahlen (von etwa 5 bis 6 Millionen) für die Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie im Sommer 1945 stimmte es merkwürdig, daß bei der fünften Sitzung der Potsdamer Konferenz am 21. Juli 1945 Stalin behauptete, daß nicht ein einziger Deutscher auf dem Territorium lebe, das Polen übergeben werden sollte.
Die Provisorische Regierung wurde auch gebeten, ihre Ansichten zur Oder-Neiße-Grenze vorzutragen. Präsident Boleslaw Bierut sprach von nur 1,5 Millionen Deutschen in den fraglichen Gebieten und sie würden "freiwillig ziehen, sobald die Ernte vorbei ist".
Damit wurden Churchill und Truman, die über die Zahl der noch umzusiedelnden Deutschen berieten, absichtlich getäuscht.
Churchill selbst hatte immer wieder gesagt, daß die Zahl der umzusiedelnden Deutschen in einem angemessenen Verhältnis zu den polnischen Umsiedlern aus den von Rußland annektierten Gebieten stehen müßte: "Wir konnten eine Ausweisung von ebenso vielen Deutschen akzeptieren, wie Polen aus Ostpolen östlich der Curzon-Linie übersiedelten, sagen wir zwei bis drei Millionen; doch eine Ausweisung von acht oder neun Millionen Deutschen ... war zu viel und völlig falsch."
Bezüglich der Rückkehr von Deutschen in ihre Heimat sagte er: "Es konnte Polen nicht guttun, so viel zusätzliches Territorium zu gewinnen. Wenn die Deutschen es schon verlassen hatten, sollten sie zurückkehren dürfen. Wir wünschten keine breite deutsche Bevölkerung, die von ihren Nahrungsquellen abgeschnitten war. Die Ruhr lag in unserer Zone und falls sich nicht genügend Nahrung für die Einwohner finden ließ, mußte es zu Zuständen wie in deutschen Konzentrationslagern kommen."
Doch die Westalliierten kontrollierten nicht die Gebiete, aus welchen die Deutschen umgesie-

delt werden sollten. Erst später bemerkten sie die Täuschungsmanöver der Polen und der Russen, die verschwiegen, daß die angestrebte Vertreibung weitere 5,6 Millionen Menschen umfassen sollte.
Erst im November 1945, als sich der Alliierte Kontrollrat in Berlin um einen besseren Überblick bemühte, wurde klar, daß sehr viel mehr Deutsche, als vorher behauptet, noch in den Oder-Neiße-Gebieten lebten. Die Polnische Regierung sprach nun von 3,5 Millionen.
Dazu bemerkte Sir Orme Sargent in einem internen Bericht des britischen Foreign Office: "Genau so, wie wir in Potsdam ... betrogen wurden, als sie behaupteten daß nur 1,5 Millionen Deutsche östlich der Oder und Neiße geblieben seien, werden wir jetzt, wie ich fürchte, feststellen, daß es weit mehr Deutsche als die 3,5 Millionen sind, die der Kontrollkommission gemeldet wurden."
Er sollte Recht behalten.<<
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über Stalins Reaktion während der Potsdamer Konferenz am 24. Juli 1945 hinsichtlich des erfolgreichen Atombombenversuches in Los Alamos (x068/257-258): >>... Der Kremlchef registrierte dies höflich, doch ohne Neugier. Er wußte über die allgemeine Entwicklung bereits Bescheid.
Die Sowjetspionage funktionierte so vorzüglich, daß Stalin Vorhaben der USA oft früher erfuhr als manche von deren maßgeblichen Politikern. Während des Krieges saßen US-Bürger als Spione Moskaus in den wichtigsten Regierungs- und Staatsstellen.
Im Außenministerium zum Beispiel: Alger Hiss, Donald Hiss, Maurice Halperin, Robert T. Miller. Im Innenministerium: William Park, Joseph Gregg, Bernhard Redmond. Auch im Justizministerium, im Landwirtschaftsministerium, im Handelsministerium saßen Sowjetspione. Im Pentagon (US-Verteidigungsministerium) hockten die Moskauer Agenten: Duncan Lee, Helen Tenney, ... William L. Ullmann, George Silverman, ... Edward Fitzgerald, John Abt, Irving Kaplan u.a.
Sowjetspion Alger Hiss war nicht nur persönlicher Berater Roosevelts in Jalta, sondern auch Generalsekretär der Konferenz in San Franzisko. Über den Sowjetagenten Harry Dexter White, Unterstaatssekretär im Finanzministerium und Vater des Morgenthau-Plans, berichtet FBI-Chef Edgar Hoover 1945 dem Präsidenten: "Das einzige, was gegen Harry Dexter White unternommen wurde, war, daß man ihm im folgenden Jahr einen noch wichtigeren Posten beim Internationalen Währungsfonds gab. ... Ein hoher Regierungsbeamter, der Spionage beschuldigt, wird auf einen noch höheren Posten befördert, wo er Zugang zu noch geheimerem Material hat und eine noch größere Rolle bei der Gestaltung der Nachkriegspolitik spielt".
Als das genaue Ausmaß des sowjetischen Spionagerings in den USA unter Truman durchsikkerte, brach der McCarthyismus aus. Nun fiel man aus einer jahrzehntelangen fast unglaublichen Naivität ins andere Extrem. Eine wahre Massenhysterie entstand, und man witterte beinah hinter allem und jedem bolschewistische Agenten. ...<<
Churchill berichtete später in seinem Buch "Der Zweite Weltkrieg" über seinen Rücktritt am 26. Juli 1945 wegen der Wahlniederlage bei den britischen Parlamentswahlen (x024/126): >>Diese letzte Konferenz der "Drei" endete mit einer großen Enttäuschung. ... Vielleicht hätte man in Potsdam noch etwas retten können, aber die Auflösung der britischen Nationalen Regierung und meine Entfernung vom Schauplatz zu einem Zeitpunkt, da ich immer noch großen Einfluß und große Macht besaß, vereitelten jede befriedigende Lösung. ...<<
Stalin begründete die deutschen Gebietsabtretungen damals mit dem polnisch-sowjetischen "Sicherheitsbedürfnis" (x149/115): >>... Im Laufe der letzten 25 Jahre sei Deutschland zweimal über Polen in Rußland eingefallen. Weder die Engländer noch die Amerikaner hätten solche Invasionen erlebt, die kaum erträglich seien und deren Folgen man nicht so leicht vergessen könne.

Diese deutschen Invasionen seien nicht einfach Kriegsführung, sondern den Einfällen der Hunnen vergleichbar. ... So habe Polen als Vorfeld für die deutschen Angriffe auf Rußland gedient. Polens Schwäche und Feindseligkeit habe zugleich eine erhebliche Schwächung der Sowjetunion bedeutet, Rußland sei daher wesentlich daran interessiert, ein starkes und befreundetes Polen zum Nachbarn zu haben.<<

Der nordamerikanische Diplomat und Historiker George F. Kennan (1904-2005) schrieb später über Stalins Motive (x028/211-212): >>... Eine so unnatürliche Grenze wie die Oder-Neiße-Grenze konnte nur mit Waffengewalt aufrechterhalten und verteidigt werden ... Das aus einem guten Stück Deutschland herausgeschnitzte Polen müßte sich schon aus reinem Selbsterhaltungstrieb des ständigen Wohlwollens der Russen versichern, und zwar zu deren Bedingungen.<<

Harry S. Truman schrieb später über die Potsdamer Konferenz (x063/605-606, x149/115): >>... Wir standen in Potsdam einem fait accompli (vollendeten Tatsachen) gegenüber, wir waren durch die Umstände so gut wie gezwungen, die russische Besetzung Ostpolens und der polnischen (Besetzung) des deutschen Gebietes östlich der Oder zuzustimmen. Es war ein dreister Gewaltakt. ...<<

>>... Das von den Russen mitunterzeichnete Dokument eröffnete die Aussicht auf eine friedliche Zusammenarbeit in Europa. Trotzdem hatte ich einsehen müssen, daß die Russen rücksichtslose Verhandlungspartner waren. ...

Macht ist das einzige, was die Russen verstehen.<<

Churchill kritisierte später die britischen Konferenzteilnehmer in Potsdam (x024/109-110, x028/106): >>... Weder ich noch Eden hätten die westliche Neiße akzeptiert. Als Kompensation für Polens Rückzug auf die Curzon-Linie hatten wir die Verschiebung der polnischen Westgrenze bis zur Oder und östlichen Neiße anerkannt, doch nie hätte eine Regierung, deren Chef ich war, sich damit einverstanden erklärt, die Grenze bis zur westlichen Neiße zu erstrecken, nur weil die russischen Armeen das Gebiet dazwischen und darüber hinaus besetzt hatten.

Das war nicht nur eine Frage des Prinzips, sondern vielmehr eine praktische Angelegenheit von enormer Tragweite, da es dabei um die Entwurzelung von weiteren 3 Millionen Menschen ging. Hier war Unrecht im Werden, gegen das unter dem Gesichtspunkt der künftigen Befriedung Elsaß-Lothringen und der Polnische Korridor nicht viel mehr als Kleinigkeiten waren. ...<<

>>... Die Briten hatten schwere moralische Bedenken gegen umfangreiche Bevölkerungsumsiedlungen. Wir konnten eine Ausweisung von ebenso vielen Deutschen akzeptieren, wie Polen aus Ostpolen östlich der Curzon-Linie übersiedelten, sagen wir, 2 bis 3 Millionen; doch eine Ausweisung von 8 oder 9 Millionen Deutschen, wie sie die polnischen Forderungen mit sich brachten, war zu viel und völlig falsch.<<

Der britische Politiker Robert Boothby berichtete später über die Folgen der Potsdamer Konferenz (x338/286): >>... Jalta ebnete den Weg nach Potsdam, wo … zwischen Rußland, Polen und Deutschland Grenzen gezogen wurden, die mit Ausnahme der Curzon-Linie nicht den Schatten einer geographischen oder ethnographischen Berechtigung hatten und die wirtschaftlichen Gegebenheiten völlig unberücksichtigt ließen.

Dies führte unmittelbar zu den Zwangsdeportationen. Millionen von … Deutschen wurden wie das Vieh, nicht einmal im Viehwagen, weggetrieben. Von Deutschland wurde ein Viertel seiner bestellten Fläche abgetrennt. Durch das Hereinströmen der Flüchtlingsmassen von allen Seiten in den verstümmelten Rumpf wurden weitere Millionen praktisch dem Hungertode preisgegeben. …<<

Kletts Geschichtliches Unterrichtswerk schrieb später über die Potsdamer Konferenz (x069/-208): >>An die Stelle Roosevelts ist Truman getreten. Churchill hat in Voraussicht seines

Sturzes seinen Nachfolger Attlee mitgebracht. Tiefeinschneidende Beschlüsse werden gefaßt, in den wichtigsten Fragen aber kommt man zu keiner Einigung.
Die Reste der deutschen Flotte werden unter den 3 Siegermächten aufgeteilt. In Zukunft soll Deutschland keine seefähigen Schiffe und auch keine Flugzeuge mehr besitzen. Synthetisches Benzin, Buna und andere Werkstoffe dürfen nicht mehr hergestellt werden. Die Sieger bemächtigen sich sämtlicher Patente und nehmen das deutsche Auslandsvermögen sowie zahlreiche Industrieanlagen in Anspruch. In den nächsten Jahren werden in den westlichen Besatzungszonen 8 % aller Werke demontiert, in Berlin 50 %, in der Sowjetischen Besatzungszone 45 %.
Die Sieger verpflichten sich zwar, während der Besatzungszeit "Deutschland als eine einzige wirtschaftliche Einheit" zu behandeln, riegeln aber schon bald ihre Besatzungsgebiete voneinander ab. Sie erklären auch, sie wollten "dem deutschen Volk genügend Mittel übrig lassen, um es in die Lage zu versetzen, ohne fremde Hilfe zu bestehen", ihre Maßnahmen aber machen das völlig unmöglich. ...<<
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1954 über die Potsdamer Konferenz (x001/105E-107E,143E): >>... Auf der Potsdamer Konferenz waren die Regierungen der UdSSR, der Vereinigten Staaten und Großbritanniens übereingekommen, die deutschen Gebiete östlich der Oder und der Lausitzer Neiße bis zur endgültigen Festlegung der deutschen Grenzen in einem künftigen Friedensvertrag unter die Verwaltung des polnischen Staates zu stellen.
Es kann nach der heute möglichen Einsicht in die diplomatische Vorgeschichte der Entstehung der Oder-Neiße-Linie kein Zweifel sein, daß die Westmächte gegen Ende des Krieges im Prinzip mit der UdSSR, darüber einer Meinung waren, "daß Polen einen beträchtlichen Gebietszuwachs im Norden und Westen erhalten solle".
Anzunehmen ist jedoch, daß sie schließlich nach anfänglichem Sehwanken die künftigen polnischen Grenzen nicht bis zur Oder und Lausitzer Neiße ausgedehnt wissen wollten. Auch nach Potsdam betonten die Vertreter Großbritanniens und der Vereinigten Staaten wiederholt, was schon eindeutig aus dem Wortlaut der Potsdamer Beschlüsse hervorging, daß die Frage der Westgrenzen Polens nach wie vor offen sei und erst der Regelung in einem künftigen Friedensvertrag bedürfe.
Wenn sich die Westmächte dennoch in Potsdam darauf einließen, die deutschen Gebiete östlich der Oder und Neiße provisorisch der Verwaltung des polnischen Staates zu unterstellen, so war das außer aus taktischen Überlegungen unter dem Zwang von vollendeten Tatsachen geschehen, vor die sich die Vertreter der angloamerikanischen Staaten in Potsdam gestellt sahen.
Entgegen den Beschlüssen der Großen Drei in Jalta waren weite Gebiete Ostdeutschlands ohne Fühlungnahme mit den Westmächten durch einseitige russisch-polnische Maßnahmen der Verwaltung des polnischen Staates unterstellt worden, und sowohl die Ansiedlung von Polen in Ostdeutschland als auch die Aussiedlung der deutschen Bevölkerung hatten schon begonnen.
Da die Vertreter der Westmächte außerstande waren, die Sowjets zu zwingen, dieses Vorgehen wieder rückgängig zu machen, und da sie vor allem Wert darauf legten, daß die sich bereits anbahnenden Spannungen zwischen der Sowjetunion und den Westmächten nicht zu einem Scheitern der ganzen Konferenz führten, haben sie sich veranlaßt gesehen, der polnischen Verwaltungshoheit in Ostdeutschland als einem Provisorium zuzustimmen.
Obwohl aus der Formulierung der Potsdamer Beschlüsse eindeutig hervorgeht, daß die Zustimmung der Westmächte zu dem geschaffenen Provisorium keinerlei Festlegung hinsichtlich des Verlaufes der künftigen deutsch-polnischen Grenze bedeutet, so haben doch die Vertreter Großbritanniens und der Vereinigten Staaten in verhängnisvoller Weise unberücksich-

tigt gelassen, daß auch aus einem Provisorium ein Dauerzustand werden konnte, wenn künftige Meinungsverschiedenheiten den Abschluß eines Friedensvertrages verhindern sollten.
Von dem Vorwurf, dies entweder nicht gesehen oder es stillschweigend übergangen zu haben, um das Einvernehmen mit der Sowjetunion zu erhalten, sind die Westmächte fraglos nicht freizusprechen. - Die eigentlichen Urheber jenes Beschlusses über die polnische Verwaltungsübernahme östlich der Oder und Neiße sind jedoch die UdSSR, und die ihnen hörige polnische Regierung gewesen, die in bewußter Absicht und mit Erfolg eine Politik der vollendeten Tatsachen getrieben hatten.
Bereits am 5. Februar 1945 gab Boleslaw Bierut als Ministerpräsident der Provisorischen Regierung der Polnischen Republik in einer Presseerklärung bekannt, daß Polen die Zivilverwaltung in den Reichsgebieten östlich der Oder-Neiße-Linie übernommen habe. Faktisch lag zu dieser Zeit die Befehlsgewalt über die deutschen Ostprovinzen, soweit sie bis dahin schon von der Roten Armee erobert waren, bei der sowjetischen Armeeführung, aber aus der Erklärung Bieruts wird deutlich, daß der von der Sowjet-Union allein anerkannten polnischen Regierung bereits im Februar 1945 prinzipiell die Verwaltungshoheit über die deutschen Ostgebiete durch die sowjetische Regierung eingeräumt wurde.
In weiten Gebieten Ostdeutschlands haben aber auch faktisch die inzwischen gebildeten polnischen Behörden bereits lange vor dem Potsdamer Abkommen die Verwaltung ausgeübt.
In auffälliger Weise geschah dies im Gebiet der Freien Stadt Danzig. Am 30. März 1945 erließ die polnische Provisorische Regierung das Dekret "Über die Bildung der Wojewodschaft Danzig", welches das Gebiet des ehemaligen Freistaates dem polnischen Staat einverleibte und der polnischen Gesetzgebung unterstellte.<<
>>... Als schließlich im Artikel XIII des Potsdamer Abkommens die Aussiedlung der ostdeutschen Bevölkerung offiziell verfügt wurde, war damit noch keineswegs über alle Fragen Klarheit geschaffen. So sagte dieser Artikel über das künftige Schicksal der deutschen Bevölkerung im sowjetisch verwalteten Teil Ostpreußens überhaupt nichts aus, und die Ausweisung der Deutschen aus Polen wurde mit dem sehr undeutlich formulierten Satz begründet: "Die drei Regierungen ... erkennen an, daß die Überführung der deutschen Bevölkerung oder Bestandteile derselben, die in Polen, Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind, nach Deutschland durchgeführt werden muß".
Eine Definition dessen, was unter Polen zu verstehen sei, enthielt der Artikel nicht. Nichts war darüber ausgesagt, ob die ostdeutschen Gebiete, die nur unter polnische Administration gestellt waren, davon betroffen sein sollten, was von den polnischen und sowjetischen Politikern einfach unterstellt wurde, während die Staatsmänner der Westmächte absichtlich oder unabsichtlich diese Unklarheit nicht aufhellten.
Im übrigen bestimmte der Artikel XIII des Potsdamer Abkommens, daß die Überführung der deutschen Bevölkerung "in an orderly and humane manner" (d.h. in geordneter und humaner Weise) durchzuführen sei, und enthielt die Aufforderung an die polnische Regierung, weitere Ausweisungen einzustellen, bis durch den Kontrollrat die Aufnahmefähigkeit der einzelnen Besatzungszonen geprüft worden und ein Ausweisungsplan aufgestellt sei. An diese Beschlüsse hat sich die polnische Regierung jedoch wenig gehalten. ...<<
Prof. Dr. Reinhart Beck schrieb später über das "Potsdamer Abkommen" (x051/453): >>Potsdamer Abkommen, von den Regierungschefs von Großbritannien (Attlee), der UdSSR (Stalin) und der USA (Truman) unterzeichnetes Abschlußkommuniqué der Konferenz, die vom 17.7. bis 2.8.45 in Potsdam stattfand.
Vorausgegangen waren der Konferenz, an der neben den Regierungschefs auch die Außenminister teilnahmen, die Kapitulation des Deutschen Reiches am 7./8.5.45 und die Übernahme der Regierungsgewalt in Deutschland durch den Alliierten Kontrollrat auf der Grundlage der Junideklaration vom 5.6.45.

Der wichtigste Teil des Potsdamer Abkommens, Artikel III, hatte die territorialen, politischen und wirtschaftlichen Grundsätze der Behandlung des besiegten Deutschlands zum Inhalt und sah Maßnahmen vor, "die notwendig sind, damit Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann" und die Deutschland zugleich darauf vorbereiten sollten, "sein Leben auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage von neuem wiederaufzubauen", damit es so "zu gegebener Zeit seinen Platz unter den freien und friedlichen Völkern der Welt einnehmen" könne.
Politische Bestimmungen:
1. Völlige Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands, d.h. die Vernichtung aller seiner Waffen und militärischer Einrichtungen und die Auflösung aller seiner Streitkräfte;
2. Entnazifizierung, d.h. Auflösung der NSDAP und ihrer Organisationen, Aufhebung der nationalsozialistischen Gesetze, Internierung der führenden Nationalsozialisten und einflußreicher Anhänger der NSDAP sowie Entfernung aktiver NSDAP-Mitglieder aus öffentlichen Ämtern, außerdem Inhaftierung und Aburteilung von Kriegsverbrechern;
3. Demokratisierung, u.a. durch Erlaubnis zur Bildung demokratischer Parteien und Gewerkschaften und die Wahl von Gemeinde-, Kreis-, Provinzial- und Landesparlamenten;
4. Dezentralisierung, d.h. der Aufbau einer dezentralisierten deutschen Verwaltung; nur im Bereich der Wirtschaft, des Verkehrs- und Transportwesens sollten zentrale deutsche Verwaltungsstellen erhalten oder neu errichtet werden.
Wirtschaftliche Bestimmungen:
1. Verbot der Rüstungsproduktion;
2. Dekartellisierung und (teilweise) Demontage der deutschen Wirtschaft;
3. Förderung der Friedensindustrie, der Konsum- und der Landwirtschaft;
4. Kontrolle der gesamten deutschen Wirtschaft durch die Alliierten;
5. Instandsetzung oder Neubau von Verkehrswegen, Wohnungen und öffentlichen Einrichtungen als vordringliche Aufgabe;
6. Behandlung Deutschlands als wirtschaftliche Einheit;
7. Erhebung von Reparationen; jede der vier Besatzungsmächte sollte Reparationen (in Sachwerten) nur aus ihrer eigenen Besatzungszone entnehmen, die UdSSR darüber hinaus aus der amerikanischen, britischen und französischen Zone 15 % der erhalten gebliebenen, für die Friedensproduktion nicht benötigten industriellen Anlagen im Austausch gegen andere Güter und 10 % ohne Gegenleistung erhalten. Die Höhe der Reparationen wurde nicht festgelegt; doch sollten diese "dem deutschen Volke genügend Mittel belassen, um ohne Hilfe von außen zu existieren".
Territoriale Regelungen:
1. Übergabe Königsbergs und des angrenzenden nördlichen Ostpreußens "vorbehaltlich der endgültigen Bestimmung der territorialen Fragen bei der Friedenskonferenz" an die UdSSR;
2. Unterstellung der deutschen Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie einschließlich der ehemaligen Freien Stadt Danzig "unter die Verwaltung des polnischen Staates", doch "endgültige Festlegung der Westgrenze Polens" ebenfalls erst auf der Friedenskonferenz;
3. Ausweisung der deutschen Bevölkerung aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn und Umsiedlung nach Deutschland "in ordnungsgemäßer und humaner Weise" (Vertreibung).
Die provisorische französische Regierung stimmte am 4.8. dem Potsdamer Abkommen im Wesentlichen zu. Es bildete die rechtliche Grundlage für die gemeinsame Verantwortung der vier Mächte (Großbritannien, Frankreich, UdSSR und USA) gegenüber Deutschland als Ganzem und für die Wiederherstellung seiner staatlichen Einheit. Doch hält die UdSSR (und ebenso die DDR) die territorialen Regelungen des Potsdamer Abkommens für endgültig, während die Westmächte (wie auch die Bundesrepublik) daran festhalten, daß diese erst durch einen – bis heute nicht zustande gekommenen - Friedensvertrag endgültig rechtsverbindlich

zu treffen seien.<<
Der deutsche Historiker Prof. Dr. Helmuth G. Dahms berichtete später über die Potsdamer Konferenz (x090/306): >>... Moskau hatte die Einladung Frankreichs zur Potsdamer Konferenz hintertrieben. Die sowjetische Position verbesserte sich auch, als Churchill infolge des Ausgangs der britischen Wahl abgelöst wurde. Stalin rechnete nur mit Truman als gleichwertigen Verhandlungspartner, von dem bekannt war, daß er die nordamerikanischen Truppen schon bald aus Europa zurückziehen wollte.
Trumans Berater durchschauten die Absichten des sowjetischen Diktators. Der Präsident schloß deshalb einen Formelkompromiß. Jede Besatzungsmacht erhielt das Recht, sich aus der Reparationsmasse der eigenen Zone zu bedienen. Die UdSSR sollten zusätzlich 10 % der westlichen Entnahmen erhalten, weitere 15 % im Austausch gegen Nahrungsmittel, Kohle und Kalisalz.
Das Verlangen, die willkürlich gezogene polnische Westgrenze anzuerkennen, lehnten die Westmächte ab. Allerdings galten die deutschen Ostprovinzen nun nicht länger als "Teil der Sowjetischen Besatzungszone". Eine neue Definition der Oder-Neiße-Linie erlaubte Stalin sogar, noch mehr Gebiet - Stettin und Swinemünde mit 850 qkm - der polnischen Verwaltung zu überlassen.
Der westliche Vorbehalt, die Grenzfrage bis zur Friedenskonferenz zurückzustellen, wurde weiter erschwert durch den Beschluß, alle Deutschen "in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn" auszusiedeln, denn damit waren auch die Bewohner der Ostprovinzen gemeint. ...
Die Konferenz formulierte Maximen für die Liquidierung des Nationalsozialismus. Begriffe wie Umerziehung, Entmilitarisierung und Entnazifizierung, Dezentralisierung und Dekartellisierung wurden zu Grundsätzen der Besatzungspolitik. Nicht nur Kriegsverbrecher, auch Personen, die an "nazistischen Maßnahmen" teilgenommen hatten, sollten interniert und vor Gericht gestellt werden.
Die Siegermächte wollten im Kontrollrat gemeinsam und einstimmig beschließen, aber jede (Macht) auch für sich allein entscheiden. Sie sicherten den Menschen in ihren Besatzungszonen gleiche Behandlung zu, doch diese war von vornherein unmöglich, weil die Konferenz kein einheitliches Reparationsgebiet schuf und an dem sowjetischen Sonderweg nichts auszusetzen fand.
Das "Potsdamer Abkommen" vom 2. August 1945 war kein völkerrechtlich bindender Vertrag. Verschiedene Textstellen hatten lediglich den Charakter vager Absichtserklärungen. Der "Protokoll" genannte Schriftsatz wurde nicht ratifiziert. Frankreich verweigerte dem beschlossenen Aufbau deutscher "Zentralbehörden" seine Zustimmung und forderte zuerst die Abtretung des Rheinlandes, des Saar- und Ruhrgebietes.<<
Der deutsche Journalist Ekkehard Kuhn schrieb später in seinem Buch "Nicht Rache, nicht Vergeltung ..." über die Potsdamer Konferenz (x024/203-204): >>Briten und Amerikaner erkannten bald, daß ihre allzu rasche Zustimmung zur Vertreibung von Polen und Deutschen ein politischer Fehler gewesen war. Schließlich hatte Großbritannien Deutschland wegen der Garantie der polnischen Grenzen den Krieg erklärt.
Als später Stalin den Anspruch auf Ostpolen nicht aufgab, hatten sich Briten und Amerikaner gegen diese Absicht des Diktators nicht durchsetzen können. Die Vertreibung der Deutschen geriet sowohl flächen- als auch zahlenmäßig außer Kontrolle der Westalliierten. Auch wenn Stalin sie durch falsche Zahlen getäuscht hatte, blieb ihre Mitverantwortung und Mitschuld. ...<<
Der britische Historiker Robert Conquest (1917-2015) berichtete später über die entscheidenden politischen Fehler der westlichen Alliierten während der Konferenz in Potsdam (x080/-339-341): >>Während Stalin in Potsdam die verschiedensten unbegründeten Ansprüche auf unbesetzte oder von den Alliierten besetzte Territorien erhob und wieder fallen ließ und auf

diese Weise "Zugeständnisse" machte, festigte er letztlich seine Position in Osteuropa.
... Am Vorabend der Konferenz wurde der erste Atombombentest in der Wüste von New Mexico durchgeführt. Truman informierte Stalin, daß die USA nun über eine höchst wirksame neue Waffe verfügten. Stalin, der durch Klaus Fuchs und andere Spione bereits alles über das Projekt wußte, erwiderte lediglich, er hoffe, die Waffe würde gegen Japan eingesetzt.
Fast 4 Jahre hatten die Alliierten nach den falschen Grundsätzen gehandelt. ...
Stalin hatte auf der ganzen Linie gesiegt. Das lag daran, daß er es ebenso wie in der Vergangenheit geschafft hatte, zumindest zeitweise einen "liebenswürdigen" Eindruck zu erwecken. Er spielte die Karte der gigantischen Kriegsanstrengungen Rußlands aus, um vom Westen Zugeständnisse zu erlangen. ...
Stalin hatte dem NKWD im Zusammenhang mit den Moskauer Schauprozessen gesagt, der Westen werde das "schlucken". Jetzt praktizierte er ähnliche Täuschungsmanöver, und wieder fand er genügend Dumme, die darauf hereinfielen. ...<<
Der nordamerikanische Diplomat und Historiker George F. Kennan (1904-2005) schrieb nach dem Potsdamer Abkommen über das nordamerikanisch-sowjetische Verhältnis (x156/17-18):
>>Die Idee, Deutschland gemeinsam mit den Russen regieren zu wollen, ist ein Wahn. Ein ebensolcher Wahn ist es, zu glauben, die Russen und wir könnten uns eines schönen Tages höflich zurückziehen, und aus dem Vakuum werde ein gesundes und friedliches Deutschland steigen.
Wir haben keine andere Wahl, als unseren Teil von Deutschland - den Teil, für den wir und die Briten die Verantwortung übernommen haben - zu einer Form von Unabhängigkeit zu führen, die so befriedigend, so gesichert, so überlegen ist, daß der Osten sie nicht gefährden kann. Das ist eine gewaltige Aufgabe für (die) Amerikaner. Aber sie läßt sich nicht umgehen; und hierüber, nicht über undurchführbare Pläne für eine gemeinsame Militärregierung, sollten wir uns Gedanken machen.
Zugegeben, daß das Zerstückelung bedeutet. Aber die Zerstückelung ist bereits Tatsache, wegen der Oder-Neiße-Linie. Ob das Stück Sowjetzone wieder mit Deutschland verbunden wird oder nicht, ist jetzt nicht wichtig. Besser ein zerstückeltes Deutschland, von dem wenigstens der westliche Teil als Prellblock für die Kräfte des Totalitarismus wirkt, als ein geeintes Deutschland, das diese Kräfte wieder bis an die Nordsee vorläßt.
... Wenn wir auch unsere übernommenen Verpflichtungen bei der Kontrollkommission loyal erfüllen sollten, so dürfen wir uns doch über die Möglichkeiten einer Dreimächtekontrolle keine Illusionen machen. ... Im Grunde sind wir in Deutschland Konkurrenten der Russen. Wo es in unserer Zone um wirklich wichtige Dinge geht, sollten wir in der Kontrollkommission keinerlei Zugeständnisse machen.
Es versteht sich - bei solchen Überzeugungen, daß ich die Arbeit der Konferenz von Potsdam mit Skepsis und Entsetzen verfolgte. Ich kann mich an kein politisches Dokument erinnern, daß mich je so deprimiert hätte wie das von Truman unterzeichnete Kommuniqué am Ende dieser wirren und verwirrenden Verhandlungen. Nicht nur weil ich wußte, daß die Idee einer gemeinsamen Viermächtekontrolle, die man jetzt zur Grundlage für die Regierung Deutschlands gemacht hatte, abwegig und undurchführbar sei.
Auch die unpräzise Ausdrucksweise, die Verwendung so dehnbarer Begriffe wie "demokratisch", "friedlich", "gerecht" in einem Abkommen mit den Russen lief allem zuwider, was 17 Jahre Rußlanderfahrung mich über die Technik des Verhandelns mit der sowjetischen Regierung gelehrt hatten. Die Behauptung z.B., wir würden zusammen mit den Russen das deutsche Erziehungssystem "nach demokratischen Richtlinien" umformen, ließ Rückschlüsse zu, die nach allem, was wir von der Geisteshaltung der sowjetischen Führer und den damaligen russischen Erziehungsgrundsätzen wußten, völlig ungerechtfertigt waren.
Noch erschreckender las sich die von uns verkündete Absicht, in Zusammenarbeit mit den

Russen das deutsche Rechtswesen so umzugestalten, daß es "den Prinzipien der Demokratie", der Urteilsfindung nach Recht und Gesetz und der gleichen Behandlung aller Bürger ohne Ansehen von Rasse, Nationalität oder Religion" entspräche. Für die weitere Behauptung, man werde die politische Tätigkeit "demokratischer Parteien und die dazugehörige Versammlungsfreiheit und öffentliche Diskussion" nicht nur gestatten, sondern "ermutigen", würden mildernde Umstände schwer zu finden sein.
Jeder Mensch in Moskau hätte unsern Unterhändlern sagen können, was die sowjetische Führung unter "demokratischen Parteien" verstand. Die Irreführung der Öffentlichkeit in Deutschland und im Westen durch die Verwendung eines solchen Ausdrucks in einem Dokument, das außer von Stalin auch von den Herren Truman und Attlee unterzeichnet war, ließ sich selbst mit allergrößter Naivität nicht entschuldigen.
Was die Reparationen betraf, so schienen mir die Potsdamer Beschlüsse zu diesem Thema nichts als eine weitere Extrapolation der in Teheran eingeleiteten Politik des Wunschdenkens, die nicht anders als mit einem völligen Fehlschlag enden konnte (daß sie das schließlich tat, zeigt General Clays Befehl vom 3. Mai 1946, alle Lieferungen von Reparationsgütern aus der Amerikanischen Zone in den Osten zu stoppen).
Ein paar Monate davor hatte ich schon einmal in einem Privatbrief geschrieben, es wäre albern, sich einzubilden, daß wir ein solches Vorhaben gemeinsam mit den Russen verwirklichen könnten. Es würde in den einzelnen Zonen einfach auf ein Catch-as-catch-can hinauslaufen. Wir würden an Reparationen gerade so viel erhalten, wie wir in unserer Zone nehmen könnten und wollten, und sonst nichts.
Bei den Russen könne man unterstellen, daß sie in ihrem Besatzungsgebiet ganz nach eigenem Belieben verfahren würden, ohne Rücksichten auf irgendwelche Abkommen mit uns. Da ich diese Meinung schon seit 1944 vertreten hatte und die Ereignisse der Zwischenzeit mich immer wieder darin bestärkten, ist leicht zu verstehen, warum ich die hinhaltende Behandlung des Reparationsproblems ohne Begeisterung registrierte. ...<<
Der nordamerikanische Diplomat Robert D. Murphy (1894-1978) berichtete später über die französische Politik nach dem Potsdamer Abkommen (x156/34): >>Da Frankreich nicht in Potsdam vertreten war, hatte die französische Regierung das Protokoll auch nicht unterschrieben und war infolgedessen an keine seiner Bestimmungen gebunden. So begann die Viermächte-Besatzung ihre Arbeit mit einer verärgerten französischen Regierung, die sich in der Position befand, sämtliche Pläne über Deutschland blockieren zu können.
In den nächsten drei Jahren machten die französischen Regierungsvertreter denn auch regen Gebrauch von diesem ihrem einzigartigen Veto. Verschiedene anglo-amerikanische Vorschläge wurden von den Franzosen niedergestimmt, und die Folge davon war, daß die Sowjetunion ihre eigenen Vorstellungen über Europa verwirklichte. Es ist die Ironie des Schicksals, daß Stalin, der immer eine französische Beteiligung an der Deutschlandbesetzung bedauert hat, dann der Hauptnutznießer der französischen Politik in den ersten Nachkriegsjahren geworden ist. ...<<
Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" berichtete später (am 8.03.1996) über das Potsdamer Abkommen: >>**Der Vertrag, der keiner war**
... Anfang August 1945 konnten die Deutschen in den vier Besatzungszonen eine "Mitteilung über die Dreimächtekonferenz in Berlin" lesen, die aus vierzehn Abschnitten bestand. Im Cecilienhof in Potsdam, dem ehemaligen Schloß des deutschen Kronprinzen, hatten sich Mitte Juli die Staatsmänner der drei Siegermächte getroffen (Truman, Stalin und Churchill, der in der Endphase, nach seiner Wahlniederlage in England, von Attlee abgelöst wurde), um über die Nachkriegsordnung in Europa, den Krieg in Ostasien und andere Weltprobleme zu beraten. Als offizielles Dokument der Gipfelkonferenz gilt ein Verhandlungsprotokoll, das noch um sieben Abschnitte länger ausfällt als das Abschlußkommuniqué.

Das Ganze ist ein Sammelsurium von unverbindlichen Absichtserklärungen und zweideutigen Empfehlungen, von Meinungen, Übereinkünften und ein paar gemeinsamen Beschlüssen (so wird ein Rat der Außenminister beauftragt, Friedensverträge mit Deutschlands ehemaligen Verbündeten vorzubereiten). Keineswegs handelt es sich um einen formvollendeten Vertrag, der feierlich unterschrieben und dann ratifiziert wird, auch nicht um ein "Verwaltungsabkommen", das zwar die Staatsmänner allein abschließen, das aber ebenso verbindlich ist wie ein regulärer Vertrag.
Sogar die Unterschriften fehlen unter dem Potsdamer Konferenzbericht vom 2. August 1945. ...
Amerikanische oder englische Politiker haben denn auch nie von einem Potsdamer Vertrag oder Abkommen gesprochen. Anders die Russen: Für sie und ihre Marionetten in der DDR existierte ein völkerrechtlich verbindliches "Potsdamer Abkommen", auf dem die neue europäische Ordnung aufbauen sollte. 25 Jahre lang gebrauchte es die Sowjetunion als Waffe im Kalten Krieg. Die DDR betrachtete die Potsdamer Erklärung eine Zeitlang als Ersatzfriedensvertrag.
In Bonn hat man sich diesen Schuh nie angezogen. Am 9. August 1968 erklärte die Regierung der Großen Koalition in einer Note an die Sowjetunion, es sei "nicht ihre Sache, sich über Gültigkeit, Auslegung und Geltungsbereich von Vereinbarungen zu äußern, an denen sie nicht beteiligt ist". Außenminister Kinkel hat lediglich diese Ansicht wiederholt:
Eine Abmachung unter Dritten ist für Deutschland völkerrechtlich unverbindlich. Dennoch muß niemand fürchten, die Bundesrepublik wolle die europäische Nachkriegsordnung destabilisieren. Im Gegenteil: Von 1949 bis 1992 hat sie in vielen internationalen Verträgen diese Friedensordnung mit aufgebaut und garantiert, zum Beispiel auch die Tschechische Republik in den Grenzen von 1937 respektiert.
Gegenstand des Streites zwischen Prag und Bonn ist nun das berüchtigte Kapitel XIII der Potsdamer Beschlüsse. Darin heißt es, die drei Regierungen erkennen an ("recognize"), "daß die Umsiedlung der in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn befindlichen (deutschen) Bevölkerung oder von Teilen davon nach Deutschland vorgenommen werden muß". Schon dieser Satz ist ein Beispiel für die Schludrigkeit der westlichen Politiker am Potsdamer Runden Tisch. Während sie an anderer Stelle die endgültige Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze von einem Friedensvertrag abhängig machten, wurden hier wie selbstverständlich deutsche Gebiete bereits als "Polen" bezeichnet. ...
Die Tschechen brauchten damals nicht das Potsdamer Einverständnis, um ihre ehemaligen sudetendeutschen Mitbürger "abzuschieben". Mehr als fünfzig Jahre danach jedoch klammern sie sich an den Artikel XIII, um, was Vertreibung, also "schweres Unrecht" (Richard von Weizsäcker), war, weiterhin als "zwangsweise Aussiedlung" ausgeben zu können.
Leichtfertig haben sich Präsident Truman und der britische Premierminister Attlee in Potsdam mit den hoffnungsvollen Vokabeln "geordnet und menschlich" zufriedengegeben. Es stand nicht in ihrer Macht, die Vertreibung zu stoppen. Eher hilflos bedeuteten ihre Vertreter im Unterausschuß dem russischen Kollegen, "daß sie für den Gedanken von Massenausweisungen eigentlich nichts übrig hätten".
Anderseits war den Westmächten die Einigung mit den Russen in Potsdam - die Konferenz drohte mehrmals zu platzen - wichtiger als das Leid Millionen Deutscher. Das Konferenzprotokoll läßt daran gar keinen Zweifel, heißt es doch im Kapitel III ("Über Deutschland") gleich am Anfang: "Das deutsche Volk beginnt, für die furchtbaren Verbrechen zu büßen."<<
Der deutsche Historiker Werner Maser (1922-2007) schrieb später (am 5.10.2002) in der Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" über die "Berliner Konferenz" (x887/...): >>**Berliner Konferenz 1945: Als Deutschland "verramscht" wurde**
Nach dem Zweiten Weltkrieg entschieden die Alliierten über das besiegte Deutschland. Doch

wieso haben die Briten und Amerikaner, die ihre Zonen noch vergleichsweise gut verwalteten, zugelassen, daß Stalin seine besetzten Gebiete ausbeutete? Wer hatte unter den Alliierten Macht über wen? Ein Blick auf die Rahmenbedingungen schafft Licht ins Dunkel.
Als historische Tatsache wurde und wird in Ost und West nach wie vor wahrheitswidrig die "Berliner Konferenz" vom 17. Juli bis zum 2. August 1945 im "Cecilienhof" in Potsdam als "Potsdamer Abkommen" mit völkerrechtlich gültigen Vereinbarungen, Konsequenzen und Vorgaben der Siegermächte dargestellt.
An diesem Ort hatte auch Hitler vor der "Machtübernahme" zusammen mit Göring, Röhm und einigen weiteren Funktionsträgern der NSDAP den einstigen deutschen Kronprinzen Friedrich Wilhelm Prinz von Preußen besucht und ihm in der durchsichtigen Hoffnung auf dessen Sympathiebekundung erklärt: "Ich sehe als Krönung meines Werkes die Wiederherstellung des deutschen Kaisertums unter Beseitigung der Bundesstaaten. Ich denke mir, daß dann ein Hohenzoller an der Spitze steht."
78 Tage nach seinem Tod konferierten andere im einstigen Hohenzollern-Schloß: die sogenannten "Großen Drei", … Truman (für die USA), Stalin (für die UdSSR) und zunächst Churchill und nach dessen Ablösung Attlee (für Großbritannien). Ihre Konferenz hat infolge der sowjetischen Propaganda und politischen Entscheidungen als "Potsdamer Abkommen" nicht nur in der geschriebenen Geschichte ihren Platz gefunden.
Sie erscheint - auch durch Mitverschulden der Westmächte - nicht nur in Rußland und den einstigen anderen Staaten des 1955 geschlossenen Warschauer Paktes nicht tatsachengerecht als Konferenz der Siegermächte, die völkerrechtswidrige gemeinsame Entscheidungen und Maßnahmen gegen den geschlagenen Gegner diskutierten und planten, sondern als "Abkommen" mit völkerrechtlich gültigen Konsequenzen für die Sowjetunion, Deutschland und Polen, dem Stalin unter Mißachtung der Absprachen mit den Westalliierten von sich aus kurzerhand deutsche Ostterritorien übertragen hatte.
Keine zeitgeschichtliche Konferenz wurde in der Sowjetunion, in der "Sowjetisch besetzten Zone" und später in der DDR so oft als Legitimation für völkerrechtswidrige und andere unrechtmäßige sowjetische und eigene politische Maßnahmen mißbräuchlich strapaziert wie die zum "Potsdamer Abkommen" umfunktionierte "Berliner Konferenz", die mit dem Abschluß des Zwei-plus-vier-Abkommens von 1990 offiziell ihre Wirksamkeit verlor, ohne jedoch revidiert zu werden. Bis zum Zusammenbruch des Sowjetimperiums wurde der Bundesrepublik Deutschland und den Westmächten, immer mit dem Hinweis auf das "Potsdamer Abkommen", der Vorwurf gemacht, die Bestimmungen und Vorgaben des "Abkommens" ignoriert zu haben. ...<<

Zusammenfassung des Potsdamer Abkommens
Im Verlauf der Potsdamer Konferenz, die vom 17. Juli bis zum 2. August 1945 im Schloß Cäcilienhof bei Potsdam stattfand, verhandelten Stalin, Truman, Churchill (bis zur Wahlniederlage im Juli 1945) und Attlee (ab 28.07.1945) über gemeinsame Maßnahmen zur Behandlung des Deutschen Reiches und die Schaffung einer neuen Friedensordnung.
Den beteiligten Konferenzteilnehmern ging es in erster Linie um Reparationsregelungen, so daß sich die Potsdamer Verhandlungen schnell zu einem verbissenen Kampf um die Kriegsbeute entwickelten. Ferner wollte man den NS-Staat vollständig vernichten und die ehemalige deutsche Industrie- und Wirtschaftsmacht langfristig ausschalten.
Die Vertreibung der Reichs- und Volksdeutschen aus Ostdeutschland, Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn wurde trotz der langen Verhandlungsdauer nicht mehr ernsthaft diskutiert, sondern die sog. "Umsiedlung" der Deutschen wurde lediglich noch zur Kenntnis genommen. Die westlichen Alliierten ordneten in Potsdam die Vertreibung der Ost- und Volksdeutschen zwar nicht kategorisch an, aber ihre leichtfertige Zustimmung machte die großange-

legte Zwangsumsiedlung von Millionen von Deutschen zweifellos erst möglich. Im Verlauf der Potsdamer Konferenz wurde ausdrücklich festgelegt, daß die "Ausweisungen" in geordneter und humaner Weise durchgeführt werden sollten. Obwohl die Vertreiberstaaten versicherten, daß sie die Umsiedlungen geordnet und human abwickeln würden, hielt sich später niemand an die offiziellen Vereinbarungen und Zusagen.

US-Senator Charles W. Vursell (1888-1974) berichtete später über das Potsdamer Abkommen (x028/149): >>... Durch die Potsdamer Vereinbarung wurde die Regierung der Vereinigten Staaten unbeabsichtigt zum Mitverantwortlichen für den massenhaften Hungertod, besonders in Deutschland. - (Sie verstießen) gegen das geltende humanitäre Prinzip des Völkerrechts, wonach immer dem Sieger die Verantwortung zufällt, nach besten Kräften die unschuldigen Opfer der besiegten Bevölkerung zu schützen.<<

Der deutsche Schriftsteller Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing (1927-2009) schrieb später in seinem Buch "Charakterwäsche. Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen" über die Konferenz von Potsdam (x306/89): >>… Zu einer Auseinandersetzung über die Gültigkeit des Potsdamer Abkommens führte der Prozeß vor dem Bundesverfassungsgericht über das am 17. August 1956 verkündete Verbot der Kommunistischen Partei Deutschlands.

Die KPD war wegen "Verstoßes gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung" (Art. 21 des Grundgesetzes) verboten worden. Die Vertreter der KPD, vor allem der Ostberliner Professor Kröger, vertraten die Ansicht, daß dem Potsdamer Abkommen eine normative Kraft innewohne, die gegenüber dem Begriff "freiheitlich demokratische Ordnung" den Vorrang habe, zumal dessen Bestandteil "demokratisch" im Potsdamer Abkommen inhaltlich festgelegt sei. Das Potsdamer Abkommen sei ein völkerrechtlicher Vertrag und nicht nur ein völkerrechtliches Abkommen der Unterzeichnermächte …

Die Bundesregierung entgegnete durch Professor Kaufmann, daß es sich in Potsdam um ein Verwaltungsabkommen der Besatzungsmächte gehandelt habe, das nur für diese verpflichtende Wirkungen habe und keinesfalls das deutsche Volk als "Normenadressat" habe. …

Das Bundesverfassungsgericht beschritt im Urteil einen mittleren Weg: "Mangels einer Einigung der Alliierten aber galt die allgemeine Regel des Potsdamer Abkommens, wonach die höchste Regierungsgewalt in Deutschland den Oberbefehlshabern der Streitkräfte, jedem in seiner Besatzungszone, übertragen ist.

Auch wenn man also der Ansicht der KPD über die rechtliche Verbindlichkeit des Potsdamer Abkommens für das deutsche Volk folgen wollte, wären nach dieser Bestimmung für das deutsche Volk bei der Ausgestaltung seiner Staatsordnung nur etwaige Entscheidungen der zuständigen Zonenbefehlshaber dafür maßgebend gewesen, was über die Festlegung des Potsdamer Abkommens hinaus als demokratisch zu gelten habe." Demokratisch ist, was die Zonenbefehlshaber als demokratisch bezeichnen. ...<<

Dr. Hans Joachim Berbig (1935-2013) schrieb später über die "Potsdamer Konferenz" (x287/-187): >>... In Potsdam hatten die Westmächte die Annexion Nordostpreußens mit dessen Hauptstadt Königsberg durch die UdSSR hingenommen. Truman und der ahnungslose Attlee verpflichteten sich, diesen sowjetischen Gebietsanspruch bei einer endgültigen Friedensregelung zu unterstützen.

Schon vor der Potsdamer Konferenz hatte die Sowjetunion das restliche Ostpreußen und die übrigen Reichsgebiete östlich der Oder und Neiße den Polen übertragen. Die Vertreibung der ostdeutschen Bevölkerung stand jedoch im Widerspruch zum Potsdamer Abkommen.

Denn erstens fand diese größte Massenvertreibung der europäischen Geschichte weder "ordnungsgemäß" noch "human" statt, wie man vorsah. Und zweitens, hätte sich die Vertreibung nur auf altpolnische Gebiete erstrecken dürfen, also nicht auf die deutschen Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie, da Südostpreußen, das Territorium der früheren Stadt Danzig, Ost-

pommern und Schlesien erst laut Potsdamer Protokoll unter polnische Verwaltung gestellt wurden, und zwar mit dem juristischen Vorbehalt, die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zu einer Friedenskonferenz zurückzustellen. ...
Völkerrechtlich ging das Potsdamer Abkommen von Deutschland in seinen Grenzen von 1937 aus, wie sie sich aus dem Versailler Friedensvertrag und der Saarabstimmung ergaben. Die Ostgebiete wurden ... nur vorläufig unter sowjetische und polnische Verwaltung gestellt, da der Übergang der Gebietshoheit formalrechtlich nur durch einen Friedensvertrag erfolgen konnte.
Theodor Veiter vermißt eine völkerrechtliche Grundlage für die Massenaussiedlung der mehr als zwölf Millionen deutschen Menschen (wobei 1,5 Millionen Menschen aus Ostdeutschland durch Flucht und Vertreibung ihr Leben verloren); denn rechtlich sei die Oder-Neiße-Linie keine Grenze. ...<<
Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Dr. Alfred M. de Zayas berichtete später über die völkerrechtswidrigen Vereinbarungen und die "humane Durchführung" des Potsdamer Abkommens (x044/190-191, x309/125-126): >>Grundlage des Kriegsrechts im Zweiten Weltkrieg war die Haager Landkriegsordnung von 1907. Diese enthält zwar kein direktes Verbot von Deportationen aus besetzten Gebieten, aber sie schränkt die Rechte einer kriegsführenden Macht im besetzten Gebiet ein, verbietet Kollektivstrafen, schützt Leben, Rechte und Eigentum der Zivilbevölkerung (Art. 43, 46, 50).
Mit anderen Worten: Eine Besatzungsmacht übt keineswegs volle Souveränität über das besetzte Gebiet aus, Zwangsdeportationen aus nichtmilitärischen Gründen, die sie trotzdem vornimmt, sind folglich völkerrechtswidrig.
... Grundsätzlich ist kein Staat verpflichtet, seine Grenzen für unerwünschte Einwanderer zu öffnen. Ausweisungen, die so vor sich gehen, daß die Ausgewiesenen kurzerhand und ungefragt über die nächste Grenze abgeschoben werden, sind deshalb allemal völkerrechtswidrig.
... Menschen in den sicheren Tod durch Hunger, Erschöpfung oder Kälte zu deportieren, kann niemals legal sein, sondern ist Massen- bzw. Völkermord, ein "Verbrechen gegen die Menschlichkeit". ...<<
>>... Im März 1950 urteilte die Walter-Kommission des amerikanischen Repräsentantenhauses in einem ausführlichen Bericht über die Vertreibung der Deutschen, daß keine Phase der Vertreibung als human bezeichnet werden könne.
Die Behauptung, die Vertreibungen seien in 'geregelter und humaner Weise' durchgeführt worden, wird seit jeher durch Zehntausende Erlebnisberichte der Ost-Dokumentation des Bundesarchivs sowie durch amerikanische und britische Berichte der Jahre 1945 bis 1948 vollkommen widerlegt.
Seit 1989 bestätigen Dokumente aus russischen, tschechischen, polnischen und serbischen Archiven die Grausamkeit der Vertreibung.<<
Schlußbemerkungen: Die Potsdamer Konferenz war keine Friedenskonferenz. Im Verlauf der internationalen Konferenz von Potsdam, die am 2. August 1945 beendet wurde, schlossen die Alliierten keinen völkerrechtlich bindenden Vertrag, denn die Potsdamer Beschlüsse entsprachen nicht den damaligen Kriterien eines internationalen Vertrages. Es handelte sich lediglich um Absprachen bzw. Vereinbarungen zwischen den Siegermächten und den Vertreiberstaaten (x150/18). Die betroffenen Deutschen waren damals in keiner Weise beteiligt.
Die Verhandlungsergebnisse wurden im sog. "Potsdamer Protokoll" festgehalten, das bis zum endgültigen Abschluß einer friedensvertraglichen Regelung Gültigkeit besitzen sollte. Ungeachtet der weitreichenden Beschlüsse wurde damals kein völkerrechtliches Abkommen oder ein Friedensvertrag, sondern lediglich ein Gesprächsprotokoll ("14-Punkte-Protokoll") unterzeichnet.
Im Potsdamer Abkommen betonten die Siegermächte zwar ausdrücklich, daß man nicht beab-

sichtigen würde, das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven, aber die hilflosen Ost- und Volksdeutschen hatten schon längst die brutale Wirklichkeit erlebt bzw. nicht überlebt. Die Artikel VI über Königsberg und Ostpreußen, Artikel IX über die provisorische Westgrenze Polens und Artikel XIII über die "ordnungsgemäße Überführung" der im Osten verbliebenen Deutschen lösten letzten Endes die größte Vertreibung der Geschichte aus.
Aufgrund der völlig überzogenen Gebietsabtretungen, die sie noch in der Atlantik-Charta vom 14. August 1941 aus moralischen Gründen als unannehmbar abgelehnt hatten, akzeptierten die Nordamerikaner und Briten stillschweigend die Massenvertreibung von Millionen. Die westlichen Alliierten waren trotz der gigantischen Bevölkerungsmassen zuversichtlich, daß man die Deutschen geregelt und human "umsiedeln" könnte. Diese naiven Fehleinschätzungen und fehlende internationale Kontrollmaßnahmen brachten nochmals unvorstellbare Leiden und unsägliches Elend über die Ost- und Volksdeutschen.
Der deutsche Publizist Rudolf Augstein (1923-2002, Herausgeber des Nachrichtenmagazins "Der Spiegel") berichtete am 7. Januar 1985 im Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (2/1985) über das Potsdamer Abkommen: >>**"Auf die schiefe Ebene zur Republik"**
... Zwar stimmt es, daß Europa, und mit ihm das Deutsche Reich, von einer unsäglichen Schreckensherrschaft befreit worden war. Aber nur ein Teil von Europa, ein Teil auch des Deutschen Reiches.
Ein nicht kleiner Teil wurde überhaupt nicht befreit, sondern nur einer neuen Schreckensherrschaft unterworfen.
Hitler und Stalin im Bösen zu vergleichen macht wenig Sinn, es sei denn, daß Hitler wahnhafter war. Polen, Esten, Letten und Litauer, soweit Stalin sie nicht schon umgebracht hatte, wurden nicht befreit. Auch nicht die Tschechen, Polen, Slowaken, Rumänen, Ungarn und Bulgaren. Ob man jene zehn bis fünfzehn Millionen Deutschen, die gewaltsam aus ihrer angestammten Heimat vertrieben wurden, als "Befreite" bezeichnen kann, mag dahinstehen. Zwei Millionen starben während dieser Umsiedlung, die gemäß dem Potsdamer Abkommen auf "eine geregelte und menschliche Weise" abgewickelt werden sollte. ...
Das Gespenstische an der Potsdamer Konferenz lag darin, daß hier ein Kriegsverbrechergericht von Siegern beschlossen wurde, die nach den Maßstäben des späteren Nürnberger Prozesses allesamt hätten hängen müssen. Stalin zumindest für Katyn, wenn nicht überhaupt, Truman für die überflüssige Bombardierung von Nagasaki, wenn nicht schon von Hiroschima, und Churchill zumindest als Ober-Bomber von Dresden, zu einem Zeitpunkt, als Deutschland schon erledigt war.
Alle drei hatten "Bevölkerungsumsiedlungen" verrückten Ausmaßes beschlossen, alle drei wußten, wie verbrecherisch diese vor sich gingen. Gemessen am Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz Sauckel, der Hitler die Arbeitskräfte zutreiben mußte, hätten sie alle drei hängen müssen. Denn sie haben sowohl angeordnet wie gewußt, was man von dem Tölpel Sauckel nicht unbedingt sagen kann. Auch gemessen an Generaloberst Jodl wäre ihr Schicksal der Strick gewesen. ...<<
Gemäß Haager Landkriegsordnung blieb das Deutsche Reich von 1871/1919 jedenfalls weiterhin völkerrechtlich bestehen, denn es wurde durch die Siegermächte nachweislich nicht annektiert, sondern nur besetzt (x063/605). Die oberste Gewalt, die nach der Kapitulation im Mai 1945 von den Besatzungsmächten übernommen wurde, richtete sich nach den Bestimmungen der Haager Landkriegsordnung von 1899 bzw. von 1907. Diese Rechtsordnung bildete neben den Genfer Konventionen von 1864 und 1929 die Grundlage des humanitären Völkerrechtes.
Prof. Rudolf Laun (deutscher Staats- und Völkerrechtler) schrieb später über den Fortbestand des Deutschen Reiches, daß die Siegermächte nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges verpflichtet gewesen wären, die Bestimmungen der Haager Landkriegsordnung gegenüber dem

geschlagenen Deutschland anzuwenden (x063/604).
Völkerrechtliche Konsequenzen: Die damals gültige Haager Landkriegsordnung vom 18. Oktober 1907 (in Kraft seit dem 26. Januar 1910) legte für die Kapitulation des Feindes und die militärische Gewalt auf besetztem feindlichem Gebiet folgende Regeln und Gebräuche des humanitären Völkerrechts fest (x852/...): >>... Fünftes Kapitel: Waffenstillstand
... Dritter Abschnitt: Militärische Gewalt auf besetztem feindlichem Gebiet
Artikel 42 Ein Gebiet gilt als besetzt, wenn es sich tatsächlich in der Gewalt des feindlichen Heeres befindet. Die Besetzung erstreckt sich nur auf die Gebiete, wo diese Gewalt hergestellt ist und ausgeübt werden kann.
Artikel 43 Nachdem die gesetzmäßige Gewalt tatsächlich in die Hände des Besetzenden übergegangen ist, hat dieser alle von ihm abhängenden Vorkehrungen zu treffen, um nach Möglichkeit die öffentliche Ordnung und das öffentliche Leben wiederherzustellen und aufrechtzuerhalten, und zwar, soweit kein zwingendes Hindernis besteht, unter Beachtung der Landesgesetze.
Artikel 44 Einem Kriegführenden ist es untersagt, die Bevölkerung eines besetzten Gebiets zu zwingen, Auskünfte über das Heer des anderen Kriegführenden oder über dessen Verteidigungsmittel zu geben.
Artikel 45 Es ist untersagt, die Bevölkerung eines besetzten Gebiets zu zwingen, der feindlichen Macht den Treueid zu leisten.
Artikel 46 Die Ehre und die Rechte der Familie, das Leben der Bürger und das Privateigentum sowie die religiösen Überzeugungen und gottesdienstlichen Handlungen sollen geachtet werden. Das Privateigentum darf nicht eingezogen werden.
Artikel 47 Die Plünderung ist ausdrücklich untersagt.
Artikel 48 Erhebt der Besetzende in dem besetzten Gebiete die zugunsten des Staates bestehenden Abgaben, Zölle und Gebühren, so soll er es möglichst nach Maßgabe der für die Ansetzung und Verteilung geltenden Vorschriften tun; es erwächst damit für ihn die Verpflichtung, die Kosten der Verwaltung des besetzten Gebietes in dem Umfange zu tragen, wie die gesetzmäßige Regierung hierzu verpflichtet war.
Artikel 49 Erhebt der Besetzende in dem besetzten Gebiet außer den im vorstehenden Artikel bezeichneten Abgaben andere Auflagen in Geld, so darf dies nur zur Deckung der Bedürfnisse des Heeres oder der Verwaltung dieses Gebiets geschehen. ...
Artikel 55 Der besetzende Staat hat sich nur als Verwalter und Nutznießer der öffentlichen Gebäude, Liegenschaften, Wälder und landwirtschaftlichen Betriebe zu betrachten, die dem feindlichen Staate gehören und sich in dem besetzten Gebiete befinden. Er soll den Bestand dieser Güter erhalten und sie nach den Regeln des Nießbrauchs verwalten.
Artikel 56 Das Eigentum der Gemeinden und der dem Gottesdienste, der Wohltätigkeit, dem Unterrichte, der Kunst und der Wissenschaft gewidmeten Anstalten, auch wenn diese dem Staate gehören, ist als Privateigentum zu behandeln. Jede Beschlagnahme, jede absichtliche Zerstörung oder Beschädigung von derartigen Anlagen, von geschichtlichen Denkmälern oder von Werken der Kunst und Wissenschaft ist untersagt und soll geahndet werden.<<
Im Statut der Vereinten Nationen vom 16. Juni 1945, das am 24. Oktober 1945 in Kraft trat. hieß es (x058/377-378): >>Kapitel I: Ziele und Grundsätze.
Artikel 1: Die Ziele der Vereinten Nationen sind:
1. Internationalen Frieden und internationale Sicherheit aufrechtzuerhalten und zu diesem Zwecke: wirksame gemeinsame Maßnahmen zur Verhütung und Beseitigung von Bedrohungen des Friedens und zur Unterdrückung von Angriffshandlungen oder anderen Friedensbrüchen zu treffen und auf friedlichem Wege und gemäß den Grundsätzen der Gerechtigkeit und des Völkerrechts für die Schlichtung oder Entscheidung zwischenstaatlicher Streitfragen oder Regelung möglicherweise zu einem Friedensbruch führender Situationen zu sorgen;

2. freundschaftliches, auf Achtung für den Grundsatz gleicher Rechte und der Selbstbestimmung der Völker beruhende Beziehungen zwischen Nationen herbeizuführen und zu pflegen und andere geeignete Maßnahmen zur Stärkung allgemeinen Friedens zu treffen;
3. Zusammenarbeit der Nationen zu erzielen in der Lösung internationaler, wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und humanitärer Probleme und bei der Förderung und Unterstützung des Respekts für die Grund- und Freiheitsrechte des Menschen für alle, ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion; und
4. ein Mittelpunkt zu sein, von dem aus die Handlungen der Nationen zur Erreichung dieser gemeinsamen Ziele in Einklang gebracht werden.
Artikel 2: Die Organisation und ihre Mitglieder sollen entsprechend den in Artikel 1 festgestellten Zielen in ihren Handlungen folgende Grundsätze beobachten:
1. Die Organisation beruht auf dem Grundsatz gleicher Souveränität aller ihrer Mitglieder.
2. Um die aus der Mitgliedschaft sich ergebenen Rechte und Rechtsvorteile für alle Mitglieder zu sichern, sollen alle Mitglieder die von ihnen gemäß dem gegenwärtigen Pakt übernommenen Verpflichtungen in Treu und Glauben erfüllen.
3. Alle Mitglieder sollen ihre zwischenstaatlichen Streitigkeiten auf friedlichem Wege auf eine solche Weise schlichten, daß internationaler Friede und internationale Sicherheit und Gerechtigkeit nicht gefährdet werden.
4. Alle Mitglieder sollen in ihren zwischenstaatlichen Beziehungen Androhung oder Anwendung von Gewalt gegen die Unversehrtheit des Gebietes oder politische Unabhängigkeit irgendeines Staates oder sonst irgendeine andere mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Handlungsweise unterlassen. ...
Artikel 4: 1. Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen steht allen anderen friedliebenden Staaten offen, welche die in dem gegenwärtigen Pakte enthaltenen Verpflichtungen übernehmen und nach Ansicht der Organisation fähig und willig sind, diese Verpflichtungen zu erfüllen. ...<<
Am 9. Dezember 1948 wurde die UN-Konvention "über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes" offiziell verabschiedet und verkündet (x075/52-53): >>...
Art. I. Die vertragsschließenden Parteien bestätigen, das Völkermord, ob im Frieden oder im Krieg begangen, ein Verbrechen gemäß dem internationalen Recht ist, zu dessen Verhütung und Bestrafung sie sich verpflichten.
Art. II. In dieser Konvention bedeutet Völkermord eine der folgenden Handlungen, die in der Absicht begangen wird, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören:
a) Tötung von Mitgliedern einer Gruppe;
b) Verursachung von schwerem körperlichem oder seelischem Schaden an Mitgliedern der Gruppe;
c) vorsätzliche Auferlegung von Lebensbedingungen für die Gruppe, die geeignet sind, ihre körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen;
d) Verhängung von Maßnahmen, die auf die Geburtenverhinderung innerhalb der Gruppe gerichtet sind;
e) gewaltsame Überführung von Kindern der Gruppe in eine andere Gruppe. ...<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtete später über den Tatbestand des Völkermordes (x026/35): >>... Als Völkermord betrachtet die UNO-Resolution über den Genozid vom 9. Dezember 1948 ebenso wie das deutsche Strafrecht (§ 220a des Strafgesetzbuches) nicht nur die physische Vernichtung bestimmter Gruppen, sondern auch andere Formen der Verfolgung, die zur Zerstörung der Identität dieser Gruppen führen.
Die Stämme der Schlesier, Ostpreußen, Wolgadeutschen usw. haben praktisch zu existieren aufgehört; das Geschehen in den Vertreibungsgebieten – die größte Vertreibung der Weltge-

schichte – müßte als Genozid eingestuft werden, selbst wenn es nicht so viele Menschenleben gekostet hätte.<<
Das Völkerrecht kennt keine gerechten und keine entschuldbaren Verbrechen oder Menschenrechtsverletzungen, denn Recht und historische Wahrheit sind nicht teilbar. Alle Kriegsverbrechen, Völkermord oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit bleiben unverjährbare Verbrechen, die unerschütterlich zu bestrafen und zu sühnen sind, egal, wer die Taten begangen hat und wer die Verantwortung dafür übernehmen muß. Die aktiven Täter und passiven Verantwortlichen von Völkerrechtsverletzungen sind für ihre Verbrechen durch die Vereinten Nationen juristisch-völkerrechtlich zur Rechenschaft ziehen.
Aufgrund der permanenten Kollektivschuldvorwürfe gegen das deutsche Volk kann es nicht länger akzeptiert werden, daß die an Deutschen verübten Kriegs- und Nachkriegsverbrechen bis in alle Ewigkeit ignoriert und ungesühnt bleiben, "nur weil diese Opfer Deutsche bzw. Nicht-Menschen waren".
Das Völkerrecht gilt für alle Völker und aus Unrecht kann niemals Recht werden, deshalb sind sämtliche Verletzungen des humanitären Völkerrechts (Kriegsverbrechen, Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit) juristisch zu untersuchen und zu ahnden.
Die Vereinten Nationen setzten zum Beispiel im Jahre 1993 und 1994 Kriegsverbrechertribunale ein, um Verletzungen des humanitären Völkerrechts im ehemaligen Jugoslawien und in Ruanda zu verfolgen und zu sühnen.
Bei den in Potsdam beschlossenen völkerrechtswidrigen Massenvertreibungen der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße handelte es sich eindeutig um ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit.
Da Verbrechen gegen die Menschlichkeit nicht kraft Verjährung enden, sind die alliieren Siegermächte für ihr völkerrechtswidriges Handeln zur Verantwortung zu ziehen.
Aufgrund der Berliner Erklärung vom 5. Juni 1945 wurde das Deutsche Reich (in den Grenzen von 1937) nicht annektiert, sondern nur besetzt. Die Besatzungsmächte übten deshalb keine volle Souveränität über das besetzte Gebiet aus, so daß zum Beispiel die von ihnen durchgeführten oder gebilligten Gebietsabtretungen, Enteignungen, Bevölkerungsumsiedlungen und Zwangsdeportationen eindeutig gegen das damals geltende Völkerrecht verstießen und völkerrechtswidrig waren. Die Abmachungen über die vorläufige Oder-Neiße-Linie waren besonders verwerflich und unmenschlich, weil sie bei den Ost- und Volksdeutschen jahrelang die unrealistische Hoffnung förderte, daß man später in die Heimat zurückkehren könnte.
Infolge der zahlreichen Verletzungen des Völkerrechts muß das sogenannte "Potsdamer Abkommen" von Anfang an als nichtig bzw. ungültig betrachtet werden.
Sämtliche völkerrechtswidrigen Vereinbarungen des "Potsdamer Abkommens" waren ohnehin gemäß Völkerrecht unwirksam.

Schlußfolgerungen für den Zeitraum von 1870 bis 1945

> Merkt doch auf, ihr Narren im Volk! Und ihr Toren, wann wollt ihr klug werden? Wer Ohren und Augen hat, sollte der nicht hören und sehen? ... Aber der Herr kennt die Gedanken der Menschen: sie sind nur ein Hauch!
> *Psalm 94, 8-11*

Das Brockhaus Konversationslexikon von 1894-1896 berichtete später über den Anlaß für die französische Kriegserklärung im Jahre 1870 (x827/113): >>(Frankreich) ... Die definitive Überzeugung, es sei mit Preußen keine Gebietsvergrößerung zu erreichen, legte Napoleon III. den Gedanken nahe, eine solche gegen Preußen zu erstreben. ...
Die von der Kaiserin unterstützte Jesuitenpartei schürte aufs eifrigste, und so wurde die Wahl

des Erbprinzen Leopold von Hohenzollern zum König von Spanien als bequemer Vorwand ergriffen, um Preußen zu demütigen oder den Krieg zum Ausbruch zu bringen.
Als am 12. Juli (1870) die Entsagung des Erbprinzen Leopold bekannt geworden war, schien zunächst der spanische Zwischenfall erledigt zu sein. Aber an demselben Abend fand ein Ministerrat unter dem Vorsitz Napoleons III. statt, und hier wurde ein Beschluß gefaßt, der den Krieg unvermeidlich machte. ...<<
Da Preußen diesen Krieg nicht zielstrebig geplant hatte, war hauptsächlich Napoleon III. für den Kriegsausbruch (1870/71) verantwortlich. Für den nordamerikanischen Senat und die US-Presse war Napoleon III., der seit 1866 fast nur schwere außenpolitische Niederlagen hinnehmen mußte, damals jedenfalls eindeutig der Kriegsverursacher (x063/411).
Der "eiserne Reichskanzler" bemühte sich nach dem Kriegsende redlich, weitere deutsch-französische Feindseligkeiten zu vermeiden, um ein freundschaftliches Verhältnis mit dem uralten katholischen "Erzfeind" zu ermöglichen. Bismarck ließ z.B. keine französische Festung schleifen und Frankreich erhielt keine Heeres- und Rüstungsbeschränkungen.
Die gewaltsame Besetzung der ehemaligen deutschen Länder Elsaß und Lothringen erwies sich als besonders schwerer politischer Fehler, denn die französischen Nationalisten hielten den Revanche-Gedanken, daß Elsaß-Lothringen zurückgewonnen und die Deutschen gedemütigt werden müßten, bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges ständig wach. Elsaß gehörte seit 880 (Vertrag von Ribemont) zum Ostfränkischen bzw. Deutschen Reich, wurde dann von 1552-1648 nach und nach durch Frankreich gewaltsam besetzt. Während der Französischen Revolution wurde Elsaß von Frankreich schließlich annektiert und fiel erst nach dem französisch-deutschen Krieg von 1870/71 mit Lothringen (ab 1670 durch französische Truppen besetzt) an das Deutsche Reich zurück.
Das Deutsche Reich trat im Januar 1871 die Rechtsnachfolge des "Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation" (Auflösung: 1806) an, deshalb handelte es sich um keine Neugründung (wie z.B. auch in den Jahren 1919 und 1949), sondern lediglich um eine "Erneuerung" bzw. um eine "Übernahme" (x063/419).
Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtete später über die Gründung des Deutschen Reiches (x057/158): >>... Die Farben des Deutschen Reiches, Schwarz – weiß – rot, wurden vom Norddeutschen Bund übernommen aus dem preußischen Schwarz-Weiß und dem hanseatischen Weiß-Rot.
Das Deutsche Reich war geeint und damit der langersehnte Wunsch des deutschen Volkes durch Bismarck erfüllt worden. Für Europa bedeutete die deutsche Einigung eine völlige Umwälzung der Machtverhältnisse. Deutschland, seit dem Dreißigjährigen Krieg der Spielball der europäischen Großmächte, war durch die Reichsgründung zu europäischer Machtstellung emporgerückt. Mit der Reichseinheit wuchsen naturgemäß die Aufgaben des neuen Staates. Innere und äußere Gefahren galt es zu beseitigen und das Reich auszubauen zu einem starken Hort der Wohlfahrt und des Friedens.<<
Für die europäischen Großmächte bedeutete die Gründung des deutschen Reiches eine grundlegende Änderung der bisherigen Machtverhältnisse. Die deutschen Länder, die seit dem Dreißigjährigen Krieg von den europäischen Großmächten dominiert wurden, stiegen durch die Reichsgründung zu einer wehrhaften europäischen Macht auf.
Aufgrund seiner geographischen Lage übernahm das Deutsche Reich zwangsläufig die undankbare Aufgabe des "ungeliebten Mittlers" zwischen West-, Nord-, Ost- und Südeuropa.
Als die Donaumonarchie immer stärker durch den radikalen Pan- und Jugoslawismus bedroht wurde, schlossen Österreich-Ungarn und das Deutsche Reich am 7. Oktober 1879 den sog. "Zweibund" gegen Rußland, der bis 1918 in Kraft blieb und gegenseitige Hilfsleistungen bei einem russischen Angriff garantierte (x090/228). Dieses verhängnisvolle Bündnis, das später den Ausbruch des Ersten Weltkrieges (1914-18) förderte, wurde damals vom österreichischen

Volk begeistert gefeiert.
Ab 1887 zwang Großbritannien das Deutsche Reich, sämtliche Exportgüter mit der Herkunftsbezeichnung "Made in Germany" zu kennzeichnen. Diese diskriminierende Kennzeichnungspflicht konnte die aufstrebende deutsche Industrie- und Handelsmacht jedoch nicht aufhalten, sondern die britischen Zwangsauflagen förderten sogar nachweislich die deutsche Exportwirtschaft ("Gütesiegel").
Ab 1889 finanzierte Frankreich mit sog. "Revancheanleihen" die westrussischen Aufmarschbahnen gegen das Deutsche Reich (x142/346).
Infolge der deutschen Aktivitäten (Bau der "Bagdad-Bahn" von 1903-1913 usw.) im Osmanischen Reich verschlechterten sich vor allem die Beziehungen zu den Briten, Franzosen und Russen. Die Briten reagierten entrüstet, denn angeblich wurde ihre eigene Vormachtstellung in Asien, besonders die Ausbeutung der Erdölquellen in Persien und die Stabilität des indischen Kolonialreiches gefährdet, während die Russen jegliche Stärkung des Osmanischen Reiches generell ablehnten.
Da Österreich eine türkische Besetzung Bosniens und der Herzegowina befürchtete bzw. einen serbischen Einmarsch verhindern und den südslawischen Nationalismus eingrenzen wollte, annektierte Österreich im Jahre 1908 die seit 1878 verwalteten Provinzen Bosnien und Herzegowina. Die Annexion erfolgte ohne die Zustimmung der "Berliner Kongreßmächte". Nach Österreichs Annexion der strategisch wichtigen Provinzen Bosnien und Herzegowina begannen ab 1908/09 die Kriegsrüstungen der russischen Kriegspartei gegen Österreich-Ungarn und das Deutsche Reich (x142/364).
Während das Osmanische Reich einen Krieg gegen Italien führte (1911/12), nutzte der "Balkanbund" die Gunst der Stunde und griff das Osmanische Reich an. Die angeschlagenen Türken wurden im 1. Balkankrieg (1912) besiegt und mußten Mazedonien räumen. Italien verhinderte aber weiterhin Serbiens Zugang zur Adria.
Der australische Historiker Christopher Clark berichtete später über die "politischen Verwicklungen auf dem Balkan (x307/318): >>Der Erste Weltkrieg war genau genommen der dritte Balkankrieg, bevor er zum Weltkrieg wurde. ...<<
Großbritannien schloß am 23. November 1912 eine Vereinbarung mit Frankreich gegen das Deutsche Reich und verpflichtete sich im Fall eines Krieges zur Unterstützung des französischen Bündnispartners (x041/57).
Die deutsche Wirtschaft erkämpfte sich bis 1913 vor allem in der Schwer-, Elektro- und Chemieindustrie international eine führende Position. Die lange führende Stahlindustrie Großbritanniens wurde von der deutschen Stahlindustrie bereits seit 1893 regelrecht überflügelt (x092/1913). Infolge dieses Wirtschaftswachstums des Deutschen Reiches reagierten besonders Großbritannien, Frankreich und die USA mit Neid und Mißgunst.
Der deutsche Journalist und Autor Gabor Steingart schrieb später über die Folgen des Imperialismus (x281/34-35): >>... Der Weltkrieg um Wohlstand hatte begonnen, lange bevor die Militärs der europäischen Länder sich für den Ersten Weltkrieg in Stellung brachten.
Niemand bemerkte zunächst das herannahende Unheil. Daß schon bald 15 Millionen Europäer auf den Schlachtfeldern liegen würden, schien den Zeitgenossen ganz und gar undenkbar.
Die Machtübernahme in den Kolonien streichelte die Seele und füllte vielerorts auch ihre Schatztruhen. Sie hatten ohne allzu große Mühen und Kosten etwa ein Viertel des Erdballs neu aufgeteilt. ...
"Der Kapitalismus bringt den Krieg wie die Regenwolke den Sturm", sagte der französische Sozialist Jean Jaurès. ...<<
Die russische Tageszeitung "Birschewija" ("Börsennachrichten") berichtete am 13. Juni 1914 (x307/539): >>**Rußland ist bereit. Frankreich muß es auch sein** ...<<
Die Ermordung des österreichischen Staatsmannes Franz Ferdinand in der bosnischen Haupt-

stadt Sarajevo (seit 1908 von Österreich-Ungarn annektiert) bildete am 28. Juni 1914 den Abschluß zahlreicher Aggressionen.
Am 6. Juli 1914 sicherte die deutsche Reichsregierung Österreich-Ungarn die unbedingte Bündnistreue des Deutschen Reiches zu (x041/58). Durch diese verhängnisvolle "Blankovollmacht" wurden z.B. Art und Zeitpunkt aller Entscheidungen über "Krieg oder Frieden" den Österreichern überlassen. Das militärisch schwache Österreich-Ungarn wurde durch diese bedingungslose, unverantwortliche Zusage der deutschen Reichsregierung eigentlich erst ermutigt, mit Serbien abzurechnen.
Ungeachtet der deutschen Vermittlungsversuche erklärte Österreich-Ungarn am 28. Juli 1914 Serbien den Krieg.
Obwohl die österreichisch-russischen Verhandlungen wieder aufgenommen wurden, ordnete Zar Nikolaus II. auf Betreiben des russischen Außenministers, des Kriegsministers und des Generalstabschefs überraschend am 30. Juli 1914 die Generalmobilmachung an. Zar Nikolaus II. gab damit endgültig das Signal zum Kriegsbeginn.
Weil der russische Truppenaufmarsch an den deutsch-österreichischen Grenzen unvermindert anhielt, erfolgte am 1. August 1914, um 17.00 Uhr, die deutsche Mobilmachung. Gegen 19.00 Uhr wurde die deutsche Kriegserklärung an Rußland übergeben (x056/315). Der Erste Weltkrieg begann als deutsch-russischer Krieg.
Da die deutsche Heeresleitung zwangsläufig den gefürchteten Zweifrontenkrieg führen mußte, entschied man sich nach alter preußischer Tradition für eine offensive Kriegsführung, um schnelle Entscheidungen zu erzwingen.
Die US-Wirtschaft belieferte die Westmächte (Entente) bereits seit etwa 1915 mit Kriegsgütern, denn ein Sieg der Mittelmächte würde angeblich die großen US-Kapitalanlagen in England und Frankreich gefährden.
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über die US-Neutralität im Ersten Weltkrieg (x068/175): >>... Die Gelegenheit war nun einmal gut, war besser als die Moral. Die halbe Welt befand sich im Krieg, im Krieg gegen das böse, das wilhelminische, das kaiserliche Deutschland, das im übrigen, ganz wie die "demokratischen" USA, eine wirtschaftliche und machtpolitische Expansion erstrebte.
Und Woodrow Wilson hatte es schon 1912 als den gefährlichsten Rivalen im Welthandel ausgemacht, als größere Konkurrenz selbst als das gleichfalls expansionslüsterne Japan oder die alten Großmächte England und Frankreich. ...<<
Nach der Eroberung Rumäniens gab die deutsche Regierung am 12. Dezember 1916 ein Friedensangebot der Mittelmächte an die Entente ab.
Die Entente lehnte am 30. Dezember 1916 das Friedensangebot der Mittelmächte vom 12. Dezember 1916 ab, da keine konkreten Friedensbedingungen genannt wurden. Angesichts der "Bedrohung der Freiheit" hielt der französische Außenminister Aristide Briand (1862-1932) allein schon das Wort Frieden für frevelhaft (x041/68).
Der Kriegseintritt Nordamerikas am 6. April 1917 brachte endgültig die Wende des Ersten Weltkrieges. Die US-Wirtschaftsmacht führte den bereits ermatteten, kriegsmüden britisch-französischen Verbündeten danach schier unerschöpfliche Kriegsmaterial- und Truppenverstärkungen zu, so daß die Überlegenheit der Ententemächte von Tag zu Tag größer wurde.
Winston S. Churchill (1874-1965, während des Ersten Weltkrieges u.a. britischer Marineminister) berichtete später im "New York Enquirer" (x068/199): >>Amerikas Kriegseintritt 1917 war ein unseliger Schritt. Wäret Ihr zu Hause geblieben und Euren eigenen Geschäften nachgegangen, dann hätten wir im Frühjahr 1917 mit den Zentralmächten Frieden geschlossen. ...<<
Wenn sich die Vereinigten Staaten von Amerika am 6. April 1917 nicht aus wirtschaftlichen und machtpolitischen Gründen in den Ersten Weltkrieg eingemischt hätten, wäre es angesichts

der unentschiedenen militärischen Lage und der hohen Verluste noch im Dezember 1916 oder im Januar 1917 zu einem Waffenstillstand ("Erschöpfungsfrieden") im Osten und Westen gekommen.
Die europäischen Kriegsparteien hätten sich ohne die materielle und militärische Unterstützung der Entente durch die USA notgedrungen auf einen maßvollen Verständigungsfrieden (Wiederherstellung der Vorkriegslage und angemessene Entschädigungen für Sachschäden in den Kampfgebieten) geeinigt. Die Geschichte des 20. Jahrhunderts hätte sicherlich einen völlig anderen Verlauf genommen
Nach ausdrücklicher Zustimmung der deutschen Heeresleitung unterzeichneten die deutschen Unterhändler am 11. November 1918, um 11.55 Uhr, ein Waffenstillstandsabkommen, das wesentliche Vereinbarungen des nordamerikanischen "14 Punkte-Friedens" enthielt. Danach schwiegen an den europäischen Fronten die Waffen.
Der Abschluß des Waffenstillstandes war völkerrechtlich keine bedingungslose Kapitulation, sondern ein rechtsverbindlicher Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und den Ententemächten.
Als alle deutschen Truppen ihre Waffen niedergelegt hatten, verstärkten die Siegermächte am 6. Dezember 1918 ungeachtet des Waffenstillstandsabkommens die Seeblockade auch im Ostsee-Raum, um die Bevölkerung des Deutschen Reiches systematisch auszuhungern.
Obgleich das Deutsche Reich den besiegten Franzosen in den Jahren 1814/15 und 1871 äußerst maßvolle Forderungen und faire Friedensbedingungen gestellt hatte, erwiesen sich vor allem die Franzosen nach dem Ersten Weltkrieg als besonders ungerechte und rachsüchtige Sieger.
Frankreich, England und Nordamerika wollten zwar angeblich nur den "preußischen Militarismus" und die ständige "deutsche Bedrohung" ausmerzen, aber tatsächlich beabsichtigte man vor allem die Zerschlagung der mächtigen bzw. lästigen deutschen Industrie- und Handelsmacht. Bei diesen Verhandlungen ging es den Siegerstaaten Frankreich und England nicht um einen gerechten Frieden (ohne "Sieger und Besiegten"). In erster Linie wollte man das Deutsche Reich (wie z.B. 1648) vollständig kontrollieren und langfristig schwächen, um die französisch-englische Vormachtstellung in Europa zu sichern.
Die Londoner "Times" schrieb im Jahre 1919 (x063/527): >>... Sollte Deutschland in den nächsten 50 Jahren wieder Handel zu treiben beginnen, so haben wir diesen Krieg umsonst geführt.<<
Die erstmalige Beteiligung der Nordamerikaner an der Europapolitik veränderten die jahrhundertealten europäischen Macht- und Kräfteverhältnisse grundlegend. Aufgrund der gleichgültigen und naiven US-Außenpolitik wurden in Europa letzten Endes chaotische Verhältnisse geschaffen, die Hitlers und Stalins Terrorsysteme nachweislich erheblich förderten.
Als die deutsche Nationalversammlung die Unterzeichnung des Friedensvertrages verweigerte, forderten die Siegermächte am 16. Juni 1919 ultimativ die bedingungslose Anerkennung des Vertrages (innerhalb von 5 Tagen) und drohten mit der sofortigen Besetzung des gesamten Deutschen Reiches sowie Fortsetzung der Hungerblockade.
Angesichts der ultimativen Drohung der Siegermächte, den Krieg erneut zu eröffnen und nach Deutschland einzumarschieren, unterzeichneten die deutschen Delegierten schließlich am 28. Juni 1919 den von den Siegern allein ausgehandelten und diktierten "Versailler Friedensvertrag". Infolge der gnadenlosen Methoden der Siegermächte mußte sich die deutsche Regierung (wie nach dem Ende des 30jährigen Krieges im Jahre 1648) der menschenverachtenden Gewalt beugen. Der deutsche Staat mußte letzten Endes in Versailles nicht nur ein politisches und militärisches, sondern auch ein volkswirtschaftliches Todesurteil akzeptieren.
Die erzwungene Unterzeichnung des "Versailler Friedensvertrages" bzw. die erpreßte Anerkennung der deutschen Kriegsschuld erfolgte am 28. Juni 1919, dem 5. Jahrestag des Mordes

von Sarajevo, im Schloß von Versailles (zusätzliche Demütigung für die deutsche Kaiserproklamation im Jahre 1871).
Oberst Edward M. House, ein Berater des US-Präsidenten, berichtete später über die Unterzeichnung des Friedensvertrages im Spiegelsaal von Versailles (x068/199): >>(Ich hatte) ein Gefühl der Sympathie mit den Deutschen, die stoisch dasaßen. Es war dem ähnlich, was man in alten Zeiten tat: der Sieger schleifte den Besiegten hinter seinem Wagen her ...<<
Am 12. Juli 1919 hoben die Alliierten die Hungerblockade gegen das Deutsche Reich auf. Im Verlauf der planmäßigen Hungerblockade (November 1918 bis Juli 1919) verhungerten mindestens 300.000 wehrlose deutsche Zivilisten (x063/521).
Aufgrund der vermeintlichen Alleinschuld am Ausbruch des Ersten Weltkrieges (Kriegsschuldparagraph 231 des Versailler Vertrages) verlor das Deutsche Reich insgesamt 13 % (70.580,4 qkm) seiner bisherigen Gebiete (ohne Kolonien) sowie 10 % (6.475.568 Einwohner) der Bevölkerung (Stand: 1.12.1910) und hatte riesige Wiedergutmachungsleistungen zu erbringen.
Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906-1984) schrieb später über den Versailler Vertrag (x063/526): >>Artikel 231 des Versailler Vertrages, die "Kriegsschuld-Klausel", hat politisch und psychologisch besonders verhängnisvoll gewirkt. Es war im Lichte der Tatsachen eine grobe Geschichtslüge und wurde als eine schwere Beleidigung des deutschen Volkes empfunden. Eine deutsche Regierung, die dazu ihre Zustimmung gab, mußte jedes Ansehen verlieren. ...<<
Die meisten Deutschen lehnten damals die Unterzeichnung des Versailler Friedensdiktates entschieden ab, denn man verweigerte den Deutschen damals nicht nur das völkerrechtliche Selbstbestimmungsrecht, sondern das Land war außerdem fast schutzlos und sollte unfaßbare Reparationen zahlen. Der Versailler Friedensvertrag traf das Deutsche Reich äußerst schwer und belastete die "Weimarer Republik" mit einer verhängnisvollen Hypothek. Der Vertrag von Versailles galt im Deutschen Reich allgemein als "Schandvertrag", heimtückischer Verrat und arglistiger Vertrauensbruch.
Die ungerechtfertigten Demütigungen der "rachsüchtigen Greise von Versailles" provozierten naturgemäß neue Konflikte und die großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Deutschen Reiches begünstigten nachweislich Hitlers Aufstieg.
Theodor Heuss (1884-1963, erster Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland) schrieb im Jahre 1932 in seinem Buch "Hitlers Weg" - eine Studie über das Werden des Nationalsozialismus - über den Versailler Vertrag (x024/35): >>... Die Geburtsstunde der nationalsozialistischen Bewegung ist nicht München, sondern Versailles. ...<<
Während der österreichisch-ungarische Staat nach dem Ersten Weltkrieg auseinanderbrach, blieb die Einheit des Deutschen Reiches trotz des militärischen und politischen Zusammenbruchs erhalten. In den ersten Jahren der Weimarer Republik gab es fortwährend große außen- und innenpolitische Schwierigkeiten, so daß die Regierungen unentwegt scheiterten und wechselten. Von 1919-23 kämpften die schwachen deutschen Regierungen fast ständig gegen linksradikale Kommunisten und rechtsradikale Nationalsozialisten um ihre Existenz.
Die Erste Deutsche Republik kämpfte unentwegt gegen die verhängnisvollen Folgen der Versailler Verträge, denn das deutsche Volk wurde nach dem Ersten Weltkrieg gewissenlos ausgebeutet, gedemütigt, entrechtet und mehrfach in die nationale Verelendung gestürzt.
Infolge der ungerechtfertigten Ruhrgebietsbesetzung, die Kosten in Höhe von rd. 3,5 Milliarden Goldmark verursachte, brach im September/Oktober 1923 fast die gesamte deutsche Wirtschaft völlig zusammen und verstärkte die dramatische Inflation. Die Inflation führte schließlich zu einer völligen Entwertung der deutschen Währung. Im September 1923 betrug der Wertverlust gegenüber 1914 schließlich 100,0 % (x149/42).
Die Eigentümer von Sachwerten wurden damals entschuldet, während die Eigentümer von

Sparguthaben ihre gesamten Ersparnisse verloren. Der wirtschaftliche und soziale Abstieg erfaßte große Bevölkerungsschichten. Millionen von Deutschen verloren bei dieser Währungskatastrophe ihr mühsam erspartes Geld und wurden mit einem Schlag bettelarm. Gleichzeitig erwarben viele ausländische Investoren, deutsche Spekulanten (darunter waren auch zahlreiche Juden) und gewissenlose Geschäftemacher äußerst günstig riesige Vermögenswerte (Fabrikanlagen, Wohnblocks, Grundstücke usw.), so daß sich im Deutschen Reich vor allem bei den Arbeitslosen und der verarmten Mittelschicht eine gefährliche Radikalisierung, Antisemitismus und Fremdenhaß ausbreiteten.
Am 29. August 1924 nahm der Reichsrat gemäß den Beschlüssen der deutschen Reichsregierung die Londoner Abmachungen (Dawes-Plan) an, um das Reparationsproblem zu bewältigen. Der Dawes-Plan sah vor, daß die vom Deutschen Reich zu leistenden Reparationen an die Alliierten vor allem durch Kredite aus den Vereinigten Staaten von Amerika zu finanzieren waren.
Die deutsche Reichsregierung verlangte am 30. Oktober 1928 in London, Paris und Brüssel eine sofortige gründliche Überprüfung der geforderten Reparationszahlungen, da die finanziellen Möglichkeiten des Deutschen Reiches erschöpft seien.
Am 25. Oktober 1929 leitete der sogenannte "Schwarze Freitag" an den Börsen in Nordamerika eine schwere Wirtschafts- und Finanzkrise ein. Tausende von US-Aktionären verloren fast über Nacht den Kursgewinn von 3 Jahren (ca. 30,0 Milliarden US-Dollar).
Für die Deutschen gab es ein besonders "böses Erwachen", denn die Weltwirtschaftskrise riß natürlich das hochverschuldete Deutsche Reich zuerst in das Chaos. Die hohe Verschuldung des deutschen Staates und der deutschen Industrie wirkten sich verhängnisvoll aus. Alle großen Hoffnungen und Zukunftspläne der Deutschen wurden urplötzlich zerstört.
Seit Ende 1929 herrschten im Deutschen Reich fast überall bürgerkriegsähnliche Zustände. Die Straßen entwickelten sich zum politischen Schlachtfeld für die Kampfverbände der radikalen Gruppierungen ("SA-Sturmabteilungen" = NSDAP, "Rotfrontkämpferbund" = KPD, "Stahlhelm" = DNVP und andere).
Agenten des preußischen Innenministers Severing berichteten, daß Hitlers Wahlkämpfe seit 1929 hauptsächlich durch ausländische Banken (z.B. durch das New Yorker Bankhaus Kuhn, Loeb & Co.) und nordamerikanische Großindustrielle (Royal Dutch, Standard Oil, Rockefeller jun. und andere) finanziert wurden.
1931 waren in Deutschland im Jahresdurchschnitt 4.520.000 Personen bzw. 23,9 % arbeitslos (x149/60). Die industrielle Produktion des Deutschen Reiches verminderte sich im Jahre 1931 gegenüber 1928 um 30 % und es ereigneten sich mehr als 17.000 Firmenpleiten und Konkurse. Infolge der Kündigung weiterer US-Kredite standen die deutschen Großbanken kurz vor dem Zusammenbruch.
Da der Staat zahlungsunfähig war, mußte die deutsche Regierung verstärkt Staatseigentum verschleudern. Nach der Inflation von 1922/23 büßten besonders die "kleinen Leute" abermals ihre mühselig erarbeiteten Sparguthaben ein. Die ratlosen, verzweifelten Deutschen fragten sich, wie sie aus dieser hoffnungslosen Lage kommen sollten. Spätestens jetzt verloren große Teile des deutschen Volkes endgültig das letzte Vertrauen und den Glauben an die demokratischen Politiker der Weimarer Republik. Die Tage der glücklosen Weimarer Republik waren danach gezählt.
Am 18. Januar 1932 veröffentlichte die Reichsregierung die bisher gezahlten Reparationsleistungen. Danach zahlte das Deutsche Reich von 1921-1931 Sach- und Finanzleistungen (jedoch ohne Gebietsverluste) in Höhe von 53,155 Mrd. Gold- bzw. Reichsmark an die Siegermächte (x034/573).

Im Verlauf der "Reparationskonferenz" von Lausanne (16.06.-9.07.1932) erließen die Siegermächte dem Deutschen Reich schließlich die restlichen Reparationszahlungen - bis auf einen Restbetrag von 3,0 Milliarden Goldmark (x063/565).
Reichskanzler Franz von Papen führte am 20. Juli 1932 einen gewaltsamen Staatsstreich durch, als er die preußische SPD-Landesregierung unter Ministerpräsident Otto Braun kurzerhand durch Reichspräsident von Hindenburg (mit Hilfe einer Notverordnung gemäß Artikel 48 der Verfassung) beseitigen bzw. absetzen ließ. Nach dem Staatsstreich (sogenannter "Preußenschlag") verhängte Reichskanzler von Papen den Ausnahmezustand über Berlin sowie die Provinz Brandenburg und übernahm als "Reichskommissar" die Führung des preußischen Ministerpräsidiums. Die Beseitigung der demokratischen preußischen Regierung und der demokratischen Mitarbeiter der preußischen Verwaltung erleichterte der NSDAP zweifelsfrei die spätere "Machtergreifung".
Trotz gewaltiger Arbeitslosigkeit, Not, Volksverhetzung, Ratlosigkeit und lähmender Verzweiflung endete die vorgezogene Reichstagswahl am 6. November 1932 mit Hitlers Niederlage. Die NSDAP verlor über 2,0 Millionen Stimmen bzw. 34 Mandate und erhielt nur noch 196 (33,1 %) von 584 Sitzen.
Im Jahre 1932 waren in Deutschland im Jahresdurchschnitt 5.575.000 Personen arbeitslos (x149/60).
Infolge der dramatischen politischen und wirtschaftlichen Lage war Hitlers Zeit endlich gekommen. Der skrupellose Volksverführer nutzte die "Gunst der Stunde" gewissenlos aus. Nach den verheerenden Folgen der Weltwirtschaftskrise fielen Hitlers Versprechungen (Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, die sogenannten "Novemberverbrecher" und die Kommunisten sowie die Beseitigung des "Versailler Schanddiktats") natürlich auf "fruchtbaren Boden". Hitlers "einfache" Propaganda-Methoden verfehlten ihre Wirkung nicht.
Vor allem jüngere Leute, Langzeitarbeitslose, aber auch konservative und bürgerlichte Kreise (stellungslose Angestellte und Akademiker) wurden zur leichten Beute des NS-Radikalismus. Immer mehr verzweifelte Arbeitslose setzten ihre Hoffnung auf den vermeintlich "starken Führer" und schlossen sich der NSDAP an. Die meisten Deutschen wußten zwar, daß die Nationalsozialisten radikal waren, aber man hielt sie fälschlicherweise vor allem für patriotische und religiöse Nationalisten.
Der US-Journalist Hubert Renfro Knickerbocker (1898-1949) berichtete im Jahre 1932 aus Berlin über die Erwartungen der Anhänger des NS-Regimes (x149/75): >>Außenpolitik: Hitler wird den Versailler Vertrag zerreißen. Hitler wird den Franzosen sagen, sie sollen sich die Tributgelder (Reparationen) in der Hölle holen gehen.
Hitler wird die allgemeine Militärdienstpflicht wieder einführen und das alte deutsche Heer mit mindestens 600.000 Mann wieder aufstellen. ...
Hitler wird den polnischen Korridor (zwischen Ostpreußen und Pommern), den deutschen Teil Oberschlesiens und unsere Kolonien wieder holen ...
Innenpolitik: Hitler wird die Republik abschaffen.
Hitler wird allen Erwerbslosen Arbeit geben.
Hitler wird die Kommunistische Partei auflösen.
Hitler wird die Juden aus Deutschland vertreiben. ...<<
Trotz aller Warnungen ernannte der altersschwache 85jährige Reichspräsident den angeblich "harmlosen" Hitler am 30. Januar 1933, kurz nach 11 Uhr, zum deutschen Reichskanzler (sogenannte nationalsozialistische "Machtergreifung").
Der greise Volksheld Hindenburg leitete mit Hitlers Ernennung zum deutschen Reichskanzler politisch unbedrängt letzten Endes die größte Katastrophe der deutschen Geschichte ein. Schon einige Tage nach Hitlers Ernennung verlor das deutsche Volk fast alle Grundrechte und Freiheiten.

Erich Ludendorff, ein berühmter und berüchtigter deutscher General des Ersten Weltkrieges (sowie aktiver "Hitlerputsch-Teilnehmer) schrieb am 31. Januar 1933 an den Ex-General und amtierenden Reichspräsidenten Hindenburg (x034/635): >>... Ich prophezeie ihnen feierlich, daß dieser unselige Mann unser Reich in den Abgrund stürzen und unsere Nation in unfaßbares Elend bringen wird. Kommende Geschlechter werden sie wegen dieser Handlung in Ihrem Grabe verfluchen.<<

Nach ungemein schweren Jahren (1919-33), in denen 20 deutsche Regierungen aufgerieben wurden und scheiterten, wurde das Schicksal der "Weimarer Republik" am 30. Januar 1933 entschieden (x051/627). Die aufopferungsvolle, harte Arbeit der deutschen Politiker wurde nicht belohnt, denn gerade als man die große Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit, Reparationen und die jahrelange Besetzung des Rheinlandes endlich überwunden hatte, zerstörte tragischerweise Hindenburgs verhängnisvolle Fehlentscheidung die gesamte Aufbauarbeit und Friedenspolitik der ersten deutschen Republik.

Aufgrund der rücksichtslosen Ausbeutungs- und Unterdrückungsmaßnahmen der Siegermächte besaß die Weimarer Republik nach dem Ende des Ersten Weltkrieges eigentlich nie eine realistische Überlebenschance. Angesichts der riesigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten und der fehlenden politischen Führungspersönlichkeiten mußten die gemäßigten Parteien der Weimarer Republik zwangsläufig scheitern.

Hitlers verhängnisvolle "Machtübernahme" begann im Grunde bereits 1919, denn nach dem Friedensvertrag von Versailles waren die Positionen der demokratischen Regierungen nahezu aussichtslos.

US-Präsident Hoover kritisierte damals das ungewöhnlich nachgiebige Verhalten der französischen Regierung nach Hitlers Machtübernahme (x069/165): >>Kaum war Hitler an die Macht gekommen, so nahm die französische Regierung eine völlig veränderte Haltung ein und machte eine Reihe von Vorschlägen, die, solange Brüning an der Macht war, mehr als ausreichend gewesen wären. Immer größere Zugeständnisse wurden von Frankreich angeboten und von Hitler zurückgewiesen.

Sogar in Frankreich hatte man in weiten Kreisen das Gefühl, daß Hitler nie die Regierung in seine Hand gebracht hätte, wenn man dem Reichskanzler Brüning in vernünftiger Weise entgegengekommen wäre und ihm geholfen hätte, das Gefühl des Unrechts und der Demütigung zu zerstreuen.<<

Am 28. Februar 1933 genehmigte Reichspräsident von Hindenburg auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 eine ihm vorgelegte Notverordnung (sogenannte "Reichstagsbrandverordnung" bzw. Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat). Diese scheinbar "legale Notverordnung" setzte wesentliche demokratische Grundrechte der Weimarer Verfassung (wie z.B. freie Meinungsäußerung, Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit, Brief- und Fernsprechgeheimnis, persönliche Freiheiten) außer Kraft.

Bei der letzten "freien Reichstagswahl" am 5. März 1933 erhielt die NSDAP trotz großer Massenarbeitslosigkeit (fast 6,0 Millionen Arbeitslose und mehrere Millionen Kurzarbeiter) "nur" 43,9 % aller Wählerstimmen bzw. 288 Mandate, so daß Hitler nur mit Hilfe von radikalen Bundesgenossen "Kampffront Schwarz-Weiß-Rot" (DNVP = 8,0 %) die "einfache Mehrheit" von 51,9 % erreichte.

Da spätestens seit dem 28. Februar 1933 diktatorische Machtverhältnisse herrschten (Einschränkung der Grundrechte, Ausnahmezustand, Parteienverbot, SA- Straßenterror etc.), zählte die Wahl vom 5. März 1933 bereits nicht mehr zu den demokratischen und freien Wahlen.

Am 23. März 1933 legte Reichskanzler Hitler während der zweiten Sitzung des neuen Reichstages das "Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich" (sog. "Ermächtigungsgesetz") zur Abstimmung vor.

Da das NS-Regime wegen der erforderlichen Zweidrittelmehrheit keine legale Verfassungs-

änderung durchsetzen konnte, ließ Hitler zahlreiche politische Gegner vorher gewaltsam ausschalten. Nachdem man die meisten kommunistischen Abgeordneten bereits während und nach dem Reichstagsbrand am 27. Februar 1933 inhaftiert hatte (x063/579), ließ Hitler vor der entscheidenden Abstimmung über die Annahme des Gesetzes zur Behebung der Not von Volk und Reich (sogenanntes "Ermächtigungsgesetz") die restlichen KPD-Abgeordneten festnehmen und außerdem noch kurzerhand 26 der 120 SPD-Reichstagsabgeordneten verhaften oder aussperren, um die erforderliche Zweidrittelmehrheit für die Grundgesetzänderung zu erhalten.
Am 23. März 1933 stimmten die verbliebenen 94 SPD-Abgeordneten gegen die Annahme des verfassungswidrigen "Ermächtigungsgesetzes", obgleich der Berliner Reichstag von schwerbewaffneten SA- und SS-Wachen umstellt war und man die anwesenden Abgeordneten der Opposition während der Abstimmung unentwegt einschüchterte und massiv bedrohte.
Vor dem Berliner Reichstag drohten am 23. März 1933 die SA- und SS-Wachen (x059/76):
>>Wir wollen das Gesetz - sonst (gibt es) Mord und Totschlag. ...<<
Am 23. März 1933 wurde das "Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich", das sog. "Ermächtigungsgesetz", vom Reichstag mit der notwendigen 2/3-Mehrheit (444:94) gegen die Stimmen der SPD beschlossen. Nach Bekanntgabe der namentlichen Schlußabstimmung gab es im Deutschen Reich endgültig keine Demokratie mehr. Die gesetzlosen NS-Terroristen beendeten ihren erfolgreichen Staatstreich mit der sogenannten "NSDAP-Hymne", dem "Horst Wessel-Lied" (x049/102).
Mit der gewaltsamen Durchsetzung (Verhaftung und Bedrohung von Reichstagsabgeordneten) des "Ermächtigungsgesetzes" am 23. März 1933 begingen die Nationalsozialisten verfassungsrechtlich eindeutig Hochverrat. Hitlers NS-Terroristen hielten das Deutsche Reich nach dem gewaltsamen Staatsstreich praktisch besetzt.
Durch die ungesetzliche Verabschiedung bzw. gewaltsame Durchsetzung des "Ermächtigungsgesetzes" vom 23. März 1933 wurde die deutsche Reichsregierung bzw. der Rechtsstaat völlig ausgeschaltet und das deutsche Volk verlor endgültig seine politische Freiheit. Die "deutsche Katastrophe" war danach nicht mehr aufzuhalten, denn nach Errichtung der NS-Diktatur bestimmten in Deutschland nur noch Hitler und seine "NSDAP-Abgeordneten" bzw. Gewalt und Terror.
Prof. Dr. Karl Jaspers (1883-1969, Philosoph, erhielt von 1937-45 Lehrverbot und ab 1943 Publikationsverbot durch das NS-Regime) schrieb später, daß am 23. März 1933 unter Hitlers Führung erstmalig in der deutschen Geschichte ein Verbrecherstaat gebildet wurde, also ein Staat, der systematische Verbrechen mittels seiner Institutionen, seiner Träger und Untergeordneten verübte (x154/14).
Die SS-Terrororganisationen setzten alle politischen, militärischen, wirtschaftlichen, nationalen und sonstigen Ziele mit brutaler Gewalt durch. Das allgegenwärtige NS-Regime kontrollierte systematisch sämtliche Lebensbereiche. Mit Hilfe von brutalen Terrormethoden (Internierung, Folter oder Mord) wurden die persönlichen Freiheiten konsequent erstickt, das Recht gebeugt, der Anstand lächerlich gemacht und die christlichen Gebote verhöhnt, um letzten Endes das Leben, die Würde, die Gesundheit sowie das Lebensglück von Millionen Menschen zu vernichten.
Der NS-Staat verfügte schon frühzeitig über Konzentrationslager (KZ), in denen "mißliebige Elemente" (Kommunisten, Sozialisten, Geistliche und andere "Volksschädlinge") Zwangsarbeit leisten mußten. Im März 1933 ließ Himmler bei Dachau (Oberbayern) und in Oranienburg (Provinz Brandenburg) die ersten Konzentrationslager sowie zahlreiche "wilde SA- und SS-Lager" (leerstehende Fabriken oder Lagerhallen) errichten. Bis 1937/38 löste die SS alle "wilden Lager" auf und internierte die Häftlinge in den neuen Konzentrationslagern (KZ). Die SS errichtete ab 1938 weitere Konzentrationslager für den Zwangsarbeitseinsatz in der deut-

schen Rüstungsindustrie und später als Übergangslager für die sogenannte "Endlösung".
Von 1933-39 inhaftierte die Gestapo ca. 750.000-1.200.000 "unbequeme Deutsche" (x063/-580). Am 10. April 1939 waren etwa 300.000 politische Gefangene im Konzentrationslager (x050/167). In den Gestapo-Archiven lagerten etwa 2,0 Millionen Akten über verdächtige deutsche Staatsbürger (x063/580).
Da die politische Polizei den NS-Ansprüchen nicht genügte, ließen Hermann Göring (eigentlicher Gründer der geheimen Staatspolizei) und Heinrich Himmler nach Hitlers Machtübernahme alle politischen Polizeiverbände der Länder gleichschalten und gründeten im April 1933 die Geheime Staatspolizei (Gestapo). Danach herrschte schnell "Ruhe und Ordnung", denn die Gestapo räumte überall gründlich auf und errichtete im Deutschen Reich einen Polizei- und Spitzelstaat, der alle bis dahin bekannten europäischen Überwachungs- und Terrormethoden (außer UdSSR) in den Schatten stellte.
Der "totale NS-Terrorstaat" kontrollierte und unterdrückte schon bald sämtliche Lebensbereiche. Die NS-Polizeimaschinerie war militärisch aufgebaut und gewährleistete eine lückenlose polizeiliche Überwachung des gesamten NS-Machtbereiches. Die geheime Staatspolizei (Gestapo = politische Polizei, z.T. ehemalige Kriminalpolizei) und der Sicherheitsdienst (SD und SIPO) gingen mit drakonischer Härte gegen alle vermeintlichen Gegner der NS-Diktatur vor. Das NS-Regime unterdrückte jeden Einwand, jegliche Kritik und jede aktive oder passive Opposition mit den härtesten Strafen.
Jeder Widerstand der deutschen Justiz, der Wissenschaft und der deutschen Intelligenz wurde mit brutalsten Mitteln gebrochen und ausgelöscht. Tausende von aufrechten Deutschen, die sich gegen die NS-Knebelung wehrten, wurden willkürlich als "Staatsfeinde" eingestuft und sofort ausgeschaltet. Sie landeten irgendwann im Konzentrationslager, falls sie nicht sofort liquidiert wurden oder rechtzeitig ins Ausland fliehen konnten.
Am 17. Juni 1936 ließ Hitler gemäß Führererlaß die Leitung sämtlicher Polizeieinheiten an Heinrich Himmler (Reichsführer SS) übertragen. Himmlers Stellvertreter wurde SS-Obergruppenführer Kurt Daluege, der Leiter der Ordnungspolizei. Himmler, den seine Anhänger "König Heinrich" nannten (Spottbezeichnung: "Reichsheini"), entwickelte in den folgenden Jahren einen "perfekten" Kontroll- und Überwachungsapparat. Himmlers SS-Imperium ("Staat im Staate") umfaßte auch sämtliche SS-Hauptämter, die ab 1941 die sogenannte "Endlösung" durchführten.
Am 7. April 1933 begannen großangelegte "NS-Gleichschaltungswellen", die mit Massenentlassungen aller mißliebigen Beamten endeten (gleichzeitige Einführung des NS-Berufsbeamtentums). In allen Ländern waren danach NS-Reichsstatthalter für die Durchführung der NS-Richtlinien (Gleichschaltungsgesetz und Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums) verantwortlich. Das NS-Regime jagte damals ungezählte anständige, unbescholtene Arbeiter, Angestellte und Beamte von ihren Arbeitsplätzen. Wer sich wehrte, protestierte, einer demokratischen Partei angehörte oder irgendwie verdächtig erschien, war ein "Staatsfeind" oder "Judenknecht". Hitlers Wille war in jener Zeit oberstes Gesetz.
Alle wichtigen Verwaltungsposten wurden unverzüglich von "zuverlässigen" NSDAP-Leuten besetzt. Bürgermeister, die keine NS-Mitglieder werden wollten, mußten zurücktreten. Hitlers NS-Diktatur wurde später von 43 Gauleitern, 890 Kreisleitern, 30.801 Ortsgruppenleitern, 121.406 Zellenleitern und 539.445 Blockwarten organisiert und durchgesetzt (x090/275).
Der NS-Pöbel regierte im Namen des "Einheitsstaates". Amtsanmaßung, Korruption, Rechtlosigkeit, Vetternwirtschaft und Unterschlagung waren im gleichgeschalteten NS-Staat an der Tagesordnung. Unfähige Schreihälse und Mitläufer nutzten damals die einmalige Gelegenheit und erhielten verantwortungsvolle Machtpositionen. Zahlreiche Anführer der "SA-Knüppelgarde", die man während der Weimarer Republik mehrheitlich wegen Faulheit oder Dummheit zuerst entlassen hatte, besetzten jetzt vielerorts leitende Posten.

Mit Hilfe der politischen "NS-Hoheitsträger", die ihre Machtpositionen häufig schamlos ausnutzten, reichte der Einfluß des NS-Regimes bis in jede Familie. Jeder Deutsche, der sich dem Willkürregime jedoch aktiv widersetzte, wurde sofort eingeschüchtert, verprügelt oder landete unverzüglich in den "Schutzhaftlagern" bzw. Konzentrationslagern. Die unorganisierte Machtlosigkeit der deutschen NS-Gegner hatte gegenüber der militärisch organisierten Gewalt des NS-Regimes naturgemäß keine Chance.
Ab 1934 wurden fast alle Deutschen allmählich planmäßig durch die zahlreichen NS-Organisationen "erfaßt", auch wenn sie keine Parteimitglieder waren. Es gab für die Deutschen praktisch kein Privatleben mehr. Alle Sport-, Gesangs-, Kegel- und Schützenvereine, Handwerks-, Angestellten- und Beamtenverbände sowie sonstige Gemeinschaften wurden von NS-Beauftragten überwacht und "gleichgeschaltet".
Obwohl die NS-Diktatur in kurzer Zeit einen totalitären Polizeiapparat errichtet hatte, formierte sich ebenso rasch eine demokratische Widerstandsbewegung. Trotz der allgegenwärtigen Gestapo und des tödlichen Terrors nahm diese Widerstandsbewegung den ungleichen und selbstmörderischen Kampf um Freiheit und Menschenwürde des deutschen Volkes auf. Zu den aktiven demokratischen Widerstandsgruppen gehörten z.B. Goerdeler Kreis, Freiburger Kreis, Kreisauer Kreis, Solf-Kreis und Weiße Rose.
In jener Zeit gab es natürlich auch viele Deutsche, die sich sofort in das sichere Ausland absetzten, um dort den "Widerstand" fortzusetzen, denn nach Hitlers Machtübernahme quälte man Tausende von aufrechten deutschen Frauen und Männern in den Gefängnissen und Lagern regelrecht zu Tode.
Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906-1984) schrieb später über die deutsche Widerstandsbewegung (x063/580): >>Man kann zusammenfassen, daß Deutschland das erste von Nationalsozialisten besetzte Land war. Die Allmacht der Geheimen Staatspolizei, der SA und SS schützte sie gegen jeden Auflehnungsversuch. Um so bemerkenswerter ist es, daß es von Anfang an trotz eines bis dahin in Europa nicht dagewesenen Terrors eine Widerstandsbewegung gab, die um des wahren Deutschlands, um der Freiheit und Menschenwürde willen Verfolgung, Folter und Tod auf sich nahm. ...<<
Bis 1938 nahm Hitler eine Reihe von innen- und außenpolitischen Korrekturen vor, die nicht unberechtigt waren. Die eigenmächtig durchgeführten riskanten Revisionen stellten nicht nur eine angemessene internationale Beteiligung des Staates her, sondern sie beseitigten gleichzeitig einige nicht haltbare, vorsätzliche Ungerechtigkeiten des Versailler Vertrages.
Nach den kampflosen Aktionen des Jahres 1938 ("Heimkehr Österreichs und des Sudetenlandes) herrschte zwar große Zufriedenheit, aber keine ausgelassene Stimmung. Das "Münchener Abkommen" wurde lediglich als "Wiedergutmachung" für das 1919 angetane Unrecht angesehen. Infolge der beeindruckenden innen- und außenpolitischen Erfolge waren nicht wenige Deutsche der Meinung, daß es weiter aufwärts gehen würde.
Winston Churchill war im Jahre 1938 immer noch von Hitler begeistert. Churchill meinte, daß die bisherigen Leistungen des "Führers" weltgeschichtlich als Wunder einzuordnen seien (x025/128).
Das US-Nachrichtenmagazin "TIME" wählte Hitler im Jahre 1938 zum Mann des Jahres (x268/50).
Der US-Diplomat William C. Bullit (bis 1941 US-Botschafter in Frankreich) erklärte bereits im Februar 1939 (x076/255): >>... Wir werden sicher nicht zu Anfang am Krieg teilnehmen, aber wir werden ihn beenden.<<
Am 14. August 1939 scheiterten die sowjetisch-britisch-französischen Militärverhandlungen über ein gemeinsames Vorgehen gegen das NS-Regime, weil die polnische Regierung ein sowjetisches Durchmarschrecht durch Polen ablehnte (x125/172).
Der sowjetische Außenminister Molotow schlug Hitler am 16. August 1939 den Abschluß

eines Nichtangriffspaktes vor. Hitler stimmte daraufhin Verhandlungen in Moskau zu.
Stalin, der spätestens seit 1937 den Zweiten Weltkrieg für unvermeidlich hielt, versuchte etwa seit diesem Zeitpunkt mit allen indirekten politischen Mitteln, einen kriegerischen Zusammenstoß in Westeuropa zu provozieren oder mindestens zu fördern.
Für Stalin zählte grundsätzlich nur der Erfolg. Die Frage der Bündnispartner spielte eine völlig untergeordnete Rolle. Entscheidend war nur, daß die UdSSR auf jeden Fall auf der Seite der Sieger stehen mußte.
Da die sowjetischen Ostgrenzen durch Japan bedroht waren, benötigte Stalin vor allem Zeit. Stalin führte bis zum deutschen Angriff gegen die UdSSR im Jahre 1941 ein geschicktes Doppelspiel und hatte praktisch ständig "2 Eisen im Feuer". Der kaltblütige sowjetische Diktator unterhielt enge Geheimkontakte zu Hitler und verhandelte gleichzeitig unentwegt heimlich mit den westlichen Alliierten.
Stalin wollte den unausweichlichen Kampf erst in der "günstigsten Kriegsphase" gegen ein geschwächtes NS-Regime beginnen. Nach dem Angriff gegen Polen (1.09.1939) war Stalin unentwegt bestrebt, den Selbstvernichtungskrieg der kapitalistischen Westmächte zu unterstützen, und wartete gelassen die weitere Entwicklung des Krieges und die "Selbstzerfleischung der kapitalistischen Staaten" ab.
Stalin ("der lachende Dritte") kündigte am 19. August 1939 an, daß die UdSSR in einem Krieg zwischen den "Imperialisten" als letzte Macht eingreifen werde x090/279.
Am 23. August 1939 unterzeichnete Reichsaußenminister von Ribbentrop in Moskau den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt. Obwohl die Sowjetunion bereits monatelang Geheimverhandlungen mit den Westmächten geführt hatte, schlossen die vermeintlichen Todfeinde Hitler und Stalin am 23. August 1939 "völlig überraschend" einen deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt ab ("die übrige Welt reagierte damals völlig sprachlos").
Dieser "Hitler-Stalin-Pakt" ermöglichte eigentlich erst den Angriff auf Polen, denn der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt gab Hitler endlich die erforderliche Rückendeckung, um seine Kriegspläne zu verwirklichen.
Als sich Ribbentrop verabschiedet hatte, sagte Stalin zum sowjetischen Außenminister Molotow (x069/176): >>Das war die Kriegserklärung Hitlers an die Sowjetunion! ...<<
Der deutsche Historiker Andreas Hillgruber (1925-1989, seit 1965 Prof. in Marburg, Freiburg und Köln) schrieb später über die sowjetischen Motive des Hitler-Stalin-Paktes (x245/435-436): >>... "Sollte ... (ein solcher) Krieg beginnen" – so hatte Stalin am 19. Januar 1925 auf der Plenartagung des Zentralkomitees der kommunistischen Partei Rußlands seine Grundthese dargelegt -, "so werden wir nicht untätig zusehen können – wir werden als letzte auftreten, um das entscheidende Gewicht in die Waagschale zu werfen, ein Gewicht, das ausschlaggebend sein dürfte".
Stalins Entscheidung von August 1939 versetzte damit die Sowjetunion in eine so günstige Position, wie sie sie in ihrer ganzen Geschichte seit 1917 noch niemals eingenommen hatte. ...<<
Obwohl Großbritannien und Frankreich aufgrund der geographischen Lage nicht in der Lage waren, Polen wirksam militärisch zu unterstützen, weigerte sich die polnische Regierung starrsinnig, im Streit um Danzig einzulenken.
Der polnische Botschafter in Berlin, Lipski, lehnte am 31. August 1939 Vermittlungsversuche des britischen Botschafters Henderson ab.
Lipski erklärte (x041/98): >>... nicht daran interessiert zu sein, mit Deutschland auf dieser Basis zu verhandeln. ...<<
Nach dem deutschen Angriff (die deutschen Angreifer trafen auf eine kampfbereite polnische Armee) verkündete der polnische Staatspräsident Moscicki am 1. September 1939 (x064/136-137): >>Bürger!

Diese Nacht hat unser Erbfeind Angriffshandlungen gegen den polnischen Staat begonnen. Ich stelle das vor Gott und der Geschichte fest.<<
Am 17. September 1939 griff die Sowjetunion in den Krieg gegen Polen ein. Nachdem der deutsch-polnische Krieg fast entschieden war, griffen sowjetische Truppen die ostpolnische Grenze an. Um 6.00 Uhr morgens marschierten 2 sowjetische Heeresgruppen (die Ukrainische und die Weißrussische Front) in Ostpolen ein, während sich die deutschen Truppen vereinbarungsgemäß auf die Narew-Weichsel-San-Linie zurückzogen.
Nach dem deutschen Blitzsieg gegen Polen richtete Hitler am 6. Oktober 1939 Friedensangebote an England und Frankreich (x059/94): >>... Wir verzichten auf alle Gebietsforderungen im Westen, verlangen aber dafür freie Hand im Osten.<<
Am 10. Oktober 1939 wurde Hitlers Friedensangebot vom 6. Oktober 1939 durch Frankreich abgelehnt (x040/16).
Der britische Premierminister Chamberlain lehnte Hitler Friedensangebot am 12. Oktober 1939 ab (x040/16).
Der deutsche Historiker Alfred Schickel (1933-2015) berichtete später in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 10 – 1989 über Hitlers Friedensangebote vom 6. Oktober 1939 (x853/...): >>... **Friedensinitiativen im Herbst 1939**
Erinnerungen an vergessene zeitgeschichtliche Ereignisse
... Da Berlin ausgewiesenermaßen gegenüber England und Frankreich kein Kriegsziel verfolgte, schien einem Friedensschluß zwischen dem Reich und den beiden Westmächten auch kein Hindernis entgegenzustehen.
- Das sah auch Roosevelts "heimlicher Außenminister", Botschafter William C. Bullitt so, wie er in seinem "persönlichen und vertraulichen" Telegramm an den US-Staatschef vom 8. September 1939 bekannte: "Ich erwarte, daß die Deutschen ihre Zerstörung Polens bald abschließen, um dann Frankreich und England den Frieden anzubieten."
Nur redete der Roosevelt-Vertraute - ganz im Sinne seines Chefs - einem helfenden Eingreifen der USA zugunsten der beiden Westmächte entschieden das Wort. Entsprechend telegraphierte er dem Präsidenten: "Natürlich ist es offensichtlich, daß, falls der Neutralitätsbeschluß (des amerikanischen Kongresses) in seiner gegenwärtigen Form bleibt, Frankreich und England rasch besiegt werden."
Statt mit einem von Berlin initiierten Friedensschluß wollten Bullitt und Roosevelt den Krieg mit einem klaren Sieg der Alliierten beenden. Deswegen bauten sie darauf, daß Paris und London die Berliner Friedensvorschläge ablehnen und weiterkämpfen würden, wie es die Kabinette an der Seine und an der Themse dann auch taten. ...
Im Gegensatz zu Chamberlain und Daladier, welche Deutschland immerhin Bedingungen stellten, lehnte Churchill ein Friedensgespräch mit Hitler rundweg ab, obwohl er im gleichen Gespräch mit Botschafter Kennedy die militärische Lage Englands als nicht gerade rosig schilderte und die Schlagkraft der Deutschen unterstrich. Wenn er trotz der schwierigen Kriegslage für eine Fortsetzung des Kampfes gegen Deutschland eintrat, dann ist dies nur vor dem Hintergrund seiner heimlichen Kontakte zu Präsident Roosevelt, der ihm moralische und handfeste Unterstützung zusagte, zu verstehen. ...
Am 24. Dezember 1939 rief schließlich Papst Pius XII. zur Einstellung des Krieges auf, da er "auf moralischem, geistigem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiet besonders böse Folgen des Krieges" sehe. ...
Es mußten sich also die Politiker an der Spree ebenso betroffen und angesprochen fühlen wie die Staatsführungen in London und in Paris. Hätten sie sich darüber hinaus auch zur Tat entschlossen und die päpstlichen Empfehlungen gar zur Richtschnur ihrer Handlungen gemacht, wäre der Menschheit der Zweite Weltkrieg erspart geblieben und hätten über 50 Millionen Menschen ihr Leben nicht verloren.<<

Stalin wurde am 1. Juli 1940 durch den britischen Botschafter Stafford Cripps aufgefordert, gegen die Deutschen in den Krieg einzutreten (x041/105). Stalin lehnte Churchills Forderungen jedoch kommentarlos ab. Für Stalin war die Kriegsteilnahme in jenen Tagen kein Thema, denn Stalin benötigte unbedingt einen deutschen Angriff gegen die Sowjetunion, um die geplante Expansion nach Westeuropa zu begründen und zu verwirklichen. Zu diesem Zeitpunkt war die Rote Armee außerdem noch nicht kriegsbereit.
Am 25. November 1940 scheiterten die deutsch-sowjetischen Verhandlungen über den Dreimächtepakt-Beitritt der UdSSR und die Aufteilung der zukünftigen Weltherrschaft.
Die sowjetische Expansionspolitik in Rumänien und Bulgarien (Beherrschung der Erdölfelder und Zugang zum Mittelmeer) verstärkten anschließend die deutsch-sowjetischen Spannungen. Hitler geriet gegenüber der Sowjetunion allmählich in Zugzwang (x090/283).
Hitler unterzeichnete schließlich am 18. Dezember 1940 die Weisung Nr. 21 "Fall Barbarossa" (x106/79).
Stalin informierte die Armeeführer der Roten Armee Ende Dezember 1940, daß mit einem baldigen Angriff der deutschen Wehrmacht gegen die Sowjetunion zu rechnen sei (x264/28).
Am 29. Dezember 1940 beschloß der US-Kongreß die Unterstützung Großbritanniens, so daß Nordamerika offiziell Kriegsmaterial an die Briten liefern durfte ("Cash and Carry-Klausel").
Am 27. März 1941 wurde in Washington für den Fall einer Kriegsbeteiligung der USA die grundlegende strategische nordamerikanisch-britische Konzeption "Germany first" - danach Japan - festgelegt (x041/109).
Am 22. Juni 1941, um 3.15 Uhr morgens, begann der deutsche Überraschungsangriff gegen den sowjetischen Bündnispartner von 1939 (Napoleon hatte den Rußlandfeldzug im Jahre 1812 ebenfalls "rein zufällig" am 22. Juni eröffnet).
Am 22. Juni 1941 verwirklichte Hitler schließlich skrupellos seine osteuropäischen Expansionspläne, die er in seinem Buch "Mein Kampf" angekündigt hatte. Fast alle deutschen Soldaten glaubten zunächst daran, für eine gerechte und vernünftige Sache zu kämpfen. Die deutsche Wehrmacht erhielt damals offiziell den Befehl, die jahrhundertelange Bedrohung der deutschen Ostgebiete zu beenden und gleichzeitig sollten alle unterdrückten osteuropäischen Völker von der bolschewistischen Gewaltherrschaft befreit werden. Die große Mehrheit der Landser war damals felsenfest davon überzeugt, einen "gerechten Kreuzzug" gegen den Kommunismus zu führen.
Für Stalin war der als Vernichtungs- und Eroberungskrieg konzipierte Krieg gegen das NS-Regime ein hilfreiches Instrument, um von den großen innenpolitischen Schwierigkeiten abzulenken. Stalin wollte der UdSSR außerdem endlich eine angemessene weltpolitische Stellung verschaffen. Nach den menschverachtenden Lehren des Stalinismus "heiligte" der Zweck jedes Mittel. Die Höhe der Opfer spielte keine Rolle. Entscheidend war nur der Erfolg. Stalin war entschlossen, seine "kommunistische Weltrevolution" um jeden Preis in Europa ("Wir werden unsere Pferde am Atlantik tränken!") und in Asien zu verwirklichen.
Der US-Senator und spätere Präsident Harry S. Truman erklärte am 23. Juni 1941 (x172/388-389): >>... Wenn es so aussieht, als würde Deutschland gewinnen, sollten wir Rußland helfen, und wenn Rußland sich als stärker erweist, sollten wir Deutschland helfen. Dann können sie sich nach Herzenslust umbringen. Allerdings möchte ich unter gar keinen Umständen Hitler als Sieger sehen.<<
Nach dem deutschen Überraschungsangriff gegen die UdSSR begrüßte Churchill am 24. Juni 1941 die neuen Verbündeten und versprach großzügige Hilfslieferungen. Aufgrund des Leih- und Pachtgesetzes vom 11. März 1941 unterstützte Nordamerika auch die Sowjetunion. Schon 2 Tage nach dem deutschen Angriff gegen die UdSSR kündigte US-Präsident Roosevelt den Sowjets Hilfslieferungen an und vergab große Staatsaufträge an die nordamerikanische Rüstungsindustrie.

In Moskau verhandelte Stalin am 30. Juli 1941 mit dem US-Sonderbeauftragten Hopkins über Kriegsmateriallieferungen für die Sowjetunion. 7 Tage später trafen schon die ersten US-Panzer, Geschütze und anderes Kriegsmaterial in der UdSSR ein. Im Juli 1941 erhielt die UdSSR bereits Hilfsgüter im Wert von 6,5 Millionen US-Dollar (x106/113).
Am 7. Dezember 1941 flog die japanische Luftwaffe zwei Überraschungsangriffe gegen den US-Pazifik-Flottenstützpunkt Pearl Harbor. Mit diesem überraschenden Angriff eröffnete Japan den Krieg gegen die Vereinigten Staaten von Nordamerika.
Hitler, der sich trotz der nordamerikanischen Neutralitätsverletzungen lange bemühte, den Nordamerikanern keinen Kriegsvorwand zu geben, eröffnete am 11. Dezember 1941 mit seiner Kriegserklärung an die USA völlig überraschend den Zweiten Weltkrieg, um Japan für den deutsch-sowjetischen Ostkrieg zu gewinnen.
Das Deutsche Reich mußte danach, wie im Ersten Weltkrieg, den gefürchteten Zweifrontenkrieg führen. Während es den westlichen Alliierten und der UdSSR gelang, die militärischen Operationen und strategischen Ziele abzustimmen, operierten das Deutsche Reich, Italien und Japan grundsätzlich weiterhin bis zum bitteren Ende auf eigene Faust.
Die Nordamerikaner und Briten transportierten bis zum Kriegsende 17,5 Millionen Tonnen Kriegsmaterial in die Sowjetunion (1941 = 0,4 Millionen t, 1942 = 2,4 Millionen t, 1943 = 4,8 Millionen t, 1944 = 6,2 Millionen t, 1945 = 3,7 Millionen t). Diese Hilfslieferungen glichen die gewaltigen Materialverluste der Sowjets z.T. vollständig aus und wurden erst mehrere Monate nach dem Kriegsende eingestellt.
Obwohl die UdSSR jahrelang enorme Kriegsmateriallieferungen erhielt, erkannte der sowjetische Diktator diese kriegsentscheidende Hilfe Nordamerikas niemals angemessen an, sondern Stalin forderte weiterhin unaufhörlich die "2. Front" im Westen. Erst nach der Invasion der Westalliierten entspannte sich das Verhältnis zwischen den ungleichen Verbündeten. Für die gewaltigen US-Hilfslieferungen leisteten die Sowjets später keine nennenswerten Rückzahlungen.
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über die Erfolge der US-Wirtschaft während des Zweiten Weltkrieges (x068/264-265): >>...
Während die europäischen Völker bluteten und Millionen und Abermillionen ihrer Menschen verbluteten, sanierten sich die Vereinigten Staaten von Amerika und mauserten sich zur Weltmacht und schließlich zur führenden Weltmacht. Während die europäischen Länder viele Außenmärkte infolge des Krieges nicht mehr beliefern konnten, übernahmen diese wieder die USA, stellten sie auch Staaten, die sich mit Deutschland, Italien, Japan im Krieg befanden, Versorgungsgüter zur Verfügung, weiteten sie ihre Absatzmärkte, ihre Rohstoffquellen bis in den letzten Winkel der Welt aus, griffen sie für ihre Kriegsmobilisierung auf Ressourcen in Lateinamerika, Afrika, Indien zurück, das überdies eine große Armee gegen die Japaner in Burma aufstellte.
Die US-Rüstungsindustrie aber erfährt während des Zweiten Weltkrieges einen geradezu alptraumhaften Auftrieb. ...<<
Die Wehrmachtstruppen waren im Dezember 1941 mit ihrer Kraft fast am Ende. Nach dem Scheitern des Blitzkriegskonzeptes war der Feldzug gegen die UdSSR bereits im Winter 1941/42 verloren.
Spätestens nach dem Scheitern des Rußlandfeldzuges im Dezember 1941 beschloß Hitler vermutlich die endgültige Vernichtung aller europäischen Juden.
Im Verlauf der "Wannsee-Konferenz", die am 20. Januar 1942 in einem Gebäude der Kripo am Großen Wannsee in Berlin stattfand, kündigte Heydrich den Leitern der wichtigsten NS-Behörden die Endlösung der Judenfrage an.
Damals nutzten die NS-Behörden für die Durchführung der "Endlösung" grundsätzlich nur Tarnbezeichnungen. In den sichergestellten NS-Schriftstücken wurde jedenfalls später kein

Hitler-Befehl gefunden, der eindeutig die Ausrottung der Juden anordnete. Die Deportationen tarnte und verharmloste man meistens als "Umsiedlungen" oder "Arbeitseinsatz im Osten". Die Sicherheitspolizei-, SS- und SD-Dienststellen führten später die Tarnbezeichnung "Sonderbehandlung" ein. Himmler untersagte zwar ab 1943 diesen Begriff und ließ andere Bezeichnungen ("Aussiedlung" usw.) verwenden, aber die Tarnbezeichnung "Sonderbehandlung" blieb weiterhin ein "fester Begriff" für die physische Vernichtung des europäischen Judentums.
Um die Ermordung der Juden vor der deutschen Bevölkerung zu verheimlichen, wurden alle Vernichtungslager (Auschwitz, Belzec, Kulmhof, Maidanek, Sobibór und Treblinka) in Polen errichtet und von speziell ausgewählten SS-Einheiten geleitet. Die "Endlösung" unterlag außerdem der höchsten Geheimhaltungsstufe des NS-Regimes ("Geheime Reichssache"), so daß man es fast bis zum Kriegsende schaffte, die Ausrottung des Judentums perfekt zu tarnen und zu verheimlichen.
Mit Hilfe der beinahe undurchdringlichen NS-Sicherheitssysteme gelang es jahrelang, die deutsche Zivilbevölkerung zu täuschen, aber die Weitergabe von ausländischen Informationen und Nachrichten (Berichte von polnischen Widerstandsgruppen und ausländischen Geheimdiensten: Fotos von Vernichtungslagern, Zeugenaussagen und sonstige Meldungen) konnten nicht verhindert werden.
Die ausländische Öffentlichkeit (vor allem in Nordamerika und Großbritannien) wurde nachweislich frühzeitig über die Vernichtungslager in Polen bzw. den systematischen Völkermord an den Juden informiert. Im Deutschen Reich kursierten während des Zweiten Weltkrieges zwar viele Gerüchte über das Schicksal der verschleppten Juden, aber Genaueres wußten nur direkte Beteiligte der "Endlösung".
Die "bürokratische, industrialisierte" NS-Tötungsmaschinerie arbeitete während des Zweiten Weltkrieges unter strengster Geheimhaltung und vernichtete kaltblütig und "rationell" Millionen von wehrlosen Menschen. Wie viele Juden durch die SS-Organisationen ermordet wurden, konnte man nie genau ermitteln.
Der französische Historiker Stéphane Courtois berichtete im Jahre 1997 über die historische Ermittlung von Opferzahlen (x087/236-237): >>... Selbst wenn es sich nur um annähernde Zahlen handelt, der Rückgriff auf Opferzahlen ist sehr wohl legitim, ja sogar unverzichtbar. Ferner möchte ich daran erinnern, daß auch bei den historischen Studien zur Shoa das Zählen der Opfer lange Zeit eines der Hauptanliegen der Historiker war. Erst seitdem sich die Spezialisten auf eine Richtzahl von ungefähr 5,1 Millionen Toten geeinigt haben, steht die Frage nach den Opferzahlen in der Shoa-Forschung nicht mehr im Vordergrund.<<
Die jüdischen Historiker der Forschungs- und Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem gehen von 6,0 Millionen jüdischen Mordopfern aus. Diese Zahl wird auch regelmäßig von israelischen Regierungsvertretern zitiert (x025/246).
"DER BROCKHAUS" berichtete im Jahre 2006 von etwa 6 Millionen jüdischen Opfern (x251/149).
Angesichts der unfaßbaren Menschenverluste und äußerst grausamen Durchführung zählt die Ermordung der europäischen Juden zweifelsohne zu den dunkelsten Kapiteln der bisherigen Menschheitsgeschichte. Ungeachtet der historischen Mitverantwortung darf man jedoch nicht vergessen, daß die große Mehrheit des deutschen Volkes (im Gegensatz zu manchen osteuropäischen Nachbarn) in der jahrhundertealten deutsch-jüdischen Geschichte kein Feind des jüdischen Volkes war, sondern daß ausschließlich Mitglieder der verbrecherischen NS-Organisationen die Judenvernichtung durchführten.
Hitlers "Endlösung" wäre in einem deutschen Rechtsstaat, mit demokratischer Machtkontrolle, Opposition und freier Presse, sicherlich niemals geschehen. Die planmäßige, systematische Massenvernichtung der europäischen Juden konnte nur umgesetzt werden, weil die brutale

NS-Diktatur damals jeglichen Widerstand gewaltsam erstickte. Im NS-Verbrecherstaat endete jeder aktive Widerstand sofort im Konzentrationslager. Dieser Völkermord an den europäischen Juden, der bewußt während der dramatischen Wirren des Zweiten Weltkrieges durchgeführt wurde, hätte in jener Zeit wahrscheinlich in jedem anderen diktatorisch regierten Land durchgeführt werden können.

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtete später über das vermeintliche "Tätervolk der Deutschen" (x268/85): >>... Der amerikanische Psychiater Gustave M. Gilbert, der für die Angeklagten von Nürnberg verantwortlich war, hat gesagt: "Nach unseren Erkenntnissen müssen wir annehmen, daß solche Persönlichkeiten nicht nur nicht einzigartig oder wahnsinnig sind, sondern daß sie sich auch in jedem anderen Land der Welt von heute wiederfinden könnten. Wir müssen auch einsehen, daß es solche Persönlichkeiten in diesem Land gibt und daß zweifellos bestimmte Individuen bereit wären, über die Leichen der halben Bevölkerung der Vereinigten Staaten zu steigen, wenn sie damit die Kontrolle über die andere Hälfte in die Hand bekämen."

Ähnlich Hannah Arendt in ihrer Studie "Eichmann in Jerusalem": "Das Beunruhigende an der Person Eichmann war doch gerade, daß er war wie viele und daß diese vielen weder pervers noch sadistisch, sondern schrecklich und erschreckend normal waren und sind."

Auch Simon Wiesenthal, Leiter des jüdischen Dokumentationszentrums in Wien, glaubt, daß ein Holocaust auch in den USA möglich sei. Es handelt sich um kein spezifisch deutsches, sondern um ein menschliches Versagen. ...<<

Als Hitler im Jahre 1940 die "Zwangsgettoisierung" aller westpolnischen Juden anordnete, veröffentlichten die anglo-nordamerikanischen Massenmedien regelmäßig antideutsche Meldungen. Alle Deutschen wurden allmählich mit dem verbrecherischen NS-Regime gleichgesetzt ("Sippenhaftung bzw. Kollektivschuld").

Der deutsche Historiker Alexander Demandt schrieb später über die antideutsche Haltung der westlichen Alliierten (x283/232-233): >>Schon seit den ersten Kriegsjahren ventilierten die Alliierten unterschiedliche Nachkriegspläne bezüglich der näheren und ferneren Zukunft Deutschlands. Ein breites Spektrum an Möglichkeiten tat sich auf. Die leitende Absicht war, Deutschland als Militärmacht und Gefahr für seine Nachbarn endgültig auszuschalten.

Gegen Kriegsende wurden drastische Maßnahmen erwogen, Churchill und Eisenhower waren für kurzen Prozeß. Sie wollten jeden Nazi ab Majorrang erschießen lassen, viele Tausende von wirklichen oder angeblichen Kriegsverbrechern sollten sterben. Roosevelt plädierte mehrmals für eine Massenkastration der Deutschen. Das Nürnberger Tribunal war nicht von Anfang an vorgesehen, doch hatten die Vertreter der neuen Exilregierungen in London schon 1943 ein Gerichtsverfahren gegen die "War Crimes" verlangt.<<

Am 2. September 1944 veröffentlichte die nordamerikanische "Dreierkommission" (Außenminister Hull, Kriegsminister Stimson und Finanzminister Morgenthau) den sog. "Morgenthau-Plan".

Nach dem sog. "Morgenthau-Plan" sollte das "Problem Deutschland" endgültig und radikal erledigt werden. Die nordamerikanische "Dreierkommission" forderte, sämtliche Industrieanlagen des Deutschen Reiches vollständig zu demontieren bzw. zu zerstören, um das "Nazireich" auf die Stufe eines Agrarlandes zurückzuführen.

General Eisenhower (Oberbefehlshaber der US-Besatzungstruppen) erhielt am 26. April 1945 die "Weisung JCS 1067", die am 14.05.1945 fast unverändert von US-Präsident Truman genehmigt wurde.

US-General Lucius D. Clay schrieb später über die berüchtigte Geheimdirektive JCS 1067, die bis zum 15.07.1947 in Kraft blieb (x114/2.103): >>JCS 1067 ließ der Militärregierung nur begrenze Vollmachten. Es untersagte uns ausdrücklich, Schritte zu unternehmen, die deutsche Wirtschaft irgendwie wieder herzustellen oder auf ihrem Stand zu erhalten: erlaubt war nur

die höchtsmögliche Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung; eine Bodenreform war vorgesehen. ...
Die Fertigung der Kriegsbetriebe sollte gestoppt, die dafür ausgerüsteten Fabriken mußten entfernt werden, ohne erst Kontrollratsbeschlüsse abzuwarten. Bis zu einer Übereinkunft im Rat sollte nichts an Eisen, Stahl, Chemikalien, Werkzeugmaschinen, Radios, elektrischem Gerät, Autos und schwere Maschinen hergestellt werden. ...
(Es) stand außer Zweifel, daß JCS 1067 einen "Karthago-Frieden" zum Ziel hatte, der unser Handeln in den ersten Besatzungsmonaten bestimmte.<<
Genau 3 Jahre nach dem deutschen Angriff gegen die UdSSR begann am 22. Juni 1944 in Weißrußland, im Mittelabschnitt der Ostfront, die große sowjetische Sommeroffensive. Vom 22. Juni bis zum 8. Juli 1944 wurden in Weißrußland 28 Divisionen der deutschen "Heeresgruppe Mitte" (Generalfeldmarschall Busch) fast vollständig zertrümmert. Rd. 350.000 deutsche Soldaten fielen oder galten danach als vermißt (x040/221). Nach der vernichtenden Niederlage in Weißrußland war die militärische Lage des deutschen Ostheeres vollkommen hoffnungslos. Eine reale Chance, die Rote Armee vor den deutschen Reichsgrenzen aufzuhalten, bestand nicht mehr.
Anstatt die Ostfront mit allen Mitteln zu unterstützen und die ostdeutsche Zivilbevölkerung zu evakuieren, ließ Hitler damals sogar noch mehrere kampfstarke Wehrmachtsverbände an die Westfront verlegen, um die Atlantikinvasion der Westalliierten abzuwehren. Für Hitler war der längst verlorene "Ostkrieg" nur noch ein lästiger "Nebenkrieg". Der völlige Zusammenbruch der Wehrmacht und die bedingungslose militärische Kapitulation, die bisher noch kein deutscher Staat hinnehmen mußte, war Ende 1944 nur noch eine Frage der Zeit.
Angesichts der hoffnungslosen militärischen Lage mußte jedem Informierten klar sein, daß der Zusammenbruch der deutschen Ostfront katastrophale Folgen für die wehrlose ostdeutsche Zivilbevölkerung bringen würde. Anstatt alles zu tun, um das Leben und die Gesundheit der wehrlosen Zivilbevölkerung zu bewahren, unternahmen die maßgeblichen NS-Führer schlechthin nichts für die Rettung der ihnen anvertrauten Menschen. Niemand bemühte sich wirklich tatkräftig, die schutzlose Bevölkerung rechtzeitig in Sicherheit zu bringen.
Hitler verkündete bereits am 20. November 1943 in Breslau vor 20.000 Offiziersanwärtern (x033/427-428): >>... Wenn Deutschland diesen Kampf für sich selbst und für Europa nicht gewänne, käme die Barbarei der Steppe über unseren Kontinent. ...
(Bei diesem Krieg handele es sich um) ein gigantisches Ringen zwischen Völkern und Rassen, in dem die eine Weltanschauung siegt und die andere unbarmherzig vernichtet wird. Das heißt:
Das Volk, das verliert, beendet sein Dasein!<<
Hitler hoffte wahrscheinlich bis zum Schluß, Stalins Gewaltherrschaft vor der Weltöffentlichkeit zu enttarnen, um die Alliierten doch noch vorzeitig zu trennen. Die NS-Gauleiter sollten deshalb die Flucht der deutschen Bevölkerung verhindern oder verzögern, um sie an die aufgeputschten, zügellosen Rotarmisten auszuliefern. Hitlers "genialer Schachzug" blieb jedoch völlig wirkungslos, denn die westlichen Alliierten hielten alle deutschen Pressemeldungen (z.B. über die sowjetischen Massaker in Nemmersdorf/Ostpreußen im Oktober 1944) für übertriebene Lügen- und Greuelgeschichten der NS-Propaganda.
Hitler beabsichtigte, sein eigenes Leben so teuer wie möglich zu verkaufen. Die Tatsache, daß der Preis zwangsläufig das Leben, die Gesundheit und die Ehre sowie das Vermögen des deutschen Volkes war, entsprach Hitlers Vernichtungsplänen (x054/230).
In der deutschen Geschichte gab es noch nie eine Epoche (einschließlich der verheerenden Katastrophen, die sich im Verlauf der Völkerwanderungen und des 30jährigen Krieges ereigneten), die Frauen, Kindern und alten Menschen vergleichbare Belastungen und unmenschliche Qualen auferlegte. Millionen von Deutschen, die größtenteils keine NS-Verbrechen verübt

hatten, wurden 1944/45 dem sicheren Verderben preisgegeben. Die naiven Volksgenossen merkten erst nach dem Zusammenbruch des "1.000jährigen Reiches", daß man sie nur unentwegt belogen und betrogen hatte.
Während sich die verantwortlichen NS-Funktionäre rechtzeitig in Sicherheit brachten, erlebte die zurückgebliebene Bevölkerung vielerorts die Hölle auf Erden. Hunderttausende von schutzlosen reichs- und volksdeutschen Zivilisten kamen im Verlauf der Flucht und "Befreiung" sowie bei der späteren Vertreibung um.
Der schändliche Verrat und die heimtückische Auslieferung der Reichs- und Volksdeutschen, die bis zum bitteren Ende treu und brav ihre Pflichten erfüllten, wurde bisher nie angemessen aufgearbeitet. Hitlers Plan, Stalin vor der Weltöffentlichkeit zu entlarven, um die Alliierten zu trennen, mußte zwangsläufig scheitern, denn nach den zahllosen NS-Verbrechen und der systematischen Massenvernichtung des europäischen Judentums dachten die Angelsachsen nachweislich nie an Sonderverhandlungen.
Die "Rote Armee" griff am 12. Januar 1945 mit 4 Armeen (etwa 4.400.000 Soldaten, nur Kampftruppen) die deutsche Ostfront an (x047/277, x040/259). Die sowjetischen Armeeführer waren: General Tschernjachowski (3. Weißrussische Front), Marschall Rokossowski (2. Weißrussische Front), Marschall Shukow (1. Weißrussische Front) und Marschall Konjew (1. Ukrainische Front).
Obgleich die Rote Armee teilweise große Verluste hinnehmen mußte, stürmten die Panzer- und Infanterietruppen täglich 20-30 km nach Westen. In jeder Ortschaft östlich der Oder-Neiße-Linie hörte man irgendwann den Schreckensruf: **"DIE RUSSEN KOMMEN! DIE RUSSEN KOMMEN!"**
Am 23. Januar 1945 erreichten sowjetische Truppen schon die Ostsee und schnitten Ostpreußen vom Deutschen Reich ab. Andere Truppen der Roten Armee legten in 18 Tagen über 400 km zurück (vom Weichselbogen bis zur mittleren Oder) und besetzten innerhalb von 14 Tagen die Provinz Ostpommern. Im März/April 1945 ließ Hitler die letzten halbwegs kampffähigen Panzer- und Infanterietruppen zur Verteidigung der Reichshauptstadt Berlin und des Sudetenlandes abziehen und beschleunigte den Zusammenbruch der Ostfront in Danzig und Ostpommern. In Schlesien blieb die Frontlage relativ stabil, da den Sowjets im Gebirge kein entscheidender Durchbruch gelang.
Vor und während der sowjetischen Winteroffensive im Januar 1945 forderten Stalins Propagandaexperten in Soldatenzeitungen, Rundfunksendungen und militärischen Flugblättern öffentlich zu Rache- und Vergeltungsmaßnahmen auf. An der Kampffront informierten Politkommissare und Agitatoren regelmäßig über angebliche Massaker der Wehrmacht, obwohl die sowjetische Führung wußte, daß diese Verbrechen (Massenerschießungen von jüdischen Zivilisten und sowjetischen Partisanen) von den berüchtigten SD- und SS-Einsatzgruppen verübt wurden.
Zahlreiche sowjetische Journalisten und Schriftsteller beteiligten sich an dem systematischen "Rachefeldzug" gegen die Deutschen. Ilja Ehrenburg war ein besonders fanatischer Deutschenhasser. Er schrieb ab 1941 Racheaufrufe für die sowjetische Armeezeitung "Roter Stern" und veröffentlichte regelmäßig Hetzartikel in der Moskauer Tageszeitung "Prawda" ("Wahrheit") und in Frontzeitungen. Weitere sowjetische "Journalisten", die sich ebenfalls als Hetzer "bewährten", waren z.B. Scholochow, Simonow, Surkow und A. Tolstoj.
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) schrieb später über die sowjetische Völkerhaßkampagne gegen die Deutschen (x026/33): >>... Es kann ... nicht die Rede davon sein, daß es sich bei den Getöteten um Opfer einer zwar summarischen, letztlich aber verdienten Schnelljustiz gehandelt habe. Gerade am Beispiel der Roten Armee - aber nicht nur da - läßt sich unschwer dartun, daß jedenfalls die Mehrzahl der Morde weniger einem persönlichen Rachebedürfnis, als vielmehr einer systematischen Völkerhaßkampagne in Verbindung

mit Straffreiheit sowie sexuellen und materiellen Anreizen (Plünderung, Vergewaltigung) entsprang. ...
Gelegentlich wird bei den Vertreibungsverlusten zwischen Todesfällen als unmittelbare Folge von Verbrechen einerseits und als Folge von Hunger, Erschöpfung, Selbstmord usw. andererseits differenziert, wobei sich naturgemäß bei der ersteren Gruppe eine niedrigere Zahl als bei der letzteren - Relation etwa 1:2 - ergibt.
So berechtigt das wissenschaftliche Interesse an solchen Unterscheidungen auch sein mag, an der politisch-moralischen Gesamtbewertung wollen und können sie nichts ändern, dienten doch 1944/45 gerade die Haßpropaganda und die Straffreiheit von Verbrechen der beschleunigten Entvölkerung der Vertreibungsgebiete; die durch Greueltaten ausgelöste Fluchtwelle war ein wichtiges Argument Stalins bei den Grenzdebatten in Jalta und Potsdam.<<
Es war eine beschämende Tatsache, daß Stalins Armeeführer das Millionenheer der Roten Armee nicht angemessen überwachten, sondern die aufgehetzten Soldaten völlig straffrei gewähren ließen. Der weitverbreitete Alkoholismus und die absolute Straffreiheit verursachten vielerorts verheerende Befreiungskatastrophen.
Während des Zweiten Weltkrieges setzte man erstmalig in der Geschichte der Neuzeit eine reguläre Armee vorsätzlich gegen schutzlose Angehörige (Frauen, Kinder und alte Menschen) des Gegners ein. Nach Stalins Anordnungen hatte jedes weibliche deutsche Wesen den Soldaten der Roten Armee "zur Verfügung" zu stehen. Dieser Stalinbefehl wurde von gefangenen sowjetischen Soldaten und Offizieren ausdrücklich bestätigt (x010/33). Diese neuartige "Kampftaktik" war unfehlbar, denn für einen derartigen "schmutzigen Krieg" gegen Zivilisten benötigte man weder zusätzliche Munition noch Treibstoff.
Vor allem die sowjetischen Nachschubeinheiten, in denen man überwiegend politische Kaderabteilungen und fanatische Kommunisten (sog. "Stalin-Schüler") einsetzte, führten Stalins Liquidationspolitik befehlsgemäß aus. Obgleich im Verlauf des deutsch-sowjetischen Ostkrieges nie Gebiete östlich des Urals besetzt wurden, waren es vielfach asiatische Rotarmisten, die mit unfaßbarer Brutalität über die deutsche Zivilbevölkerung herfielen (x025/114).
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1954 über die systematische Vorgehensweise während der sowjetischen "Befreiungsmission" (x001/138E-139E): >>Der Umstand, daß die Abtretung beträchtlicher Teile Ostdeutschlands an Polen und die Ausweisung der in diesen Gebieten lebenden Deutschen spätestens seit Anfang 1944 von den Alliierten geplant und über diese Vorhaben bereits Monate vor Kriegsende zwischen den Großen Drei grundsätzliche Einigkeit erzielt worden war, hat die seit Anfang Januar 1945 nach Ostdeutschland eindringende Rote Armee und die nachfolgenden polnischen Behörden von vornherein dazu bestimmt, der Ausweisung möglichst gründlich vorzuarbeiten, ehe diese selbst vollzogen werden konnte.
Hatte doch Marschall Stalin schon in Jalta zur Beschwichtigung Churchills erklärt, daß nur wenige Deutsche zurückbleiben würden, wenn sowjetische Truppen nach Ostdeutschland vordrängen. Daran wird deutlich, daß die Flucht der ostdeutschen Bevölkerung, ja möglicherweise ihre Forcierung durch entsprechend radikales Vorgehen der russischen Truppen bereits ganz bewußt in Hinsicht auf die spätere Ausweisung als eine begrüßenswerte Vorarbeit angesehen wurde, und es ist sehr wahrscheinlich, daß auch bei späteren sowjetischen Maßnahmen, wie der Deportation von Hunderttausenden ostdeutscher Zivilpersonen nach der Sowjetunion, der Gesichtspunkt eine Rolle spielte, durch eine Verringerung der Anzahl der noch östlich der Oder und Neiße lebenden Deutschen die künftige Ausweisung zu erleichtern. ...
... Fest steht in jedem Falle, daß schon das Vorgehen der Roten Armee, das die panische Massenflucht der deutschen Ostbevölkerung bewirkte, eine Austreibung mit anderen Mitteln war und daß erst recht die zahllosen Übergriffe, Erniedrigungen und Gewalttaten, die die ostdeut-

sche Bevölkerung unter der Herrschaft von Russen und Polen über sich ergehen lassen mußte, der schließlichen Austreibung in jeder Weise vorgearbeitet haben.
Dies gilt insofern, als während dieser Zeit zahllose Deutsche zugrunde gingen, als die Mehrzahl der Überlebenden auf eine Stufe bloßen Vegetierens herabgedrückt wurde, als die innere Entfremdung von der Heimat durch Verlust des Eigentums, Entzug des Rechtsschutzes und der Existenzmöglichkeiten bei der großen Mehrheit der ostdeutschen Bevölkerung schon erreicht war, ehe mit der Ausweisung der letzte Schritt getan wurde. ...<<
Während die Siegermächte nach dem Kriegsende viele deutsche Wehrmachtsoffiziere wegen angeblicher Kriegsverbrechen zu langen Haftstrafen oder zum Tod verurteilten, blieben sämtliche verantwortlichen Armeeführer der sowjetischen "Befreiungstruppen" unbehelligt. Die sowjetischen Massenverbrechen wurden von allen Regierungen der Sowjetunion hartnäckig geleugnet und energisch abgestritten. Gemäß sowjetischer Geschichtsschreibung verübten die Soldaten der Roten Armee nirgends Massenverbrechen.
Das unvorstellbare Ausmaß und die gesellschaftspolitischen Folgen der unfaßbaren Gewalttaten, die sich während der angeblichen "sowjetischen Befreiungsmission" ereigneten, wurden nach dem Krieg zum brisanten Tabuthema erklärt. Auch die unfaßbaren Notzuchtverbrechen der osteuropäischen "Befreier" blieben ungesühnt, weil ungezählte Opfer schwiegen und die deutschen Bundesregierungen nicht den erforderlichen Mut besaßen, die an den Ost-, Mittel- und Volksdeutschen verübten Massenverbrechen juristisch zu verfolgen. In der späteren DDR durften die Befreier selbstverständlich keine Vergewaltiger sein, denn es paßte natürlich nicht zur kommunistischen Ideologie.
Die sog. Befreiungs- und Nachkriegskatastrophen der Deutschen wurden bis zum heutigen Tag von allen deutschen Bundesregierungen tabuisiert und feige verdrängt, um die vermeintlich guten diplomatischen Beziehungen mit den osteuropäischen Staaten nicht zu stören oder zu gefährden.
Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtete später über die "Ausblendung" der sowjetischen Verbrechen (x046/20): >>In der Sowjetunion sind auch von deutscher Seite Verbrechen begangen worden, für die vor allem die zuständigen Organe des Reichsführers SS Himmler die Verantwortung tragen. Doch alle diese Untaten sind immer wieder Gegenstand eingehender Schilderungen; sie sind heute fast bis ins Detail bekannt.
Die von den Sowjets begangenen Verbrechen dagegen werden bewußt und methodisch der Vergessenheit anheimgegeben, denn um keinen Preis darf ja so etwas wie eine "Aufrechnung" stattfinden. Und dabei gehört der historische Vergleich, das Aufzeigen von Zusammenhängen und Parallelitäten doch zu den unveräußerlichen Pflichten einer wahrheitsgetreuen Geschichtsschreibung, soll anders nicht bewußt einem einseitigen Bild der Geschehnisse Vorschub geleistet werden. ...<<
Der US-Politikwissenschaftler Zbigniew Brzezinski (von 1966-1968 und 1977-1981 Sicherheitsberater der US-Präsidenten Johnson und Carter) berichtete später über die sowjetischen Massenverbrechen (x046/191): >>Hitlers Verbrechen werden immer noch gerecht bestraft. Aber in der Sowjetunion gibt es buchstäblich Tausende von ehemaligen Killern und ehemaligen Folterern, die von offiziellen Pensionen leben und den verschiedenen revolutionären Festlichkeiten, geschmückt mit ihren Medaillen, beiwohnen. ...<<
In der Nachkriegszeit wagte es niemand in DDR oder in der BRD, die alliierten Siegermächte öffentlich zu kritisieren oder wegen der zahllosen Kriegs- und Nachkriegsverbrechen anzuklagen. Es wird allmählich Zeit, sich zum Selbstbestimmungsrecht für alle Deutschen zu bekennen. Die an Deutschen verübten völkerrechtswidrigen Kriegs- und Nachkriegsverbrechen dürfen nicht wie bisher stillschweigend übergangen oder in das Gegenteil umwandelt werden. Ein gutes nachbarliches Verhältnis, gegenseitiges Verzeihen und glaubwürdige Verständigung können nicht durch zum Teil erpreßte Wiedergutmachungszahlungen und feige Selbstver-

leugnung erworben werden.
Damit die geschändeten oder ermordeten Opfer endlich ihren Frieden finden können, ist es unsere christliche Pflicht, diese ungesühnten Verbrechen an der deutschen Zivilbevölkerung letzten Endes ungeachtet aller internationalen Probleme angemessen aufzuklären, die Schuldigen zu ermitteln und die unfaßbaren Geschehnisse zu ächten.
Am 7. Mai 1945, um 2.41 Uhr, unterzeichneten Generaloberst Alfred Jodl (Chef des OKW), Generaladmiral Hans-Georg von Friedeburg (Oberbefehlshaber der Kriegsmarine) und General Wilhelm Oxenius (Luftwaffe) die "bedingungslose" deutsche Gesamtkapitulation (in Kraft ab 9.05.1945, 0.01 Uhr).
Nach der Kapitulationsanerkennung erklärte Generaloberst Alfred Jodl im nordamerikanischen Hauptquartier (x027/425): >>Herr General, mit dieser Unterzeichnung sind das deutsche Volk und die deutsche Wehrmacht auf Gedeih und Verderb dem Sieger ausgeliefert. ... In dieser Stunde bleibt mir nichts, als auf die Großmut des Siegers zu hoffen.<<
Angesichts der feindseligen Haltung der Sieger, die verächtlich schwiegen, salutierte die deutsche Delegation und kehrte sofort nach Flensburg zurück.
Im Artikel 1 der Kapitulationsurkunde hieß es (x063/602): >>... (daß die) hier Unterzeichneten ... im Auftrag des Oberkommandos der Deutschen Wehrmacht handeln.<<
Die Gesamtkapitulation war demnach rein militärischer Natur und keine politische Übergabe des gesamten deutschen Staatswesens, denn nicht die politischen Machthaber des Deutschen Reiches, sondern die Oberbefehlshaber der deutschen Wehrmacht unterzeichneten die Kapitulationsurkunde.
Mit dieser Kapitulation verhinderte die deutsche Wehrmacht wahrscheinlich unwissentlich den Abwurf der ersten Atombombe auf ein Ziel in Deutschland (x090/296).
Die britische Nachrichtenagentur "REUTERS" meldete am 8. Mai 1945 die bedingungslose Kapitulation der deutschen Wehrmacht (x111/12): >>Deutschland ist ein unterworfenes, erobertes und besetztes Land, das keine unabhängige Existenz hat. ...<<
Charles de Gaulle erklärte am 8. Mai 1945 während eines Dankgottesdienstes in der Kathedrale von Notre-Dame in Paris (x111/12): >>... Als Staat, als Macht und als Doktrin ist das Deutsche Reich völlig zerstört.<<
Da Stalin ausdrücklich die Wiederholung der deutschen Kapitulationserklärung verlangte, unterzeichneten Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel (Chef des OKW), Generaladmiral von Friedeburg (Oberbefehlshaber der Kriegsmarine) und Generaloberst Hans-Jürgen Stumpff (stellvertretender Oberbefehlshaber der Luftwaffe) am 9. Mai 1945, um 0.16 Uhr, die militärische Kapitulationsurkunde im sowjetischen Hauptquartier in Berlin-Karlshorst
Die deutsche Gesamtkapitulation trat unverändert am 9. Mai 1945 um 0.01 Uhr in Kraft.
Mit der "Berliner Deklaration" vom 5. Juni 1945 wurde die deutsche Regierungsgewalt offiziell beendet und an die 4 Militärgouverneure der alliierten Siegermächte (Eisenhower, Montgomery, Shukow und de Lattre de Tassigny) übertragen.
Die Aufteilung in 4 Besatzungszonen erfolgte nach den Grenzen des Deutschen Reiches von 1937. Berlin wurde in 4 Sektoren eingeteilt. Die oberste Regierungsgewalt übte ein Kontrollrat der 4 alliierten Oberbefehlshaber (Sitz in Berlin) aus, der damit die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Ordnung und für die Verwaltung des Landes übernahm (Übernahme der "absoluten Autorität").
Die siegreichen Mächte waren aufgrund dieser Deklaration für sämtliche Geschehnisse in ihrer Zone verantwortlich. Fragen, die das gesamte Deutsche Reich betrafen, sollten gemeinsam und einstimmig durch die Mitglieder des alliierten Kontrollrats entschieden werden.
Die Berliner Erklärung vom 5. Juni 1945 stellte damals eindeutig fest, daß das Deutsche Reich als Völkerrechtssubjekt nicht untergehen sollte und nicht annektiert, sondern nur besetzt wurde (x151/67).

Im Verlauf der Potsdamer Konferenz, die vom 17. Juli bis zum 2. August 1945 im Schloß Cäcilienhof bei Potsdam stattfand, verhandelte Stalin, Truman, Churchill (bis zur Wahlniederlage im Juli 1945) und Attlee (ab 28.07.1945) über gemeinsame Maßnahmen zur Behandlung des Deutschen Reiches und die Schaffung einer neuen Friedensordnung.
Den beteiligten Konferenzteilnehmern ging es in erster Linie um Reparationsregelungen, so daß sich die Potsdamer Verhandlungen schnell zu einem verbissenen Kampf um die Kriegsbeute entwickelten. Ferner wollte man den NS-Staat vollständig vernichten und die ehemalige deutsche Industrie- und Wirtschaftsmacht langfristig ausschalten.
Die Vertreibung der Reichs- und Volksdeutschen aus Ostdeutschland, Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn wurde trotz der langen Verhandlungsdauer nicht mehr ernsthaft diskutiert, sondern die sog. "Umsiedlung" der Deutschen wurde lediglich noch zur Kenntnis genommen.
Die Potsdamer Konferenz war keine Friedenskonferenz. Im Verlauf der internationalen Konferenz von Potsdam, die am 2. August 1945 beendet wurde, schlossen die Alliierten keinen völkerrechtlich bindenden Vertrag, denn die Potsdamer Beschlüsse entsprachen nicht den damaligen Kriterien eines internationalen Vertrages. Es handelte sich lediglich um Absprachen bzw. Vereinbarungen zwischen den Siegermächten und den Vertreiberstaaten (x150/18). Die betroffenen Deutschen waren damals in keiner Weise beteiligt.
Im Potsdamer Abkommen betonten die Siegermächte zwar ausdrücklich, daß man nicht beabsichtigen würde, das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven, aber die hilflosen Ost- und Volksdeutschen hatten schon längst die brutale Wirklichkeit erlebt bzw. nicht überlebt. Die Artikel VI über Königsberg und Ostpreußen, Artikel IX über die provisorische Westgrenze Polens und Artikel XIII über die "ordnungsgemäße Überführung" der im Osten verbliebenen Deutschen lösten letzten Endes die größte Vertreibung der Geschichte aus.
Aufgrund der völlig überzogenen Gebietsabtretungen, die sie noch in der Atlantik-Charta vom 14. August 1941 aus moralischen Gründen als unannehmbar abgelehnt hatten, akzeptierten die Nordamerikaner und Briten stillschweigend die Massenvertreibung von Millionen. Die westlichen Alliierten waren trotz der gigantischen Bevölkerungsmassen zuversichtlich, daß man die Deutschen geregelt und human "umsiedeln" könnte. Diese naiven Fehleinschätzungen und fehlende internationale Kontrollmaßnahmen brachten nochmals unvorstellbare Leiden und unsägliches Elend über die Ost- und Volksdeutschen.

Hinweise für den Leser

Einstellungstermine:
Einstellungstermin der deutschen Geschichte, Band 8 (35 PDF-Dateien): **01.07.2018-01.08.2018.**
Einstellungstermin der 1. erweiterten deutschen Geschichte, Band 8 (35 PDF-Dateien): **01.06.2021.**
Einstellungstermin der 2. überarbeiteten Chronik, Band 8/1 – Band 8/2 (2 PDF-Dateien): **01.03.2025.**

Rechtschreibregeln: Die Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> **...** << gekennzeichnet.
Bei Auslassungen (**...)** wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Urheberrechte: Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.
Beispiel: (x001/79) = Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa I. Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße. Band 1, Seite 79.

x001	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa I. Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße. Band 1. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1954. München 1984.
x002	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa I. Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße. Band 2. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1954. München 1984.
x003	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa I. Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße. Band 3. Polnische Gesetze und Verordnungen 1944-1955. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1954. München 1984.
x004	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa IV. Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei. Band 1. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1957. München 1984.
x005	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa IV. Die Vertrei-

	bung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei. Band 2. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1957. München 1984.
x006	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa V. Das Schicksal der Deutschen in Jugoslawien. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1961. München 1984.
x007	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa III. Das Schicksal der Deutschen in Rumänien. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1957. München 1984.
x008	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa II. Das Schicksal der Deutschen in Ungarn. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1956. München 1984.
x009	Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (Hg.): SBZ von A bis Z. 7. überarbeitete und erweiterte Auflage. Bonn 1962.
x010	Bundesarchiv Koblenz; Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Vertreibung und Vertreibungsverbrechen 1945-1948. Bericht des Bundesarchivs vom 28.05.1974, Archivalien und ausgewählte Erlebnisberichte. Bonn 1989.
x012	Preußisches Staatsministerium (Hg.): Handbuch über den Preußischen Staat für das Jahr 1928, 134. Jahrgang. Berlin.
x016	Statistisches Bundesamt (Hg.): Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1960. Wiesbaden.
x017	Meyers Lexikonredaktion (Hg.): DAS NEUE DUDEN LEXIKON in 10 Bänden. Mannheim 1989.
x018	Meyers Lexikon Verlag (Hg.): MEYERS ENZYKLOPÄDISCHES LEXIKON in 25 Bänden. 9. völlig neubearbeitete Auflage. Mannheim/Wien/Zürich 1971-1981.
x019	Riedel, Johannes (Hg.): KNAURS WELTATLAS. Berlin 1935.
x020	Benz, Wolfgang (Hg.): Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursachen, Ereignisse, Folgen. Frankfurt/Main 1988.
x021	Böddeker, Günter: Die Flüchtlinge. Die Vertreibung der Deutschen im Osten. Frankfurt/Main 1985.
x023	Maser, Werner: Das Regime. Alltag in Deutschland 1933-45. Berlin 1990.
x024	Kuhn, Ekkehard: Nicht Rache, nicht Vergeltung. Die deutschen Vertriebenen. Frankfurt/Main; Berlin 1989.
x025	Nawratil, Heinz: Vertreibungs-Verbrechen an Deutschen. Tatbestand, Motive, Bewältigung. 4. überarbeitete Auflage. Frankfurt/Main; Berlin 1987
x026	Nawratil, Heinz: Die deutschen Nachkriegsverluste unter Vertriebenen, Gefangenen und Verschleppten. München/Berlin 1988.
x027	Thorwald, Jürgen: DIE GROSSE FLUCHT. München/Zürich 1979.
x028	Zayas, Alfred Maurice de: Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen. Vorgeschichte, Verlauf, Folgen. 7. Auflage. Frankfurt/Main; Berlin 1988.
x029	Zayas, Alfred Maurice de: Die Wehrmacht-Untersuchungsstelle. Deutsche Ermittlungen über alliierte Völkerrechtsverletzungen im Zweiten Weltkrieg. 4. erweiterte Auflage. München 1984.
x030	Wistrich, Robert: Wer war wer im Dritten Reich? Ein biographisches Lexikon. Frankfurt/Main, 1987.
x031	Schön, Heinz: Flucht über die Ostsee 1944/45 im Bild. 3. Auflage. Stuttgart 1994.

x032	Overesch, Manfred, und Friedrich Wilhelm Saal: Das III. Reich 1933-1939. Eine Tageschronik der Politik – Wirtschaft - Kultur. Augsburg 1991.
x033	Overesch, Manfred: Das III. Reich 1939-1945. Eine Tageschronik der Politik - Wirtschaft - Kultur. Augsburg 1991.
x034	Overesch, Manfred, und Friedrich Wilhelm Saal: Die Weimarer Republik. Eine Tageschronik der Politik – Wirtschaft – Kultur. Augsburg 1992.
x035	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Vertrieben. ... Literarische Zeugnisse von Flucht und Vertreibung. Bonn 1992.
x036	Jäckel, Eberhard, und Jürgen Rohwer (Hg.): Der Mord an den Juden im Zweiten Weltkrieg. Entschlußbildung und Verwirklichung. Stuttgart 1985.
x037	Sander, Helke, und Barbara Johr (Hg.): Befreier und Befreite. Krieg, Vergewaltigungen, Kinder. Frankfurt/Main 1995.
x038	Zöckler, Paul (Hg.): KNAURS LEXIKON. München 1953.
x039	Grube, Frank, und Gerhard Richter: Flucht und Vertreibung. Deutschland zwischen 1944 und 1947. Hamburg 1980.
x040	Hillgruber, Andreas, und Gerhard Hümmelchen: Chronik des Zweiten Weltkrieges. Kalendarium militärischer und politischer Ereignisse 1939-1945. Neuausgabe. Düsseldorf 1989.
x041	Hillgruber, Andreas, und Jost Dülffer (Hg.): PLOETZ "Geschichte der Weltkriege". Mächte, Ereignisse, Entwicklungen 1900-1945. Freiburg/Würzburg 1981.
x042	Wyman, David S.: Das unerwünschte Volk. Amerika und die Vernichtung der europäischen Juden. Frankfurt/Main 1989.
x043	Zentner, Christian u.a.: DAS DRITTE REICH (Sammeldokumentation). John Jahr Verlag, Hamburg 1976.
x044	Zentner, Christian: Große Geschichte des Dritten Reiches und des Zweiten Weltkrieges - Zusammenbruch. München/Köln 1989.
x045	Ahlfen, Hans von, und Hermann Niehoff: So kämpfte Breslau 1945. Verteidigung und Untergang von Schlesiens Hauptstadt. 4. Lizenzausgabe. Stuttgart 1991.
x046	Hoffmann, Joachim: Stalins Vernichtungskrieg. Planung, Ausführung und Dokumentation. 7. Auflage. München 2001.
x047	Dorst, Klaus, und Birgit Hoffmann (Hg.): Kleines Lexikon Sowjetstreitkräfte. 1. Auflage. Militärverlag der DDR. Ost-Berlin 1987.
x048	Nielsen-Stokkeby, Bernd: Baltische Erinnerungen. Estland, Lettland, Litauen zwischen Unterdrückung und Freiheit. 4. erweiterte Auflage. Bergisch Gladbach 1991.
x049	Holmsten, Georg: Kriegsalltag 1939-1945 in Deutschland. Bindlach 1989.
x050	Ruhl, Klaus-Jörg: Brauner Alltag 1933-1939 in Deutschland. Bindlach 1990.
x051	Zentner, Christian, und Friedemann Bedürftig (Hg.): Das große Lexikon des Dritten Reiches. München 1985.
x052	Ziemke, Earl F.: Die Schlacht um Berlin. Rastatt 1992.
x053	Westenrieder, Norbert: Deutsche Frauen und Mädchen. Vom Alltagsleben 1933-1945. Düsseldorf 1984.
x054	Ploetz, Karl: Hauptdaten der Weltgeschichte. 28. Auflage. Würzburg 1957.
x055	Ploetz-Verlag (Hg.): DER GROSSE PLOETZ IM BILD. Ein Bildatlas zur Weltgeschichte. Würzburg 1987.
x056	Schmid, Heinz Dieter (Hg.): Fragen an die Geschichte. Band 3. Europäische Weltgeschichte. Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I. Frankfurt/Main 1981.
x057	Eilers, Willi: Kleine Weltgeschichte. Staat, Wirtschaft und Gesellschaft im Wandel der Geschichte. Stuttgart 1955.

x058	Tenbrock, R. H. u.a. (Hg.): Zeiten und Menschen. Ausgabe G. Band 2. Die geschichtlichen Grundlagen der Gegenwart; 1776 bis heute. Geschichtliches Unterrichtswerk. Paderborn 1970.
x059	Lasius, Rolf, und Hubert Recker: Geschichte. Band 3. Das Zeitalter der Weltmächte und Weltkriege. 3.-5. Auflage. Weinheim 1964.
x060	Kinder, Hermann, und Werner Hilgemann: dtv-Atlas zur Weltgeschichte. Band 1. Von den Anfängen bis zur Französischen Revolution. 24. Auflage. München 1990.
x061	Kinder, Hermann, und Werner Hilgemann: dtv-Atlas zur Weltgeschichte. Band 2. Von der Französischen Revolution bis zur Gegenwart. 25. erweiterte Auflage. München 1991.
x062	Mann, Golo u.a.: Unser Jahrhundert im Bild. Gütersloh 1964.
x063	Löwenstein, Hubertus Prinz zu: Deutsche Geschichte. Erweiterte Auflage. Bindlach 1990.
x064	Pfister, Hermann (Hg.): Polen und Deutsche. Der lange Weg zu Frieden und Versöhnung. 2. Auflage. Waldkirch 1977.
x065	Zentner, Christian: Der große Bildatlas zur Weltgeschichte. Stuttgart 1992.
x066	Trevor-Roper, Hugh: Hitlers letzte Tage. 2. Auflage. Frankfurt/Main; Berlin 1995.
x067	Hüttenberger, Peter u.a. (Hg.): Geschichtsbuch. Band 4. Die Menschen und ihre Geschichte in Darstellungen und Dokumenten. Vom Ende des 1. Weltkrieges bis heute. 1. Auflage. Berlin 1988.
x068	Deschner, Karlheinz: Der Moloch. Eine kritische Geschichte der USA. 3. Auflage. München 1996.
x069	Klett, Ernst (Hg.): Kletts Geschichtliches Unterrichtswerk. Band IV. Um Volksstaat und Völkergemeinschaft. E. Klett Verlag, Stuttgart 1967.
x070	Jähnig, Bernhart, und Ludwig Biewer: Kleiner Atlas zur deutschen Territorialgeschichte. Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.). 2. erweiterte Auflage. Bonn 1991.
x072	Hermand, Jost: Als Pimpf in Polen. Erweiterte Kinderlandverschickung 1940-1945. Frankfurt/Main 1993.
x073	Hug, Wolfgang (Hg.): Unsere Geschichte. Band 3. Von der Zeit des Imperialismus bis zur Gegenwart. Frankfurt/Main 1986.
x074	Stein, Werner: Fahrplan der Weltgeschichte. Die wichtigsten Daten aus Politik, Kunst, Religion, Wirtschaft. Augsburg 1994.
x075	Grosser, Alfred: Ermordung der Menschheit. Der Genozid im Gedächtnis der Völker. München/Wien 1990.
x076	Andreae, Hugo: Lehrbuch der Geschichte für berufsbildende Schulen. Verlag Handwerk und Technik, Hamburg 1962.
x077	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Verletzungen von Menschenrechten. Eine Dokumentation der Verletzungen und Rechtsverpflichtungen zum Schutz der Menschenrechte. 3. erweiterte Auflage. Bonn 1985
x080	Conquest, Robert: Stalin. Der totale Wille zur Macht. München 1991.
x081	Frevert, Hans (Hg.): Verachtet – Gehetzt - Verstoßen. Die Verfolgung des Menschen aus rassischen, politischen und religiösen Gründen. Baden-Baden 1968.
x083	Gellhorn, Martha: Das Gesicht des Krieges. Reportagen 1937-1987. München/Hamburg 1989.
x084	Graml, Hermann (Hg.): Widerstand im Dritten Reich. Probleme, Ereignisse, Gestalten. Frankfurt/Main, 1994.
x085	Wette, Wolfram, und Gerd R. Ueberschär (Hg.): Stalingrad. Mythos und Wirklichkeit

	einer Schlacht. Frankfurt/Main 1992.
x086	Stiglmayer, Alexandra (Hg.): Massenvergewaltigung. Krieg gegen Frauen. Frankfurt/Main 1993.
x087	Möller, Horst (Hg.): Der rote Holocaust und die Deutschen. Die Debatte um das "Schwarzbuch des Kommunismus". München 1999.
x089	Ploetz-Verlag (Hg.): PLOETZ. Lexikon der deutschen Geschichte. Freiburg im Breisgau 1999.
x090	Dahms, Hellmuth Günther: Deutsche Geschichte im Bild. Frankfurt/Main 1991.
x091	Wellershoff, Dietrich (Hg.): Freiheit - Was ist Das? Aussagen zum Begriff der Freiheit. 2. Auflage. Herford 1987.
x092	Chronik Verlag (Hg.): Chronik der Deutschen. 3. überarbeitete Auflage. Gütersloh/München 1995.
x097	C. Bertelsmann Verlag (Hg.): DAS BERTELSMANN LEXIKON in vier Bänden. Gütersloh 1953-56.
x098	Clausewitz-Gesellschaft (Hg.): Frieden ohne Rüstung? Herford/Bonn, 1989.
x099	Löser, Jochen: Gegen den Dritten Weltkrieg. Strategie der Freien. 1. Auflage. Herford 1982.
x100	Duffy, Christopher: Der Sturm auf das Reich. Der Vormarsch der Roten Armee 1945. München 1994.
x101	Benz, Wolfgang: Deutschland seit 1945. Entwicklungen in der Bundesrepublik und in der DDR; Chronik, Dokumente, Bilder. München 1990.
x103	Klemperer, Klemens von: Die verlassenen Verschwörer. Der deutsche Widerstand auf der Suche nach Verbündeten 1938-1945. Berlin 1994.
x104	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Ostdeutsche Gedenktage 1989. Persönlichkeiten und historische Ereignisse. Bonn 1989.
x105	Wildermuth, Rosemarie: Als das Gestern heute war. Erzählungen Gedichte und Dokumente zu unserer Geschichte (1789-1949). 3. verbesserte Auflage. München 1978.
x106	Chronik Verlag (Hg.): Chronik des Zweiten Weltkrieges. 1. Auflage. Gütersloh/München 1994.
x107	F. A. Brockhaus (Hg.): Brockhaus' Kleines Universal-Lexikon. Band 1. Leipzig 1906.
x108	F. A. Brockhaus (Hg.): Brockhaus' Kleines Universal-Lexikon. Band 2. Leipzig 1906.
x111	Overesch, Manfred, und Jork Artelt: Das besetzte Deutschland 1945-1947. Eine Tageschronik der Politik - Wirtschaft - Kultur. Augsburg 1992.
x112	Overesch, Manfred, und Jork Artelt: Das besetzte Deutschland 1948-1949. Eine Tageschronik der Politik - Wirtschaft Kultur. Augsburg 1992.
x113	Engelsing, Rolf: "Wie Sodom und Gomorrha ..." Die Zerstörung der Städte. Berlin 1979.
x114	Trees, Wolfgang u.a.: Stunde Null in Deutschland. Die westlichen Besatzungszonen 1945-1948. Bindlach 1989.
x115	Glaser, Hermann u.a. (Hg.): So viel Anfang war nie. Deutsche Städte 1945-1949. Berlin 1989.
x116	Ranke, Winfried u.a.: Kultur, Pajoks und CARE-Pakete. Eine Berliner Chronik 1945-1949. Berlin 1990.
x117	Priamus, Heinz-Jürgen: Die Ruinenkinder. Im Ruhrgebiet 1945/49. Düsseldorf 1985.
x120	Birnbaum, Immanuel: Tschechoslowakei. Bremen 1972.
x121	Grube, Frank, und Gerhard Richter: Alltag im Dritten Reich. So lebten die Deutschen 1933-1945. Hamburg 1982

x122	Dollinger, Hans: SCHWARZBUCH DER WELTGESCHICHTE. 5.000 Jahre der Mensch des Menschen Feind. München 1999.
x123	Müller-Bringmann, Walter: Das Buch von Friedland. Göttingen 1956.
x124	Jering, Karl: Überleben und Neubeginn. Aus dem Tagebuch eines Deutschen 1945/46. München 1979.
x125	Bluhm, Georg: Die Oder-Neiße-Linie in der deutschen Außenpolitik. Freiburg 1963.
x126	Klonovsky, Michael, und Jan von Flocken: Stalins Lager in Deutschland 1945-1950. 3. Auflage. Berlin 1993.
x128	Kampmann, Wanda, und Berthold Wiegand (Hg.): Politik und Gesellschaft. Band 2. 1917 bis heute. 7. aktualisierte Auflage. Frankfurt/Main 1980.
x129	Klett, Ernst (Hg.): Politische Weltkunde II. Nationalsozialismus und Faschismus. E. Klett Verlag, Stuttgart 1987.
x130	Carell, Paul, und Günter Böddeker: Die Gefangenen. Leben und Überleben deutscher Soldaten hinter Stacheldraht. Berlin/Frankfurt am Main 1995.
x131	Bacque, James: Der geplante Tod. Deutsche Kriegsgefangene in amerikanischen und französischen Lagern 1945-1946. Erweiterte Ausgabe. Berlin/Frankfurt am Main 1993.
x133	Tolstoy, Nikolai: Die Verratenen von Jalta. Englands Schuld vor der Geschichte. 3. Auflage. München/Wien 1985.
x136	Ziegler, Jean: Die Schweiz, das Gold und die Toten. 3. Auflage. München 1997.
x138	Zentner, Christian: Große Geschichte des Dritten Reiches und des Zweiten Weltkrieges - Blitzkriege. München/Köln 1989.
x139	Gesellschaft für Literatur und Bildung mbH (Hg.): Die Wehrmachtsberichte 1939-1945. Band 1: 1. September 1939 bis 31. Dezember 1941. Unveränderter Nachdruck. Köln 1989.
x140	Gesellschaft für Literatur und Bildung mbH (Hg.): Die Wehrmachtsberichte 1939-1945. Band 2: 1. Januar 1942 bis 31. Dezember 1943. Unveränderter Nachdruck. Köln 1989.
x142	Hellwig, Gerhard, und Gerhard Linne: Daten der Weltgeschichte. Von der Altsteinzeit bis heute. München 1991.
x145	Lasius, Rolf, und Hubert Recker: Geschichte. Band 2. Das Zeitalter der großen Mächte. 3.-5. Auflage. Weinheim 1964.
x148	Klett, Ernst (Hg.): Politische Weltkunde II. Europa und Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg. E. Klett Verlag, Stuttgart 1985.
x150	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Forum für Kultur und Politik. Heft 15. Bonn 1996.
x151	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Forum für Kultur und Politik. Heft 16. Bonn 1996.
x154	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Forum für Kultur und Politik. Heft 14. Bonn 1996.
x156	Kosthorst, Erich, und Karl Teppe: Die Teilung Deutschlands und die Entstehung zweier deutscher Staaten. Materialheft Geschichte/Politik. Paderborn 1978.
x159	Bund der Vertriebenen (Hg.): Die Sudetendeutschen. Eine Volksgruppe im Herzen Europas. 16. Kulturelle Arbeitshefte. 4. Auflage. Bonn 1995.
x160	Bund der Vertriebenen (Hg.): Die Vertreibung der Deutschen - unbewältigte Vergangenheit Europas. 29. Kulturelle Arbeitshefte. 4. Auflage. Bonn 1996.
x165	Terkel, Studs: Der Gute Krieg. Amerika im Zweiten Weltkrieg; Zeitzeugen sprechen. München 1989.

x166	Kennedy, Paul: Die Casablanca-Strategie. Wie die Alliierten den Zweiten Weltkrieg gewannen. München 2014.
x172	Baker, Nicholson: Menschenrauch. Wie der Zweite Weltkrieg begann und die Zivilisation endete. 2. Auflage. Hamburg 2009.
x175	Harenberg Lexikon-Verlag (Hg.): Harenberg Schlüsseldaten 20. Jahrhundert. Dortmund 1997.
x176	Hug, Wolfgang (Hg.): Geschichtliche Weltkunde. Band 2. Vom Zeitalter der Entdekkungen bis zum Ende des 19. Jahrhunderts. 2. Auflage. Frankfurt/Main 1975.
x177	Shapiro, Irwin, und Jonathan Bartlett (Hg.): Illustrierte Weltgeschichte. Band 13. Imperialismus und 1. Weltkrieg. Neuer Tessloff Verlag, Hamburg 1969.
x178	Shapiro, Irwin, und Jonathan Bartlett (Hg.): Illustrierte Weltgeschichte. Band 14. Totalitäre Systeme und Staaten. Neuer Tessloff Verlag, Hamburg 1969.
x179	Shapiro, Irwin, und Jonathan Bartlett (Hg.): Illustrierte Weltgeschichte. Band 15. Der 2. Weltkrieg und seine Folgen. Neuer Tessloff Verlag, Hamburg 1969.
x180	Hetmann, Frederik, und Alfred Keil: Indianer heute. Bericht über eine Minderheit. Weinheim/Basel 1977.
x181	Recheis, Käthe, und Georg Bydlinski: Weisheit der Indianer. Indianertexte der Gegenwart. München 1995.
x184	Längin, Bernd G.: Unvergessene Heimat Sudetenland. Augsburg 1994.
x185	Längin, Bernd G.: Unvergessene Heimat Ostpreußen. Augsburg 1994.
x186	Längin, Bernd G.: Unvergessene Heimat Pommern. Augsburg 1994.
x190	Everett, Susanne: Die Geschichte der Sklaverei. Augsburg 1998.
x191	Klett, Ernst (Hg.): Menschen in ihrer Zeit. Band 6. In unserer Zeit. 3. Auflage. Stuttgart 1978.
x192	Parker, Geoffrey (Hg.): Grosse illustrierte Weltgeschichte. Wien/München/Zürich 1996.
x206	Hemmerle, Rudolf: Sudetenland. Lexikon. Geographie, Geschichte, Kultur. Augsburg 1996.
x215	Fischer-Fabian S.: Preußens Krieg und Frieden. Der Weg ins Deutsche Reich. München/Zürich 1981.
x222	Plievier, Theodor: MOSKAU. München 1952.
x233	Klett, Ernst (Hg.): Menschen in ihrer Zeit. Band 5. Im vorigen Jahrhundert. 1. Auflage. Stuttgart 1968.
x237	Tenbrock, R. H. u.a. (Hg.): Zeiten und Menschen. Ausgabe B. Band 3. Das Werden der modernen Welt (1648-1918). Geschichtliches Unterrichtswerk. Paderborn 1977.
x239	Klett, Ernst (Hg.): Erinnern und urteilen. Band III. Unterrichtseinheiten Geschichte. 1. Auflage. E. Klett Verlag, Stuttgart 1980.
x243	Schmid, Heinz Dieter (Hg.): Fragen an die Geschichte. Band 4. Die Welt im 20. Jahrhundert. Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I. Frankfurt/Main 1984.
x244	Ripper, Werner (Hg.): Weltgeschichte im Aufriß. Band 1. Von der griechischen Antike bis zum Ende des Absolutismus. Frankfurt/Main, Berlin, München 1999.
x245	Ripper, Werner, und Eugen Kaiser (Hg.): Weltgeschichte im Aufriß. Band 3, Teil 1. Vom Ersten Weltkrieg bis 1945. Frankfurt/Main; Berlin, München 1976.
x250	F. A. Brockhaus GmbH, Leipzig (Hg.): DER BROCKHAUS IN DREI BÄNDEN A-Gn 1. Leipzig 2006.
x251	F. A. Brockhaus GmbH, Leipzig (Hg.): DER BROCKHAUS IN DREI BÄNDEN Go-Pah 2. Leipzig 2006.
x252	F. A. Brockhaus GmbH, Leipzig (Hg.): DER BROCKHAUS IN DREI BÄNDEN

	Pai-Z 3. Leipzig 2006.
x256	Tenbrock, R. H. u.a. (Hg.): Zeiten und Menschen. Ausgabe B. Band 4. Das 20. Jahrhundert. Geschichtliches Unterrichtswerk. Paderborn 1966.
x261	Günther-Arndt, Hilke, und Jürgen Kocka (Hg.): Geschichtsbuch. Band 3. Die Menschen und ihre Geschichte in Darstellungen und Dokumenten. Das 19. Jahrhundert. 1. Auflage. Berlin 1986.
x264	Gosztony, Peter: Stalins fremde Heere. Das Schicksal der nichtsowjetischen Truppen im Rahmen der Roten Armee 1941-1945. Bonn 1991.
x265	Courtois, Stèphane u.a.: Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror. München 2004.
x267	Johann, Ernst (Hg): Innenansicht eines Krieges. Deutsche Dokumente 1914-1918. München 1973.
x268	Nawratil, Heinz: Der Kult mit der Schuld. Geschichte im Unterbewußtsein. 2. Auflage. München 2004.
x269	Ferber, Christian (Hg.): Berliner Illustrirte Zeitung. Zeitbild, Chronik, Moritat für jedermann 1892-1945. Frankfurt/Main; Berlin 1989.
x281	Steingart, Gabor: Weltkrieg um Wohlstand. Wie Macht und Reichtum neu verteilt werden. München 2007.
x283	Demandt, Alexander: Es hätte auch anders kommen können. Wendepunkte deutscher Geschichte. 4. Auflage. Berlin 2011.
x286	Martin, Paul C.: Zahlmeister Deutschland. So verschleudern sie unser Geld. 2. Auflage Juli 1991. München 1991.
x287	Berbig, Hans Joachim: Kleine Geschichte der deutschen Nation. Düsseldorf 1985.
x292	Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. (Hg.): Krieg ist nicht an einem Tag vorbei. Weihnachtsgeschichten aus schwerer Zeit. Kassel 2005.
x294	Arburg, Adrian von u.a.: Als die Deutschen weg waren. Was nach der Vertreibung geschah: Ostpreußen, Schlesien, Sudetenland. 6. Auflage. Hamburg 2007.
x300	Hug, Wolfgang (Hg.): Geschichtliche Weltkunde. Band 3. Von der Zeit des Imperialismus bis zur Gegenwart. 1. Auflage. Frankfurt/Main 1976.
x301	Heumann, Hans (Hg.): Geschichte für Morgen. 1. Auflage. Frankfurt/Main 1988.
x302	Hug, Wolfgang (Hg.): Unsere Geschichte. Band 1. Von der Steinzeit bis zum Ende des Mittelalters. Frankfurt/Main 1984.
x306	Schrenck–Notzing, Caspar Freiherr von: CHARAKTERWÄSCHE. Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen. Graz 2015.
x307	Clark, Christopher: DIE SCHLAFWANDLER. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog. 8. Auflage. München 2013.
x308	Naimark, Norman N.: Flammender Haß. Ethnische Säuberung im 20. Jahrhundert. München 2004.
x309	Nawratil, Heinz: Die Versöhnungsfalle. Deutsche Beflissenheit und polnisches Selbstbewußtsein. Wien 2011.
x311	Benoist-Méchin, Jacques: Sommerkrise und Kriegsausbruch 1939. Das Deutsche Reich und die Geheimpolitik der europäischen Großmächte. Stegen am Ammersee 2009.
x312	März, Peter: MYTHEN, BILDER, FAKTEN. Auf der Suche nach der deutschen Vergangenheit. München 2010.
x313	Fabian, Frank: Die geheim gehaltene Geschichte Deutschlands. Was bis heute von Historikern verschwiegen wird. 2. Auflage. München 2016.
x318	Losurdo, Domenico: Die Deutschen. Sonderweg eines unverbesserlichen Volkes?

	Compact Nr. 15. Berlin 2010.
x319	Flocken, Jan von: 1000 Jahre Deutsches Reich. Unsere Geschichte, unsere Leistungen, unser Stolz. 2. Auflage. COMPACT-Geschichte Nr. 1. Werder (Havel) 2018.
x320	Schultze-Rhonhof, Gerd: Der Krieg, der viele Väter hatte. Europas Weg in die Katastrophe. COMPACT-Geschichte Nr. 4. Werder (Havel) 2018.
x321	Elsässer, Jürgen (Hg.): Versailler Vertrag. Der Pakt der Hitler an die Macht brachte. COMPACT-Geschichte Nr. 5. Werder (Havel) 2018.
x335	Elsässer, Jürgen (Hg.): Finanz-Mächte. Kriminalgeschichte des Großen Geldes. COMPACT-Geschichte Nr. 20. Werder (Havel) 2018.
x337	Effenberger, Wolfgang und Jim Macgregor (Hg.): Sie wollten den Krieg. Wie eine kleine britische Elite den Ersten Weltkrieg vorbereitete. 1. Auflage. Rottenburg 2016.
x338	Fritze, Lothar: Die Moral des Bombenterrors. Alliierte Flächenbombardements im Zweiten Weltkrieg. München 2007.
x339	Abdel-Samad, Hamed: Integration. Ein Protokoll des Scheiterns. München 2018.
x340	Jung, Thomas und Friedrich Georg: 1918 - Die Tore zur Hölle. Die verheimlichte Wahrheit über den Untergang des deutschen Kaiserreiches. 1. Auflage. Rottenburg 2019.
x342	Elsässer, Jürgen (Hg.): Heil Hillary! Kandidatin des US-Faschismus. COMPACT-Sonderausgabe Nr. 11. Werder (Havel) 2016.
x344	Elsässer, Jürgen (Hg.): Politische Morde. Die Blutspur der letzte 100 Jahre. COMPACT-Sonderausgabe Nr. 19. Werder (Havel) 2018.
x345	Elsässer, Jürgen (Hg.): Freimaurer. Die Verschwörungen eines Geheimbundes. COMPACT-Sonderausgabe Nr. 23. Werder (Havel) 2019.
x353	Barmettler, André (Hg.): 100 Jahre Krieg gegen Deutschland. 2. Teil. ExpressZeitung. Ausgabe 29. November 2019. Oberwil/Schweiz.

Internet

x842	Weimarer Verfassung 1919: http://www.wcurrlin.de/links/interaktiv/verfassung_-1919/1_weimar.htm - September 2013.
x844	Liebermann: http://de.wikiquote.org/wiki/Max_Liebermann - September 2013.
x847	Bandulet, Bruno: http://www.kopp-verlag.de/Als-Deutschland-Grossmacht-war.-htm?websale8=kopp-verlag&pi=935400 - April 2014.
x852	Haager Landkriegsordnung: http://www.geschichtsthemen.de/haager_landkriegsordnung.htm - März 2015.
x853	THEOLOGISCHES, katholische Monatschrift: http://www.theologisches.net/index.-php?option=com_content&view=article&id=52&Itemid=58 - März 2015.
x872	http://potsdamer-konferenz.de/versailles/voelkerbundakte.php – Juli 2016.
x878	http://www.guntram-von-schenck.de/ – September 2016.
x887	http://www.preussische-allgemeine.de/archiv-suche.html - Dezember 2016
x907	https://ssg-oberhausen.de/das-ssg/sophie-scholl-und-die-weisse-rose/190-flugblaetter-der-weissen-rose.html - April 2019
x942	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2015/01/07/die-anglo-amerikanische-lenkung-der-welt-durch-elitenzirkel-die-entstehung-von-chatham-house-und-council-on-foreign-relations/ – November 2019
x943	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2015/04/30/von-der-wegbereitung-des-nationalsozialismus-durch-britisch-amerikanische-finanzkreise/ – November 2019

x962	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2015/05/15/das-britische-schachspiel-die-instrumentalisierung-hitlers-fur-die-westliche-kriegs-strategie/ – November 2019
x967	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2014/07/25/okkulte-einflusse-im-englischen-imperialismus-vor-dem-1-weltkrieg/ – November 2019
x968	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2014/08/04/wie-einflussreiche-kreise-in-england-zum-ersten-weltkrieg-trieben/ – November 2019
x979	https://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/173925/ende-des-kaiserreichs-27-11-2013 – September 2020
x980	http://zefys.staatsbibliothek-berlin.de/amtspresse/ansicht/issue/11614109/767/-?no_cache=1&type=102&tx_zefysdigibibo_pi1%5Bdruck%5D=1 VII. Jahrgang. No. 62. Neueste Mittheilungen. Verantwortlicher Herausgeber: Dr. H. Klee. Berlin, Montag, den 25. Juni 1888. – September 2020

Bildnachweis

Standarte des deutschen Kaisers (1888-1918)
Internetquelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_Flaggen_des_Deutschen_Kaiserreichs - 8. Mai 2014

Flagge des Reichspräsidenten (1921-1926)
Internetquelle: http://www.flaggenlexikon.de/fdtlhndb.htm - 8. Mai 2014

Reichsadler (ohne Hakenkreuz) zur Zeit des Nationalsozialismus 1933-45
Internetquelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Bundeswappen_Deutschlands - 8. Mai 2014

Reichsadler: Nach der Kaiserkrönung Karls des Großen (800) wurde der römische Legionsadler zum Wappentier des Fränkischen Reiches, denn der deutsche Kaiser betrachtete sich als Nachfolger des Weströmischen Reiches.
Das Heilige Römische Reich (962-1806), das Deutsche Reich (ab 1871) und die Bundesrepublik Deutschland (seit 1949) übernahmen den Reichsadler bzw. Bundesadler als deutsches Staatssymbol.